REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

Landtag, Regierung und Gerichte 2010

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung

2010

Landtag, Regierung und Gerichte 2010

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung

INHALT

I. LANDTAG	Tätigkeitsbericht	9
	Finanzkontrolle	26
	Datenschutzstelle	27
	Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche	29
II. REGIERUNG		
Präsidium	Ressortbericht	35
Amtsstellen	Amt für Personal und Organisation	38
	Presse- und Informationsamt	51
	Amt für Statistik	52
	Regierungskanzlei	55
	Rechtsdienst der Regierung	57
	Stabsstelle EWR	60
	Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	62
	Stabsstelle öffentliches Auftragswesen	63
	Stabsstelle Futuro	64
Kommissionen	Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten	65
	Personalkommission	68
	Prüfungskommission für Rechtsanwälte	68
	Prüfungskommission für Treuhänder	69
	Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer	69
	Statistikkommission	69
Äusseres	Ressortbericht	71
Amtsstelle	Amt für Auswärtige Angelegenheiten	85
Diplomatische	Liechtensteinische Botschaft in Bern	90
Vertretungen	Liechtensteinische Botschaft bei der belgischen Krone	91
im Ausland	Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl	92
	Liechtensteinische Botschaft in Berlin	92
	Liechtensteinische Botschaft in Washington	94
	Liechtensteinische Botschaft in Wien	98
	Liechtensteinische Mission in Brüssel	100
	Ständige Vertretung beim Europaprat in Strassburg	103
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York	106
	Ständige Mission in Genf	109
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien	112
	Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	113
Stiftung	Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)	113
Inneres	Ressortbericht	119
Amtsstellen	Landespolizei	122
	Amt für Bevölkerungsschutz	127
	Zivilstandsamt	132
	Ausländer- und Passamt	134
Kommissionen	Landesgrundverkehrskommission	142
	Gewaltschutzkommission der Regierung (GSK)	143
	Regelungskommission	143
	Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr	143
Bildung	Ressortbericht	145
Amtsstellen	Schulamt	146
	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	158

Familie und Chancengleichheit	Ressortbericht	165
Amtsstellen	Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)	167
	Stabsstelle für Chancengleichheit	172
Kommission	Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann	176
Kultur	Ressortbericht	179
Amtsstellen	Landesarchiv	180
	Stabsstelle für Kulturfragen	184
Kommission	Denkmalschutz-Kommission	188
Sport	Ressortbericht	191
Amtsstelle	Dienststelle für Sport	192
Kommission	Sportkommission	194
Finanzen	Ressortbericht	199
Amtsstellen	Steuerverwaltung	203
	Amt für Wohnungswesen	212
	Stabsstelle Finanzen	213
	Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU)	216
Kommissionen	Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht	219
	Liechtensteinische Landessteuerkommission	219
Gesundheit	Ressortbericht	221
Amtsstellen	Amt für Gesundheit	223
	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	228
Kommissionen	Leistungskommission	235
	Kosten- und Qualitätskommission	235
	Landesgesundheitskommission	236
	Schulzahnpflegekommission	236
	Weindegustationskommission	237
	Kommission für Suchtfragen	238
	Kommission Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein	240
Soziales	Ressortbericht	241
Amtsstelle	Amt für Soziale Dienste	242
Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft	Ressortbericht	249
Amtsstellen	Landwirtschaftsamt	253
	Amt für Umweltschutz	260
	Amt für Wald, Natur und Landschaft	270
	Stabsstelle für Landesplanung	277
Kommissionen	Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 93 Baugesetz)	278
	Fischereibeirat	280
	Umweltschutzkommission	280
Stiftung	Stiftung Agrarmarketing Liechtenstein	280

INHALT

Wirtschaft	Ressortbericht	281
Amtsstellen	Amt für Volkswirtschaft	285
	Amt für Handel und Transport	294
	Amt für Kommunikation	300
Kommissionen	Akkreditierungsrat	302
	Energiekommission	303
	Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK)	303
	Einigungsamt	303
	Prüfungskommission für die Gastwirteprüfung	303
	Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens	304
	Prüfungskommission für die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister	304
	Dreigliedrige Kommission zur Beobachtung des Arbeitsmarktes	304
	Kommission für Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens	305
	Koordinationsgremium für Innovation und technologische Entwicklung (Forschungskommission)	305
	Medienkommission	306
Verkehr	Ressortbericht	307
Amtsstelle	Motorfahrzeugkontrolle	307
Justiz	Ressortbericht	311
Amtsstellen	Landespolizei (Landesgefängnis)	315
	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt	316
	Opferhilfestelle	319
	Staatsanwaltschaft	320
Kommission	Datenschutzkommission	324
Bau	Ressortbericht	325
Amtsstellen	Hochbauamt	325
	Tiefbauamt	332
	Bauadministration	341
Kommission	Schätzungskommission	342
III. GERICHTE	Landgericht	345
	Fürstliches Obergericht	349
	Fürstlich Oberster Gerichtshof	353
	Verwaltungsgerichtshof	354
	Staatsgerichtshof	358
IV. LANDESRECHNUNG		369

I. LANDTAG

II. REGIERUNG

PRÄSIDIUM

ÄUSSERES

INNERES

BILDUNG

FAMILIE UND CHANCENGLEICHHEIT

KULTUR

SPORT

FINANZEN

GESUNDHEIT

SOZIALES

UMWELT, RAUM, LAND- UND WALDWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFT

VERKEHR

JUSTIZ

BAU

III. GERICHTE

IV. LANDESRECHNUNG

Satz und Druck: Lampert Druckzentrum, Vaduz

Drucksache
No. 01-11-454840 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Arthur Brunhart
Landtagssekretär: Josef Hilti

Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2010

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2010 informiert.

Plenarsitzungen

Der Landtag tagte im Berichtsjahr 2010 an insgesamt 21 Sitzungstagen während rund 172 Stunden und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen etc. (Vorjahr 17 Sitzungstage, ca. 160 Stunden). Nach der Eröffnungssitzung mit Thronrede vom 11. Februar 2010 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen, für welche jeweils bis zu 3 Arbeitstage in Anspruch genommen wurden. Separat behandelt wurde die Totalrevision des Steuergesetzes am 8. Juni 2010. Die erste Arbeitssitzung begann am 16. März 2010, die letzte inklusive formeller Schliessung des Landtags endete am 16. Dezember 2010. Die durchschnittliche Dauer eines Sitzungstages betrug im Berichtsjahr rund 8.2 Stunden. Im Jahr 2010 wurden 163 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt und somit 10 Beschlüsse mehr als im Vorjahr (153). 75 Gesetzesvorlagen wurden vom Landtag im Anschluss an die 2. Lesung erlassen (Vorjahr 54). Zudem behandelte der Landtag 21 Finanzvorlagen und 29 Wahlgeschäfte. Des Weiteren wurden 22 Berichte (z.B. Hochbautenbericht, Verkehrsinfrastrukturbericht, Stellenplan oder Bericht über die Justizpflege des Landgerichtes und des Obergerichtes) und diverse mündliche Informationen der Regierung zur Kenntnis genommen. Der Landtag hatte sich im Berichtsjahr 28-mal mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, dazu debattierte er über periodische Standardtraktanden, wie beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung oder den Landesvoranschlag in der November-Sitzung. Diese beiden Themenkreise, zum einen die Finanzhoheit, zum anderen die Kontrolle der Staatsverwaltung, gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten zur Kenntnisnahme vorgelegt. Während des Berichtsjahrs wurden 2 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr 5) durch den Landtag in Behandlung gezogen und gutgeheissen. Die Landtagsabgeordneten reichten im Berichtsjahr 13 parlamentarische Eingänge (Vorjahr 8), davon 1 Initiative, 4 Petitionen, 4 Postulate und 4 Interpellationen, ein. Die Initiative zielte auf die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ab. Die Petitionen befassten sich mit der betrieblichen Vorsorge, mit dem gemeinsamen Sorgerecht, mit dem solidarischen Liechtenstein und ganz ähnlich mit dem Titel «Wir wollen solidarisch sein». Die Postulate handelten von der häuslichen Betreuung und Pflege, von der künftigen Raumentwicklung und Zentrumsgestaltung von Schaanwald und Nendeln, der Schulbauten- und Schulraumplanung sowie von der Spitalpolitik. Die Interpellationen schliesslich betrafen den Beitritt Liechtensteins zum IWF und zur Weltbankgruppe, die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, die Regierungskommunikation und die Verkehrspolitik 2010–2030. Die Beantwortung von Parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen durch die Regierung erfolgte gemäss Geschäftsordnung des Landtags in schriftlicher Form. Im Berichtsjahr stellten die Abgeordneten insgesamt 125 Kleine Anfragen an die Regierung. Dies waren 5 weniger als im Vorjahr (130). Gemäss Geschäftsordnung wurden diese jeweils spätestens am Ende des 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet. Der Landtag tagte im Berichtsjahr 8-mal in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In den nichtöffentlichen Sitzungen werden hauptsächlich vertrauliche Themen diskutiert und behandelt, wie beispielsweise die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Ämterprüfungen, Personalentscheidungen oder organisatorische Belange, die den Landtag selbst betreffen.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung des Fürstentums Liechtenstein besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Arthur Brunhart mit der Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und den Abgeordneten Günther Kranz, Peter Hilti und Elmar Kindle trat der Landesausschuss bis zur Wiedereröffnung am 11. Februar 2010 zu 1 Sitzung zusammen.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlichen Sitzungen. Sie haben vor allem beratende und abklärende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Aussenpolitische Kommission
Die Aussenpolitische Kommission tagte in 9 Arbeitssitzungen während rund 12 Stunden. Ihr gehörten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), die Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer, Harry Quaderer und Albert Frick als Mit-

glieder an. Neben der Vorberatung aussenpolitischer Traktanden des Landtags wurden unter anderem diverse Übereinkommen sowie Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt. Zu den Standardtraktanden gehörten die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU, EWR/EFTA etc.) sowie die Berichte der EFTA und der Europäischen Überwachungsbehörde (ESA). Die Regierung informierte zudem regelmässig über den Finanzplatz Liechtenstein sowie über die Aufgaben und die personellen Anforderungen im Bereich der liechtensteinischen Aussenpolitik. Der Hauptaugenmerk lag im Jahre 2010 eindeutig auf dem Abschluss der diversen bilateralen Abkommen in Steuerangelegenheiten (TIEA). Weitere Themengebiete im Berichtsjahr waren die Teilnahme Liechtensteins an der EXPO in Shanghai, das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedsstaaten des Kooperationsrates der arabischen Golfstaaten, der Besuch der APK in London bei der englischen Steuerbehörde, der Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags, die 20-jährige Mitgliedschaft Liechtensteins bei den Vereinten Nationen und der damit verbundene Besuch von 3 Mitgliedern der APK in New York, die Indienreise der Aussenministerin, der Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung, die Beteiligung Liechtensteins an der Kapitalerhöhung der EBWE und die Beteiligung Liechtensteins am EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009–2014.

Finanzkommission

Die Finanzkommission wurde im Jahr 2010 von den Abgeordneten Günther Kranz (Vorsitz), Diana Hilti, Elmar Kindle, Thomas Vogt und Wendelin Lampert gebildet. In 13 Sitzungen während rund 29 Stunden wurde über finanzrelevante Themen beraten. Die Arbeit der Finanzkommission besteht gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) in der Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Weiter hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung von ausserordentlichen Beiträgen und Unterstützungen auf ihre Relevanz und Gesetzesmässigkeit hin zu prüfen. Die Finanzkommission kann vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden (Landesvoranschlag, Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen, Anlagestrategie der Poolanlagen etc.) gab es im Berichtsjahr insbesondere folgende erwähnenswerte Behandlungsthemen: Sanierungsprojekt Staatshaushalt; Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags; Gesamtschau und Weiterentwicklung des Gesundheitswesens; Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes; Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes und des Sorgfaltspflichtgesetzes; Anpassung des Faktors (K) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012–2015.

Geschäftsprüfungskommission

Gemäss Art. 63 der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt. Die Geschäftsprüfungskommission trat im Berichtsjahr zu insgesamt 11 Sitzungen während rund 46.5 Stunden zusammen. Ihr gehörten die Abgeordneten Christian Batliner (Vorsitz), Markus Batliner, Peter Büchel, Pepo Frick und Gebhard Negele an. Neben den jährlich wiederkehrenden Traktanden wie den IT- und Security-Reviews sowie den diversen Berichten der Finanzkontrolle wurden im Berichtsjahr 2010 erstmals zwei Eignerstrategien (Finanzmarktaufsicht Liechtenstein und Hochschule Liechtenstein) gemäss dem Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen behandelt. Als herausragende Traktanden des Jahres können die Besuche der Staatswirtschaftlichen- und der Finanzkommission des Kantonsrates St. Gallen sowie der Besuch des Kontrollausschusses des Vorarlberger Landtages bei der Geschäftsprüfungskommission genannt werden. Mit Vertretern der Kommissionen fand jeweils ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu verschiedenen aktuellen politischen Themen statt. Während des Berichtsjahres stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Amt für Soziale Dienste einen Arbeitsbesuch ab. Diese Besuche vor Ort gewähren der Geschäftsprüfungskommission jeweils interessante Einblicke in die Geschäftstätigkeiten und -abläufe der entsprechenden Stellen. Zudem eröffnen diese Besuche den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission die Möglichkeit, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher erörtern zu können.

Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Arthur Brunhart und Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend gehörten die Fraktionssprecher Peter Hilti (VU), Johannes Kaiser (FBP) sowie der Landtagssekretär Josef Hilti mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an. Das Landtagsbüro trat im Berichtsjahr zu 12 Sitzungen während rund 9 Stunden zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnungen für die öffentlichen und nichtöffentlichen Landtagssitzungen. Des Weiteren wurden die folgenden Themen behandelt: Vorgehen bei der Wahl der Leitung der Finanzkontrolle; Festlegung des Landtagsbudgets 2011; Filmprojekt «Landtag»; Jubiläum «150 Jahre Landtag»; Einbindung der dem Landtag zugeordneten Stellen (Datenschutzstelle, Finanzkontrolle und Ombudsperson für Kinder und Jugendliche);

Diverse Besuche Schweizer Kantonsräte und Grossräte (Thurgau, Appenzell u.a.).

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag bei Bedarf besondere Kommissionen bestellen und einsetzen. Ihre Funktionsdauer endet dabei mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Die besonderen Kommissionen bereiten dabei einzelne Gesetze oder andere Geschäfte vor und stellen dem Landtag entsprechend Antrag.

EWR-Kommission
Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission, Gerold Büchel (Vorsitz), Marlies Amann-Marxer und Renate Wohlwend überprüften in 5 Sitzungen während rund 3.5 Stunden die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. die EU-Richtlinien und -Verordnungen. Die Unterlagen dazu werden jeweils direkt von der Stabsstelle EWR zur Verfügung gestellt. 2010 wurden 347 EU-Rechtsakte (total seit Abkommen 5'958) durch 139 Beschlüsse (total seit Abkommen 2'343) des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in das EWR-Abkommen übernommen (Quelle: Stabsstelle EWR/EEA Coordination Unit).

Kommission zur Reform der Geschäftsordnung
Die Mitglieder der Kommission zur Reform der Geschäftsordnung, Landtagspräsident Arthur Brunhart (Vorsitz), Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Rainer Gopp, Pepo Frick und Jürgen Beck tagten im Berichtsjahr 7 mal während total rund 13.5 Stunden, um die bestehende Geschäftsordnung des Landtags zu analysieren und konkrete Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Der Landtagssekretär ist dabei in beratender Funktion tätig. Ein erster Entwurf konnte den Landtagsmitgliedern zur Stellungnahme zugestellt werden.

Wahlkommission Leitung Finanzkontrolle
Eine Findungskommission (bestehend aus 3 Wirtschaftsprüfern der nahen Region, der Vorsitzende aus Liechtenstein) wurde bestellt, um dem Landtag Vorschläge zur Wahl einer Leitungsperson der Finanzkontrolle zu unterbreiten. Die Findungskommission traf sich im Berichtsjahr zu 6 Sitzungen. Der definitive Vorschlag an den Landtag soll im Laufe des Jahres 2011 erfolgen.

Richterauswahlgremium
Das Richterauswahlgremium mit den Abgeordneten Gisela Biedermann, Johannes Kaiser und Pepo Frick trat im Berichtsjahr zu 12 Sitzungen während rund 56.5 Stunden zusammen, um ihre Aufgabe in diesem Gremium adäquat zu erfüllen. Die vom Richterauswahlgremium dem Landtag in Vorschlag gebrachten Kandidatenvorschläge wurden von diesem allesamt gutgeheissen.

Parlamentarische Delegationen
Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind laut Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, welcher im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden. Bezüglich Detailliertheit der folgenden Kurzberichte sei an dieser Stelle auf die ausführlicheren Berichte der jeweiligen Delegationen hingewiesen.

Parlamentarische Versammlung des Europarates
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend, die Abgeordneten Gebhard Negele (Delegationsleiter), Doris Frommelt und der stellvertretende Abgeordnete Leander Schädler vertraten Liechtenstein im Jahre 2010 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Im Berichtsjahr fanden insgesamt 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt (Winter-, Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsession), an welchen die liechtensteinische Delegation vertreten war. Ausserhalb dieser Sessionswochen wurden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (z.B. Wirtschaft, Soziales, Kultur) in Strassburg oder an unterschiedlichen Orten im Ausland abgehalten. Die liechtensteinischen Delegierten nahmen vereinzelt auch an diesen Sitzungen teil. Pro Jahr werden die Delegationsmitglieder rund fünf bis sechs Wochen für diese Aufgaben beansprucht. An den Sessionen wurde unter anderem über nachstehende Traktanden debattiert: Massnahmen gegen Menschenhandel; Schutz der Menschenrechte; Erstellung eines europäischen Verhaltenskodexes für Lobbyarbeit; Achtung der Freiheit der Medien; Bekämpfung des Extremismus; Gewährleistung von Opferschutz; Schutz von Informanten; Globale Wirtschaftskrise; Hungersnot in der ehemaligen UdSSR; Seepiraterie – rechtliche Schritte; Biodiversität und Klimawandel; Eigentumsfragen bei Flüchtlingen und Vertriebenen; Lage im Nahen Osten; Urheberrechte im Internetzeitalter. Im November lancierte die liechtensteinische Delegation eine Aktion zur Unterstützung des internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen im Landtagsgebäude.

EWR/EFTA Parlamentarierkomitee
Die Delegation des Liechtensteinischen Parlaments bei den EWR- und EFTA-Parlamentarierkomitees setzte sich im Berichtsjahr 2010 aus den Abgeordneten Harry Quaderer (Delegationsleiter), Albert Frick und den stellver-

tretenden Abgeordneten Helmuth Büchel und Marion Kindle-Kühnis zusammen. Die Hauptaufgaben der EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind, sich mit Fragen des EWR bzw. der EFTA auseinanderzusetzen und Stellungnahmen dazu abzugeben. Die Delegation nahm am 22./23. Februar am 96. CMP- und 64. MPS-Meeting in Brüssel teil. Ein wichtiger Diskussionspunkt war das Arbeitspapier des EU-Parlaments zum Thema «EWR-Schweiz: Hindernisse bezüglich der vollen Implementierung des Binnenmarkts», welches seitens der anwesenden EU-Parlamentarier kritisch diskutiert wurde. Das Highlight des Jahres war das 34. JPC-Meeting, welches am 29./30. März in Vaduz stattfand. Es wurden insgesamt drei Beschlüsse verabschiedet: «Jahresbericht 2009 über das Funktionieren des EWR-Vertrages», «Regionale Mitarbeit im EWR: neue Kanäle des Dialogs» sowie «Die Fischereirichtlinie und der EWR». Als Gastredner konnten unter anderem S.D. Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Per Sanderud und Michael Lauber gewonnen werden. Vom 23. bis 25. Juni nahm die Delegation am 97. CMP- und 65. MPS-Meeting sowie am 42. EFTA-Ministertreffen und am 11. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee in Reykjavik teil. Dabei wurden folgende Themen diskutiert: Arktispolitik, EFTA Forum für regionale und lokale Behörden, Europa 2020, Europäischer Wirtschaftswiederaufbauplan und die Drittlandbeziehungen der EFTA-Staaten. Der diesjährige Drittlandbesuch führte die Delegation vom 25. – 29. Oktober nach Tirana und anschliessend nach Belgrad. Zweck der Reise war die Stärkung der Handelsbeziehungen zwischen der EFTA und Albanien sowie zwischen der EFTA und Serbien. Am 22. November nahm die Delegation am 2. EFTA Standing Committee Meeting auf Ministerebene mit Parlamentarierkomitee und Konsultativkomitee in Brüssel teil. Anschliessend folgte das 98. CMP- und 66. MPS-Meeting am 22./23. November in Brüssel und Genf sowie das 43. EFTA-Ministertreffen am 23. November in Genf. Thematisiert wurden unter anderem die Binnenmarktakte sowie das Verhältnis von Handel- und Arbeitsstandards bei Freihandelsverträgen. Hauptthema des EFTA-Ministertreffens war die anschliessende Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung mit Russland, Belarus und Kasachstan betreffend Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommens. Die EFTA-Staaten verfügen heute über 22 Freihandelsabkommen mit 31 Ländern. Das 35. JPC-Meeting fand am 24./25. November in Strassburg statt. Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse verabschiedet: «Europa 2020: Innovation und der EWR» und «Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und Soziale Diskriminierung». Darin wird die Wichtigkeit der Beschäftigung und des Arbeitsmarkts im Kampf gegen Armut und Soziale Ausgrenzung unterstrichen.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE setzte sich im Berichtsjahr 2010 aus dem Stv. Abgeordneten Hubert Lampert (Delegationsleiter), der Abgeordneten Doris Beck, dem Abgeordneten Werner Kranz und dem stv. Abgeordneten Helmuth Büchel zusammen. Ziel der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist es, die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten zu erleichtern. Ein Gesichtspunkt, der für die Herausforderungen der Demokratie im OSZE-Raum von zentraler Wichtigkeit ist. Die alljährlich stattfindende Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 18. bis 19. Februar in Wien statt. Neben Sitzungen der drei Ausschüsse fand auch eine Sonderdebatte zur Situation in Afghanistan statt. Die zweite Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 14.–16. Mai in Almaty statt. An diesem zweiten Trans-Asiatischen Parlamentarischen Forum konnten über 100 Parlamentarier aus 35 OSZE Teilnehmerstaaten begrüsst werden. Themen des Forums waren unter anderem: Afghanistan: Bekämpfung des Terrorismus, Aufstrebende Märkte und wachsende Herausforderungen, Menschenhandel, Gleichstellung, Religiöse Toleranz und die Krise in Kirgistan. Die 19. Jahresversammlung der OSZE fand vom 6. bis 10. Juli in Oslo statt. Thema der Tagung war «Rechtsstaatlichkeit: Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Korruption». Neben den Beratungen der Berichte der drei Ausschüsse zum Tagungsthema wurden weitere 35 Beschlüsse zu Themen wie die zukünftigen Prioritäten der OSZE PV, Leistungsfähigkeit und Auswirkungen der OSZE PV, Internationale Verhandlungen betreffend Klimaänderung, Atomsicherheit, Internetkriminalität sowie der Todesstrafe angenommen. Ebenfalls gab es eine Dringlichkeitsdebatte zur Krise in Kirgistan. Als neuen Präsidenten der Versammlung wurde Petros Efthymiou aus Griechenland gewählt. Am Ende der Tagung wurde die «Oslo Deklaration» verabschiedet, welche Empfehlungen und 38 Beschlüsse beinhaltet. Die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fand vom 8. bis 11. Oktober in Palermo statt. An dieser Sitzung wurde «Der Kampf gegen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen und Korruption» erörtert. Die Herbstkonferenz eröffnet den Mitgliedern der Versammlung jeweils die Möglichkeit, mit Fachexperten über spezielle Themen, welche für die OSZE-Staaten von besonderem Interesse sind, zu diskutieren.

Interparlamentarische Union (IPU)
Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder im Berichtsjahr die Abgeordneten Jürgen Beck (Delegationsleiter), Doris Frommelt als ordentliches Mitglied sowie die stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis und Stefan Wenaweser an. Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr neben diversen Sitzungen der unterschiedlichen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die 122. IPU-Konferenz tagte vom 27. März bis 1. April 2010 in Bangkok, die 123. IPU-Konferenz vom 4. bis 6. Oktober 2010 wie gewohnt in Genf. An beiden war die liechtensteinische Delegation vertreten.

In Bangkok wurde über die folgenden Themengebiete debattiert: Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf den asiatischen Raum; Förderung der Nonproliferation und nuklearen Abrüstung sowie Vertrag über ein vollständiges Verbot von Nuklearversuchen; Schutz der Menschenrechte und Schaffung gerechter Gesellschaften; Kindersterblichkeit und Gesundheit der Mütter; Bessere Unterstützung der von Katastrophen betroffenen Länder. An der Konferenz in Genf wurden die folgenden Themengebiete erörtert: Hilfsaktionen bei Naturkatastrophen im Zuge der Überschwemmungen in Pakistan; Reduzierung von Katastrophenrisiken; Menschenrechte; Management natürlicher Ressourcen bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung im Finanz- und Handelssektor; erhöhte Transparenz in Wahlverfahren; das Jahresprogramm 2011 inklusive Budget sowie die Durchführung von entsprechenden Wahlen in diverse IPU-Gremien. Im Rahmen der IPU finden jährlich Präsidentenkonferenzen statt, im Zuge derer Landtagspräsident Arthur Brunhart vom 8. bis 11. Juni in Zypern und vom 19.–21. Juli in Genf weilte. Die 124. IPU-Konferenz findet im Frühjahr 2011 in Panama City statt.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für deren Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr vertraten Landtagspräsident Arthur Brunhart (Delegationsleiter), der Abgeordnete Rainer Gopp und der stellvertretende Abgeordnete Dominik Oehri den liechtensteinischen Landtag in diesem Gremium. Das Land Vorarlberg hatte im Berichtsjahr den Vorsitz inne. Die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 26. März 2010 in Bregenz statt. Schwerpunkt der Tagung war die Energieeffizienz, im Zuge derer die Themen «Energiezukunft Vorarlberg – Energieautonomie als langfristiges strategisches Ziel» und «Erläuterungen der Unternehmensstrategie sowie Vorstellung des Projekts Vlotte» abgehandelt wurden. Die Herbsttagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee fand am 22. Oktober 2010 in Götzis statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand dabei die demografische Entwicklung im Raum Bodensee und die damit verbundenen Herausforderungen. In Folge der Hauptthematik wurden die beiden folgenden Themen diskutiert: «Demenz: medizinische und psychologische Aspekte – aktueller Stand und Ausblick» sowie «Vernetzung konkret – das Haus der Generationen als eine Möglichkeit sozialpolitischer Verantwortung». Am 18. Juni war Arthur Brunhart beim Präsidententreffen in Bregenz vertreten. Das Treffen behandelte Themen rund um die Architektur. Der Kanton St. Gallen wird im Jahr 2011 den Vorsitz innehaben.

Landtagssekretariat

Obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde, nahm das Landtagssekretariat seinen Betrieb erst im Jahre 1990 auf. Somit existiert auch erst seit diesem Zeitpunkt ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär Josef Hilti, seinem Stellvertreter Philipp Pfeiffer, drei Vollzeitangestellten und drei Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Landtagssekretär und sein Stellvertreter werden vom Landtag bestellt. Der Aufgabenbereich des Sekretariats ist in der Geschäftsordnung für den Landtag, LGBl. 1997 Nr. 61, Art. 15 und 16 umschrieben. Er sieht insbesondere die Protokollierung der Landtagsdebatten, der Kommissions- und Delegationssitzungen sowie die Erstellung der Landtagsbeschlüsse vor. Zudem ist das Landtagssekretariat die offizielle Anlaufstelle des Landtags für andere Parlamente und internationale Organisationen. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats insbesondere aufgrund der generell verstärkten Internationalisierung der Parlamentsarbeiten stark angewachsen. Das Landtagssekretariat verfügt derzeit zur Arbeits- und Aufgabenbewältigung über 6.60 Stellen. Die Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) sowie Broschüren zum Landtagsgebäude können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere Informationen auf der Homepage des Landtags (www.landtag.li) einzusehen.

Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2010

Eröffnungssitzung vom 11. Februar 2010

– Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
– S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
– Ansprache der Alterspräsidentin Doris Frommelt
– Wahl des Landtagspräsidenten
  Abg. Arthur Brunhart
– Wahl der Landtagsvizepräsidentin
  Abg. Renate Wohlwend
– Wahl der Schriftführer
  Abg. Gerold Büchel
  Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Aussenpolitischen Kommission
  Landtagspräsident Arthur Brunhart, Vorsitz
  Abg. Marlies Amann-Marxer
  Abg. Albert Frick
  Abg. Harry Quaderer
  Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
– Wahl der Finanzkommission
  Abg. Günther Kranz, Vorsitz
  Abg. Diana Hilti
  Abg. Elmar Kindle
  Abg. Wendelin Lampert

Abg. Thomas Vogt
– Wahl der Geschäftsprüfungskommission
Abg. Christian Batliner, Vorsitz
Abg. Manfred Batliner
Abg. Peter Büchel
Abg. Pepo Frick
Abg. Gebhard Negele

Öffentliche Landtagssitzung vom 16. / 17. März 2010
– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. März 2010
– Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 18./19./20. November 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. Dezember 2009
Das Protokoll wird genehmigt.
– Protokoll der Eröffnungssitzung des Landtages vom 11. Februar 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen vom 19. Februar 2010
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern für den Obersten Gerichtshof
Ad-hoc-Richter: Dr. Robert Braunias, Thomas-Riss-Weg 7, 6020 Innsbruck; Dr. Helmuth Neudorfer, Schanzweg 4c, 6800 Feldkirch.
– Wahl der Medienkommission
Präsident: Helmuth Müssner, Baumschulweg 8, 9485 Nendeln; Vize-Präsident: Dr. Tino Quaderer, Speckibünt 3, 9494 Schaan; Mitglieder: Joachim Batliner, Dorfstrasse 70, 9495 Triesen, Peter Kindle, St. Wolfgangstrasse 15 A, 9495 Triesen, Marcel Ritter, Peter-Kaiser-Strasse 73, 9493 Mauren; Ersatzmitglieder: Heinz Beck, Landstrasse 49, 9490 Vaduz, Vera Oehri-Kindle, Dr. Josef-Hoop-Strasse 24, 9492 Eschen.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IX/2009); Nr. 8/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitung) wird als dringlich erklärt.
– Genehmigung eines Verpflichtungskredites für die gemeinsame Durchführung des Europäischen Olympischen Winter-Jugendfestivals 2015 (EYOF) in Vorarlberg und Liechtenstein (Nr. 4/2010)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
– Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21. November 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2010); 2. Lesung
Der Anpassung der Verfassung wird keine Zustimmung erteilt. Das Finanzhaushaltsgesetz sowie das Volksrechtegesetz werden keiner weiteren Behandlung unterzogen.
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
– Stand der Gründungen und Löschungen von Gesellschaften
– Anfragen des Abg. Gerold Büchel:
–Schweizer Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule
– Bildungspolitik
– Räumlichkeiten der Berufsmittelschule
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
– Miet- und Pachtgesetz
– Lohngleichheit
– Teilzeitstellen
– Asylgesetz
– Mobilfunkversorgung im Liechtensteiner Alpengebiet
– Kosten für den Steuerzahler der Abstimmungskampagne der Regierung am Beispiel der «Ja-Kampagne Industriezubringer Schaan»
– Anfrage des Abg. Peter Hilti:
– BMS im Tagesbetrieb
– Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
– Totalrevision des Schiedsverfahrens
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
– Schulleitung
– Anfragen des Abg. Manfred Batliner:
– Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung
– Betriebskontrollen in liechtensteinischen Unternehmen durch ausländische Behörden
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
– Verwaltungsbeschwerde gegen den Gemeinderatsentscheid der Gemeinde Vaduz
– Finanzmarktaufsicht
– Anfrage des Stv. Abg. Stefan Wenaweser:
– DBA mit Hongkong
– Anfrage des Abg. Günther Kranz:
– Pensionsversicherung für das Staatspersonal
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
– Tarifverhandlungen im Gesundheitswesen
– anonymisierte Publikation der Umsatztabelle pro Leistungserbringer
– Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21. November 2008] Stellungnahme der Regierung (Nr. 7/2010); 2. Lesung
Der Anpassung der Verfassung wird keine Zustimmung erteilt. Das Finanzhaushaltsgesetz sowie das Volksrechtegesetz werden keiner weiteren Behandlung unterzogen.
– Schaffung des Rechts der Sachwalterschaft (Nr. 70/2009); [1. Lesung: 22. Oktober 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 10/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Teilrevision des Gesetzes vom 25. November 2004 über das Hochschulwesen (Hochschulgesetz; HSG), (Nr. 72/2009); [1. Lesung: 23. Oktober 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 6/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der Richtlinie 2007/36/EG vom 11. Juli

2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften und der Richtlinie 2007/63/EG vom 13. November 2007 zur Änderung der Richtlinien 78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichtes durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften), (Nr. 105/2009); [1. Lesung: 16. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 11/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches (Nr.115/2009); [1. Lesung: 16. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 12/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abschaffung von Kindersubventionen nach dem Wohnbauförderungsgesetz sowie Abschaffung von Subventionen für Elektrofahrzeuge nach dem Subventionsgesetz (Nr. 108/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 5/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Revision des Gesetzes über die elektronische Kommunikation (KomG-Revision 2009), (Nr. 110/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] Stellungnahme der Regierung (Nr. 9/2010); 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedstaaten des Kooperationsrates der Arabischen Golfstaaten (GCC) vom 22. Juni 2009 (Nr. 2/2010)
Dem Freihandelsabkommen wird die Zustimmung erteilt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2009 Nr. 306
Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
- Schaffung eines Geldspielgesetzes (GSG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; Fernabsatzgesetz; Strafgesetzbuch; Steuergesetz; Gewerbegesetz; Konsumentenschutzgesetz; Sorgfaltspflichtgesetz (Nr. 3/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 21. / 22. / 23. April 2010
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. April 2010
- Ergebnis der Volksabstimmung vom 12./14. März 2010 über das Referendumsbegehren «Industriezubringer Schaan»
Das Ergebnis wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht und Antrag der Regierung betreffend die Motion zur kostenlosen Abgabe von LBA-Jahresabonnementen für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (Pflichtschulbereich) mit Wohnort in Liechtenstein (Nr. 16/2010)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Motion vom 23.11.2009 abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Gleichstellung von liechtensteinischen Leistungserbringern in Gesundheitsberufen mit ihren schweizerischen Berufskollegen in punkto Werbung und Empfehlung (Nr. 22/2010)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend den aktuellen Stand der «Marke Liechtenstein» (Nr. 35/2010)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) der Abgeordneten Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Rainer Gopp, Doris Frommelt, Gerold Büchel, Albert Frick, Manfred Batliner, Peter Lampert und Elmar Kindle vom 29. März 2010
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten und an die Regierung überwiesen.
- Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
  - Steuerabzüge für liechtensteinische Grenzgänger
  - Bahn 2030
- Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  - Bedarfsplanung für Spitzenmedizin und Apparate
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Senioren und Führerschein
  - Spitalstrategie
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  - Ausschreibung und Vergabe des Linienbus-Verkehrs
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  - Ausschreibung der Postautodienste
  - Steuerabkommen mit Uruguay
  - Steuerabkommen mit Deutschland
  - Fortsetzung des Liechtenstein-Dialogs
  - Projekt «Futuro»
  - Liechtenstein-Pavillon in Vaduz
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Streichung der Regierung von über CHF 80'000 an die Pfadfinder Liechtensteins
  - Staatsbeitrag an die Verfilmung des Kriminellen Heinrich Kieber
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  - Förderbeiträge
- Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  - Diskriminierung liechtensteinischer gemeinnütziger Strukturen durch das Vereinigte Königreich
- Anfrage des Abg. Albert Frick:
  - Bildungswesen
- Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  - Amnestie für inländische Steuerpflichtige
  - Geldspielgesetz

– Sitzverteilung in der Gleichstellungskommission
– Informationsbehinderung um Mobilfunk-Datenblätter
– Asylverfahren
– Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
– Einkommen der Ärzte
– Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) der Abgeordneten Wendelin Lampert, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Rainer Gopp, Doris Frommelt, Gerold Büchel, Albert Frick, Manfred Batliner, Peter Lampert und Elmar Kindle vom 29. März 2010 (Fortsetzung)
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten und an die Regierung überwiesen.
– Wahl eines Stellvertreters des Präsidenten der Regelungskommission für die restliche Mandatsperiode
– Stellvertreter: Dr.iur. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9487 Gamprin.
– Abänderung des Finanzbeschlusses zur Mitfinanzierung des Betriebes der grenzüberschreitenden Linie 70 des Verkehrsverbundes Vorarlberg für die Jahre 2009 und 2010 (Nr. 24/2010)
Die Abänderung des Finanzbeschlusses wird genehmigt.
– Verkehrsdienstebericht 2010 (Nr. 33/2010)
Dem Verkehrsdienstebericht wird die Zustimmung erteilt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (X/2009), (Nr. 25/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (I/2010), (Nr. 26/2010)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Albanien vom 17. Dezember 2009 (Nr. 13/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Serbien vom 17. Dezember 2009 (Nr. 14/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– 15 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), (Nr. 17/2010)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
– Abkommen vom 10. November 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Königreichs Belgien (Nr. 18/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen vom 10. November 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Königreichs der Niederlande (Nr. 19/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen vom 22. September 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Republik Frankreich (Nr. 20/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen vom 13. Oktober 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung Irlands (Nr. 21/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen vom 2. September 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (Nr. 27/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Fürstentums Andorra, der Regierung des Fürstentums Monaco, der Regierung von St. Vincent und den Grenadinen, der Regierung von Antigua und Barbuda und der Regierung von St. Kitts und Nevis (Nr. 28/2010)
Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and Customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (Nr. 30/2010)
Dem Übereinkommen wird zugestimmt. Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Beschluss Nr. 157/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Ände-

rung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates im Hinblick auf bestimmte Angabepflichten mittlerer Gesellschaften sowie die Pflicht zur Erstellung eines konsolidierten Abschlusses), (Nr. 34/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Schaffung eines Gesetzes über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (Nr. 15/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG) und des Mediengesetzes (MedienG), (Nr. 23/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG), (Nr. 29/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); 1. Lesung (Fortsetzung)
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG), (Nr. 32/2010); 1. und 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17. März 2010
Das Protokoll wird genehmigt.
- Geschäftsbericht 2009 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Programm Radio Liechtenstein), (Nr. 40/2010)
Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 43/2010)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 44/2010)
Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Finanzbericht 2009 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 45/2010)
Der Geschäftsbericht und der Finanzbericht 2009 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 46/2010)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2009 werden zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen (Nr. 42/2010)
Die Interpellationsbeanwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl der Datenschutzkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014
Vorsitz: Mirjam Amann, Pradafant 17, 9490 Vaduz; Stellvertreter der Vorsitzenden: Peter Marxer, Oberbühl 6, 9487 Gamprin; Mitglied: Lic.iur. Patrick A. Brunhart, Fanalwegle 6, 9494 Schaan; Ersatzmitglieder: Roland Banzer, Im Pardiel 30, 9494 Schaan; Jürgen Schädler, Schulstrasse 22, 9485 Nendeln.
- Wahl von zwei Ad-hoc-Richtern in Zusammenhang mit mehreren Beschwerdeverfahren vor dem Staatsgerichtshof
Ad-hoc-Richter: Dr. Michael Ritter, Im Mühleholz 1, 9490 Vaduz; Dr. Helmuth Schwärzler, Feldkircherstrasse 15, 9494 Schaan.
- Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Liechtensteiner Oberland 2012» (Nr. 37/2010)
Der Verpflichtungskredit wird genehmigt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (II/2010) (Nr. 47/2010)
Die Nachtragskredite werden genehmigt.
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - Aufgang bei der Post in Vaduz
  - Update über das Gesellschaftswesen betreffend Löschungen und Neugründungen
- Anfragen des Abg. Albert Frick:
  - Schulstandort Realschule und Sportschule Schaan
  - Pfadfinderschaft Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  - INES-Steuerprogramm
- Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  - Aktualität von liechtensteinischen Gesetzesvorschriften auf der Gesetzesdatenbank «LILEX»
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - Eltern-Kind-Forum
  - Pensionsversicherung für das Staatspersonal
  - externe Kosten für Presse- und Kommunikationsarbeit des Landes
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - effiziente Durchführung von Wirtschaftlichkeits-, Zweckmässigkeits- und Wirksamkeitsverfahren
  - finanzielle Lage der staatlichen Pensionsversicherung
- Entschädigung des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission (Schreiben der Regierung vom 13. April 2010, RA 2010/852-1778)
Die Entschädigung des Präsidenten der Landesgrundverkehrskommission wird genehmigt.
- Geschäftsbericht 2009 der der Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse des Fürstentums Liechtenstein (Nr. 41/2010)

Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.

– Geschäftsbericht 2009 der Liechtensteinischen Landesbank Aktiengesellschaft (Nr. 50/2010)
  Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Totalrevision des schiedsrichterlichen Verfahrens (Teilrevision der Zivilprozessordnung sowie Abänderung der Jurisdiktionsnorm und des Unfallversicherungsgesetzes), (Nr. 151/2008); [1. Lesung: 12. Dezember 2008]
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 und die Genehmigung eines Verpflichtungskredites (Nr. 36/2010)
  Der Vereinbarung sowie dem Verpflichtungskredit wird die Zustimmung erteilt.
– Gesamtschau und Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens (Nr. 51/2010)
  Die Gesamtschau und Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens wird zur Kenntnis genommen.
– Einbürgerung von Frau Daniela Gredig, Landstrasse 90, 9491 Ruggell
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Einbürgerung von Frau Christine Ilga Oehri, Spiegelstrasse 59, 9491 Ruggell
  Der Verleihung des liechtensteinischen Landesbürgerrechts wird, vorbehaltlich der Zustimmung S.D. des Erbprinzen Alois von Liechtenstein, zugestimmt.
– Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG), (Nr. 39/2010); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Steuersatzerhöhung auf 8%, 3.8%, 2.5%), (Nr. 49/2010); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen (Nr. 52/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 8. Juni 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 8. Juni 2010
– Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz, SteG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 48/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

Öffentliche Landtagssitzung vom 29. / 30. Juni / 1. Juli 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 29./30. Juni / 1. Juli 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. April 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Initiative betreffend die Abänderung des Gemeindegesetzes der Abgeordneten Christian Batliner, Wendelin Lampert, Doris Frommelt, Elmar Kindle, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser und Albert Frick vom 28. September 2009; 2. Lesung
  Die Initiative wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Postulat über die Schulbauten- und Schulraumplanung der Abgeordneten Gerold Büchel, Johannes Kaiser, Albert Frick, Peter Lampert, Wendelin Lampert, Christian Batliner, Manfred Batliner und Elmar Kindle vom 2. Juni 2010
  Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend die Verkehrspolitik 2010–2030 der Abgeordneten Peter Hilti, Gisela Biedermann, Peter Büchel, Gebhard Negele, Doris Beck, Arthur Brunhart, Günther Kranz, Werner Kranz, Marlies Amann-Marxer und Thomas Vogt vom 7. Juni 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Wahl eines Richters des Verwaltungsgerichtshofes für den Rest der fünfjährigen Amtsperiode (13.10.2009 – 12.10.2014)
– Richter: Lic.iur. HSG Adrian Rufener, Schlosshaldenstrasse 24, CH-9300 Wittenbach.
– Wahl eines Richters und eines Ersatzrichters des Verwaltungsgerichtshofes für die fünfjährige Amtsperiode (13.10.2010 – 12.10.2015)
  Richter: Lic.iur. et Lic.oec. Andreas Batliner, Kriesebrogg 6, 9488 Schellenberg; Ersatzrichter: Lic.iur. LL.M. Christoph Büchel, Feldstrasse 11, 9490 Vaduz.
– Wahl eines Landrichters
  Landrichter: Dr. Dietmar Baur, Schwefelstrasse 33, 9490 Vaduz.
– Wahl eines Ad-hoc-Richters des Landgerichts für die Zeit vom 1. August 2010 bis 31. Dezember 2010
  Ad-hoc-Richter: Dr. Josef Fussenegger, Steinstrasse 16A, A-6845 Hohenems.
– Wahl eines Senatsvorsitzenden des Obergerichtes
  Senatsvorsitzender: Lic.iur. Uwe Öhri, Rosenstrasse 54, 9493 Mauren.
– Wahl einer unabhängigen Findungskommission zur Bestellung der Leitungsperson der Finanzkontrolle
  Vorsitz: Carl Schädler, Gschind 723, 9497 Triesenberg; Mitglieder: Lic.oec.pupl. Martin Billeter, Püntenstrasse 16, CH-8932 Mettmenstetten; Dr.rer.soc.oec. Herbert Schmalhardt, Alberlochstrasse 17a/22, A-6911 Lochau.

– Bericht von Landtag, Regierung und Gerichte 2009 (Nr. 38/2010)
  Der Bericht von Landtag, Regierung und Gerichten 2009 wird genehmigt. Der Regierung und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Landesverwaltung wird der Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen
– Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2009 (Nr. 63/2010)
  Die Landesrechnung 2009 wird genehmigt. Dem Finanzbeschluss über die Zuweisung des Ertragsüberschusses von CHF 59'167'278 an die Übrigen Eigenmitteln wird zugestimmt
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – Ortsplanung Mauren
  – Mobilfunk-Antenne beim Tunnelportal Steg und Polycom-Mast Kulm
  – Schulreform – wie weiter? – und Umbau Realschule Balzers
  – Kommunikationsarbeit zum Finanzplatz
– Anfragen des Abg. Rainer Gopp:
  – MRI am Landesspital
  – Liechtensteiner Skiverband
– Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
  – Landesspital
– Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
  – Webpage der Regierung
– Anfragen des Abg. Peter Lampert:
  – Wirtschaftspolitik
  – Wahl eines leitenden Landesangestellten in den Verwaltungsrat der Medienhaus AG
– Anfragen des Abg. Gerold Büchel:
  – «ausgewogen 2015»
  – Führerausweis bei grenzüberschreitender Tätigkeit
– Anfrage der Abg. Diana Hilti:
  – «E-Government»
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Tarifverhandlungen im Gesundheitswesen
  – Staatliche Pensionsversicherung
– Anfrage des Abg. Manfred Batliner:
  – Arbeitslosenversicherungsgesetz
– Massnahmenpaket zur Sanierung des Landeshaushalts (Nr. 73/2010)
  Den Anträgen der Regierung wird zugestimmt.
– Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2011 (Nr. 75/2010)
  Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2011 wird auf CHF 54 Mio. festgelegt.
– Geschäftsbericht 2009 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (Nr. 57/2010)
  Der Geschäftsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Tätigkeitsbericht 2009 der Datenschutzstelle des Fürstentums Liechtenstein
  Der Tätigkeitsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Jahresbericht 2009 des Liechtensteinischen Landesspitals (Nr. 65/2010)
  Der Jahresbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.
– Bericht über die Justizpflege 2009 der Gerichte (Nr. 80/2010)
  Der Bericht über die Justizpflege 2009 der Gerichte wird zur Kenntnis genommen.
– Schaffung eines Geldspielgesetzes (GSG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; Fernabsatzgesetz; Strafgesetzbuch; Steuergesetz; Gewerbegesetz; Konsumentenschutzgesetz; Sorgfaltspflichtgesetz (Nr. 3/2010); [1. Lesung: 17. März 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 77/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (Nr. 15/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 76/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG) und des Mediengesetzes (MedienG), (Nr. 23/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 69/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; SteAHG), (Nr. 29/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 71/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and Customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland (Nr. 30/2010); [1. Lesung: 22. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 72/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein (Nr. 54/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 11/2010 sowie Beschluss Nr. 29/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2008/57/

EG über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems und Richtlinie 2008/110/EG über Eisenbahnsicherheit), (Nr. 55/2010)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 55/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE)), (Nr. 56/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik San Marino zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 58/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Grossherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Nr. 59/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 147/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen), (Nr. 62/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag, LGBl. 2010 Nr. 101
  Die Bereinigung der Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 60/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Offenlegungsgesetzes (Nr. 64/2010); 1. und 2. / 3. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 66/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gewerbegesetzes (GewG) zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Erleichterungen für Gewerbetreibende (Gewerbepaket 2010), (Nr.68/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes (Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften), (Nr. 74/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 22. / 23. / 24. September 2010
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. September 2010
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 26. Mai 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 8. Juni 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 29./30. Juni / 1. Juli 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
- Petition betreffend die betriebliche Personalvorsorge vom 13. Juli 2010, überreicht von Herrn Sven Winkler, 9490 Vaduz
  Die Petition wird behandelt. Die Regierung wird aufgefordert, die Petition bezüglich der sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen umfassend zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten.
- Postulat zur Spitalpolitik der Abgeordneten Jürgen Beck, Diana Hilti und Harry Quaderer vom 16. August 2010
  Einer Überweisung an die Regierung wird nicht zugestimmt.
- Anfrage des Abg. Günther Kranz:
  - Telecom Liechtenstein AG
- Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  - China und Liechtenstein
  - Dampflokomotive 77.250
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - China-Reise der liechtensteinischen Delegation
  - Agenda 2020
  - Ausgaben Liechtensteins für die Entwicklungszusammenarbeit
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - IWF und Weltbank
  - Wasservergabe im Hallenbad Eschen
- Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  - Anerkennung der LBA-Fahrscheine
- Anfrage des Abg. Thomas Vogt:
  - Geldspielgesetz
- Wahl eines Richters sowie eines Ersatzrichters des Staatsgerichtshofes
  Richter: Lic.iur. Marzell Beck, Pradafant 1, 9490 Vaduz; Ersatzrichter: Lic.iur. Markus Wille, Mariahilf 34, 9496 Balzers.
- Wahl der beiden Stellvertreter des Präsidenten des Obergerichtes
  Erster Stellvertreter: Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, 6890 Lustenau; Zweiter Stellvertreter: Lic.iur. Uwe Öhri, Rosenstrasse 54, 9493 Mauren.
- Wahl eines Stellvertreters eines Senatsvorsitzenden des Obergerichtes
  Stellvertreter: Dr. Gerhard Mislik, Blütenweg 14, 6800 Feldkirch.
- Wahl eines Stellvertreters des Landgerichtspräsidenten

Stellvertreter: Dr. Wilhelm Ungerank, Badäl 225, 9497 Gamprin-Bendern.

– Wahl eines Landrichters
  Landrichter: Mag. Stefan Rosenberger, [redacted].
– Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (WPRG) sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG vom 17. Mai 2006 – Abschlussprüfer-Richtlinie), (Nr. 78/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Ausserstreitgesetzes (samt Begleitgesetze: ZPO, JN, ABGB, PGR, EheG, SR, RechtspflegerG, RSO und GGG (Nr. 79/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Beschluss Nr. 37/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 77/91/EWG, 78/855/EWG und 82/891/EWG des Rates sowie der Richtlinie 2005/56/EG hinsichtlich der Berichts- und Dokumentationspflicht bei Verschmelzungen und Spaltungen), (Nr. 81/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein am EWR-Finanzierungsmechanismus für die Jahre 2009 – 2014 (Nr. 90/2010)
  Der Beteiligung wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 50/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/26/EG über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- und Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen und der Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten im Hinblick auf verbundene Systeme und Kreditforderungen), (Nr. 84/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Beschluss Nr. 54/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen), (Nr. 87/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (III/2010), (Nr. 91/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden bewilligt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Schaffung eines Tierschutzgesetzes, Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden und Abänderung der Strafprozessordnung (Nr. 31/2010); [1. Lesung: 22./23. April 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 94/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 48/2010); [1. Lesung: 8. Juni 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 83/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (Nr. 66/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 93/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gewerbegesetzes (GewG) zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Erleichterungen für Gewerbetreibende (Gewerbepaket 2010), (Nr.68/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 86/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG), (Nr. 61/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über den Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen (Organismengesetz; OrgG), (Nr. 67/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 70/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein (Nr. 82/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 85/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; ALVG), (Nr. 88/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Geoinformationsgesetzes (GeoIG), (Nr. 89/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 92/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 20. / 21. Oktober 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2010
– Postulat zur künftigen Raumentwicklung und Zen-

trumsgestaltung von Schaanwald und Nendeln der Abgeordneten Christian Batliner, Manfred Batliner, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Johannes Kaiser, Elmar Kindle, Albert Frick, Peter Lampert und Rainer Gopp vom 29. September 2010
Der Überweisung des Postulats wird nicht zugestimmt.

- Postulatsbeantwortung betreffend ein Konzept zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (Nr. 101/2010)
  Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen. Das Postulat vom 22. Oktober 2009 wird abgeschrieben.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die Verkehrspolitik der Regierung (Nr. 103/2010)
  Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Entschädigung der Präsidentin der Datenschutzkommission (Schreiben der Regierung vom 21. September 2010, RA 2010/1975-1778)
  Der Entschädigung der Präsidentin der Datenschutzkommission wird zugestimmt.
- Anfragen der Abg. Diana Hilti:
  - Langzeitpflege bei LAK und im Landesspital
  - Palliativmedizin im Landesspital
  - Strategie 2020 des Landesspitals
- Anfrage des Stv. Abg. Hubert Lampert:
  - Torinsel Ortseinfahrt Ziel Mauren
- Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  - Teleshopping
  - Analyse Spitalpolitik
  - Bürokratie und Personalbestand der FMA
- Anfrage des Abg. Peter Hilti:
  - Konzessionsvergaben Casino in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  - Bruttoleistungen OKP an Ärzte mit Sitz in Liechtenstein
  - stationäre und ambulante Spitalkosten im Kanton Appenzell Innerrhoden
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  - Lärmschutzverordnung
  - Ortsplanung Mauren
  - Verein Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
  - Industrieanbindung Vaduz–Triesen
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2010), (Nr. 109/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
- Anpassung der Verfassung im Rahmen der Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes (Nr. 97/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und einhellig verabschiedet.
- Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie Anpassung des Volksrechtegesetzes (Nr. 121/2008); [1. Lesung: 21.11.2008] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 96/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz) und die Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 70/2010); [1. Lesung: 23. September 2010]; 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen (Nr. 52/2010); [1. Lesung: 26. Mai 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 104/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes (Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften), (Nr. 74/2010); [1. Lesung: 1. Juli 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 102/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei (Polizeigesetz; PolG), (Nr. 61/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 108/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 71/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/131/EG zur Änderung von Anhang VII der Richtlinie 2008/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems), (Nr. 95/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen (Nr. 99/2010)
  Dem Abkommen wird zugestimmt.
- Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes vom 14. September 2010 sowie betreffend die Schaffung eines neuen Strahlenschutzgesetzes (Nr. 100/2010); 1. und 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 98/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Rechtshilfegesetzes (RHG), (Nr. 105/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

– Abänderung des Amtshaftungsgesetzes (Nr. 106/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile (LGBl. 2006 Nr. 72), (Nr. 107/2010); 1. u. 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 24. / 25. / 26. November 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. November 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 22./23./24. September 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Petition betreffend «Solidarisches Liechtenstein» der ehemaligen und aktuellen Fachkräfte und PraktikantInnen des LED im Ausland vom 28. Oktober 2010
  Für die Petition wird im Sinne von Art. 42 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Landtag eine andere Massnahme beschlossen.
– Petition «Wir wollen solidarisch sein», initiiert vom Verein Welt und Heimat, Verein Offene Kirche Liechtenstein, Demokratiebewegung in Liechtenstein, WIR TEILEN – Fastenopfer Liechtenstein
  Das Anliegen der Petition wird im Rahmen der Behandlung der Petition «Solidarisches Liechtenstein» abgehandelt.
– Postulat über die häusliche Betreuung und Pflege der Abgeordneten Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Peter Lampert, Elmar Kindle, Christian Batliner, Gerold Büchel, Johannes Kaiser und Albert Frick vom 25. Oktober 2010
  Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
– Interpellation betreffend die Regierungskommunikation der Abgeordneten Albert Frick, Christian Batliner, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Gerold Büchel, Peter Lampert, Rainer Gopp, Manfred Batliner, Johannes Kaiser und Elmar Kindle vom 25. Oktober 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Stellungnahme der Initianten zur Initiative zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 25. Oktober 2010; 2. Lesung
  Die Stellungnahme der Initianten wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Landrichters (Schreiben Richterauswahlgremiums vom 29. Oktober 2010)
  Landrichter: Dr. Hermann Schöpf, Brennerstrasse 5f, 6020 Innsbruck.
– Vorschlag des Richterauswahlgremiums für die Wahl eines Ad-hoc Richters für den Staatsgerichtshof (Schreiben Richterauswahlgremiums vom 12. November 2010)
  Ad-hoc Richter: Lic.iur. Daniel Tschikof, Landstrasse 99, 9494 Schaan.
– Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
  – Mietwohnungen oder Einlegerwohnungen im Landwirtschaftsgebiet
  – Kaiserliches Plagiat
  – Schaaner Dampflok
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Flugblatt mit dem Titel «Nationaler Sozialismus»
– Anfragen der Stv. Abg. Helen Konzett Bargetze:
  – kontrollierte Zuwanderung
  – hängige Asylgesuche
– Anfragen des Abg. Thomas Vogt:
  – Verwaltungsgebäude Äule Nr. 38
  – Mobilfunkversorgung im Alpengebiet
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – S-Bahn
– Anfragen des Abg. Peter Hilti:
  – Chinareise die Zweite
  – Haus Äule Nr. 38
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Kulturstiftung und Interessenskonflikt
  – Funktion des FMA-Vorsitzenden
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Teilrevision des Arzttarifs
  – stationäre und ambulante Spitalbruttokosten in der Schweiz
– Anfragen des Abg. Christian Batliner:
  – Verhandlungen mit Deutschland
  – Erledigung von Straffällen und Diversion
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2010), (Nr. 125/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.
– Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; ALVG), (Nr. 88/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 118/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2010), (Nr. 114/2010)
  Der Hochbautenbericht 2010 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
– Bau und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein für das Jahr 2011 (Verkehrsinfrastrukturbericht 2011), (Nr. 121/2010)
  Dem Verkehrsinfrastrukturbericht 2011 wird zugestimmt. Der Finanzbeschluss wird genehmigt.
– Finanzplanung 2011 bis 2015, (Nr. 126/2010)
  Der Bericht zur Finanzplanung 2011 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.
– Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2011, (Nr. 117/2010)

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2011 wird inkl. Nachträge genehmigt. Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Das Finanzgesetz für das Jahr 2011 wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet sowie für dringlich erklärt.

– Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtag (Stellenplan 2010/2011), (Nr. 122/2010)
  Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt. Gegenüber dem Stellenplan 2009/2010 bleibt die Zahl der ständigen Stellen mit diesem Beschluss unverändert auf 839.85. Die Ausgleichsstellen bleiben ebenfalls unverändert auf 25.10 Stellen.
– Schaffung eines Gesetzes über die Telecom Liechtenstein (TLIG), (Nr. 104/2009); [1. Lesung: 17. Dezember 2009] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 119/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Gesetzes über den Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen (Organismengesetz; OrgG), (Nr. 67/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 116/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften (WPRG) sowie weiterer Gesetze (Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG vom 17. Mai 2006 – Abschlussprüfer-Richtlinie), (Nr. 78/2010); [1. Lesung: 22. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 111/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Ausserstreitgesetzes (samt Begleitgesetze: ZPO, JN, ABGB, PGR, EheG, SR, RechtspflegerG, RSO und GGG (Nr. 79/2010); [1. Lesung: 22. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 113/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein (Nr. 82/2010); [1. Lesung: 23. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 115/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 92/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 124/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AuG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Personenfreizügigkeitsgesetz; PFZG und Bürgerrechtsgesetz; BüG), (Nr. 110/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Gesetzes vom 2. Juli 1974 über das Strafregister und die Tilgung gerichtlicher Verurteilungen sowie des Strafvollzugsgesetzes (Nr. 112/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Totalrevision des Eisenbahngesetzes (Nr. 120/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Finalitätsgesetzes und des Sachenrechts, (Nr. 127/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 123/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Kleine Anfragen Beantwortung

Öffentliche Landtagssitzung vom 15./16. Dezember 2010

– Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16. Dezember 2010
– Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2010
  Das Protokoll wird genehmigt.
– Interpellation betreffend Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds IWF und zur Weltbankgruppe der Abgeordneten Johannes Kaiser, Albert Frick, Gerold Büchel, Elmar Kindle, Peter Lampert, Doris Frommelt, Renate Wohlwend, Wendelin Lampert, Manfred Batliner, Rainer Gopp vom 22. November 2010
  Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
– Liste über den Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen (Schreiben der Regierung vom 7. Dezember 2010)
  Die Liste wird zur Kenntnis genommen.
– Ersatzwahl für die Beschwerdekommission (Schreiben von Herrn Lic.iur. Christian Ritter vom 26. Oktober 2010)
  Lic.iur. Rolf Feger, Am Irkales 7, FL-9490 Vaduz.
– Wahl eines Mitglieds OSZE Parlamentarierdelegation infolge Rücktritts (Rücktrittsschreiben von Frau Doris Beck vom 21. November 2010)
– Mitglied: Stellv. Abgeordnete Marion Kindle-Kühnis, Meierhofstr. 126 G, 9495 Triesen.
– Wahl des Landgerichtspräsidenten (Schreiben Richterauswahlgremium vom 3. Dezember 2010)
  Landgerichtspräsident: Dr. Paul Meier, Landrichter, Wiesengasse 15, 9494 Schaan.
– Wahl eines Ad-hoc-Richters des Obersten Gerichtshofes (Schreiben Richterauswahlgremium vom 3. Dezember 2010)
  Ad-hoc-Richter: Dr. Helmut Neudorfer, Schanzweg 4 c, A-6800 Feldkirch.
– Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (VI/2010), (Nr. 137/2010)
  Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss (Kreditüberschreitungen) wird als dringlich erklärt.

– Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung im Rahmen der Umsetzung des «Copenhagen Accords» (Nr. 135/2010)
  Der Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung wird genehmigt.
– Beteiligung des Fürstentums Liechtenstein an der zweiten Kapitalerhöhung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBWE (Nr. 128/2010)
  Die Beteiligung wird genehmigt.
– Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 123/2010), [1. Lesung: 26. November 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 141/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 60/2010); [1. Lesung: 30. Juni 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 140/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Abänderung des Gewässerschutzgesetzes (Nr. 85/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 134/2010); 2. Lesung
– Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Anfrage des Abg. Rainer Gopp:
  – MRI-Untersuchungen
– Anfrage des Abg. Peter Lampert:
  – Gewässerschutz
– Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
  – Gesundheitskosten in Liechtenstein im Jahr 2010
  – Tarifsystem Tarmed
– Anfrage des Abg. Peter Büchel:
  – Strassenbau
– Anfrage des Abg. Gerold Büchel:
  – Standardprüfungen
– Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
  – Wahlrecht für Ausland-Liechtensteiner
  – Angebot an Pflegeplätzen und LAK-Satellit in Mauren
– Anfragen des Abg. Pepo Frick:
  – Änderung des Gewässerschutzgesetzes
  – 62. Jahrestag der Allgemeinerklärung der Menschenrechte
– Anfrage des Abg. Werner Kranz:
  – Eisenbahnverkehr
– Anfrage des Abg. Albert Frick:
  – Steuerinformationsabkommen
– Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
  – Museum der Hilti art foundation
– Anfrage des Abg. Christian Batliner:
  – Steuerinformationsabkommen
– Schaffung eines Geoinformationsgesetzes (GeoIG), (Nr. 89/2010); [1. Lesung: 24. September 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 136/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Nr. 98/2010); [1. Lesung: 21. Oktober 2010] – Stellungnahme der Regierung (Nr. 131/2010); 2. Lesung
  Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
– Beschluss Nr. 085/2010 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/27/EG der Kommission vom 7. April 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für das Risikomanagement; Richtlinie 2009/83/EG der Kommission vom 27. Juli 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mit technischen Bestimmungen über das Risikomanagement; Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Abänderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Grosskredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement; Richtlinie 2010/__/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom___.xxx 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapital-Anforderungen für Handelsbuch und Weiterverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik, KOM (2009)0362 vom 7. Juli 2010;), (Nr. 129/2010)
  Dem Beschluss wird zugestimmt.
  Anpassung des Faktors (K) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012 bis 2015 (Nr. 138/2010)
– Die Festlegung der Anpassung wird im Rahmen des von der Regierung vorzulegenden Gesamtpakets beschlossen.
– Schaffung eines Gesetzes über Patientenverfügungen (Patientenverfügungsgesetz – PATVG), (Nr. 130/2010); 1. Lesung
  Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
– Schaffung eines Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze, (Nr. 139/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Abänderung des Gleichstellungsgesetzes (GLG), des Arbeitsvertragrechts (ABGB) sowie des Vermittleramtsgesetzes (VAG) (Umsetzung der Richtlinien 2006/54/EG und 2004/113/EG, (Nr. 132/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
– Gesetz über die e-Geldinstitute (e-Geldgesetz), die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Bankengesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Gesetzes über die Finanzmarktaufsicht, des Zahlungsdienstgesetzes sowie des Gewerbegesetzes, (Nr. 133/2010); 1. Lesung
– Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

– Wahl des Landesausschusses
– Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Arthur Brunhart werden gewählt:
– Abg. Peter Hilti
– Abg. Elmar Kindle
– Abg. Günther Kranz
Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend.
– Kleine Anfragen Beantwortung
– Schliessung des Landtags

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Per 1. Januar 2010 ist das neue Gesetz über die Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz) in Kraft getreten. Nach jahrelangen Vorberatungen sind mit einer eigenen gesetzlichen Grundlage für die Finanzkontrolle deren Unabhängigkeit gestärkt und die Anforderungen an eine moderne Finanzaufsicht umgesetzt worden.

Die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht, welche den Landtag und die Regierung in ihren Aufsichtsfunktionen unterstützt, ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushalts. Hauptbereiche der Tätigkeit der dem Landtag zugeordneten Finanzkontrolle sind die Prüfung der Landesrechnung, interne und externe Revisionen im Rahmen der Umsetzung des jährlichen Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Zur Umsetzung des Finanzkontrollgesetzes hat der Landtag in seiner November-Sitzung 2009 zwei zusätzliche Stellen in der neu dem Landtag zugeordneten Finanzkontrolle geschaffen, wodurch sich der seit ihrer Verselbständigung am 1. Januar 2004 unveränderte Personalbestand in der Finanzkontrolle von 2.4 auf 4.4 Stellen erhöhte. Ursprünglich geplant war die Aufstockung des Personalbestandes auf 6 Stellen. In Anbetracht der Finanzlage des Staates ist die Schaffung der weiteren Stellen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und der Prüfungsumfang gegenüber der ursprünglichen Planung entsprechend reduziert worden.

Die neuen Stellen konnten im Verlaufe des Jahres 2010 mit qualifizierten Personen besetzt werden.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss dem am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Finanzkontrollgesetz unterstützt die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht sowohl den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung ihrer verfassungsmässigen Finanzkompetenzen sowie ihrer Oberaufsicht über das öffentliche Finanzgebaren und die öffentliche Rechnungslegung als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion.

Die Aufgaben der Finanzkontrolle beinhalten die Prüfung der Landesrechnung, die Prüfung des Finanzgebarens und der Rechnungslegung von staatlichen Stellen, die Prüfung von staatlichen Finanzhilfen und Abgeltungen, die Prüfung des öffentlichen Beschaffungswesens, die Prüfung der internen Kontrollsysteme auf ihre Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sowie die Prüfung von IT-Systemen hinsichtlich ihrer Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Die Finanzkontrolle ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur dem Recht verpflichtet.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien der Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ausgeübt.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm
Das jährliche Revisionsprogramm wird von der Finanzkontrolle festgelegt und nach der Anhörung in der Geschäftsprüfungskommission der Regierung zur Kenntnis gebracht. Das Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle die Landesrechnung, staatliche Stellen, selbständige und unselbständige öffentlichrechtliche Stiftungen und Anstalten, interne Kontrollsysteme etc. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen in Zusammenhang mit Bildungs- und Sozialinstitutionen in der Schweiz nimmt die Finanzkontrolle auch dort Revisionsstellenmandate wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem immer wieder Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen
Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden, unter der Leitung der Finanzkontrolle, einer Informatik-Revision durch spezialisierte externe IT-Prüfungsgesellschaften unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird.

Interne Finanzaufsicht
Im Bereich der internen Finanzaufsicht prüft die Finanzkontrolle Ausgaben hinsichtlich ihrer Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit und Wirtschaftlichkeit, verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags besteht eine intensive und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle nimmt an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission teil und informiert direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Die jeweiligen Prüfungsergebnisse und notwendige Massnahmen werden in den Sitzungen der Kommission zusammen mit der Regierung diskutiert und die weitere Vorgehensweise festgelegt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie Entwicklungen im öffentlichen Revisionsbereich mitgestaltet.

Datenschutzstelle

Leiter: Dr. Philipp Mittelberger

Die Arbeit der Datenschutzstelle (DSS) umfasst die Schwerpunkte Information, Beratung und Aufsicht. Nachdem im Vorjahr so viele Anfragen wie noch nie eingegangen waren, konnte im Berichtsjahr eine neue Höchstzahl verzeichnet werden. Neben der Beratung war auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit wieder zentral.

Beratung privater Personen und Behörden

Die Beratung privater Personen und Behörden ist eine Kernaufgabe. Im Berichtsjahr gingen insgesamt 523 Anfragen ein, so viele Anfragen wie nie zuvor. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, stammen die meisten Anfragen nach wie vor von der Landesverwaltung. Bei den Sachgebieten standen allgemeine Datenschutzthemen gefolgt von Gesetzesvorhaben sowie der Geltendmachung gesetzlicher Rechte im Vordergrund.

	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie, Gewerbe, Dienstleistung	Internationales	Landesverwaltung und Behörden	Medien	Privatpersonen	Vereine, Verbände
Datenschutz allgemein	14	3	16	14	55	14	22	34
Arbeitsbereich			9		1	6	1	1
Datenbekanntgabe Inland	1	6	1		22		11	3
Datenbekanntgabe Auslandsbezug	6		10	2	11	5	1	9
Geltendmachung gesetzlicher Rechte	2		4		7		32	5
Gesetzesvorhaben				3	51	1		
Gesundheit/Soziales			1		4		1	1
Polizei/Sicherheit			1		6	14	6	1
Register der Datensammlungen	2	1	13	12	2			
Technologischer Datenschutz	1		9		11	5	9	4
Telekommunikation	3		6		2	2	1	1
Wirtschaft/Finanzen	8		6		2		1	4
Gesamtergebnis	**37**	**10**	**76**	**31**	**174**	**47**	**85**	**63**

Stellungnahmen zu Vorlagen und Erlassen

Im Berichtsjahr gab die Datenschutzstelle 26 Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens ab. Als Querschnittsmaterie sind sämtliche Gesetzesprojekte auch hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Relevanz zu überprüfen. Als Beispiele sind die Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; StEHG), das Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG), die Schaffung eines Gesetzes über die Staatsanwaltschaft, die Abänderung des Gesetzes über die Ausländer (Ausländergesetz; AUG), die Totalrevision des Flüchtlingsgesetzes, die Revision des Gewerbegesetzes (Umsetzung Berufsqualifikationsrichtlinie), die Totalrevision des E-Geldgesetzes und des Gesetzes über den Konsumkredit zu nennen. Weiters konnte die DSS bei der Schaffung eines Gesetzes über das zentrale Personenregister (ZPRG) mitarbeiten. Auch wurden in Bezug auf den bevorstehenden Schengenbeitritt zu Gesetzesvorhaben und Gesetzesänderungen Stellungnahmen abgegeben. Als Beispiele hierfür sind die Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems und des SIRENE-Büros (N-SIS-Verordnung) sowie die Verordnung über die Informationssysteme bei der Landespolizei (PolISV) zu nennen.

Bewilligungen von Videoüberwachungsanlagen

Mit dem revidierten Datenschutzgesetz wurde 2009 eine Genehmigungspflicht für Videoüberwachungsanlagen im öffentlich zugänglichen Raum eingeführt. Im Berichtsjahr gingen acht Neuanträge bei der DSS ein. 23 Bewilligungen wurden erteilt. Ein Antrag wurde abgelehnt. Vier Bewilligungen wurden bei der Datenschutzkommission angefochten.

Genehmigung von Datentransfers in Drittländer

Weiters wurde 2009 eine Genehmigungspflicht von Standardvertragsklauseln und verbindlichen unternehmensinternen Datenschutzregelungen (Binding Corporate Rules, BCR) eingeführt, die Datentransfers in Drittländer regeln. Betreffend die Genehmigung von BCR gab es im Jahr 2010 nur einen Antrag, der nach einer Prüfung an das Ressort Justiz zu einer möglichen Genehmigung weiter geleitet wurde. Das Genehmigungsverfahren war 2010 noch nicht abgeschlossen. Ausserdem ging eine Informationsmeldung über die Verwendung von Standardvertragsklauseln bei der DSS ein, die aber gemäss Art. 6 Abs. 5 DSV keiner Genehmigungspflicht unterliegen.

Aufsicht

Die Unterscheidung zwischen der Beratung und der Aufsicht ist oft fliessend. Es ist deshalb schwierig, konkrete Zahlenangaben zu machen, zumal auch nicht alle Fälle bis Jahresende abgeschlossen werden konnten. Nennenswert ist aber immerhin Folgendes:

Im Rahmen der letzten Revision des Kommunikationsgesetzes wurde die DSS durch den Gesetzgeber beauftragt, im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung Kontrollen bei den entsprechenden Unternehmen durchzuführen (Art. 52b). Es wurden erste Vorbereitungen zur Durchführung einer solchen Kontrolle getroffen.

Speziell zu nennen ist weiters eine Meldung der Regierung zur Klärung des Sachverhalts nach Art. 30 DSG zu den Plänen von Google Inc., auch Strassenansichten in Liechtenstein für den Dienst «Street View» zu erfassen. Die DSS war mit Google in einem sehr intensiven Kontakt und konnte sich auf zahlreiche sehr nützliche Informationen anderer Datenschutzbehörden aus dem EWR und der Schweiz stützen. Nach Kenntnis der DSS wurden bis Ende des Berichtsjahres keine Strassenansichten für den Dienst Google Street View in Liechtenstein aufgenommen.

Führung des Registers der Datensammlungen

Beim Register der Datensammlungen gab es kaum Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Immerhin konnte die technische Neulösung zur Vereinfachung der Pflege des Registers abgeschlossen werden. Zu Jahresende waren 542 Datensammlungen im Register registriert. Das Ressort Justiz wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Anmeldepflichten zum Register teils angepasst werden sollten; insbesondere wurde vorgeschlagen, die Anmeldepflicht vor allem auf grosse Unternehmen zu fokussieren und damit kleinere Unternehmen administrativ zu entlasten.

Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Die DSS arbeitete im Berichtsjahr bei folgenden Arbeitsgruppen mit: Elektronisches Gesundheitsnetz, Zentrale Personenverwaltung, Statistik (nationale Wissensbasis zu Gleichstellungsdaten), Krebsregister, Terrorist Information Sharing Agreement und Operative Umsetzung Schengen/Dublin. Da die DSS keine der genannten Gruppen geleitet hat, wird auf die Beschreibung der Inhalte verzichtet.

Internationale Arbeitsgruppen

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden ist sehr wichtig, da sich angesichts einer globalisierten Welt und der rasanten technischen Entwicklungen etliche Probleme mit internationalen Aspekten stellen. In verschiedenen Gremien wurden unter ande-

rem folgende, auch für Liechtenstein wichtige, Themen diskutiert:

Bereits im Vorjahr zeichnete sich eine mögliche Revision der Datenschutzrichtlinie ab. Die Artikel-29-Arbeitsgruppe beschäftigte sich im Berichtsjahr mit der Auslegung verschiedener Bestandsteile der Richtlinie. Eigentliche Kernthemen waren unter anderem die Anforderungen an «Google Street View» festzulegen sowie der Abschluss einer harmonisierten Kontrolle zur Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten im Telekommunikationsbereich. Im Beratenden Ausschuss des Europarates wurden die Arbeiten an einer Empfehlung zum Thema «Profiling» abgeschlossen. Die DSS nahm als Beobachter an Sitzungen der Working Party on Police and Justice, des Gemeinsamen Kontrollausschusses Schengen sowie der Eurodac Supervision Coordination Group teil. Die beiden letztgenannten Gremien koordinieren Kontrollen, an denen sich die DSS nach dem Beitritt Liechtensteins zu den Abkommen von Schengen und Dublin beteiligen wird. In der International Working Group on Data Protection in Telecommunications (IWGDPT) wurde das Arbeitspapier «Mobile Verarbeitung personenbezogener Daten und Datensicherheit» angenommen, welches durch die DSS initiiert und massgeblich mit gestaltet wurde.

Öffentlichkeitsarbeit

Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Datenschutz gehören ebenfalls zu den zentralen Aufgaben der DSS. Wesentliche Plattform zur Information der Öffentlichkeit stellt die Internetseite dar, auf der regelmässig und kostengünstig über ein aktuelles Thema berichtet wird. Davon sind vor allem die Folgenden stichwortartig zu nennen: Bericht der Artikel-29-Arbeitsgruppe über die Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten und ein Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum selben Thema; Google Street View; mobile Bearbeitung personenbezogener Daten. Die DSS ist auch auf Facebook präsent. Schliesslich wurden Richtlinien zum Datenschutz am Arbeitsplatz erlassen. Die Anzahl der Zugriffe auf die Internetseite während des Berichtsjahres betrug 56'482, bei 8'961 unterschiedlichen Besuchern.

Die DSS trägt ihren Beitrag im Rahmen des Präventionsprojektes «Gateway - Abenteuer Neue Medien» des Amtes für Soziale Dienste (ASD) bei; im Berichtsjahr vor allem anlässlich der Kick-Off Veranstaltung sowie der LIHGA, an der das ASD mit einem Stand vertreten war.

Veranstaltung anlässlich des Europäischen Datenschutztages

Der Europäische Datenschutztag dient der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu Themen, welche die breite Öffentlichkeit betreffen. Anlässlich des 4. Europäischen Datenschutztages fand wiederum in Zusammenarbeit mit der Hochschule eine öffentliche Veranstaltung statt. Thema war «Einblicke in die Welt von Google & Co: Von Informationsjägern und Datensammlern».

Schulungen

Die DSS führte im Berichtsjahr eine allgemeine Schulung für Mitarbeiter der Landesverwaltung durch. Eine weitere Schulung zum Thema «Spuren im Internet» fand ebenfalls in der Landesverwaltung, aber auch im Rahmen der Erwachsenenbildung und an einer Diskussion des Vereins Sicheres Liechtenstein statt. Schliesslich wurde im Rahmen des Moduls «Risk and Security Management» an der Hochschule informiert.

Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche

Ombudsfrau: Margot Sele

Eine Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein

Am 22. Oktober 2009 wählte der Landtag erstmals eine Ombudsperson für Kinder und Jugendliche in Liechtenstein. Zur Ombudsfrau wurde für eine Amtsdauer von vier Jahren Margot Sele, Vaduz, bestellt. Sie hat ihre Funktion am 1. Januar 2010 vorerst mit einem Auftragspensum von 40 Stellenprozenten aufgenommen.

Rechtsgrundlage

Mit der Ratifizierung der 1989 von der UNO verabschiedeten Kinderrechtskonvention (UNKRK) hat sich Liechtenstein 1995 verpflichtet, die Kinderrechte zu respektieren und umzusetzen.

Im neuen Kinder- und Jugendgesetz (KJG), welches am 1. Februar 2009 in Kraft getreten ist, wurde die Grundlage für die Funktion einer Ombudsperson für Kinder und Jugendliche geschaffen. Der Auftrag der Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ergibt sich aus dem Kinder- und Jugendgesetz (KJG), Art. 96 – 100.

Gesetzlicher Auftrag

Laut Kinder- und Jugendgesetz (KJG) hat die Ombudsperson folgende Aufgaben zu erfüllen:

Allgemein zugängliche Anlaufstelle
Die Ombudsstelle ist eine allgemein zugängliche, neutrale und kostenlose Anlaufstelle in allen Fragen und Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Es können sich Kinder und Jugendliche selber, aber auch Erwachsene an die Ombudsfrau wenden. Die Ombudsperson ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Vermittlungsfunktion
Wenn sich junge Menschen in ihren Rechten verletzt fühlen, können sie sich bei der Ombudsstelle beschweren. Die Ombudsperson hat bei Bedarf zwischen Kindern und Jugendlichen oder Erziehungsberechtigten einerseits und Gerichten, Landes- sowie Gemeindebehörden andererseits zu vermitteln. Auch Probleme mit öffentlichen und privaten Betreuungsorganisationen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsperson.

Monitoringfunktion
Die Ombudsperson überwacht die Umsetzung internationaler Übereinkommen, insbesondere das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UNKRK), hält Kontakt zu den regionalen und internationalen Kontrollorganen und berichtet diesen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Ombudsperson auch eigene Untersuchungen durchführen. Zudem wird sie im Interesse von Kindern und Jugendlichen bei Behörden und anderen Institutionen mit Eingaben oder Beschwerden vorstellig und hat Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht bei Gerichten, Landes- und Gemeindebehörden sowie privaten Einrichtungen und Organisationen (KJG Art. 98).

Weitere Aufgaben
Zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche in besonderem Masse berühren, nimmt die Ombudsperson im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung. Ein weiterer Aufgabenbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit, um einerseits auf die Ombudsstelle und deren Aufgaben aufmerksam zu machen und andererseits über die Kinderrechte und damit verbundenen Themen zu informieren. Die Ombudsperson verfasst jährlich einen Tätigkeitsbericht zu Handen des Landtags.

Umsetzung des gesetzlichen Auftrages im Jahr 2010

Aufbau einer Infrastruktur
In der ersten Jahreshälfte stand nebst der Bearbeitung erster Fälle der Aufbau der Ombudsstelle im Vordergrund. Es galt einen Namen zu finden, Medien-Verbindungen zu erstellen sowie Informationsunterlagen zu schaffen. Derzeit verfügt die Ombudsstelle noch nicht über eigene Büro-Räumlichkeiten. Unter ihrem Namen «OSKJ – Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche» ist die Ombudsstelle mittlerweile in Telefonverzeichnissen sowie im Internet (www.oskj.li) und auch bei Facebook präsent.

Öffentlichkeitsarbeit
In mehreren Zeitungsberichten wurde über die Schaffung der OSKJ informiert. Ein Schreiben an alle Erziehungsberechtigten von Schülern und Schülerinnen sowie Kindergartenkindern erläuterte ebenfalls die neu geschaffene Stelle und deren Aufgabenbereiche. Auf der Kinderseite einer liechtensteinischen Tageszeitung erschien eine Beitragsreihe der Ombudsfrau zu den Kinderrechten. Zudem wurde die Ombudsfrau von verschiedenen Organisationen eingeladen, die OSKJ vorzustellen. Am Tag der Kinderrechte, 20. November 2010, veröffentlichte die Ombudsfrau einen Artikel zum Thema Mobbing.

Kontakt / Austausch mit Institutionen und Organisationen in FL
Im Jahr 2010 suchte die Ombudsfrau den Kontakt zu und den Austausch mit den verschiedenen öffentlichen und privaten Einrichtungen und Organisationen, die mit Kinder- und Jugendarbeit oder Kinder- und Jugendthemen befasst sind. Der Austausch, der teils auf Initiative der OSKJ teils aber auch auf Einladung von verschiedenen Organisationen stattfand, ermöglichte es der Ombudsfrau, sich ein Bild vom vielfältigen Angebot zu machen, das in Liechtenstein Kindern und Jugendlichen zur Verfügung steht. Zudem konnte sie in Erfahrung bringen, welche Problemfelder die verschiedenen Institutionen beschäftigen und welche Projekte in Arbeit sind.

Kontakt mit Kindern und Jugendlichen
Von der Lagerleitung des jährlich stattfindenden Caritas-Kinderferienlagers in Malbun wurde die Ombudsfrau eingeladen, einen Workshop zum Thema Kinderrechte durchzuführen. Ein Besuch in einigen Primarschulklassen der PS Balzers und in je einer Sitzung der Klassensprecher der Weiterführenden Schulen in Eschen und Triesen ermöglichte auch einen ersten direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen selbst. Die Kontakte zu Kindern und Jugendlichen sollen im Jahr 2011 ausgebaut werden.

Kontakt mit internationalen Kontrollorganen und Organisationen
Im Frühjahr 2010 traf sich die Ombudsfrau mit dem Kinder- und Jungendanwalt des Bundeslandes Vorarlberg zu einem informellen Gedanken- und Erfahrungsaustausch. Am Tag der Kinderrechte, 20.11.10, besuchte sie die Kinderkonferenz in Basel, welche jährlich von der Kinderlobby Schweiz organisiert wird. Daraus ergaben sich auch Kontakte zum Leiter des Kinderbüros in Bern. Ebenfalls im November 2010 nahm die Ombudsfrau an einer Tagung der UNICEF zum Thema «Vom Kinderschutz zum Kinderrechtsstaat: Stärken, schützen, fördern, durch eine umfassende Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention» in Zürich teil. Gemeinsam mit einer liechtensteinischen Delegation reiste sie vom 3. bis zum 5. November 2010 nach Wien, um am 2. Deutschsprachigen Jugendforum (EU-Programm «Jugend in Aktion») teilzunehmen.

Anlauf- und Beschwerdestelle
Im Berichtsjahr wurde die OSKJ in 28 Fällen kontaktiert. Es waren erwachsene Personen, die sich mit Anliegen und Beschwerden zu Kinder- und Jugendthemen an die OSKJ gewendet hatten. In einigen Fällen ergaben sich

daraus auch Kontakte und Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen selbst. Der Zeitaufwand für die Bearbeitung der Fälle war unterschiedlich und erstreckte sich von einem Telefongespräch bis hin zu regelmässigen Kontakten über das ganze Jahr hinweg. Die Mehrheit der Fälle betraf die Regelung der Obsorge in Scheidungsfällen und Probleme im Zusammenhang mit der Schulsituation. Je nach Anliegen der einzelnen Personen hat die Ombudsfrau bei Behörden und Institutionen Auskünfte für die Rat suchenden Personen eingeholt oder sie an die entsprechenden Stellen weiterverwiesen, oder sie konnte zwischen den Ratsuchenden und den zuständigen Behörden vermitteln. Zudem wurden von der OSKJ in 3 Fällen Eingaben bei Gericht gemacht.

Stellungnahme zu Gesetzesvorlagen
Im Dezember 2010 erfolgte eine Stellungnahme der OSKJ zum Vernehmlassungsbericht betr. der Revision des Schulgesetzes zuhanden des Regierungsressorts Bildung.

II. REGIERUNG

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2009 im Generellen sowie von der Finanzplatzagenda im Besonderen prägten auch dieses Berichtsjahr. Die dadurch ausgelöste Notwendigkeit, den Staatshaushalt neu auszurichten und den Finanzplatz neu zu positionieren, wirkt sich auf den Wirtschaftsplatz wie auf die Staatsführung langfristig aus. Demzufolge konzentrierte sich die Regierung auf die Erarbeitung des Strategiepapiers für Liechtenstein, die «Agenda 2020». Als zentrale Herausforderungen für den Staat erweisen sich die Regierungs- und Verwaltungsreform, die Schaffung einer strukturierten Führungskultur sowie der nachhaltige Umgang mit dem Staatshaushalt unter Einbezug der Kostenstruktur in der Verwaltung.

Agenda 2020

Im Koalitionsvertrag für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 zwischen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 10. März 2009 wurde festgehalten: «Mit dem gemeinsamen Koalitionsprogramm schaffen die Koalitionspartner die Grundlage für die inhaltliche Zusammenarbeit mit messbaren und transparenten politischen Schwerpunkten. Darüber hinaus verpflichten sich die Koalitionspartner, in einem Regierungsprogramm das Koalitionsprogramm und allenfalls weitere Inhalte umzusetzen.»

Die Regierung hat eine Regierungsklausur in Form von mehreren Workshops zu den Themen Arbeitsmethodik, Regierungs- und Verwaltungsreform sowie Regierungsprogramm abgehalten. Diese wurden von einem externen Experten moderiert. Die Agenda 2020 wurde im Oktober 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt und verschiedenen Adressaten wie Gemeinden, Parteien, der Universität Liechtenstein, Verbänden zugestellt mit der Anregung, sich an der Umsetzung der Agenda 2020 zu beteiligen. In der Agenda 2020 legt die Regierung dar, wo und wie sie handeln möchte, damit Liechtenstein auch in Zukunft ein Land mit hohem Wohlstand, hoher Lebensqualität und hoher sozialer Sicherheit bleibt.

Das ressortübergreifende strategische Steuerungsinstrument setzt den Fokus auf die wichtigsten Herausforderungen, die von der Regierung mittel- und längerfristig zu lösen sind. Gleichzeitig antwortet die Agenda 2020 darauf mit der Formulierung von sechs strategischen Zielen, die auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der Ausgangssituation festgelegt worden sind:

- Chancen des Kleinstaates in der Internationalisierung nützen
- innenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen
- fiskalpolitische Handlungsfähigkeit erhalten
- Wirtschaftsstandort stärken
- natürliche Lebensgrundlagen sichern
- Lebensqualität erhöhen

Die sechs strategischen Ziele der Agenda 2020 beruhen auf einem Wertefundament, das von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Liechtenstein gemeinsam gelebt und getragen wird. Das Wertefundament Liechtensteins besteht dabei aus den drei «Werte-Clustern» Selbstbestimmung, Sicherheit und Humanismus. Die Agenda 2020 bezieht bewusst nicht zu allen Themen der weiteren Entwicklung Liechtensteins Stellung, sondern konzentriert sich auf die wichtigsten Handlungsfelder. Unter dieser Betrachtung ist klar, dass eine Legislaturperiode zu kurz bemessen ist, um den strategischen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Trotz des Anspruchs auf Langfristigkeit ist die Agenda 2020 kein statisches Dokument. Sie muss periodisch überprüft und laufend weiterentwickelt werden. Die Agenda 2020 soll die längerfristige Perspektive der Regierung stärken und legt damit die Basis für eine - von Wahlzyklen unabhängige – agierende und nicht nur reagierende Politik. Mit der Agenda 2020 sollen auch die Stabilität und Verlässlichkeit des politischen Systems erhöht werden. Zur Konkretisierung und Umsetzung der Ziele und Handlungsfelder der Agenda 2020 leitet die Regierung in Zusammenarbeit mit den Ämtern Jahresprogramme und -ziele sowie Projekte ab. Dieser Prozess ist gestartet worden.

Internationaler Expertenrat

Der Aussenpolitische Expertenrat wurde in einen Internationalen Expertenrat überführt. Die Regierung ist der Ansicht, dass mit der Agenda 2020 der strategische Kompass für das Land Liechtenstein gegeben ist. Hingegen zeigen die sechs strategischen Zielsetzungen, dass die Herausforderungen komplex sind und sich daher nur ressortübergreifend bearbeiten lassen. Hierbei soll der Internationale Expertenrat die Regierung unterstützen und auch Garant sein, dass über die Jahre die wesentlichen Zielsetzungen der Agenda 2020 nicht verloren gehen oder notwendige Anpassungen auch mit dem richtigen Augenmerk vorgenommen werden.

Regierungs- und Verwaltungsreform

Nachdem sich die Regierung in der Vergangenheit anlässlich von verschiedenen Sitzungen und Klausurtagungen mit der Frage einer künftigen Regierungs- und Verwaltungsreform auseinandergesetzt hat, beauftragte sie im Frühjahr des Berichtjahres ein Projektteam mit der Erarbeitung des konkreten Rahmens für die Regierungsreform sowie der Grundzüge für die Verwaltungsreform. Die Projektgruppe hat der Regierung nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Der Vorschlag geht davon aus, dass die heute fünfzehn Regierungsressorts zu fünf Schwerpunktressorts zusammengeführt werden. Diese Schwerpunktressorts sollen eine einheitliche Organisationsstruktur erhalten und mit einem Generalsekretariat ausgestattet werden. Die Struktur und die personelle Besetzung sollen soweit möglich über die einzelnen Legislaturperioden hinaus erhalten bleiben, damit die sachlichen Ziele der Regierungsre-

form (Kontinuität in den Ressorts, eindeutige Unterstellungen, Wissenserhaltung, etc.) erreicht werden können. Die Regierung hat im November die vom Projektteam vorgelegten Grundsätze für die Reorganisation sowie die detaillierten Organisationsvorschläge genehmigt. Sie hat weiters die vom Projektteam erarbeiteten Grundsätze für eine Verwaltungsreform im Hinblick auf die Präsentation und Diskussion an einer Klausur der Regierung mit den Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleitern im Frühjahr 2011 genehmigt. Die Regierung hat das Projektteam beauftragt, einen Entwurf für ein Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz auszuarbeiten, welches die beschlossenen Grundsätze für die Regierungs- und Verwaltungsreform berücksichtigt.

Landes- und Regierungskommunikation

Die Finanzplatzkrise im Jahr 2000 zeigte auf, dass Liechtenstein in der aktiven Landeskommunikation deutliche Mängel aufwies. Die negativen Erkenntnisse aus dieser Krise wollte man beseitigen. In der Folge wurden als «Lehre aus der Krise» die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (SKOE) sowie die Stiftung Image Liechtenstein ins Leben gerufen. Der Prozess, eine in sich stimmige und abgestimmte Landeskommunikation zu etablieren, ist jedoch in sich stecken geblieben. Heute existieren zu viele Schnittstellen in den Zuständigkeiten sowie bei den Prozessen zwischen der Stiftung Image Liechtenstein, der Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, dem Presse- und Informationsamt und Liechtenstein Tourismus sowie den einzelnen Ressorts der Regierung.

Als Reaktion hat die Regierung entschieden, die Strukturen zur Landeskommunikation und Regierungskommunikation eindeutiger und mit weniger Schnittstellen auszugestalten. Für die Regierungskommunikation werden sämtliche Stellen wie Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (SKOE), Presse- und Informationsamt sowie Mitarbeiter des Ressorts Präsidiums unter einer neuen Organisationseinheit Information und Kommunikation der Regierung zusammengeführt. Diese Abteilung untersteht dem Regierungssekretär und wurde auf den 1. Oktober 2010 gegründet. In einer ersten Phase wurden auf dieses Datum die Mitarbeiter des Ressorts Präsidium sowie die Mitarbeiter der Stabsstelle SKOE zusammengeführt. In einer zweiten Phase wird das Presse- und Informationsamt im Jahre 2011 in diese Organisationseinheit überführt. Zusätzlich zu den Strukturveränderungen wird stärkeres Gewicht auf die Verwendung von modernen Medien gelegt. Die Regierung hat zusätzlich zur Internetseite der Landesverwaltung eine eigene Regierungsseite (www.regierung.li) eingerichtet, über welche kompakt und zeitnah über die Aktivitäten der Regierung informiert wird.

Weltausstellung 2010 in Shanghai

Liechtenstein hatte an der EXPO 2010 mit drei Pavillons – in Shanghai, Vaduz und im Internet – einen besonderen Auftritt. Der liechtensteinische Auftritt stand unter dem Motto «Dialog und Respekt» und wies darauf hin, dass kleine Gesprächspartner besonders auf den Respekt des Gegenübers angewiesen sind, um im Dialog wirklich gehört zu werden. Die EXPO 2010 in Shanghai fand vom 1. Mai bis 31. Oktober 2010 statt. Das vorgesehene Budget von rund CHF 5.675 Mio. musste nicht zur Gänze ausgeschöpft werden. Der Erbprinz wie auch die Regierungsmitglieder Regierungschef Klaus Tschütscher, Wirtschaftsminister Martin Meyer und auch Aussenministerin Aurelia Frick haben die EXPO 2010 genutzt, um jeweils mit einer Delegation verschiedene politische und wirtschaftliche Kontakte vor Ort zu knüpfen oder zu pflegen.

Liechtenstein Dialog

Der Liechtenstein Dialog – als international ausgerichtetes Dialogforum – dient dazu, die Glaubwürdigkeit und Reputation des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein zu stärken. Er wurde in den Jahren 2003 bis 2008 insgesamt 5 Mal durchgeführt. Die Regierung führte den Anlass im Jahr 2009 und 2010 nicht durch, sondern nutzte die Zeit, um das Konzept des Liechtenstein Dialog zu überprüfen und den Veränderungen und Herausforderungen in Europa anzupassen. In die Überlegungen wurde auch die Agenda 2020 miteinbezogen. Das neue Konzept wurde erstellt und zur Umsetzung eine Programmkommission und ein Organisationskomitee einberufen. Der nächste Liechtenstein Dialog findet im Januar 2012 statt.

Corporate Governance

Gestützt auf das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) sowie die harmonisierten Spezialgesetze der jeweiligen öffentlichen Unternehmen konnten die Umsetzungsarbeiten aufgenommen werden. So hat die Regierung im Berichtsjahr einige neu verfasste Unternehmensstatuten genehmigen und verschiedene Organisationsreglemente zur Kenntnis nehmen können. Im Hinblick auf anstehende Neu- und Ersatzwahlen für Mitglieder der strategischen Führungsebene wurde eine interne Richtlinie für den Rekrutierungsprozess beschlossen und mehrere Anforderungsprofile erarbeitet oder aktualisiert. Als weitere wichtige Massnahme hat die Regierung ein Konzept zur Festlegung von Entschädigungsregelungen für das oberste Führungsorgan genehmigt und die Entschädigungen anhand von drei Unternehmenskategorien festgelegt. Auch der Erlass von Eignerstrategien, welche als zentrales Instrument die Erwartungshaltung der Regierung gegenüber den öffentlichen Unternehmen definieren und in Zusammenarbeit mit denselben erarbeitet werden, schreitet kontinuierlich voran.

Staat und Kirche

Im Berichtsjahr fanden intensive Beratungen und Ausführungsarbeiten hinsichtlich der Thematik der Neuord-

nung des Staatskirchenrechts statt. Die Auswertung der unterschiedlichen Standpunkte der Religionsgemeinschaften hinsichtlich dieser Thematik und die internen Beratungen haben zu ersten Ergebnissen geführt, welche auch nach aussen hin kommuniziert wurden. Da sich die Stossrichtung dieses Gesetzesvorhabens in einigen Punkten verändert hat, soll im Jahr 2011 eine neuerliche Vernehmlassung durchgeführt werden. Die entsprechenden Arbeiten sind in vollem Gange, weshalb eine Aussendung des Vernehmlassungsberichts im ersten Halbjahr 2011 realistisch ist.

Statistik
Mit der erstmaligen Publikation der «Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung» konnte ein wichtiges Anliegen von Landtag und Regierung erfüllt werden. Das neue Indikatorensystem zeigt anhand von 54 Indikatoren auf, ob sich Liechtenstein in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt und erlaubt der Regierung, wichtige Rückschlüsse in Bezug auf die Umsetzung der Agenda 2020 zu treffen.

Die bedeutendste statistische Erhebung Liechtensteins und ein Grossprojekt im Amt für Statistik stellt die Volkszählung 2010 dar. Die anonymisierten Daten und Informationen liefern der Regierung, Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft sowie der gesamten Bevölkerung wichtige Entscheidungsgrundlagen.

Neubestellung von Stiftungsräten, Beiräten und Kommissionen
Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Stiftungsräte, Verwaltungsräte und Kommissionen ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:
– Fischereibeirat
– Integrationsausschuss für Rechtsanwälte
– Kosten- und Qualitätskommission
– Schulrat
– Weindegustationskommission
– Medienkommission
– Prüfungskommission für die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister
– Liechtensteinisches Landesmuseum – Stiftungsrat
– Schätzungskommission
– Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
– Personalkommission
– Statistikkommission
– Kommission für Flüchtlingsfragen
– Kommission «Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein»
– Akkreditierungsrat
– Kommission für Energiemarktaufsicht
– Einigungsamt
– Hochschule Liechtenstein – Hochschulrat
– Prüfungskommission für die Gastwirteprüfung
– Kunstschule Liechtenstein – Stiftungsrat
– Liechtensteinischer Rundfunk – Verwaltungsrat
– Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe – Stiftungsrat

Gesetze
Das umfangreichste Gesetzesprojekt im Berichtsjahr stellte die Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes dar. Mit dieser Vorlage wurde erstmalig eine eigenständige gesetzliche Regelung des Organisationsrechts der Staatsanwaltschaft und des Dienstrechts der Staatsanwälte geschaffen. Im Weiteren wurde dem Landtag der Bericht und Antrag betreffend Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Liechtensteiner Oberland 2012» vorgelegt. Das Ressort Präsidium hat mehrere Gesetzesentwürfe in die Vernehmlassung geschickt. Hier ist zunächst die Vorlage zur Schaffung eines Gesetzes über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz) zu nennen. Mit der Schaffung des E-Government-Gesetzes soll die Grundlage für die elektronische Verwaltung in Liechtenstein gelegt werden. Der Anspruch ist, eines der weltweit fortschrittlichsten E-Government-Gesetze zu schaffen. Daneben konnte die Vorlage zur Schaffung eines Gesetzes über das Zentrale Personenregister (ZPR-Gesetz) in die Vernehmlassung geschickt werden. Mit dieser Vorlage soll die gesetzliche Grundlage für das seit Ende der 90er Jahre betriebene Personenregister der Landesverwaltung geschaffen werden. Des Weiteren wurden die Vorlagen zur Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) in die Vernehmlassung geschickt.

Regierungstreffen
In Fortführung einer langjährigen Tradition fanden auch im Berichtsjahr wiederum Regierungstreffen und Arbeitsgespräche mit den Regierungen der Kantone Graubünden und St. Gallen sowie der Landesregierung von Vorarlberg statt. Diese Regierungstreffen dienen neben der Erörterung von gemeinsam interessierenden aktuellen Fragen vor allem auch der Kontaktpflege.

Auslandsreisen
Auslandsreisen fanden vor allem mit Bezug zur Finanzplatzagenda statt. Die detaillierte Darstellung findet sich im Bericht zum Ressort Finanzen.

AMTSSTELLEN

Amt für Personal und Organisation

Amtsleiter: Peter Mella

Einmal mehr kann das Amt für Personal und Organisation auf ein arbeitsreiches und projektintensives Jahr zurückblicken. Einer der Schwerpunkte war die im Rahmen der Sanierung des Staatshaushaltes durchgeführte Aufgabenüberprüfung in der Landesverwaltung, welche basierend auf dem Managementsystem «PER.ORG» durchgeführt wurde. Aufbauend auf den Kernaufgaben hatten alle Amtsstellen den Auftrag, Vorschläge für die Reduktion sowohl des Sach- als auch des Personalaufwandes um 10% auszuarbeiten. Erste Massnahmen und Projekte konnten bereits umgesetzt werden, wodurch das Amt für Personal und Organisation im Personal- und Sachaufwand bereits einen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes von mehr als CHF 3 Mio. leisten konnte.

Mit dem Projekt zur Sanierung des Staatshaushaltes, der Regierungs- und Verwaltungsreform sowie der Agenda 2020 zeichnen sich drei «Grossbaustellen» ab. Es ist zu erwarten, dass sich daraus verschiedene Massnahmen und Projekte ableiten werden, die untereinander koordiniert, priorisiert und abgestimmt werden müssen.

Der Umfang der Projekte hat im Berichtsjahr weiter zugenommen und die Komplexität hat sich erhöht. Dies wird auch aus den kurzen Berichten zu den einzelnen Projekten ersichtlich. Erschwerend kommt hinzu, dass im Rahmen der Gesetzgebung zu wenig Rücksicht auf die benötigte Zeit für die Umsetzung genommen wird. In kürzerer Zeit müssen demnach immer komplexere Projekte realisiert werden.

Trotz dieser teilweise schwierigen Umstände wurde dem Amt für Personal und Organisation in den verschiedenen Revisionsberichten ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dies ist nur dank dem engagierten Einsatz der Mitarbeitenden möglich, wofür ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken möchte.

Personal/Aus- und Weiterbildung

Stellenplan 2010
Der Landtag hat für das Jahr 2010 folgende Umwandlungen beschlossen:

0.80	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
1.70	Amt für Gesundheit
0.40	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen
1.90	Ausländer- und Passamt
12.80	Amt für Personal und Organisation
5.40	Amt für Soziale Dienste
1.00	Amt für Umweltschutz
12.30	Amt für Volkswirtschaft
0.50	Dienststelle für Sport
0.80	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
7.45	Hochbauamt
1.00	Landespolizei
1.00	Liechtensteinische Botschaft Bern
1.00	Liechtensteinische Mission New York
1.00	Liechtensteinische Botschaft Washington
0.10	Liechtensteinische Botschaft Wien
6.60	Mitarbeitende der Regierung und der Ressorts
1.00	Regierungskanzlei
0.80	Schulamt
0.30	Sekretariate der Regierung und der Ressorts
1.00	Staatsanwaltschaft
1.00	Stabsstelle FIU
3.00	Stabsstelle Futuro
0.20	Stabsstelle für Landesplanung
2.00	Steuerverwaltung
2.60	Tiefbauamt
0.50	Datenschutzstelle
2.00	Finanzkontrolle
0.60	Landtagssekretariat
70.75	Total

Personalbestand per 31.12.2010

Übersicht Personalbestand (Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nichtständige Stellen)	Beschäftigungs–grad	Total Mitarbeiter/Innen	Männer	Frauen
Stabsstellen der Regierung inkl. Sekretariate	78.90	91	43	48
Landesverwaltung	713.60	790	499	291
Gerichte	50.80	59	24	35
Landtag	14.80	18	6	12
Zwischensumme 1	**858.10**	**958**	**572**	**386**
Anstalten und Stiftungen	33.60	49	13	36
Zwischensumme 2	**33.60**	**49**	**13**	**36**
Ausbildung	49.80	52	21	31
Hilfskräfte	113.59	144	61	83
Zwischensumme 3	**163.39**	**196**	**82**	**114**
Total	**1'055.09**	**1'203**	**667**	**536**

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben.

Personalselektion
Im Berichtsjahr wurden 65 (Vorjahr 70) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind 1'241 (1'474) Bewerbungen eingegangen und es wurden mit insgesamt 221 (295) Personen Gespräche geführt. Leider musste bei der Selektion festgestellt werden, dass bei Ausschreibungen für qualifizierte Stellen wenig bis keine geeigneten Bewerbungen eingingen und dies in der Folge zu Mehrfachausschreibungen führte.

Ausgleichsstellen
Per Ende 2010 sind von 25.10 bewilligten Ausgleichsstellen 12.90 Stellen mit 17 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 11.70 Stellen (Stand 31.12.2009) um 1.20 Stellen bzw. um eine Person erhöht.

Diverse Praktika
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 35 (30) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 24 (41) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und acht Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten, ausser den kaufmännischen Praktikanten, die für ein Jahr angestellt werden. Im Berichtsjahr haben 14 (19) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

Kinderbetreuung in der Landesverwaltung
Die Kindertagesstätte verzeichnete im Berichtsjahr eine durchschnittliche Auslastung von 82%. Aktuell sind 21 Kinder in der Kindertagesstätte der Landesverwaltung. Von diesen sind vier Kinder unter zwei Jahren.

Leistungsdialog
Die Personalbewertungen konnten per Mitte November 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Vorgesetzten haben im Berichtsjahr mit den Mitarbeitenden die Leistungsdialoge geführt und ihnen eine Rückmeldung über ihre Leistung und ihr Verhalten abgegeben.

Veranstaltungen
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:
– Skitag der Landesverwaltung in Lech, 27. Februar 2010
– Pensionistentreffen im Freizeitpark Allensbach am Bodensee, 14. September 2010
– Verwaltungsabend der Landesverwaltung im SAL in Schaan, 10. Dezember 2010

FLip – Die Personalzeitschrift
Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrythmus erschienen. Die Auflage beträgt 1'980 Exemplare. Die Personalzeitschrift ist mittlerweile im 16. Jahrgang und damit fester Bestandteil der Informationslandschaft der Landesverwaltung.

Amtliche Kundmachungen
Im Auftrag der Regierung und der Amtsstellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 1'148 (1'158) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

Projekte

Planungs-, Steuerungs- und Berichtssystem
Nach erfolgreicher Einführung der Dienstgruppen im Lohnbüro 1 (Landesverwaltung) wurde der Fokus in der ersten Jahreshälfte 2010 auf die Umsetzung der Spezifikationen für die Auswertungen der Personalkostenplanung gelegt. Die Soll-Richtlinien wurden durch den Steu-

erungsausschuss definiert und von der Informatikfirma in den Sommermonaten umgesetzt.

In der zweiten Jahreshälfte lag der Fokus auf den Arbeiten für die Einführung der Dienstgruppen im Schulamt und der Musikschule sowie die Nachstellung des Budgets 2010 und 2011 im Personalkostenplanungs-Tool (PKP) des Personalinformationssystems LOGA.

Die Einführung der Dienstgruppen beim Schulamt und der Musikschule konnte Ende November 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Vorbereitungsarbeiten verliefen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich effizienter, da auf die Erfahrung des letzten Jahres zurückgegriffen werden konnte. Die Gehälter vom Dezember 2010 wurden bereits nach Dienstgruppen verbucht. Für das kommende Jahr ist die Dienstgruppeneinführung für das Lohnbüro 5 geplant.

Um möglichst aussagekräftige Auswertungen erstellen zu können, war es unabdingbar, das Budget 2010 im Personalkostenplanungstool nachzustellen. Dies stellte sich als aufwendig und mühsam heraus, da sehr viele Änderungen berücksichtigt werden mussten. Trotzdem konnte das Budget 2010 bis Ende November 2010 nachgestellt werden. Im Jahr 2011 werden die Auswertungen finalisiert und mit dem Budgetprozess 2012 erstmals zur Anwendung kommen.

Anpassung und Optimierung der Versicherungen des Landes

Im Jahre 2009 wurde beschlossen, die Versicherungslösungen des Landes der aktuellen Situation anzupassen. Im Herbst 2009 startete die Risikoermittlung. Anfang 2010 wurden die Daten analysiert und mit verschiedenen Amtsstellen Gespräche geführt, um konkretere Anhaltspunkte zum Risikopotential sowie zur Risikosumme zu erhalten. Im Anschluss wurde entschieden, folgende Versicherungen Mitte des Jahres im Verhandlungsverfahren unter allen konzessionierten Versicherungsgesellschaften mit Niederlassung in Liechtenstein auszuschreiben:

– Krankengeldversicherung
– Unfallversicherung
– All-Risk-Versicherung
– Haftpflichtversicherung
– Transportversicherung
– Flotten- und Dienstfahrtenkaskoversicherung.

Ende August fand die Offertöffnung statt und im November wurden die Versicherungen neu vergeben. Das Resultat war sehr erfreulich, da über alle ausgeschriebenen Sachversicherungen hinweg bei gleichbleibender Leistung die Prämien um über 25% reduziert werden konnten.

Verpflegungsbeiträge – Digibon

Mit dem Jahreswechsel 2009/2010 wurden die Lunch-Checks als Verpflegungsbeiträge der Landesverwaltung durch die elektronische Alternative «digibon» abgelöst. Trotz vieler negativer Stimmen erfolgte die Einführung relativ reibungslos. Verschiedene Problemfelder wurden im ersten Jahr erkannt und werden im Jahr 2011 genauer analysiert und mit der externen Firma angegangen. Das Ziel, den Missbrauch zu reduzieren, kann durchaus als erfüllt angesehen werden. So konnten die Ausgaben für Verpflegungsbeiträge im Vorjahresvergleich sehr stark reduziert werden.

Personalinformationssystem LOGA

Im Personalinformationssystem LOGA fanden im Berichtsjahr folgende wesentlichen Anpassungen und Verbesserungen statt:

– Abschluss eines neuen Service Level Agreements:
  – Sicherung der stets neusten Tools ohne komplettes Versionsupdate
  – Sicherung der Antwortzeiten bei Problemen - insbesondere während des Lohnlaufes
  – Zurverfügungstellung eines individuell auf die Landesverwaltung zugeschnittenen und ausführlich getesteten Releases pro Kalenderjahr (inkl. Testprotokoll von vordefinierten Szenarien)
– Programmierung der neuen Schnittstelle zur Steuerverwaltung als Probeorganisation bzw. LOGA als Probesoftware in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung
– Einführung der Verbuchung via Dienstgruppen in der Musikschule sowie im Schulamt
– Beginn der Arbeiten zur Verwendung des neuen Lohnausweises für das Steuerjahr 2010
– Erste Umsetzungsversuche einer automatisierten Verpackung von mehrseitigen Lohnausweisen

IKS (Internes Kontrollsystem)

Mit RA 2010/923 wurde das Konzept eines «Internen Kontrollsystems» der Landesverwaltung genehmigt und beschlossen, mit dem Fachbereich Besoldung/Versicherungen des Amtes für Personal und Organisation ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Finanzen und einem externen Beratungsunternehmen durchzuführen. Im September fiel der Startschuss mit der Aufnahme und Definition relevanter Sollprozesse. Im Anschluss wurden mögliche Risiken definiert. Im Rahmen dieser Risiken wurden bereits bestehende Kontrollmechanismen zugeordnet und hinterfragt oder neue definiert. Die Risikokontrollmatrizen konnten im Jahr 2010 nicht mehr abgeschlossen werden. Die Umsetzung ist für das 1. Quartal 2011 geplant.

Prozessoptimierung

Die Abteilung Personal nimmt Projekte wie IKS aber auch Feedback aus Revisionen oder Rückmeldungen der Mitarbeitenden auf und versucht, ständig ihre Prozesse zu optimieren. So wurden sämtliche bestehenden Prozesse im Laufe des Jahres 2010 hinterfragt und überarbeitet. Der nächste Schritt besteht nun darin, die Prozesse auf der Informationsplattform zu publizieren.

Personalantrag
Zur Umsetzung des neuen Personalbeschaffungsprozesses wurde der Aufbau eines elektronisch unterstützten Freigabetools beschlossen. Dieses Tool wurde auf der Basis der bestehenden Formularlösung aufgebaut. So wurde der Prozess in ein teilweise interaktives Formular übernommen. Aufgrund der hohen Komplexität stiess man an die Grenzen der bestehenden Formularlösung, weshalb der Personalantrag als Pilotantrag zur Kombination von Formular- und Workflow-Tool herangezogen wurde.

Betriebliches Gesundheitsmanagement «BGM»
Der Fachbereich BGM hat im ersten Quartal 2009 das BGM-Rahmenkonzept für die Landesverwaltung erarbeitet und fertig gestellt. Anfang Juli wurde das Konzept von der Regierung genehmigt und damit die Grundlage für verschiedenste BGM-Teilprojekte und BGM-Massnahmen geschaffen. Zusammen mit dem BGM-Rahmenkonzept wurde das Projekt zur Einführung des überbetrieblichen Gesundheitsförderungssystems «well.system» bewilligt, welches von einer externen Firma betreut und angeboten wird. Der BGM-Fachbereich übernimmt beim well.system vor allem die landesverwaltungsinterne Kommunikation und Administration.

Auf der Grundlage des im Sommer 2009 bewilligten BGM-Rahmenkonzepts wurde im Herbst 2009 von der Regierung die Durchführung des BGM-Teilprojekts «Erarbeitung eines Absenzmanagements» bewilligt. Im Projektteam vertreten waren sowohl Führungskräfte als auch der Personalverband. Das Projekt wurde wie vorgesehen Ende Mai abgeschlossen und der Regierung per Ende Juni der Projektbericht sowie ein Vorschlag zur Einführung des Absenzmanagements in der Landesverwaltung vorgelegt. Die Regierung hat den Projektbericht zur Kenntnis genommen und einer Pilotphase zugestimmt, welche mit mehreren Pilotamtsstellen 2011/12 durchgeführt werden soll. Nach Auswertung der Pilotphase wird die Regierung über die flächendeckende Einführung des Absenzmanagements befinden.

Besoldung/Versicherungen

Individuelle Gehaltsanpassung und Teuerungsausgleich für das Staatspersonal
Für das Jahr 2011 wurde vom Landtag eine individuelle Anpassung des fixen Leistungsanteiles von 1% bezogen auf die gesamte Lohnsumme beschlossen. Das Budget wurde mittels der Drittelsvariante (Verteilung nach Mitarbeiterzahl, Lohnsumme, Koeffizient der Ausschöpfung der maximalen Besoldung pro Lohnklasse) den Amtsstellen zugewiesen und von den Amtsstellenleitenden individuell auf die Mitarbeitenden verteilt.

Laufende Versicherungsverträge per 31. Dezember 2010
– Obligatorische Unfallversicherung (OUFL)
– Unfall-Zusatzversicherungen
– Schülerunfallversicherung
– Kollektive Krankenversicherung
– Krankentaggeld
– Pensionsversicherung
– All-Risk Versicherung (inkl. Erdbeben- und Terrorrisiko)
– Transportversicherung
– Haftpflichtversicherung
– Organhaftpflichtversicherung
– Flotten- und Dienstfahrtenkaskoversicherung
– Fahrrad-Haftpflichtversicherung
– Motorfahrrad-Haftpflichtversicherung
– Haftpflichtversicherung für Tagesnummern

Kollektiv-Unfallversicherung

Unfallstatistik 2010

Art der Unfälle	2010	2009	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	**32**	40	-8
Berufsunfälle Frauen	**9**	22	-13
Nichtberufsunfälle Männer	**147**	136	11
Nichtberufsunfälle Frauen	**124**	121	3
Total Berufsunfälle	**41**	62	-21
Total Nichtberufsunfälle	**271**	257	14

Sachversicherungen

Schadenstatistik 2010

Art der Unfälle	2010	2009	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	**5**	5	0
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	**0**	0	0
Haftpflichtversicherung	**0**	2	-2
Motorfahrzeug-Flottenversicherung	**2**	2	0
Total	**1**	9	1

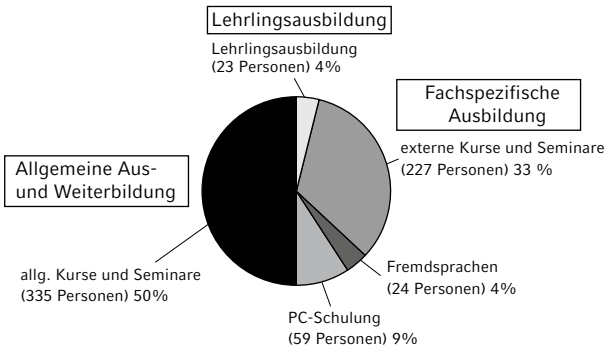
Aus- und Weiterbildung

Die Regierung hat das Ausbildungsbudget 2010 im gleichen Rahmen bewilligt wie die vorhergehenden Jahre. Dank dieser antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich den hohen Standard halten und ihre Pflicht als Arbeitgeberin mit der systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden erfüllen.

Teilnehmerkreis
In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3'573 (3'626) Weiterbildungstage absolviert.

Dies ergibt durchschnittlich 3.18 (3.30) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 498 (478) verschiedene MitarbeiterInnen (230 Mitarbeiterinnen und 268 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 23 (23) Lernende in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.



Fachspezifische Aus- und Weiterbildung
Im Berichtsjahr wurden für 236 (227) verschiedene MitarbeiterInnen (75 Mitarbeiterinnen und 161 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

Berufsbildung

Per 31. Dezember 2010 wurden bei der Landesverwaltung 23 Lernende in folgenden Lehrberufen ausgebildet:
– Kaufleute in der Branche Dienstleistung und Administration (16);
– Informatiker mit Schwerpunkt Systemtechnik (2);
– Fachleute Information und Dokumentation (2);
– Fachleute Betriebsunterhalt im Werk- und Hausdienst (3).

Im Frühling hatten die BerufsbildnerInnen die Möglichkeit, das eintägige Seminar «Wie mache ich meine Lernenden stolz» zu besuchen. Dieses Weiterbildungsangebot wurde von sieben BerufsbildnerInnen genutzt. Weiters bestand die Möglichkeit, an Seminaren, Schulungen und ERFA-Veranstaltungen teilzunehmen, welche von externen Bildungsinstitutionen angeboten wurden.

Im Berichtsjahr absolvierten 34 SchülerInnen eine eintägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, Fachfrau/Fachmann Betriebsunterhalt oder als Fachfrau/Fachmann Information und Dokumentation. Im Beruf InformatikerIn fand ein Schnuppernachmittag für alle Interessenten statt.

Sechs Lernende konnten ihre Abschlussprüfungen erfolgreich abschliessen und wurden für ein halbes Jahr befristet angestellt. Ein Lehrvertragsverhältnis wurde im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Auf August 2010 wurden neun neue Lehrverhältnisse abgeschlossen. Erstmals wurde eine Lernende der Sportschule als Kauffrau (Spitzensportlerin) angestellt. Mit dieser Lehre wird dem Talentnachwuchs ein Lehrabschluss ermöglicht, ohne dabei die sportliche Laufbahn in den Hintergrund stellen zu müssen.

Lager
Im Berichtsjahr fand in den Herbstferien mit allen Lernenden ein einwöchiges Lager im Wallis statt. Aufgabe war es, den Gemeinden Binn und Ernen bei Aufräum- und Unterhaltsarbeiten zu helfen und die Gemeindearbeiter zu unterstützen.

IT- und eGovernment-Strategie 2011

Auch im Jahr 2010 wurde weiter intensiv an der Umsetzung der vom Landtag genehmigten IT- und eGovernment-Strategie 2011 gearbeitet. Im Folgenden wird ein Überblick über diejenigen Teilprojekte gegeben, die zwecks Realisierung der Strategie-Basisdienste im Berichtsjahr angegangen oder abgeschlossen werden konnten.

Das Amt für Personal und Organisation befasst sich zusätzlich zu diesen Projekten auch intensiv mit der Realisierung von konkreten, auf den Basisdiensten basierenden Kundendienstleistungen. Diese Aufgaben gehen über den Strategie-Auftrag des Landtages hinaus, sind aber wichtig, um die Strategie effektiv umzusetzen.

Überblick über Teilprojekte

PKI Phase 3 «Externe Verbreitung» und elektronischer Identitätsausweis
Nach der Einführung der elektronischen Signatur- und Identifikationslösung «lisign» im Juni 2009 stiess das angebotene Paket auch im Berichtsjahr auf Interesse bei zahlreichen Kunden der Landesverwaltung.

Die im «lisign»-Paket enthaltene Software wurde für die Kunden weiter optimiert und aktualisiert. Auf diese Weise konnten einerseits weitere Verbesserungen in der Bedienungsfreundlichkeit erzielt und andererseits die Unterstützung von zusätzlichen technischen Basissystemen sowie die Gewährleistung des sehr hohen Sicherheitsniveaus gewährleistet werden.

Im Berichtsjahr erfolgte die offizielle Anerkennung von «lisign» als elektronischer Identitätsausweis durch den österreichischen Staat. Diese Anerkennung, welche nicht nur eine Bestätigung für die Lösung der Landesverwaltung darstellt, sondern auch als positives Signal auf internationaler Ebene zu werten ist, ermöglicht den «lisign»-Inhabern den Einsatz ihres Produktes im österreichischen eGovernment-Umfeld.

eGovernment-Gesetz (E-GovG)
Das eGovernment-Gesetz stellt den juristischen Pfeiler dar, um die in der IT- und eGovernment-Strategie 2011 definierten Ziele zu erreichen.

Im Berichtsjahr wurde auf der Basis der Vorarbeiten intensiv an diesem wichtigen Projekt weitergearbeitet. Als Resultat entstand ein Vernehmlassungsbericht, der den massgebenden Stellen zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Vorlage umfasst nicht nur das E-GovG als solches, sondern auch die Erweiterung des bestehenden Zustellgesetzes um den Bereich der elektronischen Zustellung. Das Gesetz soll im Jahr 2011 dem Landtag vorgelegt werden.

Formularmanagement
Im Bereich dieses Basisdienstes wurden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Unter Einhaltung des Grundziels von verwaltungsweit einheitlichen und übersichtlichen Formularen in optimierter Anzahl erfolgte eine laufende Aktualisierung sowie bedarfsfallorientierte Erweiterung des vorhandenen Formularangebotes.
- Die Umstellung der internen Formulare auf die einheitliche Formularlösung wurde in zweierlei Hinsicht vorangetrieben. Einerseits konnten basierend auf optimierten Prozessen neue Formulare erstellt und produktiv genommen werden, andererseits wurde ein Pilotprojekt gestartet, das sich der Verbindung von Formularen mit sogenannten Workflow-Systemen widmet. Dieses Pilotprojekt ist sehr wichtig, um praktische Erkenntnisse bzgl. der generellen Umsetzbarkeit zu gewinnen und entsprechend fundierte Grundsatzentscheidungen treffen zu können.
- Im Hinblick auf die Realisierung von durchgängigen Verwaltungsprozessen konnten folgende Schwerpunkte umgesetzt werden. Im Zusammenhang mit den Themenstellungen «Reduktion von Medienbrüchen» sowie «Realisierung von Zustellprodukten» wurde eine Umfrage über den gesamten Formularbestand durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse dieser Umfrage werden konkrete Projekte definiert und diesbezüglich notwendige Arbeiten gezielt geplant. Andererseits erfolgte die Konzeptionierung einer Webservice-Erweiterung, damit die Formularlösung inskünftig die im Basisdienst «Integrationsframework» erstellten Services nutzen und somit die Verbindung verschiedenster Basisdienste erreicht werden kann.
- Basierend auf dem im Vorjahr erstellten Konzept zur Realisierung von Formularmappen wurden bestehende Dienstleistungen erweitert oder neue geschaffen. In diesem Zusammenhang können die Erweiterung und Optimierung des elektronischen Baugesuchs- und Energieausweisassistenten, die Erweiterung des elektronischen Lohnausweises um die Dateneinreichung durch Grossfirmen oder die Erstellung einer Plattform zur elektronischen Durchführung der Volkszählung 2010 genannt werden.

Enterprise-Content-Management (ECM)
Im Bereich ECM wurden im Berichtsjahr folgende zwei Schwerpunkte bearbeitet:

- Nachbetreuung des seit Herbst 2009 im Ausländer- und Passamt produktiv im Einsatz befindlichen Systems, um das Projekt weiter zu optimieren und die im technischen, organisatorischen sowie juristischen Bereich auftauchenden Fragestellungen möglichst zeitnah zu lösen.
- Erstellung eines Berichtes durch das Competence Center ECM der Hochschule Liechtenstein. Dieser Bericht umfasst im ersten Teil ein Audit über die bisherigen ECM-Aktivitäten in der Landesverwaltung und beleuchtet in diesem Zusammenhang sowohl die positiven als auch die verbesserungswürdigen Aspekte. Darauf aufbauend werden möglichst konkrete Empfehlungen zur verwaltungsweiten ECM-Einführung abgegeben. Der Bericht liefert der Regierung eine umfassende Grundlage, um in diesem komplexen Themengebiet grundsätzliche Entscheidungen treffen zu können. Er wurde im Dezember 2010 an die Regierung übergeben.

Zustellservice
Im Berichtsjahr wurde das Projekt «Zustellservice» als weiterer Basisdienst der IT- und eGovernment-Strategie in Angriff genommen. Dieses Projekt ist von grosser Wichtigkeit, da es die rechtsverbindliche Kommunikation der Behörde mit ihren Kunden ermöglicht und somit direkt wahrnehmbar sein wird.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen in anderen europäischen Ländern erfolgte vor dem Fokus von möglichst einfachen Kundendienstleistungen die Festlegung der grundlegenden Zustellvarianten, welche zukünftig im elektronischen Verkehr mit Behörden möglich sein sollen. Diese Varianten wurden in einem Konzept festgehalten, welches die organisatorischen und technischen Eckpfeiler umfasst. Gleichzeitig wurden über das Projekt «eGovernment-Gesetz» die rechtlichen Rahmenbedingungen erstellt.

Im Hinblick auf die Sammlung von konkreten Erfahrungen sowie die Realisierung von neuen Dienstleistungen wurde im Berichtsjahr ausserdem ein Pilotprojekt gestartet, welches es erlauben wird, in ausgewählten Anwendungsfällen amtliche Dokumente dem Kunden auf sicherem elektronischem Weg zuzustellen. Die Realisierung dieses Pilotprojektes erfolgt im Sinne der IT- und eGovernment-Strategie durch eine gezielte Nutzung und Verbindung von bereits vorhandenen Basisdiensten, so dass eine rasche sowie kostengünstige Umsetzung sichergestellt ist.

Organisationsentwicklung

Übergreifende Projekte

Regierungs- und Verwaltungsreform
Das Amt für Personal und Organisation ist im Projektteam vertreten und bringt dort sowohl sein organisatorisches Fachwissen als auch die Sicht der Amtsstellen in die notwendigen Arbeiten ein.

Reorganisation Kommunikationsbereich
Das Amt für Personal und Organisation war Mitglied im Projektteam und brachte dort wunschgemäss sein Fachwissen bei strukturellen Organisationsfragen ein.

Optimierung des Management-Systems «PER.ORG»
Das vom Amt für Personal und Organisation entwickelte Management-System «PER.ORG» bietet den Führungskräften und Mitarbeitenden eine umfassende Unterstützung bei verschiedensten Personal- und Organisationsthemen. Basierend auf den Rückmeldungen der Kunden sowie eigenen Ideen wird das System laufend verbessert und weiterentwickelt.

Organisationshandbuch
Ziel des Organisationshandbuches ist es, den Führungskräften sowie Mitarbeitenden grundlegende Informationen und Vorgaben zu verschiedensten Organisationsthemen anzubieten, um auf diese Weise das Fachwissen vor Ort zu erhöhen.

Das Organisationshandbuch ist prozessorientiert aufgebaut und beinhaltet derzeit Ausführungen zu folgenden Teilthemen: Organigramm, Stellenbeschreibungen, Stellenzuordnungen, Stellenplan sowie Funktionen- und Kompetenzdiagramm. Für das Jahr 2011 ist die Aufschaltung der Gesamtthematik «Prozessmanagement» vorgesehen.

Prozessoptimierung «Firmengründung»
Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie betreut das Amt für Personal und Organisation das Amt für Volkswirtschaft bei der Erstellung und Umsetzung eines Soll-Prozesses.

Aufgrund der vom Amt für Volkswirtschaft erledigten Vorarbeiten lag per Ende des Berichtsjahres ein Entwurf des Soll-Prozesses vor. Die in diesem Rahmen entstandenen Fragen und erkannten Verbesserungsmöglichkeiten wurden diskutiert und darauf basierend mögliche Lösungen erarbeitet. Der Abschluss der Arbeiten ist für das Jahr 2011 vorgesehen.

Verwaltungsportal www.llv.li
Die Besucherzahlen auf dem Verwaltungsportal www.llv.li sind im Berichtsjahr um 17,6% gestiegen. Dank dieser Steigerung wurde erstmals in der Geschichte von www.llv.li die «Eine-Million-Besucher»-Marke überschritten. Knapp 1'085'000 BesucherInnen haben im Berichtsjahr auf dem Verwaltungsportal nach Informationen gesucht, Dokumente heruntergeladen oder Formulare ausgefüllt. Diese Steigerung ist von grosser Bedeutung, da die Besucherzahlen und deren Entwicklung der wichtigste Indikator für die Annahme von Angeboten eines Internetportals sind und somit belegt ist, dass die Akzeptanz des Verwaltungsportals stetig steigt.

Die Situation im personellen Bereich war wie im Vorjahr angespannt. Der Fokus lag im Berichtsjahr daher in der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes sowie in der Durchführung der wichtigsten strategischen Vorhaben und Projekte. Zu nennen sind hier der Ausbau des Onlineschalters mit der Integration von neuen oder angepassten Formularen sowie die Erledigung von konzeptionellen, strukturellen und grafischen Vorarbeiten im Hinblick auf ein personalisiertes Verwaltungsportal. Im Weiteren konnten folgende Projekte erfolgreich umgesetzt werden:

- www.pia.llv.li (Fotoservice): Für das Presse- und Informationsamt (PIA) wurde der bestehende Fotoservice mit den ebenfalls bestehenden Pressemitteilungen verknüpft. Damit wurde ein vielfach geäusserter Wunsch von Medienschaffenden erfüllt und ein vereinfachter Zugang zu den Medieninformationen von Regierung und Verwaltung geschaffen.
- info@amtsstelle.llv.li: Die mehr als 40 allgemeinen Kontaktformulare der Amtsstellen wurden auf die einheitliche Formularlösung umgestellt. Auf diese Weise konnte das früher vorhandene Spam-Problem gelöst werden, was sowohl in den Amtsstellen als auch im zentralen Betrieb zu einer entsprechenden Entlastung geführt hat.
- www.offene-lehrstellen.llv.li: Die in Liechtenstein angebotenen freien Lehrstellen werden sowohl auf www.berufsberatung.ch als auch auf dem Portal der Landesverwaltung unter www.offene-lehrstellen.llv.li publiziert. Da die Zufriedenheit mit der bestehenden Applikation nicht mehr gegeben war, musste eine neue Lösung konzipiert werden. Diese wird im ersten Quartal 2011 in Betrieb genommen.
- www.abb.llv.li: (Bildungsverordnungen): Zukünftig werden die Bildungsverordnungen vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung direkt erstellt und auf dem Verwaltungsportal zum Herunterladen angeboten. Die für dieses Aufgabengebiet neu erstellte Lösung wird im ersten Quartal 2011 in Betrieb genommen.
- www.avw.llv.li: Aufgrund des dringlichen Aktualisierungsbedarfes wurde für das Amt für Volkswirtschaft (AVW) die Contentpflege für die Publikation der neu definierten Bereiche «Firmengründungen in Liechtenstein» sowie «Initiative einheitlicher Ansprechpartner (EAP)» übernommen. Die ContentpflegerInnen des AVW konnten sich somit auf die inhaltlichen und textuellen Arbeiten konzentrieren.

Amtsstellen-orientierte Projekte sowie Leistungsvereinbarungen

Reorganisation Amt für Bevölkerungsschutz
In einem Reorganisationsprojekt wurde die Zukunftsausrichtung des Amtes für Bevölkerungsschutz erarbeitet. In diesem Zusammenhang prüfte das Projektteam verschiedene Varianten, die sich insbesondere auf die Zusammenführung verwandter Aufgabenstellungen konzentrierten.

Die im Schlussbericht empfohlene Verlagerung der Abteilung «Rüfen und Gewässer» vom Tiefbauamt in das

Amt für Bevölkerungsschutz wurde von der Regierung beschlossen und mit der Anstellung des neuen Amtsstellenleiters per 1. November 2010 grundlegend gestartet. Die Detailthemen werden in der Folge gemeinsam mit der neuen Amtsstellenleitung erarbeitet und umgesetzt.

Organisationsanalyse Amt für Gesundheit
Der Aufgabenbereich «Arzneimittel und Medizinprodukte» wurde im Rahmen einer Reorganisation im Jahre 2007 vom Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen in das Amt für Gesundheit verschoben. Durch Unklarheiten in Bezug auf das Aufgabengebiet und die Zuständigkeiten gab es in der Folge wiederholt Unstimmigkeiten und eine massive Arbeitsüberbelastung im Bereich Arzneimittelkontrolle.

Zur Lösung dieser Problematik wurde im Berichtsjahr eine Organisationsanalyse durchgeführt. Der diesbezügliche Schlussbericht enthält einen Überblick über die Ist-Situation aus Sicht von externen Beratern, eine detaillierte Aufstellung des Aufgabengebietes, die Prüfung der Aufgabenverteilung sowie eine Beschreibung des optimalen Ressourceneinsatzes in der Arzneimittelkontrolle. Der Schlussbericht wird der Regierung im ersten Quartal 2011 übergeben.

Reorganisation Amt für Personal und Organisation
Nachdem die Informatik in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, soll die Schaffung eines Amtes für Informatik geprüft und Vorschläge für die organisatorische Eingliederung der Bereiche Personal und Organisation unterbreitet werden. Diese zunehmende Bedeutung ergab sich auch aus dem von der Regierung in Auftrag gegebenen externen Gutachten. In der Folge wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe beauftragt, die verschiedenen Handlungsfelder in der Informatik zu definieren und entsprechende Lösungsansätze zu skizzieren.

Im Auftrag des Regierungschefs wurde ein Arbeitspapier erstellt, in dem verschiedene Lösungsansätze für eine Neuorganisation des Amtes für Personal und Organisation skizziert wurden. Die Vorschläge wurden in der Folge zusammen mit dem Regierungschef diskutiert und das weitere Vorgehen für die Regierungs- und Verwaltungsreform festgelegt.

Prozessmanagement Amt für Personal und Organisation
In der Abteilung «Informatik» sowie im Fachbereich «Einkauf/Büroplanung» wurde ein Prozessmanagement eingeführt, indem die Prozesse evaluiert, die Ist-Prozesse erstellt, Massnahmen abgeleitet und darauf basierend die Soll-Prozesse erarbeitet wurden.

Prozessmanagement in Amtsstellen
Zusätzlich zur Prozessoptimierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde ein Prozessmanagement in den folgenden Amtsstellen eingeführt und dabei erste Prozesse evaluiert sowie Massnahmen abgeleitet:
– Amt für Handel und Transport
– Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt

Durchgeführte Stellenzuordnungen
Im Berichtsjahr erfolgte in folgenden Einheiten eine Gesamtüberprüfung aller Stellen:
– Dienststelle für Sport
– Liechtensteinisches Landesmuseum
– Stabsstelle EWR

Aufgrund der durch den Landtag beschlossenen Umwandlung von nichtständigen in ständige Stellen auf Anfang 2010 sowie aufgrund von geänderten Aufgabengebieten wurden im Berichtsjahr in 17 Amtsstellen insgesamt über 100 Stellen überprüft und neu zugeordnet.

In folgenden Einheiten wurden die im Zusammenhang mit Stellenbesetzungen notwendigen Schneleinstufungen durchgeführt:
– Finanzkontrolle
– Information und Kommunikation der Regierung
– Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Steuerverwaltung

Einkauf und Büroplanung

Das grösste Projekt war die Umsiedlung des Amtes für Handel und Transport sowie des Amtes für Volkswirtschaft in die neuen Räumlichkeiten im «Haus der Wirtschaft» in Schaan im Januar 2010. Die damit verbundenen Arbeiten verursachten angesichts des grossen Umzugsvolumens einen entsprechenden Aufwand. Innerhalb einer Arbeitswoche wurde die neue Möblierung eingerichtet, in der darauf folgenden Woche erfolgte dann der effektive Umzug. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Tiefbauamtes konnten viele Arbeiten verwaltungsintern abgewickelt und somit entsprechende Kosten gespart werden.

Im Zusammenhang mit den vielen Umzügen, die grundsätzlich nur zum Teil vorherseh- und somit budgetierbar sind, mussten auch ungeplante Mobiliarbeschaffungen vorgenommen werden. Dank einer guten Lagerbewirtschaftung und der dadurch möglichen Verwendung von vorhandenem Mobiliar sowie äusserster Zurückhaltung bei der Neuanschaffung konnten die strengen Budgetvorgaben dennoch eingehalten werden.

Im Berichtsjahr erfolgte im Weiteren die Definition der im Fachbereich relevanten Kernprozesse. Für die priorisierten Bereiche wurden Ist-Prozesse erstellt, Verbesserungsmassnahmen und darauf aufbauende Soll-Prozesse erarbeitet und im Arbeitsalltag eingeführt.

Raumbedarfsplanung

Arbeitsgruppe Verwaltungsbauten
Die Arbeitsgruppe Verwaltungsbauten befasste sich in vier Sitzungen mit verschiedensten Fachthemen. Abge-

sehen von grundsätzlich zu bearbeitenden Themenstellungen wie z.B. die Nutzung frei werdender Räumlichkeiten durch Neuausrichtungen oder Einzelbegehren von Amtsstellen wird in den folgenden Kapiteln auf die wichtigsten Entscheidungen und Massnahmen dieser Arbeitsgruppe eingegangen.

Liegenschaft «Präsidial-Anstalt»
Vor einer allfälligen Nutzung muss die Liegenschaft umzoniert und renoviert werden. Der Gemeinderat der Gemeinde Vaduz lehnte die Umzonierung ab, sodass bis Ende Jahr offen blieb, wie diese Liegenschaft genutzt wird.

Haus der Wirtschaft

Das Mietobjekt «Haus der Wirtschaft» wurde im Januar 2010 bezogen. Im Berichtsjahr erfolgten diverse Nachbetreuungen in Sachen Möbelergänzungen, Beschriftungen sowie Bürowechsel infolge Aufgabenänderungen.

Regierungsgebäude
Im Regierungsgebäude konnte nach dem Auszug des Rechtsdienstes der Regierung und von ausgelagerten Bereichen des Landesarchivs in das neue Archivgebäude eine Renovation sowie eine Neuverteilung der frei gewordenen Räume bewerkstelligt werden.

Gewerbehaus Triesen
Um den im Gewerbehaus Triesen frei stehenden Raum bestmöglichst nutzen zu können, wurde eine Projektgruppe gebildet, welche basierend auf einer Ist-Analyse Grobkonzepte und Varianten erstellte, um eine Optimierung der Lagernutzung, eine Verbesserung der logistischen Infrastruktur sowie den Erhalt der Werte des Lagergutes zu erreichen. Die konkrete Variantenauswahl erfolgt im Jahr 2011.

Neubau Bushof / Café Central Schaan
Im Berichtsjahr konnte der neu erstellte Bushof für die LBA in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig erfolgte ein Umbau der Räumlichkeiten im 1. Stock des Café Central, um dort die Back-Office-Bereiche der LBA in möglichst grosser räumlicher Nähe unterzubringen.

Haus Elias Nigg, Vaduz
Die Räumlichkeiten wurden nach dem Auszug des Amtes für Handel und Transport renoviert und anschliessend von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal bezogen.

Haus Melliger, Vaduz
Nach dem Auszug der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und der Realisierung der notwendigen Umbauarbeiten konnte der Fachbereich Besoldung/Versicherungen des Amtes für Personal und Organisation diese Räume beziehen.

Haus Wille, Vaduz
Die nach dem Auszug des Fachbereichs Arbeitssicherheit des Amtes für Volkswirtschaft frei gewordenen Räumlichkeiten konnten durch die Stabsstelle Finanzen übernommen werden.

Oberschule Vaduz
Nach erfolgter Realisierung der notwendigen Umbauarbeiten wurden die Räumlichkeiten durch das 10. Schuljahr übernommen.

Informatik

Projekte

Partizipation des Fürstentums Liechtenstein am Betriebsverbund LAWIS (Landwirtschaftliches Informationssystem)
Heute werden die Direktzahlungen in der Schweiz mit sechs unterschiedlichen kantonalen Systemen administriert. Eines davon ist das System LAWIS, welches in den Kantonen LU, TG, SH, ZG, BS/BL eingesetzt wird. Das Fürstentum Liechtenstein hat sich im Jahr 2002 den genannten Kantonen angeschlossen und setzt seither eine auf Liechtenstein angepasste Version von LAWIS 2.0 ein.

Die neuen Regelungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Verordnungen führen zu Änderungen bei verschiedenen agrarpolitischen Massnahmen. Aufgrund dieser Änderungen hätte die Fachapplikation umfassend angepasst werden müssen, was aufgrund ihres Alters aus wirtschaftlicher Sicht keinen Sinn machte. Liechtenstein beteiligt sich deshalb am Betriebsverbund LAWIS 3.0 und kann so von wesentlich geringeren Entwicklungskosten gegenüber einer eigenständigen Lösung profitieren.

Informatiklösung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Für das Öffentlichkeitsregister wurde das Programm HR-Net für die Abwicklung der erforderlichen Geschäftsprozesse im Herbst 2010 eingeführt und alle Daten aus der alten Anwendung HR-Win migriert. Damit konnte die Anwendung HR-Win abgelöst und angepasste Geschäftsprozesse mit eingeführt werden. Ergänzend wurden die vorhandenen Schnittstellen angepasst sowie das Konzept zur Einführung einer neuen Lösung für das Finanz- und Rechnungswesen im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt finalisiert. Hardwaremässig mussten im Berichtsjahr zwei veraltete Hochleistungsscanner ersetzt werden.

Grundbuchsoftware Terris: Releasewechsel sowie Schnittstellenanpassungen
Die Grundbuchsoftware Terris inklusive der Internetplattform TERintra GBOERA wurde auf die neueste Version aktualisiert. Über eine XML-Schnittstelle wurde die Baurechts-Applikation des Hochbauamtes angebunden.

Durch die Ablösung der Öffentlichkeitsregisterlösung musste die bidirektionale Schnittstelle zum zentralen Personenregister neu gestaltet werden. Im Weiteren wurde für die Abteilung «Direkte Steuern» der Steuerverwaltung eine Schnittstelle zu den Grundbuchdaten realisiert.

Beschaffung einer Softwarelösung zur Lärmberechnung
Gemäss Art. 67 des Umweltschutzgesetzes (USG) sind die Lärmimmissionen zu ermitteln und diese in einem öffentlich zugänglichen Kataster festzuhalten. Näheres wird in der Lärmschutzverordnung (LSV) geregelt. Damit das Amt für Umweltschutz dieses Aufgabenfeld abdecken kann, wurde eine Softwarelösung zur Lärmberechnung beschafft.

Realisierung von diversen Schnittstellen zum Management Informations System des Amtes für Volkswirtschaft
Das Amt für Volkswirtschaft hat ein Management Informations System eingeführt. Das System bereitet wichtige Informationen für die einzelnen Abteilungen des AVW auf und muss dafür auf verschiedenste Datenbanken der Landesverwaltung zugreifen. Die eingeführte MIS-Lösung benötigt hierzu entsprechend angepasste Schnittstellen. Diese wurden im Berichtsjahr realisiert.

Beschaffung einer Analysesoftware für die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU)
Die bestehende Geschäftskontrolle der Stabsstelle FIU verfügt über lediglich rudimentäre Funktionen zur einfachen statistischen Auswertung der Verdachtsmitteilungen. Neue praktische Bedürfnisse (Anfragen internationaler Gremien, neue Muster in der Vorgehensweise Verdächtiger etc.) erhöhten jedoch die Anforderungen an die Datenanalyse und die Auswertung der fallbezogenen Informationen. Da mit den bestehenden Instrumenten diesen gestiegenen Anforderungen nicht mehr genügend entsprochen werden konnte, wurde eine spezielle Analysesoftware beschafft und eingeführt.

Gesetz für den Betrieb eines Zentralen Personenregisters
Die im Herbst 2009 gestarteten Arbeiten für die Ausarbeitung eines Gesetzes für den Betrieb eines zentralen Personenregisters wurden 2010 weitergeführt und ein Entwurf fertig gestellt. Der Gesetzesentwurf wurde im Oktober 2010 von der Regierung zur Vernehmlassung mit Frist bis zum 14. Januar 2011 freigegeben.

Anschaffung eines neuen Vermessungsprogramms für das Tiefbauamt
Zu den Aufgabengebieten der Abteilung Vermessung und Geoinformation des Tiefbauamtes gehören gemäss Vermessungsgesetz der Unterhalt des Grundlagen-Fixpunktnetzes der Amtlichen Vermessung sowie der Unterhalt der Staats- und Gemeindegrenzen. Für diverse Amtsstellen werden diesbezüglich Vermessungsaufgaben durchgeführt. Für die Berechnung und Auswertung dieser Vermessungen wird eine geeignete Softwarelösung benötigt. Da das bisher eingesetzte Produkt veraltet war und vom Hersteller nicht mehr gewartet wurde, musste eine neue Softwarelösung beschafft werden.

Anpassung der EDV-Lösung für die Energiefachstelle
Das Energieeffizienzgesetz sieht in Art. 4 Ziff. 3 vor, dass jede Massnahme nur einmal gefördert werden kann. Erweiterungen von bestehenden und bereits geförderten Anlagen werden nicht gefördert. Um die Kontrolle der Gesamtbegrenzung der Förderung pro Parzelle effizienter zu machen und das Risiko von Fehlern zu minimieren, wurde die Fachapplikation der Energiefachstelle des Amts für Volkswirtschaft dementsprechend erweitert.

Realisierung einer Online-Schnittstelle zwischen der MFK-Lösung und den Systemen der Landespolizei
Um der Landespolizei einen umfassenden und aktuellen Zugriff auf die Halter- und Fahrzeugdaten gewährleisten zu können, wurde eine Online-Schnittstelle realisiert, welche den Systemen der Landespolizei den direkten Zugriff auf die Daten der Motorfahrzeugkontrolle ermöglicht.

Migration der Oracle-Datenbanken
Die zentralen Datenbanken wurden auf eine neue Oracle Version und zugleich auf eine neue Systemplattform migriert. Dies gewährleistet die Bereitstellung von qualitativ hochstehenden Datenbanklösungen für die nächsten Jahre. Zugleich konnten die Unterhaltskosten reduziert und die IT-Systeme wieder einer gesicherten Herstellerwartung zugeführt werden.

Spezifische Überprüfungen der IT-Sicherheit von eGovernment Basisdiensten
Die bereits realisierten eGovernment-Anwendungen im Rahmen der IT- und eGovernment-Strategie 2011 wurden einer spezifischen Überprüfung bezüglich der IT-Sicherheit unterzogen. Aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse können die Schwachstellen nun gezielt angegangen werden.

Aufbau einer serviceorientierten Integrationsplattform (SOA-Infrastruktur)
Mit dem Ziel, auf Basis der heute bei der Landesverwaltung im Einsatz stehenden ORACLE-Datenbanken eine Systemplattform zu schaffen, die es erlaubt, transaktionsorientierte Anwendungen für den Bürger und sichere Schnittstellen für Unternehmen anzubieten, wurde 2010 ein entsprechendes Projekt gestartet. Die Einführung der Integrationsplattform ist auf Anfang 2011 geplant.

Ablösung der bestehenden EDV-Lösung für die Denkmalpflege beim Hochbauamt
Die veraltete EDV-Lösung für die Denkmalpflege (DE-

KUS) beim Hochbauamt musste ersetzt werden, da künftig weder die Wartung noch die Weiterentwicklung sichergestellt werden konnte. Mit dem Einsatz eines Zusatzmoduls zur bestehenden Baurechtslösung wurde eine elegante und kostengünstige Lösung gefunden.

Anpassung der IT-Lösungen der Steuerverwaltung aufgrund der Revision der Steuergesetzgebung
Die Arbeiten für die Umsetzung der Steuerreform per 1. Januar 2012 für das Steuerjahr 2011 bildeten den Schwerpunkt bei der Steuerverwaltung. Technisch erneuert wurden die gesamten INES-Anwendungen inkl. Framework mit den zugrundeliegenden Programmen inkl. Outputmanagement und der eGovernment-Anwendung für die Lohnsteuern. Abgeschlossen wurden zudem die Sofortmassnahmen für die notwendigen Anpassungen an den Programmen für die natürlichen und juristischen Personen, beim Register sowie bei der Veranlagung. Zudem wurde die Detailspezifikation für die Module «Register» und «Bezug» erarbeitet. Im Weiteren wurde der Datenaustausch für die Lohnmeldungen der Arbeitnehmerdaten wie auch die Corporate Identity angepasst.

Arbeiten im Bereich der MwSt.-Lösung bei der Steuerverwaltung
In der Abteilung Mehrwertsteuer der Steuerverwaltung wurde die MwSt-Anwendung technisch komplett erneuert (Server-Hardware, Datenbankmigration, Anpassungen an den Entwicklungswerkzeugen). Die notwendigen Anpassungen aufgrund der schweizerischen Mehrwertsteuerreform wie auch die Satzanpassung auf 8% wurden fristgerecht abgeschlossen.

Anpassung der EDV-Lösung für das Gewerberegister beim Amt für Volkswirtschaft
Der Landtag des Fürstentums Liechtenstein hat am 23. September 2010 die Abänderung des Gewerbegesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie zur Schaffung von Erleichterungen für Gewerbetreibende verabschiedet. Aufgrund der geänderten Gesetzgebung musste die EDV-Lösung angepasst werden. Weitere Anpassungen waren im Zusammenhang mit der Systematik der Wirtschaftszweige «NOGA 2008» notwendig.

Upgrade des Statistikprogramms SAS
Im Amt für Statistik wurde die Statistik Software SAS sowohl im Server- als auch im Client-Bereich auf die neueste Version 9.2 umgestellt. Im Weiteren wurden das bestehende Datawarehouse, die Volkszählungsdatenbank sowie die Baurechtslösung über Schnittstellen in SAS eingebunden.

Realisierung eines Computerprogramms zur automatisierten Anonymisierung von Personendaten
Für Test- und Entwicklungszwecke müssen immer wieder Datenbestände zur Verfügung gestellt werden. Da diese vielfach Personendaten enthalten, müssen diese vorgängig aufwändig anonymisiert werden. Um diesen Prozess beschleunigen und automatisieren zu können, wurde ein spezifisches Computerprogramm realisiert.

Migration der Datenbanklösung für das Landesarchiv auf Release 5.0
Die Software scopeArchiv des Landesarchivs wurde auf die aktuellste Version 5 migriert. Diese Version liefert die Grundvoraussetzung für zukünftige Projekte im Bereich der elektronischen Langfristarchivierung mittels scopeIngest sowie die System-Anbindung an die ECM-Lösung Fabasoft zur elektronischen Ablieferung von Dokumenten von den Amtsstellen an das Landesarchiv.

Erweiterung der EDV-Lösung «Transportunternehmensregister» beim Amt für Handel und Transport
Gemäss der gesetzlichen Vorgabe aus dem Strassentransportgesetz wurde beim Amt für Handel und Transport im Dezember 2008 eine neue EDV-Lösung für die Führung des Registers der Strassentransportunternehmen implementiert und damit die bis dahin manuelle Führung der Datenbestände in Excel abgelöst. Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Basissystem zur Erfassung und Verwaltung der Daten realisiert, ohne weitere Funktionalität.

Im Berichtsjahr wurde der Ausbau der Applikation mit weiteren notwendigen Funktionen, wie das Erstellen von Registerauszügen, der Gewährleistung eines behördlichen Abrufverfahrens zur Datenbekanntgabe sowie statistische Auswertungen spezifiziert. Die Realisierungsarbeiten wurden begonnen, können jedoch erst im Jahr 2011 abgeschlossen werden.

Anpassung der EDV-Lösung bei der Motorfahrzeugkontrolle
Die EDV-Lösung «Cari» wurde im November 2009 bei der Motorfahrzeugkontrolle in Betrieb genommen. Cari ist eine Schweizer Standardlösung, welche grösstenteils auf die speziellen Bedürfnisse Liechtensteins angepasst wurde. Im Bereich Rechnungsgenerierung waren diese jedoch noch nicht vollumfänglich berücksichtigt, weshalb die Lösung in diesem Bereich angepasst werden musste.

Anpassung der Fachapplikation des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung
Die Softwarelösung BEB2k wird beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung für die Verwaltung der Kundendossiers im Bereich Berufsberatung eingesetzt. Damit sämtliche im System vorhandenen Daten optimal ausgewertet werden können, war die Anschaffung des Moduls «Reporting» erforderlich. Die darin vordefinierten Berichte können in eine übersichtliche Menu Struktur eingebunden, berechtigungsgesteuert ausgeführt und flexibel formatiert bzw. ausgegeben werden. Dieser Zusatz macht die Fachapplikation noch leistungsfähiger und individueller einsetzbar.

Active Directory / Mail-Infrastruktur
Zur Erneuerung des Berechtigungsverzeichnis «Active Directory» (AD) und der bestehenden internen Mailserverinfrastruktur wurden die Konzepte erstellt. Das AD wurde noch im Berichtsjahr aktualisiert, das Mailsystem ist auf 2011 vorgesehen.

Ausbau der Mail-Firewall
Am Übergang vom internen Kommunikationsnetz zum Internet sind zwei voneinander unabhängige Systeme für die Mailverschlüsselung und das Firewalling (Virenschutz, Antispam) zuständig. Während das Verschlüsselungssystem bereits als hochverfügbares Clustersystem realisiert war, wurde nun auch die Mail-Firewall zu einem Clustersystem ausgebaut. Damit ist nun die gesamte Mailinfrastruktur als hochverfügbarer Service realisiert.

Neues Rechenzentrum
Nach der Abnahme des neuen Rechenzentrums im März 2010, wurden bis Mitte Mai 2010 die notwendigen Erweiterungen des Kommunikationsnetzwerkes realisiert. Anschliessend wurde mit dem Umzug begonnen. An insgesamt fünf Wochenenden wurden die IT-Systeme vom alten ins neue Rechenzentrum verlegt. Per Ende Juni 2010 waren bereits rund 90% der IT-Infrastruktur ins neue Rechenzentrum verschoben. Dank guter Vorbereitung ging der Umzug ohne grössere Probleme und für die BenutzerInnen praktisch unbemerkt über die Bühne.

Ersatz veralteter Serversysteme
Diverse Serversysteme wurden im Berichtsjahr durch neue Systeme ersetzt. Dabei erfolgt nicht immer ein direkter Ersatz durch neue Hardware. Wenn möglich werden dabei die Serversysteme auf der Virtualisierungsplattform als virtuelle Maschine (VM) bereitgestellt.

Datensicherungskonzept
Alters- und kapazitätsbedingt musste der bestehende Bandroboter, der für die zentrale Datensicherung eingesetzt wird, ersetzt werden. Das Projekt konnte termingerecht und ohne grössere Probleme umgesetzt werden.

Ersatz und Neubeschaffung von Arbeitsplatzcomputern
Die Landesverwaltung verfolgt die Strategie des rollenden Ersatzes von ausgedienten Arbeitsplatzcomputern, sodass die Geräte möglichst lange im Einsatz sind. Im Laufe des Jahres mussten altersbedingt rund 80 Geräte ausgetauscht werden.

Ablösung mehrerer Multifunktionsgeräte
Insgesamt mussten bei sechs Amtsstellen veraltete und störungsanfällige Multifunktionsgeräte (Drucker/Kopierer) ausgetauscht werden.

Inbetriebnahme einer Softwareverteilungslösung
Aufgrund der stetig steigenden Anzahl an BenutzerInnen in der Landesverwaltung und der immer komplexer werdenden Systemumgebung, ist eine unternehmensweite Softwareverteilung und Standardisierung ein unverzichtbares Mittel, um die anfallenden Kosten bei der Verwaltung von Clients und Servern möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund wurde die im Jahr 2009 getestete Lösung im Berichtsjahr beschafft und eingeführt.

Schengen/Dublin Projekte
Im Rahmen der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Operative Umsetzung Schengen/Dublin» leistete das Amt für Personal und Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Erledigung der vielschichtigen Aufgaben. Die Realisierung der «Schengen/Dublin» IT-Teilprojekte «sTESTA», «VISION», «VISMAIL», «N-VIS», «EURODAC» konnten im Jahre 2009 bereits abgeschlossen werden. Die Tätigkeiten 2010 konzentrierten sich auf funktionale Anpassungen der Infrastruktur sowie deren Überprüfung in den verschiedenen Teilbereichen.

EU / EWR

Im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie wurden zusammen mit der Stabsstelle EWR und weiteren Amtsstellen die konzeptionellen Arbeiten für die Bereitstellung identifizierter Behördendienste fortgesetzt. Der Einstiegspunkt für den nationalen einheitlichen Ansprechpartner wurde realisiert und ist zentral via www.eu-go.eu oder direkt unter www.eu-go.li erreichbar.

Das Projekt EESSI (Electronic Exchange of Social Security Information, Elektronischer Austausch von Sozialversicherungsdaten) hat zum Ziel, den Schutz der Rechte der Bürger zu verstärken, indem für die Anwendung der EU-Vorschriften zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme ein elektronisches System eingesetzt wird. Gemäss der Frist von zwei Jahren für die Umsetzung ab Inkrafttreten der neuen Regelungen haben alle beteiligten Staaten bis Mai 2012 Zeit, um sich an EESSI anzuschliessen und den Datenaustausch über Papierformulare zu beenden.

Im Berichtsjahr konnte die funktionale Überprüfung des netzwerktechnischen Zugriffs auf die zentralen EESSI Komponenten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Basis für die Integration der nationalen LIE-EESSI-Infrastruktur ist somit geschaffen.

Kommunikation

Ausbau Kommunikationsnetzwerk
Im Berichtsjahr wurde das neue Bürogebäude der FMA an der Immagasse in Vaduz an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung angeschlossen. Die beiden bisher von der FMA genutzten Gebäude wurden vom Netzwerk abgetrennt. Neu ins Netzwerk integriert wurden auch die Räumlichkeiten der LBA beim Busbahnhof in Schaan.

Zentrale Netzwerkdienste
Die Basis für ein funktionierendes Kommunikationsnetzwerk bildet nicht nur die eingesetzte Hardware, sondern auch diverse Netzwerkdienste wie DNS, DHCP oder NTP. Das System, welches diese zentralen Netzwerkdienste zur Verfügung stellt, wurde im Berichtsjahr altersbedingt durch ein modernes, ausfallsicheres System ersetzt.

Erneuerung Firewall-Infrastruktur
Die Firewall-Infrastruktur regelt heute nicht nur einen geschützten Übergang zum Internet, sondern auch die Anbindung zu diversen Fremdnetzen, insbesondere der Schweizerischen Bundesverwaltung und zu Schengen (sTESTA - Secured Trans European Services for Telematics between Administrations). Die gesamte Infrastruktur wurde auf den aktuellen Software-Release angehoben. Veraltete Hardware, welche für die Ausführung der aktuellen Betriebssoftware nicht mehr geeignet war, wurde bei diesem Arbeitsschritt ersetzt.

Telefonie
Die Telefoninfrastruktur der Landespolizei wurde auf die neue Telefonanlage migriert. Damit konnte die letzte Phase aus dem Projekt «Neue Telefonzentrale» abgeschlossen werden. Im Vorfeld mussten noch diverse spezifische Funktionen für die Einsatzleitzentrale der Landespolizei auf die neue Anlage portiert werden, weshalb sich die definitive Abschaltung der alten Anlage gegenüber der ursprünglichen Planung etwas verzögerte.

IT-Sicherheit

Lösung zur Aufspürung von Sicherheitslücken gegenüber dem Internet
Um einen gesamtheitlichen Überblick über den Stand der Sicherheit gegenüber dem Internet in einem sich stetig und rasch verändernden Umfeld haben zu können, wurde ein Softwareprodukt zur Aufspürung von Sicherheitslecks beschafft. Damit können Scans zur Überprüfung der Infrastruktur auf Sicherheitslücken ausgeführt werden, um anschliessend anhand der ausgewerteten Resultate entsprechende Massnahmen sofort umsetzen zu können.

Dokumentationsverwaltungslösung
Um die Verwaltung der operativen Dokumente zu vereinfachen, die Versionierung sicherzustellen und auch bei Krankheits- und Ferienabwesenheiten der verantwortlichen Personen einen raschen und zuverlässigen Zugriff auf die benötigten Informationen gewährleisten zu können, wurde eine informatikgestützte Verwaltung der Systemdokumentationen eingeführt.

Information Security Management System
Der im Jahr 2009 begonnene Aufbau eines Information Security Management Systems (ISMS) wurde sukzessive weiter vorangetrieben. Die Themen «Informations-Sicherheitspolitik» und «Informations-Sicherheits-Management-System» konnten der Regierung anlässlich einer Regierungssitzung präsentiert werden.

Interne Druckerei

Ersatz beider Zentraldrucker/-kopierer der internen Druckerei
Aufgrund ihres Alters mussten sowohl das schwarz/weiss wie auch das Farbsystem der internen Druckerei ausgetauscht werden. Der Austausch der beiden Druck-/Kopiersysteme erfolgte ohne nennenswerte Probleme, die Amtsstellen der Landesverwaltung konnten nahezu unterbruchsfrei bedient werden. Die Betriebskosten der neuen Geräte sind gegenüber den alten wesentlich niedriger, sodass sich die Kosten pro bedruckter Seite um bis zu 40% reduzieren.

Ausbau des Kuvertiersystems
Das Kuvertiersystem ist um eine Zufuhr für Spezialformate erweitert worden. Damit wird ein schon mehrfach geäussertes Bedürfnis der Amtsstellen, beim Kuvertieren Beilagen in Spezialformaten zuschiessen zu können, abgedeckt.

Papierverbrauch
Der Papierverbrauch hat sich im Jahr 2010 auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt. Äusserst erfreulich ist, dass im Jahr 2010 erstmals zu 100% Recycling Papier verwendet wurde.

	2010		2009		2008		2007		2006	
	kg	**%**	kg	%	kg	%	Kg	%	kg	%
Recycling in kg	**57'541**	**100**	53'200	92.48	58'562	83.42	46'200	76.95	52'930	82.25
Andere in kg	**0**	**0**	4'323	7.52	11'633	16.58	13'822	23.05	11'420	17.75
Total	**57'541**		**58'023**		**70'195**		**60'033**		**64'350**	

Presse- und Informationsamt

Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher

Das Presse- und Informationsamt ist zuständig für die behördliche Information nach aussen und nach innen. Die Information nach aussen, d.h. die Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, geschieht über die Medien durch Pressemitteilungen und durch die Durchführung von Medienkonferenzen sowie direkt über den Landeskanal und das Internet. Die Information nach innen umfasst die Berichterstattung über Liechtenstein-Artikel in ausländischen Medien. Weiters gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes.

Redaktion

Pressemitteilungen
Im Jahr 2010 wurden 842 Pressemitteilungen verschickt. Die Pressemitteilungen werden über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist und können so zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden. Die Pressemitteilungen finden auch Eingang in Presseportale. Unter der Homepage des Presse- und Informationsamtes sowie unter www.presseportal.ch können die Pressemitteilungen als RSS-Newsfeed abonniert werden.

Medienbetreuung

Mediengespräche und Medienkonferenzen
Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 11 Mediengespräche der Regierung und 99 Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

Fototermine
Bei 34 offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamt bei 47 wichtigen offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht (Fotoservice mit Poolfotografen).

Medienanlässe
Jeweils rund 50 Medienleute nahmen die Einladung des Presse- und Informationsamtes zum Medien-Sommertreffen am 23. Juni und zum Medien-Jahresabschluss am 22. Dezember an. Diese jährlich wiederkehrenden Anlässe bieten den teilnehmenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit, die Medien in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

Zu folgenden offiziellen Anlässen wurde vom Presse- und Informationsamt die Medieninformation und -betreuung organisiert: Tag der offenen Tür beim 10. Freiwilligen Schuljahr, Tag der offenen Tür auf Burg Gutenberg, Balzers, Tag der offenen Tür beim Landesforstbetrieb sowie Volkszählung 2010.

Interviewanfragen
Seit Herbst 2010 werden Anfragen für Interviews mit den Regierungsmitgliedern wieder zentral über das Presse- und Informationsamt entgegengenommen. Bis Ende 2010 konnten 18 Interviewanfragen bearbeitet werden.

Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien
Das vorherrschende Thema der Liechtenstein-Berichterstattung in ausländischen Medien betraf weiterhin den Finanzdienstleistungsplatz. Im Jahr 2010 wurden von den Medienbeobachtungsfirmen insgesamt rund 5'000 Ausschnitte geliefert.

Pressespiegel
Im Berichtsjahr wurden 212 tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag, Regierung sowie verschiedene Amtsstellen) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten Liechtenstein-Meldungen in ausländischen Medien. Die Presseausschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung auch via Intranet zur Verfügung gestellt.

Informationsübermittlung via Landeskanal und Internet

Landeskanal
Der Landeskanal ist ein in Liechtenstein über Kabel empfangbarer Fernsehkanal, der mit zwei Systemen (Vollbild- und Teletexsystem) Textnachrichten aus Regierung und Verwaltung übermittelt. Diese Nachrichtenübermittlung erfolgt im 24-Stunden-Dauerbetrieb. Die Textinformationen sind auch im Internet unter www.pia.llv.li - Landeskanal abrufbar.

Während den Landtagssitzungen wird der Landeskanal dem Landtagssekretariat zur Verfügung gestellt. Im Auftrag des Landtagssekretariats werden von einer Firma die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern am Landeskanal live übertragen.

Bei Abstimmungen und Wahlen informiert der Landeskanal rasch und umfassend über die Ergebnisse. Im Jahr 2010 betraf dies die Abstimmung über den Industriezubringer in Schaan am 14. März.

Live- Sendungen und Film-Ausstrahlungen
Der Film «2009 in Bildern», ein im Auftrag des Landesarchivs erstellter filmischer Jahresrückblick, wurde an drei Tagen Ende Januar jeweils viermal pro Tag ausgestrahlt. Am 15. August wurde der offizielle Teil des Staatsfeiertags (Feldmesse und Ansprachen von Erbprinz und Landtagspräsident) am Landeskanal live übertragen. Die aufgezeichnete Sendung wurde am 18. und 19. August nochmals ausgestrahlt.

Am 3. September wurde das Länderspiel Liechtenstein-Spanien aus dem Rheinparkstadion live am Landeskanal übertragen.

Internet-Angebote
Unter www.pia.llv.li bietet das Presse- und Informationsamt umfangreiche Informationen an. Insgesamt konnten rund 250'000 Zugriffe von rund 21'000 verschiedenen Usern verzeichnet werden. Sehr beliebt sind die Pressemitteilungen und die Pressefotos. Rund 8 GB an Informationen wurde von den Besuchern heruntergeladen.

Weitere vom Presse- und Informationsamt betreute Websites sind www.landtagswahlen.li, www.gemeindewahlen.li und www.abstimmung.li. Über die letztgenannte Internet-Seite wurde am 14. März über die Abstimmung «Industriezubringer Schaan» informiert.

Mitte 2010 wurde dem Presse- und Informationsamt auch die Betreuung eines Teils der Regierungshomepage (www.regierung.li) übertragen: Das Presse- und Informationsamt bestückt die Homepage mit den Pressemitteilungen über die Regierungstätigkeit und sorgt somit für täglich top-aktuelle Informationen auf der Einstiegsseite.

Informationsvermittlung
Rund 1'200 Anfragen unterschiedlichster Art aus aller Welt gelangten an das Presse- und Informationsamt, davon rund 400 über die Website des Presse- und Informationsamtes und rund 800 über das Liechtenstein-Portal. Vom Presse- und Informationsamt konnten von den gesamthaft 1'200 Anfragen über 700 Anfragen direkt beantwortet werden; rund 100 wurden an die fachlich zuständigen Stellen zur Bearbeitung weitergeleitet, an rund 400 Auskunftssuchende wurde Informationsmaterial (Broschüren, Autogrammkarten) geschickt. Die meisten Anfragen kamen aus osteuropäischen Ländern (326), Deutschland (182) und den USA (162). Die Anfrager ersuchten vor allem um Autogramme der Regierungsmitglieder, touristische Informationen sowie Informationen zu Einreisebestimmungen und um das Zusenden von Informations- oder Werbematerial.

Staatsfeiertag
Der Staatsfeiertag wird von einem Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes durchgeführt. Der Staatsfeiertag 2010 verlief organisatorisch sehr zufriedenstellend, nur das Wetter spielte nicht mit. Der verregnete Staatsfeiertag vermochte trotzdem rund 20'000 Gäste nach Vaduz zu locken. Damit blieb er jedoch deutlich hinter dem «Kaiserwetter-Staatsfeiertag» des Jahres 2009 mit einem Besucherrekord von 40'000 Gästen zurück.

Kommissionen und Arbeitsgruppen
In verschiedenen Kommissionen, Arbeitsgruppen und bei Projekten wirkten (und wirken) die Amtsleiterin und der Stellvertreter der Amtsleiterin mit: Organisationskomitee 300 Jahre Liechtensteiner Oberland, Arbeitsgruppe Filmdokumentation, Medienkommission (Geschäftsstelle), Arbeitsgruppe Landeskanal, Kommission Öffentlichkeitsarbeit der Internationalen Bodenseekonferenz, Landesführungsstab und Lawinendienst.

Amt für Statistik

Amtsleiter: Dr. Wilfried Oehry

Aufgabe des Amtes für Statistik ist es, den Landes- und Gemeindebehörden sowie der Öffentlichkeit relevante, zuverlässige und kohärente statistische Informationen über Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bereitzustellen. Das Informationsangebot des Amtes für Statistik umfasst 29 verschiedene statistische Publikationen. Sie stehen im Internet unter www.as.llv.li zur Verfügung.

Aufgaben und Publikationen
Um seinen Auftrag als statistisches Informationszentrum Liechtensteins zu erfüllen, führt das Amt für Statistik Datenerhebungen durch, erstellt statistische Publikationen, nimmt Sonderauswertungen vor und übermittelt statistische Daten insbesondere an Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union. Die Verpflichtungen zu den Datenlieferungen an Eurostat ergeben sich aus dem EWR-Abkommen.

Das Amt für Statistik publiziert 29 verschiedene Publikationen, die zum Teil mehrfach pro Jahr erscheinen. Zu den wichtigsten statistischen Publikationen zählen das Statistische Jahrbuch, Liechtenstein in Zahlen, die Bevölkerungsstatistik, die Beschäftigungsstatistik und die Volkszählung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 62 statistische Veröffentlichungen publiziert. In 70 elektronischen Newslettern wurden die Abonnenten über neue Ergebnisse und aktuelle Ereignisse informiert.

Datengrundlage für die meisten statistischen Publikationen sind Verwaltungsdaten, die von verschiedenen Amtsstellen oder von den Gemeinden im Zuge ihrer administrativen Tätigkeit erfasst werden. Das Amt für Statistik führt selbst nur sechs Befragungen durch. Es handelt sich dabei um die Befragungen für die Bankstatistik, die Beschäftigungsstatistik, die Energiestatistik und die Gütertransportstatistik sowie um die Konjunkturumfrage und die Volkszählung.

Neue statistische Informationen

Die Erstellung eines Indikatorensystems für eine nachhaltige Entwicklung war seit längerem ein Anliegen des Landtags und der Regierung. Im Berichtsjahr veröffentlichte das Amt für Statistik die erste Ausgabe der Publikation «Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung». Die Publikation zeigt anhand von 54 Indikatoren, inwieweit sich Liechtenstein in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Das Indikatorensystem wurde in Zusammenarbeit mit dem Ressort Präsidium, dem Amt für Gesundheit, dem Amt für Umweltschutz und dem Amt für Volkswirtschaft entwickelt. Die Beurteilung der Entwicklung Liechtensteins in den letzten Jahren und Jahrzehnten ergibt ein differenziertes Bild hinsichtlich der Nachhaltigkeit.

In die Bevölkerungsstatistik wurden erstmals Angaben zur Lebenserwartung von Frauen und Männern auf verschiedenen Altersstufen aufgenommen. Die Lebenserwartung der Frauen bei Geburt lag im Jahr 2008 bei 85.4 Jahren, jene der Männer belief sich auf 80.0 Jahre.

Die Krankenkassenstatistik zum Jahr 2009 wurde erweitert mit statistischen Informationen zu den Spitälern, zur Finanzierung der Ausgaben im Gesundheitsbereich und zu den Medikamenten. Die zusätzlichen Informationen zu den Spitälern betreffen die mittlere Aufenthaltsdauer der Patienten im regionalen Vergleich, die Bruttoleistungen der Spitäler sowie die Anzahl Spitalentlassungen pro 1'000 Einwohner. Zudem wurden die in den Spitälern diagnostizierten Krankheitsfälle liechtensteinischer Patienten gemäss internationaler Klassifikation aufgeschlüsselt. Die Ausgaben im Gesundheitsbereich wurden nach Mittelherkunft und Mittelverwendung aufgegliedert. Dargestellt in der Krankenkassenstatistik sind nun auch die Umsätze und die Mengen kassenpflichtiger Medikamente nach therapeutischen Gruppen. Die Medikamente mit den grössten Umsatzanteilen entfallen auf Stoffwechselerkrankungen, das Nervensystem sowie Herz und Kreislauf.

In die Unfallversicherungsstatistik zum Jahr 2009 wurden neu Informationen zu den Lohnsummen nach Gefahrenklassen aufgenommen. Auf die beiden höchsten Gefahrenklassen 7 und 8 entfallen 11% der versicherten Lohnsumme.

Die Energiestatistik wurde erweitert mit Angaben über Holzpellets und thermische Sonnenkollektoren. Zudem wurden Angaben über die Fernwärme aufgenommen, welche die Kehrichtverbrennungsanlage Buchs neu nach Liechtenstein liefert. Die Fernwärme macht einen Anteil von 3.2% des gesamten Energieverbrauchs bzw. Energieimports aus.

Neue Statistikprojekte

Zu den neu gestarteten Statistikprojekten zählen die Umweltstatistik, die Unternehmensstatistik und die Einführung eines Unternehmensidentifikators.

Ziel des ersten Projektes ist die jährliche Erstellung einer Umweltstatistik, welche über die Situation und die Veränderung in den Bereichen Luft, Wasser, Boden, Landschaftsschutz, Biodiversität, Klimaschutz, Lärm und Abfall sowie über die Ausgaben im Umweltbereich informiert.

Die zukünftige Unternehmensstatistik soll Auskunft geben über den Bestand, die Neugründungen und die Schliessungen von Unternehmen und Arbeitsstätten. Zudem wird die Unternehmensstatistik Angaben über Neugründungsraten, Überlebensraten und Schliessungsraten von Unternehmen enthalten. Bis anhin publiziert das Amt für Statistik erst Informationen über den Bestand von Unternehmen und Arbeitsstätten.

Im Rahmen des Projekts Unternehmensidentifikator (UID) wird abgeklärt, welche Auswirkungen die Einführung eines Unternehmensidentifikators in der Schweiz auf Liechtenstein hat, insbesondere für die liechtensteinischen Unternehmen, und welche geeigneten Massnahmen zu ergreifen sind. Dabei soll auch geklärt werden, ob die Einführung eines liechtensteinischen Unternehmensidentifikators notwendig ist. In der Schweiz wird jedem Unternehmen eine eindeutige und unveränderliche Identifikationsnummer zugewiesen, welche als neue Mehrwertsteuernummer dient und im elektronischen Verkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen eingesetzt wird.

Qualität

Auf europäischer Ebene nimmt das Thema Qualitätsmanagement in der Statistik einen hohen Stellenwert ein. In allen EWR-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz wurden Peer Reviews durchgeführt, um die Einhaltung des Europäischen Verhaltenskodex für die statistischen Stellen zu überprüfen und um Verbesserungsmassnahmen zu vereinbaren. Die 15 Qualitätsgrundsätze des Europäischen Verhaltenskodex wurden auch in das Statistikgesetz aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene statistische Publikationen mit dem neuen Kapitel «Methodik und Qualität» erweitert. Die Statistiknutzerinnen und -nutzer finden in diesem Kapitel sowohl Informationen zu Hauptinhalt, Verwendungszweck, Gegenstand, Datenquellen, Datenaufbereitung und Publikationsweise der Statistik als auch Angaben zu Relevanz, Genauigkeit, Aktualität, Pünktlichkeit, Kohärenz und Vergleichbarkeit dieser Statistik.

Volkszählung 2010

Die Volkszählung ist die wichtigste statistische Erhebung Liechtensteins. Sie liefert Informationen zu Ausbildung, Beruf, Verkehrsmittelnutzung, Sprache, Religion, Herkunft, doppelte Staatsbürgerschaft und Haushaltszusammensetzung sowie zu Gebäuden und Wohnungen. Um die Befragten zu entlasten, werden die Informationen soweit als möglich den elektronischen Registern entnommen. Im Vergleich zur Volkszählung 2000 wurde die Anzahl der Fragebogen von drei auf einen Fragebogen reduziert.

Verschickt wurde am 10. Dezember 2010 nur noch ein vierseitiger Personenfragebogen. Dank des Aufbaus

des Gebäude- und Wohnungsregisters und der Zusammenarbeit mit den Gemeinden konnte auf die früheren Haushaltsfragebogen und Gebäudefragebogen verzichtet werden. Der Personenfragebogen konnte zum ersten Mal im Internet beantwortet werden.

Für Fragen der Bevölkerung zur Volkszählung und zum Fragebogen richtete das Amt für Statistik eine telefonische Hotline ein, welche rege genutzt wurde. Wer Unterstützung beim Ausfüllen des Fragebogens benötigte, konnte zu den Gemeindeverwaltungen oder zum Amt für Statistik gehen.

Im Vorfeld und während der Volkszählung wurde die Bevölkerung über verschiedene Medien zu Zweck, Inhalt und Ablauf dieser statistischen Erhebung informiert. Bis zum 5. Januar 2011 fristgerecht abgegeben waren mehr als vier Fünftel der Fragebogen. Anschliessend versandte das Amt für Statistik zwei Erinnerungsschreiben. Ein Drittel der Fragebogen wurde im Internet beantwortet.

Liechtensteinisches Unternehmensregister

Das Amt für Statistik ist zuständig für das Liechtensteinische Unternehmensregister (LUR), in welchem alle in Liechtenstein ansässigen Unternehmen mit den im Inland und Ausland wohnhaften Beschäftigten erfasst sind. Das Unternehmensregister liefert die notwendigen Angaben für die Beschäftigungsstatistik und die Informationen zur erwerbstätigen Bevölkerung in der Bevölkerungsstatistik.

Die Unternehmen sind verpflichtet, dem Amt für Statistik die Eintritte und Austritte der Beschäftigten monatlich zu melden. Um die Qualität des Unternehmensregisters sicherzustellen, wird den Unternehmen jedes Jahr per Stichtag 31. Dezember eine Liste mit ihren Beschäftigten zur Durchsicht und allfälligen Korrektur zugestellt. Da 86% der rund 3'700 Unternehmen weniger als 10 Personen beschäftigen, ist der Beantwortungsaufwand für die meisten Unternehmen gering. Zudem können Unternehmen mit einer grossen Zahl Beschäftigter die Angaben zu ihrem Personalbestand in elektronischer Form einreichen. Die Rücklaufquote dieser Erhebung betrug im Berichtsjahr hohe 97.1%, wobei zwei Erinnerungsschreiben versandt wurden. Personen, welche vormals in einem Unternehmen beschäftigt waren und von keinem Unternehmen als beschäftigt gemeldet wurden, werden unter der Kategorie «Personen mit unbekannter Tätigkeit» erfasst. Im Juni 2010 wurden 650 Personen mit «unbekannter Tätigkeit» schriftlich befragt, ob sie eine neue Tätigkeit aufgenommen hatten oder mittlerweile nicht mehr erwerbstätig waren. Die Rücklaufquote betrug nach einem Erinnerungsschreiben 82.9%. Um die Qualität des Unternehmensregisters weiterhin zu gewährleisten, wurden verschiedene Merkmale des Registers mittels Kontrollabfragen geprüft.

Die Ergebnisse der im Berichtsjahr durchgeführten Erhebung wurden in der Beschäftigungsstatistik per 31. Dezember 2009 publiziert. Die Zahl der in Liechtenstein beschäftigten Personen hat sich im Jahr 2009 um 1.6% auf 32'877 Personen verringert. Damit wurde die seit dem Jahr 1993 anhaltende Wachstumsperiode erstmals unterbrochen. Im Vorjahr hatte sich die Beschäftigtenzahl um 980 Personen oder 3.0% erhöht. Ende 2009 wohnten 50.8% der Beschäftigten nicht in Liechtenstein, sondern pendelten täglich aus dem Ausland zu.

Sieben Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen

Im Jahr 2010 wurden im Amtsblatt der Europäischen Union 26 Verordnungen veröffentlicht, welche die Statistik betrafen. Im Vorjahr waren es 31 Verordnungen gewesen. Im Berichtsjahr wurden in Folge der längeren Verfahrensdauer zwischen dem Zeitpunkt der Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt und der Annahme im Gemeinsamen EWR-Ausschuss lediglich sieben neue Verordnungen in den Anhang XXI des EWR-Abkommens übernommen, welche das Amt für Statistik betrafen. Im Vorjahr waren es 31 Verordnungen gewesen.

Ausgewählte statistische Informationen zum Berichtsjahr

Statistische Grössen	Zeitbezug	2010	2009	+/- in %
Ständige Bevölkerung	30. Juni	**36'010**	35'789	0.6%
Liechtensteiner	30. Juni	**24'076**	23'935	0.6%
Ausländer	30. Juni	**11'934**	11'854	0.7%
Erwerbstätige Bevölkerung	30. Juni	**17'762**	17'745	0.1%
Dienstleistungen	30. Juni	**11'901**	11'865	0.3%
Industrie	30. Juni	**5'663**	5'672	-0.2%
Landwirtschaft	30. Juni	**198**	208	-4.8%
Einbürgerungen (im Inland wohnhaft)	Jahr	**100**	103	-2.9%
Schüler an öffentlichen Schulen	Schuljahr	**4'782**	4'844	-1.3%
Arbeitslosenquote	Dezember	**2.2%**	3.0%	.
Jahresteuerung Konsumentenpreise	Dezember	**0.5%**	0.3%	.
Direkte Warenexporte (Mio. CHF)	Jahr	**3'324**	3'081	7.9%
Direkte Warenimporte (Mio. CHF)	Jahr	**1'880**	1'924	-2.3%
Gästeankünfte in Hotels	Sommersaison	**30'129**	31'224	-3.5%
Bestand Motorfahrzeuge	1. Juli	**35'291**	34'014	3.8%
davon Personenwagen	1. Juli	**26'890**	25'909	3.8%
Neuzulassungen Motorfahrzeuge	Jahr	**2'227**	2'126	4.8%
davon Personenwagen	Jahr	**1'782**	1'620	10.0%

Regierungskanzlei

Stabsstellenleiter: lic. ès sc. pol. Norbert Hemmerle

Im Berichtsjahr machten die Tagesgeschäfte einen Grossteil der Arbeit in der Regierungkanzlei aus. Daneben wurde eine Volksabstimmung – zum Referendumsbegehren «Industriezubringer Schaan» – durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte selbständig durch den stellvertretenden Leiter, Peter Sele, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

Kanzleiaufgaben

In der Regierungskanzlei sind die Bereiche Regierungskanzlei mit dem Schalter, die Registratur, die Telefonzentrale sowie die Beratungs- und Beschwerdestelle zusammengefasst. Die Kanzlei ist Ausgabestelle für verschiedene Publikationen der Regierung wie Staatskalender und Rechenschaftsbericht sowie Drucksachen im Gesetzgebungsprozess wie Vernehmlassungen, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Referendumsvorlagen, Landesgesetzblätter. Zudem ist sie Bewilligungsbehörde für diverse Themenbereiche und stellt Überbeglaubigungen aus.

Tagesgeschäfte
Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

Drucksachen
Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders.
- Der Rechenschaftsbericht 2009 wurde Anfang Mai 2010 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2010 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt.

Versand im Abonnement *(Anzahl Abonnenten per 31.12.2010)*	**2010**	2009
– Landesgesetzblätter	**199**	236
– Chronologische Sammlung (gebunden)	**81**	99
– Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	**101**	126
– EWR-Register	**58**	58
– Rechenschaftsbericht	**208**	193

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungsberichte, Publikati-

onen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsbericht, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	**2010**	2009
– Apostillen	**15'108**	16'646
– Superbeglaubigungen	**979**	930
Total	**16'087**	17'576

Bewilligungen	**2010**	2009
Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen		
– Einzelbewilligungen	**32**	21
– Halbjahresbewilligungen	**2**	3
– Jahresbewilligungen	**25**	23
Aufführungsbewilligungen		
– Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	**57**	51
– Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	**76**	71
Lottomatches	**74**	75
Hausierbewilligungen	**2**	1
Konzessionen		
– Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	**44**	47
– Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	**37**	40
Wappengesetz		
– Anfragen, Ablehnungen, Anzeigen, Verwarnungen	**29**	25
– Erteilte Bewilligungen	**11**	7
Benützung Peter-Kaiser-Platz		
– Anfragen	**12**	18
– Erteilte Bewilligungen	**11**	14

Im Berichtsjahr wurden keinen neuen Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt (sieben Anfragen/Anträge). Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter www.rk.llv.li publizierten Liste waren per 31.12.2010 somit zwölf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	**2010**	2009
– Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	**61**	56
– Zustellungen	**101**	90
– davon Amtshilfe	**0**	5

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse
Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

Politische Volksrechte

Im Berichtsjahr wurde eine Volksabstimmung über das Referendumsbegehren zum Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Realisierung des Industriezubringers Schaan am 12. und 14. März 2010 durchgeführt.

Bei den Vermittlerwahlen 2010 war die Regierungskanzlei vor allem in organisatorischer Hinsicht tätig, ebenso bei den Vorbereitungen zu den am 18. und 20. Februar 2011 stattfindenden Gemeindewahlen.

Diverses

Interreg IV A
Im Januar 2006 wurde von den Programmverantwortlichen eine international besetzte Programmierungsgruppe «Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein 2007–2013» zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingerichtet. Das Programm zielt auf eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region und den Aus- und Aufbau von Netzwerken in den verschiedensten Bereichen ab.

Der stellvertretende Leiter der Regierungskanzlei ist Mitglied der Programmierungsgruppe und nimmt auch den Einsitz Liechtensteins im Lenkungsausschuss wahr. Zu den Aufgaben gehört unter anderem die Funktion als Informations- und Anlaufstelle.

Weiters sind in diesem Gremium vertreten: Das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, für Österreich; die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) - Sekretariat, Kanton St. Gallen, für die Schweizer Kantone; das Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, für den Freistaat Bayern; die Regierung von Schwaben, Augsburg, für den Regierungsbezirk Schwaben und das Regierungspräsidium Tübingen für das Land Baden-Württemberg.

Beratungs- und Beschwerdestelle
Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfesuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Amtsstellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer

«neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen Auskünfte zu Tätigkeiten in einzelnen Amtsstellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fliessend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

Rechtsdienst der Regierung

Amtsleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli

Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorschussungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere der auf der Website www.gesetze.li angebotenen Gesetzesdatenbank LILEX. Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.

Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen bzw. umfassenden Revisionen im Bereich des allgemeinen Verwaltungs- und Staatsrechts (ua Staatsanwaltschaftsgesetz, Staatsschutzgesetzgebung), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (ua Dienstleistungsgesetzgebung, Geldspielgesetzgebung, Steuergesetzgebung, Finanzmarktgesetz, Finalitätsgesetz, E-Geldgesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung, Gewerbegesetz), der Umsetzung des Schengen-Acquis (ua Polizeigesetzgebung, Ausländergesetzgebung, Personenfreizügigkeitsgesetzgebung), der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (ua Verordnung zum UK-Amtshilfegesetz), des Verkehrs (ua Eisenbahngesetz), der Landwirtschaft (ua Durchführungsverordnungen zum Landwirtschaftsgesetz), der Chancengleichheit (Gleichstellungsgesetz), der Gentechnik (Organismengesetzgebung), des Veterinärwesens (ua Tierschutzgesetzgebung), der Gesundheit (ua Ärztegesetz, Gesundheitsgesetz, EWR-Arzneimittelgesetzgebung), der Bildung (ua Hochschulgesetzgebung, Berufsbildungsverordnungen), des Zivilrechts (ua Erbrechtsgesetzgebung, Partnerschaftsgesetz, Patientenverfügungsgesetz, Ausserstreitgesetzgebung) und des Strafrechts (Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, Personen und Organisationen, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.

Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	**675**
Herausgegebene Landesgesetzblätter	**470**
Begutachtete Rechtsvorschriften	**371**
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	**61**
Unterhaltsvorschussfälle	**55**
Rekurse und Anträge in UV-Sachen	**4**
Nachlieferungen LR	**4**
Register LR gedruckt	**1**
Register LR elektronisch	**12**
Textausgaben	**1**
Bereinigung der Anlagen	**2**
Ausbildung Praktikanten	**8**

Personalbestand

Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2010 insgesamt sieben Juristinnen und Juristen zu 600 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2010 sechs Rechtspraktikanten und zwei Ferialpraktikanten ausgebildet.

Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung

Im Berichtsjahr 2010 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 675 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Rechtsgutachterliche Stellungnahmen

Der Rechtsdienst hat 61 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

Legistische Überprüfungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 371 Rechtsvorschriften (insbesondere Gesetzesvorlagen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss

vom 18. Juli 2006 (RA 2006/1942-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der Legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurde auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

470 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 3'691 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Die Anzahl der Landesgesetzblätter hat somit im Vergleich mit den Vorjahren um fast 20% zugenommen. Besonders aufwendig sind vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber Staaten, Personen und Organisationen

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten.

Im Jahr 2010 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionenkomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Liberia, Eritrea, Kongo, Sierra Leone, Iran und Somalia sowie andererseits die Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Myanmar, Simbabwe und Guinea umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 39 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag und die Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

– Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 3. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 31), vom 9. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 57), vom 15. März 2010 (LGBL. 2010 Nr. 64), vom 30. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 79), vom 6. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 91), vom 20. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 97), vom 27. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 109), vom 11. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 145), vom 18. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 147), vom 15. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 170), vom 6. Juli 2010 (LGBl. 2010 Nr. 177), vom 13. Juli 2010 (LGBl. 2010 Nr. 190), vom 17. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 196), vom 31. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 253), vom 14. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 262), vom 21. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 264), vom 5. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 279), vom 26. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 288), vom 9. November 2010 (LGBl. 2010 Nr. 330), vom 7. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 400), vom 14. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 409) und vom 21. Dezember 2010 (LGBl 2010 Nr. 430);
– Liberia mit Verordnungen vom 19. Januar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 7) und vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 51);
– Eritrea mit Verordnung vom 9. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 32);
– der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 14. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 261) und vom 7. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 401);
– Somalia mit Verordnungen vom 4. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 144) und vom 5. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 280);
– der Islamischen Republik Iran mit Verordnungen vom 28. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 175), vom 17. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 197) und vom 28. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 278);
– Sierra Leone mit Verordnung vom 9. November 2010 (LGBl. 2010 Nr. 329).

Daneben wurden im Jahre 2010 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen autonom Sanktionen verhängt bzw. angepasst gegenüber:

– Myanmar mit Verordnungen vom 19. Januar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 8) und vom 8. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 165);
– Simbabwe mit Verordnungen vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 41) und vom 9. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 56);

– Guinea mit Verordnungen vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 40) und vom 6. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 92).

Gesetzgebungsprojekt
Mit Regierungsbeschluss wurde der Rechtsdienst mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Einführung der authentischen elektronischen Publikation von Rechtsvorschriften beauftragt. Mit dem Wegfall der Papierform soll das in diesem Bereich bestehende Sparpotential ausgeschöpft werden. Im Rahmen dieses Projektes wurde in einem ersten Schritt die Art und Weise der Kundmachung von Rechtsvorschriften im benachbarten Ausland evaluiert. Da die Kundmachung von Rechtsvorschriften in Österreich bereits seit 2004 ausschliesslich elektronisch erfolgt und sich dort bewährt hat, wurde beschlossen, sich an der österreichischen Lösung zu orientieren und auf dieser Basis einen Vernehmlassungsbericht auszuarbeiten. Parallel dazu wurden die Arbeiten zur Schaffung der entsprechenden technischen Voraussetzungen aufgenommen (siehe dazu auch Bemerkungen zur Gesetzesdatenbank LILEX).

Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz
Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

Zweiundzwanzigste Bereinigung 2009/2010
Schwerpunkt dieser mit LGBl. 2010 Nr. 101 bis 106 kundgemachten Anlagenbereinigung (Stand: 31. Dezember 2009) bildete das revidierte Landwirtschaftsrecht («Agrarpaket Herbst 2009»), das in Liechtenstein grösstenteils zur Anwendung gelangt. Weiters ist das neue Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft der Schweiz mit Japan hervorzuheben, das in die Anlage II zum Zollvertrag aufgenommen wurde. Die Bestimmungen dieses Abkommens über den Warenverkehr finden in Liechtenstein Anwendung.

Dreiundzwanzigste Bereinigung 2010
Die dreiundzwanzigste Bereinigung mit Stand 30. Juni 2010 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 1. Dezember 2010 publiziert werden (LGBl. 2010 Nr. 363 bis 368).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren ua das vereinheitlichte Strafverfahrensrecht des Bundes (neue Strafprozessordnung, die das bisher in der Anlage befindliche Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege ersetzt, und neue Jugendstrafprozessordnung). Die Bestimmungen sind für Liechtenstein in Bezug auf Delikte anwendbar, die gemäss Zollvertrag nach schweizerischem Recht zu beurteilen sind. Daneben gelangen das revidierte Lebensmittelrecht («Revisionen 2010») und das revidierte Landwirtschaftsrecht («Agrarpaket Frühling 2010») in Liechtenstein grösstenteils zur Anwendung.

Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
Seit dem Jahre 1990 übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 55 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in drei Fällen Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR), Register und Textausgaben
Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen sowie des Registers zur LR und der Textausgaben.

Die Systematische Sammlung umfasste im Berichtsjahr insgesamt 42 Ordner (26 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) und wurde mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Im Jahr 2010 veröffentlichte der Rechtsdienst ein neues Register zur LR mit Stand 1. Oktober 2010 (bis LGBl. 2010 Nr. 264). Seit Anfang 2010 wird das Register LR überdies monatlich neu im Internet publiziert, jeweils mit Stand 1. des laufenden Monats.

Im Berichtsjahr wurde ausserdem eine neue Textausgabe des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) mit Stand 1. März 2010 herausgegeben.

Gesetzesdatenbank LILEX unter www.gesetze.li
Auch im Berichtsjahr wurde die vom Rechtsdienst auf der Website www.gesetze.li betriebene Gesetzesdatenbank LILEX monatlich aktualisiert. Die Datenbank ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltext- und Expertensuche im gesamten Bestand der Systematischen und der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.
Laut Webstatistik wurden im Berichtsjahr auf der Webseite insgesamt 4'412'824 Detail-Abfragen getätigt (durchschnittlich 12'089 pro Tag) und 2'409'305 Dokumente aufgerufen (durchschnittlich 6'600 pro Tag), was wiederum einen Anstieg gegenüber den Vorjahren bedeutet.

Gleichzeitig wurde die Weiterentwicklung der Gesetzesdatenbank LILEX vorangetrieben und dabei be-

reits die Schaffung der entsprechenden technischen Voraussetzungen für die geplante elektronische Publikation der Rechtsvorschriften aufgenommen (siehe dazu auch oben Bemerkungen zu «Gesetzgebungsprojekt»).

Rechtsdienst online
Der Rechtsdienst der Regierung ist mit seinem Internetauftritt im Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung bzw. unter www.rdr.llv.li online. Die Homepage bietet nicht nur einen Einblick in sämtliche Tätigkeitsgebiete des Rechtsdienstes, sondern ermöglicht es dem Anwender auch, die neuesten Landesgesetzblätter bereits am Tage ihrer Kundmachung einzusehen und herunterzuladen oder diese per Newsletter zu abonnieren. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der Newsletter-Abonnenten auf über 400 an.

Auch das jeweils aktuelle Register zur Systematischen Sammlung (LR) und diverse Textausgaben werden auf der Website des Rechtsdienstes unentgeltlich angeboten.

Stabsstelle EWR

Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.

Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese beziehen nicht nur die Landesverwaltung, sondern auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere deren Vertretungen in Brüssel, mit ein.

Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

Übernahme von EWR-Recht
Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2010 insgesamt 347 EU-Rechtsakte behandelt (ergänzend wird auf den Bericht der EWR-Kommission des Landtages verwiesen).

Im Jahr 2010 wurden durch 139 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses 347 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 5'958 erhöht hat. Von den 347 neuen EU-Rechtsakten unterlagen insgesamt 8 EU-Rechtsakte dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung. Diese entstammen den folgenden Bereichen: Finanzdienstleistungen, Gesellschaftsrecht, Umweltschutz und Verkehr.

Umsetzungsquote
Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten EWR-Arbeitslisten für die Ressorts, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet, eine Umsetzungsquote von 99% anzustreben. Es ist festzustellen, dass die liechtensteinische Umsetzungsquote derzeit bei 99.5% (2009: 99.5%) liegt. Diese Umsetzungsquote zeigt, dass Liechtenstein ein verlässlicher Partner im Europäischen Integrationsszenario ist.

Umsetzungsdefizite
Umsetzungsdefizite bestehen per Ende 2010 in den Bereichen Arbeitsrecht (Arbeitszeit), Verkehr (Richtlinie betreffend Gefahrguttransporte im Binnenland bezüglich Eisenbahn, Führerscheinrichtlinie), Gleichstellung von Mann und Frau (Konsolidierungsrichtlinie), Anerkennung von Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsrichtlinie).

Umsetzungserfolge
Im Bereich Arzneimittel konnte die Umsetzung der Richtlinie 2005/28/EG zur Festlegung von Grundsätzen und ausführlichen Leitlinien der guten klinischen Praxis abgeschlossen werden. Damit hat die EFTA-Überwachungsbehörde auch das formelle Mahnschreiben betreffend diese Richtlinie abgeschlossen.

Die Übernahme des sogenannten Pharmaceutical Package (Richtlinie 2004/24/EG, 2004/27/EG und 2004/28/EG) in nationales Recht konnte abgeschlossen werden.

Im Bereich Finanzdienstleistungen konnte die Umsetzung der Richtlinie 2007/44/EG über Verfahrensregeln und Bewertungskriterien für die aufsichtsrechtliche Beurteilung des Erwerbs und der Erhöhung von Beteiligungen im Finanzsektor abgeschlossen werden.

Mit dem Inkrafttreten des Dienstleistungsgesetzes wurde die für den ganzen Dienstleistungssektor relevante Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt.

Die Wohnsitzerfordernisse im Bankensektor sowie für Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder, welche der EFTA-Gerichtshof als mit der Niederlassungsfreiheit unvereinbar erklärt hatte (Fall E-1/09), konnten abgeschafft und dem genannten Urteil somit nachgekommen werden.

Im Bereich Gesellschaftsrecht konnte eine Klageerhebung an den EFTA-Gerichtshof wegen verspäteter Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG (Abschlussprüferrichtlinie) verhindert und deren Vollumsetzung per 1. Februar 2011 notifiziert werden. Zudem konnten die Richtlinie 2007/36/EG über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, die Richtlinie 2007/63/EG hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichts durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften, die Richtlinie 2009/101/EG zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 des Vertrags im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten und die Richtlinie 2009/102/EG betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter umgesetzt werden.

Im Bereich Verkehr wurde die Richtlinie 2006/68/EG über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland zumindest im Bereich des Strassenverkehrs umgesetzt. Ausstehend ist nun lediglich noch die Umsetzung hinsichtlich der Eisenbahn.

Durch den Abschluss der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG konnte im Bereich des Umweltrechts eine Klageerhebung zum EFTA-Gerichtshof verhindert werden. Ausserdem konnte in diesem Bereich die Umsetzung der Richtlinie 2001/18/EG über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zum Abschluss gebracht werden.

Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Im Jahr 2010 waren bei der ESA neben verschiedenen Auskunftsersuchen auch 8 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice), 4 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) und 3 Klagen anhängig.

EFTA-Gerichtshof / Gerichtshof der Europäischen Union

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung zudem in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Gerichtshof der Europäischen Union. Im Jahr 2010 hat Liechtenstein Nichtigkeitsklage beim EFTA-Gerichtshof gegen den Endentscheid der EFTA-Überwachungsbehörde betreffend die seit 1998 geltende Besteuerung der Captives (E-4/6/7-10) und gegen den Endentscheid der EFTA-Überwachungsbehörde betreffend die von 1996–2006 geltende Besteuerung der Eigenmittel der Anlagegesellschaften und die Couponsteuerbefreiung für die Anlagegesellschaften (E-17/10) eingereicht.

Weiters wurde Liechtenstein 2010 vom EFTA-Gerichtshof wegen verspäteter Umsetzung der Berufsqualifikationsrichtlinie 2005/36/EG (E-9/10) und der Gleichbehandlungsrichtlinie 2006/54/EG verurteilt (E-11/10).

Schliesslich vertrat die Stabsstelle EWR die Regierung vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in der Rechtssache «Etablissement Rimbaud» (C-72/09), welche mit einer Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit für die EWR/EFTA-Staaten entschieden worden ist. Ein Erfolg konnte dagegen in Bezug auf die Prozesskostensicherheit (§ 57 ZPO) verzeichnet werden, die der EFTA-Gerichtshof (E-5/10, Kottke/Präsidialanstalt und Sweetyle Stiftung) für vereinbar mit dem EWR-Abkommen erklärt hat und damit der liechtensteinischen Argumentationslinie folgte.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung allgemein. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren sowie die internen Arbeitsabläufe stetig zu überprüfen und zu verbessern.

Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regierung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit.

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für alle Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2010 erneut ein LLV-internes Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert. Ergänzend hat die Stabsstelle EWR auch zwei Verhandlungsseminare organisiert, die denjenigen EWR-Experten der Landesverwaltung offen standen, welche die Interessen Liechtensteins in europäischen Gremien zu vertreten haben.

Die Stabsstelle EWR ist zudem der «Nationale IMI-Koordinator» im von der EU geschaffenen Binnenmarktinformationssystem («IMI»), welches der EWR-weiten Erleichterung der Verwaltungszusammenarbeit in bestimmten Bereichen dienen soll.

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u.a. die kontinuierliche Nachführung des EWR-Registers, die Aktualisierung der EWR-Rechtssammlung in Form von Nachlieferungen sowie die Betreuung der Internetseite der Stabsstelle EWR (www.sewr.llv.li) und des EWR-Teils im Liechtenstein-Portal (www.liechtenstein.li), welcher unter dem Menüpunkt «Staat/Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)» zu finden ist. Hervorzuheben sind die drei von der Stabsstelle EWR angebotenen Newsletter: vierteljährlich erscheint der Newsletter «SEWR-News», welcher aktuelle Themen zum EU/EWR-Recht behandelt. Bei Bedarf erscheint der «Newsletter EWR-Register» (nach jeder Aktualisierung der Onlineausgabe des EWR-Registers) und der «Newsletter EU-Programme» (bei Einlangen von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für laufende Projekte von EU-Programmen, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt). Alle drei Newsletter können unter www.sewr.llv.li (Rubrik: Allgemeines/Newsletter) abonniert werden. Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen.

Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessensverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2010 mit Erfolg weitergeführt.

Die Stabsstelle EWR ist darüberhinaus Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ

Die mit RA 2001/2262 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit wurde per 1. Oktober 2010 aufgelöst. Die Kommunikationsarbeit der Stabsstelle stand im Jahr 2010 im Zeichen der Umstrukturierung und Neuausrichtung des Kommunikationsansatzes der Regierung. Arbeitsschwerpunkte waren die Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai, die beiden offiziellen Besuche von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in China und Indien, die Pflege internationaler Medienkontakte im In- und Ausland, die Erarbeitung zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte und themenspezifischer Kommunikationskonzepte sowie Informationsveranstaltungen für ausländische Zielgruppen.

Die Herausforderungen für die Kommunikation lagen im Jahr 2010 einerseits in einem nahtlosen Übergang zum neuen Kommunikationsansatz der Regierung. Andererseits trat Liechtenstein an der grössten Weltausstellung der Geschichte, der EXPO 2010 in Shanghai prominent auf. Dieser erste grosse Auftritt ausserhalb Europas stellte aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein in China über keine Vertretungsbehörde verfügt, eine besondere Herausforderung dar. Das Gleiche galt für den offiziellen Indien-Besuch.

EXPO 2010 Shanghai
Insgesamt sind 1'050 Medienberichte zu Liechtenstein und seinem Auftritt an der EXPO in Shanghai erschienen. Die Berichte sind in 90 nationalen und regionalen Zeitungen, auf 930 Internetseiten, in 28 Magazinen und in Form von 32 Fernsehbeiträgen (TV oder Videoblog) veröffentlicht worden. In der gesamten Phase der Kommunikationskampagne ist positiv oder neutral über Liechtenstein berichtet worden. Der geschätzte ROI (return-on-investment) der gesamten Berichterstattung während der EXPO beträgt rund CHF 11 Mio.

Der EXPO-Auftritt (3 Pavillons: Shanghai, Vaduz, Internet) und die darauf abgestimmte Kommunikation haben Aufmerksamkeit erzeugt und Liechtenstein nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein der chinesischen Bevölkerung verankert. Sie hat auch die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung für den EXPO-Auftritt unterstützt und das Verständnis für die damit verbundenen Kosten erhöht. Die liechtensteinische EXPO-Kommunikation hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Fürstentum Liechtenstein substantiell vertieft wurden und nun eine solide Basis bilden, auf der in Zukunft weiter aktiv aufgebaut werden kann.

Offizieller Indien-Besuch
Liechtenstein hat sich anlässlich des offiziellen Indien-Besuches von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Aussen- und Kulturministerin Aurelia Frick im November 2010 in den indischen Leitmedien themenmässig breit gefächert positionieren können, mit einem vorgegebenen Schwerpunkt Steuerfrage. Im Grossen und Ganzen gab es eine faire Berichterstattung, mit einigen wenigen kritischen Artikeln betreffend Steuern. Die Kommunikationsbereitschaft Liechtensteins wurde von den indischen Journalisten positiv vermerkt. Damit wurde eine gute Basis für weitere Kommunikation ge-

schaffen, um eine möglichst faire Berichterstattung zu erzielen.

Laufende Medienbeziehungen
Im Jahr 2010 sind über 500 Medienanfragen bearbeitet worden. Neben den bekannten finanzplatzrelevanten Themenschwerpunkten in den Schwerpunktländern der Kommunikation waren die Beziehungen zu indischen und chinesischen Medien von Bedeutung, in denen Liechtenstein umfassend und positiv dargestellt werden konnte.

Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten
Zur optimalen Vorbereitung sowie Einschätzung des Gegenübers und der Situation sowie im Nachgang von relevanten Terminen wurden Hintergrunddokumente erstellt, wie zum Beispiel Hintergrundinformationen zu wesentlichen Journalisten und Medien sowie eine Auswertung der jeweiligen Berichterstattung für Regierungsmitglieder und Aussenstellen bereitgestellt.

Die Welt nach Liechtenstein holen und Liechtenstein in die Welt hinaus tragen
Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai. Liechtenstein betrieb als einziges Land weltweit einen eigenen EXPO-Pavillon im eigenen Land.

Spezialveranstaltungen wie die seit sechs Jahren stattfindende Holocaust-Gedenkveranstaltung der Regierung, der zweite Besuch von US-Kongressmitarbeitern in Liechtenstein, wurden ebenfalls von der Stabsstelle geplant und durchgeführt. Darüber hinaus war die Stabsstelle für die Kommunikation der beiden offiziellen Besuche von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein nach China und Indien verantwortlich.

Erstellung von Kommunikationsstrategien und -inhalten
Ein zentraler und umfassender Aufgabenbereich der Stabsstelle war und ist die Erstellung von Kommunikationskonzepten, Pressemitteilungen, Fragen- und Antworten-Katalogen, Hintergrundinformationen für Journalisten zu allgemeinen Liechtenstein-Themen ebenso wie zu fachspezifischen Themen, Sprachregelungen, Sprechvorlagen für Regierungsmitglieder anlassbezogen zu einzelnen Kommunikationsherausforderungen.

Basis-Informationsmaterialien
Sämtliche bisherigen Informationsmaterialien der Stabsstelle wurden inhaltlich aktualisiert. Im Jahr 2010 wurden 9'000 Liechtensteinbücher («Begegnung mit einem Kleinstaat»), 2'000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15'000 Liechtenstein-Booklets und 20'000 Basisartikel ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche wurden neu gestaltet. Sie erfreuen sich nach wie vor grösster Beliebtheit, stehen aber aus Kostengründen nun ausschliesslich elektronisch zur Verfügung.

Liechtenstein-Portal www.liechtenstein.li
Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal www.liechtenstein.li mit neuen Informationsinhalten in deutscher, englischer und französischer Sprache redaktionell betreut. Eine chinesische Version des Portals wurde aufgeschaltet.

Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein
Die Stabsstelle arbeitete im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitete das Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet hat.

Stabsstelle öffentliches Auftragswesen

Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert

Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber in der Landesverwaltung, den Gemeinden und für alle weiteren von den Gesetzen erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion mit präventiver Wirkung. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Auswertung der Vernehmlassungsstellungnahmen sowie der Erstellung der Berichte und Anträge betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) und des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), welche sich aus der Übernahme der Richtlinie 2007/66/EG zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge ergeben. Im Weiteren hatte die Stabsstelle Einsitz in der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe des öffentlichen Linienbusverkehrs, der Sonderformen des Linienverkehrs sowie des Mannschaftsalarmierungssystems, welche im Jahr 2010 erfolgreich durchgeführt werden konnten. In der Statistik wurden im Jahr 2009 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 174 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt eine Zunahme um 7%.

Kernaufgabe der Stabsstelle bildete die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle zählt die Entwicklung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches öffentliches Auftragswesen. Überdies er-

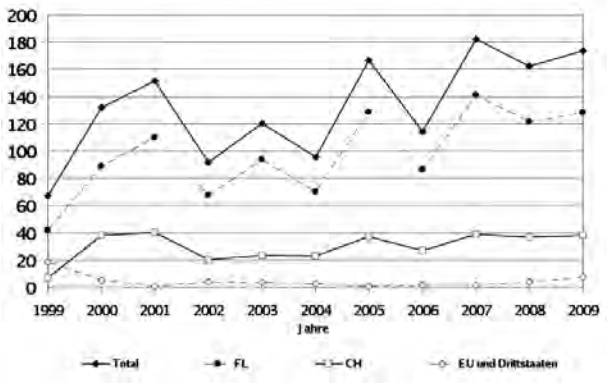
stellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Ausserdem zählen zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Definition von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für deren Umsetzung in die nationalen Gesetze und Verordnungen.

Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum (Beschaffungswesen) der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «Öffentliches Auftragswesen» der EFTA, ist gerade im Hinblick auf die Dynamik des Beschaffungswesens und der öffentlichen Märkte anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Erstellung des Formblattes für die EWR-Kommission des Landtags, die Auswertung der Vernehmlassungsstellungnahmen sowie die Erstellung der Berichte und Anträge betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), mit welchen die Richtlinie 2007/66/EG zur Abänderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge in nationales Recht übernommen werden soll. Im Weiteren wurde der Bericht und Antrag betreffend die Übernahme der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge erstellt. Die Relevanz der Richtlinie 2009/81/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG ist nach wie vor Gegenstand von Abklärungen, da es sich nicht nur um militärische Vergaben, sondern auch um Vergaben im Bereich der nicht-militärischen Sicherheit handelt. Im Bericht und Antrag betreffend 15 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hat die Stabsstelle den Teil betreffend das öffentliche Auftragswesen erstellt. Die Welthandelsorganisation WTO beabsichtigt das Abkommen betreffend das öffentliche Beschaffungswesen anzupassen. In diesem Sinne waren liechtensteinische Offerten auszuarbeiten und fortlaufend den aktuellen Verhandlungsergebnissen anzupassen sowie diverse Sachverhalte mit anderen Ländern in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angele-genheiten zu koordinieren. Der Abschluss der Verhandlungen ist im Jahr 2011 vorgesehen. Überdies wurde die Homepage der Stabsstelle öffentliches Auftragswesen (www.saw.llv.li) aktualisiert und überarbeitet.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (ESA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragsvergaben sind im Berichtsjahr 2010 um ca. 7% gestiegen. Dabei wurden 74% sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 26% aller Aufträge wurden 22% an Auftragnehmer aus der Schweiz und 4% an Auftragnehmer aus der EU und Drittstaaten vergeben. Mittels Pressemitteilung erfolgt jährlich eine Information der Öffentlichkeit über die Vergaben des Landes Liechtenstein. Im Weiteren wird die Homepage www.saw.llv.li jährlich mit der aktuellen Statistik ergänzt

Vergleich Auftagssummen 1999 bis 2009



Stabsstelle Futuro

Stabsstellenleiter: Frank Wulms

Die Stabsstelle war im Berichtsjahr mit bis zu 250 Stellenprozenten besetzt und ist direkt dem Regierungschef unterstellt. Aufgaben der Stabsstelle sind die Vision für den Finanzplatz Liechtenstein aus dem Projekt Futuro unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Bedürfnisse umzusetzen, Trends und Entwicklungen auf internationalen Finanzplätzen zu beobachten und daraus neue Initiativen für den Finanzplatz Liechtenstein abzuleiten sowie die Vision bei Bedarf zu aktualisieren. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Stabsstelle in der Umsetzung der Initiativen im Bereich Neugeschäfte und Geschäftsentwicklung sowie bei der Initiierung von neuen Initiativen zusammen mit den Marktteilnehmern.

Aufbauend auf die Vision Futuro, die Liechtenstein Erklärung vom März 2009 und die Agenda 2020 lag der Fokus der Aktivitäten der Stabsstelle auf der Neuausrichtung des Finanzplatzes und der Identifizierung neuer Geschäftsmöglichkeiten. Die Stabsstelle analysiert interna-

tionale Trends und Entwicklungen, führt Gespräche mit nationalen und internationalen Marktteilnehmern und Finanzplatzspezialisten und prüft neue Ideen auf Marktinteresse und Machbarkeit.

Fondsplatz 2011: Umsetzung der UCITS IV und AIFM Richtlinien
Die Stabsstelle hat eine mitarbeitende Rolle in diesem Projekt. Ziel des Projektes ist eine erfolgreiche Umsetzung der EU- Richtlinien UCITS IV und AIFM. Das Projekt umfasst mehrere Teilprojekte:
– Die Einsetzung der Arbeitsgruppe Fachspezifikationen bestehend aus Marktteilnehmern zur Erarbeitung der strategischen Erfolgsfaktoren.
– Weitere Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern Regelsetzung, Fachspezifikationen, Steuern sowie Internationale Mitgliedschaften und Zusammenarbeit.

Pensionsfondsprojekt
Mit der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie und dem daraus resultierenden Pensionsfondsgesetz aus dem Jahr 2007 haben sich neue Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Zurzeit gibt es 5 internationale Pensionsfonds in Liechtenstein. Der Markt ist noch ziemlich jung, bietet aber mittelfristig sehr gute Perspektiven. Auch andere Finanzplätze wie Luxemburg, Belgien und Irland haben diese Chancen erkannt und etablieren sich als Hub für internationale Pensionsfonds.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden hat die Regierung zusammen mit der Stabsstelle eine Machbarkeitsstudie mit dem Titel «IORPS – Pensionfondsstandort Liechtenstein» in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde bis Ende Dezember fertig gestellt und die Ergebnisse sind sehr positiv und vielversprechend. In Zusammenarbeit mit dem Bankenverband und dem Versicherungsverband werden die Empfehlungen aus der Machbarkeitsstudie im Jahr 2011 umgesetzt.

Sonstige Projekte
Im Bereich «Business Intelligence» überwacht die Stabsstelle die Entwicklungen auf anderen Finanzplätzen. Sie hat mehrere Konzepte im Bereich Finanzplatzentwicklung und Finanzplatzvermarktung sowie in speziellen Themenbereichen (z.B. Philanthropie) vorbereitet.

Zur Vorbereitung des Staatsbesuchs S.D. des Erbprinzen in Indien im Oktober 2010 hat die Stabsstelle aktiv Input zum Thema Finanzplatz geliefert und die Broschüre «Doing Business in Liechtenstein» zusammengestellt.

Die internationale Vernetzung ist für die Weiterentwicklung des Finanzplatzes Liechtenstein äusserst wichtig. Die Stabsstelle stellt durch intensive internationale Kontakte sowie durch die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen sicher, dass die neuesten internationalen Trends und Entwicklungen vertieft analysiert werden. Gleichzeitig dienen solche internationalen Besuche dazu, Finanzplatzspezialisten über den aktuellsten Stand der Entwicklungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein zu informieren.

Die Stabsstelle hat weiterhin auch Einsitz in internen Gremien zum Thema Finanzplatzstrategie und gibt Input zu den Themenfeldern «internationaler Wettbewerb» und «Internationalisierung». Auch findet ein regelmässiger Gedankenaustausch mit Verbandsvertretern, FMA und Finanzplatzvertretern statt.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten

Präsident: lic.iur. Christian Ritter M.B.L.-HSG

Der Aufgabenbereich der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wurde im Berichtsjahr 2010 nicht erweitert. Insgesamt sind im Berichtsjahr 71 neue Fälle anhängig geworden. Die Pendenzen nahmen geringfügig zu.

Zuständigkeit
Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten (VBK) wurde aufgrund des Beschwerdekommissionsgesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden; der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten war 2010 zuständig für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen im Bereich

a) Bauwesen:
– des Hochbauamtes oder der Gemeinden auf Grund des Baugesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen und der Gemeindebauordnungen mit Ausnahme aller Belange der Raum- und Zonenplanung;
– des Hochbauamtes oder der Gemeinden auf Grund des Brandschutzgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;
– der Vermessungskommission und des Ingenieur-Geometers auf Grund des Vermessungsgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;

b) Strassenverkehr:
– der Amtsstellen oder Gemeindevorsteher auf Grund des Strassenverkehrsgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;
– der Motorfahrzeugkontrolle und der Landespolizei aufgrund des Schwerverkehrsabgabegesetzes und der darauf gestützten Verordnungen;

c) elektronische Kommunikation und elektronische Signaturen:
– der von der Regierung bestimmten oder errichteten Amtsstelle oder Kommission in ihrer Funktion als weisungsunabhängige Regulierungsbehörde aufgrund des Kommunikationsgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– des Amtes für Kommunikation in seiner Funktion als weisungsunabhängige Aufsichtsstelle aufgrund des Signaturgesetzes und der darauf gestützten Verordnungen;

d) Wohnungswesen:
– des Amtes für Wohnungswesen auf Grund des Gesetzes über Mietbeiträge für Familien sowie des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues und der darauf gestützten Verordnungen;

e) Hochschulwesen:
– der Beschwerdeinstanz einer Hochschule auf Grund des Gesetzes über das Hochschulwesen und der darauf gestützten Verordnungen;
– des Hochschulrates der Hochschule Liechtenstein auf Grund des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein und der darauf gestützten Verordnungen;

f) öffentliches Auftragswesen:
– der Auftraggeber aufgrund des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und der darauf gestützten Verordnung;
– der Auftraggeber aufgrund des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren und der darauf gestützten Verordnung;

g) Grundbuch, Öffentlichkeitsregister und Stiftungsaufsicht:
– des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes in seiner Funktion als Registerbehörde und Stiftungsaufsichtsbehörde aufgrund des Personen- und Gesellschaftsrechts, des EWIV-Ausführungsgesetzes, des SE-Gesetzes, des SCE-Gesetzes und des Sachenrechts sowie der darauf gestützten Verordnungen;

h) Strafvollzug:
– des Anstaltsleiters aufgrund des Strafvollzugsgesetzes;

i) Landwirtschaft:
– der zuständigen Vollzugsbehörden aufgrund des Landwirtschaftsamtes sowie der darauf gestützten Verordnung;

k) Umweltschutz:
– des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Emissionshandelsgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– der Gemeinden und des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Umweltschutzgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– der Gemeinden oder des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Gewässerschutzgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;

l) öffentliche Gesundheit:
– des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen aufgrund des Gesetzes über den Nichtraucherschutz und die Werbung für Tabakerzeugnisse sowie der darauf gestützten Verordnung;

m) Energie:
– der Energiekommission und der Energiefachstelle aufgrund des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie der dazu erlassenen Verordnungen;

n) soziale Sicherheit:
– des Stiftungsrates aufgrund des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sowie der dazu erlassenen Verordnungen.

Beschwerdefälle 2010:
Im Berichtsjahr waren 71 (im Vorjahr 73) neue Eingänge zu verzeichnen, davon 67 Beschwerden und 4 Vorstellungen. Die Eingaben erstreckten sich auf die nachfolgenden Rechtsgebiete:

Bauwesen:	5
Strassenverkehr:	32
Elektronische Kommunikation und elektronische Signaturen:	6
Wohnungswesen:	0
Hochschulwesen:	0
öffentliches Auftragswesen:	0
Grundbuch- und Öffentlichkeitsregister:	14
Strafvollzug:	1
Landwirtschaft:	3
Umweltschutz:	0
öffentliche Gesundheit:	5
Energie:	4
soziale Sicherheit:	1

Die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle sind wie folgt behandelt worden:

VBK 2010/01	Führerausweisentzug	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/02	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/03	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/04	Liquidatorbestellung	25.02.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2010/05	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/06	Landwirtschaftsbetrieb	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/07	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/08	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/09	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/10	Liquidationskosten	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/11	Tabakprävention	25.03.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/12	Zonenplanung		Beschwerde wegen Unzuständigkeit weitergeleitet
VBK 2010/13	Offenlegung Jahresrechnung	29.04.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/14	Strassensignalisation	29.04.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/15	Führerausweisentzug	29.04.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/16	Tabakprävention	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/17	Baubewilligung	29.04.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/18	Landwirtschaftsbetrieb	20.05.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/19	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/20	Öffentlichkeitsregistersache	20.05.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/21	Verkehrszulassung	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/22	Strassensignalisation	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/23	Öffentlichkeitsregistersache	20.05.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/24	Führerausweisentzug	20.05.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/25	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/26	Entzug Kontrollschilder	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/27	Baubewilligung	01.07.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/28	Verkehrszulassung	24.06.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/29	Tabakprävention	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/30	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/31	Energieeffizienz	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/32	Verkehrszulassung	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/33	Führerausweisentzug	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/34	Liquidationskosten	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/35	Offenlegung Jahresrechnung	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/36	Landwirtschaftsbetrieb	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/37	Führerausweisentzug	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/38	Offenlegung Jahresrechnung	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/39	Tabakprävention	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/40	Führerausweisentzug	02.09.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/41	Telekommunikation	02.09.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2010/42	Telekommunikation	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/43	Strassensignalisation	02.09.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/44	Verkehrszulassung	02.09.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/45	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/46	Liquidationskosten	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/47	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/48	Tabakprävention	23.09.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/49	Baubewilligung	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/50	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/51	Energieeffizienz	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/52	Führerausweisentzug	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/53	Öffentlichkeitsregistersache	04.11.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/54	Energieeffizienz	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/55	Telekommunikation	04.11.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten

VBK 2010/56	Liquidationskosten	04.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/57	Ordnungsbusse weitergeleitet		Beschwerde wegen Unzuständigkeit
VBK 2010/58	Führerausweisentzug	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/59	Führerausweisentzug	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/60	Verkehrszulassung	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/61	Energieeffizienz	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/62	Öffentlichkeitsregistersache	01.12.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/63	Öffentlichkeitsregistersache		Beschwerde hängig
VBK 2010/64	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/65	soziale Sicherheit		Beschwerde hängig
VBK 2010/66	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/67	Baubewilligung		Beschwerde hängig
VBK 2010/68	Strassensignalisation		Beschwerde hängig
VBK 2010/69	Strafvollzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/70	Öffentlichkeitsregistersache	28.12.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/71	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig

Die im Berichtsjahr noch pendenten Fälle aus dem Vorjahr wurden wie folgt behandelt:

VBK 2010/55	Verkehrszulassung	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/68	öffentliches Auftragswesen	28.01.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2009/69	Telekommunikation	28.01.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2009/70	Kostenverteiler BU	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/71	Förderung Energieeffizienz	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/73	Führerausweisentzug	28.01.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten

Pendenzen 2010:
Im Berichtsjahr wurden alle sechs aus dem Vorjahr resultierenden Beschwerdefälle verhandelt und entschieden. Von den im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen 71 Fällen konnten im Berichtsjahr selbst 61 verhandelt und entschieden werden, zwei Fälle waren wegen Unzuständigkeit weiterzuleiten; insgesamt bestehen daher noch acht Pendenzen (im Vorjahr sechs).

Personalkommission

Vorsitzender: Andreas Fuchs, Mitarbeiter der Regierung

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen.

In der Berichtsperiode wurden bei der Personalkommission zwei Schlichtungsverfahren anhängig gemacht. In einem der beiden Verfahren wurde von der Personalkommission eine Empfehlung an die Regierung abgegeben und das Verfahren konnte abgeschlossen werden. Das zweite Verfahren konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

Die Regierung bestellte am 22. Juni 2010 die Personalkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014 neu. Sie setzt sich zusammen aus Gabriele Binder (Datenschutzstelle) und Thomas Klaus (Landespolizei) als Vertreter der Arbeitnehmer sowie Norbert Hemmerle (Regierungssekretär) und Andreas Fuchs (Regierungsmitarbeiter) als Arbeitgebervertreter. Die Personalkommission traf sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung am 21. Oktober 2010.

Prüfungskommission für Rechtsanwälte

Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch

Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Geschäftsjahr 2010 zwei Prüfungssessionen im Frühjahr und im Herbst abgehalten.

Frühjahrssession 2010
Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich acht Kandidaten an: Sieben Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung und ein Kandidat zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR).

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 22. bis 29. März 2010 und die mündlichen Prüfungen am 3. Mai 2010 abgehalten. Ein Kandidat ist zur Prüfung nicht an-

getreten; zwei Kandidaten mussten die Prüfung krankheitshalber abbrechen. Drei Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Herbstsession 2010
Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich 14 Kandidaten an: Zwölf Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung und zwei Kandidaten zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR).

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 20. bis 27. September 2010 und die mündlichen Prüfungen am 2. und 3. November 2010 abgehalten. Drei Kandidaten sind zur Prüfung nicht angetreten. Sieben Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Treuhänder

Vorsitzender: Rainer Marxer

Die Kommission hat im Jahre 2010 insgesamt vier Sitzungen abgehalten.

Die Treuhänderprüfung wurde in der Zeit vom 18. bis 22. Oktober 2010 (schriftlich) und am 22. und 23. November 2010 (mündlich) abgehalten. Von den 24 angetretenen Kandidaten haben 12 die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Vorsitzender: Martin Bühler

Die schriftliche Prüfung fand am 21. Oktober 2010 und die mündliche Prüfung am 22. November 2010 statt. Zur Prüfung wurden vier Kandidaten zugelassen, davon haben zwei Kandidaten die Prüfung bestanden. Zwei Kandidaten erreichten bei der schriftlichen Prüfung die erforderliche Punktezahl nicht und wurden somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird. Die Zulassungsbedingungen sind in den jeweiligen Verordnungen ersichtlich.

Prüfungskommission
Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 wurden die nachfolgenden Personen von der Regierung bestellt: Martin Bühler, Triesenberg, als Vorsitzender, Norbert Mittner, Igis, und lic.iur. Martin Nigg, Landrichter. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, lic.iur. Michael Jehle, Landrichter, und Arno Catrina, Haldenstein.

An den Sitzungen der Prüfungskommission wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Prüfung
Die schriftliche Prüfung dauerte knapp 8 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht», «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht» je nach Wahlfach des Kandidaten. Die mündliche Prüfung dauerte ca. 60 Minuten und umfasste das Pflichtfach «Berufsrecht» und das jeweilige Wahlfach «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht». Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich auf liechtensteinische Begebenheiten, jedoch wurden ebenfalls Fragen in Bezug auf Revision geprüft.

Statistikkommission

Vorsitzender: Dr. Wilfried Oehry

Die Statistikkommission berät die Regierung und das Amt für Statistik in allen wichtigen Fragen der öffentlichen Statistik. Zu den Aufgaben der Kommission gehören die Begutachtung des statistischen Mehrjahresprogramms, die Begutachtung von Änderungen der rechtlichen Grundlagen sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik.

Im Berichtsjahr traf sich die Statistikkommission zu zwei Arbeitssitzungen. Besprochen wurden das Statistische Programm 2010 bis 2011, die Vorbereitungen der Volkszählung 2010, das Bild der liechtensteinischen Statistik in der Bevölkerung und in der Wirtschaft, der Besuch des EFTA Statistical Office in Liechtenstein und die Bevölkerungsstatistik.

Die Regierung bestellte am 28. Juni 2010 die Statistikkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014 neu. Sie setzt sich zusammen aus Herrn Josef Beck, Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), Herrn Klaus Büchel, Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO), Frau Esther Eggenberger, Liechtensteinischer Bankenverband (LBV), Herrn Robert Kaiser, Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband (LANV), Herrn Jürgen Nigg, Wirtschaftskammer Liechtenstein, und Herrn Gemeindevorsteher Norman Wohlwend. Vorsitzender der Statistikkommission ist Herr Dr. Wilfried Oehry als Leiter des Amtes für Statistik.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Aurelia Frick

Das Ressort Äusseres war im Berichtsjahr 2010 sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene sehr aktiv. Auf multilateraler Ebene standen Fragen der Gouvernanz, der Positionierung Liechtensteins im Allgemeinen, der Zusammenarbeit mit Allianzpartnern, der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs und der liechtensteinischen aussenpolitischen Prioritäten generell im Vordergrund.

Im Rahmen der Europäischen Integration war das Ressort wieder intensiv mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt.

Im Bereich der Menschenrechte erstellte das Ressort Äusseres diverse Berichte und koordinierte deren Präsentation vor den jeweiligen Ausschüssen. Es fand auch eine Reihe von ämterübergreifenden Sitzungen sowie von Treffen mit Nicht-Regierungsorganisationen statt.

Liechtenstein wendete insgesamt 26.6 Mio. CHF für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) auf. Der Jahresbericht für das Jahr 2009 wurde verabschiedet. Zudem wurde eine IHZE-Homepage erstellt. Auf www.llv.li/ihze können aktuelle Nachrichten und Informationen abgerufen werden.

Der Besuch von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bildete den Höhepunkt des Jubiläums «20 Jahre UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins».

Auch Themen des Finanzplatzes beschäftigten das Ressort Äusseres bzw. die im unterstellten Stellen in beträchtlichem Ausmass.

Die bilateralen Beziehungen insbesondere zu den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie zu Deutschland wurden weiter gepflegt und vertieft. Zahlreiche Besuche aus dem Ausland und im Ausland zeugen von der Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten. In den USA konnten zwei weitere Honorarkonsulate eröffnet werden. Per Ende 2010 sind 79 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein akkreditiert. Zudem sind 9 Berufskonsularbeamte und 27 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestallt. Neu wurden direkte diplomatische Beziehungen mit den Malediven, Singapur und St. Kitts und Nevis aufgenommen.

Europäische Integration

Im Bereich der Europäischen Integration war das Ressort weiterhin mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt. Es bereitete den Bericht und Antrag für die am 19. März unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 sowie die dazugehörige Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft vor. Das Ressort war wie bisher durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in der Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten.

Finanzplatz

Im Berichtsjahr wurden Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland geführt. Liechtenstein nahm wieder an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) teil. Zudem wurden im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich des Informationsaustausches in Steuersachen die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen über das Ressort bereitgestellt.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten wieder zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Ressorts. Die internationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Das Ressort nahm auch am 12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege in Salvador (Brasilien) teil. Auch die 19. Session der UNO-Kommission der für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, die unter dem Motto «Schutz vor illegalem Handel von Kulturgütern» stand, sowie das 5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention) wurde wahrgenommen. Das Amt nahm ebenso an der Konferenz zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie in Wien teil. Es konnte auch der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 beendet werden. Das Übereinkommen trat für Liechtenstein am 7. August in Kraft.

Menschenrechte

Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der internationalen Menschenrechtsinstrumente koordinierte das Ressort im Januar die Präsentation des ersten Länderberichts über die Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Kinderrechtsübereinkommen der UNO betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten und präsentierte im Mai den dritten Länderbericht unter dem Antifolter-Übereinkommen der Vereinten Nationen vor dem Ausschuss gegen die Folter. Auf der Grundlage des Berichts und des zweitägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, welche vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten weiterbearbeitet wurden. Das Ressort beantwortete zudem die ausführliche Frageliste des UNO-Ausschusses zum Frauenrechtsübereinkommen im Rahmen der vierten

Berichterstattung Liechtensteins über die Umsetzung des Übereinkommens. Die Antworten dienten dem Ausschuss als Vorbereitung auf die Behandlung des liechtensteinischen Berichts im Januar 2011. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter www.liechtenstein.li (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener Übereinkommen im Menschenrechtsbereich konnte das Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats ratifiziert werden.

Auf internationaler Ebene erfolgte die Teilnahme an einer Reihe von Konferenzen und Treffen zu Menschenrechtsfragen. Zudem wirkte das Ressort Äusseres über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in diversen Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Bereits zum zweiten Mal lud das Ressort im Berichtsjahr die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zu einem Treffen ein, an welchem ein Dialog über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen geführt wurde.

Jubiläum 20 Jahre UNO-Mitgliedschaft

Am 18. September 1990 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) der Aufnahme des Fürstentums Liechtenstein als 160. Mitglied zu. Im Berichtsjahr konnte Liechtenstein daher seine 20jährige UNO-Mitgliedschaft feiern. Die Aktivitäten aus Anlass des Jubiläums in Liechtenstein, mit welchen die liechtensteinischen Prioritäten an der UNO einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten, wurden vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten koordiniert und zu einem grossen Teil auch organisiert. Am 6. Mai informierte Regierungsrätin Aurelia Frick die Medien an einer Pressekonferenz über die geplanten Aktivitäten. Für die Zeit von Mitte August bis Anfang Oktober wurde ein UNO-Weg erarbeitet, welcher auf dem Peter Kaiser-Platz Liechtensteins Engagement bei der UNO auf zwölf Tafeln in deutscher und englischer Sprache präsentierte. Dieser UNO-Weg wurde den Medien am 18. August 2010 durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick präsentiert. Für die Landesverwaltung und für interessierte Schulklassen wurden durch das diplomatische Personal des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten mehrere Führungen angeboten. Vom 27. August bis am 5. September konnte die von Frau Laura Hilti im Rahmen des UNO-Jubiläums organisierte Ausstellung «Those Dancing Days (Are Gone)» in der Galerie Domus in Schaan besichtigt werden. Als Höhepunkt des Jubiläumsjahrs besuchte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon am 1. September Vaduz. Am 16. September fand im Foyer des Vaduzer Saals der eigentliche Festakt zum Jubiläum statt. S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein, die erste liechtensteinische Botschafterin bei der UNO in New York, Claudia Fritsche, und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hielten Festansprachen, welche von einem Streichquartett der liechtensteinischen Musikschule umrahmt wurden. Schliesslich konnte in Zusammenarbeit mit dem Takino in Schaan aus Anlass des Jubiläums eine Filmreihe realisiert werden. Zusätzlich zu diesen Veranstaltungen wurde jeweils eine Interview-Reihe in beiden Landeszeitungen und ein Artikel in der Mitarbeiterzeitschrift der Landesverwaltung «Flip» realisiert werden.

Bilaterale Beziehungen zur Volksrepublik China

Am 14. September wurde des 60-jährige Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Fürstentum Liechtenstein gedacht. Aus diesem Anlass fand am 14. September ein Telegrammaustausch auf Ebene der Staatsoberhäupter sowie der Aussenminister statt.

Zudem luden Regierungsrätin Aurelia Frick und der für Liechtenstein zuständige Generalkonsul der Volksrepublik China in Zürich, Liang Jianquan, am 13. September zu einem gemeinsamen Empfang im Guido-Feger-Saal in Triesen ein.

Aus Anlass der Teilnahme Liechtensteins an der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai reisten im Berichtsjahr drei hochrangige liechtensteinische Delegationen nach China und verbanden den Besuch der EXPO mit bilateralen Gesprächen in Peking.

Vom 17. bis am 20. Mai weilte Regierungsrätin Aurelia Frick für einen bilateralen Besuch in China. Im Anschluss an ihren Aufenthalt in Shanghai führte sie in Peking Gespräche mit dem Stellvertretenden Kulturminister Wang Wenzhang, der Stellvertretenden Aussenministerin Fu Ying und dem Stellvertretenden Justizminister Sujun Zhang. Regierungsrätin Aurelia Frick war das erste Regierungsmitglied Liechtensteins, welches China einen offiziellen Besuch abstattete.

Zum liechtensteinischen Nationentag an der Weltausstellung in Shanghai am 1. September reisten S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Klaus Tschütscher gemeinsam mit einer Delegation hochrangiger Wirtschaftsvertreter nach China. Im Vorfeld des Besuchs in Shanghai fanden bilaterale Gespräche in verschiedenen Ministerien in Peking statt. Als Höhepunkt der Termine in Peking wurde die liechtensteinische Delegation vom chinesischen Vize-Staatspräsident Xi Jinping empfangen. Bei diesem Anlass wurde auch ein Memorandum of Understanding zwischen Liechtenstein und China betreffend die Anerkennung des marktwirtschaftlichen Status Chinas durch Liechtenstein unterzeichnet.

Zum Abschluss der EXPO in Shanghai reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer am 27. September mit einer Wirtschaftsdelegation nach China. Schwerpunkte des Programms waren Besuche bei Niederlassungen liechtensteinischer Firmen, Gespräche mit chinesischen Unternehmen in Shanghai, die Teilnahme an der Abschlussveranstaltung der EXPO sowie politische Gespräche in verschiedenen Ministerien in Peking.

Liechtensteinische Honorarkonsulate in den USA
Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Honorarkonsulate in den USA errichtet werden. Neben einem Honorarkonsulat in Georgia und einem in Kalifornien verfügt Liechtenstein nun auch über Honorarkonsulate in den US-Bundesstaaten Oregon und Michigan.

In Portland im US-Bundesstaat Oregon eröffnete Regierungsrätin Frick in Anwesenheit von Botschafterin Claudia Fritsche und Botschafter Roland Marxer am 24. März das dritte Honorarkonsulat Liechtensteins in den USA. Frau Mary Jean Thompson wurde während des Festaktes im Kunstmuseum von Portland zur liechtensteinischen Honorarkonsulin bestellt. Sie vertritt nun liechtensteinische Interessen in Oregon und weiteren Teilen des Nordwestens der USA. Weitere Programmpunkte in Portland umfassten ein Zusammentreffen mit dem Bürgermeister sowie einen Vortrag im Rahmen des vom Portland Women's Forum zu Ehren der Regierungsrätin veranstalteten Mittagessens. Anschliessend besuchte die Regierungsrätin das liechtensteinische Honorarkonsulat in Los Angeles. Im Rahmen des Programms, welches vom dortigen liechtensteinischen Honorarkonsul Leodis Matthews organisiert worden war, hielt Regierungsrätin Frick eine Rede vor dem Los Angeles Consular Corps über die Geschichte Liechtensteins sowie über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz und die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA. Der Besuch von zwei kulturellen Institutionen sowie ein von Honorarkonsul Matthews und seiner Gattin gegebener Empfang zu Ehren der Regierungsrätin bildeten den Abschluss der Reise.

Anlässlich einer offiziellen feierlichen Zeremonie überreichte Regierungsrätin Aurelia Frick am 12. Dezember in Chicago dem neuen liechtensteinischen Honorarkonsul, Paul Donahue, die Bestallungsurkunde. An der Zeremonie nahmen viele hochrangige Persönlichkeiten von Chicago aus Politik, Wirtschaft und Kultur teil. Regierungsrätin Aurelia Frick nutzte den Aufenthalt in Chicago auch, um einen Vortrag vor Wirtschaftsvertreterinnen zu halten. Sie sprach über die aussenpolitischen Prioritäten Liechtensteins und die spezifischen Herausforderungen der Globalisierung.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)
Die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR verlief ohne grössere Vorkommnisse. Im ersten Halbjahr hatte Liechtenstein den Vorsitz der EFTA-Staaten inne. Nach allgemeinem Bekunden funktioniert die Zusammenarbeit gut, jedoch begegnet Liechtenstein bei der integralen Übernahme des EWR-Acquis grösseren Schwierigkeiten als andere Mitgliedsstaaten. Dies lässt sich auf die Spannungen zwischen dem unveränderten EWR-Abkommen und dem sich ständig weiterentwickelnden EU- Primärrecht zurückführen. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat die Interessen des Landes an beiden jährlichen EWR-Ratssitzungen. Dabei wurden insbesondere die schnelle Umsetzung und Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften in Liechtenstein an die Entwicklung des EU-Rechts hervorgehoben.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)
Das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten konnte weiter ausgebaut werden. Am 1. Oktober trat das Freihandelsabkommen mit Serbien und am 1. November dasjenige mit Albanien in Kraft. Bei den bereits unterzeichneten Abkommen mit den Golfkooperationsstaaten (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) und Kolumbien fehlt hingegen noch die Ratifikation in den Partnerstaaten, weshalb diese Abkommen erst 2011 in Kraft treten. Ausserdem konnten am EFTA-Ministertreffen vom 24. Juni in Reykjavik/Island mit zwei weiteren Freihandelsabkommen mit der Ukraine und Peru weitere Märkte für die liechtensteinische Wirtschaft zugänglich gemacht werden. Somit umfasst das EFTA-Netzwerk nun 22 Freihandelsabkommen mit 31 Ländern.

Am Herbstministertreffen vom 23. November in Genf begannen die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan, was die zunehmende Wichtigkeit asiatischer Märkte aufzeigt. Liechtensteinische Wirtschaftskreise zeigten grosses Interesse.

Im November fand bereits die sechste Verhandlungsrunde über ein Freihandelsabkommen mit Indien statt, welches prioritär behandelt wurde. Mit Hongkong soll die letzte Verhandlungsrunde im Februar 2011 stattfinden. Im Juli konnte ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indonesien lanciert werden. Weitere Verhandlungen sollen im Februar 2011 folgen. Mit Vietnam wurde im Juni eine gemeinsame Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. Mit Malaysia wurde im Juli eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet. Im südostasiatischen Raum sollen auch die Philippinen in naher Zukunft dazu stossen. Mit Thailand wurden die laufenden Verhandlungen aufgrund der politischen Lage sistiert.

Auf dem Balkan gehören weiter Bosnien-Herzegowina sowie Montenegro zum Intressentenkreis für ein Freihandelsabkommen. In Zentralamerika konnte mit Panama eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet werden. Bereits bestehende Abkommen mit Südkorea, Kanada, der Mongolei, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Singapur, Mexiko und Marokko konnten weiterentwickelt werden.

Welthandelsorganisation (WTO)
Im Mittelpunkt standen nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der Doha- Welthandelsrunde. Seit Beginn der Verhandlungen im Jahre 2001 konnte, aufgrund der Nord-Süd-Konfrontation in Agrar- und Güterverhandlungen sowie des fehlenden politischen Willens, kein Durchbruch erzielt werden. Zentrale Inhalte der laufenden Runde sind die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des

WTO-Regelwerkes. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein der «Gruppe 10» an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt. Die Welthandelsrunde soll Ende 2011 erfolgreich abgeschlossen werden. Bis dahin müssen die führenden Handelsnationen ihre Vorbehalte minimieren. Liechtenstein wird versuchen, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Abschluss beizutragen.

Europarat

Am 18. und 19. Februar nahm Regierungsrätin Aurelia Frick in Interlaken in ihrer Funktion als Aussen- und Justizministerin an einer hochrangigen Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) teil. Begleitet wurde sie vom Ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, Botschafter Daniel Ospelt, sowie von seinem Stellvertreter, Dominik Marxer. Das Ziel der Konferenz war die Bekräftigung der Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Schutz der Menschenrechte in Europa sowie der Entschlossenheit, dem EGMR als wichtigstem Bestandteil dieses Schutzmechanismus die Bewältigung der steigenden Zahl der Beschwerden zu ermöglichen. Als Höhepunkt der Konferenz verabschiedeten die Mitgliedstaaten am 19. Februar eine Politische Erklärung und einen Aktionsplan, durch welchen weitere, dringend notwendige Schritte zur Reform des Gerichtshofs eingeleitet wurden. Regierungsrätin Aurelia Frick nutzte die Teilnahme an der Konferenz auch für Gespräche mit hohen Vertretern der Institutionen des Europarats sowie mit Amtskolleginnen und –kollegen aus anderen Mitgliedstaaten des Europarats.

Unter dem Vorsitz der Schweiz fand am 11. Mai in Strassburg die 120. Ministersession des Europarates statt. Hauptthema waren die Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz, sowie die Rolle des Europarates bzgl. Bosnien-Herzegowinas. Darauf folgend wurde der Vorsitz der Schweiz im Ministerkomitee an die «Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien» übergeben. Bereits zu Anfang des Jahres war beschlossen worden, den Europarat zu reformieren. Die Reform soll auf folgenden Säulen stehen: effizientere Verwaltung, weitere Strukturreformen sowie Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz ist derzeit auf Expertenebene vor allem das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) sowie die zu diesem Thema geschaffene Arbeitsgruppe beschäftigt. Liechtenstein engagiert sich in beiden Gremien für das Vorantreiben der Reformbemühungen.

Die Unterstützung von Projekten zur Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte vier Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 170'000. Die Regierung genehmigte Beiträge für das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 37'500), für vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/ Transnistrien (CHF 37'500), für die Unterstützung der Volksabstimmung zur Abänderung der Verfassung und der vorgezogenen Parlamentswahlen in Moldau (CHF 45'000) sowie für die Akademie für Kommunalverwaltung (School of Local Democracy) im westlichen Balkan (EUR 50'000).

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien

Die Arbeit der Ständigen Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien war von den Vorbereitungen für das hochrangige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 56 OSZE-Teilnehmestaaten in Astana, Kasachstan, vom 31. November bis 1. Dezember 2010 geprägt, welches elf Jahre nach dem letzten derartigen Treffen stattfand. Es wurden insbesondere Verpflichtungen in Bezug auf die menschliche Dimension eingegangen. Liechtenstein war durch Regierungschef Klaus Tschütscher vertreten.

Im Vorfeld zum Gipfeltreffen wurde eine Konferenz zur Überprüfung der Tätigkeiten der OSZE abgehalten. Diese Konferenz war in drei Teile gegliedert. Vom 30. September bis 8. Oktober fanden in Warschau Sitzungen zur menschlichen Dimension statt. Vom 18. bis 26. Oktober wurden in Wien die politisch-militärische sowie die wirtschaftlich-ökologische Dimension behandelt. Anschliessend stand beim dritten Teil der Konferenz vom 26. bis 28. November in Astana abermals die menschliche Dimension im Mittelpunkt. Liechtenstein war an allen drei Teilen der Überprüfungskonferenz vertreten.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Die Tätigkeit der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen (UNO) in New York konzentrierte sich auf die Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und die humanitäre Hilfe sowie auf finanzplatzrelevante Entwicklungen. Als Höhepunkt der Arbeiten präsidierte Botschafter Christian Wenaweser die Überprüfungskonferenz zum ICC-Statut in Kampala (Uganda). Regierungschef Klaus Tschütscher nahm am UNO-Gipfeltreffen zur Umsetzung der Milleniums-Entwicklungsziele bis 2015 teil. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung. Sie wurde von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags begleitet.

Das Thema Steuertransparenz blieb weiterhin aktuell. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Arbeiten der 3G («Global Governance Group»), die sich insbesondere in finanzrelevanten Bereichen um die Einbeziehung von Nichtmitgliedern der G20 in die Prozesse einsetzt. Im Rahmen der umfassenden Überprüfung der Taliban/Al-Qaida-Sanktionenliste des Sicherheitsrates wurden die letzten verbliebenen liechtensteinischen Gesellschaften von der Liste gestrichen. Liechtenstein

steht somit auf keiner Sanktionenliste des UNO-Sicherheitsrats mehr.

Im Bereich der Menschenrechte wurde besonderes Gewicht auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau gelegt. Die Generalversammlung verabschiedete dazu einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der Ständige Vertreter Liechtensteins sowie der Ständige Vertreter Marokkos wurden mit der Leitung der New Yorker Überprüfung des Statuts des Menschenrechtsrates (MRR) betraut.

Aus völkerrechtlicher Perspektive konnte an der Revisionskonferenz in Kampala zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC) unter liechtensteinischer Verhandlungsleitung unerwartet ein Kompromiss zur Definition des Verbrechens der Aggression gefunden werden.

Am 31. Mai reiste Regierungsrätin Aurelia Frick zur ersten Überprüfungskonferenz des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) nach Uganda. Dort diskutierten die 111 Vertragsparteien des ICC und rund 1000 andere Teilnehmer unter dem Vorsitz des liechtensteinischen Botschafters Christian Wenaweser über die Zukunft der Internationalen Strafjustiz. Im Verlaufe der Konferenz hielt die Aussenministerin Unterredungen mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, dessen Vorgänger Kofi Annan sowie mit dem Chefankläger des ICC, Luis Moreno Ocampo. Sie traf unter anderem auf Amtskollegen aus Norwegen, Italien und Luxemburg sowie auf prominente Fürsprecher der internationalen Strafgerichtsbarkeit wie Bianca Jagger sowie den letzten noch lebenden Ankläger der Nürnberger Tribunale, Ben Ferencz. Auf Einladung des ugandischen Präsidenten Yoveri Museveni nahm Regierungsrätin Frick an einem Staatsdinner teil.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, war aus Anlass des Jubiläums zur 20-jährigen UNO-Mitgliedschaft am 1. September zu Besuch in Liechtenstein. Es war der zweite Besuch eines UNO-Generalsekretärs in der Geschichte Liechtensteins. Während seines Aufenthaltes traf Ban Ki-moon mit S.D. Fürst Hans Adam II. sowie mit Regierungschef Stellvertreter Martin Meyer und mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu Gesprächen zusammen. Der Generalsekretär hielt ausserdem im Rathaussaal in Vaduz einen Vortrag zum Thema «Global Governance». Mit einem Abendessen auf Schloss Vaduz fand der Besuch seinen feierlichen Abschluss.

Vom 24. bis 28. September hielt sich Regierungsrätin Aurelia Frick in New York auf, um an der Generaldebatte der UNO-Generalversammlung teilzunehmen. Sie nutze Ihren Aufenthalt zur Teilnahme an der jährlichen Strategiesitzung der «Global Governance Group» (3G) unter dem Vorsitz des Aussenministers von Singapur, ausserdem hielt sie einen Vortrag an der Princeton University zur Rolle der Frau in der internationalen Politik.

Am 25. September traf Aurelia Frick den tschechischen Aussenminister Fürst Karel von und zu Schwarzenberg zu einem Gespräch. Das Treffen diente einem Rückblick auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 8. September 2009 und der formellen Ernennung der Mitglieder in der gemeinsamen Historikerkommission. Ebenfalls an diesem Tag fand unter dem Vorsitz der ehemaligen irischen Präsidentin Mary Robinson und in Anwesenheit von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ein Ministertreffen zur Stärkung der Rolle und des Schutzes von Frauen in Konfliktsituationen statt. Weiters traf Regierungsrätin Aurelia Frick ihre Amtskollegen aus Costa Rica, Kanada, Bahrain und Jordanien zu bilateralen Gesprächen.

Ihre Rede vor der UNO-Vollversammlung hielt Aussenministerin Aurelia Frick am 28. September. Weiters standen noch Gespräche unter anderem mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Asha-Rose Migiro auf dem Programm.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Der Menschenrechtsbereich und insbesondere die Arbeiten des UNO- Menschenrechtrates standen im Zentrum der Aktivitäten der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei den Vereinten Nationen in Genf. Der Menschenrechtsrat trat zu drei ordentlichen Sessionen, zwei Sondersessionen (über die Lage in Haiti bzw. der Elfenbeinküste) und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Von besonderem Interesse waren die Arbeitsgruppen zur Reform des Menschenrechtsrates sowie zur Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention. Darüber hinaus bildete die Stärkung der Sondermechanismen des Rates zur Überwachung der Standards einen Schwerpunkt des liechtensteinischen Engagements. Dazu gehörte die Schaffung des Mandats für einen Sonderberichterstatter über die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und für eine Gruppe von Sachverständigen betreffend die Diskriminierung von Frauen in Gesetz und Rechtspraxis. Liechtenstein hatte über die Umsetzung seiner Verpflichtungen unter dem Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention sowie unter der UNO-Konvention gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vor den entsprechenden Expertengremien der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten. Bei beiden Themen beteiligte sich Liechtenstein aktiv an der Präsentation. Zusätzlich nahm Liechtenstein an der Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, der zwölften Vertragstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie der vierten Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände) teil.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Vom 8. bis 12. März fand das 53. Treffen der Drogenkommission (CND) statt, welche die Implementierung des Drogenabkommens, die Reduktion der Drogennach-

frage sowie den illegalen Drogenhandel zum Thema hatte. Liechtenstein wurde dabei vom Amt für Soziale Dienste vertreten. Im Bereich der Verbrechensverhütung fand vom 12. bis 19. April der 12. Kongress für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) in Salvador, Brasilien, sowie vom 17. bis 21. Mai das Treffen der Kommission der UNO-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CPCJ) in Wien statt. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Anlässlich der Aufnahme des Lehrbetriebs der Internationalen Korruptionsakademie (IACA) fand am 2. und 3. September eine Gründerkonferenz in Wien statt. Liechtenstein hat das internationale Abkommen über die Gründung mit 34 anderen Staaten als Gründungsmitglied unterzeichnet. Abermals in Wien fand am 20. bis 24. September die 54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) statt. Im Zentrum standen Israels nukleare Fähigkeiten sowie Konflikte zwischen dem Westen und arabischen Ländern. Im Rahmen der Generalkonferenz wurde Liechtenstein gemäss Rotationsschema innerhalb der westeuropäischen Gruppe zusammen mit Luxemburg und Frankreich als Mitglied des Präsidialausschusses gewählt. I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer nahm an den zwei Treffen des Ausschusses teil. Die fünfte Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Palermo- Konvention) fand vom 18. bis 22. Oktober in Wien statt. Hauptthema war die mangelnde Umsetzung der Konvention durch einzelne Vertragsparteien. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Der Senatssprecher des kanadischen Senats, Noel A. Kinsella, weilte am 25. und 26. Januar mit einer Delegation in Liechtenstein. Die Gäste wurden von Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Gespräch empfangen. Weiters traf die Delegation den Amtsleiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer, der über das Land Liechtenstein informierte, sowie Frau Katja Gey, Koordinatorin und Delegierte für internationale Finanzplatz- und Steuerverhandlungen. Senatssprecher Kinsella wurde ausserdem von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Regierungsrätin Aurelia Frick empfing am 30. Januar den Aussenminister von Singapur, George Yong-Boon Yeo, in Vaduz. Der Delegation gehörten Vanu Gopala Menon, Ständiger Vertreter Singapurs bei der UNO in New York, und Jaya Ratnam, Direktor für internationale Wirtschaftsangelegenheiten im Aussenministerium, sowie weitere Mitarbeitende des Ministers an. Nach dem Arbeitsgespräch mit anschliessendem Mittagessen wurde die Delegation von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Die Co-Regenten von San Marino, Francesco Mussoni und Stefano Palmieri, Capitani Reggenti, weilten am 7. und 8. Februar zu einem offiziellen Besuch Liechtenstein. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein begrüssten die Staatsgäste mit allen offiziellen Ehren auf Schloss Vaduz. Regierungsrätin Aurelia Frick empfing Aussenministerin Antonella Mularoni, welche der offiziellen Delegation angehörte, zu einem Arbeitsgespräch. Dieses Gespräch diente dazu, sich gegenseitig über Themen zu informieren, die für beide Kleinstaaten von Interesse sind. Am Abend des 8. Februar wurden die Co-Regenten auf Schloss Vaduz zur Ordensverleihung durch Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein empfangen. Der Ordensverleihung folgte ein Abendessen, an dem neben der Delegation aus San Marino auch Mitglieder des Landtags und der Regierung teilnahmen.

Am 4. März besuchte der Aussenminister Thailands, Kasit Piromya, mit einer Delegation Liechtenstein. Er traf mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Hauptthemen waren die derzeitige politische Entwicklung in Thailand, Fragen der Menschenrechte und insbesondere die Kandidatur Thailands für den UNO-Menschenrechtsrat. Anschliessend wurde die Delegation von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen.

Der Aussenminister des Grossherzogtums Luxemburg, Jean Asselborn, weilte auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick am 15. und 16. März zu einem offiziellen Besuch in Liechtenstein. Mit dem Besuch wurden die hervorragenden Beziehungen zwischen Liechtenstein und Luxemburg auf bilateraler und multilateraler Ebene, welche durch regelmässige Besuche auf Regierungsebene geprägt sind, unterstrichen. Aussenminister Asselborn wurde von Luxemburgs Botschafter in Bern, Gérard Philipps, und von Botschafter Jean Graff, Direktor für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Luxemburgischen Aussenministeriums begleitet. Nebst einem Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Aurelia Frick stand ein Höflichkeitsbesuch bei Erbprinz Alois auf dem Programm. Der Besuch wurde durch eine Besichtigung der Ivoclar Vivadent AG in Schaan abgerundet.

Am 7. April weilte der tschechische Aussenminister Jan Kohout auf Arbeitsbesuch in Vaduz. Er folgte damit einer Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick. Bei den Gesprächen der beiden Amtskollegen stand der seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen intensivierte bilaterale Austausch zwischen den beiden Ländern im Mittelpunkt. Bereiche der aussenpolitischen Zusammenarbeit wie auch der Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturkooperation wurden hierbei ebenfalls thematisiert. Aussenminister Kohout bestätigte die Teilnahme der Tschechischen Republik als Gastland an der Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung Anfang September 2010. Weiters wurde eine bereits im September 2009 angekündigte Vereinbarung zur Einsetzung einer tschechisch-liechtensteinischen

Historikerkommission von beiden Seiten unterzeichnet. Zu Ehren des tschechischen Aussenministers gab Fürst Hans Adam II. ein Abendessen auf Schloss Vaduz.

Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes besuchten am 27. und 28. April Liechtenstein. Nach dem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois bot sich die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit Regierungschef Klaus Tschütscher. Regierungsrätin Aurelia Frick und Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, informierten über die Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz und andere Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik. Zudem referierte Christian Hausmann, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, über die Wirtschaft Liechtensteins. Das Programm der Stagiaires umfasste zudem eine Besichtigung des Landtagsgebäudes, eine Führung im Landesmuseum und einen Besuch bei der Firma Kaiser AG in Schaanwald.

Das jährliche Treffen der Regierungen des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Graubünden fand dieses Jahr am 4. Mai in Vaduz statt. Der Empfang im Fürst-Johannes-Saal im Regierungsgebäude sowie das anschliessende Mittagessen boten wiederum Gelegenheit, um gegenseitig interessierende Fragen zu besprechen und die bestehenden Kontakte zu pflegen.

Die liechtensteinische Regierung lud am 18. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zum 9. Informationstag der Regierung ein. 85 diplomatische Vertreterinnen und Vertreter aus 60 Ländern nahmen an der Veranstaltung in Vaduz teil.

Am 18. Juni stattete die Vorarlberger Kulturlandesrätin Andrea Kaufmann Liechtenstein zum ersten Mal einen offiziellen Besuch ab. Sie traf mit Ihrer Amtskollegin Aurelia Frick zusammen. Während dieses Treffens wurde über mögliche regionale Kulturaustauschprojekte gesprochen. Weiters besichtigte Landesrätin Kaufmann verschiedene Museen, darunter das Liechtensteinische Landesmuseum, der Kunstraum Engländerbau und das Liechtensteinische Kunstmuseum. Ein Mittagessen mit Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Kunstszene rundete das Programm ab.

Am 24. August weilte die St. Galler Kantonsregierung zu einem Besuch in Liechtenstein. Das diesjährige Treffen fand in der Werkstätte Auxilia des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan statt. Neben einer Führung durch die Werkstätte erhielten die Mitglieder der beiden Regierungen von den Vertretern des Vereins für heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein Informationen über die Tätigkeit des Vereins und das Heilpädagogische Zentrum. Im anschliessenden Arbeitsgespräch wurden verschiedene aktuelle Themen behandelt.

Am 31. August besuchte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Herr Karl-Heinz Lambertz, Liechtenstein. Er stattet Regierungsrätin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch ab.

Die schweizerische Bundespräsidentin Doris Leuthard weilte am 6. September zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Im Rahmen dieses Besuchs traf sie sich mit Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer und Regierungsrätin Aurelia Frick. Im Zentrum der Gespräche standen die aktuelle Wirtschaftslage, die bilateralen Beziehungen, die Zusammenarbeit in internationalen Gremien sowie die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA und die Europapolitik der beiden Länder.

Der Vizeaussenminister von Aserbaidschan, Khalaf Khalafov, weilte am 4. Oktober zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. In einer Unterredung mit Regierungsrätin Aurelia Frick wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Aserbaidschan auf bilateraler und multilateraler Ebene gewürdigt und Möglichkeiten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene diskutiert.

Wie in den vergangenen Jahren fand auch 2010 wieder ein sogenanntes Package-Meeting mit der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) in Vaduz statt. Im Rahmen des zweitätigen Treffens vom 21. und 22. Oktober gab es einen Empfang bei S.D. Erbprinz Alois und Arbeitsgespräche mit Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungsrätin Aurelia Frick und dem College der EFTA-Überwachungsbehörde. Unter den Teilnehmern befanden sich der Präsident, Per Sanderud, das liechtensteinische College Member Sabine Monauni-Tömördy, das isländische College Member Sverrir H. Gunnlaugsson sowie acht weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ESA.

Regierungsrätin Aurelia Frick lud am 2. Dezember Botschafterinnen und Botschafter der Gruppe Asien/Pazifik nach Vaduz ein. In Ihrer Rede erläuterte sie, wie sich Liechtenstein in der globalisierten Welt positioniert. Sie betonte die Rolle Liechtensteins als verlässlicher und engagierter Partner in Europa und in der globalen Staatengemeinschaft. Beim anschliessenden Gedankenaustausch standen die aktuelle Wirtschaftssituation und die Zusammenarbeit insbesondere in multilateralen Gremien im Vordergrund. Das Treffen von Regierungsrätin Frick mit Vertretern der ASPAG-Gruppe steht im Zeichen der Bestrebungen, die Beziehungen zu ausgewählten Ländern in Asien zu vertiefen.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Auf Einladung des Aussenministers von Singapur, George Yong-Boon Yeo, nahm Regierungsrätin Aurelia Frick am 28. Januar in Davos am Treffen der sogenannten Singapur-Gruppe (heute 3G) der UNO-Mitgliedstaaten teil.

In dieser Gruppe treffen sich rund 30 Staaten, welche alle das gemeinsame Interesse haben, Themen auf der Tagesordnung der G20 und insbesondere der «Global Governance» in ihrem Kreis zu diskutieren. Für Liechtenstein ist die Teilnahme an den Treffen dieser Gruppierung von besonderem Interesse, weil unter anderem Themen behandelt werden, welche die Entwicklungen auf dem Finanzplatz betreffen.

Regierungsrätin Aurelia Frick traf am 2. März den Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Guido Westerwelle, zu einem Gespräch in Berlin. Diskutiert

wurden neben den bilateralen Beziehungen beider Länder auch die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen sowie die Entwicklung Afghanistans. Auch der aktuelle Stand der Verhandlungen bezüglich des Ausbaus der Wirtschafts- und Steuerkooperation zwischen Deutschland und Liechtenstein stand auf der Agenda.

Regierungsrätin Aurelia Frick weilte im März zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch in den USA. Am 22. März stattete sie Sonia Sotomayor, Richterin am US-Supreme Court in Washington, einen Höflichkeitsbesuch ab und hielt einen Vortrag vor Studenten der Georgetown University McDonogh School of Business. Bei einem Abendessen in der liechtensteinischen Residenz traf Regierungsrätin Aurelia Frick mit Gästen aus Politik, Kultur und Medien zusammen. Am 23. März wurden bei Gesprächen mit Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses das aussenpolitische Engagement Liechtensteins und die Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit diskutiert.

Regierungsrätin Aurelia Frick besuchte anlässlich ihrer Reise nach China am 17. Mai die EXPO in Shanghai und konnte sich von einem sehr beeindruckend gestalteten Liechtenstein-Pavillon und vom professionellen Auftritt des Liechtenstein-Teams überzeugen. Sie wurde vom chinesischen Protokoll durch den Pavillon des Gastgeberlandes geführt und war Gast in den Pavillons der Schweiz, Österreichs, Deutschlands, Grossbritanniens und einiger anderer Länder. Während ihres Aufenthalts in Shanghai hielt sie auch Vorträge an zwei der grossen Universitäten, Fudan und Tongji, wo sie jeweils mit besonderen Ehren von der Universitätsleitung begrüsst wurde und ihre Ausführungen zu Liechtenstein in akademischen Kreisen auf grosses Interesse stiessen. In Peking führte sie Gespräche mit dem Stellvertretenden Kulturminister Wang Wenzhang, der Stellvertretenden Aussenministerin Fu Ying und dem Stellvertretenden Justizminister Sujun Zhang. Regierungsrätin Aurelia Frick ist das erste Regierungsmitglied Liechtensteins, welches China einen offiziellen Besuch abstattete. Der schweizerische Botschafter in Peking, Blaise Godet, gab zu Ehren von Regierungsrätin Aurelia Frick ein Abendessen in seiner Residenz und lud dazu Gäste aus den akademischen Kreisen in Peking ein. In Peking nahm Regierungsrätin Frick am Treffen des «Global Summit of Women» teil, welcher sich dem Thema «Frauen an der Front des gesellschaftlichen Wandels» widmete.

Der luxemburgische Aussenminister lud seine Amtskolleginnen und Amtskollegen am 13. Juni zu den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der Schengen-Verträge ein. Regierungsrätin Aurelia Frick nahm an diesem Festakt zur feierlichen Eröffnung des Europa-Museums in Schengen teil.

Am 21. und 22. Juni trafen sich die Justizministerinnen der deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich und Liechtenstein sowie ein deutscher Staatssekretär in Feusisberg. Dies war bereits das dritte Treffen dieser Art. Liechtenstein hatte vor zwei Jahren die Initiative zur Durchführung eines regelmässigen Justizministertreffens der vier Länder ergriffen und ein erstes Treffen in Vaduz durchgeführt. Wie schon bei den vergangenen Arbeitsgesprächen befassten sich die Teilnehmer mit aktuellen Themen der Justizpolitik.

Das ordentliche Sommertreffen des Ministerrats der Europäischen Feihandelsassoziation (EFTA) fand unter dem Vorsitz des isländischen Aussenministers Össur Skarphédinsson am 24. Juni in Reykjavik statt. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Aurelia Frick vertreten.

Regierungsrätin Aurelia Frick weilte auf Einladung des Aussenministers von Andorra, Xavier Espot, am 9. Juli zu einem Arbeitsbesuch in Andorra. Sie führte mit dem Aussenminister Gespräche zu bilateralen und multilateralen Themen von gemeinsamen Interesse. So kamen der Abschluss des bilateralen Abkommens über den Informationsaustausch und die Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zur Sprache. Ausserdem statte Regierungsrätin Frick dem Co-Prinzen von Andorra, Bischof Joan Enric Vives Sicilia, in La Seu d'Urgel sowie dem Vizepräsidenten des andorranischen Parlaments, Esteve Lopez, einen Höflichkeitsbesuch ab.

Am 23. November reisten S.D. Erbprinz Alois von und Liechtenstein in Begleitung von I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, Regierungsrätin Aurelia Frick, einer Delegation hoher Beamter sowie einer Wirtschaftsdelegation auf Einladung der indischen Regierung nach Delhi. Der erste Tag stand ganz im Zeichen der Politik. Es fanden Gespräche mit der Präsidentin der Republik Indien, Shrimati Pratibha Devisingh Patil, dem Vize-Präsidenten Shri M. Hamid Ansari, der stellvertretenden Aussenministerin Indiens, Shrimati Preneet Kaur, und der Oppositionsführerin, Shrimati Sushma Swaraj, statt. In den Gesprächen kamen aussenpolitische Themen sowie aktuelle Herausforderungen der internationalen Politik zur Sprache. Eine Kranzniederlegung beim Grabmal von Mahatma Gandhi und die Besichtigung des Gandhi-Hauses rundeten das intensive Programm ab.

Nach Delhi besuchte die liechtensteinische Delegation auch Mumbai, das Wirtschafts- und Finanzzentrum Indiens. Es stand ein Besuch des Tata Institute of Fundamental Research (TIFR) auf dem Programm, eines staatlichen Forschungsinstituts, das in einer breiten Palette von Gebieten forscht. Der Gouverneur von Maharashta empfing die liechtensteinische Delegation zu einem Gedankenaustausch mit anschliessendem Abendessen.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

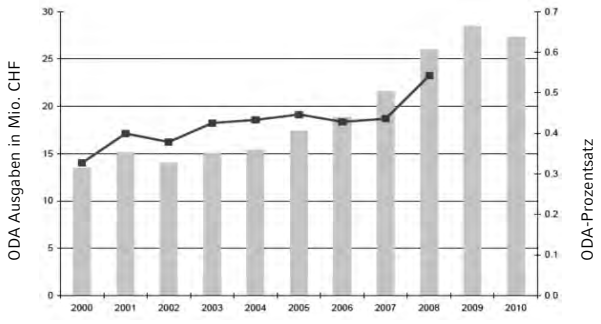
Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 26.6 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch der

Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf 27.3 Mio. Franken.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

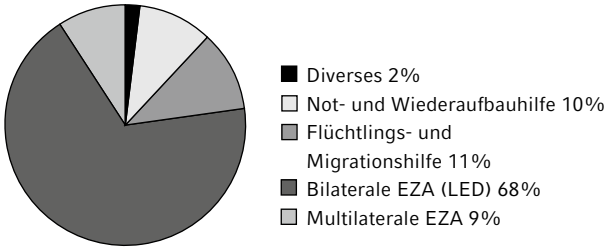
Jahr	BNE (in Mio. CHF) Ausgaben	ODA-anrechenbare	ODA-Prozentsatz
2000	4'112	13'451'090	0.33 %
2001	3'782	15'114'860	0.40 %
2002	3'698	14'010'065	0.38 %
2003	3'538	15'055'869	0.43 %
2004	3'553	15'395'590	0.43 %
2005	3'892	17'381'933	0.45 %
2006	4'399	18'843'051	0.43 %
2007	4'947	21'563'049	0.44 %
2008	4'793	25'984'138	0.54%
2009	Nicht bekannt	28'434'531	Nicht bekannt
2010	**Nicht bekannt**	**27'335'148**	**Nicht bekannt**

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2008 vor. Bei einem BNE von 4'793 Mio. Franken ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.54. Dies ist der höchste Prozentsatz, den Liechtenstein bisher erreicht hat.



IHZE-Beiträge 2010 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen 65 Prozent des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder. Je 10 Prozent der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit und die von Liechtenstein finanzierten Stellen bei internationalen Organisationen (drei von vier Secondments sind Ende 2010 ausgelaufen und werden nicht mehr verlängert), sollen nicht mehr als 5 Prozent der Mittel aufgewendet werden. Im Berichtsjahr wurden bereits erste Sparmassnahmen umsetzt und einzelne Budgetposten nicht voll ausgeschöpft. Daher ergeben sich geringfügige Verschiebungen bei der Aufteilung der verwendeten Mittel auf die einzelnen Kategorien (siehe Diagramm).



IHZE-Beiträge 2010 nach Regionen

Bei der geografischen Verteilung der Mittel gab es nur geringfügige Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Rund ein Drittel der Mittel (33 Prozent) fliessen nach Afrika. Das sind 5 Prozent weniger als im Jahr 2009. Das grösste Engagement erfolgt dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Mosambik, Sambia, Zimbabwe, Burkina Faso, Mali, Niger und Senegal.

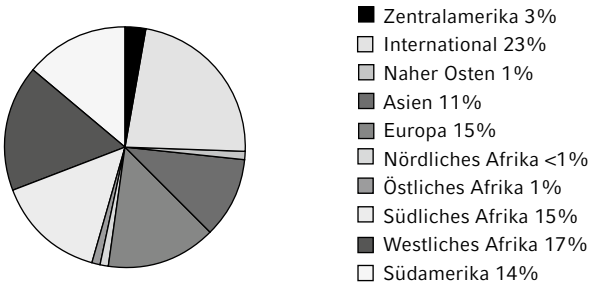
15 Prozent der Mittel werden in Europa ausgegeben, wobei sich die Aktivitäten hauptsächlich auf die Balkanländer Bosnien-Herzegowina und Kosovo (Ausländer- und Passamt) sowie die Republik Moldau (LED) konzentrieren. Im Balkan liegt der Schwerpunkt auf der Friedensförderung, dem Schutz von ethnischen Minderheiten und dem Aufbau von Strukturen zur Existenzsicherung.

Minimal zugenommen hat der Anteil der Mittel, die für Entwicklungsprojekte des LED in Lateinamerika (Bolivien, Peru, Costa Rica) verwendet werden: 17 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent im Jahr 2009. In Asien wurden die Aktivitäten in den neueren Schwerpunktländern Afghanistan und Kirgistan im Berichtsjahr leicht ausgebaut, sodass sich der Anteil am Gesamtbudget neu bei 11 Prozent (gegenüber 9 Prozent im Vorjahr) bewegt.

Im üblichen Rahmen weitergeführt wurde die Projektunterstützung in den Bergregionen des Kaukasus durch das Amt für Wald, Natur und Landschaft. Hier handelt es sich um Beiträge im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz des Ökosystems und der Verbesserung der Energieeffizienz.

Der finanziell gesehen grösste Schwerpunkt im multilateralen Bereich ist das Thema «Good Governance», das heisst die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäscherei sowie der Schutz der Menschenrechte. Diese Gelder werden häufig nicht länderspezifisch oder projektspezifisch ausgezahlt und fallen daher in die Sparte «International». Solche allgemeinen Beiträge sind für internationale Organisationen und sonstige Projektpartner essentiell, um

die Finanzierung von Grundkosten, grenzüberschreitenden Aktivitäten oder unterfinanzierten Programmen zu ermöglichen. Der Anteil hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.



Details können der nachstehenden Projektliste entnommen werden. Die Spalte «ODA CHF» gibt an, in welcher Höhe der jeweilige «Betrag CHF» für den ODA-Prozentsatz angerechnet werden kann.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2010

NOT- UND WIEDERAUFBAUHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verbesserung der Ernährungssicherheit	Burkina Faso	ADA	150'000	150'000
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	Caritas FL	50'000	50'000
Wiederaufbau einer Schule	Haiti	DEZA	225'000	225'000
Zivile Katastrophenbewältigung	Türkei	DEZA	225'000	225'000
Spendenaufstockung für Nahrungsmittelhilfe	Guinea; Guinea-Bissau;	Kreuz des		
	Mauretanien; Mali; Senegal	Südens	12'000	12'000
Spendenaufstockung für Erdbebenopfer in den Abruzzen	Italien	Centro		
	Italiano, Schaan	8'000	0	
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	Lehrlinge VPB	4'000	4'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk		
	Liechtenstein	20'000	20'000	
Transportkosten	International	Hilfswerk		
	Liechtenstein	113'761	113'761	
Allgemeiner Beitrag an den IKRK-Sonderfonds für Behinderte	International	IKRK	50'000	50'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kirgisistan	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Niger	IKRK	100'000	100'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	LRK	50'000	50'000
Weihnachtsaufruf LRK	Ukraine	LRK	47'500	47'500
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	250'000	250'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	UNDP	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	UNICEF	50'000	50'000
Soforthilfe für die Opfer der Flutkatastrophe	Pakistan	UNICEF	100'000	100'000
Umsetzung Ottawa-Konvention				
(Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	WFP	50'000	50'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms IRA	International	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Niger	WFP	50'000	50'000
Total			**2'655'261**	**2'647'261**

INTERNATIONALE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSHILFE
(Ausländer- und Passamt; Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Good Governance	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	92'000	92'000
Jugendhaus in Ljubija	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	30'000	30'000
Multi-ethnische Friedensförderung	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	126'667	126'667
Projekt gegen Menschenhandel	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	65'000	65'000
Verminderung der Abwanderung durch Beerenproduktion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
Wiederaufbau/Sanierung von 16 Häusern für Roma in Donji Vakuf	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	204'867	204'867
Aufbau Kompetenzzentrum Vorschulerziehung Drenas	Kosovo	Caritas CH	40'000	40'000
Beitrag zum Aufbau einer privaten Trägerschaft für die Berufsfachschule Gjakova	Kosovo	Caritas CH	100'000	100'000
Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für ethnische Minderheiten in Gjakova, Phase 1	Kosovo	Caritas CH	190'288	190'288
Landwirtschaftsprogramm	Kosovo	Caritas CH	150'000	150'000
Renovation Kindergarten Dielli	Kosovo	Caritas CH	46'200	46'200
Neubau Kindergärten Drenas / Prizren	Serbien	Caritas CH	70'000	70'000
Spendenaufstockung Flüchtlingssonntag	El Salvador	Caritas FL	10'000	10'000
Migrations- und Entwicklungsprojekt in Armenien	Armenien	Caritas Vorarlberg	239'222	239'222
Beitrag «Prävention von Prostitution und Menschenhandel» in Peja	Kosovo	cfd	50'000	50'000
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften im Westbalkan	International	DEZA	500'000	500'000
Allgemeiner Beitrag an das Internal Displacement Monitoring Center	International	IDMC	100'000	100'000
Schulbildungsprojekt für Roma-Kinder	Mazedonien; Serbien	Kinderdorf Pestalozzi	80'000	80'000
Förderung der Grundausbildung von Frauen in der Provinz Parwan	Afghanistan	RET	200'000	200'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Total			**2'844'244**	**2'844'244**

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED

TOTAL	**18'200'000**	**18'200'000**

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Folterprävention in Lateinamerika (5-Jahresprogramm)	International	APT	200'000	200'000
Beitrag ans Centre for Governance and Anti-Corruption (GOV)	International	Basel Institute on Governance	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag	International	Concordis International	20'000	20'000
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Beitrag an das Nord-Süd-Zentrum Lissabon	International	Europarat	37'500	37'500
Unterstützung der Volksabstimmung in Moldau vom November 2010	Moldau	Europarat	45'000	45'000
Vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/Transnistrien	Moldau	Europarat	37'500	37'500
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors (CANSA)»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Schulungskurse für Menschenrechtsverteidiger	International	Geneva for		

aus Entwicklungsländern	Human Rights	10'000	10'000	
Allgemeiner Beitrag	International	Globaler Fonds		
	gegen HIV/Aids	100'000	100'000	
Allgemeiner Beitrag an das Centre for Humanitarian Dialogue	Naher Osten	HD Centre	50'000	0
Allgemeiner Beitrag an das International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	90'000	90'000
Allgemeiner Beitrag an die International Commission of Jurists	International	ICJ	12'000	0
Beitrag an den International Service for Human Rights (ISHR)	International	ISHR	20'000	20'000
Geldwäschereibekämpfungsseminar in Siracusa, Italien	International	IWF	20'000	20'000
Geburtstagsspende Fürst und Fürstin	International	LRK	135'000	135'000
Allgemeiner Beitrag	International	Millennium		
	Institute	50'000	50'000	
Beitrag an die Abteilung für Menschenrechtsübereinkommen	International	OHCHR	20'000	12'800
Allgemeiner Beitrag an OHCHR	International	OHCHR	60'000	38'400
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	20'000	20'000
UNO-Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15'000	15'000
Beitrag für das «Human Rights and				
Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	80'000	80'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	40'000	40'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Police Cooperation				
Convention for South East Europe	International	PCC SEE	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	25'000	25'000
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des				
UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	60'000	60'000
Beitrag an ein Microfinance-Programm in Sierra Leone	Sierra Leone	UNCDF	60'000	60'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNDP	50'000	50'000
UNDP-Korruptionsbekämpfungsprogramm	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNFPA	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNICEF	50'000	50'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	150'000	150'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNIFEM	15'000	15'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UNIFEM	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNITAR	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an das Globale Programm gegen Terrorismus	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an NGO-Aktivitäten zum Schutz von Kindern	International	Watchlist on		
in bewaffneten Konflikten	Children and			
	Armed Conflict	10'000	0	
Handbuch zu «Frieden, Frauen und Sicherheit»	International	Women's		
	International			
	League for Peace			
	and Freedom	11'000	0	
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Allgemeiner Beitrag an die Women's World Summit Foundation	International	WWSF	10'000	0
Total			**1'943'000**	**1'821'200**

UMWELT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffizienz-Programm	Kirgisistan; Kasachstan; Tadschikistan	CAMP	5'720	5'720
Energieeffiziente Schulen in Kutaissi und Ararat	Armenien; Georgien	Community & Environment Tiflis	72'813	72'813
Energieeffiziente Schule in Ganja (1. Tranche)	Aserbaidschan	Community & Environment Tiflis	14'518	14'518
Energieeffiziente Schule in Ganja (2. Tranche)	Aserbaidschan	Community &		
		Environment Tiflis	37'200	37'200
Förderung der Imkerei im Kazbegi Distrikt	Georgien	Community &		

	Environment Tiflis	53'625	53'625	
Renovation der Kindertagesklinik in Tellavi	Georgien	Community &		
	Environment Tiflis	135'381	135'381	
Wiederherstellung von Infrastrukturbauten / Präventionskonzept Shalauri	Georgien	Community &		
	Environment Tiflis	22'293	22'293	
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Turkmenistan	Div. Partner	1'716	1'716
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Usbekistan	Div. Partner	20'338	20'338
Wiederherstellung Ökosystem Paliastomi-See in Poti	Georgien	REC Caucasus	73'546	73'546
Total			**437'150**	**437'150**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND KOMMISSION FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Benefiz-CD zugunsten ehemaliger Kindersoldaten	International	Div. Partner	6'456	0
Internetauftritt Microfinance Initiative Liechtenstein MIL	FL	Div. Partner	119	119
Jahresbericht IHZE (inkl. Veranstaltung)	FL	Div. Partner	21'339	21'339
Kommission für Entwicklungspolitik	FL	Div. Partner	7'109	7'109
Mitgliederbeitrag Microfinance Initiative Liechtenstein MIL	International	EMP European Microfinance Platform	1'118	1'118
Total			**36'141**	**29'685**

SECONDMENTS (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	International	DCAF	391'723	391'723
Secondment beim UNO-Sondervertreter für intern Vertriebene	International	UNDP	5'033	5'033
Secondment beim UNHCR	International	UNHCR	90'913	90'913
Secondment bei GPML	International	UNODC	7'167	7'167
Total			**494'836**	**494'836**

SONSTIGE BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	562	500
Beitrag an den Technical Cooperation Trust Fund der Basler Konvention	International	UNEP	4'700	4'700
Jahresbeitrag an den Zusatzfonds der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	5'000	5'000
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	572	572
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'465	1'465
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	662	662
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung)	International	UNECE	522	0
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	14'828	0
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2'574	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'628	0
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	1'916	1'169
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	1'438	877

Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	16'835	16'835
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	0
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	217	217
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	26'068	0
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	594	594
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	9'810	9'810
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	1'147	1'147
Beitrag für die Akademie für Kommunalverwaltung im westlichen Balkan	Europa	Europarat	50'000	50'000
Deutschsprachige Sammlung der Entscheidungen des EGMR	International	Engel Verlag	20'000	0
UNO-Mitgliederbeitrag	International	UNO	234'308	28'117
UNO-Sondertribunale	International	UNO	23'282	0
Friedenserhaltende Operationen der UNO	International	UNO	902'171	54'130
Mitgliederbeitrag	International	IAEO	39'145	12'918
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit	International	IAEO	14'847	14'847
Beiträge an den Internationalen Strafgerichtshof	International	ICC	45'635	0
Beiträge an die Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearwaffen	International	CTBTO	12'580	0
Allgemeiner Beitrag	International	Security Council Report	20'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	Independent Diplomat	10'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	International Peace Institute	10'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	International Center for Transitional Justice	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	International Crisis Group	10'000	10'000
Beiträge an die Weltpostunion	International	UPU	42'136	6'742
Beiträge an die Internationale Telekommunikationsunion	International	ITU	159'000	28'620
OSZE-Sommerakademie am Österr. Studienzentrum für Friedens- und Konfliktlösung	International	Studienzentrum AT	2'850	0
Projekt «Entwicklung einer Strategie zu Nationalen Minderheiten»	Bosnien-Herzegowina	OSZE	18'600	18'600
Projekt «Containersicherheit»	International	OSZE	18'600	18'600
Einsatz einer beratenden Polizeitruppe	Kirgisistan	OSZE	19'950	19'950
Projekt zur Verhütung von Menschenhandel für Kinder ohne elterliche Fürsorge	Moldau	OSZE	19'950	19'950
Entmilitarisierungsprogramm im Bereich Kleinwaffen	Montenegro	OSZE	24'800	24'800
OSZE-Programm in Südwest-Serbien	Serbien	OSZE	14'300	14'300
Total			1'697'492	258'922

TOTAL IHZE-AUSGABEN GEMÄSS RECHNUNG	**26'610'632**
Zwischentotal ODA	26'296'148
Flüchtlingsbetreuung im Inland: Kto. 590.318.01 und 590.366.00.01	904'000
Katastrophenfonds der Gemeinden	135'000
TOTAL ODA	**27'335'148**

AMTSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung von Anträgen an die Regierung sowie der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitete in allen Bereichen eng mit dem Ressort Äusseres und den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm zahlreiche Koordinationsaufgaben in den diversen Bereichen der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Botschafters in Berlin sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR,) Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung]. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich. Sie beantworteten auch diverse Anfragen aus der Bevölkerung sowie Fragebogen von internationalen Organisationen.

Der bilaterale Bereich war auch im Berichtsjahr wieder durch den politischen Dialog mit den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich geprägt. Der politische Dialog mit Österreich fand zum zwölften Mal seit seiner Einführung 1999 am 12. Oktober in Wien statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, fand im Berichtsjahr zum sechsten Mal am 25. Oktober statt. Tagungsort war Vaduz. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, den Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Honorarkonsulate in den USA errichtet werden. Neben Georgia und Kalifornien verfügt Liechtenstein nun auch über Honorarkonsulate in den US-Staaten Oregon und Michigan. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit dem Protokoll der Regierung zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Insbesondere zu erwähnen sind die Feierlichkeiten aus Anlass des Jubiläums der Aufnahme diplomatischen Beziehungen mit China vor 60 Jahren sowie zum Jubiläum «20 Jahre UNO-Mitgliedschaft». Es wurden, wie in den vergangenen Jahren, diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Eine immer grösser werdende Anzahl konsularischer Fälle konnte mit Hilfe der Liechtensteinischen Botschaft in Bern und des EDA gelöst werden. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik und waren Gastgeber bei diversen Anlässen und Arbeitsessen.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt intensiv mit den Vorkommnissen auf dem internationalen Finanzplatz sowie den internen Finanzplatz-Agenden beschäftigt.

Im Menschenrechtsbereich war das Amt im Berichtsjahr sowohl mit der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit internationalen Menschenrechtsübereinkommen als auch mit der Vorbereitung der Unterzeichnung und Ratifikation von weiteren für Liechtenstein relevanten Abkommen beschäftigt.

Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der internationalen Menschenrechtsinstrumente koordinierte das Amt im Januar die Präsentation des ersten Länderberichts über die Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Kinderrechtsübereinkommen der UNO betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten und präsentierte im Mai 2010 den dritten Länderbericht unter

dem Antifolter-Übereinkommen der Vereinten Nationen vor dem Ausschuss gegen die Folter. Auf der Grundlage des Berichts und des zweitägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, welche vom Amt aufbereitet wurden. Das Amt koordinierte zudem die Beantwortung der ausführlichen Frageliste des UNO-Ausschusses zum Frauenrechtsübereinkommen im Rahmen der vierten Berichterstattung Liechtensteins über die Umsetzung des Übereinkommens. Die Antworten dienen dem Ausschuss als Vorbereitung auf die Behandlung des liechtensteinischen Berichts im Januar 2011. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter www.liechtenstein.li (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener Übereinkommen im Menschenrechtsbereich leistete das Amt im Auftrag der Regierung die entsprechenden Vorarbeiten. So unterzeichnete und ratifizierte Liechtenstein im Berichtsjahr das Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats.

Auf internationaler Ebene nahm das Amt an einer Reihe von Konferenzen oder Treffen zu Menschenrechtsfragen teil.

Das Amt wirkte im Berichtsjahr in diversen ämterübergreifenden Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Es beteiligte sich ausserdem mit Stellungnahmen zu menschenrechtsrelevanten Aspekten an der Vernehmlassung zu verschiedenen neuen Gesetzen bzw. Gesetzesrevisionen. Bereits zum zweiten Mal lud das Amt im Berichtsjahr die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zu einem Treffen ein, an welchem ein Dialog über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen geführt wurde.

Das Amt übte auch im Berichtsjahr wieder die Koordinationsfunktion innerhalb des Bereichs «Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)» aus. Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen der IHZE-Akteure beinhaltete das auch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Im Juli konnte der zweite gemeinsame IHZE-Jahresbericht (über das Jahr 2009) veröffentlicht werden. Inhaltlich befassten sich die Beiträge schwerpunktmässig mit dem Thema Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Das Amt war ausserdem mit der Erarbeitung einer IHZE-Homepage befasst. Seit Ende des Berichtsjahrs sind nun umfassende Informationen und aktuelle Nachrichten zum Thema IHZE auf www.llv.li/ihze zugänglich.

In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig. Des Weiteren engagierte sich das Amt im Berichtsjahr als Vertretung der Regierung in der «Microfinance Initiative Liechtenstein» (MIL).

Des Weiteren war das Amt für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Sitzung der Kommission für Entwicklungspolitik verantwortlich. Diese tagte im Berichtsjahr einmal. Besprochen wurden schwerpunktmässig das liechtensteinische Engagement im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung - vor dem Hintergrund des Klimawandels - sowie die Frage, wie die IHZE in der Öffentlichkeit wirkungsvoll präsentiert werden kann und/oder soll.

Das seit 2002 bestehende und vom Amt betreute liechtensteinische JPO-Programm endete im Dezember und wird aufgrund des Sparprogramms nicht weitergeführt. Im Berichtsjahr finanzierte Liechtenstein drei JPO-Stellen, jeweils eine im UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge, eine im UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und eine beim UNO-Sonderbeauftragten für Intern Vertriebene. Das Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) wird jedoch weitergeführt.

Im Bereich der Europäischen Integration war das Amt auch im Berichtsjahr wieder mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt. Es bereitete die am 19. März unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 sowie die dazugehörige Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft in einem «Bericht und Antrag» für den Landtag auf. Das Amt war auch weiter in der Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten.

Das Amt bearbeitete die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates (GCC), mit Albanien und mit Serbien für den Landtag auf. Das Abkommen mit Serbien trat am 1. Oktober, jenes mit Albanien am 1. November in Kraft. Zudem unterstützte das Amt die Liechtensteinische Mission in Genf in den laufenden Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern im Bereich «Geistiges Eigentum» und «Öffentliches Beschaffungswesen».

Das Amt war auch im Berichtsjahr beim Abschluss verschiedener bilateraler Vereinbarungen auf Regierungs- und Ämterebene beratend tätig. Insbesondere mit der Schweiz fanden intensive Kontakte, Verhandlungen und Gespräche statt. Gegenstand waren generelle politische Themen, aber auch spezifische Themen wie der Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung, des Strahlenschutzes, der Organtransplantation, der geistigen Eigentumsrechte sowie der Landwirtschaftspolitik. Das Amt bereitete die Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Zuteilung von Organen zur Transplantation vom 1. März 2010 für den Landtag auf. Die Vereinbarung wird seit dem 1. April vorläufig angewendet. Weiter wurde die am 14. September unterzeich-

nete Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes dem Landtag unterbreitet.

Die Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Übernahme der EG-VO 883/2004 zum EU- Sozialversicherungsrecht in die Vaduzer Konvention hat die Verhandlungen mit der Schweiz unter dem Vorsitz des Amts weitergeführt und eine mögliche Lösungsvariante für die bilateralen Anwendungsprobleme diskutiert.

Des Weiteren bearbeitete das Amt das Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln für den Landtag auf. Das Abkommen trat am 1. Dezember 2010 in Kraft.

Im Rahmen des Finanzplatzes war das Amt an den Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland beteiligt. Das Amt stellte auch die Vertretung Liechtensteins an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sicher. Zudem erstellte das Amt im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich des Informationsaustausches in Steuersachen die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten auch im Berichtsjahr wieder zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Amtes. Die internationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Im Berichtsjahr nahm eine Vertreterin des Amtes am 12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege in Salvador (Brasilien) teil. Auch die 19. Session der UNO-Kommission der für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, die unter dem Motto «Schutz vor illegalem Handel von Kulturgütern» stand, sowie das 5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention) wurden von Vertretern des Amts wahrgenommen. Das Amt nahm ebenso an der Konferenz zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie in Wien teil. Im Berichtsjahr konnte auch der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 beendet werden. Das Übereinkommen trat für Liechtenstein am 7. August in Kraft.

Im Berichtsjahr bereitete das Amt die Änderungen im Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof(ICC) und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG) vor. Dadurch wird zusätzlich zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) und den internationalen Ad-hoc-Strafgerichten für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) nun auch die Kooperation mit dem Sondergerichtshof für Sierra Leone (SCSL) und den Ausserordentlichen Kammern in Kambodscha (ECCC) gewährleistet.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Berichtsjahr wiederum aktiv in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Der Amtsvorstand arbeitete in der Stiftung Image, in der Task Force USA sowie im aussenpolitischen Expertenrat der Regierung aktiv mit. Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe betreffend die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen des «Visa Waiver Programs» mit den USA, in der Projektgruppe «Statistik», in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie in der Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung. Des Weiteren arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Verhandlungsdelegation zum Vertrag und zur Vereinbarung mit der Schweiz betreffend Umweltabgaben, im Verwaltungsausschuss EXPO 2010 in Shanghai, in der Arbeitsgruppe zur Vaduzer Konvention, in der Arbeitsgruppe betreffend Sozialversicherungsrecht sowie im Menschenrechtsbereich am «Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels», sowie in der Arbeitsgruppe betreffend die Überprüfung des Handlungsbedarfs bezüglich Liechtensteins Beitritt zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Im bilateralen Bereich hat das Amt sowohl bei den Vorbereitungen zur EXPO 2010 in Shanghai und den damit verbundenen China-Reisen S.D. des Erbprinzen sowie von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Regierungschefstellvertreter Dr. Martin Meyer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick intensiv mitgewirkt. Des Weiteren war das Amt an der Organisation und Durchführung mehrerer Anlässe zur Feier des Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Liechtenstein und China vor 60 Jahren aktiv beteiligt.

Im Bereich der diplomatischen und konsularischen Vertretungen war der Stand per Ende Berichtsjahr wie folgt: 79 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden sind mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Sitz der Botschaften ist in den meisten Fällen Bern, in einigen wenigen Fällen Wien oder Berlin. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit den Malediven, Singapur sowie St. Kitts und Nevis auf. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 36 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestallt. 11 konsularische Posten sind per Ende Berichtsjahr vakant.

– Berufskonsuln	Generalkonsuln	7
Konsuln	2	
– Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	6
Honorarkonsuln	20	
Honorarvizekonsuln	1	

Die Betreuung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehörte auch im Berichtsjahr wieder zu den wichtigen Aufgabenbereichen des Amtes in Zusammenarbeit mit dem Protokoll und der Liechtensteinischen Botschaft in Bern. Das Amt war auch in Zusammenarbeit mit den Liechtensteinischen Botschaften vor Ort an der Betreuung der bestehenden Liechtensteinischen Honorarkonsulate in Deutschland und den USA sowie an der Eröffnung der beiden neuen Honorarkonsulate in den USA beteiligt. Zudem zeichnete sich das Amt für die Organisation und Durchführung des mehrtägigen Besuchs der Honorarkonsuln im Herbst in Liechtenstein verantwortlich.

KONFERENZEN UND TAGUNGEN

INTELSAT (ITSO)

34. (ordentliches) Treffen der Versammlung der Vertragsparteien: 22.-24.6. in Washington D.C.
(Botschafterin Claudia Fritsche)

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Europäische Patentorganisation

121. bis 126. Tagung des Verwaltungsrats in München
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Europarat

High-Level-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: 18./19.2. in Interlaken
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

2./3./4./5. Verhandlungsrunde zur Konvention über die Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt: 22.-24.2., 30.6.-2.7., 27.9.-30.9., 8.-10.11 in Strassburg
(Carlo Ranzoni, Landrichter, Minister Patrick Ritter)

Plenarversammlung der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) in Strassburg: 22.-26.3., 27.9.-1.10., 29.11.-3.12.
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Octopus Interface-Konferenz über die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Interkriminalität: 23.-25.03 in Strassburg
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

2. Versammlung der Vertragsstaaten des Übereinkommens des Europarats über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus: 15. – 16.4. in Strassburg
(Peter Matt, Erster Sekretär)

121. Session des Ministerkomitees: 11.5. in Strassburg
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

High-Level-Konferenz zum Thema Roma: 20.10. in Strassburg
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

EFTA

26. EFTA-Ministerrat: 23.-25.6.2010 in Reykjavik
(Regierungsrätin Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, designierter Botschafter Kurt Jäger, Ministerin Doris Frick)

27. EFTA-Ministerrat: 22.-23.11.2010 in Genf
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick, Ministerin Doris Frick, Minister Patrick Ritter, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin der Regierung im Ressort Äusseres, Beatrice Fankhauser, Erste Botschaftssekretärin)

EWR

EWR-Ministerrat: 10.5. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschaftsrat Georges Baur)

ECOFIN-Treffen: 17.11. in Brüssel
(Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, Botschafter Kurt Jäger)

EWR-Ministerrat: 22.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Botschaftsrat Georges Baur)

Welthandelsorganisation (WTO)

Ausschuss über öffentliches Beschaffungswesen in Genf: 12.+14.10., 6.-10.12.
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Informelles Ministertreffen der OSZE: 16.-17.7. in Almaty, Kasachstan
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer)

OSZE-Überprüfungstreffen der menschlichen Dimension: 30.9.-8.10. in Warschau
(Domenik Wanger, Erster Sekretär)

Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE: 1.-2.12. in Astana, Kasachstan
(Regierungschef Klaus Tschütscher, Amtsleiter Roland Marxer, Domenik Wanger, Erster Sekretär)

UNO/Verschiedenes

Ausserordentliche gemeinsame Konferenz der Vertragsparteien der Basel Konvention und des Rotterdamer und Stockholmer Übereinkommens: 22.-24.2. in Bali
(Vertretung durch die Schweiz)

53. Session der UNO-Betäubungsmittelkommission: 8.-12.3. in Wien
(Esther Kocsis, Suchtmittelbeauftragte beim Amt für Soziale Dienste)

15. Konferenz der Vertragsparteien des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES): 13.-25.3. in Doha, Katar
(Vertretung durch die Schweiz)

Climate Talks: 9.-11.4., 31.5.-11.6., 02.08.-06.08. in Bonn und 4.10.-9.10. in Tianjin (China)
(Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz)

12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege: 12.-19.04. in Salvador (Brasilien)
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen: 3. – 28.5. in New York
(Teilnahme durch Mission New York)

19. Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ): 17.-21.05. in Wien
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

Global Summit of Women: 20.-22.5. in Peking
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Ministerin Doris Frick)

1. Überprüfungskonferenz des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC): 31.05. – 11.06. in Kampala (Uganda)
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

16. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau: 28.6. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

29. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 2.9. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie (IACA): 2.-3.9. in Wien
(Peter Matt, Erster Sekretär)

54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 20.-24.9. in Wien
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschaftsrätin Esther Schindler, Domenik Wanger, Erster Sekretär)

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (ITU): 4. – 22.10. in Guadalajara, Mexiko
(Kurt Bühler, Leiter des Amtes für Kommunikation und Schweizer Delegation)

5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) in Wien: 18.-22.10
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

22. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls: 25.-29.10. in Nairobi
(Vertretung durch die Schweiz)

3. Vertragsstaatentreffen zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter: 28.10. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 22.-23.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 24.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 25.-26.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

16. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 6. Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls): 29.11.-10.12. in Cancun (Mexiko)
(Regierungsrätin Renate Müssner, Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz)

Übereinkommen

UNO
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003: 8.7 (Inkrafttreten: 7.8.)
- Unterzeichnung des Abkommens zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie als internationale Organisation: 2.9.

EU/EFTA/EWR
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Albanien: 31.5. (Inkrafttreten: 1.11.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Serbien: 31.5. (Inkrafttreten: 1.10.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates vom 22. Juni 2009: 17.11.
- Annahme von Änderungen des EFTA-Übereinkommens sowie von Änderungen einzelner EFTA-Freihandelsabkommen
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013: und der dazugehörigen Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft: 19.3.
- Unterzeichnung des Übereinkommen zwischen Liechtenstein, Island und Norwegen betreffend die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in Liechtenstein, Island oder Norwegen gestellten Asylantrags: 25.3.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Ukraine: 24.6.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru: 24.6./14.7.

EUROPARAT
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats: 28.1.

Verschiedenes
- Hinterlegung der Zustimmungserklärung zur Beendigung des Haager Abkommens betreffend die internationale Hinterlegung der gewerblichen Muster oder Modelle (Londoner Akte), revidiert in London am 2. Juni 1934, sowie der Zusatzvereinbarung von Monaco vom 18. November 1961: 13.12.

Bilateral
- Notifikation betreffend des Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zur Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zuteilung von Organen zur Transplantation vom 1. März 2010: 14.10. (Unterzeichnung: 1.3., vorläufige Anwendung ab 1.4.)
- Notifikation betreffend des Abschlusses des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zum Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln vom 31. Mai 2010 (Unterzeichnung: 31.5.; Inkrafttreten: 1.12.)
- Notifikation betreffend des Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zur Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes vom 14. September 2010: 25.11.

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN IM AUSLAND

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2010 Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2010 in der Schweiz

In der Schweizer Regierung kam es zum Rücktritt der Bundesräte Leuenberger und Merz. Mit der Wahl von Johann Schneider-Ammann und Simonetta Sommaruga erhielt der Bundesrat erstmals eine Frauenmehrheit. Zur

Verbesserung seiner Arbeit traf der Bundesrat erste Entscheide für eine Regierungsreform.

Hinsichtlich der Europapolitik hielt der Bundesrat fest, dass der bilaterale Weg erfolgreich war und nicht beendet ist, auch wenn er extrem schwieriger geworden sei. Seitens der EU werden neue Lösungen für die Zusammenarbeit mit der Schweiz angestrebt, da die grosse Zahl der bilateralen Abkommen komplex geworden und schwer zu verwalten sei, womit der bisherige bilaterale Weg aus EU-Sicht eindeutig seine Grenzen erreicht habe.

Die Libyen-Krise endete, nachdem die fast zwei Jahre vom Regime Gadhafi dort festgehaltenen schweizerischen Bürger ausreisen dürfen.

An den Eidgenössischen Abstimmungen im Frühjahr und Herbst stand sechs Vorlagen zur Wahl. Die Annahme der Ausschaffungsinitiative fand auch internationale Aufmerksamkeit. Die Steuergerechtigkeitsinitiative wurde vom Stimmvolk verworfen.

Die schweizerische Wirtschaft gelangt wieder auf den Wachstumspfad, auch wenn die Arbeitslosigkeit erst langsam zurückgeht. Die neue Finanzplatzstrategie wird weiter umgesetzt. Mit Deutschland und Grossbritannien einigt sich die Schweiz auf eine Abgeltungssteuer. Der Bundeshaushalt kann statt des budgetierten Defizits einen beachtlichen Überschuss ausweisen.

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt und wurden auch im Jahr 2010 intensiv gepflegt. Die liechtensteinische Regierung besuchte verschiedene Kantonsregierungen wie umgekehrt einzelne Kantonsregierungen in Vaduz empfangen wurden. Die Schweizer Bundespräsidentin sowie die Nationalratspräsidentin besuchten Liechtenstein und liechtensteinische Regierungsmitglieder weilten zu offiziellen Anlässen mehrmals in der Schweiz. Rita Adam löste Botschafter Paul Seger als Botschafterin der Schweiz im Fürstentum Liechtenstein (mit Sitz in Bern) ab. Es werden drei neue bilaterale Abkommen unterzeichnet (Umweltabgaben, Organtransplantation, Strahlenschutzabkommen).

Der direkten Beziehungen zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichten eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisteten die gegenseitige Information.

Kontakte mit den Botschaften in Bern

Die liechtensteinische Botschaft wirkte weiterhin intensiv als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern und diente dabei als Knotenpunkt und Drehscheibe für den zwischenstaatlichen Schriftverkehr sowie auch als Mitorganisatorin für offizielle liechtensteinische Besuche in anderen Staaten.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1'700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2010 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen sowie der Beglaubigungen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

In Belgien waren im Berichtszeitraum die Wahlen zum Parlament das herausragende Ereignis. Es entstanden Probleme bei der Bildung einer neuen Regierung, nachdem bei den Parlamentswahlen im Juni ein klarer Wahlsieg der konservativen, flämischen Nationalisten der N-VA (Nieuw-Vlaamse Alliantie) unter ihrem Parteichef Bart De Wever in Flandern einerseits sowie der Sozialisten auf der französischsprachigen Teil des Landes andererseits zu verzeichnen war.

Die darauffolgende Regierungs- und Staatskrise konnte bis zum Jahresende nicht beseitigt werden. Dies war vor allem auf den Umstand zurückzuführen, dass die Regierungsbildung mit einer Staatsumbildung einhergeht. Dabei soll die heutige Ausgestaltung des belgischen Föderalismus in eine Staatenbundslösung mit weitgehenden, neuen Kompetenzen der Gliedstaaten überführt werden. Dabei sind folgende sachpolitische Themenbereiche umstritten:

- die Kompetenzverteilung auf nationaler Ebene / Gliedstaatenebene;
- der neue Finanzierungsmodus zwischen den Gemeinschaften sowie
- die Lösung des Sprachproblems der flämischen Gemeinden im Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde in der Umgebung von Brüssel

Die Flamen wollen eine Zweiteilung (Flandern/Wallonien), die Wallonen wollen eine Dreiteilung (Flandern, Wallonien und die Region Brüssel) und die Deutschsprachigen wollen eine Vierteilung (Flandern, Wallonien, Brüssel und die Deutsche Gemeinschaft), wobei die aus den deutschsprachigen Staaten bekannte Föderalismusidee zum Tragen kommen soll. Allerdings blieben bis Ende Jahr die Gespräche fruchtlos und zeitweise wurden sie sogar unterbrochen.

Anfang September weilte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz,

in Liechtenstein. In einem dichtgedrängten Programm wurde er von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick sowie von Regierungsrätin Dr. Renate Müssner empfangen. Es wurden Gespräche zu Fragen der Raumplanung, der Gemeindeautonomie und der kleinstaatlichen Organisation geführt. Weiters besuchte der Ministerpräsident den liechtensteinischen Bankenverband, das Liechtenstein-Institut sowie die Hilti AG. Die deutschsprachige Gemeinschaft Belgien zeigt Interesse am Erfolg Liechtensteins als Kleinstaat mit Vorbildcharakter im Hinblick auf eine allfällige grössere Autonomie in einem künftigen, neugeordneten belgischen Staatsgefüge.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein

Der Botschafter beim Heiligen Stuhl nahm, wie jedes Jahr, an einzelnen Veranstaltungen im Vatikan teil und pflegte den Informationsaustausch zwischen den Partnern. Der Sitz des Botschafters wurde aufgrund der Beendigung seiner Tätigkeit in Brüssel nach Liechtenstein verlegt.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Neben den Kontakten auf Bundesebene werden auch Beziehungen zu Bundesländern gepflegt. Im Jahr 2010 konnte eine Reihe von hohen Besuchen auf Regierungs- und Staatsebene durchgeführt und dadurch die Zusammenarbeit weiter vertieft werden. Höhepunkt war der erste offizielle bilaterale Besuch eines liechtensteinischen Staatsoberhauptes in Berlin durch S.D. Erbprinz Alois am 14. April 2010. Weitere Schwerpunkte waren die Begleitung der parlamentarischen Ratifikation des im Jahr zuvor abgeschlossenen Steuerinformationsaustauschabkommens (TIEA) sowie der Beginn formeller Verhandlungen zu einem bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA).

Das Jahr 2010 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Bilaterale Steuerabkommen

Im Jahr 2010 konnte der Ratifizierungsprozesses für das Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) vom 2. September 2009 abgeschlossen werden. In Liechtenstein stimmte der Landtag im Juni in zweiter Lesung zu. Der Abschluss der Ratifizierung wurde dem Auswärtigen Amt am 15. Juni notifiziert. In Deutschland stimmte der Bundestag im Juni und der Bundesrat Anfang Juli endgültig zu. Mit der Übergabe der deutschen Notifizierung durch Bundesminister Wolfgang Schäuble an Regierungschef Klaus Tschütscher Ende September konnte das Abkommen am 28. Oktober 2010 in Kraft treten. In Laufe des Ratifizierungsprozesses zeigte sich sowohl bei Mitgliedern des Deutschen Bundestags als auch auf der Ebene der Länder (Bundesrat) ein grosses Interesse an diesem Abkommen. Es stellt die Beziehungen beider Länder auf eine neue Basis und ermöglichte noch im selben Jahr Kontakte auf höchster Ebene.

Parallel konnten im Februar 2010 formelle Verhandlungen zu einem Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung (DBA) beginnen. In mehreren Verhandlungsrunden konnten in konstruktiver Weise über weite Teile Übereinstimmung erzielt werden. Ende 2010 waren nur mehr wenige, aber sicherlich auch sehr komplexe Punkte offen. Dennoch schien und scheint weiterhin ein Abschluss möglich und wird für die erste Hälfte 2011 angestrebt. Das DBA würde erhebliche Rechtssicherheit für den wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern, insbesondere gegenseitige Investitionen, bedeuten. Dies wäre im Sinne beider Länder. Liechtensteinische Unternehmen haben in erheblichem Umfang in Deutschland investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen.

Kontakte auf Regierungsebene

Der Abschluss des TIEA im Jahr zuvor war eine gute Ausgangsbasis für Kontakte auf hoher und höchster Ebene. Gleich zu Beginn des Jahres 2010 setzte die Einladung des Bundespräsidenten an S.D. den Erbprinzen zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Berlin ein freundschaftliches Signal.

Noch vor dem Treffen auf der Ebene der Staatsoberhäupter traf am 2. März Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch mit Bundesaussenminister Guido Westerwelle in Berlin zusammen. Zu den Hauptthemen zählte die deutsch-liechtensteinische Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen und bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan. Daneben liess sich der Bundesminister über den Stand der liechtensteinischen Steuerkooperation informieren. Er würdigte den «Paradigmenwechsel», den Liechtenstein im Kontext Steuerkooperation vollzogen habe. Mit Interesse verfolgte das Auswärtige Amt den liechtensteinischen Vorschlag zur Reform des UNO-Sicherheitsrates und begrüsste ihn als Belebung der Debatte.

Das Arbeitstreffen von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Bundespräsident Horst Köhler in Berlin wurde für 14. April festgesetzt. Dieses erste offizielle bilaterale Treffen der Staatsoberhäupter von Liechtenstein und Deutschland in Berlin unterstrich die neue Phase des zwischenstaatlichen Verhältnisses. Der aktuelle Stand und die weitere Entwicklung dieser Beziehungen waren Schwerpunkte der Gespräche. Weitere Gesprächsthemen waren die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf beide Länder sowie die Zusammenarbeit in Europa und in den internationalen Organisationen.

Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer traf am 3. und 4. Mai Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle sowie Vertreter des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestags zu einem Arbeitsbesuch in Berlin. Dabei wurde er von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) begleitet. Die Vertiefung dieser Beziehungen bildete den Schwerpunkt der Gespräche. Die Minister kündigten unter anderem die Schaffung eines gemeinsamen Deutsch-Liechtensteinischen Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen an.

Am 1. und 2. Juni, unmittelbar vor der Ratifikation des TIEA im Bundestag, besuchte eine sechsköpfige Delegation des Finanzausschusses des Bundestags unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Wissing (FDP) Liechtenstein. Alle Fraktionen des Bundestags waren vertreten. Ausführliche Arbeitsgespräche wurden geführt mit der Regierung, dem Landtag, der Finanzmarktaufsicht, dem Bankenverband sowie Vertretern der Industrie.

Am 28. September traf Regierungschef Klaus Tschütscher Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin. Es war das erste bilaterale Arbeitstreffen mit einem deutschen Finanzminister seit Februar 2008. Das Gespräch gab wichtige politische Impulse und Signale für die Verhandlungen zur Steuerkooperation. Am selben Tag sprach der Regierungschef auch an einem Parlamentarischen Abend des Liechtensteinischen Bankenverbandes, der gemeinsam mit der Botschaft vorbereitet wurde. Der Anlass stand unter dem Patronat des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundestags.

Am 1. November nahmen S.D. der Erbprinz und I.K.H. die Erbprinzessin am Treffen der vier deutschsprachigen Staatoberhäupter in Lübeck in Schleswig-Holstein teil. Schwerpunktthemen waren Migration und Integration, aber auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Es war dies die erste Zusammenkunft mit dem Ende Juni gewählten neuen Bundespräsidenten Christian Wulff. Um die Netzwerke für Liechtenstein zu erweitern, lud die Botschaft mit Unterstützung Dritter zweimal zu Vortrags- und Diskussionsabenden mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien. Am 6. Juli hielt Aussenministerin Aurelia Frick einen Vortrag in Berlin über die liechtensteinische UNO-Politik und das Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof. Am 16. November sprach Regierungschef Klaus Tschütscher in München über die regionalen Aspekte und Beziehungen Bayern-Liechtenstein. Als Ehrengast nahm der bayerische Finanzminister Fahrenschon teil. In Bayern befinden sich die meisten liechtensteinischen Direktinvestitionen und daher Arbeitsplätze. Erst Ende Oktober 2010 eröffnete die HILTI AG ein weiteres Werk in Kaufering.

Kontakte in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur

Im April besuchte das Deutsche Institut für Sachunmittelbare Demokratie aus Dresden in Begleitung der Botschaft das Liechtenstein-Institut in Bendern. Schwerpunkt des Austauschs und eines Vortrags von Dr. Wilfried Marxer war die Praxis der direkten Demokratie in Liechtenstein. Dieses Thema spielte auch eine zentrale Rolle in einem von S.D. dem Fürsten am 28. Oktober am Aspen Institute Deutschland in Berlin gehaltenen Vortrag über Thesen aus dem Buch «Der Staat im Dritten Jahrtausend». Die innenpolitischen Ereignisse in Deutschland im Laufe des Jahres 2010 führten zu vermehrten Diskussionen über Modelle der bürgerlichen Mitbestimmung.

Das humanitäre Engagement Liechtensteins in Afghanistan und die akademisch-politische Plattform des Liechtenstein Institute on Self-Determination in Princeton (LISD) stiessen auch in Deutschland auf Interesse. Gemeinsam mit dem LISD organisierte die Botschaft diverse akademische Begegnungen. So im Mai in Bochum, gemeinsam mit dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum und mehrmals im Laufe des Jahres in Berlin.

Eine besondere Ehre war die Einladung der Stadt Lichtenstein in Sachsen an Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein die Festrede anlässlich der offiziellen Feier am 2. Oktober zum 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung zu halten. Thema der Rede war die «Sicht von Aussen» auf die Wiedervereinigung. Die Stadt Lichtenstein ist an intensiveren Kontakten mit Liechtenstein interessiert.

Wie in den vorherigen Jahren war Liechtenstein an der Frankfurter Buchmesse mit einem eigenen Stand vertreten. Der Präsident der Kulturstiftung, Walter N. Marxer, und Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein gaben am 8. Oktober einen Empfang mit geladenen Gästen. Der Anlass ist mittlerweile zu einem festen Termin geworden.

Daneben pflegt die Botschaft permanent einen konstruktiven Austausch mit liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern, die als Stipendiaten im Residenzatelier «La Fabrik» in Berlin für drei oder sechs Monate leben und arbeiten. Das Atelier ist die konkreteste Form des kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern. Schliesslich unterstützte die Botschaft erneut die Organisation von Ausstellungen oder anderen künstlerischen Projekten aus Liechtenstein in Deutschland.

Einen adventlichen Jahresabschluss konnten das Ressort Äusseres und die Botschaft, unter tatkräftiger Unterstützung der Stabsstelle für Kulturfragen, am 1.

Dezember in München organisieren. Die Liechtensteiner Hofmusik gab in der St. Michaels-Kirche, Wirkungsstätte von J.G. Rheinberger, ein wunderbares Kammerkonzert.

Das Jahr 2010 in Deutschland
Bestimmende Themen im Jahr 2010 waren u.a. die Rettungspakete für die gemeinsame Währung Euro, unter massiver und wesentlicher Beteiligung Deutschlands, die prominenten Rücktritte bis hin zum amtierenden Bundespräsidenten und, wie in den Jahren zuvor, der deutsche Einsatz in Afghanistan.

Innenpolitik
Die deutsche Beteiligung an den Rettungspaketen der Eurostaaten erreichte ungekannte Dimensionen. Alleine an den Garantien für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden Euro betrug der theoretische Höchstbeitrag Deutschlands über 22 Milliarden Euro. An dem wenige Tage später, Anfangs Mai 2010, geschnürten Euro-Rettungsplan mit einem Gesamtkreditrahmen von 750 Milliarden Euro (wovon 440 Milliarden auf die Länder der Währungsunion fallen, 60 Milliarden auf Europäische Kommission und weitere 250 Milliarden Euro nötigenfalls vom IWF garantiert werden) beträgt der deutsche Anteil 147 Milliarden Euro. Rechnet man diese Risiken zu den bereits bestehenden Schulden der öffentlichen Hand hinzu, so kommt man per Ende 2010 auf den gigantischen Schuldenstand von beinah 2'000 Milliarden Euro. Die Konsequenz war eine historisch hohe Neuverschuldung im Budget der Bundesregierung für 2010 von errechneten rund 80 Milliarden. Eine unerwartet wieder erstarkte Wirtschaft (plus 4%) und damit auch deutlich besser als ursprünglich erwartete Steuereinnahmen liessen dieses Defizit gegen Ende 2010 dann auf rund 50 Milliarden – immer noch ein historisch hoher Wert – schrumpfen. Trotzdem, oder gerade deshalb, verschrieb sich die Bundesregierung ein Sparpaket zur Sanierung des Bundeshaushalts. Deutschland will bis 2016 sein strukturelles Haushaltsdefizit um ca. 50 Milliarden Euro abbauen, um so der im Grundgesetz eingebauten «Schuldenbremse» zu entsprechen.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und die Niederlage des bis Mai amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers änderten die Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer des Parlaments, dem Bundesrat. In den Wochen danach traten zwei weitere CDU-Ministerpräsidenten, Roland Koch in Hessen und Ole von Beust in Hamburg, aus persönlichen Motiven zurück. Ende Mai kam es sogar zum ersten Rücktritt eines amtierenden Bundespräsidenten. Bundespräsident Horst Köhler (CDU) gab am 31. Mai seinen Rücktritt mit sofortiger Wirkung bekannt. Der neue Präsident musste innerhalb eines Monats von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt werden. Am 30. Juni wählten die 1´244 Mitglieder der Bundesversammlung im dritten Durchgang Christian Wulff, bis dahin Ministerpräsident in Niedersachsen, zum neuen Bundespräsidenten.

Aussenpolitik
Der Einsatz in Afghanistan blieb ein bestimmendes Thema, nicht zuletzt wegen der hohen Verluste, die erneut zu beklagen waren. Die verschlechterte Sicherheitslage fand schliesslich auch in der Rhetorik von Regierungsvertretern ihren Niederschlag, die sich dazu durchrangen, von «kriegsähnlichen» Verhältnissen bzw. von «Krieg» zu sprechen.

Am 12. Oktober erreichte Deutschland bereits im ersten Wahlgang die Wahl in den Sicherheitsrat der UNO als nicht-ständiges Mitglied für 2011/2012. Ein wichtiges aussenpolitisches Ziel war damit erreicht.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Ein erheblicher Teil des Berichtsjahres wurde vom Wahlkampf und den Halbzeitwahlen des US-Kongresses, welche Anfang November stattfanden, geprägt. Die Wahlen resultierten in einem grossen Erfolg für die republikanische Partei und in einer Mehrheitsverschiebung im Kongress. Das Repräsentantenhaus wird von einer komfortablen republikanischen Mehrheit beherrscht, während im Senat die demokratische Partei nach wie vor 53 von 100 Sitzen hat.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die sich nur sehr langsam erholende Wirtschaft, die sehr kontroverse Gesundheitsreform sowie die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko waren vorherrschende innenpolitische Themen.

Die WikiLeaks-Affäre versetzte der US-Diplomatie einen harten Schlag, indem bestehende Beziehungsnetze empfindlich gestört und die diplomatischen Beziehungen der USA auf eine harte Bewährungsprobe gestellt wurden. Trotz Bestrebungen der US-Regierung, die Informationen zu relativieren, hatte die Schadensbegrenzung nur beschränkte Erfolge.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA waren stark geprägt von Versuchen, die Zusammenarbeit im Steuerbereich zu erweitern. Im Hinblick darauf wurde den US-Behörden der Entwurf eines Offenlegungsprogramms, analog zu jenem mit Grossbritannien, unterbreitet.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Im März wurde der Gesetzesentwurf FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) als Bestandteil des neuen Gesetzes über die Schaffung von Arbeitsplätzen von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet. Ausländische Finanzinstitute sind hinkünftig angehalten, mit der US-Steuerbehörde (IRS) zusammenzuarbeiten und die Kundenverhältnisse offenzulegen, andernfalls fallen 30% Quellensteuer auf Erträgnisse an, die ihnen aus den USA

zufliessen. Die neuen Bestimmungen gelten ab 2013.

Sämtliche ausländische Banken befürchten im Zusammenhang mit FATCA stark steigende Verwaltungskosten aufgrund des Aufwandes zur Datenerfassung und -pflege. Auch die liechtensteinischen Banken werden davon betroffen sein. Die neuen Regeln können als Ergänzung zum QI-System gesehen werden. Sie gelten aber nicht nur für die Banken mit QI-Status, sondern für alle Finanzintermediäre, die amerikanische Kunden betreuen, einschliesslich nicht-amerikanischer Kunden mit Wohnsitz in den USA («green card holders»). Finanzintermediäre müssen hinkünftig auch die Eigentumsverhältnisse juristischer Personen abklären.

Im April fanden nach Ausarbeitung eines White Paper zu einem UK-ähnlichen Übereinkommen mit den USA (Offenlegungsprogramm) Gespräche seitens der Botschaft mit Vertretern von IRS und dem US-Finanzministerium statt, um Interesse an einer solchen Übereinkunft zu wecken und herauszufinden, ob und welche allfälligen Bedenken die amerikanische Seite haben könnte. Ende Juli wurde den US-Behörden ein entsprechender Abkommensentwurf unterbreitet. In den folgenden Monaten wurden die Kontakte auf Behörden- und Kongressebene im Hinblick auf eine Reaktion verstärkt.

Aufgrund des grossen Widerstandes betroffener Länder stellte der Einbringer des kalifornischen Gesetzesentwurfes AB 1178 seine Bemühungen ein, dessen Verabschiedung nach dem Repräsentantenhaus auch im Senat zu erwirken. Der Gesetzesentwurf hatte vorgesehen, Unternehmensgewinne von in Kalifornien ansässigen Firmen, die aus sogenannten Steuerparadiesen stammen oder dort inkorporiert sind (Liechtenstein stand auf der Liste) , den in Kalifornien erzielten Gewinnen dazuzurechnen und steuerbar zu machen. Liechtensteinischerseits war schriftlich interveniert worden. Zudem bemühte sich Honorarkonsul Leodis Matthews vor Ort in verschiedenen Treffen mit Mitgliedern des kalifornischen Senats intensiv, die liechtensteinischen Bedenken zum Ausdruck zu bringen.

Anfang Juli traten die von den USA gegenüber Iran verhängten Sanktionen in Kraft, welche teilweise extraterritoriale Wirkung haben. Allen ausländischen Banken, welche hinkünftig mit den von den Vereinten Nationen oder den USA boykottierten iranischen Finanzinstituten verkehren, wird der Zugang zum amerikanischen Finanzmarkt verwehrt. Auf der schwarzen Liste stehen des weiteren Unternehmen des Energiesektors sowie die von der Iran Revolutionary Guards betriebenen Unternehmen. Die bisherige Möglichkeit der US-Regierung, bestimmten ausländischen Unternehmen die Geschäftstätigkeit mit Iran zu erlauben (es geht vor allem um Investitionen im Energiesektor), wird durch das neue Gesetz erheblich eingeschränkt. Einige Unternehmen stehen nun vor der Wahl, ob sie mit den USA oder mit dem Iran Geschäfte tätigen wollen. Von liechtensteinischer Seite wurden Vorbereitungen getroffen, die von der Europäischen Union gegen Iran verhängten Sanktionen umzusetzen.

Einer neuen Initiative zufolge sollen hinkünftig sämtliche Geldtransfers in die USA und aus den USA meldepflichtig sein. Bisher trifft dies nur auf Beträge über USD 10'000 zu. Hauptgrund ist eine wirkungsvolle Terrorismusbekämpfung. Das US-Finanzministerium plant, diesen Vorschlag zu publizieren und vor einer allfälligen Inkraftsetzung ab 2012 vorerst Kommentare der öffentlichen Meinung abzuwarten. Der Vorschlag ist eine sehr verspätete Folgewirkung des im Jahr 2004 verabschiedeten Gesetzes über Terrorismusprävention und die Reform der Nachrichtenbeschaffung. Während FinCEN die vorgeschlagene Massnahme begrüsst, bezeichnen Kritiker sie als einen beunruhigenden Trend der für die nationale Sicherheit verantwortlichen Regierungsstellen, den Zugriff auf persönliche Daten zu intensivieren, ohne den wirklichen Nutzen quantifizieren zu können.

Die amerikanische Steuerbehörde (IRS) gab am 9. Dezember bekannt, dass sie säumigen Steuerzahlern eine weitere Chance geben möchte und an einem zweiten Amnestieprogramm arbeitete. Commissioner Shulman betonte in der Ankündigung, dass die IRS weiterhin ihr Augenmerk auf ausländische Finanzinstitute richten werde, welche amerikanischen Kunden bei der Steuerhinterziehung behilflich gewesen seien. Die neue Amnestie, deren Ausarbeitung und Inkraftsetzung noch mehrere Monate dauern dürfte, soll für die Steuersünder nicht mehr so vorteilhaft sein wie die erste (im Oktober 2009 abgelaufen). Das Hauptaugenmerk soll diesmal mehr auf Finanzinstituten in Asien und im Mittleren Osten liegen.

US-Aussenpolitik / State Department

Am 30. Juni fand im State Department ein Treffen mit dem für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigen Under-Secretary Robert Hormats statt, um ihn über die liechtensteinischen Bestrebungen im Hinblick auf den Abschluss einer Vereinbarung (Offenlegungprogramm) zu informieren.

Das für Liechtenstein zuständige Referat im State Department wurde in regelmässigen Treffen über die Bemühungen und die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche informiert, die Steuerkooperation zu erweitern.

Die WikiLeaks-Enthüllungsaffäre verursachte in den USA (und weltweit) grosse Aufregung. Sie rückte u.a. die Frage der Internet-Sicherheit und damit verbundener Regelwerke in den Vordergrund. Die veröffentlichten Papiere, Berichte usw. bedeuten für die US-Regierung nicht nur einen Gesichtsverlust, sie werden auch schwerwiegende Folgen für einige bilaterale Beziehungen haben sowie amerikanische Verhandlungspositionen schwächen, und sie stellen eine empfindliche Störung politischer Beziehungsgeflechte dar. Nach der Veröffentlichung von geheimen Militärdokumenten betreffend den Krieg in Afghanistan im Juli war es das zweite Mal im Berichtsjahr, dass WikiLeaks die US-Regierung in eine peinliche Situation brachte.

Die Liechtenstein betreffenden Passagen beziehen sich hauptsächlich auf Aussagen von in Liechtenstein akkreditierten US-Botschaftern und Botschafterinnen. Sie reichen von leicht herablassenden Beschreibungen bis zur Vorreiterrolle, die Liechtenstein nach Ansicht von US-Diplomaten im Vergleich zur Schweiz in Sachen Steuerkooperation eingenommen hat.

Kongress

Der nach 2009 zum zweiten Mal durchgeführte Besuch einer Gruppe von diesmal acht Mitarbeitern von US-Kongressabgeordneten in Liechtenstein fand vom 30. Mai-1. Juni statt. Der mit Hilfe der Stiftung Image Liechtenstein ausgezeichnet organisierte Besuch bot den Gästen Gelegenheit, mit Vertretern von Regierung, Landtag, Wirtschaft und Finanzplatz zusammenzutreffen und in einer offenen Gesprächsatmosphäre Themen wie die Entwicklungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein, die Implementierung von FATCA, die EU-Aufsichtssysteme sowie die Steuerpolitik in den USA und in Liechtenstein zu diskutieren. Diese Kontakte auf Mitarbeiterebene sind für die Arbeit der Botschaft sehr nützlich.

Im Juli billigte der US-Kongress endgültig die grosse Finanzreform. Sie zielt darauf ab, das Risiko zu verringern, dass sich die jüngste Finanzkrise mit ihren verheerenden Folgen, darunter die Notwendigkeit staatlicher Hilfsprogramme, wiederholt. Das Reformgesetz ist seit 21. Juli in Kraft. Die Finanzreform sieht schärfere Regeln für Geldinstitute, mehr Macht für staatliche Kontrolleure und einen besseren Verbraucherschutz durch eine neue Behörde innerhalb der US-Notenbank vor. Unter dem Vorsitz des Finanzministers wird hinkünftig ein zehnköpfiger Regulierungsrat über mögliche Risiken für das Finanzsystem wachen. Die Regierung erhält neue Vollmachten, zusammenbrechende Finanzinstitutionen zu übernehmen. Die Regulierungsbehörden haben hinkünftig stärkere Befugnisse, grosse Finanzinstitute in kleinere Einheiten aufzuspalten, sollte eine Gefährdung des Finanzsystems drohen. Der risikoreiche Eigenhandel der Banken wird eingeschränkt. Geldinstitute mit staatlich versicherten Spareinlagen dürfen nur sehr beschränkt in Hedge- oder Private-Equity-Fonds investieren. Zudem wird der Umgang der Banken mit komplexen Finanzinstrumenten schärfer reguliert. Für den Handel mit riskanten Derivaten, z.B. aus dem Rohstoffbereich, muss ein Finanzinstitut hinkünftig mit eigenem Kapital ausgestattete Einheiten gründen. Ein Grossteil des Geschäfts muss in Zukunft über Börsen oder Clearing-Stellen laufen. Was die Löhne für Top-Manager börsenkotierter Firmen betrifft, so haben die Aktionäre hinkünftig ein Mitspracherecht, das allerdings nicht bindend ist.

Die Halbzeitwahlen im November bescherten der republikanischen Partei einen grossen Erfolg. Im Repräsentantenhaus erkämpften sie sich mit den erwarteteten etwas über 240 Sitzen einen historischen Sieg und eine eindeutige Mehrheit. Das ist ein Zugewinn von über 60 Mandaten. Weniger dramatisch präsentiert sich das Bild im Senat, wo die Präsidentenpartei zwar Sitze an die Republikaner verlor, aber eine einfache Mehrheit mit 53 Mandaten sichern konnte. Wesentlicher Faktor für die Niederlage der Demokraten war die schlechte Wirtschaftslage, da die USA trotz Stabilisierung der Wirtschaft mit einer anhaltend hohen Arbeitslosenquote zu kämpfen haben. Ein weiterer gewichtiger Punkt war zweifellos der fehlende Enthusiasmus unter den Wählern, die Präsident Obama vor zwei Jahren ins Weisse Haus gebracht hatten. Viele, insbesondere unabhängige Wähler verknüpften mit der Präsidentschaft Obamas Erwartungen und Hoffnungen, die der Präsident nicht erfüllen konnte, zumindest nicht in den ersten zwei Jahren. Bei jungen und schwarzen Wählern machte sich ebenfalls eine gewisse Gleichgültigkeit oder Desillusionierung breit.

Bei der «Tea Party», welche zum republikanischen Wahlerfolg beitrug, handelt es sich um ein neues Phänomen der politischen Landschaft in den USA. Sie begann Anfang 2009 als überwiegend weisse, rechtskonservative, libertäre Protestbewegung als Antwort auf das wirtschaftliche Stimulierungspaket der Regierung. Die Bewegung steht unter keiner klaren Führung, es gibt unterschiedliche Strömungen. Die Anhänger rekrutieren sich aus dem konservativen Mittelstand sowohl der republikanischen als auch der unabhängigen Wählerschaft. Die Tea Party ist geprägt von der Sorge, dass sich die USA unter Präsident Obama auf eine sozialdemokratische Gesellschaft analog europäischen Beispielen hinbewegen könnte und damit die Eigeninitiative zugunsten der Bedürfnisse der Gemeinschaft hintenangestellt würde. Die Wahl einiger Exponenten der Tea Party in den Kongress stellt die republikanische Partei vor die Herausforderung, ob und wie loyal sich diese Abgeordneten der republikanischen Basis gegenüber verhalten werden.

Dem «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus» gehören insgesamt 19 Kongressabgeordnete an. Die Botschaft bemüht sich laufend, diesen Kreis zu erweitern.

Honorarkonsulate

Die weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen den Honorarkonsuln und der Botschaft resultiert in einem einwandfreien Funktionieren der Konsulate und einer überdurchschnittlich aktiven Tätigkeit derselben. Die Konsuln Liechtensteins sind in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet sehr visibel, spielen innerhalb des konsularischen Corps eine aktive Rolle, informieren über Liechtenstein im Rahmen von Vorträgen, durch den Versand von einschlägigem Material sowie im gesellschaftlichen Leben. Es wurden Verbindungen der Hochschule Liechtenstein mit amerikanischen Universitäten hergestellt, mögliche kulturelle Ereignisse sind in Abklärung.

Am 24. März wurde in Portland im US-Bundesstaat Oregon das dritte liechtensteinische Honorarkonsulat

mit Mary Jean Thompson als Honorarkonsulin durch Aussenministerin Aurelia Frick eröffnet. Ein anschliessender Besuch in Los Angeles bot Gelegenheit, sich von den Leistungen des dortigen Honorarkonsuls Leodis Matthews ein Bild zu machen.

Der Besuch der Honorarkonsuln in Liechtenstein (15.-17. September) diente dazu, sie in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Finanzplatz, Kultur und Tourismus auf den neuesten Informationsstand zu bringen und ihr Beziehungsnetz in Liechtenstein zu erweitern. Dies wurde durch Treffen und Besprechnungen mit dem zuständigen Personenkreis bzw. die Einbindung dieses Personenkreises in die Mittag- und Abendessen bewerkstelligt. Die lebhafte Teilnahme der Honorarkonsuln am Programm bestätigt den Nutzen und die Notwendigkeit. Die Teilnahme am ersten Teil des LIECHTENSTEIN CONGRESS an der Hochschule erlaubte u.a. die Kontaktnahme mit Mitgliedern der Fakultät im Hinblick auf allfällige Studentenaustausche.

Am 9. Dezember wurde Paul Donahue von Regierungsrätin Aurelia Frick offiziell als vierter Honorarkonsul Liechtensteins in den USA eingesetzt. Sein Einzugsbereich konzentriert sich auf Chicago und die umliegenden Staaten des Mittleren Westens der USA.

Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

4. Febr.	gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» zur Lage in Afghanistan
23. Febr.	Besuch einer Gruppe von Studenten der International School of the Americas (San Antonio, Texas) in der Botschaft – Kurzvortrag der Botschafterin mit anschliessender Diskussion
24. Febr.	Vortrag der Botschafterin und Empfang in der Residenz für 40 Personen der Washington Intergovernmental Professional Group
4. März	Abendanlass in der Residenz zu Ehren der Ivoclar-Vivadent Delegation unter der Leitung von Dr. Volker Rheinberger sowie weiteren US-Konferenzteilnehmern aus Anlass der Jahrestagung der Amerikanischen Vereinigung für Dentalforschung
27. April	gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» über die Aussichten auf die Halbzeitwahlen im November
7. Mai	erstmalige Durchführung der Liechtenstein Lounge in der Residenz, eine Veranstaltung v.a. für Staffers & Medienschaffende, sich zum Wochenausklang informell und ungezwungen zu aktuellen Themen austauschen zu können
12.-14. Mai	Teilnahme der Botschafterin an einer vom State Department organisierten Reise des diplomatischen Corps nach Chicago: – Treffen mit dem konsularischen Corps – Besuch der Chicago Mercantile Exchange – Diskussion mit Vertretern von World Business Chicago und der Chicagoland Handelskammer – Besichtigung des Wrigley Global Innovation Center – Besuch des Illinois Institute of Technology – Besuch der University of Chicago
15. Mai	Teilnahme der Botschaft am vierten internationalen Kinderfestival, veranstaltet vom Meridian Center, mit über 1,400 Besuchern
26. Mai	Empfang in der Botschaft für den International Neighbors Club II mit Kurzvortrag der Botschafterin, im Beisein von Congressman Joe Crowley, Congressman Bart Gordon, Congressman Roy Blunt, Congressman Paul Hodes und Congressman Ed Royce
28. Mai	Entgegennahme durch die Botschafterin der «4 NOLA» – Auszeichnung in New Orleans in Anerkennung des liechtensteinischen Engagements für das St. Bernard Project (Wiederaufbau von Häusern für Katrina-Opfer, mit grosszügiger Werkzeugspende von HILTI AG)
23. Juni	Vortrag der Botschafterin vor 50 Studentinnen und Studenten im Rahmen der National Student Leadership Conference an der Amercian University Liechtenstein-Abend im University Club mit Vortrag der Botschafterin und anschliessendem Abendessen mit passenden liechtensteinischen Weinen
24. Juni	gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» über die globalen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise Präsentation von liechtensteinischen Weinen für Kongressmitarbeiter und Staffer des Congressional Wine Caucus
16. Juli	Zweite Liechtenstein Lounge in der Residenz
4. August	Teilnahme und Ansprache der Botschafterin anlässlich der Eröffnung der erweiterten Produktionsstätte von ThyssenKrupp Presta in Terre Haute, Indiana
30. Sept.	Teilnahme der Botschafterin an der feierlichen Eröffnung der Ausstellung «Cleopatra – The Search for the Last Queen of Egypt» im Beisein von Michael Hilti im Franklin Institute of Science in Philadelphia
14. Okt.	Traditionelles, 6. «Small Nations Poetry Reading» im Katzen Arts Center der American University. 10 teilnehmende Botschaften mit anschliessendem Empfang (der liech-

tensteinische Beitrag war ein Gedicht von Dr. Martin Risch)

20. Okt. Vortrag der Botschafterin vor 60 weiblichen Mitgliedern des Capital Speakers Club

27. Okt. Benefizveranstaltung in der Residenz zugunsten des St. Bernard Projects, das den Wiederaufbau von Häusern in New Orleans nach Hurrikan Katrina unterstützt

Nov. Mit Stefan Sprengers «Staub» verzeichnet die aktuelle Ausgabe des im Taschenbuchformat erscheinenden, sehr erfolgreichen Buchs «Best of European Fiction» zum zweiten Mal den Beitrag eines liechtensteinischen Autors

1. Nov. Benefizveranstaltung in der Residenz für die Sponsoren des Capital City Ball (Unterstützung von drei NGOs im Bereich der Bekämpfung von Menschenhandel)

11./12. Nov. Jubliäums-Kolloquium in Princeton aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Liechtenstein Institute on Self-Determination in Anwesenheit von S.D. Fürst Hans-Adam II von und zu Liechtenstein

15. Nov. Teilnahme der Botschafterin an einer Paneldiskussion zum Thema «Women Ambassadors in Diplomatic Leadership», veranstaltet von der University of the District of Columbia

18. Nov. gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» zu den Folgen der Halbzeitwahlen

Liechtensteinische Besuche in den USA

Der Besuch von Aussenministerin Aurelia Frick in Washington vom 22.–23. März beinhaltete Gespräche mit Congressmen und Senatoren, die in einigen deutlichen Aussagen der Wertschätzung für die in Liechtenstein in den vergangenen zwei Jahren durchgeführten Finanzplatzreformen resultierten. Besonders nützlich war eine Begegnung mit Senator Carl Levin, der anerkennend feststellte, dass viele Fortschritte in der Zusammenarbeit zu verzeichnen seien und dass dies Anerkennung verdiene. Die traditionell guten Beziehungen mit der Georgetown University konnten durch einen Vortrag von Frau Regierungsrätin Aurelia Frick vor Studenten der McDonough School of Business (Klasse von Prof. Michael Czinkota, der auch gelegentlich an der Hochschule Liechtenstein unterrichtet) vertieft werden. Beim anschliessenden Empfang konnte die Diskussion mit MBA-Studenten und Mitgliedern der Fakultät fortgesetzt werden. Ein Gespräch mit Supreme Court Justice Sonia Sotomayor bot Gelegenheit, das liechtensteinische Rechtssystem vorzustellen. In Portland traf die Regierungsrätin u.a. zu einem Höflichkeitsbesuch mit dem Bürgermeister der Stadt zusammen und hielt einen Vortrag vor dem International Women's Forum. Programmpunkte in Los Angeles beinhalteten u.a. eine Präsentation vor dem gesamten konsularischen Corps.

S.D. der Erbprinz hielt am 21. April an der Salve Regina University in Newport, Rhode Island, sowie am angegliederten Pell Center je einen Vortrag. Der anschliessende Aufenthalt in Washington beinhaltete die Teilnahme an der diesjährigen Bertelsmann-Konferenz, welche unter dem Titel «Opportunities in Crisis: Defining New Avenues of Growth» stand. Im Rahmen eines Frühstücks mit Vertretern von Politik, Wirtschaft und Think Tanks (darunter Congressman Jim McDermott) konnte S.D. der Erbprinz über die Herausforderungen für die liechtensteinische Wirtschaft sprechen und sich über aktuelle politische Themen informieren lassen.

Dr. Robert Wallner, Leiter der Staatsanwaltschaft, hielt sich am 8. November zu verschiedenen Gesprächen sowie einem Treffen mit Assistant Attorney General Lanny Breuer in Washington auf. Lanny Breuer hatte im Juni 2009 an der in Liechtenstein abgehaltenen Konferenz zur internationalen Zusammenarbeit bei der Einziehung von Vermögenswerten teilgenommen.

Der Besuch von Aussenministerin Aurelia Frick in Chicago vom 8.-10. Dezember umfasste neben der Eröffnung des Honorarkonsulats u.a. einen Besuch bei der Mercantile Exchange, die geführte Besichtigung des Chicago Art Institute (zweitgrösstes Kunstmuseum in den USA, nach dem Metropolitan Museum in New York), einen Vortrag vor rund 40 Geschäftsfrauen sowie eine Zusammenkunft mit Vertretern von Chicago World Business.

Rene Brülhart bzw. Dr. Katja Gey hielten sich im Berichtsjahr zwecks Diskussion einer Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich Steuerfragen mehrmals in Washington auf.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im Berichtsjahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene, statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein, die Imagepflege sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsbürger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Besonders hervorzuheben ist auch im Jahr 2010 die Konkretisierung der Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, die über die Botschaft in Wien erledigt wird.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Besuche auf Regierungsebene

Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich wurden, wie in den vergangenen Jahren, durch zahlreiche Treffen auf höchster Ebene sowohl in Liechtenstein als auch in Österreich gepflegt. Am 20. Januar besuchte Regierungsrat Hugo Quaderer das Bildungsinstitut St. Josef in Feldkirch, an welchem 65 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zur Schule gehen. Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am 13. Februar an der 38. Präsidentenkonferenz der Europäischen Anwaltsorganisationen teil, zudem fand ein Arbeitsgespräch mit Bundesjustizministerin Claudia Bandion-Ortner zum Thema Familienrecht statt. Anlässlich der «Afghanistan Implementation Conference» des Liechtenstein Institute of Self-Determination (LISD) reiste Regierungsrätin Aurelia vom 25. – 26. Februar nach Wien. Am 26. Februar traf sich Regierungsrat Hugo Quaderer mit Bundesbildungsministerin Claudia Schmied zu einem Arbeitsgespräch, bei welchem das Thema «neue Mittelschule» behandelt wurde. Am 12. März nahm Regierungsrat Quaderer an der Jubiläumskonferenz zur Bologna Deklaration in Wien teil. Am 29. April reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer für die Eröffnung der Liechtensteinischen Landesbank in Österreich sowie für bilaterale Kontakte nach Wien. Der österreichische Bundesgesundheitsminister, Alois Stöger, reiste am 31. Mai für ein Treffen mit Regierungsrätin Renate Müssner nach Vaduz. Neben der Unterzeichnung des bilateralen Abkommens zwischen Österreich und Liechtenstein betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein nahm Bundesminister Stöger am Studientag Zukunft Krankenhaus in Vaduz teil. Am 17. Juni hielt Regierungschef Klaus Tschütscher in Wien eine Festrede zum Thema Banken- und Finanzplatz Liechtenstein. Weiters fand ein Treffen mit Experten des österreichischen Bundeskanzleramts zu einem Informationsaustausch im Bereich E-Government statt. Am 18. Juni traf sich der Regierungschef mit Bundeskanzler Werner Faymann zu einem Arbeitsgespräch, das die Sanierung des Landeshaushaltes sowie die Totalrevision des liechtensteinischen Steuerrechts beinhaltete. Auf Einladung von Regierungsrätin Renate Müssner trafen sich am 21. und 22. Juni in Vaduz die Umweltminister aus Liechtenstein, Österreich, Deutschland und der Schweiz. Schwerpunkte des traditionellen Vierländertreffens waren die Klimapolitik, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Alpenkonvention. Auf Einladung der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLI) nahm Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer als Ehrengast am jährlichen Empfang der ÖLI in Bregenz anlässlich der Eröffnung der Bregenzer Festspiele teil. Am 26. August nahm Regierungschef Klaus Tschütscher am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Wien teil. Regierungsrätin Aurelia Frick lud am 29. August in Alpach zum traditionellen Mittagessen anlässlich der Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpach. Am 13. September nahm Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer am «1. Treffen der TourismusMinisterInnen im Alpenraum» in Innsbruck teil. Am 28. Oktober organisierte die Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein eine Veranstaltung zum Thema «Finanzplatz Liechtenstein», an welcher Regierungschef Klaus Tschütscher, der Präsident des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht, Michael Lauber, sowie der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Adolf Real, teilnahmen. Von 10. – 11. November nahm Regierungsrätin Renate Müssner auf Einladung des österreichischen Bundesministers Nikolaus Berlakovich in Wien an einem Gedankenaustausch zur Klimakonferenz von Ende November in Cancún teil. Am 29. November besuchte die ehemalige österreichische Bundesministerin und OSZE-Menschenhandelsbeauftragte Helga Konrad Regierungsrat Hugo Quaderer sowie Behörden- und NGO-Vetreter für einen Arbeitsbesuch betreffend Bekämpfung des Frauenhandels.

Besuche auf Beamtenebene

Der Chef der Steuerverwaltung sowie die Koordinatorin für internationale Finanzplatz- und Steuerverhandlungen trafen sich am 30. Juni zu einem allgemeinen Austausch zu Steuerfragen mit Vertretern des österreichischen Finanzministeriums. Am 2. und 3. September weilte Staatsanwalt Robert Wallner zur Eröffnungskonferenz der Anti-Korruptions-Akademie (IACA) in Wien, im Zuge welcher Liechtenstein das Übereinkommen zur Gründung der IACA mitunterzeichnete. Der Leiter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer, traf am 12. Oktober Generalsekretär Botschafter Johannes Kyrle in Wien zum traditionellen Politischen Dialog, an welchem unter anderem der Vertrag von Lissabon und eine mögliche Zusammenarbeit im Donauraum besprochen wurde. Am 21. und 22. Oktober besuchten Vertreter der Landesverwaltung sowie der Financial Intelligence Unit das Büro für Informationssicherheitskommission des Bundeskanzleramts in Wien. Staatsanwalt Robert Wallner sowie Mitarbeitende des Ressorts Justiz trafen sich am 27. Oktober in Wien mit Kolleginnen und Kollegen des Bundesministeriums für Justiz.

Kultur

In den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich ist die kulturelle Zusammenarbeit sehr eng. Während ihres Aufenthaltes in Wien für das Treffen mit Bundesjustizministerin Bandion-Ortner am 13. Februar traf Regierungsrätin Frick die liechtensteinische Künstlerin Beate Frommelt, die auf Einladung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur einen Atelieraufenthalt auf Schloss Laudon bei Wien absolvierte.

Anlässlich des 300-Jahr-Jubiläums der Manufaktur Meissen veranstaltete die Liechtensteinische Botschaft gemeinsam mit der Deutschen Botschaft eine Porzellanausstellung im Liechtenstein Museum in Wien. Die Eröffnung fand am 20. Mai statt. Am 18. Juni stattete die Kulturlandesrätin Vorarlbergs, Andrea Kaufmann, Regierungsrätin Aurelia Frick einen offiziellen Besuch ab, bei welchem regionale Kulturaustauschprojekte besprochen wurden. Am 9. September nahm Stabsstellenleiter Tom Büchel an der Auslandskulturtagung 2010 des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, die unter dem Titel «Der Donauraum als gemeinsame Kulturlandschaft» stand, teil.

Das Liechtenstein Museum in Wien veranstaltete im Mai 2010 die Sonderausstellung «Klassizismus und Biedermeier aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein und den staatlichen Sammlungen der Tschechischen Republik» in Prag, welche am 5. Mai von S.D. dem Fürsten von und zu Liechtenstein im Beisein von hochrangigen Vertretern der tschechischen Regierung eröffnet wurde. I.D. Fürstin Marie von und zu Liechtensten nahm an der Finnissage dieser Ausstellung am 14. Oktober teil.

Die Beziehungen Liechtenstein-Tschechien

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien wurden seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Herbst 2009 konsequent weitergeführt. 2010 konzentrierte sich die Zusammenarbeit insbesondere auf die Etablierung der Historikerkommission sowie auf die Weiterführung der Zusammenarbeit im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Am 7. April weilte der damalige tschechische Aussenminister, Jan Kohout, für einen Arbeitsbesuch bei Ausseministerin Aurelia Frick in Vaduz. Anlässlich seines Besuchs am 5. Mai in Prag stattete S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein dem tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus einen Höflichkeitsbesuch ab. Am 17. Mai fand im Zuge des Besuchs von Regierungsrätin Frick bei der EXPO in Shanghai ein weiteres Treffen mit dem tschechischen Aussenminister, der anlässlich des tschechischen Nationentages zur Weltausstellung angereist war, statt.

Historikerkommission

Die Etablierung der tschechisch-liechtensteinischen Historikerkommission konnte mit der Unterzeichnung der offiziellen Ernennungsschreiben anlässlich eines Treffens von Regierungsrätin Aurelia Frick mit dem tschechischen Aussenminister Karel Schwarzenberg in New York am 25. September formell besiegelt werden. S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein nahm vom 24. - 26. November als Ehrengast an der internationalen Konferenz zum Thema «Das Fürstenhaus Liechtenstein in der Geschichte der Länder der Böhmischen Krone" teil. Die Konferenz fand in Olmütz / Mähren unter der Teilnahme von über 40 Experten statt und wurde vom Historischen Verein Liechtenstein in der Tschechischen Republik zusammen mit der Universität Ostrau organisiert. Die konstituierende Sitzung der Historikerkommission fand am 16. Dezember im Liechtenstein Museum in Wien statt.

Wirtschaft

Die Tschechische Republik präsentierte sich bei der LIHGA 2010 als Gastland. So reiste zur Eröffnung am 4. September eine hochrangige Delegation aus Prag und Brünn nach Liechtenstein. Dieser Besuch wurde für Treffen und Gespräche auf Regierungsebene im Rahmen der LIHGA genutzt.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Nach Einschätzung der EU funktioniert die Zusammenarbeit mit den EWR/EFTA-Staaten reibungslos. In Schlussfolgerungen des EU-Rates von Ende Jahr wurde die Schnelligkeit, mit der Liechtenstein seine Rechtsvorschriften entsprechend der Entwicklung des EU-Rechtsbestandes regelmässig angepasst hat, explizit gewürdigt. Ein rascher Beitritt Liechtensteins zum Schengen-Raum wurde gewünscht und die Zusammenarbeit mit Liechtenstein in Steuersachen gelobt. Man möchte aber prüfen, ob mit Bezug auf die EWR/EFTA-Staaten ein umfassenderer Integrationsansatz vorzuziehen wäre, der alle Bereiche der Zusammenarbeit erfasst und horizontale Kohärenz der Regelungsmatieren gewährleistet. Es konnte in den EU-Institutionen ein erhöhtes Interesse an der Frage festgestellt werden, inwieweit sich Liechtenstein künftig stärker in die EU integrieren liesse. Vereinzelt scheint sich die Einsicht zu bilden, Liechtenstein sollte angesichts der beachtenswerten Integrationsbemühungen auch eine Integrationsperspektive angeboten werden, die über den heutigen EWR hinausgeht. Auch mit Bezug auf die anderen europäischen Kleinstaaten werden in der EU Überlegungen angestellt, wie diese Staaten rechtlich in die EU eingebunden werden könnten.

Das Abkommen über den Finanzmechanismus 2009-2014 wurde unterzeichnet und von Liechtenstein als erstem Land ratifiziert. Ab Anfang 2011 wird es mit Zustimmung aller Parteien provisorisch angewendet. Die politische Blockierung des Schengen-/Dublin-Beitrittsdossiers Liechtensteins im EU-Ministerrat konnte beseitigt werden. Mit Ausnahme des Abkommens mit Dänemark sind alle Annex-Abkommen zur Schengen-/Dublin-Assoziation Liechtensteins ausgehandelt und unterzeichnet worden.

Auf Mitte des Jahres übergab S.D. Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein nach 14 Jahren die Leitung der Mis-

sion und Botschaft in Brüssel an seinen Nachfolger, Kurt Jäger, der zuvor als von Liechtenstein benanntes Mitglied der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) tätig war. Die Nachfolge in der ESA wurde im Juli von Frau Sabine Monauni-Tömördy angetreten, die zuvor die Funktion als stellvertretende Leiterin der Stabsstelle EWR in Liechtenstein wahrgenommen hatte.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

EWR-Institutionen

Der EWR stand im ersten Halbjahr 2010 unter EU-Vorsitz, wobei Liechtenstein den Vorsitz der EFTA-Staaten innehatte. Bei den Beschlüssen des Gemeinsamen Ausschusses gab es in dieser Phase keine nennenswerten Probleme. In 2010 wurden insgesamt 139 Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses gefasst, womit 347 neue EU-Rechtsakte in den EWR übernommen wurden. Der EWR funktioniert nach allgemeinem Bekunden beider Seiten gut. Eine gewisse Herausforderung ist allerdings, die Spannungen zwischen dem seit seinem Inkrafttreten formell unveränderten EWR-Recht und dem sich ständig weiterentwickelnden EU-Primärrecht abzubauen. Dabei scheint die integrale Übernahme von EWR-Acquis in letzter Zeit für Liechtenstein ein weniger grosses Problem darzustellen als für die anderen EWR/EFTA-Staaten. Ganz allgemein war festzustellen, dass die Beziehungen zur EU durch deren Anwachsen auf 27 Mitgliedstaaten nicht einfacher geworden sind. Entsprechend der erhöhten Schwierigkeit, im EU-Innenverhältnis Kompromisse zu finden, sowie angesichts der angespannten finanzpolitischen Lage in den meisten EU-Mitgliedstaaten, zeigt die EU sich gegen aussen zunehmend weniger flexibel. Es überrascht daher nicht, dass in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs im Rahmen der Verhandlungen zur Übernahme neuer EU-Erlasse in den EWR Divergenzen zwischen der Kommission einerseits sowie Island und Norwegen andererseits auftraten. Als Beispiel sei die Übernahme von Strafbestimmungen im Rahmen von Richtlinien betreffend den Umweltschutz genannt. Seitens Norwegens und Islands wurde geltend gemacht, dies sei Bestandteil der früheren dritten Säule der EU (Justiz und Inneres) und Strafrechtsharmonisierung sei nicht Gegenstand des EWR. Demgegenüber hatte der EuGH bereits schon vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages gegenüber EU-Mitgliedstaaten, die dasselbe Argument vorgebracht hatten, klargestellt, dass Strafrechtmassnahmen zur Durchsetzung von Bestimmungen des Binnenmarktes zu übernehmen seien. Darüber hinaus kam es im Jahr 2010 auch zu Diskussionen darüber, inwieweit Ausnahmen vom EU-Acquis möglich sind, ohne das Ziel einer homogenen Übernahme und Anwendung dieses Rechts zu gefährden. So war die Kommission beispielsweise nicht bereit, eine Ausnahme bei grenzüberschreitender Fernsehwerbung zuzulassen, welche eine Einschränkung von Werbung für Alkohol und Spiel in einzelnen EWR/EFTA-Staaten ermöglicht hätte. Ein weiteres Problem für die beiden nordischen Partner Liechtensteins im EWR stellt die Einräumung einer Kompetenz an die EFTA-Aufsichtsbehörde zur Anordnung von Bussen beim Vollzug von Entscheidungen der Europäischen Luftfahrtsicherheitsagentur (EASA) dar.

Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat die Interessen des Landes an beiden jährlichen EWR-Ratssitzungen, und mehrere Regierungsräte nahmen an informellen Ministertreffen teil, die jeweils vom EU-Mitgliedstaat in der Funktion der EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden (in 2010 Spanien und Belgien). An der jährlichen Aussprache zwischen dem EU-Wirtschafts- und Finanzministerrat (ECOFIN) und den EFTA-Staaten wurde das Land in diesem Jahr durch Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer im Vorsitz auf der EFTA-Seite vertreten, da die Agenda diesmal nur wirtschafts- und konjukturpolitische Themen betraf.

Nach Einschätzung des EU-Ministerrates vom Dezember 2010 funktioniert die Zusammenarbeit mit EWR/EFTA-Staaten reibungslos. Der Rat begrüsste in seinen Schlussfolgerungen im Rahmen seiner jährlichen Beratung über die Beziehungen der EU zu den EFTA Staaten, dass die EWR/EFTA-Staaten den Rechtsbestand (Acquis communautaire) des EU-Binnenmarktrechts stets äusserst korrekt übernommen haben. Hervorgehoben wurde insbesondere auch die Schnelligkeit, mit der Liechtenstein seine Rechtsvorschriften entsprechend der Entwicklung des EU-Rechtsbestandes regelmässig angepasst hat. Erhofft wird ein rascher Beitritt Liechtensteins zum Schengen-Raum. Gelobt wird auch die Zusammenarbeit mit Liechtenstein in Steuersachen. Geprüft werden sollte aber, ob im Falle der EWR/EFTA-Staaten ein umfassenderer Ansatz, der alle Bereiche der Zusammenarbeit erfasst und horizontale Kohärenz sicherstellt, sinnvoller wäre. Ferner sollte etwaigen Entwicklungen hinsichtlich der Mitgliedschaft im EWR Rechnung getragen werden.

Das In-Kraft-Treten des Lissabon-Vertrags im Dezember 2009 hat Änderungen im institutionellen Aufbau und in der Komitologie mit sich gebracht, deren Auswirkungen noch nicht alle abschätzbar sind. Klar ist aber, dass die Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozess kräftig aufgewertet wurde, was intensivierte Beziehungen auch seitens der EWR/EFTA-Staaten mit dem EU-Parlament erforderlich macht.

EU-Beitrittsgesuch Islands

Das Beitrittsverfahren der EU mit Island wurde am 17. Juni 2010 eröffnet und am 27. Juli 2010 wurden mit Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus von Island Vorverhandlungen aufgenommen. In einer ersten Phase erfolgte eine Grobüberprüfung der isländischen Gesetzgebung durch die EU, die im November 2010 abgeschlossen wurde. Die Überprüfung der Vereinbarkeit der bestehenden isländischen Rechtsordnung mit

den EU-Vorschriften wird mindestens bis zum Sommer 2011 dauern, wobei kapitelweise vorgegangen wird. Es wird damit gerechnet, dass die Verhandlungen frühestens ab Mitte 2011 aufgenommen werden können. Island geht davon aus, dass der weitaus grösste Teil der Kapitel auf Grund der EWR-Mitgliedschaft bereits voll umgesetzt oder teilweise (z.B. Umweltschutz) umgesetzt sind. Viel Zeit werden die Verhandlungen zu den Kapiteln Landwirtschaft und Fischerei in Anspruch nehmen. Bei den Verhandlungen werden übrigens alle bestehenden Ausnahmen neu überprüft, die Island im Rahmen des EWR-Abkommens zugestanden wurden. Diese sind im Hinblick auf einen EU-Beitritt nicht als Besitzstand garantiert.

EWR-Finanzierungsmechanismus 2009/2014

Nachdem Liechtenstein das Übereinkommen zwischen der Europäischen Union, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Norwegen über einen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2009-2014 am 19. August 2010 unterzeichnet hatte, bewilligte der Landtag in seiner Sitzung vom September 2010 den entsprechenden Finanzbeschluss. Nach Ablauf der Referendumsfrist hinterlegte die Mission in Brüssel am 15. Dezember die liechtensteinische Ratifikationsurkunde und erklärte die Zustimmung Liechtensteins zur provisorischen Anwendung, bis das Abkommen förmlich in Kraft tritt. Das Abkommen wird ab Anfang 2011 mit Zustimmung aller Parteien provisorisch angewendet.

Steuerthemen mit der EU

Der Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens mit der EU erhielt im Berichtsjahr durch eine neue Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (siehe z.B. Fall C-540/07 Kommission gegen Italien und Fall C-72/09 Rimbaud) einen erhöhten Stellenwert. Die Rechtsprechung bestätigt, dass in der EU künftig die fehlende Integration der EWR/EFTA-Staaten in die steuerrechtlichen Bestimmungen der EU-Binnenmarktregulierung als ein Rechtfertigungsgrund für diskriminierende Beschränkungen bei der Ausübung der Kapitalverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit geltend gemacht werden kann. So sei eine umstrittene 3-prozentige Quellenbesteuerung auf den Grundbesitz einer ausländischen (hier liechtensteinischen) juristischen Person in Frankreich, die aber nicht für Personen in anderen EU-Mitgliedstaaten gilt, gerechtfertigt, solange der betreffende Drittstaat mit Frankreich kein Abkommen über die Amtshilfe oder mit einem ausdrücklichen Diskriminierungsverbot in Steuerangelegenheiten abgeschlossen hat.

Zwischen der Europäischen Kommission und Vertretern der liechtensteinischen Verwaltung fand ein allgemeiner Informationsaustausch über die Frage der Übernahme des EU-Verhaltenskodexe in Steuerangelegenheiten (Code of Conduct on Taxation) durch Liechtenstein statt, an der auch über andere hängige Steuerthemen bei der EU gesprochen wurde. Die liechtensteinische Delegation wurde durch die Mission in Brüssel unterstützt. Die Besprechungen hatten ausschliesslich exploratorischen Charakter. Zu den hängigen Dossiers des Betrugsabkommens und der Revision der EU-Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie konnten keine Fortschritte vermeldet werden, ausser dass angekündigt wurde, es würden in naher Zukunft Vorschläge der EU-Kommission zur Neuauflage der EU-Amtshilferichtlinie und Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie vorliegen, die zu einer Deblockierung der Verhandlungen über das Betrugsbekämpfungsabkommen zwischen der EU und Liechtenstein führen sollten.

Schengen- und Dublin-Assoziation

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon hatte zur Folge, dass das EU-interne Verfahren für die Genehmigung von internationalen Verträgen Änderungen unterworfen wurde. Da die liechtensteinischen Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages unterzeichnet wurden, aber erst danach ratifiziert werden, wurden sie Teil einer im EU-Ministerrat zu definierenden Übergangsregelung, deren Festlegung einiges an Zeit in Anspruch nahm. Kurzum, die Abkommen/Protokolle betreffend Liechtenstein mussten erneut ans Europäische Parlament überwiesen werden, welches im Jahr 2008 bereits einmal dazu Stellung genommen hatte, nun aber unter dem Regime von Lissabon den Abkommen formell zustimmen muss. Im Prozess zur Ratifikation der Assoziation Liechtensteins mit den Abkommen von Schengen und Dublin konnte im Laufe des Berichtsjahres ein neuer Elan verzeichnet werden, nachdem dieses Dossiers zuvor für längere Zeit blockiert war. Schweden zog schliesslich im September als letzter EU-Mitgliedstaat seinen Vorbehalt zurück. Die Behandlung der liechtensteinischen Assoziierungsprotokolle konnte aber nicht mehr vor Ende 2010 im europäischen Parlament durchgeführt werden. Nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens gehen die Protokolle zur definitiven Beschlussfassung (Ratifikation) zurück an den EU-Ministerrat, womit vor Mitte 2011 gerechnet wird und was einen Beitritt Liechtensteins vor Ende 2011 ermöglichen würde. Regierungsrat Hugo Quaderer nahm in Begleitung der Mission in Brüssel an mehreren Sitzungen des Rats der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten teil, zu denen Liechtenstein bereits wegen der bevorstehenden Assoziation mit Schengen und Dublin als Beobachter eingeladen wird.

Hinsichtlich der durch die Schengen-/Dublin-Assoziation bedingten weiteren Abkommen sind mit Ausnahme des Abkommens mit Dänemark zur gegenseitigen Anwendung der Schengenregeln alle Abkommen ausgehandelt und unterzeichnet. Das Abkommen Liechtensteins mit Island und Norwegen befand sich 2010

noch in der Ratifikationsphase und das Abkommen mit Dänemark stand Ende Jahr kurz vor der Unterzeichnung. Bei den unterzeichneten Abkommen handelt es sich um jenes zur Teilnahme Liechtensteins an der EU-Aussengrenzagentur FRONTEX, das Abkommen zur Beteiligung am EU-Aussengrenzfonds und das Abkommen mit der EU über den Austausch von klassifizierten Informationen, das bereits am 1. August 2010 in Kraft trat.

Als indirekte, vorgezogene Auswirkung der Schengen-/Dublin-Assoziierung der Schweiz und Liechtensteins wurde in 2010 die Visumspflicht für Kurzaufenthalte von Staatsangehörigen aus Mazedonien, Montenegro, Serbien, Albanien sowie Bosnien und Herzegowina aufgehoben. Somit können Staatangehörige dieser Staaten, welche im Besitz eines biometrischen Passes sind, ohne Visum in den Schengenraum (inkl. Liechtensteins) einreisen und sich dort für 90 Tage pro Halbjahr aufhalten.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Die wichtigsten Ereignisse in der Berichtsperiode waren die 120. Ministersession am 11. Mai in Strassburg, die von Generalsekretär Jagland eingeleitete Reform des Europarats, die Interlaken-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) am 18./19. Februar sowie die Folgearbeiten zu dieser Konferenz, insbesondere die Schaffung eines «Screening Panels» betreffend die Wahl der Richter beim EGMR.

Am 11. Mai ging der halbjährliche Vorsitz im Ministerkomitee von der Schweiz auf die «Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien» über. Diese Vorsitzländer bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich verstärkt für die Grundwerte des Europarats - Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - einzusetzen und die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voranzutreiben. Die Schweiz setzte sich insbesondere auch für eine Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und für eine erhöhte Transparenz und Effizienz des Europarats ein, während sich Mazedonien zudem für die Förderung der Integration in der multikulturellen Gesellschaft sowie für die Förderung der Beteiligung Jugendlicher einsetzte.

Am 10. November übernahm die Türkei den Vorsitz und hatte hierfür folgende Schwerpunkte festgelegt:
- *Reform des Europarats;*
- *Reform des EGMR;*
- *Stärkung der sog. Monitoring-Mechanismen des Europarats;*
- *Rascher Beitritt der EU zur EMRK.*

120. Ministersession am 11. Mai

Am 11. Mai fand unter dem Vorsitz der Schweiz in Strassburg die 120. Ministersession des Europarats statt. Liechtenstein wurde durch Aussenministerin Aurelia Frick vertreten. Diese Ministersession befasste sich vor allem mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz sowie mit der Rolle des Europarats im Bezug auf Bosnien und Herzegowina. Zu diesem Thema gab es eine gemeinsame Erklärung der ausscheidenden und des neuen Vorsitzenden. Weitere Themen der Session waren die Massnahmen des Europarats infolge des Georgien-Konflikts, die durch den neuen Generalsekretär eingeleiteten Reformen der Organisation sowie die Beziehungen zwischen dem Europarat und der EU.

Reform des Europarats

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 1. Oktober 2009 hatte Generalsekretär Thorbjørn Jagland die notwendigen Schritte für eine Reform der Organisation in die Wege geleitet. Im Januar 2010 erläuterte er dem Ministerkomitee erstmals seine Reformideen, welche auf einstimmige Zustimmung stiessen.

Der Generalsekretär will den Europarat als politisches Organ und als innovative und flexible Organisation stärken, um ihm mehr Visibilität zu verleihen und seine Bedeutung für die Bürger Europas zu erhöhen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit dem Personal und den Partnern der Organisation geschehen. Die Reform soll auf folgenden Säulen beruhen: bessere Verwaltung, Konzentration der Arbeit, Strukturreformen sowie Reform des EGMR. Manche Reformteile wurden sofort umgesetzt, während andere mehr Zeit benötigen.

Weitere Reformvorstellungen des Generalsekretärs wurden im Berichtszeitraum überprüft und werden weiterhin intensiv beraten, nachdem es ein Anliegen des Europarats sein muss, ein hohes Mass an Sicherheit und Stabilität in einem Europa ohne Trennungslinien zu gewährleisten und die politische Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten sowie mit der EU und der OSZE zu verstärken.

Liechtenstein hat seine Unterstützung für diese Reformbemühungen im Berichtsjahr wiederholt im Ministerkomitee und insbesondere im Rahmen der 120. Ministersession zum Ausdruck gebracht.

High-Level-Konferenz über die Zukunft des EGMR in Interlaken und Folgearbeiten

Auf Einladung des Schweizer Vorsitzes fand am 18.-19. Februar in Interlaken eine High-Level-Konferenz zur Zukunft des EGMR statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von Aussen- und Justizministerin Aurelia Frick geleitet.

Ziel der Konferenz war es, Reformen für den total überlasteten Gerichtshof einzuleiten. In der feierlichen

Schlusserklärung verpflichteten sich die Staaten, die Reform nach Kräften voranzutreiben. Ein entsprechender Aktionsplan wurde angenommen.

Folgende Punkte bezüglich der Resultate der Konferenz sind zu betonen:

- Die Hauptverantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte tragen die Staaten, Sie müssen dafür mehr als bisher tun. Der Gerichtshof hat nur eine subsidiäre Rolle.
- Viele der vom Gerichtshof behandelten Fälle zeigen immer wiederkehrende Probleme auf. Der Gerichtshof muss solche systemimmanenten Schwierigkeiten in Modellurteilen aufzeigen und die Staaten auffordern, diese Probleme zu beseitigen, sowie seinerseits bei künftigen ähnlichen Fällen auf sein früheres Modellurteil verweisen.
- Der Gerichtshof muss auf eine klare und einheitliche Rechtsprechung achten.
- Das Verfahren zur Änderung organisatorischer Bestimmungen der Konvention sollte vereinfacht werden.
- Das Recht auf Individualbeschwerde muss unbedingt aufrechterhalten bleiben, aber der Gerichtshof sollte sich auf besonders wichtige Fälle konzentrieren.
- Es soll ein Filtersystem eingeführt werden, um die Flut der einlaufenden (unzulässigen) Beschwerden effizienter bearbeiten zu können.
- Die Zulässigkeitskriterien müssen vom Gerichtshof strenger gehandhabt werden.
- Die Bevölkerung muss über die Konvention und die Zulassungskriterien besser informiert werden.

Bis Ende 2011 sollen die Staaten über die getroffenen Massnahmen zur Umsetzung der Interlaken-Erklärung und des Aktionsplans berichten.

Eine Folgekonferenz wird auf Ministerebene unter türkischem Vorsitz am 26.-27. April 2011 in Izmir stattfinden. Im Vordergrund werden dabei die Prüfung von Reformvorschlägen, die keine Abänderung der EMRK erfordern, sowie die vorläufige Besprechung von Vorschlägen, für welche eine Änderung der Konvention nötig wäre, stehen.

Mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz ist derzeit auf Expertenebene vor allem das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) sowie die zu diesem Thema geschaffene Arbeitsgruppe (GT-SUIVI.Interlaken) beschäftigt. Liechtenstein engagiert sich in beiden Gremien für das Vorantreiben der Reformbemühungen.

Eine erste sichtbare Massnahme, welche auf der Grundlage des Aktionsplans von Interlaken vom Ministerkomitee mittlerweile umgesetzt wurde, ist die Schaffung eines «Screening Panels» betreffend die Wahl der Richter am EGMR. Des Weiteren berät das Ministerkomitee über eine Anpassung seiner Arbeitsmethoden zur Überprüfung der Umsetzung der Urteile des EGMR. Dieses Panel besteht aus sieben Mitgliedern.

Bevor ein Staat, für den ein Richter zu finden ist, bei der Parlamentarischen Versammlung wie üblich einen Dreier-Vorschlag einreicht, hat der betreffende Staat künftig dem Panel die Namen und Lebensläufe der möglichen Kandidaten zu übermitteln, die dann von diesem auf ihre Eignung überprüft werden.

Inkrafttreten von Protokoll Nr. 14 zur EMRK

Nach der Ratifizierung durch Russland trat das Protokoll Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) am 1. Juni 2010 in Kraft. Es bindet damit auch Liechtenstein rechtlich. Es hat eine Steigerung der Effizienz des EGMR zum Ziel und beinhaltet unter anderem folgende Massnahmen:

- eine Stärkung des Filtersystems, um offensichtlich unzulässige Beschwerden auszusondern;
- die Festlegung eines neuen Zulässigkeitskriteriums für Rechtssachen, in denen der Beschwerdeführer keinen erheblichen Nachteil erlitten hat;
- die Einführung von Massnahmen zu einem effizienteren Umgang mit Beschwerden, zu denen es schon eine Rechtssprechung gibt (Wiederholungsfälle);
- eine Stärkung der Rolle des Ministerkomitees, auch mit Hinblick auf die Überwachung der Umsetzung der Urteile; sowie
- die Möglichkeit, dass die EU der EMRK beitritt.

Beitritt der EU zur EMRK

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und von Protokoll Nr. 14 zur EMRK, welche die Grundlage für den geplanten Beitritt der EU zur EMRK schufen, wurden die diesbezüglichen Diskussionen auf Expertenebene im Sommer 2010 lanciert. Zu diesem Zweck wurde eine informelle Gruppe bestehend aus Vertretern des Direktionskomitees für Menschenrechte (CDDH) des Europarats und der Europäischen Kommission geschaffen, in deren Rahmen bis Juni 2011 ein Rechtsinstrument ausgearbeitet werden soll, welches als vertragliche Basis für den Beitritt der EU zur Konvention dienen kann.

Liechtenstein begleitet diesen für den Europarat wichtigen Prozess vor allem durch die Beteiligung an den Arbeiten des CDDH und wird sich auch im Ministerkomitee entsprechend einbringen.

High-Level-Konferenz zum Thema Roma

Am 20. Oktober fand in Strassburg eine High-Level-Konferenz des Europarats zum Thema Roma statt. Die Konferenz wurde in Folge der aktuellen Entwicklungen in Europa (insbesondere in Frankreich) auf Initiative des Generalsekretärs des Europarats einberufen. Sie ist im Zusammenhang mit der von Generalsekretär Jagland eingeleiteten Reform des Europarats zu sehen. Die Reform soll dazu beitragen dass der Europarat in der aktuellen politischen Diskussion über Fragen, welche in seine Kernbereiche fallen, wieder eine aktivere und einflussreichere Rolle spielen kann. Neben Vertretern der

47 Mitgliedsstaaten des Europarates nahmen auch hochrangige Vertreter der EU (Kommissarin Reding) und Vertreter der Roma-Gemeinschaft an der Konferenz teil.

Nach langwierigen Verhandlungen gelang es den Mitgliedsstaaten, sich auf eine gemeinsame gesamteuropäische Antwort zu einigen, um den Bedürfnissen der ca. 12 Millionen Roma in Europa Rechnung zu tragen. Die verabschiedete «Strassburger Erklärung» enthält Leitlinien und Prioritäten zu Themen wie Nichtdiskriminierung, Bürgerschaft, Frauen- und Kinderrechte, soziale Eingliederung, Selbstbestimmung und Zugang zur Justiz. Die Erklärung sieht ausserdem die Einrichtung eines neuen europäischen Trainingsprogramms für über 1000 Roma-Mediatoren vor, welche die Gemeinschaften in rechtlichen und administrativen Fragen beraten werden. Zudem hat der Europarat vor, im Jahr 2011 rund 100 Anwälte weiterzubilden, welche sich zusammen mit den Roma-Mediatoren für den Zugang zu Unterkünften, Gesundheitsfürsorge und Arbeit einsetzen und eine bessere Verbindung zwischen den Roma-Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft schaffen sollen.

Liechtenstein war an der Konferenz durch den Stellvertretenden Ständigen Vertreter beim Europarat, Dominik Marxer, vertreten.

20-Jahrfeier des Nord-Süd-Zentrums

Anlässlich der Feier zum 20jährigen Bestehen des Europäischen Zentrums für globale Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) am 17. und 18. Mai in Lissabon hielt der Exekutivrat des Zentrums am 17. Mai seine 43. Sitzung ab, an welcher der Ständige Vertreter teilnahm. Es wurde u. a. ein neues, «Think-Tank» genanntes Beratergremium vorgestellt, das sich Gedanken über die künftige Ausrichtung und die Schwerpunkte des Zentrums machen und geplante Arbeiten begutachten soll.

Höhepunkt der Feier zum 20-jährigen Bestehen des Zentrums war eine Podiumsdiskussion über «das 21. Jahrhundert als Jahrhundert weltweiter Abhängigkeit und Solidarität», an der auch der portugiesische Präsident und die Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats teilnahmen.

Eine Ausstellung aus Anlass des Jubiläums war 20 sog. Brückenbauern in der Menschheitsgeschichte gewidmet. Als solche wurde ferner Michael Gorbatschow und Frau Rula Dashti (Kuwait) mit dem Preis des Nord-Süd-Zentrums ausgezeichnet.

Am 3. November fand eine weitere Sitzung des Exekutivrats des Nord-Süd-Zentrums in Lissabon statt. Begrüsst wurde der Beitritt Aserbaidschans zum 1. August 2010 sowie die Rückkehr Maltas als Mitglied zum 1. Januar 2011. Gedankt wurde für den freiwilligen Beitrag Liechtensteins von rund 27'000 Euro für das Lissabon-Forum (siehe unten), das zusammen mit der EU-Kommission finanziert wird.

Die Arbeit des Zentrums konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die sog. «Global Education» (Erziehung zum Verständnis weltweiter Zusammenhänge und Solidarität), die diesem Anliegen entsprechende Jugendarbeit sowie auf den interkulturellen Dialog.

Lissabon-Forum

Der Ständige Vertreter nahm an diesem Forum am 4. und 5. November in Lissabon teil. Dieses vom Nord-Süd-Zentrum jeweils Anfang November veranstaltete Forum dient dem Dialog zwischen Europa und den anderen Kontinenten, vor allem dem Nahen Osten, den südlichen Mittelmeer-Anliegern und dem restlichen Afrika. Thema der diesjährigen Veranstaltung war die «Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit». Der Vorsitz lag bei Jorge Sampaio, dem UN-High Representative für die «Alliance of Civilisations», und Frau Deborah Bergamini, der Vorsitzenden des Exekutivrats des Zentrums.

Venedig-Kommission

Vom 15. bis 16. Oktober hielt die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) ihre 84. Plenarsitzung in Venedig ab. Neben der Behandlung von Entwürfen zu verschiedenen bulgarischen und georgischen Gesetzen, Gutachten für Verfassungsgerichte (u.a. für Bosnien-Herzegowina, Kirgisistan, Slowenien und Serbien) fand ein Meinungsaustausch mit südafrikanischen Abgeordneten zum Verfahren bei Verfassungsänderungen in Südafrika sowie mit dem türkischen Justizminister zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Verfassung und zur Rolle der Venedig-Kommission statt.

Zu den Sitzungen der Venedig-Kommission werden regelmässig Botschafter aus Strassburg eingeladen. Der Ständige Vertreter nahm die Einladung zu dieser Sitzung an und berichtete der Venedig-Kommission, dass sich die von ihr vor Jahren geäusserten Befürchtungen betreffend die Verfassung Liechtensteins nicht bestätigt haben. Sowohl der Ständige Vertreter als auch der liechtensteinische Vertreter in der Venedig-Kommission, Harry Gstöhl, erhielten in diesem Zusammenhang positive Rückmeldungen.

Forum für die Zukunft der Demokratie

Auf Einladung des armenischen Aussenministers fand das diesjährige Europaratsforum für die Zukunft der Demokratie in Europa am 19.-20. Oktober in Eriwan statt. Für Liechtenstein nahm der Ständige Vertreter teil. Das Thema des Forums war diesmal «Grundsätze und Herausforderungen der Demokratie in Europa – Aussichten bis 2020». Vertreter der Mitgliedsstaaten und ihrer Zivilgesellschaft sowie der Parlamentarischen Versammlung, des Kongresses der Gemeinden und Regionen, der Europaratskonferenz der internationalen Nichtregierungsorganisationen, der Venedig-Kommission sowie der EU diskutierten darüber, wie sich die Demokratie angesichts

des politischen und sozialen Wandels der letzten Jahre in den einzelnen Staaten im Alltag bewährt hat und wie die Demokratie künftig gestärkt werden könnte.

Sessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE)

Im Rahmen der 18. Plenarsession des Kongresses vom 17. bis 19. März fand eine aktuelle Debatte über die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gemeinden und Regionen statt. Weiters wurden auch die sog. «Monitoring-Berichte» über die kommunale/regionale Demokratie (Selbstverwaltung) in Island, Portugal und der Schweiz geprüft.

In der 19. Plenarsession des Kongresses vom 26. bis 28. Oktober verabschiedete der Kongress seine Prioritäten für die Jahre 2011-2012 sowie Vorschläge zur Änderung seiner Strukturen und Arbeitsmethoden. Dadurch sollen der Einfluss des Kongresses gestärkt und seine Massnahmen für die Bürger und Gebietskörperschaften Europas effektiver und relevanter werden.

Die Situation in Georgien

Am 5. November legte der Generalsekretär einen weiteren umfassenden Bericht über die Lage in Georgien für die Zeit von April bis September 2010 vor. Zwischen Russland und Georgien ist es zu keiner Entspannung gekommen. Die beiden von Russland als unabhängige Staaten anerkannten abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien betonen weiterhin mit russischer Unterstützung ihre Eigenständigkeit und geben eigene Pässe und Ausweise aus. Sie erlauben keinen freien Verkehr über die Verwaltungsgrenzen hinweg. Aussicht auf Rückkehr der Vertriebenen besteht nicht. Abchasien ist an internationaler Aufbauhilfe interessiert und lässt bestimmte internationale Kontakte zu, während Südossetien keine internationalen Stellen ins Land lässt. Die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen ist nach wie vor unzureichend, besonders in Bezug auf die Unterkunft. Der Menschenrechtskommissar des Europarats konnte die Schicksale einiger vermisster Personen klären und die Freilassung einiger verhafteter Personen erreichen. Alle Organe und Stellen des Europarats werden auch weiterhin in Georgien engagiert bleiben und die Entwicklung verfolgen.

Teilnahme an MK-Sitzungen und CEB-Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 120. Ministersession 34 Sitzungen des Ministerkomitees (MK) auf Botschafterebene einschliesslich der Sitzungen zu Menschenrechtsfragen (DH-Sitzungen) statt. Zudem gab es 86 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees. Der Ständige Vertreter nahm an verschiedenen dieser Sitzungen teil, soweit sie von besonderen Interesse für Liechtenstein waren. Er nahm ausserdem an drei Sitzungen des Aufsichtsrats und vier Sitzungen des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris und in Strassburg sowie an einer gemeinsamen Sitzung beider Organe in Rom/Italien teil.

Ebenso nahm der Ständige Vertreter an den vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung und an den zwei Plenarsessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) teil. Zu den inhaltlichen Aspekten der Sessionen der Parlamentarischen Versammlung wird auf den Bericht der Delegation beim Europarat verwiesen.

Diverses

Gruppe namhafter Persönlichkeiten

Auf Vorschlag von Generalsekretär Jagland und in Zusammenarbeit mit dem türkischen Vorsitz im Ministerkomitee wurde eine Gruppe namhafter Persönlichkeiten mit spezifischem Fachwissen unter dem Vorsitz von Joschka Fischer beauftragt, für die nächste Ministersession am 11. Mai 2011 in Istanbul einen Bericht über das «Zusammenleben im Europa des 21. Jahrhunderts» auszuarbeiten. Die Gruppe soll insbesondere Antworten auf aktuelle Bedrohungen durch Intoleranz und Diskriminierung in Europa finden.

Freiwillige Beiträge

Die Unterstützung von Projekten zur Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte im Berichtsjahr vier Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 170'000.

Die Regierung genehmigte Beiträge für das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 37'500), für vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/Transnistrien (CHF 37'500), für die Unterstützung der Volksabstimmung zur Änderung der Verfassung und der vorgezogenen Parlamentswahlen in Moldau (CHF 45'000) sowie für die Akademie für Kommunalverwaltung (School of Local Democracy) im westlichen Balkan (EUR 50'000).

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung engagierte sich aktiv in den bekannten prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen und die

Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) sowie die humanitäre Hilfe. Höhepunkt der Arbeit im Jahr 2010 war die Überprüfungskonferenz des ICC-Statuts in Kampala (Uganda) unter Vorsitz von Botschafter Wenaweser, insbesondere die historische Annahme der Statutsänderung zum Verbrechen der Aggression. Regierungschef Klaus Tschütscher nahm am UNO-Gipfeltreffen zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 teil. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung. Die Aussenministerin wurde von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags begleitet.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Das Thema Steuertransparenz nahm in der Entwicklungsdebatte und damit auch in zahlreichen UNO-Foren nach wie vor eine prominente Stellung ein, jedoch vorerst ohne konkrete, für Liechtenstein bedenkliche Ergebnisse. Das Thema der innovativen Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung (darunter Steuerkooperation) rückt stärker ins Zentrum und könnte 2011 von den G20 aufgenommen werden. Der neue Fokus der G20 auf Entwicklung am Gipfeltreffen in Seoul brachte für Liechtenstein relevante Bestimmungen zu Steuerkooperation, Korruptionsbekämpfung und der Rückführung illegaler Gelder. Ein erneuter Anlauf der Entwicklungsländer, den Expertenausschuss zu Fragen der internationalen Steuerkooperation in ein zwischenstaatliches Gremium umzuwandeln, konnte vorerst verhindert werden. Liechtenstein beteiligte sich weiter aktiv an Arbeiten der 3G («Global Governance Group»), die sich v.a. in finanzplatzrelevanten Bereichen um die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Prozesse der G20 einsetzt. Im Rahmen der umfassenden Überprüfung der Taliban/Al-Qaida-Sanktionenliste des Sicherheitsrates wurden die letzten verbliebenen liechtensteinischen Gesellschaften von der Liste gestrichen. Liechtenstein ist somit auf keiner SR-Sanktionenliste mehr explizit erwähnt. Der Ausschuss ist nach dem jüngsten Urteil des EuGH im Fall Kadi weiterhin unter Reformdruck, trotz der ambitionierten Tätigkeit der neu bestellten Ombudsperson.

Im Zweiten Ausschuss unterstützte Liechtenstein erfolgreich die Entwicklungsländer in ihrer Forderung, das Thema Korruption neu im Menschenrechtskontext und nicht wie bisher im Entwicklungskontext zu behandeln.

Menschenrechte

Dem Thema Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Rolle der Frau kam vor allem im Hinblick auf das Gipfeltreffen zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele in verschiedenen Foren besondere Bedeutung zu. Die Generalversammlung (GV) verabschiedete einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Botschafter Wenaweser sowie der marokkanische Botschafter wurden von den GV-Präsidenten Treki (64. Session) und Deiss (65. Session) mit der Leitung der New Yorker Überprüfung des Status des Menschenrechtsrates (MRR) betraut. Nach umfassenden Konsultationen im Frühherbst liess sich eine breite Tendenz der Mitgliedschaft zu einer konservativen Überprüfung des MRR ohne radikale Zielsetzungen feststellen. Es wurde eine enge Koordination zwischen Genf, welches die Arbeitsweise des MRR überprüft, und New York sowie ein Abschluss der Arbeiten bis spätestens Juli 2011 vereinbart. Die Überprüfung wird sich hauptsächlich mit dem Verhältnis des MRR zur GV befassen, insbesondere mit der Berichterstattungspraxis und den Finanzierungsmechanismen für MRR-Entscheidungen. Das kontroverse Thema der Mitgliedschaft im MRR (Qualität, Zusammensetzung, Grösse) wird ebenfalls in New York diskutiert werden.

Im Dritten Ausschuss stieg die Zustimmung zu den Länderresolutionen (Iran, Myanmar und Nordkorea) sowie zur Resolution zum Moratorium der Todesstrafe. Liechtenstein setzte sich bei der Resolution gegen Gewalt an Frauen mit Vorschlägen für ICC-Referenzen durch. Ein diplomatischer Kraftakt der USA zur Resolution über aussergerichtliche Hinrichtungen revidierte im GV-Plenum eine Abstimmung des Dritten Ausschusses und rettete so die letzte Referenz zum Thema sexuelle Orientierung in aktuellen GV-Resolutionen.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/Internationalen Strafgerichtshofes

Höhepunkt des ersten Halbjahres war die ICC-Revisionskonferenz in Kampala, die unter liechtensteinischem Vorsitz unerwartet einen historischen Kompromiss zum Verbrechen der Aggression schloss. Die Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) einigten sich auf eine Definition des Verbrechens der Aggression. Gleichzeitig wurde die aktive Strafverfolgung von Tätern grundsätzlich dem ICC anvertraut. Der historische Beschluss hat zur Folge, dass über 60 Jahre nach den Tribunalen von Nürnberg und Tokio die politisch Verantwortlichen für die schwersten Formen illegaler Gewaltanwendung zwischen Staaten nun mit strafrechtlicher Verfolgung auf internationaler Ebene rechnen müssen. Es wurde weithin anerkannt, dass der Kompromiss von Kampala ohne die liechtensteinische Verhandlungsleitung (seit 2003) nicht möglich gewesen wäre. Die letzte ICC-Vertragsstaatenversammlung im Dezember 2010 unter der Präsidentschaft von Botschafter Wenaweser beschloss u.a. das Budget des Gerichts für 2011 (reales Nullwachstum) sowie das Mandat für einen unabhängigen Aufsichtsmechanismus. Politisch stand die Kontroverse um den Haftbefehl gegen Sudans Präsidenten Al-Bashir weiter im Vordergrund, insbesondere dessen Reisen nach Tschad und Kenia.

Der Sicherheitsrat debattierte seine Rolle zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene. Die Bemühungen zur Stärkung des weiterhin kontroversen Konzepts der Schutzverantwortung (R2P) konzen-

trierten sich auf institutionelle Fragen. Keine Fortschritte gab es zum Entwurf einer umfassenden Terrorismuskonvention. Eine von Liechtenstein und Mexiko koordinierte Resolution des Sechsten Ausschusses beschloss für 2012 die Abhaltung einer hochrangigen Tagung zur Rechtsstaatlichkeit.

UNO-Reform
Herausragendes Ereignis war die Schaffung einer neuen Einheit zur Förderung der Geschlechtergleichheit mit dem schwer zu übersetzenden Namen «UN Women», welche bestehende, über das gesamte UN-System verbreitete Einheiten und Programme vereint. Die Schaffung von «UN Women» hat das Potential, die Rolle der UNO in diesem Bereich effizienter und publikumswirksamer zu gestalten, nicht zuletzt durch die Bestellung der ehemaligen chilenischen Präsidentin Bachelet als Leiterin. Die Verhandlungen zur Sicherheitsratsreform wurden teils intensiv, jedoch ohne jeglichen inhaltlichen Fortschritt geführt. Liechtenstein stellte seinen Kompromissvorschlag zur «intermediate solution» im Detail vor, doch fehlt weiterhin die notwendige politische Dynamik zur Erweiterung des Sicherheitsrats. Liechtenstein setzte ausserdem sein Engagement im Rahmen der S-5 (Costa Rica, Jordanien, Schweiz, Singapur, Liechtenstein) zur Reform der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates fort; Schwerpunkt war die Interaktion mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates selbst.

Generalversammlung

Gipfeltreffen zu Millenniums-Entwicklungszielen
Das Gipfeltreffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) vom 20. bis 22. September diente der Bestandsaufnahme des Fortschritts beim Erreichen der acht MDGs, die im Jahr 2000 als Teil der Millenniums-Erklärung verabschiedet worden waren. Über 140 Staats- und Regierungschefs nahmen teil, darunter auch Regierungschef Klaus Tschütscher. Der Regierungschef betonte in seiner Rede, dass sich Liechtensteins ODA/BNE für 2010 auf ungefähr 0.6% belaufe und dass Liechtenstein zu seinem Versprechen von 0.7% ODA/BNE trotz temporärer Budgeteinschränkungen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise stehe.

Generaldebatte
Die Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung fand vom 23. bis 29. September statt. GV-Präsident Joseph Deiss stellte die Generaldebatte und zugleich seine gesamte Präsidentschaft unter das Motto «Bekräftigung der zentralen Rolle der UNO in globaler Gouvernanz». Liechtenstein wurde durch Regierungsrätin Aurelia Frick vertreten, welche von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags, bestehend aus den Abgeordneten Marlies Amman-Marxer, Albert Frick und Harry Quaderer, begleitet wurde. Weitere zentrale Themen waren die Entwicklung, der Klimawandel, die Lage im Nahen Osten, die nukleare Abrüstung, die Reform des Sicherheitsrates, die Biodiversität und kleine Inselentwicklungsländer.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Die diesjährige Hauptsession des ECOSOC diente vor allem dazu, den MDG-Gipfel mit strategischen Inputs zu unterstützen. Geberländer wurden unter anderem dazu angehalten, Fünfjahrespläne für ihre offizielle Entwicklungsunterstützung zu erstellen. Liechtenstein engagierte sich besonders im humanitären Bereich mit Vorstössen zu alternativen Existenzgrundlagen und zum sicheren Zugang zu Brennstoffen und alternativen Energien in humanitären Notsituationen. Ein Vorstoss der Entwicklungsländer, das ECOSOC-Expertengremium zu Steuerkooperation in ein zwischenstaatliches Gremium umzuwandeln, konnte vorerst abgewendet werden. Durch die Abtretung des liechtensteinischen ECOSOC-Sitzes per Ende Jahr an die Schweiz (gemäss Rotationsschema) endete die dreijährige Mitgliedschaft Liechtensteins im ECOSOC. Liechtenstein wird erst wieder im Jahr 2023 im ECOSOC Einsitz nehmen.

Sicherheitsrat

Ländersituationen
Der Sicherheitsrat befasste sich in der Hauptsache mit dem Kosovo, mit Afghanistan, Kirgistan, Iran, Nordkorea, der Demokratischen Republik Kongo, der Elfenbeinküste, Somalia, dem Sudan und dem Nahen Osten. Nachdem der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem Gutachten festgestellt hatte, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen völkerrechtliche Normen verstösst, stiegen die Spannungen zwischen der albanisch stämmigen Mehrheit und der serbisch stämmigen Minderheit im Kosovo. Der Kosovo wird gegenwärtig von 72 Ländern, darunter Liechtenstein, als unabhängiger Staat anerkannt.

Der Sicherheitsrat begrüsste den Dialog der afghanischen Regierung mit Aufständischen und verlängerte das Mandat für die Nato-Streitkräfte (ISAF). Derzeit befinden sich knapp 120.000 ISAF-Soldaten in Afghanistan. Der Rat verurteilte die ethnischen Unruhen im Süden von Kirgistan. Die Gewalt in dem zentralasiatischen Staat hat etwa 2000 Menschen das Leben gekostet. Mit Resolution 1929 verhängte der Sicherheitsrat neue Sanktionen gegen den Iran, welche weit hinter den Forderungen der USA zurückblieben, indem sie den Energiesektor auf Drängen Russlands und Chinas verschonen. Westliche Staaten warfen dem Iran indes illegalen Waffenschmuggel vor. Entsprechendes Kriegsmaterial war in mehreren Schiffscontainern gefunden worden. Der Sicherheitsrat verurteilte den Untergang des südkoreanischen Kriegsschiffes «Cheonan», ohne allerdings Nordkorea direkt die Schuld zuzuweisen. Er zeigte sich in der Folge uneinig über das Vorgehen zu den wachsenden Spannungen

zwischen Nord- und Südkorea, insbesondere nach dem Beschuss einer südkoreanischen Insel durch Nordkorea. Ein Expertenbericht konstatierte derweil, dass Nordkorea Raketengeschosse und Nukleartechnik nach Syrien, Iran und Myanmar transferierte. Der Bericht bestärkt US-Vermutungen, dass Nordkorea eine Quelle der nuklearen Proliferation geworden ist.

Der Sicherheitsrat verurteilte die neuerlichen Massenvergewaltigungen in der Demokratischen Republik Kongo und forderte die Regierung nachdrücklich zu raschen Massnahmen gegen die Urheber auf. Die bestehenden gezielten Sanktionen (Waffenembargo, Reiseverbot, Vermögenssperre) gegen Rebellenführer wurden verlängert. Angesichts des anhaltenden Machtkampfs um die Präsidentschaft in der Elfenbeinküste hat der Sicherheitsrat die dort stationierten Blauhelmtruppen aufgestockt. Trotz internationaler Marineaktionen nimmt die Piraterie vor der Küste Somalias gemäss einem Bericht des Gerneralsekretärs an Intensität zu. Der Sicherheitsrat ermächtigt betroffene Staaten und regionale Gruppen erneut, den Erfordernissen entsprechend auf See einzugreifen. In einer Debatte im Sicherheitsrat auf Ministerebene zur aktuellen Lage im Sudan bot US-Aussenministerin Clinton dem Sudan die Streichung von der Liste terrorismusunterstützender Staaten an, sollte sich Khartum im Falle einer Abspaltung des Südsudan an das Friedensabkommen von 2005 halten.

Der UNO-Gesandte im Libanon bezeichnete im Sicherheitsrat die momentane Lage als gefährlich und verwies auf das beträchtliche Waffenarsenal der Hisbollah, das eine Atmosphäre der Drohungen und Einschüchterungen im Libanon geschaffen habe und die Souveränität der Regierung gefährde. Fristgerecht reagierten sowohl Israel als auch die Palästinensische Autonomiebehörde auf den Aufruf der Generalversammlung, über ihre Anstrengungen zur Untersuchung der Vorwürfe des Goldstone-Berichts zu berichten. Eine prozedurale Folgeresolution zur Goldstone-Resolution erhielt breitere Unterstützung. Nach einer langwierigen Debatte konnte sich der Sicherheitsrat zu einer Verurteilung des israelischen Militäreinsatzes gegen den Schiffskonvoi vor der Küste von Gaza durchringen, nahm jedoch lediglich Kenntnis von der Erklärung des Generalsekretärs über die Notwendigkeit einer vollständigen Untersuchung der Angelegenheit.

Thematische Schwerpunkte

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ernannte die ehemalige EU-Kommissarin Margot Wallström zu seiner neuen Sondergesandten im Kampf gegen sexuelle Gewalt in Konflikten. An einem Ministertreffen anlässlich des zehnten Jahrestages der Verabschiedung von Resolution 1325 sprach sich Regierungsrätin Aurelia Frick für die vollständige Implementierung der Frauen-, Friedens- und Sicherheitsagenda des Sicherheitsrates aus. Sie stellte die von Liechtenstein initiierten Massnahmen vor, darunter die Finanzierung eines Handbuchs sowie monatlicher Handlungsempfehlungen an den Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat beauftragte das Sekretariat, die Umsetzung von Resolution 1325 mittels 26 Indikatoren zu überwachen. Mit Resolution 1960 im Dezember beauftragte der Sicherheitsrat das Sekretariat, in dessen regelmässigen Berichten jene Konfliktparteien aufzulisten, die sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten einsetzen. Ausserdem wurde ein Berichts- und Überwachungsmechanismus zu diesem Thema eingerichtet.

Liechtenstein beteiligte sich erneut aktiv bei den «Friends of Children in Armed Conflict» und zählt dort mit der Schweiz, Kanada und Norwegen zur Kerngruppe. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Auswirkungen des neu beschlossenen Berichterstattungsmechanismus des Sekretariats zum Thema sexuelle Gewalt auf den bereits existierenden Mechanismus im Bereich Kinder in bewaffneten Konflikten.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des im Jahr 2006 gegründeten Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus der Tätigkeit weiterhin bei den EFTA-Drittlandbeziehungen. Dabei geht es im Wesentlichen um den weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sowie um die Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen. Der Schwerpunkt der EFTA-Tätigkeit hat sich im Berichtsjahr weiter nach Asien verlagert. Die Berichtsperiode stand zudem auch im Zeichen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der EFTA (1960-2010).

Die Ständige Mission befasste sich im Rahmen der WTO weiterhin vor allem mit der laufenden Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde). Trotz Bemühungen auf allen Ebenen blieb in den Verhandlungen der Durchbruch mangels politischen Willens weiterhin aus.

In Bezug auf den Menschenrechtsrat konzentrierte sich das Engagement der Ständigen Mission insbesondere auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechts im Menschenrechtsbereich und die Überprüfung der bestehenden Standards durch die Sondermechanismen des Rates.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Der Schwerpunkt der EFTA-Tätigkeit in Genf liegt bei den Beziehungen zu Drittstaaten. Dabei geht es hauptsächlich darum, das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Abschluss weiterer Freihandelsabkommen auszubauen sowie die bereits be-

stehenden Freihandelsabkommen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich wiederum einige Erfolge erzielt werden. Am 1. Oktober trat das Freihandelsabkommen mit Serbien und am 1. November dasjenige mit Albanien in Kraft. Bei den bereits unterzeichneten (und von Liechtenstein bereits ratifizierten) Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Golfkooperationsstaaten (Golfkooperationsrat (Gulf Co-operation, Council, GCC) bestehend aus: Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabein, Vereinigte Arabische Emirate) und Kolumbien stehen die Ratifikationen in den Partnerstaaten noch aus, so dass diese beiden Abkommen erst 2011 in Kraft treten können. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 24. Juni 2010 in Reykjavik/Island konnten die EFTA-MinisterInnen je ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der Ukraine und Peru (Gegenzeichnung in Peru am 14. Juli 2010) unterzeichnen. Liechtensteins Unternehmen werden dadurch weitere Märkte eröffnet, in welche sie künftig zu bevorzugten Bedingungen exportieren können. Sämtliche neuen Freihandelsabkommen wurden von Liechtenstein durch Regierungsrätin Aurelia Frick unterzeichnet. Neu umfasst das EFTA-Netzwerk somit 22 Freihandelsabkommen mit insgesamt 31 Ländern. Damit ist es das weltweit grösste Freihandelsnetz.

Am Herbstministertreffen vom 23. November in Genf konnten zudem die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan offiziell lanciert werden. Diesbezüglich fanden im Berichtsjahr bereits diverse organisatorische Treffen sowie Treffen auf Experten- und Delegationsleiter-Ebene in Genf und Moskau statt. Gemäss Umfragen bei den liechtensteinischen Wirtschaftsvertretern kommt diesen Verhandlungen für die liechtensteinische Wirtschaft eine grosse Bedeutung zu.

Der Schwerpunkt der EFTA-Aktivitäten hat sich jedoch im Allgemeinen nach Asien verschoben. Im Berichtsjahr wurden die Verhandlungen mit Indien wieder intensiviert und mit Priorität vorangetrieben. Die fünfte Verhandlungsrunde fand im August in Delhi und die sechste im November in Genf statt. Im Januar wurden zudem die Verhandlungen mit Hongkong lanciert. Bis Ende Jahr fanden insgesamt vier Verhandlungsrunden und diverse Zwischenrunden statt. Die fünfte und hoffentlich letzte Verhandlungsrunde mit Hongkong soll Ende Februar 2011 stattfinden. Die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen («Comprehensive Economic Partnership Agreement») mit Indonesien wurden im Juli lanciert. Im Berichtsjahr fanden zwei organisatorische Treffen mit Indonesien statt. Die Verhandlungen werden im Februar 2011 aufgenommen. Mit Vietnam ist im Juni die Ausarbeitung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens vereinbart worden. Die neu geschaffene Gemeinsame Studiengruppe EFTA-Vietnam traf sich im Berichtsjahr zweimal. Der Abschluss der gemeinsamen Machbarkeitsstudie wird anlässlich des dritten Treffens im Januar 2011 erwartet. In diesem Zusammenhang kann auch die im Juli 2010 unterzeichnete Zusammenarbeitserklärung mit Malaysia erwähnt werden. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 23. November 2010 wurde beschlossen, mit den Philippinen die Möglichkeit engerer Handelsbeziehungen abzuklären. Die laufenden Verhandlungen mit Thailand sind aufgrund der politischen Lage in Thailand sistiert. Auch diejenigen mit Algerien konnten im Berichtsjahr nicht weitergeführt werden.

Im Weiteren haben die EFTA-MinisterInnen am Herbstministertreffen die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina und mit Montenegro beschlossen. Dies geschieht vor allem, um Ungleichbehandlungen für die EFTA-Wirtschaftsakteure gegenüber jenen aus der EU, wenn Letztere bereits von einem Freihandelsabkommen profitieren, zu verhindern. Auch die Möglichkeit engerer Handelsbeziehungen mit den zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, einschliesslich Panama), sollen abgeklärt werden. Mit Panama wurde im Berichtsjahr zudem eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet.

Ziel der Freihandelsabkommen ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten oder den USA, zu vermeiden.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt. Im Berichtsjahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit folgenden Freihandelspartnern statt: Korea, Kanada, Mongolei, Palästinensische Autonomiebehörde (alle in Genf) sowie mit Singapur (in Singapur), Mexiko (in Mexiko-City) und Marokko (in Rabat). Mit Mexiko und Singapur fanden zudem auch Treffen der DienstleistungsexpertInnen statt zwecks Diskussion der Weiterentwicklung dieses Bereichs im bestehenden Freihandelsabkommen. Im Zusammenhang mit Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse in den Partnerstaaten wird jeweils versucht, Seminare zu Themen des Freihandels zu organisieren. Im Berichtsjahr geschah dies u.a. in Mexiko und Marokko. Diese Seminare werden im Rahmen der technischen Hilfe der EFTA-Staaten organisiert und durchgeführt.

Es fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Unter isländischem Vorsitz am 23. Juni 2010 in Reykjavik sowie unter Schweizer Vorsitz am 23. November 2010 in Genf. Im Rahmen dieser Anlässe fanden verschiedene Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der EFTA (1960-2010) statt. Unter anderem führten Island und die Schweiz je ein Seminar mit Paneldiskussion mit der Teilnahme von hochrangigen Persönlichkeiten durch. Im Nachgang zu den beiden EFTA-Ministertreffen in Reykjavik und Genf fanden jeweils auch Treffen der EFTA-MinisterInnen mit dem EFTA-Parlamentarier- und dem EFTA-Konsultativkomitee statt. An den Sitzungen der EFTA-Parlamentari-

erInnen im Jahr 2010 war Liechtenstein in verschiedener Zusammensetzung durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer, Albert Frick und Helmuth Büchel (stv. Landtagsabgeordneter) vertreten. Josef Beck als Vertreter der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Sigi Langenbahn als Vertreter des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, bei welchem es sich um ein Forum der Sozialpartner handelt, teil.

Im Berichtsjahr konnte die Arbeitsgruppe «Handel und Umwelt sowie Arbeitsstandards» ihren Schlussbericht mit Empfehlungen an die EFTA-MinisterInnen übermitteln. Die Arbeitsgruppe, die sich um die Weiterentwicklung einer gemeinsamen EFTA-Verhandlungsplattform bemüht, traf sich im Berichtsjahr einmal.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen (monatlichen) Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Ständigen Mission nahmen jeweils auch an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees teil. Allgemein fanden im Berichtsjahr zahlreiche Expertentreffen statt (v.a. im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungsrunden). Die EFTA-interne Koordinierung der Positionen für Verhandlungen mit Drittländern, vor allem in Bereichen wie Investitionen und Geistiges Eigentum, aber auch Steueraspekte bei Freihandelsabkommen, erwiesen sich wiederum als sehr zeitintensiv.

Welthandelsorganisation (WTO)

Neben der Wahrnehmung der institutionalisierten Sitzungen, wie der WTO-Rat, standen nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde im Mittelpunkt der Tätigkeit der Ständigen Mission. Die Verhandlungen, welche 2001 in Doha lanciert wurden, haben sich vor allem aufgrund der Nord-Süd-Konfrontation in den Agrar- und Güterverhandlungen erfolglos über Jahre hingezogen. Im Berichtsjahr wurde auf technischer Ebene und auf Ebene Verhandlungsleiter zwar weiter verhandelt, aufgrund des fehlenden politischen Willens jedoch kein Verhandlungsdurchbruch erzielt. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Zentrale Inhalte der laufenden Welthandelsrunde sind die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – u.a. zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten - der Gruppe der 10 (G10-Staaten), bestehend aus: Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel (Bulgarien ist per 1.1.2007 der EU beigetreten) an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt.

Gegen Ende des Berichtsjahres haben die Verhandlungen aufgrund der ausdrücklichen Unterstützung der G20 eine neue Dynamik erfahren. Diese zentralen politischen Entscheidungsträger und der WTO-Generaldirektor sehen eine reelle Möglichkeit für den Abschluss. Ziemlich einhellig wird 2011 aber als Jahr der letzten Chance bezeichnet. Die Verhandlungen sollen demnach 2011 abgeschlossen und das Abkommen im Dezember 2011 unterzeichnet werden. Entsprechend hoch und ambitiös ist der angesetzte Verhandlungsrhythmus. Obwohl für einen erfolgreichen Abschluss die wesentlichen Handelsnationen ihre Konzessionen nochmals nachbessern müssen, ist der Abschluss der Doha-Runde letztlich im Interesse aller WTO-Mitgliedstaaten. Es würden die Rechtssicherheit, die Glaubwürdigkeit des multilateralen Handelssystems und ein Welthandel gefördert, der auch den ärmsten Ländern zugute käme. Liechtenstein versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Abschluss beizutragen.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Der Menschenrechtsbereich und insbesondere die Arbeiten des UNO-Menschenrechtsrates standen im Zentrum der Aktivitäten der Ständigen Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf. Der Menschenrechtsrat trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen, zwei Sondersessionen (über die Lage in Haïti bzw. der Elfenbeinküste) und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Von den Arbeitsgruppen des Rates waren jene über dessen Reform sowie jene über die Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention der UNO von besonderem Interesse. Die Mission beteiligte sich an diesen Arbeiten und brachte diverse liechtensteinische Positionen ein. Neben der Aushandlung neuer internationaler Standards bildete die Stärkung der Sondermechanismen des Rates zur Überwachung der Standards einen Schwerpunkt des liechtensteinischen Engagements. Dazu gehörte die Schaffung des Mandats für einen Sonderberichterstatter über die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und für eine Gruppe von Sachverständigen betreffend die Diskriminierung von Frauen in Gesetz und Rechtspraxis. An den entsprechenden Verhandlungen war Liechtenstein aktiv beteiligt. Zur Vorbereitung der formellen Sitzungen des Rates nahm die Mission an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe (WEOG besteht aus den westeuropäischen EU-Mitgliedern, den JUSCANZ-Staaten (mit Ausnahme Südkoreas) und der Türkei) und der JUSCANZ-Staaten (JUSCANZ-Staaten sind Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, Schweiz, Liechtenstein, Südkorea, Andorra, San Marino und Israel) teil.

2010 hatte Liechtenstein über die Umsetzung seiner Verpflichtungen unter dem Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention betreffend Kinder und bewaffnete Kon-

flikte sowie unter der UNO-Konvention gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vor den entsprechenden Expertengremien der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten. Die Ständige Mission vertrat Liechtenstein bei der Präsentation des Berichts zum ersten Thema und nahm an der Präsentation zum zweiten Thema aktiv teil.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr ausserdem am dritten Treffen der Vertragsstaaten des Zusatzprotokolls zur erwähnten Anti-Folter-Konvention und nahm aus humanitärer Perspektive an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich teil. Dazu zählten die Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW), die 12. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie die 4. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände).

Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen im Zusammenhang mit der UNO.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen. Zu den regelmässigen Pflichtterminen gehörten die jährlichen Sitzungen der Suchtstoffkommission und der Verbrechensverhütungskommission der UNO sowie die Generalkonferenz der IAEA. Zudem nahm die Ständige Vertretung jeweils an den Informationssitzungen bezüglich UNO-Angelegenheiten der EU-Präsidentschaft für EWR und andere Assoziierungs- und Partnerstaaten teil.

Am 9. Juli wurde Yuri Fedotov (Russland) von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zum neuen Generaldirektor des UNO Büros in Wien (UNOV) ernannt. Damit tritt er die Nachfolge von Antonio Maria Costa als Exekutivdirektor des UNODC an.

Konferenzen

Suchtstoffkommission
Vom 8.-12. März fand das 53. Treffen der Suchtstoffkommission statt, welches die Implementierung des Drogenabkommens, die Reduktion der Drogennachfrage sowie den illegalen Drogenhandel zum Thema hatte. Die Vertretung Liechtensteins wurde vom Amt für Soziale Dienste wahrgenommen.

Kongress zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
Im Bereich der Verbrechensverhütung fand vom 12. –19. April der 12. Kongress zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege in Salvador, Brasilien, sowie vom 17. – 21. Mai das Treffen der Kommission zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege in Wien statt. Bei beiden Treffen wurde Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Internationale Atomenergiebehörde
Vom 20.-24. September fand in Wien die 54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) statt. Neben der alljährlichen Bewilligung des Jahresberichts sowie des Budgets der Organisation standen wie schon im Vorjahr die politische Resolution zu den israelischen nuklearen Fähigkeiten und der damit zusammenhängende Konflikt zwischen den westlichen und den arabischen Staaten im Mittelpunkt. Im Rahmen der Generalkonferenz wurde Liechtenstein gemäss Rotationsschema innerhalb der westeuropäischen Gruppe zusammen mit Luxemburg und Frankreich (Vize-Vorsitz) als Mitglied des Präsidialausschusses gewählt. I.D. Botschafterin Kothbauer nahm an den zwei Treffen des Ausschusses, zu dessen Aufgabe die Genehmigung der Tagesordnung sowie die Überprüfung der Vollmachten der Delegationen zählen, teil. Die Abdeckung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten.

Übereinkommen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität
Vom 18. - 22. Oktober fand in Wien die 5. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Palermo-Konvention) statt. Die Konferenz hat gezeigt, dass zehn Jahre nach der Verabschiedung der Palermo-Konvention und der drei Zusatzprotokolle, die Schwierigkeiten und Mängel bei der Umsetzung nach wie vor ein Hauptthema sind. Liechtenstein war durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Internationale Anti-Korruptionsakademie
Anlässlich der Aufnahme des Lehrbetriebs der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) im Herbst 2010 fand am 2. und 3. September eine Gründerkonferenz in Wien statt. Die in Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und dem UNODC und mit der Unterstützung des Europäischen Anti-Betrugsbüros gegründete Anti-Korruptionsakademie basiert ihre Lehre grossteils

auf den im UNO-Antikorruptionsabkommen (UNCAC) verankerten Grundsätzen und hat ihren Sitz in Laxenburg bei Wien. Liechtenstein hat das internationale Abkommen über die Gründung der Akademie während dieser Konferenz mit 34 anderen Staaten als Gründungsmitglied unterzeichnet.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

2010 war die Arbeit der bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien von Vorbereitungen des hochrangigen Gipfeltreffens im Dezember in Astana, Kasachstan, geprägt. Ansonsten nahm die Ständige Vertretung wie in den Vorjahren aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, Fragen der europäischen Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. In diesen Themenbereichen engagierte sich Liechtenstein auch finanziell mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen 55 Teilnehmerstaaten bei der OSZE weiterzuentwickeln. Besonders eng war die Zusammenarbeit in der so genannten Gruppe der Like Minded Countries (Island, Kanada, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem OSZE-Vorsitz, Kasachstan.

OSZE-GIPFELTREFFEN IN ASTANA

Elf Jahre nach dem letzen derartigen Treffen fand am 1. und 2. Dezember in Astana das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 56 OSZE-Staaten statt. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten in der Gedenkerklärung von Astana die bereits bestehenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Insbesondere die starke Sprache in Bezug auf Verpflichtungen der Menschlichen Dimension ist als positiv zu werten. Liechtenstein war durch Regierungschef Klaus Tschütscher auf höchster Ebene vertreten, welcher das Gipfeltreffen auch für einen Austausch mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen nutzen konnte.

OSZE Überprüfungskonferenz 2010 in Warschau, Wien und Astana

Im Vorfeld des OSZE-Gipfeltreffens wurde eine Konferenz zur Überprüfung der Tätigkeiten der OSZE in allen drei Dimension abgehalten. Die Überprüfungskonferenz gliederte sich in drei Teile: Vom 30. September bis 8. Oktober fanden in Warschau Sitzungen zur Menschlichen Dimension statt. Vom 18.-26. Oktober wurden in Wien die politisch-militärische und die wirtschaftlich-ökologische Dimension sowie die bestehenden OSZE-Strukturen behandelt. Beim dritten Teil der Konferenz vom 26.-28. November in Astana, der unmittelbar vor dem OSZE-Gipfeltreffen stattfand, wurde die Überprüfung der Menschlichen Dimension fortgesetzt. Liechtenstein war bei allen drei Teilen der Überprüfungskonferenz vertreten.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum

Der Umfang der freiwilligen Beiträge Liechtensteins bewegt sich im Rahmen des Vorjahres. Es wurden CHF 120'000 für OSZE-Projekte generell und CHF 120'000 für Projekte des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) aufgewendet. Es wurde erneut darauf Wert gelegt, dass die Unterstützung von Projekten der OSZE in allen drei Dimensionen (politisch/militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension, menschliche Dimension) erfolgte.

STIFTUNG

Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)

Präsident: Josef Biedermann, lic.oec. Karlheinz Ospelt, ab 1.7.2010
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner, Ing. FH Peter Ritter, ab 1.11.2010

Im Jahr 2010 konnte der LED 67 Projektanträge in Lateinamerika, Afrika, Osteuropa und Asien genehmigen. Vier Projektevaluationen wurden durchgeführt, die den positiven Verlauf der Projekte belegen. Die Anzahl Kleinprojekte belief sich auf 23. Insgesamt leisteten 13 Fachleute 118 Einsatzmonate in den Projekten.

Der Stiftungsrat hat sich an der Klausursitzung vom 24. September mit den Konsequenzen der Sparvorgaben der liechtensteinischen Regierung auseinander gesetzt und ein Massnahmenpaket beschlossen, das die vorgesehenen Reduktionen auszugleichen und die negativen Auswirkungen für die Projektarbeit und die Mitarbeiter abzuschwächen versucht.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat

Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Amtsdauer	Funktion & Bestellungsorgan
lic. oec. Karlheinz Ospelt, Vaduz,	Präsident ab 1. Juli 2010 Juli 2009	Regierung Vizepräsident / Stiftungsrat seit
Dipl.phil.nat. Josef Biedermann, Planken,	Vizepräsident ab 1. Juli 2010 Oktober 2007	Regierung Präsident / Stiftungsrat seit
Dipl.phil.nat. Andreas Gstöhl, Triesen	Stiftungsrat seit Juni 2005	Regierung
Dr. med. Manfred Oehry, Ruggell	Stiftungsrat seit Juni 2005	Regierung
Luzia Walch, Planken	Stiftungsrätin seit Juli 2009	Regierung
Mag. pharm. Brigitte Batliner, Eschen	Stiftungsrätin seit April 1996	Verein Welt und Heimat
Helen Konzett-Bargetze, Triesen	Stiftungsrätin seit Februar 2008	Verein Welt und Heimat
Dr. jur. Marianne Marxer, Vaduz	Stiftungsrätin seit Mai 1987	Liechtensteinisches Rotes Kreuz
Ernst Vedana, Schaan	Stiftungsrat seit Juni 2005	Liecht. Industrie und Handelskammer

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen und einer Klausurtagung, deren Beschlüsse protokolliert sind. Eine Kommission des Stiftungsrates zur Prüfung von Bewerbern traf zu drei Sitzungen zusammen. Das Leitungsteam, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, traf sich für elf Sitzungen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeiter/-innen besetzt:

- Dr. phil. Rudolf Batliner, Geschäftsführer (bis 31. Oktober 2010 mit 70%)
- Ing. FH Peter Ritter, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2010 mit 100%)
- Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
- Dipl. geogr. Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit
- Lic. phil. Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien, MicroFinance Initiative Liechtenstein und EDV
- Lic. phil. Stefan Biedermann, Sachbearbeiter Lateinamerika, Redaktion Blickwechsel und Bildungsarbeit mit den Schulen

Zur Struktur des LED gehören auch die drei Aussenstellen in Harare, Cochabamba und Chisinau.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/-innen im Ausland beliefen sich auf CHF 777'404.95. Folgende 13 Fachleute waren insgesamt 118 Monate im Einsatz:

Markus Sprenger, Architekt, 1.10.2008 – 31.1.2010 Costa Rica, ICER, Planung und Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes

- Heinz Meyerhans, Gymnasiallehrer, 1.8.2009 – 30.3.2010, Tansania, Mathematiklehrer am Lehrerseminar MWUCE.
- Mara Hasler, Primarlehrerin, 1.8.2009 – 31.7.2010, Panama, Pädagogische Beraterin an der Radioschule von Panama.
- Peter Ritter, Maschinenbauingenieur, 1.5.2006 – 30.9.2010, Tansania, Wasser für die 3. Welt, Berater für die Förderung von angepassten Bewässerungstechnologien.
- Nicole Bolomey, Landschaftsarchitektin, 1.3.2006 – 31.10.2010, Indien, Regionalbüro UNESCO, Beratung beim Schutz von historisch wertvollen Naturdenkmälern.
- Sarafina Ritter, Kaufm. Angestellte, 1.10.2006 – 30.4.2011, Tansania, WEETU, Beraterin für Organisation und Administration.

Phuong Pham Chi, Projektleiterin, 1.9.2007 – 30.6.2011, Berufsbildungsprojekt Moldau und Repräsentantin des LED.

- Edith Müller, Lehrerbildnerin, 1.10.2008 – 31.10.2011, Tansania, Lehrerin für ICT und e-learning am Lehrerseminar MWUCE.
- Dr. Karl Fleischmann, Gymnasiallehrer, 1.10.2008 – 31.10.2011, Tansania, Biologielehrer und Kontaktperson für die Schulpartnerschaft LG Vaduz, PH Graubünden und MWUCE.
- Jasmine Spalt, Primarlehrerin, 1.9.2010 – 31.8.2012, Thailand, tätig als Lehrerin und bei der Erstellung der Lehrpläne bei Youth Connect.
- Johanna Sele, Kindergärtnerin, 1.11.2009 – 31.10.2012, Tansania, Stellvertretende Leiterin eines Jugend- und Frauenzentrums in Mwanza.
- Veronica de Assas, Journalistin, 1.1.2010 – 31.12.2012, Costa Rica, Beraterin der Kultursender des ICER.
- Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 – 31.12.2012, Bolivien, TUSOCO, Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen im Auftrag eines Bolivianischen Netzwerkes für Regionaltourismus.

Im Jahr 2010 absolvierten 11 Personen ein Praktikum und leisteten 36 Monate Einsatz: Alexandra Konrad, Nadja Kindle, Laura Ospelt, Veronica Nigsch und Beat Ospelt in Bolivien, Patrizia Büchel in Peru, Florian Frommelt und Veronica Eller in Nepal, Lukas Willburger in Tansania, Jasmine Spalt in Thailand und Nora Ambühl in Zimbabwe.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2010 wirkten folgende vier liechtensteinische Ordensleute in Südamerika und Afrika:

- Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
- Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
- Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
- P. Josef Oehri in Lubango, Angola (kehrte im Sommer 2010 nach Liechtenstein zurück)

Öffentlichkeitsarbeit

Rund 800 Besucher nahmen an dem Konzert des algerischen Künstlers «Khaled» im Rathaussaal, Schaan teil. Die «Fiesta Latina» fand neu auch am Sonntag statt. Die Konzerte und Verkaufsstände zogen wiederum etwa 1000 Besucher an. Rund 100 Besucher der Eröffnungsveranstaltung erfreuten sich an der Ausstellung der afrikanischen Shona-Skulpturen im Seminarzentrum Stein-Egerta. In den drei Folgewochen wurde die Ausstellung sehr gut besucht. Am «Fairen Brunch» waren etwa 120 Besucher anwesend.

Der Blickwechsel erschien zweimal mit einer Auflage von je 1000 Exemplaren. Die Themen der beiden Hefte waren: «Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit» und «Mikrofinanz». Der LED gab erneut den Kalender «Solidarisches Liechtenstein» in einer Auflage von 500 Exemplaren heraus.

Es wurden 126 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. verdoppelt. Der an Projekte überwiesene Betrag belief sich auf CHF 1'475'834.80. Der LED steuerte dazu CHF 640'333.55 bei.

Projekte und Finanzen

Der LED verfügte im Jahr 2010 über ein ordentliches Budget von CHF 18'200'000 seitens des Landes Liechtenstein. Die Stiftung Medicor Liechtenstein und weitere, externe Geldgeber stellten für Grossprojekte CHF 1'254'732.00 bereit.

PROJEKTLISTE 2010

2010-1	Diverse Beiträge (insgesamt 23 Kleinprojekte CHF bis 25'000)	356'111.40
2010-2	Verdoppelungen (Eingang 835'501.25 aus 126 Aktionen)	640'333.55

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag
101	2011/13	Bolivien	OCCA, Berufl. Aus-/Weiterbildung im Barrio Plan 3000	132'000.00
102	2010/12	Bolivien	Centro Juana Azurduy, Berufsbildungszentrum CETA	173'225.00
103	2009/14	Bolivien	Proceso, zweite Bildungschance für Chiquitanos	98'356.00
105	2009/11	Bolivien	Interteam, Entsendung von Fachleuten im Bildungsbereich	140'000.00
106	2007/10	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	92'000.00
108	2009/12	Bolivien	CEFOI, Unterstützung Bildung u. Sozialwesen in Challapa	54'600.00
109	2009/11	Bolivien	CIDEM, Gewalt-Präventionsprogramm	124'050.00
111	2010	Bolivien	Proceso, Umweltbildung	33'172.00
114	2009/11	Bolivien	IPTK, Ausbildungen für hauswirtschaftliche Angestellte	26'214.00
115	2009/11	Bolivien	Proceso, Interkulturelle Bildung	91'826.00
116	2010/12	Bolivien	OJM, Schule und Demokratisierung	81'704.00
117	2009/12	Bolivien	Artescuela/Educar es fiesta, Kunst und Schule	87'754.00
118	2009/12	Bolivien	PROCASHA, Frauenkooperativen in der Bauwirtschaft	73'715.00
121	2010/12	Peru	Tarea, Institutionelle Unterstützung	200'000.00
122	2010/12	Peru	EDUCA, Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen, (inkl. Evaluation)	226'090.60
123	2010/12	Peru	EDUVIDA, Bildung für ein gesundes Leben	216'870.00
124	2007/09	Peru	ACU, Moro 2009 – regionales Entwicklungsprogramm, Verlängerung	81'789.70
124	2010/12	Peru	ACU, Moro 2015 – regionales Entwicklungsprogramm	312'000.00
126	2006/10	Peru	Swisscontact, Stärkung von Microfinance-Instituten im Hochland von Peru	280'937.00
129	2008/10	Peru	Formabiap, Ausbildung zweisprachiger interkultureller Lehrpersonen	120'490.00
132	2009/11	Peru	Chaski, Netz von Kleinkinos zur Kulturförderung	92'500.00
133	2997/10	Peru	CREA, ICT und Lernnetzwerke in der Lehrerweiterbildung	164'526.00
134	2009/11	Peru	Asociacion Allin Kawsay, Friedenserziehung	105'179.00
136	2010/11	Peru	ARPI, Ausbildung interkultureller Lehrpersonen in Satipo	54'822.00
137	2010	Peru	EDUVIDA – Institutionelle Konsolidierung durch Kauf von Projektinfrastr.	265'000.00
161	2009	Costa Rica	ICER, Infrastrukturelle Stärkung der Druckerei	87'600.00
163	2008/10	Costa Rica	ICER, Institutionelle Unterstützung (inkl. Hörerbefragung)	278'210.00
165	2008/10	Panama	IPER, Radioschule «Der Hauslehrer»	92'000.00
201	2011/13	Mosambik	Solidarmed, Mütter- und Neugeborenengesundheit inkl. Hebammenausbildung	551'000.00
202	2010/11	Mosambik	Inter Aide, Gesundheitsprogramm Nampula	240'000.00
206	2009/12	Mosambik	HWA, ComuSanas, Konsolidierung in Buzi, Chibabava und Machanga	693'818.30

207	2009/12	Mosambik	HWA, ComuSanas, Erweiterung nach Gorongosa und Nhamatanda	365'600.00
211	2011/13	Mosambik	Solidarmed, Smart III HIV/Aids-Programm in Chiure	400'000.00
212	2008/11	Mosambik	Solidarmed, Smart I HIV/Aids-Programm in Ancuabe	400'000.00
223	2009/11	Zimbabwe	Lupane Women's Centre	85'410.00
224	2010/12	Zimbabwe	MDTC, Ländliches Entwicklungs- und Ausbildungszentrum (inkl. Projektfahrzeug)	234'611.00
225	2010/12	Zimbabwe	SAFIRE, Sanierung des Manjinji Bewässerungsystems	115'000.00
242	2010/12	Zambia	KARA Choma, Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	241'686.00
246	2009/13	Zambia	Solidarmed,Medical Licentiate Ausbildung des Chainama College	494'760.00
275	2008/11	Ostafrika	Biovision, Radioprogramm & Magazin «The Organic Farmer»	119'803.00
276	2009/12	Ostafrika	Biovision-Infonet, Aufbau einer Informationsplatform für Kleinbauern	259'500.00
278	2009/13	Bol./Kenia/Ind.	FiBL, Landbau Langzeitvergleich in den Tropen (Bolivien, Kenia, Indien)	439'000.00
301	2009/12	Burkina Faso	Swisscontact, Förderung der Berufsbildung	541'500.00
303	2009/11	Burkina Faso	Terre des Hommes, Kampf gegen Ausbeutung	296'400.00
305	2008/10	Burkina Faso	SAH, Bildungsprogramm und ländliche Entwicklung	700'000.00
321	2010/12	Mali	Helvetas, Biolog. Landwirtschaft, Wasserbewirtschaftung und Siedlungshygiene	700'000.00
322	2008/10	Mali	DED, Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	208'598.00
323	2009/11	Mali	VSF, Förderung der Milchvermarktung	63'223.00
326	2010/13	Mali	IC, Landwirtschaftliche Diversifizierung	400'000.00
332	2009/12	Niger	Swisscontact, Bessere Chancen für arbeitslose junge Frauen und Männer	399'000.00
333	2008/10	Niger	DED, Kleinprojektefonds zur Armutsbekämpfung	100'000.00
341	2010/12	Senegal	Horizont3000, Ländliche Entwicklung für eine nachhaltige Ernährungssicherung	623'270.90
351	2010/11	Afrika	Pamiga, Stärkung von Mikrofinanz-Initiativen	80'000.00
405	2007/10	Moldau	LED, Consept Stärkung der Berufsbildung	915'468.00
407	2011/13	Moldau	Winrock, Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt/Gründung von Kleinunternehmen	259'144.00
410	2009/12	Moldau	Step by Step - Ein guter Start ins Leben im ländlichen Raum	160'128.00
411	2009/12	Moldau	Kinderdorfs Pestalozzi, Länderprogramm: Integration durch Bildung	150'000.00
451	2010/11	Kirgistan	Helvetas, T-Star, Berufsbildung in der Tourismusbranche	200'000.00
452	2008/10	Kirgistan	FEIS, Bessere Bildung für die usbekische Minderheit	133'168.00
453	2011/14	Kirgistan	SRK, Community Health Support Programme	700'000.00
492	2008/11	Afghanistan	AWC, Unterstützungsprogramm für Frauen in der Provinz Parwan	136'631.00
494	2009/10	Afghanistan	Terre des Hommes, Für eine sichere Mutterschaft in Kabul und Kandahar	309'831.00
495	2010/12	Afghanistan	Helvetas-IC, Verbesserung der Nahrungssicherheit	701'448.00
496	2010/11	Afghanistan	AWLI Afghan Women's Leadership Institute	68'712.00
497	2010/11	global	Cerise, Social Performance in Microfinance	160'000.00
498	2008/12	global	ADA, Rating Initiative	300'000.00
				16'733'340.50

Im Berichtsjahr wurden vier Projekte im Auftrag des LED extern evaluiert.

Im Berichtsjahr wurden neun Projektreisen durchgeführt. An sechs Reisen nahm jeweils ein Mitglied des Stiftungsrates teil. Alle Projektreisen verliefen positiv und trugen dazu bei, die Beziehungen des LED zu den Partnerorganisationen zu vertiefen.

Bilanz per 31. Dezember	**2010**	**2009**
AKTIVEN	CHF	CHF
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	**4'666'176.90**	4'228'847.70
Sonstige Aktiven		
Debitoren	**6'162.05**	0.00
Anlagevermögen		
Mobilien	**14'667.85**	5'071.00
Total Aktiven	**4'687'006.80**	**4'233'918.70**
PASSIVEN		
Fremdkapital		
Kreditoren		
«Projektfinanzierungen»	**4'307'352.49**	3'803'372.05
Kreditoren		
«Projekte in Abklärung»	**52'600.00**	181'588.15
Sonstige Kreditoren	**175'259.60**	119'630.75
Stiftungsvermögen		
Stiftungsvermögen Land	**49'000.00**	49'000.00
Stiftungsvermögen Verein	**1'000.00**	1'000.00
	50'000.00	50'000.00
Gewinnvortrag		
Saldovortrag per 01.01.	**79'327.75**	99'857.82
Aufwandüberschuss		20'530.07
Ertragsüberschuss	**22'466.96**	
Gewinnvortrag per 31.12.	**101'794.71**	79'327.75
Total Passiven	**4'687'006.80**	**4'233'918.70**

Erfolgsrechnung per 31. Dezember	**2010**	**2009**
AUFWAND	**CHF**	**CHF**
Projekte		
Projektfinanzierungen		
Grossprojekte	**16'733'340.50**	15'770'076.15
Diverse Projektbeiträge	**356'111.40**	565'012.95
Weitergeleitete		
private Beiträge	**107'403.95**	506'473.65
Spendenverdoppelungen	**640'333.55**	562'076.90
Weitergeleitete Beiträge		
Verdoppelungen	**835'501.25**	809'491.60
Projektabklärungen	**49'183.50**	63'214.85
Entwicklungsmitarbeitende	**777'404.95**	945'634.35
Total Projekte	**19'499'279.10**	19'221'980.45
Öffentlichkeitsarbeit	**113'487.50**	133'935.80
Verwaltung	**935'437.59**	917'552.47
Total Aufwand	**20'548'204.19**	20'273'468.72
Ertragsüberschuss	**22'466.96**	0.00
TOTAL	**20'570'671.15**	**20'273'468.72**
ERTRAG		
Landesbeitrag Entwicklungs-		
zusammenarbeit	**18'200'000.00**	17'900'000.00
Private		Beiträge
Grossprojekte	**1'254'732.00**	1'030'247.50
Private Beiträge	**108'413.95**	507'773.65
Private		Beiträge
Verdoppelungen	**835'501.25**	809'491.60
Rückzahlungen	**6'227.00**	0.00
Abgerechnete Projekte	**159'493.45**	0.00
Bankzinsen	**6'303.50**	5'425.90
Total Ertrag	**20'570'671.15**	**20'252'938.65**
Aufwandüberschuss	**0.00**	20'530.07
TOTAL	**20'570'671.15**	**20'273'468.72**

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Hugo Quaderer

Zentrale Themen im Berichtsjahr waren einerseits die Ausarbeitung und Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über Sicherheitsfragen für den Austausch von Verschlusssachen. Dieses Sicherheitsabkommen zwischen der EU und Liechtenstein regelt den Austausch von klassifizierten Informationen. Der Austausch von klassifizierten Informationen ist durch die enger werdende Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Europäischen Union, vor allem im Bereich «Schengen/Dublin», notwendig geworden.

Andererseits ist auch aufgrund der Tatsache der Umsetzung des anstehenden Beitritts von Liechtenstein zum Schengen-Abkommen eine Teilrevision des Polizeigesetzes durchgeführt worden. Im Zuge der notwendigen Revision ist da bei den Schengen Erfordernissen entsprechend Rechnung getragen und sind die bisherigen Regeln über die internationale Amtshilfe der Landespolizei modifiziert worden, ohne dabei den Umfang des polizeilichen Informationsaustausches nach bisher geltendem Recht abzuändern.

Ein weiterer Schwerpunkt galt der Teilrevision des Gesetzes über das Feuerwehrwesen, welches in Vernehmlassung geschickt wurde.

Im Bereich der Zuwanderungspolitik hat die Regierung im Dezember des Berichtsjahres den Beschluss gefasst, rund 15% mehr Aufenthaltsbewilligungen, als die bestehenden Mindestverpflichtungen es vorschreiben, zu erteilen. Gleichzeitig hat die Regierung aber auch bekräftigt, an der Sonderlösung zur Personenfreizügigkeit und dem bisherigen Ziel der Drittelsbegrenzung festzuhalten.

Um einen Handlungsrahmen für den im Ausländergesetz verankerten Grundsatz der Integration zu schaffen, hat die Regierung die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes veranlasst. Dieses Integrationskonzept wurde, zusammen mit dem entsprechenden Massnahmenplan, im Dezember des Berichtsjahres von der Regierung genehmigt.

Zentrales Thema im Bereich des Ausländerrechts im Berichtsjahr war schliesslich das Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsgesetzes (PFZG) auf den 1. Januar zur Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Zudem wurde die erste Revision des am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Ausländergesetzes in Angriff genommen, welche insbesondere zur Umsetzung der Richtlinie 2008/115/EG (Rückführung von illegal Anwesenden), der Verordnung (EG) Nr. 380/2008 (Aufenthaltsausweise mit biometrischen Daten) und der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 (Visainformationssystem) dient. Weiters wurde die Teilrevision des Heimatschriftengesetzes ausgearbeitet, welche insbesondere durch den Beitritt Liechtensteins zu Schengen und die Übernahme des Schengen-Besitzstandes in nationales Recht notwendig war bzw. ist. Schliesslich wurde die Revision des Flüchtlingsgesetzes in die Vernehmlassung geschickt.

Mit den oben genannten Revisionen ist der Weg für einen rechtzeitigen Schengen Beitritt Liechtensteins vorbereitet worden.

Schengen/Dublin

Im Berichtsjahr hat die Landespolizei verschiedene strategische Projekte umgesetzt. Im Zentrum standen erneut die Arbeiten im Hinblick auf den geplanten Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin. Danach sind die Weiterentwicklung der Anwendungen in den Modulen SIRENE und SIS im Zentrum gestanden. In diesem Zusammenhang sind auch die relevanten Prozesse im SIRENE-Büro weiter optimiert worden.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur bzw. der eingesetzten polizeilichen Applikationen. Die neue «nationale Polizeiapplikation» wird die bisherigen Einzellösungen ablösen und die Effizienz verbessern. Im Berichtsjahr ist die Detailspezifikation abgeschlossen und eine erste Pilot-Version vorgestellt worden.

Im Hinblick auf den geplanten Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin ist neben der Landespolizei auch das Ausländer- und Passamt intensiv mit der Umsetzung diverser nationaler Rechtsakte befasst. Um die Koordination innerhalb der Landesverwaltung bezüglich des Beitritts Liechtensteins an die Systeme von Schengen und Dublin zu gewährleisten, wurde bereits im Jahr 2009 von der Regierung die Stelle eines nationalen Schengen/Dublin Koordinators geschaffen, welche organisatorisch dem Ausländer- und Passamt angegliedert ist.

Schwerpunkte der Landespolizei

Als polizeilicher Schwerpunkt sind einerseits die Brandanschläge in Nendeln, andererseits die Einbruchserien in der zweiten Jahreshälfte sowie das Tötungsdelikt im Schulzentrum Mühleholz zu erwähnen. Im Zusammenhang mit den Brandanschlägen in Nendeln vom November 2009 und Februar 2010 hat die Landespolizei aufwendige Ermittlungen durchgeführt. Dies bildete die Grundlage für die Verurteilung einer Person, welche der rechten Szene zugeordnet werden konnte.

Zwischen Ende August und Anfang November ist Liechtenstein von einer Einbruchswelle heimgesucht worden. In dieser Zeitspanne waren über 60 Einbruchsdiebstähle zu verzeichnen. Durch umfangreiche Ermittlungen ist es gelungen, einen Grossteil der Delikte zu klären und den Tatverdächtigen zu ermitteln.

Erlass Personenfreizügigkeitsgesetz

Am 1. Januar des Berichtsjahres ist das neue Personenfreizügigkeitsgesetz (PFZG) in Kraft getreten. Das PFZG regelt die ausländerrechtliche Stellung von EWR- und

Schweizer Staatsangehörigen und stellt eine eigenständige gesetzliche Grundlage für die ausländerrechtliche Behandlung von EWR- und Schweizer Staatsangehörigen sowie deren Familienangehörigen dar. Schwerpunkt ist die Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Diese Richtlinie führt eine einheitliche Rechtsgrundlage für Freizügigkeit und Aufenthalt im EWR ein. Wesentlich ist dabei insbesondere das Recht auf Daueraufenthalt, wonach jeder EWR-Staatsangehörige, der sich rechtmässig fünf Jahre ununterbrochen in Liechtenstein aufhält, das Recht hat, sich hier auf Dauer aufzuhalten. Auch die Grundsätze des Auslosungsverfahrens, welche bislang im Gesetz über das Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen geregelt waren, sind nun im PFZG integriert. Ebenfalls am 1. Januar des Berichtsjahres ist die Verordnung über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige in Kraft getreten.

Integration

Das am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Ausländergesetz (AuG) enthält als wesentlicher Bestandteil den Grundsatz der Integration. Drittstaatsangehörige sind dadurch verpflichtet, konkrete Integrationsleistungen zu erbringen, wenn sie sich längerfristig in Liechtenstein aufhalten wollen. Die Regierung hat das Ausländer- und Passamt beauftragt, ein Integrationskonzept zu erarbeiten, welches als Handlungsrahmen für den Grundsatz der Integration dienen soll. Dieses Integrationskonzept wurde, zusammen mit dem entsprechenden Massnahmenplan, im Dezember des Berichtsjahres von der Regierung zur Kenntnis genommen und wird im Jahr 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Asyl

Während im Vorjahr ein massiver Anstieg von somalischen und eritreischen Asylsuchenden zu verzeichnen war, gestaltete sich die Lage im Asylbereich im Berichtsjahr vergleichsmässig ruhig.

Die Regierung hat bereits im Jahr 2009 die Staaten der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone als sichere Herkunftsstaaten im Sinne des Flüchtlingsgesetzes bezeichnet und diese Liste durch die Aufnahme von Mazedonien, Serbien und Montenegro ergänzt. Durch die Aufhebung der Visumpflicht im Berichtsjahr für Staatsangehörige aus Albanien sowie von Bosnien und Herzegowina für den kurzfristigen Aufenthalt im Schengenraum, war Liechtenstein ebenfalls gehalten, für Staatsangehörige der genannten Staaten die Visumpflicht aufzuheben. Damit einhergehend wurde im Berichtsjahr die Liste der sicheren Herkunftsstaaten durch die Aufnahme von Albanien sowie Bosnien und Herzegowina ergänzt.

Schliesslich wurde das Revisionsverfahren zur Abänderung des Flüchtlingsgesetzes vorangetrieben. Die Regierung hat die Revision des Flüchtlingsgesetzes im Berichtsjahr in die Vernehmlassung geschickt.

Kommission für Flüchtlingsfragen

Die Flüchtlingskommission ist im Jahr 2010 zu mehreren Sitzungen zusammengetroffen. Behandelt wurde jeweils die Erweiterung des Kataloges von «sicheren Drittstaaten» im Sinne des Flüchtlingsgesetzes. Im Weiteren wurden Stellungnahmen zum Vorvernehmlassungsbericht und in der Folge zum Vernehmlassungsbericht zur Totalrevision des Flüchtlingsgesetzes ausgearbeitet.

Bilaterale Beziehungen gefestigt

Ressortinhaber Hugo Quaderer hat sich am 21. Januar auf Einladung der Vorarlberger Sicherheitsdirektion im Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Gisingen mit dem Schulkommandanten Thomas Hopfner und dem zuständigen Ausbildungsverantwortlichen zu einem Arbeitsbesuch getroffen. Im Zentrum des Arbeitsgespräches stand die seit vielen Jahren enge und erfolgreich bestehende Zusammenarbeit. Zahlreiche liechtensteinische Polizeibeamte sind in den vergangen Jahren in verschiedenen Modulen von Vorarlberger Polizeiexperten unterrichtet und ausgebildet worden. Bei diesem Thema ist die ausgezeichnete grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Landespolizeikommando in Bregenz und dem Bildungszentrum in Gisingen als Grundstein für das hohe Sicherheitsniveau festgehalten worden.

Am 8. Juli empfing Regierungsrat Hugo Quaderer Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (SG) und Regierungsrätin Barbara Janom Steiner (GR) zu einem Besuch im Fürstentum Liechtenstein. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand ein Austausch über wichtige migrationspolitische Themen, wie auch weitere Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit im Asylbereich, insbesondere im Hinblick auf den Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin. Die guten grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz wurden bekräftigt.

Im November hat sich Regierungsrat Hugo Quaderer mit der ehemalig österreichischen Bundesministerin und OSZE Menschenhandels-Beauftragten Helga Konrad zu einem Arbeitsgespräch im Regierungsgebäude getroffen. Im Mittelpunkt dieses Gespräches stand dabei die Bekämpfung des Frauenhandels unter Einbindung der direkten Nachbarstaaten.

Internationale Zusammenarbeit gefestigt

Über Einladung der belgischen EU-Präsidentschaft hat Regierungsrat Hugo Quaderer am 14. September an der internationalen EU-Innenministerkonferenz zum Thema «Quality and Efficiency in the Asylum Process» in Brüssel teilgenommen. Im Zentrum für die belgische Ratspräsidentschaft steht der Ausbau einer echten gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik, wobei die Begriffe Verantwortung und Solidarität im Vordergrund

stehen. Die gegenseitige Solidarität innerhalb Europas stand auch im Mittelpunkt der Ministerkonferenz, wobei auch Innenminister Hugo Quaderer im Rahmen der Diskussion die Wichtigkeit der gegenseitigen Solidarität betonte.

Regierungsrat Hugo Quaderer nahm am 7. Oktober am Treffen der EU Justiz- und Innenminister in Luxemburg teil. Im Zentrum dieses Treffens standen die sich in Aufbau befindlichen Informationssysteme für den Schengen Raum, dem Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) und dem Visa-Informationssystem (VIS).

Öffentliche Sicherheit und Rettungsorganisation

Neben der Landespolizei sind für die öffentliche Sicherheit insbesondere die Liechtensteinischen Rettungsorganisationen (u.a. Feuerwehren, Bergrettung, Samaritervereine) zuständig. Eine zentrale Aufgabe im Berichtsjahr war die im Vorjahr eingeleitete Verwendung des Funksystems POLYCOM für alle Blaulichtorganisationen der Gemeinde umzusetzen und abzuschliessen. Zudem ist im Berichtsjahr für den Feuerwehrstützpunkt Vaduz eine Hubrettungsbühne angeschafft worden.

Im Berichtsjahr sind verschiedene Kurse der Zivilschutzorganisationen durchgeführt worden. Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in anderen Rettungs- und Hilfsorganisationen haben sich mittlerweile materiell aber auch finanziell auf ein sehr hohes Niveau eingependelt und bestens bewährt. Somit bildet die Sicherstellung einer adäquaten Ausbildung für die über 900, in 37 verschiedenen Vereinen und Gruppen ehrenamtlich tätigen, Einsatzkräfte das eigentliche Kerngeschäft des Amtes für Bevölkerungsschutz.

Im Berichtsjahr hat die Regierung die Pensionierung des langjährigen Amtsleiters Alfred Vogt zum Anlass genommen, um im Rahmen der laufenden Verwaltungsreform eine verwaltungstechnische Neupositionierung des Fachbereichs «Bevölkerungsschutz» prüfen zu lassen. Mit der nunmehr vorgenommenen Integration der Abteilung Rüfe und Gewässer in das Amt für Bevölkerungsschutz möchte die Regierung verwaltungstechnische Synergien nutzen und zugleich die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes für Liechtenstein unterstreichen.

Gewaltschutzkommission

Der Schwerpunkt im Berichtsjahr lag bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Massnahmekataloges gegen rechte Gewalt (MAX) auf der Grundlage der Empfehlungen einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz über Rechtsextremismus in Liechtenstein. In der Folge ist Ende März der Massnahmenkatalog (MAX) von der Regierung verabschiedet und Ende April von Regierungsrat Hugo Quaderer der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Die Regierung hat in der Folge im Juni das Konzept für die Schaffung einer Fachgruppe für Rechtsextremismus (FGR) verabschiedet, deren Aufgabe es ist, Personen die beruflich oder privat (z.B. als Angehörige) mit dem Phänomen Rechtsextremismus konfrontiert sind zu beraten. Weiters ist das Liechtenstein-Institut im Rahmen des MAX mit dem Monitoring von Themen und Vorfällen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus sowie der jährlichen Berichterstattung beauftragt worden.

Landes- und Gemeindebürgerrecht

Im Rahmen des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechts sind im Berichtsjahr insgesamt 84 Personen eingebürgert worden. Nach § 5 a (Einbürgerung für Alteingesessene bzw. Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz) des genannten Gesetzes wurden 64 Personen, nach § 5 (infolge Eheschliessung) 18 Personen und gemäss § 6 (im ordentlichen Verfahren, Gemeindeabstimmung) 2 Personen eingebürgert.

Grundverkehr

Das Ressort Inneres war im Berichtsjahr mit insgesamt 266 Grundverkehrsangelegenheiten befasst. Gegen 2 Beschlüsse von Gemeindegrundverkehrskommissionen wurde gemäss Art. 18 Abs. 2 des Grundverkehrsgesetzes Beschwerde an die Landesgrundverkehrskommission erhoben.

Auflistung nach Gemeinden	**Gesamt**	**Davon Beschwerden**
Gemeinde Mauren	33	0
Gemeinde Schellenberg	8	0
Gemeinde Triesenberg	33	0
Gemeinde Balzers	20	0
Gemeinde Vaduz	26	1
Gemeinde Triesen	29	0
Gemeinde Schaan	39	0
Gemeinde Eschen	46	0
Gemeinde Ruggell	20	0
Gemeinde Planken	2	0
Gemeinde Gamprin	10	1
Total	**266**	**2**

Auflistung nach Erwerbstypen	
Baurecht	4
Kauf	229
Miete	7
Pacht	1
Schenkung	11
Tausch	4
Sonstiges	9
Widmung	1
Total	**266**

Die von der Regierung im August 2009 beauftragte Arbeitsgruppe zur Überprüfung des geltenden Grund-

verkehrsgesetzes hat dem Ressort Inneres im Herbst 2010 einen konkreten Abänderungsvorschlag vorgelegt. Dieser Vorschlag wurde vor dessen Vorlage an die Regierung im November 2010 zwecks Sicherstellung seiner EWR-Konformität informell mit der EFTA-Überwachungsbehörde erörtert. Die diesbezüglich schriftliche Stellungnahme seitens der EFTA-Überwachungsbehörde ist noch ausstehend.

Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr
Die Kommission kam im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen zusammen. Der zentrale Arbeitsschwerpunkt lag bei der Diskussion und Überprüfung der Unterstützungsanträge an die Institutionen und Organisationen, die sich für die Unfallverhütung im Strassenverkehr einsetzen. Dabei sind folgende Aktionen und Kampagnen unterstützt worden: Schulen und 4. Primarklassen bei der neu erstellten Verkehrsschulanlage in Schellenberg, Velohelmaktion des Liechtensteiner Radfahrverbandes, Sicher im Sattel, des Verkehrsclub Liechtenstein und sicher Radfahren im Alltag des VCL.

AMTSSTELLEN

Landespolizei

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Im Berichtsjahr hat die Landespolizei an verschiedenen strategisch wichtigen Projekten gearbeitet. Im Zentrum standen erneut die Arbeiten im Hinblick auf den geplanten Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin. Die Landespolizei hat sich im vergangenen Jahr prioritär mit der Weiterentwicklung der Anwendungen in den Modulen SIRENE und SIS beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurden auch die relevanten Prozesse im SIRENE-Büro weiter optimiert. Die Arbeiten für die anstehenden Evaluationen in Liechtenstein laufen planmässig. In diesem Zusammenhang hat die Landespolizei die Gelegenheit wahrgenommen, die Evaluation in Bulgarien zu begleiten. Die gewonnenen Erkenntnisse sind für die weiteren Vorbereitungen sehr hilfreich.

Ein weiterer Schwerpunkt galt der Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur bzw. der eingesetzten polizeilichen Applikationen. Die neue «Nationale Polizeiapplikation» wird die bisherigen Einzellösungen ablösen und die Effizienz verbessern. Im Berichtsjahr wurde die Detailspezifikation abgeschlossen und eine erste Pilot-Version vorgestellt.

Als polizeiliche Schwerpunkte sind die Brandanschläge in Nendeln, die Einbruchserien in der zweiten Jahreshälfte sowie das Tötungsdelikt im Schulzentrum Mühleholz zu erwähnen. Die Landespolizei hat im Zusammenhang mit den Brandanschlägen in Nendeln vom November 2009 und Februar 2010 aufwändige Ermittlungen durchgeführt. Diese akribische Ermittlungsarbeit bildete die Grundlage für die Verurteilung einer Person, welche der rechten Szene zugeordnet werden kann. Nicht nur aus Sicht der Landespolizei ist dieses Urteil ein deutliches Signal an die rechte Szene.

Zwischen Ende August und Anfang November wurde Liechtenstein von einer Einbruchswelle heimgesucht. In dieser Zeitspanne waren über 60 Einbruchdiebstähle zu verzeichnen. Die Landespolizei war stark gefordert. Sie hat frühzeitig die notwendigen Massnahmen eingeleitet und der Aufklärung dieser Delikte hohe Priorität eingeräumt. Durch umfangreiche Ermittlungen ist es gelungen, einen Grossteil der Delikte zu klären und die Tatverdächtigen zu ermitteln. Dabei hat sich herausgestellt, dass während diesem Zeitraum vier unterschiedliche Gruppierungen tätig waren.

Im Berichtsjahr konnte die Landespolizei die 50-jährige Zugehörigkeit zur internationalen kriminalpolizeilichen Organisation INTERPOL feiern. Aus Anlass dieses Jubiläums hat die Philatelie Liechtenstein eine Sonderbriefmarke herausgegeben.

Die Landespolizei im Einsatz
Die Landespolizei leistete im Berichtsjahr in verschiedenen Diensten einen durchgehenden Betrieb. Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) war rund um die Uhr durch zwei Mitarbeitende besetzt. 2010 gingen in der LNEZ über die Notrufnummern 112 (internationaler Notruf), 117 (Polizeinotruf) und 118 (Feuerwehrnotruf) insgesamt 10'736 Meldungen (2009: 9'940) ein. Die LNEZ disponierte insgesamt 4'576 Einsätze, womit die Zahl der disponierten Einsätze unter dem Vorjahreswert (4'818) liegt. Im Durchschnitt sind dies 12.5 Einsätze pro Tag, im Vorjahr waren es noch 13.2 Einsätze.

Im uniformierten Aussendienst sorgten die Patrouillen in Früh-, Spät- und Nachtdiensten für eine lückenlose Präsenz. Dabei wurden die Polizisten insbesondere am Wochenende durch die Bereitschaftspolizei unterstützt.

Tätigkeiten und Dienstleistungen

	2010	2009
Durch die Einsatzzentrale disponierte Einsätze	**4'576**	4'818

Personalbestand
Bei der Landespolizei waren per Ende des Berichtsjahres 126.3 Stellen besetzt. Davon entfielen 87.4 Stellen auf Polizisten mit hoheitlichen Funktionen, 32.9 Stellen auf Verwaltungsangestellte und 6.0 Stellen auf Vollzugsbeamte im Landesgefängnis. Ferner wurde die Landespolizei durch 43 Bereitschaftspolizisten unterstützt.

Aus- und Weiterbildung

Die polizeiliche Grundausbildung steht seit der Gründung der Polizeischule Ostschweiz in Amriswil auf einem neuen Fundament. Liechtenstein ist mit den Ostschweizer Kantonen eine Partnerschaft eingegangen und bildet seit Oktober 2006 die Polizeiaspiranten in Amriswil aus. Die Polizeischule Ostschweiz ist auf Praktiker aus den verschiedenen Korps angewiesen. Diese bestreiten einen wesentlichen Teil der polizeilichen Grundausbildung. Auch die Landespolizei entsendet Instruktoren, die ihr Fachwissen an die Polizeischüler weitergeben. Im Jahrgang 2009/10 hat die Landespolizei keine Polizeiaspiranten an der Polizeischule Ostschweiz ausgebildet.

Die Aus- und Weiterbildung geniesst einen hohen Stellenwert in der Landespolizei. Polizistinnen und Polizisten absolvierten im Berichtsjahr verschiedene berufsbezogene Aus- und Weiterbildungen. Insgesamt wurden rund 520 Tage für die externe Aus- und Weiterbildung investiert (Führung, sicherheitspolizeiliche und fachspezifische Aus- und Weiterbildung). Für die interne Aus- und Weiterbildung (sicherheitspolizeiliche und fachspezifische Aus- und Weiterbildung, Trainings) wurden rund 530 Tage aufgewendet. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die sicherheitspolizeilichen Weiterbildungen sowie die Trainings der Spezialeinheiten gelegt.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2010 wurden wieder zahlreiche Aussenbeziehungen gefestigt und erweitert. Interpol, mit seinen 188 Mitgliedsstaaten, ist für die Landespolizei ein unerlässliches Mittel in der täglichen Polizeikooperation. Im Berichtsjahr stellte Interpol Vaduz 452 (2009: 329) Anfragen an ausländische Polizeistellen. Gleichzeitig richteten sich 482 (2009: 497) konkrete Anfragen an Interpol Vaduz. Im Rahmen der Zonenverbreitung, dies sind Anfragen ausländischer Zentralbüros an alle Zentralbüros weltweit, wurden 48'094 (2009: 47'449) Anfragen durch Interpol Vaduz bearbeitet.

Tätigkeiten und Dienstleistungen Interpol Vaduz (Auszug)

	2010	2009
Konkrete Anfragen an Interpol Vaduz	**482**	497
Konkrete Anfragen durch Interpol Vaduz an ausländische Interpol-Büros	**452**	329
Anfragen an Interpol Vaduz im Rahmen von Zonenverbreitungen	**48'094**	47'449
Ersuchen von Interpol Vaduz an Interpol-Zonen	**69**	76
Zur Fahndung ausgeschriebene Personen (national und international)	**115**	112
Weltweit ausgeschriebene Reisedokumente (verloren oder gestohlen)	**430**	449

Im Berichtsjahr wurden 115 Personen national oder international zur Fahndung ausgeschrieben (2009: 112). Weiters wurden 430 als verloren oder gestohlen gemeldete Reisedokumente (Reisepässe und Identitätskarten) international ausgeschrieben (2009: 449).

Neben der Mitgliedschaft bei Interpol ist die Landespolizei in der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat als Mitglied vertreten. Diese Einbettung in die regionale Polizeikooperation ist äusserst wertvoll. Sie ermöglicht der Landespolizei, von den Erfahrungen der Partner zu profitieren und Kriminalitätsphänomene in einem internationalen Kontext zu bearbeiten. Im Herbst wurde der Polizeichef in die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) aufgenommen. Mit diesem Schritt wird die gute Zusammenarbeit mit den Polizeikorps aus der Schweiz intensiviert und die Integration auf Ebene der Schweizer Polizeikommandanten vertieft.

Verkehrssicherheit

Im Bereich der Verkehrssicherheit wurde im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit gelegt. Die Verkehrsinstruktoren der Landespolizei erteilten 203 Doppellektionen Verkehrsunterricht in praktischer und theoretischer Form an Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie an der Waldorfschule. Zur praktischen Verkehrserziehung gehörte auch die neu errichtete Verkehrsschulungsanlage in Schellenberg, in welcher die Schüler in einem Schonraum verschiedene Verkehrssignale lernen.

Neben diesen Unterrichtseinheiten setzte die Landespolizei einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung. Die Landespolizei war an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und Lichtsignalanlagen präsent und hat auf die jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Insgesamt wurden im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung 566 Einsätze geleistet.

Verkehrspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)

	2010	2009
Rechtshilfeersuchen von ausl. Amtsstellen (im Sinne SVG)	**391**	628
Verkehrskontrollen allgemein (ohne Geschwindigkeit)	**272**	220
Geschwindigkeitskontrollen mobil	**136**	196
Rotlichtübertretungen	**1'053**	746
Alkohol- / Drogenuntersuchungen	**235**	212

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Unfallverhütung erarbeitete die Landespolizei im Berichtsjahr mehrere Präventionskampagnen beziehungsweise Aktionen. Besonders erwähnenswert ist die Jahreskampagne «Blindflug», mit welcher die Bevölkerung auf das Thema

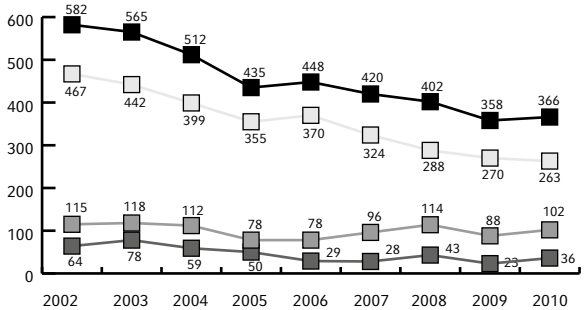
Aufmerksamkeit und Ablenkung im Strassenverkehr sensibilisiert wurde.

Im Bereich der Unfallstatistik verzeichnete die Landespolizei einen leichten Anstieg der Verkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Unfälle stieg von 358 (2009) auf 366 (2010) an. Davon waren 103 Unfälle mit Verletzten zu verzeichnen; dies entspricht einer Zunahme von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Anzahl der dabei verletzten Personen nahm gegenüber dem Vorjahr leicht auf 114 zu. Verkehrsunfall mit Todesfolge musste keiner verzeichnet werden.

Verkehrsunfallstatistik

	2010	2009
Verkehrsunfälle total (inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	**366**	358
davon Verkehrsunfälle mit Sachschäden (inkl. Parkschäden)	**263**	270
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	**119**	121
davon Täter ermittelt	**47%**	31%
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	**103**	88
dabei verletzte Personen	**114**	111
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	**0**	1
dabei Verkehrstote	**0**	1
davon Unfallort innerorts	**324**	308

Entwicklung der Verkehrsunfälle



Verkehrsunfälle total
Verkehrsunfälle mit Sachschaden
Verkehrsunfälle mit Verletzten
In Verkehrsunfälle involvierte Fahrzeuglenker in nicht fahrtauglichem Zustand (Alkohol, Drogen, Medikamente, Übermüdung)

Öffentliche Sicherheit

Im Berichtsjahr leistete die Landespolizei 79 inländische Ordnungs- und Sicherheitsdiensteinsätze bei verschiedenen Grossanlässen wie dem Staatsfeiertag. Im Bereich der eingesetzten Kräfte bei inländischen Fussballspielen ist ein enormer Rückgang von 75 Prozent auf 138 Einsatzkräfte zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist eine Folge der vermehrten Anzahl Fussballspiele mit geringem Risikopotential. Im Rahmen der Polizeikooperation leistete die Landespolizei vier Ordnungsdiensteinsätze bei Fussballspielen zugunsten der Stadtpolizei St. Gallen. Ausserdem war die Landespolizei auch im Berichtsjahr mit Mitarbeitenden rund eine Woche am World Economic Forum in Davos im Einsatz.

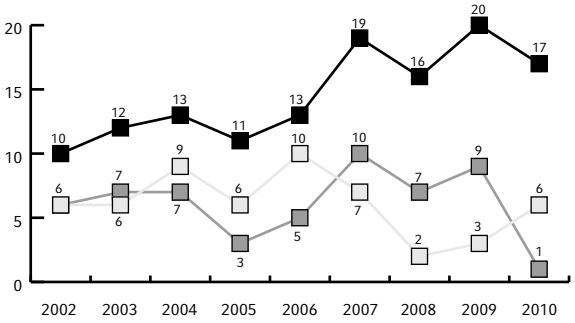
Sicherheitspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)

	2010	2009
Ordnungsdiensteinsätze im Inland	**12**	30
Ordnungsdiensteinsätze im Ausland	**4**	5
Einsatzkräfte Fussballspiele Inland	**138**	547
Einsätze Sicherheitsdienst	**67**	39
Einsätze der Interventionseinheit	**11**	11
Einsätze Personenschutz	**13**	6

Die Interventionseinheit, eine im Milizsystem geführte Spezialeinheit für Einsätze mit hohem Gefährdungspotential, leistete im Berichtsjahr elf Spezialeinsätze. Im Bereich Personenschutz wurden 13 Einsätze verzeichnet, hierzu gehören auch die Einsätze bei internationalen Konferenzen oder bei Staatsbesuchen.

Im Bereich der Häuslichen Gewalt verzeichnete die Landespolizei 2010 eine Abnahme der Einsätze. Während im Vorjahr 32 Interventionen nötig waren, musste die Landespolizei im Berichtsjahr in 24 Fällen intervenieren. In 17 Fällen konnte der Streit durch die polizeiliche Beratung/Hilfestellung geschlichtet werden, in sechs Fällen war eine Wegweisung notwendig und in nur einem Fall musste ein Betretungsverbot ausgesprochen werden.

Entwicklung der häuslichen Gewalt



Streitschlichtungen
Wegweisungen
Betretungsverbote

Kriminalitätsentwicklung

Straftaten nach dem Strafgesetzbuch

Die Landespolizei erfasste im Berichtsjahr 1'046 Straftaten nach dem Strafgesetzbuch, was eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um knapp 14% bedeutet. Trotz dieses Rückgangs bewegt sich die Kriminalitätsbelastung in Liechtenstein in der normalen Bandbreite der letzten Jahre (vgl. Graphik Entwicklung der Kriminalität).

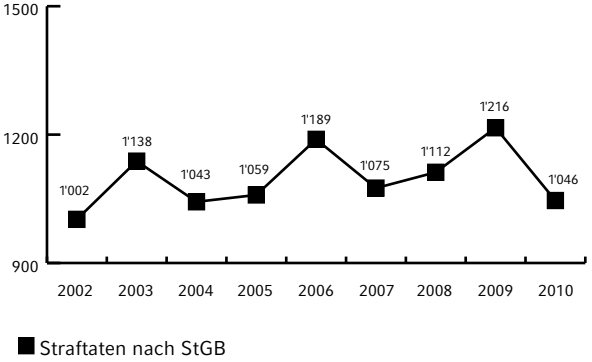
Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Kriminalstatistik um eine Straftaten- und keine Fallstatistik handelt. Das bedeutet, dass ein Fall mit mehreren Straftatbeständen in der Statistik aufscheinen kann (z.B. Wirtschaftsfall mit drei Straftatbeständen: Untreue, Betrug, Geldwäsche).

Dieses Ergebnis hängt vor allem mit der starken Abnahme bei den Vermögens- und Eigentumsdelikten zusammen, bei denen es sich um klassische Massendelikte handelt. So wurden 33% weniger Einbruchsdiebstähle und 20% weniger Sachbeschädigungen der Landespolizei gemeldet. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass im Oktober und November verschiedene Täter bzw. Tätergruppen identifiziert wurden, denen durch erfolgreiche Ermittlungsarbeit alleine 60 Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden konnten, wird deutlich, dass Liechtenstein in den übrigen Monaten mit Einbruchsdiebstählen nur wenig belastet war. Die Zahl der Wirtschaftsdelikte hat sich nur geringfügig verändert. Lediglich bei den Geldwäschetatbeständen ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Bei den Gewalt- sowie Sexualdelikten ist natürlich das Tötungsdelikt im Gymnasium zu erwähnen. Ansonsten bewegen sich die Zahlen in einem ähnlichen Bereich wie im Vorjahr. Erfreulich ist, dass die Deliktsgruppe Körperverletzung/Raufhandel leicht rückläufig ist. Hingegen sind die aussergewöhnlichen Todesfälle stark angestiegen, wobei speziell die hohe Anzahl von Suiziden hierfür verantwortlich ist (11).

Im Bereich der Gewaltdelikte wurden 59 Jugendliche (kumulativ) als Täter ermittelt, die total 43 Gewalttatbestände gesetzt haben. Allein 18 Tatbestände wurden von einer 5-köpfigen Gruppe jugendlicher Intensivtäter (Jugendliche und jungen Erwachsenen) bei ihren nächtlichen Einbruchstouren verübt. Das Phänomen Jugendgewalt präsentierte sich im Berichtsjahr damit nicht grundlegend anders als in früheren Jahren. Einen Trend hinsichtlich einer Zunahme der Jugendgewalt lässt sich aus der Kriminalstatistik nicht ableiten.

Mit 38 Prozent liegt die Aufklärungsquote auf dem Niveau der letzten Jahre, dennoch ist diese Zahl nur bedingt aussagekräftig. Die Bereiche Wirtschaftskriminalität und Betäubungsmitteldelikte, die eine Aufklärungsquote von gegen 100 Prozent aufweisen, werden dabei bewusst nicht berücksichtigt.

Entwicklung der Kriminalität



Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 531 Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG) begangen und 168 Tatverdächtige verzeigt, was 47 mehr sind als im Vorjahr. Der Grund hierfür stellt ein erfolgreiches Ermittlungsverfahren gegen ein Dealerpaar dar, in dessen Verlauf auch zahlreiche Abnehmer wegen Konsumtatbeständen verzeigt wurden. So werden denn auch mit 464 am meisten Verzeigungen wegen Konsum und seinen Begleithandlungen (Besitz, Ankauf, Lagerung, Beförderung) sowie 54 Verzeigungen wegen Verkauf oder Abgabe von Betäubungsmitteln (Vergehen) ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurden ferner 457 Gramm Marihuana, 30,3 Gramm Heroin und 15.1 Gramm Kokain sichergestellt und beschlagnahmt. Drogentote waren keine zu verzeichnen.

Straftaten nach dem Ausländergesetz (AUG)

Im Berichtsjahr hat die Zahl der Migrationsdelikte mit 56 praktisch stabil geblieben (58). Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten wegen Verstössen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen (35), wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (5) und wegen der Beschäftigung bzw. der Arbeitsaufnahme ohne Bewilligung (10). Insgesamt wurden 34 Personen ausgeschafft.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten (Auszug)

	2010	2009
Hausdurchsuchungen	**113**	116
Telefon-/Internetüberwachungen	**3**	4
Observationsmassnahmen	**10**	9
Ausschaffungen/Abschiebungen (Anzahl Personen)	**34**	61
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	**108**	188
Datensicherungen	**104**	126

Nebenstrafrecht

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Die Schwerpunkte bilden dabei

nach wie vor das Waffengesetz und das Jugendschutzgesetz. Beim Waffengesetz wurden 89 Tatbestände gesetzt, was einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (82). Beim Jugendschutzgesetz sank die Anzahl der Tatbestände erneut von 38 auf 30 Tatbestände. Die Inkraftsetzung des neuen Kinder- und Jugendgesetzes (KJG) am 1. Februar 2009 und der Wegfall einer Ausgangsregelung für über 16-Jährige haben zu diesem Ergebnis geführt. Bei den Tatbeständen des verbotenen Glücksspiels wurden sieben Tatbestände rapportiert.

Kriminalstatistik 2010

Um die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung in Liechtenstein zu erleichtern, wird seit dem Jahr 2007 eine interpretierte Kriminalstatistik publiziert, in der mehrere Tatbestände zu Deliktsgruppen und diese zu Kriminalitätsfeldern zusammengefasst werden. Dabei können auch einzelne Tatbestände mehreren Kriminalitätsfeldern zugeordnet werden (z.B. Vergewaltigung zu den Kriminalitätsfeldern «Gewaltdelikte» und «Sexualdelikte»). Da es sich um eine verdichtete Auswahl von kriminalitätsfeldspezifischen Tatbeständen handelt, ist ein Vergleich der Werte dieser interpretierten Kriminalstatistik mit den Zahlen der vor 2007 publizierten, rein tatbestandsbezogenen Kriminalstatistiken nur begrenzt möglich.

Kriminalstatistik 2010

Straf-Tatbestände	2010	2009	Veränderung		geklärte TB		ermittelte Tatverdächtige		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Total	Jugendl.	Ausländer
1. Wirtschaftsdelikte	**197**	**209**	**-12**	**-6**			**97**	**0**	**86**
Betrug/Untreue	144	146	-2	-1			49	0	42
Konkursdelikte	7	6	1	17			2	0	2
Geldwäsche/OK	44	54	-10	-19			58	0	54
Abschöfpung/Verfall/Einziehung	1	2	-1	-50			0	0	0
Terrorismusfinanzierung	0	0	0	n.a.			0	0	0
Korruption/Insidergeschäfte	1	1	0	0			0	0	0
2. Vermögens- u. Eigentumsdelikte	**528**	**680**	**-152**	**-22**	**121**	**23**	**174**	**44**	**131**
Diebstähle (alle)	177	185	-8	-4	24	14	29	8	22
davon Diebstahl Motorfahrzeuge	3	3	0	0	1	33	1	0	1
davon Diebstahl Fahrräder	17	23	-6	-26	0	0	0	0	0
Veruntreuung/Unterschlagung/ Sachentziehung	32	42	-10	-24	12	38	15	1	9
Einbruchdiebstahl	145	218	-73	-33	51	35	83	22	82
Hehlerei / Glückspiel	2	2	0	0	1	50	1	0	1
Sachbeschädigung	176	221	-45	-20	33	19	57	17	22
3. Gewaltdelikte	**151**	**157**	**-6**	**-4**	**105**	**70**	**123**	**20**	**58**
Tötungsdelikte	1	0	1	100	1	100	2	0	1
Körperverletzung/Raufhandel	77	90	-13	-14	58	75	93	24	40
Erpressung/Entführung	2	3	-1	-33	5	250	5	2	2
Raub	2	2	0	0	1	50	4	2	1
Drohung	48	38	10	26	29	60	49	12	29
Nötigung	18	19	-1	-5	12	67	14	0	9
Sexuelle Gewalt	2	0	2	200	1	50	1	0	0
Gewalt gegen Beamte	1	5	-4	-80	1	100	2	0	0
4. Sexualdelikte	**16**	**21**	**-5**	**-24**	**11**	**69**	**10**	**1**	**2**
Vergewaltigung / sex. Nötigung	1	2	-1	-50	0	0	0	0	0
Sexuelle Delikte gegen Unmündige	5	1	4	400	4	80	3	0	1
Sex. Belästigung/Exhibitionismus	6	11	-5	-45	4	67	4	0	2
Zuhälterei	0	1	-1	n.a.	0	0	0	0	0
Pornographie	5	6	-1	-17	4	80	5	1	0
5. Migrationsdelikte	53	53	0	0	41	77	36	0	32
Einreise / Aufenthalt	35	34	1	3	26	74	33	0	30
Beihilfe (Schleppertätigkeit)	5	7	-2	-29	4	80	8	0	7
Ausweisverwendung	3	5	-2	-40	3	100	4	0	4
Arbeit	26	7	19	271	8	31	5	0	8

Straf-Tatbestände	2010 Anzahl	2009 Anzahl	Veränderung Anzahl	Veränderung %	geklärte TB Anzahl	geklärte TB %	ermittelte Tatverdächtige Total	ermittelte Tatverdächtige Jugendl.	ermittelte Tatverdächtige Ausländer
6. Politisch / religiös motivierte Delikte	**5**	**8**	**-3**	**-38**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Rassendiskriminierung	2	4	-2	-50	0	0	0	0	0
Terrorismus	0	0	0	n.a.	0	0	0	0	0
Verbotener Nachrichtendienst	3	4	-1	-25	0	0	0	0	0
Ordnungsdelikte	0	0	0	n.a.	0	0	0	0	0
7. Gemeingefährliche Delikte	**4**	**3**	**1**	**33**	**2**	**50**	**2**	**0**	**0**
Branddelikte	4	2	2	100	2	50	2	0	0
Sprengstoffdelikte	0	1	-1	n.a.	0	0	0	0	0
Strahlendelikte	0	0	0	n.a.	0	0	0	0	0
Umweltdelikte	0	0	0	n.a.	0	0	0	0	0
8. Urkundendelikte	**21**	**16**	**5**	**31**	**15**	**71**	**29**	**0**	**28**
Fälschung von Dokumenten	21	14	7	50	15	71	29	0	28
Geld und Wertpapierfälschung	0	2	-2	n.a.	0	0	0	0	0
9. Nebenstrafrecht	**165**	**147**	**18**	**12**	**102**	**62**	**113**	**17**	**84**
Waffen / Sprengstoff	89	82	7	9	67	75	75	9	62
Jugendgesetz	30	38	-8	-21	22	73	20	11	13
Bau / Gewerbe / Handel / Tourismus	15	4	11	275	2	13	3	0	3
Banken / Treuhänder / Sorgfaltspflicht	3	3	0	0	1	33	2	0	2
Schutz Geheimbereicht, Arbeit	0	4	-4	n.a.	0	0	0	0	0
Tierschutz, Jagd, Fischerei, Hundehaltung	9	7	2	29	4	44	4	0	2
Gesundheit / Umwelt / Abfall	0	9	-9	n.a.	0	0	0	0	0
10. Drogendelikte	**315**	**233**	**82**	**35**			**157**	**25**	**66**
Anbau / Produktion	1	2	-1	-50			1	0	0
Handel / Verkauf	54	42	12	29			36	13	7
Schmuggel	13	7	6	86			12	1	6
Eigenkonsum	248	184	64	35			151	23	64
Schwere Fälle	13	3	10	333			6	0	4
11. Kripo-Ereignisse ohne Tatbestand	**53**	**58**	**-5**	**-9**					
Vermisstfälle	14	27	-13	-48					
Brände	12	19	-7	-37					
Aussergewöhnliche Todesfälle (AGT)	27	12	15	125					
Suizide	11	3	8	267					
Drogentote	1	0	1	100					
Tod Krankheit/Unfall o. Verkehr	15	9	6	67					

Amt für Bevölkerungsschutz

Amtsleiter: Alfred Vogt bis 30. September 2010
Amtsleiter: Emanuel Banzer ab 1. November 2010

Die Sicherstellung einer adäquaten Ausbildung für die über 900, in 37 verschiedenen Vereinen und Gruppen ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte, bildet das eigentliche Kerngeschäft des Amtes für Bevölkerungsschutz. Das von der Regierung genehmigte Kursprogramm sah für die Schulung und Weiterbildung der Rettungsorganisationen im Jahre 2010 145 verschiedene Kurse mit einem Budget von total CHF 753'000 vor. Als einmalige Gross-Investitionen in die Sicherheit des Landes sind für das Berichtsjahr die Anschaffung der dem Feuerwehrstützpunkt Vaduz zur Verfügung gestellten Hubrettungsbühne sowie die landesweite Einführung des neuen Funksystems «Polycom» zu erwähnen.

Die Pensionierung des langjährigen Amtsleiters Alfred Vogt nahm die Regierung zum Anlass, um im Rahmen der laufenden Verwaltungsreform eine verwaltungstechnische Neupositionierung des Fachbereichs «Bevölkerungsschutz» prüfen zu lassen. Dabei war sich die Regierung bewusst, dass angesichts des Klimawandels einerseits, sowie der weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen andererseits, dem Bevölkerungsschutz bei der Ausgestaltung eines nachhaltig funktionierenden Staates auch in Zukunft eine wichtige Rolle zukommt. Mit der nunmehr im kommenden Jahr geplanten Integration der Abteilung Rüfen und Gewässer in das Amt für Bevölkerungsschutz möchte die Regierung verwaltungstechnische Synergien

nutzen und zugleich die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes für Liechtenstein unterstreichen.

Landes-Führungsstab (LFS) / Gemeinde-Führungsstäbe

Landesführungsstab
Nach der Übung «Aquaterror 05», der grossen internationalen Übung «Rheintal 06», der Stabsübung «Snow 08» und verschiedenen Weiterbildungsveranstaltungen im Jahre 2009 wurden im Berichtsjahr die Erfahrungen und Erkenntnisse der vergangenen Jahre systematisch aufgearbeitet und dokumentiert. Vorlage hierzu bildete das vom eidg. Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) vorgelegte Projekt «KATAPLAN» (risikobasierte Massnahmenplanung). An Hand eines Referenzszenarios (Hochwasser) erarbeiteten die im Landesführungsstab vertretenen Fachbereiche anlässlich von fünf ganztägigen Workshops aufeinander abgestimmte Einsatzdispositive.

Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung wurden im Beisein von Regierungsrat Hugo Quaderer die Massnahmenplanungen der einzelnen Fachbereiche vorgestellt sowie die dabei eruierten Ablaufprozesse und Zuständigkeiten kritisch hinterfragt.

Alarmierung in Liechtenstein

Telefonalarmierung
Der Auftrag zum neuen Mannschaftsalarmierungs-System konnte an die Telecom FL mit ihrer Partnerfirma New Voice AG Schweiz zum Betrag von CHF 183'051.65 vergeben werden. Die konzeptionelle Planung sowie die praxisgerechte Umsetzung des neuen Alarmierungssystems wurde von einer, aus Vertretern der involvierten Ämter zusammengesetzten Projektgruppe begleitet.

Bis Ende 2010 konnten die Software-Entwicklung, die Datenerfassung sowie die Schnittstellen zum Datenportal «Webmembers» der Rettungsorganisationen abgeschlossen werden. Das neue Alarmierungssystem kann voraussichtlich Ende April 2011 in Betrieb genommen werden.

Sirenenalarmierung
Am Mittwoch, den 3. Februar 2010 (1. Mittwoch im Februar), wurden die Sirenen über Fernsteuerung für den Probealarm ausgelöst. Von den 23 aktiven Sirenen haben 22 Sirenen korrekt funktioniert.

Polycom – das neue Funksystem
Das 2001 beschlossene, gesamtschweizerische Sicherheits- und Rettungsfunknetz nennt sich Polycom. Dieses Funknetz garantiert künftig die Kommunikation auf operativer Ebene zwischen nationalen, kantonalen und städtischen Sicherheits- und Rettungsorganisationen. Polycom wurde bereits in den meisten Kantonen realisiert. Das digitale Bündelfunksystem Polycom ist speziell für die Kommunikationsanforderungen der BORS (Behörden, Organisationen, Rettungs-, und Sicherheitsdienste) konzipiert worden.

Im Rahmen der grenzübergreifenden Hilfeleistung wurde das Polycom-System auch für die liechtensteinischen Rettungsorganisationen als zukünftiges Funknetz aufgebaut. Bei der Landespolizei wird das System seit vier Jahren als Hauptkommunikationsmittel für sämtliche Einsätze eingesetzt.

In Zusammenarbeit mit der Landespolizei und den tangierten Rettungsorganisationen wurden die Vorarbeiten zur zentralen Beschaffung der Polycom-Geräte planmässig bis Ende März 2010 abgeschlossen. Vor dem Hintergrund dieser koordinierten Gesamtbestellung (über 100 Geräte) konnten mit der Firma Siemens optimale Lieferkonditionen ausgehandelt werden. Die Kosten für die Ausrüstung der dem Land unterstellten Rettungsorganisationen (Stützpunktfeuerwehr, Bergrettung, Lawinendienst, Rettungshundeführer, Wasserrettung und Zivilschutzgruppen) beliefen sich auf CHF 178'179.

Zur Ausbildung aller Rettungsorganisationen wurden ausgewählte Personen der verschiedenen Organisationen für die Endgeräte-Ausbildung nach Schwarzenburg zum Eidg. Ausbildungszentrum für den Bevölkerungsschutz abberufen. Für die Ausbildung aller freiwilligen Helfer der Rettungsorganisationen im Land zu Endgeräte-Anwendern waren dann diese Personen zuständig. Somit konnte die Ausbildung der Rettungsorganisationen effizient und vergleichsweise kostengünstig abgewickelt werden.

Feuerwehr

Personalbestand
In Liechtenstein standen per 31. Dezember 2010 11 freiwillige Gemeindefeuerwehren mit 465 Aktiven und sechs Betriebsfeuerwehren (bzw. Löschgruppen) mit 115 Leuten zur Verfügung. Neu gegründet wurde die Betriebsfeuerwehr Optics Balzers AG. Der gesamte Personalbestand belief sich auf 580 Feuerwehrleute. Darunter sind 22 Frauen. Von den Feuerwehren wurden dem Amt 28 Jugendfeuerwehr-Mitglieder aus vier Gemeinden gemeldet.

Feuerwehrausbildung und Inspektionen

Inlandkurse
In 17 Kursen der Feuerwehren wurden in Liechtenstein an 26 Tagen Aus- und Weiterbildungen angeboten (ohne Jugend). Es nahmen 356 Personen teil, welche insgesamt 649 Kurstage (Personentage) absolvierten.

Auslandkurse
Im Ausland wurden an 20 Tagen von 63 Personen neun verschiedene Kurse besucht und dabei 116 Personentage absolviert.

Kurse für die Jugendfeuerwehr
Es wurde ein eintägiger Jugendfeuerwehrkurs angeboten, welcher von 22 Jugendlichen besucht wurde.

Kosten
Für die Durchführung der Feuerwehrkurse 2010 mussten CHF 444'000 aufgewendet werden.

Inspektionen
2010 wurden vom Feuerwehrinspektor in Zusammenarbeit mit den Feuerwehrinstruktoren bei drei Gemeinde- und bei zwei Betriebsfeuerwehren unangemeldete Übungsinspektionen durchgeführt.

Feuerwehr-Einsätze

Gemeinde- und Betriebsfeuerwehren
Die Feuerwehren Liechtensteins (inkl. Stützpunktfeuerwehr) hatten im Berichtsjahr 169 Ernstfalleinsätze mit einem Zeitaufwand von total 1'574 Einsatzstunden geleistet. Dazu kamen noch 157 geplante Einsätze als Dienstleistungen (z. B. Verkehrsdienst, Saalwache, etc.) mit 1'405 Stunden. Gesamthaft ergab dies 326 Einsätze mit einem Zeitaufwand von 2'979 Stunden.

Stützpunktfeuerwehr Vaduz
Als Stützpunktfeuerwehr hatte die Feuerwehr Vaduz im Berichtsjahr fünf Einsätze mit einem Zeitaufwand von 35 Stunden. Bei drei Einsätzen wurde die Autodrehleiter, bzw. die Hubrettungsbühne eingesetzt. Des Weiteren wurde der Stützpunkt für einen Verkehrsrettungseinsatz und einen Materialtransport (Beleuchtungsanlage) aufgeboten.

Feuerwehrstützpunkt Vaduz

Stützpunkt-Feuerwehr
Für den Feuerwehr-Stützpunkt konnte die Beschaffung der Hubrettungsbühne mit der feierlichen Übergabe und Einsegnung endgültig abgeschlossen werden. Die Anschaffungskosten betrugen CHF 1.1 Millionen. Im Berichtsjahr haben alle Feuerwehren auf das digitale Sicherheitsfunknetz Polycom umgestellt. Von dieser Umstellung war auch die Stützpunktfeuerwehr betroffen. Entsprechend wurden zwölf Handfunkgeräte und vier Mobilfunkgeräte für die Fahrzeuge angeschafft. Der zwischen der Gemeinde Vaduz und dem Land bestehende Stützpunktvertrag wurde angepasst.

Strahlenschutz
Der Strahlenschutz ist in die Stützpunkt-Feuerwehr integriert, personell aber unabhängig. Ihm stehen derzeit zwölf Aktivmitglieder aus verschiedenen Feuerwehren zur Verfügung. Nebst den obligatorischen Übungen fand in Vaduz wieder ein Strahlenschutz-Weiterbildungskurs statt, bei welchem auch Mitglieder des Samaritervereins Vaduz und der Landespolizei mitwirkten.

Feuerwehrinstruktoren

Per 31.12.2010 standen 22 eigene Instruktoren zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz zwei liechtensteinische Feuerwehrinstruktoren zu Atemschutzinstruktoren ausgebildet. Eine Gruppe von fünf Instruktoren besuchte den Kurs «Einsatz Grossbrand» im Feuerwehr-Ausbildungszentrum Falck-RISC in Rotterdam, Holland. Die liechtensteinischen Instruktoren standen im 2010 im Land gesamthaft an 14 Kursen mit total 26 Kurstagen (116 Personentagen) als Ausbilder im Einsatz. Für die persönliche Aus- und Weiterbildung wurden von den Feuerwehrinstruktoren 74 Tage aufgewendet.

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe «Feuerwehr-Koordination Liechtenstein» erledigte ihre Sachgeschäfte an insgesamt sechs Sitzungen, wobei die Überarbeitung des Feuerwehrgesetzes ein Hauptschwerpunkt war. Die Untergruppe «Beschaffung» der Stützpunkt- und Chemiewehrkommission schloss die Beschaffung der Hubrettungsbühne des Feuerwehr-Stützpunktes ab.

Feuerwehr-Übungsanlage

Die holzbefeuerte Brandcontainer-Anlage hat ihr erstes volles Betriebsjahr hinter sich. Die Anlage wurde für Übungen von in- und ausländischen Feuerwehren rege genutzt. Es konnte eine Belegung während 48 Tagen bzw. Abenden durch insgesamt 1'068 Personen verzeichnet werden.

Hilfs- und Rettungsorganisationen

Samariterwesen

Personalbestand
Ende Jahr waren in sechs Vereinen 196 Samariter über Telefon alarmierbar. Davon sind 52 Männer.

Einsätze / Postendienst
Gemäss den Berichten der Vereine waren die Samariter an 179 Postendiensten während ca. 4’340 Stunden im Einsatz. Dies sind über 1’000 Stunden mehr als im Vorjahr. Weitere Ernstfalleinsätze wurden nicht gemeldet.

Kurswesen
Die sechs Vereine haben insgesamt 83 Kurse für die Bevölkerung (inkl. 25 Nothilfekurse an Schulen) durchgeführt, was Kosten von CHF 47'936 verursachte.

Zwecks Aus- und Weiterbildung besuchten die Kaderleute insgesamt 23 Kurse (Kosten CHF 60'895). Ein Mitglied des SV Schaan hat im Dezember 2010 die Ausbildung als Klassenlehrer/Technischer Leiter abgeschlossen.

Beiträge / Subventionen
Das Land subventionierte die von den Samaritervereinen getätigten Materialbeschaffungen mit CHF 11'407. Die von den Vereinen im Gesundheits- und Katastrophenwesen erbrachten Leistungen werden gestützt auf Leistungsvereinbarungen mit jährlich CHF 42'250 honoriert.

Das Samariterwesen wurde im Berichtsjahr mit insgesamt CHF 151'081 (inkl. Kurswesen) unterstützt.

Bergrettung

Personal
In der «Bergrettung Liechtenstein» (BRL) waren Ende Jahr 26 Mitglieder aktiv, davon drei Personen als Anwärter.

Einsätze
Die BRL wurde zu acht Einsätzen aufgeboten. Betroffen waren sieben Personen, davon waren drei unverletzt in Schwierigkeiten geraten und eine Person leicht verletzt. Bedauerlicherweise konnten drei Personen nur noch tot geborgen werden.

Kurse und Übungen
Insgesamt wurden neun interne Übungen sowie fünf externe Kader- und Spezialkurse angeboten bzw. absolviert. Zusätzlich führte die BRL elf weitere Vereinsanlässe und ab Mitte Oktober 2010 ein wöchentliches Konditionstraining durch.

Anlässlich des im st. gallischen Alpsteingebiet abgehaltenen Winter-Regionalkurses unterstützte die Bergrettung mit acht Mitgliedern die für die Öffentlichkeit organisierte Demonstrationsübung.

An der Jahrestagung der Internationalen Kommission für Alpines Rettungswesen IKAR in der Slowakei haben ebenfalls drei Mitglieder der BRL teilgenommen.

Kosten
Die Ausbildungs- und Materialkosten der Bergrettung machten 2010 total CHF 61'500 aus.

Rettungshundegruppe Liechtenstein

Die Rettungshundegruppe Liechtenstein besteht aus vier einsatzfähigen Teams. Zwei weitere Teams durchlaufen derzeit noch die überaus anspruchsvolle Ausbildung.

Lawinenarbeit
Gemeinsam mit der benachbarten «Alpine-Rettung-Ost» (ARO) organisierte die Rettungshundegruppe sechs Schulungstage. Die zum Teil im liechtensteinischen Alpengebiet geplanten Übungen mussten auf Grund des Schneemangels wiederholt in höhere Lagen in die Schweiz verlegt werden. Die Rettungshundeführer wurden im Berichtsjahr zu zwei Wintereinsätzen aufgeboten (ein Einsatz im FL; ein Einsatz in der Schweiz).

Geländesuche (GS)
An 23 Schulungstagen konnten die sechs Hundeführer in Zusammenarbeit mit der ARO ihr Können im Gelände bei Sucheinsätzen trainieren (Sommerarbeit). Für die Geländesuche wurden sechs Kurstage abgerechnet.

In den Sommermonaten wurden die Rettungshundeführer zu vier Einsätzen (ein Einsatz im FL; drei Einsätze in der Schweiz) aufgeboten.

Kosten
Die Ausbildungs- und Materialkosten der Rettungshundeführer beliefen sich 2010 auf total CHF 33'528.

Beobachtungsdienst / Schneemessung

Der Beobachtungsdienst wurde durch vier Personen abgedeckt. Sie wendeten für ihren Dienst total 187 Stunden für die täglichen Schneemessungen auf. 19 weitere Stunden wurden für fünf Schneeprofile zur genaueren Abklärung des Aufbaus der Schneedecke benötigt (gerechnet wird vom 1. November 2009 bis 31. Oktober 2010). Für den Beobachtungsdienst wurden CHF 8'204 aufgewendet.

Nach wie vor arbeiten die Beobachter eng mit dem Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) zusammen.

Während der ganzen Saison werden die mittels einer stationären Messstation auf dem Bergtäli erhobenen Schnee- und Wetterdaten online dem SLF zur Verfügung gestellt. Die Daten werden unter anderem für die Erstellung des vom SLF herausgegebenen Nationalen Lawinenbulletins verwendet.

Lawinendienst

Die Kommission «Liecht. Lawinendienst» traf sich zu zwei Sitzungen, bei denen insbesondere das Vorgehen bei Lawinengefahr einerseits sowie nach einem Lawinenniedergang andererseits festlegt wurde. Insgesamt wurden während des Winters 2009 – 2010 in Liechtenstein knapp 30 Lawinenabgänge beobachtet. Das ist ca. die Hälfte eines normalen Winters. Eigentliche Personen- oder Sachschäden wurden infolge der Lawinentätigkeit nicht registriert.

Ausbildung
Anfangs Dezember besuchten zwei Personen den Grundkurs beim Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung. Dabei wurden Grundkenntnisse zur Lawinenbeurteilung im Allgemeinen sowie zum Erheben von Wetter- und Schneedaten im Speziellen vermittelt.

Die für den Lawinendienst aufgewendeten Gesamtkosten von CHF 12'453 ergeben sich aus den Einsatzkosten (laufende Beurteilung der Lawinengefahr im Liechtensteinischen Alpengebiet) sowie den für die Ausbildung getätigten Aufwendungen.

Wasserrettung

Die liechtensteinische Wasserrettung verfügte im Berichtsjahr über 25 Aktivmitglieder, darunter zwei Frauen. Sie absolvierten zwei ganz- und zwei halbtägige Weiterbildungskurse. Die Wasserrettung wurde von der Landespolizei zu einem Einsatz aufgeboten.

Für Ausbildung, Material, Wartung und Gebühren wurden CHF 28'719 aufgewendet.

Landesversorgung

Landesversorgung
Ein Schwerpunkt der Landesversorgung bildete im Jahr 2010 die Organisation der Heizöl- und Treibstoffrationierung. Dabei stand insbesondere die Vorbereitung des im Jahre 2011 im Rahme der Heizölrationierung geplanten Praxistests im Vordergrund. Besondere Bedeutung wird in diesem Zusammenhang der einheitlichen Datenerfassung bzw. dem funktionierenden Datenaustausch zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein beigemessen.

Fachtechnik und Logistik

Logistik
Die Hauptaufgabe der Logistik im Jahre 2010 bestand darin, das vom Amt zur Verfügung gestellte Einsatz- und Kursmaterial für die Hilfs- und Rettungsorganisationen bereitzustellen, vor Ort zu bringen sowie den Unterhalt und die Einsatzbereitschaft des ausgeliehenen Materials zu gewährleisten.

Die Inbetriebnahme des neuen Hubretters (vgl. Stützpunktfeuerwehr Vaduz) sowie die Einführung des neuen Funksystems Polycom generierten zudem verschiedene, innerhalb der amtsinternen Logistik abzuarbeitende Teilaufträge (Nachrüstung der Amtsfahrzeuge, Ausrüstung der dem Amt angegliederten Rettungsorganisationen).

Kleinlöscherschulungen
Im Jahre 2010 wurden 26 Kleinlöscherschulungen durchgeführt, an denen 1'725 Teilnehmer zu verzeichnen waren. Die Teilnehmer kamen aus Feuerwehren, Schulen und Heimen sowie von Banken, Industrie und Gewerbe.

Zivilschutz

Schutzraumbau / Schutzplatzangebot

Schutzraum- / Schutzplatzübersicht
Das Schutzplatzangebot stellt sich wie unten abgebildet dar:

Gemeinde	Einwohner Juni 09	Schutzplatz-angebot	In %
Vaduz	5'204	3'347	64.32
Triesen	4'806	2'013	41.89
Balzers	4'511	1'660	36.80
Triesenberg	2'511	2'305	91.80
Schaan	5'788	1'561	27.23
Planken	422	16	3.79
Eschen-Nendeln	4'201	1'818	43.28
Mauren-Schaanwald	3'844	1'969	49.92
Gamprin-Bendern	1'583	573	36.20
Ruggell	1'966	844	42.93
Schellenberg	1'042	471	45.20
Total	**35'589**	**16'577**	**46.22**

Die Anzahl der Schutzplätze blieb im Jahr 2010 unverändert. Nachdem das Bevölkerungswachstum in Liechtenstein demgegenüber weiter angehalten hat, können derzeit 46.22 % der Einwohner (gegenüber 46.32 % im Vorjahr) mit einem Schutzplatz bedient werden.

Schutzraumprojekte
2010 wurden keine neuen Schutzraumprojekte beantragt. Bei dem im Bau befindlichen Projekt mit total 648 Schutzplätzen in einem privaten Gebäude (Höfle Balzers) konnte der Ausbau II praktisch fertig gestellt werden. Im Folgejahr stehen die technischen Abnahmen der Installationen sowie die Inbetriebnahme an. Dies ergab Kosten in Höhe von CHF 359'122.

Unterhalt und Werterhalt in Schutzbauten des Landes
Für die Betriebs- und Wartungskosten in Schutzräumen des Landes wurden inkl. weiterer Nebenkosten CHF 29'300 benötigt. Zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft werden die Notstromgeräte monatlich vom «Kernteam Anlagewart» kontrolliert und in Funktion gesetzt.

Führungsraum im Neuen Landtagsgebäude
Zur Sicherstellung der Funktion und der technischen Bereitschaft des Notstromsenders Erbli, des Radio-Notstudios und der Telekommunikation im Landesführungsraum wurden im Rahmen der Leistungsvereinbarungen Funktionstestläufe durchgeführt. Dies ergab Betriebs- und Wartungskosten in Höhe von CHF 55'403.

Gruppen des Amtes

Übermittlungsgruppe
Im Jahr 2010 hatte die Übermittlungsgruppe 19 Mitglieder und vier Aspiranten, darunter fünf Frauen. Insgesamt wurden fünf gemeinsame Übungen bzw. Ausbildungseinheiten und ein Einsatz durchgeführt. Dabei wurden 446 Einsatzstunden geleistet. Eine grosse Herausforderung war bei sehr schlechtem Wetter die Sicherstellung der Kommunikation am LGT Alpin-Marathon 2010.

Betriebsgruppe Landesführungsraum
Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Veränderungen, die für die Betriebsgruppe Landesführungsraum eine Neuzusammensetzung des Kaders und der Aufgabenstellung mit sich brachte. Die Zusammenarbeit der Führungsunterstützung mit der Landepolizei wurde konzeptionell vorbereitet und kann im Folgejahr erprobt werden.

Mit den vielfältigen Aufgaben rund um den Landesführungsraum sind derzeit 20 Personen betraut. Einzelne Mitglieder des Teams stehen als Führungsunterstützung auch dem Landes-Führungsstab oder den Gemeinde-Führungsstäben zur Verfügung. Im Jahr 2010 wurden an 17 Einsatztagen nahezu 534 Stunden abgeleistet.

Kernteams für die Zivilschutzorganisationen
Die Mitglieder der drei Kernteams «Anlagewart», «Betreuung» und «Versorgung» übernehmen Aufgaben in der Gruppenführung und bei der Ausbildung.

Die Anlagewarte führen zudem alle anstehenden Arbeiten im Rahmen des Schutzraumunterhalts durch. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der periodischen Inbetriebnahme der Notstromgeräte in den landeseigenen Schutzräumen zu.

Das Kerngeschäft der Gruppe «Betreuung» umfasst die Aufnahme und Betreuung von Obdachlosen und evakuierten Personen an Sammelplätzen oder in Notunterkünften. Als Höhepunkt konnte 2010 anlässlich eines Weiterbildungskurses eine Evakuationsübung mit ca. 20 Bewohnern des Alters- und Pflegeheim St. Martin in Eschen in Theorie und Praxis geübt werden.

Die Mitglieder des Versorgungswesens waren dabei für die Verpflegung der evakuierten Personen verantwortlich.

Zivilschutzgruppen der Gemeinden
In den Gemeinden Ruggell, Schellenberg, Schaanwald, Eschen, Triesenberg und Balzers bestehen organisierte Zivilschutz-Gruppen. Die Gemeinden Schaan, Vaduz und Triesen verfügen seit einem Jahr über einen gemeinsamen Zivilschutzverein.

Zivilschutzausbildung

Zivilschutzaus- und -weiterbildung in Liechtenstein
Der Zivilschutz-Einführungs- und -Grundkurs wurde mit 14 Teilnehmern durchgeführt.

Des Weiteren wurden vom Amt folgende Weiterbildungskurse angeboten:
- Aufbau der Unterhalts- und betrieblichen Checklisten für den Landesführungsraum
- Schutzraum-Wartung und -Bereitstellung
- Lagebild, Darstellung der Lagewand
- Hotline-Betrieb, Basis- und Grundausbildung für den Informations-Service
- Inbetriebnahme des Landesführungsraums

Im Weiteren wurde 2010 ein Stabskurs für Mitglieder der Gemeindeführungsstäbe angeboten. Die Kurskosten wurden zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt:
- Systematische Problemlösung (zwei Tage mit 14 Teilnehmer)
- Grundlagen der Stabsarbeit (an zwei mal zwei Tagen mit neun und sieben Teilnehmern).

Weiterbildungsangebote in der Schweiz
Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Schwarzenburg wurde der Polycom-Grundlagenkurs zum Endgeräte-Ausbilder von 22 Teilnehmern besucht.

Den Funkausbildnern der einzelnen Rettungsorganisationen wurden an zwei Workshops die Polycom-Ausbildungs-Dokumentationen, welche speziell an die liechtensteinischen Gegebenheiten angepasst wurden, vorgestellt. Teil der Instruktion bildeten praxisnahe Übungen.

Die Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung im Zivilschutzbereich betrugen im Jahr 2010 total CHF 85'476.65.

Zivilstandsamt

Amtsleiter: Hansjörg Meier

Die Schwerpunktaufgaben des Zivilstandsamts lagen im Berichtsjahr in der Führung und laufenden Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister, der Beratung und Beantwortung von Anfragen, beim Vollzug von Eheschliessungen, bei der Bearbeitung von Geburts-, Ehesowie Todesereignissen, der Ausstellung von Todesfallaufnahmen (Erbbescheinigungen), der Anerkennung von ausländischen Zivilstandsereignissen, der Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36, der Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter, der Führung des Heimatscheinregisters, der Ausgabe von Registerauszügen, Dokumenten und Bestätigungen, der Durchführung von Namensänderungen, der Einbürgerungen alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141), der Einbürgerungen infolge längerfristigem Wohnsitz (§ 5a LGBl. 2008 Nr. 306), der Einbürgerungen infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124 sowie § 5 LGBl. 2008 Nr. 306), der Einbürgerungen im ordentlichen Verfahren (§ 6 LGBl. 2008 Nr. 306), der Mitarbeit zur Schaffung eines Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, der Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV) sowie der Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

Ziviltrauungen in Liechtenstein

Vollzug von Eheschliessungen	2010	2009
Liechtensteiner : Liechtensteinerinnen	**62**	45
Liechtensteiner : Ausländerinnen	**63**	54
Ausländer : Liechtensteinerinnen	**51**	55
Ausländer : Ausländerinnen	**31**	32
Total	**207**	186

Heimatscheine, Todesfallaufnahmen und Namensänderungen

Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Namensänderungen	2010	2009
Heimatscheine	**51**	61
Todesfallaufnahmen (Erbbescheinigungen)	**263**	253
Namensänderungen	**50**	46
Annahme des ledigen Namens	**23**	35

Anerkennungen ausländischer Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse	2010	2009
Ausländische Eheschliessungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	**112**	75
Ausländische Ehescheidungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	**30**	23
Adoptionen ausländischer Kinder durch liechtensteinische Staatsangehörige	**3**	2

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger – Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36)

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger	2010	2009
Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010 aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Kinder liechtensteinischer Mütter)	**120**	123

Einbürgerung alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141)

Einbürgerung alteingesessener Ausländer	2010	2009
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010 aufgrund des Gesetzes vom 12. April 2000 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 2000 Nr. 141, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer)	**1**	64

Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz (§ 5a LGBl. 2008 Nr. 306)

Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz	2010	2009
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010 aufgrund des Gesetzes vom 17. September 2008 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, § 5a LGBl. 2008 Nr. 306, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz)	**63**	12

Einbürgerung infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124 – ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)

Einbürgerung infolge Eheschliessung	2010	2009
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010 aufgrund des Gesetzes vom 20. Juni 1996 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 1996 Nr. 124, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)	**1**	5

Einbürgerung infolge Eheschliessung (§ 5 LGBl. 2008 Nr. 306 –ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)

Einbürgerung infolge Eheschliessung	2010	2009
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010 aufgrund des Gesetzes vom 17. September 2008 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, § 5 LGBl. 2008 Nr. 306, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger)	**17**	7

Einbürgerung im ordentlichen Verfahren (§ 6 LGBl. 2008 Nr. 306 – Einbürgerung durch Gemeindeabstimmung)

Einbürgerung im ordentlichen Verfahren	2010	2009
Vom Zivilstandsamt eingebürgerte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2010-31.12.2010		

aufgrund des Gesetzes vom 17. September 2008 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, § 6 LGBl. 2008 Nr. 306, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Einbürgerung durch Gemeindeabstimmung)	**2**	0

Schwerpunktaufgaben 2010

- Führung und laufende Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister (Geburts-, Ehe-, Familien- und Todesregister);
- Aufnahme von Eheverkündungsgesuchen (Ehevorbereitung);
- Vollzug von Eheschliessungen;
- Ausstellung von Geburts-, Ehe- und Todesscheinen, Familienregisterauszügen, Heimatscheinen, Ehefähigkeitszeugnissen, Zivilstandsausweisen, Bestätigungen sowie anderen Dokumenten;
- Ausstellung von Todesfallaufnahmen (Erbbescheinigungen);
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Ämter, Gemeinden, Gerichte, Konsulate und Behörden;
- Mitteilung in Bezug auf ausserehelliche Kinder an Kinder- und Jugenddienst sowie Landgericht;
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Regierungskanzlei zur Beglaubigung und Weiterleitung;
- Registrierung von Ehetrennungen, Ehescheidungen, Legitimationen und Adoptionen;
- Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36 – Kinder liechtensteinischer Mütter);
- Einbürgerung alteingesessener Ausländer (LGBl. 2000 Nr. 141);
- Einbürgerung infolge längerfristigem Wohnsitz (§ 5a LGBl. 2008 Nr. 306);
- Einbürgerung infolge Eheschliessung (LGBl. 1996 Nr. 124 - ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger);
- Einbürgerung infolge Eheschliessung (§ 5 LGBl. 2008 Nr. 306 - ausländische Ehegatten liechtensteinischer Landesbürger);
- Einbürgerung im ordentlichen Verfahren (§ 6 LGBl. 2008 Nr. 306 - durch Gemeindeabstimmung);
- Registrierung ausserehelicher Kinder liechtensteinischer Väter;
- Registrierung von Gemeindebürgerrechtsänderungen;
- Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse liechtensteinischer Staatsangehöriger (Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen);
- Beglaubigungen;
- Durchführung von Namensänderungen;
- Führung des Heimatscheinregisters;
- Umsetzung des Internationalen Privatrechts (IPRG);
- Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV);
- Umsetzung Phase 3 des EDV-Projekts ZSA;
- Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

Ausländer- und Passamt

Amtsleiter: mag. oec. HSG Hans Peter Walch

Obwohl Liechtenstein den Schengen-Vertrag schon im Jahr 2008 unterzeichnet und ratifiziert hat, konnte dieser seine volle Wirkung noch nicht entfalten. Vorab hat Liechtenstein eine Evaluation in verschiedenen Bereichen der künftigen Zusammenarbeit zu durchlaufen. Trotzdem nimmt die nationale Umsetzung von Rechtsakten, die diesem Vertragswerk entspringen, das Ausländer- und Passamt intensiv in Anspruch. Mit dem Beitritt zu Schengen macht Liechtenstein doch einen bedeutenden Schritt auf dem Weg hin zur europäischen Integration bei gleichzeitigem Souveränitätsgewinn.

Seit dem 1. Januar des Berichtsjahres kommt gegenüber EWR- und Schweizer Staatsangehörigen ein neues Gesetz über die Freizügigkeit zur Anwendung. Dieses Gesetz, welches die bisherige Personenverkehrsverordnung ablöst, regelt die Ein- und Ausreise, den Aufenthalt sowie den Familiennachzug der genannten Staatsangehörigen nach den Vorgaben der europäischen Richtlinie zur Unionsbürgerschaft. Trotz Übernahmeverpflichtung dieser Richtlinie, die allen EWR-Staatsangehörigen das Recht gibt, sich in den übrigen Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, konnte Liechtenstein die Sonderregelung bezüglich des Zuzugs von EWR-Staatsangehörigen beibehalten. So hat denn gegen Jahresende die Regierung beschlossen, rund 15% mehr Aufenthaltsbewilligungen, als die bestehenden Mindestverpflichtungen es vorschreiben, zu erteilen, gleichzeitig aber auch bekräftigt, am bisherigen Ziel der Drittelsbegrenzung festzuhalten. Mit anderen Worten: einerseits soll es ausgewiesenen Fachkräften von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung erleichtert werden, in Liechtenstein Wohnsitz zu nehmen, andererseits soll jedoch der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen einen Drittel der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten.

Das Ausländer- und Passamt hat im Berichtsjahr das durch die Regierung in Auftrag gegebene Integrationskonzept mit dem Titel «Stärke durch Vielfalt» erstellt. Dieses und der darauf aufbauende Massnahmenplan wurde im Dezember des Berichtsjahres von der Regierung verabschiedet.

Ausweisschriften

Es zeichnet sich ab, dass praktisch alle über die nationalen Grenzen hinaus verwendbaren Reisedokumente wie Pass, Identitätskarte, Visum, sowie Aufenthaltsausweise künftig biometrische Merkmale, auf einem Chip gespeichert, ent-

halten müssen. Mit dem Beitritt Liechtensteins zu Schengen muss dies im Fall des Reisepasses und des Visums schon sehr bald geschehen. Deshalb laufen bereits die Vorarbeiten zur Ausgabe eines Reisepasses mit zusätzlich zum Gesichtsbild gespeicherten Fingerabdrücken, die Ausgabe selbst ist auf 2011 geplant.

Liechtensteinische Reisepässe
Im Jahr 2010 wurden 2'772 biometrische Reisepässe ausgestellt. Von einem biometrischen Reisepass spricht man deshalb, weil biometrische Merkmale wie das Gesichtsfeld auf einem im Pass integrierten Chip abgespeichert sind. Diese seit dem 26. Oktober 2006 ausgestellten Pässe zeichnen sich durch ein bisher unerreichtes Mass an Fälschungssicherheit aus. Die Personendaten sind dreifach abgespeichert, jede Art in sich mehrfach abgesichert. So kann beispielsweise der im Pass befindliche Chip nur einmal beschrieben werden, ein Überschreiben ist unmöglich.

Im Ausländer- und Passamt stehen heute zwei Einheiten von Personalisierungsinstrumenten, die es im Notfall erlauben, einen Reisepass innert kürzester Zeit, d.h. in einer halben Stunde, auszustellen. Diese «Express Ausstellung», bei der ein Zuschlag von 50% der Gebühr belastet wird, wurde 2010 in 106 Fällen beansprucht. Sechs Pässe wurden gar ausserhalb der ordentlichen Bürozeiten, an einem Sonntag, ausgestellt. Die Bearbeitungsdauer zur Erstellung eines Passes beträgt ansonsten maximal 10 Arbeitstage.

Die liechtensteinischen Vertretungen im Ausland - damit sind auch die schweizerischen Botschaften und Konsulate gemeint, die die liechtensteinischen Interessen im Ausland wahrnehmen – verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur, um selber Reisepässe auszustellen. Die Reisepässe der vorletzten Generation, farblich in grün gehalten, finden noch Einsatz in Notfällen, d.h. wenn einem liechtensteinischen Staatsangehörigen sein Pass im Ausland abhanden kommt. In solchen Fällen ist das grössere Fälschungsrisiko vertretbar, da diese Pässe auch nur für eine kurze Zeit, üblicherweise für die benötigte Zeit der Heimreise, ausgestellt werden. Im Jahr 2010 wurden vier Notpässe ausgestellt.

Liechtensteinische Identitätskarten
Seit dem 23. Juni 2009 verfügt das Ausländer- und Passamt nun über eigene Identitätskartendrucker. Seither ist es möglich, auch Identitätskarten innert kürzester Frist, d.h. innert 10 Minuten, und ohne Mehrkosten für den Gesuchsteller auszustellen; eine sehr geschätzte, neue Dienstleistung. Die Identitätskarte erfuhr ein eigentliches «face-lifting» und präsentiert sich in völlig neuer Aufmachung. Neben dem Einbau verschiedener neuer Sicherheitsmerkmale ermöglicht ein integrierter Chip mit qualifiziertem Zertifikat die Nutzung des e-government (lisign) der Liechtensteinschen Landesverwaltung.

Schweizer Pässe und Identitätskarten
Ab Januar 2003 bis 28. Februar 2010 wurden die Anträge für Schweizer Reisepässe und Identitätskarten im Ausländer- und Passamt EDV-technisch erfasst. Ab 1. März 2010 werden in der Schweiz biometrische Pässe, welche gespeicherte Fingerabdrücke enthalten, erstellt. Aus diesem Grund müssen Schweizer Staatsangehörige mit Wohnsitz in Liechtenstein, die einen Reisepass benötigen, direkt beim Passbüro in St. Gallen vorsprechen. Die Identitätskarte kann weiterhin beim Ausländer- und Passamt in Vaduz beantragt werden.

Einige Zahlen im Vergleich

Ausgestellte	**2010**	2009	2008	2007
Biometrische Reisepässe	**2772**	1'633	1'939	1'825
Dienstpässe	**4**	3	11	8
Diplomatenpässe	**24**	24	15	11
Identitätskarten (IDK 2000)	**0**	1'403	3'001	2'789
eID (ab 23. Juni 2009)	**4'138**	1'697	0	0
Staatsbürgerschaftsnachweise	**200**	194	216	225
Reiseausweise für anerkannte Flüchtlinge, inkl. Verlängerungen	**16**	21	24	24
Kostenpflichtige Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA	**0**	0	7	6
Kostenlose Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA für Schulen- und Altersausflüge	**61**	92	53	88
Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL-A und FL-D ausgestellt durch die Grenzwachtposten	**171**	378	616	774
Bearbeitete Anträge für Schweizer Pässe und Identitätskarten	**313**	515	562	638

Bewilligungen und Integration

Im Jahr 2010 wurden in der Abteilung Bewilligungen und Integration diverse Projekte umgesetzt. Dazu zählen die operative Umsetzung des auf den 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Personenfreizügigkeitsgesetzes (PFZG), die flächendeckende Einführung von ECM, die Erstellung eines Integrationskonzeptes mit Massnahmenplan und der Abschluss des Vorprojektes für den künftigen Aufenthaltsausweis für Drittstaatsangehörige, den so genannten Schengenausweis.

Vergabe durch die Regierung
Trotz Mitgliedschaft im EWR ist der Zuzug von ausländischen Staatsangehörigen beschränkt. Liechtenstein hat mit den Partnern im EWR und der Schweiz eine Sonderlösung ausgehandelt, die den Bedürfnissen Liechtensteins als auch der heute 30 Vertragsstaaten optimal Rechnung

trägt. Deshalb entscheidet einmal pro Monat die Regierung über die Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an ausländische Staatsangehörige.

Zwei bis vier Mal pro Jahr entscheidet die Regierung auch über die Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen, die als Erwerbslose oder als Lebenspartner Wohnsitz in Liechtenstein nehmen möchten.

Die bereits im Vorjahr bestellte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von konkreten Vorschlägen zur Zuwanderungspolitik Liechtensteins, unter dem Vorsitz des Leiters des Ausländer- und Passamtes, hat ihre Arbeiten im Berichtsjahr abgeschlossen. Der Auftrag bestand darin, konkrete Vorschläge zur Zuwanderungspolitik, ausgehend von den Ergebnissen einer bereits früher eingesetzten Arbeitsgruppe, zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat ihren Bericht im Dezember des Berichtsjahres der Regierung zur Kenntnis gebracht. In diesem Zusammenhang hat die Regierung beschlossen, rund 15% mehr Aufenthaltsbewilligungen, als die bestehenden Mindestverpflichtungen es vorschreiben, zu erteilen. Dies unter der Bekräftigung, an der Sonderlösung zur Personenfreizügigkeit und dem bisherigen Ziel der Drittelsbegrenzung festzuhalten.

Auslosung

Die Hälfte der im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegten Quoten an jährlich zu erteilenden Aufenthaltsbewilligungen an EWR-Staatsangehörige muss verlost werden. Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Auslosungsrunden von Aufenthaltsbewilligungen statt. An den Ziehungen haben im Frühling 314 und im Herbst 309 Personen teilgenommen. Insgesamt hatten 41 EWR-Staatsangehörige das Glück, über die Auslosung eine Aufenthaltsbewilligung für das Fürstentum Liechtenstein zu erlangen. Die Zahl liegt etwas über den festgelegten 36 (28 Erwerbstätige und 8 Erwerbslose), da früher Ausgeloste teilweise nicht zugezogen oder wieder ausgereist sind und somit erneut auszulosen waren.

Verschiedene Bewilligungsarten im Vergleich zu den letzten Jahren

Nachfolgend wird die Entwicklung einiger Bewilligungsarten und Meldebestätigungen aufgezeigt. Die angegebenen Zahlen können von den in früheren Jahresberichten aufgeführten Zahlen abweichen. Dies deshalb, weil sich die Zahlen durch nachträgliche Korrekturen verändern können. Dies geschieht beispielsweise durch rückwirkende An- und Abmeldungen oder durch Bewilligungserteilungen, welche zum Zeitpunkt der Auswertung noch hängig waren.

Unselbständige Grenzgänger und Grenzgängerinnen

Darunter werden Grenzgänger und Grenzgängerinnen mit EWR- und Drittstaatsangehörigkeit verstanden, deren Arbeitstätigkeit entweder gemeldet (EWR-Staatsangehörige) oder für die um eine Bewilligung nachgesucht (Drittstaatsangehörige) werden muss. Der Bestand dieser Grenzgänger und Grenzgängerinnen nahm im Berichtsjahr um 440 Personen zu, was einen Anstieg um 4% bedeutet.

Da sich Grenzgänger und Grenzgängerinnen mit Schweizer Staatsangehörigkeit beim Ausländer- und Passamt nicht zu melden haben, wird deren Bestand aufgrund der Meldungen beim Liechtensteinischen Unternehmungsregister (LUR) beim Amt für Volkswirtschaft im Nachhinein eruiert und publiziert. Diese doch beachtliche Zahl von Personen ist also in der nachstehenden Tabelle nicht erfasst.

Bestand Grenzgänger und Grenzgängerinnen sowie neu bestätigte bzw. bewilligte (ohne Schweizer Staatsangehörige)

per	Bestand	Neu bestätigte bzw. bewilligte Grenzgänger pro Jahr
31.12.2010	**11'679**	**4'083**
31.12.2009	11'239	3'512
31.12.2008	11'763	5'516
31.12.2007	10'826	4'991
31.12.2006	10'100	4'574
31.12.2005	9'726	4'295
31.12.2004	9'067	4'745
31.12.2003	8'726	4'228

Zudem haben die neu bestätigten bzw. bewilligten Grenzgängertätigkeiten zugenommen. Im Berichtsjahr wurden 4'083 Bestätigungen bzw. Bewilligungen an unselbständige Grenzgänger und Grenzgängerinnen erteilt. Damit wurden im Vergleich mit dem Vorjahr 571 Bewilligungen bzw. Bestätigungen mehr ausgestellt, was einen Anstieg um 16% bedeutet und die verbesserte wirtschaftliche Lage wiedergibt.

Dienstleister

Darunter werden Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verstanden, welche in Liechtenstein im Auftrag eines ausländischen Unternehmens eine Dienstleistung erbringen.

Gegenüber dem Jahr 2009 haben die gemeldeten und bewilligten grenzüberschreitenden Dienstleistungen um rund 8% abgenommen.

Der starke Anstieg der erteilten Bewilligungen in den Jahren 2007, 2008 und 2009 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Bewilligungsverfahren für schweizerische Unternehmen, welche in Liechtenstein eine Dienstleistung erbringen, dem Verfahren für liechtensteinische Unternehmen in der Schweiz angepasst wurde. Schweizerische Dienstleistungserbringer müssen deshalb vermehrt um Bewilligungen anstelle von Bestätigungen nachsuchen, da deren Dienstleistungserbringung von längerer Dauer ist.

Neue grenzüberschreitende Dienstleistungserbringungen (Bestätigungen und Bewilligungen) pro Jahr

Jahr	Anzahl Bestätigungen	Anzahl Bewilligungen	Total
2010	**873**	**808**	**1'681**
2009	1'074	784	1'822
2008	1'206	382	1'588
2007	1'139	114	1'253
2006	801	79	880
2005	936	66	1'002
2004	290	430	720
2003	496	209	705

Kurzaufenthalter

Im Berichtsjahr wurden 16 Kurzaufenthaltsbewilligungen (L-Bewilligung) weniger vergeben als im Vorjahr. Während es bei den erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen an Drittstaatsangehörige zu einem Rückgang von 88 Bewilligungen bzw. rund 19% und bei CH-Staatsangehörigen zu eine Zunahme von 3 Bewilligungen bzw. 7% kam, ist bei den an EWR-Staatsangehörige erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen eine Zunahme von 69 Bewilligungen bzw. 17% festzustellen. Der Rückgang von Kurzaufenthaltsbewilligungen an Drittstaatsangehörige ist auf die Einführung des Ausländergesetzes (AuG) und den damit strengeren Anforderungen an die Bewilligungserteilung zurückzuführen.

Erteilte L-Bewilligungen

per	EU/EWR	CH	Dritt	Total
2010	**465**	**45**	**365**	**875**
2009	396	42	453	891
2008	387	50	543	980
2007	423	43	540	1'006
2006	307	36	584	927
2005	311	36	580	927
2004	380	26	522	928
2003	580	36	514	1'130
2002	707	30	462	1'199

Aufenthaltsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 531 Aufenthaltsbewilligungen (B-Bewilligung) erteilt. Den grössten Teil davon macht der Familiennachzug aus, gemäss welchem 383 Personen einen Aufenthalt in Liechtenstein erhielten. 115 Aufenthaltsbewilligungen wurden zum Stellenantritt und 30 zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erteilt. Aufgrund der bilateralen Verträge mit der Schweiz und dem EWR werden nur noch in sehr wenigen Fällen Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an Angehörige eines Drittstaates vergeben. Als Drittstaaten gelten Staaten, mit welchen Liechtenstein keine vertraglichen Vereinbarungen bezüglich der Ausgestaltung des Personenverkehrs kennt. Während die Anzahl der erteilten B-Bewilligungen an EWR-Staatsangehörige recht stark zugenommen hat, nahm die Anzahl erteilter B-Bewilligungen an CH-Staatsangehörige ab, dies vor allem im Rahmen des Familiennachzuges.

Erteilte B-Bewilligungen nach Zulassungsgrund und Herkunft

Zulassungsgrund	CH		EWR		Dritt		Total	
	2010	2009	**2010**	2009	**2010**	2009	**2010**	2009
Stellenantritt (Vergabe, Ersatzanstellung, Auslosung)	**13**	13	**98**	97	**4**	9	**115**	119
Familiennachzug (inkl. Lebenspartner)	**91**	112	**184**	141	**108**	107	**383**	360
Erwerbslose Wohnsitznahme, humanitäre Aufnahme und anerkannte Flüchtlinge	**8**	11	**21**	19	**4**	3	**33**	33
Total	**112**	136	**303**	257	**116**	119	**531**	512

Daueraufenthalter / Niedergelassene

Mit Einführung des Gesetzes über die Freizügigkeit für EWR- und Schweizer Staatsangehörige (PFZG) erhalten EWR-Staatsangehörige und deren Familienmitglieder eine Daueraufenthaltsbewilligung (Bewilligung D), wenn sie sich seit fünf Jahren ununterbrochen in Liechtenstein aufgehalten haben. Schweizer und Drittstaatsangehörige erhalten eine Niederlassungsbewilligung (Bewilligung C).

Aus fremdenpolizeilicher Sicht bieten die Daueraufenthalts- und Niederlassungsbewilligung, verglichen mit der Aufenthaltsbewilligung, Vorteile im Falle des Beibehalts der Bewilligung sowie von aufenthaltsbeendenden Massnahmen. Zudem können Inhaber von Daueraufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen in bestimmten Fällen nach einer Abmeldung ins Ausland um eine Wiedererteilung ansuchen.

Da die Daueraufenthalts- und auch die Niederlassungsbewilligung bereits nach fünf Jahren erteilt werden kann, wurden im Berichtsjahr entsprechend Bewilligungen von EWR-Staatsangehörigen angesucht bzw. erteilt.

Im privat- und gewerberechtlichen Bereich hingegen hat die Niederlassungsbewilligung bzw. Daueraufenthaltsbewilligung für EWR- und CH-Staatsangehörige an Attraktivität eingebüsst. Die Niederlassungsbewilligung stellt heute beispielsweise für diese Personengruppen keine Voraussetzung mehr für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder etwa einem Eigentumserwerb dar. Es ist denn auch bereits so, dass etliche Berechtigte keinen Antrag auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung mehr stellen.

Bestand D/C-Bewilligungen

per	EU/EWR	CH	Dritt	Total
31.12.2010	**3'496**	**2'578**	**1'553**	**7'627**
31.12.2009	3'270	2'611	1'496	7'377
31.12.2008	3'133	2'515	1'465	7'113
31.12.2007	3'150	2'581	1'446	7'177
31.12.2006	3'169	2'663	1'462	7'294
31.12.2005	3'122	2'726	1'397	7'245
31.12.2004	3'141	2'785	1'304	7'230
31.12.2003	3'114	2'719	1'233	7'066

Sowohl Einbürgerungen als auch Abmeldungen von ausländischen Staatangehörigen beeinflussen die Anzahl der Daueraufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligungen direkt.

Integration

Das Ausländergesetz (AuG) enthält im Sinne des Förderns und Forderns Bestimmungen zur Integration. Von Drittstaatsangehörigen werden beim Familiennachzug Deutschkenntnisse und für die Erteilung der Niederlassung zudem Staatskundekenntnisse gefordert. Am 1. Januar 2010 trat das Personenfreizügigkeitsgesetz (PFZG) in Kraft, das auch Aussagen zur Bedeutung der Integration macht. Für die Förderung der Integration standen CHF 250'000 zur Verfügung. Damit wurden Sprachkurse und andere integrationsfördernde Massnahmen unterstützt.

Leistungsvereinbarung mit dem Verein für Interkulturelle Bildung (VIB)
Im Jahr 2008 wurde mit dem VIB eine Leistungsvereinbarung getroffen, die jährlich evaluiert wird. Im Jahr 2010 wurde die Erarbeitung eines Liechtenstein spezifischen Deutsch-Lehrmittels gefördert, welches die Lernenden mit der liechtensteinischen Alltagskultur vertraut macht. Darüber hinaus hat der VIB Kulturveranstaltungen durchgeführt und Migranten informiert und beraten.

Deutschkurse
Seit dem Jahr 2007 wird der Besuch von Deutschkursen mit CHF 200 pro Kursteilnahme gefördert. Insgesamt können für die drei Stufen A1, A2 sowie B1 jeweils bis zu vier Gutscheine eingereicht werden. Mittlerweile arbeitet das Ausländer- und Passamt mit sechs Sprachschulen zusammen, vier davon führen auch Zertifikatsprüfungen durch. Ingesamt wurden 589 Kurse gefördert. Dies entspricht einer leichten Zunahme von knapp 7%.

Staatskundeprüfungen
Aufgrund der Bestimmungen im Ausländer- und im Bürgerrechtsgesetz wurden im Berichtsjahr erneut vier Staatskundeprüfungen durchgeführt. Insgesamt traten 79 Personen zur Prüfung für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung und 75 Personen für den Erhalt der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft an. Die Erfolgsquote lag im Jahr 2010 bei rund 81% (Niederlassung) bzw. 85% (Staatsbürgerschaft).

Integrationsprojekte
Im Berichtsjahr wurden vier verschiedene integrationsfördernde Veranstaltungen und Projekte finanziell unterstützt. Die Vortragsreihe «Integration mit aufrechtem Gang» des Europäischen Institutes für interkulturelle und interreligiöse Forschung wurde ebenso unterstützt wie das Projekt «integra – Gesprächsgruppe für Migrantinnen» der Kontakt- und Beratungsstelle für Frauen (infra). Zwei Vorträge stellten weiters Integrationsthemen einem breiteren Kreis vor. Die Förderpädagogin und Buchautorin Betül Durmaz aus Gelsenkirchen hielt einen sehr gut besuchten Vortrag über die Herausforderung vieler Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund. Johannes Gstir, Fachbereichsleiter Integration bei der Tiroler Landesregierung, stellte die Integrationspolitik und Integrationsarbeit des Landes Tirol vor. Erstmals wurde im Berichtsjahr der liechtensteinische Integrationskalender 2011 aufgelegt.

integration.li
Im Berichtsjahr wurde der Internetauftritt integration.li umgesetzt. Damit wurde eine Internetplattform geschaffen, welche die regionalen Akteure vernetzt und über Aktuelles zum Thema Integration informiert. Diese Informationsplattform ist aufgeschaltet und steht den Akteuren der Integration zur Verfügung, um auf ihre Dienste, Angebote und Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Die Plattform informiert umfassend über Integrationsfragen und stellt den Interessierten die gewünschten Informationen zur Verfügung.

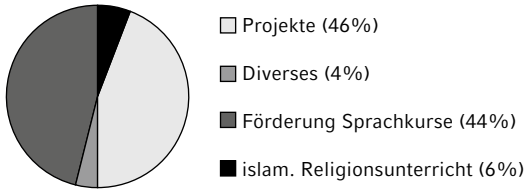
Integration von Muslimen
Die im Jahr 2004 eingesetzte Arbeitsgruppe zur «Integration von Muslimen» befasste sich im Berichtsjahr schwerpunktmässig mit einer Begräbnisstätte für Muslime. Da die Friedhöfe Sache der Gemeinden sind, wird zusammen mit der Vorsteherkonferenz, in dieser Arbeitsgruppe nach einer realistischen Lösung für Muslime gesucht, die nach muslimischem Ritus begraben werden möchten. Ein weiteres von dieser Arbeitsgruppe initiiertes Projekt, der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache auf Primarschulstufe, wurde erneut angeboten. Da es sich dabei nicht um regulären Unterricht handelt und letztlich auch dieses Projekt der Integration von Menschen in Liechtenstein dient, werden die Löhne der Lehrpersonen aus dem Integrationsbudget bezahlt.

Integrationskonzept
Das Integrationskonzept mit dem Titel «Stärke durch Vielfalt» wurde im Berichtsjahr erstellt und in Zusammenarbeit mit der Kommission für Integrationsfragen präzisiert und konkretisiert. Gleichzeitig wurde ein Massnahmen-

plan für die Jahre 2010 bis 2013 erarbeitet. Das Konzept und auch der Massnahmenplan wurden im Dezember des Berichtsjahres von der Regierung verabschiedet. Im Berichtsjahr wurden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um das Konzept und die Massnahmen im Jahr 2011 der breiten Bevölkerung bekannt zu machen.

Integrationsvereinbarungen
Seit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes werden in sogenannten Integrationsvereinbarungen individuelle Ziele zum Erreichen der Deutschzertifikate und zum Bestehen der Staatskundeprüfungen festgelegt. Im damit verbundenen persönlichen Gespräch werden auch die individuell sehr unterschiedlichen Lebenssituationen berücksichtigt. Im Berichtsjahr wurden 299 Integrationsvereinbarungen mit Drittstaatsangehörigen abgeschlossen.

Mittelverwendung
Die Budgetmittel fliessen grösstenteils in die Sprachförderung und die Integrationsprojekte. Die nachfolgende Grafik zeigt auf, wie die Mittel verwendet wurden.



Recht, administrative Massnahmen

Gesetzgebung
Das APA erarbeitete den Bericht und Antrag zur ersten Revision des Ausländergesetzes, welcher insbesondere zur Umsetzung der Richtlinie 2008/115/EG (Rückführung von illegal Anwesenden), der Verordnung (EG) Nr. 380/2008 (Aufenthaltsausweise mit biometrischen Daten) und der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 (Visainformationssystem) dient. In diesem Zusammenhang waren auch Anpassungen des Personenfreizügigkeitsgesetzes notwendig. Die erste Lesung zur Abänderung des Ausländergesetzes sowie des Personenfreizügigkeitsgesetzes fand im November 2010 statt.

Runder Tisch Gewaltfälle
Im Jahr 2010 war die Einberufung des Runden Tisches Gewalt in keinem Anlassfall, an welchem das APA beteiligt war, notwendig.

Verwaltungsverfahren, Verfahrenshilfe, Wegweisungen, Einreisesperren
Es wurden 15 Verfahren nach den Vorschriften über das Auslosungsverfahren durchgeführt.

Zudem wurden 11 Entscheidungen und 10 Verwaltungsbote wegen Abweisung von Gesuchen oder Anordnung von Massnahmen (z.B. Erlöschen der Bewilligung, Widerruf der Bewilligung oder Androhung der Ausweisung) erlassen. Die Regierung verlangte in 9 Fällen schriftliche Stellungnahmen zu den Beschwerden, die gegen die Verfügungen erhoben wurden.

Das APA musste über keinen Antrag auf Gewährung von Verfahrenshilfe entscheiden.

Insgesamt wurden 9 Personen weg gewiesen, die keine Einreise- und Aufenthaltsberechtigung besassen. In 3 Fällen wurden zum Vollzug der Wegweisung die gesetzlichen Zwangsmassnahmen (Vorbereitungs- oder Ausschaffungshaft) verfügt.

Ordnungsbussen, Verwaltungsstrafbote und Exekutionsverfahren
Die Abteilung Recht verhängte 295 Ordnungsbussen wegen Missachtung der Meldevorschriften für Grenzgänger oder infolge von Unterlassungen anderer Meldepflichten (z.B. Adressänderungen) nach den Vorschriften des Ausländergesetzes bzw. Personenfreizügigkeitsgesetzes. Es wurden 62 Exekutionsverfahren wegen fälliger und unbezahlter Gebührenrechnungen durchgeführt.

Vollzug
Die Abteilung Recht verarbeitete 326 Meldungen der Landespolizei (Strafanzeigen) oder der Strafgerichte (strafgerichtliche Verurteilungen) wegen eines Verbrechens oder Vergehens:

61 Personen mit Wohnsitz im Inland wurden infolge strafgerichtlicher Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwarnt (ermahnt);

10 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zur Gewährleistung der inneren Ordnung und Sicherheit mit einer befristeten oder unbefristeten Einreisesperre für die Schweiz und Liechtenstein belegt;

6 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden wegen Missachtung der Einreisesperre verzeigt;

201 inländische Strafverfahren wurden den zuständigen kantonalen Einwohnerdiensten und/oder der zuständigen Behörde in der Schweiz aufgrund der Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Schweiz gemeldet;

48 Verfahren von Personen mit Wohnsitz im Inland sind bei der Staatsanwaltschaft FL und CH noch pendent.

Kontrolltätigkeit
152 Fahndungsaufträge wurden erledigt. Dabei wurden 132 Personen wegen Verstössen und Vergehen im Rahmen ihrer Aufenthaltsbewilligung und 10 Personen wegen Aufnahme einer Arbeit ohne Bewilligung kontrolliert. Die Tätigkeit umfasste zudem in 10 Fällen die Kontrolle von Wohnungen, Abklärungen bei Verdacht auf Scheinehe, die Einhaltung von Ausreisefristen oder andere Sachverhalte. Des Weiteren wurden, zusammen mit der Landespolizei, 10 Milieu-, Fasnachts- und Restaurantkontrollen durchgeführt.

Grenzüberschreitende Dienstleistungen GDL
Es wurden insgesamt 48 Firmen mit 110 ausländischen Mitarbeitern kontrolliert, davon 15 Firmen mit Sitz in Liechtenstein, 13 Dienstleister aus dem EWR-Raum und 20 Dienstleister aus der Schweiz.

Zusammenarbeit mit der Landespolizei und dem Amt für Volkswirtschaft
Das APA führt zusammen mit der Landespolizei, Kommissariat Fahndung, Kontrollen durch. Diese Unterstützung ermöglicht Kontrollen von grösserem Ausmass, z.B. Milieu- und Fasnachtskontrollen. Mit dem Amt für Volkswirtschaft wurde vereinbart, dass von den Aussendienstmitarbeitern des APA kontrolliert wird, ob Dienstleistungserbringer über die gewerberechtliche Bewilligung verfügen.

Grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit Personenverkehr/Migration

Einsitz in verschiedenen Gremien im In- und Ausland/ Konferenzteilnahmen

Im Verhältnis mit der Schweiz
Seit dem Abschluss des EWR-Abkommens unterstehen die meisten ausländischen Staatsangehörigen dem EWR-Aquis über die Personenfreizügigkeit und der Sonderlösung für Liechtenstein und nicht mehr den einschlägigen schweizerischen Bestimmungen. Trotzdem ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und dem Bundesamt für Migration nach wie vor eng, nützlich und freundschaftlich. Ausdruck dafür ist auch die Einbindung des Ausländer- und Passamts in die Vereinigung der ostschweizerischen Fremdenpolizeichefs (VOF) und in die gesamtschweizerische Vereinigung der Chefs der Migrationsbehörden (VKM). Konkreter Ausdruck der sehr engen regionalen Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und den Kantonen SG und GR ist ein Memorandum of Understanding, welches es seit 2003 sehr gut qualifizierten Drittstaatsangehörigen regional bedeutender Unternehmen ermöglicht, in der Schweiz Aufenthalt zu erhalten und in Liechtenstein zu arbeiten.

Im Rahmen der EWR-Mitgliedschaft
Wie jedes Jahr war auch im Jahr 2010 der Besuch mehrerer Sitzungen im Ausland erforderlich. Es handelte sich dabei zunächst um zwei Teilnahmen an Sitzungen des CDMG (= Europäisches Komitee für Wanderarbeitnehmer) in Strassburg, welches dem Europarat zugeordnet ist. Dabei wurden insbesondere Berichte über die diversen Aktivitäten des CDMG bzw. der relevanten Untergruppen besprochen sowie mehrere Empfehlungen, welche sich an die Mitgliedstaaten richten, verabschiedet. Die Aktivitäten des CDMG sind aufgrund eines Entscheids des Ministerkomitees im Mai 2010 für das Jahr 2011 – während einer Evaluationsphase und einer Suche nach den geeigneten Strukturen und Arbeitsmethoden – bis auf Weiteres aufgeschoben worden.

Im Weiteren fand die Teilnahme an zwei Sitzungen der EWR-/EFTA-Arbeitsgruppe Freier Personenverkehr, Beschäftigung und Soziale Sicherheit in Brüssel statt. Dort wurde u.a. die nationale Implementierung der Richtlinie 2004/38/EG (Unionsbürgerschafts-Richtlinie), diverse beschäftigungsrelevante Themen, die künftige Struktur der Arbeitsgruppe, geplante neue Regelungen im Bereich der sozialen Sicherheit, das Europäische Jahr für aktives Altern 2012, das Arbeitsprogramm für 2011, nicht EWR-relevante Richtlinienvorschläge seitens der EU bezüglich Drittstaatsangehörigen sowie eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur Arbeitnehmerfreizügigkeit besprochen.

Ferner nahm das Ausländer- und Passamt erstmals an einer Konferenz zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in London teil, welche von der holländischen Universität Nimwegen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission veranstaltet und in welcher über die laufenden Entwicklungen im europarechtlichen Bereich berichtet wurde.

Landesintern erfolgte die Teilnahme des Ausländer- und Passamtes am Runden Tisch Menschenhandel unter Vorsitz der Landespolizei. Dabei wurde im Wesentlichen der vom Ausländer- und Passamt verfasste Bericht über die abgehaltenen Informationsveranstaltungen der Tänzerinnen aus Drittstaaten («Projekt Magdalena», Präventionsprojekt für potentielle Opfer von Menschenhandel) besprochen.

Koordination Schengen/Dublin
Seit 1. April 2009 gibt es beim Ausländer- und Passamt die Stelle eines Schengen/Dublin-Koordinators. Dieser überwacht die operative Umsetzung des Schengen/Dublin-Besitzstandes in den einzelnen Amtsstellen der Landesverwaltung. Dazu gehören das Aufgleisen von Massnahmen, die für die Koordination und Projektumsetzung notwendig sind, die Schriftführung der Arbeitsgruppe Schengen/Dublin (Erstellen der monatlichen Zwischenberichte, Überprüfung des Standes der verschiedenen Projekte sowie der Pendenzen), die Gewährleistung des Informationsflusses in der Landesverwaltung, die Koordination der Schengen Evaluation, die Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Schengen Evaluation des Europäischen Rates, die Pflege des Schengen Besitzstandes sowie die Ermittlung des diesbezüglichen Handlungsbedarfs.

Obwohl Schweden und Deutschland ihre Vorbehalte gegen den Beitritt Liechtensteins zu Schengen und Dublin zurückgezogen haben, hat die EU das Protokoll Liechtensteins noch nicht ratifiziert. Dennoch läuft die Vorbereitung für den Beitritt Liechtensteins und die im Vorfeld damit zusammenhängenden Evaluierung der Umsetzung des Schengen-Besitzstandes vor Ort.

Die Arbeitsgruppe für die operative Umsetzung des Schengen- und Dublinbeitritts tagte im Berichtsjahr

zweimal. Darüber hinaus wurden sechs Zwischenberichte über den aktuellen Stand der Umsetzungsarbeiten erstellt und an acht Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe für Schengen Evaluierungen (SCHEVAL) in Brüssel teilgenommen. Im Rahmen der Vorbereitung für den Schengen-Beitritt wurden auch die Antworten auf den Standardfragebogen zur Schengen-Evaluation ausgearbeitet und zusammengestellt.

Vom 18. bis zum 20. Mai fand zudem vor Ort die erfolgreiche Evaluation über die Umsetzung des Sicherheitsabkommens zwischen Liechtenstein und der EU statt. Dem Ausländer- und Passamt kommt gemäss Abkommen die Aufgabe eines Registrators für klassifizierte EU-Dokumente zu.

Im Rahmen der Mitgliedschaft bei der UNO

Am 4. und 5. November nahm der Amtsleiter am 4. Global Forum on Migration and Development in Mexiko teil. Dieses Welttreffen von Migrationsverantwortlichen ist ein freiwilliger, zwischenstaatlicher, nicht-bindender, globaler Dialog-Prozess im Bereich Migration und Entwicklung. Die UN-Agenturen und andere internationale bzw. regionale Organisationen sind als Beobachter zugelassen. Das Ziel des GFMD ist die Förderung der internationalen Kooperation und Partnerschaft im Migrationsbereich und ermöglicht es, über die weltweite Migration und deren Auswirkungen im Allgemeinen und die nationalen Massnahmen im Speziellen mit anderen Konferenzteilnehmern von Angesicht zu Angesicht diskutieren zu können.

Asyl

Asylgesuche im Inland, Flüchtlings- und Migrationshilfe im Ausland

Die Abteilung Asyl war auch im vergangenen Jahr vor allem in zwei zentralen Aufgabengebieten tätig. Erstens handelte es sich dabei um die Bearbeitung der in Liechtenstein anfallenden Asylgesuche und die Betreuung der Asylsuchenden in Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe Liechtenstein. Zweitens wurden im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe auch im Berichtsjahr wieder eine Reihe von Migrations- und Entwicklungsprojekten in Osteuropa unterstützt und betreut.

Die Situation in Liechtenstein im Überblick

Verglichen mit dem Vorjahr, als insgesamt 294 Asylgesuche verzeichnet worden sind, gestaltete sich die Lage im Asylbereich im Jahr 2010 ruhig. Sieht man von der Spitze im Jahr 2009 ab, so war 2010 – verglichen mit dem Zeitraum 2004 bis 2008, in welchem pro Jahr durchschnittlich 46 Asylgesuche eingereicht worden sind – dennoch relativ arbeitsintensiv. 113 Gesuche wurden beim APA selbst oder – ausserhalb der Bürozeiten – bei der Landespolizei eingereicht. Die Monatszahlen schwanken dabei in der Bandbreite zwischen 35 Gesuchen im Monat März und zwei Gesuchen im Juli.

Spitzenwert in internationalen Vergleich

Bei einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 181 Personen oder 61.5 % verzeichnete Liechtenstein damit im Jahr 2010 rund 3.14 Asylgesuche pro 1000 Einwohner. Dies ist ein absoluter Spitzenwert im internationalen Vergleich. So wurden in der Schweiz im vergangenen Jahr beispielsweise lediglich zwei Asylgesuche pro 1000 Einwohner eingereicht. In Österreich lag der Wert bei 1.32 Gesuchen pro 1'000 Einwohner.

	2010	2009	Veränderung	pro 1'000 Einwohner
Schweiz	**15'567**	16'005	- 2.74 %	2.00
Österreich	**11'022**	15'822	- 31.34 %	1.32
Deutschland*	**35'957**	27'650	+ 30.04 %	0.44
Frankreich*	**50'480**	41'981	+ 20.24 %	0.77
Griechenland*	**10'516**	15'930	- 33.99 %	0.93
Schweden*	**30'093**	24'194	+ 24.38 %	3.22
Grossbritannien*	**21'775**	29'840	- 27.03 %	0.35
Belgien*	**18'348**	17'190	- 6.74 %	1.69
Liechtenstein	**113**	294	- 61,54 %	3.14

* Zahlen per Ende Oktober 2010 hochgerechnet

Trotz der speziellen geografischen Lage un der Tatsache, dass Liechtenstein nur über sie sicheren Staaten Schweiz und Österreich erreichbar ist, wies das Land auch im vergangenen Jahr eine im internationalen Vergleich sehr hohe Anzahl an Asylgesuchen auf. 2009 waren es gar 8.21 Gesuche auf 1'000 Einwohner. Damals verzeichnete die Schweiz 2.13 Gesuche auf 1'000 Einwohner und Österreich deren 1.89.

Mazedonien und Russland dominierten

Spitzenreiter nach Nationen waren bei den Asylsuchenden in Liechtenstein im vergangenen Jahr Mazedonien mit 38 Gesuchen – alle eingereicht zwischen Ende Februar und Anfang März – und Russland mit deren 32, gefolgt von Nigeria mit elf Gesuchen. Die restlichen 32 Gesuche wurden von Asylsuchenden aus 16 verschiedenen Ländern, von Ägypten bis Serbien, eingereicht.

Den 113 Asylgesuchen stehen 116 Abgänge von Asylsuchenden gegenüber. Unter anderem tauchten 19 Asylsuchende unter, in 22 Fällen griffen die Rückübernahmeabkommen mit der Schweiz (sieben Fälle), Österreich (14 Fälle) und Luxemburg (ein Fall), 34 Personen zogen ihr Asylgesuch zurück und in einem Fall wurde eine B-Bewilligung ausgestellt. Der Bestand an Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen verringerte sich somit im Vergleich zum Ende des Vorjahres um drei auf 44 Personen. Die grösste Gruppe stellten dabei die Somalis mit 21 Asylsuchenden, gefolgt von den Eritreern mit neun Personen. Untergebracht sind bzw. waren die Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen auch im vergangenen Jahr zum überwiegenden Teil im Aufnahmezentrum am Heuweg in Vaduz sowie in Wohnungen in Bendern (Postgebäude) und in Schaanwald (alte Zollwohnungen).

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe
Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (IFMH) ist Teil der Internationalen humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) Liechtensteins und aus der ehemaligen «Wiederaufbauhilfe» hervorgegangen. Das Ausländer- und Passamt hat im Berichtsjahr rund CHF 2.85 Mio. für die IFMH eingesetzt und damit das Budget von CHF 2.9 Mio. zu über 98 Prozent ausgeschöpft. Die Beiträge sollen zur Bewältigung der globalen Migrationsproblematik sowie zum Schutz und zur Unterstützung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Rückkehrern beitragen.

Bewährte Partnerschaften fortgesetzt
Abgesehen vom CHF 300'000 umfassenden Jahresbeitrag an das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) ist das Ausländer- und Passamt relativ ungebunden in den von ihm unterstützten Projekten. Entsprechend breit ist die Palette an konkreten Projektzielen, Projektpartnern und Einsatzorten der IFMH-Gelder aus Liechtenstein. Den höchsten Beitrag von CHF 500'000 erhielt die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zusammen mit dem Bundesamt für Migration (BFM) für die seit Jahren bewährte Beteiligung Liechtensteins an der «Migrationspartnerschaft Westbalkan». Liechtenstein tritt in diesem Zusammenhang bei allen Projekten als offizieller Partner auf und wird von den Verantwortlichen aus der Schweiz auch eng in die Planung der verschiedenen Projekte eingebunden.

Vom Balkan bis Armenien aktiv
Lokale Schwerpunkte bildeten im vergangenen Jahr vor allem Bosnien-Herzegowina und der Kosovo, wo zwölf Projekte in Zusammenarbeit mit der Caritas Schweiz und eines zusammen mit dem Christlichen Friedensdienst gefördert worden sind. Die Bandbreite der gesprochenen Mittel reicht dabei von CHF 30'000 für den Betrieb eines Jugendhauses in der bosnischen Stadt Ljubica über CHF 190'000 für ein Hausbauprogramm für Angehörige der Roma-Minderheit, die bisher unter prekären Verhältnissen lebten, in Gjakova (Kosovo) bis hin zu CHF 250'000 zur Förderung der kleinbäuerlichen Beerenproduktion in Zentral- und Ostbosnien zur Verminderung des Migrationsdrucks. Die multi-ethnische Friedensförderung, der Kampf gegen den Menschenhandel sowie die Hilfe zur Selbsthilfe waren weitere Förderschwerpunkte. Zusammen mit der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi wurden überdies Schulbildungsprojekte in Serbien und Mazedonien unterstützt und ein Migrationsprojekt der Caritas Österreich in Armenien bereits im zweiten Jahr mit CHF 240'000 gefördert. Mit der Beratung potentieller Migranten, der Reintegration von Rückkehrern und mit Öffentlichkeitsarbeit soll dabei dem Migrationsdruck begegnet werden.

Vor Ort Augenschein genommen
Das Ausländer- und Passamt legt im Rahmen der IFMH grossen Wert darauf, die von ihm unterstützten Projekt auch zu begleiten und den Einsatz der Gelder durch Besuche vor Ort zu evaluieren sowie sicherzustellen, dass Liechtenstein als Geldgeber auch in der Öffentlichkeit präsent ist. Im vergangenen Jahr fand zu diesem Zweck eine Projektreise nach Bosnien-Herzegowina statt, die insbesondere dazu diente, die Beziehungen zu den Projektpartnern zu vertiefen und Kontakte zu knüpfen. Solche Kontakte fördern das Vertrauen zwischen dem Ausländer- und Passamt sowie den internationalen Organisationen und Projektpartnern vor Ort und tragen dazu bei, dass die Mittel aus Liechtenstein zielgerichtet eingesetzt werden.

KOMMISSIONEN

Landesgrundverkehrskommission

Präsident: lic.iur. Christian Ritter M.B.L.-HSG

Der Präsident der Landesgrundverkehrskommission wurde neu bestellt. Es bestehen keine Pendenzen.

Zusammensetzung und Zuständigkeit:
Die Landesgrundverkehrskommission besteht aus dem Präsidenten und vier weiteren Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden; für den Präsidenten ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Präsident und sein Stellvertreter müssen rechtskundig sein.

Die Landesgrundverkehrskommission entscheidet über Beschwerden gegen Entscheidungen der Gemeindegrundverkehrskommission. Beschwerden können von jeder Vertragspartei des dem Erwerb von Eigentum an Grundstücken zu Grunde liegenden Rechtsgeschäfts sowie von der Regierung erhoben werden; die Regierung hat dabei das Beschwerderecht an das Ressort Inneres delegiert.

Beschwerdefälle 2010:
Im Berichtsjahr wurden drei Beschwerden (im Vorjahr zwei) erhoben. Die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle sind wie folgt behandelt worden:

LGVK 2010/01	19.08.2010	Beschwerde der Regierung stattgegeben, Genehmigung verweigert
LGVK 2010/02	17.06.2010	Beschwerde verworfen
LGVK 2010/03	23.09.2010	Beschwerde der Regierung stattgegeben, Genehmigung verweigert

Pendenzen 2010:
Aus dem Vorjahr bestanden keine Pendenzen und die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle konnten im

Berichtsjahr selbst verhandelt und entschieden werden. Es bestehen daher keine Pendenzen.

Gewaltschutzkommission der Regierung (GSK)

Vorsitzender: Jules S. Hoch

Die Kommission kam im Berichtsjahr zu acht ordentlichen Sitzungen zusammen. Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr lag bei der Erarbeitung und Umsetzung eines Massnahmenkatalogs gegen rechte Gewalt (MAX) auf der Grundlage der Empfehlungen einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz über Rechtsextremismus in Liechtenstein. Ende März wurde der Massnahmenkatalog MAX von der Regierung verabschiedet und anfangs April von Regierungsrat Hugo Quaderer der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Massnahmenkatalog definiert fünf Aufgabenbereiche: 1) Gesamtbevölkerung sensibilisieren und politische Akteure ermutigen, 2) Fachpersonen weiterbilden und vernetzen, 3) Fach- und Bezugspersonen beraten, 4) Täter verfolgen und Ausstiegswillige unterstützen und 5) Situation dokumentieren, analysieren und rechte Tendenzen frühzeitig erkennen. Die GSK wurde von der Regierung mit der Umsetzung des MAX beauftragt. Als erste MAX-Massnahme wurde bereits im Frühsommer die Sensibilisierungskampagne «GEMEINSAM GESICHT ZEIGEN gegen rechte Gewalt» lanciert. Die Kampagne vermittelte die Botschaft, dass sich trotz unterschiedlicher Weltanschauung, Lebensentwürfe oder sozialer Funktionen die Menschen in Liechtenstein in der Ablehnung rechter Gewalt einig sind.

Ebenfalls wurde bereits im Juni von der Regierung das Konzept für die Schaffung einer «Fachgruppe für Rechtsextremismus» (FGR) verabschiedet, deren Aufgabe es ist, Personen, die beruflich oder privat (z.B. als Angehörige) mit dem Phänomen Rechtsextremismus konfrontiert sind, zu beraten. Im Berichtsjahr war die Arbeit der FGR geprägt vom Aufbau und der Festlegung der Arbeitsweisen. Bisher haben sich noch keine Aussenstehenden mit Beratungsbedarf an die Fachgruppe gewendet. Im November wurde unter Mitarbeit der GSK eine Informationsveranstaltung für Eltern unter dem Titel «DAS VERSTECKSPIEL – Zum Umgang mit rechtsorientierten und rechtsradikalen Jugendlichen» am Schulzentrum Unterland durchgeführt. Die Veranstaltung war mit ca. 200 Interessierten sehr gut besucht.

Das Liechtenstein-Institut wurde im Rahmen des MAX mit dem Monitoring von Themen und Vorfällen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus sowie der jährlichen Berichterstattung beauftragt. Mit dem ersten Monitoringbericht ist im Februar 2011 zu rechnen. Der Bericht soll zusammen mit dem Massnahmenkatalog gegen rechte Gewalt (MAX) auf der Website der GSK publiziert werden. Zu diesem Zweck wird die Website der GSK www.respect-bitte.li neu gestaltet.

Im Übrigen fanden im Rahmen der Kommissionssitzungen jeweils kurze Lagebeurteilungen statt. Es zeigte sich, dass die Jugendgewalt im Jahr 2010 in Liechtenstein keine dramatische Veränderung erfahren hat. Sowohl Polizei als auch Schulen und Offene Jugendarbeit berichten über Gewaltvorfälle, ohne dass daraus jedoch Tendenzen oder neue Entwicklungen erkennbar wären. Im Berichtsjahr wurden total sechs strafrechtlich relevante Vorfälle mit mutmasslich rechtsextremem Hintergrund registriert. Speziell zu erwähnen sind dabei die Brandanschläge im Unterland. Im Zusammenhang mit den Brandanschlägen konnte ein Tatverdächtiger aus der rechten Szene von der Landespolizei ermittelt werden, der auch vom Landgericht zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Ebenfalls eine grosse Wirksamkeit in der Öffentlichkeit hatte eine erneute Flugblattaktion. Während jedoch der Personenkreis, der für die Flugblattaktion «Völkische Erneuerungsbewegung Liechtenstein» beteiligt war ermittelt und bei der Regierung wegen Widerhandlung gegen das Mediengesetz angezeigt werden konnte, ist die Urheberschaft der letzten Flugblattaktion «Nationaler Sozialismus. Bürgerinformation für Liechtenstein» bisher nicht bekannt.

Regelungskommission

Vorsitzender: Mag. iur. Konrad Lanser

Die Kommission bzw. der Vorsitzende hat im Jahre 2010 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden drei enderledigende Entscheidungen getroffen.

Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Anfragen eines Regelungsausschusses einer Gemeinde und von Bürgergenossenschaftsmitgliedern einer Erledigung zugeführt.

Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

Präsident: Büchel Mario

Im Berichtsjahr 2010 trafen sich die Mitglieder der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr zu zwei Sitzungen. Die Schwerpunkte der Arbeit betrafen die Dis-

kussion und Überprüfung der Unterstützungsanträge an Institutionen und Organisationen, die sich für die Unfallverhütung im Strassenverkehr einsetzen.

Folgende Aktionen und Kampagnen wurden im Berichtsjahr von der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr unterstützt:

- Schulung der 4. Primarschulklassen bei der neu erstellten Verkehrsschulungsanlage in Schellenberg (inkl. Neugestaltung, Unterhalt und Reparatur der Verkehrsschulungsanlage/Container)
- «Velo-Helm Aktion» des Liechtensteiner Radfahrerverbandes sowie Plakate der bfu
- «Sicher im Sattel» des Verkehrs-Clubs Liechtenstein in Balzers, Vaduz und Schaan
- «Sicher Rad fahren im Alter» plus 60 (VCL)
- Kampagnen:
- Jahreskampagne der KfU: «Blindflug» im Frühling, welche durch Radiospots, Diavorführungen im Schlosskino Balzers sowie im Takino Schaan, Plakate, Rechenschieber zum Abgeben, Werbeplakate auf Bussen sowie eine Pressemitteilung sicht- und hörbar war
- Kampagne «Velohelm» tragen. Denn auch Sie könnten auf dem Kopf landen.
- Kampagne «Schulanfang» im August 2010, welche durch Radiospots, Plakate, Kinderzeichnungen für Autofahrer sowie eine Pressemitteilung an die Bevölkerung gebracht wurde
- Aktion Sichtbarkeit im November 2010, welche durch Abgabe von reflektierenden Mützen, Flyer und Plakate der bfu und des Verkehrssicherheitsrates: «Licht. Sicht. Sicherheit.» sichtbar gemacht wurde
- Kampagne Alkohol «Adelheit säuft. Fährt aber nicht!» zur Fasnachtszeit im Februar sowie in der Weihnachtszeit im Dezember
- Unterstützung der Verkehrskadetten Liechtenstein (Ausrüstung/Arbeitsmaterial)
- Subvention von diversen Fahrsicherheitskursen (Auto und Motorrad) in Veltheim, Betzholz, Driving Camp Vorarlberg und Driving Graubünden
- Landesweite Aktion «Zu Fuss zur Schule/zum Kindergarten» der Arbeitsgruppe Verkehrsprävention in Liechtenstein
- Unterstützung bei technischen Fahrradkontrollen in Zusammenarbeit mit den Primarschulen der Gemeinden Balzers, Triesen, Vaduz, Schaan, Eschen/Nendeln, Mauren/Schaanwald sowie Ruggell

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Hugo Quaderer

Die Qualität des liechtensteinischen Bildungswesens auf allen Stufen ist das oberste Ziel des Ressorts Bildung. Die optimale Förderung jedes Einzelnen und das Einfordern von Leistung stehen bei allen Bestrebungen im Vordergrund.

Im Berichtsjahr wurde vor allem im Bereich der Hochschulbildung einiges geleistet. So wurde die Revision des Hochschulgesetzes in zweiter Lesung beraten und abgeschlossen sowie das Gesetz über die Hochschule Liechtenstein angepasst. Die Hochschule wurde damit definitiv zur Universität. Ausserdem wurde in Zusammenarbeit mit dem Ressort Wirtschaft das Postulat über die Förderung von Wissenschaft und Forschung beantwortet. Viele erfolgreiche Projekte wie die Tagesschulen in Schaan und Vaduz, die Time-out Schule und die Sportschule wurden weitergeführt. Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit einer alle Bildungsbereiche umfassenden Bildungsstrategie, zudem wurden mit vielen verschiedenen Gruppierungen und Interessensvertretern Gespräche zur Weiterentwicklung der Bildung geführt.

Zudem hatte das Ressort Bildung mit dem ihm zugeordneten öffentlichen Anstalten und Stiftungen viel Umsetzungsarbeit aus Corporate Governance zu leisten und war sehr stark in das Projekt «Sanierung Staatshaushalt» eingebunden.

Berufsbildung

Berufsbildung

Im Jahr 2008 wurde das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft gesetzt. Im Berichtsjahr wurden viele konkrete Neuerungen umgesetzt. So hat die Regierung unter anderem 60 Berufsbildungsverordnungen erlassen und die Konzepte zur «Fachkundigen individuellen Begleitung FiB» und zur Validierung von Bildungsleistungen wurden umgesetzt. «Fachkundige individuelle Begleitung FiB» kann im schulischen Lernen und auch im sozialen Lernen ansetzen und bezieht den Lehrbetrieb, die Berufsfachschule, die überbetrieblichen Kurse und das soziale Umfeld mit ein. Die Validierung von Bildungsleistungen ist das Verfahren, durch das eine Institution, eine Schule oder eine Behörde anerkennt, dass berufliche Handlungskompetenzen, die eine Person durch eine frühere, formale oder nicht formale Ausbildung oder durch Erfahrung erworben hat, einem Teil oder der Gesamtheit eines Berufstitels gleichwertig sind. Dies führt zu mehr Vergleichbarkeit.

Schul- und Hochschulwesen

Weiterentwicklung Sekundarstufe I

Zu Beginn des Berichtsjahres hat das Ressort Bildung intensive Gespräche mit verschiedenen Interessensvertretern zur Sekundarstufe I geführt. Im Zentrum stand vor allem die Frage, wie die Sportschule gesetzlich verankert werden soll. Im Mai fand eine Grossgruppenmoderation mit gut 120 Personen in Schaan statt, die sich ebenfalls mit Zukunftsfragen im Schulwesen auseinandersetzte. Basierend auf den Ergebnissen dieser Diskussionen wurde im Oktober ein Vernehmlassungsbericht zur Stellungnahme an die interessierten Kreise versandt.

Revision des Hochschulgesetzes

Aufgrund verschiedener Entwicklungen in Liechtenstein selbst und der grossen Dynamik des Bologna-Prozesses ist in einigen Bereichen des Gesetzes vom 25. November 2004 über das Hochschulwesen Revisionsbedarf entstanden. Es sind dies insbesondere: Ausbau und wachsender Stellenwert der Weiterbildung im Hochschulbereich im Kontext des lebenslangen Lernens, Verpflichtung Liechtensteins zur Schaffung eines nationalen Qualifikationsrahmens für den Hochschulbereich im Rahmen des Bologna-Prozesses, Verankerung der Mitwirkungsrechte des Mittelbaus und der Studierenden auf Gesetzesebene, Aufnahme des Akkreditierungswesens als Mittel der Qualitätssicherung und -entwicklung und Umsetzungsmassnahmen im Rahmen der Empfehlungen des Prinzipberichtes zum Wissenschaftsstandort Liechtenstein.

Die Gesetzesänderungen wurden im März des Berichtsjahres vom Landtag in zweiter Lesung beraten und beschlossen.

Tagesschulangebot

Neben dem bereits laufenden Schulversuch «Tagesschule an der Primarschule Schaan» wurde im Berichtsjahr basierend auf Beschlüssen der Regierung und der Gemeinde Vaduz mit einer Tagesschule in Vaduz gestartet. Das Konzept sieht einen 3-jährigen Schulversuch vor.

Das Tagesschulmodell in Vaduz fusst ebenfalls auf einem eigenen pädagogischen Konzept, in dem Unterrichtszeit und Freizeit fliessend ineinander übergehen und nicht in klaren Phasen voneinander getrennt sind. Der Unterricht erfolgt im Teamteaching und in altersgemischten Gruppen. Beide Schulversuche Schaan und Vaduz sollen gemeinsam evaluiert werden und laufen noch bis zum Schuljahr 2012/13.

Postulat zur Förderung von Wissenschaft und Forschung

Im Herbst 2009 wurde im Landtag ein Postulat eingereicht, dass ein Konzept zur Förderung von Wissenschaft und Forschung forderte. Gemeinsam mit dem Ressort Wirtschaft wurde die Postulatsbeantwortung erarbeitet und konnte dem Landtag im Oktober des Berichtsjahres vorgelegt werden. Die Postulatsbeantwortung zeigte einerseits die bestehenden Förderungen und Möglichkeiten auf und definierte Handlungsfelder und Schwerpunkte für die zukünftige Forschungspolitik. So soll unter anderem eine Forschungsförderungsstrategie und darauf basierend ein Forschungsförderungsgesetz geschaffen werden.

PISA 2009
Im Dezember des Berichtsjahres konnten die Resultate der OECD Bildungsstudie PISA 2009 präsentiert werden. Liechtenstein erreichte in Mathematik sehr gute, im Lesen und in den Naturwissenschaften gute Leistungen und liegt in allen Fächern signifikant über dem OECD-Durchschnitt. Die Regierung hat beschlossen, auch in den Jahren 2012 und 2015 bei PISA mitzumachen. Liechtenstein hat wiederholt gute Resultate vorzuweisen, hat aber nach wie vor Schwächen was den Einfluss des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler auf deren Bildungserfolg betrifft.

Vollzeitlehrgang an der Berufsmittelschule Liechtenstein
Im März des Berichtsjahres bewilligte die Regierung die Führung eines Vollzeitlehrgangs in den beiden Schwerpunkten Wirtschaft und Technik. Der Schulversuch startet mit Beginn des Schuljahres 2010/11 mit einer Klasse und ist auf drei Jahre angelegt. Im ersten Jahr besuchen 23 Studierende den Lehrgang. Der Lehrplan des Vollzeitlehrgangs entspricht dem Lehrplan des berufsbegleitenden Lehrgangs. Der wesentliche Unterschied ist, dass der berufsbegleitende Lehrgang in modularisierter Form mit einer Mindestdauer von vier Semestern angeboten wird, der Vollzeitlehrgang hingegen in kompakter Form als ganzjähriger Lehrgang.

Hochschule wird Universität
Im November des Berichtsjahres hat der Landtag die Abänderung des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein zur Universität verabschiedet. Dieser Schritt schliesst einen über acht Jahre dauernden Entwicklungsprozess von der Fachhochschule Liechtenstein zur Universität ab. Im Juni hatte das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen (OAQ) die Hochschule Liechtenstein nach den Richtlinien der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) überprüft und festgestellt, dass sie die Kriterien als Universität vollumfänglich erfüllt.

Konferenzen / Treffen

Teilnahme an EDK und EDK-Ost
Der Ressortinhaber hat im Berichtsjahr an den Treffen der kantonalen Erziehungsdirektoren teilgenommen. In der EDK-Ost, die alle ostschweizerischen Kantone umfasst, ist Liechtenstein stimmberechtigtes Mitglied.

Treffen mit Regierungsrat Kölliker
Liechtenstein hat traditionell zum Kanton St. Gallen als Nachbarkanton ein sehr enges Verhältnis – dies vor allem im Bildungsbereich. Zu einem diesbezüglichen Gedankenaustausch traf sich der Ressortinhaber am 5. Februar des Berichtsjahres mit seinem Amtskollegen, Regierungsrat Stefan Kölliker. Themen des Arbeitsgesprächs waren unter anderem die NTB in Buchs, die Kunstschule Liechtenstein und die Berufsmittelschule Liechtenstein.

Treffen mit Bundesministerin Schmied
Am 26. Februar des Berichtsjahres traf sich der Ressortinhaber mit der österreichischen Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied, zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Thema dieses Gesprächs war vor allem die Zusammenarbeit im Bildungsbereich sowie ein Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Bildungsprojekten.

Bologna-Konferenz in Budapest und Wien
Eine liechtensteinische Delegation unter der Leitung des Ressortinhabers nahm am 11. und 12. März des Berichtjahres an der 10-Jahre-Jubiläums Konferenz der Bolognastaaten teil, die von Österreich und Ungarn gemeinsam ausgerichtet wurde. Liechtenstein ist seit Beginn der Bologna-Deklaration Mitglied des europäischen Hochschulraums und konnte sämtliche Vorgaben zu dessen Harmonisierung bereits in nationalem Recht umsetzen.

Beiträge an Bildungseinrichtungen

Liechtensteins Studierende sind in Österreich betreffend der zu entrichtenden Studiengebühren den österreichischen Studierenden gleichgestellt, ohne dass das Land Liechtenstein hierfür Platzkostenbeiträge an österreichische Bildungseinrichtungen leistet. Als Gegenleistung zeigt sich Liechtenstein durch verschiedene Zuwendungen an österreichische Bildungseinrichtungen erkenntlich.

So hat Liechtenstein den «Liechtenstein-Preis» («Preis des Fürstentums Liechtenstein für die wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck») geschaffen. Er wird jährlich alternierend jeweils in Innsbruck und Vaduz verliehen.

Liechtenstein entrichtet zudem jährlich CHF 250'000 an den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung». Auch haben österreichische Studierende an der Hochschule Liechtenstein eine vergleichsweise geringe Studiengebühr zu entrichten.

An den Schweizerischen Nationalfonds wurde ein Beitrag von CHF 250'000 geleistet.

AMTSSTELLEN

Schulamt

Amtsleiter: Guido Wolfinger

Schulentwicklung
Schulentwicklung ist auf die Qualität der schulischen Arbeit ausgerichtet. Sie basiert auf wissenschaftlichen Erkennt-

nissen und nimmt Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen. Entsprechende Anpassungsleistungen bedingen flexible Strukturen sowie engagierte und kompetente Personen, welche Entwicklungsprozesse initiieren, begleiten und umsetzen. Die Schule kann in diesem Zusammenhang als «lernende Organisation» gesehen werden. 2010 wurden in den folgenden Bereichen nennenswerte Neuerungen umgesetzt:

Standardprüfungen 2010
Im Mai wurden in Liechtenstein erstmalig flächendeckende Standardprüfungen auf den Schulstufen 3, 5 und 7 in den Fächern Deutsch und Mathematik durchgeführt. Rund 1'400 Schulkinder und 70 Lehrpersonen nahmen daran teil. Die Prüfungen bauten auf den «Content Standards» auf, welche auf der Grundlage des liechtensteinischen Lehrplans während drei Jahren von Lehrpersonen erarbeitet wurden. Diese Prüfungen werden nun jährlich durchgeführt; die Resultate dienen primär der Lehrperson zur Optimierung des Unterrichts.

PISA 2009
Im Dezember 2010 lagen die Resultate der OECD Bildungsstudie PISA 2009 vor. Liechtenstein erreichte in Mathematik sehr gute, im Lesen und in den Naturwissenschaften gute Leistungen und liegt in allen Fächern signifikant über dem OECD-Durchschnitt. Die Regierung hat beschlossen, auch in den Jahren 2012 und 2015 bei PISA mitzumachen.

Sekundarstufe I
Ende März 2009 wurde das revidierte Schulgesetz und damit das Reformprojekt «Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)» vom Volk abgelehnt. Gestützt auf eine Abstimmungsanalyse und nach Gesprächen mit verschiedenen Interessengruppen sowie einer Grossgruppenmoderation legte die Regierung im Juli 2010 das weitere Vorgehen für die notwendige Weiterentwicklung der Sekundarstufe I auf drei Ebenen fest:
- **Ebene 1** stellt die laufenden Entwicklungen im Schulwesen dar;
- **Ebene 2** bilden jene Themen, über die grundsätzlich ein Konsens besteht;
- auf **Ebene 3** werden Ideen für Entwicklungen im Bildungsbereich aufgeführt, für die noch weitere Abklärungen und breit abgestützte Grundsatzdiskussionen notwendig sind.

Für Ebene 2 wurde im Oktober 2010 ein Vernehmlassungsbericht veröffentlicht. Im Zuge der Verankerung der Sportschule sollen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen auch anderen Schulen die Möglichkeit geben, besondere Konzepte umzusetzen. Des Weiteren sollen Schulautonomie und Schulleitungen weiter gestärkt und ein einheitlicher Übertrittsprozess zwischen den Sekundarstufen I und II eingeführt werden.

Neugestaltung der 9. Schulstufe
Im Juli 2010 startete das Projekt «Neugestaltung der 9. Schulstufe». Hauptziel des Projekts ist die Optimierung des Übergangs von der obligatorischen Schule in die weiterführenden Ausbildungsgänge. Unter anderem werden Standortgespräche am Ende der 8. Schulstufe eingeführt, die 9. Stufe auf eine individuellere Förderung ausgerichtet und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Berufsberatung gestärkt.

Schulleitung
Auf der Basis des von der Regierung 2009 beschlossenen Schulleitungskonzepts wurden die Schulorganisationsverordnung angepasst und Richtlinien dazu erstellt. Mehrere Gemeindeschulen haben die Schulleitungen von Kindergarten und Primarschule neu konzipiert und zusammengelegt. Dies erfolgte auch im Hinblick auf die Umsetzung des Besoldungsgesetzes mit der neuen lohnrelevanten Beurteilung. Die dazu notwendigen Instrumentarien wurden in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen weiterentwickelt, erprobt und ab 1. Januar 2011 definitiv eingeführt.

Time-out Schule FL
Das Projekt «Time-out Schule FL» (TOS) wurde evaluiert. Die Time-out Schule arbeitete in den beiden Projektjahren erfolgreich. So konnten 46% der Jugendlichen nach dem TOS-Aufenthalt zurück in die Stammschule, 13% vollzogen einen Schultypenwechsel und 8% konnten mit einer Lehre beginnen. Die restlichen 33% wechselten in eine andere Institution in der Schweiz oder in Österreich. In einem Bericht und Antrag zu Handen des Landtages wird 2011 die Institutionalisierung der Time-out Schule vorgeschlagen.

Tagesschulen, Tagesstrukturen
Mit Beginn des Schuljahres 2008/09 wurde an der Primarschule Schaan eine Tagesschulklasse eröffnet. Nach dem Ausbau sind es nun insgesamt 36 Kinder, die in diesen Schulversuch involviert sind. Das Tagesschulangebot hat sich dem altersdurchmischten Lernen verschrieben. Der klar strukturierte Tagesablauf erhöht den Schulerfolg, lässt mehr Zeit für musische Fächer und verbessert die sprachliche und soziale Integration. Der Schulversuch der Tagesschule Schaan wurde um zwei Jahre verlängert, um den Übergang in den Normalbetrieb gemeinsam mit dem Schulversuch in Vaduz zu gestalten. Beide Schulversuche laufen nun noch bis Ende Schuljahr 2012/2013.

Die Tagesschule Vaduz startete mit Beginn des Schuljahres 2010/2011. Das Konzept sieht einen 3-jährigen Schulversuch mit zwei Tagesschulklassen vor. Das Tagesschulmodell in Vaduz fusst ebenfalls auf einem eigenen pädagogischen Konzept, in dem Unterrichtszeit und Freizeit fliessend ineinander übergehen. Der Unterricht erfolgt im Teamteaching und in altersgemischten Gruppen.

Fünf Gemeinden bieten derzeit Betreuung in Tagesstrukturen an: Eschen, Schaan, Triesen, Triesenberg und Schellenberg (Mittagstisch). Die Tagesstrukturen werden durch den Verein Kindertagesstätten angeboten.

Kleinschule Planken
Die Kleinschule Planken wurde zum Schuljahresende aus dem Projektstatus entlassen und ab Schuljahr 2010/11 im normalen Schulbetrieb weitergeführt. Im Februar 2010 hatte die Regierung den Schlussbericht zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass das im Januar 2006 beschlossene Konzept erfolgreich umgesetzt werden konnte und die Zufriedenheit der Eltern und Schülerinnen und Schüler entsprechend hoch ist.

Heilpädagogische Begleitung im Kindergarten
Das Projekt «Heilpädagogische Begleitung in den Kindergärten des Fürstentums Liechtenstein», welches an den Standorten Eschen, Nendeln und Schaan durchgeführt wird, wurde im Berichtsjahr evaluiert und um weitere zwei Jahre verlängert. Die heilpädagogische Begleitung im Kindergarten ist ein wirkungsvolles Angebot im Bereich der Bildung 4-8.

Sprachförderung im Kindergarten
Der Sprachförderung im Kindergarten kommt eine grosse Bedeutung zu. Aus diesem Grund besuchten die Kindergärtnerinnen eine umfassende Weiterbildung, welche sich auf drei Jahre verteilte. Seit Beginn des Schuljahres 2009/10 wird in allen Kindergärten konsequent Hochdeutsch gesprochen.

Dezentralisierung und Kontingentierung der Logopädie
Das Projekt «Dezentralisierung und Kontingentierung der Logopädie» begann im Schuljahr 2009/10 in Zusammenarbeit mit dem Heilpädagogischen Zentrum. Die Kontingentierung wurde bereits umgesetzt. Die Dezentralisierung soll innerhalb von vier Jahren realisiert werden. Gestartet wurde mit den Gemeinden Schellenberg und Triesenberg. Wegen Raumknappheit musste Schellenberg vorerst aus dem Projekt aussteigen. Das erste Projektjahr brachte Erkenntnisse im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Logopädie und Schule. Die Folgerungen daraus wurden im Zwischenbericht 2010 festgehalten und werden in der Praxis bereits umgesetzt. Lehrpersonen und Eltern schätzen das Logopädieangebot direkt im Schulhaus.

Frühenglisch
Mit dem Schuljahr 10/11 beginnt der Englischunterricht in der ersten Klasse der Primarschule. Das Fach Englisch scheint auf dieser Stufe in der Stundentafel nicht gesondert auf, sondern wird integriert in den anderen Schulfächern unterrichtet.

Begabtenförderung
Das Projekt «Begabtenförderung im Fürstentum Liechtenstein» wurde auf der Primarstufe mit Beginn des Schuljahres 09/10 obligatorisch eingeführt und dauert noch bis zu den Sommerferien 2012. Mit diesem Projekt sollen begabte Schülerinnen und Schüler bessere Fördermöglichkeiten erhalten. Das Projekt ist als Schulentwicklungsprozess angelegt. Dabei können die Schulen wertvolle Erfahrungen bei der Förderung von besonders begabten Kindern sammeln.

Externe Evaluation
Seit dem Schuljahr 2008/2009 finden externe Evaluationen der Schulen zu folgenden Themen statt: a) aktives Lernen/Selbständigkeit und b) Umgang mit Verhaltensauffälligkeit. Ein drittes Thema können die Schulen selbst bestimmen. Mittlerweile wurden acht Schulen extern evaluiert, wobei erstmals Kindergärten und Primarschulen einer Gemeinde gemeinsam in die Evaluation einbezogen sind. Diese Evaluationsthemen werden bis Ende Schuljahr 2010/2011 weitergeführt.

Bilinguale Matura
Im Mai 2009 hat die Regierung die Einführung einer bilingualen Matura am Liechtensteinischen Gymnasium beschlossen. Der Schulversuch dauert von 2010 bis zum Ende des Schuljahres 2015/16. Am Ende des Schuljahres 2014/15 soll nach zwei abgeschlossenen Maturajahrgängen das Projekt evaluiert und im positiven Fall rechtlich verankert werden. Im Rahmen des Schulversuches wurde die Führung einer Klasse bewilligt. Hier wird Englisch als Unterrichtssprache in den Fächern Mathematik und Geographie eingesetzt. Die Schulleitung kann weitere Wahlpflichtkurse und Projekte bestimmen, die in englischer Sprache durchzuführen sind. Im ersten Jahr erfüllten 14 Schülerinnen und Schüler die Aufnahmebedingungen.

Vollzeitlehrgang an der Berufsmittelschule Liechtenstein
Im März 2010 bewilligte die Regierung die Führung eines Vollzeitlehrgangs in den beiden Schwerpunkten Wirtschaft und Technik. Der Schulversuch startet mit Beginn des Schuljahres 2010/11 mit einer Klasse und ist auf drei Jahre angelegt. Im ersten Jahr besuchen 23 Studierende den Lehrgang. Für die Auswahl der Studierenden wurde ein Auswahlverfahren festgelegt. Der Lehrplan des Vollzeitlehrgangs entspricht dem Lehrplan des berufsbegleitenden Lehrgangs sowohl hinsichtlich der allgemeinen Bildungsziele, der Richt- und Grobziele sowie der Lehrinhalte aller Fächer als auch hinsichtlich der Lektionentafel. Der wesentliche Unterschied ist, dass der berufsbegleitende Lehrgang in modularisierter Form mit einer Mindestdauer von vier Semestern angeboten wird, der Vollzeitlehrgang hingegen in kompakter Form als ganzjähriger Lehrgang.

Schulentwicklung am LG – Vision 2015
Nach längeren Vorbereitungsarbeiten wurde am Liechtensteinischen Gymnasium ein Fünf-Jahreskonzept für

die Schulentwicklung erarbeitet. Der Entwicklungsprozess wurde in folgende drei Teilprojekte gegliedert:
– Teilprojekt I: Erarbeitung eines 360°-Evaluationskonzepts;
– Teilprojekt 2: Schullaufbahnkonzept sowie zwei Instrumente zur Unterstützung des individualisierenden Lernens;
– Teilprojekt 3: Überarbeitung/Anpassung des bestehenden Leitbilds und die Erarbeitung eines darauf basierenden Verhaltenscodex sowie die Entwicklung eines stufenbezogenen SOL-Konzepts (Selbst-Organisiertes-Lernen).

Öffentliche Schulen

Statistische Daten Schuljahr 2010/11 – Schüler und Lehrpersonen

Schulbezeichnung	Anzahl Schulen	Anzahl Klassen	m	w	Anzahl Schüler gesamt	Schüler je Klasse
Kindergärten im Oberland		29.66	236	202	438	14.77
Kindergärten im Unterland		18.00	131	138	269	14.94
Total Kindergärten		**47.66**	**367**	**340**	**707**	**14.83**
Primarschulen im Oberland (inkl. Einführungsklassen)	7	70.34	619	568	1'187	16.88
Primarschulen im Unterland (inkl. Vorschule)	7	49.00	374	374	748	15.27
Total Primarschulen	**14**	**119.34**	**993**	**942**	**1'935**	**16.21**
Oberschule Triesen	1	11.00	67	55	122	11.09
Oberschule Vaduz	1	9.00	51	58	109	12.11
Oberschule Eschen	1	12.00	77	71	148	12.33
Total Oberschulen	**3**	**32.00**	**195**	**184**	**379**	**11.84**
Realschule Balzers	1	7.00	63	57	120	17.14
Realschule Triesen	1	8.00	63	81	144	18.00
Realschule Vaduz	1	8.00	65	66	131	16.38
Realschule Schaan	1	8.00	80	49	129	16.13
Realschule Eschen	1	14.00	131	113	244	17.43
Total Realschulen	**5**	**45.00**	**402**	**366**	**768**	**17.07**
Gymnasium, 1.-4.Kl.		21.00	193	224	417	19.86
Gymnasium, 5.-7.Kl.		18.00	126	175	301	16.72
Liechtensteinisches Gymnasium Total	1	39.00	319	399	718	18.41
Frw. 10. Schuljahr	1	5.00	24	36	60	12.00
Total Sekundarschulen	**10**	**121.00**	**940**	**985**	**1'925**	**15.91**
Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache		1.00	3	5	8	8.00
Gesamttotal	**24**	**289.00**	**2'303**	**2'272**	**4'575**	**15.83**
Berufsmittelschule Liechtenstein	1	7.00	110	56	166	23.71

Lehrpersonen	Total	m	w	FL	Andere	Grenzgänger
Kindergarten	74	0	74	63	11	2
Primarschule	263	64	199	204	59	18
Oberschule	89	39	50	38	51	29
Realschule	111	48	63	44	67	22
Freiwilliges 10. Schuljahr	15	8	7	9	6	1
Gymnasium	93	54	39	37	56	21
Berufsmittelschule	17	10	7	5	12	6
Total	**662**	**223**	**439**	**400**	**262**	**99**

Kindergarten und Primarschule

Schwerpunkte im Berichtsjahr an den Kindergärten und Primarschulen bildeten die folgenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung von Standards in Deutsch für den Kindergarten sowie die 1. und 2. Klasse der Primarstufe;
- Ausarbeitung eines Modells für Schellenberg zur Vermeidung der Unterschreitung der Klassenmindestgrössen;
- externe Evaluation mit den Schwerpunkten Verhaltensauffälligkeit und selbständiges Lernen an den Kindergärten und Primarschulen Vaduz, Gamprin, Ruggell und Triesenberg;
- Planung und Modellerarbeitung in Bezug auf die Zusammenlegung der Führungsstrukturen auf Kindergarten- und Primarschulebene und konkrete Umsetzung in Triesen, Eschen-Nendeln, Mauren-Schaanwald und Schellenberg sowie Weiterführung in Planken, Schaan, Triesenberg;
- Kontingentierung der Logopädieeinheiten und Fortführung des Schulversuchs Dezentralisierung Logopädie an den Primarschulen Triesenberg und Schellenberg (bis August);
- Erarbeitung von Medienkonzepten und freiwillige Weiterbildung der Medienkoordinatoren/-innen;
- Einführung des neuen Geschichtslehrmittels für die 4. und 5. Klassenstufe mit Band 1 «Die Alamannen» und «Frühes Christentum» sowie Band 2 «Kelten und Räter» und entsprechende Weiterbildung;
- Obligatorische Weiterbildung für Kindergärtnerinnen zum Thema Sprachförderung im Kindergarten mit dem Schwerpunkt «Deutsch als Zweitsprache im Kindergarten»;
- Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen im Bereich Englisch und Ausarbeitung von Lehr- und Lernmaterialien für die 1. Klasse in Zusammenarbeit mit dem Atelier Neues Lernen.

Oberschule

Von den ursprünglich angestrebten 28 – 30% ist die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler an die Oberschulen auf 23.7% gesunken. In Verbindung mit den zu erwartenden sinkenden Gesamtschülerzahlen gefährdet dieser Trend den Weiterbestand der Oberschulen.

Veränderungen gab es insbesondere im Fremdsprachenunterricht. Der Beginn des Französischunterrichtes wurde auf die 6. Klasse vorverlegt. Bei der Auswahl des neuen Lehrmittels für die Oberschulen wurde darauf geachtet, dass es das Erlernen der kommunikativen Sprachkompetenzen unterstützt. Auch im Fach Englisch soll durch einen handlungsorientierten Unterricht den Anliegen der Oberschule entsprochen werden. Mit den neu geschaffenen liechtensteinischen Standards steht die Förderung der kommunikativen Kompetenzen im Zentrum.

Die Projektgruppen der Oberschulen haben sich im vergangenen Jahr engagiert mit der Neugestaltung des 9. Schuljahres befasst. Die entstandenen Konzepte beinhalten eine verstärkte Individualisierung des Schulprogrammes für die Lernenden in den Profil- und Fächerwahlmöglichkeiten und das Fördern des eigenverantwortlichen Lernens in Lernateliers und bei Projektarbeiten. Bereits im laufenden Schuljahr haben die Oberschulen begonnen, in den unteren Klassen ihre Schülerinnen und Schüler auf diese neuen Schwerpunkte vorzubereiten.

Im Bereich des Ergänzungsunterrichtes treffen sich die zuständigen Lehrpersonen regelmässig zu gemeinsamer Weiterbildung, Koordination der Diagnosehilfsmittel und der Ausgestaltung der integrierten Sonderschulung.

Realschule

Veränderungen gab es insbesondere im Fremdsprachenunterricht. Der Beginn des Französischunterrichts wurde auf die sechste Schulstufe vorverlegt. Die Lehrpersonen, die die Fächer Englisch und Französisch unterrichten, setzen ab Beginn des Schuljahres 2010/11 ein neues Lehrmittel ein, im Fach Englisch auf der sechsten, im Fach Französisch auf der sechsten und siebten Schulstufe. In der zweiten Hälfte des Schuljahr 2009/10 haben 31 Schülerinnen und Schüler die Prüfungen zum Cambridge Zertifikat «PET» erfolgreich absolviert.

Alle Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen absolvierten den Test «Stellwerk». Die Lehrpersonen sammelten weitere Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung des Tests sowie mit der Interpretation der Profile der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Die Projektgruppen der Realschulen setzen sich seit Beginn des Schuljahres 2010/11 intensiv mit dem Projekt der Neugestaltung der 9. Schulstufe auseinander. Die entstandenen Konzepte beinhalten eine verstärkte Individualisierung des Schulprogramms für die einzelnen Lernenden in den Profil- und Fächerwahlmöglichkeiten und das Fördern des eigenverantwortlichen Lernens.

Sportschule Liechtenstein an der Realschule Schaan

Derzeit fördern sieben Sportverbände talentierte Jugendliche in neun verschiedenen Sportarten. Gesamthaft besuchen somit 60 Sportschülerinnen und Sportschüler die Sportschule an der Realschule Schaan aus den folgenden Sportarten: Turnen (6), Tennis (6), Squash (2), Volleyball (2), Schwimmen (3) und Synchronschwimmerinnen (4), Fussball (22) sowie Alpiner Skisport (10) und Nordischer Skisport (5).

Um die Trainingszeitfenster der beiden Sportschulen (RS, LG) besser aufeinander abzustimmen, wurde an der Realschule Schaan in diesem Schuljahr der trainingsfreie Tag so festlegt, dass die Sportverbände ein zusätzliches Training für Sportschüler beider Sportschulen gemeinsam durchführen können. Im Rahmen diverser Studiumsangebote wird sichergestellt, dass innerhalb der Schulstrukturen angemessen Zeit für Haus- und Lernaufgaben besteht. Sportschüler, welche durch sehr gute schulische Leistungen, ein entsprechendes Arbeitsverhalten sowie

eine vorbildliche Einstellung überzeugen, werden vom Studium freigestellt.

Sportschule Liechtenstein an der gymnasialen Oberstufe

Mit Beginn des Schuljahres 2010/2011 wurde der Vollausbau der Sportschule am Liechtensteinischen Gymnasium erreicht.

Derzeit besuchen 20 Sportschülerinnen und Sportschüler der Sportschule das Profil Wirtschaft und Recht. Die Jugendlichen trainieren in den folgenden Sportarten: Fussball (9), Volleyball (3), Radfahren (3), Schwimmen (3), Tennis (1) sowie Nordischer Skisport (1)

In diesem Schuljahr wird die Sportschule am LG einer Evaluation unterzogen.

Freiwilliges 10. Schuljahr

Im Schuljahr 2010/2011 besuchen 60 Jugendliche das «Freiwillige 10. Schuljahr» (ZSJ). Die Schülerzahlen der Profile «Zukunftsbrücke» und «Werkjahr» werden im laufenden Schuljahr klein gehalten, um auch Schülerinnen und Schülern mit geringen Deutschkenntnissen gerecht zu werden. Aufgrund der zu erwartenden längeren Aufenthaltsdauer wurden auch jugendliche Asylanten ins ZSJ aufgenommen.

Die Lehrpersonen des ZSJ unterstützen ihre Schülerinnen und Schüler bei der Lehrstellensuche und arbeiten eng mit den Berufsberatern zusammen. So haben im vergangenen Jahr mehr als 90 % der Abgänger eine Anschlusslösung in einer weiterführenden Schule, einer Lehre oder Anlehre gefunden.

Die geplante Individualisierung des Schulprogramms im 9. Schuljahr ruft auch nach einer stärkeren Flexibilität im Freiwilligen 10. Schuljahr. Das Team des ZSJ arbeitet bereits im laufenden Schuljahr an einem Konzept, um diese Anforderungen umzusetzen.

Liechtensteinisches Gymnasium

An den verschiedenen SCHILF-Anlässen, Gesamtkonferenzen und Workshops beschäftigte sich das LG vor allem mit folgenden Themen: Schulentwicklung am LG, Organisationsentwicklung, Sicherheitskonzept und Meilensteingespräche.

Ende 2009 setzte sich eine Gruppe von Lehrpersonen unter der Leitung von Prof. Peter Heiniger, PH Thurgau, und dem ETH-Physiker Martin Gerber mit dem Thema Schulentwicklung am LG auseinander. Diese Gruppe formulierte «Visionsfetzen» für eine mögliche Schulentwicklung des LG bis ins Jahr 2015. Im weiteren Verlauf des Schuljahres konnten drei Teilprojekte (Evaluationskonzept, Schullaufbahnkonzept und Wertediskussion) formuliert werden, die im kommenden Schuljahr umgesetzt werden sollen.

Die Arbeiten an der Organisationsentwicklung konnten im vergangenen Schuljahr entscheidend vorangetrieben werden. Es wurden neue Modelle der Organisation der Konferenz der Fachvorstände, die Zusammenarbeit zwischen Rektorat und Fachvorständen sowie die Rechte und die Pflichten der Fachvorstände diskutiert. Die Ideen konnten so weit konkretisiert werden, dass sie in der ersten Hälfte des kommenden Schuljahres realisiert werden können.

In den letzten Jahren haben sich das Rektorat und der Vorstand der Elternvereinigung des LG (EVLG) immer wieder mit dem Sicherheitskonzept am LG beschäftigt. In enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und dem «Schweizerischen Institut zur Förderung von Sicherheit» wurden im Schuljahr 2009/2010 theoretische und praktische Aktivitäten im Bereich Brandschutz und Fluchtwege durchgeführt. Für das kommende Schuljahr sollen alle Klassenzimmer des LG mit Flucht- und Rettungsplänen ausgestattet werden. Zudem ist die Durchführung einer Gesamtevakuationsübung geplant.

Seit Januar 2009 werden nach Vorgaben des neuen Besoldungsgesetzes mit den Lehrpersonen lohnrelevante Personalgespräche durchgeführt. Im Rahmen der Personalführung konnten damit durchwegs positive Erfahrungen gemacht werden.

Die Unterrichtskommission für das Liechtensteinische Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Ihre Mitglieder besuchen regelmässig den Unterricht am LG und treffen sich mit den Fachschaften. Teilweise wirken sie auch in der schulinternen Weiterbildung der Lehrpersonen mit. Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wurde die Kommission von der Regierung für die nächsten vier Jahre neu bestellt.

Berufsmittelschule Liechtenstein (BMS)

Seit Beginn des Schuljahres 2010/11 bietet die BMS im Rahmen eines Schulversuches einen zwei Semester dauernden Vollzeitlehrgang an.

Die wichtigsten in diesem Schuljahr in Angriff genommenen, weitergeführten und abgeschlossenen Aufgaben sind:

- Evaluation und Anerkennung des im Schuljahr 2008/09 eingeführten fünften Schwerpunktes «Gesundheit und Soziales» durch die Schweiz;
- Anpassung der Lektionenzahl nach der Umwandlung der Hochschule Liechtenstein in eine Universität;
- Einführung eines Vollzeitlehrgangs und Festlegung der Rahmenbedingungen;
- Vorschläge zur Anpassung der Verordnung: Klassengrösse und Klassenteilungszahlen, Promotionsordnung für den Aufstieg der Studierenden ins 2. Semester (Vollzeitlehrgang) bzw. ins 3. Semester (berufsbegleitende BMS).

Absolventen im Berichtsjahr 2010	
Abschluss mit Berufsmaturitätszeugnis	44
Abschluss von Teilprüfungen mit einem oder mehreren Zertifikaten	19
Studierende im Schuljahr 2009/10	141

Im Auftrag der Regierung und nach Massgabe eines Statuts übt die Unterrichtskommission der BMS Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Neben Unterrichtsbesuchen umfasst die Tätigkeit der Kommission die Zusammenarbeit mit den Fachschaften in Fragen gemeinsamer Maturaaufgaben und Beurteilungskriterien. Sowohl die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder über die Unterrichtsbesuche wie auch deren Eindrücke an den Maturaprüfungen ergeben ein positives Gesamtbild der Schule. Auf Beginn des Schuljahrs 2010/11 wurde die Kommission für die Mandatsdauer 2010 bis 2014 neu bestellt.

Religionsunterricht
Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die den konfessionellen katholischen Religionsunterricht gewählt haben, hat sich im letzten Schuljahr geringfügig erhöht. In den weiterführenden Schulen besuchten im Schuljahr 2009/2010 ca. 15% der katholischen Schülerinnen und Schüler den Unterricht (Vorjahr 10%). Alle anderen Schülerinnen und Schüler besuchten das Fach Religion und Kultur.

Evangelischer Religionsunterricht wurde auf der Primarschulstufe unterrichtet. Auf der Sekundarstufe kam kein Unterricht zustande. Die evangelische Kirche im Fürstentum Liechtenstein bietet für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I einen ausserschulischen Präparandenunterricht an, der von der Regierung finanziell unterstützt wird.

Ein islamischer Religionsunterricht findet an 7 Primarschulen (Triesen, Vaduz, Schaan, Gamprin, Eschen, Nendeln, Mauren) statt. Über 80 Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil.

Alle Religions- und Kulturlehrpersonen und die beiden islamischen Religionslehrkräfte wurden visitiert.

Sportunterricht
Höhepunkt des Jahres 2010 waren aus schulsportlicher Sicht die MiniGames 2010, welche am 16. und 17. September auf diversen Sportanlagen im ganzen Land stattgefunden haben. Während eineinhalb Tagen haben sich alle 1'600 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in verschiedenen Sportarten mit ihren Alterskollegen sportlich gemessen und dabei ihre Schule vertreten. Umrahmt wurden die Wettkämpfe von einer stimmigen Eröffnungs- und Schlussfeier auf dem Sportplatz Rheinwiese in Schaan. Ziele des Events waren das Erleben der Olympischen Ideen und Werte für alle Beteiligten sowie die Einstimmung auf die Kleinstaatenspiele – die Lie-Games –, welche 2011 in Liechtenstein stattfinden werden.

Der freiwillige Schulsport und nationale wie internatonale Schulsportmeisterschaften erfreuen sich weiterhin grosser Beliebtheit. Bemerkenswert ist die Teilnehmerzahl an den Liechtensteiner Schulsportmeisterschaften. Insgesamt sind 1’031 Schülerinnen und Schülern im Alter von 10 bis 16 Jahren in sieben verschiedenen Sportarten an den Start gegangen. Am Schweizerischen Schulsporttag war Liechtenstein in den Disziplinen Leichtathletik, Unihockey und Volleyball vertreten. Dabei zeichneten sich vor allem das Volleyballteam des Liechtensteinischen Gymnasiums mit Rang 5 und das Leichtathletikteam der Realschule Schaan mit Rang 4 aus. An den internationalen Schulsportweltmeisterschaften im Skifahren haben je ein Mädchen- und ein Jungenteam teilgenommen. Beide klassierten sich in der vorderen Ranglistenhälfte.

Textiles, Technisches, Bildnerisches Gestalten und Haushaltkunde
In allen Fächergruppen fanden Gesprächsrunden statt, um die fachspezifischen Bedürfnisse der Fachlehrpersonen zusammenzutragen. Ein Weiterbildungsangebot wurde zusammengestellt, aus dem die Fachlehrpersonen eine Auswahl trafen. Aus diesem Angebot wurden die ersten Weiterbildungen durchgeführt.

Die neu erarbeiteten Evaluationspapiere konnten im Herbst an der ersten Realschule in diesen Fächern eingesetzt und getestet werden. Der Schlussbericht zeigt viele Stärken und auch einzelne Entwicklungsmöglichkeiten in diesen Fachbereichen an der evaluierten Schule auf.

In den Gestaltungsfächern und der Haushaltkunde werden jedes Jahr Wahlfächer und seit einigen Jahren auch Angebote der Schule ausgeschrieben.

Private Schulen, Hochschulen und Forschungsinstitute

Heilpädagogisches Zentrum des Fürstentums Liechtenstein
Die Sonderpädagogische Tagesschule Schaan bietet ihren Kindern und Jugendlichen eine individuelle Schulung und Förderung von der Kindergartenstufe über Unter- und Mittelstufe bis zur Oberstufe mit Vorbereitung auf die Berufswelt. Kinder mit einer Sprachstörung werden im Kindergarten und in der zweijährigen Sprachtherapieklasse unterrichtet. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler wird durch verschiedene Therapieformen ergänzt.

Schülerzahlen der Sonderpädagogische Tagesschule Schaan

Abteilung	Total	FL	CH
Sprachheilkindergarten	18	6	12
Sprachtherapieklassen	19	9	10
Förderklassen A	23	23	0
Förderklassen B	22	20	2
Total	**82**	**58**	**24**
Anteil in %	100	70.73	29.27

Der Bereich Therapie besteht aus den Abteilungen Früherziehung, Logopädie, Psychomotoriktherapie, Physiotherapie und Ergotherapie. Für einen grossen Teil der Kinder war es notwendig, mehr als eine Therapiemethode in Anspruch zu nehmen. Viele der abgeklärten Kinder wurden schliesslich behandelt. Der regelmässige Kontakt zum Schulamt, zu den verschiedenen Ämtern und Ärzten sowie die intensiven Besprechungen und Runden Tische an Schulen und Kindergärten gewährleisteten auch in diesem Jahr eine sehr gute Zusammenarbeit.

	Abkl.	Beh. HPZ intern	Beh. ambulant	Beratungen	Insgesamt
Früherziehung	7		23	1	31
Logopädie	174	96	354	121	745
Psychomotorik	28	23	63	6	120
Physiotherapie	11	41	9	2	63
Ergotherapie	18	46	30	1	95
Insgesamt	**238**	**206**	**479**	**131**	**1'054**

Waldorfschule

Im Schuljahr 2010/11 sind 127 Kinder in 9 Klassen und 2 Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Das Personal setzt sich aus 9 vollamtlichen Lehrpersonen, 13 teilzeitbeschäftigten Lehrkräften und 2 Kindergärtnerinnen zusammen. Die Waldorfschule bietet ebenfalls eine Spielgruppe sowie eine Nachmittagsbetreuung an. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf der künstlerischen Unterrichtsgestaltung. Die Erziehung der Kinder verlangt nach einem möglichst optimalen Zusammenspiel von Schule und Elternhaus. Der Landesschulrat Österreichs setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.

f o r m a t i o - Bilinguale Privatschule

Gegenwärtig besuchen 130 Schülerinnen und Schüler aller Alterstufen die formatio. 27 Lehrkräfte sind in Teil- und Vollzeit beschäftigt.

Die formatio ist eine Tagesschule und besteht aus einer bilingualen Primar- und Sekundarschule und einem Oberstufengymnasium (Profil Lingua und Neue Sprachen). Der Unterricht richtet sich nach den offiziellen liechtensteinischen Lehrplänen sowie den gesetzlichen Bestimmungen über die Schulzeit und die Einrichtungen in den öffentlichen Schulen.

Das Oberstufengymnasium dauert vier Jahre und bereitet auf die Matura vor, wobei die Schülerinnen und Schüler zwischen einer liechtensteinischen oder einer österreichischen Matura wählen können. Die Aufnahme ist mit sehr gutem Notendurchschnitt nach Abschluss der Sekundarstufe I möglich.

Das von der EU gesponserte Comenius Projekt «Math matters», bei dem die f o r m a t i o wie bei allen vorhergehenden Projekten den Vorsitz innehat, wurde 2010 fortgesetzt.

Internationale Akademie für Philosophie

Seit dem Wintersemester 2007/2008 befindet sich die Internationale Akademie für Philosophie (IAP) in Liechtenstein in einer Phase der Reorganisation. Der reguläre Lehrbetrieb in Liechtenstein ruht. Derzeit laufen Gespräche mit der Regierung über die Wiederaufnahme des Doktoratsprogramms.

Im Berichtszeitraum arbeiteten insgesamt 12 Akademiker aus Polen, Bulgarien und der Tschechischen Republik an der IAP an ihren Forschungsprojekten, unterstützt durch Forschungsstipendien im Rahmen der Individual Mobility Grants der «EEA and Norway Grants». Im Rahmen des IAP Common Seminars stellten Gastforscher regelmässig ihre Forschungsergebnisse vor. Weiters fanden 2010 drei Agora-Vorträge an der IAP statt.

Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL)

Die UFL hat mit dem Jahr 2010 die Konsolidierungsphase erreicht und einen neuen Universitätsrat erhalten.

Nach wie vor sind die beiden berufsbegleitenden Doktoratsstudien in Form von Abschlüssen «Dr. scient. med.» und «Dr. iur.» ein wichtiges Kernelement in der Ausbildung der UFL. Seit dem Herbst 2010 bietet die rechtswissenschaftliche Fakultät das Doktoratstudium Dr.iur. an. Neben diesen Kerngebieten der Universität werden zusätzlich postgraduale berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme für Kader- und Führungspersonen angeboten.

Insgesamt 17 Absolventinnen und Absolventen erhielten 2010 ihr Doktorat. Zum ersten Mal konnten drei Doktoranden der Rechtswissenschaften und fünf PhD Absolventen das Doktorat entgegennehmen. Der international renommierte PhD-Abschluss wird durch einen Zusammenarbeitsvertrag mit der Medizinischen Universität in Innsbruck geregelt.

Im November 2010 haben 22 Studierende das neue Doktoratstudium Dr.iur. begonnen. Mit den Studierenden Dr. scient. med. (2009-2011) und den neuen PhD Studierenden sind aktuell 45 Doktoratstudierende an der UFL inskribiert.

Seit Beginn (2008) der Veranstaltungsreihe Health and Life Sciences konnten mehr als 2000 Besucher/innen begrüsst werden. Ebenso konnte das jährlich stattfindende rechtswissenschaftliche Symposium, das 2010 unter dem Thema «Gesundheitsrecht am Puls der Zeit - Aktuelles zur Patientenverfügung» stand, ein zahlreiches Publikum begeistern.

Liechtenstein-Institut

Das 1986 gegründete Liechtenstein-Institut beschäftigt sich in Forschung und Lehre mit dem Fürstentum Liechtenstein, mit der Region sowie mit anderen Kleinstaaten. Es tut dies in den Fachbereichen Rechts-, Politik-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft. Mit seinen Veröffentlichungen und Lehrveranstaltungen will das private Institut zur Auseinandersetzung mit dem liechtensteinischen und dem europäischen Selbstverständnis beitragen.

Im Jahr 2010 waren am Institut sieben grössere Forschungsprojekte und drei Dissertationen in Bearbeitung. Im Mai wurde die Publikation «Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und direkte Demokratie» von Frank Marcinkoswki und Wilfried Marxer herausgegeben. Im November wurde das zweibändige Werk von Peter Geiger «Kriegszeit. Liechtenstein 1939 bis 1945» der Öffentlichkeit präsentiert. Weitere Beiträge sind in Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht worden.

Es fanden zwei Vortragsreihen statt, im Frühjahr die Reihe «Mord und Totschlag in Liechtenstein: Kriminalfälle aus rechtlicher und historischer Sicht» und im Herbst in Zusammenarbeit mit der Landesarchäologie die Reihe «Archäologie im Alpenrheintal». Ausserdem wurde, wie schon in den vergangenen Jahren, im Frühling und im Herbst 2010 je ein Kolloquium zur Vorbereitung auf die liechtensteinische Rechtsanwaltsprüfung durchgeführt. Dazu kamen weitere Veranstaltungen, so vor allem der 21. Peter-Kaiser-Vortrag von Prof. Dr. Alois Riklin sowie eine zweitägige internationale Tagung zum Thema «Direct Democracy and Minorities».

Mit der Hochschule Liechtenstein gab es Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit in einzelnen Fachbereichen.

Dienste

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Bei der Schulpsychologin und den beiden Schulpsychologen gingen im Berichtsjahr insgesamt 272 Neuanmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	83	10. Schuljahr	0
Vorschule	4	Heilpädagogisches Zentrum	24
Primarschulen	115	Waldorfschule	2
Oberschulen	17	Privatschule Formatio	6
Realschulen	9	Auszubildende	0
Gymnasium	4	Andere	8
Intensivkurs Deutsch	0	**Total**	**272**

Bei 66 Kindern erfolgte die Anmeldung aufgrund des Wunsches nach Schulfähigkeitsabklärung, bei acht aufgrund des Wunsches nach Abklärung der Kindergartenfähigkeit. Die Gründe zur Anmeldung bei den anderen Kindern und Jugendlichen waren Lern- und Verhaltensprobleme sowie Anträge auf Überspringen einer Schulstufe, auf Verlängerung der Sonderschulung, bzw. auf Wiedereingliederung in die Regelschulen. Bei 149 Schülerinnen und Schülern wurde eine im Vorjahr begonnene schulpsychologische Beratung fortgesetzt.

Neben den erwähnten Abklärungen und Beratungen nahm der SPD im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahr:
- Information in den Medien und in Fachzeitschriften über schulpsychologisch relevante Themen wie Aufmerksamkeitsstörungen, Depressionen und Gewalt bei Kindern und Jugendlichen, ungleiche Bildungschancen von Knaben und Mädchen;
- Vorträge zum Thema der Schulfähigkeit;
- «Coolnesstraining» für jugendliche Schüler;
- Beratung von Eltern an der Time-out Schule.

Schulsozialarbeit

Zum Kerngeschäft der Schulsozialarbeit zählten wie bisher die verschiedenen Beratungen von Jugendlichen, Lehrpersonen und Eltern. Einzelberatungen von Schülerinnen und Schülern fanden in insgesamt 283 Fällen statt. Die markanteste Steigerung an Beratungen verzeichneten die Realschulen mit 23 Beratungen mehr als im Vorjahr. Das Gymnasium wies 13 Beratungen mehr auf als im Vorjahr und jene an den Oberschulen waren mit 8 Beratungen weniger als im Vorjahr leicht rückläufig. Dabei wurden 151 Knaben und 132 Mädchen beraten.

Am meisten Beratungen beanspruchten Jugendliche mit Liechtensteiner Staatszugehörigkeit (148), gefolgt von Schweizer Jugendlichen (25), von Türken (16), Italienern und Österreichern (je 15), Liechtensteinern mit Migrationshintergrund (14) und den Jugendlichen mit anderer Nationalitätszugehörigkeit. Die häufigsten Beratungsthemen waren Soziales Verhalten, Mobbing, Familie, Gewalt, Lernorganisation, Tabak, Klassenklima, Alkohol, Freundschaft, Cannabis, und Diebstahl.

Neben den Einzelberatungen fanden 66 Gruppenberatungen statt. Zudem wurden auch 65 Lehrpersonen und 64 Eltern beraten. Die Gruppenberatungen der Jugendlichen gingen leicht zurück, während die Beratungen von Lehrpersonen und Eltern leicht zunahmen. Am meisten Beratungen nahmen die Lehrpersonen der

Realschulen in Anspruch (60) sowie jene Lehrpersonen, welche auf der 7. Schulstufe unterrichteten (19).

Besondere Schulbereiche

Zu den Besonderen Schulbereichen gehören die Besonderen Schulischen Massnahmen (BSM), die Pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM), die Sonderschulung in der Regelschule sowie die Sonderschulung in Sonderschulen.

Im Jahr 2010 wurden 88 Lernende im Rahmen einer integrativen Sonderschulung gefördert. Von den insgesamt 80 Sonderschulungen, die in separierter Form durchgeführt werden, besuchten 58 Lernende die Sonderpädagogische Tagesschule Schaan. 22 Lernende mit einem Sonderschulungsbedarf erfüllen ihre Schulpflicht in ausländischen Sonderschulen.

Im Bereich der PTM wurde an der Umsetzung des Konzeptes «Dezentralisierung und Kontingentierung der Logopädie im Regelschulbereich» weitergearbeitet. Mit den Leistungserbringern, dem Heilpädagogischen Zentrum (HPZ) in Schaan und privaten Durchführungsstellen, werden Leistungsvereinbarungen ausgehandelt, welche im kommenden Jahr den Arbeitsauftrag für die Durchführung von PTM neu definieren.

Nachdem die Sonderpädagogische Tagesschule Schaan/HPZ die Bedingungen für eine Leistungserbringung gemäss den Richtlinien der IVSE (Interkantonale Vereinbarung sozialer Einrichtungen) erfüllt, wurde die Sonderpädagogische Tagesschule Schaan im Dezember 2010 der IVSE unterstellt.

Sonderschulungen und PTM im Berichtsjahr 2010 mit Vergleich zum Jahr 2009

Sonderschulungen

Bereich	**Anzahl Kinder 2010**	Vergleich zu 2009
im Regeschulbereich	88	77
in der Sonderpädagogischen Tagesschule Schaan	58	57
in der Schweiz	16	17
in Österreich	6	6
Total	**168**	**157**

Pädagogisch-therapeutische Massnahmen (PTM)

Logopädie	486	449
Psychomotorik	97	105
Früherziehung	23	51*
Total	**606**	**605**

* inkl. Früherziehung durch Kindergärtnerinnen

Zentrum für Mediendidaktik und Mediensupport

Das Zentrum für Mediendidaktik und Mediensupport umfasst die Arbeitstelle Schulinformatik (assi), die Didaktische Medienstelle (DMS) sowie den Lehrmittelverlag.

Die assi ist für die Schulnetz-Infrastruktur zuständig, welche ca. 1'500 PCs, 230 Drucker, 30 Serversysteme und zahlreiche weitere Systemkomponenten umfasst. Deren laufende Weiterentwicklung und Wartung wird von fünf Technikern wahrgenommen. Zum Kundenkreis der assi zählen ca. 5'000 Benutzerinnen und Benutzer. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Serversysteme auf den neusten technologischen Stand gebracht, damit eine Migration auf das Betriebssystem Windows 7 möglich war. Die Umstellung bringt wirtschaftliche Vorteile im Bereich der Infrastrukturwartung. Durch diese Dienstleistung steht den Kundinnen und Kunden ein leistungsfähiges und modernes Netzwerk zur Verfügung, welches den gegenwärtigen Anforderungen gerecht wird.

Das Angebot der DMS wurde sehr gut genutzt. Während des letzten Schuljahres wurden über 7'500 Medien physisch ausgeliehen und über 17'000 Medien online abgerufen. Bewährt haben sich die angebotenen Medien-Sonderausstellungen zu speziellen Gebieten. Als Schwerpunkt ist die Sonderausstellung «blickwechsel» zu erwähnen. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen wurde in den Bereichen der «pädagogischen ICT-Kompetenz für den Unterricht» sowie der Medienpädagogik und Mediendidaktik ausgebaut. Besonderes Gewicht wird bei der DMS der mediendidaktischen und medienpädagogischen Beratung beigemessen.

Hauptaufgabe des Lehrmittelverlags ist der termingerechte Ankauf und das Bereitstellen der Lehrmittel für alle Stufen. Ausserdem wurden die in Liechtenstein verlegten Bücher an den Buchhandel im In- und Ausland verkauft und versendet.

Verein Neues Lernen Liechtenstein

Aufgrund der Leistungsvereinbarung mit der Regierung unterstützt der Verein die Einführung des Englischunterrichtes beginnend in der 1. Klasse an den Primarschulen, indem er geeignete Arbeitsmittel entwickelt und die Lehrpersonen für einen handlungsorientierten Fremdsprachenunterricht ausbildet. Der Verein unterstützt interessierte Lehrpersonen an regelmässig stattfindenden Weiterbildungsnachmittagen in ihrer Unterrichtsvorbereitung, der Pflege der Unterrichtssprache und der Anwendung neuer methodischer Elemente.

Hallenbad SZU

Im Jahr 2010 besuchten total 87'858 Personen das Hallenbad SZU (49'052 Erwachsene, 16'576 Kinder und 5’883 Vereins-Mitglieder sowie 16'374 Eintritte des Schulschwimm-Unterrichts). Diese Eintritte wurden in 333 Betriebstagen mit einem Tagesdurchschnitt von 264 und einer Besucherspitze von 548 Badegästen erreicht. Das Jahr 2010 wird damit zum Jahr mit den meisten Ein-

tritten seit der Eröffnung 1980, mit plus 8.5% gegenüber dem Vorjahr. Vier Badmeister, zwei Stellvertreter und Bad-Aufsichten sowie zwei Teilzeit-Reinigungs-Angestellte sorgten für einen einwandfreien Betrieb. Die im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrolle von Abklatsch- und Wasser-Proben wie auch die vom Amt für Lebensmittelkontrolle durchgeführten Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun

Das Jugendhaus Malbun wurde von 34 verschiedenen Gruppen aus dem In- und Ausland besucht (26 Gruppen aus Liechtensteinischen Schulen, 3 Gruppen aus Liechtenstein und 5 Gruppen aus dem Ausland). Für diese rund 1350 Gäste wurden 12700 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen noch 5640 Übernachtungen mit Frühstück.

Abgesehen von dem normalen Gebäudeunterhalt drängten sich keine dringlichen Renovationsarbeiten am Gebäude im Berichtsjahr auf. Die anfallenden Kosten für den Betrieb sind im budgetierten Rahmen geblieben.

Kommissionen

Stipendienstelle

Ereignisse im Jahr 2010

neue Anträge	Anzahl Personen
1118	954

Entscheide im Jahr 2010

Anträge	Ablehnungen	Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
1047	238	5'024'412	3'785'085

Ausgaben und Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2010

Stipendien		Dahrlehen		in Rechnung gestellte Rückzahlungsraten für Studiendarlehen	
Anzahl	in CHF	Anzahl	in CHF	Anzahl	in CHF
803	4'670'267	450	2'424'972	693	2'269'311

Die Auszahlungen für Stipendien und Darlehen setzten sich wie folgt zusammen:

Bildungsstufe		Stipendien	Darlehen
Hochschulen			
Universitäten,			
Fachhochschulen	Doktorat	114'727	54'217
	Habilitation	0	8'920
	Bachelor, Master	3'344'198	1'828'803
Höhere Fachschulen	228'833	128'617	
Berufsbildung	Fachschulen	316'421	175'161
Sek II	Berufslehren	90'996	24'306
Allgemeinbildung	Gymnasium, BMS, DMS	61'060	17'118
Sek II	Internate	35'287	5'000
Weiterbildung		478'745	182'830
TOTAL		**4 '670'267**	**2'424'972**

Stipendienkommission

Die Stipendienkommission entscheidet gemäss Art. 34 des Stipendiengesetzes (StipG) über Beschwerden gegen Verfügungen der Stipendienstelle und gibt Stellungnahmen zuhanden der Regierung ab. Im Jahre 2010 hat die Stipendienkommission insgesamt sechs Sitzungen abgehalten. Es wurden neun Beschwerden behandelt sowie dreizehn Stellungnahmen zuhanden der Regierung abgegeben. Sieben Beschwerden wurden abgewiesen, zwei Beschwerden wurden vollständig stattgegeben. Bei den Stellungnahmen zuhanden der Regierung handelte es sich bei sechs Fällen um den anerkennbaren Höchstbetrag gemäss Art. 16 Abs. 2 StipG, sechsmal um Stundungen der Rückzahlungsraten gemäss Art. 26 Abs. 6 StipG und einmal um die Anerkennung einer Ausbildungsstätte bzw. eines Ausbildungsabschlusses gemäss Art. 7 Bst. c StipG.

Maturakommission 2010

In der Zeit vom 25. Mai bis 21 Juni 2010 fanden die schriftlichen und mündlichen Maturaprüfungen statt. 89 Schülerinnen und Schüler traten an die Maturaprüfungen an: 16 im Profil «Lingua», 12 im Profil «Kunst, Musik und Pädagogik», 22 im Profil «Mathematik und Naturwissenschaften», 23 im Profil «Neue Sprachen» sowie 16 im Profil «Wirtschaft und Recht».

54 Maturandinnen und 34 Maturanden erhielten an der Maturafeier im Vaduzersaal vom Präsidenten der Maturakommission die Maturazeugnisse. Ein Maturand bestand die Matura nicht. 5 Maturae und Maturi konnten mit dem Maristen-Maturapreis geehrt werden. Zusätzlich wurden 24 Maturae und Maturi mit einem Maturadurchschnitt von 5.0 und besser ausgezeichnet. Insgesamt nahmen die Fachlehrerinnen und Fachlehrer 356 mündliche Prüfungen ab. Dazu kamen die fünf Prüfungen im Fach Musizieren durch Vorspielen im Peter-Kaiser-Saal der Musikschule in Eschen.

Für die Durchführung der Prüfungen trägt die Maturakommission zusammen mit dem Rektorat die Verantwortung. Wie in den letzten Jahren wurden die Mitglieder der Unterrichtskommission des Liechtensteinischen Gymnasiums als Experten zu den mündlichen Prüfungen beigezogen.

Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen:

- Expertentätigkeit bei den mündlichen Abschlussprüfungen;
- Genehmigen und Festsetzen der Prüfungs- und Abschlussnoten und Entscheid über die Erlangung der Berufsmaturität;
- Entscheide über besondere Anträge von Kandidatinnen und Kandidaten.

Die Berufsmaturakommission übt zudem auch in organisatorischen Fragen eine wichtige Kontrollfunktion aus und leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Schule. Die Kommission stellt sicher, dass sowohl Prüfungsstandards als auch das Ausbildungsniveau der Schule laufend evaluiert, gesichert und weiterentwickelt werden.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Im Berichtsjahr 2010 legten insgesamt 72 Lehrpersonen die im Lehrerdienstgesetz vorgeschriebenen Prüfungen ab. Im Fach Geschichte waren es 19 Kandidatinnen und Kandidaten, in Staatskunde 23 und in Schulgesetzgebung 26. Die Prüfungen fanden in allen Fachgebieten in schriftlicher Form statt, im Beisein des jeweiligen Kursleiters sowie eines Mitglieds der Prüfungskommission. In einem Fall wurde eine mündliche Nachprüfung durchgeführt.

Mit den Lehrerprüfungen 2010 endet die Mandatsdauer der Kommission. Sie wird im März 2011 durch die Fürstliche Regierung neu bestellt werden.

Schulrat

Der Schulrat entscheidet u.a. in Fragen der Schullaufbahn der Kinder, bewilligt das Lehrpersonal an den Privatschulen in Liechtenstein und ist berechtigt, obligatorische Weiterbildungskurse für Lehrpersonen anzusetzen. Im Rahmen des Übertrittsverfahrens von der Primarschule in die Sekundarschule hatte der Schulrat aufgrund von Uneinigkeit zwischen der Lehrerempfehlung und dem Elternwunsch in 34 Fällen zu entscheiden. 31 Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit einer Prüfung in Anspruch genommen. Davon hat ein Schüler die Prüfung positiv absolviert (RS/LG).

Übertrittsverfahren 2010 – Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen:

Oberschule			**Realschule**			**Gymnasium**			**Total**
23.7 %			**53.8 %**			**22.5 %**			
m	w	Schüler	m	w	Schüler	m	w	Schüler	
53	43	96	94	124	218	44	47	91	**405**

Übertritte innerhalb der Sekundarschulen (auf Beginn Schuljahr 2010/11)

	ohne Prüfung	**mit Prüfung**	**gesamt**
Übertritt 1. OS - 1. RS	10	0	10
Übertritt 1. OS - 2. RS	0	0	0
Übertritt 2. OS - 2. RS	1	0	1
Übertritt 1. RS - 2. LG	14	2	16
Übertritt 2. RS - 3. LG	* 9	0	9
Übertritt 3. RS - LG Oberstufe	** 4	*** 1	5
Übertritt 4. RS - LG Oberstufe	3	0	3

* davon 1 Sportschülerin aus der RS Schaan
** davon 2 Sportschüler aus der RS Schaan
*** Prüfung nur in Französisch absolviert

Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (während/nach Schuljahr 2010/11):

	Umteilung	**Frw. Wechsel**	**gesamt**
1. RS - 1./2. OS	3	18	21
2. RS - 2./3. OS	0	4	4
3. RS - 3./4. OS	0	1	1
1. LG - 1./2. RS	0	0	0
2. LG - 2./3. RS	0	5	5
3. LG - 3./4. RS	5	2	7

Der Schulrat hat in mehreren Fällen dem Antrag auf Befreiung von der Schulpflicht um ein Jahr bzw. auf vorzeitigen Schuleintritt stattgegeben. Auch die freiwillige Wiederholung der 5. Schulstufe der Primarschule und das Überspringen einer Schulstufe wurden in Einzelfällen bewilligt. In mehreren Fällen stimmte der Schulrat der integrierten Sonderschulung bzw. der Verlängerung dieser Massnahme sowie der Wiedereingliederung in die Regelschule zu. Mehrere Kinder und Jugendliche wurden der Sonderschulung im HPZ oder in ausländischen Sonderschulen zugewiesen. Ferner hatte sich der Schulrat mit fünf Rekursfällen auseinanderzusetzen.

Dachverband der Elternvereinigungen

Der Dachverband der Elternvereinigungen der Liechtensteinischen Schulen besteht aus 16 Mitgliedsvereinen. Jeder Mitgliedsverein ist mit mindestens einer Person in der Delegiertenversammlung vertreten. Im Vereinsjahr

2010 bestand der Vorstand aus sieben Vorstandsmitgliedern.

Im Zentrum der Arbeit im Jahr 2010 standen nebst dem Thema «Weiterentwicklung der Sek. I» das Thema «Aufbau von Elternmitwirkung in FL» sowie die Einführung von «Elternmitwirkung an den weiterführenden Schulen». Darüber hinaus wurden u.a. folgende Themen behandelt: neue DEV-Webseite, Einführung des Stammtisches (Themen: «Schulkleidung», «Koordination Anlässe für Eltern» und Organisation/Strukturen von Elternvereinigungen), Bildungsstrategie FL, Verkehrssicherheit, Informationsaustausch mit dem Schulamt, EPA European Parents Association (Im Jahr 2012 wird der DEV zu einer europäischen Konferenz nach Liechtenstein einladen); Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen; Teilnahme an Vernehmlassungen.

Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Amtsleiter: Werner Kranz

Die Entwicklungen in den Bereichen der Berufsbildung und der Berufsberatung gehen unaufhaltsam weiter und unterliegen einem ständigen Veränderungsprozess. Im Berichtsjahr konnten wiederum, nebst dem Wahrnehmen des operativen Tagesgeschäfts, zahlreiche Massnahmen und Projekte umgesetzt werden. Im Bereich der Mobilität nutzen junge Berufsleute und lernende Personen die beiden Mobilitätsangebote «MOJA und xchange».

Schwerpunktmässig konnten im Berichtsjahr folgende Konzepte und Einzelmassnahmen umgesetzt beziehungsweise eingeführt werden:

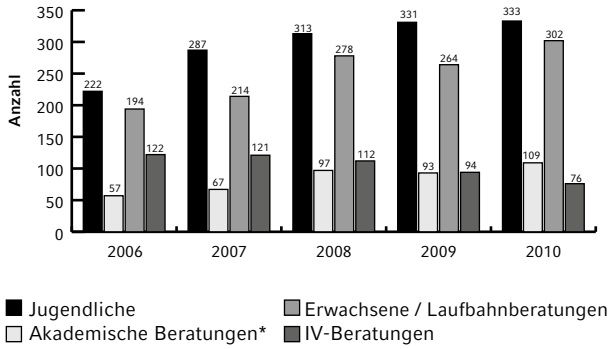
- *Weiterführung des Projekts «Zünder» für Schulabgängerinnen und Schulabgänger des 9. Schuljahrs;*
- *Erarbeiten und Erlassen von rund 60 Bildungsverordnungen (Berufsreglemente), resultierend als laufende Aufgabe aus dem neuen Berufsbildungsgesetz;*
- *Durchführen einer Kundenbefragung zur Evaluierung der Kundenzufriedenheit hinsichtlich der erbrachten Dienstleistungen und für den Erhalt von möglichen Verbesserungswünschen;*
- *Einführen der Kosten- und Leistungsrechung, mit den Zielen die Transparenz zu erhöhen, die Kapazitätsgrenzen und die produktive Auslastung sichtbar zu machen sowie die Einhaltung des Budgets sicherstellen zu können;*
- *Operatives Umsetzen der erarbeiteten Konzepte «Fachkundige individuelle Begeleitung» und die «Validierung von informell erworbenen Kompetenzen» auf Basis der neuen Rechtsetzung der Berufsbildung;*
- *Einführen des Weiterbildungspasses für Ausbilder, ansiedeln und übernehmen der dazugehörigen Koordinationsaufgaben der Akademie für Ausbilder IBK beim Amt*
- *sowie die Mitarbeit in verschiedenen ämterübergreifenden Projekten wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik Liechtenstein, die Erarbeitung einer Bildungsstrategie sowie die Entwicklung eines Systems für das Absenzenmanagement der Landesverwaltung.*

Berufsberatung

Einzelberatung

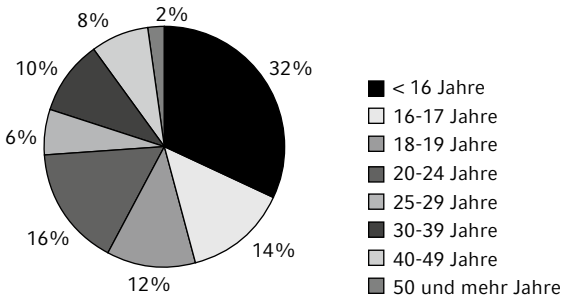
Wie die folgende Grafik aufzeigt, ist die Anzahl Einzelberatungen im Vergleich zum Vorjahr um 5% gestiegen. Jugendliche und erwachsene Personen schätzen es, ihre berufliche Situation in einer individuellen und persönlichen Beratung zu reflektieren.

Anzahl Einzelberatungen der Jahre 2006 bis 2010



Von den 820 beratenen Personen waren 452 weiblich und 368 männlich; 506 Personen waren Liechtensteiner, 314 mit ausländischer Nationalität.

Prozentuale Anteile der Ratsuchenden nach Alter



Begleitung von Jugendlichen im ersten Berufswahlentscheid

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist ein erster wichtiger Veränderungsprozess im Leben eines jungen Menschen. Damit dieser Übergang optimal gelingt, bedarf es der Koordination seitens der Helferinnen und Helfer (Eltern, Schule, Wirtschaft, Berufsberatung und Berufsbildung). Dieser Koordinationsaufgabe hat sich die Abteilung Berufsberatung auch im Jahre 2010 wieder gestellt und das Berufswahlvorbereitungs-Kooperationsmodell in den 3. und den 4. Klassen der Ober- und Realschulen flächendeckend umgesetzt.

Dazu gehören folgende Aktivitäten:

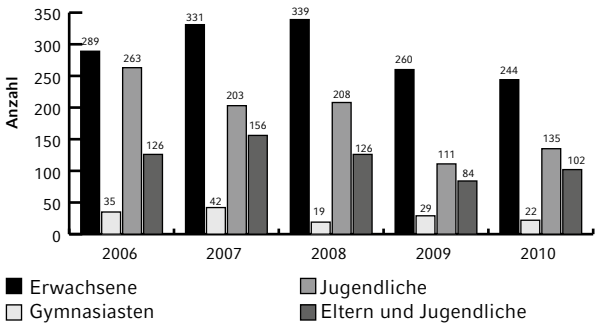
- Führen des Berufsinformationszentrums;
- Betreuung der berufskundlichen Dokumentations-

schränke an den Schulzentren des Landes mit regelmässiger Aktualisierung;
- Einführungen ins Berufsinformationszentrum für alle 3. Klassen der Ober- und Realschulen inkl. Tagesschule Formatio, Waldorfschule und dem Freiwilligen 10. Schuljahr;
- Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung»;
- Kurzberatungen an den Schulzentren für die 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen, der Tagesschule Formatio und der Waldorfschule sowie für die Klassen des Freiwilligen 10. Schuljahres;
- Durchführung von Informationsveranstaltungen zu den Themen «Weiter zur Schule?» und «Zwischenjahr» für die Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen der Ober- und Realschulen;
- Durchführung eines Workshops für Lehrpersonen der Real- und Oberschulen zum Thema «Berufswahl» inkl. Abgabe eines Berufswahl-Ordners;
- Durchführung von Gruppentests;
- Einführungen «Profilwahl / Berufswahl» der 3. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums;
- sowie Kurzseminare zur Einführung der 4. Klassen des Liechtensteinischen Gymnasiums in die Berufs- und Studienwahl.

Berufsinformationszentrum

Das Berufsinformationszentrum bietet allen Interessierten die Möglichkeit, sich über Aus- und Weiterbildungen erste Informationen zu beschaffen und im Kurzgespräch mit Fachpersonen Tipps und Unterstützung zu beruflichen Fragestellungen zu erhalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Besuche im Berufsinformationszentrum um 4% gestiegen. Dennoch: Der Trend, Informationen übers Internet zu Hause abzurufen, hält an und erspart teilweise den Gang zum Berufsinformationszentrum.

Anzahl Besuche im Berufsinformationszentrum des Amts der Jahre 2006 bis 2010



In der Grafik sind die Einführungs-Kurse für alle Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr sowie die Elternabende nicht eingeschlossen.

Koordinationsstelle Spitzensport

Auch im Jahr 2010 bestanden die Hauptaufgaben der Koordinationsstelle «Berufliche Grundbildung – Spitzensport» in der Beratung von jungen Spitzensportler/innen.

Mit dem Start der neu geschaffenen Lehrstelle für eine oder einen Spitzensportler/in bei der Landesverwaltung konnten erste, wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Dabei ist eine gute Koordination zwischen Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Amt für Personal und Organisation, Schulbehörde, Trainerstab und Spitzensportlerin mit ihren gesetzlichen Vertretern nötig, um auf Veränderungen flexibel reagieren zu können. Die Stelle ist nun für drei Jahre durch eine Lernende Kauffrau besetzt, welche Skifahren als Spitzensport betreibt.

Mentoringprojekt Zünder

Das ABB konnte über das Mentoringprojekt 12 Schulabgängerinnen und 4 Schulabgänger (15 aus der Oberschule), welche aus verschiedenen Gründen den Berufseinstieg mit den üblichen Mitteln nicht schafften, zusätzlich persönliche Realisierungshilfe anbieten.

Als Mentor/innen konnten 18 Persönlichkeiten (10 Frauen, 8 Männer) gewonnen werden, deren Einsatz, Erfahrung und persönliches Netzwerk für diese Freiwilligenarbeit dienlich waren.

Von den 16 Jugendlichen starteten 5 eine berufliche Grundbildung, 1 absolviert ein Praktikum und 10 wurden in das 10. Schuljahr oder in die Sarganserländer Hauswirtschaftsschule aufgenommen.

Die durchgeführte Evaluation bei Mentees und Mentoren zeichnet in den meisten Fällen ein positives Bild und empfiehlt die Weiterführung des Mentoringprojekts Zünder.

Weitere Aktivitäten im Bereich der Berufsberatung

Die Berufsberatung steht an der Nahtstelle zwischen Schule und Wirtschaft. Von daher ist ein gutes Einvernehmen mit anderen Institutionen, die an diese Nahtstelle grenzen, von Bedeutung. Im Berichtsjahr konnten diverse Aktivitäten in Zusammenarbeit mit folgenden Organisationen umgesetzt werden:
- Wirtschaftskammer Liechtenstein: gemeinsame Planung und Durchführung der Berufs-Informationsnachmittage «Werkplatz Liechtenstein»; Teilnahme mit einem eigenen Stand an der Berufsschau 2010.
- Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer: Mitarbeit bei der Planung und Durchführung des Symposiums «Lehrstellensuche leicht gemacht».
- Schulamt: Zusammenarbeit bei der Planung der Aktivitäten im Bereich «Berufswahlvorbereitung»; Mitarbeit beim Projekt «Neugestaltung des 9. Schuljahres»; enger Kontakt mit den Schulen auf Sekundarstufe I und dem Liechtensteinischen Gymnasium.
- Informations- und Kontaktstelle für Frauen infra: Zusammenarbeit im Rahmen des infra-Projekts «Familienmanagerinnen- unterwegs zur Anerkennung».
- Jugendinformationszentrum aha: regelmässiger Kontakt mit Informationsaustausch.

Medien: Herausgabe des «Berufswahl-Magazins» in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteiner Vaterland.

Berufswahlverhalten der Jugendlichen im Sommer 2010

Berufswahlverhalten der Schülerinnen und Schüler aus den Real- und Oberschulen, der Tagesschule Formatio, der Waldorfschule und dem Freiwilligen 10. Schuljahr

Wie weiter nach der obligatorischen Schulzeit	Anzahl	Total	%
Berufliche Grundbildung (FZ, BA und Anlehre)	210	224	70
Vollzeitberufschulen	14		
Gymnasium	13	18	6
Mittelschulen	5		
10. Schuljahr	46	56	18
Brückenangebote	10		
Praktische Zwischenlösungen {z.B. Vorlehre, Sozialjahr, au pair, Sprachaufenthalt)	8	8	2
Anderes (z.B. Rückkehr in die Heimat, Erwerbstätigkeit ohne weitere Ausbildung)	2	2	1
Keine Anschlusslösung Überweisung an den Arbeitsmarktservice (AMS)	9	9	3
Total		**317**	**100**

Berufsbildung

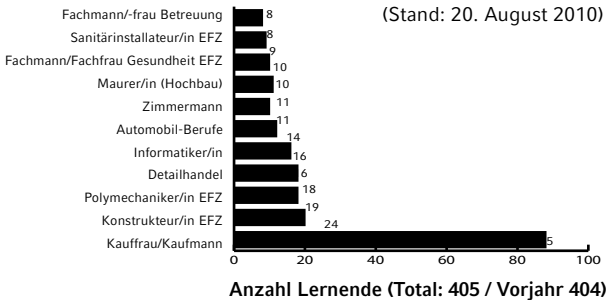
Gesamtzahl der Lehrverhältnisse

Die Gesamtzahl aller Lehrverhältnisse per 31. Dezember 2010 betrug 1'232 in 115 verschiedenen Berufen und Anlehrberufen. Von den 1'232 lernenden Personen sind 37% weiblich und 63% männlich.

Lehrstellensituation – Sommer 2010

Bis Mitte August haben insgesamt 405 Lernende ihre berufliche Grundbildung in über 80 verschiedenen Lehrberufen begonnen. Die Lehrbetriebe zeigten eine gleichbleibende Ausbildungsbereitschaft und unterstützen somit den Stellenwert der dualen Berufsbildung.

Berufswahl-Hitliste – Lehrbeginn im Sommer 2010

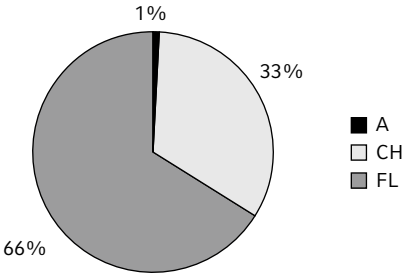


Auf Platz 1 der Hitliste liegt nach wie vor die Berufslehre Kauffrau/Kaufmann (88 Lernende oder 22%).

Aufteilung der Gesamtanzahl an Lehrverhältnissen nach Wohnort

Gegenüber dem Vorjahr blieb der Anteil an Lernenden mit Wohnort Schweiz mit einem Drittel praktisch unverändert. Sechs lernende Personen pendeln täglich von Vorarlberg nach Liechtenstein.

Anzahl Lernende – Liechtenstein / Schweiz / Österreich

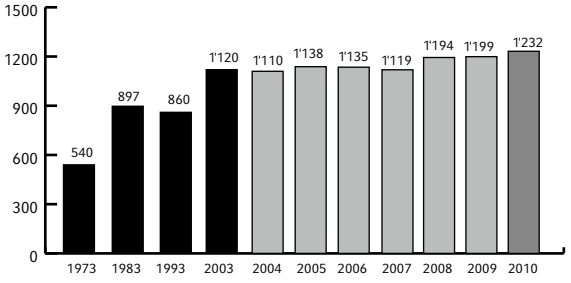


Aufteilung der Gesamtanzahl an Lehrverhältnissen nach Lehrbetriebsart

Rund 43 % aller lernenden Personen absolvieren ihre berufliche Grundbildung in einem gewerblichen und 37 % der Lernenden in einem industriellen Lehrbetrieb. Die restlichen 20 % verteilen sich auf Verwaltung, Dienstleistung, Haus- und Landwirtschaft.

Entwicklung – Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung

Entwicklung der Anzahl Lernenden der Jahre 1973 – 2010



Lehrvertragsauflösungen

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 93 der 1'232 vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung genehmigten Lehrverhältnisse aufgelöst. Dies entspricht einer Auflösungsquote von 7.5%.

Nach der Lehrvertragsauflösung:

- haben **24** lernende Personen den Beruf gewechselt;
- haben **22** lernende Personen die Lehre in einem anderen Betrieb fortgesetzt;
- befanden sich **14** Jugendliche per Ende Geschäftsjahr in berufsberaterischen Abklärungen im In- oder Ausland;
- wählten **9** Jugendliche den direkten Einstieg in die Arbeitswelt;

– haben **7** Personen einen Praktikumsplatz gefunden;
– sind dem Amt von **6** lernenden Personen die Anschlusslösungen per Ende Geschäftsjahr nicht bekannt, bzw. nahmen diese keine weiteren Dienstleistungen des Amts in Anspruch;
– befanden sich **6** lernende Personen per Ende Geschäftsjahr in therapeutischer Behandlung;
– haben sich **4** Jugendliche für den Besuch einer weiterführenden Schule im In- oder Ausland entschieden;
– sowie war **1** Person per Ende Geschäftsjahr noch auf der Suche nach einer geeigneten Lehrstelle.

Prüfungswesen

Abschlussprüfungen
Im Jahr 2010 haben gesamthaft 343 Lernende die Lehrabschlussprüfung bestanden. Davon haben 28 Lernende die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen (18 in kaufmännischen und 10 in technischen Lehrberufen). Im Januar 2010 fand der fünfte IPA-Kurs für Fachvorgesetzte statt. 17 Personen haben daran teilgenommen. Die Fachvorgesetzten begleiten die Absolventen/Absolventinnen bei der Ablegung der individuellen praktischen Prüfung (IPA).

Standortbestimmungen (Zwischenprüfungen)
Im Jahr 2010 wurden insgesamt 67 Zwischenprüfungen abgenommen. 52 waren obligatorische Zwischenprüfungen und 15 infolge Erstausbildung. Zusätzlich wurden im Beruf Kauffrau/Kaufmann 83 Standortbestimmungen mit Zwischenprüfungscharakter abgenommen (Jahr 2009: 90).

Teilprüfungen
Im Sommer 2010 wurden 94 Teilprüfungen - Bestandteil des Qualifikationsverfahrens (Lehrabschlussprüfung) – abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Lehrberufen Anlage- und Apparatebauer/in, Automatiker/in, Baumaschinenmechaniker/in FZ, Coiffeuse/Coiffeur FZ, Elektroniker/in, Konstrukteur/in, Landmaschinenmechaniker/in FZ, Mechapraktiker/in, Multimediaelektroniker/in, Polygraf/in FZ, Polymechaniker/in, Produktionsmechaniker/in FZ, Schreiner/in und Zahntechniker/in FZ durchgeführt.

Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz
Zum 37. Mal konnten sich am 27. August 2010 auf Schloss Vaduz 11 erfolgreiche Lehrabsolventinnen und 13 Lehrabsolventen ins «Goldene Buch» eintragen. Die 24 jungen Berufsleute absolvierten ihre Lehre in 15 verschiedenen Berufen mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 5.3 und besser. Zur grossen Freude aller Anwesenden fand die zur Tradition gewordene Schlossführung einmalig unter der persönlichen Begleitung von I.D. Fürstin Marie statt.

Anzahl Lehrabsolventen/innen nach Berufen mit einem Gesamtnotendurchschnitt von ≥ 5.3

Berufsbezeichnung	Anzahl Berufsleute
Automatiker	1
Coiffeuse	1
Fachangestellte Gesundheit	1
Fachfrau Betreuung	1
Fachmann Betriebsunterhalt	1
Heizungsmonteur	2
Informatiker	2
Kauffrau/Kaufmann	6
Keramikmalerin	1
Konstrukteur	1
Logistikerin	1
Mechapraktiker	1
Polymechaniker/in	2
Wärmebehandlungstechniker	1
Werkstoffprüfer	2

Lehrstellenumfrage
Für Lehrbeginn im Sommer 2011 wurde im August 2010 bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 389 Lehrstellen als frei gemeldet. Im Vorjahr waren zum gleichen Zeitpunkt 299 Lehrstellen gemeldet worden.

Ausbildungsbewilligungen
Im Geschäftsjahr 2010 wurden 74 Ausbildungsbewilligungen in verschiedenen Lehrberufen erteilt. Zudem konnten 30 neue Lehrbetriebe gewonnen werden. Aktuell sind beim Amt 675 Lehrbetriebe registriert, wovon derzeit 369 Betriebe aktiv lernende Personen in verschiedenen Lehrberufen ausbilden.

Amts-EDV
Seit der Einführung der neuen Amtssoftware im 2007 ist das Land Liechtenstein Mitglied des Vereins Interessensgemeinschaft Informatik im Berufsbildungswesen (IGIB/GRIF) und durch den Amtsleiter im Vorstand vertreten. Im laufenden Geschäftsjahr wurden vor allem im technischen Bereich Anpassungen und Verbesserungen am Programm vorgenommen und mittels Release installiert. Diese Anpassungen sind ohne grosse Probleme eingeführt worden.

Amts-Projekte
Im Berichtsjahr wurden vom Amt schwerpunktmässig folgende Projekte bearbeitet:
– Weiterführen des Projekts «Zünder» für Schulabgängerinnen und Schulabgänger des 9. Schuljahrs
– Erarbeiten und erlassen von rund 60 Bildungsverordnungen (Berufsreglemente) resultierend als laufende Aufgabe aus dem neuen Berufsbildungsgesetz
– Durchführen einen Kundenbefragung zur Evaluierung der Kundenzufriedenheit hinsichtlich der erbrachten

Dienstleistungen und für den Erhalt von möglichen Verbesserungswünschen
- Einführen der Kosten- und Leistungsrechung mit den Zielen die Transparenz zu erhöhen, die Kapazitätsgrenzen und die produktive Auslastung sichtbar zu machen sowie die Einhaltung des Budgets sicherstellen zu können
- Umsetzen der erarbeiteten Konzepte «Fachkundige individuelle Begeleitung» und die «Validierung von informell erworbenen Konzepten» auf Basis der neuen Rechtsetzung der Berufsbildung aus dem Jahre 2008
- sowie das Einführen des Weiterbildungspasses für Ausbilder, ansiedeln und übernehmen der dazugehörigen Koordinationsaufgaben der Akademie für Ausbilder IBK beim Amt.

Berufsbildungsbeirat

Der Berufsbildungsbeirat stellte sich im Geschäftsjahr 2010 wiederum seiner Hauptaufgabe, die Entwicklungen in der Berufsbildung lokal und überregional zu verfolgen und diese innerhalb der im Beirat vertretenen Organisationen und Verbände vergleichend zu kommunizieren. Damit ergaben sich wertvolle Impulse und Synergien. Folgende Thematik bildete unter anderem den Schwerpunkt:
- Veränderungen und Umgestaltung der Sekundarstufe I
- Vernehmlassung zur Revision des Schulgesetzes, des Lehrerdienstgesetzes und des Subventionsgesetzes
- Möglichkeiten und Grenzen von vermehrter Berufsberatung am Gymnasium
- Entwicklung der Lehrstellenangebote und das Berufswahlverhalten der Schulabgänger/innen.

Personell blieb die Zusammensetzung des Berufsbildungsbeirates im 2010 dieselbe. Einzig die Wirtschaftskammer stellt in der Person von Herrn Ivan Schurte eine neue Vertretung.

Mobilitätsprojekte beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

7 Arbeitnehmer aus Liechtenstein haben im Frühjahr 2010 ihr Berufspraktikum in Europa beendet. Weitere 3 Personen haben das Praktikum in der ersten Jahreshälfte begonnen und abgeschlossen. Im Juni 2010 startete das Folgeprojekt MOJA 2010 – 2012. Durch diese Möglichkeit konnten weitere 8 Personen vermittelt werden, wovon 3 Personen per Jahresende ihre Teilnahme erfolgreich beendet haben. An europäischen Fördermitteln wurden insgesamt € 84'687.00 beansprucht.

Mobilitätsprojekt MOJA 2008 – 2010 / MOJA 2010 – 2012 / Teilnehmende 2010

	Frankreich	Dänemark	Deutschland	Malta	Irland	England
Medizin						1
Betriebswirtschaft				1	1	
Polygraph						1
Filmmacherin	1					
Coiffeuse						1
PR/Marketing		1				
Fashion			1			
Kauffrau						1
Detailhandelsfachmann					1	
Maler						1

Xchange

Xchange fördert den grenzüberschreitenden Austausch von Lernenden der Internationale Bodenseekonferenz (IBK) und der Arbeitsgemeinschaft ARGE ALP. Die IBK ist ein kooperativer Zusammenschluss der an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, beide Appenzell, Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern. Die ARGE ALP will durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsame Probleme und Anliegen, insbesondere auf ökologischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet behandeln, das gegenseitige Verständnis der Menschen im Alpenraum fördern und das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung für den alpinen Lebensraum stärken. Im Jahre 2010 haben 12 Lernende aus Liechtenstein ein Praktikum im benachbarten Ausland absolviert. Im Gegenzug haben 14 Lernende aus Deutschland und der Schweiz das Angebot in Liechtenstein wahrgenommen.

Übersicht – Anzahl Teilnehmer/innen nach Berufsfeld und Zielort

Herkunft / Zielort	Anzahl Teilnehmer	Beruf
SG → FL	3 weiblich	Fachangestellte
2 männlich	Gesundheit	
FL → SG	6 weiblich	Fachangestellte
		Gesundheit
Bayern → FL	1 männlich	Chemielaborant
	1 weiblich	Konstrukteurin
	1 männlich	Konstrukteur
	2 männlich	Werkzeugbautechniker
	1 männlich	Schreiner
FL → Bayern	1 weiblich	Chemielaborantin
	1 männlich	Physiklaborant
	1 weiblich	Konstrukteurin
	1 männlich	Konstrukteur
Baden	1 männlich	Polymechaniker
Württemberg → FL	2 weiblich	Kauffrau
FL → Baden	1 männlich	Automatiker
Württemberg	1 männlich	Informatiker

Akademie für Ausbilder IBK

Die Akademie für Ausbilder der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) wurde im August 2010 gegründet. Das zugrundeliegende Konzept basiert weniger auf der Theorie sondern auf der Praxis bzw. der täglichen Arbeit in der Ausbildung von Lernenden und trägt den steigenden Anforderungen der dualen Ausbildung Rechnung. Voraussetzung für den Einstieg in die Akademie für Ausbilder IBK ist der Nachweis eines absolvierten Lehrmeisterkurses. Die Zertifizierung erfolgt in drei Stufen. Pro Qualifizierungsstufe ist eine bestimmte Anzahl an Bildungspunkten erforderlich. Diese Bildungspunkte erhalten die Berufsbildner für alle Kurse, Workshops, Seminare oder Lehrgänge, die sie bei Institutionen ihrer Wahl besuchen. Zusätzlich zu den Bildungspunkten muss für die Qualifizierungsstufen 2 und 3 eine Projektarbeit erstellt und einer Kommission präsentiert werden. Ein spezieller Weiterbildungspass, der sämtliche Informationen über den zeitlichen Ablauf, die Vergabe der Bildungspunkte und Übergabe der Auszeichnungen, begleitet die Ausbilder auf ihrem Weg. Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung ist Kooperationspartner der Akademie für Ausbilder IBK und ist verantwortlich für die Herausgabe des Weiterbildungspasses und die Anerkennung der neu erworbenen Bildungsleistungen.

Bisher konnten vier Weiterbildungspässe ausgestellt werden. Bereits im Herbst 2010 hat die erste Liechtensteiner Teilnehmerin die 1. Stufe erreicht und konnte im November 2010, anlässlich der Feier der Akademie Lehrlingsausbildung in Feldkirch/A, ihr Prädikat «IBK Ausbilder Stufe 1» entgegennehmen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:
Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Ressorts Familie und Chancengleichheit lag in diesem Jahr bei der Erarbeitung einer modernen und zukunftsgerichteten Familienpolitik als Teil einer umfassenden Generationenpolitik.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet.

Familienpolitik

Familienleitbild und Massnahmenkatalog
Eine moderne und zukunftsgerichtete Familienpolitik aufzubauen war das Schwerpunktthema im Ressort Familie und Chancengleichheit. Zielorientierte Leitsätze sollen als Grundlage der Liechtensteiner Familienpolitik dienen. Aufbauend auf einem familienpolitischen Konzept, welches Zielsetzungen, Handlungsfelder und Inhalte darstellt, wird ein Familienleitbild erstellt, welches als längerfristiges Planungs- und Steuerungselement zu verstehen ist. Das Familienleitbild enthält Leitsätze und Ziele der Regierung in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik: was ist unter Familienpolitik zu verstehen, wer ist davon erfasst, welche Ziele sollen verfolgt werden, welche Aufgabe hat der Staat? Diese und andere Fragen sind zu beantworten. Darauf aufbauend zeigt das Familienleitbild Handlungsfelder sowie Leistungen und Massnahmen. Ein laufend angepasster Massnahmenkatalog soll die aktuellen Projekte darstellen.

Leistungsvereinbarungen
Im Bereich der Familienpolitik und der Familienförderung besteht ein komplexes System an Leistungen, Trägern und Massnahmen. Da die finanzielle Ausgestaltung der Familienförderung ein wesentlicher Faktor ist, wird auch diese entsprechend untersucht.

Die Regierung hat beschlossen, die Leistungsvereinbarungen mit den verschiedenen Trägern im Bereich der Familie zu überarbeiten: Künftig wird mit Wirkungszielen und Indikatoren gearbeitet, um den Mittelfluss im Rahmen der vereinbarten Ziele anhand der Indikatoren kontrollieren und steuern zu können.

Familienrat
An der Sitzung des Familienrates im Juni 2009 wurde festgestellt, dass das Zwei-Kammer-System des im Jahre 2008 eingesetzten Familienrates (Leitungsgremium und Unterausschuss) schwerfällig und kompliziert ist. Im Ressort wurden dann die Struktur des Familienrates und seine Aufgaben überprüft und dem Familienrat im Mai präsentiert. Es stellte sich heraus, dass das Zweikammersystem auch für die Mitglieder des Familienrates unbefriedigend ist. Die Regierung hat daraufhin beschlossen, den Familienrat zu modifizieren. Der Familienrat in seiner Zusammensetzung aus Leitungsgremium und Unterausschuss wurde aufgelöst und ein neues Fachgremium eingesetzt. Der neue Familienrat besteht aus Experten aus dem deutschsprachigen Raum und aus Liechtenstein und berät das Ressort Familie und Chancengleichheit in Schwerpunktthemen der Liechtensteiner Familienpolitik. Die Entwicklung der Familienpolitik soll jedoch mit Einbezug der betroffenen Organisationen und Stellen geschehen. Die vom Familienrat ausgearbeiteten Schwerpunktthemen werden daher betroffenen Partnern und Organisationen präsentiert und in Workshops bearbeitet.

Internet-Informationsseite
Im Bereich der Familienpolitik ist die Leistungs- und Trägervielfalt gross. Aufgrund dieser Komplexität besteht die Gefahr der Intransparenz. Deshalb soll der Informationszugang optimiert werden. Im Berichtsjahr wurde am Aufbau einer behindertengerechten Internet-Informationsseite gearbeitet. Auf der Informationsplattform werden Informationen über vorhandene Angebote und Dienstleistungen sowie zuständige Kontakte in zielgruppenspezifischer Form einfach zugänglich gemacht.

Kinder- und Jugendbereich

Ausserschulische Kinderbetreuung
Der Bedarf an ausserhäuslicher Betreuung von Kindergarten- und Schulkindern ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu ermöglichen, ist ein zentrales Anliegen der Familienpolitik. Aus diesem Grund hat die Regierung die Konzepte der ausserschulischen Tagesstruktur in der Gemeinde Schaan genehmigt und beschlossen, diese in der Pilotphase bis Ende 2011 zu unterstützen. Die Regierung fördert den bedarfsgerechten Ausbau von ausserschulischen Tagesstrukturen.

Offene Jugendarbeit
Die Regierung hatte 2009 beschlossen, sich an der von der Vorsteherkonferenz lancierten Analyse zur Offenen Jugendarbeit – Ist-Aufnahme aller Tätigkeiten der Jugendorganisationen in Liechtenstein und allfällige Empfehlungen einer Neuausrichtung – zu beteiligen. Eine Mitarbeiterin des Ressorts Familie und Chancengleichheit ist Vertreterin der Regierung in der strategischen Projektleitung (Gemeinde- und Regierungskommission). Ziel des Projektes ist die Optimierung der offenen Jugendarbeit. Im Bericht, welcher im Mai Regierungschef Klaus Tschütscher und der Vorsteherkonferenz präsentiert wurde, werden die Entwicklung in der Offenen Jugendarbeit, die Vielfältigkeit, das Engagement und die Rahmenbedingungen positiv hervorgehoben, aber auch

Schwachpunkte aufgezeigt. Es wird empfohlen, eine neue Organisationseinheit zu schaffen. Im Juni wurde der Bericht verschiedenen Leistungsträgern präsentiert. Die Gemeinden haben den Bericht zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden: die Offene Jugendarbeit wird inhaltlich, strukturell und personell optimiert. Das Ressort Familie und Chancengleichheit und der Vorsitzende der Vorsteherkonferenz wurden von der Regierung beauftragt, dieser einen Vorschlag für das weitere Vorgehen (Einsetzung, Zusammensetzung und Aufgaben der Projektgruppe) zu unterbreiten.

Chancengleichheit

Umsetzung von Richtlinien im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann

Im Berichtsjahr hat das Ressort Familie und Chancengleichheit der Regierung den Bericht und Antrag zur Abänderung des Gleichstellungsgesetzes vorgelegt. Anstoss hierzu waren die Richtlinie 2004/113/EG des Rates der Europäischen Union, welche Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbietet und die Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments, mit welcher die Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit durchgesetzt werden sollen. Damit sollen künftig auch Bestimmungen, welche die Gleichstellung von Frau und Mann ausserhalb des Arbeitsmarktes gewährleisten, Bestandteil des Gleichstellungsgesetzes sein. Die erste Lesung der Gesetzesvorlage fand in der Dezember-Sitzung des Landtages statt.

Für die Abklärung des Umsetzungsbedarfes der Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG des Rates wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe steht unter der Federführung des Ressorts Familie und Chancengleichheit und der Stabstelle für Chancengleichheit. Des Weiteren nehmen Vertreterinnen des Amtes für Gesundheit, des Amtes für Volkswirtschaft, der Finanzmarktaufsicht und ein Vertreter der Stabsstelle EWR Einsitz in dieser Arbeitsgruppe.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann: Übergabesitzung

Die Regierung hat im Juni die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann neu bestellt. Am 26. Juni 2010 fand mit Ressortinhaber Klaus Tschütscher die Übergabesitzung der Kommission statt, welche neu von Helen Goop geleitet wird. Zu den Aufgabenschwerpunkten der Kommission gehört unter anderem die aktive Beobachtung der Entwicklung bei der Gleichstellung von Frau und Mann und der getroffenen Gleichstellungsmassnahmen. Auch die Ausarbeitung eigener Empfehlungen oder Anträge zuhanden der Regierung für Massnahmen im Hinblick auf die Gleichstellung von Frau und Mann zählen zu den Arbeitsbereichen. Klaus Tschütscher betonte, dass es Ziel der Regierung ist, Benachteiligungen abzubauen, beiden Geschlechtern gleiche Möglichkeiten zu eröffnen und es ihnen zu ermöglichen, frei und selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.

Teilnahme an Veranstaltungen

JUBEL-Vollversammlung

Regierungschef Klaus Tschütscher betonte anlässlich der Begrüssungsrede zur JUBEL-Vollversammlung am 24. Februar 2010 seine Freude über das Engagement der Jugendlichen. JUBEL, eine repräsentative Organisation der Jugendbeteiligung im Sinne des Kinder- und Jugendgesetzes, soll eine Plattform darstellen zur klassen-, schul- und gemeindeübergreifenden Vernetzung der Kinder und Jugendlichen sowohl untereinander als auch mit Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Regierungschef Klaus Tschütscher erinnerte an die grossen Herausforderungen während der erfolgreich durchgeführten Pilotphase von 2007 bis 2009 und ermutigte die Jugendlichen, den vor drei Jahren eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen.

Interregionaler Jugendprojektwettbewerb

Der Interregionale Jugendprojektwettbewerb bietet Jugendlichen, Jugendorganisationen, Vereinen und weiteren die Möglichkeit ein Projekt aus dem Bereich Kultur, Sport, Soziales, Umwelt usw. einzureichen. Am regionalen Präsentationsabend wird gezeigt, wie die Projekte in den letzten Monaten umgesetzt wurden. Dieser fand am 29. Oktober 2010 in Balzers statt. Begrüsst wurden die Gäste und die beteiligten jungen Menschen von Regierungschef Klaus Tschütscher. Die besten Projekte wurden für das Interregionale Finale des 6. Jugendprojektwettbewerbes nominiert. Eine Jury, die sich aus je fünf Jugendlichen aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein zusammensetzt, hat am 20. November 2010 in Buchs die Siegerprojekte prämiert. Die St. Galler Regierungsrätin begrüsste dort ihre Amtskollegin aus Vorarlberg und auch Regierungschef Klaus Tschütscher.

«Gateway – Abenteuer Neue Medien»

Am 5. Mai 2010 begrüsste Regierungschef Klaus Tschütscher die Gäste zum Impulstag «Gateway – Neue Medien». Dies ist ein Interregionales Programm der Jugendschutz- und Suchtprävention Liechtenstein. Das Präventionsprojekt soll Erwachsenen eine Orientierungshilfe bieten, um den Umgang der Kinder mit den Medien besser begleiten zu können. Bei den Jugendlichen zielt das Projekt auf die Verbesserung der Medienkompetenz ab. Regierungschef Klaus Tschütscher informierte sich auch bei einem Lihga-Besuch im Herbst am Stand des Amtes für Soziale Dienste über die Gefahren und Chancen der neuen Medien. An der Lihga wurden auch die

sehr guten Ratgeber des Amtes für Soziale Dienste («Mit Kindern über das Fernsehen reden» und «Mit Jugendlichen über neue Medien reden») abgegeben.

Besuch aha – Tipps und Infos für junge Leute
Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher besuchte am 18. November 2010 das Jugendinformationszentrum aha, um sich vor Ort ein Bild über die vielfältigen und wichtigen Leistungen des Jugendinformationszentrums aha zu machen. Er diskutierte dort auch die Fortschritte in der Jugendarbeit.

Eröffnung Tagesstrukturen Schaan
Regierungschef und Familienminister Klaus Tschütscher hat am 5. November 2010 an der offiziellen Eröffnungsfeier der Tagesstrukturen Schaan teilgenommen. Dies im Beisein von Vertretern der Gemeinde und des Vereins Kindertagesstätten. Die Einrichtung wird vom Land, der Gemeinde und Mitgliederbeiträgen getragen und bietet eine umfassende ausscherschulische Betreuung für Kinder an.

Chancengleichheitspreis
Am 8. März 2010 übergab Regierungschef Klaus Tschütscher den 1. Preis und die beiden Anerkennungspreise. Um den Chancengleichheitspreis können sich Organisationen, Private, Unternehmen und Verwaltungen mit Projekten, welche zu einer grösseren Chancengleichheit in den Bereichen Behinderung, Alter, soziale Benachteiligung, sexuelle Orientierung, Migration und Integration sowie Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau beitragen, bewerben. Der mit CHF 20'000 dotierte Preis ging an das junge Theater Liechtenstein mit dem Theaterprojekt Augustine. Die beiden Anerkennungspreise in der Höhe von je CHF 5000 bekamen die Erwachsenenbildungsanstalt Stein Egerta für das Projekt «Der Tanz mit dem Besen - eine innovative Seminarreihe für Reinigungsfrauen» und das Projekt «Unterwegs in Liechtenstein - Deutsch im Fürstentum Liechtenstein» des Vereins für interkulturelle Bildung. Regierungschef Klaus Tschütscher bedankte sich bei den Organisationen und Personen, welche eine Eingabe gemacht hatten, für ihren Einsatz und ihr Engagement im Bereich der Chancengleichheit.

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste) [1]

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Das EU Programm «Jugend in Aktion» erwies sich erneut als wichtiges Instrument zur Förderung von Aktivitäten im Kinder- und Jugendbereich. Der interregionale Jugendprojektwettbewerb wurde mit Erfolg durchgeführt. Bei der ausserhäuslichen Betreuung von Kindern war eine starke Zunahme der Nachfrage festzustellen. Diesem Umstand Rechnung tragend wurde an der Sicherung und Hebung der Qualitätsstandards gearbeitet. Die Kinder- und Jugendhilfe war mit äusserst anspruchsvoller Klientenarbeit bei leichter Fallzunahme (plus 4 %) befasst, wobei ein grosser Betreuungsbedarf festzustellen war. Für Kinder konnte erstmals seit vielen Jahren wieder ein Angebot im Rahmen des Betreuten Wohnens geschaffen werden. Die inländische Betreuungseinrichtung für Jugendliche (JWG) ist an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Mit dem Schulamt und den Schulen wurden die Melderechte und Meldepflichten der Kindeswohlgefährdung geklärt und die Multifamilienarbeit an der Time-out-Schule erfolgreich weitergeführt. Auf Kinder- und Jugendschutzübertretungen wurde pädagogisch eingegangen. Anzeigen waren bei Verstössen durch Erwachsene erforderlich. Der Schwerpunkt lag bei präventiven Themen. Ein Konzept für die Prävention der Ver- und Überschuldung junger Menschen durch Schulung wurde ausgearbeitet. In der offenen Jugendarbeit sorgten Vorschläge zur Reform der Strukturen für Diskussionen. Die Durchführung eines soziokulturellen Theaterprojekts war ein erfolgreicher Beitrag zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, welches vor allem junge Menschen einzubinden vermochte. Aufgrund des grossen Zuspruches wurde die «Jugendbeteiligung Liechtenstein» nach einer Pilotphase als fester Bestandteil der Partizipation bestätigt.

Internationale Aktivitäten

EU/EWR/Europarat/regionale und bilaterale Zusammenarbeit
Liechtenstein beteiligte sich aktiv am EU-Programm «Jugend in Aktion» (Laufzeit 2007-2013). Im Berichtsjahr wurden ein multilaterales Jugendaustauschprojekt in Liechtenstein und fünf Jugendinitiativen durchgeführt und gefördert. Darüber hinaus nahmen liechtensteinische Jugendliche an Projekten in Finnland, Grossbritannien, Deutschland und Luxemburg teil. Im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes engagierten sich drei junge Menschen aus Liechtenstein in gemeinnützigen sozialen Organisationen in Deutschland und Grossbritannien. Drei Freiwillige aus Bulgarien, Deutschland und Rumänien leisteten ihrerseits Einsätze in inländischen Aufnahmeorganisationen. In Liechtenstein wurden ein Machbarkeitsbesuch zum Thema Nachhaltigkeit und ein Seminar zum Thema Alten- und Behindertenarbeit gefördert. Erstmals konnte auch ein Demokratieprojekt genehmigt werden, dessen Umsetzung im Frühjahr 2011 geplant ist. Die Nationalagentur veranstaltete ein Mentorentreffen und unterstützte ein Ausbildungswochenende zum Thema Jugendbeteiligung sowie die liechtenstei-

[1] Beachten Sie auch die Berichte des Amtes für Soziale Dienste zum Erwachsenenbereich (Ressort Soziales) und zur Sucht- und Drogenthematik (Bericht der Kommission für Suchtfragen: Ressort Gesundheit).

nische Delegation am Jugendforum in Wien.

Ein Mitglied der Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch nahm als Vertreter Liechtensteins an der Eröffnung der Europaratskampagne gegen sexuelle Gewalt an Kindern in Rom teil.

Bereits zum 6. Mal konnte der Interregionale Jugendprojektwettbewerb gemeinsam mit Vorarlberg und St. Gallen durchgeführt werden. Es wurden fünf Projekte von jungen Leuten zwischen 14 und 25 Jahren am liechtensteinischen Wettbewerb eingereicht. Das Jugendinformationszentrum «aha» zeichnete in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst für die Durchführung des Wettbewerbes auf nationaler sowie interregionaler Ebene verantwortlich.

Das Amt für Soziale Dienste war an zwei Tagungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung vertreten.

Schwerpunktthemen

Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich

Der Bedarf an ausserhäuslicher Tagesbetreuung ist stark angestiegen und auch im Berichtsjahr erfolgte eine weiterer Ausbau. Der Verein Kindertagesstätten mit 13 Einrichtungen betreute zusammen mit den andern Anbietern rund 550 Kinder stunden- oder tageweise in den Tagesstätten, rund 180 Kinder in den Tagesstrukturen. In den Einrichtungen mit flexiblen (stundenweise) Betreuungszeiten wurden rund 390 Kinder betreut. Dazu kommen ca. 75 Kinder, welchen von rund 30 Tagesmüttern des Eltern Kind Forums betreut wurden.

Mit der Eröffnung der «ausserschulischen Tagesstrukturen» in Schaan zum Schuljahrbeginn im August, eines Mittagtisches in Schellenberg sowie einer Mittags- und Nachmittagsbetreuung in Triesenberg im Frühjahr wurde das Betreuungsanbot erweitert. Diese Einrichtungen wurden gemäss Kinderbetreuungsverordnung bewilligt und werden staatlich gefördert. Die Betreuung der Kinder obliegt an allen Standorten dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein. Der weitere Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder ist im Gange. In der Gemeinde Gamprin wurden am Ende des Berichtsjahres die Renovationsarbeiten in der alten Primarschule abgeschlossen, so dass neben der Kindertagesstätte auch ein zusätzliches Tagesstrukturangebot für ca. 25 Kinder Platz finden wird. Im Rahmen der Bewilligungsverfahren wurden gemäss Kinderbetreuungsverordnung ein von Privatpersonen betriebenes Betreuungsangebot sowie eine von der Liechtensteinischen Waldorfschule betriebene Nachmittagsbetreuung und Spielgruppe in Schaan bewilligt. Dem Wohnheim Besch des Heilpädagogischen Zentrums HPZ wurde im April für eine Kinder- und Jugendwohngruppe die provisorische Bewilligung erteilt.

Aufsicht in der ausserhäuslichen Betreuung

Die Qualitätsstandards bei der Aufsicht wurden weiterentwickelt. Zusätzlich zu den Aufsichtsbesuchen der Mitarbeiter des Kinder- und Jugenddienstes führt ein renommiertes Fachinstitut schwerpunktmässig Überprüfungen durch.

Konzept Spielgruppenverein Liechtenstein

Der Verein Spielgruppen hat ein Spielgruppenkonzept mit dem Ziel, eine Vereinheitlichung der Spielgruppen zu erlangen, vorgelegt. Auf dieser Grundlage wird geprüft, ob ein Leistungsvertrag mit dem Verein abgeschlossen werden soll.

Leistungsverträge / Träger der Kinder- und Jugendhilfe

Das Amt hat gemäss Art. 57 des Kinder- und Jugendgesetzes (KJG) mit den privaten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, die zur Mitwirkung herangezogen und finanziell unterstützt werden, einen Leistungsvertrag abzuschliessen. Dies gilt ebenso für Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung, wenn sie regelmässig Landesförderungen erhalten (Art. 84 KJG).

Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe: Verein für Kinderbetreuung, Planken; Verein Kindertagesstätten Liechtenstein (Leistungsvertrag bestehend); Verein Kindertagesstätten Pimbolino, Gamprin; Eltern Kind Forum (Leistungsvertrag bestehend); Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG); Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) (Leistungsvertrag bestehend); Sorgentelefon; Solina Stiftung (Leistungsvertrag bestehend; aufgelöst am 31.12.2010); Stiftung Carina, Feldkirch (Leistungsvertrag bestehend).

Institutionen der Kinder- und Jugendförderung: Pfadfinder und Pfadfinderinnen Liechtensteins (Leistungsvertrag in Überarbeitung); Verein Liechtensteinischer Jugendorganisationen; Bildungshaus Gutenberg; Ludothek Fridolin (Leistungsvertrag in Ausarbeitung); Jugendinformationszentrum «aha»; Nationalagentur «Jugend» (Leistungsvertrag bestehend); Verein Kinderoasen Vaduz und Mauren; Mütterzentrum Rapunzel, Schaan (Leistungsvertrag in Ausarbeitung); Spielgruppenverein FL.

Mit der Regierung wurde ein neuer Musterleistungsvertrag erarbeitet und verabschiedet. Mit dem neuen Finanzkontrollgesetz besteht nun auch die lang angestrebte Möglichkeit, dass die Finanzkontrolle zur Kontrolle der Rechtmässigkeit von Finanzhilfen und Abgeltungen Stichproben bei den Empfängern (Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger) durchführt (z.B. Kontrollen der Revisionen). Diese Kontrollen werden in enger Zusammenarbeit mit dem Amt erfolgen.

Bei verschiedenen Jugendhilfeträgern wurden Reformprozesse in Gang gesetzt (z.B. Eltern Kind Forum) bzw. abgeschlossen (z.B. Solina Stiftung). Hierzu wurden auch betriebswirtschaftliche Analysen durchgeführt. Die Solina Stiftung wurde aufgelöst. Zukünftig sollen die niedergelassenen Kinderpsychotherapeuten die entsprechenden Angebote sicherstellen.

Im Berichtsjahr wurden Vorarbeiten zum Abschluss von drei weiteren Leistungsverträgen in die Wege geleitet.

Kinder- und Jugendhilfe

Klientenstatistik und Fallarbeit
Die Klientenzahl ist gegenüber dem Vorjahr von 470 auf 487 angestiegen. Die Klientenzahl war im Zeitraum der letzten fünf Jahre konstant: Schwankungsbreite zwischen 470 und 537. Die in der Fallarbeit tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassten sich mit den in den folgenden Tabellen aufgeführten Problemen.

I.) Kinder und Jugendliche: Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:
148Klienten mit folgenden 231 Problemstellungen

43	Verhaltens- und/oder Emotionale Auffälligkeiten/-störungen
40	Straffälligkeit
33	Probleme in der Schule oder am Arbeitsplatz
29	Substanzmittelmissbrauch
17	Verstoss gegen Jugendschutzbestimmungen
15	Persönliche Krisen
12	Probleme hinsichtlich beruflicher Orientierung
11	Psychische Probleme / Psychische Störungen
11	Gewalttätigkeit
8	Entwicklungsauffälligkeiten/-störungen
8	Fehlende Arbeits- und Ausbildungsbereitschaft/-motivation
2	Behinderung
1	Sexualität und Partnerschaft
1	Schwangerschaft von Minderjährigen

Tab. 1: Kinder und Jugendliche

II.) Ambulante und stationäre Betreuungen: Folgende Tabelle listet die delegierten Betreuungsfälle (197 Problemstellungen bei 141 Klienten, Mehrfachhilfen im Einzelfall gegeben) nach Art der Einrichtung und Ausgaben auf. Übersicht «Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen»

Art der Einrichtung	Einrichtung (Anzahl Hilfen)	Betrag in CHF
Familienbegleitung	a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (40)	124'672
	b) Begleitetes Besuchsrecht (16)	
Pflegeverhältnisse	(12)	87'464
Sonderhilfen	(77)	287'945
Stationäre Einrichtung im Inland	a) JWG (27) b) TWG (3) c) HPZ (1)	347'289
Stationäre Einrichtung im Ausland	(21)	675'570
SUMME		1'522'940

Tab. 2: Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen 2010 (Begleitetes Besuchsrecht wird pauschal abgerechnet)

III.) Behördliche Dienstleistungen (177 Dienstleistungen für 167 Klienten):

	Gerichtlich und/oder behördlich beauftragte Stellungnahmen, Gutachten oder weitere Aufträge
17	Diversion (Bericht an Staatsanwaltschaft Art. 33 KJG)
16	Obsorgestellungnahme (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
6	Führung der Obsorge über eine/n Minderjährige/n (Gerichtlich beauftragt...)
5	Besuchsrechtstellungnahme (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
5	Adoptionsstellungnahme (Art. 181a ABGB) (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
5	Amtshilfe (Gerichtlich und/oder behördlich beauftragt...)
1	Bericht / Stellungnahme bei Straffälligkeit ans Gericht (Art. 33 KJG)
	Weitere behördliche Dienstleistungen (für den Bürger)
61	Vaterschaftsanerkennung (Weitere behördliche Dienstleistungen)
47	Antrag auf finanzielle Jugendhilfe (Kita, JWG,...)
10	Unterhaltsvertrag (Weitere behördliche Dienstleistungen)
2	Beistand in Vaterschaftsklagen (Weitere behördliche Dienstleistungen)
1	Beistand in Unterhaltsfragen (Weitere behördliche Dienstleistungen)
1	Pflegebewilligungsverfahren Adoption (Kapitel E, KJG)
0	Pflegebewilligungsverfahren (Kapitel F, KJG)

Tab. 3: Behördliche Dienstleistungen

IV.) Erziehungsberechtigte (148 Problemstellungen bei 123 Klienten):

46	Trennungs-/ Scheidungsproblematik
31	Dysfunktionale / Problematische Erziehungsmerkmale / -verhalten
25	Erziehungsschwierigkeiten / Probleme in der Erziehung
19	Psychische Krankheit
14	Mangelnde oder fehlende Erziehungsfähigkeit
6	Substanzmittelmissbrauch
5	Tod der Eltern/Verschwinden eines Elternteils oder der primären Bezugsperson
2	Körperliche Erkrankung und/oder Behinderung

Tab. 4: Erziehungsberechtigte

V.) Familiensystem (73 Problemstellungen bei 65 Klienten):

29	Beziehungs-/ Umgangsprobleme in der Familie
14	Anpassungsprobleme bei Veränderung der Lebensumstände
12	Besondere Familienformen und damit verbundene Probleme
9	Ablösungsproblematik
6	Migrationsthematik
3	Unzulängliche wirtschaftliche (bzw. materielle) Verhältnisse

Tab. 5: Familiensystem

VI.) Finanzielle Unterstützungen für die Tagesbetreuungen nach Art der Einrichtung und Ausgaben (71 Hilfen für 63 Klienten, Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich):

Art der Einrichtung	Einrichtung (Anzahl Hilfen)	Betrag in CHF
Ausserhäusliche Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag)	a) Kindertagesstätten (54) b) Eltern Kind Forum (8) c) Private Tagesmutter (9)	119’231

Tab. 6: Finanzielle Unterstützung Tagesbetreuung

VII.) Sonstige Beratungsthemen (66 Beratungsfälle bei 59 Klienten):

32	Fragen zum Besuchsrecht
13	Fragen zur Adoption
8	Fragen zur Obsorge
7	Fragen zu Entwicklung und Erziehung
5	Fragen zum Unterhalt
1	Betreuungsplatz für ein Kind

Tab. 7: Sonstige Beratungsthemen

VIII.) Kernaufgaben: Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch (39 Problemstellungen bei 38 Klienten):

13	Vernachlässigung
11	Verdacht auf Vernachlässigung
7	Verdacht auf Misshandlung
4	Misshandlung
4	Sexueller Missbrauch
0	Verdacht auf sexuellen Missbrauch

Tab. 8: Kernaufgaben

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistungen erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)	Anzahl	%
Beratung	412	44
Delegierte ambulante und stationäre Betreuungen	197	21
Behördliche Dienstleistungen	177	19
Casemanagement	72	8
Finanzielle Unterstützung für Tagesbetreuungen	71	8

Tab. 9: Unterstützungsarten

Ausgewählte Themen zur Kinder- und Jugendhilfe

Stationäre Aufenthalte: Organisiertes / Betreutes Wohnen

Bei Kindern mit stationärem Betreuungsbedarf ist das Amt bis anhin vollständig angewiesen auf Einrichtungen im Ausland, wobei sich die Platzsuche zunehmend als schwierig erweist. Erstmals konnte im Bereich Betreutes Wohnen des HPZ ein schwerbehindertes Kind aufgenommen werden. Voraussichtlich im Februar werden Kinder in einer kleinen Wohngruppe Aufnahme finden können.

Auch bei Jugendlichen besteht ein zunehmender Bedarf an stationären Betreuungsplätzen, der mit der bestehenden Einrichtung (Sozialpädagogische Jugendwohngruppe mit angegliederter Aussenwohngruppe) im Inland nicht abgedeckt werden kann. Die Suche nach einem geeigneten Platz im Ausland gestaltet sich zunehmend schwieriger, weil auch im benachbarten Ausland gute Facheinrichtungen lange Wartelisten haben. Eine Erweiterung bzw. ein Ausbau der Sozialpädagogischen Jugendwohngruppe in Vaduz ist deshalb dringend indiziert.

Insgesamt mussten im Berichtsjahr 17 Kinder bzw. Jugendliche (gegebenenfalls junge Erwachsenen in Fortführung einer Platzierung über die Mündigkeit hinaus) über die Kinder- und Jugendhilfe im Ausland platziert werden.

Kindeswohlgefährdung / Melderechte und Meldepflichten

Im Berichtsjahr informierte das Amt die Leiterinnen des Vereins Kita und die Schulleiter der Kindergärten, der Primar- und Sekundarschulstufen über die im neuen Kinder- und Jugendgesetz festgelegten Melderechte und Meldepflichten. Im Vorfeld wurde gemeinsam mit dem Schulamt ein Handout für das Schulpersonal erarbeitet. Gemäss den neuen gesetzlichen Bestimmungen hat der Kinderschutz gegenüber den beruflichen Verschwiegenheitspflichten Vorrang. Der Zusammenarbeit der verschiedenen Berufsgruppen bei Kindeswohlgefährdungen kommt eine differenzierte und bedeutende Rolle zu.

Gemeinsame Obsorge
Die Leiterin des Kinder- und Jugenddienstes nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema «Elterliches Sorgerecht» teil. Das elterliche Sorgerecht soll im Rahmen der Revision des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches bis 2011 überarbeitet werden. Die zentrale Fragestellung ist, ob das alleinige Sorgerecht als Regelfall beibehalten oder das gemeinsame Sorgerecht zum Regelfall erklärt werden soll.

Multifamilienarbeit / Time-out Schule (TOS)
Einer Psychologin der Kinder- und Jugendhilfe oblag die Leitung der Multifamilienarbeit (MFA) in der Time-out Schule. In den MFA-Sitzungen, die gemeinsam mit den Jugendlichen und ihren Eltern wöchentlich statt finden, werden verschiedene Themen, die für die Jugendlichen und deren Eltern wichtig sind, besprochen und bearbeitet. Oberstes Ziel ist es, die Jugendlichen bei der Wiedererlangung der Schulfähigkeit zu unterstützen.

Sexueller Missbrauch
Die von einer Kinderpsychologin des Amtes geleitete interdisziplinäre «Fachgruppe gegen Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen» befasste sich mit sechs neuen Fällen.

Antiaggressivitätstraining
Bei Straftaten, welche auf Gewalthandlungen beruhen, sind Geld- und Haftstrafen als staatliche Reaktion alleine oft nicht ausreichend. Vielmehr bedarf es Massnahmen, die an der Ursache, nämlich der überhöhten oder unkontrollierbaren Aggression, ansetzen. Das Amt für Soziale Dienste hat nun in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht ein Konzept für die Durchführung des Anti-Aggressions-Trainings erarbeitet. Darin kommen dem Amt die Aufgaben der Indikationsstellung, der Koordinierung sowie der Finanzierung der Trainings zu.

Fachvorträge
Eine Mitarbeiterin der Kinder- und Jugendhilfe hielt zwei Workshops für Erwachsene mit den Titeln «Sachen, die Kinder stark machen! - Was kann ich tun, damit mein Kind selbstbewusst wird?» und «Typisch Pubertät! Eine Herausforderung für Eltern: Wie lasse ich los und gebe trotzdem Halt?». Veranstalter war die Offene Kinder- und Jugendarbeit Eschen / Nendeln.

Kinder- und Jugendschutz

Im Berichtsjahr wurden 17 Kinder- und Jugendschutzübertretungen gemeldet. Im Einzelnen gelangten 16 Anzeigen wegen Verstössen gegen das Jugendgesetz (Alkohol, Nikotin) durch die Landespolizei und eine Meldung durch eine Drittperson an die Jugendschutzstelle. Bei allen jugendlichen Klienten erfolgten pädagogische Interventionen. In 14 Fällen wurde mit den Jugendlichen, die schwerwiegend oder wiederholt gegen das Jugendgesetz verstossen hatten, unter Einbezug der Eltern Gespräche geführt.

In sechs Fällen meldeten besorgte Eltern den Cannabiskonsum ihrer Kinder dem Jugendschutzbeauftragten und baten um Hilfe und Unterstützung und in zwei Fällen erstattete «die Schule» Meldung.

Neben der Klientenarbeit lagen Schwerpunkte des Kinder- und Jugendschutzes in folgenden Bereichen: Erstellung einer Jugendschutzhomepage und Betreibung eines Internet-Forums zu Jugend(schutz)fragen (www.jugendschutz.li); amtliche Testeinkäufe beim Kauf von Alkohol und Nikotin in für Jugendliche attraktiven Betrieben wie Supermärkte und Tankstellen; Projektleitung «Gateway» in der Thematik der «Neuen Medien». Weitere präventive Bereiche waren: Einsätze im Zusammenwirken mit der Landespolizei, der Gemeindepolizei und den Veranstaltern bei Grossanlässen; Organisation eines Jugendrauchstoppkurses; Betreibung der Chill-Out Zone am Staatsfeiertag; Referate über den Kinder- und Jugendschutz für die Vorbereitungslehrgänge zur Gastwirteprüfung sowie über «Neue Medien» für den Elternabend der Offenen Jugendarbeit in Eschen/Nendeln; Mitarbeit in der Steuerungsgruppe «Suchtpräventionsprojekte» und am «Runden Tisch für Gesundheitsförderung an Schulen»; Öffentlichkeitsarbeit in diversen Medien.

Finanzführerschein: Die Ver- und Überschuldung junger Menschen stellt zunehmend ein gesellschaftspolitisches Problem dar. Nicht selten liegt der Beginn der finanziellen Probleme bereits vor dem 18. Lebensjahr. Auf Grund dieser Situation beauftragte das Ressort Familie und Chancengleichheit das Amt für Soziale Dienste den «Finanzführerschein» nach dem Vorarlberger Modell einzuführen und die mögliche Umsetzung zu erörtern.

Kinder und Jugendförderung

Zusammenarbeit mit den Gemeinden
Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit des Kinder- und Jugenddienstes mit dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ weiter vertieft.

«Zur schönen Aussicht» soziokulturelles Theaterprojekt
Am 11. und 12. Juni fanden im SAL in Schaan sehr erfolgreich Aufführungen des Theaters «Zur schönen Aussicht» von Ödön von Horváth statt. Bei diesem ungewöhnlichen, soziokulturellen Theaterprojekt wirkten vornehmlich junge Klienten des Amtes mit, für die dieser Auftritt eine enorme Herausforderung darstellte. In den monatelangen intensiven Vorbereitungen und dank der professionellen Regieführung durch Marc Prätsch aus Hildesheim konnten die Laienschauspieler im Bereich Selbstverstrauen, Selbstwirksamkeit, soziale und kulturelle Kompetenz neue Erfahrungen machen und für sich dieses Projekt sehr positiv abschliessen. Die Durchführung des Projektes war dank einer grosszügigen Spende

einer Stiftung sowie durch die Unterstützung der Gemeinden und des Landes möglich geworden.

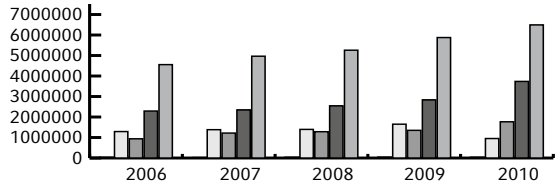
Gewaltschutzkommission
Als Folge aus der Studie «Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein» beschloss die Regierung einen Massnahmenkatalog. Darin wurde das Amt beauftragt in Zusammenarbeit mit der Gewaltschutzkommission ein Beratungskonzept für Aussteiger, Eltern, Lehrpersonen und Sozialtätige zu erarbeiten. Die Regierung nahm im Juni das erarbeitete Konzept zur Kenntnis und setzte neu eine «Fachgruppe für Rechtsextremismus» unter dem Vorsitz eines Mitarbeiters des Kinder- und Jugenddienstes ein. Die Mitglieder der Fachgruppe aus dem psychosozialen Bereich fungieren im Rahmen ihrer Tätigkeit in einer Beratungsfunktion und arbeiten im Sinne regelmässiger Helferkonferenzen interdisziplinär zusammen. Ein Mitarbeiter referierte über die Thematik Jugendgewalt und über das Thema «Rechtsradikalismus in Liechtenstein».

Jugendbeteiligungsmodell «JUBEL»
Das Projekt JUBEL (Jugendbeteiligung Liechtenstein) wurde 2009 nach einer Pilotphase als demokratisches Gefäss der Jugendpartizipation eingerichtet, erfreut sich hoher Akzeptanz und konnte im Berichtsjahr einen weiteren Zuwachs an teilnehmenden Jugendlichen verzeichnen. Es beteiligten sich im Schuljahr 2009/10 1'350 Schüler und Schülerinnen aus neun Schulen an JUBEL, davon nahmen 65 an der Vollversammlung und 54 an der Klassensprecherausbildung teil. Die Projektleitung obliegt dem "aha - Tipps und Infos für junge Leute". Als repräsentative Organisation der Jugendbeteiligung im Sinne des Kinder- und Jugendgesetzes stellt das landesweite Schülerparlament eine Plattform dar, bei welcher Jugendliche ihren Anliegen Gehör verschaffen können und die Möglichkeit haben, ihre Projektideen umzusetzen. Aus einer Evaluation ergab sich die Erkenntnis, dass für jene Altersgruppen, die nicht über JUBEL erfasst werden, nämlich die 16-18jährigen und Kinder im Primarschulalter, eine Lücke besteht. Für sie besteht kein Gefäss der Partizipation. Diesem Mangel soll Abhilfe geschaffen werden. Die jährliche Vollversammlung fand am 24. Februar statt. Übers Jahr arbeiteten die einzelnen Projektgruppen an ihren Projekten zu Themen wie Verhalten im Bus, Vandalismus, Schule, Freizeitangebote, Jugendcafé und Flüchtlinge.

Finanzielle Beiträge der Kinder und Jugendförderung
Gemäss der Kinder- und Jugendförderungs-Beitragsverordnung wurden zwölf Veranstaltungen im Kinder- und Jugendbereich finanziell unterstützt. Das Jugendinformationszentrum "aha" und die Gemeinde Vaduz erhielten für je einen Praktikumsplatz finanzielle Zuschüsse. Vier ehrenamtliche Jugendleiter erhielten eine finanzielle Unterstützung für den Besuch von Leiterkursen.

Den Jugendleiterurlaub nahmen 241 (275) Personen in Anspruch. Diese Förderungen sind folgenden Bereichen zugute gekommen: 132 (163) Personen aus dem Bereich Sport, 80 (68) Personen aus dem Bereich der soziokulturellen Animation und 29 (44) Personen aus dem musischen Bereich (in Klammern stehen die Vorjahreswerte).

Aufwand in den Bereichen Kinder- und Jugendförderung, Kinder- und Jugendschutz und Kinder- und Jugendhilfe



	2006	2007	2008	2009	2010
Jugendschutz	36'627	22'651	36'966	43'579	38'005
Jugendpflege	1'290'409	1'382'490	1'395'987	1'649'990	950'694
Einzelhilfe (JH)	936'931	1'216'937	1'283'480	1'349'976	1'766'650
Institutionen (JH)	2'291'971	2'344'381	2'543'082	2'833'025	3'736'801
Gesamtaufwand	4'555'938	4'966'459	5'259'515	5'876'570	6'492'150

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Die ersten fünf Monate des Berichtsjahres standen ganz unter dem Motto «Blickwechsel». Die Stabsstelle koordinierte und organisierte die Vernetzung für die Ausstellung sowie das Rahmenprogramm «Blickwechsel» zu 50 Jahre Invalidenversicherung in Liechtenstein. Ein weiterer Schwerpunkt bildete das Thema häusliche Gewalt mit der Ausstellung «Hinter der Fassade».

Übergreifende Chancengleichheitsthemen

Chancengleichheitspreis 2010
Im Berichtsjahr wurden neun Projekte von folgenden Organisationen eingereicht: Türkischer Frauenverein, Seniorenbund, infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen, Junges Theater Liechtenstein, Erwachsenenbildung Stein Egerta, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB), Verein für Interkulturelle Bildung (VIB), Heilpädagogisches Zentrum (HPZ) und eine Privatperson mit einer Geschichte zur Chancengleichheit.

Der 1. Preis «Chancengleichheit 2010» mit einem zweckgebundenen Barpreis in der Höhe von CHF 20'000 wurde dem Jungen Theater Liechtenstein für das integrative und generationenübergreifende Projekt Augustine zugesprochen. Anerkennungspreise erhielten die Erwachsenenbildung Stein Egerta für ihr Projekt «Der Tanz mit dem Besen – eine innovative Seminarreihe für Reinigungsfrauen» und der Verein für Interkulturelle Bil-

dung (VIB) für sein Projekt «Unterwegs in Liechtenstein – Deutsch im Fürstentum Liechtenstein».

Mitarbeit in verschiedenen Gremien / Expertisen
Die Stabsstelle hatte im Berichtsjahr in verschiedenen Arbeits- und Ad-hoc-Gruppen Einsitz bzw. gab zu verschiedenen Themen eine Stellungnahme ab. Zu folgenden Themen wurde eine Stellungnahme verfasst: Zur Revision des Ausländergesetzes und des Personenfreizügigkeitsgesetzes und zum Flüchtlingsgesetz. Die Stabsstelle war einbezogen in die Beantwortung der Fragen im Vorfeld der mündlichen Berichterstattung zum 4. Länderbericht der UNO-Frauenkonvention, welche am 20. Januar 2011 in Genf stattfand.

In Zusammenarbeit mit dem Frauennetz wurden Stellungnahmen zur Revision des Erbrechts, des Gleichstellungsgesetzes, zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sowie zur Neuschaffung des Partnerschaftsgesetzes verfasst und ein Antrag zur Änderung der Sorgerechtsregelung nach Norwegischem Modell beim Ressort Justiz eingebracht.

Mit dem Verein für Mediation, der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen sowie dem Verein für Männerfragen brachte die Stabsstelle eine Empfehlung zur Revision des Zivilrechtsmediationsgesetzes für eine finanziell geförderte Mediation in Familienrechtskonflikten (Trennung / Scheidung) bei der Regierung ein.

Die Stabsstelle nahm an der Fokusgruppendiskussion zur Erstellung einer Vergleichsstudie des Europarates zum Thema Homo-, Bi- und Transsexualität teil.

Die EU führte eine Studie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen sowie der Richtlinie 2004/113/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch. Zur Befragung in Liechtenstein wurden verschiedene Regierungs- und Nichtregierungsstellen eingeladen. Die Stabsstelle übernahm die Koordination der Gruppendiskussion und nahm selbst an dieser teil.

Die Stabsstelle hatte Einsitz in der Projektgruppe Statistik zur Systematisierung der Datenerhebung bezüglich Menschenrechte und Chancengleichheit (Gleichstellungsdaten) sowie in der Projektgruppe Go-li zur Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen in Liechtenstein.

Öffentlichkeitsarbeit
Zeitungsartikel, Radiosendungen und -spots, Interviews (Radio, Fernsehen, Zeitungen) zu Projektthemen wurden im Berichtsjahr für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Weiters informiert die Stabsstelle seit Juni 2008 monatlich mit einem Newsletter über aktuelle Themen und Projekte. Zudem wurde regelmässig im FLip (Personalzeitschrift der Landesverwaltung) über chancengleichheitsrelevante Themen berichtet. Die Stabsstelle betreut zudem verschiedene Homepages: www.scg.llv.li, www.3laenderfrauen.org, www.frauenwahl.li, www.demograzia.li, www.barrierefreies.li.

Kontakte und Anregungen
Insgesamt haben sich im Berichtsjahr 130 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. 53 Anfragen waren von Privaten, 47 von Organisationen, 27 aus der Verwaltung und drei von Betrieben. Es wurden nur Kontakte in die Statistik aufgenommen, die keinen Zusammenhang zu aktuellen Projekten der Stabsstelle aufweisen – z.B. sind Fragen zum Politiklehrgang oder zum Interventionsprogramm S.I.G.N.A.L. nicht in der Statistik vermerkt.

Gleichstellung von Frau und Mann

Erwerbsleben

Equal Pay Day
Die Stabsstelle unterstützte die Durchführung des zweiten Equal Pay Day des BPW Business and Professional Women Clubs in Liechtenstein finanziell und personell.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz
Die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen suchte Finanzhilfen für die Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz an. Die infra hatte im Rahmen der Finanzhilfe nach dem Gleichstellungsgesetz u.a. Beratungen zu Mobbing und Bossing zu leisten. Finanzhilfe wurde der Erwachsenenbildung Stein Egerta für die Weiterbildung «Familienfrau – ich kann mehr als ich weiss» sowie für den Bewerbungskurs «Die wirksame Bewerbung» gesprochen. Bei beiden Kursen wurde über die Finanzhilfe die Teilnahmegebühr für Wiedereinsteigerinnen bzw. Familienfrauen gesenkt, damit die Kurse für diese erschwinglich waren.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen
Der 7. länderübergreifende Politiklehrgang dauerte von März 2010 bis November 2010. Aus Liechtenstein nahmen sieben Frauen teil. Der 8. Politiklehrgang wurde im Herbst 2010 ausgeschrieben. Er wird mit voraussichtlich sechs Teilnehmerinnen aus Liechtenstein durchgeführt.

Gesprächsrunden Politikerinnen
Seit 2007 führt die Stabsstelle für Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann jährlich zwei Gesprächsrunden mit Politikerinnen durch. An der siebten Gesprächsrunde im Frühjahr 2010 diskutierten die Abgeordneten über das Thema «Regierung – Direktwahl durch das Volk?».

In der achten Gesprächsrunde stand das Thema «Zivilcourage – nötiger denn je?» zur Diskussion.

Gemeindewahl 2011
Zur Motivation von Frauen für eine Kandidatur hat die Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie den Gemeinden Rundtischinterviews in den Gemeindeinformationsblättern veröffentlicht. Zur Unterstützung der Kandidatinnen wurden im Dezember 2010 alle Kandidatinnen für ein Austauschtreffen eingeladen. Die Homepage www.frauenwahl.li wurde den Kandidatinnen wiederum als Präsentationsplattform zur Verfügung gestellt.

Mentoring Leitfaden
Der länderübergreifende Mentoring Leitfaden für Frauen in der Politik wurde überarbeitet und neu aufgelegt. Der Leitfaden wurde am 1. Treffen der Gemeinderatskandidatinnen vorgestellt und zudem an alle Kandidatinnen versandt.

Bildung / Rollenstereotypien

Starke Mädchen und Jungs
Das Projekt «Starke Mädchen und Jungs» an der Primarschule Triesen wurde von der Stabsstelle für drei Klassen finanziell unterstützt. Das Angebot geht von den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen aus, die Mädchen und Jungen vor verschiedene Fragen, Probleme und Anforderungen stellen. Zentral im Angebot ist die Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Stereotypen.

Unterrichtseinheiten für Berufsmaturaklassen
Auf konkrete Anfrage hin führte die Stabsstelle mit zwei Berufsmaturaklassen des Berufbildungszentrums in Buchs je zwei Doppellektionen zum Thema «Gleichstellung von Frau und Mann in der Praxis» durch.

Buchempfehlungsliste
In Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat Vorarlberg wurde die Buchempfehlungsliste «Meins & Deins» mit Impulsen zur geschlechtssensiblen Pädagogik erstmals länderübergreifend herausgegeben und an verschiedene Stellen wie Bibliotheken, Buchhandlungen, Kindertagesstätten, Elternvereinigungen und Schulen versandt.

Gewalt gegen Frauen

S.I.G.N.A.L. – Interventionsprogamm gegen häusliche Gewalt
S.I.G.N.A.L. hiess das länderübergreifende Interventionsprogramm, welches zusammen mit Vorarlberg zwischen März 2009 und Juli 2010 durchgeführt und in Liechtenstein in enger Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus Liechtenstein umgesetzt wurde. In Liechtenstein nahmen 86 Fachpersonen (Landesspital und Familienhilfe) zwischen Januar und März 2010 an den Informationsveranstaltungen teil. Die Wanderausstellung «Hinter der Fassade» aus Österreich konnte im Gasometer vom 16. bis zum 30. Juni 2010 gezeigt werden. Um einen guten Bezug zu Liechtenstein zu schaffen, wurde die Ausstellung mit Fotos von Hausfassaden aus Liechtenstein ergänzt. Schlagzeilen zum Thema «Häusliche Gewalt» aus den Liechtensteinischen Zeitungen rundeten die Ausstellung ab. Zur Eröffnung der Ausstellung schuf Katja Langenbahn-Schremser den Video-Clip «Stop-it». Am 26. Juni wurde mit Michèle Minelli, Selbstbetroffene und Buchautorin das Gespräch «Wie ein Ausstieg gelingt» geführt. Die Ausstellung wurde von insgesamt 270 Personen besucht. Sechs Schulklassen der weiterführenden Schulen haben den Workshop des Frauenhauses genutzt.

Notfallkarten
Die Notfallkarten, welche kurz und bündig Auskunft über Gewaltformen sowie über Hilfe- und Unterstützungsangebote für Gewaltbetroffene geben, wurden 2009 grafisch neu gestaltet und in acht Sprachen übersetzt. Die Karten werden jährlich an öffentliche Stellen wie Arztpraxen, Gemeindeverwaltungen usw. verschickt.

Frauen- und Menschenhandel mit dem Schwerpunkt Sexarbeit in Liechtenstein
Vom 26. Oktober bis 6. November 2009 wurde das Projekt Frauen- und Menschenhandel mit dem Schwerpunkt Sexarbeit in Liechtenstein durchgeführt. Die für dieses Projekt gebildete Arbeitsgruppe «Frauenhandel» diskutierte 2010 die rechtliche Situation der Sexworkerinnen, die als Cabarettänzerinnen nach Liechtenstein kommen und prüfte verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten. In der Schweiz werden derzeit die Zulassungsbestimmungen für Tänzerinnen aus Drittstaaten revidiert. Da die Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung der Tänzerinnen in Liechtenstein daran geknüpft ist, dass sie zuvor schon in der Schweiz zugelassen wurden, wird beschlossen, die Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen abzuwarten und allenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder aktiv zu werden.

Gesundheit

«Gender Gesundheit: Körperbilder»
Gender Gesundheit ist eine Veranstaltungsreihe, die von den Fachstellen für Gleichstellungsfragen aus dem Fürstentum Liechtenstein, dem Land Vorarlberg, den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Graubünden vom 8. Juni bis zum 10. November 2010 präsentiert wurde. Im Europäischen Jahr der Chancengleichheit haben die genannten Fachstellen die Veranstaltungsreihe «Gender Medizin: Gesundheit weiblich – Gesundheit männlich» durchgeführt. Aus der Weiterentwicklung ergaben sich vier Vorträge zum Thema Körperbilder, eine Ausstellung mit dem Titel «Barbiefreie Zone» des Mädchenzentrums Amazone, eine Präsentation zu «Körperbilder – konstru-

ierte Realitäten von Frauen und Männern in der Werbung», Kurzfilme über Körperbilder und einen Selbsttest zur Reflexion des persönlichen Körperbildes.

Vorarlberg startete die Veranstaltungsreihe am 8. Juni 2010 mit dem Thema «Die Macht der Körperbilder». Graubünden setzte die Reihe am 18. Juni fort mit «Jung, schlank und erfolgreich?». Nach der Sommerpause hiess es am 20. September in Appenzell Ausserrhoden «Nicht mehr jung – noch nicht alt». Liechtenstein schloss die Veranstaltungsreihe am 10. November 2010 mit dem Thema «Älter werden – lebendig bleiben». In Liechtenstein konnte die Ausstellung «Barbiefreie Zone» sowie ein Workshop dazu zusätzlich noch zwei Schulklassen der Oberschule Vaduz angeboten werden. Die Dokumentation wird im laufenden Jahr fertig gestellt.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung
Die Arbeitsgruppe traf sich im Berichtsjahr zu insgesamt fünf Sitzungen. Hauptthemen der Arbeitsgruppe stellten die Förderung der Teilzeitarbeit in der Landesverwaltung, der Versicherungsschutz im Elternurlaub, die Themen sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz sowie die Erarbeitung einer Stellungnahme zur Revision des Gleichstellungsgesetzes dar.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
Die Leiterin der Stabsstelle ist in der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann mit beratender Stimme vertreten. Die Stabsstelle ist die geschäftsführende Stelle der Kommission.

Frauennetz Liechtenstein
Seit 1997 treffen sich die Frauenorganisationen zum gegenseitigen Austausch von Informationen und zur Realisierung von gemeinsamen Projekten. Die Rolle der Stabsstelle liegt dabei vor allem in der Administration und Koordination des Frauennetzes. 2010 befasste sich das Frauennetz mit dem Erbrecht, dem Gleichstellungsgesetz, dem Partnerschaftsgesetz sowie dem Sorgerecht und brachte dazu bei der Regierung Stellungnahmen bzw. einen Antrag ein. Zum Internationalen Tag der Frau veröffentlichte das Frauennetz ein Manifest zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerb und organisierte einen Cabaret-Abend im TaK. Zudem entwickelte das Frauennetz DemoGrazia, den Preis für Zivilcourage weiter – siehe auch www.demograzia.li.

Länderübergreifende Vernetzung
Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein sowie der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Unter Mitwirkung der Stabsstelle wurde am 12. Februar 2010 eine Weiterbildungsveranstaltung für die Gleichstellungskonferenz für die Ostschweizer Kantone und das Fürstentum Liechtenstein organisiert und durchgeführt. Mit dem Frauenreferat Vorarlberg ist die Stabsstelle eng vernetzt. Unter anderem durch die gemeinsame Veröffentlichung der Broschüren Mentoring und der Buchempfehlungsliste.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Ausländergesetz
Im Ausländergesetz sind für die Stabsstelle folgende Aufgaben festgehalten: Information sowie Koordination von Massnahmen. Für die Umsetzung der Aufgaben aus dem Ausländergesetz hat die Stabsstelle verschiedene Konzepte für Informations- und Beratungsangebote entworfen. Nach dem Austritt der Fachfrau für Integrationsfragen aus der Stabsstelle konnte die Stelle nicht neu besetzt werden, da zuerst die Regierungs- und Verwaltungsreform durchgeführt werden soll. Die Umsetzung der entwickelten Angebote kann deshalb nur sehr eingeschränkt realisiert werden.

Kommission für Integrationsfragen
Die Stabsstelle ist von Amtes wegen in der Kommission für Integrationsfragen vertreten.

Interkulturelle Bibliothek
Die Stabsstelle hat in Zusammenarbeit mit der Liechtensteinischen Landesbibliothek im Berichtsjahr eine Informationsveranstaltung für Mitarbeitende der Regierung aus den Ressorts Familie und Chancengleichheit, Kultur, Bildung und Inneres, des Ausländer- und Passamtes sowie für den Stiftungsrat der Landesbibliothek organisiert. Hauptthema war die Information über die Interkulturelle Bibliothek der Freihandelsbibliothek St. Gallen.

Behinderung

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»
Die im November 2006 von der Stabsstelle gestartete Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Das 10-köpfige Redaktionsteam, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht, veröffentlichte im Berichtsjahr weitere fünf Zeitungsseiten «mittendrin».

Barrierefrei durch Liechtenstein
2010 wurde die Online-Version www.barrierefreies.li erneut aktualisiert. Dazu wurden alle Adressen, die in der Broschüre vertreten sind, und neu 323 Unternehmen mit Publikumsverkehr direkt angeschrieben. Es wurden 22 neue Einträge und 33 Änderungen vorgenommen. Mittlerweile sind 295 Einrichtungen auf der Homepage registriert.

Schulprojekt: Trialogische Unterrichtseinheit
Mit dem Schulprojekt werden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen für psychische Erkrankungen sensibilisiert. Vorurteile werden entkräftet, Ängste abgebaut und Wege zur Selbsthilfe aufgezeigt. Das Schulprojekt wurde im Berichtsjahr wiederum von der Stabsstelle in Zusammenarbeit mit der Gruppe Trialog angeboten und konnte mit vier Schulklassen der weiterführenden Schulen durchgeführt werden.

Jubiläum 50 Jahre IV
In Zusammenarbeit mit der Invalidenversicherung organisierte die Stabsstelle mit 22 Kooperationspartner/innen eine Ausstellung sowie ein vielfältiges Rahmenprogramm zu 50 Jahre IV in Liechtenstein. Die Ausstellung «Blickwechsel» wurde vom 4. bis 12. Mai 2010 in der Spörry Fabrik Vaduz gezeigt. Aufgabe der Stabsstelle war vor allem die Koordination der Angebote, die Organisation der Ausstellung sowie die Förderung der Vernetzung der verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Die Ausstellung wurde von rund 1'700 Personen besucht, davon waren ca. 500 Schüler und Schülerinnen mit ihren Lehrpersonen.

Auf Wunsch der teilnehmenden Organisationen wurde im November das erste Vernetzungstreffen durchgeführt. Die Stabsstelle ist für die Koordination, Organisation und Durchführung der Vernetzungstreffen zuständig. Das nächste Treffen findet voraussichtlich im März 2011 statt.

Sexuelle Orientierung

Sensibilisierungskampagne
Die Stabsstelle für Chancengleichheit hat in Zusammenarbeit mit Amnesty International, der Gruppe FLay, der evangelischen Kirche, der evangelisch-lutherischen Kirche, der Fachstelle für Sexualfragen fa6, dem Verein für eine offene Kirche sowie einer Privatperson eine Sensibilisierungskampagne (Vortrags- und Filmreihe) vorbereitet.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel bis Juni 2010, Helen Goop ab Juni 2010

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen als Gesamtkommission zusammen.

Arbeitsschwerpunkte
Die Kommission befasste sich im Berichtsjahr vor allem mit den Gemeindewahlen 2011.

Verabschiedung und Willkommen
Das Mandat der Gleichstellungskommission unter dem Vorsitz von Martha Spiegel dauerte bis Mai 2010. Am 26. Juni 2010 verdankte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher die geleistete Arbeit der Gleichstellungskommission (2006 bis 2010) und hiess die neuen Kommissionsmitglieder unter dem Vorsitz von Helen Goop herzlich willkommen.

Gespräch mit den Parteien
Die Gespräche mit den Parteien wurden im Februar und März 2010 durchgeführt. An den Gesprächen wurden Fragen rund um die Gemeindewahlen 2011 erörtert. Unter anderem wurden der Politiklehrgang, die Nachwahlbefragungen sowie die parteiübergreifenden Aktionen der Kommission angesprochen.

Rundtischinterviews in den Infoblättern der Gemeinden
Von Mai 2009 bis November 2010 wurden acht Interviews durchgeführt, an denen insgesamt 30 Frauen teilgenommen haben. Dabei äusserten sich jeweils drei bis vier Frauen aus mehreren Gemeinden zu ihren Erfahrungen in der Kommission. Es ging um die Themen Bildung, Gesundheit, Finanzen, Familie, Umwelt und Jugend. Zusätzlich wurden zwei Interviews mit sieben Gemeinderätinnen geführt, die Frauen für eine Kandidatur bei den Gemeinderatswahlen 2011 motivieren sollten. Diese Interviews inkl. Fotos wurden allen Gemeinden für ihr Informationsblatt zur Verfügung gestellt. Das ergab doppel- bis dreiseitige Beiträge mit zwei bis drei Fotos und einer individuellen Factbox, in der die Teilnehmerinnen vorgestellt wurden.

Gesprächsrunde mit den weiblichen Landtagsabgeordneten
Im Berichtsjahr organisierten die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann wieder zwei Gesprächsrunden. Die erste Gesprächsrunde befasste sich mit dem Thema «Regierung – Direktwahl durch das Volk?» und die zweite Gesprächsrunde widmete sich dem Thema «Zivilcourage – nötiger denn je». An den beiden Gesprächsrunden nahmen jeweils ca. 25 bis 30 Personen teil.

Politiklehrgang für Frauen
Der siebte länderübergreifende Politiklehrgang wurde von den sieben Teilnehmerinnen aus Liechtenstein wiederum als sehr gut bewertet. Insgesamt haben die letzten sieben Jahre aus Liechtenstein 51 Frauen und aus Vorarlberg 87 Frauen den Politiklehrgang absolviert. Die Ausschreibung für den Lehrgang 2011 erfolgte im Dezember 2010.

Gemeindewahl 2011
Neben dem Politiklehrgang, den Rundtischinterviews und der weiterentwickelten Plattform www.frauenwahl.li

wurde für die Kandidatinnen ein Austauschtreffen durchgeführt. Aktionen, die aus dem Austauschtreffen heraus entstanden sind, wurden im Monat Januar und Februar 2011 umgesetzt.

Teilnahme an Vernehmlassungen
Im Berichtsjahr hat sich die Gleichstellungskommission an der Vernehmlassung zur Abänderung des Gleichstellungsgesetzes sowie zur Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsrechts und an der Stellungnahme zum Round-Table-Gespräch zum Erbrecht beteiligt. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem Frauennetz ein Antrag an das Ressort Justiz zum Thema «Gemeinsame Obsorge nach Norwegischem Modell» eingebracht.

Teilnahme an Veranstaltungen
Mitglieder der Gleichstellungskommission haben am Internationalen Tag der Frau und an der Gleichstellungskonferenz 2010 in St. Gallen teilgenommen, die Jubiläumsveranstaltung zu 20 Jahre Kantonale Fachkommission im Kanton Bern besucht und sich an der Weiterbildung der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und dem Fürstentum Liechtenstein beteiligt, welche im Berichtsjahr in Vaduz durchgeführt wurde.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Dr. Aurelia Frick

Schwerpunkte des Berichtsjahres waren die Vorbereitung und Durchführung von verschiedenen Kulturprojekten und Veranstaltungen. Diese werden untenstehend exemplarisch aufgeführt (für weitere Projekte siehe auch den Bericht der Stabsstelle für Kulturfragen). Mit der Genehmigung des Grundlagenpapiers zur Kulturaussenpolitik und der Weiterentwicklung des Kulturleitbildes konnten die konzeptionellen Arbeiten im Ressort erfolgreich weitergeführt werden.

Liechtensteinische Projekte

Regierungsrätin Frick nahm an zahlreichenn Kulturveranstaltungen in Liechtenstein teil und hielt Begrüssungs- und Eröffnungsansprachen. Dies umfasste neben Veranstaltungen der liechtensteinischen Kulturinstitutionen auch verschiedene Konzerte sowie Vernissagen mit in- und ausländischen Künstlern.

Geschenkskartenschuber
Um offiziellen Gästen aus dem Ausland ein schönes Geschenk geben zu können, das einen Bezug zur liechtensteinischen Kunst aufweist, beauftragte Regierungsrätin Frick zehn Künstlerinnen und Künstler, jeweils eine Geschenkskarte zu gestalten. In einem Schuber verpackt werden diese Kunstkarten nun für offizielle Geschenkszwecke verwendet.

Wettbewerb «Schönste Bücher aus Liechtenstein 2010»
Am 10. Februar wurden die schönsten Bücher des Jahres 2009 aus liechtensteinischer Produktion durch eine Fachjury erkoren. Die Jury bedachte vier Publikationen mit einer Prämierung, davon zwei mit einer Auszeichnung und zwei mit einer lobenden Anerkennung.

Schenkung der Sammlung Adulf Peter Goop
Das erfreuliche Angebot von Adulf Peter Goop, dem Land Liechtenstein seine einzigartige und wertvolle Sammlung von Bildern, Grafiken und Objekten mit Liechtensteinbezug zu schenken, wurde mit Dankbarkeit entgegengenommen. Am 9. Juni wurde der Schenkungsvertrag im Beisein von Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungsrätin Aurelia Frick und Adulf Peter Goop feierlich unterzeichnet. Die Sammlung befindet sich nun in Obhut des Liechtensteinischen Landesmuseums.

Kulturbrief Liechtenstein
Der erste Kulturbrief wurde vom Ressort Kultur im Herbst 2010 herausgegeben. Regierungsrätin Frick möchte damit aktuelle Entwicklungen im liechtensteinischen Kulturbereich hervorheben und einzelne Bereiche des Kulturschaffens in einer kompakten Art und Weise näher beleuchten.

Der erste Kulturbrief widmete sich der Thematik «Mein Land». Wird in Liechtenstein mehr Rebel oder Kebab gegessen? Sind Oktoberfeste eine neue liechtensteinische Tradition? Hört «unsere» Kultur an den Landesgrenzen auf? Werden Dialekte immer mehr verschmelzen? Ein spannendes Thema, das zu Diskussionen anregt.

Kulturforum 2010
Auch das von der Regierung veranstaltete Kulturforum, welches am 27. November stattfand, hatte das Thema «Mein Land – Kulturelle Prägungen im Umbruch». Unter diesem Motto wurden einige der vielen verschiedenen kulturellen Prägungen unter die Lupe genommen. 18 Personen hielten kurze Vorträge im japanischen «Pecha-Kucha-Format». Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Die angeregten Diskussionen der Gäste während und nach den Vorträgen zeugten vom grossen Interesse am Thema. Anlässlich des Kulturforums 2010 wurde ein Wettbewerb zur selben Thematik lanciert. Der Wettbewerb soll junge Kulturschaffende motivieren, sich mit ihrer Sichtweise zum Thema «Mein Land» auseinanderzusetzen.

«Rössli» Mauren
Regierungsrätin Frick setzte sich für eine alternative Nutzung des ehemaligen Gasthauses «Rössli» als Kulturzentrum im liechtensteiner Unterland ein. Um diese Idee breiter abzustützen wurde die Gründung eines Vereins «Pro Rössli» vorbereitet.

Kulturgüterrecht
Der von der Arbeitsgruppe erstellte Bericht und Antrag und Gesetzesvorschlag wurde sowohl ressortintern als auch mit zusätzlichen Fachpersonen vertieft diskutiert. Die Arbeiten werden vom Ressort weitergeführt mit dem Ziel, einen ausgewogenen Reformvorschlag vorlegen zu können.

Kulturaussenpolitische Projekte

Kulturaustauschprojekt mit Österreich
Die liechtensteinische und die österreichische Regierung pflegen bereits seit vielen Jahren einen aktiven Kulturaustausch. In diesem Rahmen wurde der liechtensteinischen Künstlerin Beate Frommelt von Januar bis März ein Atelieraufenthalt auf Schloss Laudon bei Wien ermöglicht.

Philippinisch-Liechtensteinischer Kulturanlass
Am 16. Juni lud die philippinische Botschaft in Zusammenarbeit mit dem Ressort Äusseres und dem Ressort Kultur der liechtensteinischen Regierung zu einem Empfang in die Hofkellerei Vaduz ein. Die zahlreich erschienenen Gäste aus Politik, Diplomatie, Kultur und

Wirtschaft erfreuten sich an den Darbietungen und den philippinischen Köstlichkeiten.

Ausstellung «Those Dancing Days (are gone)»
Am 27. August des Berichtsjahres wurde in der Do-Mus Galerie in Schaan eine Ausstellung mit dem Titel «Those Dancing Days (are gone)» eröffnet. Aus Anlass der 20-jährigen UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins stellten 12 junge Künstlerinnen und Künstler aus Liechtenstein, der Schweiz und Deutschland Arbeiten zum Thema Flucht aus. Organisiert wurde die Ausstellung von Anna und Laura Hilti in Zusammenarbeit mit dem Ressort Äusseres.

Vernissage von Stephan Sude in der liechtensteinischen Botschafter in Bern
Am 29. Oktober fand eine Vernissage des liechtensteinischen Künstlers Stephan Sude in der Residenz der liechtensteinischen Botschaft in Bern statt. Die zahlreich erschienenen Gäste v. a. aus Diplomatie, Verwaltung und Kultur wurden von Regierungsrätin Frick und Botschafter Hubert Büchel begrüsst. Die Vernissagerede hielt der Direktor der Kunstschule Liechtenstein, Peter Stobbe.

Konzert der «Liechtensteiner Hofmusik»
Am 1. Dezember fand in der Kreuzkapelle der Jesuitenkirche St. Michael in München ein Kammerkonzert der «Liechtensteiner Hofmusik» statt. Mit dieser Darbietung wurde die musikalische Verbundenheit zwischen Liechtenstein und Bayern unterstrichen, war die Jesuitenkirche St. Michael doch ein wichtiger Schaffensort für den liechtensteinischen Komponisten Josef Gabriel Rheinberger.

Besuche

Besuch der Vorarlberger Landesrätin Andrea Kaufmann in Liechtenstein
Am 18. Juni besuchte die für Kultur zuständige Vorarlberger Landesrätin Andrea Kaufmann Liechtenstein. Neben einem Arbeitsgespräch stand ein Besuch im Liechtensteinischen Landesmuseum, im Kunstraum Engländerbau und im Kunstmuseum Liechtenstein auf dem Programm.

Arbeitsgruppen und Sitzungen:

Arbeitsgruppe «Kulturleitbild Liechtenstein»
Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 23. Juni 2009 eine Arbeitsgruppe bestellt mit dem Auftrag, ein Kulturleitbild für Liechtenstein zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe hat im Berichtsjahr ihre Arbeit weitergeführt.

Arbeitsgruppe «Kulturaussenpolitik Liechtenstein»
Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 30. Juni 2009 eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Erstellung eines Strategiepapiers zur Kulturaussenpolitik Liechtensteins. Die Arbeitsgruppe hat in einem ersten Schritt ein Grobkonzept entwickelt und dieses im Dezember 2009 den Ressorts Äusseres und Kultur unterbreitet. Der Entwurf wurde zusammen mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten überarbeitet und anschliessend an ausgewählte Expertinnen und Experten im In- und Ausland zur Vernehmlassung gegeben. Zudem wurden auch ausgewählte Institutionen in den Feedbackprozess eingebunden. Die Rückmeldungen wurden kritisch analysiert und in das Strategiepapier eingearbeitet. Aufgrund der breit angelegten Diskussion, der zahlreichen Rückmeldungen und der mehrmaligen Überarbeitung konnte die Arbeitsgruppe der Regierung im September 2010 ein Konzept zur Kenntnis bringen, welches den Anforderungen eines zeitgemässen Kulturaussenpolitikkonzeptes entspricht.

Gesprächsrunde Kultur
Regierungsrätin Aurelia Frick lud die Vertreterinnen und Vertreter der Kulturinstitutionen des Landes am 11. März und am 2. September des Berichtsjahres zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Die Arbeitstreffen, welche seit einigen Jahren unter dem Titel «Gesprächsrunde Kultur» stattfinden, sind wichtige Grundlagen der Zusammenarbeit. Die gegenseitigen Informationen ermöglichen ein koordiniertes Vorgehen und einen direkten Informationsfluss, wodurch nützliche Querverbindungen und Synergieeffekte, aber auch Schwerpunktbildungen entstehen.

Kulturkommissionen der Gemeinden
Am 7. Oktober wurden die Vorsitzenden der Kulturkommissionen der Gemeinden zu einer Konferenz mit Regierungsrätin Aurelia Frick eingeladen. Auf der Agenda standen Berichte zur aktuellen Kulturarbeit des Landes und der Kulturkommissionen der Gemeinden. Zudem wurde die neu renovierte Burg Gutenberg besichtigt und an deren Beispiel die mögliche Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden im Kulturbereich erörtert.

AMTSSTELLEN

Landesarchiv

Amtsleiter: Paul Vogt

Das herausragende Ereignis im Berichtsjahr war der Bezug des neuen Archivgebäudes. Der Umzug der Archivalien verlief problemlos. Das neue Archivgebäude stiess in der Öffentlichkeit auf grosses Echo. Insgesamt fanden etwa 30 Archivführungen für interessierte Gruppen statt. Die Hauptaufgabe des Landesarchivs bleibt die Sicherung der Unterlagen der staatlichen Behörden. Zusätzlich werden auch Dokumente privater Herkunft archiviert, soweit diese für die Landesgeschichte von Bedeutung sind und dem Landesarchiv angeboten werden. Das neue Gebäude bietet nun auch die Chance, bei der Vermittlung der Ar-

chivalien neue Impulse zu geben. Archivgut soll genutzt werden, sonst wird der Sinn der Archivierung in Frage gestellt. Die Zahlen bei der Erschliessung lagen über dem Vorjahr, bei der Mikroverfilmung darunter. Im Rahmen der filmischen Dokumentation wichtiger Ereignisse in Liechtenstein wurde zum dritten Mal ein Jahresrückblick erstellt. Beim Projekt Quellenpublikation zur liechtensteinischen Geschichte in den dreissiger und vierziger Jahren wurde die Arbeit weitergeführt.

Die wichtigsten Kenndaten im Mehrjahresvergleich

	2010	2009	2008
Bewilligte Stellen	**6,5**	6,5	6,5
Fest angestellte Personen	**9**	9	9
Befristet angestellte Personen	**3**	3	2
*Gesamtbestände in Laufmetern	**ca. 9'000**	ca. 7'000	ca. 7'000
Zuwachs in Laufmetern	**318**	170	225
Anzahl der ablieferungspflichtigen Aktenbildner (ohne Kommissionen, ohne Abteilungen in Ämtern)	**79**	79	79
Anzahl Aktenbildner, die abgeliefert haben	**30**	26	34
Anzahl der Zugänge insgesamt	**248**	370	453
Stand der Erschliessung (Datensätze insgesamt)	**1'119'024**	1'038'013	993'810
Neuerschliessung (Datensätze)	**81'011**	44'203	56'171
Zuwachs Handbibliothek (Einheiten)	**106**	76	93
Anzahl Benützer (ohne Landesverwaltung)	**110**	101	100
Anzahl Benützertage (ohne LLV)	**349**	443	363
Erteilte Ausnahmebewilligungen	**2**	2	7
Vorlage von Akten im Benutzerraum (ohne LLV)	**2'451**	3'088	972
Ausleihen an Private (in der Regel Fotos)	**3**	101	216
Ausleihen innerhalb der Landesverwaltung	**1'046**	1'426	1'528
Schriftliche Auskünfte	**420**	445	424
Erstellte 35-mm Mikrofilme	**48**	98	189
Aufnahmen 35-mm Filme	**5'7253**	109'431	180'153
Erstellte 16-mm Mikrofilme	**102**	90	154
Aufnahmen 16 mm-Filme	**129'392**	195'451	350'038
Scans (Durchlaufscanner)	**18'213**		
Scans (Aufsichtscanner)	**77'451**		
Massenentsäuerung (in Kilogramm)	**1'637**	1'523	1'450

*Statt drei werden neu nur noch zwei Schachteln übereinander gelagert, so dass sich die Vergleichszahlen verschieben.

Allgemeine Verwaltung
Im Jahr eins nach dem Bezug des Archivneubaus standen die Einrichtung des Archivs und die systematische Einlagerung der Bestände im Vordergrund. Die Hauptaufgaben des Archivs, nämlich die Sicherung, Erschliessung und Vermittlung des Archivguts, wurden mit grossem Elan vorangetrieben. Die internen Arbeitsabläufe (Schriftgutverwaltung etc.) wurden durch eine archivinterne Arbeitsgruppe überprüft.

Personal
Beim Personal gab es keine Veränderungen. Von den total zwölf Angestellten waren neun fest angestellt, drei für die Dauer des Quelleneditionsprojekts auf drei Jahre verpflichtet. Acht Mitarbeitende arbeiteten Teilzeit, die anderen vier Vollzeit. Der Archivleiterstellvertreter schloss sein berufsbegleitendes Nachdiplomstudium in Archiv- und Informationswissenschaft an der Universität Bern ab. Gemessen an den beiden wichtigsten Indikatoren (Mitarbeiter pro Laufkilometer Archivalien und Mitarbeiter pro ausgeliehene Akte) ist der Personalbestand des Landesarchivs im internationalen Vergleich bescheiden.

Fertigstellung und Bezug des neuen Landesarchivs
Mit dem Archivneubau ist das Landesarchiv in räumlicher Hinsicht für die nächsten Jahrzehnte gut gerüstet. Der Umzug der Archivalien begann Anfang Dezember 2009 und wurde Mitte März 2010 bis auf einen Restbestand im Landesmuseum abgeschlossen. Der provisorische Standort an der Messinastrasse in Triesen wurde geräumt. Im März wurde auch das sog. «Briefmarkenarchiv» (die Restbestände alter Briefmarken, die dem Staat Liechtenstein gehören), das sich in einer Schliessfachanlage bei der Steuerverwaltung befand, in ein Spezialmagazin im Landesarchiv eingelagert. Im Dezember 2010 wurde der letzte Aktenbestand aus dem Kulturgüterraum des Landesmuseums ins Landesarchiv zurückgeführt. Im Januar 2011 wurde schliesslich auch noch der Kulturgüterraum im Liechtensteinischen Gymnasium geräumt, wo v.a. ältere Drucksachen unter klimatisch schlechten Bedingungen eingelagert waren. Ein grosser Teil dieser alten Drucksachen wurde vernichtet, da es sich um Mehrfachexemplare handelte.

Öffentlichkeitsarbeit
Das Landesarchiv versteht sich als Vermittler von Informationen, die bei den Behörden entstehen und die Öffentlichkeit interessieren könnten. Diese Vermittlung erfolgt vor allem im direkten Kontakt mit den ForscherInnen, dann aber auch über die Homepage und die Archiv-Publikationen. Die Zugriffe auf die Homepage stiegen 2010 wieder an. Das Landesarchiv beteiligte sich an der Aktion Ferienspass für Schulkinder und organisierte einen Anlass unter dem Thema «Von Rittern und Burgfräulein». Der Archivneubau stiess auf grosses Interesse. Insgesamt fanden etwa 30 Führungen statt. Der Bau stösst sowohl wegen der Architektur wie auch wegen des innovativen Klimakonzepts auf Interesse.

Forschungs- und Publikationstätigkeit
Der Staatsarchivar bearbeitete mehrere Artikel für das Historische Lexikon und verfasste zwei Beiträge für wissenschaftliche Publikationen. An der Jahresversamm-

lung des Bodenseegeschichtsvereins in Vaduz und an der internationalen wissenschaftlichen Konferenz «Das Fürstenhaus Liechtenstein in der Geschichte der Länder der böhmischen Krone» in Olmütz (Tschechien) hielt er Vorträge. Daneben begannen die Arbeiten für die Edition des Kaufvertrags von 1712, die anlässlich der 300-Jahrfeier 2012 herauskommen wird.

Der Bearbeiter des Liechtensteinischen Urkundenbuchs hat seit Jahren einen festen Arbeitsplatz im Landesarchiv. 2010 beendete er die Arbeit an den für die Zeit der Brandis relevanten 35 Urkunden im Stadtarchiv Maienfeld und begann mit der Arbeit an den Urkunden im Stadtarchiv (Ortsbürgergemeinde) St. Gallen.

EDV

Beim Problem der Archivierung elektronischer Daten, auf das seit Jahren an dieser Stelle hingewiesen wird, wurden insofern Fortschritte erzielt, als entsprechende Vorabklärungen stattfanden. Voraussetzung für eine erfolgreiche elektronische Geschäftsverwaltung (und damit auch für die elektronische Archivierung) ist, dass die Daten gut strukturiert und die notwendigen Metadaten erfasst werden. Das Query-Modul, das eine Online-Suche in den Archivverzeichnissen ermöglichen wird, konnte als Folge technischer Probleme nicht frei geschaltet werden. Die Handbibliothek wird im Bibliothekssystem der Landesbibliothek erfasst und ist dort online abrufbar.

Archivische Zusammenarbeit, internationale Kontakte

Für die Qualitätssicherung ist eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen unabdingbar. Am 16. und 17. September fand in Vaduz die Jahresversammlung des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare (140 TeilnehmerInnen) mit Begrüssungsansprache von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick statt. Der Staatsarchivar vertrat das Landesarchiv in der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz und in der Koordinationsstelle zur Archivierung elektronischer Daten (Kost). Weiter war er Vorsitzender der Kommission für die Quellen aus den 1930er und 40er Jahren und Mitglied der Kommission für das Schulbuchprojekt «Brücken zur Vergangenheit II». Der Amtsleiterstellvertreter ist Vorstandsmitglied des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft, der Rheticus-Gesellschaft und des Vorarlberger Wirtschaftsarchivs. Die Abteilungsleiterin Sammlungen arbeitete in der ScopeArchiv-UserGroup «Film- und Tondokumente» und in der VSA-Arbeitsgruppe «Mikroformen» mit.

Archivbenutzung

Die Zahlen für die Archivbenutzung bewegten sich im Rahmen der Vorjahre. Diese Zahlen können vom Landesarchiv nur wenig beeinflusst werden, da sie in erster Linie davon abhangen, wie viele und welche Forschungsprojekte in Gange sind. Die Ausleihen an Private (d.h. ausser Haus) sind praktisch auf Null zurückgegangen, da von Fotos und Filmen nur noch digitale Kopien ausgegeben werden. Die Schwerpunkte der Forschungsarbeiten lagen bei den Themen Immigration, Finanzeinbürgerungen, Rechtsprechung im Zweiten Weltkrieg und allgemeine Landesgeschichte im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert.

Vorarchivische Betreuung

Die Beratung der Registraturen bei den Ämtern ist im Hinblick auf eine geordnete Aktenablieferung eine wichtige Archivaufgabe. Im Berichtsjahr wurden 14 Amtsstellen bzw. Registraturen vor Ort beraten.

Aktenablieferungen, Schenkungen und Ankäufe

Bei den Archivalien waren 248 Zugänge (Ablieferungen, Schenkungen und Ankäufe) mit insgesamt 318 Laufmetern zu verzeichnen. Jene Aktenablieferungen, die bis zur Fertigstellung des Archivneubaus zurückgestellt worden waren, wurden grösstenteils übernommen. Von den staatlichen Behörden lieferten Unterlagen ab: Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Amt für Bevölkerungsschutz, Amt für Gesundheit, Amt für Kommunikation, Amt für Personal und Organisation, Amt für Soziale Dienste, Amt für Statistik, Amt für Volkswirtschaft, Amt für Wohnungswesen, Ausländer- und Passamt, Botschaft Wien, Datenschutzstelle, Hochbauamt, Landesarchiv, Landgericht, Landesbibliothek, Landeskasse, Landespolizei, Landtagssekretariat, Landessteuerkommission, Presse- und Informationsamt, Pensionsversicherung für das Staatspersonal, Protokoll der Regierung, Regierung, Regierungskanzlei, Schulamt, Stabsstelle EWR, Tiefbauamt sowie Verwaltungsgerichtshof. Von den Gemeinden und Landesinstituten wurden die Jahresberichte archiviert.

Bei den nichtstaatlichen Beständen sind 14 Akzessionen als Dauerleihgaben eingegangen. Diese stammen vom Dachverband der Elternvereinigungen der Schulen, dem Hilfswerk Liechtenstein, dem Liechtensteinischen Alpenverein, dem Historischen Verein, den Pfadfinderinnen und Pfadfindern, dem Theater am Kirchplatz, dem Verkehrsclub Liechtenstein, dem Zimmerschützen-Verein (Vaduz) und dem Zonta-Club (Vaduz). Widerrufbare Leihgaben wurden keine entgegengenommen. Besonders hervorzuheben ist eine Fotosammlung des Vaduzer Medienhauses, die ca. 16'000 Fotos aus den Jahren ca. 1980-2004 umfasst. Die Archivierung und insbesondere die Benutzung der Privatarchive werden jeweils durch Vertrag geregelt (sechs neue Archivierungsverträge). Antiquarische Ankäufe wurden sieben getätigt. Schenkungen waren insgesamt 22 zu verzeichnen: Norbert Batliner (Nendeln), Josef Frommelt (Triesen), Karl Gassner (Eschen), Norbert Haas (Berlin/Vaduz), Klara Hagen (Nendeln), Jürg Hanselmann (Balzers), Leo Hiemer (Kaufbeuren), Marianne Kaufmann (Balzers), Emmeram von Liechtenstein (Altenberg), Liechtensteinische Post AG, Nachlass Dr. Rainer Ospelt (Vaduz), Alois Ospelt (Vaduz), Klaus von Reden(Eschen), Aldina Sievers (Balzers) und Martin Sommerlad (Vaduz).

Archivalienerschliessung, Aktenrevision, Aktenbewertung
Im Berichtsjahr wurden 81'000 Datensätze in der Datenbank neu erfasst, wobei ca. 60 Prozent der Metadaten von den Amtsstellen in elektronischer Form übernommen werden können. Die Neuzugänge werden prioritär bearbeitet. Bei den Altbeständen lagen die Schwerpunkte bei den Gerichtsakten (Zivilsachen 1949–1954), bei den Strafsachen (1968-1969) sowie beim Landesbauamt (1937–1968). Die Revision der Regierungsakten 1940 ff. musste aufgrund Personalmangels eingestellt werden. Bei den Privatarchiven wurden die Bestände Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, Nachlass Emanuel Vogt, Liechtensteinischer Alpenverein, Verein Flüchtlingshilfe, Nachlass Fridolin Tschugmell, Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer, Dachverband der Elternvereinigungen, Liechtensteiner Oberschullehrerverein und Zimmerschützenverein bearbeitet.

Archivaliensicherung, Restaurationen
Die Strategie zur Bestandeserhaltung setzt in erster Linie auf die Schadensvermeidung (optimale Lagerbedingungen), dann auf die Massenkonservierung (Papierentsäuerung) und schliesslich auf die Restauration besonders wertvoller Einzeldokumente. Im Berichtsjahr wurden die Strafsachen 1885-1947 (Landgericht) entsäuert. Restauriert wurden Dokumente aus dem Bestand Oberamtsakten bis 1808 sowie eine Reihe Gipfelbücher, die vom Alpenverein im Landesarchiv deponiert wurden.

Mikrofilm
Von der Mikrofilmstelle wurden Akten der Botschaft Bern (35 mm), Belege der Landeskasse 2004 (16 mm) sowie der Motorfahrzeugkontrolle (Geschäftsverfilmung) verfilmt. Durch ein privates Unternehmen wurden die Baubewilligungen 2005, Zivilsachen des Landgerichts (1894-1898) und Unterlagen der Arbeitslosenvermittlung (Geschäftsverfilmung) verfilmt. Für die Verfilmung der Baubewilligungen 2005 wurden 702 Jackets von 16-mm-Filmen (22'601 Aufnahmen) sowie 1'091 Jackets von 35-mm-Filme (3'418 Aufnahmen) erstellt. Von 1'025 Mutterfilmen wurden Masterkopien erstellt.

Dank einem neuen Aufsichts- und einem Durchlaufscanner ist das Landesarchiv nun auch in der Lage, Scannaufträge durchzuführen. Im Berichtsjahr wurde auf Wunsch des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes mit dem Scannen der Grundbücher (1809 ff.) begonnen; 84 von insgesamt ca. 300 Grundbüchern wurden im Berichtsjahr verfilmt. Gescannt wurden auch Unterlagen der Pensionsversicherung des Staatspersonals. Für die Ausbelichtung der Daten auf Mikrofilm wurde ein ArchivWriter angeschafft.

Sondersammlungen
In der Handbibliothek wurden 106 Neuzugänge bearbeitet, in der Druckschriftensammlung 533 Drucksachen. Bei den audiovisuellen Sammlungen waren es 2'618 Einheiten. In der Datenbank sind mittlerweile auch eine grosse Menge digitaler Fotos gespeichert. Für die AV-Sammlungen, in denen praktisch nur noch digitales Bild-, Ton- und Filmgut dazukommt, wurde ein Digitalisierungskonzept erarbeitet. Ein erster Schritt im Hinblick auf die elektronische Archivierung war die Installation von NAS-Speicherboxen, auf denen die Daten aus Sicherheitsgründen dreifach gespeichert, automatisch repliziert und auf Vollständigkeit und Echtheit überprüft werden.

Projekte
Für die Sammlung «Regesten zur liechtensteinischen Geschichte im Österreichischen Staatsarchiv» wurden von Katharina Arnegger im Österreichischen Staatsarchiv alle Dokumente aus dem 15. und 16. Jahrhundert bearbeitet. Fortgesetzt wurde die Bearbeitung der Dokumente aus dem 17. und 18. Jahrhundert, die die Grafen von Hohenems, die Hexenprozesse sowie den Kauf von Schellenberg und Vaduz betreffen. Katharina Arnegger wurde auch der Auftrag erteilt, den Vertrag von 1712 betreffend den Kauf der Grafschaft Vaduz durch die Fürsten von Liechtenstein zu edieren. Zusätzlich zur Publikation des Kaufvertrags in Buchform werden weitere Quellen aus dem zeitlichen Umfeld des Kaufs in elektronischer Form editiert, die die Hintergründe dieses Vorgangs ausleuchten sollen.

Beim Projekt Quellenedition zu den 1930er und 40er Jahren lag der Schwerpunkt der Arbeiten bei der «Artikelproduktion» für die Webapplikation. Anhand der Literatur wurden für die verschiedenen Themen Listen mit möglichen Dokumenten zusammengestellt und diese anschliessend priorisiert. Die Datenbank umfasste am Jahresende 981 Dokumente sowie 857 Einträge für Personen und Körperschaften. Von Dr. Hilmar Hoch wurde ein Rechtsgutachten über die datenschutz- und archivrechtlichen Aspekte der Edition von personenbezogenem Archivgut erstellt. Die Regierung genehmigte für die personenbezogenen Artikel die Verkürzung der Archivsperrfrist, so dass diese Dokumente publiziert werden können. Im Rahmen der Erwachsenenbildung führten die beiden Bearbeiter der Edition zwei Kurse zum Thema «Liechtenstein 1928-1950» durch, in denen ausgewählte Dokumente diskutiert wurden. Die in Auftrag gegebene Webapplikation wurde den Erwartungen nicht gerecht, so dass eine neue Lösung gesucht werden musste. Im Berichtsjahr fanden zwei Sitzungen der begleitenden Expertenkommission statt.

Im Rahmen des Projekts «Filmdokumentation Liechtenstein» erstellte die Filmfabrik Aufnahmen wichtiger Ereignisse im Jahre 2010. Die wichtigsten Sequenzen wurden zu einem Jahresrückblick zusammengeschnitten und Mitte Januar 2011 im Landeskanal ausgestrahlt. Zusätzlich erstellte die Filmfabrik eine kurze Dokumentation über die staatlichen Kulturinstitutionen.

Gemeinde- und Pfarrarchive
Der 13. Gemeindearchivtag fand am 19. November 2009 in Mauren statt. Die Rekordteilnehmerzahl (24) zeigt,

dass dieses jährliche Treffen, das jeweils einen halben Tag dauert, reges Interesse findet. Den Schwerpunkt der Tagung bildeten die Berichte aus den einzelnen Archiven sowie zwei Beiträge über die Archivierung von Fotos und Filmen. Die Gemeindearchive erhalten auf Wunsch vom Landesarchiv gerne Auskünfte oder werden auch vor Ort beraten.

Josef G. Rheinberger Archiv
Für das Rheinberger-Archiv wurde eine grössere Sammlung von CDs mit Aufnahmen von Rheinbergers Werken angekauft (237 Stück), die noch nicht im Rheinberger-Archiv waren. Der bereits früher vorhandene Bestand von 740 CDs wurde digitalisiert. Da CDs eine beschränkte Lebenserwartung haben, ist dies der einzige Weg zur Erhaltung dieser Tondokumente. Für das Rheinberger-Archiv waren 12 Anfragen zu beantworten. Es fand eine spezielle Führung für dieses Archiv statt. Weiter waren 36 Akzessionen zu verzeichnen.

Zusammenarbeit mit der Stiftung Dokumentation Kunst in Liechtenstein
Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Dokumentation Kunst in Liechtenstein wurde fortgesetzt. Präsident Karl Gassner hat im Landesarchiv einen Arbeitsplatz. Er ergänzte die Dokumentensammlung zur Gegenwartskunst in Liechtenstein und erweiterte sie durch Aufnahme neuer KünstlerInnen, Galerien und Projekte. Die Homepage www.dkl.li bietet einen Einblick in die Tätigkeit der Stiftung.

Stabsstelle für Kulturfragen

Stabsstellenleiter: Thomas Büchel

Die Stabsstelle für Kulturfragen hat die Aufgabe, das Ressort Kultur bei der Wahrnehmung des kulturellen Auftrages gemäss den Gesetzen im Bereich der Kunst und Kultur zu unterstützen. Dazu zählten die Bearbeitung von verschiedensten Geschäften, die Wahrnehmung von unterschiedlichsten Aufgaben im Kulturbereich sowie die Planung und Durchführung zahlreicher kultureller Projekte.

Die Stabsstelle für Kulturfragen war im Berichtsjahr mit 1.0 Stellen besetzt.

Tätigkeit

Arbeiten für das Ressort Kultur
Die Stabsstelle für Kulturfragen erledigt ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Ressort Kultur. Gemäss Auftrag durch die Ressortinhaberin gehört die Mitarbeit bei verschiedensten kulturellen Angelegenheiten zum Arbeitsgebiet. Die Stabsstelle wurde mit der Vorbereitung und je nach Inhalt auch mit der Erledigung von entsprechenden Geschäften beauftragt.

Massgebende Geschäfte waren im Berichtsjahr die erste Herausgabe eines Kulturbriefs sowie die Organisation und Durchführung des Kulturforums 2010. Im Rahmen des Kulturforums wurde zudem ein Wettbewerb für das junge Kulturschaffen in Liechtenstein lanciert.

Ein besonderes Geschäft stand mit der Schenkung der Sammlung Adulf Peter Goop an das Land Liechtenstein sowie mit deren Übernahme in das Liechtensteinische Landesmuseum an.

Die Bemühungen zur Rettung des ehemaligen Gasthauses «Rössli» in Mauren vor dem drohenden Abbruch und die Neunutzung als Kulturzentrum im Liechtensteiner Unterland wurden auch im Berichtsjahr weiter geführt. Zur breiteren Abstützung der zukünftigen Nutzung wurde die Gründung eines Vereins «Pro Rössli» vorbereitet.

Die Kulturstellen des Landes haben sich im Berichtsjahr zu zwei Gesprächsrunden getroffen. In den Sitzungen wurden gemeinsame Themenschwerpunkte erarbeitet sowie der Informationsaustausch gepflegt.

Kulturaussenpolitische Geschäfte waren wiederum einer der Schwerpunkte der Arbeit des Ressorts Kultur. Die Stabsstelle für Kulturfragen unterstützte das Ressort in diesen Geschäften, indem sie organisatorische Arbeiten übernahm. In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: die Weiterführung des langjährigen Kulturaustauschprojektes zwischen Österreich und Liechtenstein, welches von Januar bis März 2010 mit einem Atelieraufenthalt der Künstlerin Beate Frommelt auf Schloss Laudon bei Wien seine Fortsetzung fand; ein Konzert der Hofmusik Liechtenstein in der Kreuzkapelle der Jesuitenkirche St. Michael in München; die Teilnahme am Deutschen Kindermedienfestival «Goldener Spatz» mit einem Liechtensteiner Kinderjuror; die Vorbereitung der Ausstellung «in between»; die Aktualisierung des Compendiums of Cultural Policies and Trend in Europe.

Projekte

Atelier Berlin
Mit der Ateliereröffnung in Berlin im Jahre 2006 realisierte Liechtenstein eine Form der Künstlerförderung, wie sie in anderen Ländern seit geraumer Zeit gepflegt wird. Die Räumlichkeiten eignen sich hervorragend für ihre Zweckbestimmung und so durften von den bisherigen Stipendiatinnen und Stipendiaten durchwegs positive Rückmeldungen entgegengenommen werden. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde mit der Organisation, Einrichtung und Betreuung des Ateliers beauftragt.

Die Stipendiaten im Jahre 2010 waren: Gregor Hilbe, Musik (Januar–Juni), Eddy Risch, Fotografie (Juli–September) und Patrick Kaufmann, Bildende Kunst (Oktober–Dezember).

Kulturaustausch Liechtenstein-Österreich
Von Januar bis März 2010 konnte die liechtensteinische Kunstschaffende Beate Frommelt einen Atelieraufenthalt auf Schloss Laudon bei Wien absolvieren. Die Einladung

erfolgte aufgrund eines Kulturaustauschprojektes zwischen dem Ressort Kultur der Regierung und dem österreichischen Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, welches seinen Anfang mit einem Wien-Aufenthalt der liechtensteinischen Künstlerin Elisabeth Kaufmann-Büchel im Jahr 2003 genommen und 2009 mit dem Aufenthalt von Eva Hradil in Liechtenstein seine Fortführung gefunden hat.

Deutsches Kindermedienfestival «Goldener Spatz»
Die Stabsstelle für Kulturfragen erhielt die Möglichkeit, ein Liechtensteiner Kind in die Kinderjury des Deutschen Kindermedienfestivals «Goldener Spatz» zu entsenden. Nach eingehender Suche wurde der neunjährige Noah Büchel aus Vaduz nominiert. Noah nahm vom 25. 4. bis 1. 5. 2011 in Gera/Erfurt an der Jurierung teil. Die 32-köpfige Kinderjury aus allen deutschsprachigen Ländern Europas hatte nicht weniger als 38 Filme zu bewerten.

Schenkung der Sammlung Adulf Peter Goop
Es war ein erhebender Moment, als der Sammler Adulf Peter Goop im Fürst Johannes Saal, dem ehemaligen Landtagssaal im Regierungsgebäude in Vaduz, am 9. Juni 2010 mit seiner Unterschrift den Schenkungsakt vollzog und damit dem Land Liechtenstein seine kostbare Sammlung zum Geschenk machte. Für die Stabsstelle für Kulturfragen war es im Berichtsjahr eine besondere Aufgabe, die Schenkung zusammen mit Herrn Goop und dem Liechtensteinischen Landesmuseum, in dessen Obhut die Sammlung übergeben wurde, vorzubereiten.

Konferenz der Kulturkommissionen der Gemeinden
Sie Stabsstelle für Kulturfragen konnte am 7. Oktober 2010 die Vorsitzenden der Kulturkommissionen der Gemeinden zu einer gemeinsamen Sitzung mit Regierungsrätin Aurelia Frick einladen. Auf der Agenda standen Berichte zur aktuellen Kulturarbeit des Landes und der Kulturkommissionen der Gemeinden. Zudem wurde die neu renovierte Burg Gutenberg besichtigt und an deren Beispiel die mögliche Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden im Kulturbereich erörtert.

Cultural Compendium
Das «Compendium of Cultural Policies and Trend in Europe» ist ein wichtiges Instrument der länderübergreifenden Kulturpolitik. Es wurde vom Europarat im Jahre 1998 lanciert und wird von diesem seither getragen. Liechtenstein ist seit dem Jahre 2000 mit einem Länderprofil vertreten. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde von der Regierung beauftragt, die regelmässige Aktualisierung dieser wichtigen Datenbank zu veranlassen. Da das herausgebende Institut ERICarts nur mit unabhängigen nationalen Autoren/Autorinnen zusammenarbeitet, wurde die Bearbeitung als Auftrag vergeben. Im Berichtsjahr wurde die Aufgabe von Kornelia Pfeiffer übernommen. Sie hält das Länderprofil in enger Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Kulturfragen und dem Institut ERICarts auf aktuellem Stand.

Kulturbrief Liechtenstein
Im Herbst 2010 wurde vom Ressort Kultur der erste Kulturbrief herausgegeben. Mit den Kulturbriefen soll in Zukunft auf Entwicklungen im Kulturbereich hingewiesen und die verschiedenen Facetten des Kulturschaffens in Liechtenstein dargestellt werden. Viel Wissenswertes soll aktuell und kompakt vermittelt werden. Bewusst wurde dafür die Form des Briefs gewählt. Dieses Format erlaubt die Publikation in geduckter und elektronischer Form. Damit kann dem Zeitgeist, den gebräuchlichen Publikationsformen und den aktuellen Lesegewohnheiten gerecht werden.

Der erste Kulturbrief war dem Thema «Mein Land» gewidmet. Mit dem Brief wurde die Auseinandersetzung mit einem spannenden Thema angeregt und aufgezeigt, wie vielfältig der Begriff verstanden und gelebt werden kann. Gleichzeitig konnte auf das Kulturforum vom Samstag, 27. November 2010 hingewiesen werden, welches dem selben Thema gewidmet war. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde mit der Vorbereitung der Herausgabe des Kulturbriefs beauftragt.

Kulturforum 2010
Das Ressort Kultur der Regierung veranstaltete am Samstag, 27. November 2010 ein Kulturforum zum Thema «Mein Land – Kulturelle Prägungen im Umbruch». Die Veranstaltung fand von 16.00 Uhr bis 23.00 Uhr im Kunstraum Engländerbau in Vaduz statt. Viele Gäste folgten der Einladung und gingen gemeinsam der Frage nach, was «Mein Land» bedeuten kann.

Das Kulturforum widmete sich mit dieser Fragestellung einem wichtigen Thema dieser Zeit. Es ging dabei weniger um die Klärung einer liechtensteinischen Identität, sondern vielmehr darum, einige der unterschiedlichen kulturellen Prägungen unter die Lupe zu nehmen, die uns als Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins ausmachen. Die Durchleuchtung der vielgestaltigen Aspekte der kulturellen Prägung in Liechtenstein führte zu interessanten Vorträgen und spannenden Diskussionen.

Das Kulturforum fand in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit «Pecha Kucha Night Vaduz» statt, eine junge Gruppierung, welche das «Pecha Kucha»-Format nach Liechtenstein gebracht und schon verschiedene Anlässe dieser Art organisiert hat. So entstand ein ansprechendes und zugleich unterhaltendes Programm. Das japanische «Pecha Kucha» brachte Vortragende auf die Bühne, welche für ihre Beiträge 20 Bilder à 20 Sekunden aufwenden durften. Somit war es möglich, drei Veranstaltungsblöcke mit je sechs Vortragenden einzubinden. Der Frage nach «meinem Land» wurde somit von nicht weniger als 18 Vortragenden nachgegangen. Diese warfen dabei einen sehr persönlichen Blick auf «ihr Land», indem sie ihre Projekte, Leidenschaften, Beobachtungen und Meinungen vorstellten. Die drei Themenblöcke des Forums

standen unter den Titeln «Rebel oder Kebab?» (Was ist «unsere» Kultur?), «Vom Café Matt zum Facebook» (Alles wird anders) und «Kunst oder Fussball?» (Welche Kultur brauchen wir?). Jeder Programmblock wurde mit einer Podiumsdiskussion abgeschlossen. Für das leibliche Wohl zeichnete die Cateringgruppe des Vereins für Interkulturelle Bildung verantwortlich. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde mit Vorbereitung und Organisation des Kulturforums beauftragt.

Förderpreis «Junge Kultur Liechtenstein»
Im Rahmen des diesjährigen Kulturforums wurde ein Wettbewerb zur selben Thematik lanciert. Der Wettbewerb soll junge Kulturschaffende motivieren, sich mit ihrer Sichtweise zum Thema «Mein Land» auseinanderzusetzen.

Der Förderpreis «Junge Kultur Liechtenstein» ist eine mit CHF 10 000 dotierte Förderung der Regierung für das junge Kulturschaffen. Der Preis wird in Form eines Wettbewerbs ausgeschrieben. Von der Jury wird im Frühjahr 2011 jenes Projekt prämiert, welches am meisten überzeugt und nach der Prämierung innerhalb eines Jahres umgesetzt werden kann. Für den Förderpreis «Junge Kultur Liechtenstein» werden neue, noch nicht realisierte, innovative Projekte im Bereich des professionellen Kunst- und Kulturschaffens gesucht. Die Auswahl des Preisträgers wird von einer Fachjury getroffen, welcher neben Vertretern der Kulturszene auch Vertreter des Ressorts Kultur der Regierung angehören. Die Stabsstelle für Kulturfragen wurde mit Vorbereitung und Organisation des Förderpreises beauftragt.

Rheinberger-Konzert in der Kirche St. Michael in München
Der 1839 in Vaduz geborene Josef Gabriel Rheinberger war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Größe von europäischem Rang. Sein Wirken in München als Kompositionslehrer und Komponist brachte ihm Ruhm und Ehre ein. Er war Professor am Münchner Konservatorium und bayerischer Hofkapellmeister und wirkte prägend für eine Generation von Musikern. Am 1. Dezember gab das im Jahr 2006 gegründete Ensemble «Liechtensteiner Hofmusik» ein Kammerkonzert in der Kreuzkapelle der Jesuitenkirche St. Michael in München. Damit wurde eine musikalische Verbindung zwischen Liechtenstein und Bayern mit neuem Leben erfüllt, war doch die St. Michael-Kirche ein zentraler Schaffensort des bekannten liechtensteinischen Komponisten. Die Stabsstelle war an der Vorbereitung und Programmgestaltung des Konzertes beteiligt.

Wettbewerb «Schönste Bücher aus Liechtenstein 2010»
Seit 2001 wird der Wettbewerb «Schönste Bücher aus Liechtenstein» für Buchgestalterinnen und Buchgestalter, Druckereien und Verlage veranstaltet. Ziel des nationalen Wettbewerbs ist es, die Buchgestaltung in Liechtenstein zu fördern. Die ausgezeichneten Bücher nehmen zudem im Februar 2011 am Wettbewerb «Schönste Bücher aus aller Welt» in Leipzig teil. Am nationalen Wettbewerb für das Jahr 2010 konnten sich alle Buchgestalterinnen und Buchgestalter sowie die an der Buchproduktion beteiligten Institutionen und Firmen mit Büchern beteiligen, welche im Jahr 2010 herausgegeben wurden. Die Anmeldung konnte durch Gestalterinnen und Gestalter, Druckereien oder Verlage erfolgen. Mindestens einer der drei beteiligten Partner musste in Liechtenstein tätig sein. Zum Wettbewerb zugelassen waren sämtliche Bücher, die im Jahr 2010 erschienen sind. Zur Jurierung eingereicht wurden 22 Bücher. Die Jury bedachte vier Publikationen mit einer Prämierung, davon zwei mit einer Auszeichnung und zwei mit einer lobenden Anerkennung.
Auszeichnung 2010:
– Familienbuch Planken
– Rheinholzer – Die andere Generation
Lobende Anerkennung 2010
– Fleischeslust
– Kriegzeit, Liechtenstein 1939 bis 1945

Arbeitsgruppen und Kommissionen, in denen die Stabsstelle für Kulturfragen vertreten ist

Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen arbeitete auch im Berichtsjahr in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen mit. Die wichtigsten Arbeitsgebiete und Ergebnisse sind im Folgenden kurz dargestellt:

Arbeitsgruppe «Kulturleitbild»
Die Regierung hat im Jahr 2009 eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Kulturleitbildes beauftragt. Die Arbeitsgruppe konnte die Arbeit im August 2009 aufnehmen und hat im Berichtsjahr die Vorarbeit weitergeführt und mit der Ausformulierung des Leitbilds begonnen. Das fertige Dokument soll Anfang 2011 vorliegen.

Arbeitsgruppe «Kulturaussenpolitik»
Zur Erstellung eines Strategiepapiers zur Kulturaussenpolitik Liechtensteins, das in den Gesamtkontext einer Kommunikationsstrategie des Landes einzubetten ist, wurde von der Regierung im Jahre 2009 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Mit dem Vorsitz wurde der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen beauftragt.

Die Arbeitsgruppe erarbeitete in einem ersten Schritt ein Grobkonzept und hat dies im Dezember 2009 den Ressorts Äusseres und Kultur als erster Entwurf unterbreitet. Frühjahr und Sommer 2010 wurden für die Überarbeitung und Präzisierung des Konzeptes verwendet. Der Entwurf wurde zusammen mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten überarbeitet und anschliessend an ausgewählte Expertinnen und Experten im In- und Ausland zur Vernehmlassung gegeben. Zudem wurden auch ausgewählte Institutionen in den Feedbackprozess ein-

gebunden. Die Rückmeldungen wurden kritisch analysiert und in das Strategiepapier eingearbeitet.

Aufgrund der breit angelegten Diskussion, der zahlreichen Rückmeldungen und der mehrmaligen Überarbeitung konnte die Arbeitsgruppe der Regierung im September 2010 ein Konzept zur Kenntnis bringen, welches den Anforderungen eines zeitgemässen Kulturaussenpolitikkonzeptes entspricht.

OK 300 Jahre Oberland
Im Jahre 2012 werden 300 Jahre Liechtensteiner Oberland gefeiert. Im Zentrum steht dabei das Wochenende vom 6. bis 10. Juni 2012. Geplant ist die Vermittlung des Themas durch eine kulturelle Inszenierung im gesamten Vaduzer Städtle. Im Berichtsjahr wurde das Programm weiter detailliert und die Programmleitung im Auftragsverhältnis vergeben. Die Stabsstelle für Kulturfragen ist Mitglied des Organisationskomitees, welches im Juli 2009 seine Arbeit aufnahm.

Burg Gutenberg
Mit Abschluss der baulichen Massnahmen sowie der Regelung der Bewirtschaftung der Burganlage durch die Gemeinde Balzers konnte die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit beenden. Die Renovationsarbeiten erlauben nun eine Ausweitung der Nutzung auf den der Hauptburg vorgelagerten Bereich von «Rosengarten und Kapelle». Am Samstag, 19. Juni konnte die Bevölkerung anlässlich eines Tags der offenen Tür zu einer Besichtigen von Vorburg, Innenhof, Rosengarten und Kapellenbauten eingeladen werden.

Aufsichtsrat Theater am Kirchplatz (TAK)
Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen ist als Delegierter der Regierung im Aufsichtsrat des TAKs. Zu den wichtigsten Aufgaben des Aufsichtsrats zählten im Berichtsjahr die Bereiche Finanzen und Organisation sowie die Erarbeitung eines neuen Erscheinungsbildes zum 40-jährigen Jubiläum.

Stiftung Image Liechtenstein
Der Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein befasste sich im Berichtsjahr mit der Zukunft der Marke unter dem Gesichtspunkt der Neuorganisation von Landes- und Regierungskommunikation.

Internationale Zusammenarbeit

Das **Lenkungskomitee für kulturelle Entwicklung (CD-CULT) des Europarats** setzt die Beschlüsse der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 2005 in Warschau und in Faro um. Inhaltlich konzentriert sich diese Arbeit auf den innereuropäischen kulturellen Dialog und die interkulturelle Diskussion mit den europäischen Anrainerstaaten, insbesondere des südlichen Mittelmeerraums, auf das kulturelle Erbe sowie auf das Thema «Europa der BürgerInnen».

Beim Programm Compendium of Cultural Policies and Trends in Europe erfolgte eine Erweiterung der erfolgreichen Datenbank mit Berichten und Analysen zu kulturpolitischen Entwicklungen in 42 Mitgliedsstaaten. Liechtenstein ist mit einem jährlich aktualisierten Beitrag vertreten.

Das Lenkungskomitee CD-Cult traf sich im Bereichtsjahr zu einer zweitägigen Session.

Das **EFTA-Komitee für kulturelle Angelegenheiten** beschäftigte sich auch im laufenden Jahr hauptsächlich mit dem EU-Kulturförderungsprogramm KULTUR (2007-2013) und dessen Weiterführung nach 2013. Zur weiteren Bearbeitung standen auch die Massnahmen rund um die Erweiterung von Artikel 4 des Protokolls 31 «Education, training and youth» mit dem Aufgabenfeld«sport» sowie der Arbeitsplan 2011 an. Die Working Group On Cultural Affairs traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen.

Die **Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK)** traf sich in diesem Jahr zu zwei Sitzungen. Haupttraktanden waren jeweils die Kernaufgaben der Kommission Kultur, zu welchen die Organisation und Ausrichtung der Förderpreise, der Künstlerbegegnung sowie das Kulturforum zählen.

Die Förderpreise der Internationalen Bodensee Konferenz wurden im Berichtsjahr zum ersten Mal in der Sparte «Zeichnungen» an junge Kunstschaffende vergeben. Liechtenstein war am Wettbewerb mit zwei Künstlerinnen und mit Peter Stobbe in der Jury vertreten. Anna Hilti wurde für ihre Arbeiten mit einem der begehrten Förderpreise ausgezeichnet. Die Verleihung der acht Förderpreise, die mit jeweils 10'000 Schweizer Franken dotiert sind, fand am Mittwoch, 27. Oktober 2010 in einem feierlichen Rahmen im Pförtnerhaus des Landeskonservatoriums in Feldkirch statt.

Die **Konferenz der Kulturbeauftragten für die Ostschweiz und das Fürstentum Liechtenstein (KBK-Ost)** traf sich zu zwei Sitzungen, in welchen jeweils der gegenseitige Informationsaustausch sowie die Behandlung von Fördergesuchen mit überregionalem Interesse im Vordergrund standen. Mit viel Erfolg konnte im Berichtsjahr das Förderprojekt «TanzPlan Ost» realisiert werden. Dank Fördermitteln aus allen acht Ostschweizer Kantonen sowie aus dem Fürstentum Liechtenstein ist es gelungen, eine eigentliche Tanztournee zu organisieren und damit das professionelle Tanzschaffen in der Ostschweiz zu stärken. Liechtenstein war mit der Tänzerin Susana Beiro sowie mit der Kompanie «battle royal» erfolgreich vertreten. Zudem fand der Auftakt zum Festival «TanzPlan Ost» im September 2010 im Theater am Kirchplatz in Schaan statt.

KOMMISSION

Denkmalschutz-Kommission

Vorsitz: Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Die Denkmalschutzkommission der Regierung ist ein beratendes Gremium und setzt sich aus Expertinnen und Experten aus den Fachbereichen Architektur, Geschichte, Kunstgeschichte und Archäologie zusammen. Hauptziel der Demkmalpflege ist die Erhaltung des Kulturgutes in Liechtenstein. Dazu gehören die Pflege und der Schutz der gesamten Kulturlandschaft.

Denkmalschutz-Kommission
In der Denkmalschutz-Kommission waren im Berichtsjahr folgende Mitglieder vertreten:
– Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Vorsitzende
– Klaus Biedermann, Historiker, Vaduz
– Walter Boss, Architekt, Vaduz
– Frank Brunhart, Architekt, Balzers
– Urs Clavadetscher, Kantonsarchäologe GR, Felsberg
– Paul Eberle, Architekt, Eschen
– Dagmar Streckel, Kunsthistorikerin, Schaan
Sitzungsvorbereitung, Beratung, Protokoll und Ausführung der Beschlüsse:
– Patrik Birrer, Hochbauamt – Abteilung Denkmalpflege und Archäologie

Denkmalschutz - Denkmalpflege
Im Berichtsjahr wurden durch die Denkmalschutz-Kommission in acht Sitzungen rund 50 Traktanden mit Bau- oder Abbruchvorhaben an Denkmalobjekten behandelt. Namhafte Abbruchbegehren betrafen das von Architekt Ernst Sommerlad 1928 erbaute Wohnhaus «Rheinblick» an der Fürst-Johannes-Strasse 9 in Vaduz sowie das «Rechenmacherhaus», Hofstätte Nr. 33, an der Dorfstrasse 44 in Planken. Für beide schützenswerte Objekte beantragte die Kommission bei der Regierung die Unterschutzstellung gegen den Willen der Eigentümerschaft. Für die Villa in Vaduz hat das Hochbauamt inzwischen die Abbruchbewilligung erteilen müssen. Mit Baujahr 1558 gehört das «Rechenmacherhaus» zu den ältesten bekannten Wohnhäusern des Landes überhaupt. Gerade aus dem 16. Jahrhundert kennen wir nur gerade etwa ein Dutzend überkommene Objekte in Liechtenstein, wobei die meisten nicht mehr original erhalten und bereits mehrfach umgebaut worden sind. Der Verlust solcher Gebäude wiegt in der liechtensteinischen Kulturlandschaft deshalb schwer.

Für das schützenswerte Mehrfamilienhaus im Mühleholz 34 in Vaduz erarbeitete die Kommission Studien zur Instandstellung und Weiterentwicklung. Der Eigentümerfamilie sowie der Gemeindebauverwaltung Vaduz konnten damit überzeugende Vorschläge vorgelegt werden, wie der Altbau unter maximaler Ausnutzung des Grundstücks wirtschaftlich sinnvoll und dennoch denkmalgerecht saniert werden kann.

Abb. DSK_1: Das 1921 erbaute Wohnhaus Rheinstrasse 29 in Balzers wurde im Berichtsjahr in das Verzeichnis der geschützten Kulturdenkmäler aufgenommen.

Im Berichtsjahr sind auf Antrag der Denkmalschutz-Kommission das Wohnhaus an der Rheinstrasse 29 in Balzers (Parz. Nr. 87) sowie die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Mauren (Kirchabötle, Parz. Nr. 333) formell unter Schutz gestellt worden. Das 1921 errichtete Wohnhaus in Balzers ist praktisch vollständig aus der Bauzeit erhalten und stellt einen wichtigen Zeugen der Wohnhauskultur zu Beginn des 20. Jahrhunderts dar. Zudem markiert das Objekt die westliche Ortseinfahrt ins Mälsner Dorf und ist daher von ortsbaulicher Relevanz. Als eine der wenigen Sakralgebäude im Land stand die Pfarrkirche in Mauren noch nicht formell unter Denkmalschutz. In Anbetracht der historischen Bedeutung und der architektonischen Qualität des Gebäudes sowie aufgrund der Tatsache, dass sich die archäologische Grabungsstätte bzw. die sakralen Vorgängerbauten als auch sämtliche historischen Ausstattungsteile bereits im Inventar der geschützten Kulturgüter befinden, wünschten die Gemeinde und die Bürgergenossenschaft Mauren die formelle Unterschutzstellung der gesamten Anlage.

Intensiv beschäftigte sich die Kommission im Rahmen der im Berichtsjahr insgesamt zur Verfügung stehenden Budgetmittel in Höhe von CHF 1.256 Mio. mit diversen Subventionsbegehren. So konnten durch die Regierung namhafte Subventionsbeiträge an die Restaurierung der romanischen Fresken in der Pfarrkirche St. Maria in Bendern und an die Mostpresse des ehem. Gasthauses Traube in Schaan, welche neu auf Vorschlag der Landesdenkmalpflege im Tenn des Landweibelhauses aufgestellt wurde, ausgesprochen werden. Für die Instandstellungsmassnahmen im Innern der Kathedrale St. Florin mitsamt dem restaurativen Neubau deren Orgel und der Sanierung des Gruftplatzes sowie für die Instandstellung und den Umbau des alten Pfarrhofs samt Pfarrstall in Balzers wurden hohe Staatsbeiträge bewilligt. Auch die Restaurierung von Dach, Dachreiter und Glockenanlage der Rofenbergkapelle in Eschen sowie die baulichen Massnahmen am Roten Haus und an den

Wohnhäusern Hintergass 11 in Vaduz, Dorfstrasse 53 in Triesen und Torkelgass 5 in Mauren wurden mit umfangreichen Subventionen bedacht.

Europa-Tag des Denkmals 2010

Unter dem Titel «Kirche St. Florin Vaduz – Ein Gotteshaus im Wandel der Zeit» widmete sich der 18. Europa-Tags des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein am 4. September 2010 der Kathedrale St. Florin. Die Landesdenkmalpflege informierte die gut 200 Besucherinnen und Besucher über die Baugeschichte und die aktuelle Baustelle im Innern des Gotteshauses. In den Medien erlangte die Veranstaltung eine gebührende und sehr positive Berichterstattung.

Liechtenstein veranstaltet seit 1993 den Europa-Tag des Denkmals. Seit 2006 beteiligen sich zudem junge Menschen aus dem Fürstentum am internationalen Jugendfotowettbewerb «International Heritage Photographic Experience». In der aktuellen Auflage 2010 wurden die Jugendlichen aufgemuntert, sich mit den «Zeugen des Mittelalters» auseinandersetzen. Die Gewinnerin, welche die imposanten Reste der der Oberen Burg Schellenberg auf Bild brachte, erhielt ein vom Europarat ausgestelltes Diplom, einen Sachpreis und den Katalog, im welchem die ausgezeichneten Fotos aus über 55 Ländern abgebildet sind.

Abb. DSK_2: Der Europa-Tag des Denkmals 2010 lockte 200 Besucherinnen und Besucher in die Kathedrale von Vaduz.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrat Hugo Quaderer

Im Berichtsjahr erstreckte sich die Tätigkeit des Ressorts Sport auf verschiedene Arbeits- und Projektschwerpunkte. Die Überarbeitung der Rechtsgrundlagen mit den Arbeiten zur Revision des Sportgesetzes wurden vorangetrieben. Eine weitere Weichenstellung für die Zukunft wurde mit der Bestellung einer Arbeitsgruppe zur Neufassung des Sportstättenkonzepts initiiert. Ziel ist die Koordination der Aktivitäten von Land, Gemeinden, Sportverbänden und Privaten im Bereich der Sportinfrastruktur. Die gemeinsame Bewerbung Liechtensteins und Vorarlbergs um die Ausrichtung des Europäischen Olympischen Winter-Jugendfestivals 2015 (EYOF) konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Generalversammlung des Europäischen Olympischen Komitees hat der Kandidatur den Vorzug gegenüber derjenigen von Sarajevo gegeben. Mit dem Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der «Special Olympics Liechtenstein Stiftung» wurden die Rahmenbedingungen bzw. die Zusammenarbeit zwischen Staat und Stiftung auf eine klare Grundlage gestellt. Im Berichtsjahr fand wiederum ein Treffen von Ressort, Sportkommission und den Gemeindesportkommissionen statt, bei dem Informationen ausgetauscht und Aktualitäten des Sports diskutiert wurden. Das «Goldene Lorbeerblatt» der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein wurde zum siebten Mal im Rahmen einer Feier an herausragende Sportpersönlichkeiten verliehen.

Revision des Sportgesetzes
Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zur Revision des Sportgesetzes weiter vorangetrieben. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Thematik kamen immer wieder neue Themenbereiche hinzu, die einer eingehenden Diskussion bedurften, wie beispielsweise die Dopingproblematik. Zudem soll das Sportstättenkonzept im revidierten Gesetz explizit Erwähnung finden. Dies unterstreicht dessen Verbindlichkeit und gewährleistet die Durchsetzbarkeit. Das Sportstättenkonzept muss daher vor der Vernehmlassung des Sportgesetzes vorliegen.

Neufassung des Sportstättenkonzepts
Im Berichtsjahr wurde zur Revision des Sportstättenkonzepts eine Arbeitsgruppe einberufen. In ihr nehmen Vertreter des Ressorts, des Hochbauamts, des Sports und der Gemeinden Einsitz. Das geltende Sportstättenkonzept stammt aus dem Jahr 1995. Die Entwicklungen der letzten Jahre und die Erfahrungen beim Bau von Sportinfrastruktur und bei der Durchführung von Sportveranstaltungen geben Anlass das Konzept auf seine Zeitgemässheit, Effizienz und den weiteren Änderungsbedarf hin zu überprüfen bzw. eine Neufassung vorzunehmen. Insbesondere sind sportpolitische, bautechnische und finanzielle Fragen zu klären. Zudem sind das Verhältnis bzw. die Zusammenarbeit von Land und Gemeinden sowie die Regelung der Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Zuständigkeiten der involvierten Parteien zu definieren. Der Sportstättenbau soll in Zukunft in enger Koordination von Gemeinden, Land, Sportverbänden und Privaten erfolgen.

Behindertensport
Im vergangenen Jahr unterzeichneten der Ressortinhaber und die Präsidentin der «Special Olympics Liechtenstein Stiftung», Prinzessin Nora von und zu Liechtenstein, die Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung und der «Special Olympics Liechtenstein Stiftung». Die Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Stiftung im Bereich des Behindertensports. Die Gründung der «Special Olympics Liechtenstein Stiftung» erfolgte im November letzten Jahres. Die Stiftung fördert den Sport für Menschen mit einer geistigen und/oder mehrfachen Behinderung in Liechtenstein und bietet insbesondere die Möglichkeit zur Sportausübung bzw. sorgt für die Durchführung und die Teilnahme von Sportlerinnen und Sportlern an lokalen, nationalen und internationalen Anlässen und Wettkämpfen. Sie vertritt die Interessen von Special Olympics im In- und Ausland, setzt sich für die gesellschaftliche Anerkennung ein, verfolgt die aktuellen Entwicklungen, arbeitet mit den öffentlichrechtlichen Vertretern des Sports zusammen und koordiniert übergeordnete Angelegenheiten. Die «Special Olympics Liechtenstein Stiftung» verpflichtet sich insbesondere zur Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen zur Erreichung von gesundheitspolitischen, sozialen, erzieherischen und integrativen Zielen.

Europäisches Olympisches Winter-Jugendfestival 2015
Im Berichtsjahr wurde die Kandidatur für die gemeinsame Durchführung des Europäischen Olympischen Winter-Jugendfestivals 2015 (EYOF) in Vorarlberg und Liechtenstein erfolgreich zu Ende geführt. Die Entscheidung über den Zuschlag fiel im November an der Generalversammlung des Europäischen Olympischen Komitees in Zagreb. Damit wurde die mehrjährige Arbeit des liechtensteinisch – voralbergischen Bewerbungskomitees erfolgreich abgeschlossen. Als Host-City der Spiele und Standort des olympischen Dorfes wird Schruns/Tschagguns fungieren. Die Wettkampfstätten sind in Malbun und Steg sowie im Monatfon und in Dornbirn. Die European Youth Olympic Festivals werden seit 1991 im Zwei–Jahres-Turnus ausgetragen. Die gemeinsame Kandidatur Vorarlbergs und Liechtensteins war bis anhin einmalig.

Verleihung Goldenes Lorbeerblatt
Im November wurde zum siebten Mal das Goldene Lorbeerblatt der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein verliehen. Diese Auszeichnung ging an Martha Bühler, Louis Oehri und posthum an Rudolf Schädler sel. Der Ressortinhaber ehrte die Preisträgerin und die Preisträger an einer offiziellen Feier, zu welcher die Sportkommission und weitere geladene Gäste, so insbesondere die Lorbeerblattträger der Jahre 2003 bis 2008, geladen waren.

Das Goldene Lorbeerblatt wird für aussergewöhnliches Engagement und herausragende Leistungen an Persönlichkeiten aus der Sportwelt vergeben. Es ist die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.

Treffen mit den Gemeindesportkommissionen
Anfangs Juni traf sich der Ressortinhaber in Anwesenheit der Sportkommission und des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes (LOSV) mit Vertretern der Gemeindesportkommissionen zu einem Gedankenaustausch. Im Mittelpunkt stand dabei die Information über die wichtigsten aktuellen Projekte im Bereich des Sports, insbesondere die gemeinsame Bewerbung mit Vorarlberg für die Ausrichtung des Europäischen Olympischen Winter-Jugendfestivals 2015, den Stand der Organisation und den Verlauf der Vorbereitung zu den LIE-Games II und die Neufassung des Sportstättenkonzepts. Die Gemeindesportkommissionen haben eine prägende Rolle im Sport und leisten eine äusserst wertvolle Arbeit. Für das Wohl des Sports ist es äusserst wichtig, dass Land und Gemeinden unter Einbindung von LOSV und Sportkommission möglichst gemeinsam eine aktive Sportpolitik betreiben, um so die vielfältige Bedeutung des Sports nachhaltig ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen.

Vermittlung zwischen LSV – Nordic Club
Ende September 2010 fand auf Einladung des Ressortinhabers eine Sitzung zum Thema Liechtensteinischer Skiverband (LSV) und Nordic Club Liechtenstein (NCL) statt. Nebst LSV und NCL waren auch die Schulsportkommission, die Sportkommission und der Liechtensteinische Olympische Sportverband (LOSV) mit Vertretern an der Sitzung anwesend. An der Besprechung wurde die Sachlage – besonders die Konsequenzen des Austritts der nordischen Athletinnen und Athleten aus dem Verband hinsichtlich der Sportförderung und der Sportschule – erörtert. Da das Gespräch in einem sehr konstruktiven Rahmen verlief, konnte aufgrund der Kompromissbereitschaft aller Seiten eine für alle akzeptable Lösung gefunden werden, sodass die Nordischen Athletinnen und Athleten für die laufende Wintersportsaison 2010/11 beim LSV einen Sonderkaderstatus geniessen. Damit konnte der Verbleib der nordischen Sportlerinnen und Sportler an der Sportschule und die Ausrichtung der zukünftigen finanziellen Beiträge an den LSV und an die Athleten aus der Sportförderung gewährleistet werden.

AMTSSTELLE

Dienststelle für Sport

Dienststellenleiter: Stefano Näscher

Die Aufgaben der Dienststelle für Sport umfassen die Unterstützung der Regierung in sämtlichen Fragen betreffend den Sport, die Leitung der Geschäftsstelle der Sportkommission sowie die Durchführung von Jugend und Sport in Liechtenstein. Im Berichtsjahr prägten der Wechsel des J+S-Anschlussprogramms und die Anpassung zum Förderprogramm J+S-Kids in Liechtenstein sowie die Schaffung der entsprechenden Ausbildungsangebote die Arbeit der Dienststelle für Sport. Die Dienststelle für Sport ist in den Arbeitsgruppen «Revision des Sportgesetzes» und Neufassung des Sportstättenkonzepts vertreten. Der Personalbestand blieb mit 2.0 Stellen unverändert.

Jugend+Sport (J+S)

In Liechtenstein wird das erfolgreiche Förderprogramm Jugend und Sport (J+S, Sportförderung für Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren) seit dem 1. Juli 1979 angeboten. Durch den Abschluss eines Abkommens am 8. April 1981 zwischen der Schweiz und Liechtenstein konnte diese bedeutende Verbindung erreicht werden. Jugend+Sport hat den Auftrag, den Sport für die Jugend zu fördern. Das Land Liechtenstein übernimmt die Kosten für die Ausbildung und die Aktivitäten von Leiterinnen und Leitern in Vereinen und Jugendorganisationen. Um den Qualitätsstand der Leiterinnen und Leiter aufrecht zu erhalten, bietet J+S Liechtenstein jährlich in Zusammenarbeit mit den kantonalen Sportämtern der Region Ostschweiz und dem Bundesamt für Sport in Magglingen, ein Aus- und Fortbildungsprogramm an.

J+S Jugendausbildung und Nachwuchsförderung
Die Statistik der Jugendausbildung und J+S-Nachwuchsförderung 2010 stellt sich im Vergleich zu den Vorjahren 2009 und 2008 wie folgt dar:

	2010	2009	2008
Organisationen, Vereine			
und Verbände	**46**	44	48
Sportarten	**18**	18	20
Angebote	**68**	78	87
Kurse/ Lager	**269**	213	383
Leitende	**482**	428	607
Knaben	**1'405**	1'365	1'728
Mädchen	**916**	890	1'506
Total Teilnehmende	**2'321**	2'255	3'234

J+S-Anschlussprogramm 7- bis 9- Jährige / J+S-Kids
Das Anschlussprogramm (AP) unterstützt liechtensteinische Sportvereine bei der Durchführung von Sportangeboten mit 7- bis 9-Jährigen. Dabei zählen die gleichen Bedingungen und Weisungen wie bei Jugend+Sport. Das J+S-Anschlussprogramm wird durch das J+S-Kids Förderprogramm abgelöst.

Die statistische Darstellung der abgerechneten Angebote für 7- bis 9- Jährige in Liechtenstein präsentiert sich wie folgt:

	2010	2009	2008
Organisationen, Vereine und Verbände	**30**	33	36
Sportarten	**16**	13	16
Angebote	**34**	29	39
Knaben	**384**	317	236
Mädchen	**375**	266	192
Total Teilnehmende	**759**	583	428

Nationale Datenbank für Jugend und Sport (NDBJS) – neue Datenbank für Sport (Sport-Datenbank)
Die Nationale Datenbank für Sport ist hauptsächlich das administrative Rückgrat des Bereichs Jugend+Sport. Sie dient der Dienststelle für Sport, Vereinen und Schulen für die Abwicklung aller J+S-Angebote für Kinder und Jugendliche. Auch für die J+S-Kaderbildung und die Trainerbildung wird die Nationale Datenbank für Sport benutzt.

Im Berichtsjahr konnten die Verfahren zur Anmeldung und Abrechnung eines J+S-Kurses oder J+S-Lagers umgestellt werden. Alle administrativen Abwicklungen erfolgten elektronisch und papierlos. Bis Ende 2010 konnten alle Nutzergruppen (inklusive Bergsport und Lagersport/Trekking) auf die Sportdatenbank zugreifen. Die technischen Schwierigkeiten nach den Migrationen sind teilweise behoben.

Kaderbildung

Leiter- Aus- und Weiterbildung
Im Jahr 2010 besuchten 236 Leiterinnen und Leiter aus Liechtenstein ein Aus- oder Weiterbildungsangebot in Liechtenstein, eines der Kantonalen Sportämter der Schweiz oder des Bundesamtes für Sport in Magglingen. Insgesamt sind 1'091 Personen registriert, die in einer Funktion (Leiterinnen und Leiter, Expertinnen und Experten sowie Coaches) mit J+S Liechtenstein tätig sind.
Die Kaderbildung umfasst die Aus- und Weiterbildung von J+S-Leiterinnen und Leitern, J+S-Coaches, J+S-Expertinnen und Experten. Die Ausbildung der J+S-Leiterinnen und Leiter erfolgt über eine sportartspezifische Grundausbildung. Die Weiterbildung ist modulartig aufgebaut. An J+S-Leiterkursen werden pädagogische, methodische und sportartspezifische Grundkenntnisse vermittelt.

Die Dienststelle für Sport organisierte im Berichtsjahr diverse J+S-Kaderbildungskurse, welche in der nachfolgenden Auflistung dargestellt sind:

			Teilnahmen			
Kursart	**Sportart**	**Anzahl Kurse**	**Frauen**	**Männer**	**Total**	**Bestanden**
Grundausbildung	Fussball	1	4	26	30	29
	Lagersport/Trekking	1	7	28	35	34
	Skifahren	1	7	6	13	13
Total		**3**	**18**	**60**	**78**	**76**
Modul Fortbildung	Fussball	1	0	43	43	43
	Lagersport/Trekking	1	5	4	9	8
	Pferdesport	1	10	2	12	12
	Schwimmsport	1	14	7	21	21
	Skifahren	1	14	15	29	29
Total		**5**	**43**	**71**	**114**	**113**
J+S-Kids Kurs	Kids	1	8	20	28	28
Total		**9**	**69**	**151**	**220**	**217**

Aus- und Weiterbildung der Coaches
Der J+S-Coach ist die Verbindung zur Dienststelle für Sport. Clubs und Vereine, die mit J+S zusammenarbeiten, benötigen einen J+S-Coach. Sie betreuen das eingesetzte Leiterteam, sichern die Weiterbildung und den Leiternachwuchs, pflegen den Kontakt mit den Eltern und dem Vereinsvorstand und sorgen somit für Nachhaltigkeit und Qualität. Eine Aus- oder Weiterbildung als J+S Coach haben 28 Personen aus Liechtenstein absolviert. In Liechtenstein sind insgesamt 132 Personen als J+S-Coach registriert.

J+S-Kids / Anschlussprogramm (AP)
Die für Liechtenstein und den Wechsel notwendigen technischen und administrativen Voraussetzungen und Anpassungen konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Das Anschlussprogramm (AP), welches die Liechtensteinischen Sportvereine bei der Durchführung von Sportangeboten mit 7- bis 9-Jährigen seit 2007 unterstützt, wird Schritt für Schritt abgelöst. Mit dieser Neuerung führt Jugend+Sport Liechtenstein unter dem Titel «J+S-Kids» ein neues Programm, welches Sportangebote für Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren unterstützt. Kinder sollen neben dem obligatorischen Schulsport die Möglichkeit haben, sich kindgerecht, sportartenunabhängig und vielseitig zu bewegen und dabei grundlegende Kompetenzen zu erwerben. Mögliche Anbieter sind Sportvereine, Schulen und Jugendverbände.

J+S-Kids Leiterausbildung
In Liechtenstein haben 21 Frauen und 14 Männer eine J+S-Kids-Leiterausbildung bzw. einen J+S-Kids-Einführungskurs absolviert. Dazu steht zur Ausbildung von angehenden J+S-Kids Leiterinnen und Leitern ein J+S-Kids-Expertenteam von 6 Personen zur Verfügung. An diesen von der Dienststelle für Sport organisierten Kursen wurden die Grundlagen für kindgerechte Bewegungsangebote vermittelt, denn je vielseitiger und regelmässiger sich Kinder bewegen, desto positiver wirkt es sich auf ihre körperliche, psychische und soziale Entwicklung aus. Kindergerechte sportliche Aktivitäten fördern zudem die koordinativen und konditionellen Fähigkeiten. J+S-Kids bietet eine qualitativ hochstehende Ausbildung zu J+S-Leiterinnen und -Leitern Kids mit attraktiven Weiterbildungsmöglichkeiten. J+S-Leiterinnen und -Leiter Kids ermöglichen Kindern Bewegung vielseitig zu erfahren, breite Bewegungsgrundlagen zu erlangen und das vorhandene Bewegungsrepertoire zu erweitern.

Finanzielle Aufwendungen
Für das Förderwerk «Jugend + Sport in Liechtenstein» wurde ein Betrag in Höhe von CHF 725'078 aufgewendet. Darunter fallen der Grundbeitrag an das Bundesamt für Sport, die Kaderbildung (Leiteraus- und Fortbildungskurse) und die Jugendausbildung (Trainings, Lager etc.).

KOMMISSION

Sportkommission

Präsident: Jakob Büchel

Sportkommission
Die Sportkommission beschäftigt sich mit allen Belangen des Sports. Ihre Hauptaufgaben sind die Beratung der Regierung in allen grundsätzlichen oder bedeutsamen Fragen des Sports, die Entscheidung über die Ausrichtung von Förderbeiträgen, die Durchführung von «Jugend + Sport» sowie die Beschlussfassung des jährlichen Kostenvoranschlags der Sportförderung zu Handen der Regierung. Ferner erfüllt die Sportkommission eine wichtige Funktion in (sport-)politischer Hinsicht, da durch die Zusammensetzung dieses Gremiums den Anliegen der zentralen Sportinstitutionen im Bereich des privaten Sports (Liechtensteinischer Olympischer Sportverband, LOSV), von Jugend + Sport (J+S) und des Schulsports (Schulsportinspektor) Gehör verschafft werden kann.

Geschäftsstelle der Sportkommission
Die Dienststelle für Sport ist die Geschäftsstelle der Sportkommission der Regierung und für die Durchführung des «Jugend + Sport»-Programms zuständig. Weiter unterstützt sie den Spitzensportausschuss als Ansprechpartner und ist Anlaufstelle für Fachverbände und Sportler. Die Dienststelle für Sport ist dem Ressort Sport der Regierung unterstellt und nimmt von Amtes wegen beratenden Einsitz in die Sportkommission. Als Geschäftsstelle der Sportkommission und in enger Zusammenarbeit mit diesem Gremium ist sie eine wichtige Ansprechpartnerin für den öffentlich-rechtlichen Bereich des Sports.

Sportstättenkonzept
Zur Neufassung des bestehenden Sportstättenkonzepts aus dem Jahr 1995, hat die Regierung Ende Januar 2010 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Um den Ist-Zustand betreffend der im Lande vorhandenen Sportinfrastruktur sichtbar zu machen, wurde anfangs Mai 2010 ein entsprechender Fragebogen an die Gemeinden versandt. Oberstes Ziel des Sportstättenkonzepts ist die Koordination zwischen Land, Gemeinden und Dritten beim Neubau bzw. Ausbau von Sportstätten, um die infrastrukturellen Bedingungen für nationale Sportverbände zu verbessern. Eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes wird zukünftig mittels eines Anforderungskatalogs an klare Kriterien und Richtlinien geknüpft werden. Mittel- bis langfristig soll somit die Sportinfrastruktur von einem Ist- zu einem Sollzustand geführt werden.

Prämien und Auszeichnungen
Für Erfolge wie der 8. Rang (Ski Alpin, Abfahrt) an Olympischen Spielen, der Vizeweltmeistertitel an der Motorrad WM (Strassenrennen Langstrecken) oder der 3. Rang an der Shortcarving- Europameister wurden die Sportler mit einer Prämie aus der Sportförderung honoriert. Die «Sportlerinnen und Sportler und Mannschaft des Jahres», welche anlässlich des jährlich stattfindenden Sportlertreffs gewählt werden sowie die Verbände dieser Athletinnen, Athleten und der Mannschaft, werden mit einem Prämienbeitrag unterstützt.

Die Prämiensumme dieser Titel und Auszeichnungen belief sich auf CHF 20'750.

Neue Website «Sportlandschaft Liechtenstein»
Die neue Website gibt vielerlei Informationen auf Fragen rund um den Sport in Liechtenstein. Auf Fragen nach «was – wer – wann – wohin – wieviel» gibt die neue Website www.sportlandschaft.li kompetent Auskunft. Ziel war und ist es, ein einfaches Informationsportal zu haben, das einen Gesamtüberblick über die verschiedensten Bereiche des Sports in Liechtenstein gibt. Einfach strukturiert kommt man mit jedem Klick tiefer ins Detail und mit entsprechenden Links zu weiterführenden Informationen. Die Website soll helfen, dass für Athleten, Funktionäre, Trainer wie auch neue Mitglieder von Kommissionen und Arbeitsgruppen schnell die notwendigen und wichtigsten Informationen zugänglich sind und sie sich – je nach Fragestellung – einen adäquaten Überblick verschaffen können.

Geschaffen wurde die neue Website in Zusammenarbeit von Sportkommission und dem Liechtensteinischen Olympischen Sportverband.

Entwicklung der Sportförderung
Die finanziellen Aufwendungen im Jahr 2010 für die Sportförderung liegen bei einem Total von CHF 4.3 Mio. Dies entspricht einem Rückgang von 6.4% gegenüber den Ausgaben für das Jahr 2009.

Breitensportförderung

Jahresbeiträge an die Sportverbände
An die 38 berechtigten Verbände wurden Jahresbeiträge analog den Zahlen des Vorjahres, in einer Gesamthöhe von CHF 671'990 ausbezahlt. Drei Verbänden wurde kein Jahresbeitrag zugewiesen, da die entsprechenden Kriterien zum Erhalt eines Jahresbeitrages nicht erfüllt waren.

Verbandsbeiträge für FL-Sportschüler
Die Sportschule Liechtenstein bietet gute Voraussetzungen für die Koordination von schulischer Ausbildung und leistungssportlichen Anforderungen. Das Projekt Sportschule wurde in enger Kooperation von Bildungsinstitutionen und Sportorganisationen realisiert. Ziel der Sportschule ist es, die Schülerinnen und Schüler einerseits zu Trainingszwecken schulisch zu entlasten und ihnen andererseits zusätzliche Förder- und Stützstrukturen anzubieten. Im Berichtsjahr haben 79 jugendliche Sportlerinnen und Sportler das spezielle schulische Angebot für talentierte Nachwuchsathleten genutzt.

Folgende Verbände haben einen entsprechenden Förderbeitrag erhalten: Schwimmverband, Tennisverband, Skiverband, Fussballverband, Turn- und Leichtathletikverband, Radfahrerverband, Volleyballverband und Squash-Rackets-Club Vaduz. Insgesamt haben diese Verbände Beiträge von CHF 332'292 zur Förderung ihrer Sportschüler erhalten.

Spitzen- und Leistungssportförderung

Internationale Wettkämpfe im Ausland
Sportverbände, die eine Welt- oder Europameisterschaft sowie an internationale Sportveranstaltungen beschicken, können einen Förderbeitrag beantragen. Gefördert werden können alle Sportarten, die in einem Verband oder Verein organisiert sind, welche dem LOSV angehören. Es werden nur Förderbeiträge an Internationale Wettkämpfe im Ausland gesprochen, die in Elite-, Nachwuchs oder Jugendkategorien ausgetragen werden. Die Beschickungen der Verbände konnten mit Förderbeiträgen von CHF 102'242 unterstützt werden.

Internationale Sportveranstaltung in Liechtenstein
Die internationalen Sportveranstaltungen 2010 wie die «Internationalen Special Olympics Winterspiele», der LGT Alpin-Marathon, die Triathlon Kleinstaatenmeisterschaften, die FIS-Rennen des Skiverbandes, die UEFA Europa League Spiele, das Beachvolleyballturnier, der Modellkunstflug World Cup, das Radkriterium in Mauren und weitere namhafte Grossveranstaltungen wurden durch die Sportförderung unterstützt. Die 12 internationalen Sportveranstaltungen, die in Liechtenstein organisiert und durchgeführt wurden, haben Förderbeiträge von CHF 96'500 erhalten.

Spitzensportausschuss
Der Spitzensportausschuss ist ein Gremium der Sportkommission. Durch diesen Ausschuss und die Sportkommission fördert der Staat Athletinnen und Athleten im Spitzen- und Leistungssport in Form von einmaligen oder wiederkehrenden finanziellen Beiträgen. Der Spitzensportausschuss besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern. Er setzt sich aus je zwei Vertretern der Sportkommission und des LOSV sowie einer Athletenvertreterin, einem Trainervertreter sowie einem Vertreter aus der Privatwirtschaft zusammen: Büchel Jakob, Vorsitz (Sportkommission), Frommelt Urs (Sportkommission), Heeb Marcel (LOSV), Lüchinger Georges (LOSV), Ott René B. (Wirtschaftsvertreter), Hasler Daniel, (Trainervertreter), Rothmund Nicole (Athletenvertreterin) und Näscher Stefano (Dienststelle für Sport).

Gesuche 2010

	Wintersportarten	Sommersportarten
Anzahl Gesuche	12	5
Leistungskontrollen	4	6
Geförderte Athleten / Teams	15	10
Abgelehnte Gesuche	1	1
Rücktritte	1	2

Die geförderten Athletinnen und Athleten sind in den folgenden Sportarten aktiv: Inline-Skating, Judo, Luftgewehrschiessen, Schwimmen, Tennis, Kickboxen, Mountainbike, Rad Strasse, Motorkunstflug, Ski Alpin, Ski Cross, Bob (neu) und Ski Nordisch.

Verbandsbeitrag für Spitzen- und Leistungssportler
Die Verbände, die staatlich geförderte Spitzen- und Leistungssportler in ihren Kadern haben, erhalten eine direkte Zahlung pro Athlet und gemäss ihrer Einstufung.

Im Berichtsjahr kamen 10 Verbände in den Genuss von Zahlungen in der Gesamthöhe von CHF 111'300.

Universiade
Die Universiade – auch Weltsportspiele der Studenten - ist eine internationale Sportveranstaltung, die in zweijährigem Rhythmus stattfindet. Die Universiade wird, ähnlich wie die Olympischen Spiele, im Winter und im Sommer ausgetragen. Im Winter gehen bei der Universiade rund 3.500 studentische Athletinnen und Athleten an den Start. An den Sommer-Universiaden nehmen knapp 8.000 Athletinnen sowie Offizielle teil. Veranstalter der Spiele ist die Fédération Internationale du Sport Universitaire (FISU). Die Sportkommission hat die Kontakte zur FISU und EUSA geknüpft und konnte die Grundlagen für Hochschul- und Universitätssport in Liechtenstein schaffen. Dazu wird ein entsprechender «Sportverband» für den Universitäts- bzw. den Hochschulsport gegründet. Der weitere Aufbau der notwendigen Strukturen und Klärung der Schnittstellen zu Sportkommission und LOSV sind die weiteren Schritte, welche mit der Universität Liechtenstein getätigt werden.

Jahresbericht Schulsport

Schulsportinspektor: Beat Wachter

MiniGames 2010
Höhepunkt des Jahres 2010 waren aus schulsportlicher Sicht die MiniGames 2010, welche am 16. und 17. September auf diversen Sportanlagen im ganzen Land stattgefunden haben. Während eineinhalb Tagen haben sich alle 1'600 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 in verschiedenen Sportarten mit ihren Alterskollegen sportlich gemessen und dabei ihre Schule vertreten. Umrahmt wurden die Wettkämpfe von einer stimmigen Eröffnungs- und Schlussfeier auf dem Sportplatz Rheinwiese in Schaan. Ziele des Events waren das Erleben der Olympischen Ideen und Werte für alle Beteiligten sowie die Einstimmung auf die Kleinstaatenspiele – die LieGames – welche 2011 in Liechtenstein stattfinden werden.

Schulsportwettkämpfe in Liechtenstein
Der freiwillige Schulsport und die Liechtensteiner Schulsportmeisterschaften erfreuen sich weiterhin grosser Beliebtheit. Über den obligatorischen Sportunterricht und über die Förderung des Freiwilligen Schulsports werden Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Sportarten vertraut gemacht. Um Gelegenheit zu bieten, das Gelernte unter Wettkampfbedingungen anwenden zu können, werden jährlich Schulsportmeisterschaften durchgeführt. An den Schulsportmeisterschaften 2010 haben insgesamt 1'029 Schülerinnen und Schüler der Primar- und der Sekundarschulstufe teilgenommen. Die nachstehende Statistik zeigt einen Überblick über die Teilnehmerzahlen.

Schulsportmeisterschaften 2010 der Sekundarschulen

	Mädchen Teams	Mädchen Teilnehmende	Knaben Teams	Knaben Teilnehmende	Total Teams	Total Teilnehmende
1. Klasse Basketball	9	54	9	53	18	107
2. Klasse Unihockey	7	49	10	54	17	103
3./4. Klasse Beachvolley	7	14	11	22	18	36
1.-4. Klasse CS Cup	11	145	21	196	32	341
Showtime	28	267	1	4	29	271
Total	**62**	**529**	**52**	**329**	**114**	**858**

Schulsportmeisterschaften 2010 der Primarschulen

	Mädchen Teams	Mädchen Teilnehmende	Knaben Teams	Knaben Teilnehmende	Total Teams	Total Teilnehmende
4. Klasse Mattenhandball	8	54	8	56	16	110
4./5. Klassen Leichtathletik	29		32		61	
Total	**8**	**83**	**8**	**88**	**16**	**171**

Schweizerischer Schulsporttag
Am 10. Juni 2010 fand der Schweizerische Schulsporttag in Glarus statt. Der liechtensteinische Schulsport war mit vier Teams in den Disziplinen Leichtathletik, Unihockey und Volleyball vertreten. Dabei zeichneten sich vor allem das Volleyballteam des liechtensteinischen Gymnasiums mit Rang 5 und das Leichtathletikteam der Realschule Schaan mit Rang 4 aus.

Internationale Schulsportföderation
Die liechtensteinische Mitgliedschaft in der ISF ermöglicht es sportlichen Schülerinnen und Schülern, internationale Vergleichswettkämpfe zu bestreiten. Da in vielen Staaten die Leistungssportförderung in spezialisierten Schulen erfolgt, treten bei ISF Meisterschaften oft hochtalentierte Nachwuchsathletinnen und -athleten an, die das Potential für zukünftige Spitzenplatzierungen bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen haben. Im Berichtsjahr wurde eine ISF Schulweltmeisterschaften besucht.

Im Februar 2010 war Folgaria südlich von Trento in Italien Austragungsort der Schülerskiweltmeisterschaften. Liechtenstein war mit je einem Mädchen- und einem Knabenteam vertreten. Beide klassierten sich in der vorderen Ranglistenhälfte.

Liechtensteinischer Olympischer Sportverband (LOSV)

Jahresbeitrag an den LOSV
Der Liechtensteinische Olympische Sportverband erhielt gemäss Leistungsvereinbarung mit der Regierung einen Jahresbeitrag von CHF 900'000 aus der Sportförderung, welcher für Personalkosten, Dienstleistungen, Ausbildungen, Breitensportaktivitäten, Kommunikation, PR, Veranstaltungen und Repräsentationen eingesetzt wird.

Olympischen Winterspielen in Vancouver
In Vancouver wurden 15 Sportarten in 9 verschiedenen Wettkampfstätten durchgeführt. Liechtenstein konnte in zwei Sportarten, in Bob und Ski Alpin teilnehmen. Die Teilnahme der Delegationen aus Liechtenstein an den Olympischen Winterspielen in Vancouver wurde von der Sportkommission mit CHF 202'217 finanziert.

Olympische Jugendspiele YOG
Die Olympischen Jugendspiele (Youth Olympic Games, abgekürzt «YOG») sind eine Sportveranstaltung für junge Athletinnen und Athleten im Alter zwischen 14 und 18 Jahren und orientieren sich beim Sportprogramm in der Ausrichtung an den Olympischen Spielen. Ein neuer Ansatz im Vergleich zu den Olympischen Spielen ist bei den YOG - neben dem sportlichen Event - der Fokus auf pädagogische und kulturelle Inhalte. Die ersten Olympischen Sommerspiele fanden 2010 in Singapur statt, die ersten Olympischen Winterjugendspiele 2012 werden in Innsbruck durchgeführt.

An der Premiere der Olympischen Jugendspiele vom 14. bis 26. August 2010 in Singapur waren über 3.500 Athletinnen und Athleten sowie 1.100 Funktionäre vertreten, darunter eine Delegation aus Liechtenstein mit Julia Hassler und Simon Beck im Schwimmen sowie Patrick Marxer im Judo.

Die YOG-Delegationen aus Liechtenstein wurden von der Sportkommission mit CHF 14'940 finanziert.

Wettkampfvorbereitungen
Die Sportkommission unterstützte diverse Wettkampfvorbereitungsprojekte des LOSV aus der Sportförderung.

Die Verbandsprojekte zur Vorbereitung auf die Olympischen Sommerspiele in London 2012, die Olympischen Jugendspiele YOG in Singapur, die LieGames 2011 sowie die Vorbereitung auf die Europäischen Winterjugendspiele in Liberec (Tschechien) wurden mit CHF 202'502 finanziert.

Dopingprävention / Dopingkontrollen
Ein Vertrag zwischen Swiss Olympic und dem LOSV regelt die Durchführung von Dopingkontrollen und die Sanktionierung von Dopingvergehen. Im Berichtsjahr hat der LOSV gemäss Auftrag der Sportkommission verschiedene Trainingskontrollen durchgeführt, welche nachfolgend aufgelistet sind:

Sportart	Anzahl Athleten im Kontrollpool	Anzahl Doping kontrollen	Anzahl EPO-Kontrollen
Kickboxen	1	2	0
Judo	1	2	0
Rad	2	5	5
Strasse	1	3	3
Mountainbike	1	2	2
Schiessen	1	1	0
Ski	14	18	2
Ski Alpin Herren	*4*	*6*	*0*
Ski Alpin Damen	*7*	*9*	*0*
Ski Nordisch	*2*	*2*	*2*
Ski Cross	*1*	*1*	*0*
Speedskating	1	2	2
Motorkunstflug	1	1	0
Schwimmen	1	2	2
Tennis	3	4	0
Triathlon	1	2	2
Bob	6	11	0
Total Kontrollen	**32**	**50**	**13**

Alle Dopingkontrollen haben einen negativen Befund ergeben. Die anfallenden Kosten für die Dopingkontrollen 2010 wurden aus der Sportförderung mit CHF 45'900 finanziert. Der Landesbeitrag an die WADA – World Anti-Doping Agency – belief sich auf CHF 5'700.

Medical Team

Die Trainer sind auf wichtige Informationen angewiesen, welche mittels Sporttests ermittelt werden und Daten über die Leistungsfähigkeit in den Bereichen Ausdauer, Kraft, Beweglichkeit und Reaktion liefern. Athletinnen und Athleten aus diversen Verbandskadern haben sich bei den Ärzten des LOSV Medical-Teams untersuchen lassen. Bei den sportärztlichen Untersuchungen steht die Früherkennung von leistungsmindernden und allenfalls gesundheitsgefährdenden Faktoren im Vordergrund.

Der Aufwand für die sportmedizinischen Tests und Untersuchungen wurde aus der Sportförderung mit CHF 74'710 finanziert.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher

Auch 2010 wurde die Umsetzung der Liechtenstein-Erklärung konsequent weiterverfolgt, was in weiteren Abschlüssen bzw. der Weiterentwicklung von Doppelbesteuerungsabkommen bzw. Abkommen betreffend den Austausch von Steuerinformationen mit verschiedenen Staaten resultierte. Zudem kämpfte Liechtenstein weiterhin mit den Folgen der Veränderungen auf dem Finanzplatz sowie der internationalen Finanzkrise. Dies hatte zur Folge, dass der Staatshaushalt weiterhin stark unter Druck stand und deshalb das bereits im Jahr 2009 gestartete Sanierungsprojekt ausgewogen2015 von der Regierung verstärkt vorangetrieben wurde.

Als grossen Meilenstein im Berichtsjahr konnte die Regierung zusammen mit dem Landtag die Reform des Steuergesetzes verabschieden und das neue Steuergesetz mit Inkrafttreten per 1. Januar 2011 beschliessen. Damit wurde ein mehrjähriges Projekt abgeschlossen, welches für den Standort Liechtenstein von grosser Bedeutung ist. Liechtenstein konnte mit dieser Reform seine Stellung als modernen und attraktiven Standort für Unternehmen aller Art stärken und ist damit gut für die Zukunft gerüstet.

Weiters konnte neben vielen weiteren Gesetzesvorlagen nach langjährigen Diskussionen die Reform des Finanzhaushaltsgesetzes verabschiedet werden. Damit verfügt Liechtenstein heute über ein modernes Finanzhaushaltsgesetz, welches auf die Entwicklungen der Zukunft vorbereitet ist und ein zeitgemässes und modernes Management des Finanzhaushalts ermöglicht.

Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen

Transformation und Neuausrichtung des Finanzplatzes Liechtenstein – Internationale Zusammenarbeit

Liechtenstein stand auch im Berichtsjahr weiterhin unter grossem politischem und wirtschaftlichem internationalem Druck zur Anpassung an die internationalen Standards zur Transparenz der Finanzmärkte und zum Informationsaustausch in Steuersachen. Die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009, in der sich das Land zur Umsetzung des OECD-Standards im Bereich der Transparenz und des Informationsaustausches in Steuerfragen verpflichtete, wurde weiterhin konsequent umgesetzt. Zudem erklärte sich Liechtenstein in der Erklärung vom 12. März 2009 bereit, weiter gehende, im beiderseitigen Interesse stehende Abkommen abzuschliessen, die eine umfassende Lösung der grenzüberschreitenden Steuerproblematik anstreben und eine Lösung zur Begleichung vergangener, gegenwärtiger und künftiger Steuerschulden ausländischer Finanzplatzkunden ermöglichen sowie Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung enthalten. Die Regierung ist auch diesen Weg im Berichtsjahr konsequent in den bilateralen und multilateralen Verhandlungen weitergegangen und hat sich dabei insbesondere auf die Verhandlungen und den Abschluss weiterer Doppelbesteuerungsabkommen sowie auf den Abschluss laufender Verhandlungen konzentriert.

Internationale Abkommen im Steuerbereich

Im Berichtsjahr wurden Doppelbesteuerungsabkommen mit Hongkong und Uruguay sowie sieben Steuerinformationsabkommen mit Norwegen, Island, Schweden, Finnland, Dänemark, Grönland und den Färöer-Inseln unterzeichnet. Verhandlungen und Gespräche über Steuerabkommen oder die Anpassung und Weiterentwicklung bestehender Abkommen werden mit verschiedenen Ländern innerhalb und ausserhalb Europas geführt, darunter mit Deutschland, Österreich, dem Vereinigten Königreich, Italien sowie einigen weiteren Ländern im amerikanischen, asiatischen und arabischen Raum.

Im Berichtsjahr wurde eine ganze Reihe der mittlerweile 23 standardkonformen Steuerabkommen ratifiziert und in Kraft gesetzt, darunter die Informationsabkommen mit Deutschland und Frankreich sowie das Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg. Auch die notwendige Umsetzungsgesetzgebung, namentlich das Steueramtshilfegesetz sowie das Gesetz zur Umsetzung des Steuerabkommens mit dem Vereinigten Königreich, wurde beschlossen und in Kraft gesetzt. Die Überprüfung der liechtensteinischen Umsetzung der OECD-Standards hat im November 2010 begonnen. Der entsprechende Bericht wird voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2011 vom Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes verabschiedet werden. Liechtenstein ist Mitglied des Global Forum und beteiligt sich aktiv an den Arbeiten dieses neu geschaffenen Gremiums.

Zusammenarbeit mit Verbänden

Die enge Zusammenarbeit mit den Verbänden wurde auf strategischer Ebene vor allem im Rahmen der Präsidentenrunde und auf Expertenebene in verschiedenen Arbeitsgruppen (z.B. Arbeitsgruppe DBA) weitergeführt.

Geldwäschereibekämpfung

Im Bereich der Geldwäschereibekämpfung wurden weitere Fortschritte erzielt. Im Dezember 2010 wurde der zweite Fortschrittsbericht zur liechtensteinischen Umsetzung der FATF-Empfehlungen vom zuständigen Gremium beim Europarat (Moneyval) angenommen. Dabei wurden die weiteren Umsetzungsschritte Liechtensteins anerkannt. Die nächste Evaluation, durchgeführt durch Experten des IWF, ist für das Jahr 2012 geplant.

ESMA/IOSCO

Zur Sicherstellung der Beteiligung Liechtensteins, namentlich der Finanzmarktaufsicht, an den massgeblichen

internationalen und europäischen Aufsichtsgremien (IOCSO, ESMA) wurden im Berichtsjahr notwendige Anpassungen der Amtshilfebestimmungen im Bereich der Wertpapieraufsicht vorgenommen.

Betrugsbekämpfungsabkommen
Das zwischen Liechtenstein und der EU-Kommission verhandelte Betrugsbekämpfungsabkommen, das dem internationalen OECD-Standard entspricht, befindet sich noch immer zur Beschlussfassung in den Gremien der EU. Der Entscheidungsfindungsprozess in der EU über eine Reihe von weiteren steuerlichen Themen, die für Liechtenstein relevant sind, ist noch nicht abgeschlossen, darunter die mögliche Revision der Zinsbesteuerungsrichtlinie. Im Berichtsjahr wurde auf Wunsch der EU ein Dialog über den EU-Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung aufgenommen.

Staatshaushalt

Die dem Landtag im November 2010 vorgelegte Finanzplanung 2011 bis 2015 hat aufgezeigt, dass das von der Regierung im Jahr 2009 gestartete Projekt ausgewogen2015 zur Sanierung des Staatshaushaltes weiterhin notwendig bleibt. Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht vorgelegt, mit dem aufgezeigt wird, wie die Ziele des Sanierungsprojektes (Einsparung von CHF 160 Mio.) erreicht werden sollen (BuA 73/2010). Die Regierung hat in diesem BuA Vorschläge betreffend die Aufteilung des Sparzieles sowie von ersten grossen Projekten gemacht. So sollen im Bereich der laufenden und investiven Beiträge CHF 80 Mio., im Bereich Personalaufwand CHF 15 Mio., im Bereich Sachaufwand CHF 15 Mio. sowie im Bereich der Finanzzuweisungen CHF 50 Mio. eingespart werden. Diese Verteilung des Sparziels wurde vom Landtag gutgeheissen.

Weiters hat die Regierung dem Landtag im selben Bericht und Antrag erste Projekte präsentiert. So wurde die Regierung vom Landtag folgendermassen beauftragt:

- Ausarbeitung und Vorlage der nötigen gesetzlichen Anpassungen für sozialverträgliche Reduktionen der Subventionen im Krankenversicherungsbereich im Umfang von CHF 23 Mio.
- Ausarbeitung und Vorlage einer Gesetzesvorlage zur Abschaffung der Subvention der Nichtbetriebsunfallversicherung mit Wirkung ab 2010 (Einsparung CHF 12.5 Mio.)
- Ausarbeitung und Vorlage einer Gesetzesvorlage zur Reduktion des Landesbeitrags an die AHV um CHF 15 Mio. und zu dessen Entkoppelung von der Rentenentwicklung mit Wirkung ab 2010
- Die Landesmittel im Bereich der internationalen humanitären Zusammenarbeit bis 2015 um gesamthaft CHF 8.2 Mio. zu reduzieren
- Ausarbeitung und Vorlage eines Lösungsvorschlages, mit welchem die Finanzzuweisungen des Landes an die Gemeinden – unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Fähigkeit der einzelnen Gemeinden - mit Wirkung ab 2015 um CHF 50 Mio. reduziert werden.

Die Regierung hat die einzelnen Projekte umgehend nach der Auftragserteilung weitergetrieben, um den Zeitplan einhalten zu können. So wurden zum Beispiel im Bereich des Personal- und Sachaufwandes mittels eines Fragebogens sämtliche Amtsstellen aufgefordert, Vorschläge einzureichen, wie der Personalaufwand um 10% und der Sachaufwand um 14% gesenkt werden kann. Die Vorschläge wurden in den Ressorts verarbeitet und sollen nun nach und nach umgesetzt werden. Weiters wurde eine Vorlage betreffend die Reduktion der Finanzzuweisungen an die Gemeinden ausgearbeitet und mit der Vorsteherkonferenz diskutiert. Die entsprechende Vernehmlassung wurde im Berichtsjahr gestartet.

Steuerreform

Die Steuerreform war sicherlich eines der beherrschenden Themen im Jahr 2010 in Liechtenstein. Nach jahrelangen Vorbereitungsarbeiten konnte die Regierung dem Landtag mit BuA 2010/48 die Vorlage betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern vorlegen. Der Landtag behandelte diese Vorlage anlässlich einer Sondersitzung am 8. Juni 2010. Die Fragen und Bemerkungen des Landtages wurden mit BuA 2010/83 beantwortet. Diese Stellungnahme wurde vom Landtag im September 2010 verabschiedet. Nachdem die Referendumsfrist ungenutzt abgelaufen ist, tritt das neue Steuergesetz per 1. Januar 2011 mit Wirkung für das Steuerjahr 2011 in Kraft.

Mit dieser Reform ist es gelungen, das liechtensteinische Steuergesetz europakonform zu modernisieren und Liechtenstein damit im internationalen Standortwettbewerb wieder auf eine sehr gute Position zu hieven. Nachdem das alte Steuergesetz zuvor während 4 Jahrzehnten praktisch unverändert geblieben ist, kann dies sicherlich als Meilenstein für Liechtenstein bezeichnet werden.

Das neue Steuergesetz bringt viele Verbesserungen sowohl für natürliche als auch für juristische Personen. So wird für die natürlichen Personen das Steuergesetz einfacher und transparenter und es wurden diverse Steuerarten abgeschafft. Im Bereich der juristischen Personen bringt die Reform viele Neuerungen: So werden Unternehmen neu mit einem einheitlichen Satz besteuert, die steuerliche Ungleichbehandlung von Fremd- und Eigenkapital wurde durch den Eigenkapitalzins-Abzug beseitigt, die Couponsteuer wurde abgeschafft usw.

Die Reform wurde stets in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden und der Hochschule Liechtenstein vorangetrieben. Diese intensive Zusammenarbeit hat sicherlich stark dazu beigetragen, dass das neue Steuergesetz als ausgewogen und breit akzeptiert bezeichnet werden kann.

Finanzhaushaltsgesetz

Mit der Neufassung des Finanzhaushaltgesetzes wurde die Rechnungslegung und die Finanzberichterstattung des Landes auf eine modernere Grundlage gestellt, welche der Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landeshaushaltes noch besser Rechnung tragen wird. Einen weiteren Schwerpunkt des Gesetzesprojekts bildete das Finanzleitbild als Instrument der Steuerung der Finanzpolitik. Dieses wurde einerseits klarer formuliert und andererseits durch eine zukunftsgerichtete Sichtweise mit mehr Verbindlichkeit ausgestattet. Gleichzeitig mit der Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes wurden die in der Verfassung verankerten Betragsgrenzen für das Finanzreferendum angepasst. Neu gilt eine Limite von CHF 500'000 für einmalige und eine solche von CHF 250'000 für wiederkehrende Neuausgaben. Des weiteren wurden verschiedene finanzhaushaltsrelevante Verfassungsbestimmungen im Sinne einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Landtag und Regierung angepasst und präzisiert.

Auslandsreisen

Im Berichtsjahr absolvierte der Regierungschef folgende Auslandsreisen:

- 26. August 2010: Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Wien
- 28. August bis 3. September 2010: Arbeitsbesuch in Peking und Shanghai anlässlich des liechtensteinischen Nationentages an der EXPO; Treffen mit diversen Ministern
- 18. bis 21. September 2010: Teilnahme am Millenium-Gipfel der UNO in New York
- 28./.29. September 2010: Arbeitsbesuch in Berlin; Gespräche mit Bundesfinanzminister Schäuble sowie dem Finanzausschuss des deutschen Bundestages
- 27./28. Oktober 2010: Impulsreferat in Wien auf Einladung der Handelskammer Österreich-Schweiz-Liechtenstein zum Thema Stabilität
- 16. November 2010: Abendsoiree in München auf Einladung von Botschafter Prinz Stefan
- 29. November bis 2. Dezember 2010: OSZE-Gipfeltreffen in Astana, Kasachstan

Gesetzgebung

Folgende Berichte und Anträge (BuA) wurden seitens des Ressorts Finanzen dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt (Reihenfolge gemäss der Behandlung im Landtag):

- 7/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie die Anpassung der Verfassung und des Volksrechtegesetzes aufgeworfenen Fragen
- 5/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Abschaffung von Kindersubventionen nach dem Wohnbauförderungsgesetz sowie die Abschaffung von Subventionen für Elektrofahrzeuge nach dem Subventionsgesetz aufgeworfenen Fragen
- 18/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen vom 10. November 2009 zwischen der Regierung des Fürstentum Liechtenstein und der Regierung des Königreichs Belgien über den Informationsaustausch in Steuersachen
- 19/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen vom 10. November 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Königreichs der Niederlande
- 20/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen vom 22. September 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Republik Frankreich
- 21/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen vom 13. Oktober 2009 über den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung Irlands
- 27/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen vom 2. September 2009 mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen
- 28/2010: Bericht und Antrag betreffend der Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Fürstentums Andorra, der Regierung des Fürstentums Monaco, der Regierung von St. Vincent und den Grenadinen, der Regierung von Antigua und Barbuda und der Regierung von St. Kitts und Nevis über den Informationsaustausch in Steuersachen
- 29/2010: Bericht und Antrag betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; STeAHG)
- 30/2010: Bericht und Antrag betreffend das Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland
- 50/2010: Geschäftsbericht 2009 der Liechtensteinischen Landesbank AG
- 39/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Zahlungsdienstegesetzes (ZDG)
- 49/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Steuersatzerhöhung auf 8 %, 3.8 %, 2.5 %)

– 48/2010: Bericht und Antrag betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze
– 73/2010: Bericht und Antrag betreffend das Massnahmenpaket zur Sanierung des Landeshaushalts
– 63/2010: Bericht und Antrag betreffend die Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2009
– 57/2010: Geschäftsbericht 2009 (Jahresbericht und Jahresrechnung) der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein
– 29/2010: Bericht und Antrag betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Durchführung der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz; STeAHG)
– 71/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend das Steueramtshilfegesetz (SteAHG) aufgeworfenen Fragen
– 30/2010: Bericht und Antrag betreffend das Übereinkommen vom 11. August 2009 über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, die Vereinbarung vom 11. August 2009 der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und Her Majesty's Revenue and customs betreffend die Kooperation in Steuersachen sowie das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland
– 72/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend das Gesetz über die Steueramtshilfe mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland aufgeworfenen Fragen
– 58/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik San Marino zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
– 59/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Grossherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
– 64/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Offenlegungsgesetzes
– 84/2010: Bericht und Antrag betreffend den Beschluss Nr. 50/2010 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 zur Änderung der Richtlinie 98/26/EG über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen und der Richtlinie 2002/47/EG über Finanzsicherheiten im Hinblick auf verbundene Systeme und Kreditforderungen)
– 48/2010: Bericht und Antrag betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze
– 83/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze aufgeworfenen Fragen
– 92/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes
– 97/2010: Bericht und Antrag betreffend die Anpassung der Verfassung im Rahmen der Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes
– 96/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie die Anpassung des Volksrechtegesetzes aufgeworfenen Fragen (ersetzt die Stellungnahme der Regierung Nr. 7/2010 vom 23.2.2010)
– 99/2010: Bericht und Antrag betreffend das Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Sonderverwaltungsregion HongKong der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen
– 98/2010: Bericht und Antrag betreffend die Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie Abänderung weiterer Gesetze
– 126/2010: Bericht und Antrag zur Finanzplanung 2011 – 2015
– 117/2010: Bericht und Antrag zum Landesvoranschlag und zum Finanzgesetz für das Jahr 2011
– 92/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes
– 124/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) aufgeworfenen Fragen
– 127/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Finalitätsgesetzes und des Sachenrechts
– 123/2010: Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG)
– 141/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) und des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG) aufgeworfenen Fragen
– 131/2010: Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes (StAG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze aufgeworfenen Fragen
– 129/2010: Bericht und Antrag betreffend den Beschluss Nr. 085/2010 des gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2009/27/EG der Kommission vom 7. April 2009 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinie 2006/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer Vorschriften für das Risikomanagement; Richtlinie 2009/83/EG der Kommission vom 27. Juli 2009 zur Änderung be-

stimmter Anhänge der Richtlinie 2006/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates mit technischen Bestimmungen über das Risikomanagement; Richtlinie 2009/111/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Grosskredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement; Richtlinie 2010/__/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom __. xxx 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Weiterverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik , KOM (2009)0362 vom 7. Juli 2010)

- 138/2010: Bericht und Antrag betreffend die Anpassung des Faktors (k) zur Festlegung des Mindestfinanzbedarfs für die Finanzausgleichsperiode 2012 – 2015
- 133/2010: Bericht und Antrag betreffend das Gesetz über die E-Geldinstitute (E-Geldgesetz), die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Bankengesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter, des Gesetzes über die Finanzmarktaufsicht, des Zahlungsdienstegesetzes sowie des Gewerbegesetzes

AMTSSTELLEN

Steuerverwaltung

Amtsleiter: Marco Felder

Das Aufgabengebiet der Steuerverwaltung umfasst insbesondere den Vollzug des Steuergesetzes sowie des Mehrwertsteuergesetzes, soweit nicht bestimmte Aufgaben besonderen Behörden übertragen sind. Ausserdem ist die Steuerverwaltung die für die internationale Amtshilfe zuständige Behörde nach einem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) oder Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA). Im Berichtsjahr wies die Steuerverwaltung einen Personalbestand von 51 Personen auf. Zu den ertragsmässig gewichtigsten Steuerarten zählten die Mehrwertsteuer, die Kapital- und Ertragssteuer sowie die Vermögens- und Erwerbssteuer.

Abteilung Natürliche Personen

Die Abteilung Natürliche Personen führt in Zusammenarbeit mit den Gemeindesteuerkassen die Veranlagungen der natürlichen Personen betreffend die Entrichtung der Vermögens- und Erwerbssteuern durch. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 27'801 (Vorjahr 27'553) Veranlagungen mit einem Steuerergebnis von CHF 155.1 Mio. (Vorjahr CHF 154.6 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Veranlagungen um 0.9% zu und das Steuerergebnis erhöhte sich um 0.3 %. Die grosse Zahl der jährlich durchzuführenden Veranlagungen erfordert eine enge und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Steuerverwaltung und den Gemeindesteuerkassen. Wo erforderlich, unterstützen und beraten die Revisoren/-innen und Sachbearbeiter/-innen der Steuerverwaltung die Gemeindesteuerkassen. Im Berichtsjahr wurde zudem eine gemeinsame Sitzung mit allen Gemeindesteuerkassieren durchgeführt.

Seit 2007 besteht die Möglichkeit, die Steuererklärung in elektronischer Form auszufüllen. Auch im Jahr 2010 machten viele von dieser Möglichkeit Gebrauch; so wurden rund 30% der Steuererklärungen in elektronischer Form ausgefüllt.

Das grösste Sonderprojekt war und ist bis auf weiteres das neue Steuergesetz, welches per 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Sämtliche Prozessabläufe, Dokumentation und IT-Applikationen müssen analysiert und grösstenteils neu organisiert bzw. erstellt werden.

Abteilung Juristische Personen

Die Hauptaufgabe der Abteilung Juristische Personen besteht in der Veranlagung und Erhebung der Kapital- und Ertragssteuer von Gesellschaften, welche im Lande ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Im Zuge der Prüfung der Steuererklärung wird jeweils auch die Couponsteuer von 4% der Obligationen- und Aktiencoupons in Rechnung gestellt sowie die Abgabe der Stempelsteuererklärung kontrolliert.

Im Berichtsjahr wurden rund 3'970 (Vorjahr rund 3'947) Veranlagungen betreffend die Entrichtung von Kapital- und Ertragssteuern vorgenommen. Die Gesamteinnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer beliefen sich auf CHF 179.2 Mio. (Vorjahr CHF 178.1 Mio.).

Das grösste Sonderprojekt war und ist bis auf weiteres das neue Steuergesetz, welches per 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Sämtliche Prozessabläufe, Dokumentation und IT-Applikationen müssen analysiert und grösstenteils neu organisiert bzw. erstellt werden.

Abteilung Mehrwertsteuer

Die Abteilung Mehrwertsteuer ist zuständig für die Erhebung und den Bezug der Mehrwertsteuer. Aufgrund der bestehenden staatsvertraglichen Vereinbarungen mit der Schweiz bezüglich der einheitlichen Umsetzung der Vorschriften im Bereich der Mehrwertsteuer besteht weiters eine Zusammenarbeit mit der Eidg. Steuerverwaltung sowie der Eidg. Zollverwaltung.

Mit Wirkung ab 1. Januar 2010 trat das neue Mehrwertsteuergesetz in Kraft. Die wichtigsten Ziele der Totalrevision des Mehrwertsteuergesetzes waren die Vereinfachung und benutzerfreundlichere Gestaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Rund 50 Massnahmen sol-

len dabei die administrative Entlastung der Unternehmen herbeiführen und die mit der Erhebung der Steuer verbundenen Kosten senken. Die Umsetzung dieser Massnahmen hatte zur Folge, dass im Berichtsjahr verschiedene zusätzliche Projektarbeiten durchgeführt werden mussten.

Per Ende des Berichtsjahres waren 3'583 (Vorjahr 3'579) Mehrwertsteuerpflichtige registriert; gegenüber den im Vorjahr registrierten Steuerpflichtigen ergaben sich 277 Neueintragungen und 273 Löschungen. Die Mehrwertsteuereinnahmen beliefen sich auf rund CHF 227.4 Mio. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 (CHF 206.6 Mio.) bedeutet dies eine Zunahme der Mehrwertsteuereinnahmen von ca. 10 %.

Da Liechtenstein und die Schweiz aufgrund des bestehenden Staatsvertrages betreffend die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein ein gemeinsames Mehrwertsteuergebiet bilden, werden die Einnahmen beider Vertragsstaaten aus der Mehrwertsteuer (inkl. der durch die Eidg. Oberzolldirektion erhobenen Einfuhrumsatzsteuer) während des Jahres einem gemeinsamen Mehrwertsteuerpool zugewiesen. Die Verteilung der gemeinsamen Mehrwertsteuererträge erfolgt jeweils auf Ende des Kalenderjahres, wobei die in einem festgelegten Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge in vollem Umfang an jenen Vertragsstaat zurückfliessen, in welchem sie erhoben wurden. Der verbleibende Ertrag des Mehrwertsteuerpools wird gemäss einem jährlich zu ermittelnden Verteilungsschlüssel aufgeteilt. Der liechtensteinische Anteil am Mehrwertsteuerpool belief sich im Berichtsjahr auf rund 0.91 % (Vorjahr 0.88%).

Abteilung Spezialsteuern

Zu den Spezialsteuern zählen die Grundstücksgewinn-, die Nachlass-, Erbanfalls- sowie die Schenkungssteuer. Im Bereich der Grundstücksgewinnsteuer bearbeitete die Abteilung Spezialsteuern im Berichtsjahr insgesamt 1'109 (Vorjahr 1'036) grundbücherliche Grundstücksübertragungen, wobei bei 626 (Vorjahr 531) Grundstücksübertragungen Grundstücksgewinnsteuern zu entrichten waren. Aus einem steuerbaren Grundstücksgewinn von insgesamt CHF 88.5 Mio. (Vorjahr CHF 112.3 Mio.) resultierten dabei Steuereinnahmen von CHF 13.0 Mio. (Vorjahr CHF 17.7 Mio.), welche zu zwei Dritteln den Gemeinden und zu einem Drittel dem Land zufliessen. Erhoben wird die Grundstücksgewinnsteuer bei den Grundstücksverkäufern, wobei die Steuer für jedes verkaufte Grundstück bzw. Stockwerkeigentum gesondert in Rechnung gestellt wird.

Im Bereich der Nachlass- und Erbschaftssteuern wurden im Berichtsjahr insgesamt 306 (Vorjahr 296) Fälle bearbeitet, wobei in 213 (Vorjahr 230) Fällen Steuern zu entrichten waren. Insgesamt ergaben sich Steuereinnahmen von CHF 22.9 Mio. (Vorjahr CHF 7.1 Mio.) aus einem steuerbaren Gesamtnachlass von CHF 716.9 Mio. (Vorjahr CHF 138.0 Mio.).

Aus Schenkungssteuern resultierte im Berichtsjahr ein Betrag von CHF 2.5 Mio. (Vorjahr CHF 1.8 Mio.). Steuerbasis dieser Schenkungssteuern war eine steuerbare Schenkungssumme von insgesamt CHF 112.6 Mio. (Vorjahr CHF 155.7 Mio.). Bearbeitet wurden insgesamt 478 (Vorjahr 526) Schenkungen, wobei in 346 (Vorjahr 410) Fällen Steuern zu entrichten waren.

Abteilung Steuerbezug und Register

Die Abteilung Steuerbezug und Register ist insbesondere zuständig für den Bezug der Kapital- und Ertragssteuer, der Couponsteuer, der Besonderen Gesellschaftssteuer, der Lohnsteuerabzüge, der Quellensteuer der österreichischen Grenzgänger/-innen und der Rentnersteuer, die Veranlagung der Besonderen Gesellschaftssteuer sowie für eine Reihe weiterer administrativer Aufgaben.

Aus den Lohnsteuerabzügen und den Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger/-innen resultierten im Berichtsjahr Einnahmen von CHF 115.2 Mio. (Vorjahr CHF 116 Mio.). Die Lohnsteuerabzüge werden vom jeweiligen Arbeitgeber vorgenommen, welcher gemäss Steuergesetz verpflichtet ist, einen bestimmten Anteil des an seine Arbeitnehmer/-innen auszubezahlenden Bruttolohnes zurückzubehalten und der Steuerverwaltung abzuliefern. Insgesamt rechneten die Arbeitgeber im Berichtsjahr eine Bruttolohnsumme von CHF 2'640 Mio. (Vorjahr CHF 2'637 Mio.) ab, was einer Zunahme von CHF 3 Mio. bzw. 0.12% entspricht. Auf die 7'470 (Vorjahr 7'710) österreichischen Grenzgänger/-innen entfiel dabei eine Lohnsumme von CHF 504.9 Mio. (Vorjahr CHF 509.8 Mio.). Da sich der Quellensteuerabzug der österreichischen Grenzgänger/-innen auf 4% des Bruttolohnes beläuft, resultierten hieraus Steuereinnahmen von CHF 20.1 Mio. (Vorjahr CHF 20.3 Mio.).

Aus den Besonderen Gesellschaftssteuern resultierten im Berichtsjahr CHF 67.4 Mio. (Vorjahr CHF 79.2 Mio.). Die Gesamteinnahmen aus der Couponsteuer beliefen sich auf CHF 26.5 Mio. (Vorjahr CHF 44.7 Mio.).

In den Aufgabenbereich der Abteilung Steuerbezug und Register fällt auch die Bearbeitung von Neugründungen, Löschungen, Kapitalerhöhungen, Rechtsformänderungen und Sitzverlegungen von Gesellschaften. Bei Neugründungen von Gesellschaften erhebt die Steuerverwaltung direkt die liechtensteinische Gründungs- oder Wertstempelgebühr sowie die eidg. Stempelabgabe (Emissionsabgabe). Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Neugründungen oder Kapitalerhöhungen CHF 0.27 Mio. (Vorjahr CHF 0.56 Mio.) an Gründungs- oder Wertstempelgebühren sowie CHF 3.1 Mio. (Vorjahr CHF 3.5 Mio.) an Emissionsabgaben eingehoben. Der gesamte Anteil Liechtensteins an den eidg. Stempelabgaben (Emissionsabgabe, Effektenumsatzabgabe, Abgabe auf Versicherungsprämien) belief sich auf CHF 55.2 Mio. (Vorjahr CHF 50.9 Mio.).

In den administrativen Aufgabenbereich fallen weiters die Führung des Steuerregisters und das damit verbundene Mutationswesen.

Abteilung Internationales

Im Zusammenhang mit dem zwischen Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossenen Zinsbesteuerungsabkommen war die Abteilung für die reibungslose Weiterleitung der Zinsmeldungen an die EU-Mitgliedstaaten für das Steuerjahr 2009 (1. Januar 2009 – 31. Dezember 2009) sowie die Überweisung der einbehaltenen Zinserträge verantwortlich. Die Weiterleitung der Zinsmeldungen des Steuerjahrs 2009 erfolgte im Juni 2010. Einbehalten wurden Zinserträge in der Höhe von CHF 14.4 Mio. und an die EU-Mitgliedstaaten wurden nach Abzug eines 25%-Anteils rund CHF 10.8 Mio. weitergeleitet. Weiters erteilte die Abteilung Auskünfte zu Anfragen der liechtensteinischen Zahlstellen.

Die Abteilung Internationales hat im Zusammenhang mit dem liechtensteinischen Peer Review durch das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes der OECD bei der Beantwortung des Fragebogens («Questionnaire Phase 1») sowie bei der Beantwortung der im Zusammenhang mit dem Bericht der Assessoren erfolgten Rückfragen massgeblich mitgewirkt.

Im Berichtsjahr war die Abteilung Internationales bei diversen Veranstaltungen internationaler Organisationen (u. a. ECOSOC in Genf, OECD Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes in Singapur) vertreten. Neben den erhaltenen Informationen konnten auch gute internationale Kontakte mit Vertretern von Steuerbehörden wichtiger Handelspartnerländer geknüpft bzw. erneuert werden.

Mit Bezug auf den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. Steuerinformationsabkommen (TIEA) nahm die Abteilung Internationales ebenfalls an diversen Verhandlungsrunden bzw. Vorgesprächen teil und bereitete diese vor.

Des weiteren hat die Leiterin der Abteilung Einsitz in verschiedenen Arbeitsgruppen.

Stabsstelle zentrale Dienste

Die Aufgaben der Stabsstelle zentrale Dienste sind die Datenerfassung (inkl. VGR-Daten) für die direkten Steuern (natürliche und juristische Personen), die Betreuung der Akten und des Archivs, das Outputmanagement (Druck, Verpacken und Versand von Massensendungen und Steuererklärungen) sowie die Betreuung und der Betrieb der amtsinternen Informatik.

Im Berichtsjahr wurden rund 5'500 Steuererklärungen erfasst und geprüft und deren Daten für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) erfasst.

Aus Sicht der Informatik lag die Hauptaufgabe in der Analyse und Spezifikation der nötigen Anpassungen der Software an das neue Steuergesetz. Die Analyse konnte abgeschlossen und die Resultate präsentiert werden. Die nötigen Anpassungen sind derzeit in der Programmierung.

Ebenso konnten folgende Projekte abgeschlossen und in den produktiven Betrieb übergeben werden: MWST Reform und Steuersatzänderung, eLohnlisten (Schnittstelle zur elektronischen Abgabe der Lohnlisten), Integration der Schaltergeschäfte ins INES [integrierte neue Steuerlösung (Steuerapplikation)] sowie die Schnittstelle zur Übergabe der Exekutionsdaten an das Landgericht.

Stabsstelle Rechtsdienst

Die Haupttätigkeit des Rechtdienstes besteht in der Erledigung aller anfallenden Steuerverfahren bzw. Rechtsmittelverfahren. Im Berichtsjahr verfasste er diverse Einspracheentscheidungen sowie Gegenäusserungen an obere Instanzen. Im Bereich der Mehrwertsteuer haben im Berichtsjahr zwei Steuerpflichtige das Verfahren bis ans schweizerische Bundesgericht weitergezogen, die diesbezüglichen Entscheidungen sind noch ausstehend. Zudem bestätigte das Bundesgericht im Berichtsjahr drei Entscheidungen der Steuerverwaltung, die Steuerpflichtige in den Vorjahren ans Bundesgericht weitergezogen haben.

Weiters liegt die Tätigkeit der Stabsstelle Rechtsdienst in der rechtlichen Unterstützung aller Abteilungen der Steuerverwaltung, in der Beantwortung von internen und externen Anfragen und der Klärung verschiedener Fragen im Rahmen der abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen.

Im Bereich der Gesetzgebung arbeitete der Rechtsdienst bei der Erstellung des Berichtes und Antrages sowie der Stellungnahme zur Totalrevision des Steuergesetzes mit. Ebenso war er bei der Ausarbeitung des Entwurfes für die Steuerverordnung beteiligt.

Diverses

Neues Steuergesetz

Am 23. September 2010 hat der Landtag das neue Gesetz über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) verabschiedet. Am 21. Dezember 2010 hat die Regierung die Verordnung über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuerverordnung) erlassen. Das Steuergesetz und die Steuerverordnung sind wie geplant am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Personelles

Im Berichtsjahr trat Dr. Irene Salvi mit Wirkung ab 1. September 2010 ihre Funktion als Leiterin der neu geschaffenen Abteilung Internationales an. Der Personalbestand der Steuerverwaltung betrug am Ende des Berichtsjahres 51 Personen (48,5 ständige Stellen, 1 nichtständige Stelle), wobei im Berichtsjahr 1 Abgang und 3 Neuzugänge zu verzeichnen waren.

Bilaterale Kontakte sowie Teilnahme an Konferenzen und Veranstaltungen

Traditionsgemäss nahm die Amtsleitung an der Jahresversammlung der Schweizerischen Steuerkonferenz teil. Ausserdem erfolgte ein Erfahrungsaustausch mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung, dem Kantonalen Steueramt St. Gallen sowie dem österreichischen Bundesministerium für Finanzen.

Die Amtsleitung besuchte im Berichtsjahr Veranstaltungen der International Fiscal Association (IFA), der Society of Trust and Estate Practioniers (STEP), des Instituts für Schweizerisches und Internationales Steuerrecht (ISIS), der Economiesuisse, der American Bar Association Annual Tax Planning Strategies (U.S. – Europe) Conference, der Hochschule Liechtenstein, der Universität Neuchâtel, der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) und der Johannes Kepler Universität Linz (JKU).

Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Verhandlungsdelegationen

Das Berichtsjahr war geprägt durch den Einsatz in verschiedenen Arbeitsgruppen und Verhandlungsdelegationen; so hatte die Amtsleitung Einsitz in der Arbeitsgruppe Steuerrechtsrevision, der Lenkungsgruppe Finanzplatz Liechtenstein sowie in den Verhandlungen betreffend DBA mit Luxemburg, Deutschland und Österreich.

1. Gesamtübersicht zu den Einnahmen der Steuerverwaltung

1.1 Einnahmen 2010 – 1980 (in CHF 1'000)

	2010	2005	2000	1995	1990	1985	1980
Vermögens- und Erwerbssteuer	**155'123**	127'329	108'230	86'509	62'173	47'861	37'676
Rentnersteuer	**3'895**	2'626	1'900	2'227	1'990	2'023	2'206
Quellensteuer der Zupendler	**20'100**	16'740	12'016	8'531	7'088	3'922	2'607
Kapital- und Ertragssteuer	**179'157**	137'252	131'123	69'000	37'300	24'576	14'317
Besondere Gesellschaftssteuern	**67'368**	93'838	90'794	79'757	68'947	56'725	48'587
Steuer ausl. Versicherungsgesellschaften	**3'466**	2'836	2'127	2'267	1'786	1'071	885
Grundstückgewinnsteuer	**12'983**	14'466	21'200	9'662	10'447	9'822	3'856
Couponsteuer	**26'495**	37'623	56'779	24'494	20'242	20'168	8'049
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer	**25'403**	8'718	3'648	821	1'231	1'023	2'626
Mehrwertsteuer	**227'357**	173'953	161'611	84'449	38'762	26'329	15'924
Einbürgerungssteuer	**2**	4	3	8	8	11	0[2)]
Stempelabgaben	**55'236**	50'277	106'911	19'984	21'667	14'797	5'378
Gebühren und Bussen	**2'433**	606	385	194	174	126	65
Einbehalt EU-Zinsbesteuerungsanteil	**3'608**	0[1)]	0[1)]	0[1)]	0[1)]	0[1)]	0[1)]
Gesamt	**782'626**	666'268	696'727	387'903	271'815	208'454	142'176

[1)] Einführung EU-Zinssteuer im Juli 2005 / erstmals Einnahmen im 2006

[2)] Einnahmen im Jahr 1980 nicht separat erfasst

1.2 Einnahmen 2010 – 2009

	2010	2009	Veränderung		
	CHF	%	CHF	%	in CHF
Vermögens- und Erwerbssteuer	**155'123'297.27**	19.82	154'567'333.75	19.97	+ 555'963.52
Rentnersteuer	**3'895'389.00**	0.50	2'763'200.00	0.36	+ 1'132'189.00
Quellensteuer der Zupendler	**20'099'911.65**	2.57	20'310'144.50	2.62	-210'232.85
Kapital- und Ertragssteuer	**179'156'912.20**	22.89	178'113'116.90	23.01	+ 1'043'795.30
Besondere Gesellschaftssteuern	**67'367'945.85**	8.61	79'243'807.62	10.24	-11'875'861.77
Steuer ausl. Versicherungsgesellschaften	**3'465'712.40**	0.44	2'540'418.35	0.33	+ 925'294.05
Grundstückgewinnsteuer	**12'983'382.35**	1.66	17'735'561.06	2.29	- 4'752'178.71
Couponsteuer	**26'494'511.65**	3.39	44'694'510.02	5.78	-18'199'998.37
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer	**25'403'311.10**	3.25	8'818'643.85	1.14	+ 16'584'667.25
Mehrwertsteuer	**227'357'057.07**	29.05	206'602'079.82	26.70	+ 20'754'977.25
Einbürgerungssteuer	**1'450.00**	0.0002	2'362.00	0.0003	-912.00
Stempelabgaben	**55'235'942.56**	7.06	50'857'994.71	6.57	+ 4'377'947.85
Gebühren und Bussen	**2'433'436.62**	0.31	1'682'968.29	0.22	+ 750'468.33
Einbehalt EU-Zinsbesteuerungsanteil	**3'607'794.86**	0.45	5'986'564.43	0.77	- 2'378'769.57
Gesamt	**782'626'054.58**	100.00	773'918'705.30	100.00	+ 8'707'349.28
davon an Land	**612'962'860.74**	78.32%	598'927'602.76	77.39%	+ 14'035'257.98
davon an Gemeinden	**169'663'193.84**	21.68%	174'991'102.54	22.61%	-5'327'908.70

1.3 Steueraufteilung zwischen Land und Gemeinden

	Gesamteinnahmen			Gesamteinnahmen		
	2010	**Land**	**Gemeinde**	2009	Land	Gemeinde
	CHF	**CHF**	**CHF**	CHF	CHF	CHF
Vermögens- und Erwerbssteuer	**155'123'297.27**	**59'875'789.97**	**95'247'507.30**	154'567'333.75	59'666'820.02	94'900'513.73
Kapital- und Ertragssteuer	**179'156'912.20**	**113'398'363.86**	**65'758'548.34**	178'113'116.90	109'847'466.50	68'265'650.40
Grundstückgewinnsteuer	**12'983'382.35**	**4'327'794.15**	**8'655'588.20**	17'735'561.06	5'911'853.65	11'823'707.41
Einbürgerungssteuer	**3'000.00**	**1'450.00**	**1'550.00**	2'362.00	1'131.00	1'231.00
Gesamt	**347'266'591.82**	**177'603'397.98**	**169'663'193.84**	350'418'373.71	175'427'271.17	174'991'102.54

2. Details zu den einzelnen Steuerarten

2.1 Vermögens- und Erwerbssteuer Steuerjahr 2009

Gemeinde	Gemeinde–steuer–zuschlag	Veranla–gungen	Steuerbares Vermögen CHF	Steuerbarer Erwerb CHF	Steuer–einnahmen CHF	Gemeinde–steuer CHF	Landes–steuer CHF	Zins auf Lohnsteuer CHF	Landessteuer abzügl. Zins auf Lohnsteuer CHF
Balzers	170	3'078	637'528'600	127'744'830	13'090'824.20	8'232'315.80	4'858'508.40	198.50	4'858'309.90
Triesen	150	3'532	767'874'700	154'561'430	14'992'087.90	8'998'068.95	5'994'018.95	587.45	5'993'431.50
Triesenberg	150	1'980	252'217'200	75'213'040	6'334'733.50	3'802'422.75	2'532'310.75	337.05	2'531'973.70
Vaduz	150	5'640	2'877'142'900	279'186'580	44'372'150.80	26'649'158.90	17'722'991.90	1'044.80	17'721'947.10
Schaan	150	4'745	3'105'222'200	223'296'390	37'327'471.27	22'411'635.05	14'915'836.22	584.50	14'915'251.72
Planken	150	281	98'078'400	13'783'560	1'566'535.20	940'084.35	626'450.85	0.00	626'450.85
Eschen	200	2'947	458'160'100	115'065'540	12'107'741.05	8'042'491.25	4'065'249.80	147.20	4'065'102.60
Mauren	180	2'597	492'409'300	115'642'500	12'575'406.25	8'080'324.35	4'495'081.90	531.50	4'494'550.40
Gamprin	150	1'067	144'045'600	50'564'200	4'413'623.95	2'671'640.20	1'741'983.75	73.65	1'741'910.10
Schellenberg	150	647	83'387'700	26'303'720	2'004'736.75	1'203'878.90	800'857.85	3.85	800'854.00
Ruggell	200	1'287	196'754'300	61'746'560	6'337'986.40	4'215'486.80	2'122'499.60	37.75	2'122'461.85
Total		**27'801**	**9'112'821'000**	**1'243'108'350**	**155'123'297.27**	**95'247'507.30**	**59'875'789.97**	**3'546.25**	**59'872'243.72**
Steuerjahr 2008		27'553	9'049'061'300	1'250'589'040	154'567'333.75	94'900'513.73	59'666'820.02	718'017.55	58'948'802.47
Veränderung		+ 248	+ 63'759'700.00	-7'480'690	+ 555'963.52	+ 346'993.57	+ 208'969.95	-714'471.30	+ 923'441.25

2.2 Quellensteuer der Zupendler

	2010 CHF	2009 CHF	Veränderungen CHF
quellensteuerpflichtige Lohnsumme	**504'892'078.07**	509'817'724.99	- 4'925'646.92
Quellensteuer	**20'099'911.65**	20'310'319.10	- 210'407.45

2.3 Kapital- und Ertragssteuer

Gemeinde	Steuer–einnahmen CHF	Landes–anteil 60% CHF	Gemeinde-anteil 40% CHF
Balzers	8'972'685.30	5'383'611.20	3'589'074.10
Triesen	26'224'233.10	15'734'539.85	10'489'693.25
Triesenberg	1'693'140.30	1'015'884.20	677'256.10
Vaduz	86'423'306.24	51'853'983.75	34'569'322.49
Schaan	29'010'901.95	17'406'541.15	11'604'360.80
Planken	124'334.60	74'600.75	49'733.85
Eschen	4'274'449.10	2'564'669.45	1'709'779.65
Mauren	4'797'940.60	2'878'764.35	1'919'176.25
Gamprin	12'623'512.51	7'574'107.51	5'049'405.00
Schellenberg	167'855.35	100'713.20	67'142.15
Ruggell	4'844'553.15	2'906'731.90	1'937'821.25
Total	179'156'912.20	107'494'147.31	71'662'764.89
Kürzung Gemeindeanteil Vaduz		+ 5'904'216.55	-5'904'216.55
Effektiv	**179'156'912.20**	**113'398'363.86**	**65'758'548.34**
2009 – Kürzungen berücksichtigt	178'113'116.90	109'847'466.50	68'265'650.40
Veränderung	+ 1'043'795.30	+ 3'550'897.36	- 2'507'102.06

	Veranlagungen	**Steuerbares Kapital**	**Steuerbarer Ertrag**
2010	3'970	10'313'259'200	1'233'662'770
2009	3'947	10'059'060'500	1'186'976'880
Veränderung	+ 23	+ 254'198'700	+ 46'685'890

2.4 Besondere Gesellschaftssteuern

	2010 CHF	2009 CHF	Veränderung CHF
Holding- und Sitzgesellschaften	**66'843'492.85**	79'239'870.62	-12'396'377.77
Eigenversicherungen	**524'453.00**	3'937.00	+ 520'516.00
Total	**67'367'945.85**	79'243'807.62	-11'875'861.77

2.5 Grundstückgewinnsteuer

Gemeinde	Veran–lagungen	Steuerbarer Gewinn CHF	Steuereinnahmen CHF	Landesanteil 1/3 CHF	Gemeindeanteil 2/3 CHF
Balzers	77	5'163'553.80	669'799.80	223'266.60	446'533.20
Triesen	64	8'360'987.10	1'196'152.85	398'717.65	797'435.20
Triesenberg	62	11'110'348.20	1'630'750.95	543'583.65	1'087'167.30
Vaduz	59	17'100'266.55	2'783'255.40	927'751.80	1'855'503.60
Schaan	58	11'355'316.80	1'696'753.95	565'584.65	1'131'169.30
Planken	2	486'218.20	82'423.20	27'474.40	54'948.80
Eschen	168	18'040'869.10	2'431'824.90	810'608.30	1'621'216.60
Mauren	51	8'437'541.50	1'277'724.00	425'908.00	851'816.00
Gamprin	23	1'569'622.15	208'200.90	69'400.30	138'800.60
Schellenberg	18	1'205'057.45	191'104.35	63'701.45	127'402.90
Ruggell	44	5'640'730.05	815'392.05	271'797.35	543'594.70
Total	**626**	**88'470'510.90**	**12'983'382.35**	**4'327'794.15**	**8'655'588.20**
2009	531	112'276'519.00	17'735'561.06	5'911'853.65	11'823'707.41
Veränderung	+ 95	-23'806'008.10	-4'752'178.71	-1'584'059.50	- 3'168'119.21

2.6 Couponsteuer

	2010	2009	Veränderung
Veranlagungen	**658**	711	-53
Steuereinnahmen	**CHF 26'494'511.65**	44'694'510.02	-18'199'998.37

2.7 Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer

	2010	2009	Veränderungen
Veranlagungen	**559**	640	-81
Steuerbarer Vermögensübergang	**CHF 829'556'725.75**	293'629'047.47	+ 535'927'678.28
Steuereinnahmen	**CHF 25'403'311.10**	8'818'643.85	+ 16'584'667.25

davon Nachlass- und Erbanfallsteuer

Steuerjahr	**2010**	2009	Veränderungen
Veranlagungen	**213**	230	-17
Steuerbarer Vermögensübergang	**CHF 716'915'395.65**	137'970'524.77	+ 578'944'870.88
Steuereinnahmen	**CHF 22'930'810.65**	7'060'961.75	+ 15'869'848.90

davon Schenkungssteuer

Steuerjahr	**2010**	2009	Veränderungen
Veranlagungen	**346**	410	-64
Steuerbarer Vermögensübergang	**CHF 112'641'330.10**	155'658'522.70	-43'017'192.60
Steuereinnahmen	**CHF 2'472'500.45**	1'757'682.10	+ 714'818.35

2.8 Mehrwertsteuer

		2010	2009	Veränderungen
Gemeinsamer Poolertrag CH und FL	CHF	**20'790'970'754.97**	19'735'396'080.94	1'055'574'674.03
Direkte Zuweisung an CH	CHF	**4'358'583'660.82**	4'188'305'466.49	+ 170'278'194.33
Direkte Zuweisung an FL	CHF	**77'086'630.13**	69'984'893.77	+ 7'101'736.36
Verbleibender Poolertrag	CHF	**16'355'300'464.02**	15'477'105'770.68	+ 878'194'693.34
Anteil FL am verbleibenden Poolertrag	%	**0.907325**	0.882705	+ 0.0246
Anteil FL am verbleibenden Poolertrag	CHF	**150'270'426.94**	136'617'186.05	+ 13'653'240.89
Gesamtergebnis FL	CHF	**227'357'057.07**	206'602'079.82	+ 20'754'977.25

2.9 Stempelabgaben

	2010 CHF	2009 CHF	Veränderungen CHF
Emissionsabgaben	**3'075'144.22**	3'535'882.91	-460'738.69
Effektenumsatzabgaben	**41'791'652.60**	38'856'362.90	+ 2'935'289.70
Prämienquittungen	**10'960'407.61**	9'009'877.84	+ 1'950'529.77
./. Beitrag für die Durchführung der Stempelabgaben	**-591'261.87**	-544'128.94	-47'132.93
Total	**55'235'942.56**	50'857'994.71	+ 4'377'947.85

2.10 Gebühren und Bussen

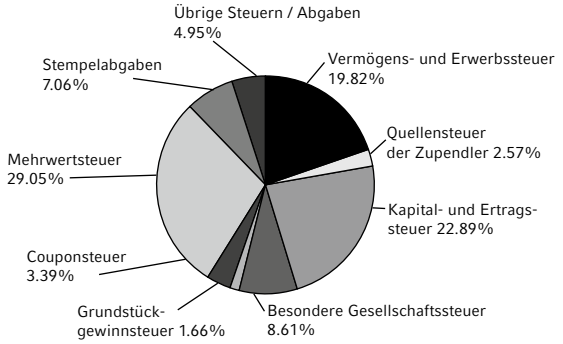
	2010 CHF	2009 CHF	Veränderungen CHF
Liecht. Gründungs- u. Wertstempelgebühren	**267'220.00**	562'862.00	-295'642.00
Inventarisationsgebühren	**1'428'955.30**	266'108.05	+ 1'162'847.25
Verwaltungsgebühren (Bestätigungen, Entscheidungsgebühren, etc.)	**166'756.30**	314'236.61	-147'480.31
Bussen und Strafsteuern	**570'505.02**	539'761.63	+ 30'743.39
Total	**2'433'436.62**	1'682'968.29	+ 750'468.33

2.11 Einbehalt EU-Zinsbesteuerungsanteil

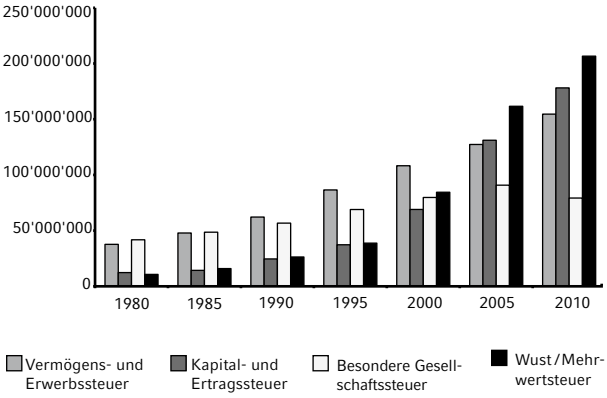
	2010 CHF	2009 CHF	Veränderungen CHF
Gesamter EU-Zinssteuerrückbehalt	**14'428'409.24**	23'915'340.59	- 9'486'931.35
Anteil FL an EU-Zinssteuerrückbehalt	**3'607'794.86**	5'986'564.43	- 2'378'769.57

3. Diagramme

3.1 Aufteilung der Steuereinnahmen



Entwicklung der ergiebigsten Steuerarten



Amt für Wohnungswesen

Leiter: Harald Marxer

Wohnbauförderung
Im Berichtsjahr 2010 wurden zinslose Darlehen in der Höhe von CHF 10'271'000 ausbezahlt. Der Darlehensbestand hat sich von CHF 193'960'231 auf CHF 187'954'251 verringert. Ca. 83% der Darlehen wurden an Liechtensteiner ausbezahlt. Das Amt für Wohnungswesen bewilligte im Berichtsjahr 98 Anträge auf Wohnbauförderung. Unter anderem wurden Stundungs- und Sistierungsgesuche behandelt sowie Anträge auf Um- und Anbauten.

Budget
Gemäss Finanzgesetz, LGBl. 2009 Nr. 312, wurde die Höhe der Förderungsmittel auf CHF 13'000'000 budgetiert. Im Berichtsjahr wurden Darlehen in der Höhe von CHF 10'271'000 ausbezahlt. Getilgt wurden Darlehen in der Höhe von CHF 3'851'085. Das Budget der Subventionen betrug CHF 3'800'000, ausbezahlt wurden, inkl. Kindersubventionen, CHF 2'775'300. Zur vorzeitigen Rückzahlung fällig bzw. freiwillig zurückbezahlt wurden Subventionen in der Höhe von CHF 421'750.

Verteilung der zinslosen Darlehen und der Reihenbausubventionen (ohne Kindersubventionen) nach Nationen

Nation	Anzahl	Zinslose Darlehen	Subventionen	in %
FL	66	8'633'000	1'964'400	82.50
A	2	204'000	68'000	2.50
CH	4	516'000	172'000	5.00
I	7	818'000	272'600	8.75
D	1	100'000	33'300	1.25
Total	**80**	**10'271'000**	**2'510'300**	**100**

Entwicklung des Darlehensbestands

Darlehensbestand per 01.01.2010	
(inkl. Depot-Saldo von CHF 0.–)	CHF 193'960'231
Darlehensauszahlungen	10'271'000
Stundungen	60'670
Sistierungen	211'105
Fakturierte Tilgungsraten	–12'570'345
Reduzierte Tilgungsraten (nach Sistierung)	111'375
Darlehenstilgungen	–3'851'085
Auflösung offene Kindersubvention	–15'950
Darlehensbestand per 31.12.2010 (inkl. Depot-Saldo von CHF 0.–)	**CHF 187'954'251**

Mietbeihilfe
Im Rechnungsjahr 2010 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2'147'792 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 322 Bezüger. Die alljährliche Überprüfung der Mietbeihilfebezüger hat im Dezember des Berichtsjahres stattgefunden.

Budget
Im Landesvoranschlag 2010 waren Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2.4 Mio. budgetiert.

Verteilung der Mietbeiträge nach Staatsbürgerschaft

Empfänger nach Staatsbürgerschaft	Anzahl Empfänger	In %	Auszahlung CHF	In %
Bosnien-Herzegowina	2	0.6	13'000	0.6
China	1	0.3	1'100	0.1
Deutschland	7	2.2	29'180	1.4
Dominikanische Republik	5	1.6	33'030	1.5
Frankreich	1	0.3	880	0.0
Fürstentum Liechtenstein	128	39.8	842'115	39.2
Iran	1	0.3	8'570	0.4
Italien	13	4.0	91'150	4.2
Kroatien	4	1.2	22'470	1.0
Marokko	1	0.3	4'840	0.2
Mazedonien	4	1.2	33'250	1.5

Niederlande	1	0.3	7'040	0.3
Österreich	27	8.4	167'620	7.8
Peru	1	0.3	6'240	0.3
Portugal	6	1.9	39'070	1.8
Republik Kosovo	6	1.9	40'450	1.9
Republik Montenegro	1	0.3	6'270	0.3
Republik Serbien	13	4.1	77'600	3.6
Schweiz	27	8.4	170'220	7.9
Slowakische Republik	1	0.3	7'060	0.3
Slowenien	1	0.3	11'452	0.5
Spanien	4	1.2	26'430	1.2
Thailand	2	0.6	9'240	0.4
Türkei	63	19.6	481'305	22.4
Ungarn	1	0.3	5'850	0.3
USA	1	0.3	12'360	0.6
Total	**322**	**100**	**2'147'792**	**100**

Stabsstelle Finanzen

Stabsstellenleiter: Thomas Lorenz

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Stabsstelle Finanzen liegt in der Koordination des Planungsprozes-ses (Budget, Finanzplanung), dem Betrieb eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems, der Mitarbeit bei der Erstellung und Kommentierung der Landesrechnung, der regelmässigen finanziellen Berichterstat-tung zu Handen des Ressorts Finanzen, der Übernahme von oder die Mitarbeit bei Spezialaufgaben sowie allgemein in der Unterstützung aller Regierungsressorts und Amtsstellen in finanziellen, finanzhaushaltsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen. Das Berichtsjahr war zusätzlich geprägt durch die Mitarbeit im Projekt zur Sanierung des Landeshaushalts (ausgewogen2015.li) sowie die Schaffung eines neuen Finanzhaushaltsgesetzes.

Organisation / Personelles

Die Aufgaben der Stabsstelle werden von fünf Personen (4.1 Stellen) wahrgenommen.

Ständige Aufgaben

- Koordination des Planungsprozesses des Landes;
- Betrieb eines Kosten- und Leistungsrechungssystems;
- Monatliche Berichterstattung zuhanden des Ressorts Finanzen mit relevanten Daten zur Landesrechnung;
- Mitarbeit beim Abschluss und der Kommentierung der Landesrechnung;
- Unterstützung der Regierung bei Sitzungen mit der Finanzkommission des Landtags;
- Erstellung von Nachtragskreditvorlagen;
- Unterstützung der Amtsstellen in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen;
- Mitwirkung im Anlageausschuss für die Bewirtschaftung der staatlichen Reserven;
- Aufarbeitung der Voranschläge der Gemeinden zuhanden der Regierung als Aufsichtsorgan;
- Berechnung der für den Finanzausgleich an die Gemeinden notwendigen Faktoren;
- Betrieb des Beteiligungscontrolling-Systems;
- Koordinationsstelle für Fragen in Bezug auf die Corporate Governance für öffentliche Unternehmen;
- Mitarbeit in der Kommission für Entwicklungspolitik.

Schwerpunkte der Tätigkeit 2010

Verwaltungsinterne Projekte

- Mitarbeit im Projekt zur Sanierung des Landeshaushalts (ausgewogen2015.li);
- Grundlagenerarbeitung und Durchführung eines Pilotprojekts für ein Internes Kontrollsystem (IKS) in der Landesverwaltung;
- Einführung (Projektstart) der Kosten- und Leistungsrechnung im Amt für Soziale Dienste und im Schulamt;
- Umsetzung des Berichtswesens zur Kosten- und Leistungsrechnung und Start der halbjährlichen Con-trollinggespräche in den Amtsstellen;
- Mitarbeit im Verwaltungsausschuss zur Teilnahme an der Expo 2010 in Shanghai;
- Steuerungsgruppe zur langfristigen finanziellen Sicherheit der AHV;
- Steuerungsausschuss zur Überarbeitung des Stipendiengesetzes;
- Steuerungsausschuss Berichts- und Rapportierungssystem zur Umsetzung des Staatspersonalgesetzes (Steuerung über Gesamtlohnsumme);
- Schaffung eines neuen Finanzhaushaltsgesetzes.

Finanzbeziehungen zur Schweiz

- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/ Liechtenstein betreffend die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA);
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/ Liechtenstein betreffend die Mehrwertsteuer.

Voranschlag 2011

Der Landtag verabschiedete in seiner Sitzung vom November 2010 das Finanzgesetz für das Jahr 2011. In der Laufenden Rechnung stellen sich die Plandaten 2011 wie folgt dar:

Laufende Rechnung **Beträge in Mio. CHF**

	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Veränderung 11/10 abs.	Veränderung 11/10 in%
Ertrag	**843**	822	+21	+2.6
./. Aufwand	**921**	931	-9	-1.0
= Cash Flow	**-78**	-109	+31	-28.2
./. Abschreibungen Verwaltungsvermögen	**58**	73	-15	-20.4
= Ertrags-/Aufwand-überschuss	**-137**	**-182**	**+46**	**-25.1**

Nach den deutlichen Einbrüchen der Erträge aus Steuern und Abgaben im Jahr 2009 ging der im Herbst 2010 verabschiedete Voranschlag 2011 auch nicht von einer nachhaltigen Erholung aus. Im Budgetver-gleich wurde zwar mit einer Zunahme der laufenden Erträge um CHF 21 Mio. oder 2.6% gerechnet, doch lagen diese mit einem Volumen von CHF 843 Mio. immer noch deutlich unter den laufenden Aufwendungen, obwohl es der Regierung im Vergleich zum Vorjahresbudget gelang, diese um CHF 9 Mio. oder 1% zu reduzieren. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen ergibt sich damit in der Laufenden Rechnung ein budgetierter Aufwandüberschuss, welcher im Vergleich zum Voran-schlag 2010 um rund CHF 46 Mio. besser ausfällt, mit CHF -137 Mio. dennoch beträchtlich ist.

Investitionsrechnung **Beträge in Mio. CHF**

	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Veränderung 11/10 abs.	Veränderung 11/10 in%
Ausgaben	**68**	94	-25	-27.2
./. Einnahmen	**16**	17	-1	-4.4
= Nettoinvestitionen	**52**	**77**	**-25**	**-32.1**
Selbstfinanzierungs-grad	**-150%**	-141%	-8%P	+5.8

Die investiven Ausgaben setzen sich aus CHF 37 Mio. für Sachgüter (Hochbau, Tiefbau, Sachanlagen), CHF 19 Mio. für Investitionsbeiträge an Dritte sowie CHF 12 Mio. für Darlehen und Beteiligungen zusammen. Im Vorjahresvergleich führt vor allem der Wegfall der Subventionen an Grossprojekte der Gemeinden zu einer deutlichen Entlastung.

GesamtrechnungBeträge in Mio. CHF

	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Veränderung 11/10 abs.	Veränderung 11/10 in%
Ertrag / Einnahmen	**859**	838	+21	+2.5
./. Aufwand / Ausgaben	**989**	1'024	-35	-3.4
= Finanzierungs-fehlbetrag	**-131**	-186	+55	-29.8

Die Gesamtrechnung – als Zusammenfassung der Laufenden und der Investitionsrechnung – schliesst damit mit einem Finanzierungsfehlbetrag von CHF 131 Mio. ab.

Kosten- und Leistungsrechnung

Zu den bestehenden neun Amtsstellen mit Kosten- und Leistungsrechnung (Tiefbauamt, Amt für Wald, Natur und Landschaft, Amt für Volkswirtschaft, Amt für Statistik, Stabsstelle Finanzen, Amt für Handel und Transport, Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt, Amt für Gesundheit, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) kamen 2010 zwei weitere hinzu (Amt für Soziale Dienste, Schulamt). Das laufende Berichtswesen mit monatlich automatisiertem Berichtsversand wurde eingeführt. Ab dem Frühjahr 2010 finden ausserdem darauf aufbauende halbjährliche Controllinggespräche in den Amtsstellen und ab 2011 auch auf Ressortebene statt.

Finanzausgleich

Am 1. Januar 2008 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft getreten. Gegenüber dem vorherigen einnahmenbasierten System sieht die Regelung einen ausgabenorientierten Mechanismus vor, welcher den Gemeinden – ausgehend von der eigenen Steuerkraft – einen Mindestfinanzbedarf pro Kopf der Gemeindebevölkerung garantiert. Dieser Mindestfinanzbedarf wird für eine Periode von vier Jahren festgelegt und orientiert sich grundsätzlich an den durchschnittlichen Ausgaben der Gemeinden in der Vergangenheit.

Das Finanzausgleichssystem ist zweistufig aufgebaut. In einer ersten Stufe sind alle Gemeinden teil-nahmeberechtigt, deren standardisierte Steuerkraft pro Kopf unter dem definierten Mindestfinanzbedarf liegt. Mit der zweiten Stufe werden die «Kosten der Kleinheit» ausgeglichen, indem Gemeinden mit Einwohnern unter 3'300 Personen und einer unter dem Ausgabendurchschnitt aller Gemeinden liegenden originären Steuerkraft weitere Mittelzuteilungen erhalten. Eine Sonderzuteilung erfährt die Gemeinde Triesenberg für die Deckung der Kosten des Naherholungsgebietes Steg-Malbun.

Für das Rechnungsjahr 2010 stellt sich die Finanzausgleichsberechnung wie folgt dar:

Parameter

Faktor a [1]		0,7
Faktor k [2]		0,87
Mindestfinanzbedarf pro Kopf (MFB)	CHF	5'831.61
Einwohnergrenze [3]		3'300
K&E-Steuer-Anteil der Gemeinden		40%

Einwohner-Zuschlag Stufe 2

- unter 500 Einwohnern	CHF	2,0
- 501-2000 Einwohnern	CHF	1,4
- 2001-3300 Einwohnern	CHF	1,1
Einwohner für Sonderzuschlag Triesenberg		1'200

		Einwohner 2009	Vermögens- und Erwerbssteuer 2010 nach Steuerteilung individuell		200%[4]	Grundstück-gewinnsteuer 2010	Kapital- und Ertragssteuer 2010 brutto	Kürzungen[5]	netto	TOTAL Steuern 2010	Standartisierte Steuerkraft[6] pro Kopf	in %[8]	Originäre Steuerkraft[7] pro Kopf	in %[9]
Basisberechnungen	Balzers	4'513	9'046'294	170%	10'698'051	2'016'278	3'196'265		3'196'265	14'258'836	3'313	57%	2'947	44%
	Triesen	4'806	9'226'863	150%	12'216'832	797'435	10'489'693		10'489'693	20'513'991	4'236	73%	3'614	54%
	Triesenberg	2'511	3'801'371	150%	5'063'570	1'087'167	677'256		677'256	5'565'794	2'638	45%	2'136	32%
	Vaduz	5'204	26'888'875	150%	35'685'700	1'855'504	34'569'322	-5'904'217	28'665'106	57'409'484	11'070	190%	9'379	140%
	Schaan	5'788	22'122'593	150%	29'542'630	1'131'169	11'604'361		11'604'361	34'858'123	6'703	115%	5'421	81%
	Planken	422	893'832	150%	1'206'649	54'949	49'734		49'734	998'514	3'072	53%	2'331	35%
	Eschen	4'201	8'184'605	200%	8'272'614	1'621'217	1'709'780		1'709'780	11'515'601	2'640	45%	2'619	39%
	Mauren	3'884	8'130'774	180%	9'040'613	851'816	1'919'176		1'919'176	10'901'766	2'893	50%	2'659	40%
	Gamprin	1'583	2'483'941	150%	3'296'269	138'801	5'049'405		5'049'405	7'672'147	4'403	75%	3'890	58%
	Schellenberg	1'018	1'190'671	150%	1'588'507	127'403	67'142		67'142	1'385'216	1'732	30%	1'341	20%
	Ruggell	1'966	4'183'356	200%	4'212'869	543'595	1'937'821		1'937'821	6'664'772	3'109	53%	3'094	46%
	Total	**35'894**	**95'247'507**		**119'751'580**	**8'655'588**	**71'662'765**	**-5'904'217**	**65'758'548**	**169'661'644**	**4'860**	**83%**	**4'177**	**62%**

		Teilnahme Stufe 1	Diff. Steuer-kraft / MFB pro Kopf	Total Stufe 1	Teilnahme Stufe 2	Differenz zu Einwohner-Grenze	Einwohner-zuschlag	FAG Stufe 2 pro Kopf	Total Stufe 2	Sonder-zuschlag Triesenberg	Total FAG		Gesamtteuern und FAG Total	pro Kopf
Finanzausgleichs-berechnungen	Balzers	ja	3'042	13'722'180	nein						13'722'180	3'042	27'383'115	6'070
	Triesen	ja	1'596	7'669'665	nein						7'669'666	1'596	31'173'626	6'486
	Triesenberg	ja	3'193	8'018'357	ja	789	1.1	868	2'179'297	2'772'000	12'969'653	5'165	19'797'646	7'884
	Vaduz	nein			nein							0	66'206'309	12'722
	Schaan	nein			nein							0	42'278'161	7'304
	Planken	ja	2'760	1'164'528	ja	2878	2.0	5756	2'429'032		3'593'560	8'516	4'904'892	11'623
	Eschen	ja	3'192	13'407'918	nein						13'407'918	3'192	25'011'528	5'954
	Mauren	ja	2'939	11'414'121	nein						11'414'121	2'939	23'225'726	5'980
	Gamprin	ja	1'429	2'261'786	ja	1717	1.4	2404	3'805'215		6'067'001	3'833	14'551'476	9'192
	Schellenberg	ja	4'100	4'173'669	ja	2282	1.4	3195	3'252'306		7'425'976	7'295	9'209'028	9'046
	Ruggell	ja	2'722	5'352'007	ja	1334	1.4	1868	3'671'702		9'023'709	4'590	15'717'993	7'995
	Total			**67'184'230**					**15'337'552**	**2'772'000**	**85'293'782**	**2'376**	**279'459'499**	**7'786**

Erläuterungen / Bemerkungen

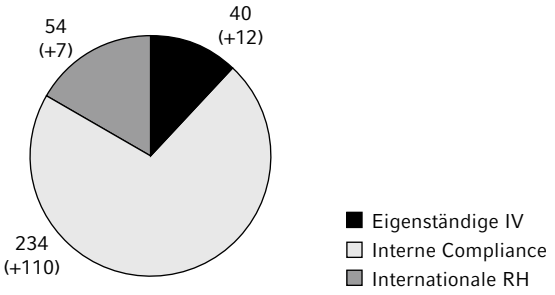
1) Faktor für die Berücksichtigung der Gemeindeanteile an der Kapital- und Ertragssteuer in der Berechnung der Steu-erkraft
2) Faktor für die Berechnung des Mindestfinanzbedarfs pro Kopf der Gemeinden (4jähriger Ausgabendurchschnitt x Faktor k = Mindestfinanzbedarf)
3) Maximale Einwohnerzahl für die Teilnahme an der Finanzausgleichsstufe 2
4) Für die Berechnung der standardisierten Steuerkraft wird bei der Vermögens- und Erwerbssteuer die berechnete Landessteuer pro Gemeinde verdoppelt. Differenzen aus der gemeindeindividuellen Steuerberechnung mit einem Zuschlag von 200% und der Verdoppelung der Landessteuer (100%) können sich vor allem aufgrund der Steuertei-lung unter den Gemeinden ergeben.
5) Überschreitet der Anteil einer Gemeinde 40 % der Summe aller Gemeindeanteile an der Kapital- und Ertragssteuer wird der Anteil der Gemeinde entsprechend gekürzt.
6) Vermögens- und Erwerbssteuer mit 200%igem Gemeindesteuerzuschlag + Grundstückgewinnsteuer + 70% der Kapital- und Ertragssteuer
7) Vermögens- und Erwerbssteuer mit individuellem Gemeindesteuerzuschlag + Grundstückgewinnsteuer + 70% der Kapital- und Ertragssteuer
8) In Prozent des Mindestfinanzbedarfs pro Kopf von CHF 5'832
9) In Prozent des Finanzbedarfs pro Kopf von CHF 6'703

Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU)

Stabsstellenleiter: René Brülhart

Die FIU hat im Jahr 2010 wie in den Vorjahren zusätzlich zur Umsetzung des präventiven Abwehrdispositivs bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, organisierten Kriminalität und der Terrorismusfinanzierung diverse Arbeiten im Auftrag des Ressorts übernommen. Zu den Aktivitäten auf nationaler Ebene, insbesondere der Früherkennung und damit verbunden dem direkten Kontakt mit den Finanzinstituten, wurden auf internationaler Ebene mit der Umsetzung der neuen Initiativen der G-20 (Aufträge an die OECD im Steuerbereich, an die FATF im Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsbereich sowie an das FSB im Aufsichts- und Regulierungsbereich) und insbesondere dem Vorsitz in der Task Force USA zeit- und ressourcenintensive Tätigkeiten weiter geführt. Wie in den Vorjahren hat die FIU einen aktiven Beitrag Liechtensteins im Rahmen der weltweiten Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung geleistet, sei es als Referenten an Fachveranstaltungen, Experten für internationale Organisationen oder als Vice Chair des Komitees der Egmont Group. Die Evaluation Liechtensteins im Kampf gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung durch Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Expertenkomitees des Europarates für Fragen der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (MONEYVAL) im Jahre 2007 hat wie in den Verfahrensregeln der Evaluationen vorgesehen im Folgejahr (2008) einen Progress Report zuhanden von Moneyval nach sich gezogen. Der zweite Progress Report wurde anlässlich der Plenarversammlung am 8. Dezember 2010 erstattet und von der Plenarversammlung angenommen. Die nächste Evaluation, durchgeführt durch Experten des IWF, ist für das Jahr 2012 geplant.

Im Vergleich zum Vorjahr (2009: 235 Verdachtsmitteilungen nach Sorgfaltspflichtgesetz/SPG und 21 Meldungen nach Marktmissbrauchsgesetz/MG) hat mit 328 SPG-Verdachtsmitteilungen, 19 MG-Meldungen und drei Meldungen nach Sanktionengesetz (ISG) eine massive Zunahme von Fällen stattgefunden. Es handelt sich dabei um die grösste jährliche Zunahme seit Aufnahme der Tätigkeit der Stabsstelle FIU vor zehn Jahren und dürfte nicht zuletzt durch das veränderte internationale Umfeld bzw. dessen Auswirkungen auf den Finanzplatz beeinflusst worden sein. Erfreulich ist, dass von den erstatteten Verdachtsmitteilungen über zwei Drittel auf der Arbeit der internen Compliance der Finanzintermediäre beruhen, was auf ein funktionierendes präventives Abwehrdispositiv schliessen lässt.



Personal und Organisation

Im Jahre 2010 arbeiteten sieben Mitarbeitende in folgenden Funktionen bei der FIU:
– Leitung
– Strategische Analyse
– Operative Analyse
– IT-Management
– Sekretariat

Diese auf den Geschäftsprozessen basierende Organisationsstruktur hat sich bewährt und ist kongruent mit den entsprechenden Stellenbeschreibungen.

Tätigkeiten der FIU

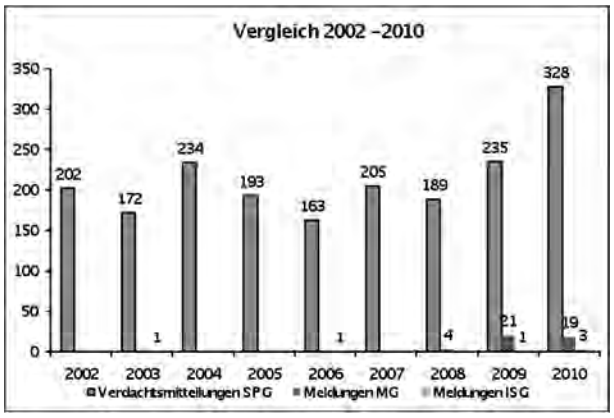
Die FIU bearbeitet schwergewichtig die folgenden Kernbereiche:
– die Entgegennahme und Auswertung der Mitteilungen der Finanzintermediäre gemäss Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes;
– die Beschaffung von Informationen, die für das Erkennen von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei, Organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung notwendig sind;
– die Entgegennahme von Meldungen nach dem Marktmissbrauchsgesetz;
– die Entgegennahme von Meldungen nach dem Sanktionengesetz.

Weitere Kernaufgaben sind die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die internationale Zusammenarbeit, die Leitung von nationalen Arbeitsgruppen sowie die internationale Expertentätigkeit.

Entgegennahme und Auswertung der Verdachtsmitteilungen gemäss Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes und der Meldungen gemäss Art. 6 des Marktmissbrauchsgesetzes sowie Art. 2 des Sanktionengesetzes

Im Berichtsjahr stieg die Anzahl Verdachtsmitteilungen an die FIU auf einen neuen Höchstwert. Es wurden insgesamt 328 Verdachtsmitteilungen nach SPG, 19 Meldungen nach MG und drei Meldungen nach ISG erstattet. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 39.6% im SPG-Bereich sowie einen Rückgang im MG-Bereich von 10.5%. Die Verdreifachung der ISG-Meldungen ist auffällig. Die Anzahl ISG-Meldungen liegt aber immer noch im tiefen einstelligen Bereich.

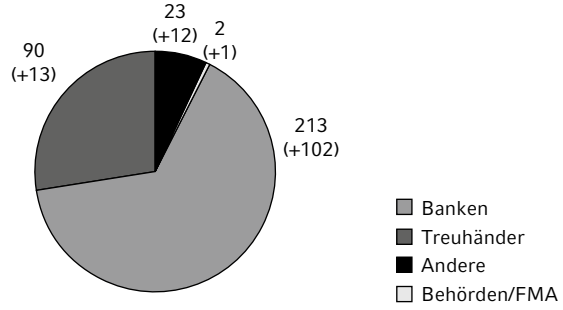
Im Speziellen ist zu berücksichtigen, dass ein einzelner Fallkomplex insgesamt beinahe drei Dutzend Verdachtsmitteilungen gemäss SPG bzw. Meldungen gemäss MG ausgelöst hat.



Die Ursachen für die jährlichen Schwankungen sind vielfältigen Ursprungs. Einerseits sind sie statistischer Natur, wonach sich wenige umfangreiche Fallkomplexe, die diverse Finanzintermediäre tangieren können, entsprechend auf das Gesamtbild auswirken. Andererseits haben neben Art und Umfang der internen Erhebungen der Finanzintermediäre (interne Compliance) auch die vom Ausland eingehenden Rechtshilfeersuchen und die im Inland eröffneten Strafverfahren direkte Auswirkungen auf die Anzahl Verdachtsmitteilungen. Im Jahr 2010 sind in absoluten Zahlen 58.1 % (+86) mehr Verdachtsmitteilungen aufgrund von interner Compliance erstattet worden als im Vorjahr. Um 17.4 % (+8) gestiegen ist die Anzahl der Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von Rechtshilfeersuchen erstattet wurden. Um 2.4 % (-1) zurückgegangen ist die Anzahl der Verdachtsmitteilungen wegen eigenständiger Inlandverfahren. Die Anzahl Verdachtsmitteilungen ohne bestehende Geschäftsbeziehung bewegt sich mit 21 (Vorjahr 18) wiederum auf sehr tiefem absolutem Niveau.

Von den insgesamt 328 eingegangenen SPG-Verdachtsmitteilungen wurden 275 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet (83.8 %), von den 19 MG-Meldungen 17 an die FMA.

Banken und Treuhänder waren im Jahr 2010 für 92.4 % der erstatteten Verdachtsmitteilungen verantwortlich. Insbesondere die Entwicklung bei den Banken zeigt, dass der eingeleitete Sensibilisierungsprozess gut verankert ist.



Weitere Details und Analysen zur Tätigkeit der FIU sind dem Jahresbericht 2010 zu entnehmen[1].

Informationsbeschaffung

Die Beschaffung von Informationen ist für die FIU zur Erfüllung ihres Auftrages essentiell. Die FIU kann sich einerseits Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen (dies sind insbesondere Wirtschaftsdatenbanken wie Lexis Nexis oder Reuters bzw. Fachpublikationen wie „le monde de renseignement", International Enforcement Law Reporter, Kriminalistik) und andererseits aus nicht öffentlichen Quellen beschaffen. Bei den letzteren stehen im Vordergrund die Abfrage von Registern und Datenbanken der Landesverwaltung, die Anfrage bei anderen FIUs, die Amtshilfe sowie die Durchführung von Evaluationsgesprächen mit Sorgfaltspflichtigen. Die Durchführung von Evaluationsgesprächen als präventives Element im Rahmen der Bekämpfung der Geldwäscherei, der Finanzierung des Terrorismus und der Verletzung internationaler Sanktionen ist in der Praxis weit verankert und trägt u. a. zur Verbesserung der Qualität der Meldetätigkeit bei. Zudem werden der FIU diejenigen Rechtshilfegesuche sowie Gerichtsbeschlüsse (Beschlagnahmung, Hausdurchsuchung, Vermögenssperre) zur Verfügung gestellt, die im Zusammenhang mit Delikten der Geldwäscherei, Korruption oder Organisierten Kriminalität gestellt werden bzw. ergangen sind. Die Informationsbeschaffung ist ein zentrales Element beim Erkennen von potentiellen Missbrauchshandlungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein. Diesbezüglich wurde die internationale Zusammenarbeit im Jahre 2010 weiter ausgebaut.

Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere dessen Finanzierung, ist zu einem festen und wichtigen Bestandteil im Tätigkeitsfeld der FIU geworden. Im Jahr 2010 haben wie im Vorjahr zahlreiche Aktivitäten in diesem Bereich, insbesondere auf operativer Ebene, stattgefunden. Im Zentrum dieser Handlungen standen die internationale Zusammenarbeit sowie die Verarbeitung von Anfragen und die Vornahme von Abklärungen für in- und ausländische Stellen. Die FIU hatte in diesem Rahmen meistens Anmerkungen, Informationen und Lösungsansätze zu formulieren, ob gewisse Vermögenswerte zum Umfeld von terroristischen Vereinigungen zu zählen oder ob bestimmte Personen terroristischen Vereinigungen zuzuordnen sind. Die nationale Koordination aller behördlichen Aktivitäten in diesem Bereich (Arbeitsgruppe Bekämpfung Terrorismusfinanzierung) wird durch die FIU vorgenommen. Auf internationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit dem Counter-Terrorism-Committee (CTC) der UNO weiter geführt, wobei auch der Aspekt der Einhaltung der Menschenrechte, insbe-

[1] Der Jahresbericht der Stabsstelle FIU wird voraussichtlich im Frühjahr 2011 veröffentlicht.

sondere in Bezug auf die Listenproblematik, mehr und mehr an Gewicht gewinnt und Liechtenstein sich diesbezüglich auch entsprechend positioniert hat.

Durchsetzung der internationalen Sanktionen
In diesem Bereich gingen Ende 2010 die ersten beiden Bewilligungsgesuche gemäss der verschärften Iranverordnung ein. Die sehr zeitintensive Bearbeitung dieser Fälle erfolgte innert nützlicher Frist, sodass die Regierung im Januar 2011 die ersten beiden Bewilligungen erteilen konnte.

Internationale Zusammenarbeit

EGMONT Group

13.–14. Januar 2010	5-Ländertreffen EGMONT, Wien
28. Februar – 4. März 2010	EGMONT Working Group Meeting, Mauritius
28. Juni – 2. Juli 2010	EGMONT Plenarversammlung, Kolumbien
11.–13. Oktober 2010	EGMONT Working Group Meeting, Moldawien

Die Egmont Group ist der weltweite Zusammenschluss von nationalen Financial Intelligence Units. Sie umfasst zurzeit 120 Financial Intelligence Units (Stand Dezember 2010). Die Egmont Group ist ein Forum zur Unterstützung der nationalen Programme in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Diese Unterstützung besteht insbesondere in der Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen den nationalen Financial Intelligence Units. Die FIU ist seit Juni 2001 Mitglied der Egmont Group.

MONEYVAL

2.–5. Februar 2010	Premeeting Evaluation Slovenien, Strasbourg
15.–19. März 2010	MONEYVAL Plenary
28. September – 1. Oktober 2010	MONEYVAL Plenary
7.–10. Dezember 2010	MONEYVAL Plenary

MONEYVAL ist das Expertenkomitee des Europarates für die Evaluierung von Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Es überprüft seine Mitgliedstaaten, die (mit Ausnahme Russlands) nicht Mitglied der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) sind, ob diese ihre nationalen Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Lichte der Konvention gegen Geldwäscherei aus dem Jahre 1990 und der 40 Empfehlungen der FATF ausgerichtet haben. Zudem werden die Mitgliedsländer hinsichtlich der 9 Spezialempfehlungen der FATF zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus überprüft.

FATF

15.–17. Februar 2010	FATF Joint Plenary, Abu Dhabi
8.–9. April 2010	FATF Plenary, Paris
21. Juni 2010	FATF Plenary, Amsterdam
6.–7. September 2010	FATF Plenary, Paris
21.–23. September 2010	FATF Plenary, Washington
18.–20. Oktober 2010	FATF Plenary, Paris
15.–19. November 2010	FATF Typologies Meeting, Kapstadt
22. November 2010	FATF Plenary, Paris

Die FATF wurde vor 21 Jahren von der G7 als eine Expertengruppe mit dem Auftrag eingesetzt, die Methoden der Geldwäscherei zu analysieren und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Sie besteht gegenwärtig aus 36 Mitgliedern und zwei internationalen Gremien (Europäische Kommission und Gulf Cooperation Council). Hauptziel der FATF ist die Entwicklung und Förderung von Grundsätzen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. Hierzu hat die FATF 40 Empfehlungen als Mindeststandards sowie 9 Spezialempfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung verabschiedet.

Task Force USA

22.–24. März 2010	Dienstreise USA
29.–30. November 2010	Dienstreise USA

Weitere Expertentätigkeit

4.–5. Oktober 2010	FIU Plattform Brüssel
20.–22. Oktober 2010	AG Informationssicherheit Bonn/Wien
28.–29. Oktober 2010	International Summit on Transnational Crime, Genf
Technical Assistance	
25.–30. Januar 2010	IWF Kirgistan
30. Mai – 5. Juni 2010	UN Elfenbeinküste
25.–29. Oktober 2010	IWF Aserbaidschan
Referententätigkeit	
8.–12. März 2010	Operative Kriminalanalyse, Bern
26.–27. April 2010	GW-Tagung, München
3.–4. Mai 2010	Ost CH Polizeikonkordat
Offizielle Besuche	
15.–19. November 2010	Staatsbesuch des Erbprinzen Indien (Mitglied der Delegation)

Arbeitsgruppen

Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung
Im Berichtsjahr hat keine Sitzung stattgefunden.

Task Force USA
Im Berichtsjahr haben drei Sitzungen stattgefunden.

Arbeitsgruppe Vermittlung von Kriegsmaterial und nuklearen Gütern
Im Berichtsjahr hat keine Sitzung stattgefunden.

Schweizerische Arbeitsgruppe Operative Kriminalanalyse
Im Berichtsjahr haben sechs Sitzungen stattgefunden.

Informatik-Lösung

Nebst Standardsoftware der Firma i2 Ltd. setzt die Stabsstelle FIU für die Fallbearbeitung ein datenbankbasiertes System der Firma BST Informatik, St. Gallen, ein. Für die administrative Verwaltung der Fälle steht eine Individual-Software der Firma Infotech AG, Schaan, zur Verfügung. Mit der Beschaffung der Software InfoZoom der humanIT Software GmbH wurde die Informatikpalette um ein modernes Statistik- und Auswerteprogramm erweitert.

Ausbildung

Intern wurden zahlreiche Schulungen zum Aufgabenbereich der FIU durchgeführt. Zudem wurden verschiedene Sprachkurse (Englisch) belegt.

Ein Mitarbeiter absolvierte beim englischen Softwareanbieter i2 Limited ein «Train the Trainer» Ausbildungsprogramm.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht

Präsident: Dr. Wilhelm Ungerank

Die Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht entscheidet gemäss Art. 35 Abs. 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2004 über die Finanzmarktaufsicht (FMAG), LGBl. 2004 Nr. 175, über Beschwerden gegen Entscheidungen und Verfügungen der Finanzmarktaufsicht.

Geschäftsausweis
Der Geschäftsanfall (12 Beschwerdefälle) ist im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr neuerlich zurückgegangen. Die neu angefallenen Beschwerdefälle betrafen folgende Gegenstände:

Gegenstand	Anzahl
Beschwerde nach dem Bankengesetz	1
Beschwerden nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz	2
Beschwerde nach dem Versicherungsvermittlungsgesetz	1
Beschwerde nach dem Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge	1
Beschwerde nach dem Investmentunternehmensgesetz	1
Beschwerden nach dem Vermögensverwaltungsgesetz	2
Beschwerde nach dem Rechtsanwaltsgesetz	1
Beschwerde nach dem Finanzmarktaufsichtsgesetz	1
Beschwerden nach dem Sorgfaltspflichtgesetz	2

Im Berichtsjahr hielt die Beschwerdekommission vier Sitzungen ab.

Geschäftsanfall	**Anzahl**
aus dem Jahr 2009 unerledigt übernommen	3
im Berichtsjahr neu angefallen	12
	15
im Berichtsjahr erledigt	15
unerledigt geblieben am 31.12.2010	0

Liechtensteinische Landessteuerkommission

Präsident: lic.iur. Arno Sprenger

Im Laufe des Geschäftsjahres 2010 gingen bei der Liechtensteinischen Landessteuerkommission insgesamt 24 neue Fälle ein, wovon 16 Beschwerdesachen erledigt wurden und 8 Beschwerdesachen auf die ersten Sitzungen im Jahr 2011 verschoben werden mussten, da die betreffenden Akten und Gegenäusserungen erst zu kurzfristig vor der letzten Sitzung des Jahres 2010 bei der Liechtensteinischen Landessteuerkommission eingegangen sind. Zudem wurden alle noch aus dem Vorjahr pendenten 10 Fälle entschieden.

Aus den Geschäftsvorjahren sind somit per Berichtsdatum keine Fallentscheidungen pendent.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungsrätin Dr. Renate Müssner

Im Berichtsjahr konnte das Ressort Gesundheit zahlreiche gewichtige Gesetzesvorlagen umsetzen. Das Berichtsjahr stand auch im Zeichen des Sanierungsprojektes, welches die Regierung zur Sanierung des Staatshaushaltes erarbeitet hat und vom Landtag verabschiedet worden ist. Das Sanierungsprojekt stellte das Ressort Gesundheit und die unterstellten Institutionen vor grosse Herausforderungen. Die notwendigen Sparmassnahmen konnten zum Teil im Berichtsjahr bereits in die Wege geleitet oder sogar umgesetzt werden. Zudem wurde kontinuierlich die Umsetzung der im Bericht und Antrag Nr. 51/2010 (Gesamtschau und Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens) vorgeschlagenen Massnahmen vorangetrieben.

Regionale/Internationale Beziehungen

Das Ressort Gesundheit hat im Berichtsjahr die zwischenstaatlichen Beziehungen auf Ministerebene intensiviert. Sowohl ein Treffen mit dem österreichischen Bundesminister Alois Stöger als auch mit dem schweizerischen Bundesrat Didier Burkhalter fanden statt. Beide Treffen standen im Zusammenhang mit der Unterzeichnung zwischenstaatlicher Vereinbarung, so wurde mit der Republik Österreich ein Abkommen betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein unterzeichnet, mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft konnte die Strahlenschutzvereinbarung unterzeichnet werden, welche die Zusammenarbeit der liechtensteinischen und schweizerischen Behörden im Bereich ionisierende Strahlung regelt.

Des Weiteren wurde die Beziehungen zu den umliegenden Kantonen und Bundesländern, allen voran der Kanton St.Gallen, sowie zur Gesundheitsdirektorenkonferenz Ost (GDK Ost) gepflegt.

Gesetzgebung / Parlamentarische Projekte

Gesamtschau und Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens

Der Landtag hat im Mai des Berichtsjahres den Bericht und Antrag betreffend die Gesamtschau und Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens (Bericht und Antrag Nr. 51/2010) in Behandlung gezogen. Auslöser für die Erarbeitung des fast 400 Seiten starken Massnahmenberichtes war die Dezember-Session des Landtages, in welcher die Regierung beauftragt wurde, eine Gesamtschau des liechtensteinischen Gesundheitswesens zu erstellen und darin Massnahmen aufzuzeigen, durch welche das System kurz-, mittel- und langfristig verbessert werden kann, vor allem hinsichtlich der stetig steigenden Kosten.

Der Bericht und Antrag enthält 43 Massnahmen, welche von einer Expertengruppe geprüft worden sind. Davon sind 28 Massnahmen zur Realisierung empfohlen worden. Nachdem der Landtag in seiner Diskussion sich nicht dazu durchringen konnte, Schwerpunkte zu setzen oder gewisse Bereiche von der Reform auszunehmen, hat das Ressort Gesundheit die Schwerpunkte der zur Umsetzung empfohlenen Massnahmen definiert. Im Berichtsjahr wurde zahlreiche Massnahmen bereits umgesetzt, lanciert oder zur Detailprüfung weiterbearbeitet.

Tierschutzgesetz

Da das frühere Tierschutzgesetz noch aus dem Jahr 1988 stammte, war eine Überarbeitung dringend notwendig geworden. Da die Schweiz die Schaffung eines neues Tierschutzgesetzes auf Ende 2008 beschlossen hatte, wurde von der Regierung ebenfalls eine Totalrevision angestrebt. Dies sollte sich wiederum am schweizerischen Vorbild orientieren, wie dies bereits beim Vorgängergesetz der Fall gewesen war.

Das Tierschutzrecht erfuhr durch das neue Tierschutzgesetz eine Vielzahl von Neuerungen. Dreh- und Angelpunkt des neuen Gesetzes ist die Verankerung der Würde des Tieres im Gesetz. Nach umfangreicher Debatte hat der Gesetzgeber das neue Tierschutzgesetz und die Teilrevisionen der Nebengesetze im Herbst 2010 verabschiedet und das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2011 festgelegt.

Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften

Nachdem der Staatsgerichtshof Ende 2008 ausjudiziert hatte, dass das gesetzliche Verbot zur Führung einer Arztpraxis und einer Praxis eines Gesundheitsberufes als juristische Person verfassungswidrig sei, hat er die massgeblichen Bestimmungen aufgehoben. Die entstandene Rechtslücke wurde dadurch geschlossen, dass sowohl im Ärztegesetz als auch im Gesundheitsgesetz ein neues Kapitel implementiert wurde, welches die Führung einer Praxis als juristische Person normiert und die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schafft um einen Wildwuchs in diesem Bereich zu verhindern. Bei der Ausgestaltung der Vorlage orientierte das Ressort Gesundheit sich, soweit sinnvoll, am Gesetz über die Rechtsanwälte, da in diesem Gesetz im Jahr 2007 ein analoges Kapitel eingefügt worden war.

EWR-Arzneimittelgesetz

Der gemeinsame EWR-Ausschuss hat im Mai 2009 die Übernahme des «pharmaceutical package» in das EWR-Abkommen beschlossen. Das «pharmaceutical package» beinhaltet neben einer EG-Verordnung auch drei Richtlinien. Die Umsetzung der drei Richtlinien erfolgte über die Implementierung in das EWR-Arzneimittelgesetz (nationale Umsetzung des Arzneimittelrechts des EWR). Teil der Umsetzung des «pharmaceutical packages» war der Abschluss des Abkommens mit Österreich über die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein.

Das «pharmaceutical package» umfasst hauptsächlich die Änderungen der verschiedenen Genehmigungsverfahren. Liechtenstein hat bei der Übernahme eine Ausnahme ausgehandelt: Liechtenstein erteilt keine Bewilligungen im dezentralisierten Verfahren und im Verfahren der gegenseitigen Anerkennung, da dies zu aufwendig wäre. Mit Österreich konnte eine Vereinbarung geschlossen werden, dass die Erteilung der Genehmigung im Rahmen der beiden genannten Verfahren von Österreich übernommen wird und auf Liechtenstein ausgedehnt wird, falls der Antragssteller dies beantragt.

Strahlenschutzgesetz
Das rudimentäre liechtensteinische Strahlenschutzgesetz datierte aus dem Jahr 1964, parallel waren die schweizerischen Strahlenschutzbestimmungen über den Zollvertrag anwendbar, obwohl der Grossteil der Bestimmungen keine Zollvertragsmaterie darstellte und daher die Anwendbarkeit in Liechtenstein dem Sinn des Zollvertrages widersprach. Daher wurde eine Neuordnung des liechtensteinischen Strahlenschutzrechtes initiiert. Das Strahlenschutzgesetz 1964 wurde aufgehoben und durch ein neues Gesetz ersetzt. Zusätzlich wurde eine zwischenstaatliche Vereinbarung mit der Schweiz geschlossen, welche die Zuständigkeiten der liechtensteinischen und schweizerischen Behörden regelt. Abschliessend wurden die Anlagen zum Zollvertrag aktualisiert, auf Zollvertragsmaterie reduziert und um weitere Rechtsakte erweitert.

Krankenversicherungsgesetz
Für die Umsetzungen der in Bericht und Antrag Nr. 51/2010 (Gesamtschau und Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Gesundheitswesens) empfohlenen Massnahmen, die eine Gesetzesanpassung benötigen, sowie insbesondere durch die Änderungen der Finanzierung der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) zur Sanierung des Staatshaushaltes, war eine Revision des Gesetzes über die KVG notwendig geworden. Ende des Berichtsjahres wurde der dazugehörige Vernehmlassungsbericht vom Ressort Gesundheit fertig gestellt und der Regierung vorgelegt. Vorgezogen wurde die Überarbeitungen der Bestimmungen zum Wirtschaftlichkeitsverfahren im KVG. Die betreffenden Bestimmungen wurden genauer beschrieben und dem Amt für Gesundheit grössere Kompetenzen bezüglich der Kontrolle der Wirtschaftlichkeitsverfahren durch die Kassen und den Krankenkassen eingeräumt. Ende 2010 wurde der Bericht und Antrag vom Ressort Gesundheit fertig gestellt und dem Rechtsdienst der Regierung zur legistischen Prüfung übergeben.

Verordnungen

Kostenziel 2011
Gegen Ende des Berichtsjahr wurde die Verordnung über das Kostenziel in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für das Jahr 2011 von der Regierung verabschiedet. Das Kostenziel wurde mit 3.9% festgelegt. Dieser Wert liegt unter den Werten der vorangegangenen Werte. Der Trend der Dämpfung der Kostensteigerung im Gesundheitswesen ist klar erkennbar und hält weiterhin an.

Gesundheitsförderung und Prävention

Krebsregister
Gemäss Art. 50 Abs. 1 Bst. f Gesundheitsgesetz obliegt dem Amt für Gesundheit die Führung eines Krebsregisters. Eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe hat bereits im Jahr 2009 festgestellt, dass es für Liechtenstein effizienter und ökonomisch sinnvoller wäre, sich einem bereits bestehenden Krebsregister anzuschliessen, anstatt ein eigenes Register aufzubauen. Nach Prüfung möglicher Partner fiel die Wahl auf das Krebsregister St.Gallen-Appenzell. Mit dem Krebsregister St.Gallen-Appenzell konnte im Berichtsjahr eine Partnerschaft eingegangen werden, so dass seit Januar 2011 Daten der liechtensteinischen Patienten gesammelt und ausgewertet werden.

Hypertoniestudie
Das Labor Risch hat im Berichtsjahr mit weiteren Fachexperten eine Studie zur Erforschung der Hypertonie (Bluthochdruck) lanciert. In dieser mehrjährigen Studie sollen 2'000 Probanden zwischen dem 25. und 40. Lebensjahr untersucht werden, um daraus neue Erkenntnisse darüber zu gewinnen, durch welche genetischen oder exogenen Faktoren (Umwelteinflüsse) das Risiko, an Hypertonie zu erkranken, erhöht wird. Die breit angelegte Studie soll auch der Entwicklung neuer Präventions- und Therapiemethoden dienen. Die Hypertoniestudie wird von der Regierung unterstützt und durch das Programm «Herzensangelegenheit» medial wie auch inhaltlich gefördert und begleitet.

Sonstige Projekte

Revision Arzttarif
Die ersten beiden Kapitel des revidierten liechtensteinischen Arzttarifs, die Kapitel 0 (Grundleistungen) und 1 (Allgemeine, diagnostische und therapeutische Leistungen) konnten im Berichtsjahr verabschiedet werden. Die Regierung hat die beiden Kapitel, welche ca. 60% der pro Jahr abgerechneten Leistungen umfassen, genehmigt. Das Inkrafttreten hängt nun von der technischen Umsetzung der neuen Tarifstruktur ab. Parallel zu diesem Implementierungsprozess laufen die Revisionsarbeiten an den übrigen Kapiteln des neuen Tarifs weiter. Der neue Tarif wird deutlich mehr Transparenz in das Gesundheitswesen bringen.

AMTSSTELLEN

Amt für Gesundheit

Amtsleiter: Peter Gstöhl

Im Zentrum des Tagesgeschäftes stand wie üblich die Erteilung von Bewilligungen sowie die Kontroll- und Aufsichtsfunktion gemäss gesetzlichem Auftrag. Daneben wurde das System der Kosten- und Leistungsrechnung der Landesverwaltung produktiv eingeführt. Im weiteren wurde das Amt im Sommer einer Prüfung durch die externe Revision unterzogen. Besonders erwähnenswert ist die Unterzeichung von drei Staatsverträgen im Aufgabenbereich des Amtes: zum einen das Abkommen mit Österreich betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Arzneimitteln, zum anderen das Abkommen mit der Schweiz betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes und schliesslich die Vereinbarung mit der Schweiz bezüglich Organtransplantationen.

Allgemeines

Internes
Das System der Kosten- und Leistungsrechnung steht seit Anfang des Berichtsjahres im Amt für Gesundheit im produktiven Einsatz. Die geleistete Arbeitszeit wird jeweils einem Kostenträger oder einer Kostenstelle zugeordnet. Das Amt wird bei der Weiterentwicklung sowie bei der Auswertung weiterhin von der Stabsstelle Finanzen unterstützt.

Im Sommer 2010 wurde die Abteilung Kranken- und Unfallversicherung durch die externe Revisionsstelle des Fürstentums Liechtenstein einer Nachfolgeprüfung zur Schwerpunktprüfung aus dem Jahr 2008 unterzogen. Das dieser Prüfung zugrunde liegende Interne Kontrollsystem (IKS) für diesen Bereich war vom Amt im Rahmen eines Pilotprojektes Anfang 2008 fertig gestellt worden. Der Revisionsbericht wurde im Dezember des Berichtsjahres mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags diskutiert.

Es wird ein Lernender bzw. eine Lernende ausgebildet. Aufgrund des vielfältigen Aufgabengebietes können die Auszubildenden jeweils für ein Jahr im Amt bleiben und dabei in ganz verschiedenen Arbeitsbereichen ihre Lernziele erfüllen.

Spitalwesen
Im Bereich des Spitalwesens wurden auch im Berichtsjahr diverse Spitalverträge angepasst. Für das Liechtensteinische Landesspital fielen in der laufenden Rechnung aufgrund der Globalbudget- und Tarifvereinbarung für das Land Kosten im Umfang von CHF 6.5 Mio. an. An ausländische Spitäler wurden Spitalbeiträge im Umfang von CHF 13.5 Mio. ausbezahlt.

Die Umsetzung des Leistungsauftrages des Liechtensteinischen Landesspitals wurde im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Landesspital weiter vorangetrieben.

Das Amt für Gesundheit hat im Jahr 2010 im Rahmen der Arbeitsgruppe zur baulichen Weiterentwicklung des Liechtensteinischen Landesspitals im Auftrag der Regierung bei der Erarbeitung eines Berichts und Antrags mitgewirkt.

Internationales
Am 1. Dezember 2010 trat das Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein in Kraft, welches am 31. Mai 2010 in Vaduz unterzeichnet worden war. Aufgrund des Abkommens werden Zulassungen, welche die zuständige österreichische Behörde im Rahmen des gegenseitigen Anerkennungsverfahrens oder dezentralen Verfahrens (MRP/DCP) erteilt, automatisch in Liechtenstein Gültigkeit haben, sofern der Antragsteller dies explizit beantragt.

Ebenfalls am 1. Dezember 2010 trat die Vereinbarung mit der Schweiz betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes in Kraft. Für einen von Liechtenstein jährlich zu leistenden Pauschalbetrag unterstützen die jeweils zuständigen schweizerischen Behörden die für den Vollzug der Gesetzgebung im Strahlenschutzbereich verantwortlichen liechtensteinischen Behörden.

Ab dem 1. April 2010 kommt die Vereinbarung mit der Schweiz über die Zuteilung von Organen zur Transplantation zur Anwendung. Personen mit Wohnsitz in Liechtenstein werden bei der Aufnahme in die Warteliste von Swisstransplant für Organspendenempfänger sowie bei Zuteilung von Organen gleich behandelt wie Personen mit Wohnsitz in der Schweiz.

Die Arbeiten an der Einführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der Sozialen Sicherheit wurden weiter geführt. Ziel der Reform ist die Vereinfachung und Modernisierung des über Jahrzehnte entwickelten Regelwerks.

Im Herbst besuchte eine Delegation des Sozialausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen einer Informationsfahrt durch die Region das Amt für Gesundheit, um sich über das Liechtensteinische Sozialversicherungssystem zu informieren.

Recht
Die Abänderung des Ärzte-, Gesundheits- und Krankenversicherungsgesetzes (Ärzte- und Gesundheitsberufegesellschaften) wurde anlässlich der Oktober-Landtagssitzung verabschiedet und trat gleichzeitig mit einer Abänderung der Gesundheitsverordnung am 7. Dezember 2010 in Kraft.

Der Vernehmlassungsbericht betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Schulzahnpflege (Gesetz

über die Kinder- und Jugendzahnpflege) wurde im Berichtsjahr grösstenteils fertig gestellt.

Gesundheitsberufe

Ende 2010 stellte sich der Stand von erteilten Bewilligungen folgendermassen dar:

Leistungserbringer	Stand 31.12.2010	2010 erteilte Bewilligungen	Bemerkungen
Ärzte	94 + 12*	6 + 12*	1 Löschung, 2 ruhend
Apotheker	5 + 4*	1*	
Augenoptiker	5 + 2*		
Chiropraktoren	4		
Drogisten	2 + 2*	2*	
Ergotherapeuten	6 + 7*	3 *	1 ruhend
Ernährungsberater	4		1 Löschung
Hebammen	7 + 1*	1	1 Löschung
Labormedizinische Diagnostiker	3 + 5*	5*	
Logopäden	2		1 ruhend
Medizinische Masseure	12 + 1*	3 + 1*	
Naturheilpraktiker	25	4	
Osteopathen	1		
Pflegefachfrauen/-männer	5 + 14*	2*	2 Löschungen
Physiotherap.	40 + 12*	2 + 6*	1 Löschung
Psychologen/Psychotherapeuten	15 + 2*	2	1 ruhend, 1 Löschung
Zahnärzte	30 + 14*	4*	2 Löschungen

* = eigenverantwortlich im Angestelltenverhältnis

Leitlinien für Werbung in Gesundheitsberufen
Die Interpellationsbeantwortung betreffend die Gleichstellung von liechtensteinischen Leistungserbringern in Gesundheitsberufen mit ihren schweizerischen Berufskollegen in punkto Werbung und Empfehlung wurde anlässlich der April-Landtagssitzung zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang wurden in der Folge Leitlinien erarbeitet und von der Regierung genehmigt, welche die relevanten Begriffsbestimmungen zu Werbung und Empfehlung eindeutig definieren und im Anwendungsfall klären, da bei den bestehenden Regelungen in den Gesetzen und Verordnungen Präzisierungsbedarf bestand.

Gesundheitsförderung und Prävention

IBK-Wettbewerb (Internationale Bodensee Konferenz)
Zum ersten Mal war Liechtenstein als eigenständiger Partner und somit autonom bei der vierten Ausschreibung des IBK-Gesundheitspreises dabei. Fünf Projekte aus Liechtenstein wurden für den vierten IBK-Preis für Gesundheitsförderung und Prävention durch die Liechtensteinische Jury nominiert.

Life Cycle
Als Projektpartner nimmt das Amt für Gesundheit in Kooperation mit dem Verkehrs-Club Liechtenstein (VCL) am mehrjährigen EU-Projekt LifeCycle teil. Zum zweiten Mal fand der Wettbewerb «mit dem Rad oder zu Fuss zum Einkaufen» von Mai bis September 2010 statt. Drei Unternehmen mit Filialen in sechs verschiedenen Gemeinden beteiligten sich an der Aktion. Monatlich wurden an den Standorten jeweils ein Monats-Gewinner gezogen. Aus allen Teilnehmenden wurden zum Abschluss sechs Hauptgewinner, pro Standort je 1 Person, gezogen.

«herzensangelegenheiten»
Im Juni 2010 startete die GAPP Studie (Genetic and phenotypic determinants of blood pressure and other cardiovascular risk factors) in Liechtenstein. Ziel ist die Erforschung von Ursachen für Bluthochdruck und anderen Risikofaktoren, die das Auftreten von Herzkreislauferkrankungen begünstigen (z.B. Herzinfarkt, Arteriosklerose). Diese Studie wird durch das Labormedizinische Zentrum Dr. Risch und dem Universitätsspital Basel in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit durchgeführt. In den nächsten 2-3 Jahren werden alle Einwohner von Liechtenstein im Alter zwischen 25-41 Jahren (Jahrgang 1969 und jünger) zur Teilnahme an dieser Studie eingeladen. Das Amt für Gesundheit unterstützt die Studie im administrativen Bereich.

Als Begleitung dieser Studie hat das Amt für Gesundheit eine Kampagne gestartet mit dem Ziel, das Thema «Gesunder Blutdruck» in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und aufzuzeigen, wie eine gesunde Lebensführung einen gesunden Blutdruck unterstützt.

COPD-Roadshow
COPD (**C**hronic **O**bstructive **P**ulmonary **D**isease) ist eine chronische, den Atemfluss behindernde Lungenkrankheit. Sie lässt das Atmen immer schwieriger werden. Mittels Aufklärung und Lungenfunktionstests könnten zahlreiche Krankheitsfälle verhindert werden; die Lungenliga Zürich hat deshalb die COPD-Roadshow «Stop COPD» lanciert. Im August gastierte diese im Rahmen des Begleitprogramms zur Hypertoniestudie auf Einladung des Amtes für Gesundheit und in Kooperation mit der Liechtensteinischen Ärztekammer in Vaduz. Rund 250 Personen kamen an den Stand um sich testen und beraten zu lassen. 13.6 Prozent der Teilnehmenden zeigten krankhafte Resultate. Diesen Personen wurde eine weitere Abklärung und Behandlung durch ihren Arzt empfohlen. Fast 17 Prozent der Teilnehmer hatten ein leichtes Risiko, an COPD zu erkranken. Auch diese Personengruppe erhielt persönliche Empfehlungen.

Gesundheitsschutz

Pandemie

In der zweiten Dezemberhälfte 2009 erreichte die Pandemie mit der neuen Influenza A (H1N1) ihren Höhepunkt. Zu Beginn des Jahres 2010 flaute die Grippe ab. Am 14. Januar 2010 erklärte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) das Ende der pandemischen Maßnahmen. Insgesamt verlief die Pandemie ähnlich wie eine saisonale Grippe. Im Gegensatz zu ihr fanden sich schwere Erkrankungen und Todesfälle vorwiegend in der Altersgruppe der 20-60-jährigen. Am 19. August 2010 erklärte die WHO die Influenza-Pandemie H1N1 für beendet.

Zur Evaluation der Maßnahmen einerseits und zur Analyse möglicher Schwachstellen in der Organisation andererseits lud das BAG im Mai 2010 alle Kantone und das Fürstentum Liechtenstein zu einem Workshop ein. Die gesammelten Rückmeldungen sollen in der Folge in Arbeitsgruppen bearbeitet werden und in die Überarbeitung des schweizerischen Pandemieplanes einfliessen. Insgesamt haben die liechtensteinischen Krankenkassen rund 3'500 Impfungen mit dem pandemischen Impfstoff abgerechnet. Der restliche Impfstoff wurde nach Ablauf des Haltbarkeitsdatums fachgerecht entsorgt.

Krebsregister

Mit der Revision des Gesundheitsgesetzes 2007 erhielt das Amt für Gesundheit den Auftrag, ein Krebsregister einzuführen. 2009 wurde dazu eine Arbeitsgruppe einberufen, die nebst der Ärztekammer auch die Patientenorganisation, die Krebshilfe und die Datenschutzstelle umfasste. Die Arbeitsgruppe klärte die datenschutzrechtliche Situation ab, befasste sich mit der Frage der Organisation eines Krebsregisters und bereitete die Information der Bevölkerung vor. Im Dezember 2010 informierte Regierungsrätin Dr. Renate Müssner die Öffentlichkeit über den Start des Krebsregisters am 01. Januar 2011. Die Daten werden durch das Krebsregister St. Gallen - Appenzell erfasst und ausgewertet.

Heilmittelkontrolle

Arzneimittel

Bewilligungen und Inspektionen	
Verlängerung Bewilligung für Grosshandel	6
Erneuerung Herstellungsbewilligung	2
Inspektionen Grosshandelsbetriebe	1
Inspektionen Herstellungsbetriebe	3
Inspektionen Betäubungsmittel	3
GMP Zertifikate	4
Verlängerung Bewilligung Umgang mit Betäubungsmitteln	3
Vorbereitung der Bewilligungen zum Bezug von Dronabinol	8
Inspektion eines Betriebes betreffend Umgang mit Blut	2
Bewilligung betreffend Umgang mit menschlichen Gewebe und Zellen	1
Inspektion eines Betriebes betreffend Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen	1
Ärzte/-innen mit neuen Bewilligungen zur Selbstdispensation	1
Ärzte/-innen mit abgeänderter Bewilligung zur Selbstdispensation	2
Inspektionen von Ärzten/-innen	4

Übernahme von Entscheidungen betreffend Zulassungen im zentralen Verfahren	
Neue Zulassungen von Humanarzneimittel	67
Verlängerung von Humanarzneimitteln	57
Widerruf von Humanarzneimitteln	8
Aussetzung von Humanarzneimitteln	10
Neue Zulassungen von Tierarzneimitteln	13
Verlängerung von Tierarzneimitteln	11
Widerruf von Tierarzneimitteln	4
Aussetzung von Tierarzneimitteln	1
Übernahme von Entscheidungen betreffend Ausweisung von Arzneimitteln für seltene Krankheiten	90
Anzahl Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen (NCE), die nicht automatisch in Liechtenstein zugelassen sind	31
Anzahl gestrichener NCEs aus Negativliste	29

Am 29. Mai 2009 hatte der Gemeinsame EWR-Ausschuss die Übernahme des sog. «pharmaceutical package» in das EWR-Abkommen beschlossen. 2010 wurde das «pharmaceutical package» durch die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-AMG) umgesetzt. Im Rahmen der Abänderung des Gesetzes wurden auch die Bestimmungen an die mit Österreich abgeschlossene Vereinbarung betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassener Human– und Tierarzneimittel in Liechtenstein angepasst. Das Abkommen trat gemeinsam mit der Abänderung des EWR-AMG am 01. Dezember 2010 in Kraft.

In Anpassung an eine neue EU-Richtlinie wurde die Verordnung vom 02. März 2004 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-VKlin) abgeändert. Gleichzeitig mit der Abänderung wurden von der ESA aufgezeigte Mängel behoben.

Vernehmlassungsbericht zum Gesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe

Im Juli 2010 stimmte die Regierung den überarbeiteten Richtlinien für die Abgabe von Methadon an Patienten zu. Zur Umsetzung der Richtlinien ist eine mögliche Einschränkung der Abgabe von Betäubungsmitteln durch

Fachpersonen gesetzlich vorzusehen. Dazu wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Die Frist lief bis zum 31. Januar 2011.

Verbraucherschutz

Medizinprodukte (MD), In-vitro-Diagnostika (IVD), Strahlenschutz (X-ray)	
Meldung neuer Produkte von Herstellern in FL	5
Export-Zertifikate für Hersteller und Inverkehrbringer mit Sitz im FL (FsC)	91
Zertifikat «Bestätigung gute Herstellerpraxis» für Export, Statements	2
Deklaration für Export	3
Überprüfung Import (Anz. Seiten Modell 90)	10'680
Detailabklärung Import	45
Meldungen zur Prüfung und weiteren Bearbeitung	1'900
Abklärung von Röntgenanlagen und Infrastruktur	5
Vigilance Meldungen an Firmen im FL	6

Der Medizinprodukte-Markt wächst stetig. Dem zufolge bekommt die Marktüberwachung von Medizinprodukten einen noch grösseren Stellenwert. Um die Marktüberwachung zu vereinheitlichen und deren Qualität zu steigern, lancierte die EU im Jahr 2010 hierfür eine Datenbank mit der Bezeichnung «Eudamed», die ab Mai 2011 von allen Behörden der EWR-Mitgliedstaaten angewendet werden muss.

Die Vereinbarung zum Strahlenschutz trat am 01. Dezember 2010 in Kraft. Darin ist geregelt, wie der Vollzug in Liechtenstein durch liechtensteinische Behörden mit fachtechnischer Unterstützung durch die jeweils zuständigen schweizerischen Behörden und Fachstellen im Auftragsverhältnis erfolgt.

Das Amt für Gesundheit ist zuständig für die Bewilligung und die Aufsicht im Bereich von Medizin und Forschung und für die Aufsicht in Ausbildungsstätten. Ebenso gehört zu seinem Zuständigkeitsbereich die Versorgung der Bevölkerung in Liechtenstein mit Jodtabletten für den Fall einer Gefährdung durch radioaktive Strahlung. Das Amt für Gesundheit hat Ende Dezember 2010 die Jodtabletten analog der Schweiz ausgetauscht. Die eingelagerten Kaliumjodidtabletten reichen aus für 40'000 Personen.

Krankenversicherung

Kosten und Prämien

Entwicklung der Krankenpflegekosten
Im Jahr 2010 erreichten die Aufwendungen für die obligatorischen Krankenpflegekosten (nach Abzug der Kostenbeteiligungen) einen Betrag von CHF 128.10 Mio. (Vorjahr CHF 126.33 Mio.), was einem Anstieg der Aufwendungen von CHF 1.77 Mio. bzw. 1.40% gegenüber dem Jahr 2009 entspricht. Dieser Anstieg der Aufwendungen liegt unter dem durchschnittlichen Kostenwachstum der letzten Jahre. Die Bruttoleistungen haben sich um CHF 1.94 Mio. bzw. 1.43% erhöht.

Entwicklung der Krankenkassenprämien
Das Amt für Gesundheit hat Ende 2010 die Prämien der Kassen für die obligatorische Krankenpflegeversicherung 2011 überprüft und zur Kenntnis genommen. Die gewichtete Steigerung der Durchschnittsprämie stellte sich in den letzten Jahren wie folgt dar:

Jahr	Durchschnittsprämie für Erwachsene (ohne Unfall) in CHF	gewichtete Veränderung
2011	**255**	**+6.7 %**
2010	**239**	**+3.4 %**
2009	231	+4.4 %
2008	221	+6.9 %

Staatsbeitrag und Risikoausgleich
Der Staat leistet im Sinne von Art. 24a Abs. 1 und 2 KVG den Krankenkassen einen jährlichen Beitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeleistungen und der präventivmedizinischen Massnahmen.

Im Jahre 2010 wurden CHF 64.2 Mio. (Vorjahr CHF 59.4) an die Kassen ausbezahlt. Davon waren CHF 58.3 Mio. Akontozahlungen für das Jahr 2010 und CHF 5.9 Mio. Schlusszahlungen für das Jahr 2009.

Als weitere Aufgabe werden Gelder im Rahmen des Risikoausgleichs zwischen den Kassen durch das Amt für Gesundheit umverteilt. Im Jahr 2010 betrug das Umverteilungsvolumen CHF 1.3 Mio. (Vorjahr CHF 1.3 Mio.). Dieser Wert ist über die letzten drei Jahre stabil geblieben.

Prämienverbilligung

Die Zahl der Anträge auf Prämienverbilligung im Sinne von Art. 24b KVG stieg im Berichtsjahr. Insgesamt erhielten 4'472 Versicherte einen staatlichen Beitrag an ihre Krankenkassenprämie 2010 (Vorjahr 4'262). Der Betrag der staatlichen Prämienverbilligung belief sich auf CHF 5'924'393 (Vorjahr CHF 5'770'204).

Verteilung der Prämienverbilligung auf Altersgruppen

Altersgruppe	Bezüger*	Betrag in CHF*
Bis 25 Jahre	443	314'736
Bis 65 Jahre	2'052	2'365'524
Über 65 Jahre	1'977	3'244'133
Total	**4'472**	**5'924'393**

*Datenstand per 16.03.2011

Aufsicht über die Krankenkassen und den Krankenkassenverband

Im Berichtsjahr waren drei Krankenkassen im Fürstentum Liechtenstein zugelassen, nachdem die Intras Krankenversicherung das Geschäft in der Krankenversicherung im Fürstentum Liechtenstein per 31. Dezember 2009 aufgegeben hat. Das Amt für Gesundheit hat die jährliche Berichterstattung der Kassen und des Kassenverbandes kontrolliert und auf die gesetzeskonforme Durchführung der Krankenversicherung überprüft. Die im Jahr 2009 vereinbarte Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht Schweiz konnte im Jahr 2010 implementiert werden, was eine Erleichterung und effizientere Prüfung der Krankenkassen erlaubt.

Neben der Veröffentlichung der Krankenkassenstatistik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik wurde die Einhaltung der Kostenziele und Qualitätssicherungsvereinbarungen gemäss der Verordnung über die Kostenziele und Qualitätssicherung mit den Leistungserbringern diskutiert und ein Bericht darüber zu Handen der Regierung verfasst.

UNFALLVERSICHERUNG

Kosten und Prämien

Entwicklung der Unfallversicherungskosten
Im Jahr 2009 (die Angaben für 2010 liegen erst im Sommer 2011 vor) beliefen sich die Unfallkosten auf CHF 31.4 Mio. (Vorjahr CHF 33.5 Mio.). Dies entspricht einem Rückgang um 6.5%. Die Anzahl Unfälle betrug 2009 7'031 (Vorjahr 7'078). Von den Gesamtunfällen fallen ca. 1/3 auf Berufsunfälle und 2/3 auf Freizeitunfälle. Dasselbe Verhältnis ist auch bei den Kosten zu beobachten.

Entwicklung der Unfallversicherungsprämien
Im Jahr 2010 wurde durch die Unfallversicherer kein Antrag auf Veränderung der Unfallversicherungsprämien eingereicht. Der im Jahr 2009 verabschiedete Tarif galt daher auch für das Jahr 2010. Die nächste Tarifanpassung ist auf das Jahr 2013 vorgesehen.

Landesbeitrag an die Nichtberufsunfallversicherung
Gemäss Art. 79 Abs. 2 des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung, LGBl. 1990 Nr. 4, fallen die Prämien für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle zu zwei Dritteln zu Lasten der Versicherten und zu einem Drittel zu Lasten des Landes. Im Jahre 2010 wurden die Anträge der Unfallversicherungsunternehmen auf Ausrichtung von (restlichen) Landesbeiträgen für das Rechnungsjahr 2009 und für das laufende Rechnungsjahr 2010 kontrolliert.

Die Aufwendungen für NBU Subventionen beliefen sich im Jahr 2010 auf CHF 11.5 Mio. (Vorjahr 10.5 Mio.). Davon waren CHF 10.0 Mio. Vorauszahlungen für das Jahr 2010 und CHF 1.5 Mio. Restzahlungen für das Jahr 2009.

Im Juni 2010 wurde im Landtag ein Sparpaket zur Sanierung des Staatshaushalts beschlossen. Teil dieses Sparpakets bildet die Abschaffung des Landesbeitrags an die Nichtberufsunfallversicherung im Jahr 2012. Das Amt für Gesundheit hat zusammen mit dem zuständigen Ressort Gesundheit einen Vernehmlassungsbericht ausgearbeitet. Dieser wurde den interessierten Verbänden und Vereinigungen zugestellt. Die Vernehmlassungsfrist ist am 17. Dezember 2010 abgelaufen. Die Regierung hat sich aufgrund der Vernehmlassung dazu entschieden, dem Landtag im Jahr 2011 einen Bericht und Antrag zur Abschaffung des Landesbeitrags an die Nichtberufsunfallversicherung mit Wirkung auf den 01. Januar 2012 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Aufsicht über die Unfallversicherer

Im Berichtsjahr waren sieben Unfallversicherer im Fürstentum Liechtenstein zugelassen. Es handelt sich dabei ausschliesslich um in der Schweiz ansässige Privatversicherungsunternehmen. Das Amt für Gesundheit hat die jährliche Berichterstattung der Unfallversicherer kontrolliert und auf die gesetzeskonforme Durchführung der Unfallversicherung überprüft. Die im Jahr 2009 vorbereitete Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) konnte im Jahr 2010 erstmals vollumfänglich durchgeführt werden. Da es sich bei den im Fürstentum Liechtenstein tätigen Unfallversicherern nur um schweizerische Privatversicherungsunternehmen handelt, würden dem Amt für Gesundheit über die FINMA Auffälligkeiten gemeldet werden. Für das Jahr 2010 hat die FINMA dem Amt für Gesundheit keine Beanstandungen bei der Prüfung der Unfallversicherer gemeldet.

Daneben wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik eine Unfallversicherungsstatistik veröffentlicht.

Mutterschaftszulage

Im Jahr 2010 wurden CHF 202'954.35 an Mutterschaftszulagen ausgerichtet. Insgesamt wurde in 109 Gesuchen entschieden. 70 Personen erhielten eine zusprechende, 39 Personen eine ablehnende Verfügung. Der ausgerichtete Betrag betrug im Durchschnitt CHF 2'899.35.

Die ablehnenden Verfügungen waren in 3 Fällen auf ein Überschreiten der gesetzlichen Erwerbsgrenzen, in 30 Fällen auf Krankengeld- bzw. Lohnbezug, in 1 Fall wegen Verjährung und in 1 Fall auf Nichterfüllung des Wohnsitzerfordernisses zurückzuführen. Es wurden keine Rechtsmittel erhoben.

Jahr	Geburten in FL*	Anträge auf Mutterschaftszulage	Anzahl ausbezahlte Mutterschaftszulagen	Auszahlung in CHF
2010		**109**	**70**	**202'954**
2009	406	145	77	214'613
2008	350	151	76	204'062

* die Zivilstandsstatistik 2010 liegt noch nicht vor

EWR-Verbindungsstelle

Im Leistungsaustausch betreffend die Kranken- und Unfallversicherung mit den EG-/EWR-Staaten und der Schweiz ist das Amt für Gesundheit die Verbindungsstelle und fungiert als aushelfender Träger. Im Weiteren wurde die Umsetzung der EDV-Lösung vorangetrieben. Dies insbesondere im Hinblick darauf, dass die Informationen zum Leistungsaustausch auf europäischer Ebene inskünftig elektronisch erfolgen sollen. Ein entsprechendes Projekt dazu läuft auf europäischer Ebene. Im Jahr 2010 konnten von anderen Staaten und betreuten Personen Kostenbeteiligungen und Pauschalkosten im Gesamtbetrag von CHF 118'201.27 verbucht werden. Im Gegenzug wurden für betreute Personen Kosten im Umfang von CHF 204'409.02 beglichen. Von der EWR Verbindungsstelle wird jedes Jahr ein Jahresbericht mit umfangreichem Zahlenmaterial erstellt. Dieser Jahresbericht wird jeweils Ende Juni des Folgejahres auf der Homepage des Amtes für Gesundheit publiziert.

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

Amtsleiter: Dr. med. vet. Peter Malin

Im Berichtsjahr zählten im Bereich der Lebensmittelkontrolle die Aufarbeitung von Inspektionsrückständen und der Vollzug der «Tattoo»-Verordnung, im Veterinärwesen der Vertragsabschluss zur Mitarbeit in einer länderübergreifenden Tierseuchengruppe zur Bekämpfung hochansteckender Tierseuchen und die Beteiligung an der Tierseuchenübung «Semplice» zu erwähnenswerten Schwerpunkten. Die Zusammenarbeit mit den Fachstellen des Bundes und der Kantone wurde verstärkt. Mit dem st. gallischen Amt für Wirtschaft konnte eine Verwaltungsvereinbarung zur Stellvertretungsregelung im Eichwesen und mit dem Schweizerischen Viehhändlerverband eine Vereinbarung zur Kursausrichtung für Viehhändler abgeschlossen werden.

Die Überwachung der Amtstelle als akkreditierte Inspektionsstelle im Lebensmittel- und Veterinärbereich durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle SAS wurde ebenso erfolgreich absolviert wie das Aufrechterhaltungsaudit durch die Liechtensteinische Gesellschaft für Qualitätssicherungs-Zertifikate LQS.

Allgemeines

Amtsorganisation

Die im Vorjahr durchgeführte Reorganisation der Amtsstelle hat sich bewährt. Das befristete Anstellungsverhältnis der Sachbearbeiterin im Hundewesen wurde per 1. Januar 2010 in eine ständige Stelle mit einem Beschäftigungsgrad von 40% umgewandelt. Der Dienstauftrag des juristischen Mitarbeiters wurde per 1. Mai 2010 von 75% auf 100% erhöht, derjenige einer Lebensmittelinspektorin zeitgleich von 100 auf 80% reduziert.

Das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen wies am Ende des Berichtsjahres einen Per-sonalbestand von 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Planstellen mit insgesamt 860 Stellenprozenten auf.

Ein Lernender wird ausgebildet. Einem schweizerischen Veterinärstudenten wurde ein dreiwöchiges Praktikum geboten.

Gesetzgebung

Die nicht mehr zeitgerechten Marktüberwachungsaufgaben der Amtsstelle konnten durch Aufhebung der Verordnungen über den Verkehr mit Futtermitteln, Lebensmitteln und Spirituosen im EWR suspendiert werden. Mit dem Erlass der Verordnung über die Anforderungen beim Anbringen von Tätowierungen, Permanent-Makeup und Piercings wurde eine regulatorische Lücke geschlossen und ein Dispositiv zu mehr Gesundheitsschutz in einem sensiblen Bereich geschaffen. Im Veterinärbereich wurden die Arbeiten abgeschlossen zur Verabschiedung des totalrevidierten Tierschutzgesetzes durch den Landtag und den Erlass von fünf spezifischen Ausführungsverordnungen durch die Regierung im Berichtsjahr. Parallel zur Tierschutzgesetzgebung und im Zusammenhang mit der Steuergesetzgebung wurde das Hundegesetz revidiert und die erforderlichen Präzisierungen zum Sachkundenachweis vor dem Hundeerwerb in der Hundeverordnung vorgenommen. Die zur Durchführung der Schutzimpfung gegen die Blauzungenkrankheit und für die Viehsömmerung notwendigen Verordnungen wurden jeweils befristet auf das Berichtsjahr in Kraft gesetzt.

Qualitätssicherung

Die Durchführung des Internen Audits erfolgte neu in mehreren Etappen. Als Innovation wurde die Durchführung desselben in Form eines Roundtable eingeführt.

Im September konnte die Begutachtung der Schweizerischen Akkreditierungsstelle zur Überwachung der Akkreditierung nach ISO/IEC 17020:1998 problemlos durchlaufen werden. Einige Auflagen müssen bis Ende Februar 2011 erledigt werden.

Das Aufrechterhaltungsaudit durch die Liechtensteinische Gesellschaft für Qualitätssicherungs-Zertifikate

LQS stand im Dezember an. Die Normerfüllung der ISO 9001:2008 wurde vollumfänglich bestätigt.

Lebensmittelsicherheit
Im personellen Bereich ist zu erwähnen, dass unser juristischer Mitarbeiter nun definitiv ein Pensum von 25% im Bereich der Lebensmittelkontrolle übernehmen konnte; dies entlastete die Abteilung, welche zeitweilig über reduzierte personelle Ressourcen verfügte.

Im Jahr 2010 wurden 249 Inspektionen durchgeführt und 282 Proben untersucht. Die Kontrollbereiche der Weinlesekontrolle, der Honig- und der Pilzkontrolle werden vom ALKVW fachlich betreut, jedoch von externen Kräften ausgeführt.

Ergebnisüberblick der Betriebsinspektionstätigkeit 2010

Betriebskategorie	Anzahl Betriebe			Anzahl Beanstandungsgründe in den Beurteilungsbereichen			
	Summe I	Summe I/B	Summe NK	A	B	C	D
A1 Industrielle Verarbeitung von tierischen Rohstoffen	2						
A2 Verarbeitung von pflanzlichen Rohstoffen							
A3 Getränkeindustrie							
A4 Produktion von Gebrauchsgegenständen	1						
A5 Diverse	2						
B1 Metzgereien, Fischhandlungen	14	9	2	5	3	5	1
B2 Käsereien, Molkereien	3	3		2		3	2
B3 Bäckereien, Konditoreien	9	3	4	1			3
B4 Getränkehersteller	4						
B5 Landwirtschaftsbetriebe mit Verkauf ab Hof	5	2		1	1	1	
B6 Diverse	4						
C1 Grosshandel (v.a. Getränke- und Weinhandel)	6						
C2 Verbraucher- und Supermärkte	36	13	10	5	2	9	2
C3 Klein- und Detailhandel, Drogerien							
C4 Versandhandel	1	1		1		1	
C5 Handel mit Gebrauchsgegenständen							
C6 Diverse	4						
D1 Kollektivverpflegungsbetriebe	117	43	21	29	5	34	29
D2 Cateringbetriebe, Party-Services, Saalküchen, Jahrmärkte	18						
D3 Spital- und Heimbetriebe	19	1		1	1	1	
D5 Diverse	2						
E1 Trinkwasserversorgungen	2						
Total 2010	**249**	**75 (30%)**	**37**	**45**	**12**	**54**	**37**
Total 2009	163	67 (41%)	33	47	12	38	26
Total 2008	239	91 (38%)	31	59	8	67	29

Zeichenerklärung für Beanstandungsgründe
A = Selbstkontrolle
B = Lebensmittel
C = Prozesse und Tätigkeiten
D = Räumlich-betriebliche Voraussetzungen

Legende der Abkürzungen
Summe I = Inspektionen (inkl. Beanst., ohne NK)
Summe I/B = Inspektionen mit Beanstandungen
Summe NK = Anzahl Nachkontrollen (NK)

Die nachstehende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Beanstandungsgründe bezogen auf die Inspektionen mit Beanstandungen:

Beurteilungsbereich	Verteilung der Beanstandungsgründe			
	2010 (%)	2009 (%)	2008 (%)	2007 (%)
A: Selbstkontrolle	**60**	70	65	88
B: Lebensmittel	**16**	18	9	18
C: Prozesse und Tätigkeiten	**72**	57	74	59
D: Räumlich-betriebliche Voraussetzungen	**49**	39	32	49

Untersuchungstätigkeit

Warengattung	untersuchte Proben	beanstand. Proben	Beanstandungsgrund (Mehrfachbeanstandung einer Probe möglich)							
			beanstandende Proben							
Diverse Untersuchungen: Total der Proben aus den Warengattungen 01 - 81		Anzahl (%)	N1	N2	N3	N4	N5	N6	N7
2010	**282**	**50 (18)**	**10 (20)**	**6 (12)**	**34 (68)**	**0**	**0**	**0**	**0**
2009	292	61 (21)	16 (28)	9 (16)	28 (46)	0	12 (21)	0	1 (2)
2008	196	22 (11)	0	14 (64)	15 (68)	0	2 (9)	0	0

Zeichenerklärung:

N1 Kennzeichnung
N2 Zusammensetzung
N3 Mikrobiologisch
N4 Physikalisch (Fremdkörper)
N5 Verunreinigung (Fremd- und Inhaltsstoffe)
N6 Art der Produktion (GUB/GGA, Bio)
N7 Andere

Probenprovenienz

	untersuchte Proben			beanstandete Proben		
	2010	2009	2008	**2010 (%)**	2009 (%)	2008 (%)
Lebensmittelproben	**229**	225	144	**38 (17)**	39 (17)	6 (4)
Nicht der Lebensmittelgesetzgebung unterstellte Proben	**53**	67	52	**12 (239)**	22 (33)	16 (31)

Wasser- und Badewasserkontrolle

Die Trinkwasserüberwachung zeitigte durchwegs erfreuliche Befunde. Auch im Trinkwasserbereich sind die Betreiber, also die Wasserversorgungen, zur Selbstkontrolle verpflichtet. Das ALKVW überwacht diese Selbstkontrolltätigkeit und kann den Wasserversorgungen ein sehr gutes Zeugnis ausstellen: Eigenverantwortung und Selbstkontrolle werden ernst genommen und gewissenhaft ausgeführt. Die Befunde waren 2010 durchgehend einwandfrei. Auch die Zusammenarbeit mit dem ALKVW verlief reibungslos und sehr produktiv.

Das Trinkwasser von 4 Berghütten und 2 Alpbetrieben wurde mikrobiologisch kontrolliert. In einer Berghütte musste mikrobiologisch schlechtes Wasser beanstandet werden. Ein Alpbetrieb verwendete mikrobiologisch leicht verunreinigtes Wasser. Das Wasser aus zwei von vier untersuchten Wasserspendern, welches Firmen ihren Kunden und Mitarbeitern anboten wurde mikrobiologisch beanstandet.

Die Hallenbäder der Gemeinden Schaan, Triesen, Balzers und Eschen wurden je einmal inspiziert. Die geprüften chemischen und mikrobiologischen Parameter des Badewassers sowie die Qualität der Betriebsführung gaben zu keiner Beanstandung Anlass.

Bei zwei Kontrollgängen, ausgeführt in sechs Hotels, mussten neun von vierzehn Badewasserproben wegen mangelhafter hygienischer Wasserqualität und Fehlern in der Chlorkonzentration beanstandet werden. Die Beanstandungsquote von 63% (Vorjahr 27%) war im Wesentlichen auf die ungenügende Qualitätskontrolle zurückzuführen. In zwei Fällen wurden 3 Beugestrafen verhängt.

Die Betriebsführung in den überprüften Freischwimmbädern war vorbildlich.

Nichtraucherschutz

Die Kontrolle auf Einhaltung der Bestimmungen zum Nichtraucherschutz erfolgte überwiegend im Rahmen der normalen Lebensmittelkontrolle. Dagegen waren die Verfahren zur Bewilligung von Raucherbetrieben und im

Zusammenhang mit der Meldung von Raucherräumen arbeitsintensiv. Zum Jahresende wurden 44 gastgewerbliche Betriebe wurden als Raucherbetriebe geführt und waren in 22 gastgewerblichen Betrieben Raucherräume gemeldet. Im Berichtsjahr wurden 11 Betriebe rechtskräftig wegen Übertretungen des Tabakpräventionsgesetzes gebüsst.

Eichwesen

Allgemeines

Die Leistungsvereinbarung 2010 mit dem Bundesamt für Metrologie (Metas) wurde durch die liecht. Vollzugsstelle für das Eichwesen erfüllt. Die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems als Zielvorgabe 1 wurde erreicht. Mit der Umsetzung der QM Systems wurde auch auf die Arbeitsicherheit grossen Wert gelegt und die Arbeitsanweisungen von Grund auf erarbeitet. Dem «Eichamt FL+1» wurde bestätigt wurde, über ein Qualitätsmanagement für die Tätigkeiten «Eichung von Messmittel, Fertigpackungskontrolle, Marktüberwachung sowie Schulung und Aufsicht» zu verfügen, das den METAS-Anforderungen an die Organisation, Räumlichkeiten, Eichausrüstung, Personal- und Dokumentationsverwaltung entspricht.

Ebenso wurde Ziel 2 der Leistungsvereinbarung erreicht, indem 100% der Hersteller von Fertigpackungen, die das «e»-Kennzeichen anbringen, kontrolliert sind.

Die zur Eichung fälligen Messmittel wurden zu 95% geeicht.

Eichungen

Art der Messmittel	geeicht	beanstandet	verwarnt
Wiegegeräte: Ladenwaagen, Industriewaagen, Brückenwaagen (200 g bis 60 Tonnen)	296	25	0
Abgasmessgeräte: Benzinmotoren, Dieselrauch, Kombigeräte	31	3	0
Durchlaufzähler: Zapfsäulen bei Tankstellen inkl. 2-Takt Säulen und Zusatzapparate	180	0	0
Gastankstellen: Hochdruck-Erdgastankstellen	1	0	0
Längenmasse: Elektronische und mechanische Messkluppen, Erst, - und Nacheichungen	40	1	0

Bei den Beanstandungen handelt es sich um solche des Typs A (metrologische Gründe), was zur Folge hatte, dass das kontrollpflichtige Messmittel zum Zeitpunkt der Kontrolle nicht für die Verwendung freigegeben werden konnte. In diesen Fällen wurde die Mängelbehebung in einer Nachkontrolle überprüft.

Inspektionen

Hersteller von industriellen Fertigpackungen	14 Hersteller, 119 Lose, 4 Lose beanstandet
Hersteller von Zufallspackungen und Verkaufslokale mit Offenverkaufsstellen	13 Hersteller, 73 Zufallspackungen, keine Beanstandung
Marküberwachung	17 Waagen
Nachschau	4 Durchlaufzähler

Veterinärwesen

Statistikdaten

Statistikdaten

Tierart	Anzahl Halter	+/- gegenüber Vorjahr	Anzahl Tiere	+/- gegenüber Vorjahr
Rindvieh	93	-3	5'981	-97
Pferde	98	+4	487	-8
Schweine	12	-4	1'690	-121
Schafe	46	±0	3'656	-307
Ziegen	29	±0	434	-18
Bienen	105	+8	*1'173	+105
Hunde			**1'897	+67

* entspricht Anzahl Bienenvölker

** Anzahl der in Liechtenstein gemeldeten Hunde, Quelle: Anis Datenbank

Tiergesundheit

Ausserordentliche Untersuchungen wurden zur Abklärung der Tuberkulosesituation in einer Risikogruppe des heimischen Viehbestandes und im Rotwild in wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Fisch- und Wildtiermedizin der Universität Bern sowie dem schweizerischen Bundesamt für Veterinärwesen durchgeführt. Es ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Infiltration der untersuchten Tierarten mit dem Erreger der gefürchteten Zoonose.

Prophylaxe

Tierkrankheit / -seuche	Massnahme/n
Rauschbrand	Vorsorgliche Schutzimpfung von 329 Rindern, die zur Sömmerung auf gefährdete HochAlpen verbracht wurden
Blauzungenkrankheit (Bluetongue Disease)	Vorsorgliche Impfung von 5'027 Rindern und 2'603 Schafen

Bekämpfung

Tierkrankheit / -seuche	Massnahme/n
Moderhinke	37 Schafbetriebe befanden sich 2010 im 3. Sanierungsjahr und können als moderhinkefrei betrachtet werden. Die Zahl sanierter Betriebe hat gegenüber 2009 um 16% zugenommen.
Varroatose	Sommer-/Herbstbehandlung mit Thymovar und Ameisensäure; Restentmilbung mit Oxalsäure
BVD/MD (Bovine Virus-diarrhoe, Mucosal disease)	Alle neugeborenen Kälber aus sämtlichen Kuhhaltenden Betrieben des Landes wurden mittels Ohrstanzproben getestet: 9 Tiere Ag-positiv, d.h. 9 PI-Tiere Kälberphase und Überwachungsphase: (persistent infiziert). Alle positiven Tiere per Schlacht-/ Tötungsanordnung ausgemerzt

Überwachung

Tierkrankheit / -seuche	Massnahme/n
BSE (Bovine spongioforme Encephalopathie)	UP: Normalschlachtung – 3 Gehirnproben: negativ UP: Krankschlachtung – 12 Gehirnproben: negativ (Notschlachtlokal Pilgerbrunnen, Gams) UP: umgestanden/getötet – 111 Gehirnproben: negativ
(TMF, Bazenheid)	173 Rinder und 1 Stier aus
Leukose/ EBL	4 Betrieben getestet: alle negativ
IBR/IPv V (Infektiöse Bovine Rhinotracheitis)	Stichprobenuntersuchungen: 275 Rinder aus 8 Betrieben und 19 Zuchtstiere aus 18 Betrieben getestet: alle negativ;
Brucella melitensis Brucella abortus bang (Brucellose)	40 Schafe und 3 Ziegen aus 4 Betrieben getestet: alle negativ Im Jahr 2010 wurden keine Rinder auf Brucella abortus bang getestet.
CAE (Caprine Artheritis Encephalitis)	77 Ziegen aus 8 Beständen getestet: alle negativ
S. enteritidis (Salmonellose)	3 Geflügelherden von 1 Halter untersucht (bakt. Unters. von Staub- und Kotproben, Eierproben): alle negativ: 2 verdächtige Kühe untersucht: beide negativ
Tollwut (Rabies)	2 Kontrollfüchse, 1 Gämse nach verdächtigen Erscheinungen: alle negativ
Mycoplasma conjuntivae	1 Gämse positiv: Gamsblindheit nachgewiesen
Listeriose	3 verdächtige Rinder untersucht: 1 positiver Befund
Border Disease	1 verdächtiges Schaf untersucht: positiv
Tuberkulose	256 Rinder mittels Intracutantest untersucht, 1 verdächtiges Tier kulturell und mittels PCR : negativ; 48 Stück Rotwild, ausgewählte Organe mittels Sektion, Kultur und PCR: negativ
Blauzungenkrankheit	Impfobligatorium für Rinder und Schafe;
Faulbrut /Sauerbrut der Bienen	45 Verdachtsabklärungen auf Faulbrut nach grenznahem Seuchenausbruch in Österreich: alle Völker waren frei von Faulbrut; 19 Verdachtsabklärung auf Sauerbrut ohne Hinweis auf einen Seuchenausbruch.

Fleischhygiene

2010 wurden in drei bewilligten Metzgereien insgesamt 903 Tiere geschlachtet. Anfang 2010 wurde die statistische Erfassung der Rinderschlachtzahlen geänderte. Anstelle der ursprünglich 3 Alterskategorien (Rd. < 6 Mo; Rd. 7-24 Mo; Rd. > 24 Mo) werden seit Jahresbeginn alle Rinderschlachtungen nur noch in 2 Alterskategorien erfasst, was einen unmittelbaren Jahresvergleich in dieser Schlachtgruppe verunmöglicht. Bei einer gegenüber dem Vorjahr nahezu gleichgebliebenen Gesamtschlachtzahl konnte bei Rindern und Ziegen eine Zunahme bei Schafen und Schweinen ein leichter Rückgang von Schlachttieren verzeichnet werden.

Die Verteilung der Gesamtzahl geschlachteter Tiere auf die einzelnen Schlachtbetriebe kann differenziert nach Schlachttiergattungen aus der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Die von der Fleischkontrolle erhobenen Befunde der Schlachttier- und Fleischuntersuchung waren nicht zu beanstanden. Ebenso ergaben die obligatorischen Untersuchungen der Schlachttierkörper von Schweinen und Pferden auf Trichinellen ausschliesslich negative Resultate.

Schlachttiergattung	Anzahl
Rinder > 6 Wochen	127
Kalb < 6 Wochen	0
Schafe	250
Ziegen	122
Schweine	404

Notschlachtwesen
Die Schlachtung kranker oder krankheitsverdächtiger Tiere muss räumlich getrennt von der Schlachtung gesunder Tiere erfolgen. Im Schlachtlokal Pilgerbrunnen, Gams, wurden 19 Notschlachtungen von Tieren aus Liechtenstein vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 35%.

Amtstierärztliche Kontrollen
Zu Beginn jedes Berichtsjahres werden die Kontrollerfordernisse des Landwirtschaftsamtes nach der Landwirtschaftsgesetzgebung und diejenigen des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen aufeinander abgestimmt. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 22 Nutztiere haltende Landwirtschaftsbetriebe einer planmässigen amtstierärztlichen Kontrolle unterzogen. Über Mängel bei den im Rahmen der sog. Blauen Kontrollen zur Überprüfung anstehenden Kontrollparametern gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Tierart	Anzahl planmässig geprüfter Betriebe	Anzahl Betriebe mit Mängeln im Bereich Tiergesundheit (%)	Euter-gesundheit (%)	Tiermittel (%)	Tierverkehr (%)
Rind	12	-	5	8	8
Schaf	5	1	-	5	1
Ziege	3	-	-	3	1
Schwein	1	-	-	1	-
Pferd	1	-	-	1	1
gesamt	**22**	**1 (5)**	**5 (23)**	**18 (82)**	**11 (50)**

Tierschutz
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 32 Landwirtschaftsbetriebe im Rahmen einer koordinierten amtstierärztlichen Kontrolle bzw. Milchhygienekontrolle zusätzlich einer planmässigen Tierschutzkontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Kontrollen aufgegliedert nach Mängeln in baulicher und qualitativer Hinsicht ist in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet.

Tierart	Anzahl geprüfter Betriebe	Anzahl Betriebe mit Mängeln im Bereich Baulicher Tierschutz (%)	Qualitativer Tierschutz (%)
Rind	22	2	2
Schaf	5	1	2
Ziege	3	1	0
Schwein	1	0	0
Pferd	1	0	1
gesamt	**32**	**4 (12)**	**5 (16)**

Andere Vollzugsaufgaben im Rahmen der Tierschutzgesetzgebung
Zu weiteren Aufgaben des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen zählen die Begutachtung von Tierhaltungseinrichtungen (Stallneubauten), die Kontrolle privater und gewerblicher Wildtierhaltungen zwecks Erteilung bzw. Verlängerung der Halte-Bewilligungen sowie Stellungnahmen zur Ausrichtung von Veranstaltungen mit Tieren (Sport, Zucht, Schau,…) erstellt.

Kriterium	Anzahl	Bemerkungen
Baugesuch	8	
Wildtierhaltung, privat	9	neu: 2, bestehend: 7
Wildtierhaltung, gewerblich	2	neu: 1, bestehend: 1
Veranstaltung	9	Heimtiere: 1; Pferde: 4; Hunde: 1; Katzen: 1; Zirkus: 2

Anlass-Kontrollen
37 Anzeigen bzw. Meldungen aus der Bevölkerung lösten eine Vor-Ort-Kontrollen zur Sachverhaltsüberprüfung aus. 29 Inspektionen waren aufgrund diverser Verstösse gegen die Veterinärgesetzgebung (Tierschutzgesetzgebung, Hundegesetzgebung, Milchhygienegesetzgebung, Tierseuchengesetzgebung) zu beanstanden, 5 Fälle erwiesen sich als unbegründet.

Die Mehrzahl dieser Beanstandungen bezog sich auf eine Vernachlässigung der Tierpflege sowie eine nicht tiergerechte Haltung. Sofern es sich nicht um einfache oder sofort zu behebende Mängel handelte, wurden die notwendigen Korrekturen gebührenpflichtig verfügt. In 2 von 3 Fällen, die beim Landgericht wegen des Verdachts der Tierquälerei zu Anzeige gebracht wurden, lag bis zum Ende des Berichtzeitraumes eine rechtskräftige Verurteilung des verantwortlichen Tierhalters vor.

Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss über die Verteilung der Kontrollen nach den Gesichtspunkten Tierart und Inspektionsgrund:

Tierart / Inspektionsgrund	Rd	Sa	Se	Zg	Pf	He	Wi	Ktz	Hd	Gef
Tierschutz / Tierhaltung	11	7			6	2		3	3	
Tiergesundheit / Tierseuchen							2			
Tierkennzeichnung / Tierverkehr	2						2			
Milchhygiene	0									

Legende: Rd: Rind, Sa: Schaf, Zg: Ziege, Se: Schwein, Pf: Pferd, Wi: Wild, He: Heimtier, Gef: Geflügel, Hd: Hund, Ktz: Katze

Viehversicherung
Basierend auf dem Auflösungsbeschluss des Liecht. Viehversicherungs-Vereins vom 07.06.02 verwaltete die Regierung treuhänderisch das ihr zur Verwahrung anvertraute Vereinsvermögen. Statutenkonform löste die Regierung per 30.04.10 das Vereinsvermögen auf und bezahlte den Vermögensbestand von CHF 51'873 an 35 Landwirte entsprechend dem Prozentsatz ihrer Prämienbeiträge an das Gesamtaufkommen an Versicherungsprämien für das letzte Versicherungssemester (Frühjahr 2002) aus.

Viehhandel
Im Berichtsjahr traten neue Vorschriften zum Viehhandel in Kraft. Als eine Folge davon wurde die Durchführung der Ein- und Fortbildungskurse für Viehhändler vertraglich an den Schweizer Viehhändlerverband delegiert.

Im Jahr 2010 waren 6 Patentinhaber beim ALKVW registriert. Der gesamte im Berichtsjahr ausgewiesene Viehumsatz in Höhe von 16 Tieren wurde von einem einzigen Patentinhaber erwirtschaft, die übrigen Viehhändler wiesen für 2010 keine Geschäftstätigkeit nach.

Tierärzteschaft
Im Jahr 2010 nahm die Tierärzteschaft in Liechtenstein um einen weiteren Kollegen zu, sodass im Berichtsjahr insgesamt 10 Konzessionsinhaber zur Ausübung des tierärztlichen Berufes gemeldet waren. Zwei dieser 10 Tierärzte sind mit Hauptwohnsitz in der Schweiz gemeldet. Mehrere Tierärzte aus Vertragsstaaten zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, vorab aus Österreich nutzten sporadisch die Möglichkeit der Dienstleistungsfreizügigkeit. Die Aufgaben des öffentlichen Veterinärwesens werden in Liechtenstein von 2 amtlichen Tierärzten wahr genommen.

Futtermittel
In Zusammenarbeit mit der ALP (Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux) wurde im Berichtsjahr ein industrieller Hersteller von Heimtierfuttermitteln inspiziert. Zeitgleich erfolgte eine Inspektion des Unternehmens als Entsorgungsbetrieb im Sinne der Verordnung über die Entsorgung tierischer Nebenprodukte (VTNP).

Beseitigung tierischer Nebenprodukte
Die vertraglich geregelte Entsorgung tierischen Nebenprodukte erfolgte auch 2010 reibungslos über die Regionale Tierkörpersammelstelle RTS Buchs sowie die Tierkörperdirektabholung durch die TMF Extraktionswerke AG Bazenheid.

Im Jahr 2010 mussten insgesamt 133 Tierkadaver von der TMF Extraktionswerke AG von liechtensteinischen Landwirtschaftsbetrieben abgeholt werden, was gegenüber 2009 einem Zuwachs von 8% entspricht.

An die Regionale Tierkörpersammelstelle in Buchs wurden von Gemeinden, Privathaushalte und gewerbliche Fleischverarbeitungsbetriebe im Jahr 2010 insgesamt 136.18 Tonnen tierische Abfälle (Tierkadaver unter 200 kg, Fleisch- und Schlachtabfälle) geliefert.

Vollzug Hundegesetz

Fall-Bearbeitung	Anzahl	Bemerkungen
Verletzung beim Menschen	21	14 Erwachsene und 5 Kinder (bei zwei Meldungen waren alle Angaben anonymisiert)
Verletzung beim Tier	14	5 Hunde , 2 Katzen, 4 Stück Wild und 3 Hühner (alle Wildtiere, die Katzen und die Hühner wurden getötet)
Aggressionsverhalten/ Belästigung/ ungenügende Aufsicht	28	8 Aggressionsmeldungen, 8 Belästigungen wegen Lärm und Verunreinigung durch Hundekot, 12 wegen ungenügender Haltung und/oder Verletzung der Aufsichtspflicht

Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst

Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch
Im Rahmen der Qualitätskontrolle der Verkehrsmilch wurden im Berichtsjahr 2010 von sämtlichen Milchproduzenten, Sammelstellen und von der Milchhof Liechtenstein AG insgesamt 878 Milchproben gezogen und auf die Einhaltung der gesetzlich festgelegten Qualitätsparameter hin untersucht. Die Proben wurden in den Sammelstellen Mauren, Balzers und Triesenberg durch die dort tätigen Milchprobennehmer manuell bei den einliefernden Landwirten erhoben, bei allen anderen Milchproduzenten des Landes automatisch bei der ab-Hof-Abfuhr.

Kontrollparameter	Beurteilte Proben 2010	Beanstandete Proben 2010
Keimbelastung	878	5
Zellzahl	878	47
Hemmstoff	878	2
Gefrierpunkt	878	114

Milchhygienekontrollen
Die Hygiene der Milchproduktion wurde bei 18 Milchlieferanten überprüft. Die Befunde werden schweizweit einheitlich erhoben und im Veterinärdaten-Verbundsystem ISVET erfasst. Dadurch können negative Entwicklungen in der Milchhygiene auf Produzentenebene rasch erkannt und notwendige Gegenmassnahmen gezielt ausgerichtet werden.

Die im Zuge der Milchhygienekontrollen festgestellten Mängel sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet und wurden unter Fristsetzung zur Behebung angeordnet:

Kontrollbereich	Hauptmängel im Kontrollbereich	Anzahl (%) Beanstandungen im Kontrollbereich
Aufzeichnungen / Selbstkontrolle	fehlende / mangelhafte Schalmtestaufzeichnungen, mangelhaft geführtes Behandlungsjournal, fehlendes Protokoll der jährlichen Melkanlagenwartung	13 (72)
Räume, Anlagen, Behälter zum Umgang mit Milch	Räume und Geräte nicht entsprechend ausgestaltet bzw. beschaffen, mangelhafte Sauberkeit, mangelhafte Belüftung	10 (55)
Mittel zur Reinigung und Desinfektion	R+D-Mittel nicht entsprechend gekennzeichnet, verpackt und aufbewahrt, Hilfsmittel für R+D nicht hygienisch einwandfrei	6 (33)
Milchbehandlung und -lagerung	Fehlende Filtration der Milch, Fehlende bzw. mangelhafte Kühlung der Milch, mangelhafter Milchtransport	5 (27)
Milchgewinnung	Melkplatz nicht sauber, Melkplatz ohne befestigten Bodenbelag, mangelhafte Euterhygiene, fehlende Handwaschgelegenheit am Melkplatz, fehlende Überprüfung des Vorgemelks	1 (5)
Tierhaltung und Fütterung	Milchtiere sind verschmutzt, fehlende Kennzeichnung kranker / behandelter Tiere, mangelhafter Zustand der Ställe, verdorbene bzw. nicht wiederkäuergerechte Futtermittel	2 (11)

KOMMISSIONEN

Leistungskommission

Vorsitz: Thomas Hasler

Im Jahre 2010 fanden drei ordentliche Sitzungen der Leistungskommission statt. Die Leistungskommission befasste sich im Jahr 2010 mit folgenden Themen:

- Schaffung eines für Liechtenstein geeigneten Labortarifs;
- Beitrag an die Ernährungskosten von Zöliakieerkrankten aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung;
- Aufhebung des Anhangs 3 der Krankenversicherungsverordnung aufgrund der Einführung eines Betreuungs- und Pflegegeldes;
- Kostenbeteiligungsbefreiung für bestimmte Medikamente in der Schwangerschaft;
- Aufnahme des Guthrie-Tests bei Neugeborenen in die Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung;
- Abänderung der Geschäftsordnung der Leistungskommission.

Daneben wurden zahlreiche Einzelanträge von Versicherten und Leistungserbringern über die Aufnahme oder Streichung von Leistungen behandelt. Die Regierung hat auf Empfehlungen der Leistungskommission einen neuen Labortarif für das Fürstentum Liechtenstein, die Aufhebung des Anhangs 3 der Krankenversicherungsverordnung (KVV), die Kostenbeteiligungsbefreiung für bestimmte Medikamente in der Schwangerschaft, die Aufnahme des Guthrie-Tests in die Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und die Abänderung der Geschäftsordnung der Leistungskommission beschlossen. Ebenfalls ist die Regierung der Ablehnung eines Beitrags an die Ernährungskosten von Zöliakieerkrankten gefolgt.

Für das Jahr 2011 hat die Leistungskkommission in ihrer letzten Sitzung 2010 beschlossen, den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in der Schweiz mit dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Liechtenstein abzugleichen und der Regierung, wo sinnvoll und nötig, Änderungen vorzuschlagen.

Kosten- und Qualitätskommission

Vorsitz: Dr. Hansjörg Marxer

Die KQK hielt im Jahr 2010 zehn Sitzungen ab. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

- Beurteilung der Kostenentwicklung 2008/2009
- Bericht zur laufenden Kostenentwicklung – Monatsberichte
- Kostenziele 2011
- Neue Fragestellung: Administration Prämienverbilligung
- Qualitätssicherung/Qualitätsbericht
- Vernehmlassung Spitalplanung
- Vernehmlassung KVG-Änderung
- Empfehlungen der KQK an die Regierung – Gesundheitsbericht

Die KQK hat der Regierung ihre Beurteilung über die Kostenentwicklung im OKP Bereich abgegeben. Die Empfehlungen der KQK konnten direkt in den Gesundheitsbericht der Regierung einfliessen. Für das Jahr 2011 wurden Kostenziele für die einzelnen Sektoren sowie für den gesamten OKP-Bereich vorgeschlagen. Die Datenstruktur der Gesamtbruttokosten konnte soweit entwickelt werden, dass die Kosten im OKP Bereich nun in einem monatlichen Kostenmonitoring transparent dargestellt werden können. Im Bereich Qualitätssicherung

wurden die Qualitätsberichte sowie neue Ansätze für QS-Systeme diskutiert.

Landesgesundheitskommission

Vorsitz: Dr. Donat P. Marxer

Sitzungen 2010

Die Landesgesundheitskommission traf sich im Jahre 2010 zu fünf Sitzungen und zwei Workshops. An diesen Sitzungen wurde jeweils ein Schwerpunktthema behandelt. Im vergangenen Jahr gab es innerhalb der Landesgesundheitskommission folgende personelle Veränderungen: Frau Bettina Frommelt hat ihre Kommissionstätigkeiten am 7. September 2010 zurückgelegt und Herr Christoph Becker ist am 28. September 2010 von der Regierung zum Nachfolger bestellt worden.

Aufgaben der Landesgesundheitskommission

Die Landesgesundheitskommission hat laut Art. 52 Abs. 2 Gesundheitsgesetz folgende Aufgaben:
- Beratung der Regierung in allen Belangen des Gesundheitswesens;
- Ausarbeitung von Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen;
- Informationsaustausch zwischen verschiedenen Leistungserbringern, Gesundheitsorganisationen und der Regierung;
- Laufende Beobachtung der nationalen und internationalen Entwicklung im Gesundheitswesen;
- Ausarbeitung von Vorschlägen für gesundheitspolitische Massnahmen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Gesundheitswesens zu Handen der Regierung.

Schwerpunktthemen 2010

Die Kommissionsmitglieder haben folgende Schwerpunkte 2010 behandelt:
- Revision FL Arzttarif
- Gesamtschau des Gesundheitswesens
- Postulat zum Liechtensteinischen Landesspital
- Bedarfsplanung LAeK/LKV
- Kostenentwicklung im Liechtensteinischen Gesundheitswesen

Schulzahnpflegekommission

Vorsitz: Dr. Stefan Büchel

Die anfallenden Kosten in der Schulzahnpflege sind für konservierende Behandlungen stabil, für kieferorthopädische Behandlungen wieder leicht gestiegen.

Ein Vernehmlassungsentwurf für die notwendige Revision des bestehenden SZP-Gesetzes wurde fertig gestellt.

Abrechnungsstatistik

Konservierende Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen vom Vorjahr)
Im Berichtsjahr 2010 wurden 4'097 (4245) Schüler für konservierende Behandlungen abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 725'733 (740'046) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 177 (174). Die Hälfte der aufgeführten Kosten wird vom Land übernommen, der Rest geht zu Lasten der Erziehungsberechtigten.

Zur Beurteilung der Kostenentwicklung sind hier die Gesamtkosten und die durchschnittlichen Fallkosten pro Patient der letzten Jahre (in CHF) aufgelistet:

2010	**725'733.90**	**177,14**
2009	740'046.00	174,33
2008	755'741,10	181,32
2007	788'473,40	181,00
2006	823'829,45	185,05

Wie in den letzten Jahren belegen die Zahlen weiterhin, dass sich die durchschnittlichen Fallkosten auf einem (absolut, nicht teuerungsbereinigt!) konstanten, bzw. sogar tendenziell rückläufigen Niveau halten. Oder anders betrachtet: die gemäss Landesindex teuerungsangepassten durchschnittlichen Fallkosten dürften jetzt bei ca. CHF 207 liegen.

Da der Taxpunktwert, welcher zur Errechnung der jeweiligen Behandlungskosten als Multiplikator vorgegeben wird, seit der Einführung im Jahr 1994 des bis heute gültigen Tarifsystems noch nie eine teuerungsindexierte Anpassung erfahren hat, wird dieser Aspekt bei der geplanten Revision des SZP-Gesetzes zu berücksichtigen sein.

Kieferorthopädische Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen für das Vorjahr)
Im Berichtsjahr wurden 2'200 (2'165) Patienten für kieferorthopädische Behandlung abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 1'508'738 (1'441'897) ergibt dies durchschnittliche Kosten von CHF 685 (666) pro Kind. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum der Behandlungskosten von ca. 4,6% bei einer Zunahme der Anzahl behandelter Kinder von 1,6%, bzw. eine Zunahme der durchschnittlichen Fallkosten von knapp 3%.

Auch hier sind zum Vergleich die Kosten in den vergangenen Jahren aufgelistet:

2010	**1'497'050,95**	**685,15**
2009	1'441'897,20	666,00
2008	1'421'168,90	702,86
2007	1'381'238,65	693,74
2006	1'278'304.18	675,27

Auch die hier aufgeführten Kosten für kieferorthopädische Behandlungen werden hälftig vom Land übernommen.
Im Gegensatz zur Kostenentwicklung bei den konservierenden Behandlungen weist der kieferorthopädische Bereich wiederum eine Kostensteigerung aus. Das geplante revidierte SZP-Gesetz wird eine Analyse dieser Entwicklung ermöglichen: Es ist dort ein Kostenmonitoring vorgesehen, welches Grundlagendaten liefert für eine differenziertere Beurteilung des beobachteten Trends.

Kommissionsarbeit
Im Verlauf des der Berichterstattung zu Grunde liegenden Jahres konnte unter Einbezug der Kommission nun ein Entwurf für ein revidiertes SZP-Gesetz erarbeitet werden. Nach Vorstellung der SZP-Kommission sieht er folgende wesentlichen Änderungen vor:
- Der administrative Ablauf soll vom Schuljahr abgekoppelt, die Bezugsberechtigung nicht mehr nach der Schulpflicht sondern nach dem Geburtsdatum definiert werden. Terminologisch würde so die bisherige «Schulzahnpflege» in eine «Kinder- und Jugendzahnpflege» (KJZP) übergehen.
- Die Berechtigungszeit soll eine Ausweitung erfahren und vom 4. bis zum 18. Geburtstag dauern.
- Die Aufteilung der Behandlungskosten zwischen Eltern und Land soll neu geregelt werden: Ein erhöhter Elternanteil soll den Aspekt der Eigenverantwortlichkeit besser berücksichtigen.
- Über begleitende Verordnungen sollen das Tarifsystem, der dazugehörige Taxpunktwert und das weiter oben erwähnte Kostenmonitoring in der Kieferorthopädie geregelt werden.

Weindegustationskommission

Vorsitz: Theodor Temperli

2010 ist die Weindegustationskommission (WDK) gemäss den neuen Anforderungen der Weinqualitätsverordnung (WQV, LR 910.016) nur einmal zur offiziellen Weinbeurteilungen zusammengekommen. Dabei erreichten von zehn angemeldeten Liechtensteiner Weinen sechs die Auszeichnung mit dem höchsten Qualitätsprädikat «Grand Cru Liechtenstein» (vgl. auch «Übersicht Weinbeurteilungen durch die WDK 2010» in der Beilage).

Während der Anmeldefrist für die offiziellen Weinbeurteilungen durch die WDK gingen 10 Anmeldungen beim ALKVW ein. Die Weine wurden vom ALKVW auf alle Anforderungen zur Degustationsteilnahme gemäss WQV überprüft und konnten zur Degustation zugelassen werden.

Degustationstermin
Die einzige offizielle Weinbeurteilung durch die WDK fand am 1. September 2010 statt. Innerhalb der Anmeldefrist waren zehn Anmeldungen Liechtensteiner Weine eingegangen. Alle Weine konnten nach Prüfung aller Anforderungen durch das ALKVW zur Degustation zugelassen werden.

Das Gesamtprogramm umfasste an diesem Termin 21 Weine der Sorten Sauvignon Blanc, Riesling-Sylvaner, Cuvée weiss, Blauburgunder, Zweigelt und Cuvée rot. Die beiden ersten Weine dienten der WDK zum diskutierten Degustationseinstieg. Anschliessend folgte ein gemischtes Feld aus den angemeldeten Weinen und verschiedenen Vergleichsweinen, darunter v.a. Weine aus der Bündner Herrschaft, dem Kanton Zürich und ein Zweigelt aus dem Burgenland.

Folgende Winzer schafften die Hürde von 85 Punkten mit dem höchsten Qualitätsprädikat «Grand Cru Liechtenstein»:
Marco und Ewald Frick, Balzers, mit dem Wein:
- Balzner Pinot Noir 2008 Barrique: 87 Punkte

Hubert Gstöhl vom Weingut Castellum Eschen, mit den Weinen:
- Symphonie Cuvée Castellum AOC 2009: 87 Punkte
- Blauburgunder Feuergold Castellum AOC 2009: 87 Punkte

Die Hofkellerei Vaduz, mit den Weinen:
- Vaduzer Pinot Noir Abt AOC «Sélection Liechtenstein» 2008, Barrique: 88 Punkte
- Vaduzer Pinot Noir Bocker AOC «Sélection Liechtenstein» 2008, Barrique: 88 Punkte

Harry Zech vom Harry Zech Weinbau, mit dem Wein:
- Sauvignon Blanc Haberwald AOC Mauren 2009: 85 Punkte

Die offizielle Auszeichnung erfolgte an der LIHGA in Schaan durch Frau Regierungsrätin Dr. Renate Müssner. Die ausgezeichneten Winzer erhielten vor dem interessierten Publikum die limitierten Sonderetiketten sowie die Auszeichnungsurkunden.

Entsprechende Artikel in den Tageszeitungen sicherten den sechs neuen «Grand Cru Liechtenstein» ausserdem die landesweite Bekanntmachung am folgenden Tag.

Fazit der Zusammenarbeit
In Summe können ALKVW und WDK auf ein erfolgreiches WDK- Jahr 2010 zurückblicken: Die Degustation konnte professionell durchgeführt werden und verlief absolut reibungslos.

Insgesamt konnten 2010 sechs Liechtensteiner Weine mit dem höchsten Qualitätsprädikat «Grand Cru Liechtenstein» ausgezeichnet werden. Die Bezeichnung ist inzwischen auch der Kundschaft ein Begriff, was bestätigt, dass sich die Öffentlichkeitsarbeit rund um die bisherigen Auszeichnungsanlässe gelohnt hat. Das Ziel, die Liechtensteiner Weine zu fördern, wurde also auch in diesem Punkt erreicht.

Allerdings ist an dieser Stelle anzumerken, dass trotz nur einmaliger Durchführung der Aufwand zur Durchführung der Degustation wieder hoch war. Die Frage, ob im Licht der angelaufenen Sparmassnahmen des Staates diese Degustationen, welche nicht zu den Aufgaben im engeren Sinne des ALKVW gehören, nicht durch die Branche selbst durchgeführt werden könnten, sollte überprüft werden.

Kommission für Suchtfragen

Vorsitz: Dr. Marcus Büchel

Die Suchtpräventionskampagne «DU sescht wia!», welche im Jahr 2009 ihren Abschluss fand, wurde im Berichtsjahr umfassend dokumentiert. Der Slogan «DU sescht wia!» wird nach Abschluss der Suchtpräventionskampagne als Dachmarke für die Suchtpräventionsarbeit beibehalten, vier darin enthaltene Projekte werden zudem als Programme weitergeführt. Zahlreiche Projekte und Programme für Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene wurden lanciert. Es wurden diverse Materialien zur Suchtprävention erstellt, die Richtlinien zur Substitutionsbehandlung verbessert und es wurde ein Konzept für eine Elternbildung mit Breitenwirkung erarbeitet. Des Weiteren widmete sich die Kommission für Suchtfragen im Berichtsjahr der nachhaltigen Finanzierung der Suchtprävention, anlässlich der aufgebrauchten Reyes-Torres-Gelder und der Konsolidierung des Staatshaushaltes. Im Berichtsjahr wurde eine deutlich grössere Anzahl junger Menschen im Rahmen der Diversion den therapeutischen Gruppenprogrammen zugewiesen als im Vorjahr. Liechtenstein wurde von der Kommission für Suchtfragen an internationalen Konferenzen und in fachspezifischen Gremien im Ausland vertreten.

Drogensituation

Die grösste Verbreitung haben nach wie vor die legalen Substanzen, nämlich Alkohol und Tabak. Unter jungen Männern ist Rauschtrinken verbreitet. Schwer beizukommen ist dem Rauchen und in Folge dessen der Tabakabhängigkeit Unter-16-Jähriger. Die Zunahme der Diversionsfälle aufgrund von Cannabiskonsum lässt darauf schliessen, dass sich Cannabisrauchen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen ungebrochener Beliebtheit erfreut. Im Alter zwischen 20 und 25 Jahren zeigen sich Anpassungsstörungen, bei deren Entstehung exzessiver Cannabiskonsum eine bedeutende Rolle gespielt hat. Es gibt zudem Hinweise für das Wiederaufflammen des Konsums harter Drogen (Heroin, Kokain, Ecstasy).

Auch kann die Anzahl jener Kinder und Jugendlicher, die einem exzessiven Gebrauch von Internet bzw. Online- und Konsolenspielen nachgehen, als steigend angenommen werden. Eine Studie wird harte Fakten zur Epidemiologie liefern (s.u.). Die Präventionsarbeit wird sich neben den Schwerpunkten der letzen Zeit (Alkohol, Tabak, Medikamente; Spielsucht) auch auf illegale Substanzen fokussieren.

«DU sescht wia!» und ESPAD-Studie

In einem umfassenden Bericht über die Suchtpräventionskampagne «DU sescht wia!» wurde dargelegt, welch umfassendes Programm in der Laufzeit von 2006 bis 2009 durchgeführt worden ist (siehe www.asd.llv.li). Da die Kampagne erfolgreich war, wird «DU sescht wia!» als Dachmarke der zukünftigen Suchtpräventionsprojekte und -programme fortgeführt. Vier Hauptprojekte der Kampagne (smartconnection, KENNiDI, Experiment Nichtrauchen, Freelance) werden als Programme zeitlich unbefristet weitergeführt. Damit sind auch nachhaltige Effekte gegeben.

Erkenntnisse über die Wirkung der Kampagne erwartet man sich aus einer epidemiologischen Studie bei 15- und 16-jährigen Schülern. Die Regierung beschloss, an der europaweit durchgeführten Studie ESPAD (The European School Survey Project on Alcohol and other Drugs) teilzunehmen. Diese wird in Liechtenstein 2011 zum ersten Mal und anschliessend in vierjährigem Turnus durchgeführt werden. Die Teilnahme an ESPAD ist wichtig, da diese einerseits eine Evaluation der Studie zum Suchtmittelkonsum junger Menschen in Liechtenstein ermöglicht, und andererseits ist nur durch eine regelmässige Erfassung die Einschätzung von Veränderungen möglich.

Hauptprogramme der Suchtprävention

Im Berichtsjahr kam «smartconnection» bei 24 Veranstaltungen an 54 Tagen zum Einsatz. 412 Personen aus Liechtenstein konnten hierbei als «Member» dazu gewonnen werden. Bei diesen Veranstaltungen wurden 1'980 Alkoholtests durchgeführt, welche von 929 Personen bestanden wurden. Weiters konnte eine Gruppe von 15 «Smartcoaches» für die Grundausbildung gewonnen werden; sie kommen an Veranstaltungen zum Einsatz.

In circa 40 Gaststätten und Jugendtreffs wird der Jugenddrink KENNiDI angeboten. Auch bei grösseren Veranstaltungen wurde der KENNiDI ausgeschenkt.

Am Wettbewerb «Experiment Nichtrauchen», welcher jährlich von der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste durchgeführt wird, nahmen in Liechtenstein

44 Schulklassen der sechsten bis neunten Schulstufe teil. Drei Schulklassen gewannen einen Preis.

Die didaktischen Materialien von «Freelance» zur Suchtprävention kamen im Schulunterricht zum Einsatz.

Weitere Programme und Projekte

Im Mai wurde in Vaduz die auf rege Beteiligung gestossene «Kick-Off-Veranstaltung» zu «Gateway – Mit Jugendlichen über neue Medien reden» durchgeführt. Gateway bietet Orientierungshilfen für Erwachsene, um hinsichtlich des Gebrauchs neuer Medien (Internet, Onlinespiele usw.) besser auf ihre Kinder Einfluss nehmen zu können. Die Vorträge wurden vor allem von Lehrern mit grossem Interesse verfolgt und die Mitschnitte auf der Homepage von «DU sescht wia!» der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Erwachsene, die am «Rauchstoppwettbewerb» der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention teilnahmen und während eines Monats belegbar keine Tabakprodukte konsumierten, konnten Preise gewinnen. Aus Liechtenstein ging im Berichtsjahr kein Gewinner hervor.

Es wurden «Rauchstoppkurse» abgehalten: zwei Kurse für Erwachsene, davon einer für die Öffentlichkeit und ein weiterer für das Personal der Landesverwaltung. Ein Kurs richtete sich an eine jugendliche Zielgruppe. Insgesamt nahmen 27 Personen an Rauchstoppkursen, die im Auftrag des Amtes für Soziale Dienste von einer Fachorganisation angeboten wurden, teil (19 Erwachsene, acht Jugendliche). 42% der erwachsenen Teilnehmer waren noch nach sechs Monaten rauchfrei geblieben.

Am «Weltnichtrauchertag», welcher jährlich am 31. Mai begangen wird, wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Raucher wurden eingeladen, einen Tag lang auf Tabakkonsum zu verzichten oder zumindest ihren Konsum einzuschränken. Als Preis wurde ein Gutschein für den Besuch von Gastronomiebetrieben mit rauchfreien Räumen verlost.

Unter der Leitung des Kinder- und Jugendschutzbeauftragten fanden im Berichtsjahr 49 amtliche «Testeinkäufe» statt. Elf Anzeigen gegen Ladeninhaber wurden erstattet, weil Alkohol bzw. Tabak an unter 16- bzw. 18-jährige Kinder oder Jugendliche verkauft wurden.

Veröffentlichungen und Konzeptarbeit

Am 18. Januar wurde an einer Pressekonferenz der «Leitfaden zum Umgang mit Suchtproblemen am Arbeitsplatz» vorgestellt. Dieser enthält unter anderem Handlungsanleitungen zum Umgang mit Mitarbeitern, bei denen eine Suchtproblematik vermutet wird. Zielgruppe dieses Handbuches sind vor allem Führungskräfte.

Die Broschüre «Drogen - nein Danke!» wurde von der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP) übernommen und von der Beauftragten für Suchtfragen zusammen mit der Landespolizei und Staatsanwaltschaft an die liechtensteinischen Verhältnisse adaptiert. Sie wird im nächsten Jahr herausgegeben.

Ein Konzept zur Durchführung breit angelegter Elternbildung wurde der Regierung vorgelegt. Mit Kursen über Erziehungsfragen wird u.a. die Zielsetzung verfolgt, dass Eltern darin gefördert werden, ihren Kindern Gesundheitsbewusstsein und einen mässigen Umgang mit Alkohol und Tabak zu vermitteln.

Nationale und internationale Veranstaltungen und Projekte

Die Beauftragte für Suchtfragen nahm als Vertreterin Liechtensteins an der Konferenz der UNODC (UNO-Organisation) in Wien und der Konferenz der Pompidou Group (Europarat) in Strassburg teil.

Die bisherige «Trinationale Tagung der Suchtprävention» wird um ein Land erweitert. Neben Deutschland, Österreich und der Schweiz wird in Zukunft auch Liechtenstein mitwirken. Gleich bei der nächsten Tagung – sie ist dem Thema Medikamentenmissbrauch gewidmet – wird Liechtenstein als Gastgeber auftreten. Die nunmehr «Quart-Nationale Tagung» wird im zweijährigen Turnus stattfinden.

Bei der liechtensteinischen Industrie,- Handels- und Gewerbeausstellung (LIHGA) war das Amt für Soziale Dienste mit Gateway und Smartconnection mit jeweils einem Stand vertreten. Bei beiden Ständen wurde der KENNiDI ausgegeben. Besonders der Gateway-Stand wurde von der Öffentlichkeit interessiert aufgenommen. Die Aktionswoche Alkohol soll in Liechtenstein erstmals zeitgleich mit Deutschland und der Schweiz durchgeführt werden. Während dieser Zeit soll durch verschiedene Aktionen für einen gesundheitsverträglichen Konsum von Alkoholika geworben werden.

Weiteres

Der Vorstoss der Kommission für Suchtfragen, jene Steuereinnahmen, die aus dem Verkauf von Alkohol und Tabakwaren in Liechtenstein der Schweiz zufliessen (Tabakpräventionsfonds und Alkoholzehntel), u.a. für Präventionszwecke für Liechtenstein zu lukrieren, wurde von der Regierung aufgegriffen.

Die von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Beauftragten für Suchfragen erstellten Richtlinien zur Methadon-Abgabe (Substitutionsprogramm) wurde von der Regierung genehmigt. Noch erforderlich ist eine geringfügige Anpassung des Betäubungsmittelgesetzes. Diesbezüglich wurde ein Bericht und Antrag erstellt.

Die Landeszeitungen (Volksblatt, Liechtensteiner Vaterland, LIEWO) berichteten ausführlich über die Suchtpräventionsarbeit.

Die Beauftragte für Suchtfragen leitete die Therapiegruppen für Suchtgefährdete. Insgesamt nahmen an diesen Drogengruppen mit therapeutischer und prophylaktischer Zielsetzung 37 Personen (Vorjahr: 20) teil, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen und im Rahmen der Diversion von der Staatsanwaltschaft eine Auflage erhalten hatten.

Die Beauftragte für Suchtfragen nahm an den Treffen der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention des VfV - Vereinigung für Verkehrspsychologie - und anderen Institutionen zur Suchtprävention teil und referierte am Mittwochforum der Liechtensteinischen Ärztekammer zum Thema Psychische Gesundheit.

Kommission Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein

Vorsitz: Thomas Hasler

Im Jahre 2010 wurde die OUFL-Kommission, welche die Regierung in Fragen der Durchführung der obligatorischen Unfallversicherung in Liechtenstein berät, neu gewählt. Die bisherigen Mitglieder wurden bestätigt. Die OUFL-Kommission traf sich im Jahr 2010 zu einer ordentlichen Sitzung und befasste sich mit folgenden Themen:

– Abschaffung des NBU-Landesbeitrags;
– Teuerungsanpassung der laufenden Renten per 01.01.2011;
– Erlass einer Geschäftsordnung für die OUFL-Kommission.

Das Vorhaben der Regierung, den NBU-Landesbeitrag abzuschaffen wurde diskutiert und von der Kommission zur Kenntnis genommen. Des Weiteren hat die OUFL-Kommission empfohlen, die gesetzlich vorgesehene Teuerungsanpassung der laufenden Renten per 01.01.2011 nicht vorzunehmen, da sich die Teuerung seit der letzten Anpassung im Jahr 2009 ganz leicht negativ entwickelt hat. Der Erlass einer Geschäftsordnung für die OUFL-Kommission soll im Jahr 2011 weiterbearbeitet werden.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Dr. Renate Müssner

Wesentliche Aufgabenschwerpunkte bildeten die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen betreffend die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe sowie die Erarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage im Zusammenhang mit der Sanierung des Landeshaushaltes und damit verbundenen Einsparungen im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).

Sanierung des Landeshaushalts – Finanzielle Leistungsfähigkeit der Liechtensteinischen AHV
Nachdem die Regierung in ihrer Sitzung vom 5. Mai 2009 einen Zwischenbericht der im April 2007 eingesetzten Steuerungsgruppe «Zukunft AHV» zur Kenntnis genommen hat, haben sich die Rahmenbedingungen aufgrund der wirtschaftlichen Krisensituation geändert und das Projekt zur Sanierung des Landeshaushaltes ist lanciert worden. Das Projekt sieht Einsparungen im Bereich der AHV in der Grössenordnung von 15 Mio. Franken im Jahre 2015 vor.

Im Jahre 2010 wurden daher die Grundlagen für einen Vernehmlassungsbericht erarbeitet, um die erwähnten Sparziele zu erreichen. Die AHV erhält heute aus den allgemeinen Staatsmitteln einen Beitrag von 20 Prozent der jährlichen Ausgaben. Durch die Bindung des Staatsbeitrags an die jährlichen Ausgaben der AHV stieg die finanzielle Belastung für den Staatshaushalt in den letzten Jahren stark an. Die Regierung hat daher beschlossen, den Staatsbeitrag zu reduzieren und von der Ausgabenentwicklung der AHV abzukoppeln, damit eine höhere Plan- und Steuerbarkeit für das Land erreicht werden kann.

Da diese zu Gunsten des Landes eingesparten Mittel der AHV fehlen, müssen sie kompensiert werden. Im Berichtsjahr hat das Ressort daher entsprechende Massnahmen erarbeitet, welche im Rahmen der Vernehmlassung Anfang 2011 interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet wurden.

Gesetz über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAKG)
Für die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) wurde im Berichtsjahr eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Organisationsstruktur sowie die Ausgestaltung als privatrechtliche Stiftung genügten den Anforderungen einer «Good-Corporate-Governance» nicht mehr. Im Zusammenhang mit der Schaffung und Harmonisierung gesetzlicher Grundlagen zur Führung und Transparenz von öffentlichen Unternehmen ist für die LAK eine spezialgesetzliche Regelung geschaffen und die privatrechtliche Stiftung in eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts überführt worden.

Die LAK ist die Dachorganisation für die Heime Haus St. Florin, Vaduz, Haus St. Laurentius, Schaan, Haus St. Martin, Eschen, Haus St. Mamertus, Triesen, die Stelle Kontakt und Beratung Alterspflege sowie die Zentralküche. Die Stiftung LAK hat den Zweck, die bestmögliche Beratung und Betreuung der in Liechtenstein wohnhaften Betagten, Kranken und Hilfsbedürftigen sicherzustellen sowie vorbeugende Massnahmen zu gewährleisten, um der Entstehung von Hilfsbedürftigkeit entgegenzuwirken. Im Zuge der Schaffung der gesetzlichen Grundlage wurde auch der Stiftungsrat der LAK neu bestellt.

Seniorenbeirat
Der Seniorenbeirat ist das beratende Gremium des Ressorts in seniorenpolitischen Anliegen und wurde im Jahre 2008 von der Regierung eingesetzt. Das Ressort führte im Berichtsjahr drei Workshops mit dem Seniorenbeirat durch. Die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat ist wesentlicher Bestandteil für die Schwerpunkte der Seniorenpolitik und die Mitglieder nehmen ihre Aufgaben mit grossem Engagement wahr.

Abänderung von Verordnungen
Im Berichtsjahr hat die Regierung die Änderungen der Verordnung zum Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung genehmigt. Die Abänderung basiert auf dem neuen Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung.

Am 1. Januar 2011 trat das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung in Kraft. Gemäss diesem Gesetz gilt die Arbeitslosenentschädigung als massgebender Lohn im Sinne des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Da die bisherige Alters- und Hinterlassenenversicherungsverordnung unter anderem bestimmt, dass Versicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit – mit Ausnahme der Arbeitslosenentschädigung bei Ganzarbeitslosigkeit – nicht zum Erwerbseinkommen zählen, war die Verordnung entsprechend anzupassen.

Überprüfung von Sozialhilfeträgern
Überprüfungen und Änderungen im Bereich von Sozialhilfeträgern im Sinne von Art. 24 des Sozialhilfegesetzes bilden jeweils Aufgabenschwerpunkte des Ressorts. Im Berichtsjahr standen insbesondere die Arbeiten im Zusammenhang mit der Reorganisation der Familienhilfe-Vereine im Vordergrund.

AMTSSTELLE

Amt für Soziale Dienste[1]

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Die Anzahl der vom Amt betreuten Klienten ist insgesamt gleich geblieben. Nicht zugenommen haben die Fälle wirtschaftlicher Hilfsbedürftigkeit, jedoch sind die Privathaushalte stärker von Verschuldung betroffen. Klienten, denen es nicht gelingt, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen, vornehmlich jüngere Klienten mit Integrations- oder Anpassungsproblemen sowie mit Suchtproblemen in Kombination mit psychischen Beeinträchtigungen stehen im Fokus der therapeutischen und integrativen Arbeit. Im stationären Bereich war eine hohe Nachfrage feststellbar. Die Möglichkeiten zur Arbeitsintegration von Klienten des Amtes wurden erheblich verbessert, ebenso die Tagesbetreuung von sozialpsychiatrischen Patienten.

Organisation und Personelles

In der Administration wirtschaftliche Hilfe konnten zwei Stellen und eine Sozialarbeitsstelle nachbesetzt werden. Es ist bei bestimmten Berufen im Sozialbereich nur schwer möglich, im Inland geeignetes Fachpersonal zu rekrutieren. Nur dank der psychologischen Assistenzstelle, die bereits vor einigen Jahren im Kinder- und Jugenddienst eingerichtet worden war, war es möglich, dort eine frei gewordene Psychologenstelle durch eine eingearbeitete junge Mitarbeiterin zu besetzen. Im Therapeutischen Dienst konnte die psychologische Assistenzstelle nachbesetzt werden. Die Nachwuchsförderung für Verwaltungsberufe und Fachpersonal nimmt beim Amt einen hohen Stellenwert ein. Vier Praktikanten sowie zwei Lehrlinge wurden bei uns im Rahmen ihrer Ausbildung beschäftigt.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Kosten- und Leistungsrechnung, die bei einigen Amtsstellen bereits eingeführt worden ist, wurden abgeschlossen. Insbesondere galt es, das komplexe Aufgabengebiet des Amtes in Produktgruppen zu fassen.

Das Amt hatte Vorschläge betreffend die vorgeschriebenen Einsparungen für Sachaufwendungen auszuarbeiten.

Die Geschäftsprüfungskommission des Landtags hat im Rahmen ihrer periodischen Schwerpunktprüfungen heuer das Amt für Soziale Dienste untersucht. Das Amt konnte seine Tätigkeit ausführlich vorstellen und auf Fragen der GPK eingehen.

Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

Das liechtensteinische Soziallexikon, www.solex.llv.li, war zu bewirtschaften, um die Website ständig aktuell zu halten. Die Bevölkerung kann sich über Neuigkeiten aus dem Amt und im Sozialwesen auf www.asd.llv.li auf dem Laufenden halten.

Viel Beachtung fand bei den Medien, das im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung gemeinsam mit dem Tak durchgeführte soziokulturelle Projekt «Zur schönen Aussicht». Das Amt beteiligte sich auch an den Veranstaltungen des Seniorenbunds zum Thema «Altersarmut» mit Fachreferaten.

Mitarbeiter des Amtes haben zahlreiche Vorträge gehalten über die Themen: Jugendgewalt, Rechtsradikalismus, Psychische Gesundheit, Schwangerschaft und Finanzen, Suchtprävention in der Erziehung sowie Artikel für Tageszeitungen und Zeitschriften zu psychosozialen Themen verfasst.

Die Eröffnung des sozialpsychiatrischen Tageszentrums des Vereins für Betreutes Wohnen ist ein Meilenstein für die ambulante Betreuung von hilfsbedürftigen Menschen.

Rechtspflege

In sechs Fällen haben Klienten von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Amtes zu ergreifen. Davon bezogen sich vier Fälle auf Verfügungen zur wirtschaftlichen Hilfe (Anspruchsberechtigung, Kostenrückerstattung) und zwei Fälle auf Verfügungen des Kinder- und Jugenddienstes (Datenauskunft, Kinderbetreuung).

Klientenstruktur und Umfang der psychosozialen Hilfen

Klientenstatistik

In der folgenden Tabelle finden sich Angaben über Alter, Geschlecht, Zivilstand und Nationalität der Klienten des Amtes.

Klientenstatistik Amt für Soziale Dienste gesamt (Kinder- und Jugend- sowie Erwachsenenbereich)	**2010**	2009	Proz. Veränderung
Gesamtzahl der Klienten[2]	**1'256**	1'250	±0%
Geschlecht			
Männlich	**54%**	54%	±0%
Weiblich	**46%**	46%	±0%

[1] Die Teile des Rechenschaftsberichtes zum Kinder- und Jugenddienst finden sich unter dem Ressort Familie und Chancengleichheit und unter der Kommission für Suchtfragen im Ressort Gesundheit.

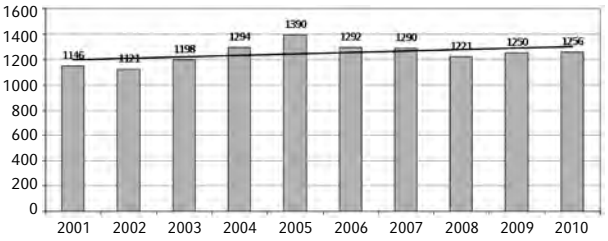
[2] Es ist zu beachten, dass einzelne Klienten von mehreren Diensten betreut werden. Die Summe der Klienten aller Dienste (1'405) ist deswegen grösser als die Gesamtklientenzahl.

Zivilstand (nur Personen ab 18 Jahren)	**2010 in %**	2009 in %
Ledig	**43**	40
Verheiratet	**24**	27
Geschieden/getrennt	**30**	31
Verwitwet	**3**	2
Altersstruktur		
Kinder und Jugendliche bis und mit 20 J.	**38**	34
Personen über 20 Jahre	**62**	66
Klienten nach Staatsbürgerschaft		
FL	**60**	60
EU	**16**	16
CH	**7**	7
Andere	**17**	17

Tab.1: Klientenstatistik 2010

Die Anzahl der Klienten aller Abteilungen des Amtes ist gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben (+6 Fälle). Insgesamt betreute das Amt im Berichtsjahr 1'256 (1'250[3]) Klienten. Ausgeprägt ist eine Veränderung der Altersstruktur hin zu einer Erhöhung des Anteils der jüngeren Klienten. Der Anteil der ledigen Personen ist um 3% angestiegen, der Anteil der Verheirateten hat hingegen abgenommen. In den letzten Jahren war die Anzahl der Klienten relativ konstant.

Verlauf der Klientenzahl in den letzten 10 Jahren



Grafik 1: Klienten Unterstützungsarten 2010

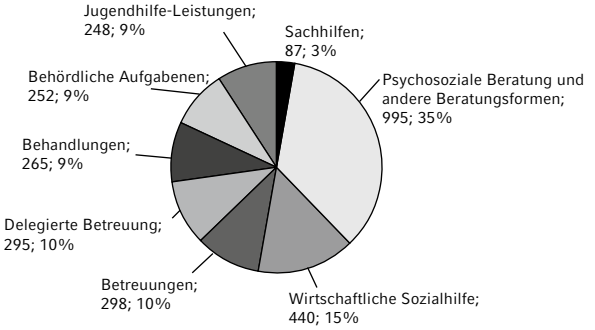
Im Folgenden die summarische Darstellung der Probleme sämtlicher Klienten des Amtes (Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche[4] wenn nicht anders vermerkt).

Problemstruktur der Klienten (ICD-10)	**Nennungen 2010**	Nennungen 2009
Wirtschaftliche Probleme Erwachsene	**813**	822
Psychische Störungen Erwachsene	**389**	336
Faktoren, die zur Beanspruchung einer behördlichen Dienstleistung führen	**357**	*[5]
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen führen (Erwachsene)	**53**	30
Psychosoziale Umstände (Erwachsene)	**26**	34
Soziale Umgebung (Erwachsene)	**16**	18
Untersuchungen (Erwachsene)	**3**	1
Probleme in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen	**225**	*
Probleme im Familiensystem (Kinder- und Jugendhilfe)	**221**	*
Delegierte ambulante und stationäre Betreuung der Kinder- und Jugendhilfe (JH)	**197**	175
Finanzielle Unterstützung der Tagesbetreuung (JH)	**71**	70
Summe	**2'371**	*[6]

Tab.2: Problemstruktur der gesamten Klienten des Amtes (Mehrfachnennungen möglich).

Hilfen nach Unterstützungsart

Den Problemen der Klienten stehen die Hilfen, die nach Art der Unterstützung aufgelistet sind, gegenüber. Die Hilfen werden nach der individuellen Problemlage erbracht und somit kann es auch erforderlich sein, bei einem Klienten gleichzeitig mehrere Hilfen zu erbringen. Nachstehendes Kreisdiagramm stellt dar, welche Unterstützung wie oft geleistet wurde.



Grafik 2: Unterstützungsarten 2010

[3] In Klammer findet sich stets die Zahl des Vorjahres.

[4] Ausführlich zum Kinder- und Jugendbereich siehe Bericht des Kinder- und Jugenddienstes im Ressort Familie und Chancengleichheit.

[5] Im Kinder- und Jugenddienst wurden per 1.1.2010 neue Erfassungskategorien eingeführt. Es gibt zum Vorjahr keine direkten Vergleichsdaten.

[6] s. Fussnote 5

Erwachsenenbereich[7]

Ausgewählte Themen

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
In Kooperation mit dem Theater am Kirchplatz wurde ein soziokulturelles Projekt durchgeführt. Zweck dieses Projektes war die Einbindung von Klienten des Amtes, vornehmlich jüngeren Alters, in eine anspruchsvolle Aufgabe. Beinahe über ein Jahr lang galt es alle Herausforderungen zu bewältigen, die einer Theateraufführung vorausgehen. Es wurde nicht nur das Theaterstück «Zur schönen Aussicht» mit Erfolg zweimal aufgeführt, sondern es zeigte sich in der Evaluation, dass die erhofften Ziele, nämlich Ermutigung, Motivierung, Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen, Vermittlung von Erfolgserlebnissen, erreicht worden sind. Eine weitere Wirkung dieses Projektes bestand darin, dass einige der Teilnehmer, die zum Teil schon seit Jahren arbeitslos waren, eine Stelle fanden.

Beiträge zum Aktionsjahr erbrachte auch der Liechtensteinische Seniorenbund. Im Rahmen der Mitgliederversammlung der Seniorenplattform Bodensee in Vaduz wurde das Thema Armut in Liechtenstein aufgegriffen und wurde auf die spezifische, ökonomische und soziale Lage der Senioren in einer Veranstaltung im November eingegangen. Den Abschluss fand diese europäische Aktion mit der Bilanz der Seniorenverbände aus den Ländern und Kantonen rund um den Bodensee. Im Rahmen einer Veranstaltung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) in Bregenz wurden die Erkenntnisse dargelegt, die aus den Analysen der Problemstellungen und der Entwicklung von Szenarien während des Jahres gewonnen worden waren.

Psychosoziale Versorgung
Es waren bezüglich der zahlreichen privaten Organisationen die gesetzlichen Aufgaben wie Finanzierung, Aufsicht und Koordination wahrzunehmen. Die Pflege der Kontakte sowie die fachliche Zusammenarbeit wurde intensiv verfolgt. Das Koordinationsorgan der im Bereich Betreutes Wohnen tätigen Sozialhilfeträger wurde reaktiviert. Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der LAK, des HPZ, VBW und ASD, um einzelfallbezogen eine optimale Unterbringung gewährleisten und sich zwischen den Einrichtungen absprechen zu können.

Sowohl im Kinder- als auch im Erwachsenenbereich war ein hoher Bedarf an stationären Betreuungsplätzen festzustellen. Dementsprechend war die Auslastung bei inländischen Einrichtungen (HPZ, VBW, LAK) sehr hoch. Aus diesem Grund, also aus Mangel an Plätzen, aber auch aus dem Umstand heraus, dass nicht alle indizierten Betreuungsformen in Liechtenstein angeboten werden, mussten bei den Erwachsenen Auslandsplatzierungen in erheblichem Umfang vorgenommen werden. Es mangelt im Inland vor allem an betreuten Wohnmöglichkeiten für Klienten mit einer Suchtproblematik, sozialen Anpassungsstörungen und sozialpsychiatrischen Beeinträchtigungen.

Im Auftrag und in Vertretung für das Ressort Soziales hat das Amt an der Arbeitsgruppe Liechtensteinisches Landesspital, Um- und Neubau – Vorstudienphase, teilgenommen.

Stiftung 50plus
Die private Stiftung lancierte Anfang Jahr eine Arbeits- und Integrationsinitiative. Grundsätzlich arbeitsfähige Klienten werden zur Abklärung und zum Arbeitstraining zugewiesen. Die Abklärungsgruppe zur Arbeitsintegration (AzA) sowie der Arbeitsparcours (AP) ermöglichen ein individuell gestaltbares Stufenprogramm zur arbeitsmässigen Reintegration von Sozialhilfeempfängern. Aufgrund individueller Abklärungen der Belastbarkeit und Ressourcen werden Trainings der Fertigkeiten und persönlichen Kompetenzen durchgeführt, mit dem Ziel, die Teilnehmer Schritt für Schritt in einem systematischen Prozess zur Aufnahme einer Arbeitsstelle zu befähigen. Seit April wurden insgesamt 36 Personen in die AzA oder den AP überwiesen. Davon konnten bisher 8 Personen in eine Anstellung auf dem freien Arbeitsmarkt vermittelt werden. Damit hat das Amt eine wertvolle und effiziente Möglichkeit erhalten, Klienten wieder in einen Arbeitsprozess zu bringen und schlussendlich wieder an einem Arbeitsplatz einzugliedern.

Verein für Betreutes Wohnen
Für die Zuweisungen von Klienten wurde eine Ablaufregelung (Ansprechpersonen, Kostengutsprachen und Berichterstattungen) festgelegt. Im April wurde das Sozialpsychiatrische Tageszentrum in Schaan eröffnet. Neben einem niederschwelligen Ort der Begegnung werden Gruppenprogramme und verschiedene Aktivitäten angeboten. 17 chronisch Kranke und somit nicht mehr arbeitsfähige Klienten des Amtes wurden dorthin überwiesen.

Verband Liechtensteinischer Familienhilfe – Betreuungs- und Pflegegeld
Am 01.01. wurde das Betreuungs- und Pflegegeld für häusliche Betreuung eingeführt, womit den betroffenen Menschen eine Alternative zur stationären Betreuung ermöglicht wird. Die neue Fachstelle für häusliche Betreuung und Pflege erarbeitet zusammen mit dem zuständigen Arzt und unter Miteinbezug der vor Ort Betreuenden für jeden Einzelfall ein individuelles Betreuungs- und Pflegekonzept.

[7] Kinder- und Jugendbereich siehe Ressort Familie und Chancengleichheit: Kinder- und Jugenddienst / Amt für Soziale Dienste

Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK)
Es wurde das Gesetz über die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe geschaffen. Die Regelung der Finanzierung ist jedoch nach wie vor im Sozialhilfegesetz geregelt. Infolgedessen wurden die bisherigen Strukturen aufgelöst (Stiftungsrat, Verwaltungsausschuss). Die neuen Gremien (Strategierat, Stiftungsrat, Geschäftsleitung) sind per 1. Oktober in Funktion getreten. Der Neubau des Pflegesatelliten Triesenberg konnte abgeschlossen werden. Der Einzug ist auf Januar 2011 anberaumt. Derzeit wird am Standort in Triesen ein Erweiterungsbau errichtet.

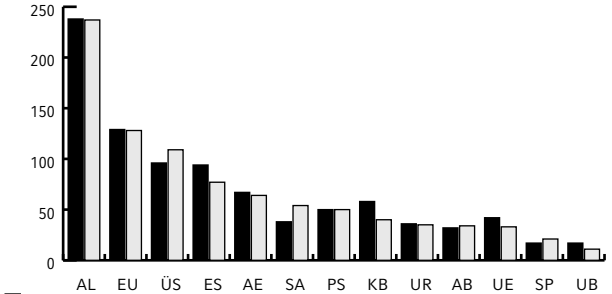
Private Spendenbeiträge, Sozialsponsoring
Dem Amt wurden von privaten Sponsoren erhebliche Mittel zur persönlichen Hilfe für die Klienten sowie zur Durchführung von Projekten (z.B. soziokulturelles Theaterprojekt) zur Verfügung gestellt. Allein im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsaktion konnten Hilfsbedürftige in 161 Haushalten mit einer Spende bedacht werden.

Sozialer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik
Im Berichtsjahr wurden 635 Klientendossiers (Vorjahr 641) geführt. 440 Haushalte (439 im Vorjahr) benötigten wirtschaftliche Sozialhilfe.

Die häufigsten Problemstellungen bei den Beratungen und Hilfen der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen waren:

Problemstruktur (2010 u. 2009 / Sozialer Dienst)



	AL	EU	ÜS	ES	AE	SA	PS	KB	UR	AB	UE	SP	UB
2009	238	129	96	94	67	38	50	58	36	32	42	17	17
2010	237	128	109	77	64	54	50	40	35	34	33	21	11

Grafik 3: Problemstruktur Sozialer Dienst

AL Arbeitslosigkeit / EU Erwerbsunfähigkeit / ÜS Überschuldung / ES Sonstige Gründe für Einkommensschwäche / AE Alleinerziehender Elternteil / SA Stationäre Aufenthaltskosten / PS Psychische Störungen (ohne Abhängigkeit) / KB Krankenkassenbeiträge / UR Ungenügende Rente / AB Psych. Störungen durch Alkohol oder psychotrope Substanzen / UE Ungenügendes Einkommen / SP Spezielle soziale Probleme, Anpassungsprobleme / UB Nicht einbringliche Unterhaltsbeiträge.

(AL) Das häufigste Problem stellte mit 237 Nennungen die Arbeitslosigkeit dar.

(EU) Bei 128 Klienten lag eine Erwerbsunfähigkeit vor.

(ÜS) Bei 109 Klienten lag eine Verschuldung vor. Das Amt hat in 73 Fällen Budget- und Schuldenberatungen durchgeführt.

(ES) Sonstige Gründe für Einkommensschwäche stellt eine Sammelkategorie folgender Problemstellungen (77) dar: Sonstige Gründe ausser Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit für Einkommensschwäche wie: Wohnungsprobleme (17); Ausbildung (14); Verwahrlosung / Sozialisationsdefizit (5); Probleme mit Berufstätigkeit (4); verschiedene andere Gründe (37) (Stationäre Aufenthaltskosten siehe SA).

(AE) Die Alleinerziehenden (64) bildeten die fünftgrösste Gruppe.

(SA) Bei 54 Klienten wurden die stationären Aufenthaltskosten übernommen.

(PS) Im Sozialen Dienst sind 50 Klienten mit psychischen Störungen festgestellt worden.

(KB) Die obligatorische Krankenkassenprämie wurde in 40 Fällen übernommen, weil sie trotz gerichtlicher Exekution nicht bezahlt worden sind.

(UR) Rentner und Rentnerinnen benötigten in jenen Fällen wirtschaftliche Hilfe, bei denen wegen der Rente, Teilrente oder der Nichtberechtigung auf Ergänzungsleistungen der Existenzbedarf nicht gedeckt werden konnte. Bei den vorliegenden 35 Fällen handelt es sich in 31 Fällen um IV-Rentner, in 4 Fällen um AHV - Rentner.

(AB) Im Sozialen Dienst wurden 34 Klienten mit Suchtstörungen betreut.

(UE) 33 Klienten benötigten wirtschaftliche Hilfe aufgrund der Tatsache, dass sie trotz eines vollen Erwerbseinkommens den Existenzbedarf für sich und/oder ihre Familienangehörigen nicht decken können. Diese Personen (bzw. Haushalte) werden als «working poor» bezeichnet.

Bei 237 Klienten stand die Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Bei 128 Klienten lag eine Erwerbsunfähigkeit vor. Bei 109 Klienten lag eine Verschuldung vor; in 73 Fällen wurden Budget- und Schuldenberatungen durchgeführt. Die obligatorische Krankenkassenprämie wurde bei 40 Personen übernommen, weil sie trotz gerichtlicher Exekution diese nicht bezahlten. 35 AHV- oder IV-Rentner benötigten zusätzliche wirtschaftliche Sozialhilfe. 33 Klienten bzw. Haushalte benötigten wirtschaftliche Hilfe aufgrund der Tatsache, dass sie trotz eines vollen Erwerbseinkommen den Existenzbedarf für sich und/oder ihre Familienangehörigen nicht decken können («working poor»).

Hilfen des Sozialen Dienstes nach Unterstützungsarten	2010 Anzahl der Nennungen	2009 Anzahl der Nennungen
Wirtschaftliche Sozialhilfe (*Anzahl Klientendossiers/Haushalte)	**440***	439
Psychosoziale Beratung und andere Beratungsformen	**422**	429
Sachhilfen (Spenden, Schuldensanierung, Wohnungssuche, Vermittlung von Sozialversicherungsleistungen)	**87**	84
Vormundschaften/ Beistandschaften, Casemanagement, Massnahmenbegleitung	**53**	56
Delegierte Betreuungen (Therapieeinrichtungen, Pflegerische Einrichtungen)	**52**	41
Rentenverwaltung	**42**	35
Behördliche Aufgaben (Abklärungen und Stellungnahmen, Amtshilfe, Einleitung gerichtlicher Massnahmen, u.a.)	**2**	3

Tab. 3: Unterstützungsarten des Sozialen Dienstes

Dauer der wirtschaftlichen Unterstützung
14% der Klienten benötigten nur einmalige, 37% bis zu sechs Monate Unterstützung. Bei 49% dauerte die Unterstützung länger als sechs Monate.

Wirtschaftliche Sozialhilfe
Bei 122 Personen, die zu einer Abklärung ihrer wirtschaftlichen Situation vorsprachen, stellte sich heraus, dass sie ein Einkommen über dem Existenzminimum erzielten und damit keinen Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe hatten. In einigen Fällen waren geeignete Einrichtungen für Klienten zu suchen, die einer stationären Betreuung bedurften. In einigen Fällen musste eine Notplatzierung vorgenommen werden, da eine geeignete Unterkunft fehlte.

Der Aufwand für die wirtschaftliche Hilfe ist um CHF 730'046 zurückgegangen. Dies ist zum grossen Teil darauf zurückzuführen, dass mehr Rückzahlungen von Klienten, sei es von der IV, von der Pensionskasse oder aus anderen Quellen, erfolgten als im Vorjahr. Zu einem kleinen Anteil liegt es auch daran, dass bei gleicher Klientenanzahl der Unterstützungsbedarf geringer war.

Stationäre Aufenthalte
54 Klienten sind in stationären Einrichtungen platziert worden. Im Inland waren stationäre Kosten für Aufenthalte in der Therapeutischen Wohngemeinschaft, im Frauenhaus und in einer LAK-Einrichtung zu übernehmen. Im Ausland entstanden Kosten insbesondere für behinderte Personen in stationären Betreuungseinrichtungen, sofern mit deren Rente und Ergänzungsleistungen die Tageskosten und Betriebsbeiträge nicht zur Gänze gedeckt werden können.

Persönliche Hilfe
Die persönliche Hilfe versteht sich als Unterstützung und Stärkung für Menschen in schwierigen Lebenslagen, damit in verfahrenen Situationen etwas bewegt, Arbeitsintegration ermöglicht und konkrete Lebensperspektiven entwickelt werden können. Im Berichtsjahr wurden 51 Klienten im Fachbereich «Persönliche Hilfe» des Sozialen Dienstes betreut.

Vormundschaftswesen
Per Ende Dezember wurden vom Fachbereich Vormundschaftswesen (Amtsvormundschaft und fünf ehrenamtlich tätige Privatpersonen) 53 Mandate (Vorjahr 56) für Erwachsene im Alter zwischen 22 und 90 Jahren geführt. Zu den Aufgaben des Beistandes oder Beirates gehören die Verwaltung des Einkommens und Vermögens der Mündel, die Sicherstellung der persönlichen Betreuung und die gesetzliche Vertretung.

Auffallend ist auch das Segment junger Erwachsener, für welche infolge deren psychischer Erkrankung eine vormundschaftsgerichtliche Massnahme angeordnet werden musste. Diese Fallgruppe bedarf einer intensiven und qualifizierten psychotherapeutischen ambulanten oder stationären Betreuung.

Schuldenberatung
Die Anzahl der als «überschuldet» registrierten Klienten bzw. Haushalte hat sich im Berichtsjahr von 96 auf 109 Fälle erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 13.5%. Der Fachbereich Schuldenberatung konnte bei 73 Personen im Rahmen einer Schulden- und/oder Budgetberatung oder einer Schuldensanierung bei der Ordnung und Regelung der finanziellen Angelegenheiten unterstützend wirken und Hilfestellung geben. Stiftungen und karitative Organisationen leisteten bei den Schuldensanierungen wichtige und unbürokratische Hilfe. Zunehmend werden von Überschuldung betroffene Personen bzw. Haushalte auch von externen Personen und Einrichtungen zugewiesen.

Arbeitsprojekte
Neuer Partner wurde die Stiftung 50plus, die ein Arbeitsintegrationsprogramm aufbaute. Dort werden stellenlose Personen vom Amt eingesetzt, in welchem sie in Holz- und Metallverarbeitung, Gartenarbeiten und Hauswartstätigkeiten eingelernt werden und eine Tagesstruktur haben.
Übersicht zu den Einsätzen in Arbeitsprojekten:
Arbeitsprojekt der Öffentlichen Hand (Land und Gemeinden):

– Gemeinde Triesen, Schaan, Triesenberg	6 Personen	36.5 Monate
– Landesverwaltung	8 Personen	41.5 Monate

Arbeitsprojekte privater Sozialhilfeträger:

– Stiftung 50plus	36 Personen	49 Monate
– Arbeitsprojekt Brandis (VBW)	21 Personen	53 Monate
– Heilpädagogisches Zentrum	13 Personen	76 Monate
– Horetex	5 Personen	9 Monate
– Gonzen Intertrade	1 Person	3 Monate
Summe	**90 Personen**	**268 Monate**

Tab. 4: Arbeitsprojekte

Junge Erwachsene
Im Berichtsjahr benötigten 69 junge Erwachsene, das sind 16% der unterstützten Personen, wirtschaftliche Hilfe. Der Integration junger Erwachsener (18-25 Jährige) wird seitens des Amtes besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Persönliche Hilfe, arbeitsmarktliche, soziale und therapeutische Massnahmen sind bei dieser Personengruppe besonders wichtig, damit die Selbsterhaltungsfähigkeit gefördert und langjährige Sozialhilfeabhängigkeit vermieden wird. Junge Erwachsene erhalten keine eigene Wohnung finanziert, sofern sie bisher dazu selbst nicht in der Lage waren. Sie werden nach Möglichkeit in betreuten Wohneinrichtungen untergebracht.

Therapeutischer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik
Im Berichtsjahr wurden 283 Klienten (Vorjahr 278) betreut. Bei diesen wurden folgende Störungen festgestellt:

114 (101) Störungen durch Suchtsubstanzen; 63 (89) Anpassungsprobleme; 50 (33) Persönlichkeitsstörungen; 47 (36) Schizophrene Störungen; 18 (13) Depressive und manische Störungen. Folgende Hilfen wurden geleistet: 233 (233) Therapeutische Behandlungen; 183 (168) Beratungen; 208 (151) Betreuungen / Casemanagement; 92 (71) Behördliche Hilfestellungen; 52 (42) Massnahmen der Diversion; 57 (70) Gruppentherapien; 73 (56) Urinproben; 57 (47) Gutachterliche Tätigkeit; 87 (53) Testdiagnostik; 58 (44) Regimeüberwachung.

Sozialpsychiatrische Grundversorgung
Die Kernaufgabe des Therapeutischen Dienstes besteht in der Gewährleistung der sozialpsychiatrischen Grundversorgung der liechtensteinischen Bevölkerung. Die Zuweisung der Klienten erfolgte hauptsächlich über den Sozialen Dienst im Amt, aber auch über verschiedene Amtswege wie Landespolizei, Staatsanwaltschaft, Landgericht, niedergelassene Ärzte und Psychologen sowie externe soziale Vereine wie der Verein für Betreutes Wohnen, Heilpädagogisches Zentrum, Bewährungshilfe, Infra und Frauenhaus. Der Therapeutische Dienst ist auch die erste Anlaufstelle zur Versorgung von psychiatrischen Patienten nach einer stationären Therapie in benachbarten ausländischen Kliniken (Österreich, Schweiz). Der Dienst fungiert als behördliche Anlaufstelle für schwerstkranke und schwer führbare sozialpsychiatrische Klienten mit dem Ziel, individuelle Möglichkeiten einer sozialen Reintegration von Menschen, die sich am Rande der Gesellschaft bewegen.

Menschen mit Störungen durch Suchtsubstanzen, Persönlichkeitsstörungen oder schizophrenen Störungen zählen zum Hauptklientel und hier muss eine nachgehende Betreuung und intensive Regimeüberwachung durchgeführt werden.

Zwangseinweisungen

Klinik	**2010**	2009	2008	2007	2006
Total	**29**	35	24	33	22

Tab. 5: Zwangseinweisungen
Sämtliche 29 Einweisungen erfolgten bei Gefahr im Verzug. Sieben Klienten wurden vom Mobilen Sozialpsychiatrischen Dienst (MST), fünf stationär nachbetreut.

Ausgewählte Themen

- Insgesamt gingen 25 polizeiliche Meldungen ein, davon 16 im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. 5 Täter erhielten eine Wegweisung. Der Therapeutische Dienst geht diesen Fällen nach, sofern ein Kontakt hergestellt werden kann.
- Im Rahmen der Diversion wurden von der Staatsanwaltschaft 40 Personen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen haben, zugewiesen. Sie unterziehen sich gesundheitsbezogenen Massnahmen: Beratung, Abstinenzkontrollen, Gruppentherapie. 15 Personen schlossen die gesundheitsbezogenen Massnahmen erfolgreich ab.
- Es wurden Gruppentherapien in drei Blöcken für vor allem junge Personen, die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstiessen, durchgeführt. Von den insgesamt 39 Teilnehmern schlossen 34 erfolgreich ab.
- Die über mehrere Jahre vom TD geführte Aktivierungsgruppe für schwer beeinträchtigte psychiatrische Klienten wurde aufgelöst, indem die Klienten zur weiteren Betreuung dem Tageszentrum sowie der Stiftung 50plus zugewiesen wurden.
- Die gefängnispsychologische Sprechstunde wurde von vier bis fünf Insassen pro Termin, insgesamt von 16 Personen, genutzt.
- Die fachärztlichen Fallsupervisionen wurden im Heilpädagogischen Zentrum für verschiedene Abteilungen (Auxilia, Servita, Textrina, Protekta, Wohnheim Besch und Birkahof) weitergeführt.
- Eine Psychologin hielt am Gymnasium zwei Schulstunden zum Thema «Was ist Psychotherapie? Welche Angebote gibt es in Liechtenstein?».

Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in Liechtenstein
Die Leitung der Kontaktstelle www.kose.llv.li obliegt einer Psychologin des TD. Im Berichtsjahr wurden einige neue Selbsthilfegruppen initiiert und aufgebaut: Burnout-Betroffene, Selbsthilfegruppe Schwindel / Morbus Menière, ADHS Selbsthilfegruppe. Auf Initiative eines Kinderarztes konnte ein erstes Treffen mit einem Fachvortrag für Eltern autistischer Kinder organisiert werden.

Aufwand für die Wirtschaftliche Hilfe, Persönliche Hilfe und Förderungsbeiträge an Institutionen

Aufwand gemäss Sozialhilfegesetz (gemäss Abrechnung)

Ausgaben vor dem Lastenausgleich

Wirtschaftliche Hilfe	**2010**	2009
Wirtschaftliche Hilfe im Inland	**4'306'222**	4'855'962
Arbeitsprojekte der öffentlichen Hand	**139'967**	320'273
Zwischentotal	**4'446'189**	5'176'235
Art. 27 Altersheime (Betriebsbeiträge[8] LAK; APH)	**7'964'183**	8'019'960
Persönliche Hilfe		
Freiwillige Helfer	**15'840**	16'344
Beratung / Therapie	**16'166**	39'781
Zwischentotal	**31'646**	56'125
Förderungsbeiträge an Institutionen nach Art. 24 SHG	**2'353'153**	2'394'531
Total Ausgaben gemäss Sozialhilfegesetz	**14'795'171**	15'646'851

Tab. 6: Aufwand SHG

Geförderte Institutionen nach Art. 24 Sozialhilfegesetz (SHG) sind: Therapeutische Wohngemeinschaft Mauren / Mobiles Sozialpsychiatrisches Team / Arbeitsprojekt Brandis / INFRA / Frauenhaus / Stiftung für Krisenintervention / Netzwerk – Verein für Gesundheitsförderung / Hospizbewegung / Seniorenbund / Behinderten-Verband. Weitere Förderungen: Bewährungshilfe / Familienhilfen / Verein Liechtensteiner Seniorenmagazin / Gehörlosen Kulturverein Liechtenstein / Die Dargebotene Hand Ostschweiz und FL / Stiftung KOSCH Koordination und Förderung von Selbsthilfegruppen in der Schweiz.

[8] Hochbausubventionen Alters- und Pflegeheime fallen seit 2007 in den Zuständigkeitsbereich des Hochbauamts.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Dr. Renate Müssner

Das Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft verfolgte im Berichtsjahr eine nachhaltige Umweltpolitik, welche einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen gewährleistet sowie die ökologischen und landwirtschaftlichen Belange schützt und gebührend berücksichtigt.

Im Bereich des Umweltschutzes standen die Gesetzgebung zum Umgang mit Organismen sowie zur Änderung des Gewässerschutzgesetzes (Umsetzung von EU-Richtlinien) im Vordergrund. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt lag im Klimaschutz. Die verschiedenen in der Klimaschutzstrategie festgelegten Massnahmen wurden vorangetrieben und die Teilnahme an der Weltklimakonferenz in Cancun vorbereitet.

Im Bereich der Landwirtschaft lag der Schwerpunkt auf der Ausarbeitung und dem Erlass zahlreicher Verordnungen zum neuen Landwirtschaftsgesetz (LWG). Zudem wurde der Wettbewerb Buuraschlau 2010 durchgeführt.

Im Weiteren wurden im Bereich Wald, Natur und Landschaft diverse Projekte für den Natur- und Landschaftsschutz vorangetrieben.

Im Bereich Raum lag der Fokus im Berichtsjahr auf der ressort- und grenzübergreifenden Zusammenarbeit. In Kooperation mit den Gemeinden Liechtensteins und der Region Werdenberg sowie dem Kanton St. Gallen wurde im Agglomerationsprogramm ein grenzüberschreitendes regionales Zukunftsbild sowie der Bericht inklusive Massnahmen erarbeitet, der Ende des Jahres dem Bund für eine Zwischenprüfung zugestellt wurde. Die Veranstaltungsreihe «Vision Liechtenstein 2020», die gemeinsam mit der Universität Liechtenstein durchgeführt wird und die eine verstärkte Diskussion der Bevölkerung über die räumliche Entwicklung zum Ziel hat, wurde weiter fortgesetzt. Die insbesondere auch in diesem Jahr erkennbare verstärkte Erwähnung von raumrelevanten Themen oder Aspekten in der öffentlichen Diskussion und Argumentation zeigen erste Erfolge dieser Strategie.

Umweltschutz

Gewässerschutzgesetz

Die Regierung hat im Berichtsjahr dem Landtag in der September Landtagssitzung einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gewässerschutzgesetzes zur ersten Lesung unterbreitet (BuA Nr. 85/2010). In der Landtagssitzung vom Dezember 2010 wurde die Abänderung des Gewässerschutzgesetzes vom Landtag in zweiter Lesung beraten und verabschiedet (BuA Nr. 134/ 2010).

Gesetz über den Umgang mit Organismen

In der Landtagssitzung vom September 2010 hat die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag zur Schaffung eines Gesetzes über Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen (BuA Nr. 67/2010) vorgelegt. Die zweite Lesung fand in der Landtagssitzung vom November 2010 statt, in welcher das Gesetz über Umgang mit genetisch veränderten, pathogenen oder gebietsfremden Organismen verabschiedet wurde.

Im Weiteren wurden im 2010 parallel zur Ausarbeitung des Organismengesetzes die dazugehörigen Verordnungen ausgearbeitet, welche Anfang 2011 erlassen werden konnten. Bei den Verordnungen handelt es sich um die Einschliessungsverordnung, die Verordnung über den Umgang mit genetisch veränderten Organismen, die Freisetzungsverordnung sowie die Koexistenzverordnung.

Interpellationsbeantwortung betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen

In der Landtagssitzung vom März 2010 hat der Landtag eine Interpellation betreffend die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen an die Regierung überwiesen. Die Interpellationsbeantwortung an den Landtag erfolgte anlässlich der Landtagssitzung im Mai 2010.

Verpflichtungskredit zur Klimaanschubfinanzierung im Rahmen der Umsetzung des «Copenhagen Accords»

Im Hinblick auf die weiteren Verhandlungen zu einem Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, hat die Regierung ihr Einverständnis zu den Grundsätzen des «Copenhagen Accords» und die Bindung Liechtensteins an sie bestätigt. Ein Hauptthema des «Copenhagen Accords» betrifft die Frage, wie Anpassungs- und Minderungsmassnahmen in den Entwicklungsländern finanziert werden. Langfristig sollen dafür ab dem Jahr 2020 100 Milliarden US-Dollar jährlich von den Industrieländern zur Verfügung gestellt werden. Um eine möglichst schnelle Realisierung von Minderungs- und Anpassungsmassnahmen zu gewährleisten, wurde diesem langfristigen Ziel als kurzfristiges Ziel die Klimaanschubfinanzierung (Fast Start) mit insgesamt 30 Milliarden US-Dollar für die Jahre 2010 bis 2012 vorangestellt. Die Regierung hat beschlossen, sich an der Klimaanschubfinanzierung innerhalb der Umsetzung des «Copenhagen Accords» zu beteiligen. Die Mehrzahl der anderen Industrieländer wird die Klimaanschubfinanzierung über eine Aufstockung ihrer Entwicklungshilfegelder vollziehen. Dieser Weg erscheint auch für Liechtenstein zielführend, da bereits bestehende Strukturen verwendet werden können. Es ist im «Copenhagen Accord» explizit festgehalten worden, dass es sich bei der Klimaanschubfinanzierung um zusätzliche Mittel handeln muss. Aus diesem Grund hat die Regierung mit BuA Nr. 135/2010 beim Landtag auch einen Verpflichtungskredit beantragt, der in Ergänzung zum ursprünglichen Voranschlag betreffend Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) zum Tragen kommen soll. Dazu soll das allgemeine Budget der IHZE für die Jahre 2011

und 2012 um 350'000 Franken pro Jahr aufgestockt werden. Der Landtag hat dem Verpflichtungskredit in der Dezember Sitzung seine Zustimmung erteilt.

Projekt Klimacode.li
Zur Sensibilisierung der Bevölkerung im Bereich Energiesparen und Klimaschutz hat die Regierung das Projekt www.klimacode.li ins Leben gerufen. Klimacode.li ist ein soziales Netzwerk, auf dem sich die Bürger Liechtensteins selbständig ein Bild über den eigenen CO_2-Ausstoss und mögliche Reduktionsmassnahmen machen können. Die Plattform zeigt Wege auf, wie ohne Einbussen in der Lebensqualität ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele Liechtensteins geleistet werden kann. Mit dem CO_2-Rechner kann ein Bewusstsein und Verständnis für die Auswirkungen des täglichen Handelns hinsichtlich des persönlichen CO_2 Fussabdruckes erlangt werden. Zudem können mit Klimacode.li das vorhandene Wissen zum Klimawandel und Massnahmen zur Reduzierung von CO_2-Emissionen zusammengeführt und leicht zugänglich gemacht werden. Das Projekt wurde an der LIHGA mit einem kleinen Stand präsentiert, wobei die Besucher mit einem Wettbewerb dazu angeregt wurden, ihren CO_2-Verbrauch zu berechnen und einen persönlichen Tipp zur Reduktion von CO_2 zu verfassen.

Massnahmenplan Luft - Tiefengeothermie
Im Rahmen des Massnahmenplans Luft wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt. Der Schwerpunkt lag auf den Projekten Kleinholzfeuerungen und Abklärungen zum Nutzungspotenzial der Tiefengeothermie.

Zur Klärung des Nutzungspotenzials der **Tiefengeothermie** wurde im Januar 2010 eine 2D-Testseismik und anschliessend eine aufwändige Datenaufbereitung durchgeführt. Es hat sich bestätigt, dass der tiefe Untergrund mittels der Seismik-Methode grundsätzlich abgebildet werden kann und es konnten wertvolle Erkenntnisse über die Verbreitung der Gesteinsschichten gewonnen werden. Parallel zur 2D-Testseismik wurden folgende Arbeiten durchgeführt: Aktualisierung 3D-Geologiemodell auf Basis der 2D-Testseismik, Bestimmung der Durchlässigkeit der Gesteinsschichten, Berechnung des geothermischen Potenzials, Analyse der Nutzungsmöglichkeiten und Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Der Synthesebericht wird 2011 abgeschlossen. Für die 2D-Testseismik sowie die begleitenden Arbeiten hat der Landtag einen Verpflichtungskredit von CHF 1.7 Mio. genehmigt. Das Projekt konnte mit rund CHF 1.3 Mio. abgeschlossen werden. Mit der Stadt St. Gallen (laufendes Geothermieprojekt) sowie dem Land Vorarlberg (Abklärungen zur Tiefengeothermie) erfolgte ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch.

Nationale Klimaschutzstrategie
Im Berichtsjahr wurden über die Stiftung myclimate weitere 50'000 zertifizierte Emissionsreduktionen zur Anrechnung auf die Reduktionsverpflichtung Liechtensteins aus dem Kyoto Protokoll bezogen.

Im April 2010 wurde das jährlich zu erstellende Klimagasinventar für die Jahre 1990 bis 2008 vollständig nach den methodischen Vorgaben der Beschlüsse der Vertragsstaaten beim Sekretariat der UN-Klimakonvention eingereicht. Im Weiteren wurde der im Jahr 2009 erarbeitete 5. UN Klimabericht (5^{th} National Communication) im Januar 2010 beim Klimasekretariat eingereicht und angenommen.

Landwirtschaft

Vernehmlassung zur Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes (LWG)
Das Landwirtschaftsgesetz ist am 1. Juli 2009 in Kraft getreten. Es handelt sich dabei um ein Rahmengesetz, die detaillierten Vollzugsbestimmungen sind von der Regierung mit Verordnung näher zu regeln. Bei der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen wurde festgestellt, dass ein paar wenige Präzisierungen und Ergänzungen notwendig sind. Das Landwirtschaftsgesetz soll in folgenden Bereichen abgeändert werden: Bodenverbesserungen, Förderung von Weinbau-Neuanlagen und Vollzug der Weinqualitätsverordnung, Meldepflichten, Verwaltungshilfe, Hagelversicherung und Förderung von Alpinfrastrukturen. Ein Bericht zur Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes wurde im Oktober in die Vernehmlassung geschickt.

Verordnungen zum Landwirtschaftsgesetz
Die Regierung hat im Berichtsjahr vier Verordnungen zum neuen Landwirtschaftsgesetz genehmigt und erlassen. Folgende Verordnungen wurden von der Regierung erlassen:
- V vom 2. März 2010 über die Förderung der Landschaftspflege von Berggebieten, Hanglagen und Grenzertragsstandorten (Landschaftspflege-Förderungs-Verordnung; LPFV);
- V vom 23. März 2010 über Einkommensbeiträge in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Einkommensbeitrags-Verordnung; LEV);
- V vom 23. März 2010 über die Förderung von ökologischen Bewirtschaftungsarten in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Bewirtschaftungs-Förderungs-Verordnung; LBFV);
- V vom 15. Juni 2010 über die Förderung der Alpwirtschaft (Alpwirtschafts-Förderungs-Verordnung; AWFV).

Projekt Buuraschlau 2010
Zur Förderung von Unternehmertum und Innovationstätigkeit in der Landwirtschaft hat die Regierung im 2008 erstmals den Wettbewerb «buuraschlau FL» ins Leben gerufen. Im Berichtsjahr wurde der Wettbewerb zum zweiten Mal ausgetragen. Wiederum wurden zahlreiche Ideen eingereicht. 25 Projekte haben diese Bühne dieses Jahr genutzt und drei davon sind von der Jury zu Siegerpro-

jekten gekürt worden. Der Förderpreis Buuraschlau FL ist insgesamt mit 15'000 Franken dotiert. Der erste Preis in Höhe von 8'000 Franken gewann die Interessengemeinschaft zur Förderung des Liechtensteinischen Weinbaus mit dem Projekt «Mysticus - Geheimnisvoller Weinausbau». Der mit 8'000 Franken dotierte zweite Rang ging an Vreni Boss mit dem Projekt «Vreni's Trutenfarm». Über den dritten Rang und einen Preis in Höhe von 3'000 Franken konnten sich die Klasse 4b der Realschule Vaduz und der Landwirt Leopold Schurti für das Projekt «Herausforderung Alp» freuen. Die Prämierung der Siegerprojekte fand im Landwirtschaftszelt «Milch/Land/Wirtschaft Liechtenstein» der LIHGA 2010 statt. In diesem Zelt werden während der LIHGA alle Projekte des diesjährigen Buuraschlau-Wettbewerbs den Messebesuchern präsentiert. Die Projekte werden auch auf der Webseite www.buuraschlau.li kurz vorgestellt. Neu wurde im Jahr 2010 zusätzlich auch ein Publikumspreis ausgerichtet, der von den LIHGA-Besuchern vergeben wurde.

Wald, Natur und Landschaft

Biodiversitätsstrategie
Im Berichtsjahr genehmigte die Regierung die Biodiversitätsstrategie 2020, welche von einer Expertengruppe erarbeitet wurde. Diese legt die Ziele und Strategien zur Erhaltung von Natur und Landschaft für die nächste Dekade fest und gibt Umsetzungsmassnahmen eine klare Richtung vor.

Verordnung über die Abschussplanung 2009/2010
Mit Verordnung vom 20. April 2010, LGBl. 2010 Nr. 99, wurden der Abschussplan beim Rothirsch auf 224 Stück, bei den Gämsen auf 116 Stück und beim Reh auf 223 Stück festgelegt. In den Revieren Lawena und Valüna wurde je eine Steingeiss und ein Steinbock zum Abschuss frei gegeben. Die diesbezüglichen Abschüsse betrugen bei den Gämsen 115 Stück und beim Reh 230 Stück. Steinwild wurde keines erlegt.

Die Regierung hat mit entsprechendem Beschluss im November den Abschuss von 44 Stück Rotwild über den Abschussplan hinaus angeordnet und gleichzeitig zur erleichterten Ausübung der Jagd Ausnahmebewilligungen gemäss Jagdgesetz genehmigt. Massgebliches Ziel dieser Reduktionsjagden war es, die zwar seit Beginn der Pachtperiode anvisierte, jedoch bei Weitem nicht erreichte Reduktion des in Liechtenstein überwinternden Rothirschbestandes auf die angestrebten rund 100 bis 120 Stück möglichst effektiv und effizient anzugehen. So wurden bei einer revierübergreifenden Bewegungsjagd in verschiedenen Revieren bis Mitte Januar schliesslich 37 Stück Rotwild über den massgebenden Abschussplan hinaus erlegt. Mit einem Rothirsch-Gesamtabschuss von 251 Stück wurden somit beinahe unglaubliche 95% des bei der Nachttaxation erfassten Bestandes erlegt. Da nicht alle Reviere den ordentlichen Abschussplan erfüllt haben, wirkt sich dieser Mehrabschuss jedoch nur mit 27 Stück auf den gesamten Abschussplan aus.

Raum

Anwendung und Bewirtschaftung des Landesrichtplans
Hauptaugenmerk im Berichtsjahr lag auf der Einarbeitung des Mobilitätskonzepts 2015 in den Landesrichtplan und dessen Abstimmung mit diesem. Damit kann das Führungsinstrument der Regierung für die überörtliche und grenzüberschreitende räumliche Entwicklung im Bereich Verkehr konkretisiert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Die Anwendung des Landesrichtplans sowie der formulierten Leitsätze und Hauptziele bei der Beurteilung von räumlich relevanten Massnahmen durch die Amtsstellen sowie die Gemeinden konnte dank verstärkter Sensibilisierung der verantwortlichen Stellen verbessert werden. Dazu wird auch der mit den Gemeindevorstehern ausgearbeitete Vorschlag beitragen, zukünftig an der bereits seit Jahren institutionalisierten Bauführerkonferenz verstärkt Themen der Ortsplanung zu behandeln. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, auf Gemeindeebene Erfahrungen auszutauschen, aber auch Fragen zur Abstimmung über die Gemeindegrenzen oder mit der Landesplanung, oder zu Verfahren, Abläufen und Vorgehen zu diskutieren.

Veranstaltungsreihe «Vision Liechtenstein 2020» mit der Hochschule Liechtenstein
Im Rahmen der Reihe «Vision Liechtenstein 2020» wurden in Zusammenarbeit mit der Hochschule Liechtenstein vier Veranstaltungen mit den Themen «Architektur und Siedlungsform», «Planen und Bauen mit dem Wasser», «Grünes Liechtenstein» sowie «Grenzenlos saubere Energie, selbsterzeugt» organisiert. Mit dieser Themenwahl konnten auch im zweiten Jahr der Veranstaltungsreihe dem zahlreich erschienenen Publikum aktuelle raumrelevante Problemstellungen aufgezeigt und diese mit den anwesenden Personen diskutiert werden. Der rege Zuspruch sowie die engagierten Voten an den Veranstaltungen zeigen das grosse Interesse an der räumlichen Entwicklung des Landes und den entsprechenden Zusammenhängen.

Agglomerationsprogramm Werdenberg – Liechtenstein
Die Regierung, die zur grenzübergreifenden Planung verpflichtet ist, sieht in diesem Instrument die grosse Chance, die institutionelle Zusammenarbeit in der Region nachhaltig zu vertiefen. Sie hat sich daher im Berichtsjahr verstärkt für die Weiterentwicklung des Programms engagiert. Der Fokus des Ende 2009 für die Umsetzung des Agglomerationsprogramms gegründeten Vereins «Agglomeration Werdenberg-Liechtenstein» lag auf der Erarbeitung des Berichts, der eine regional abgestimmte Siedlungs- sowie Verkehrsentwicklung definiert und der bis Ende 2010 dem Bund zur Vorprüfung vorgelegt werden musste. Mit dem Agglomerationsprogramm

möchte die Regierung der Schweiz die grossen Herausforderungen in den Agglomerationen aufgreifen und die wirtschaftliche Attraktivität sowie die Lebensqualität dieser Gebiete durch eine abgestimmte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sicherstellen. Die Region Werdenberg bildet im Verbund mit Liechtenstein eine solche, vom Bundesamt für Statistik (BfS) ausgeschiedene Agglomeration. Mitglieder des Vereins sind neben dem Kanton St. Gallen, dem Land Liechtenstein, vertreten durch das Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft, sämtliche Liechtensteiner und Werdenberger Gemeinden, die durch die Gemeindepräsidenten und –vorsteher vertreten werden. Neben der Erarbeitung von relevanten Strategien in den genannten Bereichen wurde im Jahr 2010 auch verstärkt auf den Einbezug und die Information der zuständigen Organe sowie der Fachgremien geachtet. Dazu wurde neben Fachausschüssen auch eine Informationsveranstaltung in Liechtenstein durchgeführt, an der Gemeinderäte und Landtagsabgeordnete über das Agglomerationsprogramm und den Stand der Erarbeitung informiert wurden. Der vom Verein beschlossene Bericht inklusive Massnahmenkatalog konnte wie vorgesehen Ende des Berichtjahres dem Bund zur Vorprüfung übermittelt werden.

Mitarbeit bei sektorübergreifenden Themen
Ein grossteil der allgemeinen Tätigkeiten sind raumrelevant und haben daher Auswirkungen auf diesen. Als Disziplin, die für die räumliche Abwägung und Koordination der unterschiedlichen Interessen zuständig ist, ist die Raumplanung eine klassische Querschnittsaufgabe. Aufgrund dessen wurde verstärkt auf den frühzeitigen Einbezug durch andere Politiken hingewirkt. Im Berichtsjahr wurden insbesondere in den Bereichen «Verkehr» und «Bau» verschiedene Projekte raumordnungspolitisch begleitet und deren Prozesse der Interessensabwägung sichergestellt.

Internationale Zusammenarbeit

Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA)
Der Vorsitz in der Regierungskommission, den Liechtenstein seit 2008 inne hatte, wurde an der Frühlingssitzung im Juni turnusgemäss an das Land Vorarlberg weitergegeben. Noch unter Vorsitz Liechtensteins konnten die Mitglieder der IRKA die Petition «Alpenrhein - Hochwasserschutz jetzt» der Umweltverbände im Alpenrheintal entgegennehmen. Zudem konnte die Kommission weitere Projekte lancieren, die für die Hochwassersicherheit der Anrainer von grosser Relevanz sind, und die auch dem gemeinsamen Willen zur ökologischeren Entwicklung des Alpenrheins Rechnung tragen.

Umweltministertreffen in Vaduz
Am 21. und 22. Juni 2010 lud Regierungsrätin Renate Müssner ihre Amtskollegen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zum traditionellen Treffen der Umweltminister der vier deutschsprachigen Länder nach Vaduz ein. Auf der Tagesordnung standen neben der Klimapolitik und der Erhaltung der biologischen Vielfalt auch die Alpenkonvention.

Wiener Klimadialog («Vienna Climate Dialouge»)
Am 10. und 11. November 2010 nahm Regierungsrätin Renate Müssner in Wien an einem Gedankenaustausch über die Möglichkeiten und Perspektiven für einen Erfolg der Klimakonferenz von Ende November in Cancún teil. Das Österreichische Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat hierzu Liechtenstein und 21 weitere Länder und Kommissionen eingeladen. Das Treffen bot die Möglichkeit, in ungezwungener Atmosphäre zu diskutieren, wie ein ambitioniertes, faires und ausgewogenes Ergebnis in Cancún erreicht werden kann, ein Ergebnis, das die internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz stärkt, das die berechtigten Anliegen aller Vertragsparteien berücksichtigt und die Synergien mit anderen Politikbereichen bestmöglich nutzt.

16. Weltklimakonferenz (COP 16) Cancun
Regierungsrätin Renate Müssner reiste im Rahmen des Ministersegments am 8. bis 10. Dezember 2010 nach Cancun zur 16. Weltklimakonferenz (COP 16) der Vereinten Nationen, um die Position Liechtensteins in den Verhandlungsprozess offiziell einzubringen.

Teilnahme an internationalen Programmen
Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit in der Raumordnungspolitik beteiligt sich Liechtenstein am Förderprogramm Interreg sowie am Programm Espon der Europäischen Kommission. Mit dem Einsitz in den verschiedenen Programm-Gremien kann die Regierung die Interessen Liechtensteins frühzeitig einbringen. Damit stellt sie sicher, dass diese beachtet werden und Interessierte des Landes an den regionalen oder transnationalen Projekten teilnehmen können. Die rege Mitwirkung von Organisationen und Amtsstellen zeigt den Bedarf dieser Zusammenarbeit sowie die stufengerechte Ausrichtung des Programms auf. Mit der Zusage zur Teilnahme an drei, inhaltlich sich ergänzenden Interreg-Projekten im Bereich Klimawandel kann ein umfassender Überblick über die zu erwartenden Auswirkungen sowie möglichen Anpassungs- und Adaptionsstrategien erarbeitet werden.

Im Programm Espon konnte die Erarbeitung des Synthesereports abgeschlossen und dieser den interessierten Kreisen zugestellt werden.

AMTSSTELLEN

Landwirtschaftsamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. ETH Julius Ospelt

Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für den Vollzug der landwirtschaftlichen Gesetze und nimmt zu landwirtschaftlichen Fragen Stellung. Im Berichtsjahr prägte die Ausarbeitung von wichtigen beitragsrelevanten Verordnungen die Arbeit des Amtes. Ein anderer Bereich betraf die Erarbeitung und Prüfung der neuen Version der EDV-Software zur Administration und Berechnung der liechtensteinspezifischen Agrarmassnahmen.

Allgemeines

Agrarmarkt

Der durchschnittliche Produzentenpreis landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Basis Mai 2003 = 100 Punkte) lag im November 2010 mit 96.1 Punkten leicht über dem Stand des Vorjahres (94.9 Punkte). Während für die pflanzliche Produktion ein einigermassen gutes Jahr abgeschlossen werden kann, sieht die Bilanz im tierischen Bereich mit Ausnahme des Geflügels nicht erfreulich aus. Einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichneten bei den pflanzlichen Produkten vor allem Gemüse und Früchte. Der Fleischmarkt hingegen war geprägt von der Überproduktion und anhaltend schlechten Preisen bei den Schweinen. Auch der Nutzviehmarkt kam unter Druck. Während der Industriemilchpreis in der ersten Jahreshälfte erstmals unter 60 Rp. tauchte, konnte er sich in der zweiten Jahreshälfte etwa auf den tiefen Stand des Vorjahres erholen.

Auf der Kostenseite blieb der Einkaufspreis für landwirtschaftliche Produktionsmittel praktisch unverändert. Gegenüber dem Vorjahr lag der Gesamtinput im November 2010 0.3% tiefer (Basis Januar 2007 = 100) als im Vorjahr. Die Produktionsmittel mit landwirtschaftlicher Herkunft (v.a. Futtermittel) waren um 1.9% billiger, während sich Produktionsmittel anderer Herkunft um 0.3% verteuerten.

Die Kaufkraft aus dem Erlös landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Verhältnis zu den eingesetzten Produktionsmitteln (Basis Mai 2003 = 100 Punkte) erhöhte sich nach dem Absturz vom Vorjahr auf 87.5 Punkte (November 2009) nur geringfügig auf 88.9 Punkt (Nov. 2010).

Agrarpolitik

Aufgaben im nationalen Bereich

Landwirtschaftsgesetz

Das Landwirtschaftsgesetz LGBL. 2009 Nr. 42 ist am 1. Juli 2009 bzw. 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Da das Landwirtschaftsgesetz als Rahmengesetz ausgestaltet ist, musste praktisch die ganze bisherige Rechtssetzung im Landwirtschaftsbereich angepasst werden. Das Landwirtschaftsamt hat im Berichtsjahr wiederum einen wesentlichen Teil der Arbeit zur Ausarbeitung der neuen Verordnungen aufgewendet. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass im Jahr 2010 vor allem die beitragsrelevanten Verordnungen in Kraft gesetzt werden konnten. Über diese vier Verordnungen werden 85% des Landwirtschaftsbudgets geregelt.

LR	Neue Verordnungen für die Landwirtschaft	LGBl.	Nr.
910.022	V vom 2. März 2010 über die Förderung der Landschaftspflege von Berggebieten, Hanglagen und Grenzertragsstandorten (Landschaftspflege-Förderungs-Verordnung; LPFV)	2010	53
910.023	V vom 23. März 2010 über Einkommensbeiträge in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Einkommensbeitrags-Verordnung; LEV)	2010	67
910.024	V vom 23. März 2010 über die Förderung von ökologischen Bewirtschaftungsarten in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Bewirtschaftungs-Förderungs-Verordnung; LBFV)	2010	68
910.025	V vom 15. Juni 2010 über die Förderung der Alpwirtschaft {Alpwirtschafts-Förderungs-Verordnung; AWFV)	2010	168

Folgende weitere Verordnungen waren bis Ende 2010 mit unterschiedlichem Bearbeitungsstand in Arbeit:
– Landwirtschaftliche Kürzungsverordnung;
– Zulassung landwirtschaftsnaher Tätigkeiten (Paralandwirtschaft).

Aufgaben im internationalen Bereich

Agrarabkommen Schweiz-EU und EWR
Seit September 2007 ist Liechtenstein durch ein Zusatzabkommen in das sektorielle Agrarabkommen Schweiz/EG einbezogen (LGBl. 2007 Nr. 257). Gleichzeitig wurde Liechtenstein von der Anwendbarkeit des EWR-Anhangs I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) solange ausgenommen, wie das Agrarabkommen Schweiz/EG und das FHA 1972 für Liechtenstein anwendbar sind. Die Arbeit des Landwirtschaftsamtes bezog sich seither auf die formelle Prüfung der Erlasse im Bereich des Pflanzenschutzes, bzw. auf den Vermerk, dass diese Erlasse aufgrund des Zusatzabkommens in Liechtenstein nicht anwendbar sind.

Projekte

Projekt zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der Kulturpflanzen
Mit diesem Projekt soll die langfristige Sicherung der genetischen Vielfalt von Kulturpflanzen im Fürstentum Liechtenstein gewährleitstet werden. Die Regierung hat mit Phase IV die Fortsetzung des Projektes bewilligt. Es ist geplant, dass die Trägerschaft des Projektes zum Verein HORTUS übergeht.

Landwirtschaftsstatistik 2009
Im Berichtsjahr arbeitete das Landwirtschaftsamt wiederum eng mit dem Amt für Statistik zur Erstellung der Publikation Landwirtschaftsstatistik 2009 zusammen. Mit der Landwirtschaftsstatistik wird die Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft dargestellt und es werden Vergleichsdaten zu den umliegenden Ländern bereitgestellt.

LAWIS – landwirtschaftliches Informationssystem
LAWIS ist eine integrale Software, in welcher die relevanten Daten eines Landwirtschaftsbetriebes administriert und berechnet werden. Seit dem Jahr 2002 arbeitet das Landwirtschaftsamt erfolgreich mit dieser Software, welche auch in verschiedenen Kantonen (LU, TG, SH, ZG und BS/BL) verwendet wird.

Die neue Version LAWIS 3.0 wurde im November 2010 produktiv für das Landwirtschaftsamt aufgeschaltet. Sie musste für die Berechnungen der liechtensteinspezifischen Agrarmassnahmen programmiert und ausgetestet werden. Die neuen Regelungen des Landwirtschaftsgesetzes und seiner Verordnungen wurden integriert. Die Schlusszahlungen 2010 der Einkommens-, Abgeltungs- und Ethobeiträge wurden auf der neuen Version berechnet. LAWIS 3.0 wird auch den Anforderungen der nationalen Agrarsektorverwaltung im Rahmen des schweizerischen Grossprojektes ASA 2011 gerecht.

Förderpreis «Buuraschlau FL»
Zur Förderung von Unternehmertum und Innovationstätigkeit wurde dieser Wettbewerb im Berichtsjahr zum 2. Mal durchgeführt. Mit diesem Preis wird der Landwirtschaft und somit den Produzenten und Verarbeitern von landwirtschaftlichen Produkten eine Bühne für Innovationen geschaffen. Die Präsentation der Siegerprojekte erfolgte wiederum an der LIHGA, diesmal mit Darstellung sämtlicher Projekte und einem Publikumspreis. Neu war auch die Präsentation auf der eigenen Webseite www.buuraschlau.li.

Agrarpolitische Massnahmen

Milchwirtschaft
Im Milchmarkt schaffte es die Mitte 2009 in der Schweiz gegründete Branchenorganisation (BO) Milch nicht, Angebot und Nachfrage bei der Industriemilch ins Gleichgewicht zu bringen. Der tiefe Eurokurs liess die Käseexporte stocken. Die Fettüberschüsse und in der Folge die Butterlager wuchsen weiter an und der Produzentenpreis blieb unter konstantem Druck. Die BO Milch einigte sich im Herbst auf die Einführung einer Preissegmentierung und auf gemeinsame Regeln für die Marktteilnehmer, gleichzeitig signalisierte der Nationalrat mit der Annahme der Motion Aebi, dass eine nationale Mengenregelung in der Schweiz noch nicht ganz vom Tisch ist. Solange es nicht gelingt, eine wirksame Mengensteuerung einzuführen, wird der Industriemilchpreis weiter unter Druck bleiben und sich in Richtung EU-Milchpreis bewegen.

In Liechtenstein haben die betroffenen Kreise beschlossen zumindest bis Ende 2012 am gegenwärtig eingeschlagenen Weg beim Milchmengenregelungssystem und im Bereich der Milchmarktordnung festzuhalten.

Milchmarktordnung
Im Oktober 2008 genehmigte der Landtag den zweiten Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 4.5 Mio. zur Umsetzung der Neuausrichtung der Milchmarktordnung und der Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft für die Jahre 2009 bis 2012. In dieser zweiten Phase sollen wettbewerbsfähige Milchverarbeitungsstrukturen geschaffen und eine grösstmögliche Wertschöpfung erzielt werden. Im Berichtsjahr wurden von drei Milchverarbeitern 19 Förderungsgesuche eingereicht und Budgetmittel von CHF 1'079'953 zugesichert.

Milchmarktordnung – Projekte im Jahr 2010

Beitragstyp	Anzahl Projekte	zugesicherte Verteilung in %
Projektfinanzierung	8	42.5
Absatzförderung	7	34.9
Infrastrukturbeiträge	1	11.1
Verarbeitungsprämien	1	7.4
Investitionshilfen	2	4.1
Total	**19**	**100.0**

Zugesicherte Förderungsmittel (CHF)1'079'953

Milchmarktkommission

Die Milchmarktkommission hielt im Berichtsjahr drei Sitzungen ab.

Der Liechtensteiner Milchverband hat sich umstrukturiert und den Verarbeitungsbetrieb Milchhof ausgegliedert. Dazu wurde die Milchhof Liechtenstein AG (MLAG) gegründet, die per 1.1.2010 die offizielle Geschäftstätigkeit aufgenommen hat. Da die MLAG die wichtigste Milchverarbeiterin im Lande ist, hat die Milchmarktkommission den neuen Geschäftsführer, wie im Vorjahr den Verwaltungsrat, über die Ziele und Erwartungen der Milchmarktordnung informiert.

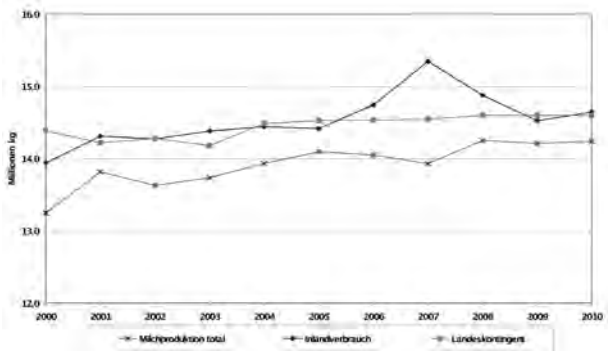
Milchmengenregelung

Mit dem Inkrafttreten des Milchmengenregelungsgesetzes auf den 1. Januar 2008, bzw. der Milchmengenregelungsverordnung per Juli 2009 wurde der Liechtensteiner Milchverband mit der Durchführung der Milchmengenregelung betraut. Die Regierung legte das Landeskontingent 2010, wie im Vorjahr, auf 14,60 Mio. kg Milch fest. Durch die Rückgabe von Liefermengen sowie von frei werdenden Liefermengen auf Grund von Unterlieferungen einzelner Milchproduzenten konnte die Milchmengenregelungskommission den angesuchten Erhöhungen der einzelbetrieblichen Liefermengen durch Umverteilung von 809'000 kg mehrheitlich entsprechen. Mit der gelieferten Gesamtmenge von 14'238'838 kg konnte das Landeskontingent mit 97.5% ausgeschöpft werden.

Eckdaten zur Milchproduktion 2007–2010

Jahr	**2010**	2009	2008	2007
Betriebe mit aktivem Kontingent	**72**	78	78	80
Gesamtkontingent kg	**14'600'000**	14'600'000	14'600'000	14'548'748
Betriebe mit Milchablieferung	**62**	62	77	77
Verkehrsmilchproduktion (LMV) kg	**13'184'546**	13'223'433	13'401'649	13'148'058
Verkehrsmilchproduktion inkl. Alpen, Hofverarbeiter und Andere in kg	**14'238'838**	14'150'686	14'252'373	13'931'326

Milchproduktion, Inlandverbrauch und Milchkontingent



Milchmenge Liechtenstein 2010 inkl. Alpen

Gemeinde	Milchmenge in kg
Balzers/Mäls	1'819'195
Eschen/Nendeln	934'311
Gamprin/Bendern	2'432'884
Mauren/Schaanwald	1'190'276
Ruggell	2'817'380
Schaan	1'648'008
Schellenberg	811'750
Triesen	811'338
Triesenberg	1'063'658
Vaduz	710'038
TOTAL Milchproduktion FL	**14'238'838**
Milchhof Zukauf	308'296
TOTAL Milchmenge FL	14'547'134

Milchverarbeitung Liechtenstein 2010

Verarbeitung	Milchmenge in kg
Milchverarbeitung Milchhof	13'492'842
Milchverarbeitung Alpen	301'267
Milchverarbeitung Milchlieferanten	753'025
TOTAL Milchverarbeitung	**14'547'134**

Milchverarbeitung der Milchhof Liechtenstein AG 2010

Warengruppe	Milchmenge in kg
Konsummilch	1'044'465
Jogurt	649'253
Rahm	1'395'322
Quark	243'067
Käse/Frischkäse	125'596
Industriehalbfabrikate	2'503'505
Butterungsrahm	3'655'918
TOTAL Verarbeitungsmenge	9'617'126
Milchhandel	3'875'716
TOTAL Milchverarbeitung	**13'492'842**

Alpenmilchproduktion und verarbeitete Produkte 2010

Alpe	Gesamtmilch-menge in kg	Käse fett in kg	Käse sauer in kg	Butter in kg	Konsummilch auf der Alp in kg	Abgelieferte Milch an Milchhof in kg
Guschg	18'960	1'750	0	104	1'460	-
Pradamee	109'388	9'522	630	1'038	1'234	-
Sücka	106'089	8'264	2'611	1'385	-	-
Valüna	66'830	4'017	2'602	-	1'830	-
Älple*	36'624	-	-	-	-	36'624
Total 2010	**337'891**	**23'553**	**5'843**	**2'527**	**4'524**	**36'624**
Total 2009	357'348	26'449	4'702	3'205	6'203	37'222

* diese Milch wird nicht im Alpengebiet verarbeitet – Milchverarbeitung in den Alpen 301'267 kg.

Pflanzenbau

Feuerbrand
Im Frühjahr 2010 wurde im oberen Rheintal nur ein einziger Infektionstag gezählt. Der Neubefall mit Feuerbrand war daher wie in den vergangenen Jahren sehr gering. Es mussten Obstbäume wegen des Feuerbrandes gerodet werden. Bei den Wirtspflanzen Cotoneaster wurden verschiedene Befallsherde festgestellt. Vorsorglichen Rodungen der Feuerbrand Wirtpflanzen wurden in der Gemeinde Triesen an verschiedenen Orten durchgeführt.

Statistik Feuerbrand: Gerodete Planzen 2009 und 2010

Jahr	Gemeinde	Apfelbäume Anzahl	Birnbäume Anzahl	Quitte Anzahl	Cotoneaster salicifolius Anzahl	Weissdorn Anzahl	Cotoneaster dammeri m²
2010	Triesen	-	-	-	8	-	-
	Schellenberg	-	-	-	-	-	20
	Total	**0**	**0**	**0**	**8**	**0**	**20**
2009	Triesen	-	6	-	3	-	250
	Triesenberg	-	1	-	-	-	-
	Eschen	6	6	-	-	-	-
	Gamprin	-	1	1	-	-	18
	Total	**6**	**14**	**1**	**3**	**0**	**268**

Landwirtschaftsgesetz – Beitragszahlungen an Landwirte für das Jahr 2010

Gemäss Landwirtschaftsgesetz und seiner im Berichtsjahr dazu erlassenen Verordnungen wurden Einkommensbeiträge, Abgeltungsbeiträge, Ethobeiträge und Erschwernisbeiträge für die Bewirtschaftung von Hanglagen und des Berggebietes nach neuer Rechtslage berechnet und ausbezahlt. Die Landwirte wurden an zwei Informationsveranstaltungen im Frühling über die Neuerungen in Kenntnis gesetzt.

Förderungsleistungen zur Existenzsicherung 2010
Förderungsleistungen zur Existenzsicherung werden in Form von Einkommensbeiträgen ausgerichtet. Die verschiedenen Beiträge (Betriebsbeitrag mit Basis-, Tierhalter-, Pflanzenbau-, Flächenbeitrag; Zusatzbeitrag für Landwirtschaftsbetriebe mit erschwerten Produktionsbedingungen; Zusatzbeitrag für ausgewählte Ackerkulturen und Zusatzbeitrag für ausgewählte Tierarten) können je nach betriebsspezifischer Ausrichtung von den Betrieben beansprucht werden. Mit den Beiträgen wird die flächendeckende Nutzung mit Tieren und Kulturen gewährleistet. Beim Zusatzbeitrag für ausgewählte Tierarten für Mutterkuhhaltungsbetriebe und Mastbetriebe wurde eine, zeitlich auf das Berichtsjahr beschränkte, finanzielle Übergangslösung getroffen. Diese war erforderlich, da mit der neuen Rechtslage die Beitragsansätze an schweizerische Werte angepasst wurden und von der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen eine finanzielle

Abfederung für die stark betroffenen Betriebe gefordert wurde. Neu wurden die GVE-Berechnungen beim Rindvieh aufgrund der Angaben der Tierverkehrsdatenbank (TVD) vorgenommen. Dies führte bei einzelnen Betrieben zu aufwändigen Nachberechnungen.

Einkommensbeiträge 2010

Beitragsart		Beitragsberechtigte Landwirtschaftsbetriebe	Durchschnittliche Beiträge pro Betrieb in CHF	Beiträge in %
Betriebsbeitrag	Basisbeitrag	121	13'006	25
	Tierhalterbeitrag	105	5'838	11
	Pflanzenbaubeitrag	120	6'478	13
	Flächenbeitrag	121	3'988	8
Zusatzbeitrag Bergbetriebe		24	3'269	6
Zusatzbeitrag für ausgewählte Tierarten	Raufutterbeitrag [1]	105	18'537	36
Zusatzbeitrag Ackerkulturen	für Zuckerrüben, Soja	7	285	1
Total		**121**	**51'401**	**100**

[1] 4'116 Grossvieheinheiten (GVE) erhielten Raufutterbeiträge

Förderungsleistungen für ökologische und tiergerechte Leistungen 2010

Der Staat kann ökologische und tiergerechte Leistungen fördern, welche im öffentlichen Interesse erbracht werden. Diese Leistungen der Landwirtschaftsbetriebe sollen eine nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sicherstellen. Im Grundsatz wurden die Massnahmen, welche vor Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes bestanden hatten, übernommen. Für die Erfüllung dieser Massnahmen erhalten anerkannte Landwirtschaftsbetriebe und teilweise auch Privatpersonen Fördermittel.

Abgeltungs- und Ethobeiträge 2010

Beitragsart Vertragspartner	Anzahl Einheiten	Beiträge	in %
Gesamtbetriebliche Bewirtschaftungsarten			
Betriebsführung nach dem ÖLN	91	2'621 ha	28
Betriebsführung nach BIO	30	1'020 ha	16
Bio-Umstellung	0	0	0
Spezifische Bewirtschaftungsarten			
Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume			
Extensiv genutzte Wiesen	120	528 ha	27
Wenig intensiv genutzte Wiesen	25	41 ha	1
Obstbäume einzeln	100	5'480 St.	2
Obstbäume Gärten	42	2'303 St.	1
Obstbäume auf extensiv genutzten Standorten	27	1'223 St.	1
Bewirtschaftung von Buntbrachen	**3**	**2 ha**	**0[1]**
Bodenschonende Bewirtschaftung			
Begleitflora	32	127 ha	1
Winterbegrünung	56	256 ha	2
Dauerwiesen	64	404 ha	4
Bewirtschaftung im Rahmen des extensiven. Ackerbaus	30	140 ha	1
Tiergerechte Betriebsführung			
Regelmässiger Auslauf (RAUS)	85	3'504 GVE	13
Besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS)	45	2'051 GVE	4
Total			**100**

[1] Rundungsergebnis

Kontrollen 2010
Die integriert und biologisch produzierenden Landwirtschaftsbetriebe werden von unabhängigen zertifizierten Kontrollstellen aus der Schweiz überprüft. In unserem Land sind dies der Kontrolldienst für umweltschonende und tierfreundliche Qualitätsproduktion (KUT) des Kantons St. Gallen für Betriebe, welche nach dem ÖLN (ökologischer Leistungsnachweis) produzieren und die Kontrollorganisationen bio.inspecta AG und Bio Test Agro AG für die nach den biologischen Richtlinien produzierenden Betriebe.

Bei 25 ÖLN-Betrieben wurden Mängel festgestellt. Es handelt sich vor allem um Verstösse gegen Etho-, Umweltschutz- und Tierschutzbestimmungen. Die Förderbeiträge mussten bei 12 Betrieben gekürzt werden. Im Weitern wurden bei drei Bio-Betrieben Mängel festgestellt. Es mussten aber keine Kürzungen der Bio-Beiträge vorgenommen werden. Die gesamte gekürzte Summe beträgt CHF 53'303.

Die Gemeindekontrolleure betreuen verschiedene Bereiche der Landwirtschafts-Bewirtschaftungs-Förderungs-Verordnung und der Landschaftspflege-Förderungs-Verordnung und erledigen so für das Landwirtschaftsamt wichtige Kontrollaufgaben.

Förderungsleistungen für landschaftspflegerische Leistungen 2010
Anerkannte Landwirtschaftsbetriebe und Privatpersonen, welche Flächen in den Hanglagen oder Berggebieten bewirtschaften, erhalten hierfür Erschwernisbeiträge. Die ungünstigen topografischen Verhältnisse in diesen Lagen führen zu Produktionsnachteilen und zu höherem Aufwand bei der Bewirtschaftung. Die Förderungsleistungen sollen diese ausgleichen, wenn die Bewirtschaftung der Berggebiete und Hanglagen dem öffentlichen Interesse dient.

Mit dem Erlass der neuen Verordnungen wurde der bisherige Betriebszuschuss den einkommensverbessernden Massnahmen zugeteilt. Dieser Beitrag wird nun neu bei den Einkommensbeiträgen als «Zusatzbeitrag Bergbetriebe» aufgeführt.

Erschwernisbeiträge für die Bewirtschaftung des Berggebietes und der Hanglagen im Jahre 2010

Gemeinde	Fläche in ha	Beiträge in CHF
Balzers	5.1	2'780
Triesen	113.8	79'857
Triesenberg	347.7	310'044
Vaduz	11.2	5'328
Schaan	0	0
Planken	32.7	22'853
Eschen	29.8	9'385
Mauren	22.1	7'677
Gamprin	39.0	12'212
Ruggell	21.0	12'624
Schellenberg	49.7	29'082
Total	**672.1**	**491'842**

Alpwirtschaft

Alpbestossung 2010
Im Jahre 2010 wurden die Bestossungszahlen erstmals nach den neuen Faktoren berechnet. Alle Alpen erreichten die geforderte Bestossung von mindestens 75% der festgesetzten Stösse. Auf den Inlandalpen betrug die Bestossung im Durchschnitt 92% der festgesetzten Stösse gegenüber 89% im Vorjahr. Auf den Liechtensteiner Alpen in Vorarlberg betrug die Bestossung 100% gegenüber 95% im Vorjahr.

Neue Bestossungszahlen
Der neue Besatz (Bestossungszahlen) konnte für jede Alpe einvernehmlich mit den Alpbesitzern festgelegt werden. Für den massgeblichen Tierbestand wurde der Durchschnitt der in den vergangenen drei Jahren gealpten Tiere herangezogen. Die neuen Faktoren sind für die Kühe gleich, für das Galtvieh sind sie jedoch tiefer als die alten Faktoren. Die neuen Bestossungszahlen errechnen sich aufgrund der neuen Faktoren für die Umrechnung des Tierbestandes in Grossvieheinheiten und dem massgeblichen Tierbestand. Die absoluten Bestossungszahlen sind daher nicht vergleichbar. Es kann nur die prozentuale Bestossung verglichen werden.

Gealpte Tiere und Alpungskostenbeiträge 2010 (Inlandalpen und Eigenalpen in Vorarlberg)

	2010 Alpen in FL	**Alpen in Vlbg.**	2009 Alpen in FL	Alpen in Vlbg.
Kühe mit Milchverwertung	**298**	**-**	294	-
Kühe ohne Milchverwertung	**126**	**5**	135	3
Mutterkühe	**217**	**-**	226	-
Rinder/Ochsen über 2 Jahre	**388**	**87**	340	73
Rinder/Ochsen 1 – 2 Jahre	**703**	**291**	796	351
Kälber bis 1 Jahr	**475**	**207**	427	151
Pferde/Esel/Ponys	**162**	**12**	77	16
Schafe	**117**	**-**	127	-
Ziegen	**19**	**-**	-	-
Gealpte GVE	**1'355**	**241**	1'605	342
Alpungskostenbeiträge in CHF	**498'185**	**82'428**	481'594	84'500

Alpverbesserungen 2010
Im Berichtsjahr wurden auf folgenden Alpen Sanierungsmassnahmen nach der Alpinfrastruktur-Förderungs-Verordnung durchgeführt:

Gapfahl	Erstellung Zaun bei der Alphütte Gapfahl
	Entwässerung Kulmi
Guschgfiel-Matta	Abdeckung der Dachgiebel mit Blech
	Sanierung der Strasse Alphütte Guschgfiel – Alphütte Riet
Lida-Mälsner Allmeind	Abschluss des Wasserversorgungsprojektes

Unkrautbekämpfung
Aufgrund der Alpwirtschafts-Förderungs-Verordnung ist zur Weidepflege die Unkrautbekämpfung mit Pflanzenschutzmitteln zugelassen. Diese Bekämpfung ist nur zur Behandlung von Einzelpflanzen gestattet. Die Alpeigentümer haben dazu einen Sanierungsplan vorzulegen, welcher von der Landesalpenkommission genehmigt werden muss. Im Berichtsjahr wurden auf vier Alpen chemische Pflanzenschutzmittel eingesetzt.

Ziegenalpung
Auf der Alpe Gapfahl wurde ein Projekt zur Bekämpfung der Grünerle in ausgeschiedenen Weideflächen mit Ziegen gestartet. Das Landwirtschaftsamt und die BGS-Fachgruppe haben auf der Alpe Gapfahl drei Flächen für dieses Projekt festgelegt. Die Ziegen müssen in diesen Flächen eingezäunt werden. Die Wirkung dieser Massnahme gegenüber der Grünenerle und bezüglich Nebeneffekte wird überprüft. Das Projekt wurde von der Landesalpenkommission genehmigt und auf drei Jahre beschränkt.

Landesalpenkommission
Die Landesalpenkommission hat im Jahr 2010 Begehungen auf den Alpen Gapfahl, Lawena, Sücka, Pradamee und Rauz durchgeführt. An diesen Begehungen wurden grössere Bauvorhaben auf den Alpen begutachtet und die Bewirtschaftung überprüft. Neben diversen Subventionsgesuchen hat die Landesalpenkommission aus Anlass der Vernehmlassung zur Abänderung des Landwirtschaftsgesetzes die Zusammenarbeit mit der BGS-Fachgruppe beraten.

Grundlagenverbesserung

Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft
Seit Juli 2009 ist die neue Verordnung über die Förderung der Infrastrukturen von Landwirtschaftsbetrieben (Landwirtschaftsbetriebsinfrastruktur- Förderungs- Verordnung; LIFV) in Kraft.

Die Förderhöhe wird mit der endgültigen Zusicherung weiterhin mittels Offerten und Ansätzen festgelegt und es ändert sich bei Eintreten von Mehr- oder Minderkosten des jeweiligen Projektes an der Höhe der subventions-berechtigten Kosten nichts. Bei der Berechnung der förderungsberechtigten Kosten für die Erstellung und Erweiterung von Ökonomiegebäuden sowie beim Bau einzelner Elemente wird neu von einer mittleren Betriebsgrösse bzw. mittleren Grösse von Gebäudeteilen ausgegangen. Danach ergeben sich je nach Objektgrösse Zuschläge bzw. Abschläge bei den förderungsberechtigten Kosten. Es soll weiterhin profitieren, wer kostengünstig und vorausschauend plant und investiert. Aufgrund der im gesamten Berichtsjahr tiefen Hypothekarzinssätze fielen die Aufwendungen im Bereich Zinsendienst, in dem für 50% der subventionsberechtigten Baukosten während der typischen Lebensdauer der geförderten Objekte der Zins vom Land übernommen wird,

so niedrig aus wie dem Vorjahr. Der Aufwand für die gestaffelte Subvention ist erneut deutlich angestiegen. Diese Position wird auch in Zukunft immer stärker ins Gewicht fallen.

Die Junglandwirtförderung durch eine einmalige Starthilfe wird neu über die Verordnung über soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Begleitmassnahmen-Verordnung; LBMV) geregelt.

Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft

Die Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft hielt im Berichtsjahr fünf Arbeitssitzungen ab. Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Behandlung der anstehenden Gesuche. Es wurden ausserdem interne Richtlinien zu Förderungsmodalitäten im Bereich Zinsendienst, zur Amortisation der Fremdgelder sowie zum Vorgehen bei der Erhebung des Privatvermögens ausgearbeitet.

Eine Kommissionssitzung diente zu Besichtigung und Bauabnahme realisierter Projekte.

Projektstatus:	**2010**	2009	Davon im Jahr 2010 abgelehnt
Neue Betriebsstandorte			
Regierung	**-**	-	-
Vorbescheid Kommission	**4**	6	2
Vorbescheid Regierung	**3**	1	-
Endgültige Zusicherung Kommission	**4**	6	2
Endgültige Zusicherung Regierung	**3**	1	-
Abrechnung	**9**	11	-
Betriebsübernahmen / -übergaben	**2**	6	-
Verpachtung von Betrieben	**2**	1	-

Bodenverbesserungen

Die Gemeinde Schellenberg hat im Schellenberger Riet ein Vorprojekt betreffend die Erweiterung der Drainage und Grundwasserregulierung ausarbeiten lassen.

Soziale Begleitmassnahmen

Erleichterung des Einstiegs in die Landwirtschaft

Der Einstieg in die Landwirtschaft (vormals Starthilfe an Junglandwirte) bis zum vollendeten 36. Altersjahr durch eine einmalige Starthilfe in Form eines rückzahlbaren Darlehens wird neu über die Verordnung soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (Landwirtschafts-Begleitmassnahmen-Verordnung; LBMV) gefördert. Diese Verordnung regelt im Sinne einer sozialverträglichen Entwicklung die staatliche Förderung des Einstiegs in die Landwirtschaft, sowie den Ausstieg aus der Landwirtschaft bei sozialen und wirtschaftlichen Härtefällen.

Im Berichtsjahr nahmen zwei Junglandwirte die Förderungsleistungen für den Einstieg in die Landwirtschaft gemäss der neuen Landwirtschafts-Begleitmassnahmen-Verordnung in Anspruch.

Die ersten drei Landwirte welche im Jahre 2001 die damalige Starthilfe an Junglandwirte gemäss dem Gesetz über Förderung von Investitionen, in Form eines zinslosen Darlehens in Anspruch nahmen, haben im Berichtsjahr ihr Darlehen vollumfänglich amortisiert.

Amt für Umweltschutz

Amtsleiter: Dr. Helmut Kindle

Im gesetzgeberischen Bereich konnten die Gesetzgebung zum Umgang mit Organismen sowie zur Änderung des Gewässerschutzgesetzes (Umsetzung von EU-Richtlinien) zum Abschluss gebracht werden. Weitere Arbeiten im gesetzgeberischen Bereich betrafen die Themenbereiche Luft, Umweltverträglichkeitsprüfung, Lärm, Nichtionisierende Strahlung und Wasser.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau des Kraftwerkes Samina zu einem Pumpspeicherkraftwerk waren Abklärungen bezüglich der Veränderung des Abflussregimes der betroffenen Gewässer und der Restwasserführung der Samina erforderlich. Im Rahmen der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) wurden schwerpunktmässig die laufenden Projekte zu Hochwasserschutz, Grundwasserbeobachtung, ökologisches Monitoring sowie Schwall und Sunk weitergeführt.

Die hydrogeologische Beurteilung der bestehenden Deponien wurde abgeschlossen. Von fünf Deponien erfüllen drei die Anforderungen gemäss TVA an einen Deponie-Standort. Die Regierung beauftragte das Amt für Umweltschutz gemeinsam mit den Gemeinden eine neue Abfallplanung zu erstellen. Ein Umsetzungskonzept für den Einsatz von Recyclingbaustoffen bei öffentlichen Bauten wurde erstellt.

Im Bereich Luftreinhaltung wurden verschiedene Projekte des Massnahmenplans Luft weiter bearbeitet. Für die Abklärungen zum Nutzungspotenzial der Tiefengeothermie wurde eine seismische Testuntersuchung durchgeführt und eine umfassende Ressourcenanalyse bis kurz vor Abschluss gebracht. Im Vollzug lag das Schwergewicht bei den Kontrollen und der Sanierung von Feuerungsanlagen, der Blockheizkraftwerke und der Tankstellen. Die Erfassung der kleinen Holzfeuerungen konnte abgeschlossen werden. Die Immissionsüberwachung erfolgte weiterhin gemeinsam mit den Ostschweizer Kantonen (OSTLUFT), zusätzliche Programme dienten insbesondere der Erfassung der Belastung mit Feinstaub.

Die Arbeiten im Bereich Klimaschutz konzentrierten sich auf die Erarbeitung des jährlich zu erstellenden Klimainventars für alle Jahre seit 1990, auf die begleitende Berichterstellung und die umfangreichen Vorarbeiten im

Hinblick auf die Klimakonferenz im Dezember 2010. Die Führung des Emissionshandelsregisters und die Verwaltung der Konten verliefen problemlos. Hingegen stellten sich im internationalen Umfeld Probleme mit Versuchen zu Mehrwertsteuerbetrügereien. Zur Unterbindung krimineller Aktivitäten wurden die Erfordernisse bei der Eröffnung von Konten fortlaufend erhöht. Im Rahmen des Mechanismus für nachhaltige Entwicklung wurden weitere Emissionszertifikate erworben, um die im Inland nicht zu erreichenden Vorgaben aus dem Kyoto-Protokoll ergänzend einzuhalten.

Im Bereich nichtionisierende Strahlung lag der Schwerpunkt bei der Kontrolle von geänderten Mobilfunkantennen und mehrerer Transformatorenstationen.

Die Sanierung der Altlast «Tentschagraba» (Ablagerungsstandort) in Eschen ist weit fortgeschritten, zwei von drei Etappen konnten abgeschlossen werden.
Die Risikoanalyse für die Erdgashochdruckleitung im Bereich Rheinparkstadion Vaduz wurde ergänzt und beurteilt. Zudem wurde für die gesamte Erdgashochdruckleitung ein Kurzbericht erstellt.

Organisation
Auf Abteilungsleiterebene wurde ein Projekt initiiert, um die Auswirkungen der internen Reorganisation von 2006 zu analysieren und allfälligen weiteren Handlungsbedarf zu eruieren.

Rechtsetzung
Das Amt für Umweltschutz hat im Berichtsjahr bei folgenden Gesetzgebungsprojekten mitgewirkt:
– Änderung des Gewässerschutzgesetzes zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie;
– Totalrevision der Gesetzgebung zum Umgang mit Organismen;
– Änderung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung;
– Verschiedene Verordnungen zum Schutz von Quellfassungen und von Grundwasserpumpwerken;
– Totalrevision Luftreinhaltegebührenverordnung– Änderung Luftreinhalteverordnung;
– Änderung der NIS-Verordnung;
– Änderung der Lärmschutzverordnung;
– Ordnungsbussenverordnung.

EWR-Abkommen
Im Jahr 2010 waren mehr als 50 EU-Rechtsakte zu prüfen. Besondere Aufmerksamkeit erforderten die Richtlinien respektive deren Weiterentwicklungen zu den Themen Handel mit Emissionszertifikaten, Luft, Wasser und Chemikalien.

Regionale und internationale Zusammenarbeit
Liechtenstein nahm im Berichtsjahr 2010 wieder an verschiedenen Konferenzen teil oder liess sich durch die Schweiz vertreten. Schwerpunktmässig betraf dies wiederum die Themen Klimaschutz, umweltgefährdende Stoffe sowie die regionale Zusammenarbeit der deutschsprachigen Länder und der verschiedenen Kommissionen zu Rhein und Bodensee.

Umweltmanagementsysteme
Der Kontakt mit Industrie- und Gewerbebetrieben betreffend Umweltmanagementsysteme wurde weitergepflegt. In Zusammenhang mit ISO 14000 wurden diverse Anfragen zur Rechtskonformität behandelt.

Umweltinformation
Der vom Amt bearbeitete Umweltschutzkalender 2010 war dem Thema «Trendwende Energie» gewidmet.

Umweltverträglichkeitsprüfungen
Im Jahre 2010 wurde für ein Projekt der Antrag für die Festlegung des Untersuchungsrahmens für die Umweltverträglichkeitsprüfung gestellt (S-Bahn FLACH). Dieses Projekt wurde aufgrund seiner möglicherweise grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen im Rahmen des Espoo-Abkommens über die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung an die Nachbarstaaten notifiziert.

Österreich notifizierte das Projekt Stadttunnel Feldkirch und lud Liechtenstein zur Teilnahme am Verfahren und zur Abgabe einer Stellungnahme ein.

Wasser

Allgemeines und internationale Zusammenarbeit
Die 56. Tagung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) fand am 11./12. Mai 2010 in Bezau/V statt. Gemäss dem vorgelegten limnologischen Bericht ist der Bodensee bezüglich der Nährstoffbelastung heute wieder so sauber wie 1950. Vordringliches Projekt der nächsten Jahre ist die Uferrenaturierung.

Die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) feierte ihr 60-jähriges Bestehen. Das 2001 eingesetzte Koordinierungskomitee zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Rheineinzugsgebiet tagte am 1. Juli 2010 in Mainz/D. Die Beratungen betrafen die Umsetzung der Massnahmenpläne zur Erreichung des guten ökologischen Zustandes der Gewässer und die Vermeidung von Verschmutzungen der Gewässer durch Mikroverunreinigungen, wie Pestizid- und Arzneimittelrückstände.

Die Grenzgewässerkommission Liechtenstein-Vorarlberg traf sich am 9. Dezember 2010 in Bregenz. Der Hochwasserschutz am Alpenrhein sowie die Realisierung des geplanten Egelsees an der Esche waren Gegenstand der Beratungen.

Die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) befasste sich mit dem Monitoring des ökologischen Gewässerzustandes sowie den ökologischen Auswirkungen der durch die Wasserkraftnutzung verursachten Schwall-Sunk-Probleme. Das Projekt ökolo-

gisches Monitoring konnte weitgehend abgeschlossen werden, Restarbeiten erfolgen im 2011.

Oberflächengewässer
Die Untersuchungen des chemischen Zustandes der Fliessgewässer wurden 2010 weitergeführt. Die Auswertungen der Daten zeigten keine namhaften Veränderungen gegenüber den Vorjahren.

Der Massnahmenplan zur Gewässerrenaturierung ist in Bearbeitung und soll nach den Vorgaben des revidierten Gewässerschutzgesetzes bis 2014 abgeschlossen sein. Die vordringlichste Aufgabe ist die Sicherung des Raumbedarfs für die Fliessgewässer. Diesbezüglich wurden 2010 in Vaduz und Eschen zwei Pilotprojekte bearbeitet.

Im Winter 2009/2010 wurden beim Mölibach und Würlegraben in Ruggell die Wanderhindernisse für Fische entfernt. 2010 wurde ein Projekt betreffend die Neuregelung der Wasserregimes des Gampriner Sees ausgearbeitet. Ein weiteres Projekt untersucht mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Wasserführung des Binnenkanals zwischen Balzers und Triesen.

In Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen wurde der Einsatzplan für Herbizide bei den Gleisanlagen neu geregelt.

Revitalisierung von Fliessgewässern
Die im Fischereigesetz verlangte Verbesserung der Gewässer als Lebensräume für Wassertiere und Pflanzen wurde auch 2010 weitergeführt. Im Rahmen des Projektcontrollings wurden weitere Erhebungen zur Beobachtung der Entwicklung der neuen Bachstrecke des Binnenkanals im Bereich Ruggell/Lettasteg durchgeführt. Die Umgestaltung des Binnenkanals in Schaan in Zusammenhang mit der Erstellung der Dampfleitung wurde abgeschlossen.

Grundwasser
Die Dauerüberwachung von Menge und Güte des Grundwassers (Grundwasserkataster) wurde 2010 weitergeführt. Im Dezember 2010 wurden in einer Simultanmesskampagne die Grundwasserstände im Talraum gemessen. Die gewonnenen Daten sind die Grundlage für die Grundwasser-Isohypsenkarte und die systematische Überwachung der Altablagerungen.

Das im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 2008 erstellte Grundwassermodell Alpenrheintal wurde im Berichtsjahr weiter verbessert und zur Bearbeitung verschiedener wasserwirtschaftlicher Fragestellungen genutzt.

Wassernutzungen
Da die Daten zur Trinkwassernutzung 2010 derzeit noch nicht vorliegen, werden die Werte für das Vorjahr angegeben: Der Verbrauch von Trink- und Brauchwasser im Jahre 2009 betrug total 8.8 Mio. m³. Die öffentlichen Wasserwerke lieferten insgesamt 6.8 Mio. m³; von den konzessionierten Selbstversorgern wurden 2.0 Mio. m³ Grundwasser gefördert. Die Wasserbedarfsdeckung erfolgte gesamthaft zu 55% durch Grundwasser, zu 45 % durch Quellwasser. Der spezifische Wasserbedarf (inkl. Industrie auf 200 Arbeitstage gerechnet) betrug 927 Liter pro Einwohner und Tag.

Die Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU), welche 2010 ihr 50-jähriges Bestehen feierte, sowie die in der Gruppenwasserversorgung Oberland (GWO) zusammengeschlossenen Gemeindewasserwerke haben 2010 weitere Massnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Trinkwasserqualität umgesetzt.

Mit Beschluss vom 15. Juli 2009 hat die Regierung die thermische Nutzung des Grundwassers umfassend neu geregelt. 2010 wurden sechs Konzessionen für die Grundwasserwärmenutzung erteilt. Heute nutzen elf Konzessionäre Wasser zur Wärmegewinnung mittels Wärmepumpen oder zur Kühlung. 2010 wurden insgesamt 2.0 Mio. m³ Grund- oder Binnenkanalwasser thermisch genutzt.

Im Januar 2010 wurde der Umweltverträglichkeitsbericht für den geplanten Umbau des Kraftwerkes Samina zu einem Pumpspeicherwerk öffentlich aufgelegt. Im Mai 2010 hat die Regierung einen Vorschlag für die Festlegung der Dotierwassermengen bei den Wasserfassungen im Steg in Vernehmlassung geschickt. Im Zusammenhang mit diesem Projekt waren in der Folge umfangreiche Abklärungen mit den Behörden Vorarlbergs erforderlich.

Siedlungsentwässerung
Der Generelle Verbands-Entwässerungsplan (VGEP) des Abwasserzweckverbandes der Gemeinden Liechtensteins (AZV) wurde 2010 mit dem Zustandsbericht Gewässer und dem Bericht betreffend das Datenmanagement abgeschlossen. Gestützt auf dieser Grundlage haben die Gemeinden Balzers, Planken, Eschen, Gamprin und Ruggell mit der Ausarbeitung der Generellen Entwässerungspläne (GEP) für ihr Gemeindegebiet begonnen.

2010 wurde das Sanierungsprogramm für die Hauptsammelkanäle (HSK) und die Aussenbauwerke des Abwasserzweckverbandes der Gemeinden Liechtensteins fortgesetzt. Eine Teilstrecke des HSK Mauren-Bendern (Fluxbüchel bis Binnenkanal Bendern) und der HSK Schaan-Bendern wurden mittels Inliner saniert.

Kommunale Abwasserreinigung und Klärschlammverwertung
Im Berichtsjahr 2010 wurden in der Kläranlage Bendern insgesamt 10.0 Mio. m³ Abwasser gereinigt. Die Qualität des in den Alpenrhein eingeleiteten gereinigten Abwassers wurde systematisch überwacht. Das gereinigte Abwasser entsprach den gesetzlichen Anforderungen.

Die Anlage zur Entwässerung und Trocknung des Klärschlammes arbeitete einwandfrei. Es fielen total

1'169 Tonnen Klärschlamm-Granulat (Trockensubstanz grösser 90%) an, welches im Zementwerk Untervaz/GR thermisch verwertet wurde. Das Klärgas diente der Strom- und Wärmeerzeugung.

Abwasser aus Haushalt, Gewerbe und Industrie
Die Aufsicht über die Liegenschaftsentwässerungen obliegt den Gemeinden. Das Amt für Umweltschutz befasste sich 2010 mit betrieblichen Abwässern sowie mit Baustellenabwässern.

Die Betriebsabwässer der zwei grossen metallverarbeitenden Industriebetriebe werden wegen ihrer speziellen chemischen Zusammensetzung in betriebseigenen Kläranlagen behandelt und anschliessend direkt in die Oberflächengewässer (Esche und Scheidgraben) eingeleitet. Bei den Kontrollen dieser Abwassereinleitungen wurden 2010 bei einer Anlage wiederholt Grenzwertüberschreitungen festgestellt. Die Sanierung der unzureichenden Abwasserbehandlung wurde verfügt.

Die bei gewässerschutztechnischen Kontrollen von Tankstellen und Garagenbetrieben festgestellten Mängel betrafen grösstenteils den Unterhalt. Deren Behebung wurde angeordnet und nachkontrolliert.

Gewässerschutz in der Landwirtschaft
Die 2008 durchgeführte Beurteilung aller Landwirtschaftsbetriebe ergab, dass zwölf Betriebe die Anforderungen an die Lagereinrichtungen für Hofdünger nicht erfüllten. Diese Betriebe wurden aufgefordert, bis Ende Juni 2010 die Mängel durch bauliche Massnahmen zu beheben oder Gülle-Lageraum vertraglich zu sichern. Die Umsetzung dieser Verfügungen wurde 2010 kontrolliert. In einigen Fällen sind noch Nachbesserungen erforderlich.

Die übrigen Arbeiten im Bereich Landwirtschaft betrafen die Standortevaluation für Aussiedlungsbetriebe, die Einhaltung der Umweltvorschriften in der landwirtschaftlichen Praxis sowie die Genehmigung von Hofdüngerabnahmeverträgen.

Fischerei

Internationale Bevollmächtigtenkonferenz
Die jährliche Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Fischerei im Bodensee und seinen Zuflüssen (IBKF) fand am 22./23. Juni 2010 in Rorschacherberg statt.

Wiederaufbauprogramm Bachforellenbestand / Fischbrutanlage Ruggell
2010 konnten von den Bachforellen-Elterntieren im Möhliholz-Weiher 258'000 Eier gewonnen werden, welche in die Brutanlage Ruggell verbracht wurden. Auf Laichfischfang für Forellen im Binnenkanal wurde wiederum verzichtet.

Fischeinsätze
Es wurden 200'000 Bachforellenbrütlinge in die Zuflüsse des Binnenkanals eingesetzt.

Luft

Emissionen

Massnahmenplan Luft
Im Rahmen des Massnahmenplans Luft wurden verschiedene Massnahmen bearbeitet. Der Schwerpunkt lag auf den Projekten Kleinholzfeuerungen und Tiefengeothermie. Im Rahmen der Kampagne «Fair-Feuern – Erfassung und erste Sichtkontrolle von kleinen Holzfeuerungen» wurden 2010 durch die Kaminfeger rund 3'500 kleine Holzfeuerungen erfasst und kontrolliert. Zudem wurden die Anlagenbesitzer mit einem Merkblatt informiert und durch die Kaminfeger bezüglich einer schadstoffarmen Verbrennung beraten. Das Projekt «Fair-Feuern – Erfassung und erste Sichtkontrolle von kleinen Holzfeuerungen» konnte nach drei Erhebungsjahren abgeschlossen werden. Es wurden insgesamt rund 9'000 kleine Holzfeuerungen erfasst und kontrolliert.

Zur Klärung des Nutzungspotenzials der **Tiefengeothermie** wurde im Januar 2010 eine 2D-Testseismik und anschliessend eine aufwändige Datenaufbereitung durchgeführt. Es hat sich bestätigt, dass der tiefe Untergrund mittels der Seismik-Methode grundsätzlich abgebildet werden kann und es konnten wertvolle Erkenntnisse über die Verbreitung der Gesteinsschichten gewonnen werden. Parallel zur 2D-Testseismik wurden folgende Arbeiten durchgeführt: Aktualisierung 3D-Geologiemodell auf Basis der 2D-Testseismik, Bestimmung der Durchlässigkeit der Gesteinsschichten, Berechnung des geothermischen Potenzials, Analyse der Nutzungsmöglichkeiten und Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Der Synthesebericht wird 2011 abgeschlossen. Für die 2D-Testseismik sowie die begleitenden Arbeiten hat der Landtag einen Verpflichtungskredit von CHF 1.7 Mio. genehmigt. Das Projekt konnte mit rund CHF 1.3 Mio. abgeschlossen werden. Mit der Stadt St. Gallen (laufendes Geothermieprojekt) sowie dem Land Vorarlberg (Abklärungen zur Tiefengeothermie) erfolgte ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch.

Überprüfung von Feuerungsanlagen
Bei Industrie- und Gewerbebetrieben wurden Emissionsmessungen von 24 Öl- und Gasfeuerungsanlagen mit einer Leistung von mehr als einem Megawatt veranlasst.

Die Feuerungskontrolleure der Gemeinden überprüften 8'750 Öl-/Gasfeuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung unter einem Megawatt. 560 Anlagen mussten beanstandet, bei 150 Anlagen eine Sanierungsverfügung erlassen werden. Aufgrund der Verschärfung der Emissionsgrenzwerte im Jahre 2005 waren Ende 2010 insgesamt ca. 300 Sanierungsverfahren hängig (Stand 2007: ca. 1'350, 2008: ca. 850, 2009: ca. 650).

Bei 18 Holzfeuerungsanlagen wurde eine Emissionsmessung durchgeführt. Alle Anlagen halten die Grenzwerte ein.

Überprüfung von besonderen Anlagen
Bei zwölf Blockheizkraftwerken wurden die Schadstoffemissionen überprüft. Zwei Anlagen mussten beanstandet werden und werden 2011 nachkontrolliert.

Im Rahmen der periodischen Tankstellenkontrolle wurden 34 Tankstellen kontrolliert. Es wurden 151 Zapfhahnen überprüft. Bei 13 Zapfhahnen zeigte die Gasrückführung keine Wirkung und musste beanstandet werden. Bei 38 Zapfhahnen musste die Gasrückführung nachreguliert werden, zudem mussten vier Pumpen ausgewechselt werden.

Im Rahmen der Baustellen-Emissionsbegrenzungs-Verordnung wurden Stichprobenkontrollen durchgeführt.

Emissionskataster
Im Berichtsjahr wurden am Emissionskataster schwerpunktmässig Nachführungen und Datenbereinigungen vorgenommen.

Flüchtige Organische Verbindungen (VOC)
Im Rahmen des Vollzugs der VOC-Verordnung wurden die VOC-Bilanzen von vier Industriebetrieben geprüft und an die Oberzolldirektion weitergeleitet. Zudem fanden eine Betriebsbegehung sowie drei Beratungen statt.

Berichterstattung gemäss Genfer Konvention (CLRTAP)
Mit der Ratifizierung des Genfer Übereinkommens über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung (CLRTAP) im Jahr 1985 hat sich Liechtenstein zu jährlicher Berichterstattung verpflichtet. Liechtenstein hat sieben der acht bestehenden Protokolle zum Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert. 2010 wurden sowohl die erforderlichen Daten sowie der Fragebogen zu Strategien und Politiken zur Minderung der Luftverschmutzung eingereicht. Der «Informative Inventory Report» (IIR), als letzter Teil der Berichterstattungspflichten, wird für Liechtenstein spätestens im Jahr 2012 verbindlich.

Immissionen

Ostluft (Überwachung der Luftqualität zusammen mit den Ostschweizer Kantonen)
Schwerpunkte bildeten verschiedene Projekte zur Überwachung der Russ- und Feinstaubbelastung sowie im Bereich Ozon.

Kontinuierliche Immissionsmessungen
Der Tages- sowie der Jahresmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO2) wurden in Vaduz eingehalten. Der höchste gemessene Tagesmittelwert lag bei 79 µg/m³ (Grenzwert: 80 µg/m³; Messwert 2009: 84 µg/m³). Der Jahresmittelwert lag bei 24 µg/m³ (Grenzwert: 30 µg/m³, Messwert 2009: 23 µg/m³).

Der Stundenmittelgrenzwert für Ozon von 120 µg/m³ wurde in Vaduz an insgesamt 38 Tagen 214-mal überschritten (2009: an 41 Tagen 178 Überschreitungen). Der höchste gemessene Stundenmittelwert betrug 167 µg/m³ (2009: 158 µg/m³).

Der Tagesmittelgrenzwert für Feinstaub von 50 µg/m³ wurde in Vaduz zehnmal überschritten (2009: 7-mal). Der höchste gemessene Tagesmittelwert lag bei 72 µg/m³ (2009: 63 µg/m³). Der Jahresmittelgrenzwert von 20 µg/m³ wurde mit 19 µg/m³ eingehalten (2008: 17 µg/m³).

Zusätzlich zur permanenten Messstation in Vaduz (Austrasse) wurde mit einer mobilen Messstation in Schaan an der Wiesengasse die Feinstaubbelastung gemessen. Der Tagesmittelgrenzwert für Feinstaub von 50 µg/m³ wurde innerhalb der Messperiode vom 18. Dezember 2009 bis 17. Dezember 2010 insgesamt 30-mal überschritten. Der höchste gemessene Tagesmittelwert lag bei 98 µg/m³. Der Jahresmittelgrenzwert von 20 µg/m³ wurde mit einem Jahresmittel von 22 µg/m³ überschritten. Die Messstation wurde am 17. Dezember 2010 an den Standort Schaan-Lindenkreuzung verschoben, wo sie bis Mitte Dezember 2011 im Einsatz sein wird.

Stickstoffdioxidmessung mit Passivsammlern
An 15 Standorten wurde mittels Passivsammlern Stickstoffdioxid gemessen. Überschreitungen des Jahresmittelgrenzwertes von 30 µg/m³ wurden an fünf Standorten festgestellt (in Klammer jeweils der Vorjahreswert): Schaanwald Grenzübergang 51 µg/m³ (47), Schaan Lindenplatz Süd 38 µg/m³ (37), Eschen Essanestrasse 36 µg/m³ (34), Triesen Landstrasse 36 µg/m³ (34) sowie Bendern Eschner Strasse 36 µg/m³ (33). An den übrigen Standorten wurde der Grenzwert nicht überschritten: Triesenberg Zentrum 30 µg/m³ (35), Schaanwald Vorarlbergerstrasse 27 µg/m³ (25), Ruggell Landstrasse 26 µg/m³ (24), Vaduz Austrasse 24 µg/m³ (23), Balzers Gagoz 22 µg/m³ (22), Vaduz Mühleholz 21 µg/m³ (21), Schellenberg Dorf 18 µg/m³ (20), Eschen «Schwarzes Strässle» 15 µg/m³ (15), Vaduz Fürst Johannes Strasse 13 µg/m³ (12), Malbun 8 µg/m³ (8).

Benzolbelastung
Die Benzolmessungen mit Passivsammlern zeigten, dass der EU-Grenzwert von 5 µg/m³ Benzol auch an Strassenstandorten nicht überschritten wird.

Immissionsüberwachung Ammoniak
Die Jahresmittelwerte für das Jahr 2010 betrugen an den Standorten Eschen Schwarzes Strässle 4.9 µg/m³ (2009: 4.9 µg/m³), Schaan Lindenkreuzung 7.5 µg/m³ (2009: 8.5 µg/m³) und Balzers Aviols 5.5 µg/m³ (2009: 5.3 µg/m³). Für den Menschen sind Ammoniakkonzentrationen in den gemessenen Bereichen nicht kritisch. Kritisch ist vielmehr der Stickstoffeintrag in empfindliche Ökosysteme. Zudem ist Ammoniak als Vorläufersubstanz an den übermässigen

Feinstaub-Immissionen beteiligt. Die gemessenen Konzentrationen sind als mittel bis hoch einzustufen.

Flechtenuntersuchung 2009/2010
Baumbewohnende Flechten reagieren sehr sensibel auf veränderte Lebensbedingungen und eigenen sich daher besonders gut als Bioindikatoren zur Luftverschmutzung. Zur Ergänzung der Immissionsmessungen wird der Flechtenbestand in Liechtenstein alle zehn Jahre erhoben und ausgewertet. 2009 fand die Dritterhebung statt. Die Daten wurden 2010 ausgewertet und ergeben folgendes Bild zur Luftqualität: Gebiete mit einem extrem geringen (grosse Gesamtbelastung) sowie einem sehr hohen Flechtenwuchs (sehr kleine Gesamtbelastung) haben stark abgenommen. So verteilt sich der Grossteil der Untersuchungsflächen auf die Luftgütezonen mit wenig (61 %) und mittlerem (38 %) Flechtenbewuchs. Als potenzielle Ursachen werden steigende Temperaturen in Kombination mit witterungs- und klimabedingten Extremereignissen (Trockenheit, Inversionslagen etc.) sowie die Belastung durch Verkehrs- und Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft vermutet.

Klima

CO_2-Emissionen der neu immatrikulierten Personenwagen
Der durchschnittliche CO_2-Ausstoss aller neu immatrikulierter Personenwagen liegt 2009 bei 181 g/km. Wie im Vorjahr (190 g/km) konnte eine Reduktion der CO_2-Emissionen (-4.7%) verzeichnet werden. Der von der EU für das Jahr 2015 festgesetzte Zielwert von durchschnittlich 120 g CO_2/km wird erst von 8.3% der neu immatrikulierten Personenwagen eingehalten.

Emissionshandelssystem und Nationales Register
Der Betrieb des Registers sowie die Betreuung der eröffneten Konten (Anlagen- und Personenkonten) wurde auch im zweiten Jahr nach der Verknüpfung mit den Protokolliereinrichtungen der UN (ITL) und der EU (CITL) erfolgreich durchgeführt. Im Jahr 2010 eröffneten rund 350 Personen ein Konto im Nationalen Emissionshandelsregister. Die in der Zuteilungsentscheidung der EFTA Überwachungsbehörde (ESA) festgelegten Zertifikatmengen für das Jahr 2010 wurden den Anlagenbetreibern fristgerecht auf ihre Anlagenkonten überwiesen.

Zur Erhöhung der Sicherheit im Nationalen Emissionshandelsregister sowie zur Vermeidung von Mehrwertsteuerbetrug im Emissionshandel wurde 2010 ein Ämter übergreifender Workshop durchgeführt mit dem Ziel, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Juli 2010 wurde eine von den Schweizer Steuerbehörden vorgenommene Praxisänderung übernommen, welche den Handel mit Emissionszertifikaten von der Mehrwertsteuer befreit.

In mehreren Fällen ergaben sich Verdachtsmomente, dass Kontoeröffnungen eventuell auf Grundlage mutmasslich gefälschter Dokumente erschlichen wurden. Sämtliche Fälle wurden an die zuständige Abteilung für Wirtschaftskriminalität bei der Landespolizei weitergeleitet. Gegen Ende 2010 kam es darüber hinaus zu mehreren Hackerangriffen auf Emissionshandelsregister im EWR. So wurden Log-In Daten und Passwörter «gephisht» und dann unberechtigte Transaktionen auf Konten in anderen EWR Registern veranlasst, u.a. auch nach Liechtenstein. In diesem Zusammenhang waren zahlreiche rechtliche Fragen zu klären, wie zum Informationsaustausch mit Behörden anderer EWR-Staaten, Rechtsgrundlagen zur Sperre von Registerkonten und Verhalten gegenüber Kontoinhabern bei gleichzeitiger Eröffnung von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Das Vorgehen fand in enger Abstimmung mit der Landespolizei, der Financial Intelligence Unit, der Staatsanwaltschaft sowie des Landgerichts statt.

Berichtspflichten gemäss der Klimakonvention und dem Kyoto-Protokoll
Im April 2010 wurde das jährlich zu erstellende Klimagasinventar für die Jahre 1990 bis 2008 vollständig nach den methodischen Vorgaben der Beschlüsse der Vertragsstaaten beim Sekretariat der UN-Klimakonvention eingereicht. Die Submission umfasste neben dem liechtensteinischen Inventarbericht auch Tabellen zu den Emissionen aus dem Bereich Land Use, Land Use Change and Forestry (LULUCF) gemäss Kyoto Protokoll, welche ab 2010 verbindlich eingereicht werden müssen und 2009 erstmals in einer Testphase vom Klimasekretariat geprüft wurden. Das alljährliche Review des Treibhausgasinventars 2008 durch das UN-Klimasekretariat fand vom 30. August bis 4. September 2010 in Bonn statt.

Der im Jahr 2009 erarbeitete 5. UN Klimabericht (5th National Communication) wurde im Januar 2010 beim Klimasekretariat eingereicht und angenommen. Das Centralized Review wird 2011 in Bonn stattfinden. Letzteres konnte im Rahmen der Klimakonferenz in Cancun mit Unterstützung der EU und Monaco ausgehandelt werden. Ein Incountry Review findet nun lediglich bei Staaten mit über 50 Millionen Tonnen CO_2 eq Ausstoss statt.

Vertretung Liechtensteins an der Klimakonferenz in Cancun
Im Dezember fand in Cancun, Mexiko, die 16. Weltklimakonferenz statt. Im Rahmen der Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Berichterstattungspflichten konnte auf Vorschlag Liechtensteins und mit der Unterstützung anderer Vertragsstaaten der Überprüfungsprozess für kleinere Volkswirtschaften effizienter gestaltet werden.

Erstmaliger Vollzug der Rückverteilung der CO_2 Abgabe an die Wirtschaft
2010 fand zum ersten Mal die Rückverteilung der Einnahmen aus der CO_2 Abgabe aus dem Bereich Wirtschaft statt. Insgesamt konnten CHF 497'000 zurückgezahlt werden. Aus den Erfahrungen der ersten Rückverteil-

lungsrunde erstellten die AHV und das Amt für Umweltschutz eine gemeinsame Vollzugspraxis für die folgenden Jahre.

Beteiligung an Klimaschutzprojekten im Ausland zum Bezug von Emissionsgutschriften für Liechtenstein
2010 bezog das Amt für Umweltschutz über die Stiftung myclimate weitere 50'000 zertifizierte Emissionsreduktionen zur Anrechnung auf die Reduktionsverpflichtung Liechtensteins aus dem Kyoto Protokoll.

Unterstützung der gemeinnützigen Stiftung «LIFE - Klimastiftung Liechtenstein»
Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein richtete 2010 zwei öffentliche Anlässe aus. Im Mai 2010 fand eine Veranstaltung unter dem Motto «Kopenhagen was nun – Visionen für die Zukunft» statt. Vertreter aus Industrie, Finanzen und Politik diskutierten unterschiedliche Ansätze wie die Welt nachhaltiger gestaltet werden könnte. Im Oktober fand in Zusammenarbeit mit dem Club of Rome ein internationales Seminar mit dem Titel «Preparing for the Future – The Role of Finance» statt. Renommierte Experten aus der ganzen Welt sowie hochrangige Vertreter Liechtensteins diskutierten im Rahmen der Generalversammlung des Club of Rome die Herausforderungen der Zukunft und Möglichkeiten, auf welchen Wegen diese Herausforderungen mit welchen Mitteln begegnet werden kann. Zusätzlich veranstaltete LIFE zusammen mit Experten der UN und des britischen Umweltministeriums im Juni einen Anlass anlässlich der UN Verhandlungen zu einem neuen Klimavertrag. Im Dezember richtete LIFE ein Side Event auf der 16. Weltklimakonferenz aus. Daneben konnten mehrere Artikel national wie international zu den Themen «Ecological Markets» und «Responsible Investments» veröffentlicht werden.

Lärm

Baugesuche
Im Zusammenhang mit verschiedenen Baugesuchen wurden im Jahr 2010 51 Anfragen behandelt. Bei sechs Baugesuchen wurden umfangreichere Lärmbeurteilungen durchgeführt sowie Lärmgutachten geprüft. Bei einem Baugesuch mussten Lärmschutzmassnahmen verfügt werden.

Lärmklagen
Im Jahr 2010 mussten bei sieben Lärmklagen Ermittlungen und Vermittlungen durchgeführt werden. In zwei Fällen erfolgten weitergehende Abklärungen und Messungen.

Lärmkataster
Die Erhebungen für den Lärmkataster für Eisenbahnanlagen konnten abgeschlossen werden. Die detaillierten Ergebnisse werden im 2. Quartal 2011 erwartet. Im Zusammenhang mit dem S-Bahn Projekt FL.A.CH wurden verschiedene Besprechungen bzw. Abklärungen mit dem Tiefbauamt und der ÖBB durchgeführt. Für den Strassenlärmkataster wurden weitere Vorbereitungsarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt durchgeführt, so dass im 3. Quartal 2011 mit den Erhebungen begonnen werden kann.

Richt- und Zonenpläne
Bei drei Zonenplänen und einem Richtplan der Gemeinden wurden Stellungnahmen hinsichtlich des Lärmschutzes erstellt.

Nichtionisierende Strahlung

Mobilfunk
An der Volksabstimmung vom 6. Dezember 2009 wurde die Gesetzesinitiative zur Streichung der Senkung des Anlagegrenzwertes für Mobilfunkanlagen auf 0.6V/m angenommen. Auf Grund dieser Änderungen im Umweltschutzgesetz musste die Verordnung zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) überarbeitet werden. Gleichzeitig wurden Änderungen, welche zwischenzeitlich in der Schweizerischen NISV erfolgten, nachvollzogen.

Im Jahr 2010 wurde eine Microzelle an einen neuen Standort verlegt und bei sechs weiteren Standorten wurden Änderungen durch die in Liechtenstein ansässigen Mobilfunkbetreiber vorgenommen. Diese mussten hinsichtlich der Einhaltung der Anlage- und Immissionsgrenzwerte für nichtionisierende Strahlung geprüft werden. Bei fünf Standorten mussten für die genaue Überprüfung zusätzlich Abnahmemessungen verlangt werden (1. Quartal 2011).

Transformatorenstationen
Im Jahr 2010 wurden elf Standortdatenblätter für Transformatorenstationen hinsichtlich der Einhaltung der Grenzwerte geprüft. Anlässlich einer Begehung wurden die Angaben auf den eingereichten Standortdatenblättern mit den realisierten Begebenheiten verglichen. Gleichzeitig wurde die Strahlenbelastung an Orten mit empfindlicher Nutzung (OMEN) sowie weiteren Orten rund um die Transformatorenstationen gemessen.

Beratung / Messungen
Bei drei Anfragen aus der Bevölkerung wurden Messungen und Beratungen durchgeführt.

Abfall

Allgemein
Im Rahmen des Projektes «Vollzugsordner» der Abfallfachstellen der Ostschweizer Kantone und Liechtensteins wurden weitere Faktenblätter zu spezifischen Themen erarbeitet.

Deponiekonzept
Die hydrogeologische Beurteilung der bestehenden Deponien wurde abgeschlossen. Mit dem Projekt wurde die Einhaltung der Bestimmungen der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) bei allen Deponien überprüft. Ingesamt wurden fünf Deponien auf ihre Eignung als Ablagerungsstandort für Inertstoffe untersucht. Von diesen fünf Deponien erfüllen drei die entsprechenden Anforderungen.

Die Arbeiten für ein gemeinsames Deponiekonzept für die Unterländer Gemeinden sowie Schaan und Planken wurden weitergeführt. In Schaan wurde in diesem Zusammenhang die Planung der Erweiterung der bestehenden Deponie fortgesetzt.

Mit den Gemeinden wurden weitere Gespräche zu einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit im Abfallbereich geführt. Das Amt für Umweltschutz wurde von der Regierung beauftragt, gemeinsam mit den Gemeinden eine neue Abfallplanung nach Art. 39 des Umweltschutzgesetzes zu erstellen.

Recycling mineralischer Bauabfälle
Im Bereich des Recyclings mineralischer Bauabfälle wurde die Qualitätssicherung weiter optimiert. In der Arbeitsgruppe «Recyclingbaustoffe» wurde ein Umsetzungskonzept für den Einsatz von Recyclingbaustoffen bei öffentlichen Bauten erstellt. Das Konzept wurde von der Regierung im September 2010 zur Kenntnis genommen. Die im Umsetzungskonzept aufgeführten Massnahmen sollen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den betroffenen Verbänden umgesetzt werden.

Die Betriebskontrollen bei den Bauabfall-Recyclingbetrieben erfolgen seit 2007 auf Basis einer Vereinbarung durch den Aushub-, Rückbau- und Recycling-Verband Schweiz (ARV) und den Fachverband für die Kies- und Betonindustrie (FSKB). Insgesamt wurden acht Betriebe kontrolliert. Alle Betriebe haben den Anforderungen entsprochen.

Abfallanfall und -behandlung
Da die Daten zur Abfallstatistik nicht vor April verfügbar sind, werden die Vorjahreszahlen angegeben. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 12'299 Tonnen **Siedlungsabfälle** über den Verein für Abfallentsorgung (VfA Buchs) entsorgt, was gegenüber 2008 einer leichten Abnahme von 102 Tonnen oder 0.8% entspricht. Davon betrugen die Abfälle aus Haushaltungen und Gewerbe, welche über die Kehrichtabfuhr gesammelt werden, 8'560 Tonnen. Bei dieser Fraktion ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 100 Tonnen oder 1.2%. Die Direktanlieferungen durch die Industrie lagen bei 2'024 Tonnen. Dies entspricht gegenüber 2008 einer Abnahme von 35 Tonnen oder 1.8%.

Zur Kompostierung wurden 1'580 Tonnen **organische Abfällen** an den VfA geliefert, was gegenüber 2008 einer Zunahme von 46.1 Tonnen oder 3.0% entspricht.

Zudem wurden 133 Tonnen **Metzgereiabfälle** an den VfA geliefert, 2.2 Tonnen oder 1.7% mehr als 2008.

2009 wurden insgesamt 227'258 m³ Bauschutt, Aushubmaterial und Kieswaschschlamm in den **Inertstoffdeponien der Gemeinden** abgelagert, was gegenüber 2008 einer Abnahme von 81'095 m³ bzw. 26.3% entspricht. Die von den Gemeinden betriebenen Deponien werden vom Amt für Umweltschutz kontrolliert.

Auf den **Kompostierplätzen der Gemeinden** wurden im Berichtsjahr 15'934 m³ Häckselgut (Äste, Gras, Heu) zu Kompost verarbeitet. Dies entspricht einer Abnahme von 4'851 m³ bzw. 23.3%. Die im Rahmen der Qualitätssicherung durchgeführten Analysen und Kontrollen bestätigen landesweit eine gute Kompostqualität.

Seit der Einführung der neuen Verordnung über den Verkehr mit Abfällen im Jahre 2006 werden in der Schweiz und in Liechtenstein die Abfälle ähnlich den Abfallkategorien des EU Abfallkataloges und mittels eines neuen Datenerfassungssystems erhoben. 2009 sind total 11'340.56 Tonnen **Sonderabfälle** angefallen. Nahezu der gesamte Anfall an Sonderabfällen wurde via spezialisierte Entsorgungsunternehmen bewilligten Entsorgungsanlagen im Ausland zugeführt. Der grösste Teil wurde in der Schweiz entsorgt. 511.8 Tonnen Sonderabfälle und kontrollpflichtige Abfälle wurden nach Österreich, 122.9 Tonnen nach Deutschland und 1'990.9 Tonnen kontrollpflichtige Abfälle nach Italien verbracht.

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurden im Jahr 2010 wieder zwei Separatsammlungen von **Sonderabfällen aus Privathaushaltungen** durchgeführt. Insgesamt wurden in den Gemeinden 17.2 Tonnen Sonderabfälle eingesammelt (Vergleich Vorjahre: 2007: 18.6 Tonnen, 2008: 15.7 Tonnen, 2009: 18.3 Tonnen).

Altlasten
Baugesuche wurden auf mögliche Belastungen überprüft und bei Bedarf entsprechende Untersuchungen eingeleitet. Wo erforderlich, wurden Massnahmen begleitet und überwacht.

Als Grundlage für das Grundwassermonitoring wurde eine Isohypsenkarte in Auftrag gegeben.

Die Vorbereitungen für den Kataster der belasteten Standorte (Ablagerungs-, Betriebs- und Unfallstandorte) sind in Arbeit.

Bei der Sanierung der Altlast «Tentschagraba» (Ablagerungsstandort) in Eschen handelt es sich um das bisher grösste Altlasten-Sanierungsprojekt in Liechtenstein. Die ersten zwei von drei Etappen sind abgeschlossen.

Boden

Der Schwerpunkt der Arbeiten lag bei der Begleitung und Überwachung von Auflandungen ausserhalb der Bauzonen. Im Ämterumlaufverfahren können die Gesuche einfach und schnell bearbeitet werden. Zum physikalischen Bodenschutz bei Auflandungen wurden zwei Arbeiten in Auftrag gegeben. Beim ersten Projekt wird

eine Erfolgskontrolle bestehender Rekultivierungsflächen durchgeführt. Dabei werden sämtliche Rekultivierungsflächen auf einem Katasterplan erfasst, eine Methodik zur Durchführung einer Bestandesaufnahme und zur Beurteilung bestehender Rekultivierungsflächen entwickelt sowie ausgewählte Standorte anhand der Methodik bodenkundlich kartiert. In einem zweiten Projekt wird ein Perimeter für die Umsetzung grossflächiger Rekultivierungsprojekte geprüft und ausgeschieden.

Tankwesen / Schadenwehr

Tankrevisionen / Sanierungen
Im Jahr 2010 wurden 393 Tankanlagen einer Revision unterzogen. 17 Tankanlagen mit insgesamt 0.21 Mio. Liter Inhalt wurden ausser Betrieb genommen. Tankanlagen werden vor allem durch alternative Heizsysteme (Wärmepumpen, Hackschnitzel- und Pelletfeuerungen, Solar) ersetzt.

Tankeinbringung bei Alt- und Neubauten
Im Berichtsjahr wurden vier bewilligungspflichtige Tankanlagen mit total 214'500 Liter Inhalt bewilligt. Zudem wurden vier meldepflichtige Anlagen (Nutzvolumen bis 4'000 Liter) mit insgesamt 11'200 Liter Inhalt erfasst. Bei den Anlagen handelt es sich um eine erdverlegte und sieben Kellertankanlagen.

Schadenwehr / Öl- und Chemieunfälle
Im Berichtsjahr wurden vier Ereignisse gemeldet. Bei zwei Fällen musste mit Hydrauliköl verschmutztes Erdreich ausgehoben und entsorgt werden. Eine Gewässerverschmutzung konnte verhindert werden.

Bei weiteren zwei Fällen war die Ursache Leckagen durch technisches Versagen. Die Leckagen wurden umgehend behoben. In der Folge traten kurzzeitige Verschmutzungen des Oberflächengewässers auf, welche nicht weiter verfolgt werden konnten.

Erdsonden
2010 wurden 45 Gesuche zur Erstellung einer Erdsondenanlage bewilligt (neu total 256). Die Eignungskarte für Erdwärmesonden auf dem Geoportal des Landes gibt Auskunft, wo die Erstellung von Erdwärmesonden bewilligungsfähig ist.

Im 2010 wurde ein Merkblatt erstellt, das auf die Risiken von Erdsondenbohrungen hinweist. Eine Risikodeckung ist durch den Abschluss spezieller Versicherungen möglich. Es können Schäden am zu erstellenden Bauwerk (Erdsonde), Schäden an bestehenden Bauten und Schäden gegenüber Dritten versichert werden. Es empfiehlt sich bei Neubauten und auch bei Sanierungen von bestehenden Heizungsanlagen entsprechende Versicherungen abzuschliessen.

Chemikalien / Störfall / Strahlenschutz

Allgemeines
In Liechtenstein besteht aufgrund des Zollvertrages mit der Schweiz und dem EWR-Abkommen das Prinzip der parallelen Verkehrsfähigkeit von Chemikalien. Im Chemikalienbereich stand weiterhin die Information der Betriebe über die laufenden Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen im Vordergrund. Seit Juni 2008 ist in Liechtenstein die neue EU Chemikalienverordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH Verordnung) anwendbar. Eine weitere EU Chemikalienverordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP Verordnung) wurde in der EU im Jahr 2009 in Kraft gesetzt. Die Verordnung wird 2011 ins EWRA übernommen. Die Schweiz hat ihre Chemikalienvorschriften bereits an die Bestimmungen der CLP-Verordnung angepasst. Die Betriebe wurden bei der Umsetzung der Aufgaben und Vorschriften beraten.

Überwachung
Die Inspektionstätigkeit in Industrie- und Gewerbebetrieben war in Folge der laufenden Änderungen des Schweizer Chemikalienrechts und der Einführung der EU Verordnungen REACH und CLP reduziert. Es fanden vor allem Betriebsbesuche zur Information über die neuen Bestimmungen statt. Zudem erfolgten Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV).

Das Amt für Umweltschutz nahm an der gesamtschweizerischen Überwachungskampagne zur Kontrolle von Betrieben in der Schädlingsbekämpfung teil. Dabei ging es um die Erfassung der Betriebe, Kontrolle der Ausbildungsnachweise, Prüfung der Fachkompetenz und Kontrolle der Betriebsführung. Eine Firma musste zum Kursbesuch zur Erlangung der Fachbewilligung aufgefordert werden.

2010 startete die systematische Kontrolle von öffentlichen Gemeinschaftsbädern hinsichtlich der Fachbewilligung Badewasserdesinfektion. Die berufliche oder gewerbliche Desinfektion von Badewasser mit Wasseraufbereitungschemikalien oder Desinfektionsverfahren darf nur von Fachbewilligungsinhabern oder unter deren Anleitung durchgeführt werden. Von den 13 Schwimmbädern besassen neun keine erforderliche Fachbewilligung. Die ausstehenden Fachbewilligungen wurden entweder durch einen Kursbesuch erlangt oder diese Aufgabe wurde durch die Beauftragung von Dritten sichergestellt.

Die Überwachung im Rahmen des Marktüberwachungs- und Kontrollsystems (MKS) wurde weitergeführt. Durch die Annäherung der schweizerischen Chemikaliengesetzgebung an diejenige der EU haben sich die Unterschiede in den Vorschriften der Inverkehrsetzung verringert. Es fanden 2'411 Importe statt, die unter die vom Amt für Umweltschutz zu überwachenden Zoll-

tarifnummern fallen. Die elektronisch erfassten Importmeldungen wurden mit dem Selektionsprogramm überwacht und strichprobenweise kontrolliert. Es wurde kein Umgehungsverkehr in die Schweiz festgestellt.

Anmeldungen von Stoffen nach EU-Chemikalienrecht
Im Rahmen der Einführung der neuen Chemikalienverordnung REACH in der EU erfolgt die Anmeldung von Stoffen neu zentral über die europäische Chemikalienagentur ECHA in Helsinki. Unter REACH müssen alle chemischen Stoffe, die in einer bestimmten Menge in der EU hergestellt oder eingeführt werden, registriert werden. Die Registrierungspflicht für neue Stoffe hat im Juni 2008 begonnen. Für Altstoffe, die vorregistriert wurden (musste bis Ende 2008 erfolgen), gelten längere Übergangsfristen (2010 – 2018), bevor sie definitiv registriert werden müssen. Von 20 liechtensteinischen Unternehmungen wurden ca. 3'000 Vorregistrierungen durchgeführt.

Liechtenstein nimmt am REACH-EN-FORCE 2 Projekt der ECHA teil. Ziel dieses Projektes ist die Überprüfung der Erfüllung der Pflichten der nachgeschalteten Anwender unter REACH. Im Berichtsjahr fanden zu diesem Projekt die Vorarbeiten statt.

Biozidzulassungen
In Liechtenstein können aufgrund der parallelen Verkehrsfähigkeit Biozidprodukte, die entweder in der Schweiz von der Anmeldestelle des Bundesamtes für Gesundheit zugelassen sind oder in Liechtenstein eine EWR Zulassung erhalten haben, auf den Markt gelangen. Im Bereich der Zulassungsverfahren von Biozdiprodukten in Liechtenstein gemäss den EWR Vorschriften wird mit einer ausländischen Behörde zusammengearbeitet. Hierzu wurde eine formelle Vereinbarung vorbereitet, die 2011 in Kraft treten wird.

Chemikalien-Ansprechperson
Betriebe und Bildungsstätten, die beruflich oder gewerblich mit gefährlichen Stoffen und Zubereitungen umgehen, sind verpflichtet, eine Chemikalien-Ansprechperson zu bezeichnen. Alle Inhaber von Giftbewilligungen nach dem alten Giftgesetz sowie alle Importeure, Schulen und Inhaber von Schwimmbädern wurden vom Amt für Umweltschutz aufgefordert eine Chemikalien-Ansprechperson bekannt zu geben. Bis Ende 2010 haben ca. 230 Betriebe eine entsprechende Person gemeldet.

Bewilligungen und Meldungen von Kältemittelanlagen
Das Erstellen von stationären Kälte-, Klima- und Wärmepumpenanlagen (Wärmepumpen für Wohnbauten erst ab Januar 2013*)* mit mehr als 3 kg in der Luft stabilen Kältemitteln unterliegt einer Bewilligungspflicht. Darunter fallen Neuanlagen, Ersatzanlagen, Erweiterungen und Umbauten. Seit Beginn der Bewilligungspflicht wurden über das elektronische Bewilligungsverfahren PEBKA 25 Bewilligungen erteilt und drei Bewilligungen auf schriftliches Ansuchen hin ausgestellt.

Mit der Einführung der Bewilligungspflicht wurde auch die Meldepflicht eingeführt. Zu melden sind die Inbetriebnahme einer neuen Anlage sowie der Betrieb und die Ausserbetriebsetzung einer bereits bestehenden Anlage mit mehr als 3 kg Ozonschicht abbauenden oder in der Luft stabilen Kältemitteln. Seit der Einführung der Meldepflicht wurden insgesamt 121 Anlagen mittels PEBKA System und 260 Anlagen bei der Schweizerischen Meldestelle für Kälteanlagen und Wärmepumpen (SMKV) gemeldet.

Ozonschicht abbauende Stoffe
Es wurden keine Ausnahmebewilligungen für die Verwendung von Ozonschicht abbauenden Stoffen erteilt.

Dem UNEP Sekretariat Ozone wurde über die Importe und Exporte von Ozonschicht abbauenden Stoffen im Jahr 2009 Bericht erstattet.

Nanotechnologie
Die Nanotechnologie ist ein neues und technisch komplexes Gebiet. Nanopartikel besitzen aufgrund ihrer Kleinheit ganz andere Eigenschaften als gröbere Materialien der gleichen Zusammensetzung. Nanomaterialien öffnen ein weites Feld für neue Anwendungen, damit können aber auch neue Risiken und Gefahren (Umwelt, Arbeitnehmerschutz) einhergehen.

Die Innovationsgesellschaft organisiert im Auftrag der zuständigen Behörden der Schweiz, Österreichs, Deutschlands und Liechtensteins internationale Behördendialoge zur Nanotechnologie. Es geht dabei um die Diskussion der Chancen und Risiken der Nanotechnologie und deren gesetzliche Regulierung. Der Behördendialog fand 2010 in Liechtenstein statt.

Wohngifte
Im Berichtsjahr gingen drei Anfragen zu Problemen mit Wohngiften ein. Es handelte sich dabei um Schimmelbildung. Die Betroffenen wurden vor Ort bzw. telefonisch beraten.

Radon
Die Gemeinden Triesenberg und Schaan weisen ein mittleres Radonrisiko auf. Baugesuche aus diesen Gemeinden müssen eine Erklärung der Bauherrschaft betreffend «Schutz vor erhöhter Radonkonzentration» enthalten. Im Winter 2009/2010 wurden in Mauren, Gamprin, Schaan, Triesen, Triesenberg und Balzers Radon-Messungen durchgeführt. Es wurden neun Gebäude untersucht und dabei zwei Überschreitungen des Richtwertes von 400 Bq/m^3 festgestellt. Überschreitungen des Grenzwertes von 1'000 Bq/m^3 wurden keine festgestellt.

Störfallvorsorge
Die Risikoanalyse für die Erdgashochdruckleitung im Bereich Rheinparkstadion Vaduz wurde ergänzt. Nach eingehender Prüfung wurde eine Beurteilung erstellt.

Für die gesamte Erdgashochdruckleitung der LGV wurde ein Kurzbericht erstellt und eingereicht. Das Amt für Umweltschutz hat diesen Kurzbericht einer ersten Beurteilung unterzogen und das weitere Vorgehen mit der LGV festgelegt.

Für einen unterstellten Betrieb wurde eine abschliessende Beurteilung vorgenommen und das Kurzberichtsverfahren abgeschlossen.

Diverse Bauvorhaben in Betrieben, die der Störfallverordnung unterstellt sind, wurden geprüft. Mehrere Chemikalienlager wurden besichtigt und in Bezug auf die Störfallvorsorge beurteilt.

Gentechnisch veränderte und pathogene Organismen
Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für biologische Risiken in Zürich hat sich wieder bestens bewährt. Mehrere Abklärungen rechtlicher und technischer Art konnten auch dieses Jahr speditiv erledigt werden. Der Schwerpunkt der Arbeiten stand in Zusammenhang mit neuen Rechtsgrundlagen als Folge der Übernahme der Richtlinie 2001/18/EG über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen ins EWR-Abkommen.

Gefahrgutsicherheitsbeauftragte
Ende 2010 verfügen 23 Betriebe, die unter die Bestimmungen der Verordnung über den Transport gefährlicher Güter auf der Strasse (VTGGS) fallen, über einen ausgebildeten Gefahrgutbeauftragten. Der Gefahrgutbeauftragte ist verpflichtet, innerhalb eines halben Jahres nach Ablauf des Geschäftsjahres einen Jahresbericht zu erstellen. Die Jahresberichte des Geschäftsjahres 2009 wurden bei allen Betrieben eingefordert, geprüft und bei Beanstandungen entsprechende Massnahmen gefordert. Die Daten der Jahresberichte wurden unter anderem auch für die Beurteilung der Störfallvorsorge im Verkehrsbereich verwendet.

Die Fachgruppe Gefahrguttransport befasste sich mit der Anpassung der VTGGS an die ADR-Bestimmungen und mit der neuen Prüfungsorganisation für die Ausbildung zum Gefahrgutbeauftragten. Für das neue Prüfungswesen konnte eine Lösung erarbeitet werden, die im Jahr 2011 umgesetzt wird.

Betriebe wurden bei Anfragen zur Gefahrgutklassierung, der Zulassung von Gebinden und betreffend der Schulung und Prüfung von Gefahrgutbeauftragten beraten.

Amt für Wald, Natur und Landschaft

Amtsleiter: Dr. Felix Näscher

Im Berichtsjahr wurden im Liechtensteiner Wald 24'436 m³ Holz genutzt. Bei einer bestockten Waldfläche von 6'625 Hektaren entspricht dies einem Durchschnittswert von 3.7 m³/ha. Dies ist eine bemerkenswerte Nutzungsgrösse, sind doch von dieser bestockten Waldfläche 1'178 Hektaren, eine im europäischen Vergleich nirgendwo sonst erreichte Zahl von 18% der Waldfläche, als Waldreservate ausgeschieden, in welchen jegliche forstliche Nutzung unterbleibt. Dank einer konsequenten Bewirtschaftung des Waldes nach den Grundsätzen der Waldfunktionenplanung gelingt es der Liechtensteiner Waldwirtschaft somit, die von der Gesellschaft geforderten Waldleistungen in einer Symbiose von Schutz und Nutzung nachhaltig bereitzustellen.

Für den Bereich Natur und Landschaft bildete das UNO Jahr der Biodiversität einen Arbeitsschwerpunkt. Die auf der Grundlage eines umfassenden Biodiversitätsberichts 2010 in Zusammenarbeit mit interessierten Vereinigungen erarbeitete und von der Regierung genehmigte Biodiversitätsstrategie 2020 setzt für die künftige Naturschutztätigkeit die Leitplanken. Eine Vielzahl von Aktionen, welche von unterschiedlichen Vereinigungen und Stellen aus Anlass dieses Jahres durchgeführt wurden, haben dazu beigetragen, Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes eine Stimme zu geben.

In Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen konnten Vorschläge zur Schaffung von Winterruhezonen und Schongebieten erarbeitet sowie Grundsätze einer entsprechenden Verordnung einem interessierten Publikum vorgestellt werden. Diese Schaffung von Winterruhezonen und Schongebieten bildet ein wichtiges Element zum Schutz der Wildtiere vor Störungen und stellt einen tragenden Pfeiler des Konzepts zur Notfuttervorlage im Winter für den Rothirsch dar.

Immer häufiger melden Interessengruppen unterschiedliche und sich nicht selten widersprechende Nutzungsansprüche am Berggebiet an. Umso wichtiger für eine integrale und nachhaltige Entwicklung dieses Berggebietes erweist sich die im Rahmen der Grundsätze der integralen Berggebietssanierung erfolgende und aufeinander abgestimmte Durchführung von Massnahmen in den Bereichen Schutz vor Naturgefahren und Sicherung von Gefahrengebieten, Alpwirtschaft, Waldwirtschaft, Natur und Landschaft, Freizeit, Erholung und Tourismus sowie Verkehr, Energie und Infrastruktur.

Wald

Inventare, Planung, Gesetzgebung
Im Turnus von zwölf Jahren wird in Liechtenstein eine Landeswaldinventur durchgeführt. Hierbei handelt es

sich um ein langfristig angelegtes Projekt für die Waldbeobachtung, das verlässliche Aussagen über die Entwicklung des Liechtensteiner Waldes zu liefern vermag. Wie bereits bei den erfolgreichen Inventuren in den Jahren 1986 und 1998 erfolgten auch im Jahr 2010 sowohl die Aussenaufnahmen als auch die Auswertung der Daten in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Vier Zweier-Teams, die sich aus Forstingenieuren und Förstern aus Liechtenstein und Graubünden zusammensetzten führten innerhalb von drei Monaten auf gesamthaft 500 Flächen Stichprobenaufnahmen durch. Auf jeder Stichprobenfläche waren rund 250 Merkmale zu erfassen, die vor Ort digital in einem Feldcomputer eingegeben wurden. Im kommenden Jahr erfolgt die Auswertung der Daten und anschliessend die waldpolitische Berichterstattung.

Im Jahr 2010 mussten lediglich zwei kleinflächige Waldrodungen bewilligt werden. Der Neubau des Restaurants Sareis, Gemeinde Triesenberg, machte die Rodung einer mit Legföhren bestockten Waldfläche im Ausmass von 145 m² notwendig. Für die Erneuerung der Tennisanlagen Bannholz, Gemeinde Vaduz, mussten 170 m² Wald gerodet werden. In beiden Fällen konnte für die jeweils gerodete Fläche flächen- und funktionsgleicher Realersatz geleistet werden, womit der Forderung des Waldgesetzes nach Erhaltung der Waldfläche Genüge getan wurde.

Waldbewirtschaftung

In den Liechtensteiner Waldungen wurden im Berichtsjahr insgesamt 24'436 m³ Holz genutzt. Dies entspricht den Vorgaben der Betriebpläne, welche eine nachhaltige Holznutzung zum Ziel haben. Auffallend ist, dass über 65% des angefallenen Holzes zur Energiegewinnung verwendet wurde. Diese 16'205 m³ Energieholz entsprechen einer noch nie dagewesenen Menge. Dies zeigt, dass der Einsatz des Forstdienstes für die Erstellung von verschiedenen, grösseren Hackschnitzelheizungen der Pflege des Waldes tatsächlich zu dienen vermag. Dank des gesicherten Holzabsatzes konnten nämlich vermehrt Holzschläge in Waldbeständen mit minderwertigen Holzsortimenten durchgeführt werden.

Tabelle Holznutzung 2010

	Nadelholz m³	Laubholz m³	Hack-schnitzel m³	Total m³	%
Nutzholz	7652	364		8016	33
Industrieholz	145			145	0.6
Energieholz	1255	3990	10960	16205	66.4

Rohstoffmangel, Waldbrände, Exportzölle und die Währungsschwäche von Euro und Dollar veränderten den internationalen Nadelrundholzhandel. Grösste Importzuwächse verzeichneten Südkorea, Deutschland, Belgien und China. Die Nachfrage von Sägereirundholz war Anfangs Jahr noch sehr positiv und der Rundholzmarkt gewann weiter an Dynamik. Trotz der Euroschwäche herrschte Optimismus und die grosse Rundholznachfrage hielt auch bei den Ostschweizer Sägereien an. Die Wirtschaftkrise setzte der Mayer-Melnhof Swiss Timber in Domat Ems stark zu. Obwohl der Kanton Graubünden im Herbst 2010 ein grosszügiges Rettungspaket verabschiedete, musste die Sägerei auf Ende Jahr ihren Konkurs bekanntgeben. Für den Ostschweizer Holzmarkt bedeutet das, dass neue Absatzkanäle gesucht werden müssen. Dies wird nicht einfach sein, da der starke Schweizer Franken die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den EU Teilnehmern beeinträchtigt.

Forstliche Aus- und Weiterbildung

In den Liechtensteiner Forstbetrieben stehen acht Forstwarte in der Ausbildung.

Landesforstbetrieb

Aus dem Forstpflanzgarten wurden im abgelaufenen Jahr insgesamt 49'982 Pflanzen verkauft; diese verteilen sich auf 30'980 Stk. Nadelhölzer, 19'002 Stk. Laubhölzer, 1'819 Stk. Gartenpflanzen, 400 Stk. Sämlinge und 5'575 Stk. Topfpflanzen. Die verkauften Pflanzen fanden Verwendung bei Gemeindeforstbetrieben, Landesprojekten und bei Privaten. 55% der Pflanzen wurden für Aufforstungen in Liechtenstein benötigt, die restlichen 45% wurden in die Schweiz geliefert. Für die Produktegruppe Forstpflanzgarten, also für alle Arbeiten von der Samenernte bis zum Verkauf der Pflanzen, wurden insgesamt 2'859 produktive Arbeitstunden geleistet.

In den Windschutz- und Feldgehölzen wurden im Zuge von Verjüngungs- und Pflegeeingriffen total 990 m³ Holz aufgerüstet. 70 m³ Nutzholz wurde an Schweizer Abnehmer zur Weiterverarbeitung verkauft. 210 m³ Brennholz sind zum grössten Teil im Land Liechtenstein weiterverkauft worden. 710 m³ wurden von Hackschnitzelproduzenten weiter verwertet. Das Hackerholzsortiment wurde vorwiegend in grosse Hackholzheizungen nach Österreich geliefert. In der Vegetationsruhe wurden 32'930 m² Windschutzränder maschinell zurück geschnitten. Für die Produktegruppe Windschutz- und Feldgehölze wurden gesamthaft 1'915 produktive Regiestunden aufgewendet.

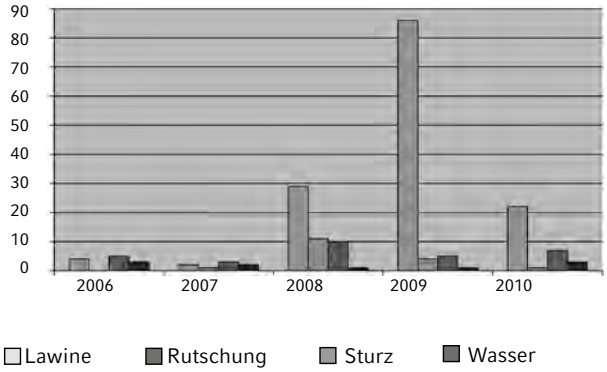
Für die Produktegruppe Naturschutzmassnahmen wurden 790 produktive Regiestunden, insbesondere für die Pflege, die Mahd und den Grabenunterhalt in Naturschutzgebieten aufgewendet.

Anlässlich des Jahres der Biodiversität hat das Amt für Wald, Natur und Landschaft zusammen mit der Regierung den Landesforstbetrieb einer breiten Bevölkerung vorgestellt. Auf einem geführten Rundgang wurden die vielfältigen Aufgabenbereiche des Betriebes anschaulich dargestellt.

Schutz vor Naturereignissen

Naturgefahrenereignisse

Im Berichtsjahr waren keine nennenswerten Schadenereignisse durch Naturgefahren zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Einzelereignisse liegt unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Total wurden 33 Ereignisse in die Ereigniskatasterdatenbank des Amtes für Wald, Natur und Landschaft aufgenommen. Die Verteilung auf die einzelnen Prozessarten zeigt sich im Laufe der letzten Jahre wie folgt:



Weiters konnten sämtliche Rutschereignisse und ein Grossteil der Wasserereignisse der Vergangenheit in die digitale GIS-basierte Ereignisdatenbank aufgenommen werden.

Technische Schutzmassnahmen

Zum Schutz der Landstrasse vom Frommenhaus, Richtung Vaduz, wurde die dritte Etappe der Steinschlagverbauung im Bereich «Summerhau» fertig gestellt.

Schutzwaldpflege

Wie in den vergangenen Jahren verursachten im abgelaufenen Jahr die Waldungen in den «Schutzwald-Gemeinden» Triesenberg, Triesen und Planken die grössten Aufwendungen für die Schutzwaldpflege. So wurden oberhalb von *Triesen* in den Gebieten Alta Tetsch/Münz, Unter Forst und Vanola Eingriffe zur Stabilisierung und Verjüngung der Waldbestände durchgeführt. In den bereits verjüngten Beständen in der Eggastalta waren umfangreiche Jungwaldpflegemassnahmen erforderlich, die durch das häufige Auftreten der Waldrebe – in Liechtenstein besser bekannt unter der Bezeichnung «Niela» – massiv erschwert wurden.

Auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde *Triesenberg* wurde eine weitere Etappe zur Sanierung des Schlosswaldes im Gebiet Eichholz/Gruaba realisiert. Hier zeigte sich einmal mehr, dass frühzeitig erfolgende Arbeiten im Schutzwald um ein Mehrfaches günstiger ausgeführt werden können als wenn man über Jahrzehnte Versäumtes nachholen muss. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt lag im Vorderen Bergwald, wo im Gebiet Geissloch Jungwaldpflegemassnahmen zur Verbesserung der Bestandesstabilität durchgeführt wurden. Im Erbiwald wurden Durchforstungen in mittelalten Beständen (Stangenholz) getätigt, die sich auf lange Sicht ebenfalls vorteilhaft auf die Stabilität auswirken werden; dies vor allem auch deshalb, weil in diesem Alter die letzten Korrekturen in der Baumartenmischung vorgenommen werden können. Im Gebiet Trischel wurden auf einer grossen Fläche Jungwuchs- und Dickungspflegarbeiten ausgeführt.

In *Planken* erfolgten umfangreiche Pflegearbeiten in den Jungwäldern der Gebiete Matona, Wasserzug und Bleika. Im Sägatobel wurden mit dem getätigten Holzschlag zwei Ziele verfolgt: Zum einen soll in den gemachten Bestandesöffnungen so viel Licht auf den Waldboden gelangen, dass die Ansamung der nächsten Baumgeneration ermöglicht wird; zum andern ermöglicht das gezielte Freistellen von starken Bäumen die langfristige Stabilisierung dieses wichtigen Schutzwaldes.

Ein aufgrund der damit verbundenen Beeinträchtigungen immer wieder zurückgestelltes Schutzwaldprojekt konnte in der Gemeinde *Gamprin* endlich gestartet werden. Weil nämlich die zu pflegenden Waldbestände direkt an der Hauptstrasse Bendern – Gamprin liegen, musste diese Strasse aus Sicherheitsgründen während mehrerer Wochen gesperrt werden. Die Holzereiarbeiten verliefen sehr speditiv, sorgfältig und einmal mehr unfallfrei. Gerade Letzteres ist bei der grossen Gefahr, der sich die Waldarbeiter aussetzen mussten, besonders erfreulich.

In *Balzers* wurden in den Gebieten Irafrieg, Grashalde und Eckerswald die vor einigen Jahren begonnenen Verjüngungsarbeiten fortgesetzt, indem Massnahmen der Jungwaldpflege und auf kleinen Flächen auch ein paar Pflanzungen getätigt wurden.

Neben den erwähnten Projekten wurden in den rheintalseitigen Hanglagen auch an diversen kleineren Objekten Pflegemassnahmen ausgeführt. Darunter fallen Eingriffe zur Mischungsregulierung in Jungwaldbeständen genauso wie das Entfernen von gefährlichen Einzelbäumen in Gerinnen und im Einzugsbereich von Rüfen.

Bereits zum siebten Mal in Folge wurden im Schutzwald oberhalb der Gemeinde Schaan in Zusammenarbeit mit der Schweizer Stiftung «Bergwaldprojekt» wichtige Sanierungsarbeiten durchgeführt. Im Rahmen dieses Freiwilligenprojektes haben Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern im Raum Alpila / Plattawald während zwei Wochen unentgeltlich Begehungswege gebaut sowie Aufforstungs-, Pflege- und Forstschutzarbeiten ausgeführt.

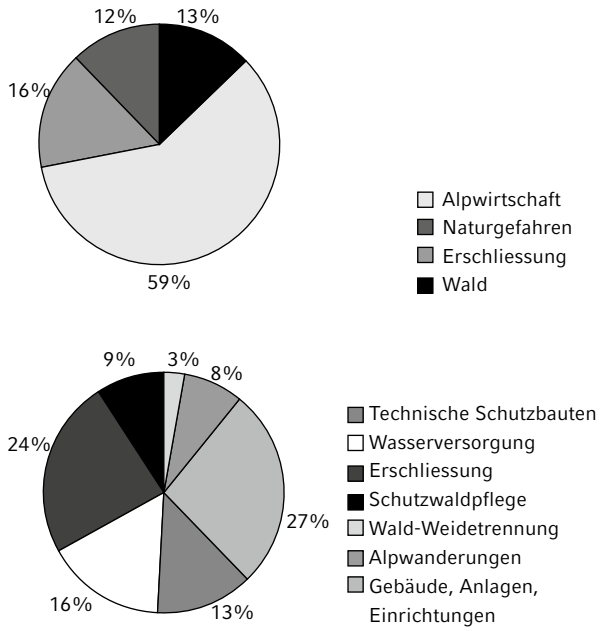
Mit berechtigtem Stolz konnten die Liechtensteiner Förster anlässlich der Verleihung des Internationalen Schutzwaldpreises in Bad Tölz für die gelungene Waldtage-Woche in Triesen den Hauptpreis in der Kategorie Öffentlichkeitsarbeit entgegennehmen.

Integrale Berggebietssanierung

Projektausführung

Neben den allgemeinen Kosten der Berggebietssanierung (BGS) von rund CHF 30'000 wurden für Projekte

der BGS rund CHF 1.7 Mio. ausgegeben. Davon beträgt der Landesanteil rund 1.1 Mio. und setzt sich wie folgt zusammen:



Alpwirtschaft

Die Fertigstellung der Sanierung der Sennerei Valüna war mit rund CHF 460'000 das grösste Projekt der Berggebietssanierung im Jahre 2010. Zur Verbesserung der Energieversorgung im Güschgle wurde eine Bachfassung zum Betrieb einer Turbine erstellt. Auf Gapfahl wurden Abwasserfaulräume eingebaut und auf der Pradamee eine automatische Melkmaschinenreinigungsanlage erstellt. Kleinere Arbeiten an Anlagen oder Reparaturen an Gebäuden erfolgten im Grosssteg, Güschgle, Kleinsteg, auf Bargella und Pradamee. Insgesamt wurden für Gebäude, Anlagen und Einrichtungen rund CHF 620'000 (Landesanteil 290'000) eingesetzt.

Im Bereich der Wasserversorgung wurde die Sanierung des Wasserreservoirs auf Pradamee für knapp CHF 180'000 fertig gestellt. Auf Bargella wurde die Wasserversorgung in das Gebiet Witi ergänzt. Weiters wurden im Hintervalorsch und Kleinsteg, auf Pradamee und Gafadura je ein Brunnenplatz erstellt. Kleinere Arbeiten erfolgten auf Gritsch, Sareis, im Bergle und in der Lawena. Insgesamt wurde für die Verbesserung der Wasserversorgung CHF 410'000 (Landesanteil 230'000) eingesetzt.

Für die Wald-Weidetrennung wurden rund CHF 110'000 (Landesanteil 100'000) aufgewendet.

Naturgefahren

Im Jahre 2010 entstanden im Berggebiet keine nennenswerten Schäden durch Naturereignisse. Es mussten jedoch noch einige Schäden aus den vorhergehenden Jahren behoben werden.

Aufgrund der sich in den letzten Jahren laufend verstärkenden Erosion im Täligraben und der damit verbundenen Schäden an Wasserversorgung und Siedlung wurde eine bestehende Bachsperre erneuert und innerhalb des Gerinnes Geschiebeablagerungsdepots sowie ein Abflusskorridor geschaffen.

Kleinere Unterhaltsarbeiten wurden an den Lawinenverbauungen Turna und Gritscher Heumahd ausgeführt. Für die Lawinenwarnung wurden einzelne Schneepegel ersetzt und die Schnee- und Windmessstationen im Malbun gewartet. Insgesamt wurden im Naturgefahrenbereich für technische Massnahmen rund CHF 60'000 eingesetzt (BGS-Anteil 30'000).

Zur Verbesserung der Schutzleistung des Waldes in Wäldern mit vorrangiger Schutzfunktion (Menschenleben und erhebliche Sachwerte) wurden für CHF 110'000 (Landesanteil 100%) diverse Pflegearbeiten und sonstige Massnahmen auf Gapfahl, Pradamee, Turna, im Grosssteg und Kleinsteg ausgeführt:

Alpe	Ort	Massnahmen	Stück	Nutzholz in m³	Energieholz in m³	Total m³
Gross-Steg	Rüfana	Verjüngungsschlag		26		26
Gross-Steg	Rüfana	Querfällen von Bäumen				100
Gross-Steg	Rüfana	Pflanzungen	1'126			
Bargella	Fercha	Verjüngungsschlag		30	20	50
Bargella	Fercha	Querfällen von Bäumen				100
Bargella	Fercha	Pflanzungen	216			
Pradamee	Schwemmi	Pflanzungen	1'224			
Pradamee	Hubel	Pflanzungen	756			
Total			**3'322**	**56m³**	**20m³**	**276m³**

In anderen Alpwaldungen wurden für CHF 180'000 (Landesanteil 150'000) Pflegearbeiten sowie folgende Massnahmen zur Strukturförderung und Holzgewinnung durchgeführt:

Alpe	Ort	Massnahmen	Stück	Nutzholz in m³	Energieholz in m³	Total m³
Bargella	Ronawald	Verjüngungsschlag		356	120	476
Sücka	Geissloch	Wald-Weidepflege		101	13	114
Sücka	Krüzliboda	Pflanzungen	500			0
Gross-Steg	Chauf	Verjüngungsschlag		244	53	297
Klein-Steg	Langer-Stein	Verjüngungsschlag		352	146	498
Klein-Steg	Langer-Stein	Zwangsnutzungen		37		37
Klein-Steg	Langer-Stein	Pflanzungen	550			0
Älple	Langer-Stein	Verjüngungsschlag		425	178	603
Älple	Langer-Stein	Zwangsnutzungen		19		19
Güschgle	Köpf	Verjüngungsschlag		62	22	84
Silum	Vorder-Silum	Wald-Weidepflege		8	4	12
Total			**1'050**	**1'604m³**	**536m³**	**2'140m³**

Erschliessungen
Im Berichtsjahr wurde die Alpstrasse vom Sassförkle nach Guschg für rund CHF 110'000 saniert. Auf Gafadura erfolgte eine Teilsanierung der Alpzinkenstrasse und es wurde auch mit der Sanierung der Gafadurastrasse im Alpbereich begonnen. Kleinere Arbeiten erfolgten auf Turna und Guschgfiel. Die Gesamtkosten im Erschliessungsbereich betragen rund CHF 230'000 (Landesanteil 190'000).

Wanderwege
Durch Schnee, Lawinen, Steinschlag, Starkniederschläge entstandene Schäden wurden mit Beginn Mai jeweils so rasch als möglich behoben, um ein gefahrloses Begehen aller Strecken während der ganzen Wandersaison zu ermöglichen. Im Laufe des Sommers wurden die Wegabschnitte Gaflei – Vorder Bargella, Bergle – Schönberg, Saasfürkle – Schönberg, Gafadura – Sarojasattel, Lawena – Mazorahalda – Lawenaobersäss neu markiert.

Durch ein heftiges Gewitter im Sommer wurde der Weg durchs Kamin stark in Mitleidenschaft gezogen; die Behebung des Schadens wurde mit einem Kleinbagger durchgeführt. Beim Bergweg über die Drei Schwestern war im Bereich Kuhgrat die Instandstellung und Neuanlegung des abgerutschten und teilweise nicht mehr vorhandenen Weges erforderlich. Auf einer Strecke von ca. 60–80 Meter musste der Weg neu angelegt werden.

Der Saasweg soll für Wanderer auch im Winter offen gehalten werden. Weil die für die Wegpräparation nötige Pistenmaschine der Bergbahnen Malbun AG durch eine neue und leistungsstärkere, aber gesamthaft etwas längere Maschine ersetzt werden musste, galt es den Weg an einigen Stellen, insbesondere im Kurvenbereich, mit Rundholz zu verbreitern. Die Finanzierung erfolgte über die Gemeinde Triesenberg, die Planung und Bauführung wurden durch das AWNL geleitet.

Insgesamt wurden für Unterhalt, Beschilderung und Beiträge im Berichtsjahr 2010 durch das Land rund CHF 110'0000 aufgewendet.

Natur und Landschaft

Inventare und Konzepte
Für die Realisierung eines übergeordneten, grenzüberschreitenden Wildtierkorridors in den Rietgebieten zwischen Schaan und Eschen (Teilprojekt des Entwicklungskonzepts Natur und Landwirtschaft, ENL) wurden notwendige Plan- und Sachgrundlagen erarbeitet.

Als Ergänzung zu der in den Vorjahren erfolgten Bestandesaufnahme der Trockenwiesen wurden in Anlehnung an das Projekt «Trockenwiesen und –weiden der Schweiz (TWW)» die Trockenweiden der Liechtensteiner Alpen kartiert. Es liegt nun eine flächendeckende Kartierung der Trockenwiesen und –weiden vor, welche für Erhaltungsmassnahmen relevante Kenntnisse betreffend Pflanzengesellschaften und Standortmerkmalen enthält. Seltenheiten, besondere Standorte und Grenzlinien zu besonders schützenswerten Bereichen sind festgehalten und geben Hinweise auf nötige Puffer- und Erweiterungszonen. Der Abschlussbericht wird nach einigen ergänzenden Kartierungen im Jahr 2011 erstellt.

Pflege und Schutz von Lebensräumen
Für die Unterschutzstellung der Mareewiesen in Vaduz wurde eine Schutzverordnung erarbeitet. Diese Magerwiesen sind der letzte Rest der früher weit verbreiteten «Heidewiesen» in diesem Gebiet. Das Naturschutzgebiet «Mareewiesen» kann 2011 eingerichtet werden, sobald die Gemeinde und die Bürgergenossenschaft Vaduz ihre Zustimmung erteilt haben.

Vorbereitet ist die Ausweisung eines Naturschutzgebietes «Matilaberg». Als besonders wertvoll gelten die für Liechtenstein einmaligen Hangmoorbereiche, wel-

che sich mit Trockenwiesenstandorten abwechseln. Den Rahmen für das geplante Schutzgebiet bilden das reichhaltige Oberflächenrelief mit der kleinräumig sehr unterschiedlichen Wasserverfügbarkeit und die landschaftliche Vielfalt des Gebietes Matilaberg–Matruala.

Zwecks Erhaltung der für die Sicherung der biologischen Vielfalt wichtigen Magerwiesen werden für inventarisierte Magerwiesenflächen innerhalb und ausserhalb der gesetzlich geschützten Naturschutzgebiete Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen. Innerhalb der Naturschutzgebiete bestehen für über 90%, ausserhalb der Schutzgebiete für über 80% der im Magerwieseninventar aufgeführten Parzellen Bewirtschaftungsvereinbarungen.

Im Jahre 2010 wurden 790 produktive Regiestunden für die Pflege von Naturschutzgebieten aufgewendet. Davon wurden von den Mitarbeitern des Landesforstbetriebs für die Streuemahd 240, für den Grabenunterhalt 540 und für Kontrollgänge und Begehungen 10 Stunden geleistet.

Eingriffe in Natur und Landschaft
Es wurden insgesamt 52 Verfahren gemäss Art. 12 und 13 des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft betreffend «Eingriffe in Natur und Landschaft» durchgeführt: 19 davon erforderten einen Regierungsentscheid: ein Eingriff wurde abgelehnt, einer wurde vor der Entscheidung zurückgezogen. Die restlichen Eingriffe wurden im vereinfachten Verfahren für kleine und unbedenkliche Eingriffe gemäss der «Wegleitung für die Beurteilung und Bewilligung von Eingriffen in Natur und Landschaft» beurteilt.

Naturschutzkommission
Die Kommission zum Schutz von Natur und Landschaft traf sich 2010 zu insgesamt zwei Sitzungen. Haupttraktanden bildeten die Verordnung über die Naturwacht, das Jahr der Biodiversität 2010, die Unterschutzstellung der Mareewiesen in Vaduz, die Sanierung des Sasswegs Malbun sowie das Verfahren betreffend Aufstellung von Märchentafeln beim Sassweg.

Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen
Die Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen hat im 2010 keine Sitzung abgehalten.

Forschung, Beratung und Naturerziehung
Zum Internationalen Jahr der Biodiversität wurde eine von einer Expertengruppe erarbeitete Biodiversitäts-Strategie 2020 von der Regierung beschlossen: Diese legt die Ziele und Strategien zur Erhaltung von Natur und Landschaft für die nächste Dekade fest und gibt Umsetzungsmassnahmen eine klare Richtung vor. Im Verlauf des Jahres wurden von unterschiedlichen Stellen und Organisationen vielfältige Aktionen und Exkursionen durchgeführt.

Die im Dezember herausgegebene Broschüre «Die Landschaft in den Gemeinden Liechtensteins (Entwicklung, Struktur und Charakter)» basiert auf der 2005 fertig gestellten Arbeit «Inventar der schützenswerten Objekte, Lebensräume und Landschaften innerhalb der Siedlung». Mit diesem Heft soll ein breiter Bevölkerungskreis auf die landschaftlichen Besonderheiten aufmerksam gemacht und zu einem rücksichtsvollen Umgang mit der gewachsenen Landschaft angehalten werden.

Die Inventarisierung der Säugetiere Liechtensteins wurde weitgehend abgeschlossen. Die Fangaktionen der Säugetieruntersuchung wurden 2010 abgeschlossen: In den letzten drei Jahren wurden 10'000 Fallen aufgestellt und in 100 Fallennächten 1'000 Mäuse in ganzen Land gefangen. Die Autoren haben den Grossteil der Monographietexte vorgelegt. Die Redaktion der Publikation erfolgt in Zusammenarbeit mit der Botanisch-Zoologischen Gesellschaft Liechtenstein, Sargans, Werdenberg (BZG). Das Säugetierinventar soll im April 2011 publiziert werden.

Arbeitsschwerpunkte der naturkundlichen Sammlung bildeten die gezielte Anschaffung und Präparation von Tiermaterial im Hinblick auf die Vervollständigung der Sammlung einheimischer Arten und für den Ausbau der Ausleihsammlung. Präparate aus den Forschungsarbeiten betreffend Ameisen sowie Spanner und Eulen wurden in die Naturkundliche Sammlung eingegliedert. Das Interesse an der naturkundlichen Sammlung, dem Naturhaus im Landesmuseum und den Ausleihpräparaten zeigte sich am hohen Interesse an Führungen und Ausleihungen für Unterrichts- oder Schauzwecke.

Internationales

Als konkreten liechtensteinischen Beitrag zur Umsetzung eines alpenweiten Klima-Aktionsplans verpflichtete sich Liechtenstein zur Ausschreibung eines alpenweiten Preises im Bereich des öko-effizienten Bauens im Jahr 2010. Das massgebliche Ziel dieses Preises liegt darin, gute Praxis-Beispiele zu sammeln, zu bewerten und zur breiteren Anwendung zu empfehlen sowie gleichzeitig Grundlagen für die Überprüfung bestehender und die Festlegung zukünftiger Bauvorschriften im Alpenraum zu sammeln. In Zusammenarbeit mit der CIPRA International und der Universität Liechtenstein wurden der Wettbewerb «Konstruktiv – Liechtensteinpreis für nachhaltiges Bauen und Sanieren in den Alpen» im Frühling ausgeschrieben und aus rund 200 Projekteingängen durch eine internationale Jury schliesslich die drei Preisträger sowie die drei Empfänger von Anerkennungsurkunden ermittelt.

Um konkrete Lösungsvorschläge zur Umsetzung massgeblicher Bestimmungen der Alpenkonventions-Protokolle Bergwald, Raumplanung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Berglandwirtschaft erarbeiten zu können, beschloss die Alpenkonferenz 2009, eine Plattform «Grosse Beutegreifer und wildlebende Huf-

tiere» einzurichten. Unter liechtensteinischem Vorsitz setzte sich die Plattform das hohe Ziel, sich bis zur nächsten Alpenkonferenz auf ein ausgewogenes Zielsystem als gemeinsamer Orientierungsrahmen für die künftige Arbeit zu einigen; gleichzeitig sollen Handlungsstrategien beschlossen werden, welche Projektideen für eine zukünftige gemeinsame Zusammenarbeit auf der Basis eines ganzheitlichen Denkansatzes zu liefern vermögen.

Unter dem Dach der Alpenkonvention pflegen die Alpenstaaten eine Partnerschaft mit Gebirgsregionen im Balkan, in den Karpaten, im Kaukasus und in Zentralasien. Neben den Alpenländern arbeitet das Amt für Wald, Natur und Landschaft dazu mit internationalen Organisationen, lokalen und regionalen Regierungsstellen sowie Nichtregierungsorganisationen zusammen. Um den Aufbau und die Stärkung von einschlägig tätigen Netzwerken vor Ort zu unterstützen, wurden Programme von NGO's unterstützt. Im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit unter der IHZE wurden, teilweise in Zusammenarbeit und mit Unterstützung liechtensteinischer Stiftungen, konkrete Umsetzungsprojekte in verschiedenen Ländern des Kaukasus und Zentralasiens verwirklicht.

Die Regierung hat sich im Januar 2010 mit den Grundsätzen des «Copenhagen-Accord» als Leitschiene für die Erarbeitung eines Nachfolgeprotokolls zu Kyoto einverstanden erklärt. In der Folge hat der Landtag zur Klimaanschubfinanzierung in den Jahren 2011 und 2012 unter dem IHZE-Budget einen zusätzlichen Betrag von CHF 700'000 gesprochen, mit welchen Massnahmen zur Bekämpfung und Anpassung an schädliche Klimaauswirkungen in Entwicklungsländern unterstützt werden sollen.

Wildtiere und Jagd

Jagdplanung und Jagdstrecke

Ziel der Regierung ist es, einen nachhaltig tragbaren Wildbestand zu erhalten, zu fördern und nach Möglichkeit dessen jagdliche Nutzung zu ermöglichen. Strategien zur Herstellung dieses nachhaltig tragbaren Schalenwildbestandes umfassen einerseits die Abschussplanung und –durchführung sowie eine allfällige Ersatzvornahme; andererseits beinhalten sie Massnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes, insbesondere die Äsungsverbesserung, die Vernetzung und ökologische Aufwertung, die Notfuttervorlage im Winter und Lenkungsmassnahmen zur Verminderung von schädlichen Einwirkungen auf das Wohlbefinden des Wildes aus Freizeit- und Erholungsaktivitäten.

Die Umsetzung des Notfütterungskonzeptes hat die Verteilung des Rothirsches vom Spätherbst bis in den Frühling über den ganzen zur Verfügung stehenden Winterlebensraum zu Folge. Um Aufschluss über die Entwicklungstendenz des Bestandes zu bekommen, wurde neben der traditionell im Februar durchgeführten Winterschätzung anfangs April in den rheintalseitigen Jagdrevieren zum fünften Mal eine Rothirsch-Nachtzählung durchgeführt:

Ergebnisse Nachttaxation

Revierzone	**2010**	2009	2008	2007	2006
Bergreviere				30	
Hangreviere Nord	**129**	130	71	93	71
Hangreviere Süd	**134**	157	117	153	143
Gesamt	**263**	287	188	276	214

Im Gebiet Rheintalsseite Nord (Reviere Alpila, Pirschwald, Planken) wurde mit 129 Stück nach wie vor eine hohe Konzentration von Rothirschen während des Frühjahres festgestellt. Im Gebiet Rheintalseite Süd konzentriert sich das Rotwild im Frühjahr vorwiegend in den Revieren Schlosswald (30 Stück) und Triesenberg (87 Stück). Mit der Rothirsch-Nachttaxation wurden somit in den rheintalseitigen Lagen 263 (Vorjahr 287) Rothirsche erfasst. Die Bestandesschätzungen im Februar ergaben einen Bestand von ca. 65 Rothirschen im Alpengebiet. Daraus resultiert ein Gesamt-Winterbestand von ca. 330 (Vorjahr 350) Rothirschen. Mit 192 Stück wurden im Februar in allen Jagdrevieren (rheintalseitige Jagdreviere und hinter dem Kulm liegende Bergreviere) durch die Jagdaufseher und den staatlichen Wildhüter dagegen nur 73% des anlässlich der Nachttaxation erfassten Rothirsch-Winterbestandes erhoben. Die Herbstschätzung der Gämse konnte auf Grund des frühen Wintereinbruches und der folgenden ungünstigen Wetterlagen nicht durchgeführt werden. Laufende Beobachtungen des Gamsbestandes durch den Wildhüter lassen auf eine leichte Zunahme des Gamsbestandes in den Gebieten oberhalb der Waldgrenze schliessen.

Mit Verordnung vom 20. April 2010, LGBl. 2010 Nr. 99, wurden der Abschussplan beim Rothirsch auf 224 Stück, bei den Gämsen auf 116 Stück und beim Reh auf 223 Stück festgelegt. In den Revieren Lawena und Valüna wurde je eine Steingeiss und ein Steinbock zum Abschuss frei gegeben. Die diesbezüglichen Abschüsse betrugen bei den Gämsen 115 Stück und beim Reh 230 Stück. Steinwild wurde keines erlegt.

Die Regierung hat mit entsprechendem Beschluss im November den Abschuss von 44 Stück Rotwild über den Abschussplan hinaus angeordnet und gleichzeitig zur erleichterten Ausübung der Jagd Ausnahmebewilligungen gemäss Art. 34a des Jagdgesetzes genehmigt. Massgebliches Ziel dieser Reduktionsjagden war es, die zwar seit Beginn der Pachtperiode anvisierte, jedoch bei Weitem nicht erreichte Reduktion des in Liechtenstein überwinternden Rothirschbestandes auf die angestrebten rund 100 bis 120 Stück möglichst effektiv und effizient anzugehen. So wurden bei einer revierübergreifenden Bewegungsjagd in den Revieren Bargella, Lawena, Triesen, Triesenberg und Valüna acht Stück Rotwild erlegt. In den Revieren Lawena, Pirschwald, Planken, Sass, Schaaner Riet, Schlosswald und Triesenberg kamen bis Mitte Januar schliesslich 37 Stück Rotwild über den massge-

benden Abschussplan hinaus zur Strecke. Mit einem Rothirsch-Gesamtabschuss von 251 Stück wurden somit beinahe unglaubliche 95% des bei der Nachttaxation erfassten Bestandes erlegt. Da nicht alle Reviere den ordentlichen Abschussplan erfüllt haben, wirkt sich dieser Mehrabschuss jedoch nur mit 27 Stück auf den gesamten Abschussplan aus.

Erhaltung des Wildlebensraumes und Massnahmen zum Schutz der Wildtiere

Im Mai 2010 wurden die Jagdeignungs- und Jagdaufseherprüfungen durchgeführt. 18 von 21 zur Jagdeignungsprüfung angetretene Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung erfolgreich bestanden. Bei den Jagdaufsehern haben alle acht Kandidaten die Prüfung bestanden.

Neben der Beobachtung der Entwicklung des Wildbestandes und der Abschussplanung befasste sich der Jagdbeirat insbesondere mit einem integralen Konzept zur Umsetzung von Lenkungsmassnahmen für die Freizeitnutzung und die Schaffung von Wildschongebieten.

Die Anpassung des Konzeptes der Notfuttervorlage im Winter in Bezug auf die Tristenstandorte und den Betrieb der Tristen hat sich grundsätzlich bewährt. Verschiedene Anfragen zu Vorträgen und Exkursionen aus den Alpenländern belegen den wegweisenden Charakter des Konzeptes.

Im Rahmen des Rotwildbesenderungs- und Markierungsprojekts im Dreiländereck Vorarlberg, Graubünden und Liechtenstein wurden im Winter 2010 in Liechtenstein fünf Tiere (1 männliches und vier weibliche Tiere) mit GPS-GSM Halsbändern versehen. Die Jagdpraxis erwartet sich daraus Grundlagen für die Regulation und Bewirtschaftung des Rotwildes in den beteiligten Ländern.

Im November wurden anlässlich eines öffentlichen Anlasses die in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen erarbeiteten Vorschläge zur Schaffung von Winterruhezonen und Schongebieten sowie die Grundsätze einer entsprechenden Verordnung vorgestellt. Die Schaffung von Winterruhezonen und Schongebieten ist ein wichtiges Element zum Schutz der Wildtiere vor Störungen und stellt einen wichtigen Teil des Konzeptes zur Notfuttervorlage im Winter dar.

Stabsstelle für Landesplanung

Leitung: Hubert Ospelt-Haas, dipl. Architekt ETH/ SIA, Raumplaner ETH-NDS

Raumplanung beinhaltet die Erarbeitung und Festlegung der langfristigen Raumentwicklung und die Koordination aller raumwirksamen Tätigkeiten. Diese Aufgabe ist für eine zukunftsweisende Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Liechtenstein von entscheidender Bedeutung. Nach wie vor wächst die Bevölkerung, die Arbeitsplatzzahlen nehmen weiterhin zu, die Ansprüche an Freizeit- und Erholungsräume steigen und in der Folge ist ein verstärkter Wandel bei den Orts- und Landschaftsbildern wie eigentlich gesamthaft bei der Kulturlandschaft festzustellen.

Liechtenstein ist in besonderem Masse mit seinen Nachbarstaaten in der Region vernetzt. In dieser Grenzregion, in der drei Länder aneinander stossen, ist eine gegenseitige Abstimmung notwendig, damit das vorhandene Potential genutzt werden kann.

Mitwirkung bei Ortsplanungen und Planungsvorhaben der Gemeinden

Die Stabsstelle für Landesplanung hat die Gemeinden in ihren Ortsplanungen beraten, zu ortsplanerischen Sachverhalten Stellungnahmen verfasst sowie zu bewilligungspflichtigen Gesuchen der Gemeinden, wie beispielsweise zur Genehmigung von Bauordnungs- und Zonenplanrevisionen oder zu Richt- und Überbauungsplänen, entsprechende Regierungsanträge vorbereitet. Eine umfangreicher Bearbeitung im Jahr 2010 ergab die Zonenplanrevision Mauren gemäss dem Ortsplanungskonzept Muron, deren Genehmigung durch die Regierung im Berichtsjahr aufgrund zahlreicher Einsprachen in Teilen erfolgen konnte.

Bezüglich der Beratungen und Begutachtungen von Richt-, Überbauungs- und Gestaltungsplänen durch die Gestaltungskommission Art. 93 BauG, deren Vorsitz der Leiter der Stabsstelle für Landesplanung innehat, ist auf den separaten Bericht zur Tätigkeit dieser Kommission verwiesen.

Landesplanung - Landesrichtplan

Die Regierung ist aufgrund der Verfassung und gesetzlicher Aufträge verpflichtet, Vorschläge über die räumliche Entwicklung auf Landesebene zu entwickeln, Strategien zu erarbeiten und entsprechende Handlungsanweisungen zu deren Umsetzung zu erlassen. Der Landesrichtplan ist ebenso wie in den umliegenden Ländern das wichtigste Instrument, um mittels Karten und Bericht die auf Landesebene gewünschte räumliche Entwicklung zu steuern. Mit dem neuen Baugesetz wurde 2009 die Rechtsgrundlage für den Landesrichtplan geschaffen.

Im Berichtsjahr 2010 wurde die Implementierung des Mobilitätskonzepts 2015 in den Landesrichtplan weitestgehend abgeschlossen. Richtplankarten sowie Berichtsteile wurden den Gemeinden, den angrenzenden Kantonen sowie dem Land Vorarlberg zur Stellungnahme zugestellt. Im Anschluss fanden interne Abstimmungen mit dem TBA, eine Auswertung der Stellungnahmen sowie zwei ausführliche Sitzungen in der Gruppe Umwelt und Raum statt. In dieser Gruppe wurden abschliessend die neuen Inhalte in Bericht und Karte abgewogen, so dass die Regierung nun über den neuen Landesrichtplan befinden kann.

Die Ergebnisse der Arealstatistik von 2008 wurden nach zahlreichen Anfragen als „Arealstatistik FL „ im Berichtsjahr 2010 auf die Homepage gestellt (http://www.llv.li/amtsstellen/llv-slp-raumbeobachtung.htm). Die aktualisierten Luftbildvergleiche werden zusammen mit der neuen Landesrichtplankarte 2011 sowie dem dazugehörenden Text auf die Homepage gestellt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumentwicklung

Die Stabsstelle für Landesplanung ist in entsprechenden Gremien vertreten und nimmt auch an internationalen Projekten teil.

So fand im Berichtsjahr wiederum ein regelmässiger Informationsaustausch mit den Raumplanungsfachstellen der angrenzenden Kantone St. Gallen und Graubünden sowie des Landes Vorarlberg statt, wobei regional relevante Themen gemeinsam erörtert wurden.

Erwähnenswert ist die Einbindung der Vorarlberger und Liechtensteiner Raumplanungsstellen in die weitere Entwicklung des Raumkonzepts Schweiz im Bereich der Ostschweiz und deren Grenzraum.

Hervorzuheben ist auch die Vorbereitung des Interreg IV A-Folgeprojektes DACH+ zur gemeinsamen Raumbeobachtung und Raumentwicklung im Grenzraum Deutschland-Österreich-Schweiz-Liechtenstein. Damit konnte die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Bodenseeregion auch im Berichtsjahr 2010 weiter fortgesetzt werden.

Die Beteiligung am Interreg IV B-Projekt CLISP, das 2009 gestartet wurde und sich mit Anpassungsstrategien an den Klimawandel in der Raumentwicklung befasst, hatte ihre intensivste Arbeitsphase im Berichtjahr 2010. Die SLP hat Liechtenstein bei der Modellregionstagung in Ljubliana im März 2010 vertreten. Im Berichtsjahr ist in Abstimmung mit dem Amt für Umweltschutz, dem Landwirtschaftsamt sowie Vertretern der Wasserverbände Oberland und Unterland die Modellregion Liechtenstein aus Sicht der Wasserknappheit vertiefend bearbeitet worden. Der Schlussbericht und die Evaluation der Arbeit in der Modellregion Liechtenstein zeigt deutlich, dass bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen, ausreichend viel Wasser trotz Klimawandel zur Verfügung steht. Im Gegensatz zu Graubünden ist Liechtenstein in der komfortablen Lage, über die Wassernutzung durch die beiden Wasserverbände genaue Daten zur Verfügung zu haben. Das erleichtert den Umgang mit allen Szenarien, und eine mögliche Reaktion seitens der Raumordnung (Lokalisieren von Konfliktpotential bei evt. Ausweitung der Wasserschutzgebieten sowie Schutzarealen und Schutzzonen im LRPL sowie den Zonenplänen der Gemeinden). Verbesserungsbedarf besteht bei der Vergabe von Bewilligungen für die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen. Die interdisziplinäre Bearbeitung dieser Inhalte hat insgesamt zu einem vertieften Verständnis der komplexen Materie und der Wechselwirkungen innerhalb der beteiligten Fachbereiche und Fachabteilungen geführt.

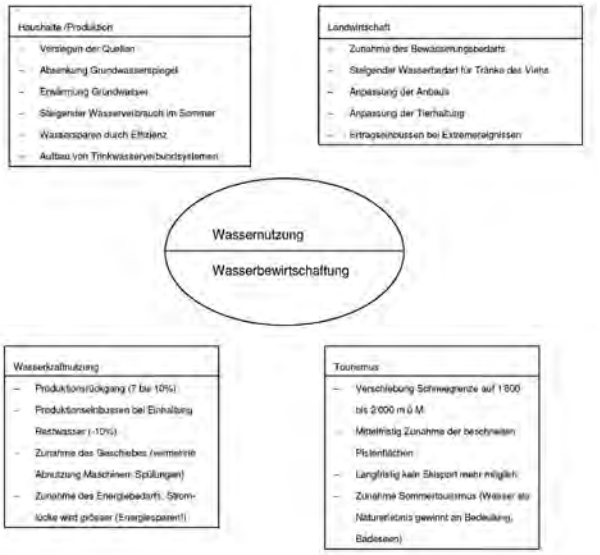


Abbildung 10: Übersicht über die wichtigsten Auswirkungen der Klimaänderung auf die 4 Nutzungsbereiche

Für das Agglomerationsprogramm Werdenberg – Liechtenstein wurden im Berichtsjahr 2010 Grundlagen in Abstimmung mit dem TBA / Abt. Vermessung erarbeitet, damit diese Daten mit der Schweizer Rheintalseite kompatibel sind. Sie dienen als Ausgangsbasis für die gemeinsamen Entwicklungsüberlegungen.

Die SLP hat sowohl in Behördenausschüssen sowie in Fachdelegationen des Agglomerationsprogramms Inhalte aus aktueller Implementierung des Mobilitätskonzepts und abgestimmter Siedlungsentwicklung des Landesrichtplans eingebracht.

KOMMISSIONEN

Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 93 Baugesetz)

Leitung: Hubert Ospelt-Haas, dipl. Architekt ETH/ SIA, Raumplaner ETH-NDS

Mit der Novellierung des Baugesetzes wurde im Jahre 1992 mit Art. 17ter eine Gestaltungskommission eingesetzt. Seit Okt. 2009 bildet Art. 93 BauG die Rechtsgrundlage für diese Kommission. Unter dem Vorsitz des Leiters der Stabsstelle für Landesplanung beurteilt diese Fachkommission, der neben liechtensteinischen auch zwei auswärtige Fachleute angehören, Richtpläne, Überbauungs- und

Gestaltungspläne, weitere Planungsvorhaben der Gemeinden sowie Bauvorhaben, die von der Regelbauweise abweichen. Die Gestaltungskommission steht dabei der Baubehörde, Gemeinden, Bauherrschaften und Baufachleuten beratend zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 24 Planungsvorhaben von sieben verschiedenen Gemeinden in der Kommission teilweise mehrmals beraten und begutachtet.

Auftrag

Siedlung und Ortsbild sind durch die Bautätigkeit einem steten Wandel unterworfen. Jegliche Bautätigkeit ist raumrelevant und führt zu Veränderungen. Mit der Einrichtung der Stabsstelle für Landesplanung vor 37 Jahren hat die Raumplanungspolitik der Gemeinden und des Staates zu einer gewissen Sensibilisierung gegenüber der Raumbeanspruchung, der Wohn- und Siedlungsqualität sowie der Erhaltung von Orts- und Landschaftsbild geführt. Die vor 19 Jahren eingesetzte Gestaltungskommission erachtet es nebst ihrer Beratungs- und Gutachtertätigkeit anlässlich von Bauvorhaben ausserhalb der Regelbauweise zudem als wichtig, auch bei der Weiterentwicklung der Ortsplanung einbezogen zu werden. In der Ortsplanung bilden insbesondere die Nutzungsordnung und ergänzende Planungsinstrumente wie Richt-, Überbauungs- und Gestaltungspläne eine unverzichtbare Grundlage, die periodisch oder fallweise überprüft werden sollte. Nur eine grossräumigere, zumindest parzellen- und strassenübergreifende Betrachtung der Bauentwicklung bietet Gewähr, langfristig die geforderte Raumqualität in den Wohn- und Arbeitsgebieten zu fördern und zu gewährleisten. Die Arbeit der Gestaltungskommission verlangt nach einer guten Zusammenarbeit mit der jeweiligen Standortgemeinde. Je präziser die ortsplanerischen Grundlagen erarbeitet und spezifiziert sind, umso erfolgreicher kann die im Rahmen der übergeordneten Planungsgrundsätze abgestimmte Realisierung eines Einzelprojektes erfolgen.

Planungen und Projekte 2010

In sieben Sitzungen befasste sich die Gestaltungskommission mit den eingereichten Planungen, Projekten und Anfragen. Gesamthaft wurden 24 Projekte, vorwiegend Überbauungspläne und Gestaltungspläne, in sieben verschiedenen Gemeinden behandelt. Neben den Sitzungen der Gestaltungskommission hat der Leiter der Stabstelle für Landesplanung als Kommissionsvorsitzender fallweise zusätzliche Besprechungen mit Gemeindebaubehörden, Planenden und Bauherrschaften geführt. Diese Gespräche dienten zur Vorbereitung der Kommissionssitzungen wie auch zur Umsetzung der Beratungsergebnisse der Gestaltungskommission. Trotz zunehmender Komplexität der einzelnen Projekte und Aufgabenstellungen konnte eine effiziente, wo erforderlich pragmatische Erledigung der Anfragen erreicht werden.

Folgende Projekte wurden beraten:

Vaduz:

Es wurden fünf Überbauungs- und Gestaltungspläne sowie Projektstudien behandelt.

Hervorzuheben ist eine komplexere Machbarkeitsstudie für den öffentlichen Raum und seine angrenzenden Nutzungen im Rathausareal des Städtli. Bestehende Nutzungen wurden auf ihre öffentlichkeitsgenerierende Leistung in Lage und Verteilung beurteilt. In volumetrischer und genereller Ausformulierung wurden Freiräume und Baukörper auf ihre Raumwirkung überprüft. Dies stellt eine Vorstudie für künftige Schritte in Richtung Wettbewerb bzw. vertiefende Betrachtung dar.

Im Bereich des Überbauungsplans Heiligkrüz zwischen– Heiligkreus, Kirchstrasse und Gerberweg (Areal Marxer, Zentrumsbank) konnte eine die Planung für einen exponierten Wohnbau direkt am Giessen dahingehend beraten werden, sodass der öffentliche Weg entlang des Giessen ohne Konflikte zwischen privaten Freiräumen am Haus und dem öffentlichen Bachraum gestalterisch gelöst werden konnte. In Abstimmung mit dem Amt für Umweltschutz und dem Amt für Bevölkerungsschutz -, Abt. Rüfe und Gewässer, konnte durch das breitere Bachprofil samt Weg eine verbesserte Hochwassersituation erzielt werden. Das übergeordnete Ziel der Gemeinde Vaduz, den Giessenraum mit bachbegleitenden Fuss- und Radwegen im Gesamtverlauf erlebbar zu machen, konnte somit untergestützt werden. Auch den gestalterischen Aspekten des geplanten Wohnbaus (Arch. Prof. Falkeis Wien) im Nahbereich der bestehenden Zentrumsbank (Arch. Prof. Hollein, Wien) wurde besonderes Augenmerk geschenkt. Es handelte sich also um ein Planungsvorhaben mit intedisziplinärem Ansatz. Triesen:

Es wurden drei Planungen, die meisten angrenzend an die Landstrasse, begutachtet.

Ruggell:

Es wurde ein Gestaltungsplan für ein Einkaufszentrum REK-Ruggell und dessen Anbindung ans Zentrum begutachtet.

Triesenberg:

Es wurde ein Gestaltungsplan für die Erweiterung eines Industriebetriebs an landschaftlich exponierter Lage sowie ein touristisch bedeutender Gestaltaltunghsplan für eine Hotelerweiterung und in Malbun in Bachnähe.

Schaan:

Es wurde ein Hotelprojekt an der Zollstrasse und dessen exponierte Situation am Ortseingang beurteilt.

Eschen:

Es wurden zwei Planungen an der Essanestrasse beurteilt.

Mauren:

Es wurde eine Planung im Zentrumsnähe (Britschen) beurteilt.

Fischereibeirat

Vorsitz: Dr. Helmut Kindle. Amtsleiter Amt für Umweltschutz

Der Fischereibeirat traf sich im Berichtsjahr zu fünf Sitzungen. Schwerpunktmässig wurden folgende Themen behandelt: Die Festlegung der Dotierwassermenge in der Samina, das Aufwertungsprojekt am Mühlbach in Ruggell und seine Interaktionen mit dem Wasserregime im Gampriner See, die Niederwasserproblematik im Binnenkanal zwischen Balzers und Vaduz sowie Sanierungsmöglichkeiten von Binnenkanalabschnitten nach Eintrag von Sand. Zudem wurden die Arbeiten zur Neuauflage des Fisch- und Krebsatlasses vorbereitet.

Der Fischerbeirat führte wiederum die Fischereiprüfung durch. Zur Prüfungsvorbereitung wurden drei Kursabende und eine Führung im Landesmuseum (Fischpräparate) durchgeführt. Die schriftliche Prüfung wurde von insgesamt 32 Teilnehmern abgelegt. 30 Teilnehmer haben die Prüfung bestanden.

Umweltschutzkommission

Vorsitz: Regierungsrätin Dr. Renate Müssner, Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft

Die im Umweltschutzgesetz verankerte Umweltschutzkommission berät die Regierung in allen Belangen des Umweltschutzes und insbesondere bei der Ausarbeitung von Verordnungen zum Gesetz. Die Kommission traf sich zu einer Sitzung und beriet die Situation bzgl. der nichtionisierenden Strahlung im Gebiet Malbun und Steg. Dies u.a. aufgrund des geplanten Parkhauses in Malbun, das den Standort der Mobilfunkantennen tangiert. Zudem befasste sie sich mit den Verordnungen, die gestützt auf das neue Organismengesetz zu erlassen sind.

STIFTUNG

Stiftung Agrarmarketing Liechtenstein

Stiftungsratspräsidentin:
Regierungsrätin Dr. Renate Müssner

Im Zentrum des Berichtsjahrs standen die Entwicklung der Regionalmarke «natürlig vo do» sowie die Präsentation der Liechtensteiner Landwirtschaft im Rahmen der Lihga in Schaan.

Im Frühjahr wurden gemeinsam mit Culinarium die «Culinarischen Frühlingswochen» in Zusammenarbeit mit drei Liechtensteiner Gastronomiebetrieben durchgeführt. Mit den Liechtensteiner Wochenmärkten wurde die Zusammenarbeit intensiviert und die gemeinsame Bewerbung der Markttage gelebt. Der Balzner Wochenmarkt durfte mit Stolz auf sein 10-jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Regionalmarke «natürlig vo do» setzt sich für ihr Leitmotiv «Genuss aus der Region erleben» ein. Dabei werden folgende Werte vertreten:

– Frische Produkte mit kurzen Transportwegen
– Erhöhung der regionalen Wertschöpfung
– Erhalt von regionalen Strukturen und Traditionen
– Sicherung des intakten Kultur- und Erholungsraums
– Förderung der Biodiversität durch regionale Sortenvielfalt

Nach Sicherstellung des markenrechtlichen Schutzes, erfolgte eine erste offizielle Präsentation des Markenlogos «natürlig vo do« an der Jahresversammlung der Wirtschaftskammer Liechtenstein, begleitet von Presseberichten in ausgewählten Liechtensteiner Medien. Parallel dazu wurde in Zusammenarbeit verschiedener Kräfte das zugehörige Markenreglement entwickelt, welches im Juli verabschiedet wurde. Die Akquise interessanter Partner der Regionalmarke konnte beginnen; Personen für die Markenkommission wurden gesucht. Es galt in einem ersten Schritt, eine breite Auswahl an Produkten für die noch junge Marke zu gewinnen, ehe im nächsten Schritt auf Handel und Gastronomie zugegangen wird. Heute decken mehrere Produzenten eine breite Palette an Gemüse, Obst- und Beeren, Milchprodukten und Käse, Fleisch- und Wurstwaren, sowie Eiern und hausgemachten Spezialitäten ab. Als grosse Herausforderung für die Zukunft gilt es, Modelle für eine gemeinsame Logistik und Lagerung zu entwickeln.

Die Lihga 2010, welche ganz im Zeichen von Milch|Land|Wirtschaft Liechtenstein stand, ermöglichte den Besuchern, einen Einblick in die Milchproduktion und die Milchprodukte der Milchhof Liechtenstein AG zu gewinnen. Die Stiftung Agrarmarketing Liechtenstein präsentierte im Landwirtschaftszelt die Regionalmarke «natürlig vo do» und veranschaulichte die Produktvielfalt an Liechtensteiner Landwirtschaftsprodukten für Augen und Gaumen. An der Lihga wurde auch die virtuelle Heimat der Regionalmarke www.vodo.li lanciert.

Die Regionalmarke steht inmitten der Ausbauphase und sucht nun Unternehmerinnen und Unternehmer mit Visionen und Herzblut, damit sie sich auf dem Markt etablieren kann.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:
Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer

Die liechtensteinische Volkswirtschaft erholte sich 2010 von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies zeigte sich insbesondere auch darin, dass die Anzahl jener heimischen Betriebe, welche wirtschaftlich bedingt die Kurzarbeit eingeführt hatten, stark gesunken ist.

Ein Schwerpunkt zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein lag in der Konzeptionierung von Massnahmen zur Stärkung der Forschung und technologischen Entwicklung. Auch wurde wiederum auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer gesetzt und Projekte wie die Berufsschau, die «LIHGA 2010 – Plattform Wirtschaft» sowie das Lehrbetriebscoaching unterstützt.

Im Berichtsjahr wurden im Sinne der Weiterentwicklung des Tourismus in Liechtenstein verschiedene Projekte vorangetrieben. So wurden die Grundlagen für eine neu zu schaffende Standortmarketingorganisation «Liechtenstein Marketing» gelegt. Des Weiteren wurden das Projekt «Qualitätsförderung in der Hotellerie» sowie die Machbarkeitsstudie Kongresszentrum weiterverfolgt. Ausserdem fand im Juni auf Einladung des Ressorts Wirtschaft erstmals ein Round Table Tourismus statt.

Im Bereich Kommunikation beschäftigte sich das Ressort Wirtschaft im Berichtsjahr vor allem mit der Weiterentwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur. In diesem Zusammenhang wurde die Erarbeitung einer FTTH-Strategie 2020 initiiert.

Verschiedene Gesetzesprojekte wurden in die Vernehmlassung geschickt, darunter die Schaffung eines Gesetzes für den Markt für Postdienste. Dem Landtag vorgelegt wurden unter anderem das Geldspielgesetz, die Revision des Gewerbe- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes, ein Gesetz über die Telecom Liechtenstein AG sowie eine Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk.

Wirtschaftsstandort

KMU-Woche
Im Berichtsjahr wurde zum zweiten Mal die Europäische KMU-Woche in Liechtenstein durchgeführt. Die einzelnen Veranstaltungen beschäftigten sich vertieft mit je einem unternehmerischen Zyklusabschnitt (Start up, Wachstum/Internationalisierung und Nachfolge).

Innovationszentrum Rheintal (IZR)
Am NTB in Buchs soll ein Forschungs- und Innovationszentrum (IZR) entstehen. Als mögliche Partner eines IZR stehen die Hochschule Liechtenstein, die ETH Zürich, die EMPA und das CSEM im Vordergrund. Durch die Mitwirkung dieser Institute soll die kritische Masse, die für das Gelingen eines solchen Forschungs- und Innovationszentrums erforderlich ist, erreicht werden. Liechtenstein beteiligte sich an den bisherigen Projektphasen (Phase 1 und 2). Die nunmehr laufende dritte Projektphase dient dazu, die Ausgestaltung der Forschungsfelder zu konkretisieren, die wissenschaftlichen Partner und deren finanzielle Beteiligung zu bestimmen und individuelle Kooperationspläne zu formulieren. Seit Ende 2010 ist das Ressort Wirtschaft im Steuerungsausschuss der Projektorganisation betreffend das geplante IZR vertreten.

Gesamtarbeitsverträge
Im Dezember des Berichtsjahres hat die Regierung den Gesamtsarbeitsvertrag für das Informatikgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt (Inkrafttreten: 1. Januar 2011) sowie die Geltungsdauer von 10 Gesamtarbeitsverträgen bis Ende 2011 verlängert.

Leistungsvereinbarung mit der Wirtschaftskammer
Zur Weiterführung der bewährten Zusammenarbeit wurde auch im Jahr 2010 eine Leistungsvereinbarung mit der Wirtschaftskammer Liechtenstein abgeschlossen. Die Wirtschaftskammer vertritt die Interessen der Gewerbetreibenden und setzt sich für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes ein. Im Rahmen der Leistungsvereinbarung verpflichtet sich die Wirtschaftskammer dazu, bestimmte Leistungen zu erbringen. Dazu zählen insbesondere Dienstleistungen, wie der Gründerservice für angehende Selbstständige, Aufgaben im Bereich Lehrlingswesen, die Begutachtung von Arbeitsvergaben gemäss ÖAWG oder die Pflege von Gesamtarbeitsverträgen.

Sozialversicherungsrechtliche Unterstellung
Seit dem 1. Januar 2008 gelten die sozialversicherungsrechtlichen Unterstellungsregeln, welche auf der EWG-Verordnung 1408/71 basieren, aufgrund einer entsprechenden Anpassung der Vaduzer Konvention auch zwischen der Schweiz und Liechtenstein. In der Praxis hat die Umsetzung der Unterstellungsregeln bei Personen mit doppelter Erwerbstätigkeit in Liechtenstein und der Schweiz erhebliche Schwierigkeiten hervorgerufen und viele Fragen aufgeworfen. Eine von der Regierung 2009 eingesetzte liechtensteinische Delegation brachte gegenüber den sachlich zuständigen schweizerischen Behörden verschiedene Ansätze zur Lösung der bestehenden praktischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EWG Verordnung 1408/71 in Vorschlag. Im Berichtsjahr musste schliesslich zur Kenntnis genommen werden, dass die schweizerischen Behörden die vorgeschlagenen Lösungsvorschläge ablehnen und nicht bereit sind, eine entsprechende bilaterale Vereinbarung mit Liechtenstein abzuschliessen. Am 26. Februar 2010 fand ein Sprechtag in Schaan statt, an welchem die liechtensteinischen Verbände und Arbeitgeber mit den zuständigen schweizerischen Behörden offene Fragen und bestehende praktische Probleme hinsichtlich der Anwendung der EWG Verordnung 1408/71 diskutieren konnten.

Tourismus

Im Berichtsjahr wurde unter der Führung des Ressorts Wirtschaft eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich mit der Weiterentwicklung des Leistungsauftrages von Liechtenstein Tourismus zu befassen hat. Weiters sollen die für den Tourismus sowie den Wirtschaftsstandort wichtigen Aufgaben der Stiftung Image Liechtenstein, welche per Ende 2010 ihre operative Tätigkeit eingestellt hat, von einer Nachfolgeorganisation, welche aus Liechtenstein Tourismus hervorgeht, übernommen werden. Der Vernehmlassungsbericht ist für das 1. Quartal 2011 vorgesehen, so dass die neue Organisationseinheit per 1. Januar 2012 ihre Arbeit beginnen kann.

Das durch eine Potentialanalyse im Tourismusbereich ausgelöste Projekt «Qualitätsförderung Hotellerie» sowie eine Machbarkeitsstudie für ein Kongresszentrum in Liechtenstein wurden im Berichtsjahr weiter verfolgt. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie für ein Kongresszentrum wurden verschiedene mögliche Positionierungen und strategische Ausrichtungen aufgezeigt. Es wurden dabei Chancen und Risiken bewertet und die Regierung ist zum Schluss gekommen, dass die erstellte Studie den Gemeinden, welche an einem allfälligen Kongresszentrum ein Hauptinteresse hätten, als Basis zur Verfügung gestellt werden soll. Die Regierung erhofft sich somit, eine Initialzündung für ein allfälliges Kongresszentrum gegeben zu haben. Im Bereich Qualitätsförderung in der Hotellerie wurde ein Konzept erarbeitet, welches im ersten Quartal 2011 als Vernehmlassungsbericht vorliegen soll.

Im Berichtsjahr wurde zudem auf Einladung des Ressorts Wirtschaft erstmals ein Round Table Tourismus veranstaltet, an dem die Interessensvertreter und Leistungserbringer im Tourismusbereich teilnahmen. Themen der Gespräche waren unter anderem die Chancen des Geldspielgesetzes, das Hotelförderungskonzept, die Machbarkeitsstudie Kongresszentrum sowie laufende Projekte und aktuelle Problembereiche der Leistungserbringer und Interessensvertreter.

Energie

Energieeffizienzgesetz

Das Energieeffizienzgesetz war im Berichtsjahr 2 Jahre in Kraft. Es konnte seine Wirkung entfalten und löste auch im Berichtsjahr einen merklichen Anstieg erneuerbarer Energien aus. Aufgrund der periodischen Überwachung der aktuellen Förderzahlen, welche von der Energiefachstelle ermittelt und ausgewertet werden, zeigte sich, dass im Bereich der Photovoltaik die Marktdynamik weit über den Erwartungen lag. Zum einen wurden mehr Anlagen beantragt und gebaut und zum anderen sind die Preise für Photovoltaikanlagen aufgrund des dynamischen Photovoltaikmarktes sehr stark gesunken. Dies veranlasste die Regierung, im Bereich des Energieeffizienzgesetzes eine Anpassung vorzunehmen. Dabei ging es im Wesentlichen darum, dass die bisher im Gesetz festgelegten Beiträge neu auf Verordnungsebene definiert werden sollten. Somit kann rasch auf Marktveränderungen reagiert werden.

Kommunikation

FTTH-Strategie

Im Zusammenhang mit der Frage der abschliessenden Netzkonsolidierung zwischen den Liechtensteinischen Kraftwerken und der Telecom Liechtenstein AG hat die Regierung im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Diese soll eine Fibre-to-the-Home Strategie (FTTH, Internet-Breitbandanschlüsse auf Basis von Glasfaser-Technologie) per 2020 erstellen und in diesem Zusammenhang die Frage der Netzkonsolidierung sowie der zukünftigen Verantwortungsbereiche betreffend die Zurverfügungstellung von Glasfaserinfrastruktur abschliessend klären. Im Berichtsjahr wurden mehrere Workshops unter der Leitung des Ressorts Wirtschaft abgehalten. Die Regierung erwartet sich einen Endbericht bis Mitte 2011.

Rechtsetzungsvorhaben

Gesetze

Konsumkreditgesetz

In ihrer Sitzung vom 22. Juni unterbreitete die Regierung den interessierten Kreisen einen Vernehmlassungsbericht über die Totalrevision des Gesetzes über den Konsumkredit sowie die Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und die Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes. Die Vorlage dient der Umsetzung der Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates. Die Richtlinie hat zum einen das Ziel, den Konsumentenschutz durch mehr Transparenz bei der Kreditwerbung und Kreditvergabe europaweit einheitlich zu verbessern. Andererseits sollen der grenzüberschreitende Wettbewerb angetrieben und dadurch die Zinssätze günstiger werden.

Gesetz für den Markt für Postdienste

In ihrer Sitzung vom 12. Oktober unterbreitete die Regierung den interessierten Kreisen einen Vernehmlassungsbericht betreffend die Schaffung eines Gesetzes für den Markt für Postdienste (Postmarktgesetz) sowie die Abänderung weiterer Gesetze. Die Regierung schlägt vor, die Umsetzung der Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft durch eine Totalrevision des bestehenden Postgesetzes in Form des Erlasses eines neuen Postmarktgesetzes vorzunehmen. Die Richtlinie 2008/6/EG sieht als letzten Schritt eines langen Reformprozesses die vollständige Liberalisierung des Marktes für Postdienste

– unter Inanspruchnahme einer zusätzlichen 2-jährigen Übergangsfrist für Liechtenstein – bis spätestens zum 31. Dezember 2012 vor. Bis zu diesem Datum müssen alle verbleibenden besonderen und ausschliesslichen Rechte der Liechtensteinischen Post AG im Bereich der Postdienste abgeschafft sein. Flankierend hierzu sieht das Postmarktgesetz aber weiterhin die Aufrechterhaltung eines Universalpostdienstes, erforderlichenfalls unter Verwendung eines Finanzierungsmechanismus zur Deckung eines entstehenden Nettodefizits, vor.

Geldspielgesetz
In ihrer Sitzung vom 26. Januar hat die Regierung zuhanden des Landtags einen Bericht und Antrag betreffend die Schaffung eines Geldspielgesetzes (GSG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze verabschiedet. In ihrer Sitzung vom 8. Juni 2010 hat die Regierung zuhanden des Landtags die diesbezügliche Stellungnahme verabschiedet. Der Landtag verabschiedete das Geldspielgesetz im Juni (Inkrafttreten: 1. Januar 2011). Mit dem Geldspielgesetz soll die Grundlage für eine kohärente Geldspielpolitik geschaffen werden. Das Gesetz integriert sämtliche Geldspielformen, somit einerseits die in Liechtenstein bereits angebotenen Lotterien (einschliesslich Tombolas), Wetten und Online-Glücksspiele, anderseits auch allfällige neue Angebote wie Spielbanken oder Geschicklichkeits-Geldspiele aller Art. Um Angebote mit hohem Standard und hoher Qualität zu gewährleisten, wird die Erteilung von Konzessionen und Bewilligungen zur Durchführung von Geldspielen an strengste Voraussetzungen geknüpft, wie sie auch etwa für schweizerische Spielbanken oder englische Lotterien und Online-Geldspiele gelten. Die Aufsicht und der Vollzug des Gesetzes obliegen der Regierung und dem Amt für Volkswirtschaft, betreffs Sorgfaltspflichten nach dem Sorgfaltspflichtgesetz der FMA.

Gewerbegesetz
In ihrer Sitzung vom 1. Juni hat die Regierung zuhanden des Landtags einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Gewerbegesetzes (GEWG) zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie Erleichterungen für Gewerbetreibende (Gewerbepaket 2010) verabschiedet. In ihrer Sitzung vom 24. August hat die Regierung zuhanden des Landtags die diesbezügliche Stellungnahme verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die Abänderung des Gewerbegesetzes im September. Mit der Abänderung des Gewerbegesetzes wurde zum einen die EG-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen umgesetzt, andererseits wurde die Funktion eines Betriebsleiters im Gewerbegesetz eingeführt und die Ruhendstellung der Gewerbebewilligung für längstens 2 Jahre ermöglicht.

Arbeitslosenversicherungsgesetz
In ihrer Sitzung vom 3. Februar unterbreitete die Regierung den interessierten Kreisen einen Vernehmlassungsbericht über die Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. In ihrer Sitzung vom 24. August hat die Regierung zuhanden des Landtags einen Bericht und Antrag betreffend die Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALVG) verabschiedet. In ihrer Sitzung vom 26. Oktober hat die Regierung zuhanden des Landtags die diesbezügliche Stellungnahme verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im November. Die Totalrevision des ALVG bezweckt in erster Linie, das finanzielle Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen und die Arbeitslosenversicherungskasse somit langfristig wieder auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen. Mit der Totalrevision sollen ausserdem die Übersichtlichkeit und damit die Lesbarkeit und Anwenderfreundlichkeit des ALVG für die Versicherten, die Arbeitgeber und die Behörden deutlich verbessert werden.

Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien
In ihrer Sitzung vom 30. März hat die Regierung zuhanden des Landtags einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die betreffende Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien in seiner April-Sitzung.

Gesetz über die Telecom Liechtenstein AG
In ihrer Sitzung vom 26. Oktober hat die Regierung zuhanden des Landtags eine Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Telecom Liechtenstein AG aufgeworfenen Fragen verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die Schaffung des Gesetzes über die Telecom Liechtenstein AG in seiner November Sitzung.

Kommunikationsgesetz
In ihrer Sitzung vom 23. Februar hat die Regierung zuhanden des Landtags eine Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Abänderung des Kommunikationsgesetzes (KomG) aufgeworfenen Fragen verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die Abänderung des Kommunikationsgesetzes im März. Mit der Revision wurden die EWR-rechtlichen und technischen Entwicklungen seit der Schaffung des Kommunikationsgesetzes aufgenommen.

Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk und Mediengesetz
In ihrer Sitzung vom 15. März hat die Regierung zuhanden des Landtags einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Liechtensteinschen Rundfunk (LRFG) und des Mediengesetzes verabschiedet. Die Revision bezweckt eine Anpassung des LRFG an das Mediengesetz, die Berücksichtigung der Anliegen des Verwaltungsrates sowie des Publikumsrates und die

Einführung eines neuen Finanzierungsmechanismus für die ungedeckten Kosten des Liechtensteinischen Rundfunks. In ihrer Sitzung vom 1. Juni hat die Regierung zuhanden des Landtags eine Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung betreffend die Abänderung des LRFG und des Mediengesetzes aufgeworfenen Fragen verabschiedet. Der Landtag verabschiedete die Abänderung des LRFG und des Mediengesetzes im Juni. In ihrer Sitzung vom 28. September genehmigte die Regierung den Vernehmlassungsbericht betreffend die Umsetzung der sog. Fernsehrichtlinie im Bereich des Medienrechts.

Verordnungen

Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben
In ihrer Sitzung vom 26. Januar genehmigte die Regierung die Abänderung der Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben. Durch den Beitritt Liechtensteins als Vertragspartei zum Markenrechtsvertrag von Singapur vom 27. März 2006 war eine Abänderung der Verordnung über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben betreffend die Verwendung von amtlichen Formularen notwendig.

Verordnung über den Transport gefährlicher Güter auf der Strasse
In ihrer Sitzung vom 23. März genehmigte die Regierung die Abänderung der Verordnung üben den Transport gefährlicher Güter auf der Strasse. Mit dieser Verordnungsabänderung werden die Richtlinie 95/50/EG des Rates vom 6. Oktober 1995 über einheitliche Verfahren für die Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Strasse und die Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland umgesetzt.

Energieeffizienzverordnung
In ihrer Sitzung vom 8. Juni genehmigte die Regierung die Abänderung der Energieeffizienzverordnung. Das Energieeffizienzgesetz vom 23. April 2010 sieht allerdings vor, den Investitionskostenbeitrag für Photovoltaikanlagen im Sinne der Flexibilität im Zusammenhang mit dem sehr dynamischen Markt für Photovoltaikprodukte neu per Verordnung festzusetzen.

Durchführungsverordnungen (Kommunikationsgesetz)
In ihrer Sitzung vom 31. August genehmigte die Regierung die Abänderung von Durchführungsverordnungen zum Kommunikationsgesetz. Aufgrund der Revision des Kommunikationsgesetzes vom 17. März 2010 war nötig, die Durchführungsverordnungen dementsprechend anzupassen. Der Anpassungsbedarf ergab sich zum einen aus dem Erfordernis der Umsetzung von EWR-Rechtsakten auf Verordnungsebene, anderseits aufgrund bestehender Regelungsdefizite, die sich im Rahmen der Tätigkeit der Regulierungsbehörde ergeben haben.

Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen im Europäischen Wirtschaftsraum
In ihrer Sitzung vom 30. November genehmigte die Regierung die Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen im Europäischen Wirtschaftsraum. Die Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände. Sie wird veröffentlicht, sobald der Beschluss 119/2010 betreffend die Übernahme der EWR-Verordnung in der EWR-Sammlung kundgemacht wird.

Verordnung über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung, Verordnung über die Anlage des Vermögens der Liechtensteinischen Arbeitslosenversicherungskasse sowie Verordnung über die obligatorische betriebliche Personalvorsorge von arbeitlosen Personen
In ihrer Sitzung vom 15. März genehmigte die Regierung die Abänderung der Verordnung vom 7. Januar 1970 zum Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Die Verlängerung der Höchstbezugdauer der Kurzarbeitsentschädigung (KAE) wurde bis zum 31. Mai 2011 befristet. In ihrer Sitzung vom 14. Dezember genehmigte die Regierung aufgrund der Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung die neue Verordnung über die Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (ALVV), die Verordnung über die Anlage des Vermögens der Liechtensteinischen Arbeitslosenversicherungskasse sowie die Abänderung der Verordnung über die obligatorische betriebliche Personalvorsorge von arbeitlosen Personen.

Verordnung über die Erhebung von Aufsichtsabgaben und Gebühren nach dem Geldspielgesetz
In ihrer Sitzung vom 21. Dezember genehmigte die Regierung die Verordnung über die Erhebung von Aufsichtsabgaben und Gebühren nach dem Geldspielgesetz. Die Verordnung regelt die Erhebung von Aufsichtsabgaben und Gebühren durch das Amt für Volkswirtschaft und die Regierung.

Verordnung über die Lotterien und Wetten
In ihrer Sitzung vom 21. Dezember genehmigte die Regierung die Verordnung über die Lotterien und Wetten. Sie regelt das Nähere über die Zulassung und die Durchführung von Lotterien und Wetten. Sie enthält Regelungen über die Erteilung von Bewilligungen für Lotterien und Wetten, die Organisation der Veranstalter, die Sicherheits- und Sozialschutzvorschriften, das Spielangebot und die Spielregeln, die Geldspielabgabe, die Aufsicht sowie die Erleichterungen für Kleinveranstalter.

Spielbankenverordnung
In ihrer Sitzung vom 21. Dezember genehmigte die Regierung die Spielbankenverordnung. Diese Verordnung regelt das Nähere über die Zulassung und den Betrieb

von Spielbanken. Sie enthält Regelungen über die Erteilung der Konzession, die Organisation der Spielbanken, die Sicherheits- und Sozialschutzvorschriften, das Spielangebot und die Spielregeln, die Aufsicht sowie die Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei, organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung.

Verordnung über die Geschicklichkeits-Geldspiele
In ihrer Sitzung vom 21. Dezember genehmigte die Regierung die Verordnung über Geschicklichkeits-Geldspiele. Die Verordnung regelt das Nähere über die Zulassung und die Durchführung von Geschicklichkeits-Geldspielen. Sie enthält Regelungen über die Meldepflicht für Geschicklichkeits-Geldspiele, über die Spielregeln, über die Durchführung sowie die Aufsicht.

Verordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe und den Ladenschluss
In ihrer Sitzung vom 14. Dezember genehmigte die Regierung die Abänderung der Verordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe und den Ladenschluss.

Internationale Beziehungen

Arbeitsreise Berlin
Am 3. und 4. Mai reiste Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Dr. Martin Meyer gemeinsam mit einer Delegation der LIHK zu diversen Arbeitsgesprächen nach Berlin. Dort traf er sich auch mit seinem deutschen Amtskollegen, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, zu einem Antrittsbesuch.

Informeller Rat Wettbewerbsfähigkeit (Forschung & Industrie)
Am 15. Juli fand das gemeinsame Treffen der Forschungs- bzw. Wirtschaftsminister der EWR-Staaten in Brüssel statt. Das Ziel dieser Arbeitssitzung war, Schlussfolgerungen und Empfehlungen bezüglich des künftigen Europäischen Plans für Forschung und Innovation zu formulieren und die diesbezüglichen Schlussfolgerungen des Rates zu untermauern.

Wirtschaftsreise China
Im Rahmen einer mehrtägigen Wirtschaftsreise nach China konnte der Ressortinhaber die Chance wahrnehmen, den Wirtschafts- und Tourismusstandort Liechtenstein zu präsentieren. Ziel der ersten Etappe der Wirtschaftsreise war Shanghai, wo neben dem Besuch der Abschlussveranstaltung der EXPO verschiedene Mediengespräche sowie Vorträge zur Präsentation des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Liechtenstein gehalten wurden. Die zweite Etappe der Wirtschaftsreise führte nach Peking, wo verschiedene Ministertreffen stattfanden.

ECOFIN
Am 17. November fand das gemeinsame Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der EU- und EFTA-Staaten in Brüssel statt. Die Minister tauschten sich über Fragen der Finanzmarktregulierung und der Budgetkonsolidierung aus. Liechtenstein wurde durch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer vertreten, der auch als Vorsitzender im Namen aller EFTA-Staaten beim ECOFIN-Treffen sprach. Aufgrund der aktuellen Budgetsituationen in europäischen Staaten wurden aktuelle Fragen und Ansätze der notwendigen Budgetkonsolidierung besprochen. Neben den Fragen in Bezug auf den Staatshaushalt wurden die weiteren Vorhaben im Bereich der Finanzmarktregulierung und -aufsicht diskutiert.

AMTSSTELLEN

Amt für Volkswirtschaft

Amtsleiter: lic.oec. HSG Christian Hausmann

Das Wirtschaftsjahr 2010 war geprägt vom konjunkturellen Aufschwung nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Gerade Liechtenstein mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft und einem starken Finanzplatz war von dieser Krise besonders betroffen. Allein die Exporte des warenproduzierenden Gewerbes brachen im 2009 um mehr als 27% ein – ein Negativrekord, der einen entsprechenden Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) von ca. 5% nach sich ziehen wird.

Bereits im Februar 2010 konnten die ersten grossen Betriebe in Liechtenstein aufgrund der stark gestiegenen ausländischen Nachfrage die über Monate gehaltene Kurzarbeit absetzen und teils sogar wieder Personal anstellen. Im Sog der sich weltweit belebenden Konjunktur im Allgemeinen, aber im Speziellen in Europa und da wiederum in Deutschland, hellte sich die Stimmung bei den Unternehmen zusehends auf. Dies zeigte sich dann im Laufe des Jahres nachhaltig bei der Entwicklung der Kurzarbeits- sowie der Arbeitslosenzahlen. Lag die Kurzarbeit im 2009 beim Höchststand bei über 80 Betrieben und rund 3300 betroffenen Angestellten, kam sie bis Ende 2010 de facto zum Erliegen. Die Arbeitslosigkeit sank bis Jahresende unter das Vorkrisenniveau auf 2,2%. Der Aufschwung 2010 wurde durch den starken Franken gebremst.

Seit Januar 2010 befindet sich das Amt für Volkswirtschaft in Schaan im «Haus der Wirtschaft». Dies ist seit Jahrzehnten wieder das erste Mal, dass sich alle Abteilungen des Amtes unter einem Dach befinden: sehr zentral direkt am neuen Busbahnhof und mitten im neuen Grosskreisel. Ein optimaler Standort mit einer optimalen Verkehrsanbindung. Dies macht es nicht nur für die Mitarbeiter einfacher, sondern in erster Linie für die Kunden des Amtes.

Stabsstelle Rechts- und Wirtschaftsfragen

Amtsintern nahm die Stabsstelle die Aufgaben eines Rechtsdienstes wahr. Hierbei war sie Anlaufstelle betref-

fend juristische Fragestellungen nationaler und internationaler Natur für die 4 Abteilungen und 4 Fachbereiche des Amtes für Volkswirtschaft. Des Weiteren erarbeitete die Stabsstelle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, welche sich thematisch den Abteilungen bzw. Fachbereichen zuordnen lassen.

Ausserdem fungierte sie als Informations- und Koordinationsstelle für Fragen der Wirtschaftstreibenden und Arbeitnehmenden bzw. Stellen suchenden Personen. Direkten Kontakt zu den Wirtschaftsverbänden hielt die Stabsstelle vor allem betreffend die von den Wirtschaftsverbänden ausgearbeiteten Gesamtarbeitsverträge, deren Allgemeinverbindlicherklärung zuhanden der Regierung vorbereitet wurde. In diesem Zusammenhang waren auch umfangreiche juristische Abklärungen notwendig.

Koordinationsstelle
Die Stabsstelle nahm die interne Koordination für abteilungsübergreifende Fragestellungen wahr, welche sich aus nationalem Recht bzw. zu übernehmenden EU/EWR-Erlassen ergaben. Hierbei wurden die Abteilungen und Fachbereiche aus rechtlicher Sicht begleitet, wobei die Stabsstelle auch für die Information des Amtsleiters betreffend anfallende Neuerungen zuständig war.

Verfügungen und Beschwerden
Die Stabsstelle prüfte und erstellte für die einzelnen Abteilungen juristisch komplexe Verfügungen. So wurden zuhanden der Arbeitslosenversicherung 4, zuhanden der Abteilung Gewerbe 5, zuhanden der Energiefachstelle 3 und zuhanden des Fachbereiches Arbeitssicherheit 3 Verfügungen verfasst.

Zuhanden der Regierung verfasste die Stabsstelle Stellungnahmen zu 3 Beschwerden betreffend die Arbeitslosenversicherung, sowie zuhanden der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten Stellungnahmen zu 3 Beschwerden gegen Verfügungen der Energiefachstelle.

Massenentlassungen
Die Stabsstelle war zuständig für rechtliche Fragen betreffend die Anzeigepflicht von Massenentlassungen an das Amt für Volkswirtschaft. Es wurden fünf Anzeigen einer Massenentlassung geprüft.

Totalrevision Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) und Arbeitslosenversicherungs-Verordnung (ALVV)
Im Berichtszeitraum wurden mit höchster Priorität die Arbeiten zur Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes federführend vorangetrieben und abgeschlossen. Nach der Verabschiedung des neuen ALVG durch den Landtag im November 2010 wurde die ebenfalls total revidierte ALVV erarbeitet, welche im Dezember von der Regierung verabschiedet wurde. Ausserdem waren weitere Verordnungen abzuändern und eine Leistungsvereinbarung mit den AHV/IV/FAK-Anstalten über den Einzug der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung zu erstellen.

Daneben führte die Stabsstelle verschiedene Workshops zur Unterstützung der Abteilung Arbeitslosenversicherung durch und nahm an der Informationsveranstaltung des Ressorts für Arbeitgeber teil. Die Arbeiten am elektronischen Bearbeitungssystem der Arbeitslosenversicherung wurden ebenfalls juristisch begleitet.

Verordnungen zum Geldspielgesetz
Dem aufgrund des neuen Geldspielgesetzes (Inkrafttreten: 1. Januar 2011) neu geschaffenen Fachbereich «Geldspielfragen» im Amt für Volkswirtschaft leistete die Stabsstelle juristische Hilfestellung und Beratung. Die Stabsstelle erarbeitete zusammen mit dem Fachbereich und dem Ressort die 5 zum Geldspielgesetz gehörenden Verordnungen.

Abänderung Gewerbegesetz
Im Berichtsjahr erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gewerberecht und dem Ressort Wirtschaft die Revision des Gewerbegesetzes (Inkrafttreten: 1. Januar 2011).

Abänderung der Verordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe und den Ladenschluss
Im Dezember 2010 erfolgte die Abänderung der Verordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe und den Ladenschluss.

Vernehmlassungen
Die Abänderungen der Verordnungen II und IV zum Arbeitsgesetz wurden im Juli 2010 in die Vernehmlassung gebracht und die Vernehmlassung der Gewerbeverordnung vorbereitet.

Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen
Die Stabsstelle hat im Berichtsjahr zuhanden der Regierung die Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages für das Informatikgewerbe vorbereitet sowie die Verlängerung der Allgemeinverbindlicherklärung von zehn Gesamtarbeitsverträgen. Die Allgemeinverbindlicherklärung von 11 Lohn- und Protokollvereinbarungen für das Jahr 2011 wurde vorbereitet und teilweise bereits in die Vernehmlassung gebracht.

Umsetzung EWR-Recht
Die Stabsstelle war zuständig für die Umsetzung von EWR/EFTA-Recht. Konkret handelte es sich um Arbeiten in den folgenden Bereichen: Liberalisierung des Elektrizitäts- und Gasmarktes, Anerkennung von Berufsqualifikationen, europaweite Koordinierung der Arbeitslosenversicherung, Europäische Betriebsräte. Ausserdem vertrat die Stabsstelle die liechtensteinischen Interessen in Arbeits- und Expertengruppen der EU bzw. der EFTA.

Leitung/Mitarbeit in Arbeitsgruppen
Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr die Mitarbeit in bzw. die Leitung von amtsinternen und -übergreifenden

Arbeitsgruppen. Darunter fielen die Arbeitsgruppen zur Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, zu den Auswirkungen von EU/EWR-Recht auf die Arbeitslosenversicherung und die öffentliche Arbeitsvermittlung, zum Tourismus, zur EFTA-Konvention, zu das Gewerberecht tangierenden Themen (Berufsqualifikationen), zur Einhaltung arbeitsgesetzlicher Bestimmungen und zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes.

Auskunftsstelle für externe Anfragen
In Zusammenarbeit mit der Amtsleitung fungierte die Stabsstelle als Anlaufstelle der liechtensteinischen Wirtschaftsteilnehmer und -verbände für rechtliche und ökonomische Fragestellungen, insbesondere für Fragen im Zusammenhang mit Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, Kurzarbeit, Personalverleih und Entsendung.

Sie erteilte Rechtsauskünfte zu öffentlich-rechtlichen Fragen im Arbeits- und Arbeitslosenversicherungsrecht.

Weiteres
Die Stabsstelle nahm Stellung zu acht Gesetzesvorlagen anderer Amtsstellen.

Weiterbildung
Die juristischen Mitarbeitenden nahmen an Weiterbildungen zum öffentlichen und europäischen Arbeitsrecht und zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes teil, sowie an einem Gesetzgebungs-Seminar und einer Weiterbildung zum Prozess- und Prozessportfolio-Management.

Nationale Kontaktstelle für Forschung und technologische Entwicklung (NKS)

Anfang 2010 konnte der Fachbereich mit einer 100% Stelle besetzt werden. Der Fokus in diesem Jahr lag beim Aufbau der NKS. Neben der Einarbeitung in die umfangreiche und komplexe Materie ging es vor allem um organisatorische Belange und den Aufbau eines Netzwerkes sowie die Beteiligung an Grundlagenarbeiten zur Verbesserung des Innovationsklimas.

Forschung und Entwicklung
Die EFTA-Staaten sind assoziierte Mitglieder des 7. Forschungsrahmenprogramms (FP7) der Europäischen Gemeinschaft mit einer Laufzeit von 2007-2013. Liechtenstein nimmt in verschiedenen Programmkomitees des FP7 durch Experten aus der Verwaltung und der Hochschulen Einsitz. Über eine Leistungsvereinbarung haben Interessenten aus Liechtenstein den Zugang zu den Beratungsdienstleistungen von EURESEARCH, der schweizerischen Verbindungsstelle zum FP7. Bei EURESEARCH sind ca. 80 liechtensteinische Kunden registriert.

Im laufenden FP7- Programm wurden 46 mit Liechtensteiner Beteiligung in Brüssel eingereichte Projekte zur Evaluation zugelassen. In der Beurteilung schafften es 29 (63%) über den notwendigen Schwellenwert. 8 Projekte (17%) haben die Evaluation geschafft und wurden zur Finanzierung zugelassen. 4 (9%) weitere Projekte stehen auf der Reserveliste. Die Anzahl der eingereichten Projekte ist zwar gefallen, jedoch hat sich – vor allem im Jahr 2010 – die Erfolgsquote (ROI) massiv erhöht (2007: 0%; 2008: 3%; 2009: 4%; 2010: 19%) und steht heute bei akkumulierten 27%.

Gewerberecht

Gewerbegesetz (GewG; LGBl. 2006 Nr. 184)
Im Berichtsjahr konnte eine Revision des Gewerbegesetzes, die die Umsetzung der europäischen Berufsqualifikationsrichtlinie und weitere Erleichterungen für tätige Gewerbebetriebe zum Inhalt hatte, erfolgreich abgeschlossen werden (Inkrafttreten: 1. Januar 2011).

Gewerbebetriebe - Neugründungen
Die im Jahr 2010 (2009) erteilten 350 (338) Bewilligungen für Neugründungen teilen sich in 153 (152) Einzelfirmen und 197 (186) juristische Personen auf. Von den verantwortlichen Personen bzw. Bewilligungsinhabern (natürliche Person) oder den Geschäftsführern (juristische Person) haben im Inland 262 (241) und im Ausland 101 (110) Personen Wohnsitz (Anmerkung: Eine juristische Person kann über mehrere Geschäftsführer verfügen).

An Mutationen wurden im Berichtsjahr (Vorjahr) bei insgesamt 61 (55) Firmen Zweckergänzungen und bei 101 (92) Firmen Bestellung neuer Geschäftsführer vorgenommen und im Gewerberegister eingetragen.

Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr
Vom Amt für Volkswirtschaft wurden im Berichtsjahr 464 (Vorjahr 445) Meldungen zur Erbringung von grenzüberschreitenden Tätigkeiten mit Verfügung an ausländische Gewerbebetriebe bestätigt. Die Verteilung der Meldebestätigungen auf die Herkunftsstaaten zeigt sich wie folgt:

Herkunftsstaat des Gewerbebetriebes	Meldebestätigungen 2010	Meldebestätigungen 2009	Veränderung
Deutschland	100	95	+5
Frankreich	2	0	+2
Italien	7	0	+7
Niederlande	0	1	-1
Österreich	144	148	-4
Portugal	1	0	+1
Rumänien	1	0	+1
Schweden	0	2	-2
Schweiz	205	196	+9
Slowenien	1	0	+1
Tschechische Republik	1	1	0
USA	2	2	0
TOTAL	464	445	+19

Löschungen
Das Amt für Volkswirtschaft hat im Berichtsjahr 246 (Vorjahr 195) Löschungen von Gewerbebewilligungen und Gewerbescheinen vollzogen.

Entzug von Gewerbebewilligungen
Im Berichtsjahr wurden 4 (1) Bewilligung(en) entzogen, wovon 3 in Rechtskraft erwachsen sind.

Bereinigung des Gewerberegisters
Am 1. Januar 2007 erhielt das Gewerberegister Öffentlichkeitscharakter. Das Amt für Volkswirtschaft hat im Berichtsjahr die eingeleiteten Massnahmen zur Bereinigung des Gewerberegisters weiter geführt.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Arbeitsvermittlungsgesetz (AVG; LGBl. 2000 Nr. 103)
Im Berichtsjahr 2010 (2009) wurden 4 (5) Bewilligungen erteilt. Dabei haben die verantwortlichen Personen bei 1 (2) Bewilligung(en) ihren Wohnsitz im Inland und bei 3 (3) Bewilligungen im Ausland (EWR-Staatsbürger). Für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung und den grenzüberschreitenden Personalverleih sind im Berichtsjahr 1 (2) Bewilligung(en) an EWR Bürger ausgestellt worden.

Zur Regelung der grenzüberschreitenden Tätigkeiten haben Liechtenstein und die Schweiz im Jahre 2000, gestützt auf das AVG, eine zwischenstaatliche Vereinbarung abgeschlossen. Diese Vereinbarung wurde am 23. Februar 2010 durch eine neue Fassung ersetzt. Schweizer Betriebe, welche grenzüberschreitend in Liechtenstein tätig werden möchten, benötigen eine liechtensteinische Bewilligung, welche vom Amt für Volkswirtschaft erteilt wird. Umgekehrt benötigen Liechtensteiner Betriebe für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung in die Schweiz eine entsprechende schweizerische Bewilligung. Im Berichtsjahr (Vorjahr) hat Liechtenstein 25 (25) und die Schweiz 1(1) diesbezügliche Bewilligung(en) erteilt.

Eignungsprüfung
Für den Nachweis der beruflichen Qualifikation im Sinne des AVG bietet das Amt für Volkswirtschaft die Möglichkeit einer Ergänzungsprüfung an. Auf den 1. Dezember 2010 wurde eine Prüfung ausgeschrieben. Dazu haben sich zwei Teilnehmer angemeldet. Beide haben die Prüfung bestanden.

Postaufsicht
Im Postbereich wurde die regelmässige Überprüfung der Liechtensteinischen Post AG hinsichtlich der Laufzeiten der Briefe der A-Post und den Paketen gemäss Postgesetz und Verordnung durchgeführt. Die Vorgaben der Postverordnung vom 14. Dezember 1999 wurden nur teilweise eingehalten. Bei den Briefsendungen (A-Post) wurde das Ziel, dass 95 % der Briefe am ersten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag ausgeliefert werden, verfehlt. Hingegen sind die vorgeschriebenen Fristen der Priority Pakete eingehalten worden.

Arbeitssicherheit

Umsetzung EWR-Recht / Internationales
Im Jahre 2010 wurden diverse Rechtsakte der EU betreffend Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz hinsichtlich der Übernahme ins EWR-Recht oder der Notwendigkeit zur Abänderung bereits übernommener Rechtsakte überprüft. Der Fachbereich Arbeitssicherheit ist Mitglied der europäischen Agentur für Arbeitssicherheit in Bilbao, dem auch der schweizerische Focal Point angehört. Die «European week» als Massnahme der Agentur ist eine gesamteuropäische Veranstaltungsreihe mit einer Laufzeit von 2 Jahren. Das Berichtsjahr stand unter dem Motto «Sichere Unterhaltsarbeiten». Zu diesem Thema wurden in der Schweiz verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, an denen auch Liechtensteiner Unternehmen die Möglichkeit zur Teilnahme hatten.

Baustellenkoordinationsgesetz
2010 (2009) wurden 8 (9) neue Bewilligungen für Planungs- und Baustellenkoordinatoren erteilt.

Arbeitssicherheit in landwirtschaftlichen Betrieben
Im Berichtsjahr (Vorjahr) wurden von der Stiftung agriss 3 (4) Kontrollen in Landwirtschaftsbetrieben durchgeführt. Im November wurde vom Fachbereich Arbeitssicherheit ein Kurs Arbeitssicherheit in landwirtschaftlichen Betrieben zusammen mit der agriss organisiert, an welchem Vertreter von 20 landwirtschaftlichen Betrieben teilnahmen.

Rohrleitungsgesetz
2010 (2009) wurden 9 (10) Bewilligungen für Arbeiten in der Nähe der Hochdruckleitungen erteilt. Weitere Amtshandlungen (Besprechungen, Abklärungen mit dem Eidgenössischem Rohrleitungsinspektorat (ERI), Teilnahme an der Havarie-Übung) wurden im Rahmen der Vollziehung des Rohrleitungsgesetzes ausgeführt.

Luftfahrthindernisse / Seilbahnen
Im Berichtsjahr (Vorjahr) wurden 4 (4) Luftfahrthindernisse dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) gemeldet, 2 neue Anlagen angemeldet und 2 Anlagen, welche demontiert wurden, abgemeldet. Die Möglichkeit des BAZL zur Schulung der Personen, welche sich mit dem Meldeverfahren für Luftfahrthindernisse befassen, wurde von einem Mitarbeiter des Fachbereichs wahrgenommen.

Im Bereich der Kleinskilifte und Skiförderbänder waren während dem Berichtsjahr keine Aktivitäten zu verzeichnen.

Jahresversammlungen / Kongresse / Fachtagungen / Vorträge
Auch in diesem Berichtsjahr nahmen die Mitarbeiter des Fachbereichs Arbeitssicherheit an verschiedenen Fachtagungen, Kongressen und Jahresversammlungen teil. Dies waren insbesondere Anlässe der Eidgenössischen Kommission für Arbeitssicherheit (EKAS), des Schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), der Schweizerischen Unfallversicherung (SUVA), des Interkantonalen Verbands für Arbeitssicherheit (IVA) und des alpinen Kolloquiums.

Ebenfalls wurden Vorträge beim Beruflichen Weiterbildungsinstitut (BWI) der Wirtschaftskammer Liechtenstein, an der Hochschule Liechtenstein (HSL) sowie in verschiedenen Betrieben gehalten.

Merkblätter
Weitere Merkblätter aus dem Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz wurden erstellt und ins Internet gestellt.

Newsletter
Im Berichtsjahr wurden vom Fachbereich Arbeitssicherheit 3 Ausgaben des Newsletters an ca. 1'300 Arbeitgeber zugestellt. Die Möglichkeit, den Newsletter elektronisch zu abonnieren, haben zusätzlich rund 140 Personen beansprucht.

Vollzug der arbeitsgesetzlichen Bestimmungen

Erteilte Arbeitszeitbewilligungen
2010 (2009) wurden insgesamt 171 (164) Arbeitszeitbewilligungen erteilt, 99 (102) für Sonntagsarbeit, 37 (40) für Nachtarbeit, 22 (17) für Sonntags- und Nachtarbeit und 13 (5) für ununterbrochenen Betrieb.

Erteilte Planverfügungen und Betriebsbewilligungen
2010 (2009) wurden 3 (3) Betriebsbewilligungen erteilt und 15 (19) Planverfügungen erlassen. 2010 (2009) gingen 9 (15) Meldungen sowie 6 Abmeldungen für Druckbehälter ein.

Vorankündigungen von Baustellen
Im Berichtsjahr sind 229 (204) Vorankündigungen für Baustellen, auf denen mehr als 500 Manntage gearbeitet wird oder die gefährliche Arbeiten beinhalten, eingegangen.

Betriebsbesuche
2010 (2009) fanden insgesamt 373 (335) Betriebsbesuche statt. Anlässlich dieser Besuche wurden 265 (243) Inspektionen durchgeführt. Es sind dies insbesondere System-, Arbeitszeit- und Baustellenkontrollen sowie Kontrollen auf Anzeigen, Arbeitsplatzuntersuchungen oder Begutachtungen auf Wunsch der Arbeitgeber. Ebenfalls haben 108 (106) Beratungsgespräche in verschiedenen Betrieben stattgefunden. Diverse weitere Beratungsgespräche mit Arbeitgebern oder Arbeitnehmern über Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sowie über Arbeitszeiten fanden im Amt statt.

Berufsunfälle / Berufskrankheiten
Die Unfallstatistik vom Oktober 2010 für das Vorjahr zeigt, dass 2009 1947 Unfälle und Berufskrankheiten den Unfallversicherern gemeldet wurden, das heisst, dass ca. 66 von 1000 Arbeitnehmenden einen Arbeitsunfall bzw. eine Berufskrankheit erlitten haben.

Arbeitsmarkt Service Liechtenstein (AMS FL)

Interne und externe Entwicklung
Im Mai 2010 wurde von der Organisation AMOSA die Studie «Wiederholte Arbeitslosigkeit - Situation und Massnahmen» vorgestellt, welche in Koordination mit dem AMS FL erstellt worden ist. Die Studie ist im Internet unter www.amosa.net abrufbar.

Im Juni 2010 wurde mit einer «Best-Practice» Gruppe für EURES-Arbeitgeberkontakte aus 4 Bodensee-Ländern bereits zum vierten Mal ein Workshop durchgeführt, an dem die Berater des AMS FL teilgenommen haben. Als flankierende Massnahme findet mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) Sargans und den Arbeitsmarktservices (AMS) Dornbirn und Feldkirch zweimal jährlich ein Treffen für den gezielten Daten- und Programmaustausch statt.

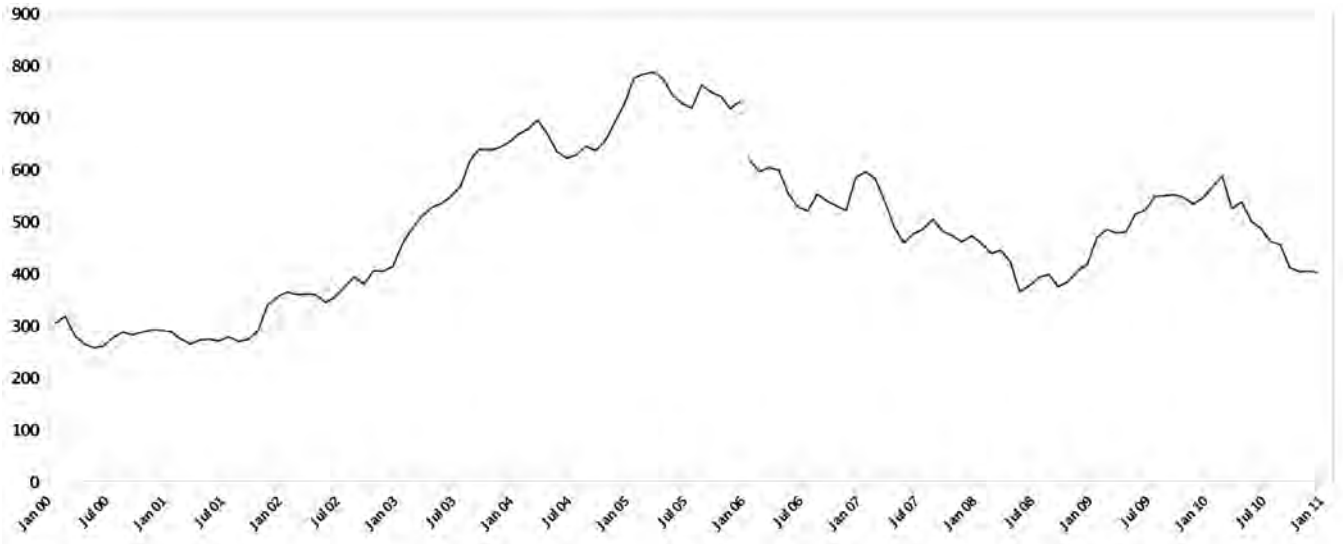
Webportal www.amsfl.li
Seit Mai 2010 trägt das Webportal www.amsfl.li _wesentlich zum effizienteren Ablauf einer Stellensuche bei. Dabei ist das Dienstleistungsangebot auf einen modernen Arbeitsmarkt Service ausgerichtet. Das für stellensuchende Personen sowie für Unternehmen erstellte Webportal ist die grösste digitale Plattform zur Stellensuche in Liechtenstein und wurde sofort nach Einführung rege genutzt. In Ergänzung dazu wurden mit den lokalen Personalvermittlungsfirmen laufende Koordinationstreffen durchgeführt, an welchen auch kontinuierliche Verbesserungsmöglichkeiten des Webportals eruiert wurden.

Entwicklung des Arbeitsmarktes
Die drei wichtigsten Indikatoren des Arbeitsmarktes entwickelten sich im Berichtsjahr wieder positiv. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, das Beschäftigungswachstum ist leicht im Plus und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist wieder angestiegen.

Offene Stellen
Bei den Meldungen offener Stellen, die auf Freiwilligkeit beruhen, ist im Berichtsjahr mit 2'333 Stellenmeldungen (Vorjahr 1'993) eine Erhöhung um 17,1% festzustellen. Diese Anzahl kann mit Sicht auf die herrschende Wirtschaftslage als gut bezeichnet werden. Insbesondere zeigt sie den wirtschaftlichen Aufschwung im Vergleich zum Jahr 2009, welcher deutlich rückläufig war.

Zu- und Abgänge von stellensuchenden Personen
Insgesamt haben sich im Berichtsjahr 1'136 (Vorjahr 1'278) stellensuchende Personen angemeldet und 1'217 (Vorjahr 1'080) konnten wieder abgemeldet werden. Dies zeigt die hohe Arbeitsmarktdynamik von 2'353 (Vorjahr 2'358) Personen, welche durch den Arbeitsmarkt Service bearbeitet wurden. Einen schematischen Eindruck über die Entwicklung der letzten 10 Jahre gibt die Grafik zur Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen (2000 – 2010):

Arbeitslose seit Januar 2000 bis Dezember 2010 (seit 1.1.2006 nach Definition 2006)



Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 2010
Die Arbeitslosenquote verringerte sich 2010 von 3,1% im Januar auf 2,2% im Dezember (-0,9 Prozentpunkte). Ab dem Höchststand der Quote im Februar mit 3,2% reduzierte sie sich kontinuierlich im 2-Monatsrhytmus auf 2,2% bis Ende Jahr.

Der Negativtrend der Jugendarbeitslosigkeit ist im Berichtsjahr gegenüber den Jahren 2005 – 2007 deutlich gebrochen worden. Bei der Jugendarbeitslosigkeit konnte ab September ein signifikanter Rückgang festgestellt werden. Von August bis Dezember verringerte sich die Anzahl Personen von 93 auf 59 (-34). Die Jugendarbeitslosenquote verringerte sich von 3,9% im Januar auf 2,6% (-1,3 Prozentpunkte) per Ende Dezember. Mit dem Projekt «Chance Liechtenstein», dem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, wurde drei Monate nach dem Jobmarkt vom September 2010 eine Abmeldungsquote von 83% gemessen.

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	2010	2009	absolut	Relativ in %
Arbeitslosenquote Durchschnitt	**2.62%**	2.86%	-0.24%	-7.7
Arbeitslose Durchschnitt pro Monat	**478**	518	-40	-7.7
Eff. Zugänge Arbeitslose und Stes	**1'136**	1'278	-142	-11.1
Eff. Abgänge Arbeitslose und Stes	**1'217**	1'080	137	12.7
Total Dynamisch	**2'353**	2'358	-5	-0.2
Fluktuation Durchschnit pro Monat	**255**	208	46	22.1
Total Stellen	**2'333**	**1'993**	**340**	**17.1**

Unterstützende Programme und Weiterbildung
In der Beratung und Betreuung von stellensuchenden Personen wird das Ziel verfolgt, deren Fach-, Sozial- und Persönlichkeitskompetenzen zu erweitern. Dies soll die Stellensuchenden dabei unterstützen, ihre Arbeitsmarktfähigkeit durch Qualifikationen zu steigern. Dazu verfügt der AMS FL über eine breite Palette von unterschiedlichen Angeboten.

Das AMS bietet unter anderem kollektive Aktivierungsprogramme an. Dazu zählt beispielweise das Start-Up Programm, welches sieben Tag dauert. Ziel ist es, den stellensuchenden Personen das richtige «Werkzeug» zur Stellensuche mitzugeben. Es handelt sich um ein Bewerbungstraining, das die Themen Lebenslauf,

Bewerbungsdossier, Interviewtraining, Eigenmarketing und seit 2010 neu auch die Videobewerbung sowie die Nutzung des Internetportales beinhaltet. Das Programm ist neu für jede stellensuchende Person obligatorisch, im Sinne der Frühinterventionsstrategie, zu besuchen. Neben dem Start-Up Programm werden, als Ergänzung, weitere Programme angeboten, die vor allem der gezielten Entwicklung von Sozial- und Persönlichkeitskompetenzen dienen. Hierzu zählen beispielweise das Kompetenzportfolio oder der Dialog 45 plus. Neu entwickelt wurde das Programm Fokus Wirtschaft, welches sich noch besser an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. Das Jahr 2010 diente der Professionalisierung dieser Programme. Es wurden insgesamt 56 Kurse mit 630 Teilnehmern durchgeführt. Die Erfolgsquote 3 Monate nach Ende eines solchen Programms lag bei 63 %.

Erfolgreich weitergeführt wurde das Bewerbungsbüro (Stellensuchende helfen Stellensuchenden). Dieses dient den Stellensuchenden als flankierende und persönliche Unterstützung bei der Erstellung von Lebensläufen. Stellensuchende, welche nicht selber einen Lebenslauf erstellen können, wird dort innerhalb von wenigen Stunden eine Anlaufstelle geboten.

Im Weiteren verfügt der AMS FL über Programme zur Beschäftigung sowie die Möglichkeit, Weiterbildungen auf individueller Basis zu fördern (Deutschkurse, EDV, Sprachaufenthalte etc.). Im Rahmen des Programms EIPOLA (Einsatzprogramm Landesverwaltung) stellt die ALV der Landesverwaltung und seit 2009 auch den Gemeinden stellensuchende Personen für Einsätze zur Verfügung. Die Kosten werden von der ALV via Taggelder getragen. Der Vorteil für die Teilnehmer besteht vor allem im Nachweis einer Berufstätigkeit. Im 2010 wurden über EIPOLA in 17 Ämtern und 3 Gemeinden von 47 (2009 = 42) Personen total 2689 (2009 = 1931) Arbeitstage geleistet.

Unterstützende Programme und Aktivierungsprogramme	Teilnehmer 2010	Teilnehmer 2009	Veränderung
Kollektivkurse	**630**	555	+ 75
Individuelle Programme	**72**	126	- 54
Praktika	**48**	30	+ 18
Beschäftigungsprogramme	**39**	21	+ 18
Einarbeitungszuschüsse	**18**	22	- 4
Förderung der Selbständigkeit	**13**	9	+ 4
Eipola	**47**	42	+ 5
TOTAL	**867**	**805**	**+ 62**

Chance Liechtenstein

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde mit 58 jugendlichen Stellensuchenden aus Liechtenstein im September 2010 zum vierten Mal das Projekt «Chance Liechtenstein» über einen Zeitraum von 2 Wochen durchgeführt.

Dieses Aktivierungsprogramm, welches auf die Entwicklung der Sozial- und Methodenkompetenz zielt, endete mit einem Jobmarkt, an welchem sich die jugendlichen Stellensuchenden 180 lokalen Wirtschaftsunternehmen präsentieren konnten. Resultierend aus den proaktiven Kontakten und Vermittlungen lag die Quote der liechtensteinischen Teilnehmer, die eine Stelle fanden und sich vom Arbeitslosengeld-Bezug abmeldeten, per Ende Dezember 2010, also knapp 3 Monate nach Ende von «Chance Liechtenstein», bei 83%.

Die Durchführung 2010 fand unter Beteiligung des Kantons Graubünden statt.

Coaching in den Gemeinden

Die meisten Gemeinden bieten die Möglichkeit eines individuellen, ressourcenorientierten Coachings an. Das Coaching ist als Ergänzung zur Beratung und den unterstützenden Programmen des AMS gedacht. Der AMS FL hat mit den Gemeindecoaches eine Vereinbarung zur verbesserten Zusammenarbeit und auch Qualitätssicherung erstellt. Regelmässige Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch und der Abgrenzung zu den Aktivierungsprogrammen, um allfällige Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Abteilung Arbeitslosenversicherung als separate Abteilung des Amtes für Volkswirtschaft besteht seit dem Jahr 2006. Sie ist gemäss Gesetz zuständig für die Einhebung der Beiträge (ALV-Prämien) sowie für die Ausrichtung der Entschädigungen. Das seit Januar 2007 eingesetzte Abrechnungsprogramm «AVALV» erfuhr weitere Verbesserungen und läuft stabil.

Gesetzgebung

Die Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALVG) wurde vom Landtag am 24. November 2010 verabschiedet (Inkrafttreten: 1. Januar 2011). Das Gesetz bringt eine wesentliche Verbesserung der Systematik. Der Einzug der Beiträge (Versicherungsprämien) von den Arbeitgebern wurde im Jahr 2010 letztmals von der ALV selbst vollzogen. Mit dem neuen Gesetz werden die ALV - Beiträge durch die AHV-IV-FAK Anstalten eingehoben. Durch die Erhöhung der Beiträge auf der Einnahmenseite und kostensenkende Massnahmen auf der Ausgabenseite ist die Finanzierung der Kasse auf lange Sicht gewährleistet.

Arbeitslosenentschädigungen

Die Arbeitslosenzahlen sind von Anfang 2010 von 545 (Quote 3.0 %) bis Ende 2010 auf 401 (Quote 2,2%) gesunken. In dieser Zahl sind die sogenannten Zwischenverdienste nicht enthalten, die ebenfalls monatlich berechnet werden müssen und Mehraufwand generieren. Die Tendenz hält an, wonach die Arbeitsverhältnisse zunehmend komplexer werden, was den Aufwand der Erstberechnung erhöht.

Kurzarbeitsentschädigungen
Die wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit ist während des Jahres 2010 markant zurückgegangen. Anfang 2010 waren noch 38 Betriebe mit fast 1000 Personen in wirtschaftlicher Kurzarbeit. Ende 2010 waren es noch 9 Betriebe mit 50 Personen. In witterungsbedingter Kurzarbeit waren Ende 2010 26 Betriebe mit 283 Personen gemeldet. Wie viele Betriebe dann effektiv davon Gebrauch machen, ist erst bei der Abrechnung ersichtlich. Für die wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit wurden für das Jahr 2010 CHF 1'956'606.60 aufgewendet (47 Betriebe), für die witterungsbedingte CHF 1'273'448.35 (33 Betriebe). Die gezielte Verbesserung des Abwicklungssystems AVALV im Bereich der Kurzarbeit hat Anfang 2010 gegriffen und sich sehr bewährt.

Insolvenzentschädigungen
Das Spezialsystem AVALV erleichtert die sehr arbeitsintensive Abrechnung der Insolvenzfälle samt der Vergütung der Sozialbeiträge an die entsprechenden Sozialinstitutionen. Im Jahre 2010 wurden an Arbeitnehmende von 14 Betrieben rund CHF 447'000 an Insolvenzentschädigung ausbezahlt. Dazu kommen noch die Sozialbeiträge, sodass der finanzielle Gesamtaufwand für die ALV CHF 525'000 beträgt. Diese Zahl liegt über dem Mehrjahresdurchschnitt (2008 CHF 71'556; 2009 CHF 261'188.35).

Buchhaltung
Die monatlich durchgeführten, standardisierten Kontrollen anhand von Checklisten erlauben eine gute Kontrolle und Übersicht der gesamten Buchhaltung. Es wird eine rollende Liquiditätsplanung durchgeführt.

Arbeitgeberbestand / Beitragswesen
Am Ende des Berichtsjahres waren 3852 Arbeitgeber (Vorjahr 3634) abrechnungs- und zahlungspflichtig. Mit dem neuen Gesetz geht der Beitragseinzug ab Januar 2011 auf die AHV-IV-FAK Anstalten über. Die ALV rechnet das Jahr 2010 noch wie bis anhin mit den Arbeitgebern ab. Es wird rund ein Jahr dauern, bis das Beitragswesen der ALV definitiv abgeschlossen werden kann. Für die Zahlung der entsprechenden Beiträge der österreichischen Grenzgänger an Österreich konnte mit Österreich eine Lösung mittels Pauschalvergütung erzielt werden.

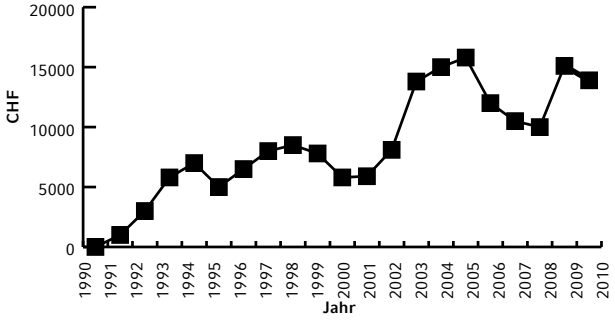
Versicherungsbeiträge
Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren sämtliche Beitragsabrechnungen noch ausstehend bzw. noch nicht verbucht. Der diesbezügliche Ertragsnachtrag wurde mit CHF 10,3 Mio. transitorisch berücksichtigt. Zur Festsetzung des Betrages wurden neben Schätzungen auch Trends aus Abrechnungen grösserer Betriebe abgeleitet.

Arbeitslosenentschädigungen Zahlen in CHF gerundet

Arbeitslosen-Entschädigung 2010	Total	Ganz-arbeitslosigkeit	Kurzarbeit wirtschaftlich	Kurzarbeit witterungsbedingt
Arbeitslosenentschädigung	17'155'672	13'925'617	1'956'606	1'273'448
Anzahl Anspruchsberechtigte	1'711	1'215	*370	*126
Anzahl Taggelder	110'233	95'553	8'384	6'296
Durchschnittliches Taggeld	155	145	233	202
Durchschnittliche Bezugstage	64	78	22	49
Durchschnittlicher Entsch.betrag	10'026	11'461	5'288	10'106

*Durchschnittliche Arbeitnehmer pro Monat

Ganzarbeitslosenentschädigung seit 1990 (in tausend Franken)



Massnahme

Meldegrund	Verwarnungen	Einst. Tag Geld	Aberk. Anspr.	In Bearbeitung	Keine Massn.	Anz. Fälle	Anz. Einstelltage	Schnitt pro Fall	Nur Einstell-Tage	Schnitt pro Fall
Arbeitsmarktliche Massnahme	1	52		6	47	106	1079	10.2	52	20.8
Klärung Anspruch		1		3	2	6		0.0		
Mitwirkungspflicht	7	185		15	132	339	2284	6.7	185	12.5
Rückforderung Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit		34		5	60	99	895	9.0	33	27.1
Stellenzuweisung		32		3	21	56	628	11.2	32	19.6
Total	**8**	**304**	**0**	**32**	**262**	**606**	**4886**	**8.1**	**304**	**16.1**

Total 606 Rechtsverletzungen, davon 304 Fälle mit Sanktionen (Einstellung im Taggeld) entspricht 50.2 %.
(nicht eingeschlossen: Rechtliche Abklärungen und Rechtsfälle bezüglich Insolvenzen und Kurzarbeit)

E-Formulare
Das E-Formular 301 wird für Arbeitnehmer, die in Liechtenstein tätig waren und in ein EWR-Land oder in die Schweiz gehen, ausgestellt. Bis zum Jahr 2005 waren für die starke Steigerung der Anzahl insbesondere Saisonniers verantwortlich.

Statistik Ausstellung von E–301 Formularen

Jahr	Anzahl	Land
2000	5	D
2001	22	D, A, I
2002	160	D, A, I, E, P
2003	450	D, A, I, E, P, F
2004	900	D, A, I, E, P, F, CH
2005	1200	D, A, I, E, P, F, CH
2006	700	D, A, I, E, P, F, CH
2007	800	D, A, I, E, P, F, CH
2008	887	D, A, I, E, P, CH
2009	940	D, A, i, E, P, CH
2010	**967**	**D, A, CH, F, I, S,P, CZ, PL**

Um das E-Formular 303 ausstellen zu können, muss der Versicherte bereits in einem EWR-Land oder in der Schweiz arbeitslos gemeldet sein. Mit einem E-303 Formular kann der Versicherte in ein anderes Land gehen und nach Arbeit suchen. Die Kosten werden dem ursprünglichen Land verrechnet.

Im Jahr 2010 wurden von der ALV 2 E-303 Formulare ausgestellt, nämlich eines nach Bulgarien und eines nach Spanien. Von diesen beiden Ländern erhielt die ALV noch keine Rechnung. Von Spanien erhielt die ALV ein E-303 Formular. Für diese Leistungen war die ALV zuständig und stellte eine Rechnung an Spanien aus. Für Portugal hat die ALV eine Rechnung bezahlt.

Energie

Schwerpunkte der Energiefachstelle
Ein Schwerpunkt der Energiefachstelle war im Berichtsjahr die Umsetzung des neuen Energieeffizienzgesetzes. Das Interesse, die neuen Fördermöglichkeiten zu nutzen, lag weit über den Erwartungen und führte zu einem weit höheren Aufwand als geplant. Die individuelle Beratung von Antragstellern wurde verstärkt.

Umsetzung EWR-Recht
Im Berichtsjahr wurden verschiedene Rechtsakte der EU betreffend Übernahme ins EWR-Recht geprüft. Das 3. Liberalisierungspaket der EU für den Strom- und Gasmarkt wurde zur Umsetzung vorbereitet.

Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG)
Auf der Grundlage des Energieeffizienzgesetzes wurden im Berichtsjahr 942 (Vorjahr 922) Anträge bearbeitet. 92 (6) Gesuche wurden gegenstandslos, 7 (9) Gesuche wurden abgelehnt. Gegen 4 dieser Ablehnungen wurde Beschwerde erhoben. In allen 4 Fällen wurden die Entscheide der Energiefachstelle von der Beschwerdekommission bestätigt.

Von den 843 (907) bewilligten Gesuchen betrafen 166 (164) Wärmedämmung, 148 (151) Haustechnikanlagen, 159 (221) thermische Sonnenkollektoren, 315 (335) Photovoltaikanlagen, 8 (17) Demonstrations- und andere Anlagen sowie 46 (19) Minergie/Minergie-P Gebäude.

In der Förderkategorie Wärmedämmung wurden CHF 2'843'800 (2'959'510), für Haustechnikanlagen CHF 832'194 (851'518), für thermische Sonnenkollektoren CHF 691'107 (968'050), für Photovoltaikanlagen CHF 8'006'140 (5'375'000), für Minergie/Minergie-P Gebäude 416'710 (143'930) zugesichert. Auf Antrag hat die Energiekommission für Demonstrations- und andere Anlagen Fördermittel von CHF 523'681 (1'795'392) zugesprochen. Insgesamt wurden Förderbeiträge in der Höhe von CHF 13'318'884 (12'093'400) zugesichert.

Fonds für Einspeisevergütung
Der Fonds für Einspeisevergütung schliesst per Ende 2010 mit einem Guthaben Land von CHF 1'215'038.75 ab. Die Bestätigung der Revisionsstelle über die gesetzes- und leistungsvereinbarungskonforme Führung des Fonds für Einspeisevergütung erfolgt im Rahmen der Prüfung der LKW Jahresrechnung.

Energiestadt
Das Label «Energiestadt» erhalten Gemeinden für konsequente energiepolitische Massnahmen, die über das gesetzlich Vorgeschriebene hinausgehen. Die sieben Gemeinden Triesen, Schaan, Planken, Mauren, Vaduz, Ruggell und Balzers sind Träger des Labels «Energiestadt». Dies bedeutet, dass bereits etwa 75% der Einwohner in einer Gemeinde mit dem Label «Energiestadt» leben.

Minergie
Im Berichtsjahr wurden 52 Gebäude mit dem Minergielabel ausgezeichnet. Insgesamt sind 69 Minergiegesuche eingereicht worden.

Energievision 2020
Im Berichtsjahr hat die Energiefachstelle die Energiekommission bei der Grundlagenbeschaffung und der Erarbeitung des Energiekonzeptes 2020, welches im Berichtsjahr in Angriff genommen wurde, unterstützt.

Internetseite Energiebündel
Die Internetseite www.energiebuendel.li wurde mit aktuellem Inhalt zum neuen Energieeffizienzgesetz, Spartipps und vielen Links zu anderen unabhängigen Informationsseiten gefüllt und aktualisiert. Die Website wurde mit einer Vergleichsplattform, «Gebäudemonitoring» genannt, ergänzt. Darin kann jeder Bürger seinen Gebäudeenergieverbrauch eingeben und sieht seine Verbrauchszahlen in Relation zu anderen Gebäudebetreibern. Somit steht den Nutzern eine wertvolle Hilfe zur Informationsbeschaffung rund um das Thema Energie zur Verfügung.

Tätigkeit in Organisationen und Arbeitsgruppen sowie Öffentlichkeitsarbeit
Die Energiefachstelle hat in der Projektgruppe Energie der internationalen Regierungskommission Alpenrhein, den Arbeitsgruppen der Energiekommission, den Konferenzen der kantonalen und ostschweizerischen Energiefachstellen sowie in der IBK Internationale Bodensee Konferenz Bereich «Plattform Klimaschutz und Energie der Kommission Umwelt» mitgewirkt. Liechtenstein hat die Projektbetreuung für einen Statusbericht mit dem Thema «wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien», welcher im Rahmen der IBK erarbeitet wird, übernommen. Weiters hat die Fachstelle die liechtensteinischen Interessen in den entsprechenden EWR/EFTA -Arbeitsgruppen in Brüssel vertreten. Ebenfalls führte die Energiefachstelle das Sekretariat der Regulierungsbehörde bzw. der Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK) sowie jenes der Energiekommission, welche die Regierung berät.

Die Energiefachstelle hat die Öffentlichkeit und Fachleute laufend durch Vorträge, Beratungsgespräche, Publikationen und Berichterstattung in Fachzeitschriften informiert.

Amt für Handel und Transport

Amtsleiter: Wilfried Pircher

Die Zuständigkeiten des Amtes für Handel und Transport (AHT) umfassen im Wesentlichen die Fachbereiche des internationalen Warenverkehrs, der technischen Vorschriften, des Geistigen Eigentums, des Wettbewerbsrechts, des Konsumentenschutzes und des Transports (Strasse, Luft, Bahn, Wasser).

Im Januar 2010 übersiedelte das AHT von Vaduz in das Haus der Wirtschaft in Schaan. Seither sind das Amt für Volkswirtschaft und das Amt für Handel und Transport in einem Haus untergebracht. Die optimale Infrastruktur und die Nähe zu den Industriebetrieben verbesserte und vertiefte die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Als ein wesentliches Ereignis konnte im Oktober 2010 die Teleshopping-Problematik gelöst werden. Die betroffenen Firmen haben ihre Geschäftstätigkeit in Liechtenstein mittlerweile eingestellt. Dieser Erfolg war insbesondere von Bedeutung, da dieses Thema in den deutschen Medien hohe Beachtung erhielt und mit einer rufschädigenden Wirkung auf Liechtenstein verbunden war.

Neben dem Tagesgeschäft wurden 2010 folgende grössere Projekte bearbeitet:
- Start des Projektes New Legislative Framework (NLF) bzw. Vorbereitungen zur Einführung des neuen Rechtsrahmens im Bereich Marktüberwachung, Produktinfostelle und Vermarktung von Gütern
- Bearbeitung der rund 3'000 Teleshopping-Beschwerden aus dem Ausland
- Start Pilotprojekt «Elektronische Marken- und Designregistrierungsanträge» im Rahmen der e-Government Strategie

– Vorbereitungen zur Ablösung des bestehenden Markenregisters und des Aufbau eines neuen, den internationalen Anforderungen entsprechenden Markenregisters
– weiterer Ausbau des Transportunternehmensregisters

Warenverkehr

Neue Freihandelsabkommen der EFTA
Die Freihandelsabkommen (FHA) mit der Ukraine und Peru wurden am 24.06.2010, bzw. 14.07.2010 unterzeichnet. Die Ratifizierungen der FHA mit den Ländern Ukraine, Peru, Kolumbien und dem Golf-Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) sind noch ausstehend. Hingegen konnten die Ratifizierungsverfahren für die FHA mit Serbien und Albanien abgeschlossen werden. Diese traten per 01.10.2010, bzw. 01.11.2010 in Kraft.

Zoll und Ursprung

24 Stunden Vorausanmeldung von Ein- und Ausfuhrsendungen in der EU
Mit dem Ziel der Schaffung von mehr Sicherheit und zur Verhinderung von Terroranschlägen schuf die EU im Bereich Warenverkehr die «summarische Vorabanmeldung». Aufgrund dieser sind alle grenzüberschreitenden Warensendungen im Voraus anzumelden. Für Liechtenstein (und die Schweiz) – im Herzen Europas gelegen und vollständig von der EU umgeben – hätten diese Massnahmen bei den heutigen «Just-in-Time»-Anforderungen massive Nachteile ergeben. Die Schweiz vereinbarte deshalb mit der EU ein Abkommen, welches sie im Bereich des direkten Warenverkehrs den EU-Mitgliedstaaten gleich stellt. In diesem Abkommen ist auch Liechtenstein mit einbezogen. Es wird seit dem 1. Juli 2009 vorläufig angewandt, die definitive Inkraftsetzung erfolgt auf den 1. Januar 2011.

Zollverfahren
Die mittels einer Verwaltungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) etablierten Verfahren haben auch im Jahre 2010 einen problemlosen Warenverkehr aus dem oder in den EWR gewährleistet. Es waren keine Importe zu verzeichnen, die eine Nachbelastung oder Rückerstattungen zur Folge hatten.

Amtshilfe in Zollsachen
Das AHT erhielt gemäss Protokoll 11 zum EWRA im Berichtsjahr insgesamt sieben Gesuche zur Amtshilfe von ausländischen Zollbehörden (2009: ein Gesuch).

Bewilligungsverfahren
Die Vereinbarungen und Bewilligungsverfahren über die EWR-konforme Erteilung von Bewilligungen an liechtensteinische Importeure und Exporteure zwischen dem AHT und den schweizerischen Bewilligungsstellen (17) funktionierten reibungslos. Im vergangenen Jahr erfuhren diese Verfahren keine Änderungen.

Salz (Monopolware)
Im Berichtsjahr 2010 wurden drei Salzsteuerverfügungen erlassen (2009: vier). Die nach dem EWRA in Liechtenstein steuerpflichtige Gesamteinfuhrmenge von Natriumchlorid verzeichnet mit 54'813 kg erneut einen Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert (2009: 45'077 kg), liegt jedoch weiterhin signifikant unter der Menge früherer Jahre (2007: 79'087 kg).

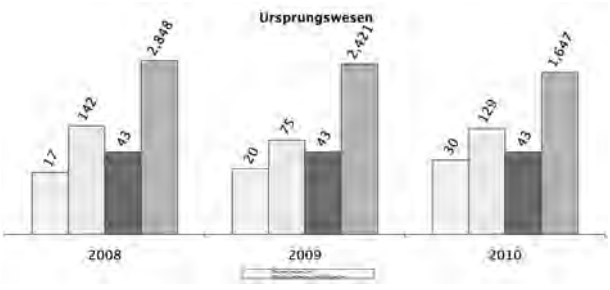
Ursprungswesen

Protokoll 4 EWRA über Ursprungsregeln
Als EWR-Ursprungsprodukte gelten Waren, die in im EWR gemäss den Bestimmungen des Protokoll EWRA gewonnen oder erzeugt wurden. Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse (z. B. Ein-/Ausfuhrverbote sowie Kontingente) sind für diese Ursprungserzeugnisse abgeschafft. Das Amt ist für die ordnungsgemässe Anwendung des Protokolls 4 des EWRA über die Ursprungsregeln sowie für die Bearbeitung der mit der Schweiz abgeschlossenen, speziellen Ursprungsverfahren verantwortlich.

Im Berichtsjahr wurden dazu folgende Aufgaben wahrgenommen:

Behandlung von 30 Nachprüfungsgesuchen ausländischer Zollbehörden (insgesamt 124 Ursprungsnachweise liechtensteinischer Exporteure). Betreuung der Firmen mit dem Status «Ermächtigter Ausführer». Dieses Verfahren wird unverändert zum Vorjahr von 43 Unternehmen angewandt.

Kontrolle der im Auftrag des Amt von den schweizerischen Zollämtern beglaubigten Ursprungsnachweisen (Warenverkehrsbescheinigungen Form EUR.1.). Im Berichtsjahr 2010 waren dies insgesamt 1'647 Formulare EUR.1. Dies bedeutet einen signifikanten Rückgang der Anträge um über 30% trotz neu in Kraft getretener Freihandelsabkommen. Dies widerspiegelt einerseits die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf den liechtensteinischen Exportverkehr und andererseits die verstärkte Nutzung des Status «Ermächtigter Ausführer».



Fünf-Länder-Ursprungskonferenz
Im Jahr 2010 wurde diese Konferenz zum 14. Mal durchgeführt. Ursprungsexperten aus Deutschland, Öster-

reich, der Schweiz und Liechtenstein nahmen daran Teil. Slowenien konnte diesmal leider keinen Vertreter entsenden. Im Rahmen der Konferenz diskutierten die Teilnehmer das weitere Vorgehen betreffend die Ursprungskonvention und arbeiteten hierzu Lösungsvorschläge zuhanden der EU- und EFTA Gremien aus.

EFTA-Committee of Customs Experts (COCE) und EWR-Working Group of Customs Matters (WGCM); Pan-Euro-Med-Kumulationszone (PEM)

Vorgängig der Pan-Euro-Med-Kumulationszone (PEM) gab es die Paneuropäische Kumulationszone (PANKUM) welche sich aus der EU, den EFTA Mitgliedstaaten, den Mittel- und Osteuropäischen Staaten (welche später Mitglieder der EU wurden) und der Türkei zusammensetzte. Diese Kumulationszone wurde in der Folge auf die Teilnehmer des sogenannten Barcelona Prozesses[1] und um die Färöer Inseln erweitert. Grundlage der PEM sind Freihandelsabkommen zwischen allen Mitgliedstaaten dieser Zone. Diese beinhalten Ursprungsprotokolle mit identischen Ursprungsregeln welche somit die diagonale Kumulation[2] zwischen diesen Staaten erlauben. Um die Anpassungen der Ursprungsprotokolle zu vereinfachen, soll eine regionale Ursprungskonvention geschaffen werden. Die Kumulationszone wird in der Zukunft weiter wachsen. So sieht die Konven tion vor, die PEM auf die, am SAP[3] der EU teilnehmenden Länder auszuweiten. Im Zuge der Schaffung dieser Konvention hat die EFTA-Arbeitsgruppe der Zoll- und Ursprungsexperten einen umfangreichen Vorschlag zur Verbesserung der Ursprungsregeln ausgearbeitet, um die Bestimmungen an die heutigen Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen.

Marktüberwachungs- und Kontrollsystem (MKS)

Anpassung des MKS an die aktuelle Rechtslage

Als Folge der Mitgliedschaft Liechtensteins im EWR bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Zollunion mit der Schweiz wurde die sogenannte parallele Verkehrsfähigkeit in Liechtenstein eingeführt. Aufgrund der kontinuierlichen Reduktion der Unterschiede zwischen schweizerischen- und EWR-Inverkehrsetzungsvorschriften seit Abschluss der Vereinbarung im Jahre 1995 wurde der Anwendungsbereich des MKS den Erfordernissen angepasst und per 22. Dezember 2009 kund gemacht (LGBl 2009 Nr. 394). Das Amt überprüfte die Funktionalität des neuen MKS und deren Umsetzung durch die zuständigen Ämter mit positivem Ergebnis.

Selektionssystem

Die Eidg. Zollverwaltung (EZV) übermittelt elektronisch alle liechtensteinischen Importe in eine Datenbank des Amts. Das Amt stellt anschliessend diese Daten den zuständigen Ämtern zum Zwecke der Marktüberwachung zur Verfügung. Das Selektionsprogramm funktionierte im Berichtsjahr einwandfrei.

Technische Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN)

Der Fachbereich TPMN im Amt umfasst die Bereiche Technische Handelshemmnisse, freier Warenverkehr, Standardisierung und Normung, internationale Handelserleichterungen.

Technische Handelshemmnisse

Steht eine Übernahme der EU-Binnenmarktgesetzgebung an, wird der Text vorgängig auf seine Relevanz und Annehmbarkeit für Liechtenstein geprüft. Hierbei wird ebenfalls abgeklärt, ob bestehende Gesetze abgeändert oder neue geschaffen werden müssen. Erst nach dieser Begutachtung werden die EU-Binnenmarktgesetze übernommen. Dadurch wird sichergestellt, dass die liechtensteinischen Unternehmen beim Marktzutritt im EWR keine neuen Schranken vorfinden bzw. sogenannte «Technisches Handelshemmnisse» vermieden werden.

Die TPMN ist im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 2679/98 über das Funktionieren des Binnenmarktes im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten die nationale Kontaktstelle. Im Berichtsjahr gingen drei Meldungen (2009: fünf) über Behinderungen des freien Warenverkehr bei der TPMN ein. Umgekehrt wurde eine Behinderung notifiziert. Alle Behinderungen wurden den Wirtschaftsvertretern mitgeteilt.

Konformitätsabkommen (Mutual Recognition Agreement – MRA)

MRAs sind Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen bestimmter Industrieprodukte, welche beim Markteintritt vorgeschriebenen Tests und Zertifizierungen unterliegen. Jede Vertragspartei kann die Produkte vor der Ausfuhr im eigenen Land im Hinblick auf die Konformität mit den Vorschriften des Einfuhrlandes prüfen, testen und zertifizieren lassen. Diese Tests und Zertifikate werden von den Vertragsparteien gegenseitig anerkannt. Liechtenstein und die beiden anderen EWR-EFTA Staaten Island und Norwegen haben mit folgenden Ländern Abkommen: Australien, Kanada, Neuseeland, USA und Schweiz.

Vaduz Convention: Bei der Vaduz Convention wurde die komplette Überarbeitung von Anhang I und der dazu

---

[1] Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, Palästina

[2] Die diagonale Kumulation ermöglicht es, Vormaterialien mit Ursprung in verschiedenen Freihandelsparteien zu verwenden, sofern alle am Prozess beteiligten Parteien untereinander Freihandelsabkommen mit den gleichen Ursprungsregeln anwenden.

[3] Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo [unter UNSC Resolution 1244/99]

notwendigen Änderung von Art. 53 Abs. 3 abgeschlossen. Sie traten per 01.09.2010 in Kraft.

Türkei: Das neue Protokoll E unter dem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA Staaten und der Türkei wurde unterzeichnet und teilweise notifiziert. Aufgrund der noch ausstehenden Notifikationen einiger Vertragsparteien trat das Protokoll E noch nicht in Kraft.

Taiwan: Die Zulassung von liechtensteinischen Medizinalprodukten insbesondere aus dem Bereich der Dentalindustrie auf dem taiwanesischen Markt gilt als aufwendig und langwierig. Die TPMN wurde beauftragt, mit zuständigen Behörden diesbezüglich Kontakt aufzunehmen und den Abschluss eines MRA analog der Schweiz anzustreben. Im Berichtsjahr gab es zwischen den Behörden von Taiwan und Liechtenstein eine bilaterale Sitzung in Schaan sowie regen Schriftverkehr.

Allgemeine Produktsicherheit

Der Fachbereich TPMN ist die nationale Kontaktstelle nach der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit. Gemäss dieser Richtlinie, müssen Hersteller und Händler die zuständigen nationalen Behörden umgehend unterrichten, wenn sie feststellen, dass ein von ihnen in Verkehr gebrachtes Produkt gefährlich ist. Durch das RAPEX (Schnellwarnsystem für die Produktsicherheit im europäischen Binnenmarkt) erhielt die TPMN im Berichtsjahr 2'244 (2009: 1'993) Meldungen. Somit hält die steigende Tendenz der Anzahl Meldungen weiterhin an.

In acht weiteren Fällen (2009: drei) hat der Hersteller nach Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2001/95/EG den Fachbereich TPMN über die freiwilligen Korrekturmassnahmen informiert.

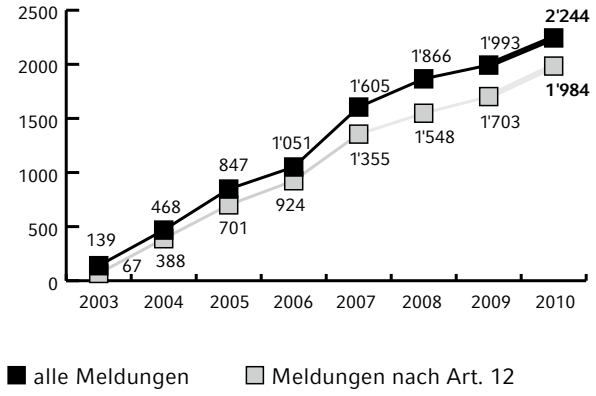


Abbildung 1: RAPEX Meldungen von 2003 bis 2010. Quelle: Jahresbericht und Monatsstatistiken über das Schnellwarnsystem für Verbraucherprodukte ausgenommen Lebensmittel.

Umsetzung EWR-Recht

Im Jahre 2010 überprüfte die TPMN im Rahmen ihrer Zuständigkeit 30 (2009: 24) Rechtsakte der EU im technischen Bereich, welche in das EWR-Recht übernommen werden sollen. Nach dem Notifikationsgesetz (EWR-NotifG) zur Umsetzung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften sind acht Notifikationen (2009: sechs) verfasst und der EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt worden.

Neu wurde die TPMN als zuständige Stelle für Notifizierungen nach dem per 9.12.2010 in Kraft gesetzten Dienstleistungsgesetz (LR 930.4) benannt. Im Berichtsjahr fand keine Notifizierung nach diesem Gesetz statt.

EWR-/EFTA Arbeitsgruppen

Der Fachbereich TPMN vertrat die liechtensteinischen Interessen in Brüssel in den EWR/EFTA-Arbeitsgruppen Senior Officials Group for Standardisation and Conformity Assessment Policy (SOGS), Market Surveillance Group (SOGS-SMG), General Product Safety Directive (GPSD), Schnellwarnsystem für die Produktsicherheit im europäischen Binnenmarkt (RAPEX), Ausschuss 98/34 (Notifikation) und Ausschuss Technical Barriers to Trade (TBT). In den jeweiligen Gruppen werden die hier angesiedelten Entwicklungen in der EU mitverfolgt und kommende Rechtsakte diskutiert, sowie auch die MRAs behandelt.

Liechtensteinische Akkreditierungsstelle (LAS)

Ende 2010 waren zwei Zertifizierungsstellen für Managementsysteme, eine Inspektionsstelle und zwei Kalibrierstellen bei der LAS registriert. Die Erst-Akkreditierung einer Zertifizierungsstelle für Produkte (Sportboote) wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurde ein Vorschlag für eine Notifikation an die liechtensteinische Notifizierungsstelle übermittelt.

Abteilung Schutz- und Wettbewerbsrecht

Geistiges Eigentum

Marken

Im Jahre 2010 (2009) wurden 320 (361) nationale Marken und 79 (93) internationale Markeneintragungsgesuche behandelt. Dies bedeutet gegenüber 2009 eine Abnahme der nationalen Gesuche um 11% sowie eine Abnahme der internationalen Gesuche um 15%. Des Weiteren wurden 383 (353) nationale Markenverlängerungen, 112 (125) Übertragungen sowie 110 (110) diverse Änderungen im Markenregister durchgeführt.

Design

Im Berichtsjahr wurden 9 Designs hinterlegt und die Schutzdauer von 8 Designs verlängert.

Verwertungsgesellschaften

Im Berichtsjahr wurden 19 Tarife genehmigt bzw. verlängert. Zudem hat das Amt im Rahmen seiner Tätigkeit als Aufsichtsbehörde die Geschäftsberichte der Verwertungsgesellschaften genehmigt.

Projekte
Das Projekt betreffend die Einführung der Internationalen Markenprüfung im Rahmen des Madrider Systems (Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken als auch des Protokolls zu diesem Abkommen) konnte im Berichtsjahr auf den 1. Januar 2010 eingeführt werden. Die zwölfmonatige Erledigungsfrist bis zur automatischen Ausdehnung des Markenschutzes wurde auf Grund der Vakanz der Abteilungsleitungsstelle vollumfänglich ausgenutzt und bis Ende Jahr keine Beanstandungen erklärt.

Mitte Jahr wurden ausserdem die Projekte «elektronisches Markenregister» und das Pilotprojekt «elektronische Marken- und Designregistrierungsanträge» gestartet.

EFTA-Arbeitsgruppe Geistiges Eigentum
Die Vertretung der liechtensteinischen Interessen in der EFTA-Arbeitsgruppe Geistiges Eigentum in Brüssel hat im Berichtsjahr die Liechtensteinische Mission wahrgenommen. Informiert wurde hauptsächlich über die neuesten Entwicklungen im Bereich Geistiges Eigentum.

Wettbewerbsrecht

Im Berichtsjahr wurden 5 EG- Verordnungen im Bereich Wettbewerbsrecht in das EWR-Abkommen übernommen.

EFTA-Arbeitsgruppe Wettbewerbsrecht
Im Berichtsjahr hat keine Sitzung der EFTA-Arbeitsgruppe Wettbewerbsrecht in Brüssel stattgefunden.

Konsumentenschutz

EWR-Recht
Umsetzung der Richtlinie 2008/122/EG über Teilzeitnutzungsverträge

Der Landtag hat im Berichtsjahr in seiner öffentlichen Sitzung vom 20. November 2009 dem Beschluss Nr. 86/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gemäss BuA Nr. 102/2009 seine Zustimmung erteilt. Die Umsetzung der Richtlinie wird im Berichtsjahr 2011 stattfinden.
Umsetzung der Richtlinie 2008/48/EG über Verbraucherkredite
Der Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 22. April 2009 dem Beschluss Nr. 16/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gemäss BuA Nr. 3/2009 seine Zustimmung erteilt. Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung durchgeführt. Die Inkraftsetzung des Konsumkreditgesetzes wird im Jahr 2011 erwartet.

Konsumentenberatungsstelle
Die Konsumentenberatungsstelle hat im Berichtsjahr zahlreiche Beratungen im Bereich Konsumentenschutz durchgeführt. Die diversen Anfragen reichten von zivilrechtlichen Themen wie z.B. Gewährleistungsansprüche, Schadenersatz, Mietrecht über Fälle im Fernabsatz wie z.B. Internet, Teleshopping, Adressbuchschwindel. Zur Prävention wurde über aktuelle Themen Pressemitteilungen ausgesandt und Newsmeldungen auf die Amts-Homepage aufgeschaltet.

Arbeitsgruppe Teleshopping
Im Berichtsjahr konnte die «Teleshopping»-Problematik gelöst werden. Zwei betroffene Unternehmen wurden liquidiert und ab Oktober 2010 wurde kein operatives Geschäft mehr über Liechtenstein abgewickelt. Trotzdem gingen über das gesamte Jahr 2010 ca. 3'000 Beschwerden ein, welche entsprechend bearbeitet werden mussten. Insgesamt sind seit dem ersten Auftreten der Beschwerden im April 2008 ca. 4'800 Beschwerden beim Amt eingegangen. Aufgrund der Einstellung der Geschäftstätigkeit der Unternehmen ist davon auszugehen, dass die Bearbeitung von den noch laufenden Beschwerden im Jahr 2011 vollständig erledigt werden kann.

Beschwerden gingen insbesondere von Konsumentinnen und Konsumenten aus Deutschland und Österreich ein. Darüber haben speziell die Medien in Deutschland breit berichtet. Um die Reputation Liechtensteins vor weiterem Schaden zu bewahren, wurde in zahlreichen TV- und Presseinterviews vom Amt darauf hingewiesen, dass einerseits den Konsumentinnen und Konsumenten zu ihrem Recht verholfen wird und anderseits die betroffenen Firmen angewiesen wurden, ihre Praktiken rechtskonform und konsumentenfreundlich auszugestalten.

Arbeitsgruppen Konsumentenschutz
Die Vertretung der liechtensteinischen Interessen in der EFTA-Arbeitsgruppe Konsumentenschutz in Brüssel hat im Berichtsjahr die Liechtensteinische Mission in Vertretung des wahrgenommen. Themen waren hauptsächlich die neuesten Entwicklungen im Bereich des Konsumentenschutzes. Im März beteiligte sich das Amt aktiv an einer hochrangigen Konsumentenschutztagung in der Schweiz.

Transport

EFTA-/EWR-Arbeitsgruppe Transport (EWR-Rechtsakte zu Anhang XIII des EWR-Abkommens)
Im Rahmen der EFTA-Arbeitsgruppe Transport wurden eine erhebliche Anzahl von Rechtsakten, Vorschlägen und Programmen der Europäischen Gemeinschaft bearbeitet. Im Jahr 2010 wurden 84 in das EWR-Abkommen zu übernehmende Rechtsakte Formblätter erstellt. 33 Rechtsakte betrafen die Zivilluftfahrt, 15 den Eisenbahnverkehr, 20 den Seeverkehr sowie die Binnenschifffahrt und 16 den Strassentransport.

Digitaler Fahrtschreiber (DFS) in Liechtenstein
In diesem seit 2006 eingeführten Projekt ergaben sich im

Berichtsjahr einige Aufgaben im Zusammenhang mit der Neuerstellung von EDV-Programmteilen und den Vorbereitungen eines Notenaustauschs mit der Schweiz zur Regelung der Zusammenarbeit.

Schwerverkehrsabgabe (LSVA und PSVA)
Am 22. Oktober tagte die Gemischte Kommission zum LSVA-Vertrag zum neunten Mal in Vaduz. Turnusgemäss unter dem Vorsitz Liechtenstein bzw. beim Amt. Neben dem Informationsaustausch zu den Tariferhöhungen 2008 wurden die Einsprachen zur Abklassierung der EURO 3 Fahrzeuge auf 1. Januar 2009, die erfolgten und die noch geplanten Rechtsänderungen (Eurovignetten-Richtlinie etc.), die finanziellen Aspekte wie Verwaltungs- und Investitionskosten sowie die Einnahmenentwicklung. Mit Beschluss vom 22. Oktober 2010 wurde für den Zeitraum vom 1.1.2011 bis 31.12.2015 ein neuer Verteilschlüssel vereinbart. Der Vollzug der LSVA (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe) und der PSVA (Pauschale Schwerverkehrsabgabe) auf liechtensteinischem Territorium und bei den liechtensteinischen Unternehmen verlief problemlos. Dem Staatshaushalt fliessen im Berichtsjahr dadurch rund CHF 10.3 Mio. zu.

Kabotage Vorschrift der Europäischen Union
Mit der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs hat die EU in Kapitel III eine Kabotage Vorschrift erlassen und per 14. Mai 2010 in Kraft gesetzt. Innerhalb einer Frist von sieben Tagen können Inhaber einer Euro-Lizenz drei Kabotagebeförderungen in jenem Mitgliedstaat unter der Voraussetzung durchführen, dass sie auf eine Kabotagebeförderung je Mitgliedstaat innerhalb von drei Tagen nach der Einfahrt des unbeladenen Fahrzeugs in das Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaates beschränkt sind. Das Amt hat die Lizenznehmer über die neue Vorschrift informiert.

Arbeitsgruppe Strassentransport
Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern des Amtes für Handel und Transport (Vorsitz), des Ausländer- und Passamtes, der Landespolizei und der Motorfahrzeugkontrolle zusammen. Sie traf sich im Jahr 2010 zu zwei Sitzungen. Nebst aktuellen Problemstellungen wurden die Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen, die Grundausbildung und regelmässige Weiterbildung von Berufschauffeuren, die erfolgten Betriebsstättenprüfungen, besondere Probleme der Taxiunternehmen sowie die Entwicklung bei den Transportbewilligungen, Euro-Lizenzen, Fahrerbescheinigungen und Fahrtenblattheften behandelt.

Fachgruppe Gefahrguttransport
Die Fachgruppe Gefahrguttransport setzt sich aus Vertretern des Amtes für Handel und Transport (Vorsitz), der Landespolizei und des Amt für Umweltschutz zusammen. Sie traf sich im Jahr 2010 zu drei Sitzungen, davon zwei Mal mit einer Delegation einer Schweizerischen Gefahrgutorganisation um eine rechtskonforme Organisationsstruktur für Prüfungen für Gefahrgutbeauftragte auszuarbeiten. Die Regierung beauftragte in Folge die Fachgruppe mit der Leitung und Organisation der Prüfungen. Die Schulungsveranstalter wurden im Rahmen einer Infoveranstaltung über die Neuerungen, welche im Jahr 2011 eingeführt werden, informiert.

Neues Eisenbahngesetz
Das neue Eisenbahngesetz wurde im November 2010 im Landtag in erster Lesung behandelt. Gemäss der Gesetzesvorlage ist das Amt zukünftig als Unfalluntersuchungsstelle und als Regulierungsbehörde im Eisenbahnwesen zuständig.

Ausschuss für Erleichterungen im Eisenbahnverkehr
Die Regierung benannte einen Delegierten aus dem Amt zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Erleichterungen im Eisenbahnverkehr im November 2010. Dieser Ausschuss basiert auf dem Regelwerk der OTIF (Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires) und behandelt den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr im eurasischen Raum.

Transportunternehmerbewilligungen
Im Berichtsjahr wurden 48 neue Transportunternehmerbewilligungen vom Amt ausgestellt. 13 mit dem Zweck des Personentransports, 23 mit dem Zweck des Gütertransports und 12 für die kombinierten Zwecke Güter- und Personentransport. Gleichzeitig wurden sechs Transportunternehmerbewilligungen gelöscht. Der Bestand der ausgestellten Transportunternehmerbewilligungen betrug per 31. Dezember 2010 236 Bewilligungen. Davon waren 80 Unternehmen im Besitze der EURO-Lizenz und 156 Unternehmen besassen keine EURO-Lizenz. Die 80 Unternehmen mit einer EURO-Lizenz verfügten zusammen über 574 Lizenzkopien (pro Fahrzeug eine Kopie).

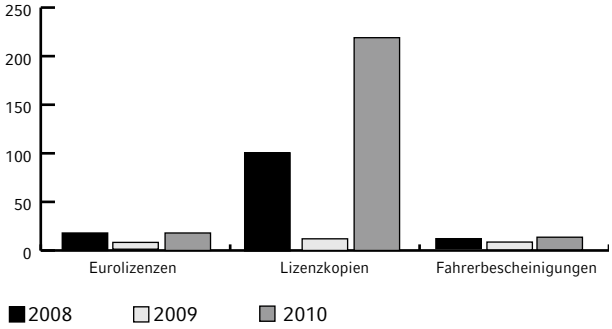
CEMT (Europäische Verkehrsministerkonferenz)
Für das Jahr 2010 stand dem liechtensteinischen Transportunternehmen ein ausreichendes Kontingent an CEMT-Genehmigungen zur Verfügung.

Überprüfung von Transportunternehmen
Im Berichtsjahr wurden 20 Betriebsprüfungen bei Güter- und Personentransportunternehmen durchgeführt. Die Betriebsprüfungen wurden mit den Unternehmen vorgängig abgestimmt und dienten darüber hinaus jeweils auch einem allgemeinen Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Behörde. Bei einigen Firmen wurden Mängel festgestellt, die in der Folge bereinigt werden konnten.

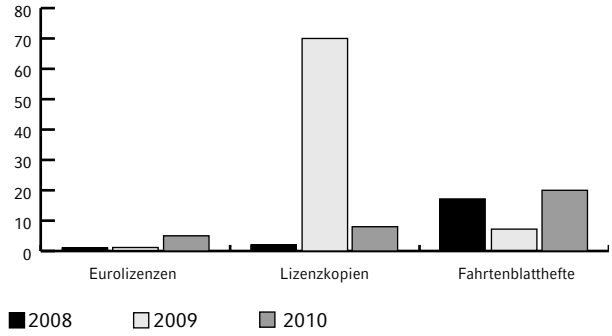
EWR-Dokumente
Im Jahr 2010 wurden 18 Euro-Lizenzen und 219 Lizenzkopien für den Gütertransport im EWR ausgestellt. Zusätzlich wurden 13 Fahrerbescheinigungen bewilligt und ausgestellt.

Im Personentransport wurden im Jahr 2010 fünf Euro-Lizenzen und acht Lizenzkopien ausgestellt. Insgesamt wurden 20 Fahrtenblatthefte für den Personentransport ausgegeben.

Ausgestellte EWR-Dokumente Gütertransport



Ausgestellte EWR-Dokumente Personentransport



Drittlandbewilligungen Österreich
Für den Drittlandtransport im Zusammenhang mit Österreich stand dem liechtensteinischen Transportgewerbe ein ausreichendes Kontingent zur Verfügung.

Zivilluftfahrt

Allgemeines
Im Jahr 2010 hat der Fachbereich Zivilluftfahrt der Abteilung Transport eine Vielzahl der unterschiedlichsten Anfragen von in- und ausländischen Personen und Unternehmen sowie der Verwaltung, der Europäische Agentur für Flugsicherheit und anderer nationaler Zivilluftfahrtbehörden bearbeitet. Weiters wurden für in Liechtenstein ansässige Firmen Betriebsgenehmigungen und damit im Zusammenhang stehende Sondergenehmigungen, wie z. B. Aussenlandegenehmigungen ausgestellt. Die Übernahme von Rechtsakten aus der Schweiz erfolgte im Rahmen der regelmässigen Bereinigungen der Anlagen zum Notenaustausch vom 27. Januar 2003 betreffend die Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt (LGBl. 2003 Nr. 40).

Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)
Seit dem 01. Juni 2005 ist Liechtenstein Mitglied der Europäischen Agentur für Flugsicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der EASA wurde weiter vorangetrieben und auch durch die Teilnahme an ausgewählten Sitzungen im Rahmen des EASA-Regelwerks vertieft.

Zusammenarbeit mit dem Schweizerischem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)
Am 13.12.2010 wurde in Liechtenstein die achte Koordinationskonferenz mit dem BAZL abgehalten. Die Anbindung des Amtes an das Register der Pilotenlizenzen sowie an das liechtensteinische Luftfahrzeugregister des BAZL hat sich im Berichtsjahr, wie in den Vorjahren, bestens bewährt.

Die angepasste Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesamt für Zivilluftfahrt und dem Amt für Handel und Transport trat am 23. März 2010 in Kraft. Liechtenstein hat diese im LGBl. 2010 Nr. 77 publiziert.

FABEC/SES Abkommen
Die Schweiz hat am 2. Dezember 2010 das FABEC-Abkommen (Functional Airspace Blocks) zusammen mit Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg unterzeichnet. Liechtenstein ist von dem Abkommen umfasst, da dies auf die Flight Information Region Schweiz abstellt, zu dem auch der Luftraum von Liechtenstein zählt.

In der Folge wurde eine Anpassung des Notenaustausches betreffend die Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt (LGBl. 2003 Nr. 40) in einigen Punkten vorangetrieben und konnte im Berichtsjahr verabschiedet werden (LGBl. 2010 Nr. 436).

Amt für Kommunikation

Amtsleiter: Dipl. Ing. Kurt Bühler

Das Amt für Kommunikation (AK) nimmt eine breite Palette von Aufgaben in der Überwachung, Verwal-tung, Regulierung und Repräsentanz im Bereich der elektronischen Kommunikation in Liechtenstein wahr.

Aufgaben / Organisation

Als Hauptaufgaben werden die Aufsicht und die technische Regulierung im Bereich der elektronischen Kommunikation, die Verwaltung von Ressourcen im Bereich der Identifikationsmittel und Frequenzen, Vertretung liechtensteinischer Interessen als Experten in internationalen Gremien, administrati-ve/technische Tätigkeiten im Bereich Massenfunk und die Zusammenarbeit in Koordinationsfragen mit anderen Amtstellen innerhalb der Landesverwaltung wahrgenommen. Das AK berät die

Regierung, insbe-sondere das Ressort Wirtschaft in Fragen im Bereich der elektronischen Kommunikation. Das AK war im Berichtsjahr mit sechs Vollzeitstellen besetzt.

Regulatorische Aufgaben

Marktanalysen

Seit Inkrafttreten des Kommunikationsgesetzes (KomG) erfolgt die sektorspezifische Wettbewerbsregulie-rung («Sonderregulierung») innerhalb der elektronischen Kommunikationsmärkte gemäss der in der Mark-tabgrenzungs-Kundmachung definierten (Teil-) Märkte mittels der jeweiligen Marktanalyse bzw. eines betriebswirtschaftlichen Gutachtens eines definierten Marktsegments. Wird in der jeweiligen Marktanalyse für ein oder für mehrere Unternehmen eine beträchtliche Marktmacht im entsprechenden Teilmarkt festge-stellt, so können dem bzw. den Unternehmen sektorspezifische Verpflichtungen (Massnahmen der Son-derregulierung) auferlegt werden, die geeignet sind, die in der Marktanalyse identifizierten Wettbewerbs-probleme zu beheben.

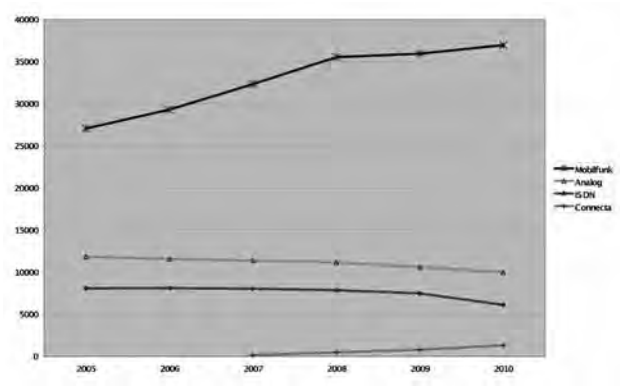
Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Märkte (Verbindungsaufbau in öffentliche Telefonnetze (M2) und die Anrufzustellung in öffentliche Telefonnetze (M3) erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt konnten nun 5 von 7 Marktanalysen der von europäischen Überwachungsbehörde ESA für die EFTA-Mitgliedstaaten rechtskräftig im ersten Durchgang abgeschlossen werden. Für den Mobilterminierungs-markt M7 konnte im Berichtsjahr die öffentliche Konsultation abgeschlossen werden. Die entsprechende Verfügung wird voraussichtlich im 2. Quartal 2011 erlassen werden.

Missbräuche und Erreichbarkeit 00423

Anzahl und Umfang der Missbrauchsfälle im Jahre 2010 haben sich gegenüber den Vorjahren massiv reduziert. Als Gründe dafür können die Revision des liechtensteinischen Nummerierungsplanes im Jahre 2009 sowie die Abänderung des Kommunikationsgesetzes per 1. Mai 2010 und den damit verbundenen verschärften Regeln für Missbrauchsbekämpfung genannt werden. Als direkte Folge daraus war im Jahre 2010 eine extensive Bereinigung von Rufnummernblöcken aus dem Bereich Internationale Mobilfunkdien-ste festzustellen. Als weitere Massnahme zur Verhinderung und Bearbeitung von Missbrauchsfällen wurde die direkte Zusammenarbeit zwischen dem AK mit der internationalen Mobilfunk-Assosication (GSMA-FF) – der weltweit grössten Vereinigung zur Bekämpfung von Telefonmissbrauch – forciert und der diesbezüg-liche Informationsaustausch erheblich intensiviert. Zusätzlich leistete das AK in entsprechenden Arbeits-gruppen der ITU in Genf aktive Beiträge. Durch die internationalen Beziehungen konnten auch direkt mit hohen Vertretern international tätiger Betreiber die Belange Liechtensteins dargelegt werden. Die oben erwähnten Missbrauchsfälle sind ausschliesslich in der Rufnummerngasse für Sonderdienste aufgetreten.

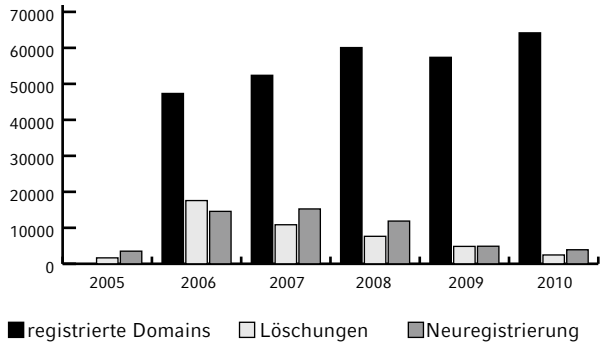
Marktaufsicht

Basierend auf den statistischen Erhebungen zeigt das Verhalten der liechtensteinischen Bevölkerung eine Tendenz zur Mobilfunktechnologie. Wenngleich die Festnetzabonnemente nur eine schwach abnehmende Tendenz aufweisen, ist bei Mobilfunkabonnementen ein gleichmässiger Aufwärtstrend zu verzeichnen. Im Mobilfunkbereich kann aufgrund eines erweiterten Daten-Diensteangebotes, insbesondere durch die UMTS Technologie ein weiterer Zuwachs der Mobilfunkabonnemente verzeichnet werden.



Entwicklung Sprachanschlüsse 2005 – 2010

Im Bereich Internet ist die Registrierung der .li-Domäne an die schweizerische SWITCH ausgelagert. Nach einer kontinuierlichen Steigerung in den Jahren 2005-2008 stieg die Registrierung liechtensteinischer Do-mainnamen kontinuierlich an und etablierte sich im Bereich von 60'000 Domainnamen. Im Berichtsjahr konnte ein weiterer Wachstum auf 64'179 Domainnamen per Ende Dezember 2010 verzeichnet werden.



Entwicklung Registrierung .li - Domains 2005 - 2010

Phishing

Unter dem Begriff «Phishing» werden Versuche genannt, an Daten eines Internet-Benutzers z.B. über ge-fälschte Internetseiten zu gelangen. Auf einer täuschend echt nachgeahmten Internetseite geben sich sog. Phisher als vertrauenswürdige Personen aus und versuchen, durch gefälschte elektronische Nachrichten an sensible Daten wie Benutzernamen und Passwörter für Online-Banking oder Kreditkarteninformationen zu gelangen.

Für das Berichtsjahr wurden folgende Phishing-Angriffe auf liechtensteinische Internet-Domänen registriert:

2. Halbjahr 2009	238 phishing Attacken 14 Internetseiten wurden missbraucht
1. Halbjahr 2010	5 phishing Attacken 3 Internetseiten wurden missbraucht

Projektaufgaben

Rechtsgrundlagen
Das AK hat im Berichtszeitraum als Teil der Arbeitsgruppe die Überarbeitung der Abänderung des Kom-munikationsgesetzes zu Ende geführt und die Verordnung über Kommunikationsnetze und -dienste, die Gebührenverordnung, die Verordnung über Funkanlagen und Kommunikationsendeinrichtungen und die Verordnung über die Aufgaben und Befugnisse der Regulierungsbehörde im Bereich der elektronischen Kommunikation abgeändert.

Die Abänderung der Verordnung über Identifikationsmittel und Frequenzen im Bereich der elektronischen Kommunikation befindet sich gegenwärtig im Bearbeitungs- bzw. Vorbereitungsprozess.

Die Abänderung des Kommunikationsgesetzes brachte die genannten umfangreichen Abänderungen der Durchführungsbestimmungen zum Kommunikationsgesetz mit sich.

Seit der Einführung des neuen Rechtsrahmens im Jahr 2006 konnten sowohl im Rahmen der Tätigkeit der Regulierungsbehörde für die elektronische Kommunikation als auch aufgrund einschlägiger Entschei-dungen nationaler und europäischer Behörden umfangreiche Erfahrungen gesammelt werden, die eine Anpassung der Kommunikationsgesetzgebung erforderlich machte.

Darüber hinaus haben sich sowohl das rechtliche, insbesondere EWR-rechtliche, als auch das techni-sche Umfeld im Bereich der elektronischen Kommunikation zwischenzeitlich mit der gewohnten Dynamik entwickelt, sodass auch insofern eine Anpassung des geltenden Rechts sowohl auf Gesetzes- als auch auf Verordnungsebene geboten war.

Schliesslich haben sich bestimmte Regelungsdefizite, insbesondere hinsichtlich des Schutzes der Nutzer offenbart, die es sowohl im Rahmen der Abänderung auf Gesetzes- als auch auf Verordnungsebene zu beheben galt.

Die Abänderung des Kommunikationsgesetzes als auch der Verordnungen brachten es mit sich, dass zahlreiche sog. Zuteilungsverfügungen im Berichtszeitraum an diese neuen Bestimmungen von Amtes wegen anzupassen waren.

Weiters wurden einige Entscheidungen des Amtes für Kommunikation vor den jeweils zuständigen Höchstgerichten bekämpft, teilweise sind diese Verfahren bzw. Teile davon noch anhängig. Diese Verfah-ren waren und sind mit einem ausserordentlichen hohen personellen Aufwand verbunden.

Frequenzkoordination
Die deutschsprachigen Behörden treffen sich regelmässig zu Gesprächen im Bereich der Frequenzkoordi-nation. Im Berichtsjahr wurden weitere Frequenzbereiche im Bereich des digitalen Rundfunks und des Mobilfunks koordiniert. Im Bereich der Frequenzbereiche für den Mobilfunk konnten Abkommen im Rah-men der HCM-Vereinbarung unterzeichnet werden. Diese Frequenzabkommen erlauben Liechtenstein die Nutzung des gesamten zur Verfügung stehenden Frequenzbereiches für die Mobilfunktechnologie.

Internationale Repräsentanz

Das AK vertritt die Interessen Liechtensteins auf Expertenebene in verschiedenen Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen der EU, EFTA, CEPT und UNO (Bereich Telekommunikation).

Es vertritt die Interessen Liechtensteins in Konferenzen der europäischen Kommission in den Bereichen Communications Committee, Radio Spectrum Policy Group, Radio Spectrum Commission, BEREC (Body of European Regulators in Electronic Communications. Die Amtsdirektoren der europäischen Mit-gliedstaaten treffen sich viermal jährlich zur General-Assembly, die vom Contact Network, den Fachexper-ten der Regulierungsbehörden vorbereitet werden. Innerhalb der EFTA ist das AK in der Arbeitsgruppe Informationstechnologie und Telekommunikation vertreten. In der CEPT vertritt das AK die Interessen Liechtensteins im ECC (Electronic Communications Committee) und WG-ITU (Working Group on Interna-tional Telecommunication Union). Der Bereich Internetsicherheit wird in der europäischen Agentur ENISA (European Network and Internet Security Agency) vertreten. Alle 4 Jahre findet die Hauptversammlung der Internationalen Telecom Union (ITU) statt. Im Berichtsjahr fand diese Generalversammlung, an der das gesamte Führungsgremium der ITU gewählt wird, vom 4. – 22. Oktober 2010 in Guadalajara, Mexiko statt.

KOMMISSIONEN

Akkreditierungsrat

Vorsitz: Bruno Hälg

Gemäss Art. 18 des Gesetzes über die Akkreditierung und Notifizierung, LGBl. 1996 Nr. 82, berät der Akkreditierungsrat die Liechtensteinische Akkreditierungsstelle,

überprüft vorgenommene Begutachtungen und erarbeitet Entscheidungsanträge zuhanden der Akkreditierungsstelle.

Der Akkreditierungsrat hat im Berichtsjahr keine Sitzung abgehalten.

Im Berichtsjahr wurde ein Gesuch für die Erst-Akkreditierung als Zertifizierungsstelle für Produkte (Sportboote) geprüft. Auf der Grundlage des Begutachtungsberichtes ist der Entscheidungsantrag für die Akkreditierung an die Liechtensteinische Akkreditierungsstelle gestellt worden. Der Entscheidungsantrag ist auf dem Zirkularweg beschlossen worden.

Energiekommission

Vorsitzender: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer

Gemäss Energieeffizienzgesetz, LGBl. 2008 Nr. 116, berät die Kommission die Regierung in Fragen der Energiepolitik und nimmt die ihr vom Energieeffizienzgesetz übertragenen Aufgaben wahr.

Die Energiekommission hat im Jahr 2010 sieben Sitzungen abgehalten.

Die Energiekommission hat Anträge zur Förderung von Demonstrations- und anderen Anlagen zu prüfen und allfällige Förderbeiträge zuzusichern und auszurichten. Die Energiekommission befasste sich weiters im Berichtsjahr insbesondere mit dem Energiekonzept 2020. Weiters wurden für die Förderung massgebende Grundlagen hinterfragt und diskutiert. Im Bereich der Photovoltaikanlagen wurde eine Anpassung der Tarife aufgrund der stark gesunkenen Anlagenpreise diskutiert, und der Regierung empfohlen, diese anzupassen.

Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK)

Vorsitzender: Dr. Stefan Wenaweser

Gemäss dem Gesetz über den Elektrizitätsmarkt (EMG), LGBl. 2002 Nr. 144, und dem Gesetz über den Erdgasmarkt (GMG), LGBl. 2003 Nr. 218, berät die Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK) die Regierung in grundsätzlichen oder sonst bedeutsamen Fragen der Elektrizitäts- und Energiepolitik, erlässt bei Bedarf Richtlinien für eine transparente, nicht diskriminierende und kostenorientierte Berechnung der Preise, genehmigt Durchleitungspreise und Bedingungen für die Einspeisung aus Erzeugungsanlagen sowie der Benutzung von Verbindungsleitungen, entscheidet über die Verweigerung des Zugangs zu liechtensteinischen Netzen und übernimmt die Schlichtung von Streitfällen.

Im Berichtsjahr wurden fünf Sitzungen abgehalten und diverse Agenden im Zirkularweg behandelt. Die EMK hat im Berichtsjahr verschiedene aktuelle Fragestellungen und eingehende Anfragen bearbeitet bzw. an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Die EMK hatte ein Treffen mit einem Vertreter der ESA welche die Umsetzung der EWR relevanten Rechtsakte überprüft. Ein weiteres Thema waren die Vorbereitungen zur Umsetzung des 3. Liberalisierungspaketes der EU für den Strom- und Gasmarkt. Die EMK hat die Überprüfung der Netznutzungspreise (Transportentgelte) bei der Liechtensteinischen Gasversorgung vorgenommen und Empfehlungen zur Kostenrechnung abgegeben. Ausserdem hat sich die EMK mit der vorgesehenen periodischen Berichterstattung an die ESA in einem Energiemarktbericht für 2009 der Liechtensteinischen Regulierungsbehörde für den Strom- und Erdgasmarkt befasst.

Einigungsamt

Vorsitz: Horst Schädler, Persönlicher Mitarbeiter des Regierungschefs

Die Aufgabe des Einigungsamtes besteht gemäss dem Arbeiterschutzgesetz darin, in Kollektivstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermitteln.

Im Berichtsjahr fand keine Sitzung des Einigungsamtes statt.

Prüfungskommission für die Gastwirteprüfung

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter Abteilung Wirtschaft, Amt für Volkswirtschaft

Gestützt auf die Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die fachliche Eignung im Gastgewerbe, LGBl. 2006 Nr. 254, besteht die Gastwirteprüfung aus den Fächern Rechtskunde sowie Lebensmittelrecht und –hygiene. Diese Prüfung ist Voraussetzung für die Bewilligung sämtlicher gastgewerblicher Tätigkeiten. Bei genügend Anmeldungen wird die Prüfung jährlich zweimal durchgeführt. Die be-

standene Prüfung bildet den Nachweis der fachlichen Eignung zur selbständigen Führung eines gastgewerblichen Betriebes nach den Bestimmungen des Gewerbegesetzes, LGBl. 2006 Nr. 184. Die Prüfungskommission setzt sich aus einem Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft als Vorsitzenden, einem Vertreter des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen, zwei Delegierten aus dem Gastgewerbe sowie einem Rechtsexperten zusammen.

Im Berichtsjahr (Vorjahr) wurden 2 (2) Gastwirteprüfungen gemäss der Verordnung LGBl. 2006 Nr. 254 durchgeführt. Zur Prüfung angetreten sind insgesamt 68 (58) Kandidatinnen und Kandidaten, davon 12 (7) Repetenten. Insgesamt haben 48 (45) Kandidatinnen und Kandidaten die Prüfung bestanden und den Befähigungsausweis zur Führung eines gastgewerblichen Betriebes gemäss Art. 13 f. des Gewerbegesetzes erhalten.

Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens

Vorsitz: Wilfried Pircher, Amtsleiter, Amt für Handel und Transport

Gestützt auf die Verordnung über die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1996 Nr. 166 i.d.g.F., ist die Kommission für die Organisation, Durchführung und Aufsicht der Fachprüfung zuständig. Die Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaftskammer, der Landespolizei, der Motorfahrzeugkontrolle und des Amtes für Handel und Transport zusammen.

Die Prüfung findet grundsätzlich bei Bedarf statt, in der Regel alle zwei Jahre. Die Wirtschaftskammer hatte im Berichtsjahr einen Vorbereitungskurs ausgeschrieben. Aufgrund der geringen Anzahl Anmeldungen wurde auf die Durchführung des geplanten Vorbereitungskurses verzichtet und keine Prüfung ausgeschrieben.

Im Berichtsjahr fand keine Sitzung der Prüfungskommission statt.

Prüfungskommission für die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter Abteilung Wirtschaft, Amt für Volkswirtschaft

Rechtliche Grundlage für die Maurermeister- und Zimmermeisterprüfung bildet die Verordnung vom 18. Oktober 2000 über die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister, LGBl. 2000 Nr. 194. Am 24. April 2010 ist die Kommission für 4 Jahre neu bestellt worden. Die Prüfungskommission setzt sich aus einem Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft als Vorsitzenden und sechs erfahrenen Fachexperten zusammen.

Die bestandene Meisterprüfung bildet die fachliche Grundlage zur Ausübung des Gewerbes als Maurermeister/Baumeister bzw. Zimmermeister im Sinne von Art. 10 des Gewerbegesetzes, LGBl. 2006 Nr. 253.

Die Prüfungen finden in Absprache mit der Wirtschaftskammer Liechtenstein bei einer genügenden Anzahl von Interessenten statt. Aufgrund mangelnder Interessenten wurde im Jahr 2010 kein Fachkurs durchgeführt und demzufolge auch keine Prüfung abgehalten. Die letzte Prüfung fand im Jahr 2004 statt.

Dreigliedrige Kommission zur Beobachtung des Arbeitsmarktes

Vorsitzender: lic.oec. HSG Christian Hausmann, Amtsleiter, Amt für Volkswirtschaft

Mit der Schaffung eines Massnahmenpaketes zur Erhaltung und Stärkung der Sozialpartnerschaft hat die Regierung im April 2007 die Dreigliedrige Kommission gemäss § 1173a Art. 111b des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) zur Beobachtung des Arbeitsmarktes bestellt. Diese hat die Aufgabe, den Arbeitsmarkt Liechtensteins zu beobachten, eventuell vorkommende Missbräuche (wiederholte Lohnunterbietungen) festzustellen und dagegen Massnahmen zu ergreifen.

Im Jahr 2010 hat die Dreigliedrige Kommission zur Beobachtung des Arbeitsmarktes nicht getagt.

Kommission für Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter Abteilung Wirtschaft, Amt für Volkswirtschaft

Die Zuständigkeit der Kommission für Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens ergibt sich aus Art. 25 des Gesetzes vom 29. Mai 2008 über die Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens (Bauwesen-Berufe-Gesetz; BWBG, LGBl. 2008 Nr. 188), sowie der Verordnung über die Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens (Bauwesen-Berufe-Verordnung; BWBV, LGBl. 2002 Nr. 47). Die Kommission setzt sich aus einem Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft als Vorsitzenden, zwei Delegierten der liechtensteinischen Ingenieur- und Architektenvereinigung (LIA) sowie zwei von der Regierung gewählten Mitgliedern zusammen.

Die Kommission für Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens traf sich im Berichtsjahr (Vorjahr) zu 4 (4) Sitzungen und hat 14 (18) Bewilligungen für Neugründungen erteilt. Diese Bewilligungen unterteilen sich in 4 (2) Einzelfirmen und 10 (16) juristische Personen. Dabei haben die verantwortlichen Personen bei 7 (9) Bewilligungen ihren Wohnsitz im Inland und bei 7 (9) Bewilligungen im Ausland.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung wurden 27 (Vorjahr 24) Meldebestätigungen ausgefertigt. Davon sind 24 Meldebestätigungen erstmals und 3 Meldbestätigungen als Verlängerungen ausgestellt worden. Der Herkunftsstaat der Dienstleister ist bei 20 (15) Meldungen die Schweiz, bei 5 (6) Meldungen Österreich und bei 2 (3) Meldungen Deutschland.

Die Kommission hat im Berichtsjahr in einem Fall wegen Berufsausübung ohne Bewilligung ein Verwaltungsstrafbot ausgestellt. Zwei Firmen wurden zu Stellungnahmen aufgefordert, weil sie Arbeitsgattungen anbieten, für die sie über keine Bewilligung verfügen.

Koordinierungsgremium für Innovation und technologische Entwicklung (Forschungskommission)

Vorsitzender: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer

Das Koordinierungsgremium für Innovation und technologische Entwicklung berät die Regierung in Fragen der Forschungspolitik. Sie unterstützt die Nationale Kontaktstelle (NKS) insbesondere hinsichtlich der bestehenden Förderprogramme und hilft bei der Kontaktaufnahme zu inländischen Unternehmen, welche an einem Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen interessiert sind. Sie setzt sich aktiv für einen laufenden Wissenstransfer ein und unterbreitet aufgrund der gemachten Erfahrungen Vorschläge für eine wirkungsorientierte Innovationspolitik für Liechtenstein. Die Forschungskommission setzt sich aus Vertretern der Wirtschaft, der Bildung, der Behörden sowie je einem Experten aus der Schweiz und aus Vorarlberg zusammen. Sie hat sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen getroffen. Den Vorsitz führt der Inhaber des Ressorts Wirtschaft.

Auf Initiative des Koordinierungsgremiums für Innovation und technologische Entwicklung konnte Anfang 2010 die Nationale Kontaktstelle für Forschung und technologische Entwicklung (NKS) mit einer 100%-Stelle besetzt werden.

Die gute Zusammenarbeit mit der schweizerischen Förderagentur für Innovation (KTI) konnte trotzt der Neuausrichtung der Förderagentur beibehalten werden.

Auch in diesem Zusammenhang ist das Projekt für ein Innovationszentrum Rheintal (IZR) zu sehen, das in der Kommission intensiv diskutiert und weiterbearbeitet wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM) in Landquart gestaltete sich zufriedenstellend und der Aufbau der Kompetenz im Bereich der Europäischen Forschungszusammenarbeit konnte markant vorangetrieben werden.

Medienkommission

Vorsitzender: Helmuth Müssner

Die Aufgaben der Medienkommission sind im Mediengesetz (MedienG) vom 19. Oktober 2005, LGBl. 2005 Nr. 250, sowie im Medienförderungsgesetz (MFG) vom 21. September 2006, LGBl. 2006 Nr. 223, geregelt. Laut Gesetz vom 23. Oktober 2003 über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRFG), LGBl. 2003 Nr. 229, obliegt der Medienkommission zudem die rechtliche Kontrolle über den Rundfunk.

Die Medienkommission wurde im Berichtsjahr vom Landtag in seiner März-Sitzung für die Mandatsperiode 2010-2014 wie folgt neu bestellt:
– Helmuth Müssner, Nendeln, Vorsitzender
– Tino Quaderer, Eschen, Stellvertretender Vorsitzender
– Joachim Batliner, Triesen
– Peter Kindle, Triesen
– Marcel Ritter, Mauren
– Heinz Beck, Vaduz, Ersatzmitglied
– Vera Oehri-Kindle, Eschen, Ersatzmitglied

Aus der Medienkommission ausgeschieden sind der bisherige Vorsitzende Michael Biedermann, Mauren, sowie Michaela Braun, Zürich, als Vollmitglied und Thomas Ritter, Mauren, als Ersatzmitglied.

Die Medienkommission traf sich im Jahr 2010 zu sechs Sitzungen. Die erste Sitzung – noch in der alten Besetzung der Medienkommission – diente dem Abschluss der laufenden Arbeiten für die Übergabe der Geschäfte an die neu zusammengesetzte Kommission. Die neue Kommission machte sich mit einer vorbereitenden Sitzung mit den gesetzlichen Grundlagen und den Aufgaben der Kommission vertraut. In den weiteren vier Sitzungen wurden die Medienförderungsanträge sowie unter anderem die Vernehmlassung zur Revision des Medienrechts, die Überarbeitung des elektronischen Antragformulars und die Erstellung einer elektronischen «Grundlagendatenbank» behandelt. Mit der Grundlagendatenbank beabsichtigt die Medienkommission, alle gesetzlichen Bestimmungen, Regierungsentscheidungen und Gerichtsurteile zu Einsprachen in elektronischer Form zusammenzufassen. Diese Grundlagendatenbank soll der Medienkommission zukünftig als Entscheidungshilfe bei der Bemessung der Medienförderung dienen, da auf der Basis der bisherigen Erfahrungen sowie der bisherigen Regierungsentscheidungen und Gerichtsurteile das Mediengesetz sehr präzise ausgelegt werden kann.

Ausschüttung von Medienförderungsbeiträgen

Die Medienkommission behandelte vier Anträge von Medienunternehmen auf direkte und indirekte Medienförderung für insgesamt acht Medienerzeugnisse. Vor der Behandlung der Anträge legte die Medienkommission den standardisierten Jahreslohn eines Medienmitarbeiters auf der Grundlage der aktuellsten liechtensteinischen Lohnstatistik aus dem Jahr 2006 auf CHF 85'000 fest. Anhand des standardisierten Jahreslohns wird die direkte Medienförderung berechnet, mit welcher die journalistische Leistung der Medienmitarbeitenden eines Medienunternehmens gefördert wird.

Direkte Medienförderung (Abgeltung der journalistischen Leistung) wurde an drei Medienunternehmen für insgesamt sieben Medienerzeugnisse ausgerichtet. Der Budgetbetrag von CHF 1.3 Mio. wurde ausgeschöpft.

Indirekte Medienförderung für die Aus- und Weiterbildung wurde an zwei Medienunternehmen ausgerichtet. Die Fördersumme in diesem Bereich betrug total CHF 44'436. Der Budgetbetrag von CHF 100'000 wurde somit nicht ausgeschöpft.

Indirekte Medienförderung für den Verbreitungsaufwand wurde an drei Medienunternehmen ausgerichtet. Der Budgetbetrag von CHF 500'000 wurde somit ebenfalls nicht ausgeschöpft.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer

Im Berichtsjahr konnten im Sinne der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes verschiedene Projekte erfolgreich realisiert bzw. vorangetrieben werden. So konnten nach Vorliegen der vertraglichen Vereinbarungen sowie der notwendigen Beschlüsse von Regierung und Landtag die eigentlichen Planungen für die S-Bahn FL.A.CH initiiert werden und das Projekt in eine entscheidende Phase gelangen. Im November des Berichtsjahres konnte mit der Inbetriebnahme des Grosskreisels sowie der Eröffnung des Busbahnhofes in Schaan ein wesentlicher Meilenstein für den Verkehr in Liechtenstein gelegt werden. Im Bereich der Gesetzesprojekte wurde unter anderem die Totalrevision des Eisenbahngesetzes im Zusammenhang mit dem Projekt S-Bahn FL.A.CH dem Landtag vorgelegt.

Mobilitätskonzept 2015

Mit dem Mobilitätskonzept «Mobiles Liechtenstein 2015», welches im Berichtsjahr das zweite Jahr seine Wirkung entfalten konnte, hat die Regierung neben einer Mobilitätsstrategie auch die Grundsätze zur Organisation und zur Umsetzung der Strategie genehmigt. Dies beinhaltete als wichtiges Element unter anderem auch die Neuorganisation des Aufgabenbereichs Verkehr in der Landesverwaltung. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Mobilitätskonzepts 2015 wurden im Berichtsjahr verschiedene Projekte initiiert bzw. weiter vorangetrieben.

Infrastrukturplanung für S-Bahn FL.A.CH

Nachdem die vertraglichen Grundlagen geschaffen und die notwendigen Beschlüsse in Regierung und Landtag gefasst wurden, konnten im Berichtsjahr die eigentlichen Planungen zum Ausbau der Eisenbahnstrecke angegangen werden. Das internationale Vergabeverfahren wurde im April 2010 abgeschlossen. Planungsgegenstand auf liechtensteinischem Hoheitsgebiet ist der Doppelspurabschnitt von der Grenze Schaanwald – Tisis bis Nendeln, die Errichtung bzw. Adaption aller Haltestellen sowie Umweltschutz-Massnahmen entlang der Bestandsstrecke. Parallel hierzu werden die Anschlussbauwerke durch das Tiefbauamt geplant. Unter Einbezug der Gemeinden Mauren, Eschen und Schaan konnten die Planungsgrundlagen, insbesondere die Gestaltung und Erschliessung der Haltestellen sowie die Niveaufreimachung bestehender Eisenbahnkreuzungen, erarbeitet werden. Am 6. Dezember 2010 fand die Projekterörterung zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für den Umweltverträglichkeitsbericht statt.

Gesetzliche Grundlagen

Im Zusammenhang mit dem von der Regierung verfolgten Ziel einer deutlichen Verbesserung des Personennahverkehrs auf der Schiene (S-Bahn FL.A.CH) wurde im Oktober des Berichtsjahres dem Landtag der Bericht und Antrag betreffend die Totalrevision des Eisenbahngesetzes vorgelegt. Um – im Verbund mit dem Linienbusverkehr – den öffentlichen Verkehr in Liechtenstein und grenzüberschreitend deutlich attraktiver zu gestalten, ist künftig eine Reihe von Massnahmen betreffend den Ausbau und die Nutzung der vorhandenen Bestandsstrecke erforderlich. Daher ist die Schaffung eines neuen Eisenbahngesetzes, welches die Entwicklung des EWR-Eisenbahnrechts sowie die veränderten Bedürfnisse berücksichtigt, geboten.

Internationale Zusammenarbeit

Auf Einladung des damaligen Verkehrsministers der Schweiz, Bundesrat Moritz Leuenberger, nahm der Ressortinhaber an den Feierlichkeiten rund um den Durchstich am Gotthard Basistunnel teil. Die Veranstaltung konnte dazu genutzt werden, einen Dialog zur Zukunft des öffentlichen, insbesondere des Eisenbahnverkehrs zu führen. Als Würdigung einer langen Freundschaft und guten Kooperation lud der Ressortinhaber den scheidenden Bundesrat Leuenberger zu einem Abschiedsbesuch nach Liechtenstein ein.

Regelmässig haben im Berichtsjahr Kontakte mit den entsprechenden Regierungs- und Amtsstellen aus den Nachbarländern Schweiz und Österreich stattgefunden. Im Rahmen des Projektes S-Bahn FL.A.CH fanden auf Expertenebene verschiedene Koordinations- sowie Arbeitstreffen statt.Amtsstelle

AMTSSTELLE

Motorfahrzeugkontrolle

Amtsleiter: Fidel Frick

Die Aufgaben der Motorfahrzeugkontrolle umfassen die Ausstellung von Fahrzeugzulassungen (Fahrzeugausweise und Kontrollschilder), die Erteilung von Lernfahrausweisen und Führerscheinen, die Erteilung von Sonderbewilligungen (Transporte mit Übermassen und Bewilligungen durch Fahrverbote), Administrativmassnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern sowie Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughaltern, die Ausstellung von Behinderten-Parkkarten, die Abnahme von Theorie- und Führerprüfungen sowie die technische Kontrolle von Motorfahrzeugen und Anhängern.

Theorieprüfung
Am 1.1.2010 wurde das «Open Door» System bei den Theorieprüfungen eingeführt. Nach der Anmeldung zur Theorieprüfung können die Kandidatinnen und Kandidaten nun ihren Prüfungstermin selber wählen. Es besteht die Möglichkeit jeweils am Mittwoch Nachmittag die Theorieprüfung aller Kategorien abzulegen.

Elektrofahrzeuge
Im Jahr 2009 wurden für 1041 Elektrofahrzeuge eine Subvention von CHF 1'863'409 ausbezahlt. Der Landtagsbeschluss bezüglich Aufhebung der Subvention für Elektrofahrzeuge trat per 10.5.2010 in Kraft. Im Zeitraum vom 1.1. bis 10.05.2010 wurden noch 622 Elektrofahrzeuge mit Total CHF 1'033'245 subventioniert.

Periodengerechte Abgrenzung der Motorfahrzeugsteuern
Aufgrund besserer Auswertungsmöglichkeiten in der im Jahre 2009 eingeführten Amtssoftware «Cari» konnte der abzugrenzende Steuerbetrag, welcher im Jahr 2010 bereits für das Folgejahr 2011 vereinnahmt wurde, erstmals periodengerecht abgegrenzt werden. Diese erstmalige Abgrenzung erzeugt einen Umstellungseffekt, welcher die im Vergleich zum Vorjahr (2009) niedrigeren Einnahmen erklärt.

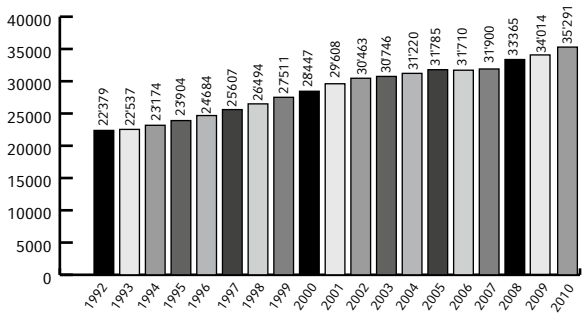
Entwicklung des Fahrzeugbestandes
Im Jahr 2010 (2009) wurden total 2391 (2276) neue Fahrzeuge immatrikuliert, davon waren 1782 (1620) Personenwagen und 234 (260) Motorräder. Der Fahrzeugbestand per 1. Juli 2010 (2009) nahm um 3.6% (2.2%) oder 1367 (789) Fahrzeuge zu und betrug am 1. Juli 2010 38836 Fahrzeuge. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 5.1% mehr Neufahrzeuge in Verkehr gesetzt, wovon der Immatrikulationszugang bei neuen Personenwagen 10.0% betrug.

Die Entwicklung des Fahrzeugbestandes ist in der folgenden Tabelle ersichtlich. Die Vorjahreszahlen sind in (Klammer) gesetzt.

Fahrzeugbestand per 1.7.2010:

FAZG	Fahrzeuggruppen	2010	2009	Veränderung	%
1	Personenwagen	26'890	25'909	+981	+3.8
2	Personentransportfahrzeuge	277	270	+7	+2.6
3	Sachentransportfahrzeuge	2'791	2'712	+79	+2.9
4	Landwirtschaftliche Fahrzeuge	1'002	967	+35	+3.6
5	Gewerbliche Fahrzeuge	597	579	+18	+3.1
6	Motorräder	3'737	3'577	+157	+4.4
	Total Motorfahrzeuge	**35'291**	**34'014**	**+1'277**	**+3.8**
7	Anhänger	3'545	3'455	+90	+2.6
	Total Fahrzeuge	**38'836**	**37'469**	**+1'367**	**+3.6**

Bestand der Motorfahrzeuge



Abteilung Administration

In der Abteilung Administration wurden folgende Beträge erhoben:

	Steuer-Einnahmen	CHF
1	Personen-, Lieferwagen und Kleinbusse	9'405'766
2	Lastwagen, schwere Sattelschlepper	865'040
3	Gesellschaftswagen	53'120
4	Anhänger	354'943
5	Motorräder, Kleinmotorräder	342'797
6	Landwirtschaftliche Fahrzeuge	57'494
7	Arbeitsfahrzeuge	62'300
8	Kollektivschilder	84'552
9	Motorfahrräder	10'300
	Total Steuern	**11'236'312**

	Gebühren-Einnahmen	CHF
1	Lernfahrausweise	51'900
2	Führerscheine	124'450
3	Fahrzeugausweise	557'910
4	Kontrollschilder	122'250
5	Versteigerung und Verkauf Kontrollschilder	8'320
6	Depotgebühren	53'500
7	Allgemeine Gebühren	241'943
8	Sonderbewilligungen	68'357
9	Fahrzeugprüfungen	773'650
10	Führerprüfungen	111'910
11	Verkauf Handelswaren	11'132
	Bearbeitungsgebühren für:	
12	Autobahnvignetten inklusive Poolgelder «asa»	50'950
13	Schwerverkehrsabgaben	159'708
14	Digitaler Fahrtschreiber	2'490
15	Diverse Gebühren	1'936
	Total Gebühren	**2'340'406**

Abteilung Technik

In der Abteilung Technik wurden folgende Führer- und Fahrzeugprüfungen durchgeführt:

Führerprüfungen		Theorie negativ	Theorie positiv	Praktisch negativ	Praktisch positiv	Total
A1	Motorräder bis 125 ccm	87	135	27	70	319
A	Motorräder über 125 ccm	-	-	43	70	113
B	Leichte Motorwagen	160	282	134	402	978
B1	Klein- und dreirädrige Motorfahrzeuge	-	-	-	-	-
BE	Anhänger an leicht. Motorwagen	-	-	2	18	20
BPT	Berufsmässiger Personentransport mit Kat. B	-	-	1	16	17
C	Lastwagen	19	11	4	10	44
CE	Anhänger an Lastwagen	-	-	1	7	8
C1	Lastwagen bis 7.5t + Feuerwehr	-	3	-	7	10
D	Gesellschaftswagen	2	8	-	6	16
D1	Kleinbus	-	-	-	1	1
G/F	Motorfahrzeuge bis 45 km/h und landw. Fahrzeuge	16	29	-	-	45
M	Motorfahrräder	8	113	-	-	121
Total		**292**	**581**	**212**	**607**	**1'692**

Kontrollfahrten	negativ	positiv	Total
	4	38	42

Fahrzeugprüfungen	Durchgeführte Fahrzeugprüfungen
Personenwagen	5'874
Motorräder	944
Landwirtschaftliche Fahrzeuge	49
Lieferwagen	542
Gesellschaftswagen	90
Lastwagen	459
Arbeitsmotorfahrzeuge	11
Anhänger	773
Übrige Fahrzeuge	24
Technische Änderungen	451
Import Personenwagen	606
Import Motorrad	35
Import übrige Fahrzeugarten	87
Total	**9'945**

Fachbereich Administrativmassnahmen (ADMAS)

Im Jahre 2010 mussten aufgrund von Verkehrsregelverletzungen mit Gefährdung der Verkehrssicherheit im Verwaltungsverfahren nach Art. 54 LVG total 783 Führerausweis-Entzugsmassnahmen (548 Ausweisentzüge, 235 Entzugsverwarnungen und darunter 1 Anordnungen für den Besuch des Verkehrsunterrichtes) verfügt werden, was einer Zunahme von 59 Massnahmen gegenüber dem Vorjahr (2009=724 ADMAS) entspricht.

Gesamthaft erfolgten im vergangenen Jahr 210 Entzüge im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall (2009 = 192 Entzüge), die auf folgenden SVG-Widerhandlungen beruhen:

Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	
– Alkohol	30
– Drogen / Medikamente	5
– Verkehrsregeln allgemein	175
Total	**210**

Gesamthaft wurden im Jahre 2010 im Zusammenhang mit Alkohol am Steuer eines Motorfahrzeuges 168 Führerausweise (inklusive 26 Alkoholrückfällige) entzogen oder der ausländische Ausweise für Liechtenstein und die Schweiz aberkannt, was gegenüber im Jahre 2009 mit 157 Entzügen einer Zunahme von 11 Massnahmen entspricht. Der durchschnittliche Blutalkoholgehalt betrug bei den männlichen Fahrzeuglenkern 1.55 Promille und bei den betroffenen Frauen 1.37 Promille.

In 26 Fällen (2009 = 26 Rückfälle) mussten den betroffenen Fahrzeuglenkern/Innen der Ausweis wegen wiederholtem Fahren in angetrunkenem Zustand innert 5 Jahren (Rückfallsfrist) für ein bis zwei Jahre, in 1 Fall auf unbestimmte Zeit und in einem Fall für dauernd entzogen werden.

Gegen 11 (Vorjahr 6) Motorfahrzeugführer mussten wegen einem Drogen-Suchtleiden ein Führerausweis-Entzug auf unbestimmte Zeit verfügt werden. Wegen fehlender Fahreignung aus Krankheitsgründen oder Alkoholsuchtleiden muss-ten auf amtsärztlichen Antrag vom Amt für Gesundheit im Jahre 2010 gegen 20 (Vorjahr 27) Lenker/Innen Ausweisentzüge auf unbestimmte Zeit verfügt werden. Die Wiedererteilung dieser Sicherungsentzüge wurde jeweils als Auflage von einem positiv lautenden amtsärztlichen Gutachten abhängig gemacht.

Weitere Einzelheiten resultieren aus der nachstehenden Entzugstabelle.

	Für die Kategorie								Entzugsgründe																													
2010 Führerausweis-Entzüge	**Anzahl erlassene Administrativmassnahmen im Strassenverkehr**	Führerausweis-Entzüge für alle Ausweis-Kategorien	Differenzierte Entzugsdauer einzelner Kategorien für Chauffeure	Aberkennung des ausländischen Führerausweises	Verweigerung des Lernfahrausweises	Entzug des Lernfahrausweises	Verkehrs-Unterricht	Medizinische Auflagen	Alkoholeinfluss – Fahrunfähigkeit ohne Unfall	Betäubungsmitteleinfluss – Fahrunfähigkeit ohne Unfall	Verletzung von Verkehrsregeln ohne Unfall	Geschwindigkeits-Überschreitung	Lernfahrten mit Motorfahrzeug ohne Begleitperson	Fahren ohne Besitz eines Führerausweises	Fahren trotz Entzug des Führer- oder Lernfahrausweises	Erwerb ausländ. Ausweis unter Umgehung des Wohnortprinzipes	Kontrollfahrt nicht bestanden – ausländischer Führerausweisinhaber	Führerfluccht nach Verletzung oder Tötung eines Menschen	Entwendung eines Motorfahrzeuges für unbefugen Gebrauch	Alkoholeinfluss – Fahrunfähigkeit mit Unfall	Betäubungsmitteleinfluss – Fahrunfähigkeit mit Unfall	Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	Übermüdung oder andere Fahrunfähigkeit mit Unfall	Fehlende Fahreignung wegen Krankheit – Sicherungsentzug	Fehlende Farheignung wegen Alkohol-Suchtleiden – Sicherungsentzug	Fehlende Fahreignung wegen Betäubungsmittel-Suchtleiden – Sicherungsentzug	Vereitelung der Blutprobe bei pflichtwidrigem Verhalten nach Unfall	Verweigerung der Blutprobe nach Fahren unter Alkohol- oder Betäubungsmitteleinfluss	Rückfall – Verkehrsregeln-Verletzungen innert 2 Jahren seit letztem Entzug	Rückfall – Alkohol- oder Betäubungsmitteleinfluss innert 5 Jahren seit letztem Entzug	Abänderungen von Motorfahrrädern zwecks Erhöhung der Motorleistung
V	**235**	221		4	3	3	1	3	1	1	14	154		5								55		3				1				
1 M	**183**	168		13		1	1				25	84	1									73	3						1			
2 M	**87**	84		1		2					17	36		8						1		22	1						1			1
3 M	**89**	86		3					58	11	1	11		1						4	1	4	1	1				1	1			
4 M	**45**	42		3					34			1		1						2		5										
5 M	**21**	20		1					8			3								6		4										
6 M	**32**	22		9	1				4	1	3	1		4	5	1				4		1							2			
7 M	**8**	7				1			2		1	1			1					2		1								1		
8 M	**1**	1																		1		1										
9 M	**5**	4		1							1			2	4																	
11 M	**1**	1							1																							
12 M	**17**	17							15	1		1		1	1					1	1									15		
13 M	**4**	4							4											5		1								1		
14 M	**4**	4							3		1									1										4		
15 M	**1**	1							1											1												
18 M	**2**	2							1						1																	
22 M	**1**	1							1																							
24 M	**2**	2							1	1																				2		
U	**42**	36	1	1	1			3	1	8				1	4	1	2			2	3	3		14	2	4				1		
D	**3**	3							3																					1		
Total	**783**	726	1	36	5	7	2	6	138	23	83	292	1	23	16	2	2	0	0	30	5	170	5	18	2	4	1	2	4	26	1	

V = Verwarnung, M = Monat, U = Unbestimmte Zeit, D = Dauernd,T = Total

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Ressorts Justiz lag wie bisher in der Bearbeitung von Gesetzesprojekten. Dies umfasst je nach Projekt vor allem die Ausarbeitung von Gesetzestexten und die Erstellung eines erläuternden Berichts, die Begleitung von Experten und das Zeitmanagement der Projekte sowie die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Gesetzgebungsbedarf ergibt sich insbesondere aus der Umsetzung von EWR-Richtlinien und internationalen Übereinkommen, parlamentarischen Eingängen, praktischer Notwendigkeit und finanzpolitischen Gründen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der frühzeitigen Erkennung von juristischen Themen und der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen gewidmet. Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet.

Arbeitsbesuche von Justizministerin Aurelia Frick

Arbeitsgespräch in Wien
Am 13. Februar 2010 fand in Wien ein Arbeitsgespräch mit der Bundesministerin für Justiz, Claudia Bandion-Ortner, statt, anlässlich welchem die bereits im Oktober 2009 in Vaduz begonnenen bilateralen Gespräche fortgesetzt und weiter vertieft worden sind. Vorgängig hat die Justizministerin an der 38. Präsidentenkonferenz der Europäischen Anwaltsorganisationen in Wien teilgenommen.

Treffen der Justizministerinnen
Am 21. und 22. Juni 2010 trafen sich die Justizministerinnen der Schweiz, Österreichs und Liechtensteins sowie ein deutscher Staatssekretär in Feusisberg. Dies war bereits das dritte Treffen dieser Art. Wie schon bei den vergangenen Gesprächen befassten sich die Teilnehmer mit aktuellen Themen der Justizpolitik. Dieses Treffen hat sich abermals als eine wichtige und für Liechtenstein sehr nützliche Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen in der Justizpolitik erwiesen.

Teilrevision ABGB (Projekt «200 Jahre ABGB»)
Aufgrund des im Jahr 2012 bevorstehenden Jubiläums «200 Jahre ABGB in Liechtenstein» wurde im Sommer 2007 die Arbeitsgruppe «200 Jahre ABGB» ins Leben gerufen. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die Aktualisierung der in Liechtenstein seit 1812 in Geltung stehenden Zivilrechtskodifikation unter Einschluss des Verfahrensrechts sowie weiterer Nebengesetze.

Im Laufe des Jahres 2010 konnten das Sachwalterrecht sowie das Ausserstreitgesetz abschliessend im Landtag behandelt werden. Beide Gesetze traten mit 1. Januar 2011 in Kraft. Weiters wurde das Patientenverfügungsgesetz im Dezember-Landtag 2010 in erster Lesung behandelt.

Im Übrigen wurde das Erbrecht weiter bearbeitet, sodass der entsprechende Bericht und Antrag im Laufe des Jahres 2011 im Landtag behandelt werden kann.

Zu den einzelnen Gesetzesprojekten im Rahmen der Projektgruppe «200 Jahre ABGB»:

Sachwalterrecht
Das bis 1. Januar 2011 in Liechtenstein geltende Beistands- und Kuratorenrecht war veraltet und nicht mehr zeitgemäss. Aufgrund der demographischen Veränderungen unserer Gesellschaft (steigende Lebenserwartung, Ansteigen der Anzahl älterer Menschen) ist in Zukunft mit einem starken Anstieg der Zahl von Personen zu rechnen, die ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst zu besorgen vermögen. Es war daher an der Zeit, eine moderne und der Praxis entsprechende Gesetzesvorlage zu schaffen, wobei auch adäquate Alternativen zur Beistandschaft berücksichtigt wurden.

Als Rezeptionsvorlage für die umfassende Reform des Beistands- und Kuratorenrechts wurde das österreichische Sachwalterrecht herangezogen, das als modern und fortschrittlich gilt. Das neue Sachwalterrecht bringt neben diversen inhaltlichen Modifikationen auch terminologische Änderungen mit sich. So wurden insbesondere die Rechtsinstitute der Vorsorgevollmacht und Sachwalterverfügung eingeführt. Das Institut der Vorsorgevollmacht soll in erster Linie die gerichtliche Bestellung eines Sachwalters erlässlich machen und darüber hinaus bestmöglich die Autonomie und Selbstbestimmung der behinderten Person fördern. Die Sachwalterverfügung ermöglicht es, Wünsche in Bezug auf die Person eines in Zukunft allenfalls zu bestellenden Sachwalters zu äussern und so auf die Auswahl des Sachwalters Einfluss zu nehmen.

Auch die in Österreich schon lange bewährte Form des Sachwaltervereins, welcher selbst als juristische Person zum Sachwalter bestellt wird und dort beschäftigte Sachwalter zur Verfügung stellt, wurde für Liechtenstein vorgesehen. Der Verein wird seine Tätigkeit spätestens am 1. Juli 2011 aufnehmen.

Die erste Lesung der Sachwaltervorlage fand im Oktober 2009 statt; die zweite Lesung im März-Landtag 2010. Das neue Sachwalterrecht tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Ausserstreitgesetz
Die meisten Gerichtsangelegenheiten werden im «streitigen Verfahren», dem Zivilprozess, behandelt. Daneben steht für besondere Materien das «Ausserstreitverfahren» zur Verfügung. Es handelt sich somit um Materien, die «ausserhalb des Streitverfahrens» behandelt werden. Dabei geht es regelmässig um Belange, in denen die Parteien besonders schützenswürdig und die Rolle des Richters als «Begleiter» und nicht nur als «Entscheider» zu sehen ist.

Die bis anhin geltenden Regelungen waren unübersichtlich und zum Teil widersprüchlich. Es war daher notwendig, ein gänzlich neues und zeitgemässes Gesetz zu schaffen. Als Rezeptionsgrundlage diente das österreichische Ausserstreitgesetz, das sich sehr bewährt hat.

Neu werden alle Unterhaltsfragen zwischen Grosseltern, Eltern und Kindern im Ausserstreitverfahren abgewickelt und entschieden. Auch die Abstammungsverfahren (Vaterschaftsfragen) werden nunmehr einheitlich in dieser Verfahrensart behandelt. Das Verfahren bei Scheidungen im Einvernehmen wird ebenfalls im Ausserstreitverfahren geregelt. Neu sollen in jedem Fall (auch bei streitigen Scheidungen) die Nebenfolgen im Ausserstreitverfahren behandelt werden. Schliesslich wurde das Verlassenschaftsverfahren (Erbschaftsverfahren) neu geregelt. Die bis anhin geltende gesetzliche Grundlage stammte aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und war zum grössten Teil überholt. Das neue Ausserstreitgesetz legiferiert nunmehr das, was sich in den letzten Jahrzehnten in der Praxis als bewährt erwiesen hat. Neu wird zudem der Erbrechtsstreit – also der Streit um die Frage, wer das bessere Erbrecht hat – in das Verlassenschaftsverfahren integriert. Dies beschleunigt das Verfahren und macht es für alle Beteiligten kostengünstiger.

Die erste Lesung des Ausserstreitgesetzes fand im September-Landtag 2010 statt; die zweite Lesung im November-Landtag 2010. Das Ausserstreitgesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Patientenverfügung

Im Zuge der Rezeption des österreichischen Sachwalterrechts wurden wesentliche Instrumente der Rechtsfürsorge aus dem österreichischen Rechtsbestand in die Rechtsordnung Liechtensteins übernommen. In Ergänzung zur vorgesehenen Vorsorgevollmacht im Sachwalterrecht war auch eine eigenständige Rechtsgrundlage für Patientenverfügungen zu schaffen. Dabei geht es um eine antizipierte Willenserklärung, mit der ein Patient eine künftige medizinische Behandlung ablehnt und die dann wirksam werden soll, wenn der Patient im Zeitpunkt der Behandlung nicht mehr einsichts-, urteils- oder äusserungsfähig ist.

Bereits nach geltendem Zivil- und Strafrecht hat jeder einsichts- und urteilsfähige Patient grundsätzlich das Recht, eine medizinische Behandlung abzulehnen. Dies ist Teil des Persönlichkeitsschutzes und durch den Straftatbestand der eigenmächtigen Heilbehandlung (§ 110 StGB) auch strafrechtlich verankert.

Dennoch besteht in der Literatur und Praxis eine beträchtliche Unsicherheit darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen dieses Ablehnungsrecht auch durch Patientenverfügungen ausgeübt werden kann, die in einem zeitlich mehr oder weniger grossen Abstand zum Behandlungszeitpunkt errichtet wurden. Diese Rechtsunsicherheit belastet sowohl die Patienten, die nicht verlässlich mit der Beachtung ihres Willens rechnen können, als auch behandelnde Ärzte, die zu ihrer Berufsausübung und zum Schutz vor zivil- und strafrechtlicher Haftung einen sicheren Rechtsrahmen benötigen.

Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, wurde auf Grundlage des österreichischen Patientenverfügungsgesetzes ein entsprechender Bericht und Antrag ausgearbeitet, welcher im Dezember-Landtag 2010 in erster Lesung behandelt wurde. Die zweite Lesung wird voraussichtlich im April-Landtag 2011 stattfinden.

Erbrecht

Seit der letzten erbrechtlichen Novelle im Jahr 1993 wurden in Liechtenstein nur punktuelle Neuregelungen vorgenommen, weshalb eine grundlegende Reform notwendig geworden ist.

Da in Österreich vor allem durch das Familien- und Erbrechts-Änderungsgesetz 2004 wesentliche Rechtsänderungen erfolgt sind, besteht im liechtensteinischen Erbrecht erheblicher Nachführungsbedarf. Eine weiterhin enge Anlehnung an die in Österreich bestehende Rechtssituation erscheint im Sinne der Rechtssicherheit und Rechtseinheit empfehlenswert und notwendig. Mit der Gesetzesvorlage sollen insbesondere nachstehende Schwerpunkte gesetzt werden: Änderungen betreffend die Form letztwilliger Verfügungen, insbesondere der Wegfall des mündlichen Privattestaments; Entfall der erbrechtlichen Befristung der Feststellung der Abstammung; Neufassung des Ehegattenerbrechts; Neufassung des Erbvertragrechts (Aufhebung der Beschränkung des Erbvertrags auf Ehegatten und Brautleute sowie auf drei Viertel des Nachlasses). Neben diesen Neuerungen werden aber auch weitergehende, von der geltenden österreichischen Fassung abweichende Reformvorschläge unterbreitet.

Nachdem die Vernehmlassung im Herbst 2008 endete, wurden die diversen Anliegen der Vernehmlassungsteilnehmer eingehend geprüft und entsprechende Rechtsgutachten eingeholt. Nach einem Round-Table-Gespräch im Februar 2010, an welchem interessierte Kreise die Gutachten gemeinsam diskutierten, befindet sich der Entwurf des Bericht und Antrags in grundlegender Überarbeitung. Die erste Lesung wird im Laufe des Jahres 2011 stattfinden.

Schaffung eines Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz)

Nach geltender Rechtslage haben gleichgeschlechtliche Paare bislang keine Möglichkeit, ihrer Gemeinschaft einen gesetzlich geregelten Rahmen zu geben. Deshalb soll nach dem Vorbild der Nachbarländer ein neues Institut, die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, eingeführt werden. Zusammengefasst soll mit dem Partnerschaftsgesetz ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der gesellschaftlichen Tabuisierung und Diskriminierung von Homosexualität geleistet werden.

Nach diversen Vorarbeiten in den vergangenen Jahren wurde im April 2010 der Vernehmlassungsbericht

zum Partnerschaftsgesetz verabschiedet. Im November 2010 konnte unter Berücksichtigung der eingelangten Vernehmlassungsergebnisse der Bericht und Antrag verabschiedet werden, sodass die erste Lesung des Partnerschaftsgesetzes in der Landtagssitzung vom 16. Dezember 2010 erfolgen konnte. Die zweite Lesung soll im März 2011 im Landtag behandelt werden.

Abänderung des Strafgesetzbuches – Geldwäscherei
Der Landtag verabschiedete am 17. März 2010 in zweiter Lesung die Abänderung des Strafgesetzbuches zur Erweiterung des Vortatenkataloges des Geldwäschereitatbestandes von § 165 StGB. Die Gesetzesänderung ist am 1. Juli 2010 in Kraft getreten.

Als Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und Mitglied von MONEYVAL, dem Expertenkomitee des Europarates, ist Liechtenstein verpflichtet, die internationalen Standards im Bereich der Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsbekämpfung umzusetzen. Sowohl die im Jahr 2007 durchgeführte Länderevaluation Liechtensteins durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) als auch der MONEYVAL Progress Report vom 12. Dezember 2008 haben die Ausweitung des Vortatenkatalogs bzw. die Aufnahme der Urkundendelikte, der Umweltdelikte und der Marktmanipulation in den Vortatenkatalog des Geldwäschereitatbestandes gefordert.

In Umsetzung der vorgenannten internationalen Verpflichtungen und Standards erweiterte Liechtenstein den Vortatenkatalog des Geldwäschereitatbestands um die Urkundendelikte (§§ 223 und 224 StGB), die Umweltdelikte (§§ 180 und 182 StGB) und die Marktmanipulation (Art. 24 Marktmissbrauchsgesetz).

Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung – Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen
Der Landtag hat am 26. Mai 2010 den Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen in erster Lesung beraten. Die zweite Lesung fand am 20. Oktober 2010 statt. Die Abänderung des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Eine Reihe von internationalen Konventionen der UNO und des Europarates, die auch von Liechtenstein zum Teil bereits ratifiziert worden sind oder deren Unterzeichnung geplant ist, verlangen Regelungen über die Verantwortlichkeit von juristischen Personen. Darüber hinaus hat auch die im Jahr 2007 durchgeführte Länderevaluation Liechtensteins durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und MONEYVAL wiederholt die Einführung einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen gefordert.

Mit dem Inkrafttreten der vorgenannten Gesetzesvorlagen erfüllt Liechtenstein die Vorgaben aus diversen internationalen Konventionen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit findet auf juristische Personen Anwendung, die in das Öffentlichkeitsregister eingetragen sind oder nach inländischem Recht einzutragen wären, sowie auf nicht in das Öffentlichkeitsregister eingetragene Stiftungen und Vereine, die weder Sitz, Betriebsort oder Niederlassungsort im Inland haben. Diese juristischen Personen können im Rahmen des gerichtlichen Strafverfahrens verurteilt werden, wenn durch die verbandsbezogene Tätigkeit von Personen, die für die juristische Person handeln (Leitungspersonen oder Mitarbeiter), ein Verbrechen oder Vergehen begangen worden ist. Dabei ist erforderlich, dass eine Anlasstat entweder als vollendetes oder doch zumindest versuchtes Vorsatzdelikt oder – soweit strafbar – als Fahrlässigkeitsdelikt begangen wurde.

Abänderung des Strafgesetzbuches – Sexualstrafrecht
Die Sexualstrafrechtsrevision wurde vom Landtag am 26. November 2010 in erster Lesung beraten. Die Verabschiedung dieses Gesetzespakets, mit dem auch einige Anpassungen der Strafprozessordnung, des Gesetzes vom 2. Juli 1974 über das Strafregister und die Tilgung gerichtlicher Verurteilungen sowie des Strafvollzugsgesetzes notwendig wurden, ist für den März-Landtag 2011 geplant.

Ziel der Sexualstrafrechtsrevision ist der Ausbau des Opferschutzes und die verstärkte Berücksichtigung der geänderten gesellschaftlichen Wertevorstellungen. Bei den Delikten der gefährlichen Drohung gegen nahe Angehörige, der beharrlichen Verfolgung, der Begehung von Vergewaltigungen oder sexuellen Nötigungen in Ehe oder Lebensgemeinschaft sowie der Nötigung zur Eheschliessung muss das Opfer keine Zustimmung zur Strafverfolgung des Täters mehr geben. Die Strafverfolgung setzt somit künftig nach erfolgter Anzeige von Amts wegen ein, ohne dass es eines Antrags oder der Ermächtigung des Opfers bedarf. Dem Tatopfer wird somit der zumindest latent vorhandene Druck der erforderlichen Zustimmung genommen.

Im Bereich des Sexualstrafrechts werden bestehende Straftatbestände ausgebaut und neue eingeführt. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die umfassende Kriminalisierung von Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Kinderpornografie.

Zudem wird der Prävention ein besonderer Stellenwert beigemessen. Durch ein Paket von Massnahmen wird eine intensivere Kontrolle von bereits verurteilten Sexualstraftätern sichergestellt. Dazu zählen die verpflichtende Bewährungshilfe, die gerichtliche Aufsicht, die Möglichkeit der Verlängerung der Probezeit und die Erteilung von Weisungen im Falle bedingter Entlassung aus dem Strafvollzug. Daneben wird auch die Möglichkeit eingeführt, für die Ausübung von Berufen oder ehrenamtlichen Tätigkeiten als vorbeugende Massnahme ein Tätigkeitsverbot anzuordnen. Ebenso soll im Falle der Verurteilung wegen strafbarer Handlungen gegen

die sexuelle Selbstbestimmung und andere sexualbezogene Delikte die Tilgungsfrist verlängert werden und im Falle von besonders schweren Sexualdelikten soll die Untilgbarkeit der Strafe festgelegt werden.

Abänderung des Rechtshilfegesetzes

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 21. Oktober 2010 die Abänderung des Rechtshilfegesetzes (RHG) in erster und zweiter Lesung beraten und verabschiedet. Die Gesetzesänderung ist am 5. November 2010 in Kraft getreten.

Mit der Abänderung von Art. 59 RHG wurde der Judikatur des Staatsgerichtshofes Rechnung getragen und die Rechtslage vor der im Jahre 2009 in Kraft getretenen RHG-Revision wieder hergestellt. Die Zulassung ausländischer Beamter bei Rechtshilfehandlungen in Liechtenstein ist nach der Bewilligung durch das Ressort Justiz materieller Bestandteil des Landgerichtsbeschlusses über die Zulässigkeit der begehrten Rechtshilfe. Diese kann im ordentlichen Instanzenzug angefochten werden.

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen

Im Jahr 2010 ist die Anzahl der eingegangenen ausländischen Rechtshilfeersuchen im Vergleich zum Jahr 2009 um fast 10% angestiegen; im Vergleich zum Jahr 2008 war sogar ein Anstieg von 37% zu verzeichnen.

Weitergeleitete liechtensteinische Rechtshilfeersuchen an das Ausland im Berichtsjahr **320**
Jahr 2009: 328
Jahr 2008: 405
Jahr 2007: 407

Ausländische Rechtshilfeersuchen (RS-Fälle) an liechtensteinische Justizbehörden im Berichtsjahr: **368**
Jahr 2009: 339
Jahr 2008: 268
Jahr 2007: 252

Aus der nachfolgenden Aufstellung ist ersichtlich, welche Staaten häufig Rechtshilfeersuchen an die liechtensteinischen Behörden gerichtet haben. Wie auch in den Vorjahren stammen ca. 95% aller in Liechtenstein einlangenden Rechtshilfeersuchen aus denjenigen Staaten, welche das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 (ERHÜ), LGBl. 1970 Nr. 30, ratifiziert haben. Die Schweiz, Deutschland und Österreich stellen schon seit vielen Jahren – und mit grossem Abstand – die meisten Rechtshilfeersuchen an Liechtenstein. Zudem zeigt sich, dass – wie auch in den vergangenen Jahren – in etwa dieselben Staaten Liechtenstein um Rechtshilfe ersuchen.

Auszug der ersuchenden Staaten:

Österreich	136
Schweiz	115
Deutschland	63
Italien	10
Grossbritannien	8
Niederlande	4
USA	4
Brasilien	3
Polen	3
Spanien	3

Die Delikte, derentwegen von ausländischen Behörden um Rechtshilfe ersucht wurde, zeigen – vereinfacht dargestellt – folgendes Bild:

Betrug	108
Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz	100
Geldwäscherei	70
Untreue	62
Veruntreuung	43
Urkundendelikt	33
Bestechung	26
Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz	19
Fiskalische Angelegenheiten	18
Diverse Konkursdelikte	17

Die obige Darstellung der häufigsten Delikte zeigt, dass die ausländischen Justizbehörden Liechtenstein auch weiterhin vorwiegend wegen vermögensrechtlicher Delikte um Rechtshilfe ersucht haben. Anzumerken ist, dass sich bei der obigen Aufstellung kaum Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren ergeben haben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass in einem Ersuchen Rechtshilfe auch wegen mehrerer Delikte begehrt werden kann, was sich auch in den absoluten Zahlen der obigen Statistik niederschlägt.

Kooperationsabkommen mit EUROJUST

Die im Dezember 2008 begonnenen Vorverhandlungen zwischen der liechtensteinischen Delegation, vertreten durch ein Mitglied der liechtensteinischen Staatsanwaltschaft und eines Mitarbeiters des Ressorts Justiz, und der Delegation von EUROJUST wurden – nach weiteren Gesprächen im Jahr 2009 – im Januar 2010 fortgesetzt. Hierbei wurden insbesondere datenschutzrechtliche Belange sowie die weitere Vorgehensweise in Bezug auf das neue «Model Agreement» von EUROJUST besprochen. Am 28. Oktober 2010 wurde Liechtenstein zur Aufnahme von formellen Verhandlungen mit EUROJUST eingeladen. Die erste formelle Verhandlungsrunde wird am 21. Januar 2011 in Den Haag stattfinden.

Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Umsetzung der EWR-Richtlinien 2007/36/EG und 2007/63/EG)

Nachdem der Landtag die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts am 16. Dezember 2009 in erster Lesung behandelt hatte, verabschiedete er am 17. März 2010 dieses Projekt, welches die Umsetzung von zwei EWR-Richtlinien zum Inhalt hatte. Konkret erfolgte die Umsetzung im Rahmen einer Teilrevision des Aktienrechts sowie einer Anpassung des Gesetzes über das Statut der Europäischen Gesellschaft. Diese Änderungen

traten am 1. Juli 2010 in Kraft.

Neben der Festlegung von bestimmten Mindestanforderungen zur Stärkung der Rechte der Aktionäre wurden diese insbesondere in Bezug auf die Teilnahme an der Hauptversammlung, die Ausübung der Stimmrechte sowie die Informations- und Antragsrechte verbessert. Zudem wurden insbesondere die Kommunikation sowie der Informationsfluss zwischen Gesellschaft und Aktionär verbessert und modernisiert.

Diese Regelungen sind nur für Aktiengesellschaften verbindlich, die im EWR börsenkotiert sind. Aktiengesellschaften mit Kotierung an einer Börse ausserhalb des EWR können die Regelungen freiwillig anwenden.

Umsetzung der Abschlussprüferrichtlinie
Am 22. September 2010 führte der Landtag die Revision des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften sowie weiterer Gesetze der ersten Lesung zu und behandelte die gegenständlichen Gesetzesänderungen am 25. November 2010 abschliessend. Das Gesetzesprojekt diente schwerpunktmässig der Umsetzung der so genannten «Abschlussprüferrichtlinie».

Mit der Umsetzung dieser Richtlinie wurden die Anforderungen an die Wirtschaftsprüfer und die Abschlussprüfung an internationale Gepflogenheiten angeglichen. Durch den entsprechend hohen Standard wird die Bedeutung der Rechnungslegung insgesamt gestärkt.

Diese neuen Vorgaben kommen für die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften insbesondere in den Bereichen Zulassung, Weiterbildung, Standesregeln, Qualitätssicherung und Prüfungsdurchführung zum Tragen. Neuerungen gibt es aber auch im Bereich der Aufsicht über die Wirtschaftsprüfer und im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten.

Die Gesetzesrevision wurde aber auch zum Anlass genommen, die Prüfungspflichten zeitgemäss auszugestalten. Da die Abschlussprüfung nach der neuen Rechtslage hohen Anforderungen unterliegt und für kleine Gesellschaften mitunter als unverhältnismässig erscheint, wurde für diese eine erleichterte Prüfung, eine so genannte «prüferische Durchsicht» (Review), nach schweizerischem Vorbild eingeführt.

Abänderung der Verordnung betreffend die Ausübung von Tätigkeiten nach Art. 180a PGR
Am 25. Mai 2010 setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung von Art. 180a des Personen- und Gesellschaftsrechts ein. In der Arbeitsgruppe wurde die Verbesserung der Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit zwischen dem Grundbuch- und Öffentlichkeitsregister und der FMA als dringlichste Massnahme erkannt. Deshalb wurde ein entsprechender Vorschlag zur Abänderung der Verordnung betreffend die Ausübung von Tätigkeiten nach Art. 180a PGR erarbeitet, welcher von der Regierung in ihrer Sitzung vom 21. Dezember 2010 verabschiedet worden ist.

Schiedsrecht
Am 26. Mai konnte die Totalrevision des Schiedsrechts abschliessend im Landtag behandelt werden. Das Gesetz trat am 1. November 2010 in Kraft.

Mit dieser Totalrevision wurden moderne, das UNCITRAL Modellgesetz zur Schiedsgerichtsbarkeit berücksichtigende und somit internationalen Standards entsprechende Bestimmungen in das liechtensteinische Recht aufgenommen. Zur Stärkung Liechtensteins als internationaler Schiedsstandort wurden insbesondere ein kurzer Rechtsmittelweg und Massnahmen zur Stärkung der Privatsphäre realisiert.

Verfahren vor dem EGMR
Im Oktober 2010 konnte die Beschwerdesache «Schädler und andere» vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) durch Urteil mit einer Kostenfolge von EUR 8'000.– abgeschlossen werden.

AMTSSTELLEN

Landespolizei (Landesgefängnis)

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Im Landesgefängnis werden sämtliche Haftarten, welche die liechtensteinischen Gesetze betreffen, vollzogen. Die Aufsicht und Betreuung wird ganzjährig im Schichtdienst rund um die Uhr geführt. Im Berichtsjahr waren sechs ständige Stellen besetzt, als Ergänzung wird Vollzugspersonal auf Stundenbasis eingesetzt.

Belegung im Landesgefängnis
Im Landesgefängnis befinden sich 18 Hafträume mit insgesamt 20 Betten. Auf den Männerbereich entfallen davon 15 Hafträume mit 16 Betten. Im Berichtsjahr waren im Landesgefängnis 76 Personen untergebracht, was einen Rückgang um fast die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Diese Personen verbüssten insgesamt 4081 Hafttage, im Vorjahr waren es 2554. Der Anstieg der gesamten Hafttage von knapp 60 Prozent gegenüber 2009 ist einerseits durch die hohe Anzahl der kurzen Inhaftierungen von Personen aus Somalia und Eritrea im Jahr 2009 und andererseits durch mehrere längere Untersuchungshaften im Berichtsjahr erklärbar.

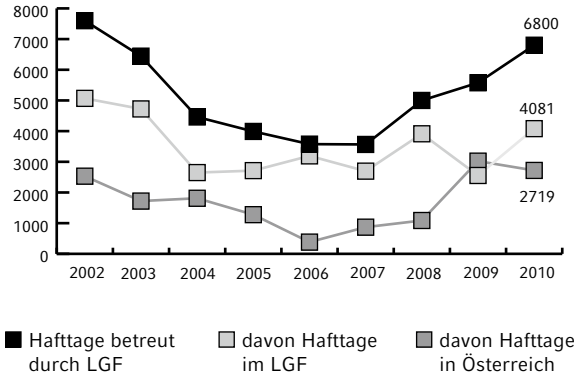
Inhaftierungsgründe waren im Berichtsjahr vor allem Verstösse gegen das Strafgesetzbuch sowie gegen ausländerrechtliche Bestimmungen. So ist mit 30 Inhaftierungen nach dem Ausländergestz (AUG) nach dem grossen Anstieg im Jahr 2009 wieder ein Rückgang auf das Niveau der Vorjahre zu verzeichnen. Bei den Delikten nach dem Strafgesetzbuch dagegen ist ein Anstieg von über 50 Prozent zum Vorjahr feststellbar.

Inhaftierungen im Landesgefängnis

Übersicht	2010	2009
Inhaftierungen total	**76**	149
davon Männer	**71**	140
davon Frauen	**5**	9
Hafttage total	**4'081**	2'554
davon Männer	**3'830**	2'517
davon Frauen	**251**	37
Hafttage im Polizeibereich (Ausländergesetz)	**76**	206
Inhaftierungen nach Delikten / Gründen		
davon Ausländergesetz	**30**	106
davon Betäubungsmittelgesetz	**2**	3
davon Strafgesetzbuch (total)	**36**	23
davon Ausnüchterung (Sicherheitszelle)	**3**	3
davon Auslieferung	**0**	4
davon Ersatzfreiheitsstrafe	**5**	7
davon sonstige	**0**	3

Das Landesgefängnis ist das einzige Gefängnis des Landes und starken Fluktuationen ausgesetzt. Da stets Reserven von zwei bis drei Plätzen für plötzliche Neuzugänge freigehalten werden müssen, ist eine Vollauslastung nicht möglich. Neuzugänge sind in der Regel nicht planbar und können eine grössere Zahl von Personen umfassen (z.B. illegale Grenzübertritte), welche getrennt voneinander unterzubringen sind. Überschreitet die Auslastung zu bestimmten Zeiten die Reserveschwelle, so müssen Häftlinge nach Österreich verlegt werden, um diese Notreserve freizuhalten.

Entwicklung der Hafttage pro Jahr



Betreuung

Im Berichtsjahr erfolgten 665 reguläre Besuche. Ausserdem wurden 253 Anwaltsbesuche, 161 Besuche des Amtes für soziale Dienste (ASD) und der Bewährungshilfe sowie 42 Arztbesuche registriert.

Aufgrund der baulichen Situation im Landesgefängnis wird es immer schwieriger, geeignete Arbeit für die Insassen zur Verfügung zu stellen. Derzeit gibt es weder Lagerräume noch Arbeitsräume, in welchen die von der heimischen Industrie angebotene Arbeit verrichtet werden könnte.

Untersuchungshaften

Die Anzahl der Untersuchungshaften ist im Vergleich zum Vorjahr um 70 Prozent angestiegen. Die Zahlen der Untersuchungshäftlinge mit liechtensteiner Staatsbürgerschaft, ausländischer Staatsbürgerschaft mit Wohnsitz in Liechtenstein sowie ausländischer Staatsbürgerschaft mit Wohnsitz im Ausland unterscheiden sich nur minimal voneinander.

Übersicht Untersuchungshaft

	2010	2009
Untersuchungshaften total	**17**	10
– davon Liechtensteinische Staatsangehörige	**6**	1
– davon ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Liechtenstein	**6**	2
– davon ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland	**5**	7

Strafvollzug im Ausland

Grundsätzlich werden Personen, die Haftstrafen von über zwei Jahren zu verbüssen haben oder sich im Massnahmenvollzug befinden, in österreichische Anstalten überstellt. Grund hierfür ist, dass das Landesgefängnis in Vaduz zum Vollzug von längeren Haftstrafen oder von Massnahmen nicht eingerichtet ist. Eine Verlegung zum Vollzug der Reststrafe oder Massnahme wird in der Regel veranlasst, sobald die Urteile rechtskräftig sind.

Im Berichtsjahr waren 15 männliche Häftlinge mit insgesamt 2'719 Hafttagen in österreichischen Anstalten zum Vollzug ihrer Haftstrafen oder Massnahmen untergebracht. Dies sind leicht mehr Personen, aber weniger Hafttage, wie im Vorjahr.

Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt

Amtsleiter: Dr. Bernd Hammermann

Neben dem Vollzug der gesetzlichen Aufgabe in Hinblick auf die Führung der beiden mit öffentlichem Glauben versehenen Register – das Grundbuch und das Öffentlichkeitsregister –, nimmt das Amt seit dem 1. April 2009 auch die Funktion als Stiftungsaufsichtsbehörde wahr. Neben der Umsetzung des neuen Stiftungsrechts stellte die Bewältigung des Geschäftseingangs in der Abteilung Öffentlichkeitsregister das Amt vor eine grosse Herausforderung.

Die Anzahl der durchzuführenden Geschäfte verbleibt das zweite Jahr konstant hoch. Dennoch konnte anfangs Oktober die neue Generation der Handelsregister-Software HR-Net eingeführt werden.

Grundbuch

Personelles
Der Personalstand umfasst wieder 9.6 Stellen bzw. 10 Personen (ohne Amtsleiter, Stabstelle Recht, Organisation / EDV und Sekretariat) im Berichtsjahr.

Projekte
Im Jahr 2010 wurden neben dem Tagesgeschäft die Neuvermessungsoperate (Ruggell Los 6 und 7) zur Durchführung übernommen. Zudem wurde die Einführung des Grundbuches gemäss Sachenrecht in den Gemeinden Schaan und Mauren abgeschlossen und mit der Vorbereitung der Grundbucheinführung in der Gemeinde Ruggell begonnen. Weiters wurden die Erneuerung des Vermessungswerks Balzers Operat 9 und Mauren Operat 10 verbüchert.

Statistik	**Jahr 2010**	Jahr 2009
Handänderungen	**1'189**	1'091
Schuldbriefe	**36**	44
Grundpfandverschreibungen	**1'540**	1'573
Zwangsweise Pfandrechtsbegründungen	**8**	16
Löschungen	**1'012**	1'001
Begründung von Stockwerkeigentum	**56**	51
Baulandumlegungen	**0**	3
Baurechte	**11**	17
Eigenheim-Darlehen	**100**	106
Einantwortungsurkunden	**127**	123
Dienstbarkeiten	**766**	497
Anmerkungen	**306**	318
Vormerkungen	**303**	340
Eintragung von Eigentumsvorbehalten	**0**	0
Löschungen von Eigentumsvorbehalten	**0**	0
Tagebuchrelevante Belege	**4'561**	4'516
Anzahl sämtlicher abgeschlossener Geschäfte	**5'236**	5'154

Summe der im Jahr 2010 eingetragenen Hypotheken	CHF	902'671'562.82
Summe der im Jahr 2010 gelöschten Hypotheken	CHF	510'411'095.00
Hypothekenstand Ende Jahr 2010:	CHF	8'320'931'234.12
Hypothekenstand Ende Jahr 2009:	CHF	7'928'670'766.30

Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2010:	**CHF**	**3'620'908.80**
Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2009:	CHF	3'063'721.45

Zusammensetzung der Gebühren:			
Aus Handänderungen	CHF	2'378'500.60	(66 %)
Aus Hypotheken	CHF	1'064'700.15	(29 %)
Diverses	CHF	177'708.05	(5 %)
Total	**CHF**	**3'620'908.80**	**(100%)**

Öffentlichkeitsregister

Personelles
Der Personalstand umfasst 21 Personen (ohne Amtsleiter, Stabstelle Recht, Organisation / EDV und Sekretariat) bzw. 20.80 Stellen, wobei es sich per 31. Dezember 2010 bei 7 Stellen um befristete bzw. nicht ständige Stellen handelt. Zusätzlich sind weitere sechs Personen aus dem EIPOLA-Programm befristet beschäftigt.

Projekte
Die Revision des Stiftungsrechts sowie die Herausforderungen an den Finanz- und Bankplatz Liechtenstein führen weiterhin zu einem äusserst hohen Geschäftseingang beim Öffentlichkeitsregister. Gegenüber dem Jahr 2009 fiel die Gesamtanzahl der tagebuchpflichtigen Geschäfte lediglich um 2.4 Prozent. Gegenüber dem Jahre 2008 ist es weiterhin eine Steigerung um 59 Prozent. Trotz der hohen Belastung durch das Tagesgeschäft erfolgte anfangs Oktober die Einführung der neuen Handelsregistersoftware «HR-Net». Damit wurde ein weiterer Schritt insbesondere zur Systemstabilität wie auch Qualität der Registerführung erzielt. Das Projekt «Nacherfassung» (Nacherfassung sämtlicher Registerkarten und beim Amt hinterlegten Stiftungsakten) konnte wegen der grossen Anzahl der Tagesgeschäfte nicht im geplanten Umfang weitergeführt werden.

Statistik	**Jahr 2010**	Jahr 2009
Erstellung öffentlicher Urkunden	**1'052**	1'108
Gesamtanzahl der tagebuchpflichtigen Geschäfte	**40'005**	40'989
Gesamtanzahl der Geschäfte	**41'057**	42'097

Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2010	**CHF**	**7'359'892,00**
Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2009	CHF	7'797'570,00

Bei diesen Gebühreneinnahmen handelt es sich hauptsächlich um Eintragungs-, Hinterlegungs- und Änderungsgebühren. Es sind aber auch Beglaubigungs-

gebühren und Gebühren für die Ausstellung von Registerauszügen und Amtsbestätigungen sowie für die Durchführung von öffentlichen Beurkundungen hierin enthalten. Zudem ist in dieser Summe ein Betrag von CHF 711'356 an Bekanntmachungskosten enthalten, welche vom Amt anlässlich der Durchführung von Eintragungen eingehoben und sodann nach Rechnungsstellung an die als amtliche Publikationsorgane fungierenden Landeszeitungen bezahlt wurden.

Die Gebühren liegen um rd. 5% über dem budgetierten Betrag. Das Gebührenaufkommen hängt von externen Faktoren wie z.B. Wechsel grösserer Mandatsträger, Umfirmierungen wie auch des allgemeinen wirtschaftlichen Umfelds ab und sind von Seiten des Amtes nicht zu beeinflussen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Geschäftsfälle einzelner Rechtseinheiten an:

Rechtsform	Stand 31.12.2009	Neueinträge	Löschung	Stand 31.12.2010
Einzelfirma	497	52	22	**527**
Kollektivgesellschaft	8	2	1	**9**
Kommanditgesellschaft	19	1	4	**16**
Verein	203	18	4	**217**
Genossenschaft	22	1	1	**22**
Aktiengesellschaft	7'266	270	605	**6'931**
Kommanditaktiengesellschaft	0	0	0	**0**
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	91	12	16	**87**
Europäische Aktiengesellschaft	4	0	0	**4**
Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung EWIV	0	0	0	**0**
Europäische Genossenschaft	0	1	0	**1**
Zweigniederlassung einer Unternehmung mit Hauptsitz im EWR	1	1	0	**2**
Zweigniederlassung einer Unternehmung mit Hauptsitz ausserhalb EWR	101	11	12	**100**
Anstalt	13'835	347	1'405	**12'776**
Eingetragene Stiftung	1'604	298	121	**1'782**
Eingetragene Treuhänderschaft	2'902	265	281	**2'886**
Treuunternehmen	2'386	34	230	**2'190**
Nicht eingetragene Treuhänderschaft	233	13	28	**218**
Nicht eingetragene Stiftung	44'684	726	8'182	**37'228**
Total	**73'856**	**2'052**	**10'912**	**64'996**

Aufgrund der laufenden Bereinigung und elektronischen Nacherfassung der alten Registerkarten sind die oben angeführten statistischen Zahlen mit den Vorjahren nur beschränkt vergleichbar. So werden im Rahmen der Nacherfassung z.B. bereits bestehende aber noch nicht erfasste Rechtseinheiten von der Handelsregistersoftware zu den Bestandszahlen nachträglich hinzugerechnet, was einen direkten Vergleich mit den Vorjahreszahlen verunmöglicht.

Stiftungsaufsichtsbehörde

Personelles

Der Personalstand umfasst Ende 2010 zwei juristische Mitarbeiterinnen in Teilzeitbeschäftigung (je 50%) sowie eine Sachbearbeiterin/Sekretariat (80%). Die Abteilungsführung wird weiterhin von der Amtsleitung ad interim wahrgenommen.

Tätigkeit

Anfangs 2010 unterstanden 460 gemeinnützige Stiftungen sowie eine privatnützige Stiftung der Aufsicht durch die Stiftungsaufsichtsbehörde (STIFA). Ende 2010 beläuft sich die Zahl auf 1003 gemeinnützige sowie sechs privatnützige Stiftungen. Weiterhin standen die Festlegung von Prozessabläufen sowie die Erteilung von Auskünften an die von der praktischen Umsetzung des neuen Stiftungsrechts betroffenen Teilnehmer des Finanzplatzes im Vordergrund.

Auf Antrag kann die Behörde von der Pflicht zur Bestellung einer Revisionsstelle bei einer gemeinnützigen Stiftung befreien. Per 31. Dezember 2010 waren von den 1003 gemeinnützigen Stiftungen 174 von der Pflicht befreit. Bei diesen befreiten Stiftungen nimmt die Stiftungsaufsichtsbehörde das Recht auf Einsichtsnahme in der Regel selbst wahr.

Opferhilfestelle

Stabsstellenleiterin: Barbara Banzer

Die Opferhilfestelle (OHS) kann auf eine bald dreijährige Tätigkeit zurückblicken. Diese Dienstleistungsstelle ist für alle Personen zugänglich, welche durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind. Auch Angehörige der Opfer können sich an die Beratungsstelle wenden. Ziel der Opferhilfestelle ist es, den betroffenen Personen möglichst umfassend bei der Bewältigung aller Folgen einer Straftat zu helfen. Dieses Angebot wurde in diesem Jahr deutlich mehr genutzt gegenüber dem letzten Jahr. Die Ereignisse der betroffenen Personen sind sehr unterschiedlich, ebenso die Betroffenheit. Jedes Einzelschicksal ist für die betroffenen Menschen aussergewöhnlich.

Beratungen
Im Jahr 2010 haben 49 Personen die Opferhilfestelle aufgesucht und deren Hilfe in Anspruch genommen. Die Vielfalt und die Komplexität der Fälle war hoch, eine sorgfältige Beratung und Begleitung äusserst wichtig.

Die Unterstützungen umfassten Beratungen und Informationen in rechtlichen, psychologischen, sozialen und medizinischen Fragen, Beratungen und Begleitung in Krisensituationen, Begleitung und Unterstützung im Strafverfahren, finanzielle Hilfen im Rahmen des Opferhilfegesetzes, Vermittlung von Fachpersonen für weitere Hilfen, Abklärungen mit Versicherungen. Auch Anfragen von Institutionen, Rechtsanwälten und Behörden, welche mit Opfern in Kontakt waren, wurden fachlich unterstützt.

Die Delikte wurden nach folgenden Gruppen erfasst: häusliche Gewalt, Tätlichkeiten mit Körperverletzungen, Drohung, Nötigung, sexualisierte Gewalt, beharrliche Verfolgung, Verkehrsunfälle. Detaillierte Informationen sind der Statistik im Anhang zu entnehmen.

Die Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen wie Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft, Frauenhaus etc. funktioniert gut. Gegenseitige Unterstützungen zum Wohle des Opfers sind in dieser Arbeit wichtig und zielführend.

In der Zwischenzeit kann festgestellt werden, dass bereits viele Institutionen, Organisationen und auch Privatpersonen das Angebot der Opferhilfestelle kennen und betroffene Personen darauf hinweisen.

Öffentlichkeitsarbeit
Die Opferhilfestelle ist in regelmässigem Kontakt mit Institutionen, Organisationen und Amtsstellen in Liechtenstein sowie im benachbarten Ausland. Das Ziel ist, dass betroffene Personen vom Angebot der Opferhilfestelle Kenntnis erlangen.

Die meisten Organisationen im Lande wurden über das Opferhilfegesetz und die Opferhilfestelle informiert. Regelmässige Pressemitteilungen zu Themen, welche eine Unterstützung der Opferhilfestelle auslösen können, wurden in den Landeszeitungen publiziert.

Die Opferhilfestelle ist mit ihrem Angebot auf der Homepage der Landesverwaltung zu finden. Wichtige Informationen und Hinweise stehen so jederzeit zur Verfügung.

Vernetzungen
Netzwerken ist auch in dieser Tätigkeit wichtig. Die Zusammenarbeit erfolgt über unsere Landesgrenzen hinaus. Mit mehreren Beratungsstellen aus der Schweiz und Vorarlberg bestehen regelmässige Kontakte. Die Koordinationsstelle häusliche Gewalt des Kantons St.Gallen trifft sich mit den zuständigen Stellen zweimal jährlich zu einem Austausch. Zu diesen Arbeitssitzungen werden das Frauenhaus Liechtenstein und die Opferhilfestelle seit dem Jahr 2009 eingeladen. Dieser Austausch zeigt sich als wertvolle Unterstützung für eine professionelle Arbeit.

Die Opferhilfestelle, das Frauenhaus, Infra und die Stabsstelle für Chancengleichheit hat sich als Arbeitsgruppe zum Thema «Gewalt gegen Frauen» organisiert und ein Treffen mit der Bewährungshilfe Liechtenstein organisiert. Diesem Treffen ging eine Veranstaltung der Bewährungshilfe voraus. Thema war «Kann Täter-Opferausgleich eine wirksame Stärkung für Opfer von Gewalt in Paarbeziehungen sein?» Die Arbeitsgruppe steht dieser Möglichkeit offen und auch kritisch gegenüber. Ein weiteres Gespräch mit der Bewährungshilfe wird im Jahr 2011 folgen.

Verschiedene Veranstaltungen und Tagungen im In- und Ausland zu den Themen Opferhilfe, Menschenrechte, Frauennetzwerk, häusliche Gewalt und Täter-Opferausgleich wurden im vergangenen Jahr besucht.

Software für Opferhilfestelle
Das angekündigte EDV-Programm konnte leider im Jahr 2010 nicht installiert werden. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete im Auftrag der schweizerischen Verbindungsstellenkonferenz (SVK) Opferhilfe ein einheitliches Arbeitsinstrument für die Klientenverwaltung. Die beauftragte EDV-Firma bemüht sich um eine baldige Umsetzung. Es bleibt nun zu hoffen, dass im Jahr 2011 oder spätestens im Jahr 2012 mit dem neuen Programm gearbeitet werden kann. Das Ziel ist, für alle interessierten Opferberatungsstellen in der Schweiz ein einheitliches Programm anzubieten. Die OHS Liechtenstein darf sich hier anschliessen.

Mitwirkung im Projekt Magdalena
Das Projekt Magdalena zeigt sich als wertvolle Unterstützung bei Ausländerinnen mit Kurzaufenthaltsbewilligungen. Monatlich wird eine Informationsveranstaltung durchgeführt, mit Dolmetscherinnen in russisch und spanisch. Die Veranstaltungen werden von Frauen von verschiedenen Amtsstellen durchgeführt. Die Besuche-

rinnen werden über das Arbeits-, Sozialversicherungs- und Ausländerrecht sowie über das Opferhilferecht informiert. Pro Anlass sind zwischen 25 u. 35 Tänzerinnen – jährlich ca. 300 Frauen – zu verzeichnen. Die Veranstaltungen sind verpflichtend für die Tänzerinnen aus Drittstaaten, welche in Clubs, Bars und Cabarets arbeiten. Im Anschluss an die Veranstaltungen werden die Aufenthaltsbewilligungen ausgehändigt. Das Projekt wird im Jahr 2011 weiter geführt.

Finanzielle Leistungen
Eine Beratung löst nicht automatisch finanzielle Unterstützung aus der Staatskasse aus. Die finanziellen Leistungen werden subsidiär geleistet, somit ist die Opferhilfestelle auch gefordert, die zuständigen Leistungserbringer wie Versicherungen und andere in die Pflicht zu nehmen. Die Opferhilfestelle hat im dritten Tätigkeitsjahr finanzielle Hilfe in der Höhe von CHF 17'940.00 geleistet.

Statistik Opferhilfestelle 2010

Anzahl Personen				49
Anzahl Beratungen				123
Beratungsstunden				154
.. mit weiblichen Personen				34
.. mit männlichen Personen				12
.. Anwälte in Vertretung von Opfer				2
davon ohne Opferstatus *				9
davon Angehörige				9
davon Kinder / Jugendliche				5
	f	m	k	
telefonische Beratungen				31
Anfragen über E-Mail				2
Art der Delikte	**f**	**m**	**k**	
Körperverletzung / Tätlichkeit	7	6	1	14
Verkehrsunfälle	2	3	1	6
Drohung/ Nötigung/ Raub	8	1	1	10
häusliche Gewalt	9			9
Beharrliche Verfolgung/ Mobbing	2			2
sexualisierte Gewalt	6			6
Total	**34**	**10**	**3**	

Finanzielle Hilfe	**Anzahl**	**Summe CHF**
Unaufschiebbare Hilfe	18	**11'332.00**
Längerfristige Hilfe Dritter	8	**4'088.00**
Schadenersatzleistungen	1	**2'520.00**
Total		**17'940.00**

*Personen ohne Opferstatus erfüllen die Kriterien nach OHG nicht

Staatsanwaltschaft

Leitender Staatsanwalt: Dr. Robert Wallner

Die Staatsanwaltschaft hat alle Offizialdelikte, die zu ihrer Kenntnis kommen, von Amts wegen zu verfolgen (§ 21 StPO) und in Rechtshilfeverfahren mitzuwirken und die Interessen des Landes zu wahren. Im Jahr 2010 sind insgesamt 2560 Straffälle angefallen, das sind um 107 weniger als im Vorjahr, was einem Anfallsrückgang um 4% entspricht. Es sind 372 Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland eingelangt, das sind um 39 mehr als im Vorjahr. Damit war bei den Rechtshilfeersuchen eine Steigerung um 11.7% zu verzeichnen.

Geschäftsausweis
Die Gesamtzahl der Straffälle gegen bekannte und unbekannte Täter ist mit 2560 im Vergleich zum Vorjahr um 107 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang des Anfalls um 4%, nachdem im Jahr 2009 der Anfall um über 12% gestiegen war. Der Rückgang betrifft ausschliesslich die Verfahren wegen Übertretungen und Vergehen, bei denen der Anfall von 1'879 im Jahr 2009 auf 1'722, also um 157 Fälle zurückgegangen ist. Bei den arbeitsintensiven Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen, die mit einer 6 Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind, ist der Anfall hingegen von 521 auf 566, also um 45 Fälle oder 8,6% gestiegen. Bei den Straffällen gegen unbekannte Täter ist der Anfall nahezu gleich geblieben. Hingegen sind 2010, wie schon in den Vorjahren 2007, 2008 und 2009, erneut mehr Rechtshilfeersuchen - nämlich 372 - eingegangen. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 11.7% und im Vergleich zum Jahr 2006 um 69%.

Im Berichtsjahr wurden 40 Anklageschriften (2009: 44), 176 Strafanträge (2009: 117) und 1102 Bestrafungsanträge (2009: 1'067) eingebracht. In 12 Fällen wurde die Untersuchungshaft und in 10 Fällen die Ausschaffungshaft verhängt.

Staatsanwälte haben im Berichtsjahr insgesamt an 436 Verhandlungen oder Tagsatzungen vor dem Land- und Obergericht teilgenommen. Dies entspricht einer Steigerung von 94 Verhandlungen oder 27,5% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser starke Anstieg ist einerseits mit einem gewissen Ausgleich zum Jahr 2009 zu erklären, in dem die Zahl der Verhandlungen um 21 zurückgegangen war und andererseits mit der hohen Zahl von Anklageschriften, Strafanträgen und Bestrafungsanträgen im Jahr 2009, die zu vermehrten Verhandlungen im Jahr 2010 geführt haben.

Die Zahlen im Einzelnen:

Straffälle (Geschäfte) im Berichtsjahr neu angefallen	Anzahl	davon Haftfälle
ST	566	12 Untersuchungshaften
UT	272	10 Ausschaffungshaften
SU	1'722	
Gesamt	**2'560**	**22**

Straffälle St gegen bekannte Täter (Geschäfte)
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)

		Anzahl
1	aus dem Jahre 2009 unerledigt übernommen	333
2	im Berichtsjahr neu angefallen	566
3	Gesamtzahl der Straffälle	899
4	im Berichtsjahr von der StA erledigt	519
5	unerledigt geblieben am 31. Dezember 2010	380

Straffälle UT gegen unbekannte Täter
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monate bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)

		Anzahl
1	aus dem Jahre 2009 unerledigt übernommen	21
2	**im Berichtsjahr neu angefallen**	**272**
3	Gesamtzahl der Straffälle	293
4	im Berichtsjahr von der StA erledigt	268
5	unerledigt geblieben am 31. Dezember 2010	25

Straffälle Su gegen bekannte und unbekannte Täter
(Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis sechs Monate Freiheitsstrafe)

		Anzahl
1	aus dem Jahre 2009 unerledigt übernommen	238
2	**im Berichtsjahr neu angefallen**	**1'722**
3	Gesamtzahl der Straffälle	1'960
4	im Berichtsjahr von der StA erledigt	1'768
5	unerledigt geblieben am 31. Dezember 2010	192

Anklageschriften (ST)	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**40**	**5**

Strafanträge (ST)	**Anzahl**	**davon Haftfälle**
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**176**	**3**

Bestrafungsanträge (ST und SU)
(Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis zu 6 Monaten)

	Anzahl
Im Berichtsjahr neu eingebracht	**1'102**
Einstellungen (ST und SU)	**Anzahl**
§ 1 Abs. 2 StPO	4
§ 21 Abs. 2 StPO	40
§ 22 Abs. 2 StPO	724
§ 64 StPO	7
§ 42 StGB	27

Erledigungen anderer Art	
§§ 283 und 294 StPO (Abbrechungen)	421
Vereinigungen	67
«X» andere Erledigungen	23

Rechtshilfeverfahren (RSt)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**372**
Rechtsmittel (von StA eingebracht)	**Anzahl**
Berufungen	15
Beschwerden	16
Revisionen	4
Revisionsbeschwerden	13
Einspruch gg. Strafverfügung	0

Justizverwaltungssachen (Jv)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**191**

Sonstige Geschäftsfälle (Nst)	**Anzahl**
Anfall im Berichtsjahr	**28**

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung	**Anzahl**
Im Berichtsjahr gestellt	23

Diversion
Die Diversion in Strafverfahren wurde per 1.1.2007 (LGBl. 2006 Nr. 99) eingeführt. Im Berichtsjahr wurden 297 Diversionsangebote gemacht, dies ist ein leichter Rückgang um 13 Verfahren im Vergleich zum Jahr 2009. Von diesen Diversionsangeboten entfallen 109 auf Zahlung eines Geldbetrages, 19 auf gemeinnützige Leistungen, 119 auf Einstellung nach Ablauf einer Probezeit und 50 auf Durchführung eines aussergerichtlichen Tatausgleichs. Insgesamt 248 Fälle konnten erfolgreich abgeschlossen werden. 149 Fälle sind noch pendent, von diesen entfallen jedoch 119 auf Angebote zur Einstellung nach Ablauf einer Probezeit, welche erfahrungsgemäss in den allermeisten Fällen erfolgreich abgeschlossen werden können. In 23 Fällen ist die Diversion aus unterschiedlichen Gründen gescheitert, beispielsweise weil das Angebot abgelehnt, Auflagen nicht eingehalten wurden oder der Verdächtige erneut straffällig geworden ist. Insgesamt kann erneut gesagt werden, dass die Diversion nach erfolgreichem Start im Jahr 2007 inzwischen gut etabliert ist. Die im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegene Zahl

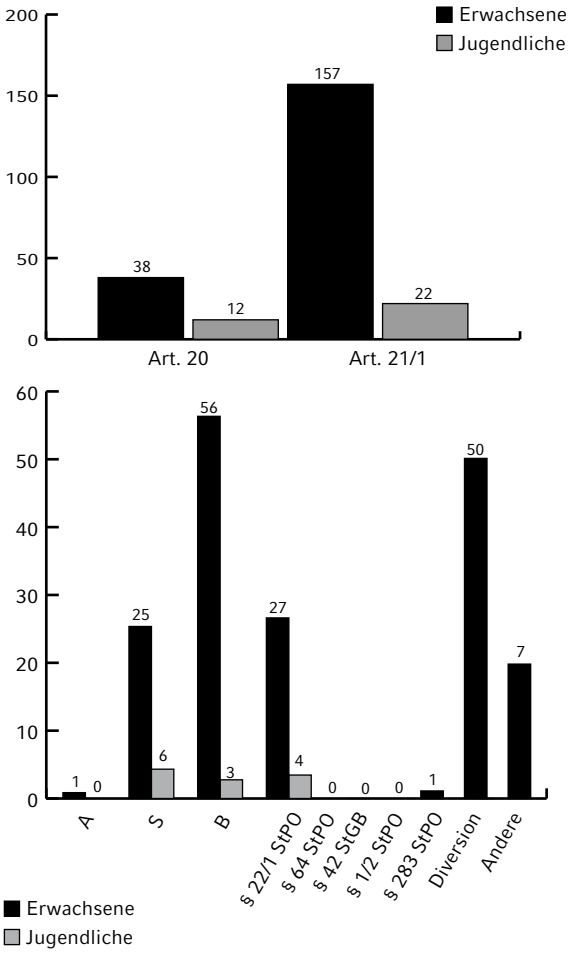
der gelungenen und abgeschlossenen Diversionen (248 im Vergleich zu 149 im Jahr 2009) ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2010 eine grössere Zahl von Diversionsverfahren nach Ablauf von Probezeiten, die im Jahr 2009 verhängt wurden, eingestellt werden konnten.

Strafverfahren nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG)

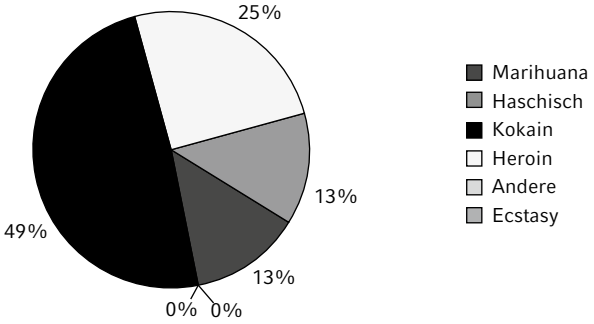
Im Berichtsjahr wurden 186 Personen, davon 22 Jugendliche und 164 Erwachsene nach dem BMG angezeigt. 50 Anzeigen betreffen Vergehen oder Verbrechen nach Art. 20 BMG und 179 Übertretungen (Konsum oder Handlungen zum Eigenkonsum) nach Art. 21 Abs. 1 BMG, wobei teilweise Personen wegen beider Tatbestände angezeigt wurden.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 192 Verfahren nach dem BMG endgültig erledigt (die Erledigungen betreffen neue und alte Verfahren) und zwar wie folgt:

1 Anklageschrift, 31 Strafanträge, 59 Bestrafungsanträge, 31 Einstellungen, 50 Einstellungen nach Durchführung einer Diversion und 20 andere Erledigungen. Insgesamt ist im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität im Berichtsjahr sowohl die Zahl der angezeigten Personen als auch die Zahl der Verfolgungsanträge deutlich angestiegen.



In 6 Fällen wurden sichergestellte Betäubungsmittel eingezogen.



Beharrliche Verfolgung, Stalking
Im Berichtsjahr sind 9 neue Anzeigen eingelangt. 2 wurden durch Strafantrag erledigt, in 2 Fällen wurde eine Diversion durchgeführt und 4 wurden eingestellt. 1 Fall ist noch anhängig.

Personelles
Die Staatsanwaltschaft besteht weiterhin aus dem Leiter und 6 Staatsanwälten. Für die Geschäftsstelle standen im Berichtsjahr 410 Stellenprozente zur Verfügung. Der Arbeitsanfall stellte für die Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr erneut eine grosse Herausforderung und Arbeitsbelastung dar.

Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen der Regierung
Der Leitende Staatsanwalt, sein Stellvertreter und andere Staatsanwälte haben erneut in zahlreichen Arbeitsgruppen der Regierung mitgearbeitet. Unter anderem waren dies die Arbeitsgruppe Korruption, die Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen, die Task-Force USA, die Arbeitsgruppe zur Revision der Strafprozessordnung, die Gewaltschutzkommission, die Arbeitsgruppe zum Monitoring des Telekommunikationsmarktes, die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Missständen bei Teleshoppinganbietern, der Runde Tisch «Intervention bei drohender Gewaltanwendung», die Arbeitsgruppe Jugendschutz, die Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Vertrages zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die gemeinsame Nutzung von polizeilichen Datenbanken, die Arbeitsgruppe zur Revision des Liechtensteinischen Sexualstrafrechts, die Drogenkommission und der Runde Tisch «Menschenhandel». Der Stellvertreter des Leitenden Staatsanwaltes vertritt die Staatsanwaltschaft im Konsultativrat der Europäischen Staatsanwälte (CCPE).

Verhandlungen mit Eurojust über ein Arbeitsübereinkommen
Die Verhandlungen mit Eurojust über den Abschluss eines Arbeitsübereinkommens konnten immer noch nicht abgeschlossen werden. Es wird erwartet, dass es

im ersten Halbjahr 2011 zu einem Vertragsabschluss kommen wird.

Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen
Die Staatsanwaltschaft hat im Rahmen der Vernehmlassung zu folgenden Gesetzen Stellungnahmen abgegeben: Totalrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, Ratifikation des zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen, Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie den Umgang mit menschlichen Geweben und Zellen im europäischen Wirtschaftsraum, Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare sowie die Abänderung weiterer Gesetze, das E-Geldgesetz und die Abänderung des Sorgfaltspflichtgesetzes, des Bankengesetzes, des Gesetzes über die Vermittlerämter und des Gewerbegesetzes, Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes betreffend die internationale Amtshilfe im Wertpapierbereich.

Internationale Kontakte
Der Leitende Staatsanwalt hat im Jahr 2010 Arbeitsbesuche bei der Staatsanwaltschaft Zürich, der Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck, der Staatsanwaltschaft Feldkirch, der Staatsanwaltschaft Wien, der Generalstaatsanwaltschaft Dänemarks in Kopenhagen sowie in den Justizministerien Wien, Paris und Bern absolviert. Dabei ging es jeweils um einen allgemeinen Erfahrungsaustausch, aber auch um die Koordinierung gemeinsamer Untersuchungen. Er hat an internationalen strafrechtlichen Tagungen der Generalstaatsanwaltschaft von Bayern in München und an einer finanzstrafrechtlichen Tagung in Wien teilgenommen. An einem Regionaltreffen des Europäischen Justiziellen Netzwerkes in Innsbruck hat er einen Vortrag über die Rechtshilfe in Fiskalstrafsachen gehalten. An einem am 8.6. in Paris vom EDA und der Weltbank organisierten Forum zum Thema Korruption hat der Leitende Staatsanwalt Liechtenstein ebenso vertreten wie an der Gründungskonferenz der internationalen Korruptionsakademie in Wien. Im September hat er an der Jahreskonferenz der internationalen Vereinigung der Staatsanwälte in Den Haag teilgenommen und bei dieser Gelegenheit eine Arbeitsbesprechung mit dem Präsidenten von Eurojust, Aled Williams, geführt. Ein wichtiges Forum zur regionalen Vernetzung auf Polizei- und Staatsanwaltschaftsebene ist das alljährliche Treffen der Polizeichefs und der Leitenden Staatsanwälte der Bodenseeregion. Der Leitende Staatsanwalt hat am 5.10. an diesem Treffen in St. Gallen teilgenommen. Der Stellvertreter des Leitenden Staatsanwaltes oder andere Staatsanwälte haben zur Teilnahme an Zeugenvernehmungen im Ausland Dienstreisen absolviert. Weiters wurde die Ostschweizer Staatsanwältekonferenz und die Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz sowie die Delegiertenversammlung der Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz (KSBS) besucht.

Besuche ausländischer Delegationen
Staatsanwälte des Crown Prosecution Service aus dem Vereinigten Königreich und Staatsanwälte aus den Niederlanden wurden zu Arbeitsbesuchen empfangen.

Fortbildung
Der Leitende Staatsanwalt oder Staatsanwälte haben Vorträge im Rahmen der Rechtssprechtage an der Hochschule Liechtenstein, ein Seminar über die psychologische und psychiatrische Begutachtung, die Liechtensteinische Steuerfachtagung, einen Vortrag zum Stiftungsrecht und das ICQM-Seminar zum Thema «Gesellschaftswesen im Fürstentum Liechtenstein» besucht. Einen Höhepunkt im Berichtsjahr stellte die vom 22. - 24.6. in Vaduz von der Liechtensteinischen Staatsanwaltschaft gemeinsam mit dem amerikanischen Justizministerium veranstaltete Konferenz zum Thema «Auffindung, Sicherung und Verfall von Vermögenswerten» dar. 55 Staatsanwälte und Untersuchungsrichter aus den USA, der Schweiz, Deutschland, Luxemburg, Österreich und Liechtenstein diskutierten zwei Tage lang in Liechtenstein die internationale Zusammenarbeit bei der Konfiszierung von Vermögenswerten, die aus Korruption oder anderen strafbaren Handlungen stammen. Die Abschöpfung von Gewinnen, die durch Drogenhandel, Korruption, Betrug und andere strafbare Handlungen erzielt werden, ist ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Kriminalität. Referenten aus den teilnehmenden Ländern beleuchteten die unterschiedlichen Sorgfaltspflichten und Geldwäsche-Meldepflichten sowie die Voraussetzungen für Vermögenssperren, für die Beschlagnahme von Bank- und Firmenunterlagen und die Abschöpfung von Vermögenswerten nach den verschiedenen Rechtsordnungen. Die Vaduzer Konferenz hatte das Ziel, die Zusammenarbeit der teilnehmenden Staaten bei der Einziehung von kriminellen Vermögenswerten weiter zu verbessern.

Zusammenarbeit mit inländischen Behörden
Wie im Vorjahr fanden auch im Jahr 2010 Koordinationssitzungen des Leitenden Staatsanwaltes mit dem Leiter der Kriminalpolizei, den Leitern der Stabsstelle FIU, der FMA, eines Vertreters des Landgerichtes, der Steuerverwaltung und des Leiters des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten statt. Zusätzlich gab es anlassbezogene Abstimmungen und Besprechungen mit dem Amt für Soziale Dienste, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Bewährungshilfe und dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwirtschaft.

Datenschutzkommission

Vorsitzende: RA lic. iur. Mirjam Amann

Gemäss Auskunft der Vorsitzenden der ehemaligen DSK, Frau Dr. Marie-Theres Frick, gingen während deren Amtszeit im ersten Halbjahr 2010 keine Fälle bei der ehemaligen DSK ein (weder eingereichte Beschwerden noch vorgelegte Empfehlungen der Datenschutzstelle [DSS]).

Seit Bestellung der gegenwärtig amtenden DSK durch den Landtag am 26.05.2010 sind bis zum 31.12.2010 insgesamt 5 Beschwerden gegen Verfügungen von Behörden in Datenschutzfragen i.S.v. Art. 34 lit. b DSG sowie gegen Entscheide der DSS i.S.v. Art. 34 lit. c DSG eingegangen (Neuanfall). Beschwerdeführer: 1 Privatperson, 3 juristische Personen des Privatrechts, 1 öffentlich-rechtliche Körperschaft.

Die Ausfertigung der Entscheide erfolgt(e) in 4 Fällen im 2011 (mehrheitlich zweiter Schriftenwechsel). Im 2010 wurde ein Entscheid zugestellt (Zurückweisung). Im 2011 wurden zwei Entscheide zugestellt (eine teilweise Stattgebung sowie eine Abweisung). M.a.W. sind bislang 3 der in der zweiten Hälfte 2010 eingegangenen Fälle erledigt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:
Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer

Im Berichtsjahr konnte die Regierung mit Bericht und Antrag die Schaffung des Geoinformationsgesetzes dem Landtag zur Behandlung unterbreiten, als auch eine Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung aufgeworfenen Fragestellungen verabschieden. Das Inkrafttreten der Gesetzesvorlage ist auf den 1. Juni 2011 terminiert. Des Weiteren wurden der jährliche Hochbautenbericht sowie der Verkehrsinfrastrukturbericht und erstmals ein Verkehrsdienstebericht zuhanden des Landtags verabschiedet. Die feierliche Inbetriebnahme des Neubaus des Bushof mit Tiefgarage in Schaan ging im November des Berichtsjahres vonstatten. Der Landtag genehmigte im Berichtsjahr einen Verpflichtungskredit für den Umbau der Landstrasse Schaan innerorts, Bereich Steckergasse bis Lindenkreuzung.

Berichte
Der Hochbautenbericht zeigt auf, dass mit der Inbetriebnahme des Neubaus des Bushofs mit Tiefgarage in Schaan als zentralem Grossprojekt im Bereich des Infrastrukturbaus eine Verlagerung der Hochbauaktiviäten vom Neubau hin zur Instandsetzung und Werterhaltung der bestehenden staatlichen Bauten einher geht.

Mit dem Verkehrsinfrastrukturbericht 2011 erfährt die bisher praktizierte Kreditsprechung im Tiefbaubereich in Bezug auf die einzelnen Investitionsprojekte eine neue Regelung, indem diese in neue und gebundene Ausgaben kategorisiert werden. Demgemäss befasst und beschliesst der Landtag nunmehr über Projekte, welche neue Ausgaben hervorrufen. Im Berichtsjahr betrifft dies den Umbau der Landstrasse in Schaan innerorts, Bereich Steckergasse bis Lindenkreuzung.

Erstmals wurde auch ein Verkehrsdienstebericht zur Behandlung an den Landtag übermittelt.

Geoinformationsgesetz verabschiedet
Hinsichtlich dem Austausch, der gemeinsamen Nutzung, der Zugänglichkeit und Verwendung von interoperablen Geo- und Umweltdaten sowie den entsprechenden Dienstleistungen in den EWR-Staaten unterbreitete die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag als auch eine Stellungnahme zu den anlässlich der ersten Lesung aufgeworfenen Fragen. Das Gesetz tritt am 1. Juni 2011 in Kraft und die INSPIRE-Richtlinie ist damit in innerstaatliches Recht umgesetzt.

Besitzverhältnisse an Landstrassen
Im Berichtsjahr konnte die Bereinigung der Besitzverhältnisse an den Landstrassen und die entsprechenden Verhandlungen mit den einzelnen Gemeinden geführt und weitgehend abgeschlossen werden. Die Zielsetzung der Festlegung klarer Zuständigkeiten in Bezug auf die Landstrassen wurde im gegenseitigen Einvernehmen erreicht.

Subventionen für Grossprojekte
Mit dem 31.12.2010 läuft die dreijährige Übergangsfrist für die Gewährung von Landessubventionen an Grossprojekte in den einzelnen Gemeinden aus. Somit sind inskünftig auf der Grundlage des abgeänderten Subventionsgesetzes nur noch Projekte der Gemeinden von landesweitem Interesse und nachgewiesenem Bedarf subventionswürdig.

AMTSSTELLEN

Hochbauamt

Amtsleiter: Peter Mündle

Das Hochbauamt betreut unterschiedliche Fachbereiche. Im Vergleich zu Kantonen in der Schweiz sind die Aufgaben des Hochbauamtes wesentlich breiter gefasst. Nebst den Abteilungen Projektierung und Liegenschaftsverwaltung, welche in der Regel von den Hochbauämtern der Kantone bearbeitet werden, sind dem Hochbauamt zusätzlich die Abteilung Denkmalpflege und Archäologie sowie die Abteilung Baurecht zugeteilt. Diese ganz unterschiedlichen Aufgabengebiete werden von über 100 Mitarbeitenden betreut. Zahlenmässig bildet die Abteilung Liegenschaften mit Hausdienst die mit Abstand grösste Organisationseinheit. Diese Abteilung stellt den reibungslosen Betrieb und Unterhalt der landeseigenen Bauten mit einem Buchwert von ca. CHF 650 Mio. und weitgehend auch den Betrieb in den vom Land zugemieteten Objekten sicher.

Von der bereits mehrfach beschriebenen Verlagerung vom Neubauen hin zur Instandhaltung ist die Abteilung Projektierung direkt betroffen. Künftig wird sich der Aufgabenschwerpunkt der Mitarbeiter dieser Abteilung in Richtung Werterhaltung des Gebäudeportfolios verschieben.

Die grösste Aussenwirkung erzielt jedoch die Abteilung Baurecht. Seit dem 1.10.2009 ist das neue Baugesetz erfolgreich in Kraft. Die gesetzten Ziele mit klaren Bearbeitungsfristen und der neuen Kompetenzzuteilung wurden weitestgehend erreicht.

Die hohe Anzahl an Baubewilligungsverfahren im 2010 und die hohe konjunkturelle Auslastung der Unternehmen unterstreicht, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise im 2010 die Bauwirtschaft nicht tangiert hat. Ganz im Gegenteil verzeichnete die Bauwirtschaft Hochkonjunktur.

Als Folge reger Bautätigkeit in archäologisch sensiblen Quartieren mussten überdurchschnittlich viele Aushubüberwachungen und Notgrabungen durchgeführt werden. Die gute Kooperation und das immer bessere Verständnis der Bauherrschaften haben zur Folge, dass dem öffentlichen

Anliegen grosses Verständnis entgegengebracht wird.

Mit dem 31.12.2010 liefen die Übergangsbestimmungen des abgeänderten Subventionsgesetzes ab. Mit 1.1.2011 werden die Grossprojekte der Gemeinden nicht mehr subventioniert. Die Subventionsabrechnungen der noch laufenden und abgeschlossenen Projekte werden mit Stichtag Ende Jahr im Rechnungsjahr 2010 abschliessend abgerechnet. Noch nicht ausgeführte und abgerechnete Leistungen an laufenden Projekten werden künftig nicht mehr subventioniert. Auf der Basis des neuen Subventionsgesetzes werden künftig nur noch Projekte im landesweiten Interesse subventioniert.

Hochbauten und Anlagen des Staates

Genereller Hochbauplanungskredit (Konto Nr. 028.318.03)

Der Generelle Hochbauplanungskredit dient der Finanzierung von Projekten und Studien im Bereich der Strategischen Planung, für die erst nach Vorliegen von generellen Entscheidungsgrundlagen das weitere Vorgehen festgelegt wird. Im Berichtsjahr wurden im Wesentlichen Untersuchungen betreffend Adaptionen im Schädlerhaus in Vaduz, dem Bahnhof Schaan, der Instandsetzung der Post Bendern sowie Abklärungen betreffend die Erweiterung des Schulzentrum Mühleholz I vorgenommen.

Die gesamten Aufwendungen auf diesem Konto belaufen sich auf ca. CHF 39'916.

Pauschaler Hochbaukredit (Konto Nr. 950.503)

Aufgrund der Vorgaben der Anlagebuchhaltung des Landes Liechtenstein werden über den Pauschalen Hochbaukredit Neubauprojekte und neu auch Erneuerungsprojekte (Wiederherstellung in einen baulich und technisch aktuellen Bauzustand unter Beibehalt der ursprünglichen Nutzung) finanziert und bearbeitet. Im Bereich des pauschalen Hochbaukredites wurden im Wesentlichen 10 Projekte bearbeitet. Nebst den unten angeführten Neubauprojekten wurden im Wesentlichen planerische oder bauliche Massnahmen für die Instandsetzung der Realschule in Balzers und des Schulzentrums Mühleholz II umgesetzt.

Gesamthaft belaufen sich die Kosten im Bereich der Erneuerung und Neuinvestitionen im Berichtsjahr auf ca. CHF 10'176'494.

Schulzentrum Unterland II, Neubau (Konto Nr. 213.503.04)

Verpflichtungskredit:	CHF 55'600'000
Verpflichtungskredit indexiert	CHF 55'600'000
Baubeginn:	Offen
Inbetriebnahme:	Offen

Im April 2009 hat die Regierung die Projektbearbeitung beziehungsweise den Projektwettbewerb zurückgestellt. Das Projekt soll nach detaillierter Analyse des Bedarfes an Schulraum und dementsprechend gesicherten Grundlagen weiterbearbeitet werden. Im Berichtsjahr wurden «bauseits» keine Massnahmen durchgeführt.

Landesarchiv und Verwaltungsräume, Neubau (Konto Nr. 304.503.03)

Verpflichtungskredit:	CHF 31'800'000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 35'700'000
Baubeginn:	Oktober 2006
Inbetriebnahme:	Dezember 2009

Am 24. Oktober 2009 wurde das neue Archiv- und Verwaltungsgebäude feierlich eröffnet. Im Berichtsjahr 2010 wurde die Gebäudeumgebung fertiggestellt. Die Kosten werden eingehalten. Die Bauabrechnung ist für das 1. Quartal 2011 geplant.

Bushof mit Tiefgarage in Schaan, Neubau (Konto Nr. 650.503.00)

Verpflichtungskredit:	CHF 17'300'000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 20'127'148
Baubeginn:	Februar 2008
Inbetriebnahme:	November 2010

Der Verpflichtungskredit für den Neubau des Bushofes mit Tiefgarage in Schaan wurde im September 2003 genehmigt. Im Berichtsjahr 2010 erfolgten aufgrund der schadenbedingten Bauverzögerung die Ausbau- und Fertigstellungsarbeiten in der Tiefgarage und insbesondere beim Bushalteplatz. Am 20.11.2010 wurde der Bushof offiziell eröffnet und dem Betrieb übergeben. Mit der Inbetriebnahme des Bushofes kann ein Meilenstein in der Verkehrsgeschichte von Schaan mit einem gestalterisch ansprechenden und funktionellen Gebäude abgeschlossen werden. Die Fertigstellung bildet zugleich den Start zur Vollendung des lange erwarteten Grosskreisels in Schaan.

Zollamt Schaanwald, Neuorganisation für Ausfuhrzoll (Konto Nr. 950.503.00)

Verpflichtungskredit:	CHF 520'000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 520'000
Baubeginn:	2. Quartal 2011
Inbetriebnahme:	3. Quartal 2011

Der Verpflichtungskredit im Betrag von CHF 520'000 für den Neubau des Abfertigungsgebäudes wurde im Dezember 2009 genehmigt und die Projektumsetzung umgehend in Angriff genommen. Neue betriebs- und nutzerbedingte Vorgaben und verschiedene Forderungen durch die Vertreter des Landes Österreich bedingten gravierende Umplanungen, insbesondere auch eine Neusituierung des Gebäudes auf landeseigenem Boden. Mit dem Baubeginn kann im 2. Quartal 2011 gerechnet werden.

Instandsetzungsarbeiten

Die Regierung wird das Augenmerk vermehrt auf die Instandsetzung und Werterhaltung des bestehenden und umfangreichen Gebäudeportfolios des Landes legen. Qualitativ und gestalterisch hochwertiges Bauen im Altbestand wird eine der Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Die Instandsetzungsprojekte stellen mehrheitlich grosse Anforderungen an die Bauherrschaft und an die beauftragten Planer und Unternehmer. Das Hochbauamt ist bemüht, bei grösseren Instandsetzungsaufgaben auf der Grundlage von Zustandsanalysen mit der notwendigen Abklärungstiefe den Instandsetzungsbedarf transparent zu machen und daraus resultierend die Massnahmen in vernünftiger Art und Weise umzusetzen.

Verwaltungsbauten (Konto Nr. 091.314.00)
Im Berichtsjahr wurden im Bereich Verwaltungsbauten im Wesentlichen 16 Projekte bearbeitet. Renovations- und Sanierungsarbeiten wurden unter anderem beim Verwaltungsgebäude Post Vaduz, beim Regierungsgebäude, beim Post- und Verwaltungsgebäude in Schaan, beim Polizeigebäude, beim Gewerbehaus in Triesen, beim Haus Melliger in Vaduz, beim ehemaligen Ausländer und Passamt in Vaduz, bei der Botschatsresidenz in Brüssel, beim Landeswerkhof in Vaduz sowie bei der Botschaft New York getätigt.

Gesamthaft belaufen sich die Instandsetzungskosten für Verwaltungsgebäude im Berichtsjahr auf ca. CHF 4'651'732.

Schulbauten (Konto Nr. 295.314.00)
Im Berichtsjahr wurden im Bereich Schulbauten im Wesentlichen 8 Projekte bearbeitet. Ein wesentlicher Kostenpunkt war die 16. Sanierungsetappe beim Schulzentrum Mühleholz I sowie die Instandsetzung der ehemaligen Oberschule in Vaduz. Im Weiteren wurden Massnahmen bei der Weiterführenden Schule in Triesen, dem Jugendhaus in Malbun (derzeit sistiert), den Sportanlagen des Schulzentrums Mühleholz, dem Schulzentrum Unterland und bei der Kunstschule in Nendeln umgesetzt.

Gesamthaft belaufen sich die Instandsetzungskosten für Schulbauten im Berichtsjahr auf ca. CHF 5'100'919.

Kulturgebäude (Konto Nr. 391.314.00)
Im Berichtsjahr wurden im Bereich der Kulturbauten 2 Projekte bearbeitet. Neben Massnahmen beim Kunstmuseum in Vaduz war das intensivste Bauvorhaben die etappenweise Sanierung und Fertigstellung der Ausbaustufen 1+2 (Vorburg, Rosengarten, Kapelle, Burghof) auf der Burg Gutenberg.

Gesamthaft belaufen sich die Instandsetzungskosten für Kulturbauten im Berichtsjahr auf ca. CHF 957'705.

Ausrichtung von Landessubventionen

Der Staat leistet Subventionen als zweckgebundene Unterstützungen an Gemeinden für Hochbauten sowie Sport- und Freizeitanlagen, an Vereine (HPZ in Schaan) sowie an die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK). Die Ausrichtung dieser Subventionsbeiträge wird durch das Hochbauamt betreut. Im Rahmen der Bearbeitung von öffentlichen und privaten Subventionsprojekten erfolgten Stellungnahmen, Beratungen der Subventionsempfänger, Ressortanträge sowie Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Zum weiteren Aufgabenfeld gehören die Budgetierung, das Rechnungswesen und die Abnahme der Bauten und Anlagen. Die Subventionsprojekte der Gemeinden fallen aufgrund der neuen Ausrichtung des Subventionsgesetzes künftig weg.

Subventionsprojekte (in Ausführung)	Ersatzbau	Tagesschule	Verein
Heilpädagogische Hilfe (HPZ) Schaan	25'905'000		12'900'000
Haus St. Mamertus Triesen			
Liecht. Alters- & Krankenhilfe (LAK)	24'783'000		11'452'000
Gesamtkosten Subventionsprojekte (in Ausführung)	**50'688'000**		**24'352'000**

Subventionsprojekte (Abschlussphase / Abrechnung)	**Bausumme in CHF**	**Subventionen in CHF**
Neubau Werkhof mit Feuerwehrdepot Balzers	16'503'050	4'773'930
Dorfzentrum Gemeindeverwaltung/ Pflegeheim Triesenberg	26'444'080	8'847'270
Neubau Dorfsaal und Dorfplatz Schaan	44'556'380	12'890'300
Neubau Primarschule Eschen	32'295'600	8'947'720
Neubau Primarschule mit Kindergarten Gamprin	21'995'510	6'050'460
Errichtung der Freizeit- & Sportanlage Grossabünt Gamprin	8'425'700	2'521'240
Haus St. Martin Eschen Liecht. Alters- & Krankenhilfe (LAK)	30'721'490	13'935'540
Haus St. Florin Vaduz Liecht. Alters- & Krankenhilfe (LAK)	36'534'370	13'177'950
Gesamtkosten Subventionsprojekte (abgeschlossen)	**217'476'180**	**71'144'410**

Liegenschaftsverwaltung

Im Berichtsjahr 2010 sind für die Betriebskosten, Bewachung, Eigen- und Fremdreinigung, Energie, Versicherung, Einmietungen, Gehälter und Instandhaltungskosten, wie für Wartungs- und Serviceverträge, Kleinreparaturen etc. ca. CHF 25.0 Mio. aufgewendet worden. Wie in den vergangenen Jahren wurde bei den

Ausgaben darauf geachtet, dass nur das Notwendigste bezüglich baulicher Adaptionen und Betriebsführung unter dem Aspekt der Werterhaltung ausgeführt wurde. Auch im Jahr 2010 sind neu zu betreuenden Innen- und Aussenflächen dazugekommen. Die Innenflächen erhöhten sich um ca. 5'000.00 m² auf neu ca. 174'000.00 m². Neu dazugekommen sind die Liegenschaften Haus der Wirtschaft in Schaan und das Landesarchiv im Regierungsviertel. Seit November ist zudem der Bushof mit Tiefgarage in Schaan dazugekommen, welcher sich entsprechend auf das Budget 2011 auswirken wird.

Die folgende Grafik gibt Aufschluss über die Kostenentwicklung in den letzten 5 Jahren. Parallel zu den Kosten entwickelten sich die zu pflegenden Innen- und Aussenflächen.

Bauliche Instandhaltung
Neben kleineren Reparaturarbeiten wurden auch grössere Instandhaltungsarbeiten von der Liegenschaftsverwaltung durchgeführt. Beispielsweise wurde die Beleuchtung im Kunstmuseum in Vaduz adaptiert, die Erneuerung der Unterrichtsräume und der Ateliers der Kunstschule Nendeln und einige verschiedene aufwendige Instandsetzungen und Reparaturen, u.a. am Verwaltungs- und Postgebäude Vaduz, bei den Sportplätzen des Schulareals des Schulzentrums Mühleholz I.

Energie / Haustechnik
Im Jahr 2010 wurden neben den laufenden Service- und Instandhaltungsarbeiten einige grössere Eingriffe durchgeführt. Im Gebäude der Landespolizei/MFK wurde die Kühlung der EDV der Einsatzzentrale durch einen Kaltwasser gekühlten Klimaschrank ersetzt. Im Gewerbehaus Triesen wurde die Laboreinrichtung für die Archäologie und Naturkundliche Sammlung ersetzt.

Sicherheit

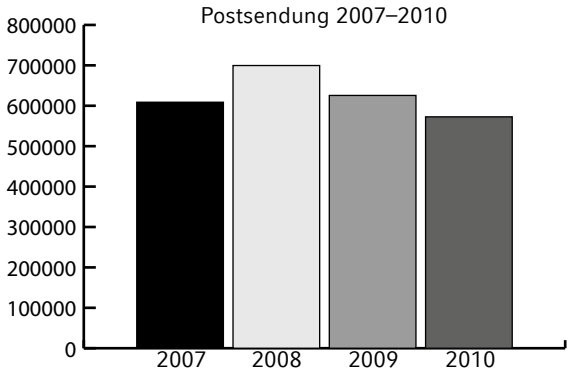
Im Berichtsjahr wurde das Pilotprojekt - Evakuation im Ernstfall – im Schulzentrum Mühleholz I soweit installiert, dass eine erfolgreiche Inbetriebnahme im Frühjahr zu erwarten ist. Das gesamte Personal des SZM I erhielt Instruktionen, wie unter anderem im Ernstfall mit Kleinlöschgeräten umzugehen ist. Zwei Personen absolvierten den Kurs «Hauptkurs Brandschutz» und haben diesen erfolgreich abgeschlossen. Ziel ist es, in den nächsten Jahren sämtliche Weiterführenden Schulen kontinuierlich diesem Standard anzupassen.

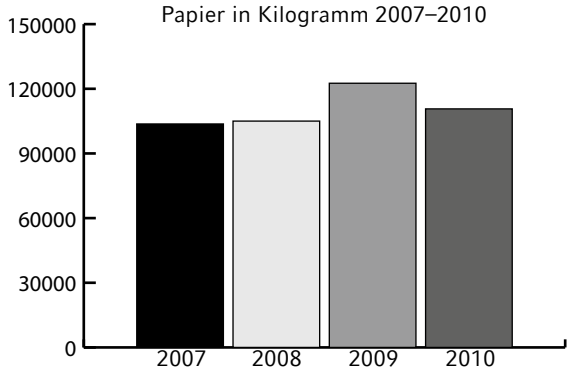
Hausdienste
Im Bereich Hausdienste werden die 15 Hauswarte von mehr als 70 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, vorwiegend im Teilzeitpensum unterstützt. Trotz der erwähnten Mehrflächen von ca. 5'000 m² blieb der Personalbestand unverändert. Den Mitarbeitern im Hausdienst wurden zur Verbesserung der Arbeitsabläufe die entsprechenden Hilfsmittel wie Maschinen, Geräte und Fahrzeuge für die Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt.

Interne Dienste
Die Schwerpunkte der Internen Dienste beinhalten hauptsächlich die Verarbeitung der internen und externen Post, Entsorgung von Recyclingmaterialien (Papier, Karton, Elektroschrott etc.) und die Durchführung von Kleintransporten, Expressdiensten und weiteren Sonderfahrten.

Im Berichtsjahr 2010 wurden für die postalischen Leistungen CHF 1'555'349 aufgewendet, was bedeutet, dass 572'638 Postsendungen (Briefe, Pakete, Gerichtsurkunden etc.) verarbeitet wurden.

Im Bereich Entsorgung sind mehr als 110 Tonnen Recyclingmaterialien angefallen. Darunter befinden sich viele vertrauliche Akten und Daten, die entsprechend dem Sicherheitsaspekt entsorgt werden müssen.





Baurecht / Brandschutz

Allgemeines
Das seit 1. Oktober 2009 geltende neue Baugesetz hat sich im Berichtsjahr insbesondere hinsichtlich der neuen Verfahrensabläufe bewährt. Die hohe Anzahl an Bauanträgen lässt den Rückschluss zu, dass insbesondere der private Sektor mit den einschlägigen Bauvorhaben zugewartet hat.

Baurecht
Das Hochbauamt als neue Anlaufstelle für alle Bauanträge verzeichnete einen erheblichen zusätzlichen administrativen Aufwand. Es waren in Kooperation mit der Bauadministration alle im Zusammenhang mit den Bauansuchen notwendigen Verständigungen der Nachbarn vorzunehmen. Dies hat zur Folge, dass sämtliche Bauanträge verfahrenstechnisch einer Vorprüfung unterzogen werden, um vorab die wichtigsten, das Nachbarrecht betreffenden materiellen Vorschriften auf ihre Übereinstimmung und vor allem auch die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen zu prüfen.

Es gingen insgesamt 19 Einsprachen ein, wovon 12 zurückgezogen wurden und drei vom Hochbauamt abgewiesen und ohne Inanspruchnahme eines Rechtsmittels in Rechtskraft erwachsen sind. In zwei Fällen gab es eine Einigung, zwei Fälle sind noch offen.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Rahmen der Baugesuchsbehandlung sowie dem Vollzug baupolizeilicher Anordnungen verlief problemlos.

Die erweiterten Aufgaben auf Grund des neuen Baugesetzes erforderte personelle Verstärkungen in der Abteilung Baurecht/Brandschutz. Mit zwei zusätzlichen Sachbearbeitern, wovon einer schwerpunktmässig auch die feuerpolizeilichen Agenden betreut, konnte sichergestellt werden, dass die administrativen sowie betreffend das Baubewilligungsverfahren materiellen Aufgaben fristgerecht erledigt werden konnten.

Das Hochbauamt hat die für die Erstellung der Baustatistik erforderlichen Daten elektronisch zu erfassen. Diese werden dem Amt für Statistik vierteljährlich übermittelt, welches die eigentliche Baustatistik herausgibt. Somit werden anders als in den Vorjahren die Zahlen zum Gesamtbauvolumen, den geschätzten Baukosten an dieser Stelle nicht mehr veröffentlicht.

Statistische Angaben
Das Hochbauamt genehmigte insgesamt 754 Bauanträge, wovon 333 im Bewilligungsverfahren und 421 im Anzeigeverfahren abgewickelt wurden. 104 Wärmetechnische Anlagen (Gesuche für die feuerpolizeiliche Bewilligung sowie sämtliche Wärmepumpen), 10 haustechnische Anlagen (wie beispielsweise Klima- und Lüftungsanlagen), 3 Brandschutzkonzepte, 12 Aufzugsanlagen, 11 Blitzschutzanlagen und 39 Planänderungen wurden bewilligt.

Eine Baubewilligung musste verweigert, drei Anzeigeverfahren abgelehnt werden. Es wurden insgesamt 30 sachbezogene und schriftlich begründete Ausnahmen erteilt, 119 Bauanträge mussten sistiert werden, Baueinstellung wurde eine ausgesprochen.

Die Anzahl der Baugesuche reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich. Durch den gestiegenen Aufwand in Sachen Vorprüfung aller Anträge zu Beginn des Bewilligungsverfahrens erhöhte sich auch die Dauer der durchschnittlichen Zeit der Baugesuchsbehandlung. Vergleiche mit den Vorjahren können jedoch nicht angestellt werden, da die Art der Berechnung sowie die gesamte Verfahrenssystematik nicht verglichen werden kann. Rechnerisch betrug die durchschnittliche Gesuchsbehandlung für die Baubewilligungen ca. 57 Tage, jene im Anzeigeverfahren 17 Tage. Damit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen von zwei Monaten bzw. drei Wochen eingehalten. Die durchschnittliche Baugesuchsbehandlung der Gemeinden ergab den rechnerischen Mittelwert von ca. 31 Tagen. Das Hochbauamt führte insgesamt 55 Rohbaukontrollen und 205 Bauschlussabnahmen durch.

Brandschutz / Feuerpolizei / Blitzschutz / Aufzugsanlagen
Der Vollzug im Rahmen des Bewilligungsverfahrens funktioniert seit Jahren problemlos, in einzelnen Bereichen bedarf es einer vertieften Koordination seitens der Planer mit der Sachbearbeitung des Hochbauamtes, um die fachspezifischen Details vorgängig zu erörtern.

Der Vollzug betreffend der Gas-, Feuerungs- und Blitzschutzanlagen gestaltete sich im Berichtsjahr unauffällig und problemlos. Die Anzahl der bewilligten Feuerungsanlagen betrug 104 Anlagen.

Die Aufzugsagenden nimmt ein von der Regierung beauftragtes Ingenieurbüro in einer bereits langjährig funktionierenden Partnerschaft wahr. Insgesamt wurden 12 neue Aufzugsanlagen bewilligt, das Fachorgan kontrollierte ca. 250 Liftanlagen periodisch.

Energie / Bauökologie
Bewilligungspflichtige Bauten und Anlagen haben den ökologischen und energierechtlichen Anforderungen zu entsprechen. Insgesamt wurden 29 Energiegesuche behandelt. Davon betrafen 12 Gesuche den Bereich Energienachweise für Bauten über 2'000 m^3. Bei 17 Gesuchen handelte es sich um standardmässige Kontrollen (Energiekonzepte etc.). Die Genehmigung und Kontrolle der energierechtlichen Vorschriften erfolgen im Rahmen der Baugesuchsbehandlung.

Im Jahr 2010 stand neben dem Ausbau des Formulartools die Aktualisierung der Werkzeuge für die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Erstellung von Landesbauten (Ökoraster) mit den zur Verfügung stehenden Planwerkzeugen der «Ecobau» im Vordergrund. Schwerpunkt waren die Analyse diverser international in Verwendung stehender Instrumente für «nachhaltiges Bauen», der Vergleich diverser schweizerischer Instrumente für nachhaltiges Bauen, der mögliche Einsatz des

«Ökorasters» im Fall von Sanierungen sowie die Konsolidierung bisher gemachter Erfahrungen betreffend das nachhaltige Bauen beim Hochbauamt.

Im Jahr 2011 steht die Aktualisierung und Weiterentwicklung des laufenden Auftrags für die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Erstellung von Landesbauten (Ökoraster) an. Das Formulartool ist in Bezug auf die Vernetzung mit den Baurechtsprogrammen des Hochbauamts (GemDat) und der Gemeinden (GeSol) in Koordination mit dem laufenden Projekt des Amtes für Personal und Organisation (elektronische Signatur und Identifikation) auszubauen.

Denkmalpflege und Archäologie

Denkmalpflege

Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit

Die Betreuung von Umbauvorhaben bei geschützten oder schutzwürdigen Denkmälern und die baugeschichtliche Dokumentation von Schutzobjekten wie auch von Bauten, die vielfach nicht erhalten werden können, zählen zu den Schwerpunkten der denkmalpflegerischen Arbeit. Im Berichtsjahr konnten u. a. die Gesamtsanierung des ehemaligen Gasthauses Traube in Schaan sowie die zwei Jahre dauernde Instandstellung der alten Rheinbrücke Vaduz-Sevelen abgeschlossen werden.

Mit der feierlichen Einweihung und dem Tag der offenen Tür am 19. Juni 2010 wurden die insgesamt rund fünf Jahre dauernden Restaurierungsmassnahmen im «Rosengarten» der Burg Gutenberg mit Kapelle und Kaplanei sowie die Erneuerung des Burginnenhofs beendet. Basierend auf einer genauen Analyse des geschichtlichen und baulichen Kontextes wurde im Sinne von Egon Rheinberger, welcher die Ruine vor rund hundert Jahren im Zeichen der Burgenrenaissance neu aufgebaut hat, restauriert und am Denkmal weiter gebaut.

Ebenfalls abgeschlossen wurde die Innensanierung der Kathedrale St. Florin in Vaduz. Änderungswünsche aus der Pfarrei und des Erzbistums betrafen die Reduktion der obersten Stufe beim Volksaltar und die Platzierung eines Bischofsstuhls, der sog. Kathedra. Die liturgische Einrichtung nach Entwürfen von Bildhauer Emil Gehrer von 1966 mit Zelebrationsaltar, Kanzel und Ambo blieb auf Intervention der Landesdenkmalpflege unverändert.

Mit der Instandstellung und dem Umbau des alten Pfarrhofs samt Pfarrstall in Balzers sowie der Restaurierung von Dach, Dachreiter und Glockenanlage der Rofenbergkapelle in Eschen standen weitere umfangreiche Projektierungs- und Planungsarbeiten auf dem Programm. Zahlreiche Sanierungen privater Wohnhäuser wurden zudem begleitet oder abgeschlossen.

Unterschutzstellungen

Im Berichtsjahr sind das Wohnhaus an der Rheinstrasse 29 in Balzers (Parz. Nr. 87) sowie die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Mauren (Kirchabötle, Parz. Nr. 333) formell unter Schutz gestellt worden. Als eines der wenigen Sakralgebäude im Land stand die Pfarrkirche in Mauren noch nicht unter Denkmalschutz. In Anbetracht der historischen Bedeutung und der architektonischen Qualität des Gebäudes sowie aufgrund der Tatsache, dass sich die archäologische Grabungsstätte bzw. die sakralen Vorgängerbauten als auch sämtliche historischen Ausstattungsteile bereits im Inventar der geschützten Kulturgüter befinden, beantragten die Gemeinde und die Bürgergenossenschaft Mauren die formelle Unterschutzstellung des Gotteshauses.

Nutzungsstudien und Restaurierungskonzepte

Die Landesdenkmalpflege erarbeitete diverse Sanierungs- und Nutzungskonzepte für Denkmalschutzobjekte und beurteilte im Rahmen der Baugesuchsprüfung diverse Abbruch- und Baubegehren nach denkmalpflegerischen Kriterien.

Im Auftrag der Landesdenkmalpflege wurden eine Bestandesaufnahme und ein Gutachten zur bestehenden Orgel der Kathedrale St. Florin in Vaduz erstellt. Der Bericht diente der von der Gemeinde bestellten Orgelkommission zur Entscheidungsfindung bezüglich Umfang und Inhalt der Sanierung. Im Rahmen eines Wettbewerbs, zu welchem fünf namhafte Orgelbaufirmen eingeladen waren, wurde das Konzept des «restaurativen Neubaus» entwickelt.

Forschung, Inventarisation, Dokumentation

Im Rahmen des Dokumentationsauftrags wurden von 10 Objekten Gutachten und Baudokumentationen erstellt. Die Gebäude wurden baugeschichtlich und dendrochronologisch untersucht. Die Erarbeitung der digitalen Sicherstellungsdokumentation der Kathedrale St. Florin in Vaduz wurde im Berichtsjahr beinahe fertig gestellt. Die Erfassung der Inventardaten erfolgte mit der Denkmaldatenbank DEKUS, welche im dritten Quartal als Modul «Denkmalverwaltung» ins Baurechtsprogramm des Hochbauamtes integriert wurde. Zu über 1'200 Objekten liegen Datensätze vor. Die zahlreichen Neueingänge in der Bibliothek des Hochbauamtes wurden mit dem Bibliotheksprogramm ALEPH inventarisiert.

Die Auftragsarbeit zum Inventar «Kunst am Bau» umfasste die Erstellung der rund 140 Objektblätter derjenigen Werke und Bauten, die sich im Besitz des Landes Liechtenstein befinden.

Im Auftrag der Gemeinde Eschen erfolgte eine erste Begutachtung des durch ein externes Fachbüro erstellten neuen Ortsbildinventars Eschen-Nendeln.

Verlustbilanz: Abbrüche 2010

Im Berichtsjahr konnten wiederum viele kulturgeschichtlich und ortsbaulich wichtige Zeugnisse der liechtensteinischen Bau- und Siedlungsentwicklung nicht vor dem Abbruch bewahrt werden. Namhafte Abbruchbegehren betrafen das von Architekt Ernst Sommerlad 1928 er-

baute Wohnhaus an der Fürst-Johannes-Strasse 9 in Vaduz sowie das «Rechenmacherhaus», Hofstätte Nr. 33, an der Dorfstrasse 44 in Planken. Mit Baujahr 1558 gehört das «Rechenmacherhaus» zu den ältesten bekannten Wohnhäusern des Landes überhaupt. Gerade aus dem 16. Jahrhundert sind nur etwa ein Dutzend Objekte in Liechtenstein bekannt, wobei die meisten nicht mehr original erhalten und bereits mehrfach umgebaut worden sind. Für beide schützenswerte Objekte beantragte die Denkmalschutz-Kommission auf Vorschlag der Landesdenkmalpflege die Unterschutzstellung gegen den Willen der Eigentümerschaft. Für die Villa «Rheinblick» hat das Hochbauamt inzwischen die Abbruchbewilligung erteilt. Nachfolgend verzeichnete Bauten wurden zum Abbruch freigegeben:

- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Rietleweg 10 (erbaut Anf. 19. Jh.)
- Balzers: Stallscheune, Rietleweg 8 (erbaut um 1903)
- Balzers: Alte Post, Rietstrasse 4 (erbaut 1936)
- Balzers: Wohnhaus mit Werkstatt und Stall, Muraträssle 8 (erbaut 1846)
- Balzers: Wohnhaus und Stall, Züghüsle 12 (erbaut 1936)
- Gamprin: Wohnhaus, Stallscheune und Waschhaus, Badäl 202 (erbaut 1845, 1894 und 1929)
- Mauren: Wohnhaus, Britschenstrasse 34 (erbaut 1943)
- Mauren: Wohnhaus und Stallscheune, Krummenacker 8 (erbaut 1640 bzw. 1648)
- Mauren: Wohnhaus, Krummenacker 10 (erbaut 1837)
- Mauren: Wohnhaus und Scheune, Peter-Kaiser-Strasse 41 (erbaut 1874)
- Nendeln: Mehrfamilienhaus, Sägastrasse 14 (erbaut 1947)
- Ruggell: Wohnhaus und Stallscheune, Rotengasse 17 (erbaut um 1715 bzw. 1931)
- Triesen: Wohnhäuser und Doppelstallscheune, An der Halde 2/4 (erbaut 1607, 1903 und 1891)
- Triesenberg: Alte Säge, Jonaboda (erbaut 1928)
- Triesenberg: Doppelwohnhaus und Stallgebäude, Steinort 170/171 (erbaut 1676)
- Triesenberg: Hütte Nr. 147, Grossstäg 90 (erbaut 1811)
- Triesenberg: Hütte Nr. 216, Im Chleistäg 76 (erbaut 1840)
- Triesenberg: Stall, Gruabastrasse (erbaut Anf. 20 Jh.)
- Vaduz: Wohnhaus «Legler», Mareestrasse 20 (erbaut 1956; Arch. Ernst Sommerland)
- Vaduz: Wohnhaus «Rheinblick», Fürst-Johannes-Strasse 9 (erbaut 1928; Arch. Ernst Sommerland)

Die jährlich geführte Verlustbilanz zeigt auf, dass in den letzten zehn Jahren 235 erhaltens- oder gar schutzwürdige Häuser abgebrochen worden sind. Die historische Bausubstanz Liechtensteins ist erheblich dezimiert worden.

Öffentlichkeitsarbeit, Führungen, Ausstellungen, Publikationen

Am 21. August 2010 fand im Gasometer in Triesen eine Veranstaltung der Kulturkommission Triesen zum Thema «Abbruchobjekt oder Denkmal» statt, an welcher rund 60 Personen teilgenommen haben und die Landesdenkmalpflege über ihren kulturpolitischen Auftrag sowie über ihre Arbeit und ihr Dienstleistungsangebot referieren konnte. Die Postkartenserie des Hochbauamtes wurde im Berichtsjahr um das Set mit den berühmten Votivfiguren von Gutenberg/Balzers erweitert.

Europa-Tag des Denkmals 2010

Die Kathedrale St. Florin in Vaduz stand am 4. September 2010 im Zentrum des 18. Europa-Tags des Denkmals im Fürstentum Liechtenstein. Die Landesdenkmalpflege informierte die 200 Besucherinnen und Besucher über die aktuelle Baustelle im Innern des Gotteshauses. Unter dem Titel «Kirche St. Florin Vaduz – Ein Gotteshaus im Wandel der Zeit» widmete sich der Denkmaltag der Baugeschichte und der aktuellen Sanierung der bedeutenden Kirche aus der Feder des Wiener Dombaumeisters Friedrich Freiherr von Schmidt.

Liechtenstein veranstaltet seit 1993 den Europa-Tag des Denkmals. Seit 2006 beteiligen sich zudem junge Menschen aus dem Fürstentum am internationalen Jugendfotowettbewerb «International Heritage Photographic Experience». In der aktuellen Auflage 2010 wurden die Jugendlichen aufgemuntert, sich mit den «Zeugen des Mittelalters» auseinanderzusetzen. Die Gewinnerin, welche die imposanten Reste der Oberen Burg Schellenberg auf Bild brachte, erhielt ein vom Europarat ausgestelltes Diplom, einen Sachpreis und den Katalog, im welchem die ausgezeichneten Fotos aus über 55 Ländern abgebildet sind.

Archäologie

Bauüberwachung/Archäologische Notgrabungen/Archäologischer Perimeter

Entsprechend der unvermindert intensiven Bautätigkeit wurden im Berichtsjahr ca. 380 Baugesuche archäologisch geprüft. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesarchäologie kontrollierten bei der Hälfte der Bauprojekte die Bodeneingriffe vor Ort. 20 Bauvorhaben lösten archäologische Interventionen aus. Aufgrund von neu entdeckten Fundstellen kam es in den Gemeinden Eschen, Mauren, Schaan und Triesen zur Erweiterung des Archäologischen Perimeters.

Im Februar/März 2010 wurde im Vorfeld des Baus eines Einfamilienhauses an der Fürst Johann Strasse trotz winterlicher Witterungsverhältnisse eine ca. 160 m^2 grosse Fläche archäologisch untersucht. Dabei wurden neben zahlreichen Funden auch bauliche Massnahmen aus der Hallstattzeit (8.–6. Jh. v. Chr.) zum Schutz gegen die Rüfen dokumentiert.

Die Gemeinde Balzers baut das im Kern zwischen 1733 und 1739 errichtete Pfarrhaus zu einem kulturellen Zentrum um. Da dort sowohl früh- bis hochmittelalterliche Kirchenbauten wie auch Teile der römischen Siedlung zu

erwarten sind, begleitete die Landesarchäologie während des ganzen Jahrs die Baumassnahmen. Dabei wurden zwölf Mauerstücke freigelegt, die sich mindestens zwei Bauhorizonten aus früherer Zeit zuordnen lassen.

EDV-Projekte, Bibliothek
Im Berichtsjahr waren die Fachkräfte der Landesarchäologie mit der Aufbereitung von abgeschlossenen wie auch von aktuellen Grabungsdaten und mit deren Erfassung im Inventarisierungsprogramm SPATZ beschäftigt. Aktuelle Fund- und Notgrabungsereignisse wurden direkt per EDV erfasst. Gleichzeitig wurde die Darstellung der Daten auf der geografischen Oberfläche ArcGIS optimiert. Von der Arbeitsgemeinschaft SPATZ wurde ein Pflichtenheft für die Software, die SPATZ nach über 10 Jahren Laufzeit ersetzen soll, erstellt. Der Datenbestand der archäologischen Fachbibliothek wurde von einer externen Bibliothekarin im Bibliotheksprogramm ALEPH auf aktuellem Stand gehalten.

Restaurierungslabor
Die im Rahmen verschiedener Notgrabungen geborgenen Funde wurden konservatorisch betreut. Sämtliche im Depot der Landesarchäologie aufbewahrten oder im Liechtensteinischen Landesmuseum ausgestellten archäologischen Objekte wurden einer Zustandskontrolle unterzogen. Für die Ausstellung «Bevor die Römer kamen – späte Kelten am Bodensee» konnten Objekte bereit gestellt werden. Im Rahmen des Dienstleistungsangebots wurde wie in den Vorjahren wieder ein umfangreicher externer Restaurierungsauftrag ausgeführt.

Auswertungen und Publikationen
Die Bearbeitung des umfangreichen Fundmaterials der Notgrabung Balzers «Rietle» führte zu interessanten Ergebnissen mit bis anhin in unserer Region unbekannten Gefässformen eisenzeitlicher und römischer Zeit. Fragestellungen, die sich im Rahmen der Gesamtauswertung der Ausgrabung Bendern «Kirchhügel» bei der Prüfung der Darstellung der Befunde und des umfangreichen Fundkatalogs ergaben, machen weitere Untersuchungen unumgänglich.

Die 2006 an der Reberastrasse in Schaan durchgeführte Notgrabung wurde ausgewertet. Die aussergewöhnlichen Ergebnisse konnten im Rahmen einer Tagung zur Mittelalterarchäologie in der Schweiz vorgetragen werden. Sie werden zusammenfassend in der entsprechenden Tagungsdokumentation publiziert.

Raubgrabungen
Um auf die Problematik der Raubgrabungen im Land aufmerksam zu machen, fanden mit Mitarbeitern des zuständigen Kommissariats der Landespolizei Begehungen auf den gefährdeten Siedlungsplätzen unterschiedlicher Zeitstellung statt. In Zusammenarbeit mit dem Grenzwachkorps und der Landespolizei wird deren intensive Überwachung weiter geführt.

Öffentlichkeitsarbeit, Führungen, Ausstellungen
Die in Zusammenarbeit mit dem Archäologischen Landesmuseum Baden-Württemberg, den Kantonsarchäologien Thurgau und St. Gallen, dem Vorarlberger Landesmuseum Bregenz und der Landesarchäologie Liechtenstein entwickelte Sonderausstellung «Bevor die Römer kamen – späte Kelten am Bodensee» war vom Mai 2010 bis Mitte Januar 2011 im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz zu sehen. Ein eigens geschaffenes «Liechtensteinfenster» präsentierte die neuesten Ergebnisse von Grabungen auf eisenzeitlichen Fundstellen des Landes. In einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm mit Vorträgen und Workshops konnte die Eisen- und Römerzeit näher gebracht werden. Studenten der Universität Zürich wurden durch die Sonderausstellung geführt.

Am 19. Juni erhielten am «Tag der offenen Tür» auf der Burg Gutenberg die zahlreichen Besucher Informationen zu den Ergebnissen der beiden letzten grossen Grabungsetappen.

Im September/Oktober 2010 wurde in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein-Institut in Bendern ein Vortragszyklus zur «Archäologie im Alpenrheintal» abgehalten. Fünf Vorträge widmeten sich der Geschichte unserer Region aus archäologischer Sicht von der Steinzeit bis ins Mittelalter. Zusätzlich fand in der Pfarrkirche Mauren eine Führung über die Ergebnisse der Grabung zu deren Vorgängerbauten statt. Den Abschluss bildete ein Werkstattbesuch bei der Landesarchäologie in Triesen, welche den Gästen einen Einblick in die Arbeitsprozesse der archäologischen Forschung gewährte.

Im Juni besuchte die Volkshochschule Zürich im Rahmen eines Burgenseminars unser Land. Die Besucherinnen und Besucher wurden auf Gutenberg und bei der Oberen Burg Schellenberg in die Geschichte der bedeutenden Anlagen eingeführt. Mitarbeiter der Landesarchäologie begleiteten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschsprachigen Verwaltungsgerichtshöfe zu den Fundstellen auf dem Eschnerberg und Gäste der Staatsanwaltschaft zur Burg Gutenberg. Mehrere Schulklassen nützten das Angebot, sich zu speziellen Themen in den Räumlichkeiten der Archäologie zu informieren.

Mit erheblichem Arbeitsaufwand wurde die Herstellung der Hefte über die «Kelten und Räter» und über die «Römer» des vom Schulamt herausgegebenen Lehrmittels für Primarschulen wissenschaftlich begleitet.

Tiefbauamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. ETH Markus Verling

Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur
Das Verkehrssystem von Liechtenstein umfasst 130 Kilometer Landstrassen, rund 500 Kilometer Gemeindestras-

sen sowie 9 Kilometer Normalspureisenbahn. Das liechtensteinische Strassennetz ist über ein dichtes Netz von fünf Anschlüssen an die schweizerische Autobahn A13 angeschlossen. Aufgrund des anhaltenden Verkehrswachstums gelangt das Strassensystem zu Spitzenzeiten vermehrt an die Kapazitätsgrenze. Dies beeinflusst neben dem motorisierten Individualverkehr auch den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Fahrradverkehr negativ. Die Herausforderung für das Fürstentum Liechtenstein ist es deshalb, bei weiterhin anhaltendem Wachstum von Bevölkerung und Arbeitsplätzen eine gute Erreichbarkeit sicherzustellen.

Der Bau, Betrieb und Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt auch in den kommenden Jahren ein zentrales Thema. Im abgelaufenen Berichtsjahr wurden die Aufwendungen für den Unterhalt der Landstrassen um mehr als 35% reduziert. Werden diese verminderten Aufwendungen in den Folgejahren nicht kompensiert, birgt dies die Gefahr, dass schon in wenigen Jahren die Werthaltigkeit der Verkehrsinfrastruktur massgeblich geschmälert wird, was sich auf den künftigen Unterhalts- und Investitionsbedarf auswirken würde.

Im Rahmen der Anlagebuchhaltung wurden sämtliche Strassen und Kunstbauten des Landes katalogisiert und bewertet. Die Verkehrsinfrastruktureinrichtungen des Landes weisen demgemäss einen Wiederbeschaffungswert von über 650 Mio. CHF auf. Nach einer aktuellen Studie zur Situation in der Schweiz, die gemeinsam mit allen Kantonen im Jahr 2010 durchgeführt wurde, muss für eine ökonomische und der Nachhaltigkeit dienende Erhaltung der Strasseninfrastruktur jährlich zwischen 1.8 und 2.6% des Wiederbeschaffungswertes reinvestiert werden. Einem solchen Mittelbedarf für die Werterhaltung liegt die Annahme zugrunde, dass die Strasse nach den heute geltenden Anforderungen in Bezug auf die Geometrie, Tragfähigkeit, Entwässerung etc. gebaut wurde und der Sanierungsbedarf nur die Folge der Alterung ist.
Der Wiederbeschaffungswert entspricht nicht dem einstigen Erstellungswert der Infrastruktur, sondern dem Wert einer gleichwertigen Anlage zu aktuellen Bedingungen. Bei dem im Rahmen der Anlagebuchhaltung ermittelten Wiederbeschaffungswert der Landstrassen in Liechtenstein von ca. 650 Mio. CHF müssten folglich allein für die Strassenerhaltung in Liechtenstein jährlich etwa 15 Mio. CHF aufgewendet werden.

Verkehr

Verkehrsorganisation
Der Bereich Verkehrsorganisation umfasst die Weiterentwicklung des Gesamtverkehrssystems auf Basis des Mobilitätskonzepts «Mobiles Liechtenstein 2015», das Controlling des Leistungsauftrags der Liechtenstein Bus Anstalt sowie alle hierfür notwendigen gesetzlichen, administrativen und organisatorischen Massnahmen.

Infrastrukturplanung für S-Bahn FL-A-CH
Nachdem die vertraglichen Grundlagen geschaffen und die notwendigen Beschlüsse in Regierung und Landtag gefasst wurden, konnten im Berichtsjahr die eigentlichen Planungen zum Ausbau der Eisenbahnstrecke angegangen werden. Das internationale Vergabeverfahren wurde im April 2010 abgeschlossen. Planungsgegenstand auf liechtensteinischem Hoheitsgebiet ist der Doppelspurabschnitt von der Grenze Schaanwald – Tisis bis Nendeln, die Errichtung bzw. Adaption aller Haltestellen sowie Umweltschutz-Massnahmen entlang der Bestandesstrecke. Parallel hierzu werden die Anschlussbauwerke durch das Tiefbauamt geplant. Unter Einbezug der Gemeinden Mauren, Eschen und Schaan konnten die Planungsgrundlagen, insbesondere die Gestaltung und Erschliessung der Haltestellen sowie die Niveaufreimachung bestehender Eisenbahnkreuzungen erarbeitet werden. Am 6. Dezember 2010 fand die Projekterörterung zur Festlegung des Untersuchungsrahmens für den Umweltverträglichkeitsbericht statt.

Verkehrsdienstebericht 2010
Im Verkehrsdienstebericht wird das Grundangebot der «Liechtenstein Bus Anstalt (LBA)» definiert und die ungedeckten Kosten mittels Finanzbeschluss finanziert. Das Grundangebot umfasst neben dem Linienbus («Liechtenstein Bus») und dem Regionalzug («Liechtenstein Takt») weitere Verkehrsdienste wie den Nachtbus, Skibus und die grenzüberschreitende «Linie 70». Durch die Erhöhung des Eigenfinanzierungsgrades konnte der Landesbeitrag von insgesamt 18.5 Mio. CHF im Jahr 2010 auf 17.3 Mio. CHF im Jahr 2011 gesenkt werden. Nach Genehmigung des Finanzbeschlusses durch den Landtag, hat die Regierung mit der LBA eine Leistungsvereinbarung und die Globalkreditvereinbarung abgeschlossen.

Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein
Das Tiefbauamt arbeitet intensiv im Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein mit. Im Berichtsjahr konnten die Schwachstellenanalyse «Fussgängerverkehr und Fahrradverkehr» sowie die «Angebotskonzeption für den öffentlichen Verkehr» abgeschlossen werden. Alle Massnahmen sind auf die künftige S-Bahn FL.A.CH ausgerichtet und abgestimmt. Diese nimmt im Agglomerationsprogramm eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung der Region ein.

Mobilitätswoche
Liechtenstein beteiligte sich wiederum an der europäischen Woche der Mobilität vom 16. bis 22. September 2010. Unter dem Motto «Mobil und Gesund» organisierte das Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit der LIHK und dem Amt für Gesundheit verschiedene Aktionen, welche «kleine Bewegungen mit grosser Wirkung» beinhalteten.

Kontenübersicht

Konto-Nr	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Ausgaben 2010
650.318.02	Werbung öffentlicher Verkehr	70'000	42'304
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	298'000	234'751
650.318.04	Experten, Gutachten Verkehrsbereich	450'000	287'415
650.318.05	Planungsleistungen S-Bahn FL.A.CH	2'090'000	836'118
650.318.06	Beitrag grenzüberschreitende Linienbusse	335'000	270'076

Verkehrstechnik

Zu den Aufgaben des Bereichs Verkehrstechnik gehören die Betreuung des Verkehrszählsystems des Landes, die Bearbeitung von Signalisations- und Reklamegesuchen, die Auswertung und Nachführung des Verkehrsmodells sowie die Ausarbeitung von Verkehrsstudien und Verkehrskonzepten.

Verkehrszählsystem
Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Verkehrszählgeräte angeschafft werden. 12 Standorte werden ab 2011 durchgehend und 15 Standorte mit fünf Geräten alternierend betrieben. An diesen Zählstellen können die Verkehrsdaten nun im 18-Monatsrythmus erhoben werden.

Verkehrsmodell
Zur Berechnung des Verkehrsaufkommens in Liechtenstein setzt das Tiefbauamt seit Jahren ein Verkehrsmodell ein, welches primär das Landstrassennetz abbildet. Im Berichtsjahr wurde ein neues Verkehrsmodell zur flächendeckenden Erfassung des Verkehrs erarbeitet, welches das gesamte Strassennetz Liechtensteins berücksichtigt und auch Verkehrsdaten für Gemeindestrassen liefert. Die Ergebnisse der Modellierung dienen zusätzlich als Grundlage für die Erstellung eines Lärmkatasters durch das Amt für Umweltschutz.

Bewilligungen
Aufgrund von Gesuchen wurden im Berichtsjahr 434 fixe und temporäre Strassensignalisationen verfügt und 70 Bewilligungen für Strassenreklamen erteilt. In rund 30 Fällen wurden befristete Strassenreklamen bewilligt.

Konto-Nr	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Ausgaben 2010
600.314.02.13	Wartung/Unterhalt Verkehrszählanlagen	25'000	8'339

Konto-Nr	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Einnahmen 2010
600.431.00	Gebühren für Strassenreklame -Tafeln	5'000	9'400

Mobilitätsmanagement und Langsamverkehr

Mobilitätsmanagement der Landesverwaltung
Am 1. Januar 2008 wurde in der Liechtensteinischen Landesverwaltung das Betriebliche Mobilitätsmanagement eingeführt. Als Anreiz und Fördermassnahme zum Umstieg vom Auto auf den Fuss- und Fahrradverkehr oder öffentlichen Verkehr wird jedem Mitarbeiter jährlich ein Mobilitätsbeitrag ausbezahlt. Weitere Fördermassnahmen sind 65 Dienstfahrräder, Dienstfahrzeuge, Fahrradreparaturtage, Fahrradwettbewerbe und die Schulung im ECO Drive.

Ziel ist es, den motorisierten, arbeitsbedingten Individualverkehr um 20% (von 75% auf 55%) zu senken. Gemäss repräsentativer Erhebung vom September 2010 kommen 9% des Personals der Landesverwaltung zu Fuss oder mit dem Fahrrad zur Arbeit, 58% alleine mit dem Auto oder Motorrad, und 33% mittels Kollektivverkehr (öffentlichem Verkehr oder Fahrgemeinschaften). Damit ist ein Trend zugunsten des Kollektiv- und Langsamverkehrs klar erkennbar, wenngleich das Ziel von 55% noch nicht ganz erreicht ist.

Förderung des Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)
Mit der landesweiten BMM-Tagung wie auch der Diskussionsplattform «BMM Round Table» wird das Ziel verfolgt, auf eine umweltfreundliche Mobilität hinzuwirken. Die verschiedenen Arbeitgeber erhalten die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorschläge einzubringen. Bei allen Aktivitäten steht die Verringerung des täglichen Verkehrsaufkommens durch Privatautos im Vordergrund. Die Akzeptanz des Betrieblichen Mobilitätsmanagements ist dadurch stark gestiegen.

Langsamverkehr
Das Tiefbauamt wurde im Berichtsjahr beauftragt ein landesweites Radverkehrskonzept, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, zu erstellen. Dieses soll dazu dienen, einerseits das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel zu etablieren und andererseits Liechtenstein als Fahrradland zu positionieren.

Konto-Nr	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Ausgaben 2010
092.309.00	Mobilitätsbeiträge und Förderaktionen	285'000	274'172
092.314.00	Betrieb und Unterhalt BMM-Fahrzeuge	24'000	13'629
092.434.00	Erträge betriebliches Mobilitätsmanagement	-285'000	274'172

Personenbeförderungskonzessionen
Im Berichtsjahr wurde eine Konzession zur Personenbeförderung auf der Strasse erteilt. Für einen durch die Gemeinde Ruggell finanzierten Versuchsbetrieb zwischen Ruggell Post und dem Industriegebiet wurde einer privaten Transportunternehmung eine Konzession für den Linienverkehr erteilt.

Infrastruktur Bau

Strassenverbesserungen und -neubauten (Konto 600.501.01)
Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten an 3 laufenden Projekten abgeschlossen werden. Es wurden im Jahr 2010 zudem 7 neue Projekte umgesetzt und grössenteils ebenfalls fertig gestellt.

Laufende Projekte
An folgenden, bereits in den Vorjahren gebauten Projekten wurden Fertigstellungsarbeiten ausgeführt:

	Aufwendungen 2010 (in CHF)
– Landstrasse Balzers Nord 2. Etappe, Fertigstellungsarbeiten und Deckbelag	65'229
– Landstrasse Vaduz, Schwefelstrasse bis Aukreisel, Deckbelagsarbeiten	90'892
– Landstrasse Schaan, Bereich Bretschastrasse-Bahnhofstrasse	1'303'684

Neue Projekte

Rotenbodenstrasse Triesenberg, Bereich Samina
Das Strassenteilstück war baulich in einem sehr schlechten Zustand. Es wurden die notwendigen Werkleitungen und der bestehende Strassenkörper erneuert und ergänzt. Zudem konnte mit dem Neubau einer Trottoirverbindung eine Sicherheitslücke im Fusswegnetz der Gemeinde Triesenberg geschlossen. Ebenfalls wurde eine Wendemöglichkeit für den Bus geschaffen und die bestehende Bushaltestelle und die Wartekabine behindertengerecht ausgeführt.

Landstrasse Vaduz innerorts, Drechslergasse bis St. Markusgasse
Die Landstrasse Vaduz–Schaan, vom Hotel Löwen bis zur Rüfebrücke, wurde in den 80er Jahren erstellt und ist aufgrund des ständig steigenden Verkehrsaufkommens in einem baulich schlechten Zustand. In einem ersten Schritt wurde der Teilbereich von der Drechslergasse bis zur St. Markusgasse erneuert. Im Rahmen des Umbaus konnten die LBA-Haltestelle Hofkellerei beidseits erneuert und behindertengerecht umgebaut werden.

Grosskreisel Schaan 1. Etappe Feldkircherstrasse – Bretschastrasse
Parallel zu den Bauarbeiten des Verbindungsstücks Bretschastrasse bis Bahnhofstrasse wurde das als provisorischer Bushof genutzte Teilstück der definitiven Bestimmung zugeführt und die Strasse in diesem Bereich in den für das Schaaner Zentrum vorgesehenen Standard ausgeführt. Für die verkehrstechnische Erschliessung des Bushofs und der Tiefgarage Bushof Schaan wurde an den Ein-/ bzw. Ausfahrten eine neue Lichtsignalanlage installiert. Diese ermöglicht eine priorisierte Ein- und Ausfahrt des Öffentlichen Verkehrs in den Bushof.

Landstrasse Schaanwald-Mauren, Torinsel und Bushaltestelle
Um die Verkehrssicherheit an der Dorfeinfahrt Mauren von Schaanwald herkommend zu erhöhen, wurde im Bereich Josef-Muhr-Weg / Birkahof eine Torinsel mit Fussgängerübergang gebaut. Gleichzeitig wurden zwei neue Bushaltestellen mit behindertengerechten Haltekanten erstellt und das südseitig gelegene Trottoir erweitert. Der nördlich gelegene Fuss-/Radweg wurde baulich mittels eines Grünstreifens von der Fahrbahn abgetrennt.

Landstrasse Bendern-Ruggell, Torinsel Bereich Grossabünt und Mittelinsel Fallsbretscha
Im Rahmen des Neubaus ‚Freizeitanlage Grossabünt' durch die Gemeinde Gamprin wurde im Bereich der Einfahrt zur Freizeitanlage eine Torinsel erstellt. Zudem wurde an der Einmündung Fallsbretscha eine Mittelinsel zur Fussgängerquerung realisiert, welche die Bushaltestelle mit dem Wohngebiet verbindet.

Landstrasse Bendern-Ruggell, Fuss-/Radwegbrücke Grossabünt
Die neue Freizeitanlage «Grossabünt» wurde aufgrund ihrer regionalen Bedeutung direkt an das internationale Radwegnetz angeschlossen. Das Land Liechtenstein hatte bei der Realisierung die Federführung inne, die Gemeinde Gamprin beteiligte sich an den Investitionskosten anteilsmässig. Nach der Realisierung geht die Brücke ins Eigentum der Gemeinde über, welche dann für den Unterhalt verantwortlich zeichnet.

Meierhofstrasse, Bereich Hotel Meierhof
Die Meierhofstrasse wurde in den vergangenen Jahren sukzessive einer Erneuerung unterzogen. Zudem war von Seiten der Gemeinde wie auch der Werkleitungsbetreiber ein erheblicher Erneuerungsbedarf vorhanden.

Im Jahr 2010 wurde zusammen mit der Gemeinde Triesen und den Werkbetreibern der Ausbau im Bereich Hotel Meierhof bis zur Gemeindegrenze von Vaduz realisiert.

Lichtsignalanlage
Im Rahmen der Erstellung der zweiten Etappe des Grosskreisels in Schaan wurde im Bereich der Ausfahrt aus dem Bushof eine Lichtsignalanlage erstellt, welche primär der Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs dient.

Übersicht über Abweichungen von den budgetierten Kosten

OBJEKT	BUDGET CHF	AUFWAND CHF	BEMERKUNGEN
LAUFENDE PROJEKTE			
• Landstrasse Balzers Nord, 2. Etappe	150'000	65'229	Fertigstellungsarbeiten und Deckbelag
• Landstrasse Vaduz – Triesen, Austrasse	250'000	90'892	Deckbelagsarbeiten
• Landstrasse Schaan, Bretscha-Bahnhofstr.	1'030'000	1'303'684	Fertigstellungsarbeiten Nachtragskredit CHF 680'000
NEUE PROJEKTE			
• Rotenbodenstrasse, Bereich Samina	450'000	400'121	Strassenumbau
• Landstrasse Vaduz innerorts, Drechslergasse bis St. Markusgasse	1'200'000	664'759	Strassenumbau
• Grosskreisel Schaan, Feldkircherstrasse–Bretscha	1'000'000	660'641	Definitiver Ausbau
• Landstrasse Schaanwald–Mauren, Torinsel u. Wendeplatz	1'200'000	840'314	Strassenumbau, Torinsel
• Landstrasse Bendern-Ruggell, Torinsel Bereich Grossabünt	450'000	752'651	Strassenumbau, Torinsel
• Landstrasse Bendern-Ruggell, Fuss-/Radwegbrücke Grossabünt	500'000	567'163	Fuss-/Radweg
• Meierhofstrasse, Bereich Hotel Meierhof	800'000	721'748	Strassenumbau, Mittelinsel
• Lichtsignalanlage VRA Zentrum Schaan	200'000	153'175	Neubau der Lichtsignalanlage
TOTAL	**7'230'000**	**6'220'377**	

Industriezubringer Schaan
Nach dem erfolgreichen Ausgang der Volksabstimmung über den Verpflichtungskredit für den Industriezubringer Schaan wurden Mitte 2010 die nötigen Ingenieurarbeiten für die Projektierung ausgeschrieben und vergeben. Parallel dazu sind sämtliche Begleitmassnahmen in die Wege geleitet. An der Planungssitzung im Herbst wurden die Planungsarbeiten gestartet, sodass die Bauprojekte Anfang 2011 vorliegen. Nach derzeitigem Wissensstand ist mit dem Baubeginn für den Industriezubringer Schaan Mitte 2011 zu rechnen.
Aufwendungen 2010: CHF 708'434

Diverses

Allgemeines und Unvorhergesehenes (Kto. 600.314.04.59 – Unterhalt von Strassen/ Strassenunterhalt allgemein)
Alljährlich fallen viele kleinere Baumassnahmen an, die bei der Budgetierung nicht voraussehbar waren. Im Berichtsjahr waren dies schwerpunktmässig Verkehrsorganisatorische Massnahmen an der Lindenkreuzung Schaan, Bauliche Massnahmen zur provisorischen Inbetriebnahme des Grosskreisels, Umbauarbeiten bei der Zollabfertigung Schaanwald, Anpassungen der Einmündung im Bereich Steckergasse, Schaan und Deckbelagsarbeiten an der Radwegverbindung Westkreisel-Sportplatz, Balzers.
Aufwendungen 2010: CHF 483'975

Bodenauslösungen (Kto. 600.500.00 – Bodenerwerb von Tiefbauten/Objekt- und Bodenauslösungen)
Über dieses Konto werden die für den Ausbau der Landstrassen, Trottoirs und Bushaltestellen notwendigen Bodenauslösungen abgerechnet. Im Berichtsjahr konnten verschiedene Landerwerbe an der Meierhofstrasse in Triesen, der Rotenbodenstrasse Triesenberg im Bereich Samina, der Landstrasse Mauren, Krummenacker, an der Peter- und Paul-Strasse Mauren und an der Landstrasse im Mühleholz in Vaduz durchgeführt werden.
Aufwendungen 2010: CHF 121'628

Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr (Konto 650.501.01)
Im Jahr 2010 wurden die Haltestellen Städtle Vaduz, Richtung Schaan, Fallsbretscha Mauren, Richtung Schaan,

Garnetschhof Triesen, Richtung Vaduz und Zuschg Schaanwald, Fahrtrichtung Feldkirch mit einer Buswartekabine ausgestattet. Die bestehenden Buswartekabinen Hofkellerei Vaduz, Fahrtrichtung Vaduz und Schaan, Meierhof Triesen, Fahrtrichtung Vaduz und Triesenberg, Dorfeinfahrt Ziel Mauren, Fahrtrichtung Mauren und Schaanwald, sowie Rheinparkstadion Vaduz, Fahrtrichtung Vaduz wurden zudem komplett saniert.
Aufwendungen 2010: CHF 330'992

Diverse Strassenprojektierungen (Konto 600.318.01)
Im Berichtsjahr Vorleistungen für Projekte Landstrasse Balzers Nord, 3. Etappe, Landstrasse Ruggell–Schellenberg, Zentrum Schaan, Lindaplatz-Steckergass, Landstrasse Schaan–Vaduz, Bereich Löwen bis St. Markusgasse, Triesen innerorts, Bereich Weiterführende Schule, LAK, Vorstudie Landstrasse Vaduz-Schaan, Busspur, Landstrasse Mauren, Krummenacker sowie die Verkehrstechnische Überprüfung des Knoten Maschlina Triesen, die Verkehrstechnische Überprüfung Knoten Eschen Industrie und eine Vorstudie Landstrasse Vaduz Bereich Schule Ebenholz erbracht.
Aufwendungen 2010: CHF 347'561

Bauliche Massnahmen zur Behindertengleichstellung (Konto 650.314.00)
Im Berichtsjahr 2010 wurden Anpassungen bei den Haltestellen Hofkellerei Ost und West, Vaduz, Meierhofstrasse Ost und West, Triesen, Dorfeinfahrt Ziel Süd und Nord, Mauren, Gartnetschhof Ost, Triesen, Samina, Triesenberg, Fallsbretscha Ost, Gamprin, Waldstrasse, Schaanwald ausgeführt. Zudem wurden diverse Trottoirüberfahrten angepasst und die Ränder bei einigen Fussgängerübergängen abgesenkt. Für die behindertengerechte Anpassung der Bushaltestelle Samina Triesenberg wurde im Berichtsjahr ein Nachtragskredit über CHF 35'000 beantragt.
Aufwendungen 2010: CHF 359'399

Infrastruktur Betrieb

Material, Transporte etc. (Konto 600.313.01)
Über dieses Konto werden Materialbezüge und Transportleistungen abgerechnet. So auch die mechanische Trottoirreinigung, die von einem privaten Unternehmen ausgeführt wird. Holz für Steinschlagverbauungen und Zäune sowie viele kleinere Materialbezüge für Unterhaltsarbeiten werden ebenfalls diesem Konto belastet. Im Weiteren wurden verschiedenste Unterhaltsarbeiten an Naturstrassen durchgeführt.

Technischer Dienst (Konto 600.314.02)
Über das Konto «Technischer Dienst» werden die Aufwendungen für den Unterhalt der technischen Einrichtungen des Tunnels Gnalp-Steg, der Lichtsignalanlagen, der Leiteinrichtungen, die Erneuerung der Signalisationen an den Landstrassen, die Stromkosten für landeseigene Beleuchtungen, sowie die Materialbeschaffungskosten für die Markierarbeiten abgerechnet. Im Berichtsjahr wurden zudem die Neubefahrung der Landstrassen für das Road Management System sowie die entsprechenden Laserscanningaufnahmen durchgeführt.

Maschinen und Werkzeuge (Konto 600.314.03)
Das Konto «Maschinen und Werkzeuge» beinhaltet den Unterhalt und sämtliche Betriebsmittel aller Fahrzeuge des Werkbetriebes, wie der Strassenwischmaschine, der Strassenreinigungsmaschine, der Markiermaschinen, des Unimog und der Mannschaftsfahrzeuge. Ebenfalls werden die Unterhaltsarbeiten für alle Baustellenampeln und Winterdienstgeräte (Pflüge und Streuer) sowie sämtliche motorisierten Geräte für den Sommerdienst über dieses Konto abgerechnet.

Unterhalt von Strassen (Konto 600.314.04)

Über dieses Konto wurden im Berichtsjahr folgende Landstrassenabschnitte im Bereich der Beläge und der Strassenentwässerung saniert:

Landstrassenabschnitt	Aufwand (CHF)	Bemerkungen
Landstrasse Triesenberg-Steg, Bereich Rizlina	651'462	Entwässerung & Belag
Triesenberg innerorts, Zentrum	272'796	Entwässerung & Belag
Frommenhausstrasse	481'045	Entwässerung & Belag
Limsenegg Ruggell (Steinbruch-Noflerstrasse)	180'183	Belag
Vorarlbergerstrasse, Bereich Zuschg, Schaanwald	103'307	Belag
Rietlestrasse Schellenberg, Los 2	91'396	Belag
Kleinprojekte	280'350	

Brückenunterhalt (Konto 600.314.05)

Über dieses Konto wurden im Berichtsjahr wiederum einige Brücken und Kunstbauten saniert:

Landstrassenabschnitt	Aufwand (CHF)	Bemerkungen
Lehnenbrücke Stachler, Landstrasse Steg-Malbun	759'897	Pfeiler und Tragkonstruktion
Frommenhausstrasse, Mauersanierung	70'781	Betonkordon
Tela-Rank Gaflei, Mauersanierung	124'143	Betonkordon
Schaan-Planken (Goldiger Rank)	156'521	Betonkordon
Kleinprojekte	143'389	

Winterdienst (Konto 600.314.06)

In der Hoffnung auf einen «Durchschnittswinter» wurde für das Jahr 2010 der langjährige Durchschnittsbetrag von CHF 850'000 budgetiert. Diese Vorgabe konnte nicht eingehalten werden. Bereits im Frühjahr 2010 wurde beim Landtag ein Nachtragskredit in Höhe von

CHF 150'000 beantragt. Die Wettersituation in der zweiten Hälfte des Monats November 2010 machten überdurchschnittlich viele Einsätze der Winterdienstequipen im ganzen Land erforderlich. Der massive Maschineneinsatz und der zusätzliche Salzverbrauch haben dazu geführt, dass im Dezember zusätzlich eine Kreditüberschreitung von CHF 80'000 beantragt werden musste.

Fremdleistungen (Konto 600.314.07)

Über dieses Konto werden die Aufwendungen für die Entleerung der Einlaufschächte und die Entsorgung des Materials, die externen Kosten für die Pflege und den Unterhalt der Grünanlagen, die externen Kosten für die Felsräumung sowie die Felssicherungen bestritten. Auch die Kosten für die Abfallbeseitigung und die Entsorgung von Strassenwischgut werden über dieses Konto abgerechnet.

Verbrauchsmaterial Magazine (Konto 600.314.08)

Unter diesem Konto werden die Aufwendungen für die Reparatur von Unfallschäden, Schäden durch Vandalismus und der Unterhalt der LBA-Haltestellen verbucht. Der Unterhalt der Magazine und deren Einrichtungen sowie die Verbrauchsmaterialien für den Betrieb und Unterhalt der Landstrassen wie Temporärsignalisationen, Schlossereibedarf, Kleinwerkzeuge etc. gehen ebenso zu Lasten dieses Kontos.

Unterhalt Werkleitungsstollen (Konto 600.314.09)

Die Unterhaltsaufwendungen für den Werkleitungsstollen sind gemäss Aufteilungsschlüssel des Zweckverbandes zu $^{3}/_{7}$ vom Land zu tragen. Im Berichtsjahr musste im Übergangsbereich des Stollens zum Portalgebäude West die bestehende Sickerwasserleitung unterhalb des Werkleitungsblockes saniert werden.

Versicherungen (Konto 600.318.03)

Über dieses Konto werden alle Haftpflichtversicherungen der Fahrzeuge des Tiefbauamtes bezahlt.

Maschinen/Fahrzeuge Neuanschaffungen (Konto 600.506.00)

Als Ersatz für einen älteren, reparaturanfälligen Bus wurde für die Schlosserei ein neuer Lieferwagen angeschafft.

Nach der Vergabe der Winterdienstaufträge für die nächsten 10 Jahre ab dem Winter 2010/2011 mussten alle Fahrzeuge neu ausgerüstet werden. Zudem wurden im Zuge der Neuvergabe des Winterdienstes die drei ältesten Schneepflüge ersetzt. Ebenfalls wurden vier ältere Salzstreuer durch moderne IMS-Streuer ersetzt.

Übersicht über die Konten des Werkbetriebes

Konto Nr.	Text/Objekt	Budget	Aufwand	Bemerkungen
600.313.01	Material, Transporte etc.	190'000	180'096	
600.314.02	Technischer Dienst	355'000	354'252	
600.314.03	Maschinen und Werkzeuge	490'000	469'222	
600.314.04	Baulicher Unterhalt	2'400'000	2'544'889	NK 150'000
600.314.05	Brückenunterhalt	1'300'000	1'245'731	
600.314.06	Winterdienst	850'000	1'071'103	NK 230'000
600.314.07	Fremdleistungen	280'000	279'898	
600.314.08	Verbrauchsmaterial Magazine	270'000	260'233	
600.315.09	Werkleitungsstollen	15'000	15'342	
660.318.03	Versicherungen	20'000	17'677	
600.506.00	Maschinen/Fahrzeuge Neuanschaffungen	634'000	633'515	
TOTAL		**6'804'000**	**7'071'958**	**NK 380'000**

Vermessung und Geoinformation

Aufwendungen gemäss Finanzgesetz

Konto	Kontotext	Budget	Aufwand	Ertrag
104.318.01	Landesvermessung	957'000	962'047	
104.318.02	Nachführung Vermessungsoperate	135'000	105'945	
104.318.03	LIS/GIS-Koordination (GDI)	85'000	78'277	
104.434.01	Ertrag Landesinformationssystem	-70'000		89'557
104	**TOTAL**	**1'107'000**	**1'076'712**	

Konto	Kontotext	Budget	Aufwand	Ertrag
027.435.00	Verkauf Wanderkarte	-10'000		4'343
027	**TOTAL**	**-10'000**		**4'343**

Landesvermessung (Konto 104.318.01)

Im Folgenden bedeutet:
EE= Ersterhebungen (resp. Neuvermessung)
EN= Erneuerungen (technische Anpassung bestehender Grundbuchvermessungen)

Allgemein
Die Arbeiten zur Neuvermessung der noch unvermessenen Gebiete in Schellenberg (Dorfgebiet), Gamprin und Eschen (Landwirtschaftsgebiete) schreiten rasch voran. Ein Abschluss der Arbeiten der Neuvermessung ist bereits absehbar. Gemäss dem Gesetz über die Amtliche Vermessung aus dem Jahr 2005 sind bestehende Grundbuchvermessungen, die nach dem alten Vermessungsgesetz aus dem Jahr 1945 erstellt wurden, zu erneuern. Im Berichtsjahr wurden in verschiedenen Operaten (Gemeinden Triesen, Vaduz, Balzers, Mauren und Eschen, Alpen und Waldvermessung) Erneuerungen durchgeführt.

Hoheitsgrenzen (Landes- und Gemeindegrenzen)
Bei den Bauvorhaben Zollamt Schaanwald/Tisis und Egelsee an der Landesgrenze wurde das Tiefbauamt zu Rate gezogen und zusammen mit den zuständigen Behörden der Nachbarstaaten Lösungen gefunden.

Auftragsvergaben
Gemäss Mehrjahresprogramm wurden im Berichtsjahr die Arbeiten für die EN Planken (Dorfgebiet), die EN AGW (Ebenen Bodenbedeckung und Einzelobjekte) sowie das Vorprojekt EN Eschen (Dorfgebiet) vergeben.

Die Vermessungsoperate Ruggell Operate 6 und 7 (EE Riet, Hala, Limsa und Studa), Mauren Operate 4, 5 und 10 (EN Dorfgebiet), Vaduz Operat 7 (EN Vaduzer-Riet) und Balzers Operate 10 und 11 (EN Dorfgebiet) wurden durch die Regierung rechtskräftig erklärt und teilweise im Grundbuch eingetragen.

Nachführung der Vermessungsoperate (Konto 104.318.02)

Sämtliche Bestandteile der Amtlichen Vermessung unterliegen der Nachführungspflicht. Die Kosten für die Nachführung sind nach dem Verursacherprinzip durch den Eigentümer resp. den Bauherrn zu tragen. Aufwendungen, die nicht direkt einem Verursacher angelastet werden können, zum Beispiel Kosten für die Datenaufbewahrung, die Auskunftserteilungen und die Fehlerbehebungen werden durch das Land getragen.

Geodateninfrastruktur GDI (Konto 104.318.03)

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Bereich der Geodateninfrastruktur (GDI) lag im Jahr 2010 im Bereich der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für den weiteren Ausbau der GDI. Die Gesetzesvorlage basiert auf der Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Das Gesetz wird am 01. Juni 2011 in Kraft treten.

Erweiterung Geodatenportal
Im Jahr 2010 wurde das Thema «Flurnamenkarte» in den öffentlichen Teil des Geodatenportals aufgenommen, das Thema Denkmalschutz und archäologische Perimeter sind in Arbeit.

Einnahmen aus der Datenabgabe (Konto 104.434.01)

Einnahmen **CHF 89'557**
Die Einnahmen für die Datenabgabe sind im Wesentlichen die Investitionsgebühren für die Amtliche Vermessung und weiterer Informationsebenen.

Verkauf Wanderkarte (027.435.00)

Einnahmen aus dem Kartenverkauf **CHF 4'343**
Gemäss Vereinbarung wird die Wanderkarte für CHF 22.50 durch Liechtenstein Tourismus und Swisstopo (Bern) vertrieben. Die Mountainbikekarte kann für CHF 19.50 bei Liechtenstein Tourismus, Werdenberg Tourismus und dem Werd Verlag bezogen werden.

Rüfen und Gewässer

Niederschlags- und Hochwasserereignisse

Hochwasser infolge grossräumiger Starkniederschlagsereignisse sind im Jahre 2010 ausgeblieben. Umso eindrücklicher manifestierten sich lokale Wärmegewitter. Die vor kurzem ausgebaute Sammleranlage der Mühleholzrüfe erreichte beim Rüfegang vom 12. Juli 2010 ihre Kapazitätsgrenzen. Letztmals wurde im Jahre 1994 ein Rüfegang von ähnlichem Ausmass in der Mühleholzrüfe beobachtet. Am 2. August entlud sich eine Gewitterzelle im Einzugsgebiet der Nendler Rüfe. Das seit über 20 Jahren inaktive Gerinne wurde dabei vollständig ausgeräumt. Die dabei mobilisierte Geschiebemenge von ca. 20'000 m3 konnte in dem vergrösserten Kiessammler aufgefangen werden.

Gewässerbau (Konto 750.501.02)
Mit der Anlagebuchhaltung werden die Bereiche «Hochwasserschutzprojekte» und «Renaturierungsprojekte» nicht mehr im gleichen Konto abgebildet. Hochwasserschutzprojekte werden weiterhin als Investition behandelt und im Gewässerbau berücksichtigt. Demgegenüber werden Gewässerrenaturierungen als Unterhaltsaufwendungen verstanden und innerhalb des Kontos Gewässerunterhalt budgetiert und abgerechnet.

Egelsee
Im Dezember 2010 kam die Rückmeldung aus dem zuständigen Bundesministerium in Wien, dass auf Grund unklarer innerstaatlicher Finanzierungsverhältnisse und offener Fragen betreffend der künftigen Auslegung des für die Grenzgewässer zwischen Liechtenstein und Österreich abgeschlossenen Staatsvertrages (1931), der im Dezember 2010 geplante Baubeginn zu sistieren sei. Die Fragen rund um den Staatsvertrag von 1931 konnten kurzfristig im Rahmen einer von den technischen Kontrollorganen unterzeichneten Vereinbarung einvernehmlich geregelt werden. In Übereinstimmung mit dem Projektpartner, der Stadt Feldkirch, wird davon ausgegangen, dass der Baubeginn im Herbst 2011 erfolgen kann.

Binnenkanal
Die ungenügenden Abflusskapazitäten auf dem Gewässerabschnitt «Rietstr.–Fürstenstr. / Gemeinde Balzers» wurden im Rahmen eines integralen Massnahmenkonzeptes ausgebaut. Dabei wurden sowohl bauliche Massnahmen vor Ort ausgeführt wie auch temporäre Schutzeinrichtungen angeschafft.

Gewässerunterhalt (Konto 750.362.00)
Ausschliessliche Renaturierungsmassnahmen, denen keine hochwasserschutztechnischen Funktionen beizumessen sind, werden im Gewässerunterhalt berücksichtigt. Diese Neuzuordnung innerhalb des Budgets beruht ausschliesslich auf der buchhalterischen Überlegung dass Renaturierungen nicht abgeschrieben werden können.

Esche
Die im Jahre 2008 im Bereich der Industriezone Mauren initiierte Neugestaltung der Esche, konnte mit der Renaturierung eines 200 Meter langen Gewässerabschnitts fortgeführt werden. Die bei diesem Baulos vorgefundene ungünstige Bodenbeschaffenheit verhinderte eine Verwertung des Aushubmaterials im Rahmen von landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsmassnahmen. Mit entsprechenden Kostenfolgen wurde der Aushub schlussendlich auf der Gemeindedeponie abgelagert.

Investitionen Rheinwuhr (Konto 750.314.01)

Kontroll- und Interventionsweg entlang des landseitigen Dammfusses:
Auf Grund der vorliegenden geotechnischen Bauwerksanalyse muss bei seltenen Hochwassern (>HQ300) auf verschiedenen Abschnitten des Rheinwuhrs mit lokalen Damminstabilitäten (Durchsickerung, Grundbruch) gerechnet werden. Damit im Ereignisfall diese lokalen Schwachstellen kontrolliert und wenn erforderlich auch verstärkt werden können, ist der Bau eines durchgehenden, am landseitigen Dammfuss verlaufenden Kontroll- und Interventionsweges geplant. Mit den in den vergangenen drei Jahren realisierten Baulosen (2007 Triesen, 2008 Balzers, 2009 Vaduz) und dadurch gewonnenen Erfahrungen, konnte der Wegebau auf dem Abschnitt Schaan – Gamprin (Rheinkilometer 50.2 – 56.4) speditiv fortgesetzt werden.

Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02)

Im Sinne einer Zusammenfassung beschränkt sich die nachfolgende Darstellung auf die budgetrelevanten Arbeitsschwerpunkte.

Triesen
Lawenarüfe: Der Ausbau des Hochwasserrückhalteraums «Säga,Triesen–Entamoos, Balzers» wurde programmgemäss fortgesetzt. Badtobelrüfe: Der Wegübergang «Matruala» sowie die obliegend anschliessende Sperrentre wurde mittels Einbau einer Schwergewichtssperre gesichert.

Triesenberg
Teufibach: Der beim Unwetterereignis 1995 oberhalb des Sammlers «Sütigerwis» erstellte provisorische Gerinneverbau wurde durch eine dauerhafte Konstruktion ersetzt.

Vaduz
Mühleholzrüfe: Das vielleicht älteste Betonbauwerk des Landes, eine oberhalb Iragell vor über 100 Jahren situierte Wildbachsperre, musste durch eine neue Konstruktion ersetzt werden. Dieses Querbauwerk bildet der Fusspunkt bzw. das Fundament der anschliessenden Sperrentreppe.

Schaan
Gamanderrüfe: Das Rückhaltevolumen des Kiessammlers wurde massiv ausgebaut. Hierfür wurde der südseitige Damm verschoben, das Niveau des Sammlergrundes um einen Meter abgesenkt sowie das Sammlerareal bergwärts ausgebaut. Das dabei anfallende Material wurde für den Ausbau des «Plankner Wührles» (Forstrüfe) verwendet.**Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02)**

Rüfe-Abschnitt	Primärkosten	Sekundärkosten	Gesamtaufwand
Malbunbach	30'361	415	30'776
Schlucherrüfe		2'011	2'011
Balznerrüfe	8'533	1'299	9'832
Anaresch (Elltöbele)	1'799	6'342	8'141
Muratöbele	598	3'286	3'884
Andrüfe (Pradrüfe)	2'446	4'274	6'720
Böschabach	2'242	1'384	3'626
Kuelbrunnabäch		2'971	2'971
Lawenarüfe	554'029	43'705	597'734
Plättlitöbeli		2'884	2'884
Badtobelrüfe	315'647	4'195	319'842
Schindelholzbach	17'591	12'743	30'334
Poskabach	20'444	676	21'120
Tiefegraben/Tiefewaldgr.	12'821	4'877	17'698
Gletti	2'488		2'488
Erlenbach, Triesen	11'826	236	12'062
Tobelbach, Triesen	22'792	2'030	24'822
Triesener Dorfbach	15'615		15'615
Letzanabach	13'149	7'111	20'260
Retention Neua Weiher	6'341	1'603	7'944
Tiefegraben, Triesenberg	24'370	13'220	37'590
Erlenbach (Dünkler), Tb.	1'004		1'004
Tobelbach (Eichholzt.), Tb.	2'685	2'534	5'219
Zügigraben, Rote Rüfe	723	6'406	7'129
Triesenberger Dorfbäche 50%	8'408		8'408
Spaniarüfe, Erblebach	27'422	6'691	34'113
Sennereitöbile	9'263	26'021	35'284
Mühleholzrüfe	879'075	4'889	883'964
Quaderrüfe	85'038	5'438	90'476
Krüppelrüfe	2'580	1'297	3'877
Gamanderrüfe (Efisalftobel)	111'207	994	112'201
Igraben	195	7'137	7'332
Forstrüfe	87'688	11'047	98'735
Ställabach	1'032		1'032
Madabach (Brunnenbüchel)	1'239	3'209	4'448
Bühlstallbach	2'343	881	3'224
Bühltobelbach		1'038	1'038
Nendlerrüfe	60'434	3'031	63'465
Nendler Dorfbach	134'521	2'694	137'215
Heubergbach	848		848
Kracharüfe	83'029	49'830	132'859
Grenzgraben Tesnertobel	2'062	1'387	3'449
Allgemein	5'880	19'139	25'019
Total	**2'569'769**	**268'925**	**2'838'694**

Bauadministration

Leiter: Fritz Wohlwend

Die Bauadministration unterstützt das Hochbauamt und das Tiefbauamt in administrativen und juristischen Belangen. Dem Leiter der Bauadministration obliegt zudem die Durchführung der Verhandlungen für den Landerwerb zur Realisierung von Hoch- und Tiefbauten, für den vorsorglichen Bodenerwerb sowie die Durchführung der Verhandlungen betreffend der Veräusserung von Liegenschaften, welche nicht zu den Kerngeschäften der Regierung gezählt werden.

In den vergangenen Jahren wurden diverse Liegenschaften, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der Verwaltung stehen, verkauft. Der Hohe Landtag hat im Berichtsjahr dem Verkauf der Liegenschaft Post Nendeln an die Gemeinde Eschen zugestimmt. Die Gemeinde Eschen hat indessen ihre frühere Zustimmung rückgängig gemacht, sodass der Verkauf bis auf Weiteres sistiert werden musste.

In Zusammenarbeit mit den Tiefbauamt wurde die «Bereinigung der Besitzverhältnisse an den Landstrassen» in Angriff genommen. Das Land betreut rund 130 km Landstrassen, welche gemäss Grundbucheintrag teilweise im Eigentum des Landes und teilweise im Eigentum der jeweiligen Gemeinde stehen. Mit der Bereinigung der Besitzverhältnisse werden die Zuständigkeiten nunmehr klar geregelt. Mit einer Ausnahme konnten mit allen Gemeinden die erforderlichen Verhandlungen im Jahre 2010 abgeschlossen werden. Die grundbücher-

liche Umsetzung wird im kommenden Jahr erfolgen.

Landerwerbe kleineren Ausmasses für die Realisierung von Strassenbauprojekten (Strassen, Fuss- und Radwege) konnten grösstenteils im Sinne der Projekte abgeschlossen werden. Es handelt sich dabei in der Regel um die Abgabe von geringen Bodenanteilen zu Gunsten der Strassenprojekte. Insgesamt wurden im Berichtsjahr von der Bauadministration 63 Verträge (Kauf-, Dienstbarkeitsverträge sowie Parzellenvereinigungen) erstellt und im Grundbuch eingetragen.

KOMMISSION

Schätzungskommission

Vorsitzender: Arch. HTL Peter Konrad, Landesschätzer

Gemeinden	Anzahl Schätzungen	Verkehrswert
Balzers	1	992'000
Triesen	1	1'760'000
Triesenberg	0	0.00
Vaduz	0	0.00
Schaan	1	1'669'000
Planken	0	0.00
Mauren / Schaanwald	0	0.00
Eschen / Nendeln	0	0.00
Gamprin / Bendern	0	0.00
Schellenberg	1	864'000
Ruggell	0	0.00
Total per 2010	**4**	**5'285'000**

III. GERICHTE

Landgericht

Landgerichtspräsident: Dr. Paul Meier

Zivilstreitigkeiten (Cg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	173
Neue Fälle	367
Total	**540**
Streiturteile	109
Verzichts-, Anerkenntnis- und Versäumnisurteile	40
Anderweitige Erledigungen	184
Total Erledigungen	**333**
Pendent per 31.12.2010	**207**

Arbeitsstreitigkeiten (Ag-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	15
Neue Fälle	53
Total	**68**
Rückzüge	0
Vergleiche	19
Beschlüsse	31
Anderweitige Erledigungen	9
Total Erledigungen	**59**
Pendent per 31.12.2010	**9**

Ehestreitigkeiten (Eg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	15
Neue Fälle	116
Total	**131**
Trennungsurteile	6
Scheidungsurteile	94
Andere Urteile	
Scheidungsbeschlüsse	
Andere Beschlüsse	3
Rückzüge	4
Anderweitige Erledigungen	5
Total Erledigungen	**112**
Pendent per 31.12.2010	**19**

Ausserstreitige Handelsgerichtssachen (Hg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	116
Neue Fälle	733
Total	**849**
Total Erledigungen	**714**
Pendent per 31.12.2010	**135**

Grundbuchbeschwerden (Gb-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	0
Total	**0**
Total Erledigungen	**0**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Öffentlichkeitsregisterbeschwerden (Ör-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	1
Neue Fälle	2
Total	**3**
Total Erledigungen	**2**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Verlassenschaftssachen (Va-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	89
Neue Fälle	281
Total	**370**
Total Erledigungen	**264**
Pendent per 31.12.2010	**106**

Letztwillige Angelegenheiten (Erbverträge, -verzichte, Testamentserrichtungen, -hinterlegungen und –kundmachungen, Tr-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	3
Neue Fälle	200
Total	**203**
Total Erledigungen	**203**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Vormundschafts-, Beistands-, Beirats- und Pflegschaftssachen einschl. Minderjährigenunterhalt (Pg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	47
Neue Fälle	219
Total	**266**
Total Erledigungen	**215**
Pendent per 31.12.2010	**51**

Übrige Pflegschaftssachen (Kuratelen, Adoptionen u.a., Np-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	13
Neue Fälle	214
Total	**227**
Total Erledigungen	**215**
Pendent per 31.12.2010	**12**

Unterhaltsbevorschussungssachen (Uv-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	6
Neue Fälle	60
Total	**66**
Total Erledigungen	**54**
Pendent per 31.12.2010	**12**

Sozialhilfesachen (Sh-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	3
Neue Fälle	33
Total	**36**
Total Erledigungen	**35**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Übrige ausserstreitige Angelegenheiten (öffentliche Beurkundungen, Kraftloserklärungen u.a., Nz-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	16
Neue Fälle	149
Total	**165**
Total Erledigungen	**146**
Pendent per 31.12.2010	**19**

Rechtshilfe in Zivilsachen (Rz-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	28
Neue Fälle	1206
Total	**1234**
Total Erledigungen	**1189**
Pendent per 31.12.2010	**45**

Zahlbefehle und Exekutionen aller Art (Ex-Sachen)

Fahrnisexekutionen	
Pendent vom Vorjahr	536
Neuanfall	5119
Total	**5655**
Total Erledigungen	**5321**
Pendent per 31.12.2010	**334**

Fahrnisexekutionen (Sitzgesellschaften)

Pendent vom Vorjahr	1938
Neuanfall	4833
Total	**6771**
Total Erledigungen	**683**
Pendent per 31.12.2010	**6088**

Exekutionen auf Geldforderungen

Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	614
Total	**614**
Total Erledigungen	**614**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Retentionsweise Beschreibungen

Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	17
Total	**17**
Total Erledigungen	**17**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Sonstige Exekutionssachen

Wechselproteste	3
Pfändungsregisterauszüge	1849
Räumungsexekutionen	
Pendent vom Vorjahr	1
Neuanfall	11
Total	**12**
Total Erledigungen	**12**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Aufhebung Miteigentum

Pendent vom Vorjahr	1
Neuanfall	1
Total	**2**
Total Erledigungen	**1**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Sonstige Naturalexekutionen

Pendent vom Vorjahr	2
Neuanfall	6
Total	**8**
Total Erledigungen	**7**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Retentionsweise Beschreibungen

Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	17
Total	**17**
Total Erledigungen	**17**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Sonstige Exekutionssachen

Wechselproteste	3
Pfändungsregisterauszüge	1849
Offenbarungseide	
Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	168
Total	**168**
Total Erledigungen	**168**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Konkurssachen (Ko-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	188
Neue Fälle	879
Total	**1067**
Total Erledigungen	**990**
Pendent per 31.12.2010	**77**

Nachlassvertragsverfahren (Nv-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	0
Total	**0**
Total Erledigungen	**0**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Übrige Konkurs- und Nachlassvertragssachen (Nk-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neue Fälle	138
Total	**138**
Total Erledigungen	**138**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Untersuchungsrichterliche Geschäfte (Ur-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	315
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	424
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	20
Total	**759**
Total Erledigungen	**423**
Pendent per 31.12.2010	**336**

Strafsachen im Wirkungsbereich des Rechtspflegers nach Art 19 RPflG (Ru-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	4
Neuanfall Bestrafungsanträge Staatsanwaltschaft	852
Neuanfall Privat- und Subsidiaranträge	0
Total	**856**
Total Erledigungen	**856**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Strafsachen im vereinfachten Verfahren nach § 317 StPO (Eu-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	39
Neuanfall Bestrafungsanträge Staatsanwaltschaft	180
Neuanfall Privat- und Subsidiaranträge	1
Total	**220**
Total Erledigungen	**173**
Pendent per 31.12.2010	**47**

Strafsachen im Verfahren vor dem Einzelrichter nach § 312 StPO (Es-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	48
Neuanfall Strafanträge Staatsanwaltschaft	158
Neuanfall Privat- und Subsidiarbestrafungsanträge	2
Total	**208**
Total Erledigungen	**168**
Pendent per 31.12.2010	**40**

Jugendgericht (Jg-Sachen)

Vorsitzender: Dr. Thomas Schmid	
Pendent vom Vorjahr	1
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	53
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	0
Total	**54**
Total Erledigungen	**48**
Pendent per 31.12.2010	**6**

Schöffengericht (Sg-Sachen)

Vorsitzender: Dr. Thomas Schmid	
Pendent vom Vorjahr	3
Neuanfall Anklagen	3
Total	**6**
Total Erledigungen	**5**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Kriminalgericht (Kg-Sachen)

Vorsitzender: Dr. Thomas Schmid	
Pendent vom Vorjahr	11
Neuanfall Anklagen Staatsanwaltschaft	26
Total	**37**
Total Erledigungen	**24**
Pendent per 31.12.2010	**13**

Strafregistersachen (Sr-Sachen)

Eingetragene Personen	653
davon Anzahl erstmalig eingetragener Personen	145
davon Anzahl bereits registrierte Personen mit zusätzlichen Eintragungen	52
Übrige Strafsachen (Ns-Sachen)	
Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	1
Total	**1**
Total Erledigungen	**1**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Rechtshilfe in Strafsachen (Rs-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	91
Neue Fälle	367
Total	**458**
Total Erledigungen	**372**
Pendent per 31.12.2010	**86**

Rechtsauskünfte (Ra-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall	3
Total	**3**
Total Erledigungen	**3**
Pendent per 31.12.2010	**0**

Gerichtsgebührenangelegenheiten (Gg-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	7
Neue Fälle	139
Total	**146**
Total Erledigungen	**143**
Pendent per 31.12.2010	**3**

Entscheidungen in dienstrechtlichen Angelegenheiten nach Art 41 bis 45 GOG, Dienstaufsichtsbeschwerden nach Art 49 f GOG (Da-Sachen)

Landgerichtspräsident Stv: Dr. Wilhelm Ungerank	
Pendent vom Vorjahr	4
Neuanfall	
Dienstaufsichtsbeschwerden	9
Allgemeine Dienstaufsichtssachen	1
Total	**14**
Total Erledigungen	**13**
Pendent per 31.12.2010	**1**

Landgerichtspräsident Stv: Dr. Wilhelm Ungerank

Befangenheits- und Ausschlussanzeigen nach Art 56 bis 61 GOG (Pr-Sachen)

Pendent vom Vorjahr	1
Neuanfall	41
Total	**42**
Total Erledigungen	**39**
Pendent per 31.12.2010	**3**

Allgemeine Justizverwaltung (Jv-Sachen)

Neuanfall Justizverwaltungssachen	248

Dienstaufsicht Vermittlerämter

Zahl der Vermittlungen und Unterschriftsbeglaubigungen im Jahre 2010

Gemeinde	bürgerliche Rechtssachen	vermittelt	unvermittelt	hievon anderweitig erledigt	Ehrenbeleidigungen und Körperverletzungen	vermittelt	unvermittelt	hievon anderweitig	Unterschriftsbeglaubigungen erledigt
Balzers	18	3	15	0	0	0	0	0	336
Triesen	48	6	34	8	1	1	0	0	46
Triesenberg	12	4	9	0	0	0	0	0	134
Vaduz	167	19	136	12	6	0	6	0	1'066
Schaan	81	8	63	10	1	1	0	0	250
Planken	1	1	0	0	0	0	0	0	9
Eschen	35	8	25	2	1	1	0	0	415
Mauren	32	7	27	9	0	0	0	0	201
Gamprin	16	0	0	0	0	0	0	0	93
Schellenberg	3	2	1	0	0	0	0	0	64
Ruggell	7	1	5	1	0	0	0	0	201
Total	**420**	**59**	**315**	**42**	**9**	**3**	**6**	**0**	**2'815**

Fürstliches Obergericht

Präsident und Vorsitzender des 2. Senates: lic. iur. et oec. Rudolf Fehr
1. Vizepräsident und Vorsitzender des 1. Senates: Dr. Lothar Hagen
2. Vizepräsident und Vorsitzender des 3. Senates: lic. iur. Uwe Oehri

Zivilsachen

Streitige Zivilsachen (CG)

Berufungen	**2010**	2009
vom Vorjahr übernommen	**73**	54
neu angefallen	**105**	93
total	**178**	147
erledigt	**135**	74
davon mit Urteil	**95**	51
davon mit Beschluss	**33**	20
davon anderweitig	**7**	3
anhängig verblieben	**43**	73
Rekurse		
vom Vorjahr übernommen	**28**	24
neu angefallen	**110**	122
total	**138**	146
erledigt	**115**	118
davon mit Beschluss	**102**	118
davon anderweitig	**13**	0
anhängig verblieben	**23**	28

Ehesachen (EG)

Berufungen		
vom Vorjahr übernommen	**5**	3
neu angefallen	**4**	8
total	**9**	11
erledigt	**7**	6
durch Urteil	**6**	2
durch Beschluss	**1**	4
anhängig verblieben	**2**	5
Rekurse		
vom Vorjahr übernommen	**2**	0
neu angefallen	**7**	9
total	**9**	9
erledigt	**8**	7
durch Beschluss	**7**	7
davon anderweitig	**1**	0
anhängig verblieben	**1**	2
ausserstreitige Arbeitsvertragssachen (AG)		
vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**7**	3
total	**7**	3
erledigt	**7**	3
davon mit Beschluss	**7**	3
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0

Amtshaftungsklagen (CO)

vom Vorjahr übernommen	**3**	5
neu angefallen	**8**	3
total	**11**	8
erledigt	**7**	5
davon mit Urteil	**3**	2
davon mit Beschluss	**1**	3
davon anderweitig	**3**	0
anhängig verblieben	**4**	3

Pflegschaftssachen (PG)

vom Vorjahr übernommen	**1**	2
neu angefallen	**18**	19
total	**19**	21
erledigt	**16**	20
davon mit Beschluss	**16**	20
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**3**	1

Verschollenerklärungssachen usw (NP)

vom Vorjahr übernommen	**2**	2
neu angefallen	**12**	17
total	**14**	19
erledigt	**11**	17
davon mit Beschluss	**11**	17
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**3**	2

Sozialhilfesachen (SH)

vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**6**	8
total	**6**	8
erledigt	**6**	8
davon mit Beschluss	**6**	8
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0

Unterhaltsvorschusssachen (UV)

vom Vorjahr übernommen	**3**	1
neu angefallen	**3**	10
total	**6**	11
erledigt	**6**	8
davon mit Beschluss	**6**	8
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	3

Gebührensachen (GG)

vom Vorjahr übernommen	**1**	1
neu angefallen	**0**	2
total	**1**	3
erledigt	**0**	2
davon mit Beschluss	**0**	2
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**1**	1

Öffentlichkeitsregistersachen (ÖR)

vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**2**	0
total	**2**	0
erledigt	**1**	0
davon mit Beschluss	**1**	0
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**1**	0

ausserstreitige Angelegenheiten nach PGR (HG)

vom Vorjahr übernommen	**24**	71
neu angefallen	**48**	3
total	**72**	74
erledigt	**70**	26
davon mit Beschluss	**70**	25
davon anderweitig	**0**	1
anhängig verblieben	**2**	48

Grundbuchsachen (GB)

vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**0**	0
total	**0**	0
erledigt	**0**	0
davon mit Beschluss	**0**	0
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0

Rechtshilfesachen, ausser Strafsachen (RZ)

vom Vorjahr übernommen	**0**	1
neu angefallen	**8**	1
total	**8**	2
erledigt	**6**	2
davon mit Beschluss	**6**	2
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**2**	0

andere Ausserstreitsachen (NZ)

vom Vorjahr übernommen	**0**	3
neu angefallen	**9**	8
total	**9**	11
erledigt	**5**	11
davon mit Beschluss	**5**	11
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**4**	0

Exekutionssachen (EX)

vom Vorjahr übernommen	**7**	3
neu angefallen	**42**	64
total	**49**	67
erledigt	**46**	60
davon mit Beschluss	**44**	60
davon anderwertig	**2**	0
anhängig verblieben	**3**	7

Konkurssachen (KO)		
vom Vorjahr übernommen	**1**	0
neu angefallen	**5**	8
total	**6**	8
erledigt	**6**	7
davon mit Beschluss	**6**	7
anhängig verblieben	**0**	1
Rechtsöffnungssachen (RÖ)		
vom Vorjahr übernommen	**2**	0
neu angefallen	**6**	3
total	**8**	3
erledigt	**7**	1
davon mit Beschluss	**7**	1
anhängig verblieben	**1**	2
Verlassenschaftssachen (VA)		
vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**5**	4
total	**5**	4
erledigt	**5**	4
davon mit Beschluss	**5**	4
anhängig verblieben	**0**	0
Nachlassvertrags-, Kündigungs- und andere Sachen (KÜ, NV, NE)		
vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**0**	0
total	**0**	0
erledigt	**0**	0
davon mit Beschluss	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0
Subtotal Zivilsachen		
vom Vorjahr übernommen	**176**	102
neu angefallen	**381**	453
total	**557**	555
erledigt	**464**	379
davon mit Urteil	**104**	55
davon mit Beschluss	**334**	320
anderweitig	**26**	4
anhängig verblieben	**93**	176
Strafsachen		
Erkenntnisverfahren		
Berufungen		
Einzelrichter (ES)		
vom Vorjahr übernommen	**1**	2
neu angefallen	**24**	17
total	**25**	19
erledigt	**23**	18
davon mit Urteil	**17**	16
davon mit Beschluss	**5**	2
davon anderweitig	**1**	0
anhängig verblieben	**2**	1
Einzelrichter (EU)		
vom Vorjahr übernommen	**2**	3
neu angefallen	**19**	15
total	**21**	18
erledigt	**19**	16
davon mit Urteil	**16**	12
davon mit Beschluss	**3**	4
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**2**	2
Jugendgericht (JG)		
vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**2**	0
total	**2**	0
erledigt	**2**	0
davon mit Urteil	**2**	0
davon mit Beschluss	**0**	0
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0
Schöffengericht (SG)		
vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**0**	0
total	**0**	0
erledigt	**0**	0
davon mit Urteil	**0**	0
davon mit Beschluss	**0**	0
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0
Kriminalgericht (KG)		
vom Vorjahr übernommen	**8**	3
neu angefallen	**17**	13
total	**25**	16
erledigt	**22**	8
davon mit Urteil	**19**	4
davon mit Beschluss	**3**	4
davon anderweitig	**0**	0
anhängig verblieben	**3**	8
Beschwerden im Erkenntnisverfahren, Gnadengesuch, Wiederaufnahmegesuch, Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Kostenbeschwerden (ES, EU, JG, SG, KG)		
vom Vorjahr übernommen	**3**	4
neu angefallen	**37**	37
total	**40**	41
erledigt	**38**	38
davon mit Beschluss	**38**	38
anhängig verblieben	**2**	3

Vorverfahren

Beschwerden in Strafsachen, Subsidiaranträge, Einsprüche, Wiederaufnahmeanträge usw. (UR)

vom Vorjahr übernommen	**7**	12
neu angefallen	**151**	104
total	**158**	116
erledigt	**153**	109
davon mit Beschluss	**150**	107
davon anderweitig	**3**	2
anhängig verblieben	**5**	7

Strafrechtshilfesachen (RS)

vom Vorjahr übernommen	**7**	21
neu angefallen	**131**	124
total	**138**	145
erledigt	**135**	138
davon mit Beschluss	**135**	138
anhängig verblieben	**3**	7

übrige Geschäfte (NS)

vom Vorjahr übernommen	**0**	0
neu angefallen	**0**	0
total	**0**	0
erledigt	**0**	0
erledigt durch Beschluss	**0**	0
anhängig verblieben	**0**	0

Disziplinarsachen Rechtsanwälte usw. (DO)

vom Vorjahr übernommen	**3**	11
neu angefallen	**16**	0
total	**19**	11
erledigt	**14**	8
davon mit Beschluss	**14**	8
anhängig verblieben	**5**	3

Subtotal Strafsachen

vom Vorjahr übernommen	**31**	58
neu angefallen	**397**	312
total	**428**	370
erledigt	**406**	339
davon mit Urteil	**54**	32
davon mit Beschluss	**348**	305
davon anderweitig	**4**	2
anhängig verblieben	**22**	31

Sozialversicherungssachen (SV)

vom Vorjahr übernommen	**36**	17
neu angefallen	**48**	57
total	**84**	74
erledigt	**64**	38
davon mit Urteil	**29**	21
davon mit Beschluss	**29**	17
davon anderweitig	**6**	0
anhängig verblieben	**20**	36

Zusammenfassung aller Geschäfte, mit Ausnahme der Präsidialsachen, zu denen nach dem neuen GOG auch die Disziplinarsachen Richter (JO) gehören

vom Vorjahr übernommen	**243**	177
neu angefallen	**826**	828
total	**1069**	1005
erledigt	**934**	757
davon mit Urteil	**187**	108
davon mit Beschluss	**711**	662
davon anderweitig	**36**	7
anhängig verblieben	**135**	248

Präsidialsachen

Justizverwaltungssachen (JVO)

vom Vorjahr übernommen	**0**
neu angefallen	**49**
total	**49**
erledigt	**49**
davon mit Beschluss	**8**
davon anderweitig	**41**
anhängig verblieben	**0**

Aufsichtsbeschwerden, Ablehnungsanträge (JO)

vom Vorjahr übernommen	0
neu angefallen	**36**
total	**36**
erledigt	**35**
davon mit Beschluss	**27**
davon anderweitig	**8**
anhängig verblieben	**1**

Disziplinarsachen gegen Richter (DAO)

vom Vorjahr übernommen	**0**
neu angefallen	**0**
total	**0**
erledigt	**0**
davon mit Beschluss	**0**
davon anderweitig	**0**
anhängig verblieben	**0**

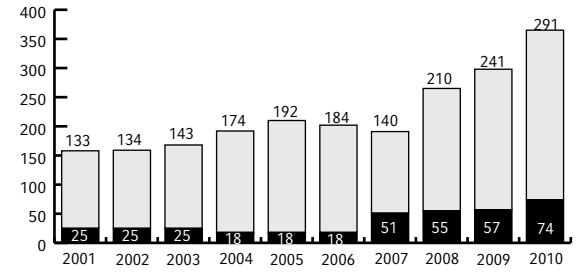
Fürstlich Oberster Gerichtshof

Präsident: Dr. Gert Delle Karth

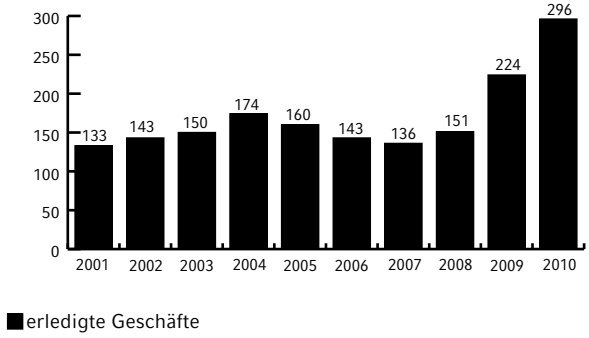
Zusammenfassung

	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
vom Vorjahr übernommen	74	57	55	51	18	18	18	25	25	25	16
neu angefallen	291	241	210	140	184	192	174	143	134	133	122
Total	**365**	**298**	**265**	**191**	**202**	**210**	**192**	**168**	**159**	**158**	**138**
erledigt	296	224	208	136	143	160	174	150	143	133	113
am Jahresende offen	69	74	57	55	59	70	18	18	16	25	25

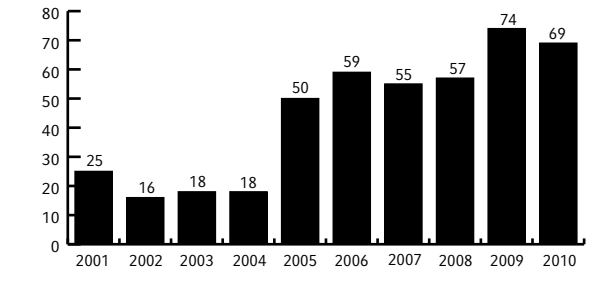
zu erledigende Geschäfte



erledigte Geschäfte



am Jahresende offen



Verwaltungsgerichtshof

Vorsitzender: lic.iur. Andreas Batliner

Im Jahr 2010 fielen 113 neue Beschwerdefälle an.

Unter dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes wurden folgende Beschwerdefälle behandelt:

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2007/4	Baubewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2007/58	Baubewilligung	29.04.2010: Beschwerde i.W. abgewiesen
2009/13	Familiennachzug	20.08.2009: Normenkontrollantrag an StGH 29.03.2010: Urteil StGH 01.07.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/27	Kosten Prüfung Liftanlage	16.06.2009: Normenkontrollantrag an StGH 09.08.2010: StGH Urteil 14.10.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/40	Kostentragung gem. SPG	16.06.2009: Beschwerde abgewiesen 22.06.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf 14.10.2010: Beschwerde stattgegeben
2009/97	Einbürgerung	02.10.2009: Beschwerde abgewiesen 18.05.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf 26.08.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/104	Ausweisung	21.01.2010: Beschwerde i.W. stattgegeben
2009/106	Widerruf Aufenthaltsbewilligung	12.11.2009: Beschwerde abgewiesen 02.03.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf 08.04.2010: Beschwerde stattgegeben
2009/110	Widerruf Aufenthaltsbewilligung	20.01.2010: Beschwerde verworfen
2009/113	Verwaltungsstrafe	18.12.2009: Beschwerde abgewiesen 25.10.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf
2009/114	Verwaltungsstrafe	18.12.2009: Beschwerde abgewiesen 25.10.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf
2009/115	Arbeitslosentaggeld	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/116	Tierschutz	11.02.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/118	Gewerbebewilligung	08.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/119	Mehrwertsteuer	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/120	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/121	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/122	Amtshilfe gem. MG	11.02.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/123	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/124	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/125	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/126	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/127	Ablehnungsantrag gegen Präsident VBK	21.02.2010: Antrag abgewiesen
2009/128	Arbeitslosentaggeld	21.01.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/129	Subvention	29.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2009/131	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/132	Amtshilfe gem. MG	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/133	Verfahrenshilfe	11.02.2010: Beschwerde stattgegeben

2009/134	Honorar Verfahrenshelfer	08.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/135	Honorar Verfahrenshelfer	08.04.2010: Beschwerde i.W. stattgegeben
2009/136	Mehrwertsteuer	08.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/137	Stiftungsaufsicht	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/138	Akteneinsicht	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/139	Akteneinsicht	11.03.2010: Beschwerde zurückgewiesen
2009/140	Führerausweisentzug	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/141	Bestellung Verfahrenshelfer	20.05.2010: Normenkontrollantrag an StGH
2009/142	Baubewilligung	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/143	Baubewilligung	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2009/144	öff. Auftragsvergabe	10.06.2010: Beschwerde zurückgewiesen
2010/1	Stipendien	11.02.2010: Normenkontrollantrag an StGH 29.11.2010: StGH-Urteil
2010/2	Führerausweisentzug	08.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/3	Familiennachzug	08.04.2010: Säumnisbeschwerde zurückgewiesen
2010/4	Führerausweisentzug	08.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/5	Baulandumlegung	29.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/6	Arbeitslosentaggeld	16.09.2010: Beschwerde stattgegeben
2010/7	Amtshilfe gem. MG	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/8	Vermögens- und Erwerbssteuern	08.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/9	Kapital- und Ertragssteuern	29.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/10	Erwerbssteuern	29.04.2010: Beschwerde z.T. stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/11	Ergänzungsleistungen	29.04.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/12	Asyl	11.03.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/13	Führerausweisentzug	10.06.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/14	Wiederaufnahme eines Verfahrens	29.04.2010: Antrag abgewiesen
2010/15	Verfahrenshilfe	14.10.2010: Anträge abgewiesen
2010/16	Anmeldung Initiative	22.07.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/17	Amtshilfe gem. MG	29.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/18	Asyl	02.12.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/19	Amtshilfe gem. MG	29.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/20	Amtshilfe gem. MG	29.04.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/22	Stipendien	20.05.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/23	Arbeitslosenentschädigung	26.08.2010: Beschwerde z.T. stattgegeben, z.T. abgewiesen
2010/24	Busse gem. PVO	02.12.2010: Beschwerde stattgegeben
2010/25	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/26	Asyl	02.12.2010: Beschwerde i.W. abgewiesen
2010/27	Schenkungssteuer	16.06.2010: Beschwerde stattgegeben
2010/28	Sportförderbeiträge	14.10.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/29	Couponsteuer	01.07.2010: Normenkontrollantrag an StGH
2010/30	Gebührenvorschreibung FMA	01.07.2010: Beschwerde zurückgewiesen
2010/31	Arbeitslosenentschädigung	19.11.2010: Beschwerde verworfen
2010/32	Arbeitslosenentschädigung	19.11.2010: Beschwerde verworfen
2010/33	Anerkennung als Landwirtschaftsbetrieb	01.07.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/34	Amtshilfe gem. MG	10.06.2010: Beschwerde z.T. stattgegeben, z.T. abgewiesen
2010/35	Amtshilfe gem. MG	10.06.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen

2010/36	Erlöschen Aufenthaltsbewilligung	26.08.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/37	Waffenverbot	26.08.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/38	Insolvenzentschädigung	01.07.2010: Beschwerde stattgegeben
2010/39	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/40	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/41	Asyl	02.12.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/42	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/43	Asyl	02.12.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/44	Asyl	02.12.2010: Beschwerde i.W. abgewiesen
2010/45	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/46	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/47	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/48	Rechtshilfe in Strafsachen	14.10.2010: Beschwerde zurückgewiesen
2010/49	Führerausweisentzug	26.08.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/50	Alpungskostenbeitrag	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/51	Kostentragung	02.12.2010: Beschwerde verworfen
2010/53	Parteikostenersatz	11.11.2010: Beschwerde i.W. stattgegeben
2010/54	Asyl	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/55	Ersatz Liquidationskosten	16.09.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/56	Disziplinarmassnahmen	noch nicht behandelt
2010/57	Führerausweisentzug	14.10.2010: Beschwerde stattgegeben
2010/58	Führerausweisentzug	16.09.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/59	Amtshilfe gem. MG	16.09.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/60	Amtshilfe gem. MG	26.08.2010: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2010/61	Amtshilfe gem. MG	26.08.2010: Beschwerde z.T. stattgegeben, z.T. abgewiesen
2010/62	Verfahrenshilfe	14.10.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/63	Rechtshilfe in Strafsachen	11.11.2010: Verfahren unterbrochen
2010/64	Niederlassungsbewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/66	Niederlassungsbewilligung	noch nicht behandelt
2010/67	Widerruf Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2010/68	Amtshilfe gem. MG	16.09.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/69	Offenlegung gem. SteG	noch nicht behandelt
2010/70	Tarifvertrag	11.11.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/71	Kapital- und Ertragssteuern	noch nicht behandelt
2010/72	Rückforderung Löhne	11.11.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/73	Amtshilfe gem. MG	14.10.2010: Beschwerde i.W. abgewiesen
2010/74	Strassensignalisation	noch nicht behandelt
2010/75	Führerausweisentzug	11.11.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/76	Familiennachzug	noch nicht behandelt
2010/77	Auflösung Dienstverhältnis	noch nicht behandelt
2010/78	Niederlassungsbewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/79	Verfahrenshilfe	14.10.2010: Antrag abgewiesen
2010/80	Asyl	noch nicht behandelt
2010/81	Stiftungsaufsicht	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/82	Arbeitslosenentschädigung	02.12.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/83	Aufenthaltsbewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/85	Kosten Liquidationsverfahren	07.12.2010: Beschwerde verworfen
2010/86	Amtshilfe gem. MG	08.11.2010: Beschwerde verworfen
2010/88	Amtshilfe gem. MG	11.11.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/89	Niederlassungsbewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/90	Aufenthaltsbewilligung	02.12.2010: Beschwerde zurückgewiesen
2010/92	Grundstücksgewinnsteuer	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/93	Grundstücksgewinnsteuer	noch nicht behandelt
2010/94	Baubewilligung	Sachverhaltsabklärungen im Gange

2010/95	Kontosperre, Edition Unterlagen	noch nicht behandelt
2010/96	Führerausweisentzug	noch nicht behandelt
2010/97	Tabakprävention	24.11.2010 Beschwerde verworfen
2010/98	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/99	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/100	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/101	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/102	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/103	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/104	Vorschuss für Gebühren	noch nicht behandelt
2010/105	Amtshilfe gem. MG	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/106	Änderung Strafvollzugsort	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/107	Ergänzungsleistungen	noch nicht behandelt
2010/108	Familiennachzug	noch nicht behandelt
2010/109	Arbeitslosenentschädigung	noch nicht behandelt
2010/110	Ergänzungsleistungen	noch nicht behandelt
2010/111	Bewilligung gem. Waldgesetz	noch nicht behandelt
2010/112	Amtshilfe gem. MG	noch nicht behandelt
2010/113	Amtshilfe gem. MG	noch nicht behandelt

Die folgenden Beschwerdefälle wurden wegen Ausstandes des Vorsitzenden an die Stellvertretende Vorsitzende des VGH zur Behandlung weitergeleitet:

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2006/27	Baubewilligung	Verfahren sistiert
2008/94	Nachtragsliquidation	04.02.2010: Beschwerde abgewiesen 20.09.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf
2009/102	Widerruf der Einbürgerung	11.02.2010: Beschwerde abgewiesen 09.08.2010: StGH hebt VGH-Urteil auf 11.11.2010: Beschwerde stattgegeben
2009/130	Promotion Gymnasium	21.01.2010: Beschwerde abgewiesen
2010/65	Einbürgerung	noch nicht behandelt
2010/87	Führerausweisentzug	Sachverhaltsabklärungen im Gange
2010/91	Zonenplanänderung	noch nicht behandelt

Die folgenden Beschwerdefälle wurden wegen Ausstand des Vorsitzenden und der Stellvertretenden Vorsitzenden an einen ad-hoc-Vorsitzenden des VGH zur Behandlung weitergeleitet:

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2010/21	Frühpensionierung	Sachverhaltsabklärung im Gange
2010/52	Verfahrenshilfe	16.09.2010: Antrag stattgegeben
2010/84	Zonenplanänderung	Sachverhaltsabklärungen im Gange

Gemäss Art. 96 Abs. 4 LVG werden Beschwerden verworfen, wenn der Beschwerdeführer deren Rücknahme erklärt hat.

Staatsgerichtshof

Präsident: lic.iur. Marzell Beck

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 (211 Geschäftseingänge) ist ein Rückgang von 48 Geschäftseingängen zu verzeichnen.

Statistik für das Geschäftsjahr 2010

	Anfall	Erledigung	Offen
Aus Vorjahr	111		
Neu bis 31. Dezember 2010	163		
Total	**274**	**194**	**80**

Aufteilung der erledigten Geschäftsfälle

Die erledigten Akten unterteilen sich wie folgt:

187 Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässig gewährleisteter Rechte

2008/115	Beschluss des Obergerichtes w/Erhebung einer Subsidiaranklage gemäss § 173 Abs. 1 StPO	teilweise Folge gegeben
2008/150	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Verbrechens des teils versuchten, teils vollendeten Diebstahls durch Einbruch als Beteiligter, des Vergehens der Veruntreuung nach § 133 Abs. 1 StGB sowie nach Art. 20 Abs. 1 Bst. a Waffengesetz; Herabsetzung der verhängten Freiheitsstrafe	keine Folge gegeben
2008/176	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Kündigung des Belegarztvertrages	keine Folge gegeben
2009/1	Beschluss des Obergerichtes w/Erlasses eines Sicherungsbots und Kostenersatzes	teilweise Folge gegeben
2009/3	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtbewilligung der Verfahrenshilfe gemäss den §§ 63 ff. ZPO	keine Folge gegeben
2009/11	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtübermittlung des Akteninhaltes per E-Mail in Form von PDF-Dateien im Strafverfahren	keine Folge gegeben
2009/43	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Fortsetzung eines Strafverfahrens wegen Verdachtes der Untreue nach § 153 Abs. 1 und 2 StGB im Zusammenhang mit einer Subsidiaranklage	keine Folge gegeben
2009/46	Beschluss des Präsidenten des Obergerichtes w/Ablehnung von Richtern des Obergerichtes	keine Folge gegeben
2009/49	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Auszahlung des Jagdpachtertrages	keine Folge gegeben
2009/55	Beschluss des Obergerichtes w/Erlasses eines Sicherungsbots und Nichtbewilligung der Verfahrenshilfe gemäss den §§ 63 ff. ZPO	keine Folge gegeben
2009/56	Urteil des Obergerichtes w/Übertretung nach Art. 87 Abs. 1 i. V. m. Art. 47 Abs. 3 des Strassenverkehrsgesetzes	Einstellung
2009/57	Beschlüsse des Obergerichtes w/Bestellung eines Sachverständigen	keine Folge gegeben
2009/63	Beschluss des Präsidenten des Obergerichtes w/Ablehnung von Richtern des Obergerichtes wegen Befangenheit	keine Folge gegeben

2009/65	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	Folge gegeben
2009/67	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	Folge gegeben
2009/68	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	Folge gegeben
2009/72	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Nichtzusprechung des Parteikostenersatzes	keine Folge gegeben
2009/76	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Stiftungsaufsicht	Einstellung
2009/77	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Erlasses eines Sicherungsbots	keine Folge gegeben
2009/92	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Nichtbewilligung der Verfahrenshilfe gemäss den §§ 63 ff. ZPO und Kostenersatzes	teilweise Folge gegeben
2009/94	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Aufsichtsbeschwerde gegen die Staatsanwaltschaft	keine Folge gegeben
2009/95	Verfahren zu 08 CG.2005.117, zu 09 HG.2006.49, zu 09 HG.2006.26, zu 09 HG.2006.33, zu 08 CG.2005.233, zu 06 CG.2005.231, zu 05 CG.2005.124 und zu 06 CG.2005.125 w/Rechtsverzögerung und Rechtsverweigerung	Zurückweisung
2009/96	Beschluss des Landgerichtes w/Rechtsöffnung	keine Folge gegeben
2009/99	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Säumnisbeschwerde	keine Folge gegeben
2009/100	Beschluss des Obergerichtes w/Abweisung des Anklageeinspruchs in einem Strafverfahren wegen Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs. 1 und 2 StGB sowie des Vergehens nach Art. 30 Abs. 1 Bst. c und g SPG	keine Folge gegeben
2009/101	Beschluss des Obergerichtes w/Verlängerung der Anklageeinspruchsfrist in einem Strafverfahren wegen Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs. 1 und 2 StGB sowie des Vergehens nach Art. 30 Abs. 1 Bst. c und g SPG	keine Folge gegeben
2009/102	Beschluss des Obergerichtes w/Zurückweisung des Anklageeinspruchs in einem Strafverfahren wegen Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs. 1 und 2 StGB sowie des Vergehens nach Art. 30 Abs. 1 Bst. c und g SPG	keine Folge gegeben
2009/103	Beschluss des Obergerichtes w/Fristverlängerung für eine Stellungnahme in einem Strafverfahren wegen Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs. 1 und 2 StGB sowie des Vergehens nach Art. 30 Abs. 1 Bst. c und g SPG	keine Folge gegeben
2009/104	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung des Vorsitzenden des Berufungssenates und des Präsidenten des Obergerichtes wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/105	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Unzulässiger Verzögerungen der Rechtspflege und Ablehnung von Richtern	keine Folge gegeben
2009/106	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Nichtbestellung eines Kollisionskurators	keine Folge gegeben
2009/107	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Einsicht in den Akt der Mobilfunkantennenanlage «Tiergarten»	keine Folge gegeben
2009/108	Beschluss des Obergerichtes w/elterlicher Unterhaltszahlungen	keine Folge gegeben
2009/111	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Nichtbewilligung der Exekution	Folge gegeben
2009/112	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Feststellung der Nichtigkeit eines Stiftungsratsbeschlusses	keine Folge gegeben

2009/124	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Kostentragung einer ausserordentlichen Kontrolle nach Art. 28 Abs. 1 Bst. c SPG	Folge gegeben
2009/125	Beschluss des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung des Präsidenten des Obergerichtes wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/127	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Dienstaufsichtsbeschwerde	keine Folge gegeben
2009/128	Beschluss des Obersten Gerichteshofes	
2009/129	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Kostenbestimmung	keine Folge gegeben
2009/132	Beschluss des Obergerichtes w/Nichteinstellung des Strafverfahrens wegen Beteiligung am Verbrechen des gewerbsmässigen schweren Betruges als Beitragstäterin nach den §§ 12 dritter Fall, 146, 147 Abs. 2 und 148 zweiter Fall StGB	keine Folge gegeben
2009/134	Wiederaufnahme des Verfahrens zu StGH 2009/10 (Urteil vom 25. Juni 2009)	Abweisung
2009/135	Wiederaufnahme des Verfahrens zu StGH 2009/42 (Urteil vom 25. Juni 2009)	Wiederaufnahme bewilligt
2009/137	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Aberkennungsklage	keine Folge gegeben
2009/138	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Bestellung eines Kollisionskurators, Anordnung der richterlichen Aufsicht gemäss Art. 567 PGR sowie Abberufung von Stiftungsräten	Zurückweisung
2009/139	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Nichtausrichtung einer Invalidenrente	keine Folge gegeben
2009/140	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Wechselklage	keine Folge gegeben
2009/141	Beschluss des Obergerichtes w/Annahme von Erbserklärungen und Zuteilung der Klägerrolle im Erbrechtsstreit	keine Folge gegeben
2009/144	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtbewilligung der Verfahrenshilfe	keine Folge gegeben
2009/147	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtwiedereröffnung der bereits geschlossenen Verhandlung nach § 194 ZPO	keine Folge gegeben
2009/148	Beschluss des Obergerichtes w/Akteneinsicht	Folge gegeben
2009/150	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Vermögenssperre sowie Herausgabe- und Beschlagnahmebefehls	keine Folge gegeben
2009/151	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Vermögenssperre sowie Herausgabe- und Beschlagnahmebefehls	keine Folge gegeben
2009/152	Beschluss des Obergerichtes w/Prozesskostensicherheitsleistung	Folge gegeben
2009/153	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2009/154	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/155	Beschluss des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung des Präsidenten des Obergerichtes wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/156	Verfahren zu 05 CG.2008.41 (05 CG.2005.124) zu 06 CG.2008.169 (06 CG.2005.125) und zu 08 CG.2008.3	

	w/Dienstaufsichtsbeschwerde	Zurückweisung bzw. keine Folge gegeben
2009/157	Beschluss des Obergerichtes w/Abberufung und Neubestellung eines Treuhänders	keine Folge gegeben
2009/158	Beschluss des Obergerichtes w/Kostenbestimmung	keine Folge gegeben
2009/159	Beschluss des Obersten Gerichtshofes sowie zwei Amtsvermerke w/Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/160	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Eintragung einer Marke	keine Folge gegeben
2009/162	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit sowie Dienstaufsichtsbeschwerde	keine Folge gegeben
2009/163	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2009/164	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Leistungs- und Feststellungsklage im Zusammenhang mit der betrieblichen Personalvorsorge nach dem BPVG	keine Folge gegeben
2009/165	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Nichtigerklärung und Anfechtung von Stiftungsratsbeschlüssen	Folge gegeben
2009/166	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Zahlung eines Mietzinses	keine Folge gegeben
2009/167	Urteil des Obergerichtes w/Vergehens der Veruntreuung nach § 133 Abs. 1 StGB	keine Folge gegeben
2009/168	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung eines Zeugenvernehmungsprotokolls an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2009/177	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Zahlung eines Geldbetrages samt Zinsen	Zurückweisung
2009/178	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Verzögerung der Rechtspflege	keine Folge gegeben
2009/179	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Nichtberücksichtigung des Kosten- bzw. Verlustabzuges bei der Steuerveranlagung	keine Folge gegeben
2009/180	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Ablehnung des Einbürgerungsgesuches	Folge gegeben
2009/181	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Unterstellung der erzielten Kapitalgewinne unter die Erwerbssteuer	keine Folge gegeben
2009/182	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Aberkennung der Invalidenrente	Folge gegeben
2009/184	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2009/185	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Neufestsetzung des steuerpflichtigen Erwerbs	Zurückweisung
2009/186	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Auszahlung der Freizügigkeitsleistung	Einstellung in Folge Beschwerderückzugs
2009/187	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Nichteintragung in die liechtensteinische Rechtsanwaltsliste	keine Folge gegeben
2009/188	Beschluss des Obergerichtes w/Einstellungserklärung	Einstellung in Folge Beschwerderückzugs
2009/189	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Schadenersatzes	keine Folge gegeben
2009/190	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Zahlung eines Geldbetrages samt Zinsen	Zurückweisung
2009/192	Beschluss des Obergerichtes	

	w/Herausgabe- und Beschlagnahmebefehls	Folge gegeben
2009/193	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2009/194	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2009/196	Beschlüsse des Obergerichtes und des Obersten Gerichtshofes w/Bestellung eines Beistandes	Zurückweisung bzw. keine Folge gegeben
2009/197	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Nichtausrichtung einer Invalidenrente	keine Folge gegeben
2009/198	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Widerrufs der Aufenthaltsbewilligungen und Wegweisung	Folge gegeben
2009/199	Beschluss des Obergerichtes w/Erlasses einer vermögensrechtlichen Anordnung (Rechtshilfe in Strafsachen)	Einstellung
2009/200	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ausfolgung eines Zeugenvernehmungsprotokolls an die ersuchende Behörde und fehlender Rechtsmittellegitimation (Rechtshilfe in Strafsachen)	teilweise Folge gegeben
2009/201	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Erteilung von Auskünften und Ausfolgung von Bankunterlagen an die ersuchende Behörde (Amtshilfe)	Zurückweisung
2009/202	Verfügung des Regierungschefs des Fürstentums Liechtenstein w/Nichtwiederherstellung der aufschiebenden Wirkung hinsichtlich eines Nichteintretensentscheides des Ausländer- und Passamtes	Zurückweisung
2009/203	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Unterstellung der erzielten Kapitalgewinne unter die Erwerbssteuer	keine Folge gegeben
2009/204	Beschluss des Obergerichtes w/Prozesskostensicherheitsleistung	keine Folge gegeben
2009/205	Bewilligung der Regierung gemäss Art. 59 Abs. 1 RHG w/Teilnahme ausländischer Ermittlungsbeamter bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2009/206	Beschluss des Obergerichtes w/Prozesskostensicherheitsleistung	Folge gegeben
2009/207	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2009/208	Beschlüsse des Land- und des Obergerichtes w/Nichterlasses einer einstweiligen Verfügung zur Sicherung eines Unterlassungsanspruches	Zurückweisung bzw. keine Folge gegeben
2009/209	Beschluss des Präsidenten des Staatsgerichtshofes w/Nichterlasses einer vorsorglichen Massnahme	Abweisung
2009/210	Oberster Gerichtshof w/ Rechtsverzögerung und -verweigerung im Verfahren CO.2007.1	Zurückweisung
2009/211	Obergericht und Oberster Gerichtshof w/Rechtsverzögerung und -verweigerung in den Verfahren 06 CG.2005.231, 08 CG.2005.117 und 09 HG.2006.49	Zurückweisung
2010/1	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtbestellung eines Kollisionskurators	keine Folge gegeben
2010/2	Beschluss des Obergerichtes w/Nichtversiegelung beschlagnahmter Unterlagen (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/4	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Prozesskostenersatzes	Einstellung in Folge Beschwerderückzugs
2010/5	Beschluss des Obergerichtes	

	w/Rechtsöffnung	keine Folge gegeben
2010/6	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Feststellung der Nichtigkeit eines Stiftungsratsbeschlusses	keine Folge gegeben
2010/7	Beschluss des Obergerichtes w/Bedingter Entlassung nach Verbüssung der Hälfte der Freiheitsstrafe gemäss § 46 Abs. 1 StGB	Folge gegeben
2010/8	Beschluss des Obergerichtes w/Kostenbestimmung	keine Folge gegeben
2010/9	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/10	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/11	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/12	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchenden Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/13	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/14	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/15	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/16	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/17	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/18	Beschluss des Obergerichtes w/Teilnahme ausländischer Ermittlungsbeamter bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/19	Beschluss des Obergerichtes w/Teilnahme ausländischer Ermittlungsbeamter bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/21	Beschluss des Obergerichtes w/Teilnahme ausländischer Ermittlungsbeamter bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/22	Beschluss des Obergerichtes w/Teilnahme ausländischer Ermittlungsbeamter bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen (Rechthilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/23	Beschluss des Obergerichtes w/Schätzwertbestimmung der zu versteigernden Liegenschaften	keine Folge gegeben
2010/25	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Übermittlung von Unterlagen und Informationen an die ersuchende Behörde (Amtshilfe gemäss Marktmissbrauchsgesetz [MG])	keine Folge gegeben
2010/26	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Übermittlung von Unterlagen und Informationen an die ersuchende Behörde (Amtshilfe gemäss Marktsmissbrauchsgesetz [MG])	keine Folge gegeben
2010/27	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Verwaltungsstrafbots der Steuerverwaltung wegen Nichtabgabe	

	der Steuererklärung	Folge gegeben
2010/28	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Verwaltungsstrafbots der Steuerverwaltung wegen Nichtabgabe der Steuererklärung	Folge gegeben
2010/29	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Mehrwertsteuerentgeltskorrektur und Vorsteuerkürzung	keine Folge gegeben
2010/30	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Amtshaftung	keine Folge gegeben
2010/31	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Fällung eines Versäumnisurteils	keine Folge gegeben
2010/33	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Nichtversiegelung beschlagnahmter Akten (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/34	Beschluss des Obergerichtes w/Zurückweisung eines Subsidiarantrages	keine Folge gegeben
2010/35	Beschlüsse des Vize- bzw. Präsidenten des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	Zurückweisung
2010/36	Beschluss des Obergerichtes w/Festsetzung eines einstweiligen Ehegattenunterhaltes	keine Folge gegeben
2010/38	Beschluss des Obergerichtes w/Prozesskostensicherheitsleistung	Folge gegeben
2010/39	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Sicherheitsleistung im Provisorialverfahren	keine Folge gegeben
2010/40	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Nachtragsliquidation	Folge gegeben
2010/41	Beschluss des Obergerichtes w/Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmebefehls	keine Folge gegeben
2010/42	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Dienstaufsichtsbeschwerde	keine Folge gegeben
2010/43	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2010/44	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Widerrufs der Einbürgerungsentscheidung und Aberkennung des Landes- und Gemeindebürgerrechts	Folge gegeben
2010/45	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	Einstellung
2010/46	Beschluss des Obergerichtes w/exekutiver Durchsetzung eines Besuchsrechtes	Folge gegeben
2010/47	Beschluss des Obergerichtes w/Bestellung eines «Verfahrenskurators» gemäss §§ 8 ff. ZPO im Aufsichtsverfahren nach Art. 567 Abs. 1 PGR	Folge gegeben
2010/48	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung vermögensrechtlicher Anordnungen	keine Folge gegeben
2010/49	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Aufhebung eines Schiedsspruches	keine Folge gegeben
2010/50	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung vermögensrechtlicher Anordnungen	keine Folge gegeben
2010/51	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Zahlung eines Geldbetrages samt Zinsen	keine Folge gegeben
2010/52	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Zahlung eines Geldbetrages samt Zinsen	Zurückweisung
2010/53	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Abänderung des Besuchsrechtes	keine Folge gegeben
2010/54	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung einer Rechtsmittelfrist	keine Folge gegeben
2010/55	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes	

	w/Aufsichtsbeschwerde wegen «Rechtsverzögerung»	keine Folge gegeben
2010/56	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung beschlagnahmter Unterlagen an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/57	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Erteilung einer Baubewilligung	keine Folge gegeben
2010/58	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verlängerung von Vermögens- bzw. Kontensperren	keine Folge gegeben
2010/59	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Einschränkung des Sicherungsbots und Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2010/60	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Amtshaftung und Bewilligung der Verfahrenshilfe gemäss den §§ 63 ff. ZPO	Zurückweisung
2010/61	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Ausrichtung einer Invalidenrente	Einstellung
2010/64	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Ehescheidung	keine Folge gegeben
2010/65	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Ehescheidung	keine Folge gegeben
2010/66	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Ausrichtung einer Invalidenrente	keine Folge gegeben
2010/68	Beschluss des Obergerichtes w/Kostenbestimmung	keine Folge gegeben
2010/69	Beschluss des Obergerichtes w/Ausfolgung eines Zeugenvernehmungsprotokolls an die ersuchende Behörde (Rechtshilfe in Strafsachen)	Folge gegeben
2010/70	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Unterstellung der erzielten Kapitalgewinne unter die Erwerbssteuer	keine Folge gegeben
2010/73	Beschluss des Obergerichtes w/Nichterstattung des Barauslagenersatzes und Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2010/74	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Aufhebung eines Schiedsspruches	keine Folge gegeben
2010/78	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Auslegung eines Versicherungsvertrages	Folge gegeben
2010/86	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Schadenersatzes	Zurückweisung
2010/87	Beschluss des Obergerichtes w/Herausgabe- und Beschlagnahmebefehls (Rechtshilfe in Strafsachen)	keine Folge gegeben
2010/88	Urteil des Obergerichtes w/Vergehens der Rassendiskriminierung nach § 283 Abs. 1 Ziff. 7 StGB	keine Folge gegeben
2010/89	Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Auskunftsbegehrens	keine Folge gegeben
2010/95	Urteil des Obergerichtes w/Vergehens der Rassendiskriminierung nach § 283 Abs. 1 Ziff. 7 StGB	keine Folge gegeben
2010/96	Beschluss des Präsidenten des Landgerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	Einstellung
2010/97	Beschluss des Obergerichtes w/Abweisung eines Subsidiarantrages und Ablehnung von Richtern wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2010/98	Beschlüsse des Landgerichtes w/Kostenvorschusses zur Deckung der voraussichtlichen Kosten	

	des Konkursverfahrens	keine Folge gegeben
2010/99	Beschluss des Obergerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	zurückgewiesen bzw. keine Folge gegeben
2010/100	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Nichtanerkennung als Landwirtschaftsbetrieb	keine Folge gegeben
2010/103	Beschluss des Obersten Gerichteshofes w/Schadenersatzes	keine Folge gegeben
2010/104	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/exekutiver Durchsetzung des Besuchsrechtes	Folge gegeben
2010/106	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Aufschub des Strafvollzugs	Folge gegeben
2010/107	Beschluss des Präsidenten des Obergerichtes w/Ablehnung eines Landrichters wegen Befangenheit	keine Folge gegeben
2010/112	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verhängung der Untersuchungshaft	keine Folge gegeben
2010/115	Beschluss des Obergerichtes w/Einstellung des Strafverfahrens	Einstellung in Folge Beschwerderückzugs
2010/123	Landgericht, Obergericht, Oberster Gerichtshof w/Rechtsverweigerung und -verzögerung	Zurückweisung
2010/127	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Wiederaufnahme eines Zivilverfahrens	keine Folge gegeben
2010/129	Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Fortdauer der Untersuchungshaft	Einstellung
2010/136	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Weiterleitung übermittelter Informationen (Amtshilfe gemäss Marktmissbrauchsgesetz [MG])	Zurückweisung
2010/154	Urteil des Verwaltungsgerichtshofes w/Übermittlung von Informationen an die ersuchende Behörde (Amtshilfe gemäss Markmissbrauchsgesetz [MG])	keine Folge gegeben

7 Anträge

2009/109	Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 8. Juli 2009 auf Aufhebung des Art. 35 Abs. 1 Bst. e der Verordnung zum Baugesetz (LGBl. 1993 Nr. 62, i. d. F. LGBl. 2004 Nr. 104) wegen Gesetzwidrigkeit	teilweise Folge gegeben
2009/110	Antrag des Obergerichtes vom 7. Juli 2009, die Kundmachung vom 25. November 2008, LGBl. 2008 Nr. 294, der aufgrund der Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen im Fürstentum Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften (Anlagen I und II) hinsichtlich Art. 23 des Bundesgesetzes vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) als verfassungswidrig bzw. als mit den staatsvertraglichen Bestimmungen nicht vereinbar aufzuheben	Zurückweisung
2009/145	Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 31. August 2009, Ziffer 9 der Begriffsbestimmungen des Anhangs der Personenverkehrsverordnung (PVO, LGBl. 2004 Nr. 253 i. d. F. LGBl. 2008 Nr. 317) für verfassungswidrig zu erklären	Folge gegeben
2009/195	Antrag der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten vom 26. November 2009 auf Aufhebung der Kundmachung vom 30. Juni 2009 über die Abänderung des Liechtensteinischen Nummerierungsplans gemäss ITU-T E.164, LGBl. 2009 Nr. 193, wegen Verfassungs- und Gesetzwidrigkeit	Einstellung
2010/24	Antrag 272 Stimmberechtigter des Fürstentums Liechtenstein gemäss Art. 20 Abs. 1 Bst. c StGHG vom 29. Januar 2010 auf Aufhebung der Verordnung vom 22. Dezember 2009	

	über die Erhebung von Aufsichtsabgaben und Gebühren nach dem Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMA-Gebührenverordnung; FMA-GebV), LGBl. 2009 Nr. 388	Folge gegeben
2010/32	Antrag des Verwaltungsgerichtshofes vom 18. Februar 2010, die Verfassungsmässigkeit von Art. 11 Abs. 2 Bst. a, Art. 12 Abs. 2 Bst. a und Art. 15 Abs. 2 Stipendiengesetz, LGBl. 2004 Nr. 262, zu prüfen und in Art. 11 Abs. 2 Bst. a StipG die Worte «und das 25. Lebensjahr vollendet hat», in Art. 12 Abs. 2 Bst. a StipG die Worte «und das 25. Lebensjahr vollendet hat» und in Art. 15 Abs. 2 StipG die Worte «Für Ausbildungen an Schulen der Sekundarstufe II (Art. 6 Abs. 6) sowie» als verfassungswidrig aufzuheben	keine Folge gegeben
2010/80	Antrag des Obergerichtes vom 19. Mai 2010 auf Aufhebung des § 57 Abs. 3 ZPO wegen Verfassungswidrigkeit	teilweise Folge gegeben

Vermögensrechnung

Laufende Rechnung

Investitions-Rechnung

Verpflichtungskredite

Jahresrechnungen der unselbständigen Anstalten und Stiftungen

Jahresrechnung der selbständigen Anstalten und Stiftungen

Erläuterungen zur Landesrechnung

IV. LANDESRECHNUNG

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010

	2010	2009
AKTIVEN	**2'392'819'711.00**	**2'434'292'583.57**
FINANZVERMÖGEN	**1'838'103'867.37**	**1'857'766'081.54**
Flüssige Mittel	**217'550'521.35**	**168'884'692.13**
Kassa, Post, Banken	23'720'314.27	10'410'602.13
Kurzfristige Finanzanlagen	193'830'207.08	158'474'090.00
Forderungen	**107'200'149.17**	**81'779'928.73**
Steuerguthaben	29'196'882.93	24'399'163.93
Andere Guthaben	26'268'070.89	27'216'082.44
Kurzfristige Darlehen, Vorschüsse u. Kautionen	12'897'041.41	4'385'437.90
Kontokorrente	64'980'153.94	41'280'244.46
Delkredere	-26'142'000.00	-15'501'000.00
Anlagen des Finanzvermögens	**1'508'849'531.83**	**1'603'059'231.13**
Langfristige Finanzanlagen	11'160'000.00	11'160'000.00
Poolanlagen	1'387'258'463.44	1'481'468'172.24
Gebäude und Grundstücke	110'431'068.39	110'431'058.89
Aktive Rechnungsabgrenzung	**4'503'665.02**	**4'042'229.55**
Transitorische Aktiven	4'503'665.02	4'042'229.55
DECKUNGSKAPITALIEN FUER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	**26'482'837.03**	**34'131'874.98**
Anlagen der Stiftungen	10'092'732.51	10'108'562.63
Anlagen der unselbständigen Anstalten und Stiftungen	16'390'104.52	24'023'312.35
VERWALTUNGSVERMÖGEN	**528'233'006.60**	**542'394'627.05**
Darlehen	**211'942'986.60**	**217'904'606.05**
Wohnbaudarlehen	187'954'251.30	193'960'231.30
Studiendarlehen	19'555'735.30	19'400'074.75
Darlehen an Junglandwirte	1'433'000.00	1'544'300.00
Darlehen Landesspital Vaduz	3'000'000.00	3'000'000.00
Beteiligungen	**141'590'018.00**	**141'590'019.00**
Liecht. Landesbank AG	78'540'000.00	78'540'000.00
Liecht. Kraftwerke	2'000'000.00	2'000'000.00
Liecht. Gasversorgung (nominal CHF 34.9 Mio.)	16'500'000.00	16'500'000.00
Telecom Liechtenstein AG	42'000'000.00	42'000'000.00
Liecht. Post AG	2'550'000.00	2'550'000.00
Sonstige Beteiligungen	18.00	19.00
Sachanlagen	**174'700'001.00**	**182'900'001.00**
Tiefbauten	1.00	1.00
Hochbauten	157'000'000.00	164'300'000.00
Mobilien, Einrichtungen, Schulausstattungen, Vorräte	14'300'000.00	15'100'000.00
EDV-Anlagen	3'400'000.00	3'500'000.00
Investitionsbeiträge	**1.00**	**1.00**
Investitionsbeiträge	1.00	1.00

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010

	2010	2009
PASSIVEN	**2'392'819'711.00**	**2'434'292'583.57**
FREMDE MITTEL	**307'359'235.38**	**311'406'699.95**
Kurzfristige Verbindlichkeiten	**138'144'624.87**	**139'268'223.29**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	103'348'095.10	117'782'892.43
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	33'122'074.72	18'659'938.50
Kontokorrente	175'646.18	1'033'768.86
Kreditreservierungen	1'498'808.87	1'791'623.50
Passive Rechnungsabgrenzungen	**18'678.30**	**19'866.90**
Transitorische Passiven	18'678.30	19'866.90
Kurzfristige Finanzschulden	**167'602'197.13**	**170'551'345.49**
Gemeindekassen	83'643'909.96	86'270'767.85
Lohnsteuer-Vorauszahlungen	83'958'287.17	84'280'577.64
Spezialfinanzierungen	**1'593'735.08**	**1'567'264.27**
Diverse Spezialfinanzierungen	1'593'735.08	1'567'264.27
VERPFLICHTUNGEN GEGENÜBER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	**26'482'837.03**	**34'131'874.98**
Verpflichtungen gegenüber Stiftungen	10'092'732.51	10'108'562.63
Verpflichtungen gegenüber unselbständigen Stiftungen und Anstalten	16'390'104.52	24'023'312.35
REINVERMÖGEN	**2'058'977'638.59**	**2'088'754'008.64**
Allgemeine Reserven	150'000'000.00	150'000'000.00
Reserven für Krisen und Katastrophen	300'000'000.00	300'000'000.00
Reserven für Zukunftsausgaben (Zukunftsfonds)	965'866'000.00	965'866'000.00
Übrige Eigenmittel	672'888'008.64	613'720'730.16
Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung	-29'776'370.05	59'167'278.48

Anmerkungen zur Vermögensrechnung

Treuhänderisch verwaltete Vermögen		
Kautionen Landgericht	19'924'911.29	14'818'137.24
Eventualverpflichtungen		
Staatsgarantie der Liecht. Landesbank AG	p.M.	p.M.
Amtshaftungsklagen	234'648'517.00	234'141'990.00
Liecht. Landesspital Bürgschaftsverpflichtung	1'500'000.00	1'500'000.00
Entwicklungsbank des Europarates	2'943'760.00	3'537'260.00
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	3'658'000.00	4'395'500.00
Defizitgarantie EEG Fonds für Einspeisevergütung	p.M.	p.M.
Sachversicherungswerte		
Gebäude zum Neuwert	666'607'717.00	636'301'533.00
Vorsorgeversicherung (für Neubauten, Anschaffungen, etc. in 2010)	50'000'000.00	50'000'000.00
Waren und Einrichtungen zum Neuwert	110'000'000.00	110'000'000.00
Motorfahrzeuge zum Zeitwert	2'500'000.00	2'500'000.00
Verpflichtungskredite		
Verpflichtungskredite	195'241'339.00	245'538'360.00

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0	**Allgemeine Verwaltung**	**119'436'293.74**	**7'771'011.72**	**131'563'000**	**9'981'000**	**116'305'168.90**	**9'740'128.71**
011	**Landtag**	**4'074'506.61**		**4'537'000**		**3'656'970.65**	
011.300.00	Taggelder	1'471'500.00		1'720'000		1'342'573.00	
011.301.00	Gehälter	655'881.52		641'000		625'432.76	
011.303.01	Sozialbeiträge	195'683.44		253'000		185'880.20	
011.309.00	Aus- und Weiterbildung	17'975.44		39'000			
011.310.00	Kanzleiauslagen	42'978.60		69'000		47'331.08	
011.315.00	Betriebskosten Informatik Landtag	71'476.60		100'000			
011.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	207'809.06		218'000		114'246.56	
011.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	102'700.43		180'000		93'742.78	
011.318.01	Sonderaufgaben, Experten und Gutachten	75'296.65		75'000		73'651.37	
011.318.02	Ombudsstelle	59'000.00		60'000			
011.365.00	Beiträge an politische Parteien	1'145'000.00		1'145'000		1'145'000.00	
011.367.00	Beiträge an internationale Organisationen					29'112.90	
011.367.01	Beiträge an internationale Organisationen	29'204.87		37'000			
012	**Regierung**	**21'409'842.79**		**21'726'000**		**17'025'644.42**	
012.300.01	Gehälter Regierungsmitglieder	1'453'652.36		1'504'000		1'459'284.08	
012.300.02	Kommissionen	372'248.96		400'000		342'673.08	
012.300.03	Beschwerdekommission	186'736.94		226'000		191'070.77	
012.300.04	Historiker-/Expertenkommission 2. Weltkrieg					34'375.08	
012.301.01	Gehälter Regierungssekretariate/-mitarbeiter	6'502'993.45		6'594'000		6'318'050.52	
012.301.02	Gehälter Projektgruppe Finanzplatz					560'318.80	
012.303.01	Sozialbeiträge Regierungssekretariate/-mitarbeiter	1'712'839.37		1'820'000		1'718'714.95	
012.303.02	Sozialbeiträge Projektgruppe Finanzplatz					98'565.95	
012.310.01	Kanzleiauslagen	178'832.16		182'000		242'597.50	
012.310.02	Öffentlichkeitsarbeit					4'392'889.55	
012.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	907'849.88		700'000		767'104.14	
012.318.03	Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit	5'391'707.86		5'400'000			
012.318.04	Experten, Öffentlichkeitsarbeit Finanzplatzent	3'485'305.16		3'500'000			
012.318.05	Experten Sanierungsprojekt Finanzhaushalt	317'676.65		500'000			
012.364.00	Staatsbeitrag Stiftung Image Liechtenstein	900'000.00		900'000		900'000.00	
015	**Stabsstelle EWR**	**1'070'351.96**	**3'633.60**	**1'156'000**	**10'000**	**1'108'874.87**	**6'673.50**
015.301.00	Gehälter	789'905.91		841'000		848'765.67	
015.303.01	Sozialbeiträge	147'953.45		161'000		157'230.67	
015.310.00	Kanzleiauslagen	38'323.30		49'000		32'944.38	
015.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	94'169.30		105'000		69'934.15	
015.431.00	Verwaltungsgebühren		3'633.60		10'000		6'673.50
020	**Allgemeine Verwaltung**	**13'596'791.90**	**4'202.75**	**13'987'000**		**16'883'090.61**	**3'380.50**
020.301.01	Gehälter	3'847'295.96		4'153'000		3'909'974.76	
020.301.02	Fixer Leistungsanteil/Systemanpassungen			127'000			
020.303.01	Sozialbeiträge	436'554.95		622'000		253'563.50	
020.303.02	Zusatzbeitrag Pensionsversicherung	3'477'130.85		3'400'000			
020.309.00	Betrieb Kindertagesstätte Landesverwaltung	196'022.10		195'000		195'613.10	
020.310.01	Telekommunikationsaufwendungen	1'346'887.41		1'700'000		1'595'037.05	
020.310.02	Literatur, Informationsmaterial, Inserate, etc.	387'515.79		415'000		597'094.71	
020.317.02	Veranstaltungen und Repräsentationen	731'185.73		775'000		861'563.12	
020.317.06	Liechtenstein-Dialogue	283'270.30		300'000		179'981.25	
020.317.07	Expo 2010 in Shanghai	2'003'223.50		2'000'000		2'100'000.00	
020.318.03	Experten, Gutachten					6'920'746.76	
020.318.04	Verfahrenshilfe in Verwaltungssachen	126'895.91		135'000		102'670.50	
020.319.00	Verschiedenes	680.00		40'000		2'796.93	
020.319.01	Amtshaftungen	598'795.96				48'661.70	
020.362.01	Landesbeitrag «300 Jahre Oberland»	98'500.00					
020.367.00	Beiträge an Vereinigungen	62'833.44		125'000		115'387.23	
020.436.01	Provisionen Flug- und Bahnreisen		4'202.75				3'380.50

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

011.301.00 Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. e FHG
012.317.00 NK V CHF 200'000
020.303.02 NK I CHF 78'000
020.318.04 NK VII CHF 50'000
020.319.01 NK III CHF 485'000, NK VII CHF 124'000
020.362.01 NK v. 26.5.2010 CHF 100'000 Jubiläumsfeierlichkeiten 300 Jahre Oberland 2012

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
022	**Landeskasse**	**827'150.12**		**869'000**		**830'077.77**	
022.301.00	Gehälter	689'975.54		712'000		692'011.99	
022.303.01	Sozialbeiträge	126'545.33		137'000		129'028.73	
022.310.00	Kanzleiauslagen	10'629.25		20'000		9'037.05	
023	**Steuerverwaltung**	**6'890'327.14**	**6'041'231.48**	**6'838'000**	**7'960'000**	**6'592'359.46**	**7'669'532.72**
023.301.00	Gehälter	4'993'861.43		5'035'000		4'922'937.20	
023.303.01	Sozialbeiträge	904'745.88		967'000		888'772.96	
023.310.00	Kanzleiauslagen	178'798.37		211'000		186'527.96	
023.317.00	Reisespesen	49'659.59		50'000		49'992.40	
023.318.00	Eidg. Steuerverwaltung/Mitwirkung Stempelabgaben	591'261.87		560'000		544'128.94	
023.319.01	Kostenvorschuss bei Konkursverfahren	172'000.00		15'000			
023.430.00	Liechtensteinische Gründungsgebühren		267'220.00		370'000		562'862.00
023.431.00	Inventarisationsgebühren		1'428'955.30		150'000		266'108.05
023.431.01	Verwaltungsgebühren und Ordnungsbussen		737'261.32		640'000		853'998.24
023.436.00	Einbehalt Zinsbesteuerungsanteil		3'607'794.86		6'800'000		5'986'564.43
024	**Amt für Personal- und Organisation**	**8'702'522.31**		**9'810'000**	**503'000**	**9'092'715.43**	**503'000.00**
024.301.00	Gehälter	5'390'060.10		5'625'000		5'503'076.70	
024.301.01	Gehälter Lehrlinge	315'033.70		344'000		325'484.55	
024.303.01	Sozialbeiträge	1'009'287.92		1'123'000		1'045'021.49	
024.309.01	Weiterbildung	939'020.56		1'085'000		940'049.81	
024.309.02	Inserate	231'791.79		170'000		112'063.01	
024.309.03	Sonstiger Personalaufwand	124'872.63		315'000		448'587.75	
024.310.01	Kanzleiauslagen	43'261.40		63'000		52'830.73	
024.315.00	Unterhalt Büromobiliar/Kleinstanschaffungen	37'002.11		100'000		89'160.45	
024.317.00	Reisespesen	40'164.08		60'000		24'570.33	
024.317.02	Veranstaltungen Gesamtverwaltung	144'856.25		225'000		175'468.93	
024.318.00	Organisation	427'171.77		700'000		376'401.68	
024.436.00	Kostenrückerstattung Pensionsversicherung				503'000		503'000.00
025	**Datenverarbeitung/Kommunikation**	**3'797'374.82**		**3'865'000**		**3'409'664.44**	
025.310.00	Materialaufwand	198'996.95		200'000		178'748.79	
025.315.00	Betriebskosten Informatik	3'323'866.62		3'365'000		2'943'262.62	
025.315.01	Unterhalt Telekommunikationsinfrastruktur	274'511.25		300'000		287'653.03	
026	**Bauadministration**	**562'970.00**		**578'000**		**567'626.92**	
026.301.00	Gehälter	444'327.30		441'000		429'917.74	
026.303.01	Sozialbeiträge	81'285.50		85'000		78'600.91	
026.310.00	Kanzleiauslagen	11'420.45		10'000		10'592.52	
026.317.00	Reisespesen	891.10		2'000			
026.318.00	Gutachten und Expertisen	25'045.65		40'000		48'515.75	
027	**Tiefbauamt**	**1'192'697.99**	**4'342.85**	**1'330'000**	**10'000**	**860'766.64**	**7'016.70**
027.301.00	Gehälter	893'295.76		957'000		587'682.52	
027.303.01	Sozialbeiträge	162'070.88		184'000		104'855.05	
027.310.00	Kanzleiauslagen	32'904.63		40'000		38'043.15	
027.317.00	Reiseauslagen, Fahrzeug- und Verpflegungsspesen	103'532.72		129'000		127'806.42	
027.318.01	Geologische Untersuchungen	894.00		20'000		2'379.50	
027.435.00	Verkauf Wanderkarten		4'342.85		10'000		7'016.70

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

023.318.00 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. b FHG
023.319.01 NK IV CHF 160'000
024.309.02 NK IV CHF 80'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
028	**Hochbauamt**	**1'821'409.02**	**445'864.55**	**2'353'000**	**310'000**	**2'040'913.46**	**387'092.25**
028.301.00	Gehälter	1'340'848.86		1'356'000		1'283'268.35	
028.303.01	Sozialbeiträge	240'782.23		260'000		228'849.27	
028.310.00	Kanzleiauslagen	29'859.15		24'000		27'725.55	
028.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	21'050.30		30'000		22'557.65	
028.318.02	Baurecht, Baupolizei, Brandschutz	111'396.35		189'000		134'916.35	
028.318.03	Genereller Hochbauplanungskredit	39'916.45		450'000		291'582.05	
028.318.09	Kosten für Ersatzvornahmen					758.00	
028.367.00	Beiträge an Vereinigungen	37'555.68		44'000		51'256.24	
028.431.00	Baubewilligungsgebühren		433'518.55		300'000		371'636.05
028.435.00	Verkauf Drucksachen		576.30				1'054.60
028.436.00	Brandschutzkontrollen		11'769.70				14'401.60
028.436.01	Weiterverrechnung Kosten Ersatzvornahmen				10'000		
029	**Stabsstelle für Chancengleichheit**	**503'398.42**		**640'000**		**574'744.94**	
029.300.01	Gleichberechtigungskommission	14'229.67		15'000		11'307.68	
029.301.00	Gehälter	241'329.74		324'000		281'030.40	
029.303.01	Sozialbeiträge	44'995.73		62'000		53'256.59	
029.310.00	Kanzleiauslagen	4'529.75		8'000		7'092.45	
029.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	822.53		6'000		1'620.00	
029.318.00	Projekte, Öffentlichkeitsarbeit	188'421.40		200'000		217'957.07	
029.365.00	Finanzhilfen GLG	9'069.60		25'000		2'480.75	
030	**Leistungen an Pensionierte**	**6'909'629.90**		**7'303'000**		**6'707'182.98**	
030.307.01	Pensionen	974'153.70		1'127'000		1'153'178.29	
030.307.03	Frühzeitige Pensionierung	5'935'476.20		6'176'000		5'554'004.69	
040	**Regierungskanzlei**	**989'162.37**	**859'662.59**	**1'232'000**	**857'000**	**1'187'558.23**	**877'129.59**
040.301.00	Gehälter	538'488.35		553'000		559'781.07	
040.303.01	Sozialbeiträge	100'829.57		106'000		106'732.05	
040.310.00	Kanzleiauslagen, Rechenschaftsbericht, usw.	146'439.70		210'000		216'830.05	
040.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	843.50		3'000		739.15	
040.317.01	Amtsanlässe	18'517.40		20'000		19'353.70	
040.365.00	Beiträge an Interregprojekte	106'798.17		200'000		180'437.25	
040.367.00	Internationale Bodenseekonferenz (IBK)	77'245.68		140'000		103'684.96	
040.431.01	Stempel- und Verwaltungsgebühren		713'060.49		677'000		725'472.59
040.435.00	Verkauf von Gesetzblättern und Drucksachen		146'602.10		180'000		151'657.00
041	**Stabsstelle Rechtsdienst**	**2'200'465.87**		**2'596'000**		**2'234'741.85**	**800.00**
041.301.00	Gehälter	931'016.18		941'000		914'170.51	
041.303.01	Sozialbeiträge	168'919.48		181'000		176'676.85	
041.310.00	Kanzleiauslagen	31'652.26		38'000		29'910.82	
041.310.01	Gesetzblätter, Nachdrucke, Textausgaben	263'521.20		325'000		296'868.04	
041.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	3'683.30		10'000		9'525.48	
041.318.00	Syst. Gesetzessammlung (LR), Rechtsdatenbanken	801'673.45		1'101'000		807'590.15	
041.435.00	Abgabe Rechtsvorschriften auf Datenträger						800.00
042	**Protokoll der Regierung**	**471'185.68**		**576'000**			
042.301.00	Gehälter	333'001.73		400'000			
042.303.01	Sozialbeiträge	63'556.95		77'000			
042.310.00	Kanzleiauslagen	15'547.40		16'000			
042.317.01	Reisespesen, Regierungswagen	18'697.55		40'000			
042.317.02	Ankauf von Geschenken, Fahnen, usw.	40'382.05		43'000			
043	**Finanzkontrolle/Finanzaufsicht**	**1'047'234.14**	**20'750.00**	**1'087'000**	**20'000**	**841'444.83**	**20'750.00**
043.301.01	Gehälter	479'480.89		495'000		302'658.83	
043.303.01	Sozialbeiträge	86'542.90		95'000		54'591.40	
043.310.00	Kanzleiauslagen	4'632.45		8'000		3'540.80	
043.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	4'125.10		10'000		1'655.60	
043.318.00	Revision der Landesrechnung	472'452.80		479'000		478'998.20	
043.434.00	Verrechnete Revisionsdienstleistungen		20'750.00		20'000		20'750.00

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
044	**Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit**	**145'569.55**		**156'000**		**144'076.68**	
044.310.00	Kanzleiauslagen	11'894.00		23'000		14'352.60	
044.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	22'699.05		18'000		17'934.08	
044.318.00	Liechtenstein-Portal	110'976.50		115'000		111'790.00	
045	**Stabsstelle Finanzen**	**572'596.28**		**657'000**		**516'879.18**	
045.301.00	Gehälter	480'341.77		546'000		431'740.62	
045.303.01	Sozialbeiträge	87'533.06		105'000		79'727.61	
045.310.00	Kanzleiauslagen	4'217.05		5'000		4'514.75	
045.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	504.40		1'000		896.20	
046	**Amt für Statistik**	**1'352'593.89**	**5'804.00**	**1'549'000**	**6'000**	**1'230'780.84**	**5'949.00**
046.301.00	Gehälter	984'864.49		1'041'000		941'899.37	
046.303.01	Sozialbeiträge	180'910.10		200'000		175'003.59	
046.310.00	Kanzleiauslagen	14'993.65		23'000		20'963.10	
046.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	22'392.06		28'000		20'972.48	
046.318.00	Statistische Arbeiten	149'433.59		257'000		71'942.30	
046.435.00	Verkauf Publikationen		5'804.00		6'000		5'949.00
047	**Stabsstelle Futuro**	**800'589.70**		**1'056'000**			
047.301.00	Gehälter	633'806.45		833'000			
047.303.01	Sozialbeiträge	113'658.80		160'000			
047.310.00	Kanzleiauslagen	10'210.40		23'000			
047.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	42'914.05		40'000			
050	**Amt für Auswärtige Angelegenheiten**	**2'934'727.03**		**3'379'000**		**3'394'869.91**	
050.301.00	Gehälter	1'570'567.03		1'609'000		2'025'934.14	
050.303.01	Sozialbeiträge	280'203.50		309'000		364'072.61	
050.310.00	Kanzleiauslagen	32'951.80		37'000		40'635.34	
050.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	177'604.78		160'000		166'244.57	
050.317.01	Honorarkonsulate	66'408.69		80'000		21'962.63	
050.317.02	Umsetzung von Abkommen	62'324.95		94'000		49'614.40	
050.367.00	Beiträge an Vereinigungen/int. Organisationen	683'279.80		930'000		662'594.99	
050.367.01	Auslandkulturpolitik	61'386.48		160'000		63'811.23	
051	**Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg**	**1'070'017.02**		**1'241'000**		**1'015'928.80**	
051.301.00	Gehälter	304'164.97		325'000		312'528.31	
051.303.01	Sozialbeiträge	62'324.27		73'000		65'254.93	
051.310.00	Kanzleiauslagen	17'293.86		29'000		19'816.99	
051.315.00	Raumkosten Residenz	77'088.57		113'000		98'308.58	
051.316.01	Raumkosten Ständige Vertretung	36'742.14		76'000		50'779.48	
051.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	100'187.23		125'000		84'658.81	
051.367.00	Mitgliedsbeiträge	472'215.98		500'000		384'581.70	
052	**Mission bei den Vereinten Nationen in New York**	**2'749'618.32**		**3'108'000**		**2'384'874.01**	
052.301.00	Gehälter	775'870.07		860'000		740'162.17	
052.303.01	Sozialbeiträge	143'845.49		146'000		82'532.99	
052.310.00	Kanzleiauslagen	57'739.58		58'000		62'879.73	
052.315.00	Raumkosten Residenz	126'626.70		124'000		70'903.50	
052.316.00	Raumkosten Ständige Mission	90'314.58		104'000		99'927.53	
052.316.01	Diplomatenwohnungen	147'837.30		193'000		227'179.23	
052.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	195'482.28		197'000		201'985.65	
052.367.00	Mitgliedsbeiträge	1'211'902.32		1'426'000		899'303.21	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

050.317.00 NK V CHF 20'000
050.367.00 NK I CHF 23'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
053	**Botschaft in Washington**	**816'926.62**		**922'000**		**855'681.47**	
053.301.00	Gehälter	394'290.43		432'000		427'990.71	
053.303.01	Sozialbeiträge	56'579.89		60'000		36'757.47	
053.310.00	Kanzleiauslagen	47'799.66		52'000		45'559.73	
053.316.00	Raumkosten Botschaft	41'096.18		50'000		35'276.21	
053.316.01	Raumkosten Residenz	149'826.13		174'000		175'767.37	
053.316.02	Diplomatenwohnungen	4'000.00		8'000		3'716.28	
053.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	123'334.33		146'000		130'613.70	
054	**Mission bei den Europäischen Gemeinschaften**	**6'899'058.64**		**8'860'000**		**6'243'717.42**	
054.301.00	Gehälter	898'542.64		906'000		880'782.92	
054.303.01	Sozialbeiträge	155'582.09		227'000		147'267.13	
054.310.00	Kanzleiauslagen	36'704.50		40'000		31'416.25	
054.315.00	Raumkosten Residenz	97'316.88		105'000		81'870.38	
054.316.00	Raumkosten Mission	121'821.62		129'000		102'796.36	
054.316.01	Diplomatenwohnungen	180'781.41		150'000		121'431.75	
054.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	109'138.93		130'000		117'541.25	
054.367.00	Mitgliedsbeiträge EWR/Schengen	5'299'170.57		7'173'000		4'760'611.38	
055	**Mission bei EFTA/Intern. Organisationen, Genf**	**1'396'007.16**		**1'727'000**		**1'472'348.03**	
055.301.00	Gehälter	603'013.86		639'000		621'197.79	
055.303.01	Sozialbeiträge	60'984.06		147'000		98'727.44	
055.310.00	Kanzleiauslagen	20'366.15		24'000		23'112.70	
055.316.01	Raumkosten Ständige Mission	79'188.00		84'000		79'235.75	
055.316.02	Raumkosten Residenz	238'265.60		246'000		238'937.05	
055.316.03	Diplomatenwohnungen	49'299.95		50'000		49'560.55	
055.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	81'501.35		115'000		83'725.75	
055.367.00	Mitgliedsbeiträge	263'388.19		422'000		277'851.00	
056	**Ständige Vertretung bei OSZE/UNO/Botschaft in Wien**	**1'199'147.69**		**1'480'000**		**1'195'810.02**	
056.301.00	Gehälter	504'198.98		569'000		495'250.30	
056.303.01	Sozialbeiträge	107'450.06		119'000		106'626.00	
056.310.00	Kanzleiauslagen	24'080.83		38'000		28'918.89	
056.316.01	Raumkosten Ständige Vertretung/Botschaft	62'611.72		103'000		60'767.08	
056.316.02	Raumkosten Residenz	154'063.48		214'000		167'258.22	
056.316.03	Diplomatenwohnungen	26'430.65		40'000		30'829.32	
056.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	84'852.91		112'000		75'132.71	
056.367.00	Mitgliedsbeiträge	235'459.06		285'000		231'027.50	
057	**Botschaft in Bern**	**815'912.78**		**844'000**		**779'486.96**	
057.301.00	Gehälter	506'943.76		508'000		477'957.02	
057.303.01	Sozialbeiträge	80'628.92		98'000		72'769.21	
057.310.00	Kanzleiauslagen	32'188.08		32'000		28'337.64	
057.315.00	Raumkosten Botschaft und Residenz	114'743.06		118'000		118'640.34	
057.316.01	Diplomatenwohnungen	33'545.35		38'000		32'801.10	
057.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	47'863.61		50'000		48'981.65	
058	**Botschaft in Berlin**	**867'924.43**		**1'109'000**		**819'862.02**	
058.301.00	Gehälter	480'190.68		562'000		437'607.04	
058.303.01	Sozialbeiträge	57'690.05		108'000		57'758.00	
058.310.00	Kanzleiauslagen	7'496.23		19'000		11'761.93	
058.316.00	Raumkosten Botschaft	90'966.94		114'000		85'531.37	
058.316.01	Raumkosten Residenz	135'734.03		200'000		153'978.64	
058.316.02	Diplomatenwohnungen	25'488.80		26'000		23'206.70	
058.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	70'357.70		80'000		50'018.34	
090	**Nicht aufteilbare Aufgaben**	**2'352'264.75**	**85'400.00**	**2'530'000**		**2'465'237.20**	**12'820.00**
090.318.03	Versicherungen	796'916.20		880'000		845'186.40	
090.318.04	Postalische Leistungen	1'555'348.55		1'650'000		1'620'050.80	
090.435.00	Verkauf von Mobilien, Maschinen und Geräte		85'400.00				12'820.00

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

054.316.01 NK VI CHF 50'000
054.317.00 NK VI CHF 14'000
056.317.00 NK I CHF 35'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
091	**Liegenschaftsverwaltung Verwaltungsbereich**	**19'108'517.54**	**25'948.05**	**22'153'000**	**20'000**	**19'935'273.31**	**20'415.35**
091.301.00	Gehälter Verwaltung, Hauswarte	2'285'538.88		2'350'000		2'192'595.56	
091.303.01	Sozialbeiträge	427'565.12		451'000		417'011.27	
091.312.00	Betriebskosten Verwaltungsgebäude	4'491'667.46		5'032'000		4'640'745.43	
091.314.00	Unterhalt Verwaltungsgebäude	4'651'732.28		6'810'000		6'042'637.65	
091.316.00	Mieten Verwaltungsbereich	7'252'013.80		7'510'000		6'642'283.40	
091.434.00	Stromverkäufe Polizeigebäude		25'948.05		20'000		20'415.35
092	**Betriebliches Mobilitätsmanagement**	**287'801.30**	**274'171.85**	**309'000**	**285'000**	**235'965.55**	**225'569.10**
092.309.00	Mobilitätsbeiträge und Förderaktionen	274'171.85		285'000		225'569.10	
092.314.00	Betrieb und Unterhalt BMM-Fahrzeuge	13'629.45		24'000		10'396.45	
092.434.00	Erträge betriebliches Mobilitätsmanagement				285'000		
092.434.01	Erträge betriebliches Mobilitätsmanagement		274'171.85				225'569.10

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1	**Oeffentliche Sicherheit**	**65'844'989.97**	**22'803'126.35**	**67'829'000**	**18'091'000**	**67'569'810.29**	**20'522'864.46**
100	**Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt**	**4'715'542.66**	**11'368'500.86**	**4'969'000**	**9'520'000**	**4'568'440.91**	**11'120'979.80**
100.301.00	Gehälter	3'037'205.60		3'254'000		3'014'008.48	
100.303.01	Sozialbeiträge	550'124.49		625'000		549'540.09	
100.310.00	Kanzleiauslagen	67'187.68		82'000		65'257.84	
100.310.01	Publikationskosten	723'828.65		720'000		637'724.70	
100.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	18'018.51		26'000		23'177.80	
100.318.00	Schätzwesen	16'201.40		31'000		58'397.95	
100.318.01	Grundbuchrechtliche Abklärungen	6'456.00		5'000		3'228.00	
100.318.03	Belegdigitalisierung	33'053.65		100'000		62'813.65	
100.318.04	Verfahrenskosten	258'324.68		120'000		150'592.40	
100.367.00	Beiträge an Vereinigungen	5'142.00		6'000		3'700.00	
100.431.01	Grundbuchgebühren		3'699'512.54		2'500'000		3'138'105.45
100.431.02	Schätzungsgebühren		3'000.00		20'000		3'400.00
100.431.03	Öffentlichkeitsregistergebühren		7'665'988.32		7'000'000		7'979'474.35
101	**Zivilstandsamt**	**471'446.59**	**92'249.23**	**524'000**	**91'000**	**474'761.87**	**87'243.78**
101.301.00	Gehälter	378'249.79		419'000		383'375.45	
101.303.01	Sozialbeiträge	71'109.65		80'000		70'544.57	
101.310.00	Kanzleiauslagen	22'087.15		23'000		20'615.45	
101.317.00	Reisespesen			2'000		226.40	
101.431.00	Verwaltungsgebühren		92'249.23		91'000		87'243.78
103	**Ausländer- und Passamt**	**3'489'968.16**	**1'390'889.11**	**3'784'000**	**1'033'000**	**4'174'828.18**	**997'186.30**
103.301.00	Gehälter	2'304'892.32		2'445'000		2'265'348.87	
103.303.01	Sozialbeiträge	422'521.01		469'000		415'177.85	
103.310.00	Kanzleiauslagen	27'867.50		42'000		21'055.75	
103.313.01	Heimatschriften/Aufenthaltsausweise	423'393.66		425'000		1'165'724.10	
103.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	61'700.59		153'000		79'616.07	
103.365.00	Integrationsmassnahmen	249'593.08		250'000		227'905.54	
103.431.00	Verwaltungsgebühren		1'390'889.11		1'033'000		997'186.30
104	**Landesvermessung**	**1'563'937.57**	**89'557.10**	**1'608'000**	**70'000**	**1'529'808.55**	**80'111.13**
104.301.00	Gehälter	353'180.05		359'000		346'880.05	
104.303.01	Sozialbeiträge	64'489.10		69'000		66'864.07	
104.318.01	Landesvermessung	962'047.07		960'000		958'618.03	
104.318.02	Nachführung Vermessungsoperate	105'944.70		135'000		73'693.00	
104.318.03	GDI-Koordination	78'276.65		85'000		83'753.40	
104.434.01	Ertrag Landesinformationssystem		89'557.10		70'000		80'111.13

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

100.318.04 NK IV CHF 90'000, NK VII CHF 50'000
103.313.01 NK II CHF 676'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
110	**Landespolizei**	**19'071'712.66**	**1'603'745.34**	**19'731'000**	**1'270'000**	**19'297'920.10**	**1'620'532.08**
110.301.00	Gehälter	13'553'367.36		13'673'000		13'510'108.86	
110.303.01	Sozialbeiträge	2'439'947.54		2'667'000		2'449'191.05	
110.308.00	Entschädigung Bereitschaftspolizei	554'540.55		550'000		632'928.25	
110.309.01	Ausbildung Polizeiaspirantinnen und -aspiranten	23'364.60		33'000		242'613.61	
110.310.00	Kanzleiauslagen	228'608.93		270'000		223'404.90	
110.313.01	Ausrüstung	332'281.61		340'000		310'760.81	
110.313.02	Treibstoff	80'555.75		100'000		76'348.25	
110.315.00	Fahrzeugunterhalt	116'156.22		110'000		134'295.80	
110.315.02	Betriebskosten Informatik Landespolizei	543'980.12		560'000		393'099.98	
110.315.03	Unterhalt Polycom	193'257.00		300'000		141'400.50	
110.315.09	Unterhalt Polizeiequipment	65'722.33		110'000		77'700.00	
110.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	204'397.81		246'000		247'930.51	
110.318.00	Haftpflichtversicherung Fahrzeuge	31'978.40		35'000		31'601.75	
110.318.02	Analysen, Gutachten	220'206.73		180'000		217'005.55	
110.318.03	Externe polizeiliche Dienstleistungen	25'636.00		35'000		26'478.40	
110.318.09	Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen, Honorare	88'309.59		100'000		92'749.22	
110.319.00	Verschiedenes	141'615.08		172'000		151'792.96	
110.365.00	Unfallverhütung	145'956.72		150'000		260'915.79	
110.367.00	Jahresbeiträge	81'830.32		100'000		77'593.91	
110.431.00	Verwaltungsgebühren		152'039.85		120'000		117'169.09
110.434.00	Ertrag für polizeiliche Leistungen		85'799.20		70'000		133'148.40
110.436.00	Unfallverhütungsbeiträge		150'354.46		80'000		122'073.26
110.437.01	Bussen		1'215'551.83		1'000'000		1'248'141.33
111	**Motorfahrzeugkontrolle**	**1'655'902.33**	**2'429'669.58**	**1'770'000**	**2'461'000**	**1'652'488.80**	**2'450'737.40**
111.301.00	Gehälter	1'282'011.77		1'331'000		1'274'856.72	
111.303.01	Sozialbeiträge	231'569.55		256'000		229'799.11	
111.310.00	Kanzleiauslagen	32'240.81		33'000		33'135.69	
111.313.00	Schilder, Ausweise	105'480.50		140'000		96'649.23	
111.317.00	Reisespesen	4'599.70		10'000		18'048.05	
111.431.00	Motorfahrzeuggebühren		2'330'149.58		2'356'000		2'200'837.40
111.431.01	Altfahrzeug Entsorgungsgebühren		91'200.00		100'000		86'600.00
111.435.00	Erlös aus Versteigerung von Fahrzeugschildern		8'320.00		5'000		163'300.00
112	**Finanzmarktaufsicht**	**10'700'000.00**		**10'700'000**		**11'916'206.71**	
112.363.00	Staatsbeitrag Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)	10'700'000.00		10'700'000		11'916'206.71	
113	**Financial Intelligence Unit**	**1'446'066.34**		**1'436'000**		**1'405'622.42**	
113.301.00	Gehälter	1'038'805.99		1'039'000		1'026'904.39	
113.303.01	Sozialbeiträge	187'801.73		199'000		185'938.20	
113.310.00	Kanzleiauslagen	98'014.99		75'000		70'229.41	
113.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	108'094.73		108'000		108'620.42	
113.367.00	Beiträge an Vereinigungen	13'348.90		15'000		13'930.00	
118	**Datenschutzstelle**	**627'388.30**	**4'000.00**	**686'000**		**664'900.20**	**100.00**
118.301.00	Gehälter	463'358.52		479'000		472'934.22	
118.303.01	Sozialbeiträge	84'931.83		92'000		87'367.03	
118.309.00	Aus- und Weiterbildung					30'126.19	
118.310.00	Kanzleiauslagen	15'996.05		30'000		17'903.18	
118.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	29'795.06		50'000		22'952.00	
118.318.00	Experten, Gutachten	33'306.84		35'000		30'159.60	
118.367.00	Beiträge an internationale Organisationen					3'457.98	
118.431.00	Verwaltungsgebühren		4'000.00				100.00

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

110.318.02 NK VI CHF 30'000
113.310.00 NK IV CHF 30'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
120	**Gerichtswesen**	**16'113'121.48**	**5'625'243.93**	**16'196'000**	**3'447'000**	**15'832'007.83**	**3'992'583.84**
120.301.00	Gehälter	6'440'305.12		6'511'000		6'406'885.68	
120.303.01	Sozialbeiträge	1'145'300.34		1'250'000		1'167'328.40	
120.308.00	Kollegialgerichte	4'833'003.15		4'975'000		4'675'886.18	
120.309.00	Weiterbildung	27'965.64		65'000		38'900.39	
120.310.01	Kanzleibedarf Gerichte	208'127.33		214'000		204'067.05	
120.310.02	Inseratekosten	45'744.90		50'000		47'062.35	
120.310.03	Gerichtsbibliothek	97'243.47		100'000		125'623.00	
120.315.00	Betriebskosten Informatik Landgericht	100'916.92		100'000		78'635.65	
120.317.00	Reisespesen	11'239.83		35'000		16'829.60	
120.318.01	Zeugengebühren	21'895.41		40'000		17'781.70	
120.318.02	Experten, Gutachten	907'315.99		1'141'000		877'282.73	
120.318.04	Verfahrenshilfe in Zivilsachen					1'181'455.73	
120.318.05	Verfahrenshilfe in Strafsachen					489'173.99	
120.318.06	Verfahrenshilfe in Zivil- und Strafsachen	1'845'760.48		1'200'000			
120.319.00	Verschiedenes	27'805.27		40'000		15'401.26	
120.319.01	Vertretungskosten zu Lasten des Landes	400'497.63		475'000		489'694.12	
120.431.00	Gerichtsgebühren		3'716'604.13		2'045'000		2'415'182.45
120.431.01	Entscheidungsgebühren Kollegialgerichte		766'494.85		650'000		701'723.69
120.435.00	Verkäufe beschlagnahmter Güter		1'850.00		2'000		3'586.50
120.436.00	Auslagen-Rückersatz		64'586.65		50'000		70'739.45
120.437.00	Geldstrafen		1'075'708.30		700'000		801'351.75
121	**Staatsanwaltschaft**	**2'421'947.01**	**119'182.25**	**2'582'000**	**89'000**	**2'359'937.58**	**93'000.53**
121.301.00	Gehälter	1'962'332.58		1'994'000		1'907'428.78	
121.303.01	Sozialbeiträge	349'284.73		386'000		340'761.87	
121.310.00	Kanzleiauslagen	35'609.91		42'000		37'522.89	
121.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	62'135.89		80'000		43'931.49	
121.318.01	Übersetzungskosten	12'583.90		80'000		30'292.55	
121.431.00	Verwaltungsgebühren		2'831.25				2'177.00
121.437.00	Erträge aus Diversionsverfahren		116'351.00		89'000		90'823.53
125	**Opferhilfe**	**20'941.45**		**69'000**		**10'250.65**	
125.310.00	Opferhilfestelle	2'697.30		6'000		3'201.80	
125.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	304.15		3'000		264.30	
125.366.00	Leistungen und Schadenersatz gem. Opferhilfegesetz	17'940.00		60'000		6'784.55	
130	**Untersuchungsgefängnis**	**1'595'311.48**	**5'088.95**	**1'660'000**	**35'000**	**1'537'009.87**	**5'389.60**
130.301.00	Gehälter	542'296.52		613'000		553'262.89	
130.303.01	Sozialbeiträge	109'663.53		127'000		107'496.65	
130.308.00	Entschädigung Bereitschaftspolizei	116'985.25		120'000		109'545.20	
130.313.00	Häftlingskosten	234'393.67		200'000		134'172.30	
130.318.00	Unterbringung im Ausland	591'972.51		600'000		632'532.83	
130.436.00	Kostenrückerstattungen Untersuchungsgefängnis		5'088.95		35'000		5'389.60
160	**Amt für Bevölkerungsschutz**	**1'951'703.94**	**75'000.00**	**2'114'000**	**75'000**	**2'145'626.62**	**75'000.00**
160.301.00	Gehälter	550'842.92		559'000		585'634.08	
160.303.01	Sozialbeiträge	100'330.53		107'000		108'044.08	
160.310.00	Kanzleiauslagen	16'210.55		17'000		15'387.08	
160.315.00	Unfall- und Katastropheneinsätze	1'735.93		10'000		1'441.10	
160.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	8'119.40		13'000		12'478.35	
160.318.01	Landesversorgung	15'417.15		15'000		15'340.95	
160.318.02	Berg- und Lawinenrettung/Beobachtungsdienst	118'061.16		134'000		134'581.97	
160.318.03	Katastrophen- und Zivilschutz	904'728.77		1'012'000		1'061'193.20	
160.319.00	Zuweisung Stiftung für Brandschutz und Löschwesen	75'000.00		75'000		75'000.00	
160.365.00	Samaritervereine	161'257.53		172'000		136'525.81	
160.439.00	Beitrag Schweiz. Sachversicherungsverband		75'000.00		75'000		75'000.00

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

120.318.06 NK V CHF 800'000
130.313.00 NK VI CHF 30'000
160.318.03 NK I CHF 50'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2	**Bildungswesen**	**163'560'806.49**	**26'120'063.60**	**173'211'000**	**26'867'000**	**160'379'005.99**	**25'551'643.63**
200	**Kindergärten**	**7'084'010.45**	**3'542'726.24**	**7'552'000**	**3'776'000**	**6'647'478.05**	**3'324'573.32**
200.302.00	Gehälter Lehrpersonen	5'685'582.49		5'996'000		5'361'413.84	
200.303.01	Sozialbeiträge	1'398'427.96		1'556'000		1'286'064.21	
200.462.00	50% Gemeindeanteil an Personalaufwand KG		3'542'726.24		3'776'000		3'324'573.32
205	**Primarschulen**	**29'880'180.88**	**14'953'079.65**	**30'339'000**	**15'151'000**	**28'344'430.69**	**14'178'000.97**
205.302.00	Gehälter Lehrpersonen	23'380'386.26		23'705'000		23'337'426.98	
205.303.01	Sozialbeiträge	6'499'794.62		6'634'000		5'007'003.71	
205.462.00	50% Gemeindeanteil an Personalaufwand PS		14'953'079.65		15'151'000		14'178'000.97
208	**Sekundarschulen**	**41'952'774.38**		**44'686'000**		**40'900'842.21**	
208.301.00	Gehälter Verwaltung	558'129.60		567'000		545'562.36	
208.302.00	Gehälter Lehrpersonen	32'166'001.33		33'068'000		32'140'370.37	
208.303.00	Sozialbeiträge Verwaltung	103'846.69		109'000		105'811.97	
208.303.01	Sozialbeiträge Lehrpersonen	6'873'139.25		8'555'000		5'725'036.59	
208.310.00	Schulmaterial und Beiträge	1'958'425.26		2'059'000		2'063'533.97	
208.310.01	Beiträge Sprachaufenthalte/wiederk. Schulveranst.	293'232.25		328'000		320'526.95	
213	**Hallenbad Schulzentrum Unterland**	**762'149.76**	**542'426.99**	**1'056'000**	**694'000**	**957'396.52**	**611'320.91**
213.301.00	Gehälter	337'940.14		385'000		349'817.52	
213.303.01	Sozialbeiträge	61'461.63		74'000		65'567.27	
213.312.00	Wasser, Energie, Heizung	237'287.55		270'000		220'079.15	
213.313.00	Reinigungsmaterialien, Fremdreinigung	35'933.75		50'000		39'562.00	
213.315.01	Betriebskosten	22'646.90		37'000		27'882.83	
213.315.02	Unterhaltskosten	66'879.79		240'000		254'487.75	
213.434.01	Eintritte		243'941.01		230'000		233'856.30
213.434.02	Gemeindebeiträge für Mitbenützung		284'416.33		439'000		350'084.36
213.434.03	Stromverkäufe BHKW		14'069.65		25'000		27'380.25
218	**Schulamt**	**5'764'043.48**		**5'989'000**		**5'765'523.59**	
218.301.00	Gehälter	4'762'377.46		4'881'000		4'761'356.74	
218.303.01	Sozialbeiträge	863'104.75		937'000		871'045.61	
218.310.00	Kanzleiauslagen	72'451.90		95'000		47'458.80	
218.317.00	Reisespesen	66'109.37		76'000		85'662.44	
219	**Allgemeine Ausgaben**	**4'597'869.67**	**69'850.00**	**5'436'000**	**80'000**	**4'824'366.46**	**72'700.00**
219.300.01	Kommissionen	119'518.83		166'000		168'269.01	
219.302.00	Systemanpassungen Lehrergehälter			310'000			
219.303.01	Sozialbeiträge			60'000			
219.307.00	Ruhegehälter Ordenslehrer	462'817.80		465'000		462'817.80	
219.309.01	Lehrerweiterbildung	480'771.60		550'000		539'624.68	
219.310.01	"Schule heute", Öffentlichkeitsarbeit	11'632.65		15'000		39'853.50	
219.315.00	Unterhalt Schulmobiliar	34'922.79		35'000		18'608.85	
219.318.01	Diverse Schulprojekte	352'426.38		635'000		527'268.23	
219.318.02	EDV-Support weiterführende Schulen	141'664.27		200'000		136'361.74	
219.318.06	Qualitätssicherung und Evaluation	124'700.80		190'000		169'923.10	
219.318.08	Timeout-Schule FL	333'085.32		415'000		407'812.34	
219.319.00	Verschiedenes	240'008.62		360'000		318'058.58	
219.365.00	Beitrag für Lehrerbibliothek	4'498.36		5'000		4'527.38	
219.366.01	Zubringerdienst	1'740'104.75		1'610'000		1'445'254.45	
219.366.02	Subvention für Mittagsverpflegung von Schülern	273'664.50		300'000		280'581.30	
219.366.05	Skikurse	62'868.00		90'000		90'270.50	
219.366.06	Unfallversicherung	215'185.00		30'000		215'135.00	
219.433.00	Schulgelder ausländischer Schülerinnen und Schüler		69'300.00		80'000		72'700.00
219.437.00	Bussen für Schulpflichtverletzungen		550.00				

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

219.366.01 NK VI CHF 225'000
219.366.06 NK I CHF 186'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
220	**Sonderschulung**	**7'421'074.87**	**5'331'934.32**	**7'501'000**	**5'584'000**	**7'148'700.48**	**5'521'965.78**
220.365.01	Heilpädagogisches Zentrum	2'786'829.60		2'847'000		2'595'892.10	
220.366.00	Pädagogisch-therapeutische Massnahmen	2'864'934.67		3'029'000		2'906'625.14	
220.367.00	Sonderschulheime	1'769'310.60		1'625'000		1'646'183.24	
220.436.00	IV-Beiträge Sonderschulung/Integrative Schulung		4'632'548.85		4'526'000		4'446'848.05
220.462.00	Gemeindeanteile Sonderschule		699'385.47		1'058'000		1'075'117.73
225	**Diverse Schulen**	**1'251'156.20**		**1'686'000**		**1'394'967.05**	
225.365.00	Subventionen an Privatschulen	610'041.00		631'000		548'795.50	
225.367.01	Schulabkommen, Beiträge	533'115.20		980'000		767'171.55	
225.367.02	Interstaatliche Maturitätsschule für Erwachsene	108'000.00		75'000		79'000.00	
240	**Lehrerausbildung**					**24'000.00**	
240.367.00	Beiträge an Seminarien					24'000.00	
250	**Berufsmittelschule**	**1'535'695.84**	**690'500.20**	**1'699'000**	**592'000**	**1'353'537.96**	**848'427.50**
250.302.00	Gehälter	1'266'985.08		1'314'000		1'085'720.25	
250.303.01	Sozialbeiträge	209'506.50		303'000		185'290.67	
250.310.00	Schulmaterial und Beiträge	59'204.26		82'000		82'527.04	
250.433.00	Schulgelder		690'500.20		592'000		848'427.50
260	**Hochschulwesen**	**21'790'226.44**		**21'351'000**		**17'688'986.45**	
260.364.01	Hochschule Liechtenstein	11'900'000.00		11'900'000		8'288'000.00	
260.365.00	Liechtenstein Institut	825'000.00		825'000		750'000.00	
260.367.00	Beiträge gem. interkant. Universitätsvereinbarung	4'684'540.00		5'221'000		4'845'700.00	
260.367.01	Beiträge gem. interkant. Fachhochschulvereinbarung	3'362'754.30		2'288'000		2'774'783.00	
260.367.02	Trägerbeitrag an Hochschule für Technik Buchs NTB	832'221.70		886'000		850'767.45	
260.367.04	Trägerbeiträge an Schweizer Fachhochschulen	132'424.00		170'000		80'586.00	
260.367.05	Projektbeiträge im Hochschulwesen	53'286.44		61'000		99'150.00	
272	**Grundlagenforschung**	**1'083'000.00**		**1'083'000**		**2'150'000.00**	
272.365.00	Forschungsförderung LI					900'000.00	
272.367.01	Beitrag an Schweiz. Nationalfonds	250'000.00		250'000		250'000.00	
272.367.02	Beitrag an österr. Fonds für wissensch. Forschung	250'000.00		250'000		250'000.00	
272.367.03	Beitrag an Forschungszentrum für Nanomedizin	583'000.00		583'000		750'000.00	
273	**Internationale Programme**	**775'521.97**		**782'000**		**1'054'608.95**	
273.363.00	Staatsbeitrag AIBA	661'000.00		661'000		939'700.00	
273.366.03	EU-Programm «Jugend»	114'521.97		121'000		114'908.95	
280	**Stipendien, Ausbildungsbeihilfen**	**4'670'267.00**		**5'830'000**		**5'613'461.00**	
280.366.01	Stipendien	4'670'267.00		5'830'000		5'613'461.00	
281	**Liechtensteinische Musikschule**	**6'576'080.38**		**6'865'000**		**6'475'171.26**	
281.364.00	Staatsbeitrag Musikschule	6'486'080.38		6'775'000		6'385'171.26	
281.365.00	Staatsbeitrag Internationale Meisterkurse	90'000.00		90'000		90'000.00	
282	**Erwachsenenbildung**	**1'430'000.00**		**1'430'000**		**1'450'000.00**	
282.366.02	Staatsbeitrag Stiftung Erwachsenenbildung	1'430'000.00		1'430'000		1'450'000.00	
290	**Amt für Berufsbildung und Berufsberatung**	**13'804'050.44**	**150'000.00**	**14'179'000**	**150'000**	**13'422'205.81**	**150'000.00**
290.300.01	Kommissionen	1'732.51		3'000		2'291.45	
290.301.00	Gehälter	1'382'046.58		1'462'000		1'376'086.18	
290.303.01	Sozialbeiträge	251'665.24		281'000		250'942.34	
290.310.00	Kanzleiauslagen	80'437.34		135'000		80'243.23	
290.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	20'031.87		23'000		16'739.31	
290.367.03	Grundausbildung - Lehrlinge	10'769'013.58		11'080'000		10'446'735.10	
290.367.04	Fort- und Weiterbildung Erwachsene	1'299'123.32		1'195'000		1'249'168.20	
290.436.00	Rückerstattung für IV-Beratungsleistungen		150'000.00		150'000		150'000.00

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

220.367.00 NK IV CHF 350'000
225.367.02 NK IV CHF 33'000
260.367.01 NK V CHF 862'000, NK VII CHF 213'000
290.367.04 NK V CHF 600'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
292	**Kunstschule**	**464'000.00**		**464'000**		**457'129.23**	
292.364.00	Staatsbeitrag Kunstschule	464'000.00		464'000		457'129.23	
293	**Amtlicher Lehrmittelverlag/ Didaktische Medienstelle**	**730'655.84**	**652'199.45**	**835'000**	**660'000**	**781'046.14**	**677'511.25**
293.310.05	Ankäufe Lehrmittel	685'466.48		790'000		736'291.87	
293.310.09	Ankäufe Didaktische Medienstelle	45'189.36		45'000		44'754.27	
293.434.00	Benutzungsgebühren		200.00				70.00
293.435.05	Verkäufe Lehrmittel		651'999.45		660'000		677'441.25
294	**Jugendhaus Malbun**	**318'166.45**	**187'346.75**	**344'000**	**180'000**	**320'275.71**	**167'143.90**
294.301.00	Gehälter	191'498.73		206'000		199'355.43	
294.303.01	Sozialbeiträge	36'681.15		40'000		39'319.18	
294.310.00	Verwaltungskosten	5'618.06		6'000		4'880.14	
294.313.00	Verpflegungskosten	75'201.52		80'000		67'440.67	
294.315.00	Unterhalt Einrichtung	5'551.54		7'000		4'358.50	
294.319.00	Verschiedenes	3'615.45		5'000		4'921.79	
294.432.00	Verpflegungstaxen		187'346.75		180'000		167'143.90
295	**Liegenschaftsverwaltung Bildungsbereich**	**11'669'882.44**		**14'104'000**		**13'604'878.43**	
295.301.00	Gehälter Hauswarte	1'927'610.55		2'082'000		2'011'670.83	
295.303.01	Sozialbeiträge	371'525.88		400'000		386'294.64	
295.312.00	Betriebskosten Schulgebäude	3'205'209.87		3'855'000		3'202'632.86	
295.314.00	Unterhalt Schulgebäude	5'100'919.14		6'600'000		6'809'548.50	
295.316.00	Mieten Bildungsbereich	1'064'617.00		1'167'000		1'194'731.60	

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3	**Kultur, Freizeit**	**29'237'413.37**	**32'934.05**	**30'774'000**	**31'000**	**31'135'848.46**	**27'710.55**
300	**Landesbibliothek**	**1'645'000.00**		**1'645'000**		**1'881'105.98**	
300.363.00	Staatsbeitrag Landesbibliothek	1'645'000.00		1'645'000		1'881'105.98	
301	**Landesmuseum**	**2'621'000.00**		**2'621'000**		**2'488'971.97**	
301.363.00	Staatsbeitrag Landesmuseum	2'621'000.00		2'621'000		2'488'971.97	
302	**Theater, Konzerte**	**2'375'000.00**		**2'375'000**		**2'375'000.00**	
302.365.00	Staatsbeitrag Theater am Kirchplatz	2'375'000.00		2'375'000		2'375'000.00	
303	**Kunstmuseum**	**3'568'000.00**		**3'568'000**		**3'566'000.00**	
303.363.01	Staatsbeitrag Kunstmuseum	3'568'000.00		3'568'000		3'566'000.00	
304	**Landesarchiv**	**1'055'408.21**		**1'104'000**		**1'208'187.89**	
304.301.00	Gehälter	602'460.18		606'000		604'252.10	
304.303.01	Sozialbeiträge	109'441.95		116'000		112'280.45	
304.310.00	Verfilmung, Restauration, Sammlung von Archivalien	289'970.03		290'000		407'958.66	
304.318.00	Filmdokumentation Liechtenstein	43'180.50		80'000		72'552.95	
304.367.00	Beiträge an Vereinigungen	10'355.55		12'000		11'143.73	
305	**Historische Projekte**	**404'767.09**		**775'000**		**565'362.25**	
305.318.00	Quellenband 30/40-Jahre/Projekte FL-2. Weltkrieg	290'449.06		342'000		329'770.10	
305.365.01	Liechtensteinisches Urkundenbuch	89'725.28		100'000		84'212.70	
305.365.04	Historisches Lexikon	1'640.40		300'000		46'964.00	
305.365.06	Kunstdenkmäler	22'952.35		33'000		104'415.45	
306	**Stabsstelle für Kulturfragen**	**96'147.36**		**134'000**	**1'000**	**101'846.82**	**665.55**
306.310.00	Kanzleiauslagen	3'112.93		8'000		3'730.64	
306.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	4'109.95		6'000		4'545.65	
306.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	30'209.65		30'000		20'731.65	
306.366.00	Kulturprojekte	58'714.83		90'000		72'838.88	
306.435.00	Verkaufserlöse				1'000		665.55
307	**Rheinberger-Forschung**					**124'649.00**	
307.318.00	Gesamtausgabe Rheinberger-Werke					124'649.00	
309	**Kulturstiftung**	**2'896'198.00**		**2'793'000**		**2'977'276.00**	
309.363.00	Staatsbeitrag Kulturstiftung	1'660'000.00		1'660'000		1'760'000.00	
309.363.01	Gewinnanteil Landeslotterie für Kulturstiftung	1'236'198.00		1'133'000		1'217'276.00	
311	**Denkmalpflege/Archäologie**	**1'197'186.26**	**15'375.00**	**1'610'000**	**10'000**	**1'152'425.27**	**17'625.00**
311.301.00	Gehälter	850'149.56		857'000		809'271.98	
311.303.01	Sozialbeiträge	153'817.51		164'000		142'184.83	
311.310.00	Kanzleiauslagen	24'274.62		28'000		24'740.58	
311.313.00	Verbrauchsmaterial	15'559.18		17'000		15'551.37	
311.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	8'415.65		14'000		14'347.40	
311.318.00	Dienstleistungen, Honorare	144'969.74		530'000		146'329.11	
311.434.00	Restaurierung/Konservierung archäol. Fundobjekte		15'375.00		10'000		17'625.00
320	**Presse- und Informationsamt**	**811'375.75**		**1'149'000**		**1'195'052.26**	
320.301.00	Gehälter	420'800.75		501'000		463'099.65	
320.303.01	Sozialbeiträge	76'733.67		96'000		85'293.64	
320.310.01	Kanzleiauslagen	21'028.94		24'000		22'560.90	
320.310.02	Publikationen und Informationsmaterial	98'978.59		235'000		262'598.62	
320.315.00	Betrieb und Ausbau Landeskanal	89'406.70		168'000		258'253.25	
320.317.00	Repräsentationen, Journalisten-Betreuung	18'347.10		30'000		28'943.00	
320.318.00	Verteilung von Pressemitteilungen	86'080.00		95'000		74'303.20	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

309.363.01 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. b FHG

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
321	**Medien**	**3'593'234.30**		**3'410'000**		**3'364'254.35**	
321.363.00	Landesbeitrag Liecht. Rundfunkanstalt	1'740'000.00		1'500'000		1'558'339.00	
321.365.05	Weitere Veranstaltungen und Massnahmen	8'799.30		10'000		3'812.35	
321.365.06	Direkte Medienförderung	1'300'000.00		1'300'000		1'300'000.00	
321.365.07	Indirekte Medienförderung/Verbreitung	500'000.00		500'000		450'959.00	
321.365.08	Indirekte Medienförderung/Aus- und Weiterbildung	44'435.00		100'000		51'144.00	
330	**Parkanlagen, Wanderwege**	**201'524.98**		**230'000**		**210'749.55**	
330.314.00	Unterhalt von Berg- und Wanderwegen	101'524.98		130'000		90'749.55	
330.365.00	Alpenverein	100'000.00		100'000		120'000.00	
340	**Sport**	**4'823'943.08**	**17'559.05**	**4'981'000**	**20'000**	**5'032'867.67**	**9'420.00**
340.300.01	Sportkommission	30'253.72		40'000		40'544.56	
340.301.00	Gehälter	226'858.93		233'000		221'599.04	
340.303.01	Sozialbeiträge	41'275.67		45'000		40'016.16	
340.310.00	Kanzleiauslagen	2'903.80		7'000		3'659.80	
340.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	1'416.00		5'000		1'827.70	
340.365.03	Beitrag für Kleinstaatenspiele im FL	200'000.00		200'000		150'000.00	
340.365.05	Sportförderung	4'321'234.96		4'451'000		4'575'220.41	
340.434.00	Teilnehmergebühren		17'559.05		20'000		9'420.00
390	**Kirche**	**353'000.00**		**378'000**		**353'000.00**	
390.365.01	Beitrag an römisch-katholische Landeskirche	300'000.00		300'000		300'000.00	
390.365.02	Konfessionsbeiträge	53'000.00		78'000		53'000.00	
391	**Liegenschaftsverwaltung Kulturbereich**	**3'595'628.34**		**4'001'000**		**4'539'099.45**	
391.301.00	Gehälter Hauswarte	257'684.70		274'000		209'336.12	
391.303.01	Sozialbeiträge	50'207.62		53'000		36'641.14	
391.312.00	Betriebskosten Kulturgebäude	1'526'558.51		1'744'000		1'600'808.70	
391.314.00	Unterhalt Kulturgebäude	957'705.51		1'100'000		1'888'841.49	
391.316.00	Mieten Kulturgebäude	803'472.00		830'000		803'472.00	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

321.363.00 NK VI CHF 240'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4	**Gesundheit**	**26'814'063.84**	**357'643.25**	**29'115'000**	**343'000**	**26'597'694.50**	**327'930.95**
400	**Spitäler**	**19'940'882.93**		**21'405'000**		**19'200'809.41**	
400.363.00	Staatsbeitrag an Liechtensteinisches Landesspital	6'480'388.42		7'525'000		6'670'593.99	
400.367.01	Beitrag an ausländische Spitäler	13'460'494.51		13'880'000		12'530'215.42	
450	**Amt für Gesundheit**	**3'212'878.91**	**84'486.00**	**3'786'000**	**76'000**	**3'726'637.94**	**68'480.00**
450.301.00	Gehälter	1'718'174.27		1'811'000		1'683'924.21	
450.303.01	Sozialbeiträge	313'782.17		341'000		307'002.79	
450.310.00	Kanzleiauslagen	58'055.37		71'000		63'481.27	
450.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	52'353.68		65'000		63'616.29	
450.318.00	Drittleistungen	557'797.42		590'000		519'620.00	
450.318.02	Gesundheitsvorsorge und -förderung	62'337.70		340'000		636'091.13	
450.318.05	Umgebungs- und Reihenuntersuchungen	43'294.70		51'000		40'575.20	
450.318.06	Elektronisches Gesundheitsnetz	31'137.88		90'000		29'679.75	
450.365.00	Beiträge an Vereinigungen	375'945.72		427'000		382'647.30	
450.431.00	Verkehrsmedizinische Untersuchungen		120.00				2'160.00
450.431.01	Gebühren im Gesundheitswesen		84'366.00		76'000		66'320.00
460	**Schulgesundheitsdienst**	**1'128'851.55**		**1'142'000**		**1'126'960.00**	
460.318.02	Schulzahnärztlicher Dienst	1'128'851.55		1'142'000		1'126'960.00	
465	**Sucht-Prävention**	**133'410.68**		**182'000**		**148'904.66**	
465.318.01	Informationsmaterial der Landespolizei	2'000.00		8'000			
465.318.02	Suchtprävention in Schulen	40'645.00		83'000		58'850.00	
465.318.05	Organisation und allgemeine Projekte	90'765.68		91'000		90'054.66	
470	**Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen**	**1'794'513.77**	**273'157.25**	**1'993'000**	**267'000**	**1'788'031.89**	**259'450.95**
470.301.00	Gehälter	1'049'236.11		1'058'000		1'023'046.88	
470.303.01	Sozialbeiträge	190'970.57		203'000		187'085.93	
470.310.00	Kanzleiauslagen	57'212.93		63'000		55'019.93	
470.313.00	Eichmaterial	8'403.65		9'000		5'004.10	
470.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	21'101.42		30'000		27'634.83	
470.318.03	Lebensmitteluntersuchungen, Qualitätsverbesserung	55'006.35		90'000		70'833.10	
470.318.04	Seuchenbekämpfung	314'567.19		405'000		295'197.80	
470.318.05	Drittleistungen, Kontrollen	57'057.77		90'000		79'327.62	
470.367.00	Beiträge an Vereinigungen	40'957.78		45'000		44'881.70	
470.431.00	Gebühren und Kostenrückerstattungen		136'241.85		132'000		130'968.55
470.431.01	Beiträge und Gebühren (Viehhandel, Sömmerung)		87'757.30		83'000		87'422.45
470.431.02	Eichgebühren		49'158.10		52'000		41'059.95
490	**Übriges Gesundheitswesen**	**603'526.00**		**607'000**		**606'350.60**	
490.365.01	Landesweite Notrufnummer (144)	383'526.00		387'000		386'350.60	
490.365.02	Rettungsdienst (Subv. Rotes Kreuz)	220'000.00		220'000		220'000.00	

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5	**Soziale Wohlfahrt**	**231'031'322.46**	**7'664'007.77**	**240'411'000**	**7'086'000**	**218'571'153.07**	**4'383'193.95**
500	**Altersversicherung**	**52'641'447.65**		**50'881'000**		**49'669'247.70**	
500.363.00	Staatsbeitrag AHV	52'641'447.65		50'881'000		49'669'247.70	
510	**Invalidenversicherung**	**13'394'215.73**		**17'861'000**		**12'379'018.46**	
510.363.01	Staatsbeitrag IV	13'394'215.73		17'861'000		12'379'018.46	
520	**Krankenversicherung**	**70'145'791.35**		**71'800'000**		**65'199'194.27**	
520.365.00	Staatsbeitrag Krankenkassen	64'209'895.00		65'600'000		59'435'721.00	
520.366.00	Prämienverbilligung für Einkommensschwache	5'935'896.35		6'200'000		5'763'473.27	
530	**Sonstige Sozialversicherungen**	**25'048'745.26**	**7'540'067.25**	**25'162'000**	**6'936'000**	**21'690'072.33**	**4'210'888.00**
530.363.00	Staatsbeitrag ALV	3'900'000.00		4'828'000		6'650'000.00	
530.366.00	Ergänzungsleistungen zur AHV-IV	21'148'745.26		20'334'000		15'040'072.33	
530.450.00	50%-Anteil der Gemeinden an Ergänzungsleistungen		7'540'067.25		6'936'000		4'210'888.00
534	**Unfallversicherung**	**11'477'910.68**		**12'500'000**		**10'504'927.42**	
534.365.00	Staatsbeitrag Nichtberufsunfallversicherung	11'477'910.68		12'500'000		10'504'927.42	
540	**Beihilfen gemäss Jugendgesetz**	**6'492'748.63**		**6'162'000**		**5'876'569.84**	
540.318.00	Kinder- und Jugendschutz	38'054.52		42'000		43'578.97	
540.365.00	Kinder- und Jugendpflege	951'242.90		1'037'000		1'649'989.64	
540.366.00	Kinder- und Jugendhilfe	5'503'451.21		5'083'000		4'183'001.23	
550	**Invalidität**	**1'382'782.90**		**1'490'000**		**940'550.15**	
550.365.00	Heilpäd.Verein (Beschützende Werkstätte)	1'156'000.00		1'250'000		706'212.00	
550.366.00	Blindenbeihilfe	226'782.90		240'000		234'338.15	
560	**Amt für Wohnungswesen**	**5'064'353.89**		**6'492'000**		**5'573'717.00**	
560.301.00	Gehälter	242'718.51		238'000		240'283.18	
560.303.01	Sozialbeiträge	44'156.69		46'000		43'899.37	
560.310.00	Kanzleiauslagen	3'007.59		6'000		4'188.00	
560.317.00	Reisespesen	1'248.60		2'000		390.20	
560.366.00	Bausubventionen	2'618'550.00		3'800'000		3'128'050.00	
560.366.01	Mietbeiträge für Familien	2'154'672.50		2'400'000		2'156'906.25	
580	**Amt für Soziale Dienste**	**3'583'824.44**		**3'696'000**		**3'731'213.60**	
580.301.00	Gehälter	2'952'102.90		3'014'000		3'080'199.06	
580.303.01	Sozialbeiträge	538'511.73		579'000		563'856.63	
580.310.00	Kanzleiauslagen	56'614.95		57'000		55'762.31	
580.310.01	Öffentlichkeitsarbeit/Informationsmaterialien	9'175.05		18'000		9'609.88	
580.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	27'419.81		28'000		21'785.72	
581	**Allgemeine Fürsorge**	**8'925'635.81**		**10'696'000**		**9'382'754.36**	
581.362.00	Landesbeiträge Alters- und Pflegeheime	3'982'091.73		4'475'000		4'009'979.75	
581.365.00	Bewährungshilfe	335'650.00		364'000		334'000.00	
581.365.01	Förderung nach Artikel 24 SHG	2'353'153.09		2'792'000		2'394'531.34	
581.366.01	Wirtschaftliche Hilfe	2'223'094.79		3'000'000		2'588'118.12	
581.366.02	Persönliche Hilfe	31'646.20		65'000		56'125.15	
583	**Familienhilfe**	**2'061'263.75**		**2'000'000**		**1'916'044.50**	
583.365.00	Subventionen an Familienhilfen der Gemeinden	2'061'263.75		2'000'000		1'916'044.50	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

500.363.00 NK VII CHF 800'000, Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. b FHG
530.366.00 NK IV CHF 912'000
540.366.00 NK V CHF 576'000
583.365.00 NK VII CHF 100'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
589	**Sonstige Beiträge**	**3'268'777.16**	**118'201.27**	**3'456'000**	**140'000**	**3'123'586.27**	**138'381.65**
589.318.00	Verwaltungskosten für übertragene Aufgaben	1'706'714.55		1'725'000		1'540'000.00	
589.365.01	Caritasverein	40'000.00		40'000		40'000.00	
589.365.02	Liechtensteinisches Rotes Kreuz	130'000.00		130'000		130'000.00	
589.365.03	Arbeitnehmerverband	250'000.00		250'000		250'000.00	
589.366.02	Mutterschaftszulagen	202'954.35		200'000		214'613.00	
589.366.04	Unterhaltsvorschüsse	730'649.24		900'000		765'085.14	
589.366.05	Kranken- und Unfallversicherungkosten im EWR	204'409.02		200'000		177'347.13	
589.367.02	Mitgliedschaftsbeiträge	4'050.00		11'000		6'541.00	
589.467.05	Kranken- und Unfallversicherungserträge im EWR		118'201.27		140'000		138'381.65
590	**Flüchtlingswesen**	**967'555.62**	**5'739.25**	**680'000**	**10'000**	**1'185'909.21**	**33'924.30**
590.318.01	Betreuung Flüchtlingszentrum	399'861.30		350'000		377'564.30	
590.318.03	Verfahrenskosten	38'964.57		40'000		77'343.73	
590.318.04	Rechtsberatungen, Verwaltungskosten der Hilfswerke	35'821.45		40'000		50'086.25	
590.366.00	Sozialhilfe für Flüchtlinge/Rückkehrhilfe	492'908.30		250'000		680'914.93	
590.436.00	Rückerstattungen Lohnverwaltung Asylsuchende		5'739.25		10'000		33'924.30
591	**Hilfsaktionen im Ausland**	**26'576'269.59**		**27'535'000**		**27'398'347.96**	
591.300.00	Kommission für Entwicklungspolitik	7'109.45		20'000			
591.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	29'487.75		70'000		52'115.15	
591.367.01	Not- und Wiederaufbauhilfe	2'620'153.18		2'900'000		3'156'432.85	
591.367.02	Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (LED)	18'200'000.00		18'200'000		17'900'000.00	
591.367.05	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	2'380'200.00		2'945'000		2'458'739.28	
591.367.06	Bes. Projekte zur Verbrechens- u. Drogenbekämpfung					236'000.00	
591.367.07	Secondments bei internat. Organisationen	495'075.42		500'000		901'702.70	
591.367.09	Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe	2'844'243.79		2'900'000		2'693'357.98	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

590.318.01 NK VII CHF 51'000
590.366.00 NK III CHF 290'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6	**Verkehr**	**33'012'056.62**	**11'201'796.30**	**33'988'000**	**9'691'000**	**32'982'014.27**	**11'027'072.20**
600	**Landstrassen, Brücken**	**10'000'178.65**	**80'188.20**	**10'146'000**	**145'000**	**10'828'840.16**	**137'832.40**
600.301.00	Löhne Betriebspersonal	2'724'921.43		3'042'000		2'844'493.89	
600.303.01	Sozialbeiträge	513'677.00		584'000		527'693.84	
600.313.01	Material, Transporte, etc.	189'096.22		190'000		186'614.57	
600.314.02	Technischer Dienst	354'251.77		355'000		316'042.55	
600.314.03	Fahrzeuge, Maschinen und Werkzeuge	469'222.30		490'000		379'580.00	
600.314.04	Unterhalt von Strassen	2'502'474.80		2'400'000		3'341'613.83	
600.314.05	Unterhalt von Brücken und Stützbauten	1'254'731.45		1'300'000		1'363'750.85	
600.314.06	Winterdienst	1'071'102.72		850'000		968'513.77	
600.314.07	Fremdleistungen	279'898.10		280'000		277'128.25	
600.314.08	Verbrauchsmaterial Magazine	260'223.28		270'000		247'116.51	
600.314.09	Unterhalt Werkleitungsstollen	15'341.98		15'000		8'134.50	
600.318.01	Diverse Strassenprojektierungen	347'561.10		350'000		348'475.60	
600.318.03	Unfall- und Haftpflichtversicherung	17'676.50		20'000		19'682.00	
600.431.00	Gebühren für Strassenreklame-Tafeln		9'400.00		5'000		7'200.00
600.434.00	Externe Weiterverrechnung Arbeiten Regiepersonal		11'204.50		30'000		5'047.05
600.435.02	Materialverkauf, Vermietung, Signalisationen		16'514.65		30'000		86'528.15
600.436.02	Kostenverrechnung Unfallschäden		43'069.05		80'000		39'057.20
650	**Öffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen**	**21'413'970.65**	**10'564'763.65**	**22'018'000**	**9'121'000**	**20'432'352.89**	**10'317'546.15**
650.314.00	Bauliche Massnahmen zur Behindertengleichstellung	359'398.75		350'000		346'162.15	
650.314.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr.	330'991.95		350'000			
650.318.02	Werbung öffentlicher Verkehr	42'303.60		70'000		71'240.40	
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	234'751.09		298'000		246'345.24	
650.318.04	Experten, Gutachten Verkehrsbereich	287'415.25		450'000		439'782.10	
650.318.05	Planungsleistungen S-Bahn FL.A.CH	836'117.94		2'090'000			
650.318.06	Beitrag grenzüberschreitende Linienbusse	270'076.12		190'000		163'900.00	
650.363.00	Staatsbeitrag Liechtenstein Bus Anstalt	18'019'670.95		18'020'000		17'301'000.00	
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	1'033'245.00		200'000		1'863'923.00	
650.407.00	Ertragsanteil LSVA		10'564'763.65		9'121'000		10'317'546.15
681	**Postwertzeichenstelle**						**12'754.60**
681.435.01	Abgeltung Philatelieleistungen durch Post AG						12'754.60
684	**Amt für Kommunikation**	**1'597'907.32**	**556'844.45**	**1'824'000**	**425'000**	**1'720'821.22**	**558'939.05**
684.301.00	Gehälter	740'574.02		817'000		747'892.94	
684.303.01	Sozialbeiträge	135'547.15		157'000		135'416.58	
684.310.01	Kanzleiauslagen	9'965.25		15'000		11'028.90	
684.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	93'833.73		95'000		59'753.75	
684.318.03	Gutachten, Experten, Drittleistungen	587'587.17		700'000		736'546.65	
684.367.00	Beiträge an Vereinigungen und intern. Organisationen	30'400.00		40'000		30'182.40	
684.431.00	Verwaltungsgebühren		556'844.45		425'000		558'939.05

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

600.314.04 NK V CHF 150'000
600.314.06 NK III CHF 150'000, NK VII CHF 80'000
650.314.00 NK V CHF 35'000
650.318.06 NK v. 21.04.2010 CHF 145'000 Beitrag grenzüberschreitende Linienbusse
650.366.00 NK III CHF 850'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7	**Umwelt, Raumordnung**	**10'903'632.62**	**5'741'282.34**	**12'654'000**	**3'814'000**	**9'598'785.40**	**2'782'724.68**
700	**Wasserwirtschaft**	**253'165.98**	**33'940.75**	**260'000**	**25'000**	**224'548.91**	**31'307.10**
700.318.01	Untersuchungen, Kontrollen Wasser	253'165.98		260'000		224'548.91	
700.434.00	Wasserzinsen		24'283.25		20'000		20'234.70
700.436.00	Kostenweiterverrechnung		9'657.50		5'000		11'072.40
701	**Luftreinhaltung/Klima**	**3'136'239.63**	**5'299'443.14**	**4'015'000**	**3'560'000**	**2'500'159.50**	**2'507'796.83**
701.313.00	Untersuchungen, Kontrollen Luft	593'398.34		790'000		759'316.66	
701.318.00	Vollzug CO2-Gesetz	14'920.35		15'000		20'730.57	
701.318.02	Vollzug Emissionshandelsgesetz	76'170.29		160'000		65'178.58	
701.318.03	Tiefengeothermie	248'879.40		400'000		1'002'502.99	
701.365.00	Rückverteilung CO2-Abgabe	457'155.25		850'000			
701.366.00	Subvention von schadstoffmindernden Anlagen					74'349.70	
701.367.00	Projekte gemäss Kyoto-Protokoll	1'745'716.00		1'800'000		578'081.00	
701.407.00	Rückerstattung Klimarappen		476'807.56		450'000		488'017.48
701.407.01	CO2-Abgabe		4'654'180.02		3'000'000		1'938'054.35
701.434.00	Gebühren Emissionshandel		93'959.86		5'000		3'960.00
701.436.00	Kostenweiterverrechnung		29'495.70		60'000		32'765.00
701.436.01	Kostenrückerstattung VOC		45'000.00		45'000		45'000.00
702	**Lärmschutz**	**38'912.95**		**125'000**		**103'515.30**	
702.318.00	Untersuchungen, Kontrollen Lärm	38'912.95		125'000		103'515.30	
703	**Bodenschutz**	**72'794.35**		**75'000**		**41'014.76**	
703.318.00	Untersuchungen Boden	72'794.35		75'000		41'014.76	
704	**Abfall und Verdachtsflächen**	**1'116'331.64**		**1'321'000**		**390'986.09**	
704.318.00	Untersuchungen Abfall, Verdachtsflächen	100'888.04		116'000		70'583.04	
704.318.01	Entsorgungsbeiträge Altfahrzeuge	5'756.60		5'000		9'296.65	
704.362.00	Kostenbeiträge Altlastensanierung	1'009'687.00		1'200'000		311'106.40	
705	**Störfallvorsorge, umweltgefährdende Stoffe**	**124'068.90**	**271.15**	**150'000**	**2'000**	**143'387.25**	
705.318.00	Risikoanalysen, Untersuchungen Störfälle	124'068.90		150'000		143'387.25	
705.436.00	Kostenweiterverrechnung		271.15		2'000		
706	**Nichtionisierende Strahlung**	**734.85**		**95'000**		**218'534.43**	
706.318.00	Untersuchungen, Kontrollen NIS	734.85		95'000		218'534.43	
710	**Amt für Umweltschutz**	**2'662'355.08**	**44'478.45**	**2'774'000**	**35'000**	**2'605'663.27**	**41'912.25**
710.300.01	Kommissionen, Arbeitsgruppen	6'429.66		14'000		13'616.98	
710.301.00	Gehälter	1'879'521.05		1'882'000		1'813'540.55	
710.303.01	Sozialbeiträge	342'633.22		361'000		332'400.68	
710.310.00	Kanzleiauslagen	23'645.87		24'000		27'339.20	
710.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	58'347.60		73'000		76'726.86	
710.318.01	Öffentlichkeitsarbeit	79'779.55		87'000		51'123.42	
710.318.02	Umweltverträglichkeits-Prüfungen	24'674.50		30'000		27'157.25	
710.318.03	Aktionsprogramm Alpenrhein 2000plus	91'462.11		95'000		87'877.50	
710.318.04	Umweltdaten, Berichterstattung	149'783.90		200'000		169'557.13	
710.367.00	Beiträge an Vereinigungen	6'077.62		8'000		6'323.70	
710.431.02	Verwaltungsgebühren		44'478.45		35'000		41'912.25
750	**Gewässerverbauungen**	**1'448'187.74**	**336'873.05**	**1'664'000**	**170'000**	**1'281'221.75**	**181'662.50**
750.301.00	Gehälter	878'982.25		970'000		880'878.09	
750.303.01	Sozialbeiträge	161'492.28		184'000		160'418.50	
750.312.00	Maschinen, Fahrzeuge und Magazine	94'760.20		100'000		88'645.55	
750.314.01	Unterhalt Rheinwuhr	95'659.60		90'000		77'768.25	
750.315.00	Unterhalt Kraftwerk Mühleholz	86.50		50'000		32'653.00	
750.362.00	Gewässerunterhalt	217'206.91		270'000		40'858.36	
750.423.00	Pachterträge Kraftwerk Mühleholz		160'000.00		160'000		160'000.00
750.439.00	Konzessionsgebühren Rüfematerial		176'873.05		10'000		21'662.50

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
770	**Natur- und Landschaftsschutz**	**1'963'876.47**	**49.00**	**2'040'000**	**2'000**	**1'957'572.67**	**240.00**
770.300.00	Kommissionen	2'775.67		4'000		662.16	
770.309.00	Aus- und Weiterbildung	310.00		6'000		85.50	
770.310.01	Beratung, Naturerziehung, Öffentlichkeitsarbeit	36'655.70		35'000		20'535.10	
770.314.01	Geschützte Gebiete und Objekte	50'030.55		50'000		45'528.45	
770.315.03	Betrieb der naturkundlichen Sammlung	63'041.35		66'000		38'956.86	
770.318.01	Naturkundliche Erforschung	72'759.76		70'000		89'843.00	
770.318.02	Verwaltung	53.80		7'000		24'899.24	
770.318.03	Konzepte und Planungen	84'859.15		85'000		136'346.93	
770.365.00	Zusammenarbeit mit privaten Naturschutzorganisationen	224'000.00		227'000		206'000.00	
770.365.01	Beitrag CIPRA Geschäftsstelle	500'000.00		500'000		500'000.00	
770.365.02	Beiträge an Projekte	203'386.44		210'000		210'965.30	
770.366.00	Bewirtschaftungsprämien/Pacht für Magerstandorte	726'004.05		780'000		683'750.13	
770.434.00	Ertrag aus Dienstleistungen (Naturkundliche Sammlung)				2'000		
770.435.01	Ertrag aus dem Verkauf von Büchern		49.00				240.00
791	**Landesplanung**	**86'965.03**	**26'226.80**	**135'000**	**20'000**	**132'181.47**	**19'806.00**
791.300.00	Kommission für Bau- und Planungsmassnahmen	16'515.11		15'000		15'334.03	
791.310.00	Kanzleiauslagen	3'495.16		3'000		2'211.39	
791.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	2'804.51		4'000		3'684.60	
791.318.00	Untersuchungen/Strategien zur Landesentwicklung	15'402.50		55'000		105'122.15	
791.367.00	Beiträge an Vereinigungen	48'747.75		58'000		5'829.30	
791.431.00	Gebühren für Überbauungspläne		26'226.80		20'000		19'806.00

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8	**Volkswirtschaft**	**41'246'495.23**	**4'118'494.44**	**38'482'000**	**4'269'000**	**35'755'435.99**	**4'023'832.25**
800	**Landwirtschaftsamt**	**1'238'465.70**		**1'385'000**		**1'733'351.30**	
800.300.01	Kommissionen	16'340.53		25'000		20'096.49	
800.301.00	Gehälter	681'286.68		768'000		719'640.18	
800.303.01	Sozialbeiträge	123'280.12		147'000		137'502.53	
800.310.00	Kanzleiauslagen	9'313.15		11'000		9'502.40	
800.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	12'305.10		16'000		13'727.30	
800.318.00	Drittleistungen	267'325.41		276'000		248'367.45	
800.318.02	Untersuchungen, Kontrollen	36'030.00		45'000			
800.318.04	Beratung					46'618.30	
800.318.05	Kontrollen Abgeltungsgesetz					31'649.10	
800.365.02	Beiträge an Organisationen	92'584.71		97'000		140'065.55	
800.367.00	Entschädigung gemeinsamer Agrarmarkt mit Schweiz					366'182.00	
801	**Förderung der Rahmenbedingungen**	**77'972.45**		**208'000**			
801.366.00	Förderung der Tierzucht	70'918.70		88'000			
801.366.01	Pflanzenschutz	7'053.75		120'000			
803	**Wirtschaftlichkeitsförderungen**	**6'567'101.90**		**6'781'000**		**1'540'360.20**	
803.365.00	Alpungskostenbeiträge					573'634.00	
803.365.01	Alpverbesserungen					21'179.20	
803.366.00	Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens	6'469'253.00		6'651'000			
803.366.01	Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen					945'547.00	
803.366.02	Weinbau			15'000			
803.367.00	Beiträge an Hagelversicherung	97'848.90		115'000			
804	**Ökologische Förderungen**	**6'120'376.00**		**6'470'000**		**10'846'744.80**	
804.365.03	Pflege der Alpen	580'612.00		590'000			
804.366.00	Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens					5'833'598.35	
804.366.01	Abgeltung ökologischer Leistungen	5'047'922.00		5'380'000		5'013'146.45	
804.366.02	Pflege von Berggebiet und Hanglagen	491'842.00		500'000			
805	**Marktfördermassnahmen**	**1'666'917.30**		**1'834'000**		**1'353'369.50**	
805.365.01	Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft	1'080'415.30		1'200'000		1'178'369.50	
805.365.02	Beitrag Stiftung Agrarmarketing	234'000.00		234'000		175'000.00	
805.367.00	Entschädigung gemeinsamer Agrarmarkt mit Schweiz	352'502.00		400'000			
806	**Dienstleistungen von Dritten**	**137'919.20**		**180'000**		**68'332.95**	
806.318.00	Landwirt. Beratung, Forschung und Selbsthilfe	137'919.20		180'000			
806.366.00	Förderung der Tierzucht					68'332.95	
807	**Pflanzenproduktion**					**104'071.20**	
807.366.01	Weinbau					140.00	
807.366.02	Bekämpfung Feuerbrand					19'564.00	
807.367.01	Beiträge an Hagelversicherung					84'367.20	
810	**Amt für Wald, Natur und Landschaft**	**1'702'055.77**		**1'711'000**		**1'689'923.62**	
810.301.00	Gehälter	1'315'431.75		1'312'000		1'310'706.14	
810.303.01	Sozialbeiträge	239'787.36		251'000		237'679.86	
810.310.00	Kanzleiauslagen	17'816.14		24'000		24'026.79	
810.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	77'318.52		69'000		68'850.20	
810.319.00	Verschiedenes	1'266.85		5'000		3'172.98	
810.367.00	Beiträge an Vereinigungen und internationale Organisationen	50'435.15		50'000		45'487.65	
811	**Waldwirtschaft**	**1'164'434.56**		**1'392'000**		**1'259'857.24**	
811.310.00	Information und Beratung	3'127.04		7'000		6'315.66	
811.318.00	Forschungen und Erhebungen	358'274.92		380'000		53'811.60	
811.362.04	Schutzwaldpflege/Sicherung vor Naturereignissen	626'548.45		800'000		993'665.63	
811.362.06	Beiträge für Massnahmen der Wildschadenverhütung	100'640.45		120'000		125'512.95	
811.362.08	Beiträge zur Förderung der Naturschutzfunktion	75'843.70		85'000		80'551.40	

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
812	**Landesforstbetrieb Unterau**	**667'279.31**	**176'676.26**	**734'000**	**117'000**	**677'266.71**	**158'106.46**
812.301.00	Löhne Betriebspersonal	415'830.32		490'000		446'305.98	
812.303.01	Sozialbeiträge	76'994.58		94'000		82'685.96	
812.313.02	Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien	51'504.54		45'000		44'560.02	
812.315.01	Betriebs- und Unterhaltskosten	12'602.25		15'000		14'240.80	
812.318.01	Drittleistungen	110'347.62		90'000		89'473.95	
812.435.00	Verkauf Holz, Materialien		176'676.26		117'000		158'106.46
820	**Jagd**	**85'386.84**	**296'290.80**	**87'000**	**292'000**	**79'432.12**	**248'209.30**
820.319.00	Lebensraumverbesserungen	85'386.84		87'000		79'432.12	
820.439.01	Jagdabgabe		93'671.30		94'000		93'671.30
820.439.02	Jagdkarten		17'669.50		15'000		15'538.00
820.439.03	Rückbehalt Jagdpachtschilling		180'000.00		180'000		122'000.00
820.439.04	Jagdprüfungen		4'950.00		3'000		17'000.00
825	**Fischerei**	**47'403.51**	**16'070.00**	**60'000**	**16'000**	**36'197.79**	**17'420.00**
825.319.00	Fischereiwesen	47'403.51		60'000		36'197.79	
825.439.01	Fischereipachtzinsen		12'500.00		13'000		12'500.00
825.439.02	Fischereiprüfungen		3'570.00		3'000		4'920.00
830	**Tourismus**	**1'186'874.00**		**1'215'000**		**1'198'241.70**	
830.364.00	Staatsbeitrag an Liechtenstein Tourismus	984'502.30		1'010'000		996'031.70	
830.364.01	Sonderbeitrag Liechtenstein Tourismus	95'000.00		95'000		95'000.00	
830.367.00	Mitgliedschaften Tourismus	107'371.70		110'000		107'210.00	
840	**Amt für Volkswirtschaft**	**7'269'974.88**	**2'870'089.58**	**7'912'000**	**2'876'000**	**7'530'892.24**	**2'842'925.66**
840.301.00	Gehälter	3'226'484.49		3'239'000		3'283'771.03	
840.303.01	Sozialbeiträge	590'571.07		622'000		606'572.24	
840.310.01	Kanzleiauslagen	90'358.25		92'000		77'794.40	
840.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	109'454.23		140'000		121'764.82	
840.365.00	Beiträge für Wirtschaftsförderung	1'492'933.81		1'700'000		1'696'926.09	
840.366.00	Arbeitsmarktliche Massnahmen	1'578'656.98		1'900'000		1'560'916.11	
840.367.00	Beiträge an Vereinigungen	181'516.05		219'000		183'147.55	
840.431.01	Verwaltungsgebühren		382'615.58		376'000		361'316.66
840.436.00	Verwaltungskostenbeitrag ALV		2'487'474.00		2'500'000		2'481'609.00
841	**Amt für Handel und Transport**	**1'406'937.81**	**759'367.80**	**1'913'000**	**968'000**	**1'629'594.17**	**757'170.83**
841.301.00	Gehälter	978'092.95		1'152'000		1'096'133.53	
841.303.01	Sozialbeiträge	177'592.72		206'000		200'893.46	
841.310.00	Kanzleiauslagen	16'116.26		25'000		13'249.97	
841.310.02	Inserate Geistiges Eigentum	121'386.15		180'000		126'526.20	
841.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	59'293.73		80'000		90'127.62	
841.318.01	Experten Akkreditierung und Geistiges Eigentum	7'747.00		20'000		3'585.39	
841.318.02	Gebühren für intern. Markeneintragungen	46'709.00		250'000		99'078.00	
841.431.02	Gebühren Geistiges Eigentum		705'292.80		920'000		724'200.63
841.431.03	Urheberrechte Verwertungsgesellschaften		9'400.00		5'000		12'250.00
841.439.01	Verwaltungsgebühren		44'675.00		43'000		20'720.20
842	**Gewerbe**	**370'000.00**		**500'000**		**445'355.05**	
842.365.00	Leistungsvereinbarungen mit Wirtschaftsverbänden	320'000.00		350'000		320'000.00	
842.365.01	Abgeltung Kosten für Gesamtarbeitsverträge	50'000.00		150'000		125'355.05	
860	**Energie**	**11'537'396.00**		**6'100'000**		**5'562'445.40**	
860.318.00	Energiefachstelle	73'997.00		100'000		58'888.40	
860.366.00	Förderbeiträge gem. Energieeffizienzgesetz (EEG)	11'463'399.00		6'000'000		5'503'557.00	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

812.318.01 NK IV CHF 21'000
860.366.00 NK III CHF 4'000'000, NK VII CHF 1'500'000

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
9	**Finanzen, Steuern**	**403'953'306.06**	**1'009'453'650.53**	**246'005'000**	**741'514'000**	**361'619'848.64**	**1'041'294'942.61**
900	**Landessteuern**		**641'905'894.98**		**547'102'000**		**629'606'825.34**
900.400.01	Vermögens- und Erwerbssteuer (Landesanteil)		59'872'204.57		49'700'000		58'948'802.47
900.400.02	Rentnersteuer		3'895'389.00		2'800'000		2'763'200.00
900.400.03	Quellensteuer (Grenzgänger)		20'099'911.65		18'800'000		20'310'319.10
900.401.01	Kapital- und Ertragssteuer		179'156'912.17		140'000'000		178'113'116.90
900.401.02	Besondere Gesellschaftssteuer		67'367'945.85		74'300'000		79'243'807.62
900.401.03	Steuer von ausl. Versicherungsgesellschaften		3'465'712.40		2'800'000		2'540'418.35
900.403.00	Grundstückgewinnsteuer		12'983'382.45		16'600'000		17'735'561.06
900.404.00	Couponsteuern		26'494'511.65		26'000'000		44'694'510.02
900.405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer		25'403'311.10		6'800'000		8'818'643.85
900.406.00	Motorfahrzeugsteuer		11'236'312.07		11'300'000		11'470'974.15
900.407.00	Mehrwertsteuer		227'357'057.07		198'000'000		206'602'079.82
900.408.00	Veränderung Steuerguthaben		4'571'795.00				-1'635'739.00
900.409.00	Einbürgerungssteuer		1'450.00		2'000		1'131.00
905	**Eidgenössische Abgaben**		**55'827'507.23**		**53'000'000**		**51'402'123.65**
905.404.00	Stempelabgaben		55'827'507.23		53'000'000		51'402'123.65
920	**Zuweisungen an Gemeinden**	**159'707'918.80**		**165'167'000**		**162'424'661.71**	
920.352.01	Anteil an Grundstückgewinnsteuer	8'655'588.20		11'067'000		11'823'707.41	
920.352.02	Anteil an Kapital- und Ertragssteuer	65'758'548.35		56'000'000		68'265'650.40	
920.352.09	Finanzausgleich	85'293'782.25		98'100'000		82'335'303.90	
940	**Vermögens- und Schuldenverwaltung**	**503'109.67**	**68'435'380.97**	**360'000**	**65'655'000**	**495'018.10**	**76'000'449.11**
940.318.00	Bankspesen	201'322.31		200'000		177'980.17	
940.321.00	Fremdkapitalzinsen	2'187.50		10'000		9'338.05	
940.329.00	Aufwand Fremdwährungsdifferenzen	299'599.86		150'000		307'699.88	
940.420.00	Kontokorrentzinsen		1'581'317.85		2'130'000		1'604'263.45
940.426.00	Dividende Telecom Liechtenstein AG		96'000.00		100'000		
940.426.01	Zinsen vom Anstaltskapital der LKW		1'375'000.00		660'000		660'000.00
940.426.02	Dividende LLB AG		57'772'800.00		57'773'000		57'772'800.00
940.426.04	Dividende Post AG		540'000.00				216'000.00
940.426.05	Abgeltung Staatsgarantie LLB		412'276.89		392'000		347'182.17
940.426.08	Sonstige Beteiligungserträge		205'738.55				3'931.30
940.429.01	Gewinnanteil Landeslotterie		1'864'885.65		1'710'000		1'836'703.35
940.429.03	Vermögensverfall aus Straftatbeständen		4'125'825.06				676'652.77
940.429.04	Bodenverkaufserlöse		23'309.00				100'000.00
940.429.05	Ertrag Fremdwährungsdifferenzen		357'735.47		150'000		275'816.16
940.429.08	Ausserordentliche Erträge		80'492.50				335'992.74
940.429.16	Verkauf LTN-Gebäude						9'741'108.17
940.429.20	Verkauf Postgebäude				2'740'000		2'429'999.00
941	**Poolanlagen - extern verwaltetes Vermögen**	**168'594'021.59**	**204'384'312.79**	**6'100'000**	**39'000'000**	**123'391'318.07**	**247'739'708.17**
941.323.00	Realisierte Kursverluste	93'454'040.88				72'563'168.87	
941.323.01	Verwaltungskosten Poolanlagen	5'712'684.26		6'100'000		5'956'247.46	
941.330.01	Abschreibungen Poolanlagen	69'427'296.45				44'871'901.74	
941.422.00	Erträge aus Poolanlagen		33'562'833.86		26'000'000		34'978'205.64
941.422.01	Realisierte Kursgewinne		75'842'255.50		13'000'000		63'761'585.40
941.422.02	Zuschreibungen Poolanlagen		94'979'223.43				148'999'917.13
942	**Liegenschaften des Finanzvermögens**		**1'586'799.90**		**1'508'000**		**1'778'537.55**
942.423.00	Miet- und Pachtzinsen		1'586'799.90		1'508'000		1'778'537.55
950	**Zölle**		**36'973'915.00**		**34'820'000**		**34'323'009.00**
950.407.00	Zollerträge, Mineralölsteuer		36'973'915.00		34'820'000		34'323'009.00

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

920.352.02 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. b FHG

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
990	**Abschreibungen Finanzvermögen**	**2'408'570.55**		**700'000**		**1'696'990.20**	
990.330.01	Abschreibungen Debitoren	407'654.30		700'000		562'867.20	
990.330.02	Debitorenverluste	2'000'916.25				1'134'123.00	
992	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**72'373'374.98**		**73'381'000**		**73'171'797.02**	
992.331.02	Tiefbauten	7'848'683.89		9'326'000		8'190'663.05	
992.331.03	Hochbauten	17'476'494.03		11'600'000		18'305'559.74	
992.331.05	Mobiliar und Einrichtungen	6'183'311.27		6'631'000		6'439'794.85	
992.331.07	EDV-Anlagen	9'996'775.90		10'689'000		10'453'820.19	
992.331.12	Sonstige Beteiligungen	8'668.00					
992.331.13	Studiendarlehen					3'316.00	
992.331.21	Investitionsbeiträge	30'859'441.89		35'135'000		29'778'643.19	
997	**Einlagen in Spezialfinanzierungen**	**366'310.47**		**297'000**		**440'063.54**	
997.380.03	Einlagen zur Bekämpfung von Tierseuchen	190'989.48		189'000		257'706.58	
997.380.07	Einlagen für Unfallverhütung im Strassenverkehr	154'301.84		86'000		146'856.25	
997.380.10	Einlagen für die Milchqualitätsförderung	21'019.15		22'000		35'500.71	
998	**Entnahmen aus Spezialfinanzierungen**		**339'839.66**		**429'000**		**444'289.79**
998.480.03	Entnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen		185'677.09		254'000		168'798.70
998.480.07	Entnahmen für Unfallverhütung im Strassenverkehr		145'956.72		150'000		260'915.79
998.480.10	Entnahmen für Milchqualitätsförderung		8'205.85		25'000		14'575.30

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

997.380.07 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. b FHG

Laufende Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Zusammenfassung						
0	Allgemeine Verwaltung	119'436'293.74	7'771'011.72	131'563'000	9'981'000	116'305'168.90	9'740'128.71
1	Oeffentliche Sicherheit	65'844'989.97	22'803'126.35	67'829'000	18'091'000	67'569'810.29	20'522'864.46
2	Bildung	163'560'806.49	26'120'063.60	173'211'000	26'867'000	160'379'005.99	25'551'643.63
3	Kultur, Freizeit	29'237'413.37	32'934.05	30'774'000	31'000	31'135'848.46	27'710.55
4	Gesundheit	26'814'063.84	357'643.25	29'115'000	343'000	26'597'694.50	327'930.95
5	Soziale Wohlfahrt	231'031'322.46	7'664'007.77	240'411'000	7'086'000	218'571'153.07	4'383'193.95
6	Verkehr	33'012'056.62	11'201'796.30	33'988'000	9'691'000	32'982'014.27	11'027'072.20
7	Umwelt, Raumordnung	10'903'632.62	5'741'282.34	12'654'000	3'814'000	9'598'785.40	2'782'724.68
8	Volkswirtschaft	41'246'495.23	4'118'494.44	38'482'000	4'269'000	35'755'435.99	4'023'832.25
9	Finanzen, Steuern	403'953'306.06	1'009'453'650.53	246'005'000	741'514'000	361'619'848.64	1'041'294'942.61
	Zwischentotal	**1'125'040'380.40**	**1'095'264'010.35**	**1'004'032'000**	**821'687'000**	**1'060'514'765.51**	**1'119'682'043.99**
	Aufwand-/Ertragsüberschuss:						
	aus ordentlicher Staatstätigkeit		65'566'661.25		215'245'000		65'181'111.62
	aus Vermögensbewirtschaftung	35'790'291.20		32'900'000		124'348'390.10	
	Aufwandüberschuss		**29'776'370.05**		**182'345'000**		
	Ertragsüberschuss					**59'167'278.48**	
	Total	**1'125'040'380.40**	**1'125'040'380.40**	**1'004'032'000**	**1'004'032'000**	**1'119'682'043.99**	**1'119'682'043.99**

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0	**Allgemeine Verwaltung**	**10'553'545.63**		**11'678'000**		**14'796'923.22**	
011	**Landtag**	**32'680.95**		**38'000**		**517'196.40**	
011.503.01	Landtagsgebäude mit Parkierung und Vorplatzgestaltung					251'451.15	
011.506.01	Informatik Landtag					265'745.25	
011.506.02	Büromobiliar, -maschinen, Fahrzeuge	24'996.20		25'000			
011.506.03	Informatik Landtag	7'684.75		13'000			
012	**Regierung**	**8'667.00**					
012.520.00	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	8'667.00					
052	**Mission bei den Vereinten Nationen in New York**	**37'354.31**				**326'308.04**	
052.503.00	Kauf Kanzlei Ständige Vertretung New York	37'354.31				326'308.04	
053	**Botschaft in Washington**					**6'687.08**	
053.503.00	Kauf Residenz/Kanzlei für die Botschaft Washington					6'687.08	
090	**Nicht aufteilbare Aufgaben**	**10'474'843.37**		**11'640'000**		**13'946'731.70**	
090.503.02	Diverse Hochbauinvestitionen					50'280.95	
090.506.00	Kommunikation/Telefonie	842'319.52		1'150'000		948'727.08	
090.506.01	Büromobiliar, -maschinen, Fahrzeuge	759'306.11		1'000'000		1'216'315.05	
090.506.02	Informationstechnologie (IT)	8'681'455.55		8'700'000		8'837'467.44	
090.506.04	Zeiterfassungssysteme/Sicherheitseinrichtungen	12'936.45		90'000		19'144.95	
090.506.06	Ausstattungen Botschaften	338'865.44		100'000		138'478.38	
090.506.09	Ausstattung Auhof/Lindenpark	-160'039.70		600'000		2'736'317.85	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

090.506.06 NK III CHF 320'000

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1	**Oeffentliche Sicherheit**	**3'528'604.69**		**4'660'000**		**3'195'896.51**	
110	**Landespolizei**	**1'886'453.27**		**2'712'000**		**1'918'678.05**	
110.506.01	Informatik Landespolizei	859'574.30		1'682'000		1'492'947.45	
110.506.02	Fahrzeuge und übrige Anschaffungen Landespolizei	377'311.00		380'000		425'730.60	
110.506.04	Digitales Funknetzwerk «Polycom»	649'567.97		650'000			
120	**Gerichtswesen**	**99'506.65**		**100'000**		**188'544.85**	
120.506.00	Informatik Gerichtswesen/Staatsanwaltschaft	99'506.65		100'000		188'544.85	
160	**Amt für Bevölkerungsschutz**	**1'542'644.77**		**1'848'000**		**1'088'673.61**	
160.506.01	Einrichtung Zivilschutzräume (Land)	9'909.15		10'000		44'744.55	
160.506.02	Landesweite Alarmierungsanlage (Helferalarmierung)	286'293.46		550'000		6'123.25	
160.506.05	Zivil-/Katastrophenschutzmaterial Organisationen	62'135.97		63'000		75'123.05	
160.506.06	Stützpunktanschaffungen	657'147.25		670'000		528'588.25	
160.562.03	Feuerwehr-Übungsanlage	5'876.00		10'000		34'338.36	
160.565.00	Subventionen für Zivilschutzräume in Privatbauten	450'000.00		450'000		399'756.15	
160.565.01	Subvention Anschaffungen Rettungsorganisationen	71'282.94		95'000			

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2	**Bildungswesen**	**3'948'280.80**	**2'269'311.45**	**8'146'000**	**1'862'000**	**6'722'135.79**	**1'897'464.65**
208	**Sekundarschulen**	**155'413.25**		**4'000'000**		**792'739.55**	
208.500.00	Grundstückerwerb Schulzentrum Unterland II					778'208.50	
208.503.00	Schulzentrum Unterland II			300'000		14'531.05	
208.503.01	Realschule Balzers Sanierung	155'413.25		3'500'000			
208.503.02	Schulzentrum Mühleholz I			200'000			
213	**Hallenbad Schulzentrum Unterland**	**12'411.86**		**15'000**		**12'501.05**	
213.506.02	Ausstattungen/Einrichtungen Hallenbad SZU	12'411.86		15'000		12'501.05	
215	**Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz**	**158'906.75**				**922'544.35**	
215.503.03	Schulzentrum Mühleholz II	158'906.75				922'544.35	
219	**Allgemeine Ausgaben**	**1'125'190.54**		**1'157'000**		**1'224.291.64**	
219.506.01	Sekundarschulen	715'931.98		750'000		603'430.99	
219.506.03	Jugendhaus Malbun	4'915.56		9'000		22'181.70	
219.506.08	EDV Weiterführende Schulen (IKT)	248'554.65		250'000		369'115.20	
219.507.00	Liechtensteinische Lehrmittel	155'788.35		148'000		229'563.75	
260	**Hochschulwesen**	**36'810.40**		**37'000**		**18'405.20**	
260.567.00	Baukostenbeiträge an Schweizer Fachhochschulen	36'810.40		37'000		18'405.20	
280	**Stipendien, Ausbildungsbeihilfen**	**2'424'972.00**	**2'269'311.45**	**2'710'000**	**1'862'000**	**3'086'869.00**	**1'897'464.65**
280.520.00	Studiendarlehen	2'424'972.00		2'710'000		3'086'869.00	
280.620.00	Rückzahlung von Studiendarlehen		2'269'311.45		1'862'000		1'897'464.65
290	**Amt für Berufsbildung und Berufsberatung**	**34'576.00**		**227'000**		**664'785.00**	
290.567.01	Berufsschulzentrum Buchs (Baukostenbeitrag)	34'576.00		227'000		664'785.00	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

219.507.00 NK III CHF 30'000

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3	**Kultur, Freizeit**	**3'584'679.34**		**3'807''000**		**10'780'900.50**	
302	**Theater, Konzerte**	**50'734.70**		**51'000**			
302.562.00	Subvention Erweiterung Theater am Kirchplatz	50'734.70		51'000			
304	**Landesarchiv**	**2'277'944.64**		**2'500'000**		**9'875'754.00**	
304.503.03	Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz	2'277'944.64		2'500'000		9'875'754.00	
311	**Denkmalpflege/Archäologie**	**1'256'000.00**		**1'256'000**		**905'146.50**	
311.565.00	Denkmalschutz-Subventionen	1'256'000.00		1'256'000		905'146.50	

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4	**Gesundheit**	**56'000.00**		**58'000**			
400	**Spitäler**	**56'000.00**		**58'000**			
400.567.01	Baukostenbeiträge Ostschweizer Kinderspital SG	56'000.00		58'000			

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5	**Soziale Wohlfahrt**	**17'441'233.08**	**16'468'916.10**	**24'994'000**	**13'000'000**	**23'564'498.04**	**15'951'040.00**
550	**Invalidität**	**3'426'086.15**		**6'300'000**		**2'331'012.30**	
550.564.01	Heilpädagogischer Verein	3'426'086.15		6'300'000		2'331'012.30	
560	**Amt für Wohnungswesen**	**10'271'000.00**	**16'276'980.00**	**13'000'000**	**13'000'000**	**11'540'000.00**	**15'951'040.00**
560.520.01	Darlehen Wohnbau-Förderung	10'271'000.00		13'000'000		11'540'000.00	
560.620.00	Rückzahlung von Wohnbaudarlehen		16'276'980.00		13'000'000		15'951'040.00
570	**Altersheime**	**3'744'146.93**	**191'936.10**	**5'694'000**		**9'693'485.74**	
570.564.00	Investitionsbeiträge Alters- und Pflegeheime	655'164.94		694'000		493'485.65	
570.564.01	Hochbausubventionen Alters- und Pflegeheime	3'088'981.99		5'000'000		9'200'000.09	
570.644.00	Rückerstattung Subventionen Alters- u. Pflegeheime		191'936.10				

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6	**Verkehr**	**15'187'436.53**		**17'084'000**		**12'743'307.94**	
600	**Landstrassen, Brücken**	**7'683'954.65**		**8'584'000**		**7'308'661.69**	
600.500.00	Bodenerwerb für Tiefbauten	121'627.80		400'000			
600.501.01	Strassenverbesserung und -neubauten	6'220'377.90		6'550'000		7'075'837.34	
600.501.04	Industriezubringer Schaan	708'434.25		1'000'000			
600.506.00	Maschinen/Fahrzeuge Strassen- und Rüfeunterhalt	633'514.70		634'000		232'824.35	
650	**Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen**	**7'503'481.88**		**8'500'000**		**5'434'646.25**	
650.500.01	Landerwerb Bushof Schaan					162'030.00	
650.501.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr					347'685.25	
650.503.00	Busbahnhof/Tiefgarage Post Schaan	7'503'481.88		8'500'000		4'144'931.00	
650.563.00	Beiträge LGV zur Umsetzung Energiekonzept (Biogas)					780'000.00	

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

600.501.01 NK V CHF 680'000

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7	**Umwelt, Raumordnung**	**3'490'621.90**		**4'290'000**		**3'125'767.64**	
750	**Gewässerverbauungen**	**3'451'111.50**		**4'190'000**		**3'069'856.39**	
750.501.02	Gewässerbau	314'327.49		690'000		217'760.38	
750.501.03	Investitionen Rheinwuhr	444'406.05		460'000		331'438.83	
750.562.02	Rüfeschutzbauten	2'569'768.71		2'700'000		2'180'812.53	
750.562.04	Rutschsanierungen	122'609.25		340'000		339'844.65	
770	**Naturschutz**	**39'510.40**		**100'000**		**55'911.25**	
770.500.01	Bodenerwerb Naturschutzflächen	39'510.40		100'000		55'911.25	

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8	**Volkswirtschaft**	**2'989'377.11**	**391'300.00**	**2'895'000**	**391'000**	**2'731'056.86**	**384'700.00**
800	**Landwirtschaftsamt**					**1'531'155.27**	**384'700.00**
800.520.00	Darlehen an Junglandwirte					300'000.00	
800.565.00	Förderung des landwirtschaftlichen Bauwesens					1'231'155.27	
800.620.00	Rückzahlungen Darlehen an Junglandwirte						384'700.00
802	**Strukturfördermassnahmen**	**1'379'929.93**		**1'375'000**			
802.565.02	Förderung von landwirtschaftlichen Infrastrukturen	1'379'929.93		1'375'000			
803	**Wirtschaftlichkeitsförderungen**	**280'000.00**	**391'300.00**	**320'000**	**391'000**		
803.520.00	Darlehen an Ein- und Ausstieg Landwirtschaft	280'000.00		320'000			
803.620.00	Darlehensrückzahlungen an Ein- und Ausstieg		391'300.00		391'000		
810	**Amt für Wald, Natur und Landschaft**	**1'129'447.18**		**1'200'000**		**1'199'901.59**	
810.564.01	Integralmelioration im Alpengebiet	1'129'447.18		1'200'000		1'199'901.59	
830	**Tourismus**	**200'000.00**					
830.562.00	Beitrag an Bergbahnenprojekt Malbun	200'000.00					

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

830.562.00 NK III CHF 200'000

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
9	**Finanzen, Steuern**	**16'561'503.00**		**15'912'000**	**1'260'000**	**9'999'999.90**	**65'136.38**
920	**Zuweisungen an Gemeinden**	**16'518'109.80**		**15'342'000**		**9'999'999.90**	
920.562.01	Subventionen für Grossprojekte der Gemeinden	16'518'109.80		15'342'000		9'999'999.90	
940	**Abschreibungen**				**1'260'000**		**65'136.38**
940.603.00	Liegenschaftsverkäufe (Restbuchwerte)				1'260'000		65'136.38
950	**Zölle**	**43'393.20**		**570'000**			
950.503.00	Zollamt Schaanwald - Umbau	43'393.20		570'000			

Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen 2010

920.562.01 Teuerungsbedingte Kreditüberschreitung gem. Art. 11 Abs. 2 Bst. a FHG

Investitions-Rechnung 2010

Konto		Rechnung 2010		Voranschlag 2010		Rechnung 2009	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Zusammenfassung						
0	Allgemeine Verwaltung	10'553'545.63		11'678'000		14'796'923.22	
1	Oeffentliche Sicherheit	3'528'604.69		4'660'000		3'195'896.51	
2	Bildung	3'948'280.80	2'269'311.45	8'146'000	1'862'000	6'722'135.79	1'897'464.65
3	Kultur, Freizeit	3'584'679.34		3'807'000		10'780'900.50	
4	Gesundheit	56'000.00		58'000			
5	Soziale Wohlfahrt	17'441'233.08	16'468'916.10	24'994'000	13'000'000	23'564'498.04	15'951'040.00
6	Verkehr	15'187'436.53		17'084'000		12'743'307.94	
7	Umwelt, Raumordnung	3'490'621.90		4'290'000		3'125'767.64	
8	Volkswirtschaft	2'989'377.11	391'300.00	2'895'000	391'000	2'731'056.86	384'700.00
9	Finanzen, Steuern	16'561'503.00		15'912'000	1'260'000	9'999'999.90	65'136.38
	Zwischentotal	77'341'282.08	19'129'527.55	93'524'000	16'513'000	87'660'486.40	18'298'341.03
	Nettoinvestitionen		**58'211'754.53**		**77'011'000**		**69'362'145.37**
	Total	**77'341'282.08**	**77'341'282.08**	**93'524'000**	**93'524'000**	**87'660'486.40**	**87'660'486.40**
	Finanzierung						
	Nettoinvestitionen	58'211'754.53		77'011'000		69'362'145.37	
	Aufwands- / Ertragsüberschuss der LR aus ordentlicher Staatstätigkeit	65'566'661.25		215'245'000		65'181'111.62	
	Abschreibungen Verwaltungsvermögen		72'373'374.98		73'381'000		73'171'797.02
	Zwischentotal	123'778'415.78	72'373'374.98	292'256'000	73'381'000	134'543'256.99	73'171'797.02
	Finanzierungsüberschuss aus ord. Staatstätigkeit						
	Finanzierungsfehlbetrag aus ord. Staatstätigkeit		**51'405'040.80**		**218'875'000**		**61'371'459.97**
	Total	**123'778'415.78**	**123'778'415.78**	**292'256'000**	**292'256'000**	**134'543'256.99**	**134'543'256.99**
	Finanzierungsüberschuss aus ord. Staatstätigkeit						
	Finanzierungsfehlbetrag aus ord. Staatstätigkeit	51'405'040.80		218'875'000		61'371'459.97	
	Aufwands- / Ertragsüberschuss der LR aus externer Vermögensbewirtschaftung		35'790'291.20		32'900'000		124'348'390.10
	Finanzierungsüberschuss					**62'976'930.13**	
	Finanzierungsfehlbetrag		**15'614'749.60**		**185'975'000**		
	Total	**51'405'040.80**	**51'405'040.80**	**218'875'000**	**218'875'000**	**124'348'390.10**	**124'348'390.10**

Verpflichtungskredite 2010

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2010	Verfügbarer Restkredit	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
01	Neubearbeitung Band «Kunstdenkmäler»								
	Verpflichtungskredit vom 16.09.1998	300'000							
	Ergänzungskredit vom 11.09.2002	313'000							
	Totalkredit	613'000	573'042	39'958	40'000				
02	Schulzentrum Mühleholz II (1. Etappe)								
	Verpflichtungskredit vom 14.06.2000	42'000'000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	5'705'000							
	Totalkredit	47'705'000	46'182'125	1'522'875	40'000				
03	EWR-Finanzinstrument 1999 - 2003								
	Verpflichtungskredit vom 13.09.2000								
	EURO 1.2 Mio.	1'488'000	1'226'823	261'177	2'000				
04	Landesarchiv-Neubau (mit Verwaltungsräumen)								
	Verpflichtungskredit vom 19.06.2002	31'800'000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	4'725'459							
	Totalkredit	36'525'459	27'357'495	9'167'964	90'000				
05	EU-Programm für Forschung u. techn. Entwicklung								
	Verpflichtungskredit vom 22.11.2002 / Euro 2.8 Mio.	3'472'000							
	Ergänzungskredit vom 23.05.2007 / Euro 845'000	1'048'000							
	Totalkredit	4'520'000	5'118'630	-598'630	184'000				[1]
06	Neubau Bushof mit Tiefgarage in Schaan								
	Verpflichtungskredit vom 17.09.2003	22'490'000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	2'827'149							
	Totalkredit	25'317'149	23'045'386	2'271'763	1'791'000				
07	Liechtensteinisches Urkundenbuch								
	Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	560'000							
	Ergänzungskredit vom 21.10.2009	600'000							
	Totalkredit	1'160'000	534'664	625'336	120'000	100'000	100'000	100'000	205'000
08	Digitales Funknetzwerk «POLYCOM»								
	Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	8'080'000	7'084'566	995'434					
09	Erhöhung Aktienkapital Bergbahnenprojekt Malbun								
	Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	13'000'000	13'000'000	0					
10	Vierjähriger Schulversuch «Schule und Sportförderung» an der Realschule Schaan								
	Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	654'000							
	Ergänzungskredit vom 23.04.2008	339'000							
	Ergänzungskredit vom 27.05.2009	1'259'000							
	Totalkredit	2'252'000	1'312'899	939'101	269'000	255'000			
	Übertrag	**140'660'608**	**125'435'631**	**15'224'977**	**2'536'000**	**355'000**	**100'000**	**100'000**	**205'000**

Verpflichtungskredite 2010

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2010	Verfügbarer Restkredit	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**140'660'608**	**125'435'631**	**15'224'977**	**2'536'000**	**355'000**	**100'000**	**100'000**	**205'000**
11	EWR-Finanzmechanismus 2004 - 2009								
	Verpflichtungskredit vom 11.03.04 / Euro 4.5 Mio.	5'580'000							
	Ergänzungskredit vom 23.05.2007 / Euro 368'000	456'000							
	Ergänzungskredit vom 24.10.2007 / Euro 730'000	905'000							
	Totalkredit	6'941'000	4'165'306	2'775'694	1'674'000	260'000			
12	Drucklegung des Historischen Lexikons								
	Verpflichtungskredit vom 20.09.2006	750'000	361'186	388'814	340'000				
13	3. Generation der Europäischen Bildungsprogramme «Programm zum lebenslangen Lernen 2007-2013»								
	Verpflichtungskredit vom 13.12.2006 / Euro 1'097'000	1'360'000							
	Ergänzungskredit vom 23.05.2007 / Euro 750'000	930'000							
	Totalkredit	2'290'000	1'196'928	1'093'072	386'000	403'000	415'000		[1]
14	7. Rahmenprogramm der EU für Forschung, technolog. Entwicklung und Demonstration 2007-2013								
	Verpflichtungskredit vom 14.12.2006 / Euro 7.4 Mio.	9'176'000							
	Ergänzungskredit vom 23.05.2007 / Euro 5'057'000	6'271'000							
	Totalkredit	15'447'000	4'832'368	10'614'632	2'959'000	3'315'000	3'690'000	1'426'000	[1]
15	Pflegeheim und Sozialzentrum «St. Martin», Eschen								
	Verpflichtungskredit vom 14.03.2007	11'582'410							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	1'343'522							
	Totalkredit	12'874'351	12'449'934	424'417					
16	Landesbeitrag Liechtensteintakt 2008 - 2010								
	Verpflichtungskredit vom 14.03.2007								
	Euro 520'415	645'000	738'694	-93'694					[1]
17	Betrieb von Radio Liechtenstein 2008 - 2010								
	Verpflichtungskredit vom 23.05.2007	4'500'000	4'500'000	0					
18	Beteiligung am Rahmenprogramm der EU für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2007 - 2013								
	Verpflichtungskredit vom 23.05.2007								
	Euro 834'000	1'034'000	338'251	695'749	212'000	221'000	241'000		
19	Quellenpublikation und Forschungsprojekte «Liechtenstein - 2. Weltkrieg» 2008 - 2011								
	Verpflichtungskredit vom 21.06.2007	1'400'000	945'345	454'655	455'000				
20	Agrarmarketingmassnahmen 2008 - 2011								
	Verpflichtungskredit vom 20.09.07	800'000	591'263	208'737	209'000				
21	Errichtung Pflegeheim Triesenberg								
	Verpflichtungskredit vom 21.11.2007	4'609'490							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	613'175							
	Totalkredit	5'222'665	4'913'791	308'874					
	Übertrag	**192'564'625**	**160'468'697**	**32'095'928**	**8'771'000**	**4'554'000**	**4'446'000**	**1'526'000**	**205'000**

Verpflichtungskredite 2010

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2010	Verfügbarer Restkredit	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**192'564'625**	**160'468'697**	**32'095'928**	**8'771'000**	**4'554'000**	**4'446'000**	**1'526'000**	**205'000**
22	Kleinstaatenspiele 2011								
	Verpflichtungskredit vom 21.11.07	1'150'000	350'000	800'000	800'000				
23	Timeout-Schule Liechtenstein 2008 - 2011								
	Verpflichtungskredit vom 24.04.2008	1'101'000	919'278	181'722	182'000				
24	Begabtenförderung an den FL-Schulen 2008 - 2012								
	Verpflichtungskredit vom 23.04.2008	1'524'000	743'399	780'601	480'000	280'000			
25	Erwerb von Emissionsgutschriften zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls 2008 - 2013								
	Verpflichtungskredit vom 23.04.2008								
	Euro 4'950'000	6'138'000	2'629'297	3'508'703	1'600'000	1'240'000	1'008'000		[1]
26	Forschungszentrum für Nanomedizin in Landquart 2008 - 2011								
	Verpflichtungskredit vom 29.05.2008	2'666'000	1'916'000	750'000	750'000				
27	Ersatzbau sonderpädagogische Tagesschule, Therapiezentrum und Verwaltung								
	Verpflichtungskredit vom 29.05.2008	12'900'000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	1'106'760							
	Totalkredit	14'006'760	6'373'303	7'633'457	5'100'000	2'050'000	483'000		
28	Neubau Schulzentrum Unterland in Ruggell (SZU II)								
	Verpflichtungskredit vom 16.08.2008	55'600'000	14'531	55'585'469	300'000				
29	S-Bahn FL-A-CH 2009 - 2012								
	Verpflichtungskredit vom 22.10.2008								
	Euro 2'925'000	3'627'000							
	Ergänzungskredit vom 22.10.2008	650'000							
	Totalkredit	4'277'000	836'118	3'440'882	2'120'000	1'371'000			[1]
30	2. Phase Umsetzung Milchmarktordnung 2009 - 2012								
	Verpflichtungskredit vom 22.10.2008	4'500'000	2'258'785	2'241'215	1'100'000	1'141'000			
31	Errichtung Pflegeheim und Sozialzentrum «St. Mamertus», Triesen								
	Verpflichtungskredit vom 10.12.2008	11'452'000							
	+ Aufwertung um Baukostenteuerung	199'910							
	Totalkredit	11'651'910	4'261'700	7'390'210	3'750'000	3'250'000	390'000		
32	Weltausstellung Expo 2010 in Shanghai								
	Verpflichtungskredit vom 22.04.09	4'000'000	4'002'848	-2'848					
33	Europ. Aktionsprogramm Erasmus Mundus								
	Verpflichtungskredit vom 24.6.2009	173'000	57'048	115'952	37'000	41'000	42'000		[1]
34	Nutzungspotential Tiefengeothermie 2009 - 2010								
	Verpflichtungskredit vom 16.09.2009	1'700'000	1'251'382	448'618					
	Übertrag	**301'052'295**	**186'082'386**	**114'969'908**	**24'990'000**	**13'927'000**	**6'369'000**	**1'526'000**	**205'000**

Verpflichtungskredite 2010

Nr.	Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite	Zahlungen bis 31.12.2010	Verfügbarer Restkredit	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
	Hertrag	**301'052'295**	**186'082'386**	**114'969'908**	**24'990'000**	**13'927'000**	**6'369'000**	**1'526'000**	**205'000**
35	Industriezubringer Schaan 2010 - 2013 Verpflichtungskredit vom 18.11.2009	15'000'000	708'434	14'291'566	4'000'000	5'000'000	4'000'000	1'000'000	292'000
36	Aufgabenbereiche Landwirtschaftsgesetz 2010 - 2013 Verpflichtungskredit vom 18.11.2009	63'606'000	14'635'801	48'970'199	16'300'000	16'300'000	16'300'000	70'000	
37	Abfertigungsgebäude Zollamt Schaanwald Verpflichtungskredit vom 16.12.2009	520'000	43'393	476'607	476'000				
38	Europ. Olympisches Winter-Jugendfestival 2015 Verpflichtungskredit vom 16.3.2010 Euro 707'000	876'000	0	876'000	0	124'000	124'000	248'000	381'000
39	300 Jahre Liechtensteiner Oberland 2012 Verpflichtungskredit vom 26.5.2010	800'000	98'500	701'500	278'000	424'000			
40	Aussengrenzfonds der EU für 2007 - 2013 Verpflichtungskredit vom 26.5.2010 Euro 387'000	479'000	0	479'000	94'000	130'000	179'000		
41	Beteiligung am EWR Finanzierungsmechanismus 2009-2014 Verpflichtungskredit vom 22.09.2010 Euro 10'000'000	12'400'000	23'441	12'376'559	149'000	769'000	2'840'000	3'869'000	4'753'000[1)]
42	Umbau Landstr. Schaan Steckergasse-Lindenkreuzung Verpflichtungskredit vom 24.11.2010	1'400'000	0	1'400'000	1'400'000				
43	Klimaanschubfinanzierung «Copenhagen Accord» Verpflichtungskredit vom 15.12.2010	700'000	0	700'000	350'000	350'000			
	Gesamttotal	**396'833'295**	**201'591'956**	**195'241'339**	**48'037'000**	**37'024'000**	**29'812'000**	**6'713'000**	**5'631'000**

[1)] Verpflichtungskredit in Fremdwährung eingehalten

Hochbauten

Abrechnung über Pauschalkredit für Hochbauprojekte (Sammelkonto 930.503.00) *Beträge in CHF*

Konto-Nr.		Budget	Rechnung
052.503.00	Kauf Kanzlei Ständige Vertretung New York		37'354.31
208.503.01	Realschule Balzers Sanierung		155'413.25
215.503.03	Schulzentrum Mühleholz II		158'906.75
304.503.03	Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz		2'277'944.64
650.503.00	Busbahnhof / Tiefgarage Post Schaan		7'503'481.88
950.503.00	Zollamt Schaanwald – Umbau		43'393.20
930.503.00	Budget 2010	15'570'000.00	
930.503.00	Total	15'570'000.00	10'176'494.03

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LGBl. 2000 Nr. 273)

Übersicht über die Abgabenverwendung *Beträge in CHF*

Konto-Nr.		Verwendung	Rechnung
650.407.00	Ertragsanteil LSVA (7.117 ‰ von CHF 1'484'336'307)		10'564'763.65
500.363.00	Staatsbeitrag AHV (LSVA-Anteil für Rentenvorbezug) 2/3		-7'043'175.75
	LSVA-Anteil an umwelt-/gesundheitspolit. Massnahmen: 1/3	3'521'587.90	3'521'587.90
	Verwendung:		
600.314.02.13	Verkehrszählungen	-8'339.45	
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	-234'751.09	
650.318.04	Experten/Gutachten Verkehrsbereich	-287'415.25	
650.318.05	Planungsleistungen S-Bahn FL.A.CH	-836'117.94	
650.318.06	Beitrag grenzüberschreitende Linienbusse	-270'076.12	
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	-1'033'245.00	
650.314.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	-330'991.95	
702.318.00	Untersuchungen und Kontrollen im Bereich Lärmschutz	-38'912.95	
710.318.04	Umweltdaten, Umweltberichterstattung	-149'783.90	
	Zwischentotal	-3'189'633.65	
	Übertrag aus Vorjahr	7'735'130.15	
	Vortrag auf neue Rechnung 2011	8'067'084.40	

Umweltabgaben (LGBl. 2010 Nr. 15, LGBl. 2010 Nr. 19)

Übersicht über die Abgabenverwendung *Beträge in CHF*

Konto-Nr.		Verwendung	Rechnung
950.407.00	Ertragsanteil VOC		480'217.90
701.407.01	Ertragsanteil Bevölkerung CO2-Abgabe		2'606'340.81
	Lenkungsabgaben	3'086'558.71	3'086'558.71
	Verwendung:		
701.367.00	Projekte gemäss Kyoto-Protokoll	-1'745'176.00	
860.366.00	Förderbeiträge gem. Energieeffizienzgesetz (EEG)	-11'463'399.00	
	Zwischentotal	-10'122'016.29	
	Übertrag aus Vorjahr	0.00	
	Vortrag auf neue Rechnung 2011	0.00	

Liechtensteinische Arbeitslosenversicherungskasse *)

(Unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel		
Bankguthaben	2'271'707.00	
Anlagen des Finanzvermögens		
Poolanlagen	14'121'893.28	
Forderungen		
Akontozahlungen Arbeitslosenentschädigung	1'700.00	
Rückforderung von Arbeitslosenentschädigungen	19'734.25	
Rückforderung von Insolvenzentschädigungen	293'752.56	
Wertberichtigung Forderungen	-313'486.81	
Guthaben gegenüber Sozialversicherungen	0.00	
Beitragsvorauszahlungen an Oesterreich	581'600.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Aktiven	10'425'000.00	
Kurzfristiges Fremdkapital		
Abschlagszahlungen Versicherungsbeiträge		6'274'032.91
Durchlaufkonto Insolvenzentschädigungen		0.00
Verbindlichkeiten geg. Sozialvers. / Lohnsteuer aus ALE		1'299'309.97
Verbindlichkeiten geg. Sozialvers. / Lohnsteuer aus IE		75'713.30
Beitragsvorauszahlungen aus Oesterreich		26'457.89
Passive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Passiven		5'577'985.44
Eigenkapital		
Versicherungskapital		14'148'400.77
Total	27'401'900.28	27'401'900.28

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Arbeitslosenentschädigungen (ALE)	13'930'634.95	
Abschreibung Arbeitslosenentschädigungen	-16'815.45	
Sozialversicherungsbeiträge ALE	1'873'178.70	
Kurzarbeitsentschädigungen (KAE)	3'227'532.05	
Insolvenzentschädigungen (IE)	501'139.05	
Abschreibung Insolvenzentschädigungen	0.00	
Sozialversicherungsbeiträge IE	79'586.55	
Beratungs- und Verwaltungskosten	2'517'606.18	
Aufwand Pool-Anlagen	134'114.77	
Bankspesen	2'250.23	
Versicherungsbeiträge		10'770'252.83
Beitragsausfälle		-18'298.73
Versicherungsbeiträge Grenzgänger von Oesterreich		-1'863'200.00
Versicherungsbeiträge Grenzgänger nach Oesterreich		673.57
Ertrag Fördermittel EU		0.00
Ertrag Rückforderung Arbeitslosenentschädigung		47'691.00
Ertrag Rückforderung Kurzarbeitsentschädigung		0.00
Ertrag Rückforderung Insolvenzentschädigung		49'107.25
Staatsbeitrag		3'900'000.00
Ertrag Pool-Anlagen		868'069.93
Bankzinsen		5'191.00
Übrige Erträge		2'038.90
	22'249'227.03	13'761'525.75
Aufwandüberschuss 2010		8'487'701.28
Total	22'249'227.03	22'249'227.03

*) Die Arbeitslosenversicherungskasse bildet Bestandteil der staatlichen Vermögensrechnung (vgl. Kapitalien der unselbständigen Anstalten und Stiftungen in der Bilanz).

Kulturstiftung Liechtenstein *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	1'053'257.00	
Geldmarktanlagen	0.00	
Wertschriften	1'099'600.00	
Forderungen	0.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung	14'989.72	
Inventar	1.00	
Verbindlichkeit Landeskasse		269'429.92
Passive Rechnungsabgrenzung		251'520.00
Stiftungskapital		30'000.00
Gewinnvortrag / Reserven per 01.01.2010	1'822'366.35	
Aufwandsüberschuss 2010	-205'468.55	
Gewinnvortrag / Reserven per 31.12.2010	1'616'897.80	1'616'897.80
Total	2'167'847.72	2'167'847.72

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Gehälter und Sozialbeiträge	182'121.37	
Stiftungsrat	77'521.03	
Kommissionsentschädigungen	0.00	
Sonstiger Personalaufwand	0.00	
Büro- und Druckmaterial	23'193.65	
Reisespesen	1'774.95	
Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Repräsentationen	12'198.70	
Experten	10'483.49	
Revisionsaufwand	0.00	
Projektbeiträge Inland	474'890.00	
Projektbeiträge Ausland	112'170.00	
Betriebsbeiträge	0.00	
Leistungsvereinbarungen	1'543'000.00	
Fortbildungsbeiträge	50'000.00	
Werkjahre/Werkbeiträge	202'666.00	
Ankäufe und Aufträge	96'239.85	
Kulturpreis/Anerkennungsgaben	5'000.00	
Wettbewerbe	0.00	
Eigene Projekte	345'960.19	
Bankspesen	33.89	
Zinsaufwand	0.00	
Aufwand Wertschriftenverwaltung	0.00	
Zinserträge		35'586.57
Realisierter Wertschriftenerfolg		0.00
Ertrag Interkantonale Landeslotterie / Schweizer Zahlenlotto		1'236'198.00
Staatsbeitrag 2010		1'660'000.00
	3'137'253.12	2'931'784.57
Aufwandsüberschuss 2010		205'468.55
Total	3'137'253.12	3'137'253.12

*) Die Jahresrechnung der Kulturstiftung Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Kunstmuseum Liechtenstein *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Kasse	5'213.66	
Liecht. Landesbank AG	559'545.50	
Verwaltungs- und Privatbank AG	166'368.80	
Skulpturen	1.00	
Kunstgut	1.00	
Debitoren	146'809.62	
Kreditoren		289'330.28
Kreditor Landeskasse		104'966.27
Gewinnvortrag per 01.01.2010	580'221.06	
Aufwandüberschuss 2010	-96'578.03	
Gewinnvortrag per 31.12.2010	483'643.03	
Total	877'939.58	877'939.58

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Personalkosten	1'637'945.25	
Kunstankäufe aus Landesbeitrag	496'386.63	
Kunstankäufe aus Stiftungsvermögen	0.00	
Ausstellungen	1'095'272.45	
Museumspädagogik	114'755.30	
Öffentlichkeitsarbeit	204'090.52	
Betreuung Sammlung	248'099.84	
Sonstige Aufwendungen	353'464.11	
Staatsbeitrag		3'568'000.00
Sponsorengelder		123'000.00
Sonstige Erträge		362'436.07
	4'150'014.10	4'053'436.07
Aufwandüberschuss 2010		96'578.03
Total	4'150'014.10	4'150'014.10

*) Die Jahresrechnung des Kunstmuseums Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinisches Landesmuseum *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010

Beträge in CHF

		Aktiven	Passiven
Kasse		1'159.55	
Liecht. Landesbank		434'916.20	
Übrige Debitoren		660.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung		12'774.00	
Sammlungen		1.00	
Mobiliar		1.00	
Verbindlichkeit Landeskasse			51'398.78
Stiftungskapital per 01.01.2010	387'660.54		
Ertragsüberschuss 2010	10'452.43		
Stiftungskapital per 31.12.2010	398'112.97		398'112.97
Total		449'511.75	449'511.75

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Beträge in CHF

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	1'476'865.34	
Sozialbeiträge	323'325.88	
Bürobedarf, Kanzleiauslagen	46'991.50	
Ankäufe, Restaurationen	100'900.75	
Sonderausstellungen, Diaschau, Medien, Publikationen	33'048.86	
Mobiliar, Ausstattungen	72'032.71	
Foto, Film, Bilddokumentationen	26'664.33	
Depot, Studiensammlungen, Restaurierungen	127'121.39	
Wohnmuseum Schellenberg	4'014.60	
Stiftungsrat, Museumskommission	13'312.88	
Wechselausstellungen	235'996.07	
Marketing / Public Relations	52'886.44	
Museumspädagogik / Sachaufwand	52'969.77	
Multimedia / Ausstellungen (Unterhalt)	18'878.81	
Museumsrelevante Verbrauchsmaterialien	25'866.04	
Verschiedene Aufwendungen	76'251.32	
Eintritte, Kartenverkauf, Spenden, Zinsen		76'579.12
Staatsbeitrag		2'621'000.00
	2'687'126.69	2'697'579.12
Ertragsüberschuss 2010	10'452.43	
Total	2'697'579.12	2'697'579.12

*) Die Jahresrechnung des Landesmuseums bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Musikschule *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Kasse	489.20	
Liecht. Landesbank AG	30'848.60	
Debitoren	275'445.70	
Forderung Landeskasse	67'350.08	
Lehrmittel	1.00	
Mobiliar	1.00	
Passive Rechnungsabgrenzung Landeskasse		306'783.50
Stiftungskapital		2.00
Gewinnvortrag / Reserven 01.01.2010	0.00	
Ertragsüberschuss 2010	67'350.08	
Gewinnvortrag / Reserven 31.12.2010	67'350.08	67'350.08
Total	374'135.58	374'135.58
Anmerkungen zur Vermögensrechnung		
Treuhänderisch verwaltete Vermögen:		
Internationale Meisterkurse (Kontokorrent LLB)		123'053.30
Spendenkonto Musikwettbewerb (Kontokorrent LLB)		81'703.50
Instrumentenfond (Kontokorrent und Festgeld LLB)		314'145.70
Sonderkonto «Projekte» (Kontokorrent VPB)		55'320.89

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	6'956'885.28	
Sozialbeiträge	1'482'893.11	
Rückerstattung Personalaufwand Weiterführende Schulen	-318'741.00	
Dienstjubiläen	10'037.25	
Fahrspesen-Entschädigungen	38'083.15	
Lehrmittel	12'659.91	
Kanzleibedarf	85'202.18	
Mobiliar, EDV, Ausstattungen	93'500.11	
Unterrichtskommission	12'438.70	
Schulzeitung	28'144.05	
Veranstaltungen	82'152.65	
Instrumentenpflege	44'535.55	
Schulgeldermässigungen	27'950.20	
Sitzungsgelder Stiftungsrat	14'360.96	
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		2'151'340.00
Zinserträge		31.80
Staatsbeitrag		6'486'080.38
	8'570'102.10	8'637'452.18
Ertragsüberschuss 2010	67'350.08	
Total	8'637'452.18	8'637'452.18

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Musikschule bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Kunstschule Liechtenstein *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Kasse	7'939.10	
Bankguthaben	421'513.58	
Debitoren	57'274.15	
Aktive Rechnungsabgrenzung	84'270.22	
Unterrichtsmaterial	1.00	
Mobiliar	1.00	
Verbindlichkeit Landeskasse		494'953.80
Passive Rechnungsabgrenzung		47'700.00
Zweckgebundene Spenden		0.00
Stiftungskapital 01.01.2010 2.00		
Ertragsüberschuss 2010 28'343.25		
Stiftungskapital 31.12.2010 28'345.25		28'345.25
Total	570'999.05	570'999.05
Anmerkung zur Vermögensrechnung		
Treuhänderisch verwaltete Vermögen:		
Zweckbestimmte Spenden		599'720.10
Buchverkäufe «sil»		414.27

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	569'528.88	
Sozialbeiträge	86'593.59	
Stiftungsrat	174.15	
Honorare Selbständige	24'894.20	
Weiterbildung	3'667.04	
Lehrmittel, Schulmaterial	67'009.79	
Akademien	28'000.85	
Büromaterial	21'824.80	
Ausstattungen, Anschaffungen	17'717.90	
Externe Aufträge	1'500.00	
Veranstaltungen	14'068.33	
Informationsmaterial	59'508.47	
Ersatzanschaffungen	46'421.45	
Unterhalt	1'567.65	
Diverses	9'839.70	
Mieten	11'267.65	
Materialbeitrag		67'405.20
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		385'259.10
Allgemeine Spenden		73'440.22
Sonstige Erträge		1'823.18
Staatsbeitrag		464'000.00
	963'584.45	991'927.70
Ertragsüberschuss 2010	28'343.25	
Total	991'927.70	991'927.70

*) Die Jahresrechnung der Kunstschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Landesbibliothek *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Kasse	552.70	
Liecht. Landesbank Kontokorrent	2'195.20	
Liecht. Landesbank Sparkonto Feger-Stiftung	27'005.60	
Liecht. Landesbank Callgeldanlage	842'000.00	
Debitoren	0.00	
Bücherbestand	1.00	
Mobiliar	1.00	
Kreditor Landeskasse		232'155.69
Sonstige Kreditoren		0.00
Kautionen		2'800.00
Stiftungskapital 01.01.2010	818'536.30	
Aufwandsüberschuss 2010	-181'736.49	
Stiftungskapital 31.12.2010	636'799.81	636'799.81
Total	871'755.50	871'755.50

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	1'099'873.47	
Sozialbeiträge	253'207.26	
Anschaffungen von Medien	227'698.30	
Buchbindearbeiten	33'036.20	
Büchereimaterialien	10'958.55	
EDV	114'429.32	
Mobilien, Anschaffungen, Einrichtungen	19'361.78	
Allg. Unkosten: Öffentlichkeitsarbeit / Veranstaltungen	63'096.45	
Allg. Unkosten: Büroaufwand, Druckkosten, L. Bibliographie	35'660.31	
Allg. Unkosten: Weiterbildung / Reisespesen	27'469.29	
Stiftungsrat, Bibliothekskommission	11'070.61	
Gemeindebeiträge		11'900.00
Spenden, Beiträge, Zinserträge		13'138.90
Betriebseinnahmen, Gebühren		44'086.15
Staatsbeitrag		1'645'000.00
	1'895'861.54	1'714'125.05
Aufwandsüberschuss 2010		181'736.49
Total	1'895'861.54	1'895'861.54

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Landesbibliothek bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
LLB Sparkonto	442'102.60	
Aktive Rechnungsabgrenzung AWICO	9'941.35	
Debitor Landeskasse	47'745.61	
Passive Rechnungsabgrenzung Fördergelder		240'000.00
Stiftungskapital per 01.01.2010		227'814.04
Ertragsüberschuss 2010		31'975.52
Stiftungskapital per 31.12.2010		259'789.56
Total	499'789.56	499'789.56
Anmerkung zur Vermögensrechnung		
Durch die Stiftung Erwachsenenbildung verwaltete EU-Mittel		
AWICO (LLB, Kontokorrent)		EUR 35.50

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Erwachsenenbildung Stein-Egerta	860'000.00	
Haus Gutenberg Balzers	200'000.00	
Gemeinschaftszentrum Resch	60'000.00	
Liecht. Arbeitnehmerverband	6'000.00	
Eltern-Kind-Forum	15'000.00	
Schwestern A.S.C. St. Elisabeth	12'000.00	
Verein für interkulturelle Bildung	87'000.00	
Seniorenkolleg	20'000.00	
ISB Institut für Sprachkurse und Bildungsreisen	0.00	
Inform AG	0.00	
Geschäftsführung	106'571.71	
Bürokosten	18'482.26	
Sachbearbeitung/Studien/Tagungen	4'634.09	
Stiftungsrat	9'365.01	
Weiterbildung	1'600.00	
Projekte	31'206.40	
Aufwand Projekt AWICO	20'507.87	
Bankspesen	0.00	
Ertrag Projekt AWICO		42'363.58
Spenden		10'000.00
Zinsertrag		1'979.28
Staatsbeitrag		1'430'000.00
	1'452'367.34	1'484'342.86
Ertragsüberschuss 2010	31'975.52	
Total	1'484'342.86	1'484'342.86

*) Die Jahresrechnung der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Guthaben bei der Landeskasse	844'651.61	
Verbindlichkeit Auszeichnungen Worldskills		8'000.00
Gewinnvortrag 01.01.2010	468'892.41	
Ertragsüberschuss 2010	367'759.20	
Gewinnvortrag 31.12.2010	836'651.61	836'651.61
Total	844'651.61	844'651.61

Anmerkung zur Vermögensrechnung
Durch die AIBA verwaltete EU-Konti

LLP Dezentrale Aktionen (LLB, Kontokorrent und Callgeld)	EUR 510'234.70
Betriebskostenbeitrag (LLB, Kontokorrent)	EUR 173.60
Bologna-Promotoren (LLB, Kontokorrent)	EUR 7'413.20

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Lebenslanges Lernen		
Gehälter	246'726.46	
Sozialbeiträge	51'924.60	
Verwaltungsrat und Beirat	14'110.60	
Übriger Personalaufwand	180.00	
Administration, PR, Mieten und Revision	78'202.75	
Reisespesen	32'010.00	
Experten / Gutachten	16'976.10	
Programmbeteiligungen	128'687.86	
Verwaltungskostenbeitrag EU und übrige Programm-Erträge		219'414.28
Verwaltungskostenbeitrag EU für Vorjahr		210'909.83
(einmalige Änderung der Buchhaltungspraxis)		
Worldskills		
Gehälter	72'855.37	
Sozialbeiträge	12'780.35	
Administration, PR, Beiträge	23'473.85	
Aufwand Wettbewerbe	45'636.97	
Erträge Worldskills		0.00
Staatsbeitrag 2010		661'000.00
	723'564.91	1'091'324.11
Ertragsüberschuss 2010	367'759.20	
Total	1'091'324.11	1'091'324.11

*) Die Jahresrechnung der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Hochschule Liechtenstein *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. August 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Liquide Mittel	2'961'839.68	
Debitoren	868'471.95	
Sonstige Forderungen	230'569.17	
Aktive Rechnungsabgrenzung	11'340.45	
Anlagevermögen	2'879'963.52	
Bankverbindlichkeiten		2'000'000.00
Kreditor Landeskasse		933'302.73
Kreditoren		1'131'806.36
Sonstige Verbindlichkeiten		128'292.08
Kautionen und Sonstige Sicherheiten		131'445.00
Passive Rechnungsabgrenzung		1'325'223.00
Fondskapital: Forschungsförderungsfonds		650'477.71
Fondskapital: Fonds für Lehrstühle		100'000.00
Offene und Gebundene Kapitalrücklage 106'854.87		
Kapital 77'695.24		
Aufwandsüberschuss 01.09.2009 - 31.08.2010 367'087.78		
Total Eigenkapital 551'637.89		551'637.89
Total	6'952'184.77	6'952'184.77

Erfolgsrechnung vom 1. September 2009 bis 31. August 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	10'406'370.45	
Honorare	1'505'933.75	
Sozialleistungen	1'975'430.17	
Sonstiger Personalaufwand	52'075.79	
Materialaufwand	450'538.65	
Bezogene Leistungen für Lehre und F&E	1'189'364.53	
Stipendien	80'571.65	
Abschreibungen linear	338'829.15	
Abschreibungen im Jahr der Anschaffung	502'399.66	
Beratungs- und Rechtsaufwand	70'493.23	
Aufwandsentschädigungen (Spesen)	904'109.51	
Weiterbildung	66'180.22	
Informationsaufwand (Literatur)	260'141.64	
Marketing	1'140'655.95	
Raumkosten	548'518.25	
Wartung/Instandhaltung	279'052.46	
Mehrwertsteuer	47'869.32	
Abschreibungen von Forderungen	20'805.00	
Übriger Verwaltungsaufwand	481'127.14	
Bankspesen und Kursdifferenzen	319'234.44	
Zinsaufwand	3'942.31	
Einnahmen aus dem Lehrbetrieb		2'745'080.54
Einnahmen aus der Forschung		2'317'208.96
Einnahmen aus der Weiterbildung		2'070'586.34
Einnahmen aus Technologie- und Wissenstransfer		905'376.91
Einnahmen aus sonstigen Veranstaltungen		26'950.00
Staatsbeitrag Studienplatzförderung Liechtenstein		10'400'000.00
Einnahmen aus Vermietung		314'560.00
Sonstige Erlöse		292'680.33
Lehrstuhlfinanzierung		450'000.00
Allgemeine Projektförderung		1'433'835.21
Bankzinsen und Kursdifferenzen		54'452.76
Ertragsüberschuss	367'087.78	
Total	21'010'731.05	21'010'731.05

*) Die Jahresrechnung der Hochschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtenstein Tourismus *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Kasse	1'274.00	
Bankguthaben	117'050.00	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6'530.00	
Übrige Forderungen	4'238.00	
Aktive Rechnungsabgrenzung	8'287.00	
Wertpapiere Bergbahnen Malbun AG	80'000.00	
Büromobiliar, Büromaschinen, EDV	135'676.00	
Li-Center	117'659.00	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		35'445.00
Verbindlichkeit Gemeinde Vaduz		57'895.00
Verbindlichkeiten Landeskasse		141'487.00
Übrige Verbindlichkeiten		11'544.00
Rückstellungen		116'000.00
Passive Rechnungsabgrenzung		23'149.00
Gesellschaftsvermögen per 01.01.2010	54'262.00	
Ertragsüberschuss 2010	30'932.00	
Gesellschaftsvermögen per 31.12.2010	85'194.00	85'194.00
Total	470'714.00	470'714.00

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Personalaufwand	981'788.00	
Unterhalt Geschäftsmobiliar, EDV	25'456.00	
Aufwand Gebäude	41'757.00	
Abschreibungen und Wertberichtigungen	64'707.00	
Versicherungen, Gebühren	7'727.00	
Büro- und Verwaltungsaufwand	59'068.00	
Marketingaufwand	719'989.00	
Mehrwertsteuer	31'916.00	
Kapitalaufwand, Kursverluste	14'341.00	
Ausserordentlicher Aufwand	3'839.00	
Staatsbeiträge		1'079'502.00
Gemeindebeiträge		210'000.00
Nächtigungstaxen		234'502.00
Verkaufserlös		153'832.00
Provisionen		1'849.00
Einnahmen Projekte / Produkte		274'825.00
Ertrag Li-Center		21'960.00
Kapitalertrag, Kursgewinne		0.00
Ausserordentlicher Ertrag		5'050.00
	1'950'588.00	1'981'520.00
Ertragsüberschuss 2010	30'932.00	
Total	1'981'520.00	1'981'520.00

*) Die Jahresrechnung von Liechtenstein Tourismus bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010

Beträge in CHF

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	3'114'129.00	
Flüssige Mittel «Legat Anna Kranz»	572'937.00	
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen	2'888'334.00	
Forderungen LAK-Häuser	587'470.00	
Übrige Forderungen	4'617'910.00	
Vorräte	111'650.00	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	55'221.00	
Mobilien, Anlagen, Einrichtungen	7.00	
Büromaschinen, EDV	3.00	
Fahrzeuge	5.00	
Wertpapiere	1'000.00	
Immobilien im Baurecht, selbstgenutzt	4.00	
Immobilien im Baurecht, vermietet	9'642'765.00	
Bankverbindlichkeiten		60'303.00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen		2'609'670.00
Verbindlichkeiten LAK-Häuser		587'470.00
Mietzinsdepot Gemeinde Vaduz		9'642'767.00
Verbindlichkeiten gegenüber Land und Gemeinden		2'234'826.00
Übrige Verbindlichkeiten / Lohnverbindlichkeiten		2'803'772.00
Rückstellungen Ferien / Überzeit		165'000.00
Passive Rechnungsabgrenzungen		1'862'130.00
Stiftungskapital		50'000.00
Reservefonds		30'000.00
Gewinn-/Verlustvortrag		38'924.00
Spenden		563'985.00
Legat Anna Kranz		1'217'308.00
A-Konto-Zahlung Defizitausgleich		800'000.00
Aufwandsüberschuss		-1'074'720.00
Total	21'591'435.00	21'591'435.00

Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) *)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Personalaufwand	16'223'340.00	
Pflegematerial, Medikamente, Therapien	98'519.00	
Mahlzeiteneinkauf, Lebensmittel, Getränke	3'171'639.00	
Mahlzeitentransporte	258'613.00	
Materialeinkauf Werkstatt	3'557.00	
Dienstleistungsaufwand, Projekte	239'522.00	
Haushalt, Reinigung	261'686.00	
Unterhalt und Reparaturen	1'948'904.00	
Mieten und Leasing	146'179.00	
Strom, Wasser, Heizung	284'988.00	
Baurechts- und Kapitalzinsen	83'999.00	
Versicherungen, Gebühren, Abgaben	137'656.00	
Büro- und Verwaltungsaufwand	400'024.00	
Übriger Betriebsaufwand, LLS	375'694.00	
Ersatz- und Neuanschaffungen	205'289.00	
MWST, Debitorenverluste	19'622.00	
Ausserordentlicher und periodenfremder Aufwand	18'972.00	
Betriebsertrag		16'447'814.00
Betriebsbeitrag Land/Gemeinden		5'516'966.00
Dienstleistungsertrag		410'580.00
Mietzinsertrag		321'373.00
Übriger Ertrag		106'750.00
	23'878'203.00	22'803'483.00
Aufwandsüberschuss		1'074'720.00
Total	23'878'203.00	23'878'203.00

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Alters- und Krankenhilfe bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst *)

(Privatrechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	4'666'176.90	
Debitoren	6'162.05	
Mobilien	14'667.85	
Kreditoren «Projektfinanzierungen»		4'307'352.49
Kreditoren «Projekte in Abklärung»		52'600.00
Sonstige Kreditoren		175'259.60
Stiftungskapital Anteil Land		49'000.00
Stiftungskapital Anteil Verein Welt und Heimat		1'000.00
Gewinnvortrag 01.01.2010	79'327.75	
Ertragsüberschuss 2010	22'466.96	
Gewinnvortrag 31.12.2010	101'794.71	101'794.71
Total	4'687'006.80	4'687'006.80

Erfolgsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 *Beträge in CHF*

	Aufwand	Ertrag
Projektfinanzierungen (Grossprojekte)	16'733'340.50	
Diverse Projektbeiträge (bis CHF 25'000)	356'111.40	
Weitergeleitete private Beiträge	107'403.95	
Spendenverdoppelungen (bis CHF 10'000)	640'333.55	
Weitergeleitete Beiträge Verdoppelung	835'501.25	
Diverse Aktionsbeiträge (bis CHF 5'000)	0.00	
Entwicklungsmitarbeitende	777'404.95	
Total Aufwand Projekte	*19'450'095.60*	
Öffentlichkeitsarbeit	113'487.50	
Lohn- und Sozialkosten	651'710.76	
Projektabklärungen	49'183.50	
Raumkosten	26'160.00	
Büroaufwand	14'333.90	
Weiterbildung/Organisation	11'167.35	
Abschreibungen	4'035.00	
Sitzungsgelder	16'750.00	
Diverser Aufwand	19'465.03	
Aufwand Büro Harare	118'080.55	
Aufwand Büro Cochabamba	73'735.00	
Total Aufwand Verwaltung	*984'621.09*	
Landesbeitrag		18'200'000.00
Private Beiträge Grossprojekte		1'254'732.00
Private Beiträge		108'413.95
Private Beiträge Verdoppelungen		835'501.25
Rückzahlungen Projekte		6'227.00
Abgerechnete Projekte		159'493.45
Bankzinsen		6'303.50
	20'548'204.19	20'570'671.15
Ertragsüberschuss	22'466.96	
Total	20'570'671.15	20'570'671.15

*) Die Jahresrechnung des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Stiftungsrechnungen per 31. Dezember 2010

Beträge in CHF

Bezeichnung der Stiftung	Vermögensstand 01.01.2010	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2010
Fürstlicher Landes-Wohltätigkeitsfonds (Stiftung)	602'372.84			
Zinsertrag		120.42		
Realisierte Wertschriftengewinne		25'742.82		
Zuschreibungen Wertschriften		37'190.78		
Realisierte Wertschriftenverluste			18'079.61	
Nicht realisierte Wertschriftenverluste			43'816.71	
Bankspesen / Wertschriftenverwaltung			1'846.84	601'683.70
Franz und Elsa Stiftung für die Jugend Liechtensteins	237'955.50			
Zinsertrag		77.80		238'033.30
Stiftung Andreas Marxer zur Ausbildung röm.-kath. Priester	32'310.90			
Zinsertrag		35.65		
Pachtzinsertrag		184.65		32'531.20
Johann Schädler AGRA-Stiftung in Liquidation	141'980.16			
Realisierte Wertschriftengewinne		27'236.58		
Zuschreibungen Wertschriften		8'865.07		
Unterstützungsbeiträge			52'000.00	
Realisierte Wertschriftenverluste			19'957.93	
Nicht realisierte Wertschriftenverluste			1'442.25	
Zinsaufwand			51.44	
Bankspesen / Wertschriftenverwaltung			1'360.69	103'269.50
Hermine Kindle de Contreras Torres und Miguel Contreras Torres-Stiftung	504'987.08			
Zinsertrag		179.94		
Realisierte Wertschriftengewinne		23'878.67		
Zuschreibungen Wertschriften		29'468.92		
Unterstützungsbeiträge			10'000.00	
Verwaltungsaufwand			2'802.00	
Realisierte Wertschriftenverluste			14'571.18	
Nicht realisierte Wertschriftenverluste			34'833.76	
Bankspesen / Wertschriftenverwaltung			1'572.26	494'735.41
Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen	146'784.20			
Beitrag der Schweizer Privatversicherer		75'000.00		
Zinsertrag		397.60		
Kleinlöscher-Schulungen			28'982.46	
Kostenanteil Feuerwehrausbildung			0.00	
Kostenanteil Feuerwehr-Übungsanlage			0.00	
Verwaltungsaufwand			0.00	193'199.34
Fürst Franz Josef von Liechtenstein Stiftung	8'442'171.95			
Zins- und Wertschriftenertrag		172'585.94		
Realisierte Wertschriftengewinne		233'527.49		
Zuschreibungen Wertschriften		320'237.65		
Realisierte Wertschriftenverluste			182'817.57	
Nicht realisierte Wertschriftenverluste			469'022.29	
Bankspesen, Courtage, Stempel, etc.			19'304.86	
Wertschriftenverwaltung			56'423.75	
Sekretariats- und Revisionskosten			11'674.50	
Preise, Beiträge, Stipendien			0.00	8'429'280.06
Total	10'108'562.63	954'729.98	970'560.10	10'092'732.51

Spezialfinanzierungen per 31. Dezember 2010

Beträge in CHF

Bezeichnung der Spezialfinanzierung	Vermögensstand 01.01.2010	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2010
Tierseuchenfonds	1'140'799.07			
Beiträge Gemeinden & Tierbesitzer		57'725.00		
Landesbeitrag		75'672.00		
Viehhandelspatenttaxen		1'313.00		
Sömmerungsgebühren		4'130.00		
Beitrag Rinderhalter an die BVD		24'589.30		
Wertschriftenerfolg		27'560.18		
Entnahme für Tierseuchenbekämpfung			185'677.09	1'146'111.46
Fonds zur Unfallverhütung im Strassenverkehr	163'393.89			
Prämieneingänge		150'354.46		
Wertschriftenerfolg		3'947.38		
Unfallverhütungsmassnahmen			145'956.72	171'739.01
Milchqualitätsfonds	263'071.31			
Einnahmen aus Qualitätsabzügen		14'663.70		
Wertschriftenerfolg		6'355.45		
Entnahme für Qualitätsverbesserung			8'205.85	275'884.61
Total	1'567'264.27	366'310.47	339'839.66	1'593'735.08

Erläuterungen zur Landesrechnung 2010

Zusammenfassung

Das Resultat der Landesrechnung 2010 ist in mehrerer Hinsicht speziell. Zum einen freut sich die Regierung, darüber informieren zu können, dass der Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres deutlich besser ausfällt als bei der Planung im Jahr 2009 angenommen. Wohl schliesst die Laufende Rechnung mit CHF -66 Mio. im operativen Bereich noch deutlich im Negativbereich ab, allerdings sah der Voranschlag 2010 noch ein Minus von CHF -215 Mio. vor. Dabei ist die Verbesserung zu rund 70% auf höhere Erträge zurückzuführen. Es ist nicht zuletzt dem sparsamen Umgang von Regierung und Verwaltung mit den vom Landtag bewilligten Budgetkrediten zu verdanken, dass auch die Aufwendungen um CHF -40 Mio. unter den Planwerten blieben und damit einen relevanten Teil zur Verbesserung des Resultats beisteuerten. Wird auch das positive Finanzergebnis in die Betrachtung mit einbezogen, so verbleibt noch ein Minus von CHF -30 Mio. im laufenden Haushalt 2010.

Auf der anderen Seite muss auch konstatiert werden, dass ein wesentlicher Anteil der Mehrerträge – im Umfang von rund CHF 70 Mio. – als einmalige Sondereffekte zu qualifizieren sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um Erträge aus verschiedenen Steuerarten, aber auch um Sondereinnahmen in anderen Ertragskategorien. Diesem Umstand ist bei der Interpretation des Ergebnisses Rechnung zu tragen. Zu schnell wäre man versucht, die eingeleiteten Bemühungen zur Sanierung des Landeshaushaltes als nicht mehr - oder zumindest nicht mehr in dieser Intensität – notwendig zu erachten. Die Regierung vertritt aber klar die Meinung, dass die in der Finanzplanung aufgezeigte Schieflage des Landeshaushalts nach wie vor besteht und hoher Handlungsbedarf vorhanden ist. Es wäre zum aktuellen Zeitpunkt kein Zeichen verantwortlichen Handelns, wenn das Ergebnis 2010 zum Anlass genommen würde, eine völlig andere Sichtweise einzunehmen, denn dafür sind die Unsicherheiten in Bezug auf die mittelfristige volkswirtschaftliche Entwicklung als auch in Bezug auf die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes noch zu gross.

Die wichtigsten Feststellungen im Überblick:
- die Laufende Rechnung 2010 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF -66 Mio. aus der operativen Tätigkeit
- das Finanzergebnis beträgt CHF 36 Mio.
- das Resultat der Laufenden Rechnung beläuft sich auf insgesamt CHF -30 Mio.
- die Nettoinvestitionen 2010 erreichen mit CHF 58 Mio. ein sehr tiefes Volumen
- der operative Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 12% auf Vorjahresniveau
- die operativen laufenden Erträge 2010 fallen in erster Linie aufgrund einmaliger Sondereffekte um CHF 108 Mio. höher aus als budgetiert

Bekanntlich unterliegt das Resultat der Finanzanlagen – gerade in den letzten Jahren – einer hohen Volatilität und darf als Einzelergebnis nicht in die Beurteilung des Gesamtergebnisses einfliessen. Vielmehr muss der Fokus von Landtag und Regierung auf dem operativen Resultat der Landesrechnung liegen und die Anstrengungen zur Reduktion der Aufwandseite müssen zum Ziel haben, den operativen Bereich wieder nachhaltig «ins Lot» zu bringen. Bekanntlich liegt die Zielsetzung der Regierung darin, ab 2015 wieder einen Staatshaushalt zu erreichen, welcher nachhaltig die Eckwerte des Finanzleitbildes erfüllt, ohne dass wichtige zukunftsgerichtete Projekte deswegen vernachlässigt werden.

Zur Darstellung: in den nachstehenden Ausführungen und Tabellen können sich aufgrund von Rundungen geringe Differenzen ergeben.

Laufende Rechnung

Zur besseren Interpretierbarkeit des Ergebnisses und aus Transparenzgründen wird die Laufende Rechnung in zwei Teilergebnissen – einmal demjenigen der operativen Tätigkeit und einmal dem Finanzergebnis – dargestellt. Aufgrund des beträchtlichen extern verwalteten Vermögens kann das Finanzergebnis einen wesentlichen Einfluss auf das Resultat der Laufende Rechnung ausüben und ist gleichzeitig der nur sehr bedingt beeinflussbaren Volatilität der Finanzmärkte ausgesetzt, wie die Ergebnisse der letzten Jahre eindrücklich aufzeigten.

Mit einem operativen Ergebnis von CHF -66 Mio. liegt das Resultat 2010 auf Vorjahresniveau, jedoch um 70% besser als budgetiert. Wie einleitend erwähnt haben sowohl die Ertrags- als auch die Aufwandseite zu dieser Entwicklung beigetragen.

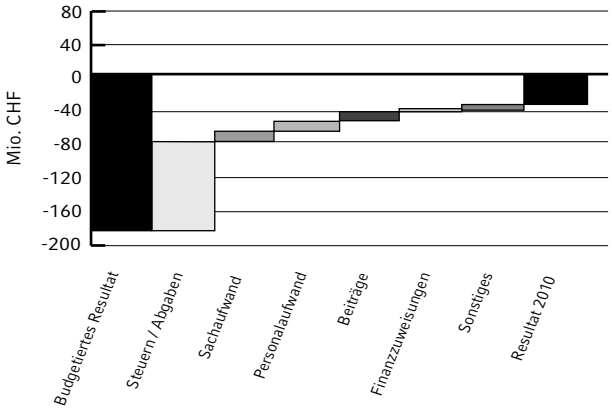
Beträge in CHF Mio.

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung nach Bereichen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Ertrag	**891**	783	872
Aufwand	**-884**	-925	-864
Cash Flow	***7***	*-142*	*8*
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	**-72**	-73	-73
Operatives Ergebnis	***-66***	*-215*	*-65*
Finanzergebnis	**36**	33	124
Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung	**-30**	-182	59

Da im vergangenen Jahr – als Gegenbewegung zum sehr schlechten Resultat 2008 – mit CHF 124 Mio. vor allem aufgrund von Zuschreibungen ein sehr hohes Finanzergebnis erzielt wurde, liegt der entsprechende Wert im Berichtsjahr deutlich tiefer, was sich auch im Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung von CHF -30 Mio. gegenüber einem Ertragsüberschuss von CHF 59 Mio. im 2009 widerspiegelt.

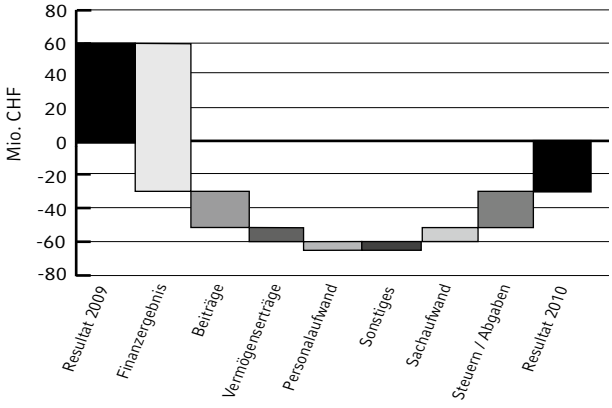
Die nachfolgende Grafik zeigt deutlich auf, dass die Verbesserung des Ergebnisses 2010 zum überwiegenden Teil auf höhere Einnahmen bei den Steuern und Abgaben zurückzuführen ist, wenn auch verschiedene Aufwandkategorien ebenfalls zu einer positiven Abweichung beigetragen haben:

Ergebnis Laufende Rechnung 2010 / Abweichung vom Budget zum IST

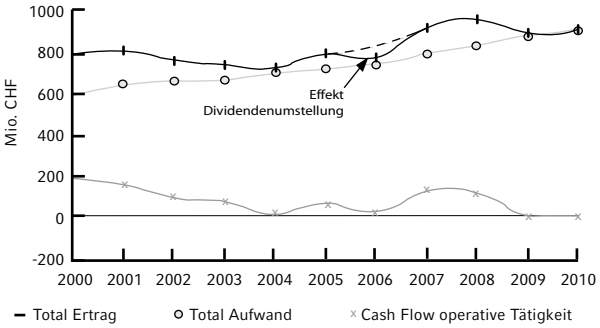


Anders fällt die Analyse im Vergleich zum Vorjahresergebnis aus. Ausgehend von einem Ertragsüberschuss 2009 von CHF 59 Mio. zieht das um CHF -89 Mio. tiefere Finanzergebnis das Resultat in den Negativbereich, was vor allem durch höhere Beitragsleistungen noch verstärkt wird. Relevant dagegen halten auch in dieser Perspektive in erster Linie die Steuern und Abgaben, die um CHF +22 Mio. höher ausfallen als 2009.

Ergebnis Laufende Rechnung 2010 / Veränderung vom Vorjahr zum IST



Entwicklung Laufende Rechnung
(operative Tätigkeit)



Über einen Mehrjahrszeitraum betrachtet wird deutlich, dass der Cash Flow der Laufenden Rechnung sowohl im 2010 als auch im 2009 praktisch auf die Null-Grenze absackte und damit keinen relevanten Beitrag mehr zur Finanzierung der Nettoinvestitionen leisten konnte. Wären im Berichtsjahr nicht erhebliche Sondererträge angefallen, so würde sich die Situation noch einmal deutlich negativer darstellen. Wenn aus der Grafik auch nicht sehr deutlich sichtbar, so darf doch positiv festgehalten werden, dass das Wachstum der laufenden Aufwendungen im vergangenen Jahr mit +2.3% markant unter der durchschnittlichen Steigerungsrate von +4.9% der letzten 10 Jahre liegt.

Beträge in CHF Mio.

Finanzergebnis aus externer Vermögensbewirtschaftung	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Ertrag			
Erträge aus Poolanlagen	**34**	26	35
Realisierte Kursgewinne	**76**	13	64
Zuschreibungen	**95**		149
Aufwand			
Realisierte Kursverluste	**-93**		-73
Verwaltungskosten Poolanlagen	**-6**	-6	-6
Abschreibungen auf Niederstwert	**-69**		-45
Finanzergebnis	**36**	33	124

Die obige Tabelle zeigt die Komponenten des Finanzergebnisses 2010 im Vergleich mit Voranschlag und Vorjahr. Dieses wird in einem nachfolgenden Kapitel ausführlich erläutert.

Investitionsrechnung
Das Nettoinvestitionsvolumen 2010 liegt mit CHF 58 Mio. auf einem fast historischen Tief. Es bewegte sich letztmals 1985 auf diesem Niveau. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen wurden die Subventionsleistungen an die Gemeinden aufgrund der vor einigen Jahren er-

folgten Aufgabenentflechtung deutlich reduziert. Weiters enthielt die Landesrechnung vor 2000 auch die Investitionen in Telekommunikationsanlagen, welche seit der Gründung der Liechtenstein TeleNet AG (heute Telecom Liechtenstein AG) ausgegliedert sind. Auch hat sich das Hochbauvolumen gegenüber dem Durchschnitt der letzten Jahre deutlich reduziert und zuguterletzt sind die investiven Einnahmen – v.a. aus Darlehensrückzahlungen – so hoch wie noch nie.

Beträge in CHF Mio.

Finanzierung der Nettoinvestitionen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Bruttoinvestitionen	**-77**	-94	-88
Investive Einnahmen	**19**	17	18
Nettoinvestitionen	***-58***	*-77*	*-69*
Selbstfinanzierung	**43**	-109	132
Finanzierungsüberschuss/ -fehlbetrag	**-16**	-186	63
Selbstfinanzierungsgrad			
- operativ	12%	-184%	12%
- gesamt	73%	-142%	191%

Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Reduktion der Nettoinvestitionen um CHF -11 Mio., was zur Hälfte auf tiefere Investitionen in staatliche Hochbauten zurückzuführen ist.

Gesamtrechnung

Die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung führen gemeinsam betrachtet zur Gesamtrechnung des Landeshaushalts. Vom gesamten, vom Landtag genehmigten Ausgabenvolumen von CHF 1 Mrd. wurde ein Anteil von rund 94% ausgeschöpft, während die geplanten Gesamteinnahmen von CHF 799 Mio. um +14% oder CHF +111 Mio. übertroffen wurden. Die Kombination dieser beiden für die Landesrechnung positiven Effekte führt dazu, dass das Gesamtergebnis der operativen Staatstätigkeit markant besser ausfällt als budgetiert, mit CHF -51 Mio. jedoch trotz der bereits erwähnten Sondereffekte noch deutlich im Negativbereich liegt. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses verbleibt ein Finanzierungsfehlbetrag in Höhe von CHF -16 Mio., um welchen die Reserven des Landes im Berichtsjahr abgebaut werden.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtrechnung	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Aufwand aus operativer Tätigkeit	**-884**	-925	-864
Bruttoinvestitionen	**-77**	-94	-88
Gesamtausgaben	***-961***	*-1'018*	*-952*
Gesamteinnahmen aus operativer Tätigkeit	***910***	*799*	*890*
Gesamtergebnis aus operativer Tätigkeit	***-51***	*-219*	*-61*
Finanzergebnis	**36**	33	124
Finanzierungsüberschuss / -fehlbetrag	**-16**	-186	63

Die Steigerung des Gesamtausgabenvolumens konnte im Berichtsjahr trotz erheblicher Zusatzbelastungen wie zum Beispiel der Zusatzfinanzierung für die Pensionsversicherung des Staatspersonals mit einem Zuwachs von lediglich +1% (CHF +10 Mio.) auf tiefem Niveau gehalten werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die von der Regierung eingeleiteten Massnahmen im Rahmen der Sanierung des Landeshaushalts im 2010 erst zu einem geringen Teil Wirkung entfalten konnten.

Aus der nachfolgenden Tabelle wird ersichtlich, welche Komponenten der Landesrechnung welchen Beitrag in Bezug auf die Abweichung des Resultats der Gesamtrechnung gegenüber Voranschlag und Vorjahr geleistet haben:

Beträge in CHF Mio.

Gesamtrechnung / Abweichungsanalyse	**Abweichung ggü. Voranschlag**	**Vorjahr**
Cash Flow aus operativer Tätigkeit	+149	-1
Finanzergebnis	+3	-89
Nettoinvestitionen	+19	+11
Total	+170	-79

Im Vergleich zum Voranschlag ist die Abweichung zum überwiegenden Anteil durch den verbesserten Cash Flow begründet. Dieser wiederum setzt sich zu 73% aus höheren laufenden Erträgen und zu 27% aus gegenüber dem Voranschlag tieferen Aufwendungen zusammen. Im Vorjahresvergleich zeigt sich ein anderes Bild. Während der Cash Flow stabil gehalten werden konnte, reduzierte sich das Finanzergebnis um netto CHF -89 Mio. und dominierte damit die Veränderung der Gesamtrechnung.

Konformität mit dem Finanzleitbild

Das Finanzleitbild setzt sich zur Aufgabe, mit der Festsetzung weniger Kennzahlen den Staatshaushalt zu steuern, um eine untragbare Verschuldung zu vermeiden und die finanzielle Lage des Landes langfristig gesund zu erhalten. Der Landtag hat im Herbst 2010 ein neues Finanzhaushaltsgesetz verabschiedet, welches am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist und mit welchem in Bezug auf das Finanzleitbild eine Praxisänderung erfolgen wird. Die Eckwerte des Finanzleitbildes sollen inskünftig im Sinne einer mittelfristigen Steuerung des Landeshaushalts zukunftsgerichtet im Rahmen der jährlichen Finanzplanung überprüft werden. Dabei wird die Regierung verpflichtet, dem Landtag konkrete Korrekturmassnahmen vorzuschlagen, sollten die Eckwerte in der betrachteten Finanzplanungsperiode nicht erreicht werden. In diesem Sinne erfolgt nachfolgende Eckwertmessung per Ende eines Rechnungsjahres zum letzten Mal in dieser Form. Wie nachfolgend aufgezeigt, nehmen im Rechnungsjahr 2010 lediglich zwei der fünf Eckwerte die definierten Hürden, was einmal mehr den Handlungsbedarf für die Sanierung des Landeshaushalts unterstreicht.

Eckwerte	Forderung Leitbild	Rechnung 2010
1. Ergebnis Laufende Rechnung	> 0	
– operative Tätigkeit		- 66 Mio.
– Laufende Rechnung gesamt		- 30 Mio.
2. Absolutes Wachstum des laufenden Aufwands / Ertrags	A<E	
– operative Tätigkeit		
Aufwand		+ 20 Mio.
Ertrag		+ 19 Mio.
– Erfolgsrechnung gesamt		
Aufwand		+ 65 Mio.
Ertrag		- 24 Mio.
3. Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen	> 90%	
– operative Tätigkeit		12%
– Laufende Rechnung gesamt		73%
4. Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten	> 420%	
per 31.12.2010 (1'838 Mio. : 307 Mio.)		598%
5. Verhältnis Reserven / Aufwand der Laufenden Rechnung	> 100% bis < 300%	
– mit Aufwand aus operativer Tätigkeit per 31.12.2010 (1'531 Mio. : 884 Mio.)		173%
– mit Gesamtaufwand per 31.12.2010 (1'531 Mio. : 1'053 Mio.)		145%

Eckwert 1 des Finanzleitbilds ist erfüllt, wenn die Laufende Rechnung positiv abschliesst. Dies ist im Berichtsjahr weder im operativen Bereich noch unter Einbezug des Finanzergebnisses der Fall.

Eckwert 2 verlangt einen mindestens gleich bleibenden Cash Flow der Laufenden Rechnung, was erfüllt ist, wenn die laufenden Aufwendungen höchstens so stark ansteigen wie die Erträge. Im Rechnungsjahr 2010 wird der Eckwert im operativen Bereich nur ganz knapp verpasst, während er für die gesamte Laufende Rechnung deutlich verfehlt wird. Dies v.a., weil die buchhalterischen Zuschreibungen bei den Poolanlagen des Finanzvermögens im 2009 CHF 149 Mio. gegenüber CHF 95 Mio. im 2010 betrugen.

Aus dem Cash Flow der Laufenden Rechnung und den Nettoinvestitionen ergibt sich im Berichtsjahr ein Selbstfinanzierungsgrad in Höhe von 73%, womit die mit dem Finanzleitbild definierte Mindestanforderung von 90% für die Direktfinanzierung der Nettoinvestitionen nicht erreicht wird. Wenn ausschliesslich der Bereich der ordentlichen Staatstätigkeit betrachtet wird, so konnten mit dem operativen Cash Flow der Laufenden Rechnung von CHF 6.8 Mio. lediglich 12% der Nettoinvestitionen von CHF 58 Mio. direkt finanziert werden.

Der Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten belief sich per Ende 2009 auf 597 % und liegt mit einem Wert von 598% Ende 2010 praktisch gleichauf - und deutlich über dem Mindestwert von 420%.

Mit dem Eckwert 5 wird die Anforderung aufgestellt, dass sich der Deckungsüberschuss (Finanzvermögen – Fremde Mittel) zwischen dem Ein- bis Dreifachen der laufenden Aufwendungen bewegen soll. Diese Forderung wird sowohl im operativen Bereich als auch unter Einbezug der Aufwendungen des Finanzergebnisses erfüllt.

LAUFENDE RECHNUNG

Inhalt und Form der Laufenden Rechnung des Landes entsprechen der kaufmännischen Erfolgsrechnung im privatwirtschaftlichen Bereich. Der Ertrag umfasst die Eingänge aus Steuern, Vermögenserträgen, Gebühren, Verkaufserlösen und Kostenrückerstattungen. Ihm werden die Personal- und Sachaufwendungen, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, die laufenden Beitragsleistungen, die Passivzinsen sowie die Abschreibungen auf das Finanzvermögen gegenübergestellt. Der Saldo dieser Grössen bildet den Cash Flow aus der operativen Staatstätigkeit. Bestandteil des Aufwands bilden auch die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen, welche den Wertverzehr, aber auch allfällige Verluste auf den Aktiven des Verwaltungsvermögens abbilden.

Aufwand der Laufenden Rechnung

Die Gesamtaufwendungen der operativen Tätigkeit beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 884 Mio., wovon die laufenden Beitragsleistungen mit CHF 405 Mio. den mit

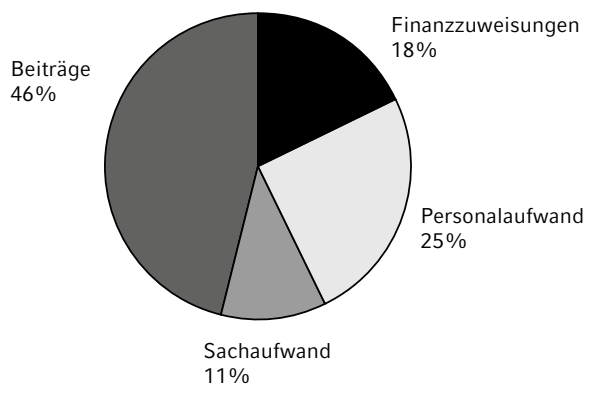
Abstand bedeutendsten Anteil ausmachen. Zusätzlich stellen sie jene Aufwandkategorie dar, welche im Vorjahresvergleich am stärksten anstieg und das Gesamtaufwandwachstum von CHF +20 Mio. zur Hauptsache verantwortete.

Beträge in CHF Mio.

Aufwand	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Personalaufwand	**220**	231	212
Sachaufwand	**96**	110	104
Passivzinsen / Währungsdifferenzen	**0**	0	0
Zwischentotal Eigenkonsum	*316*	*341*	*317*
Finanzzuweisungen	**160**	165	162
Beitragsleistungen	**405**	417	383
Einlagen Spezialfinanzierungen	**0**	0	0
Abschreibungen Finanzvermögen	**2**	1	2
Liquiditätswirksamer operativer Aufwand	***884***	*925*	*864*
Verwaltungskosten Poolanlagen	**6**	6	6
Abschreibung auf Poolanlagen (Niederstwert)	**69**		45
Realisierte Kursverluste	**93**		73
Liquiditätswirksamer Aufwand total	***1'053***	*931*	*987*
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	**72**	72	73
Total	**1'125**	1'003	1'061

Deutlich unter dem Vergleichswert 2009 blieben die Sachaufwendungen (CHF -8.2 Mio.) und die Finanzzuweisungen an die Gemeinden (CHF -2.7 Mio.), während der Personalaufwand – bedingt durch hohe Leistungen als Zusatzfinanzierung an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal – um +3.5% oder CHF +7.4 Mio. zulegte.

Zusammensetzung Aufwand 2010



Nach Aufgabenbereichen betrachtet stellen sich die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen im operativen Bereich folgendermassen dar:

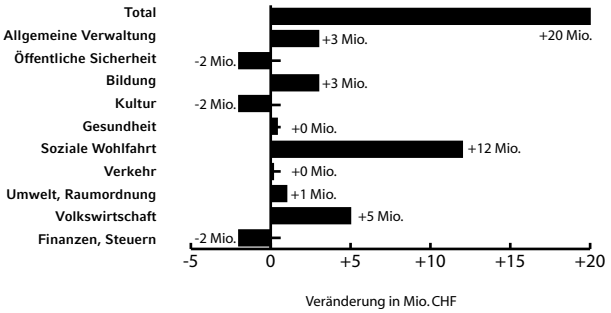
Beträge in CHF Mio.

Operativer Aufwand nach Aufgabenbereichen	**Rechnung 2010 abs.**	**Anteil**	Voranschlag 2010 abs.	Anteil	Rechnung 2009 abs.	Anteil
Allgemeine Verwaltung	**119**	**14%**	132	14%	116	13%
Öffentliche Sicherheit	**66**	**7%**	68	7%	68	8%
Bildung	**164**	**19%**	173	19%	160	19%
Kultur, Freizeit	**29**	**3%**	31	3%	31	4%
Gesundheit	**27**	**3%**	29	3%	27	3%
Soziale Wohlfahrt	**231**	**26%**	240	26%	219	25%
Verkehr	**33**	**4%**	34	4%	33	4%
Umwelt, Raumordnung	**11**	**1%**	13	1%	10	1%
Volkswirtschaft	**41**	**5%**	38	4%	36	4%
Finanzen, Steuern	**163**	**18%**	167	18%	165	19%
Total	**884**	**100%**	925	100%	864	100%

Die Bereiche der Sozialen Wohlfahrt und der Bildung beanspruchen im Berichtsjahr zusammen 45% des operativen Aufwands. Ersterer beinhaltet wichtige und gewichtige Ausgabenposten wie den Krankenversicherungsbereich, Staatsbeiträge an die AHV und die IV, Ergänzungsleistungen aber auch die Aufwendungen des Landes für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit. Im Bildungsbereich generieren in erster Linie die Aufwendungen für das gesamte Lehrpersonal, die staatlichen Beitragszahlungen für die Grundausbildung von Lehrlingen sowie der Fachhochschul- und Hochschulbereich hohen Mittelbedarf. Mit einem 18%igen Anteil und einem Volumen von CHF 163 Mio. ist auch der Bereich Finanzen/Steuern bedeutend, in welchem in erster Linie die Finanzzuweisungen des Landes an die Gemeinden (im 2010 CHF 160 Mio.) ausgewiesen werden.

Im Vorjahresvergleich zeigt sich, dass mehr als die Hälfte der Aufwandsteigerung ebenfalls auf den Bereich der Sozialen Wohlfahrt zurückzuführen ist. Die Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes (CHF 7 Mio.), ein deutlich höherer Staatsbeitrag an die Krankenkassen (CHF +4.8 Mio.) sowie der Anstieg des AHV-Staatsbeitrags (CHF +3 Mio.) sind die Hauptveränderungsgründe. Der Volkswirtschaftsbereich verzeichnet einen Zuwachs um rund CHF +5 Mio., was fast ausschliesslich auf höhere Förderleistungen nach dem Energieeffizienzgesetz zurückzuführen ist.

Veränderung operativer Aufwand nach Aufgabengebieten Rechnung 2010 zu Rechnung 2009



Die folgenden vier Aufwandpositionen stellen die grössten Einzelposten der Laufenden Rechnung dar: Finanzausgleich an die Gemeinden (CHF 85 Mio.), Anteil der Gemeinden an der Kapital- und Ertragssteuer (CHF 66 Mio.), Staatsbeitrag an die Krankenkassen (CHF 64 Mio.) und Staatsbeitrag an die AHV (CHF 53 Mio.). Mit einem Total von CHF 268 Mio. nehmen diese vier Transferleistungen einen Anteil von mehr 30% des operativen Gesamtaufwands in Anspruch.

Personalaufwand

Im Personalaufwand werden in erster Linie die Gehälter und Lohnnebenkosten des Personals der Landesverwaltung sowie der Lehrpersonen zusammengefasst. Des Weiteren sind darin die Entschädigungen für Gerichts- und Kommissionsmitglieder, die vom Land ausgerichteten Rentenleistungen sowie übrige Personalaufwendungen wie z.B. die Aus- und Weiterbildung enthalten.

Mit einer Abweichung von CHF -11.7 Mio. trug der Personalaufwand wesentlich zur Unterschreitung des budgetierten gesamten operativen Aufwands bei. Dabei blieben die Gehaltsaufwendungen für die Landesverwaltung sowie die Sozialleistungen des Landes als Arbeitgeber um jeweils CHF -4.2 Mio. unter dem Voranschlag. Bei der Entlöhnung der Lehrkräfte wurden CHF 1.9 Mio. (2.9%) nicht ausgeschöpft. Ein wesentlicher Bestandteil des Voranschlags waren die im Umfang von CHF 8.3 Mio. budgetierten Zusatzfinanzierungen für die Pensionsversicherung des Staatspersonals. Diese wurden notwendig, da gemäss Pensionsversicherungsgesetz Lohnsummensteigerungen von über +3% durch einmalige Zusatzleistungen des Arbeitgebers nachfinanziert werden müssen. Im Rechnungsjahr 2009 überschritten die Lohnsteigerungen durch eine Teuerungszulage von 3.4% und Lohnerhöhungen von 1% diese Schwelle. Von den im Voranschlag 2010 dafür vorgesehen CHF 8.3 Mio. mussten CHF 7.3 Mio. in Anspruch genommen werden, während bereits in der Rechnung 2009 eine erste Tranche des Zusatzbeitrags von CHF 1.1 Mio. verbucht wurde.

Beträge in CHF Mio.

Personalaufwand	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Behörden, Kommissionen	**3.7**	4.2	3.6
Löhne Verwaltungs-/ Gerichtspersonal	**101.0**	105.2	100.5
Löhne Lehrkräfte	**62.5**	64.4	61.9
Sozialbeiträge	**37.1**	41.3	30.6
Rentenleistungen	**7.4**	7.8	7.2
Temporäre Mitarbeitende	**5.5**	5.6	5.4
Übriger Personalaufwand	**2.3**	2.7	2.8
Total	**219.5**	231.2	212.1

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der gesamte Personalaufwand um +3.5% oder CHF +7.4 Mio. Ohne Berücksichtigung der erwähnten Zusatzbeiträge an die Pensionsversicherung ergibt sich ein Personalaufwandzuwachs von +0.6% oder CHF +1.2 Mio. Damit liegt die Wachstumsrate 2010 sehr deutlich unter dem Mittelwert der vergangenen Jahre. Der durchschnittliche (monatsgewichtete) Personalbestand lag im Berichtsjahr bei 850 Stellen und erhöhte sich damit im Vorjahresvergleich um fünf Stellen.

Sachaufwand

Der Sachaufwand umfasst die laufenden Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltsausgaben sowie den Konsum des Landes für Dienstleistungen von Dritten. Er stellt die kleinste Aufwandkategorie dar und beansprucht im Berichtsjahr einen Anteil von 11% der operativen Aufwendungen.

Beträge in CHF Mio.

Sachaufwand	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Büro-/Schulmaterial, Drucksachen	**9.1**	10.5	14.5
Wasser, Energie, Heizung	**9.6**	11.0	9.8
Verbrauchsmaterialien	**2.1**	2.4	2.9
Baulicher Unterhalt durch Dritte	**17.9**	21.5	22.2
Übriger Unterhalt durch Dritte	**5.4**	6.1	5.2
Mieten, Pachten, Benützungskosten	**10.8**	11.5	10.4
Reisespesen, Repräsentationen	**7.0**	7.6	6.9
Dienstleistungen, Honorare	**32.6**	38.0	31.5
Übriger Sachaufwand	**1.8**	1.2	1.2
Total	**96.3**	109.8	104.5

Mit einem Sachaufwandstotal von CHF 96.3 Mio. konnte die Regierung das Aufwandvolumen sowohl deutlich unter dem Voranschlag (-12.4%) als auch unter dem Vergleichswert des Vorjahres (-7.8%) halten. Nebst der

Tatsache, dass verschiedene geplante grössere Projekte nicht oder zeitverzögert in Angriff genommen wurden, ist die Aufwandreduktion auch das Resultat einer konsequenten kritischen Ausgabenpolitik in diesem von der Regierung zu einem gewissen Teil steuerbaren Bereich.

Im Bereich der Gebäudebetriebskosten konnte gegenüber dem Vorjahr eine 2%ige Aufwandreduktion dank striktem Kostenmanagement realisiert werden. Deutlich unter Budget und Vorjahr liegen auch die Aufwendungen für bauliche Unterhaltsprojekte. Hier liegt der Grund jedoch vielmehr darin, dass einzelne gewichtige Projekte wie z.B. die Sanierung der vom Land erworbenen Liegenschaft Aeule 38 in Vaduz nicht in Angriff genommen werden konnten. Die deutlichste Abweichung im Vergleich zum Voranschlag zeigt sich bei den Dienstleistungen/Honoraren. Auch hier stellen Projektverzögerungen z.B. bei den Planungsleistungen für die S-Bahn FL.A.CH mit CHF -1.3 Mio. nebst dem von der Regierung eingeschlagenen Sparkurs die wichtigste Begründung der Abweichung dar. Als einzige Kategorie schloss der übrige Sachaufwand über dem Voranschlag ab, da hier Amtshaftungsaufwendungen im Umfang von CHF 0.6 Mio. verbucht werden mussten.

Finanzzuweisungen an Gemeinden

Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden bestehen aus den folgenden drei Komponenten: 40%iger Anteil an der Kapital- und Ertragssteuer, $^2/_3$-Anteil an der Grundstückgewinnsteuer sowie dem eigentlichen Finanzausgleich. Die seit 2008 angewendete Finanzausgleichssystematik sieht einen ausgabenorientierten Mechanismus vor, welcher den Gemeinden – ausgehend von der eigenen Steuerkraft – einen Mindestfinanzbedarf pro Kopf der Gemeindebevölkerung garantiert. Dieser Mindestfinanzbedarf wird für eine Periode von vier Jahren vom Landtag festgelegt und orientiert sich an den durchschnittlichen Ausgaben der Gemeinden der Vergangenheit. In einer ersten von zwei Stufen sind alle Gemeinden teilnahmeberechtigt, deren standardisierte Steuerkraft (einheitlicher Gemeindesteuerzuschlag von 200%) pro Kopf unter dem definierten Mindestfinanzbedarf liegt. In einer zweiten Stufe nehmen nur noch Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von unter 3'300 Personen teil. Eine Sonderzuteilung erfährt die Gemeinde Triesenberg für die Deckung der Kosten des Naherholungsgebietes Steg-Malbun.

Beträge in CHF Mio.

Finanzzuweisungen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Grundstückgewinnsteuer (2/3)	**8.7**	11.1	11.8
Kapital- und Ertragssteuer (40%)	**65.8**	56.0	68.3
Gesetzliche Steueranteile	***74.4***	*67.1*	*80.1*
Finanzausgleich	**85.3**	98.1	82.3
Total	**159.7**	165.2	162.4

Obwohl die gesamten Finanzzuweisungen 2010 nur um -3.3% vom Voranschlag abweichen, ergeben sich bei den einzelnen Komponenten deutliche Unterschiede. Während der Kapital- und Ertragssteueranteil um CHF +10 Mio. höher liegt als angenommen, mussten im Finanzausgleich um CHF -13 Mio. geringere Mittel eingesetzt werden. Die gegenüber dem Voranschlag deutlich höheren Steuererträge aus der Vermögens- und Erwerbssteuer und der Kapital- und Ertragssteuer führten dazu, dass sich die für den Finanzausgleich relevante Steuerkraft pro Kopf der Gemeinden im Berichtsjahr auf durchschnittlich CHF 4'860 belief, während für den Voranschlag von einer Steuerkraft von CHF 4'255 pro Einwohnerin und Einwohner der Gemeinden ausgegangen worden war. Die höchste Steuerkraft erzielte dabei die Gemeinde Vaduz mit CHF 11'070 pro Kopf, am tiefsten lag sie mit CHF 1'732 in Schellenberg. Systembedingt führt eine höhere Steuerkraft zu tieferen Finanzausgleichszahlungen, was sich entsprechend im Rechnungsergebnis niederschlägt. Demgegenüber sank die Steuerkraft pro Kopf im Vergleich zu 2009 um -3.3% und erhöhte den Finanzausgleichsbedarf um CHF +3 Mio.

Bei den 40%igen Anteilen an der Kapital- und Ertragssteuer wurden im Berichtsjahr 48% in der Gemeinde Vaduz generiert, gefolgt von Schaan mit einem Anteil von 16%. Aufgrund der Bestimmungen des Steuergesetzes kann eine Gemeinde maximal 40% der gesamten Steueranteile für sich beanspruchen, sodass im 2010 für die Gemeinde Vaduz eine Kürzung ihres Anteils um CHF -5.9 Mio. vorgenommen wurde.

Bekanntlich ist die Anpassung des Finanzzuweisungssystems Teil des von der Regierung verfolgten Projekts zur Sanierung des Landeshaushalts. Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden sollen einen beträchtlichen Beitrag zur Senkung der Aufwandseite des Landes beitragen.

Beträge in CHF Mio.

Aufteilung Fiskaleinnahmen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Fiskaleinnahmen Land (o/LSVA, Umweltabgaben)	**734.7**	634.9	715.3
Finanzzuweisungen an Gemeinden	**159.7**	165.2	162.4
in% der Fiskaleinnahmen	**21.7%**	26.0%	22.7%
Nettoerträge Land	**575.0**	469.7	552.9
in% der Fiskaleinnahmen	**78.3%**	74.0%	77.3%

Die vorstehende Tabelle zeigt auf, wie die vom Land vereinnahmten Steuern auf Land und Gemeinden aufgeteilt werden. Da sich die Fiskaleinnahmen des Landes im Vorjahresvergleich erhöhten, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden jedoch um -1.7% zurückgingen, stieg der Anteil des Landes an den Fiskaleinnahmen um einen Prozentpunkt auf 78.3% an.

Beitragsleistungen

Die laufenden Beiträge des Landes stellen die grösste Aufwandskategorie dar. Im Berichtsjahr betrug ihr Anteil an den operativen Aufwendungen 46%. Dabei ist der überwiegende Teil der Beitragsleistungen gesetzlich oder vertraglich gebunden und damit im kurz- und mittelfristigen Bereich nur beschränkt beeinflussbar.

Beträge in CHF Mio.

Beitragsleistungen an	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Gemeinden	**6.1**	7.0	5.6
Eigene Anstalten/Stiftungen	**118.3**	122.6	118.0
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	**20.8**	21.1	17.1
Private Institutionen	**104.6**	109.3	100.0
Private Haushalte	**79.8**	76.9	68.8
Ausland	**75.8**	80.2	73.1
Total	**405.5**	417.1	382.59

Die laufenden Beiträge generierten im 2010 auch das grösste Wachstum der verschiedenen Aufwandkategorien. Der Anstieg um +6% bedeutet Mehraufwendungen von CHF +23 Mio. im Vergleich zu 2009. Aus Sicht der Beitragsempfänger ging rund die Hälfte des Zuwachses an die privaten Haushalte und weitere 20% an die privaten Unternehmen. Der Voranschlag sah ein Beitragsvolumen von CHF 417 Mio. vor, welches zu über 97% auch beansprucht wurde. Das stärkste Wachstum wurde dabei durch die Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes ausgelöst. Stark angestiegen sind auch die Förderbeiträge nach dem Energieeffizienzgesetz sowie die Staatsbeiträge an die Krankenkassen.

Von den Beiträgen an die **Gemeinden** entfielen über CHF 4 Mio. auf Leistungen für Alters- und Pflegeheime, an welchen sich das Land mit einem Anteil von 50% beteiligt. Zudem unterstützte das Land die Sanierung von Altlasten im Bereich der Abfalldeponien mit CHF 1 Mio.

Die Beitragsleistungen an eigene **Anstalten und Stiftungen** beinhalten gewichtige Positionen wie die Staatsbeiträge an die AHV mit CHF 53 Mio., an die Liechtenstein Bus Anstalt mit CHF 18 Mio. sowie an die Liechtensteinische Invalidenversicherung mit CHF 13 Mio. Die Kategorie stellt mit einem Anteil von 29% auch den grössten Bereich innerhalb der laufenden Beiträge dar. Von den Voranschlagsmitteln wurden CHF 4.3 Mio. oder 3.5% nicht beansprucht, was in erster Linie auf einen geringeren Beitrag an die IV zurückzuführen ist. Dies wiederum ist zum überwiegenden Teil darauf zurückzuführen, dass das von der IV wie vom Land finanzierte Bauprojekt des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan aufgrund zeitlicher Verzögerungen im Berichtsjahr nicht so hohe Mittel beanspruchte wie ursprünglich geplant. Im Vorjahresvergleich blieben die Aufwendungen für diesen Bereich per Saldo konstant. Höhere Aufwendungen für den AHV-Staatsbeitrag (CHF +3 Mio.) wurden durch einen geringeren Beitrag an die Arbeitslosenversicherung (CHF -2.8 Mio.) kompensiert.

An **Privatinstitutionen** flossen im Berichtsjahr Beitragsleistungen im Umfang von CHF 105 Mio. Tiefer ausgefallen als budgetiert sind vor allem die Beiträge an die Krankenkassen (CHF -1.4 Mio.) und an die Nichtberufsunfallversicherung (CHF -1 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Aufwendungen jedoch deutlich an und erreichten eine Zuwachsrate von +4.7%. Auch hier liegen die Hauptgründe bei den bereits erwähnten zwei Landesbeiträgen, welche sich um CHF +4.8 Mio. (Krankenkassen) respektive CHF +1 Mio. (Nichtberufsunfallversicherung) erhöhten.

Die Beiträge an **private Haushalte** verzeichnen im Berichtsjahr mit Abstand den stärksten Anstieg in absoluten Zahlen. Der Anstieg betrugt CHF +11 Mio. und erreichte damit eine Zuwachsrate von +16%. Die Erklärung dazu beschränkt sich auf zwei Leistungsarten des Staates. Zum einen wurde per 1.1.2010 das Betreuungs- und Pflegegeld als zusätzliche Leistung im Rahmen der Ergänzungsleistungen eingeführt. Der Anstieg der Ergänzungsleistungen ist denn auch gänzlich auf diesen Umstand zurückzuführen. Und zum anderen wurden die Förderleistungen des Energieeffizienzgesetzes im vergangenen Jahr sehr stark in Anspruch genommen und fielen um CHF +6 Mio. (+108%) höher aus als der Vorjahreswert.

Ins **Ausland** flossen 2010 Beiträge in Höhe von CHF 76 Mio. Hauptpositionen stellen die Leistungen im Bereich der humanitären Entwicklungszusammenarbeit (IHZE), die Beiträge an ausländische Spitäler und diejenigen im Bereich der Bildung (Universitäten,

Fachhochschulen, Lehrlingsausbildung) dar. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich diese Transferleistungen um CHF +2.7 Mio. (+3.7%), wobei der stärkste Anstieg bei den Projekten zur Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll erfolgte (CHF +1.2 Mio.). Um CHF -0.8 Mio. unter dem Vorjahreswert lagen hingegen die Ausgaben für die IHZE. Bekanntlich hat die Regierung beschlossen, das in diesem Bereich in den letzten Jahren stark ausgebaute Engagement in diesem Bereich im Rahmen der Sanierung des Landeshaushalts zu reduzieren, wofür im Berichtsjahr bereits ein erster Teilschritt erfolgte.

Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens. Diese regelt die Bewertungs- und Abschreibungspraxis sowohl des Finanz- wie auch des Verwaltungsvermögens. Darauf basierend wurden der Landesrechnung 2010 die folgenden Abschreibungsaufwendungen belastet:

Beträge in CHF Mio.

Abschreibungen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Tiefbauten	**7.8**	9.3	8.2
Hochbauten	**17.5**	11.6	18.3
Mobiliar und Einrichtungen	**6.2**	6.6	6.4
Informatik	**10.0**	10.7	10.5
Grundstücke			
Beteiligungen, Darlehen	**0.0**	0.0	0.0
Investitionsbeiträge	**30.9**	35.1	29.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	***72.4***	*73.4*	*73.2*
Abschreibungen Finanzvermögen	**2.4**	0.7	1.7
Total	**74.8**	74.1	74.9

Die Regierung ging bei der Planung für 2010 davon aus, dass die geplante Einführung einer Anlagebuchhaltung ab 2010 schrittweise aufgebaut werden kann. Entsprechend wurden für den Hoch- und Tiefbaubereich die Planabschreibungen 2010 nach der neuen Methodik – d.h. lineare Abschreibung vom Anschaffungswert gegenüber dem heutigen Ansatz einer degressiven Abschreibung vom Restbuchwert – angesetzt. Nachdem sich die Verabschiedung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes als rechtliche Basis für die Anlagebuchhaltung jedoch bis in den Herbst 2010 hinzog, wurde die Abschreibungsberechnung 2010 noch nach der bisherigen Praxis vorgenommen, was die hohe Budgetabweichung bei den Abschreibungen für Hochbauten erklärt.

Erträge der Laufenden Rechnung

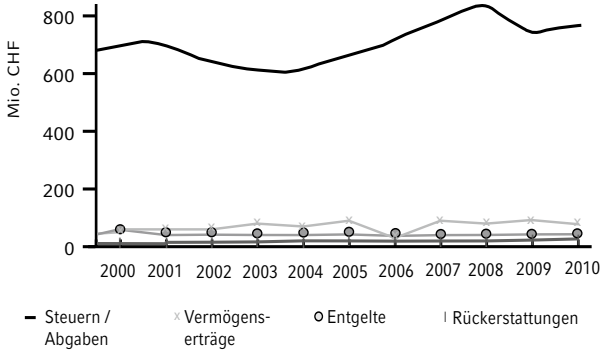
Wider Erwarten verzeichnet die Landesrechnung 2010 einen leichten Anstieg der operativen Erträge um +2.2%, was fast ausschliesslich auf ein Wachstum im Bereich der Steuern und Abgaben zurückzuführen ist. Erhebliche einmalige Sondereffekte im Umfang von knapp CHF 70 Mio. haben den Ausschlag dafür gegeben, dass entgegen dem erwarteten Ertragsrückgang nun das Gegenteil eingetreten ist, was dennoch als sehr erfreulich gewertet werden darf, wenn auch diese einmaligen Erträge nicht nachhaltig sind.

Beträge in CHF Mio.

Erträge	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Steuern und Abgaben	**750.4**	647.5	728.1
Vermögenserträge	**70.2**	67.3	77.9
Entgelte, Verkaufserlöse	**43.1**	40.4	42.6
Rückerstattungen	**26.9**	27.1	22.9
Entnahmen Spezialfinanzierung	**0.3**	0.4	0.4
Total	**890.9**	782.7	871.9

Über einen Mehrjahreszeitraum betrachtet liegt das Ertragsniveau auf Höhe des Jahres 2007, ohne die erwähnten Sondereffekte auf demjenigen von 2006. Auch die übrigen Ertragskategorien konnten leichte Zuwächse verzeichnen oder blieben stabil. Dabei ist zu erwähnen, dass sowohl bei den Vermögenserträgen als auch bei den Entgelten ausserordentliche und in ihrer Grössenordnung seltene Sondererträge die Entwicklung wesentlich beeinflussten.

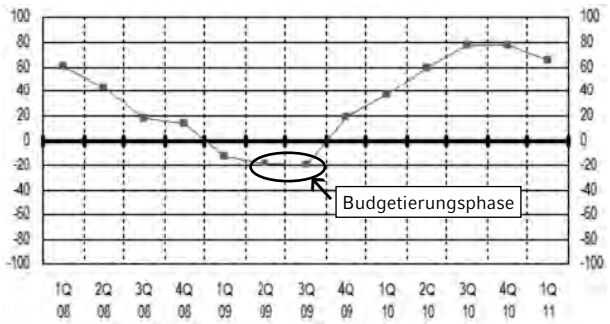
Entwicklung Ertrag aus operativer Tätigkeit



Steuern und Abgaben

Das Rechnungsjahr 2008 stellte und stellt mit einem Total von CHF 814 Mio. noch immer das bisherige Spitzenjahr punkto Steuererträge für den Landeshaushalt dar. Aufgrund der Wirtschaftsentwicklung sank das Ertragstotal ein Jahr später um über 10% ab. Der Planungsprozess für das Jahr 2010 (Sommer 2009) fiel in eine Zeit,

welche mit hohen Unsicherheiten und wirtschaftlichen Negativprognosen in fast allen Wirtschaftszweigen behaftet war. Dies zeigt die nachstehende Darstellung der vom Amt für Statistik regelmässig durchgeführten Konjunkturumfrage augenscheinlich auf. In den ersten drei Quartalen 2009 mit dem absoluten Tiefpunkt im 3. Quartal 2009 wurde die allgemeine Lage durch die an der Umfrage teilnehmenden Betrieb äusserst pessimistisch eingeschätzt. Auch die im Rahmen der Finanzplanung von den grösseren Wirtschaftsverbänden eingeholten Einschätzungen präsentierten sich durchwegs verhalten bis negativ.

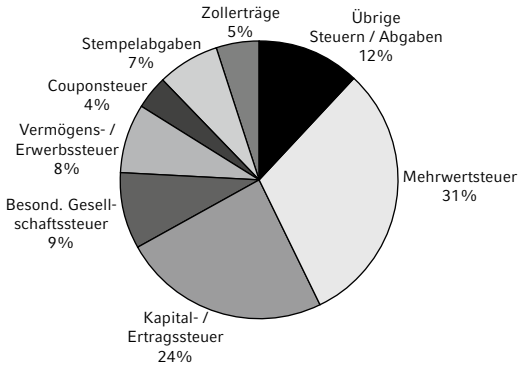


Allgemeine Lagebeurteilung – Industrie und warenproduzierendes Gewerbe
Quelle: Amt für Statistik

Auf diesen Erkenntnissen und auch in diversen Einzelgesprächen mit grösseren liechtensteinischen Unternehmen baute die Planung für das Jahr 2010 auf. Im Nachhinein betrachtet zeigt sich, dass die meisten Einschätzungen der Regierung als auch der Wirtschaftstreibenden zu tief angesetzt wurden und im Berichtsjahr wider Erwarten ein Zuwachs aus Steuern und Abgaben von +3.1% erzielt werden konnte. Doch nicht nur die unterschätzte Konjunktur führte zu einem Ertragswachstum, sondern es waren im vergangenen Jahr auch diverse einmalige Sondereffekte zu verzeichnen, welche weder voraussehbar waren noch als nachhaltig angesehen werden dürfen. Dies trifft im Steuerbereich auf Erträge im Umfang von rund CHF 60 Mio. in den drei Steuerarten Kapital- und Ertragssteuer, Mehrwertsteuer sowie Nachlass- und Erbanfallssteuer zu.

Der Voranschlag 2010 rechnete mit einem Ertragsvolumen von CHF 647 Mio., welches mit dem erzielten Ergebnis nun um knapp +16% übertroffen wird. Werden die erwähnten Sondereffekte berücksichtigt, so beläuft sich die Abweichung noch auf rund +6.6% oder ca. CHF +41 Mio. Die ergiebigste Steuerquelle stellte im vergangenen Jahr die Mehrwertsteuer mit einem Anteil von 31% und einem Volumen von CHF 227 Mio. dar, gefolgt von der Kapital- und Ertragssteuer mit CHF 179 Mio. resp. einem Anteil von 24%. Zusammengenommen generierten diese beide Steuerarten somit rund 55% der gesamten Ertragskategorie. Dieser Anteil wird sich in Zukunft noch erhöhen, nachdem mit der neuen Steuergesetzgebung verschiedene Steuerarten abgeschafft wurden.

Grundsätzlich ist im Folgenden zu beachten, dass die vom Landtag im Herbst 2010 beschlossene Totalrevision des Steuergesetzes auf die Steuererträge 2010 noch keinen direkten Einfluss hat.



Die **Vermögens- und Erwerbssteuer** wird von den natürlichen Personen in Liechtenstein entrichtet. Die Regierung ging für die Budgetierung von insgesamt 27'200 Veranlagungen und einem Steuerbetreffnis für das Land von CHF 49.7 Mio. aus. Effektiv lagen die Veranlagungen des Steuerjahres 2009 (Rechnungsjahr 2010) mit 27'801 um +601 Veranlagungen höher. Wider erwarten lag auch der steuerbare Erwerb nur sehr gering (-0.6%) unter dem Wert des Vorjahres. Dies, obwohl verschiedene liechtensteinische Unternehmen 2009 über längere Strecken Kurzarbeit einführten und aufgrund der Unternehmensergebnisse der Verzicht oder zumindest eine deutliche Reduktion von Boni angekündigt wurden. Das steuerbare Vermögen erhöhte sich hauptsächlich aufgrund der positiven Börsenentwicklung um +0.7% auf CHF 9.1 Mrd. Der für die Budgetierung angenommene Steuerertrag pro Veranlagung wurde aufgrund dieser Entwicklung um rund +18% übertroffen, was zu einer deutlichen Überschreitung des Voranschlagswerts um CHF +10.2 Mio. führte. Die Steuerart zeigt sich damit sehr robust gegenüber den wirtschaftlichen Widrigkeiten des zugrunde liegenden Bemessungsjahres. Im Berichtsjahr wurde zudem auf eine Verzinsung der im Voraus geleisteten Lohnsteuer verzichtet, was im Vorjahresvergleich zu einem Mehrertrag von CHF +0.7 Mio. führte.

Die **Kapital- und Ertragssteuer** wird von den Körperschaften, Anstalten und Treuunternehmen erhoben, die im Land ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Die Erträge aus dieser Steuerart liegen mit CHF 179 Mio. fast exakt auf Vorjahresniveau, jedoch sehr deutlich über dem Wert des Voranschlags von CHF 140 Mio. Die Planabweichung von CHF +39 Mio. ist je zur Hälfte auf einmalige Sondereffekte einerseits sowie auf eine zu tiefe Einschätzung der Ertragsentwicklung für das vergangene Jahr andererseits zurückzuführen. Dennoch kann auch das Resultat 2010 nicht an den Spitzenwert aus dem Jahr 2008 von CHF 220 Mio. anknüpfen.

Die **Besondere Gesellschaftssteuer** beträgt für die Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften 1‰ des investierten Kapitals, mindestens aber CHF 1'000 pro Jahr. Die schon seit Monaten anhaltende Entwicklung in Bezug auf die Anzahl steuerpflichtigen Sitzgesellschaften hat auch im Berichtsjahr angehalten. Der Löschungsüberhang belief sich auf rund 8'500 Gesellschaften, während für den Voranschlag von einem Nettoabgang von 5'000 Gesellschaften ausgegangen worden war. Entsprechend liegen die Erträge aus dieser Steuerart um -9.3% (CHF -6.9 Mio.) unter den Erwartungen.

Beträge in CHF Mio.

Steuern und Abgaben	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Vermögens- und Erwerbssteuer	**59.9**	49.7	58.9
Rentnersteuer	**3.9**	2.8	2.8
Quellensteuer	**20.1**	18.8	20.3
Kapital- und Ertragssteuer	**179.2**	140.0	178.1
Besondere Gesellschaftssteuer	**67.4**	74.3	79.2
Ausl. Versicherungsgesellschaften	**3.5**	2.8	2.5
Grundstückgewinnsteuer	**13.0**	16.6	17.7
Couponsteuer	**26.5**	26.0	44.7
Nachlass-/Erbanfall-/ Schenkungssteuer	**25.4**	6.8	8.8
Motorfahrzeugsteuer	**11.2**	11.3	11.5
Mehrwertsteuer	**227.4**	198.0	206.6
Stempelabgaben	**55.8**	53.0	51.4
Zollanteile, Mineralölsteuer	**37.0**	34.8	34.3
LSVA	**10.6**	9.1	10.3
Rückerstattung Klimarappen	**0.5**	0.5	0.5
CO2-Abgabe	**4.7**	3.0	1.9
Veränderung Steuerguthaben	**4.6**	0.0	-1.6
Total	**750.4**	647.5	728.1

Die **Couponsteuer** erfasst die Gewinnausschüttungen von Verbandspersonen mit aufgeteiltem Kapital sowie die Zinsen auf langfristigen Schuldverpflichtungen (Obligationen, Anleihen) mit einem fixen Satz von 4%, welcher auf den Empfänger der Leistung zu überwälzen ist. Mit der Neufassung des Steuergesetzes wurde diese Steuerart abgeschafft, allerdings werden die per Ende 2010 bestehenden Altreserven der Unternehmen auch weiterhin nach bisherigem Recht besteuert (2011 und 2012 bei Ausschüttung oder auf Antrag allerdings zu einem reduzierten Satz von 2%). Im Berichtsjahr wurde der im Voranschlag eingesetzte Steuerertrag mit einer Abweichung von +1.9% fast exakt erreicht.

Die **Mehrwertsteuer** erfasst die Lieferung von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch) sowie die Einfuhr von Gütern und der Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland. Der Staatsvertrag mit der Schweiz sieht vor, dass beide Vertragsparteien die aus dem Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge direkt erhalten, während die übrigen Einnahmen gepoolt und auf Basis eines definierten Schlüssels aufgeteilt werden, welcher die unterschiedliche Pro-Kopf-Nachfrage beider Parteien berücksichtigt. Der für 2010 veranschlagte Steuerertrag von CHF 198 Mio. wurde mit einem Ergebnis von CHF 227 Mio. um rund +15% übertroffen. Grund dafür ist ein deutlich höherer Anteil Liechtensteins an den gemeinsamen Mehrwertsteuererträgen mit der Schweiz. Dieser ergab sich aufgrund einer unterschiedlichen Entwicklung der für die Schlüsselberechnung relevanten volkswirtschaftlichen Grössen des Jahres 2008. Demgegenüber lagen die Mehrwertsteuereinnahmen aus dem Dienstleistungssektor mit CHF 77 Mio. nur leicht über Plan. Gegenüber dem Vorjahreswert ist der Zuwachs hingegen vorwiegend auf ein höheres Volumen der gemeinsamen Erträge CH/FL sowie auf einen Zuwachs bei den separierten Dienstleistungsbranchen zurückzuführen.

Aus **Nachlass-, Erbanfalls- und Schenkungssteuer** flossen dem Landeshaushalt in den letzten zehn Jahren durchschnittlich CHF 7.2 Mio. zu. Aufgrund eines ausserordentlichen Falles beliefen sich die Erträge aus diesen Steuerarten im Berichtsjahr mit CHF 25.4 Mio. auf mehr als das Dreifache des langjährigen Durchschnitts.

Die **Stempelabgaben** setzen sich aus den Emissionsabgaben, den Effektenumsatzabgaben sowie den Einnahmen aus Prämienquittungen zusammen. Die Effektenumsatzabgaben stellen den mit Abstand grössten Anteil der Stempelabgaben dar, wobei diese Steuerkategorie stark von der Börsenentwicklung abhängig ist. Die Entwicklung an den Finanzmärkten in den vergangenen Monaten wirkte sich positiv auf die Erträge aus Stempelabgaben aus. Der Zuwachs von CHF +4.4 Mio. oder +8.6% gegenüber 2009 ist zu 2/3 auf höhere Effektenumsatzabgaben zurückzuführen. Auch die Erträge aus Prämienquittungen legten stark zu und erhöhten sich im Vorjahresvergleich um +22% auf CHF 11 Mio.

Auf Basis von Schätzungen des Eidg. Finanzdepartements wurde der Anteil des Landes an den von der Eidg. Zollverwaltung vereinnahmten **Einfuhrzöllen und steuerähnlichen Abgaben** für das Jahr 2010 mit CHF 35 Mio. veranschlagt. Auch in dieser Kategorie wirkte sich die Wirtschaftsentwicklung positiv aus und der liechtensteinische Zollanteil überstieg die Erwartungen um rund CHF +2.2 Mio. und übertraf das Vorjahresergebnis um CHF +2.7 Mio. (+7.7%).

An den gemeinsamen Einnahmen mit der Schweiz aus der Erhebung der **leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe** (LSVA) ist das Land mit einem Anteil von 7.1‰ der Nettoeinnahmen beteiligt. Der Nettoertrag aus der in den beiden Vertragsstaaten erhobenen LSVA belief sich im Berichtsjahr auf CHF 1.48 Mia., der liechtensteinische Anteil beträgt CHF 10.6 Mio. Nach den Bestimmungen des Schwerverkehrsabgabegesetzes fliessen zwei Drittel der liechtensteinischen LSVA-Einnahmen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung zur Deckung

der Mehrkosten für die Finanzierung eines verbesserten Rentenvorbezugs, währenddem ein Drittel für die Subventionierung von umwelt- und gesundheitspolitischen Massnahmen im Verkehrsbereich sowie zum Ausgleich ungedeckter Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr verwendet werden soll. Der zweckgebundene Anteil zur Verbilligung des AHV-Rentenvorbezugs soll nach den Vorstellungen der Regierung im Rahmen der Sanierung des Landeshaushalts aufgehoben werden, indem inskünftig für den Rentenvorbezug versicherungsmathematisch berechnete Kürzungssätze angewendet werden.

Vermögenserträge

Nebst Erträgen aus den in den Poolanlagen verwalteten freien Mitteln des Finanzvermögens erzielt das Land auch Einnahmen aus dem Verwaltungsvermögen. Den mit Abstand grössten Ertragsposten stellt die Dividende des Landes aus ihrer Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank dar. Das Land hielt per 31.12.2010 einen unveränderten Anteil von 57.5% an der Liechtensteinischen Landesbank, was bei einer gegenüber dem Vorjahr ebenfalls unveränderten Dividende von CHF 3.40 pro Aktie einem Beteiligungsertrag von CHF 57.8 Mio. entspricht. Für 2010 war der Verkauf des Postgebäudes in Eschen geplant, was sich jedoch im vergangenen Jahr nicht realisieren liess. Dennoch liegen die gesamten Vermögenserträge um CHF +2.9 Mio. über dem Planwert, da dem Land rund CHF 4.1 Mio. als Vermögensverfall aus Straftatbeständen zuflossen.

Beträge in CHF Mio.

Vermögenserträge	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Gewinnanteile	**60.3**	59.6	59.8
Zinsen auf Dotationskapitalien	**1.4**	0.7	0.7
Kapital- und Mietzinsen etc.	**3.7**	3.9	3.8
Gewinne aus Liegenschaftsverkäufen	**0.0**	2.7	12.3
Sonstige Erträge	**4.8**	0.4	1.4
Total Vermögenserträge	**70.2**	67.3	77.9

Gebühren, Verkaufserlöse, Kostenrückerstattungen

Nebst Steuer- und Abgabenerträgen sowie Vermögenserträgen fliessen dem Land im laufenden Haushalt auch Einnahmen aus Gebühren, Verkaufserlösen, Rückerstattungen und Bussen zu. Der entsprechende Ertrag belief sich im Berichtsjahr auf CHF 43.1 Mio., was 5% der gesamten operativen Erträge darstellt. Die Gerichtsgebühren sowie die Inventarisationsgebühren der Steuerverwaltung liegen um CHF +1.7 Mio. respektive CHF +1.3 Mio. über dem Voranschlag, was in beiden Fällen in erster Linie mit einem ausserordentlichen Erbschaftsfall in Zusammenhang steht. Auch die Grundbuchgebühren übertrafen den Voranschlag aufgrund von bedeutenden Einzelfällen um hohe 48%.

Beträge in CHF Mio.

Entgelte	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Ersatzabgaben	**0.3**	0.4	0.6
Gebühren für Amtshandlungen	**25.3**	19.8	22.0
Verpflegungstaxen	**0.2**	0.2	0.2
Schulgelder	**0.8**	0.7	0.9
Benützungsgebühren / Dienstleistungen	**1.2**	1.2	1.1
Verkaufserlöse	**1.1**	1.0	1.3
Rückerstattungen	**11.2**	14.9	13.9
Bussen	**2.4**	1.8	2.1
Übrige Entgelte	**0.6**	0.4	0.4
Total Entgelte	**43.1**	40.4	42.6

Auch im Vorjahresvergleich ergeben sich die grössten Abweichungen aus den bereits erwähnten Gründen bei den Gerichts- und den Inventarisationsgebühren, welche um CHF +1.3 Mio. resp. CHF +1.2 Mio. über dem Vergleichswert 2009 liegen.

Rückerstattungen

Verschiedene Aufgabenbereiche werden von beiden Staatsebenen – Land und Gemeinden – gemeinsam finanziert. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Personal- und Sonderschulungsaufwendungen im Primarschul- und Kindergartenbereich sowie um die Ergänzungsleistungen zur AHV-IV. Im Berichtsjahr kam erstmals der Gemeindeanteil an den Ausgaben für das Betreuungs- und Pflegegeld dazu. An diesen vom Land vorfinanzierten Aufwendungen tragen die Gemeinden einen Finanzierungsanteil von 50%. Die Höhe der durch die Gemeinden erbrachten Rückerstattungen ist dementsprechend von den Bruttoaufwendungen in den einzelnen Aufgabenbereichen abhängig. Netto ergeben sich für das Berichtsjahr Rückerstattungen im geplanten Rahmen. Höhere Erträge ergaben sich bei den Ergänzungsleistungen, welche auch das Betreuungs- und Pflegegeld beinhalten, während die Erträge aus der Sonderschulung den Planwert um CHF -0.4 Mio. unterschritten.

Gegenüber 2009 liegen die Rückerstattungen 2010 um CHF +4 Mio. höher, was in erster Linie ebenfalls auf die Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes zurückzuführen ist. Zusätzlich übertrafen die Gemeindeanteile für die Personalaufwendungen im Kindergarten- und Primarschulbereich den Vorjahreswert um CHF +1 Mio., weil im Berichtsjahr Zusatzbeiträge für Nachfinanzierungen von Lohnerhöhungen zu Gunsten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal im Umfang von CHF 2.7 Mio. (2009 CHF 1.1 Mio.) belastet wurden.

Beträge in CHF Mio.

Rückerstattungen	Rechnung 2010	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Rückerstattungen der Gemeinden			
– für Primarlehrerbesoldungen	**15.0**	15.2	14.2
– für Kindergärtnerinnen	**3.5**	3.8	3.3
– für Sonderschulung	**0.7**	1.1	1.1
– für Ergänzungsleistungen	**7.5**	6.9	4.2
Zwischentotal	***26.7***	*26.9*	*22.8*
Rückerstattungen aus dem Ausland	**0.1**	0.1	0.1
Total	**26.9**	27.1	22.9

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist, veränderten sich die Netto-Transferleistungen vom Land an die Gemeinden im Vergleich zu 2009 nur unwesentlich. Nach der vor einigen Jahren realisierten Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden spielt der Subventions- und Beitragsbereich im Total der Transferleistungen nur noch eine untergeordnete Rolle, obwohl im Berichtsjahr noch einmal (letztmalig) Subventionen für Grossprojekte der Gemeinden im Umfang von CHF 16.5 Mio. ausgerichtet wurden.

Beträge in CHF Mio.

Netto-Transferleistungen an Gemeinden	Rechnung 2010	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
1. Finanzzuweisungen			
Gesetzliche Steueranteile	**74.4**	67.1	80.1
Finanzausgleich	**85.3**	98.1	82.3
Zwischentotal Finanzzuweisungen	**159.7**	165.2	162.4
2. Subventionen			
Investitionssubventionen	**19.5**	18.4	12.6
Beiträge an laufende Aufwendungen	**6.1**	7.0	5.6
Bruttoleistungen des Landes	**185.3**	190.6	180.5
Rückerstattungen der Gemeinden	**-26.7**	-26.9	-22.8
Total netto	**158.6**	163.6	157.8

INVESTITIONSRECHNUNG

Nettoinvestitionen

In der Investitionsrechnung werden die Ausgaben für die Schaffung von Sachgütern und die Begründung von Forderungsansprüchen – v.a. aus der Gewährung von Darlehen – ausgewiesen. Gleichgestellt sind die Investitionsbeiträge des Landes an Projekte öffentlicher Körperschaften oder Privater. Die über die Investitionsrechnung abgerechneten Ausgaben bilden somit in der Bilanz des Landes das an die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gebundene Verwaltungsvermögen.

Beträge in CHF Mio.

Nettoinvestitionen	Rechnung 2010	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Bruttoinvestitionen	**77.3**	93.5	87.7
Investive Einnahmen	**-19.1**	-16.5	-18.3
Nettoinvestitionen	**58.2**	77.0	69.4

Die Nettoinvestitionen stellen die Differenzgrösse der Bruttoinvestitionen und der investiven Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen, allenfalls Verkaufserlösen oder rückfliessenden Investitionsbeiträgen dar. Sie erhöhen in der Bilanz den Buchwert des Verwaltungsvermögens (vor Abschreibungen). Im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Finanzberichterstattung werden mit der Investitionsrechnung grundsätzlich auch jene Vorgänge sichtbar gemacht, welche vom freien Finanzvermögen in das an einen bestimmten öffentlich-rechtlichen Zweck gebundene Verwaltungsvermögen – oder umgekehrt - übertragen werden.

Das Netto-Investitionsvolumen liegt im Berichtsjahr um -17% unter dem Planwert, was zur Hauptsache auf geringere Bruttoinvestitionen zurückzuführen ist.

Bruttoinvestitionen

Der Ausschöpfungsgrad der budgetierten Bruttoinvestitionen beläuft sich in der Landesrechnung 2010 auf 83%. Deutlich unterschritten wurde der Voranschlag vor allem im Bereich des staatlichen Hochbaus und bei den Investitionsbeiträgen.

Beträge in CHF Mio.

Bruttoinvestitionen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Grundstücke	**0.2**	0.5	1.0
Tiefbauten	**7.7**	8.7	8.0
Hochbauten	**10.2**	15.6	15.6
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	**5.2**	6.7	7.0
Informatik	**9.9**	10.7	11.2
Vorräte	**0.2**	0.1	0.2
Zwischentotal Sachgüter	***33.3***	*42.4*	*43.0*
Darlehen	**13.0**	16.0	14.9
Beteiligungen	**0.0**	0.0	0.0
Zwischentotal Eigeninvestitionen	***46.3***	*58.4*	*57.9*
Investitionsbeiträge an:			
– Gemeinden	**19.5**	18.4	12.6
– Eigene Anstalten und Stiftungen	**0.0**	0.0	0.8
– Gemischtw. Unternehmungen	**8.3**	13.2	13.2
– Private	**3.2**	3.2	2.5
– Ausland	**0.1**	0.3	0.7
Total	**77.3**	93.5	87.7

Die Tiefbauinvestitionen liegen mit CHF 7.7 Mio. auf dem Niveau des langjährigen Durchschnitts. Knapp 10% davon flossen als erste Tranche in das Projekt zur Erstellung des Industriezubringers in Schaan. Weitere Hauptprojekte bildeten im vergangenen Jahr der Grosskreisel Schaan (CHF 1.3 Mio.), der Strassenumbau und der Einbau einer Torinsel bei den Landstrassen Schaanwald-Mauren (CHF 0.8 Mio.) und Bendern-Ruggell (CHF 0.8 Mio.) sowie der Strassenumbau mit Mittelinsel an der Meierhofstrasse in Triesen.

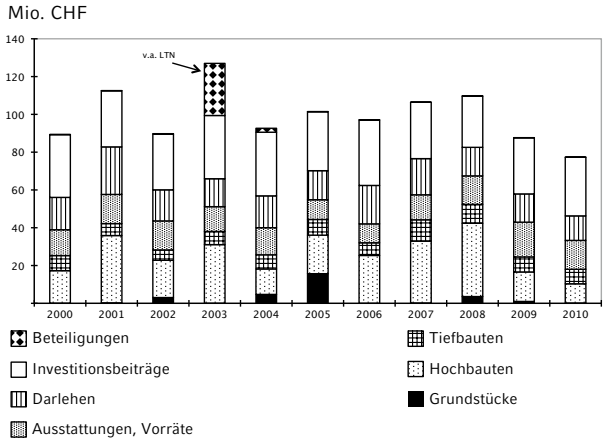
CHF 10.2 Mio. wurden im vergangenen Jahr in den Hochbaubereich investiert, rund drei Viertel davon in das Projekt zur Erstellung des Busbahnhofes und der Tiefgarage in Schaan. Als letzte Tranche wurden für die Erstellung des neuen Archiv- und Verwaltungsgebäudes in Vaduz CHF 2.3 Mio. abgerechnet, womit der vom Landtag gesprochene Verpflichtungskredit auch ohne Aufrechnung der eingetretenen Baukostenteuerung nicht ausgeschöpft werden musste.

Knapp CHF 10 Mio. erreichten im 2010 die Investitionen in die Informationstechnologie. Nebst Ersatzanschaffungen im Rahmen des Datensicherungskonzeptes und der Fertigstellung des neuen Rechenzentrums waren die neue Informatiklösung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt, der Aufbau einer serviceorientierten Integrationsplattform (SOA-Infrastruktur), Anpassungen bei den Informatiklösungen für die Steuerverwaltung, die notwendigen Systemanpassungen gemäss den Vorgaben des Schengen-Acquis sowie der Aufbau eines Gebäude- und Wohnungsregisters aus Investitionssicht die gewichtigsten Projekte.

Sehr deutlich unter Voranschlag blieb die Gewährung von Darlehen des Landes, was vor allem auf eine Budgetabweichung von CHF -2.7 Mio. bei den Wohnbauförderungsdarlehen zurückzuführen ist. Nebst den Darlehen von CHF 10.3 Mio. im Bereich der Wohnbauförderung wurden im Berichtsjahr CHF 2.4 Mio. an Studiendarlehen ausbezahlt.

Die Investitionsbeiträge an Gemeinden, öffentliche Unternehmen sowie an Privatpersonen und Privatunternehmen beanspruchten im vergangenen Jahr mit 40% der Bruttoinvestitionen erneut einen sehr hohen Anteil an den Bruttoinvestitionen. CHF 3.4 Mio. flossen als Subvention für den Erweiterungsbau an das Heilpädagogische Zentrum in Schaan und CHF 3.1 Mio. betrug der Landesanteil für die Errichtung der Pflege- und Betreuungszentren der Liechtensteinischen Alters- und Krankenhilfe LAK.

Entwicklung Bruttoinvestitionen



Investive Einnahmen

Dank deutlich höherer Rückzahlungen von Wohnbauförderungsdarlehen liegen die investiven Einnahmen rund +16% über dem Voranschlag. Bemerkenswert ist dabei, dass fast ein Viertel dieser Darlehensrückzahlungen freiwillig erfolgen, d.h. aus verschiedenen Motivationen vor der eigentlichen Fälligkeit erfolgt sind. Bei Darlehensgewährungen von rund CHF 10 Mio. im 2010 reduzierte sich der Bestand ausstehender Wohnbauförderungsdarlehen um CHF 6 Mio. auf CHF 188 Mio. per 31.12.2010. Aus verschiedenen Gründen nicht realisiert werden konnte der für das letzte Jahr geplante Verkauf der Posträumlichkeiten in Eschen, für welchen der Restbuchwert von CHF 1.3 Mio. als investive Einnahme vorgesehen war.

Beträge in CHF Mio.

Investive Einnahmen	**Rechnung 2010**	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Rückzahlung Studiendarlehen	**2.3**	1.9	1.9
Rückzahlung Wohnbauförderungsdarlehen	**16.3**	13.0	16.0
Rückzahlung Darlehen an Junglandwirte	**0.4**	0.4	0.4
Liegenschaftsverkäufe		1.3	0.1
Rückerstattungen	**0.2**		
Total	**19.1**	16.5	18.3

VERMÖGENSRECHNUNG

Die Vermögensrechnung zeigt den Bestand und die Zusammensetzung der Vermögensbestandteile, Schuldverpflichtungen und Eigenmittel des Landes am Jahresende. Ergänzend werden auch die separat angelegten Vermögenswerte der unselbständigen Stiftungen und Anstalten sowie die vom Staat verwalteten Stiftungen aufgeführt. Die Ergebnisse der laufenden und investiven Haushaltsrechnung finden in der Vermögensrechnung ihren Niederschlag. Ein Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung hat eine Verminderung des staatlichen Reinvermögens zur Folge und ein Ertragsüberschuss führt zu einer Erhöhung des staatlichen Reinvermögens. Ein Finanzierungsüberschuss im Investitionshaushalt bewirkt eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Finanzvermögen sowie dem eingesetzten Fremdkapital und ein Finanzierungsfehlbetrag zeigt, dass die Nettoinvestitionen nicht zur Gänze durch die Selbstfinanzierung gedeckt sind. Die Bewertung des Vermögens erfolgt nach dem Niederstwertprinzip. Für die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz abgestufte Abschreibungssätze vorgesehen, welche sich nach der erfahrungsgemässen Lebens- oder Nutzungsdauer der Sachgüter richten. Unter den Anmerkungen zur Vermögensrechnung sind das treuhänderisch verwaltete Vermögen, die Eventualverpflichtungen, die Sachversicherungswerte und die Verpflichtungskredite aufgelistet.

Aktiven

Die Aktiven zeigen die Gliederung und Zusammensetzung der staatlichen Vermögenswerte. Sie sind in die Hauptgruppen Finanzvermögen, Deckungskapitalien und Verwaltungsvermögen unterteilt. Das freie und ungebundene **Finanzvermögen** beläuft sich am Bilanzstichtag auf CHF 1'838.1 Mio. und hat sich um CHF 19.7 Mio. gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die **Flüssigen Mittel** werden mit CHF 217.6 Mio. ausgewiesen und liegen damit CHF 48.7 Mio. über Vorjahr. Diese Zunahme setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der Entnahme von Mitteln aus den Poolanlagen von CHF 130 Mio. abzüglich dem Finanzierungsfehlbetrag aus ordentlicher Staatstätigkeit der Investitionsrechnung von CHF 51.4 Mio. und abzüglich der liquiditätsrelevanten Nettoveränderung von Forderungen und Fremden Mittel von rund CHF 30 Mio. Die Flüssigen Mittel enthalten die Kassabestände, Postcheckguthaben und kurzfristigen Bankanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft. Ihr Bestand orientiert sich unter anderem an den Ausgabenverpflichtungen, welche nach Ablauf des Kalenderjahres noch zulasten des abgelaufenen Verwaltungsjahres zu erfüllen sind. Erfahrungsgemäss kann ein Grossteil des Aufwands, besonders im Bereich der Investitionen, Beiträge, Subventionen und Finanzzuweisungen, erst in den ersten drei Monaten des Folgejahres abgerechnet werden, was den Mittelbedarf in diesem Zeitabschnitt stark ausweitet und die Bereithaltung eines entsprechend hohen Geldbestandes erforderlich macht. Die Höhe von Einlagen oder Entnahmen von Geldmitteln aus den Poolanlagen in die Flüssigen Mittel richtet sich vor allem nach dem veranschlagten Finanzierungsfehlbetrag aus ordentlicher Staatstätigkeit.

Die **Forderungen** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 25.4 Mio. auf CHF 107.2 Mio., wobei in dieser Nettosumme eine Delkredererückstellung von CHF 26.1 Mio. zur Abdeckung möglicher Forderungsverluste in Abzug gebracht wurde. Die Steuerguthaben haben sich im Berichtsjahr um CHF 4.8 Mio. erhöht und werden mit CHF 29.2 Mio. ausgewiesen. Die Debitoren und Andere Guthaben reduzierten sich um CHF 0.9 Mio. auf CHF 26.3 Mio. Die kurzfristigen Darlehen, Vorschüsse und Kautionen erhöhten sich primär aufgrund der Unterhaltsvorschüsse um CHF 8.5 Mio. auf CHF 12.9 Mio. (vgl. Erläuterung Delkredere). Die Kontokorrentguthaben erhöhten sich im Berichtsjahr um CHF 23.7 Mio. auf CHF 65.0 Mio. Dies ist hauptsächlich auf die Zunahme der Forderungen gegenüber der Eidg. Finanzverwaltung um CHF 24.5 Mio. auf CHF 56.5 Mio. bzw. entsprechend höhere Erträge aus Zoll-, Mehrwertsteuer- und Stempelabgaben zurückzuführen. Die Wertberichtigung auf den Forderungen (Delkredere) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 10.6 Mio. auf CHF 26.1 Mio. Von dieser Zunahme entfallen CHF 8.8 Mio. auf die Unterhaltsvorschüsse, da vormals direkt in den Unterhaltsvorschüssen enthaltene Wertberichtigungen umgegliedert und Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen sowie entsprechende Wertberichtigungen aus Gründen der Transparenz neu brutto ausgewiesen wurden. Die restliche Zunahme des Delkrederes ist primär auf höhere Einzelwertberichtigungen auf Steuerforderungen zurückzuführen.

Die **Anlagen des Finanzvermögens** reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 94.2 Mio. auf insgesamt CHF 1'508.8 Mio. Die Langfristigen Finanzanlagen, welche die freien bzw. die 51% übersteigenden Anteile des Landes an den Aktienkapitalien der Liechtensteinischen Landesbank AG und der Liechtensteinischen Post AG beinhalten, betrugen per Ende 2010 im Vergleich zum Vorjahr unverändert CHF 11.2 Mio. Die Aktien der Liechtensteinischen Landesbank AG werden zum Nennwert von CHF 5 pro Aktie bilanziert. Die Poolanlagen, in welchen die Reservekapitalien zusammengefasst sind und welche von Dritten im Auftrag der Regierung verwaltet werden, reduzierten sich gegenüber Vorjahr um CHF 94.2 Mio. (Nettorendite von CHF 35.8 Mio. abzüglich Kapitalentnahme von CHF 130.0 Mio.) auf CHF 1'387.3 Mio. Die Poolanlagen werden zum Niederstwert bilanziert. Die Gebäude und Grundstücke veränderten sich im Berichtsjahr nicht wesentlich.

Die **Aktive Rechnungsabgrenzung** bzw. die Transitorischen Aktiven betreffen ertragsmässige Abgrenzungen zwischen dem alten und neuen Rechnungsjahr

unter dem Aspekt einer periodengerechten Darstellung. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.5 Mio. auf CHF 4.5 Mio. erhöht.

Beträge in CHF Mio.

Aktiven	**31.12.10**	31.12.09	+/-
Flüssige Mittel	**217.6**	168.9	48.7
Forderungen	**107.2**	81.8	25.4
Anlagen Finanzvermögen	**1'508.8**	1'603.1	-94.2
Transitorische Aktiven	**4.5**	4.0	0.5
Finanzvermögen	**1'838.1**	1'857.8	-19.6
Deckungskapitalien	**26.5**	34.1	-7.6
Verwaltungsvermögen	**528.2**	542.4	-14.2
Total Aktiven	**2'392.8**	2'434.3	-41.4

Bei den **Deckungskapitalien für Stiftungen und Anstalten** resultiert im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 7.6 Mio. Diese ist hauptsächlich zurückzuführen auf das Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 8.5 Mio.

Das **Verwaltungsvermögen** entspricht dem Anlagevermögen der privatwirtschaftlichen Bilanz. Es ist an einen bestimmten, gesetzlich festgelegten Zweck gebunden und kann damit im Gegensatz zu den Bestandteilen des freien Finanzvermögens nicht ohne weiteres realisiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Verwaltungsvermögen um CHF 14.2 Mio. reduziert und wird mit CHF 528.2 Mio. ausgewiesen. Die Abnahme entspricht den Nettoinvestitionen des Berichtsjahres in Höhe von CHF 58.2 Mio. vermindert um die vorgenommenen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 72.4 Mio.

Die gewährten **Darlehen** belaufen sich auf CHF 211.9 Mio., was einer Abnahme von CHF 6.0 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dies ist gänzlich auf die Abnahme der Wohnbaudarlehen zurückzuführen. Studiendarlehen und Darlehen an Junglandwirte veränderten sich im Berichtsjahr nur minim.

Die **Beteiligungen** belaufen sich wie im Vorjahr auf CHF 141.6 Mio. Der vom Land zu haltende 51%-Pflichtanteil am Aktienkapital der Liechtensteinischen Landesbank AG beträgt unverändert CHF 78.5 Mio. Ebenfalls unverändert sind die Beteiligungen an der Liechtensteinischen Post AG mit CHF 2.55 Mio., an den Liechtensteinischen Kraftwerken mit CHF 2.0 Mio., an der Liechtensteinischen Gasversorgung mit CHF 16.5 Mio. und an der Telecom Liechtenstein AG mit CHF 42.0 Mio. In der Beteiligung Telecom Liechtenstein AG ist weiterhin eine Wertberichtigung von CHF 3.0 Mio. aus dem Jahr 2005 enthalten (das gezeichnete Kapital der Telecom Liechtenstein AG beträgt CHF 45.0 Mio.). Das Eigenkapital der Telecom Liechtenstein AG reduzierte sich im Berichtsjahr von CHF 49.5 Mio. auf CHF 48.8 Mio. Da auch für die nächsten beiden Geschäftsjahre mit negativen Jahresergebnissen und einer allfälligen Reduktion des Eigenkapitals unter den Betrag des gezeichneten Kapitals zu rechnen ist, wird die bestehende Wertberichtigung noch nicht aufgelöst. Dies entspricht den gesetzlichen Bestimmungen über die Bewertung und Abschreibung von Bestandteilen des staatlichen Vermögens, welche für Beteiligungen, für die kein Kurswert vorhanden ist, eine vorsichtige Bewertungsmethode vorsehen.

Die **Sachanlagen**, bestehend aus Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien und Einrichtungen, Schulausstattungen und Vorräten sowie Informatikanlagen sind nach Vornahme der gesetzlichen Abschreibungen mit insgesamt CHF 174.7 Mio. bewertet, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme von CHF 8.2 Mio. entspricht. Dabei reduzierten sich die Hochbauten um CHF 7.3 Mio., die Mobilien und Einrichtungen um CHF 0.8 Mio. und die Informatikanlagen um CHF 0.1 Mio.

Passiven

Die Passiven setzen sich aus den Fremden Mitteln, den Deckungskapitalien der separat verwalteten Stiftungen und Anstalten sowie aus dem Reinvermögen zusammen. Nach Ausklammerung der Verpflichtungen an Stiftungen und Anstalten, welche durch separate Vermögensanlagen zur Gänze abgedeckt sind, weist das Fremdkapital wie im Vorjahr einen Anteil von 13.0% an der Bilanzsumme aus. Demgegenüber stellt das Eigenkapital gegenüber Vorjahr ebenfalls unverändert 87.0% der Bilanzsumme, was deutlich macht, dass die Finanzierungsstruktur des Staatshaushalts nach wie vor ein gesundes Verhältnis aufweist. Zum Jahresende beläuft sich das **Fremdkapital** auf CHF 307.4 Mio., was einer Abnahme um CHF 4.0 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 1.1 Mio. auf CHF 138.1 Mio. reduziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben um CHF 14.4 Mio. auf CHF 103.3 Mio. abgenommen. Die Übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um CHF 14.5 Mio. auf CHF 33.1 Mio., was hauptsächlich auf die Zunahme von Steuerkautionen um CHF 20.3 Mio. sowie die Abnahme passivierter Geldbeschlagnahmungen um CHF 3.9 Mio. zurückzuführen ist.

Die **Kurzfristigen Finanzschulden** haben um CHF 2.9 Mio. auf CHF 167.6 Mio. abgenommen. Die Guthaben der Gemeindekassen reduzierten sich um CHF 2.6 Mio. und betragen nun im Berichtsjahr CHF 83.6 Mio. Die Lohnsteuer-Vorauszahlungen, welche im Folgejahr mit der fällig werdenden Vermögens- und Erwerbssteuer der Arbeitnehmer verrechnet werden, reduzierten sich im Berichtsjahr minim um CHF 0.3 Mio. auf CHF 84.0 Mio.

Beträge in CHF Mio.

Passiven	**31.12.10**	31.12.09	+/-
Kurzfristige Verbindlichkeiten	**138.1**	139.3	-1.1
Transitorische Passiven	**0.0**	0.0	0.0
Kurzfristige Finanzschulden	**167.6**	170.6	-2.9
Spezialfinanzierungen	**1.6**	1.6	0.0
Fremde Mittel	**307.4**	311.4	-4.0
Stiftungen, Anstalten	**26.5**	34.1	-7.6
Reinvermögen	**2'059.0**	2'088.8	-29.8
Total Passiven	**2'392.8**	2'434.3	-41.5

Bei den **Verpflichtungen gegenüber Stiftungen und Anstalten** resultiert im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 7.6 Mio. Diese ist hauptsächlich auf das Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 8.5 Mio. zurückzuführen.

Das **Reinvermögen** hat sich im Berichtsjahr um den Aufwandsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 29.8 Mio. reduziert und wird am Bilanzstichtag mit CHF 2'059.0 Mio. ausgewiesen.

Vermögensbewertung

Zur Beurteilung der Vermögenslage wird das Verhältnis zwischen dem Finanzvermögen und dem eingesetzten Fremdkapital herangezogen. Die Bestandteile des Verwaltungsvermögens werden nicht berücksichtigt, da sie an eine gewisse öffentlich-rechtliche Aufgabe gebunden und damit der freien Verfügbarkeit als Finanzierungsquelle entzogen sind. Gemäss dem Finanzleitbild bildet der Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten eine der fünf Kennzahlen für die Gewährleistung eines längerfristig gesunden Staatshaushalts.

Beträge in CHF Mio.

Positionen	+/-	**2010**	2009	2008	2007
Finanzvermögen	-19.7	**1'838.1**	1'857.8	1'802.8	1'921.6
Fremdkapital	-4.0	**307.4**	311.4	319.5	310.2
Finanzierungsüberschuss	-15.6	**1'530.7**	1'546.4	1'483.3	1'611.4
Finanzierungsgrad der Verbindlichkeiten in%		**598**	597	564	619

Das Finanzvermögen beläuft sich auf CHF 1'838.1 Mio. Diesem stehen Verbindlichkeiten an Dritte in der Höhe von CHF 307.4 Mio. gegenüber. Der Finanzierungsüberschuss beträgt somit CHF 1'530.7 Mio., was einem Finanzierungsgrad von 598% entspricht und bedeutet, dass das Fremdkapital 5.98 mal gedeckt ist. Das Finanzleitbild fordert einen Finanzierungsgrad von 420%. Aus Sicht der Vermögenslage kann der Finanzhaushalt als gesund betrachtet werden.

ERTRÄGE AUS DER VERMÖGENSBEWIRTSCHAFTUNG

Vorbemerkungen

Nach einem starken Anlagejahr 2009, das durch eine deutliche Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten gekennzeichnet war, präsentierten sich die Anlagerenditen 2010 deutlich moderater. Geprägt war das Berichtsjahr durch die Krise der schuldengeplagten Peripherieländer der EU, durch einen starken Schweizer Franken und in der ersten Jahreshälfte durch sinkende Zinsen. Die Konjunkturdaten aus den USA, Deutschland und verschiedenen anderen Ländern liessen das Szenario einer weltweiten Rezession in den Hintergrund treten. Weiterhin besteht in vielen Ländern eine hohe Arbeitslosigkeit. Unter anderem dank einer äusserst expansiven Geldpolitik konnte sich in den wichtigsten Industrieländern ein moderates Wachstum etablieren.

Die internationalen Aktienmärkte bewegten sich 2010 mehrheitlich seitwärts, während dem Jahr jedoch mit starken Schwankungen. So erzielte der MSCI All Countries Index 2010 eine positive Rendite von +1.59%. Die in Lokalwährung vielfach deutlich höheren Aktienmarktrenditen reduzierten sich aufgrund des starken Schweizer Frankens auf ein vergleichsweise bescheidenes Niveau. Negativ war an den Aktienmärkten vor allem das 2. Quartal, in dem in Europa die Schuldenkrise ausbrach. Renditen, die auch in Schweizer Franken erfreulich sind, wurden in verschiedenen Ländern von den Unternehmen mit kleiner und mittlerer Kapitalisierung erreicht (Small- und Mid-Caps). So wies der viele mittlere und kleine Unternehmungen enthaltende S&P 1000-Index eine Rendite von +14.10% aus.

Die Obligationenmärkte waren im Berichtsjahr geprägt von der Schuldenkrise der peripheren EU-Länder (PIIGS-Staaten). In deren Folge schwächte sich der Euro stark ab und die Kreditrisikoaufschläge der betroffenen Staatsanleihen erhöhten sich. Dieser Trend hielt bis zum Jahresende an. Dabei traten die bis im August sinkenden Zinsen etwas in den Hintergrund. Die rückläufigen Zinsen im Schweizer Franken wie auch in den wichtigsten Fremdwährungen hatten hohe positive Renditen an den Obligationenmärkten zur Folge. Etwas abgeschwächt wurden diese durch den Zinsanstieg zum Jahresende hin.

Am Schweizer Obligationenmarkt waren die Renditen der Inlandschuldner (SBI Domestic AAA-BBB +3.64%) im Jahr 2010 praktisch identisch mit den Renditen der Auslandschuldner (SBI Foreign AAA-BBB +3.67%). Bei den Obligationen Fremdwährungen wies der JP Morgan Government Bond Index (währungsgesichert in CHF) eine Rendite von +3.29% aus. Die positiven Renditen der Obligationen sind primär auf die erwähnte Senkung

des langfristigen Zinsniveaus zurückzuführen. Die Devisenkursschwankungen wirkten sich aufgrund der Währungsabsicherung nicht auf die erwähnten Indizes aus.

Die wichtigsten Währungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Schweizer Franken deutlich abgeschwächt. So verloren der Euro (-15.69%), der US-Dollar (-9.84%) und das britische Pfund (-12.58%) deutlich an Wert gegenüber dem Schweizer Franken. Einzig der japanische Yen stieg im Wert (+3.59%).

Bei den Ergänzungsanlagen kam es insgesamt zu positiven Ergebnissen. Der Immobilien abbildende FTSE EPRA/Nareit Global Real Estate Index erzielte mit +8.56% eine positive Rendite. Ebenso erreichte der HFRI Fund of Fund Diversified Index (währungsgesichert in CHF) im Jahr 2010 eine positive Rendite von +4.94%.

Poolanlagen des Finanzvermögens

Anlagestrategie
Das im Jahre 2003 neu eingesetzte Anlagekonzept, welches auf einer auf Risikofähigkeit und Risikotoleranz des Finanzvermögens abgestützten Anlagestrategie mit klar definierten Benchmarks und Bandbreiten basiert, bildete auch im Berichtsjahr die Grundlage der Vermögensbewirtschaftung. Die Anlagestrategie 2010 wurde gegenüber den Vorjahren nur wenig angepasst. Lediglich das Risikoprofil wurde etwas gesenkt.

Bewertung
Die Bewertung der Vermögensanlagen stützt sich auf das Finanzhaushaltsgesetz vom 20. Oktober 2010, wonach für den Abschluss der Landesrechnung 2010 das bisherige Recht und damit die Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens Anwendung findet. Diese sieht die Bewertung nach dem Niederstwertprinzip (Anschaffungswert bzw. tieferer Marktwert auf Einzelbewertungsebene) vor.

Entwicklung der Poolanlagen nach dem Niederstwertprinzip

Buchwerte
Die Anlagewerte des staatlichen Reservevermögens haben sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Bestand per 01.01.	**1'481.5**	1'392.1	1'569.8
Kapitaleinlage /-rückzug	**-130.0**	-35.0	0
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	**33.6**	35.0	38.0
Realisierte Gewinne / Verluste	**-17.6**	-8.8	-33.6
Gebühren, Kosten, Steuern	**-5.7**	-6.0	-6.9
Zu-/Abschreibungen auf Niederstwert	**25.6**	104.1	-175.2
Bestand per 31.12.	**1'387.3**	1'481.5	1'392.1

Unter Berücksichtigung des Kapitalrückzugs von CHF 130.0 Mio. und des erwirtschafteten Nettogewinnes von CHF 35.8 Mio. reduziert sich der Buchwert der Poolanlagen entsprechend um CHF 94.2 Mio. auf CHF 1'387.3 Mio. Die Kapitalerträge liegen im Bereich des Vorjahres. Bei den realisierten Gewinnen und Verlusten wurde ein negativer Beitrag von CHF 17.6 Mio. erzielt. Die Gebühren, Kosten und Steuern haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.3 Mio. vermindert. Im Jahr 2010 konnten wie im Vorjahr Zuschreibungen auf den Niederstwert vorgenommen werden, welche auf die weitere Erholung an den Anlagemärkten zurückzuführen sind.

Erträge und Verluste aus Vermögensanlagen
Die buchmässigen Erträge bzw. Verluste aus der Verwaltung der Poolanlagen stellen sich im Dreijahresvergleich wie folgt dar:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	**33.6**	35.0	38.0
Realisierte Gewinne / Verluste	**-17.6**	-8.8	-33.6
Bruttoerträge	**16.0**	26.2	4.4
Zu-/Abschreibungen	**25.6**	104.1	-175.2
Zwischentotal	**41.5**	130.3	-170.8
Kosten, Gebühren, Steuern	**-5.7**	-6.0	-6.9
Nettogewinn /-verlust	**35.8**	124.3	-177.7

Die Kapitalerträge haben gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.4 Mio. auf CHF 33.6 Mio. abgenommen. Der realisierte Verlust von CHF 17.6 Mio. setzt sich aus den realisierten Gewinnen von CHF 75.8 Mio. und realisierten Verlusten von CHF 93.4 Mio. zusammen. Aufgrund der Entwicklung an den Anlagemärkten konnten auf den Wertschriftenbeständen Zuschreibungen von CHF 95.0 Mio. und Abschreibungen von CHF 69.4 Mio. vorgenommen werden, welche zu einer Wertsteigerung von

netto CHF 25.6 Mio. führten. Der Nettogewinn für das Berichtsjahr beläuft sich auf CHF 35.8 Mio.

Kosten der Vermögensverwaltung

Die Kosten der Vermögensverwaltung und für das Investmentcontrolling einschliesslich Compliance und Consulting sowie für die Wertschriftenbuchhaltung zeigen den folgenden Verlauf:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Transaktionskosten (Bankspesen, Courtage, Steuern und Abgaben)	**2'907'630**	2'501'570	2'297'080
Verwaltungsgebühren (Pauschal- und Performancegebühren)	**1'997'648**	2'384'574	3'692'423
Buchhaltung / Investmentcontrolling / Compliance / Consulting	**807'406**	1'070'103	922'222
Total Kosten	**5'712'648**	5'956'247	6'911'725
durchschnittliches Kapital in Mio.	**1'481.5**	1'409.7	1'425.2
Aufwand in % vom Kapital	**0.39**	0.42	0.48

Die Kosten für die Verwaltung der Poolanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.3 Mio. auf CHF 5.7 Mio. reduziert. Dieser Rückgang ist auf niedrigere Verwaltungs- sowie Buchhaltungs/Investmentcontrolling/Consulting-Gebühren zurückzuführen. Die Transaktionskosten stiegen leicht an, da im Berichtsjahr zweimal Liquidität in Höhe von insgesamt CHF 130 Mio. zurückgezogen sowie gleichzeitig jeweils eine Anpassung an die Anlagestrategie durchgeführt werden musste.

Entwicklung der Poolanlagen nach dem Marktwertprinzip

Bewertung zu Marktwerten

Im Gegensatz zum Niederstwertprinzip, welches die Wertpapiere und Anlagen zum Anschaffungs- oder tieferen Marktwert ausweist, zeigt die Bewertung zum Marktwertprinzip die am Ende des Jahres für die einzelnen Anlagenkategorien geltenden Kurswerte. Die folgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung der Marktwerte:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Marktwert per 01.01.	**1'566.0**	1'425.1	1'694.1
Kapitaleinlagen /-rückzug	**-130.0**	-35.0	0
Kapitalerträge	**33.6**	35.0	38.0
Kapitalgewinne / -verluste	**14.9**	146.9	-300.1
Gebühren, Kosten, Steuern	**-5.7**	-6.0	-6.9
Marktwert per 31.12.	**1'478.8**	1'566.0	1'425.1

Unter Berücksichtigung des Kapitalrückzugs von CHF 130.0 Mio. hat sich der Marktwert der Anlagen im Vergleich zum Vorjahr um gesamthaft CHF 87.2 Mio. auf CHF 1'478.8 Mio. reduziert. Die Kapitalerträge in Form von Zinsen und Dividenden liegen mit rund CHF 33.6 Mio. im Bereich des Vorjahres. Die Kosten belaufen sich auf CHF 5.7 Mio. und die Kapitalgewinne auf CHF 14.9 Mio.

Performance

Die Nettoperformance nach dem Marktwertprinzip beinhaltet die realisierten Erträge und aufgelaufenen Marchzinsen unter Berücksichtigung allfälliger Devisen-/Kursgewinne oder –verluste nach Abzug der Kosten für die Vermögensverwaltung. Im Dreijahresvergleich zeigt sich die folgende Entwicklung:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Marktwert per 01.01. inkl. Marchzinsen	**1'566.0**	1'425.1	1'694.1
Kapitaleinlagen / -rückzug	**-130.0**	-35.0	0
Zwischentotal	**1'436.0**	1'390.1	1'694.1
Kapitalerträge	**33.6**	35.0	38.0
Devisen-/Kursgewinne oder -verluste	**14.9**	146.9	-300.1
Gebühren, Kosten, Steuern	**-5.7**	-6.0	-6.9
Marktwert per 31.12. inkl. Marchzinsen	**1'478.8**	1'566.0	1'425.1
Performance nach Kosten	**42.8**	175.9	-269.0
Performance in%	**2.8**	12.5	-15.9

Nach dem letztjährigen stark positiven Ergebnis von CHF 175.9 Mio. wurde im Berichtsjahr ebenfalls ein positives Resultat mit einem Wertzuwachs von CHF 42.8 Mio. erzielt. In Prozenten ausgedrückt wurde für das Finanzvermögen eine Nettoperformance von 2.8% erwirtschaftet.

Das Finanzvermögen stellt sich im Dreijahres-Vergleich bezüglich der Depotstruktur und der Entwicklung der einzelnen Anlagekategorien wie folgt dar:

Anlagekategorie	2010 Marktwert in CHF Mio.	2010 Portfolio in%	2010 Perf.* in%	2009 Marktwert in CHF Mio.	2009 Portfolio in%	2009 Perf. in%	2008 Marktwert in CHF Mio.	2008 Portfolio in%	2008 Perf. in%
Obligationen CHF	**642.1**	**43.4**	**3.2**	667.9	42.7	7.7	680.6	47.7	-1.1
Obligationen FW	**273.1**	**18.4**	**3.7**	310.5	19.8	3.2	305.9	21.5	5.8
Aktien CH / FL	**168.5**	**11.4**	**1.9**	179.4	11.5	21.2	139.8	9.8	-34.3
Aktien Ausland	**336.7**	**22.8**	**0.9**	325.1	20.7	30.8	213.5	15.0	-45.9
Alternative Anlagen	**58.4**	**4.0**	**1.9**	83.1	5.3	14.8	85.3	6.0	-23.3
Gesamttotal	**1'478.8**	**100.0**	**2.8**	1'566.0	100.0	12.5	1'425.1	100.0	-15.9

* Die Performance der Anlagekategorien bezieht sich auf die Direktmandate exklusive dem LLB QI Strategy One.

Im Berichtsjahr konnten alle Anlagenkategorien Kursgewinne verzeichnen, bei den Aktien und Alternativen Anlagen fielen diese jedoch geringer aus als bei den Obligationen.

Vergleich zwischen Niederstwert und Marktwert

Im Vergleich zum angewandten Bewertungsmodell des Niederstwertes zeigen sich folgende Unterschiede gegenüber einer Bewertung der Anlagen zu Marktwerten:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2010	2009	2008
Marktwerte inkl. Marchzinsen	**1'478.8**	1'566.0	1'425.1
Niederstwerte inkl. Marchzinsen	**1'387.3**	1'481.5	1'392.1
Stille Reserven	**91.5**	84.5	33.0

Die Bewertungsreserven haben sich erneut erhöht und liegen zum Ende des Berichtsjahres bei CHF 91.5 Mio., was Stillen Reserven von 6.6% entspricht.

Wertung des Ergebnisses

Das Anlagejahr 2010 war geprägt von einem starken Schweizer Franken bzw. von einem schwachen Euro und US-Dollar. So verlor der CHF-Investor über 15% im Euro und knapp 10% im US-Dollar. Die Aktienmärkte schlossen zum Jahresende mit einem geringen Plus, so lag der Schweizer Aktienindex (SPI) bei +2.92% und der Aktien Weltindex (MSCI AC World) bei +2.08%. Bei den Obligationenanlagen konnte eine bessere Rendite erzielt werden, so lag der CHF Obligationen Index (SBI AAA-BBB) bei +3.67% und der Obligationen Index für Fremdwährungsanleihen abgesichert in CHF (Barclays Global Aggregate hedged CHF) bei +4.17%.

Die Performance von +2.8% für das Gesamtvermögen liegt 0.8% unter der mit der Anlagestrategie als Vergleichsmassstab definierten Benchmark von +3.6%. Die Gründe dieser Underperformance liegen bei den nicht rückforderbaren Verrechnungssteuern ausländischer Investitionen, der Underperformance der Mehrheit der Mandate sowie in geringerem Ausmass beim Abzug von Liquidität für die Landestresorerie.

Ausblick

Nachdem die Weltwirtschaft 2009 die schwerste Rezession seit 1945 erlebt hatte, stand das Berichtsjahr im Zeichen der konjunkturellen Erholung. Rund um den Globus belebte sich die wirtschaftliche Aktivität – oft gestützt durch massive fiskal- und geldpolitische Maßnahmen. In Europa deutet der neue Schwung Deutschlands auf eine Inflation hin, weshalb die Europäische Zentralbank die Zinsen im 2. Quartal 2011 bereits angehoben hat. Trotz der verheerenden Auswirkungen des Erdbebens, des Tsunamis und der Atomkatastrophe für Japan dürften sich die weltweiten wirtschaftlichen Folgen in Grenzen halten. Als Folge der Unruhen in Nordafrika und dem Nahen Osten, insbesondere angesichts des aufflammenden Bürgerkriegs in Libyen, ist die Risikoaversion in Schwellenmärkten jedoch bereits gestiegen.

Die Staatsverschuldung in den G7-Staaten hat zwischen 2007 und 2010 um etwa 23% zugenommen. Mit steigenden Schulden wird die Budgetsouveränität der betroffenen Staaten zunehmend eingeschränkt. Eine Ausweitung der Ausgaben ist dann selbst in Notsituationen nur schwer möglich. Dies betrifft in zunehmendem Masse auch Japan, das infolge der Krise seine Verschuldung tendenziell wird erhöhen müssen. Die Sorgen über die hohe Staatsverschuldung einiger Länder, anhaltende Unsicherheiten auf Finanz- und Devisenmärkten sowie inflationäre Risiken bremsen die Weltwirtschaft ab. Das trifft vor allem die Staaten, die noch immer mit den Folgen der Wirtschaftskrise beschäftigt sind.

Nachdem Aktien eher verhalten ins Jahr 2011 gestartet sind, dürften die politischen Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten weiter für Nervosität an den Aktienmärkten sorgen. Die Herausforderungen für die Investoren sind also beträchtlich: Ein absolut betrachtet tiefes Zinsniveau, eine sehr hohe Staatsverschuldung der entwickelten Länder, ein erhöhtes Risiko der Reflationierung, die Notwendigkeit höherer Staatseinnahmen zur Schuldentilgung ohne jedoch das Wachstum abzubrem-

sen gepaart mit vielen Enttäuschungen auf den Finanzmärkten der vergangenen zehn Jahre bilden eine herausfordernde Ausgangslage, um auch in der Zukunft eine vernünftige Rendite für das Vermögen zu ermöglichen.

Sonstige Erträge aus dem Finanzvermögen

Neben den extern verwalteten Vermögensanlagen fliessen dem Land aus der kurzfristigen Anlage von Liquiden Mitteln, aus der Haltung freier Beteiligungsrechte und aus der Verzinsung von Guthaben zusätzliche Erträge zu, welche ebenfalls als Finanzierungsmittel eingesetzt werden können. Sie werden durch ausserordentliche, nicht jährlich wiederkehrende Buchgewinne aus dem Verkauf von Bestandteilen des Finanzvermögens ergänzt. Im Dreijahresvergleich stellen sich die Nettoerträge wie folgt dar:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	**2010**	2009	2008
Erträge aus Bank- und sonstigen Guthaben	**1'581'318**	1'604'263	3'040'474
Dividende Liecht. Landesbank AG (freier Anteil)	**6'501'888**	6'501'888	6'501'888
Dividende Liecht. Post AG (freier Anteil)	**172'800**	69'120	218'880
Bodenverkäufe (Buchgewinn)	**23'309**	100'000	-
Bruttoerträge	**8'279'315**	8'275'271	9'761'242
Fremdkapitalzinsen	**-2'188**	-9'338	-5'360
Nettoerträge	**8'277'127**	8'265'933	9'755'882

Aufgrund des weiterhin extrem tiefen Zinsniveaus lagen die Erträge aus Bank- und sonstigen Guthaben auf Vorjahresniveau bzw. unter dem Wert des Jahres 2008. Dividenden werden seit 2006 grundsätzlich in demjenigen Rechnungsjahr erfolgswirksam verbucht, in welchem die Dividenden effektiv ausgeschüttet werden.

Erträge aus dem Verwaltungsvermögen

Aus Positionen des gebundenen Verwaltungsvermögens resultieren Einkünfte aus Dividenden, Gewinnanteilen, Kapital-, Miet- und Pachtzinsen. Der Hauptanteil dieser Einnahmen stammte bisher aus den Dividendenausschüttungen der Liecht. Landesbank AG, an welcher das Land aufgrund gesetzlicher Vorschrift einen Pflichtanteil von 51% des gesamten Aktienkapitals zu halten hat. Im Dreijahresvergleich weisen diese Vermögenserträge folgende Entwicklung auf:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	**2010**	2009	2008
Dividende Liecht. Landesbank AG	**51'270'912**	51'270'912	51'270'912
Dividende Liecht. Post AG	**367'200**	146'880	465'120
Dividende Telecom Liechtenstein AG	**96'000**	-	-
Verzinsung Grundkapital Liecht. Kraftwerke	**1'375'000**	660'000	660'000
Abgeltung Staatsgarantie Liecht. Landesbank AG	**412'277**	347'182	356'974
Sonstige Beteiligungserträge	**205'739**	3'931	-
Bodenverkäufe (Buchgewinn)	**-**	-	5'867
Verkauf Post Mauren (Buchgewinn)	**-**	2'429'999	-
Verkauf Telefonzentrale Vaduz (Buchgewinn)	**-**	9'741'108	-
Miet- und Pachtzinsen	**1'586'800**	1'778'538	2'080'368
Total Erträge	**55'313'927**	66'378'550	54'839'241

Aus der Beteiligung des Landes an der Liechtensteinischen Gasversorgung war bisher keine Gewinnausschüttung zu verzeichnen. Die folgende Übersicht zeigt die Aufteilung des Aktienkapitals der Liechtensteinischen Landesbank AG in Pflichtanteil und freier Anteil des Landes per 31. Dezember 2010:

Positionen	**2010**	**2009**	2008
Aktienkapital Liecht. Landesbank	**154'000'000**	154'000'000	154'000'000
Anzahl ausgegebener Aktien	**30'800'000**	30'800'000	30'800'000
Nominalwert je Aktie	**5**	5	5
Anzahl Aktien Land	**17'700'000**	17'700'000	17'700'000
Nominalwert Landesbesitz total	**88'500'000**	88'500'000	88'500'000
Dividendenausschüttung in%	**68**	68	68
51% - Pflichtanteil des Landes:			
- Gebundener Anteil nominal	**78'540'000**	78'540'000	78'540'000
- in % vom gesamten Aktienkapital	**51.0**	51.0	51.0
Freier Anteil des Landes (Finanzvermögen):			
- Freier Anteil nominal	**9'960'000**	9'960'000	9'960'000
- in % vom gesamten Aktienkapital	**6.5**	6.5	6.5
Marktwert freier Anteil:			
- Börsenkurs per 31.12.	**73.00**	68.95	50.50
- Anzahl Aktien	**1'992'000**	1'992'000	1'992'000
- Marktwert total	**145'416'000**	137'348'400	100'596'000
- Buchwert freier Anteil	**9'960'000**	9'960'000	9'960'0000
- Stille Reserven auf Marktwert	**135'456'000**	127'388'400	90'636'000

Regierung
des Fürstentums Liechtenstein

Regierungskanzlei
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz
Fürstentum Liechtenstein
T +423 236 60 30
F +423 236 65 97
info@rk.llv.li

www.rk.llv.li
© Vaduz 2011